

WILHELM KOHL

CHRISTOPH BERNHARD
VON GALEN

VERLAG REGENSBURG MÜNSTER

Wilhelm Kohl CHRISTOPH BERNHARD VON GALEN

WILHELM KOHL

CHRISTOPH BERNHARD VON GALEN

Politische Geschichte
des Fürstbistums Münster
1650 - 1678

Mit 8 Bildseiten,
14 Tafelseiten und einer Karte



VERLAG REGENSBURG MÜNSTER 1964

VERÖFFENTLICHUNGEN
DER HISTORISCHEN KOMMISSION WESTFALENS XVIII
WESTFÄLISCHE BIOGRAPHIEN
III

© 1964 Verlag Regensberg, Münster · Gegründet 1591

Klischees: Aschendorff, Münster

Lichtdrucke: G. Bekedorf, Hannover

Gesamtherstellung: Regensberg, Münster

VORWORT

Eine Untersuchung der geschichtlichen Persönlichkeit Christoph Bernhard von Galens hat vor nunmehr 24 Jahren der damalige Staatsarchivdirektor Dr. Bauermann angeregt. Die Beschäftigung mit dieser Aufgabe hat mich sofort in ihren Bann geschlagen, aber auch offenbart, welchen Umfang der zu durchdringende Stoff besaß, wenn eine Geschichte der Galenschen Regierungszeit geboten werden sollte, die über das Aneinanderreihen und lose Verknüpfen der Tatsachen hinausging. Dem sorgfältigen Geschichtsbericht Karl Tückings blieb in dieser Hinsicht nur wenig hinzuzufügen.

Die Ungunst der Zeit und eine fast zehnjährige Abwesenheit in Krieg und Gefangenschaft verursachten eine Zwangspause. Erst 1950 bot sich die Möglichkeit, die angefangene Arbeit wieder aufzunehmen. Die Durchsicht der reichhaltigen Akten des Staatsarchivs Münster, des Gräflich Galenschen Archivs und vieler anderer großer und kleinerer Archive im In- und Ausland ließ in mir die schon anfangs gehegten Zweifel zur Gewißheit werden, daß eine Darstellung der Gesamtpersönlichkeit Christoph Bernhard von Galens einschließlich seiner innenpolitischen und kirchlichen Tätigkeit, wenn ein dem Leser zumutbarer Umfang gewahrt bleiben sollte, eine erheblich eingeschränkte Darstellung der außenpolitischen Tätigkeit zur Folge haben müßte. Je weiter die Arbeit fortschritt, um so gewisser schien es mir, daß aber gerade hier das Herz dieses Mannes am kräftigsten geschlagen hat. Der Mensch des 17. Jahrhunderts kannte zwar keine Trennung von Politik und Religion. Für ihn war es noch selbstverständlich, daß beide im Einklang standen und sich gegenseitig dienen mußten, und doch unterschieden sich schon damals die Geister in der Frage, ob Religion und Kirche am besten durch politische, vielleicht gar militärische Mittel oder durch missionarische Überzeugung gefördert würden. Galen scheint mir in mehr als einer Beziehung älteren Epochen verhaftet. Ein großer Teil der deutschen Fürstenwelt wandte sich nach der schrecklichen Verirrung eines langen und blutigen Konfessionshaders damals dem Gedanken einer Überbrückung konfessioneller Gegensätze in der Politik zu. Nicht einmal das Kaiserhaus und auch der Kurfürst von Mainz Johann Philipp von Schönborn ließen sich in der Wahl ihrer Verbündeten von konfessionellen Gesichtspunkten leiten. Kein Zweifel, daß auch die wachsende Angriffslust Frankreichs an der Westgrenze des Reiches ihren Teil dazu beitrug, die alten Gegensätze der Konfessionen zu begraben, aber tiefer saß doch die teuer erkaufte Erkenntnis, daß niemandem mit Religionshader gedient sei. Der Bischof von Münster blieb, aus welchen Gründen auch immer, dem konfessionellen Gegensatz stärker verhaftet als seine Zeitgenossen. Seinem Temperament war das kräftige Zupacken mit Staats- und militärischen Mitteln angemessener als die geduldige Arbeit geistiger und geistlicher Bekehrung. Hier mag die Wurzel seiner frühen Hinneigung zur Außenpolitik liegen, deren Fesseln er bis zu seinem Lebensende nicht wieder abgestreift hat. Er war ein leidenschaftlicher Außenpolitiker. Der weitaus größte Teil seiner politischen Korrespondenz entstammt der Feder seines Geheimen Sekretärs Heinrich Bruchhausen. Wenn nicht diktiert, was wahrscheinlich ist, so hat der Fürst sie doch selbst gedanklich entworfen. Ihr Stil ist so einheitlich, daß darüber kein Zweifel bestehen kann. Ob er ein guter Politiker war, mag die Lektüre des Buches zeigen.

So ist schließlich der Entschluß gereift, nur die Außenpolitik, selbstverständlich unter Berücksichtigung ihrer innen- und kirchenpolitischen Verknüpfungen und Voraussetzungen, zu behandeln. Mir schien es besser zu sein, eine, und wie ich glaube, die wichtigste Seite der 28jährigen Regierungszeit Galens in aller Gründlichkeit und unter möglichster Aufspürung der Beweggründe des Handelns darzustellen, als ein Gesamtbild zu bieten, das dann auch die selbstverständlichen, wenn auch noch so segensreichen, Maßnahmen der Kirchen- und inneren Verwaltung enthalten müßte, in denen aber die Eigenart des Denkens dieser Persönlichkeit kaum zum Ausdruck gekommen wäre. Die älteren Arbeiten von Bading und Hüsing zu diesen Themen vermitteln davon einen Vorgeschmack.

Vielleicht wird die Zukunft es ermöglichen, der hiermit vorgelegten Darstellung eine Veröffentlichung des wichtigeren diplomatischen Briefwechsels folgen zu lassen. Manches, was aus Gründen der Straffheit des Textes ungesagt bleiben mußte, würde damit verdeutlicht werden können.

Vor allem aber fühle ich mich an dieser Stelle verpflichtet, allen denen, die mir mit Rat und Tat geholfen haben, in erster Linie Herrn Erbkämmerer Christoph Bernhard Graf von Galen, dessen Archiv die Geheimverträge mit den dazugehörigen Schriftwechseln birgt, und meinen Kollegen an ausländischen und deutschen Archiven aufrichtigen Dank abzustatten. Ohne ihr oftmals bewiesenes, großzügiges Entgegenkommen hätte die Arbeit nicht durchgeführt werden können. Besonders fühle ich mich Herrn Professor Dr. Bauermann verpflichtet, der die Untersuchung nicht nur angeregt, sondern durch wertvolle Hinweise gefördert und unter dessen Vorsitz die Historische Kommission Westfalens die Drucklegung ermöglicht hat. Schließlich möchte ich auch meiner lieben Frau für ihre stete Hilfe bei Anfertigung des Manuskriptes und beim Korrekturlesen herzlich danken.

I N H A L T

Quellen und Schrifttum	IX
Abkürzungen	XXI
Verzeichnis der Abbildungen	XXII
1. Wahl	I
2. Anfechtung der Wahl durch Mallinckrodt	10
3. Erste politische Maßnahmen	14
4. Das rheinische Defensionswerk	21
5. Das Fürstbistum beim Regierungsantritt	26
6. Die Wahlkapitulation	33
7. Bündnisverhandlungen mit den Protestanten. Bevergern und Höxter	37
8. Die Reise nach Regensburg. Vechta	48
9. Der Kreistag zu Essen	52
10. Ursprung des Streits mit der Stadt Münster	59
11. Beginn der Bündnisverhandlungen	64
12. Der erste Zusammenstoß mit der Stadt Münster	78
13. Erweiterung des Bündnissystems	82
14. Bischof und Stadt bis zum Frühjahr 1657	87
15. Verbindungsaufnahme mit Generalstaaten und Hildesheimer Bund	95
16. Auseinandersetzung mit der Hauptstadt bis zum Geister Vergleich	108
17. Der Rheinbund	115
18. Im Schatten des Rheinbundes	132
19. Niederwerfung der Hauptstadt	138
20. Neue Aufgaben	162
21. Türkenkrieg und Dieler Schanze	171
22. Abstieg des Rheinbundes	180
23. Vorbereitung des ersten Krieges gegen Holland	189
24. Der Angriff auf die Niederlande	206
25. Friedensvermittlung	214
26. Der Friede von Kleve	230
27. Neuausrichtung der münsterischen Politik bis zum Verträge von St. Germain	244
28. Koadjutorwahl	257
29. Neußer Konferenz	273
30. Bundeskonferenz und Kreistag zu Köln 1667	277
31. Im Zeichen des Devolutionskrieges (1667–1668)	285
32. Graf Ernst Wilhelm von Bentheim	297
33. Zwischen Tripelallianz und Frankreich (1668–1669)	304
34. Jobst Edmund von Brabeck	308
35. Politische Kriegsvorbereitungen	312
36. Streit um Höxter	323
37. Bielefelder Kreistag	331

38. Vor der Kriegserklärung	341
39. Ausbruch des zweiten holländischen Krieges	356
40. Kriegsverlauf bis zum Frieden von Vossem	371
41. Die Friedensvermittlung	384
42. Kölner Friedenstag und Eingreifen Lisolas	394
43. Der Friede von Köln	406
44. Nach dem Kölner Frieden	417
45. Diplomatisches Vorspiel zum Krieg gegen Schweden	427
46. Beginn des schwedischen Krieges	443
47. Quartierstreit und ostfriesische Krise	456
48. Streit um Bremen und Verden	475
49. Feldzug in den Spanischen Niederlanden und Quartierstreit	489
50. Ostfriesische Krise und dänisches Bündnis	501
51. Kongreß zu Nimwegen. Tod des Bischofs	520
Orts- und Personenregister	527
Bildnisse	555

QUELLEN UND SCHRIFTTUM

1. Benutzte Archive

Assen (Kr. Beckum), Gräflich Galensches Archiv
 Burgsteinfurt, Fürstlich-Bentheim-Steinfurtsches Archiv
 Düsseldorf, Hauptstaatsarchiv
 Ermelingshof (im Staatsarchiv Münster)
 Hannover, Niedersächsisches Staatsarchiv
 Kopenhagen, Reichsarchiv
 Gräflich Landsbergisches Archiv (Depositum im Staatsarchiv Münster)
 Marburg, Staatsarchiv
 Merseburg, Deutsches Zentralarchiv
 München, Bayerisches Hauptstaatsarchiv (Geheimes Staatsarchiv)
 Münster, Staatsarchiv
 Nordkirchen (Depositum beim Landschaftsverband Westfalen)
 Osnabrück, Niedersächsisches Staatsarchiv
 Paris, Archiv des Ministeriums der Auswärtigen Angelegenheiten
 Rom, Vatikanisches Archiv
 Haus Ruhr (Bösensell, Kr. Münster), Archiv von und zur Mühlen
 's Gravenhage, Allgemeines Reichsarchiv
 Stockholm, Reichsarchiv
 Wien, Osterreichisches Staatsarchiv (Haus-, Hof- und Staatsarchiv)
 Wiesentheid, Gräflich Schönbornsches Archiv
 (Schriftliche Benutzungen anderer Archive sind hier nicht aufgeführt.)

2. Gedruckte Quellen

Actes et mémoires des négociations de la Paix de Nimègue. Das ist: Gründliche und ausführliche Verfassung aller und jeder Praeliminarien, Acten, Memorialien, Sendschreiben . . ., welche unter denen bey dem zu Niemegen getroffenen Friedens-Schluß anwesenden Hnn. Ambassadeurs, Plenipotentiarien . . . angehandelt und vollzogen worden . . . Leipzig 1680.

Antal, G. van, und G. C. H. de Pater (Hrsg.): Weensche Gezantschapsberichten van 1670 tot 1720. Bd. 1: 1670-1697. (Rijks Geschiedkundige Publicatien 67 I). Den Haag 1929.

Archives ou correspondance de la Maison d'Orange-Nassau . . . publ. par G. van Prinsterer. II. Série, T. 5 (1650-1688). Utrecht 1861.

Arlington: Lettres au chevalier Temple, contenant une relation des traitez de l'Evêque de Munster, de Breda, d'Aix-la-Chapelle etc. (1665-1670). Utrecht 1701.

Ausstellung des Landesmuseums der Provinz Westfalen Mai-Juni 1930: Christoph Bernhard von Galen, Fürstbischof von Münster, und seine Zeit (Katalog mit Vorwort von Max Geisberg).

Basnage, M.: Annales des Provinces Unies (1648-1678). 2 Bde. La Haye 1719 und 1726.

Blok, Petrus Johannes: Venetiaansche Berichten over de Vereenigde Nederlanden van 1600-1795. (Rijks Geschiedkundige Publicatien 7). s'Gravenhage 1909.

Bojani, F. de: Innocent XI. Sa correspondance avec les nonces 1676-79. Affaires politiques. Rom 1910.

Brieven van Johan de Witt. 1. Deel 1650-1657 (1658) bewerkt door Robert Fruin, uitgegeven door G. W. Kernkamp. (Werken uitgegeven door het Historisch Genootschap III. serie Nr. 18). Amsterdam 1906. - 2. Deel (1657) 1658-1664 bewerkt door Robert Fruin, uitgegeven door N. Japikse. (Werken etc. III. serie Nr. 25). Amsterdam 1909.

Browning, Andrew (ed.): English Historical Documents (General Editor: David C. Douglas). Bd. 8: 1660-1714. London 1953.

Correspondance de la Cour d'Espagne sur les affaires des Pays-Bas au XVII^e siècle, recueil commencé par Henri Lonchay (†) et continué par Joseph Cuvelier avec la Collaboration de Joseph Lefevre. Tome V: Précis de la Correspondance de Charles II (1665-1700). Bruxelles 1935.

- Diaz, Furio (ed.): Francesco Buonvisi, Nunziatura a Colonia. I (13. 9. 1670–27. 12. 1671). (Fonti per la storia d'Italia pubblicate dall' Istituto Storico Italiano per l'età moderna e contemporanea...). Roma 1959.
- Dumont, J.: Corps universel diplomatique du droit des gens. Amsterdam 1726–1731.
- Estrades, comte d': Lettres, mémoires et négociations pendant les années 1663 jusques 1668 inclus. 5 Bde. Brüssel 1709.
- Gonnet, C. J.: Briefwisseling tusschen de gebroederen van der Goes 1659–1673. 2 Bde. Amsterdam 1899 und 1910.
- Grimoard, Marquis de (ed.): Lettres de Turenne. 2 Bde. Paris 1781.
- Hop, Cornelis en Nicolaas Vivien, uitgegeven door N. Japikse: Notulen gehouden ter Staten-Vergadering van Holland (1671–1675). (Werken uitgegeven door het Historisch Genootschap III. serie Nr. 19). Amsterdam 1903.
- Japikse, Nicolas: Correspondentie van Willem III en van Hans Willem Bentinck. 5 Teile. Den Haag 1927–1937.
- Kramer, Frederik Jan Louis: Lettres de Pierre de Groot, ambassadeur des Provinces-Unies, à Abraham de Wicquefort, résident des ducs de Brunswick (1668–1674). (Werken uitgeg. door het Hist. Gen. III serie Nr. 5). Den Haag 1894.
- Laursen, L. (ed.): Danmark-Norges Traktater 1523–1750 med dertil hørende Aktstykker. Bd. 7: 1676–1682. Kopenhagen 1926.
- Lünig, Johann Christian: Das Teutsche Reichs-Archiv. Bd. 1. Leipzig 1710.
– Europäische Staats-Cantzley. Leipzig 1697.
– Europäische Staats-Consilia. Bd. 2. Leipzig 1715.
- Marchand, P. (éd.): Lettres, mémoires et négociations de M. le comte d'Estrades 1663 à 1668. 9 Bde. London 1743.
- Mavalid, J. (éd.): Mémoires du Marquis de Pomponne. 2 Bde. Paris 1860–61.
- Mayr, Josef Karl: Urkunden und Aktenstücke des Reichsarchivs Wien zur reichsrechtlichen Stellung des Burgundischen Kreises (1600–1700). Bd. 3. Wien 1944.
- Meinardus, Otto: Protocolle und Relationen des Brandenburgischen Geheimen Rats aus der Zeit des Kurfürsten Friedrich Wilhelm. 5. Bd.: 1655–1659 (Leipzig 1907); 6. Bd.: 1659–1663 (1917); 7. Bd. 1. H.: 1663–1666 (1919). (Publ. aus den Preuß. Staatsarchiven 80, 89 und 91).
- Memoria de la guerra en los Países-Bajos de 1675–1678, durante el gobierno del duque de Villahermosa. (Coleccion de docum. inéditos para la historia de España 45). Madrid (1865).
- Mörner, Theodor von: Kurbrandenburgs Staatsverträge von 1601–1700. Berlin 1867.
- Muller, Pieter Lodewijk (ed.): Briefwisseling tusschen den Raadpensionaris Fagel en de veldmaarschalk Graaf van Waldeck in 1677. (Bijdragen voor Vaderlandsche Geschiedenis en Oudheidkunde VIII). Den Haag 1875.
- Pufendorff, Esaias: Bericht über Kaiser Leopold, seinen Hof und die österreichische Politik 1671–1674, hrsg. von K. G. Helbig. Leipzig 1862.
- Recueil des instructions données aux ambassadeurs et ministres de France depuis les traités de Westphalie jusqu'à la révolution française:
1: Autriche, par A. Sorel. Paris 1884.
2: Suède, par A. Geffroy. Paris 1885.
16: Prusse, par A. Waddington. Paris 1901.
18: Diète Germanique, par B. Auerbach. Paris 1912.
21–23: Hollande, par L. André et C. Bourgeois. Paris 1922–1924.
28: Etats Allemands. Tome 1: L'Electorat de Mayence, par Georges Livet. Paris 1962.
- Srbik, Heinrich von: Österreichische Staatsverträge: Niederlande I. (Veröff. der Kommission für Neuere Geschichte Österreichs 10). Wien 1912.
- Temple, William: Works. 2 Bde. London 1720.
- The Works of Sir William Temple. 4 Bde. London 1757.
- Theatrum Europaeum oder Warhaffte Beschreibung aller Denkwürdigen Geschichten so hin und wieder furnemblich in Europa, hernach auch an anderen Orthen der Welt sowol im Religion- als Polizeywesen von Jahr Christi 1617 biß auff das Jahr 1679 sich zugetragen. Bd. 7–11. (Irenico-Polemographia sive Theatri Europaei Continuati Septennium etc.). Frankfurt 1682–1703.
- Thurloe . . . : A Collection of State Papers (1638–1660). 7 Bde. London 1742.
- Tiele, P. A.: Bibliotheek van Nederlandsche pamfletten. Amsterdam 1858–1861.

Urkunden und Actenstücke zur Geschichte des Kurfürsten Friedrich Wilhelm von Brandenburg:

6: Polit. Verhandlungen	3. Bd. hrsg. B. Erdmannsdörfer	Berlin 1872
7: Polit. Verhandlungen	4. Bd. hrsg. B. Erdmannsdörfer	Berlin 1877
8: Polit. Verhandlungen	5. Bd. hrsg. B. Erdmannsdörfer	Berlin 1884
9: Polit. Verhandlungen	6. Bd. hrsg. Theodor Hirsch	Berlin 1879
11: Polit. Verhandlungen	7. Bd. hrsg. Ferdinand Hirsch	Berlin 1887
12: Polit. Verhandlungen	8. Bd. hrsg. Ferdinand Hirsch	Berlin 1892
13: Polit. Verhandlungen	9. Bd. hrsg. Reinhold Brode	Berlin 1890
17: Polit. Verhandlungen	10. Bd. hrsg. Reinhold Brode	Berlin 1901
18: Polit. Verhandlungen	11. Bd. hrsg. Ferdinand Hirsch	Berlin 1902
2: Auswärtige Acten	1. Bd. hrsg. B. Ed. Simson	Berlin 1865
3: Auswärtige Acten	2. Bd. hrsg. Heinrich Peter	Berlin 1866
14: Auswärtige Acten	3. Bd. hrsg. A. F. Pribram	Berlin 1890
20: Auswärtige Acten	4. Bd. hrsg. Ferdinand Fehling	Berlin 1911
23: Auswärtige Acten	5. Bd. hrsg. M. Hein	Berlin 1929

Vast, Henri (éd.): Les grands traités du règne de Louis XIV. 3 Teile. Paris 1893 bis 1899.

Witt, Johan de: Brieven geschreven en gewisselt tusschen den heer Johan de Witt en de gevolmachtigden van den Staet der Vereenighde Nederlanden (1652-1669). 6 Bde. 's Gravenhage 1723-1725.

Für die umfangreichen niederländischen Veröffentlichungen über die Kriege 1665-1666 u. 1672-1678 vgl. Bibliotheca Historica Neerlandica III: Catalogus van oude en nieuwe boeken over Nederlandsche geschiedenis voorhanden bij Martinus Nijhoff. 's Gravenhage 1932. IV S. 25-44. - Lokalgeschichte: Bibliotheca Historico-Geographica-Neerlandica III: Catalogus van oude en nieuwe boeken... over Nederlandsche plaatsbeschrijving en plaatselijke geschiedenis voorhanden bij Martinus Nijhoff. 's Gravenhage 1934. Deel V und VI.

3. Schrifttum

ABERG, Alf: Karl XI. Stockholm 1958.

AITZEMA, Lieuwe van: Saken van Staet en Oorlogh. Haag 1669-1672. (3.-6. Teil: 1645 bis 1668).

ALPEN, Johannes ab: Decadis de vita et rebus gestis Christophori Bernardi episcopi et principis Monasteriensis pars I et II. Münster 1694 u. 1703. (Deutsche gekürzte Übersetzung: Leben und Thaten Christoph Bernhards von Galen, Bischofs und Fürsten von Münster, Administratos von Corvey. Genommen aus dem Lateinischen des Herrn Johann von Alpen. Münster 1790).

ANDERSSON, Ingvar: Sveriges Historia. 5. Aufl. Stockholm 1960 (besonders S. 222-231 mit Schrifttum).

ANDRE, Louis: Louis XIV et l'Europe. Paris 1950.

ASHLEY, Maurice: England in the Seventeenth Century (1603-1714). London 1952.

AUERBACH, Bertrand: La France et le Saint Empire Romain Germanique depuis la paix de Westphalie jusqu'à la Révolution Française. (Bibliothèque de l'Ecole des Hautes Etudes 196). Paris 1912.

BADALO-DULONG, Claude: Trente ans de diplomatie française en Allemagne, Louis XIV et l'Electeur de Mayence (1648-78). Paris (1956).

BADING, Theodor: Die innere Politik Christoph Bernhards von Galen, Fürstbischofs von Münster. In: (Westf.) Zschr. für Vaterländ. Gesch. 69 (Münster 1911) I S. 179; gesondert gedr. Phil. Diss. Münster 1912.

BARZ, Maria: Die Wahl Ferdinands von Fürstenberg zum Coadjutor von Münster unter Christoph Bernhard von Galen 1667/1668. (Phil. Diss. Münster 1920. Maschinenschr.).

BEEKMAN, Anton Albert: De Oorlog van 1672. (Geschiedkundige Atlas van Nederland. Tekst bij Kaart X). 's-Gravenhage 1922.

BEINS, L.: Jan de Witt en zijne buitenlandsche politiek 1653-1660. Groningen 1871.

BERKENKAMP, Heinrich: Das Fürstentum Corvey unter dem Administrator Christoph Bernhard von Galen, Bischof von Münster, 1661-1678. (Beiträge zur Geschichte Niedersachsens und Westfalens Heft 40). Hildesheim 1913.

- BERTRAM, Adolf, Kardinal: Geschichte des Bistums Hildesheim. 3. Bd. Hildesheim u. Leipzig 1925.
- BESSEN, Georg Josef: Geschichte des Bistums Paderborn. Paderborn 1820.
- BEYER, Karl Hans: Mecklenburgs Lage im brandenburgisch-schwedischen Kriege während der Jahre 1675–1677. (Phil. Diss. Rostock) Berlin 1913.
- BLOK, Petrus Johannes: Geschichte der Niederlande. 5. Bd. (bis 1702). (Allgemeine Staatengeschichte hsg. v. K. Lamprecht, 1. Abt. 33. Werk). Gotha 1912.
- BÖHMER, Hans: Forschungen zur französischen Bündnispolitik im 17. Jahrhundert. Wilhelm Egon von Fürstenberg und die französische Diplomatie in Deutschland 1668–1672. In: Rhein. Vierteljahrsblätter 4 (Bonn 1934) S. 225–259.
- BOHRN, H.: Sverige, Danmark och Frankrik april 1672 till utbrottet av Sveriges krig med Brandenburg i december 1674. Stockholm 1933.
- BOSCH, L. v.: Schauplatz des Krieges aufgerichtet in den Vereinigten Niederlanden durch die Waffen der Könige von Frankreich und England, Cöllnische und Münsterische Bischöffe etc. 2 Bde. Amsterdam 1675.
- BRAUBACH, Max: Der Aufstieg Brandenburg-Preußens 1640–1815. (Geschichte der führenden Völker Bd. 15). Freiburg 1933.
- Minister und Kanzler, Konferenz und Kabinett in Kurköln im 17. und 18. Jahrhundert. In: Annalen d. Hist. Vereins f. d. Niederrhein 144/45 (1946/47) S. 141–209.
 - Kurköln, Gestalten und Ereignisse aus 2 Jahrhunderten rheinischer Geschichte. Münster 1949.
 - Politische Hintergründe der Mainzer Koadjutorwahl von 1670. In: Rhein. Vierteljahrsbl. 15/16 (1951) S. 313–338.
 - Politik und Kultur an den geistlichen Fürstenhöfen Westfalens gegen Ende des alten Reichs. In: Westf. Zschr. 105 (1955) S. 65–82.
 - Vom Westfälischen Frieden bis zur Französischen Revolution. In: Bruno Gebhardt, Handbuch der Deutschen Geschichte. Bd. 2. 8. Aufl., 3. Nachdr. 1960, S. 203–316 [mit Schrifttum].
 - Kaiserswerth in der Kriegsgeschichte des 17. und 18. Jahrhunderts. In: Düsseldorfer Jahrbuch 34 (1928) S. 137–154.
- BRING, Samuel E.: Bibliografisk Handbok till Sveriges Historia. Stockholm 1934 (besonders S. 446 ff.: Schrifttum für 1675–1678).
- BRINKMANN, Carl: Charles II and the Bishop of Münster in the Anglo-Dutch War of 1665–6. In: The English Historical Review 21 (London 1906) S. 686–698.
- The relations between England and Germany 1660–1688. In: The English Historical Review 24 (London 1909) S. 247–277 und 448–469.
- BRODE, Reinhold: Der Große Kurfürst und der deutsche Fürstenstand in der Epoche von 1672. Halle 1889.
- BRÖKER, Elisabeth: Bernhard von Mallinckrodt bis zur Wahl Christoph Bernhards von Galen (1591–1650). (Münst. Beitr. z. Geschichtsforschg., 3. F. H. 25). (Phil. Diss. Münster) Emsdetten 1939.
- Campagne de Hollande en 1672 sous les ordres de Mr. le Duc de Luxembourg.** La Haye 1759.
- CARLSON, Fredrik Ferdinand: Sveriges Historia under Konungarne af Pfalziska Huset. 2. Teil. Stockholm 1856.
- CATE, S. H. ten: Neerlands glorie. Geschiedenis der Nederlandsche republiek 1648 tot 1713. 2 Bde. Amsterdam 1875 u. 1876.
- CORNELISSEN, Johannes Dominicus Maria: Brief van Christoffel Bernard van Galen aan Paus Clemens IX over de door de katholieke Mogendheden te volgen Politiek in het Voorjaar van 1668. In: Bijdragen en Mededeelingen van het Historisch Genootschap Deel 51 (Utrecht o. J.) S. 131–188.
- CORSTIENS, P.: Bernhard van Galen, vorstbischop van Munster. Rotterdam 1872.
- COURCHELET, Luc d'Esnaens de: Histoire du traité de paix de Nimègue. 2 Bde. Amsterdam und Paris 1754.
- COURTENAY, Thomas Peregrine: Memoirs of the life, works and correspondence of Sir William Temple. 2 Bde. London 1836.
- CRAMER, Hermann: Einige wertvolle Funde aus dem Herdringer Archive. In: Westfälisches Adelsblatt 2 (1925) S. 37–57.

- DEHIO**, Ludwig: Zur Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte des Fürstbistums Münster im 17. und 18. Jahrhundert. In: Westf. Zschr. f. vaterl. Gesch. u. Altertumskunde 79 (Münster 1921) I S. 5-9.
- DEPPING**, Georg Bernard: Geschichte des Krieges der Münsterer und Cölner im Bündnisse mit Frankreich gegen Holland in den Jahren 1672, 1673 und 1674. Münster 1840 [mit 135 politischen Schriftstücken aus französischen Archiven].
- DIEPENBROCK**, Johann Bernard: Geschichte des vormaligen münsterischen Amtes Meppen. Münster 1838.
- DIJK**, H. A. van: Bijdragen tot de geschiedenis der Nederlandsche diplomatie. Handelingen met Frankrijk en Spanje in de jaren 1668-1672. Utrecht 1851.
- DOEBERL**, Michael: Bayern und Frankreich. 2 Bde. München 1900 u. 1903.
- DOMARUS**, Max: Würzburger Kirchenfürsten aus dem Hause Schönborn. Wiesentheid 1951.
- DROYSEN**, Johann Gustav: Geschichte der Preußischen Politik. 3. Teil 3. Abt. Leipzig 1865.
- EGERTON**, H. E.: British Foreign Policy in Europe. Glasgow 1917.
- EILERS**, Eilhart: Friedrich von Jena. Ein Beitrag zur politischen Geschichte des Großen Kurfürsten. (Phil. Diss.) Leipzig 1936.
- ELSNER VON GRONOW**, Ruth: Die öffentliche Meinung in Deutschland gegenüber Holland nach 1648. (Phil. Diss.) Marburg 1914.
- ELZINGA**, Simon: Het voorspel van den Oorlog van 1672. De economisch-politischen betrekkingen tusschen Frankrijk en Nederland in de jaren 1660 tot 1672. Haarlem 1926.
- ENNEN**, Leonhard: Frankreich und der Niederrhein, oder Geschichte von Stadt und Kurstaat Köln seit dem 30jährigen Kriege bis zur französischen Occupation, Bd. 1. Köln und Neuß 1855.
- ERDMANNSDOERFFER**, Bernhard: Deutsche Geschichte vom Westfälischen Frieden bis zum Regierungsantritt Friedrichs des Großen. 1648-1740. Berlin 1892.
- Graf Georg Friedrich von Waldeck. Ein preußischer Staatsmann im siebzehnten Jahrhundert. Berlin 1869.
- ERHARD**, Heinrich August: Geschichte Münsters. Münster 1837 [besonders S. 474-548].
- ERLER**, Georg: Tagebuch der Belagerung von Münster vom 8. August bis zum 30. Oktober 1657. In: (Westf.) Zschr. f. vaterl. Gesch. u. Altertumskunde 69 (Münster 1911) I S. 96-178.
- FABRICIUS**, Knud: Griffenfeld. Kopenhagen 1910.
- Skaanes Overgang fra Danmark til Sverige. Bd. 2 u. 3. Kopenhagen 1906 u. 1952.
- FAHLBORG**, Birger: Sveriges förbund med Frankrike 1672. In: Hist. Tidskrift 55 (Stockholm 1935) S. 305-376.
- Sveriges yttre politik 1660-1672. Stockholm 1932, 1949 und 1961 (Kungl. Vitterhets Historie och Antikvitets Akademiens Handlingar).
- FALKMANN**, August: Die sogenannte Münstersche Invasion. Scenen aus der Lippischen Geschichte. In: Lipp. Magazin Jg. 8 (1843) Sp. 1-8, 23-28, 43-50, 63-69 und 86-94.
- FEDERN**, Karl: Mazarin. München 1922.
- FEHLING**, Ferdinand: Die europäische Politik des Großen Kurfürsten 1667-1688. Leipzig 1910.
- FEILING**, Keith: British foreign policy 1660-1672. London 1930.
- FORST**, Hermann: Die deutschen Reichstruppen im Türkenkrieg 1664. In: Mitt. d. Inst. f. österr. Gesch. Erg. Bd. 6 (Innsbruck 1909) S. 634-648.
- Der Reichskrieg gegen die Türken im Jahre 1664. In: Deutsche Geschichtsbll. 1 (Gotha 1900) S. 76-80 u. 176.
- FRANZEN**, August: Französische Politik und Kurkölns Beziehungen zu Frankreich unter Erzbischof Max Heinrich in römischer Sicht. In: Röm. Quartalschr. 52 (Rom 1957) S. 169-210.
- FREUDE**, Albert und Anton HÖLCK: Bevergern in Vergangenheit und Gegenwart. Münster 1952.

- GEISBERG, Max:** Ein Bildnis Christoph Bernhards von Galen im Schlosse Friedrichsborg. In: Westfalen 18 (Münster 1933) S. 91.
- GERHARDT, Martin** und **HUBATSCH, Walther:** Deutschland und Skandinavien im Wandel der Jahrhunderte. Bonn 1950 [besonders 4. Kap.: Die deutsch-skandinavischen Beziehungen in der schwedischen Großmachtzeit].
- GÖHRING, Martin:** Kaiserwahl und Rheinbund von 1658. Ein Höhepunkt des Kampfes zwischen Habsburg und Bourbon um die Beherrschung des Reiches. In: Geschichtl. Kräfte und Entscheidungen, Festschrift Otto Becker (Wiesbaden 1954) S. 65–83.
- GOLDSCHMIDT, Bernhard Anton:** Lebensgeschichte des Kardinal-Priesters Franz Wilhelm, Grafen von Wartenberg etc., Fürstbischofs von Osnabrück und Regensburg, Minden und Verden. Osnabrück 1866.
- GOSSES, I. H.** und **JAPIKSE, N.:** Handboek tot de Staatkundige Geschiedenis van Nederland. 2. Aufl. Haag 1927 [besonders S. 511–577].
- GROSSMANN, Julius:** Der kaiserliche Gesandte Franz von Lisola im Haag 1672–1673. In: Archiv f. österr. Geschichte 51 (Wien 1873) S. 1–193.
– Raimund Montecuccoli. Ein Beitrag zur österreichischen Geschichte des siebzehnten Jahrhunderts, vornehmlich der Jahre 1672–1673. In: Archiv f. österr. Geschichte 57 (Wien 1879) S. 399–462.
- HABERECHEHT, Karl:** Geschichte des Niederrheinisch-Westfälischen Kreises in der Zeit der französischen Eroberungskriege (1667–1697). (Phil. Diss. Bonn) Düsseldorf 1935.
- HALEY, K. H. D.:** William of Orange and the English opposition 1672–74. Oxford 1953.
- HALLER, Johannes:** Die deutsche Publizistik in den Jahren 1668–1674. Heidelberg 1892.
- HANTSCH, Hugo:** Die Entwicklung Österreich-Ungarns zur Großmacht. (Geschichte der führenden Völker 15). Freiburg 1933.
- HARKEMA, H. G.:** De Betrekkingen van het Bisdom Munster tot de Nederlanden, inzonderheid tot Gelderland, tot aan den Vrede van Kleef, 18. April 1666. In: Bijdragen en Mededeelingen der Vereeniging »Gelre« deel 7 (Arnhem 1904) S. 1–65.
- HASSALL, A.:** The History of British Foreign Policy from the earliest Times to 1912. Edinburgh und London 1912.
- HEERS, Franz:** Die Wahl Christoph Bernhards von Galen zum Fürstbischof von Münster. (Beiträge zur Gesch. Niedersachsens und Westfalens 15). (Phil. Diss. Münster) Hildesheim 1908.
- HEIDE, Gustav:** Die Wahl Leopolds I. zum römischen Kaiser. In: Forsch. z. dtsh. Gesch. 25 (Göttingen 1885) S. 1–67.
- HEIDEMANN, Joachim:** Die Grafschaft Lippe zur Zeit des beginnenden Absolutismus (1652–1697). Verfassung – Verwaltung – Auswärtige Beziehungen. In: Lipp. Mitteilungen 30 (1961) S. 15–76 [insbesondere S. 59–60].
- HEIGEL, Karl Theodor:** Das Project einer Wittelsbachischen Hausunion unter Schwedischem Protectorat 1667–1697. (Quellen u. Abhandl. zur neueren Gesch. Bayerns). München 1884.
- HEIJNEN, F. C.:** Jongste literatuur over Christoph Bernard van Galen. In: De Wachter Jg. 1873 Nr. 9.
- HEIMEIER, Wilhelm:** Die politischen Beziehungen des Bistums Münster zum Fürstentum Ostfriesland während der Regierung des Fürstbischofs Christoph Bernhard von Galen 1650–1678. Münster 1913.
- HEINEMANN, Otto v.:** Geschichte von Braunschweig und Hannover. Bd. 3. Gotha 1892.
- HEINERMANN, Theodor:** Frankreich und der Geist des Westfälischen Friedens. Stuttgart und Berlin 1941.
- HINZ, G.:** Territorialstaatsbewußtsein und Reichsgedanke beim deutschen Reichsfürstenstand im 17. Jahrhundert. (Phil. Diss. Göttingen 1956. Maschinenschr.).
- HIRSCH, Ferdinand:** Brandenburg und England 1674–1679. Teil 1. (Wissenschaftl. Beilage z. Jahresber. d. Königsstädtischen Realgymnasiums zu Berlin). Berlin 1898. Teil 2 ebd. 1899.
– Das Tagebuch Dietrich Sigismund v. Buchs. Teil 1 u. 2. (Veröffentl. d. Vereins f. Gesch. d. Mark Brandenburg). Leipzig 1904 u. 1905.
- HOFFSTEDT, Ragnar:** Sveriges utrikespolitik under krigsåren 1675–1679. Uppsala 1943.
- HÖJER, Magnus:** Ofversigt af Sveriges yttre politik under åren 1676–1680. Ett bidrag till Johan Gyllenstiernas historia. Uppsala 1875.

- HÖTZSCH, Otto: Stände und Verwaltung von Kleve und Mark 1666–1697. Urkunden u. Aktenstücke zur Gesch. d. inneren Politik des Kurfürsten Friedrich Wilhelm von Brandenburg 2) Leipzig 1908.
- HÖVEL, Ernst: Christoph Bernhard von Galen und sein mißverständener Streit mit der Stadt Münster. In: Auf Roter Erde Jg. 13 Nr. 1 v. 6. 9. 1952.
- HÖYNECK, Paul Otto: Der Nymwegener Friedenskongreß, die Geschichte der Friedensbeschlüsse von 1678–1679 (Bonner Diss. 1958). Selbst. veröffentl. unter dem Titel: Frankreich und seine Gegner auf dem Nymwegener Friedenskongreß. (Bonner Histor. Forschungen 16) Bonn 1960.
- HUBERT, Eugène: Les Pays-Bas espagnols et la République des Provinces-Unies depuis la paix de Munster jusqu'au traité d'Utrecht 1648–1713. Brüssel 1907.
- HÜBINGER, Paul Egon: Die Anfänge der französischen Rheinpolitik als historisches Problem. In: Hist. Zschr. 171 (1951) S. 21–45.
- HÜER, Hans: Geschichte der Stadt Coesfeld. Nach der Darstellung von Bernhard Sökeland neu bearbeitet und bis zur Gegenwart fortgeführt. Münster 1947.
- Fürstbischof Christoph Bernhard von Galen und sein Baumeister Peter Pictorius (Westfalen, 3. Sonderheft). (Phil. Diss. Münster) Münster 1923.
- HÜSING, Augustin: Fürstbischof Christoph Bernhard von Galen, ein katholischer Reformator des 17. Jahrhunderts. Münster und Paderborn 1887.
- IMMICH, Max: Geschichte des europäischen Staatensystems von 1660–1789. In: Bruno Gebhard, Handbuch der deutschen Geschichte. 3. Auflage (München und Berlin 1906). 2. Abt.
- Papst Innozenz XI. 1676–1689. Berlin 1900.
- ISAACSON, Walter: Geschichte des Niederrheinisch-Westfälischen Kreises von 1648–1667. (Phil. Diss. Bonn) Dinslaken 1933.
- ISRAEL, Ottokar: Der Bielefelder Kreistag von 1671. In: 54. Jahresber. d. Hist. Vereins f. d. Grafschaft Ravensberg Jg. 1947 (Gütersloh 1948) S. 52–69.
- JAGENBURG, Else: Die Diplomatie Brandenburgs zur Zeit des Großen Kurfürsten. (Phil. Diss. Bonn) Würzburg 1936.
- JAPIKSE, Nicolas: De Verwikkelingen tusschen de Republiek en Engeland van 1660 bis 1665. Leiden 1900.
- Johan de Witt. Amsterdam 1915 (Nederl. Hist. Bibl. 9). Deutsch: W. Heggen, Leipzig 1917; 2. Aufl. Amsterdam 1928.
- Prins Willem III. de Stadhouder-Koning. 2 Bde. Amsterdam 1930 u. 1933.
- De Geschiedenis van het Huis van Oranje-Nassau. Bd. 1 (Den Haag 1937), Bd. 2. (Ebd. 1938).
- JENSEN, N. P.: Den skaanske Krig 1675–1679. Kopenhagen 1900.
- JOACHIM, Erich: Die Entwicklung des Rheinbundes vom Jahre 1658. Acht Jahre reichständischer Politik. 1651–1658. Leipzig 1886.
- JOBELMANN, W. H.: Die Reichsexecution gegen Carl XI. von Schweden in den Herzogthümern Bremen und Verden 1675–1680. In: Archiv d. Vereins f. Gesch. u. Alterthümer der Herzogthümer Bremen und Verden und des Landes Hadeln zu Stade 5 (Stade 1875) S. 380–396.
- JÖRGENSEN, A. D.: Peter Schumacher Griffenfeld. 2 Bde. Kopenhagen 1893 u. 1894.
- JORDAAN, D.: De Stad Goor tijdens de Munsterse Oorlogen van 1665–1666 en van 1672–1674. In: Verslagen en Mededeelingen van de Vereeniging tot Beoefening van Overijsselsch Regt en Geschiedenis. 65. Stuk (1950) S. 138–168.
- JUNKERS, Karl: Der Streit zwischen Kurstaat und Stadt Köln am Vorabend des Holländischen Krieges 1667–1672. (Phil. Diss. Bonn) Bonn 1936.
- KAISER, Friedrich Wilhelm: Der niedersächsische Kreis nach dem Westfälischen Frieden 1651–1673. (Phil. Diss. Hamburg) Hamburg 1928.
- KAMPSCHULTE, Heinrich: Chronik der Stadt Höxter. Höxter 1872.
- KASER, Kurt: Geschichte Europas im Zeitalter des Absolutismus und der Vollendung des modernen Staatensystems 1660–1789. Stuttgart 1923.
- KINDEREN, Floris der: De Nederlandsche Republiek en Munster gedurende de Jaren 1650–1666. Leiden 1871. [Zit.: Der Kinderen I].
- De Nederlandsche Republiek en Munster gedurende de Jaren 1666–1679. Leiden 1874 [Zit.: Der Kinderen II].

- KLOPP, Onno: Geschichte Ostfrieslands. Hannover 1854 u. Osnabrück 1856.
- KNUST, Heinz: Alexander von Velen (1599–1675). Ein Beitrag zur westfälischen Geschichte. (Phil. Diss. Münster) Bochum-Langendreer 1938.
- KÖCHER, Adolf: Geschichte von Hannover und Braunschweig 1648 bis 1714. 1. Teil (1648–1668), 2. Teil (1668–1674). (Publicationen aus den K. Preußischen Staatsarchiven 20. u. 63. Bd.). Leipzig 1884 und 1895.
- KOHL, Wilhelm: Der Übertritt des Grafen Ernst Wilhelm von Bentheim zur katholischen Kirche (1668). In: Jahrb. d. Vereins f. Westf. Kirchengeschichte 48 (Bielefeld 1955) S. 47–96.
- Grundzüge der Politik Christoph Bernhards von Galen. In: Westfalen 34 (Münster 1956) S. 103–132.
- Begegnung des Großen Kurfürsten mit Christoph Bernhard von Galen in Beckum 1677. In: Heimatkal. 1957 f. d. Kr. Beckum S. 16–23.
- Philipp Wilhelm, Herzog zu Pfalz-Neuburg, und Christoph Bernhard, Fürstbischof zu Münster. In: Düsseldorfer Jahrb. 48 (Düsseldorf 1956) S. 47–64 (= Festschr. B. Vollmer).
- Die Reise des Großen Kurfürsten vom Jahre 1677 in seine westlichen Länder. In: Ravensberger Blätter Jg. 1957, S. 189–192.
- Nicolaes Kock aus Zwolle. Fürstlich Münsterischer Generaleinnehmer unter Christoph Bernhard von Galen. In: Verslagen en Mededelingen van de Vereeniging tot Beoefening van Overijsselsch Regt en Geschiedenis 73 (1958) S. 65–80.
- Christoph Bernhard von Galen (1606–1678). In: Westfälische Lebensbilder Bd. 7 (Münster 1959) S. 40–60.
- Nassauische Absichten auf das Bistum Münster. Die Bewerbung Johann Ludwigs Grafen zu Nassau-Hadamar um den Bischofsstuhl, 1650. In: Westfalen 36 (Münster 1958) S. 91–102.
- Domdechant Bernhard von Mallinckrodt. In: Heimatkal. Kr. Beckum Jg. 1961, S. 66–74.
- Der Streit um die Herrschaft Borkeloh. In: Unser Bocholt 12 (Bocholt 1961) Heft 2 S. 21–25.
- Die Missionierung niederländischer Grenzgebiete durch Minoriten aus Bocholt und Zwillbrock. In: Unser Bocholt 12 (Bocholt 1961) Heft 4 S. 20–24.
- Kriegsrat auf Haus Assen 1673. In: Heimatkal. 1962 f. d. Kr. Beckum, S. 74–81.
- Nikolaus von Zitzwitz 1634–1704. In: Westfalen 40 (Münster 1962) S. 180–185 (Festschr. K. Zuhorn).
- Zwillbrock, Gründung Christoph Bernhards. In: Auf Roter Erde 18. Jg. N. F. Nr. 42 (Aug. 1962) S. 1.
- Die abgebrochene Belagerung Bocholts im Dezember 1665 und ihre politischen Hintergründe. In: Unser Bocholt Jg. 1962 Heft 4 S. 12–16.
- KRÄMER, Frederik Jan Louis: De Nederlandsch-Spaansche Diplomatie vóór den vrede van Nijmegen. Utrecht 1892.
- KRAMER, J.: De Europese Grote Mogendheid, 1648–1697. In: Algemeene Geschiedenis der Nederlanden. Deel 7. Utrecht 1954.
- KRAPPMANN, K. J.: Johann Philipp von Schönborn und das Leibnizsche Consilium Aegyptiacum. In: Zschr. f. d. Gesch. d. Oberrheins. N. F. 45 (1931) S. 185–219.
- LAHRKAMP, Helmut: Ferdinand von Fürstenberg in seiner Bedeutung für die zeitgenössische Geschichtsforschung und Literatur. In: Westf. Zschr. 101/102 (Münster 1953) S. 301–400.
- LANDBERG, Georg: Johann Gyllenstriernas nordiska förbundspolitik i belysning av den skandinaviska diplomatiens traditioner. Uppsala 1935.
- Den Svenska Utrikes Politikens Historia. I 3: 1648–1697. Stockholm 1952.
- LANDWEHR VON PRAGENAU, Moritz: Johann Philipp von Mainz und die Marienburger Allianz von 1671–1672. In: Mitteil. d. Inst. f. österr. Geschichtsforschung Bd. 16 (Wien 1895) S. 583–632.
- Österreichisch-spanische Politik 1663–1673. In: Zschr. f. d. österr. Gymnasien Bd. 56 (Wien 1905) S. 1–23.
- LEFEVRE-PONTALIS, A.: Jean de Witt, Grand Pensionnaire de Hollande. 2 Bde. Paris 1884.

- LEGRELLE, A.: La diplomatie française et la succession d'Espagne. Bd. 1. 2. Aufl. Braine-le-Comte 1895.
- LEHMANN, Max: Preußen und die katholische Kirche seit 1640. 1. Theil von 1640-1740. (Publ. aus den K. Preuß. Staatsarchiven Bd. 1). Leipzig 1878.
- LEHR, K.: Die Frage einer französischen Reichsstandschaft. Phil. Diss. Frankfurt 1941.
- LODGE, Richard: The History of England from the Restauration to the Death of William III. (The Political History of England VIII). London 1910.
- LONGHAY, Henri: La rivalité de la France et d'Espagne aux Pays-Bas. Brüssel 1896.
- LÜBBING, Hermann: Oldenburgische Landesgeschichte. Oldenburg 1953.
- LUDEN, Heinrich: Biographie Lord William Temples. Göttingen 1808.
- LUNDQVIST, K. G.: Sveriges krig med staden Bremen och politik i samband därmed åren 1665-1666. Stockholm 1893.
- MARQUARDT, Ernst: Christoph Bernhard von Galen. Ein Versuch. Münster 1951.
- MARRE, Heinrich: Die Wehrverfassung der Stadt Münster von den Wiedertäuferunruhen bis zur Regierungszeit Christoph Bernhards von Galen (1536-1650). Münster 1913.
- MAURA, Duque de: Vida y reinado de Carlos II. 3 Bde. Madrid 1942.
- MECENSEFFY, Grete: Im Dienst dreier Habsburger, Leben und Wirken des Fürsten Johann Weikhard Auersperg (1615-1677). In: Archiv f. österr. Gesch. 114 (1938) S. 296-509.
- MECKSTROTH, Ursula: Das Verhältnis der Stadt Münster zu ihrem Landesherrn bis zum Ende der Stiftsfehde (1457). In: Quellen und Forschungen zur Geschichte der Stadt Münster N. F. 2 (Münster 1962) S. 1-196.
- MEINCKE, Friedrich: Der Regensburger Reichstag und der Devolutionskrieg. In: Hist. Zschr. 60 (München u. Leipzig 1888) S. 193-222.
- MEISTER, Aloys: Christoph Bernhard von Galen in französischer Beleuchtung. In: Westfalen 7 (1915) S. 102-104.
- MENTZ, Georg: Johann Philipp von Schönborn, Kurfürst von Mainz, Bischof von Würzburg und Worms. 2 Bde. Jena 1896 u. 1899.
- MINN, Josef: Die Lebensbeschreibungen des Fürstbischofs Christoph Bernhard von Galen im 17. und 18. Jahrhundert. Hildesheim 1907.
- MOLKENBUHR, Fr. Marcellinus: Vita Christophori Bernardi a Galen. Münster 1796.
- MÖLLER, Johann Caspar: Geschichte der vormaligen Grafschaft Bentheim von den ältesten Zeiten bis auf unsere Tage. Lingen 1879.
- MÜLLER, Eugen: Reichsritter Johann von Reumont, Stadtkommandant von Münster und Oberkommandant im Stift Münster (1600-1672). In: Westf. Zschr. 90 (Münster 1934) I S. 171-192.
- MULLER, Pieter Lodewijk: Nederland en de Grootte Keurvorst. 's Gravenhage 1869.
- Nederlands eerste betrekkingen met Oostenrijk toegelicht uit de correspondentie der keizerlijke gezanten te 's Gravenhage 1658-1678. Amsterdam 1870.
- Wilhelm III. von Oranien und Georg Friedrich von Waldeck. Beitrag zur Geschichte des Kampfes um das europäische Gleichgewicht. 2 Bde. 's Gravenhage 1873/1880.
- NEUBOURG, Annemarie: Bernhard von Galen. Der münstersche Krieg und sein Einfluß auf die europäische Politik 1665-1666 (Phil. Diss. Berlin 1922. Maschinenschr.). Auszug in: Jahrb. d. Diss. d. Phil. Fak. Berlin 1921-22 S. 208-10.
- OFFENBERG, Heinrich: Dietrich von Galen, der Vater Christoph Bernhards. In: Zschr. f. vaterl. Gesch. u. Altert. 57 (Münster 1899) I S. 60-89.
- OLOFSON, Sven Ingemar: Efter westfaliska freden. Sveriges yttre politik 1650-1654. Stockholm 1957.
- ONCKEN, Hermann: Die historische Rheinpolitik der Franzosen. Stuttgart und Gotha 1922.
- OPLADEN, Peter: Johann Sternenberg gen. Düsseldorf, Dechant zu Rees, Propst zu Xanten, Weihbischof von Münster (gest. 1662). Ein Beitrag zur Zeit der Gegenreformation. In: Annalen d. Hist. Vereins f. d. Niederrhein 157 (1955) S. 98-146.
- PAGES, G.: L'histoire diplomatique du règne de Louis XIV. In: Revue d'histoire moderne et contemporaine 7 (Paris 1905/6) S. 653-680.
- Le grand électeur et Louis XIV 1660-1688. Paris 1905.

- PETER, Heinrich: Der Streit um die Landeshoheit über die Herrschaft Gemen. In: Zschr. f. vaterl. Gesch. u. Altert. 73 (Münster 1915) I S. 1-114.
- PETERSDORFF, Hermann von: Der Große Kurfürst. Gotha 1926.
- PFEIFFER, Gerhard: Christoph Bernhard von Galen in seinem Verhältnis zu Kaiser und Reich. In: Westf. Zschr. 90 (Münster 1934) I S. 1-32.
- PHILIPPSON, Martin: Der Große Kurfürst Friedrich Wilhelm von Brandenburg. 3 Bde. Berlin 1897-1903.
- Das Zeitalter Ludwigs des Vierzehnten. Berlin 1879.
- PICAVET, Camille Georges: La diplomatie française au temps de Louis XIV. Paris 1930.
- Les dernières années de Turenne 1660-75. Paris (ohne Jahr).
- PIERI, P.: Raimondo Montecuccoli, teorico della guerra. 2 Bde. Turin 1951.
- PIRENNE, Henri: Histoire de la Belgique. Bd. 5. 2. Aufl. Brüssel 1926.
- PLATZHOFF, Walter: Europäische Geschichte im Zeitalter Ludwigs XIV. und des Großen Kurfürsten. Leipzig 1921.
- PRIBRAM, Alfred Francis: Zur auswärtigen Politik des Kurfürsten Friedrich Wilhelm von Brandenburg. In: Forschungen z. Brandenb. u. Preuß. Gesch. 5 (Leipzig 1892) S. 103-133.
- Franz Paul Freiherr von Lisola (1613-1674) und die Politik seiner Zeit. Leipzig 1894.
- Ein Habsburg-Stuart'sches Heiratsproject. In: Mitt. d. Inst. f. österr. Geschichtsf. 29 (Innsbruck 1908) S. 423-466.
- Franz von Lisola und der Ausbau der Tripleliga in den Jahren 1670 und 1671. In: Mitt. d. Inst. f. österr. Geschichtsf. 30 (Innsbruck 1909) S. 444-500.
- PRUTZ, Hans: Analekten zur Geschichte des Großen Kurfürsten. In: Forschungen z. Brandenb. u. Preuß. Gesch. 12 (Leipzig 1899) S. 163-249.
- PUEFENDORFF, Samuel v.: De rebus gestis Friderici Wilhelmi Magni Electoris Brandenburgici commentariorum libri XIX. Leipzig und Berlin 1733.
- RAET VON BÖGELSKAMP, F. F. Frhr. v.:** Beyträge zur Geschichte Westphalens, zugleich Versuch einer Provinzialgeschichte der merkwürdigen Grafschaft Bentheim. Münster 1805.
- RAUCHBAR, Johann Georg von: Leben und Taten des Fürsten Georg Friedrich von Waldeck. Hrsg. von Curtze. Arolsen/Speyer 1867-1872.
- RAVE, Wilhelm: Die Geschichte des westfälischen Geschlechtes Rave. Münster 1948 (besonders S. 113-119).
- REDLICH, Oswald: Österreichs Großmachtbildung in der Zeit Kaiser Leopolds I. (Geschichte Österreichs Bd. 6). Wien 1921.
- REGELMEIER, Heinrich: Die politischen Beziehungen der Fürsten Nordwestdeutschlands zu Frankreich und den nordischen Seemächten 1647-76. (Beitr. f. d. Gesch. Niedersachsens und Westfalens 17). Hildesheim 1909.
- RHEINDORF, Kurt: Zur französischen Außenpolitik des Jahres 1656. In: Historische Aufsätze. Festschr. Aloys Schulte (Düsseldorf 1927) S. 214-223.
- RIBBECK, Walther: Briefe Rotger Torcks an Ferdinand von Fürstenberg. In: Westf. Zschr. f. vaterl. Gesch. u. Altert. 52 (Münster 1894) I S. 12-35.
- Die auswärtige Politik Christoph Bernhards von Galen in den Jahren 1665 bis 1678. In: Zschr. f. vaterl. Gesch. u. Altert. 52 (Münster 1894) I S. 36-201.
- Johann Rodger Torck in seinem Verhältnis zu der Politik seiner Zeit und in seinen Beziehungen zu den Bistümern Minden, Münster und Paderborn in den Jahren 1660-78. In: Forsch. z. Brandenb. u. Preuß. Gesch. 8, 2 (Leipzig 1895) S. 151-168 (469-486).
- RITTER, P.: Leibniz' ägyptischer Plan. Darmstadt 1930.
- ROBERT, F. des: Les campagnes de Turenne en Allemagne 1672-75. Nancy 1905.
- RÖHRIG, Herbert: Johann Duve, Aufstieg und Untergang des ersten hannoverschen Unternehmers. In: Hannoversche Geschichtsblätter N. F. 15 (1961) S. 227-280.
- ROSS, K. E.: Die Politik des Großen Kurfürsten während des Krieges gegen Frankreich 1672-75 mit besonderer Berücksichtigung des Separatfriedens von Vossem vom 6. 1673 und des Zuges nach dem Elsaß im Herbst 1674. Jena 1903.
- ROTHERT, Hermann: Westfälische Geschichte. 3. Bd.: Absolutismus und Aufklärung. Gütersloh 1951; Neudr. 1962.
- ROUSSET, C.: Histoire de Louvois et de son administration politique et militaire. 4 Bde. Paris 1861-64.

- ROWEN, Herbert H.: The Ambassador prepares for war; the Dutch Embassy of Arnould de Pomponne 1669-1671. 's Gravenhage 1957.
- RUVILLE, Alexander v.: Die kaiserliche Politik auf dem Regensburger Reichstag von 1653-54. Berlin 1896.
- SAINT-PREST, J. Y. de (J. F. Bernard): Histoire des traités de paix, et autres négociations du dix-septième Siècle, depuis la paix de Vervins jusqu' à la paix de Nimègue. 3 Bde. Amsterdam u. Den Haag 1725.
- SAUER, Wilhelm: Die Bestrebungen Münsters nach Reichsfreiheit. In: Zschr. f. vaterländ. Gesch. u. Altertumskunde Westfalens 30 (1872) S. 103.
- SCHATTENBERG, Friedrich: Die Erwerbung des Amtes Thedinghausen durch das Haus Braunschweig-Lüneburg im Frieden von Celle 1679. Rostock 1921.
- SCHAUMBURG, E. von: Fürst-Bischof Bernhard von Galen und die Stadt Münster. Eine historische Studie. Münster 1853.
- Bischof Bernard von Galens erste Streitigkeiten mit Münster. Belagerung der Stadt im Jahre 1657. In: Zschr. f. vaterl. Gesch. u. Altert. 14 (Münster 1856) S. 197-290.
- SCHIECHL, Franz: Leopold I. und die österreichische Politik während des Devolutionskrieges 1667-68. Leipzig 1887.
- SCHILFGAARDE, A. P. van: De Graven van Limburg Stirum in Gelderland en de Geschiedenis hunner Bezittingen. 1. Stuk. Assen 1961.
- SCHMIDLIN, Joseph: Christoph Bernhard von Galen und die Diözese Münster nach seinen Romberichten. In: Westfalen 2 (Münster 1910) S. 1 u. 65.
- SCHMIDT, Walther: Geschichte des niedersächsischen Kreises vom Jahre 1673 bis zum Zusammenbruch der Kreisverfassung. In: Niedersächs. Jahrb. f. Landesgesch. 7 (Hildesheim 1930) S. 1-134.
- SCHMITZ-KALLENBERG, Ludwig: Eine Chronik des Fraterherrenhauses in Münster über die Jahre 1650-1672. In: Zschr. f. vaterl. Gesch. u. Altert. 68 (Münster 1910) I S. 338-362.
- SCHNATH, Georg: Geschichte Hannovers im Zeitalter der neunten Kur und der englischen Sukzession 1674-1714. Bd. 1. (Veröff. d. Hist. Kommission f. Hannover, Oldenburg, Braunschweig-Lüneburg, Schaumburg-Lippe und Bremen XVIII). Hildesheim u. Leipzig 1938.
- SCHÜCKING, Lothar Engelbert Levin: Christoph Bernhard von Galen, Fürstbischof von Münster. Ein Charakterbild des Barocks (1606-1678). Emsdetten 1940.
- SCHULTE, Eduard: Begebenheiten in Stadt und Stift Münster 1553-1815. In: Westf. Zschr. 88 (Münster 1931) I S. 131-185 [besonders S. 137-147].
- SCHULTZ, Alwin: Geschichte des Vertrages von Vossém. (Wissenschaftl. Beilage z. Jahrbeser. d. Hansaschule zu Bergedorf b. Hamburg). Hamburg 1901 u. 1902.
- SCHWAIGER, Georg: Kardinal Franz Wilhelm von Wartenberg als Bischof von Regensburg (1649-1661). (Münchener Theol. Studien. I. Histor. Abt. Bd. 6). München 1954.
- SICCAMA, J. H. H.: Schets van de 'diplomatische betrekkingen tusschen Nederland en Brandenburg 1596-1678. Utrecht 1867.
- SMIT, C.: De buitenlandsche politiek van Nederland. 1. Deel. 's-Gravenhage 1945.
- SPIEGEL, Käthe: Wilhelm Egon von Fürstenbergs Gefangenschaft und ihre Bedeutung für die Friedensfrage 1674-1679. (Rheinisches Archiv 29). Bonn 1936.
- STILLE, Arthur: Fälttågen i Skåne 1676-1679. In: Hist. Tidskrift 21 (1901) S. 25-73.
- STRECKER, Arthur: Franz von Meinders. Ein brandenburg-preußischer Staatsmann im 17. Jahrhundert. (Staats- und sozialwissenschaftl. Forschungen hrsg. v. Schmoller Bd. 11). Leipzig 1892.
- STRICH, Michael: Das Kurhaus Bayern im Zeitalter Ludwigs XIV. und die europäischen Mächte. Bd. 1. München 1933.
- SYPESTEYN, J. W. van: Nederland en Brandenburg in 1672 en 1673. 's-Gravenhage 1863. - en J. B. de BORDES: De verdediging van Nederland in 1672 en 1673. 's-Gravenhage 1850.
- The life of Edward Hyde Earl of Clarendon. Oxford 1761.
- TIBUS, Adolf: Johann Rodger Torck, Domdechant zu Münster, Dompropst zu Minden und Domkapitular zu Paderborn. In: (Westf.) Zschr. f. vaterl. Gesch. u. Altert. 52 (Münster 1894) I S. 202-226.
- TREUE, Wilhelm: Deutsche Geschichte von 1648-1740. Berlin 1956.

- TREVELYAN, M. C.:** William the third and the defence of Holland 1672-1674. London 1930.
- TRIVELLINI, Anna Maria:** Il Cardinale Francesco Buonvisi, Nunzio a Vienna (1675 a 1689). Firenze 1958.
- TÜCKING, Karl:** Geschichte des Stifts Münster unter Christoph Bernard von Galen. Münster 1865.
- Nikolaus Drachter, Syndikus der Stadt Münster unter Christoph Bernhard von Galen. In: Zschr. f. vaterl. Gesch. u. Altert. 24 (Münster 1864) S. 203-248.
- VALKENIER, J.:** 't Verweerd Europa. Amsterdam 1742.
- VERSPOHL, Theodor:** Das Heerwesen des münsterischen Fürstbischofs Christoph Bernhard von Galen 1650-1678. (Beitr. f. d. Gesch. Niedersachsens und Westfalens 18). Hildesheim 1909.
- VAUPELL, Otto:** Rikskansler Grev Griffenfeld. 2 Bde. Kopenhagen 1880 u. 1882.
- VISCH, W. F.:** Geschiedenis van het grafschap Bentheim. Zwolle 1820.
- VRIES, Thom. J. de:** Geschiedenis van Zwolle. Deel II. Zwolle 1961.
- WAGENAAR, J.:** Vaderlandsche historie. Amsterdam 1790-1796.
- WAGNER, Fritz:** Europa im Zeitalter des Absolutismus 1648-1789. (Weltgeschichte in Einzeldarstellungen 5). 2. Aufl. München 1959.
- Frankreichs klassische Rheinpolitik. Der Rheinbund 1658. Stuttgart 1941.
- WAHLBERG, Emil:** Studier rörande Johan Gyllenstiernas verksamhet under krigsåren 1675-1679. Lund 1934.
- WEDDIGEN, Th.:** Die Grafschaft Ravensberg im Jahre 1673. In: 12. Jahrb. d. V. f. d. Gesch. d. Grft. Ravensberg (1898) S. 20 ff.
- WEIBULL, Carl Gustav:** Freden i Roskilde den 26. 2. 1658. Stockholm 1958.
- WICQUEFORT, Abraham de:** Histoire des Provinces-Unies des Pais-Bas depuis le parfait etablissement de cet Estat par la paix de Munster. 4 Bde. (1648-1678). Amsterdam 1861-1874.
- WIENS, Eberhard:** Sammlung fragmentarischer Nachrichten über Christoph Bernhard von Galen. Münster 1834.
- Die Belagerung der Stadt Münster im Jahre 1661 durch Christoph Bernard von Galen. Aus einer gleichzeitigen Handschrift mitgeteilt. In: (Westf.) Zschr. f. vaterl. Gesch. u. Altert. 10 (Münster 1847) S. 170-189.
- Rechtfertigung einiger Klagen des Fürstbischofs Christoph Bernhard von Galen über die Verrätereien der Generalstaaten. Münster 1843.
- WIMARSON, Nils:** Sveriges krig i Tyskland 1675-1679. 3 Bde. Lund 1897, 1903 u. 1912.
- WOLF, Adam:** Fürst Wenzel Lobkowitz, erster Geheimer Rat Kaiser Leopolds I. 1609 bis 1677. Wien 1869.
- ZUSCHLAG, Annaliese:** Die Rolle des Hauses Braunschweig-Lüneburg im Kampfe um Hamburgs Reichsfreiheit gegen Dänemark 1675-92. (Quellen u. Darstellungen z. Gesch. Niedersachsens 40). Hildesheim u. Leipzig 1934.
- ZWIEDINECK-SÜDENHORST, Hans von:** Die öffentliche Meinung in Deutschland im Zeitalter Ludwigs XIV. 1650-1700. Stuttgart 1888.
- Deutsche Geschichte im Zeitraum der Gründung des preußischen Königiums. 1. Bd.: Vom Westfälischen Frieden bis zum Tode des Großen Kurfürsten. Stuttgart 1890.
- ZWINGMANN, Heinrich:** Der Kaiser im Reich und Christenheit im Jahrhundert nach dem Westfälischen Frieden. Bd. 1: Die Mobilmachungen des immerwährenden Reichstages von 1663. Leipzig 1913.

ABKÜRZUNGEN

- ADB. Allgemeine Deutsche Biographie
 AV. Archiv des Altertumsvereins Münster, Depositum im Staatsarchiv Münster
 BM. London, British Museum
 CA. Paris, Ministère des Affaires Etrangères, Archives: Correspondance d'Allemagne
 Cal. Ba. Niedersächsisches Staatsarchiv Hannover: Calenberger Briefarchiv
 CB. Paris, Ministère des Affaires Etrangères, Archives: Correspondance de Brunswick
 CC. wie vor: Correspondance de Cologne
 Ce. BA. Niedersächsisches Staatsarchiv Hannover: Celler Briefarchiv
 CH. Paris, Ministère des Affaires Etrangères, Archives: Correspondance d'Hollande
 CM. wie vor: Correspondance de Munster
 CP. wie vor: Correspondance du Palatinat
 DK. Prod. Staatsarchiv Münster: Domkapitel Münster, Produkte
 DK. Prot. wie vor: Domkapitel Münster, Protokolle
 DZA. Deutsches Zentralarchiv, Zweigstelle Merseburg (früher Preußisches Geheimes Staatsarchiv Berlin-Dahlem)
 E. Staatsarchiv Münster: Haus Ermelinghof
 Ep. ad Vatikantisches Archiv in Rom: Epistolae ad principes
 principes
 FA. Österreichisches Staatsarchiv (Haus-, Hof- und Staatsarchiv) in Wien: Friedensakten
 FBA. Fürstlich-Bentheim-Steinfurtsches Archiv in Burgsteinfurt
 GA. Gräfl. Galensches Archiv auf Haus Assen
 GR. Staatsarchiv Münster: Fürstentum Münster, Geheimer Rat
 Hofk. R. Österreichisches Staatsarchiv (Haus-, Hof- und Staatsarchiv) in Wien: Hofkanzlei, Reich
 KB. Reichsarchiv Kopenhagen: Deutsche Kanzlei, Herzogtum Bremen
 KM. wie vor: Deutsche Kanzlei, Münster
 KKKS. Hauptstaatsarchiv Düsseldorf: Kurköln, Kriegssachen
 KKPA. wie vor: Kurköln, Politische Angelegenheiten
 KKV. Österreichisches Staatsarchiv (Haus-, Hof- und Staatsarchiv) in Wien: Kanzlei- und Konferenzvota
 KRS. wie vor: Kleine Reichsstände
 L. Gräfl. Landsbergisches Archiv, Depositum im Staatsarchiv Münster
 MLA. Staatsarchiv Münster: Fürstentum Münster, Landesarchiv
 MLA. Mil. wie vor: Fürstentum Münster, Landesarchiv, Militaria
 Msc. wie vor: Handschriften
 MU. wie vor: Fürstentum Münster, Urkunden
 N. Archiv Nordkirchen, Depositum beim Landschaftsverband Westfalen-Lippe in Münster
 NC. Vatikantisches Archiv in Rom: Nunciatura di Colonia
 NWKA. Hauptstaatsarchiv Düsseldorf: Niederrheinisch-westfälisches Kreisarchiv
 OSR. Österreichisches Staatsarchiv (Haus-, Hof- und Staatsarchiv) in Wien: Österreichische Geheime Staatsregistratur
 Partic. Vatikantisches Archiv in Rom: Particolari
 PRO. Public Record Office in London
 R. Archiv von und zur Mühlen auf Haus Ruhr
 RKBR. Österreichisches Staatsarchiv (Haus-, Hof- und Staatsarchiv) in Wien: Reichskanzlei, Berichte aus dem Reich
 SLA. Staatsarchiv Münster: Fürstentum Siegen, Landesarchiv
 St. Reichsarchiv in Stockholm
 St. BA. Niedersächsisches Staatsarchiv in Hannover: Stader Briefarchiv
 UA. Urkunden und Aktenstücke (s. gedruckte Quellen)
 Vesc. Vatikantisches Archiv in Rom: Vescovi
 WZ. Westfälische Zeitschrift (Zeitschrift für vaterländische Geschichte und Alterthumskunde)

ABBILDUNGEN

a) *Bildnisse* (S. 555–562)

1. Christoph Bernhard von Galen, im Hintergrund die Stadt Münster, Eigentümer: Graf von Galen, Haus Assen (Kr. Beckum). Foto: Landesdenkmalamt Münster. Vgl. Rolf Fritz: Wolfgang Heimbach. Hofmaler Christoph Bernhards von Galen, in: Westfalen 40 (1962) S. 315–332.
2. Christoph Bernhard von Galen zu Pferde, im Hintergrund die Stadt Münster. Eigentümer: Graf von Galen, Haus Assen. Foto: Landesdenkmalamt Münster.
3. Bernhard von Mallinkrodt, Domdechant zu Münster. Eigentümer: Stadt Köln. Foto: Rheinisches Bildarchiv Köln.
4. Christoph Bernhard von Galen. Eigentümer: Freiherr von Twickel, Havixbeck (Kr. Münster). Foto: Landesdenkmalamt Münster.
5. Heinrich von Galen, Bruder des Fürstbischofs. Eigentümer: Graf von Galen, Haus Assen. Foto: Landesdenkmalamt Münster.
6. Wilhelm Graf von Bentheim mit seiner Gemahlin Gertrud von Zelst und Kindern. Eigentümer: Fürst von Bentheim-Steinfurt, Burgsteinfurt. Foto: Landesdenkmalamt Münster.
7. Wilhelm von Fürstenberg, Dompropst zu Münster und Domdechant zu Salzburg, Fürstlich Münsterscher Geheimer Rat, Päpstlicher Kämmerer. Eigentümer: Graf von Fürstenberg, Herdringen (Kr. Arnsberg). Foto: Landesdenkmalamt Münster. Vgl. Abb. 9.
8. Johann Beveren von Twickel, Drost zu Rheine und Bevergern. Eigentümer: Freiherr von Twickel, Havixbeck (Kr. Münster). Foto: Landesdenkmalamt Münster.
9. Wilhelm von Fürstenberg, Dompropst zu Münster und Domdechant zu Salzburg, Fürstlich Münsterscher Geheimer Rat, Päpstlicher Kämmerer. Eigentümer: Freiherr von Fürstenberg, Herdringen (Kr. Arnsberg). Foto: Landesdenkmalamt Münster. Vgl. Abb. 7.
10. Werner Zurmühlen, Dr. jur. utr., Fürstlich Münsterscher Vizekanzler und Hofrat. Eigentümer: Dr. von und zur Mühlen, Merlsheim (Kr. Höxter). Foto: Ertmer, Paderborn.
11. Matthias Korff-Schmising, Domkürster zu Münster und Domdechant zu Hildesheim, Fürstlich Münsterscher Geheimer Rat. Eigentümer: Graf von Korff-Schmising, Tatenhausen (Kr. Halle/Westf.). Foto: Metzdorf, Münster. Schlechter Erhaltungszustand.
12. Friedrich Korff-Schmising, Komtur zu Frankfurt und Münsterischer Geheimer Rat. Eigentümer: Graf von Korff-Schmising, Tatenhausen (Kr. Halle/Westf.). Foto: Metzdorf, Münster. Schlechter Erhaltungszustand.

b) *Schriftstücke* (Taf. I–XIII)

- I/II. Eigenhändiger Bericht des Fürstbischofs Christoph Bernhard von Galen an Papst Alexander VII., Coesfeld 8. Juni 1657 (erste und letzte Seite). Vatikanisches Geheimarchiv: Epistole dei Vescovi 41 Bl. 172 ff.
- III/IV. Schreiben des Fürstbischofs Ferdinand von Fürstenberg an Christoph Bernhard, Neuhaus 17. Juli 1665, mit eigenhändiger Marginalresolution des Letzteren. Staatsarchiv Münster: Fürstentum Münster, Landesarchiv 540 b Band 3.
- V. Schreiben Christoph Bernhards an Ferdinand von Fürstenberg, Sassenberg 26. April 1678. Nicht abgegangene Ausfertigung mit Verbesserungen von der Hand des Geheimen Sekretärs Bruchhausen. Staatsarchiv Münster: Fürstentum Münster, Landesarchiv 540 b Band 5.
- VI. Schreiben Franz Egons Graf von Fürstenberg an Christoph Bernhard, Bonn 17. Juni 1673, mit Marginaldekret von der Hand des Geheimen Sekretärs Bruchhausen. Staatsarchiv Münster: Fürstentum Münster, Landesarchiv, Militaria Nr. 2070.
- VII. Protokoll einer Sitzung des Geheimen Rats von der Hand des Geheimen Sekretärs Bruchhausen, Coesfeld 12. Mai 1674. Staatsarchiv Münster: Fürstentum Münster, Geheimer Rat Nr. 597.
- VIII. Gravamina des Domkapitels zu Münster mit eigenhändigen Marginalresolutionen des Fürstbischofs. 1661. Staatsarchiv Münster: Fürstentum Münster, Landesarchiv 2 Nr. 23 e.
- IX. Entwurf des Fürstlichen Dekrets auf die Gravamina des Domkapitels von der Hand des Geheimen Sekretärs Bruchhausen. 1661. Ebd.

- X. Postskript des Domküstlers Matthias Korff-Schmising zum Bericht vom 1. April 1666 an den Fürstbischof, zum Teil nach einem nicht erhaltenen Schlüssel chiffriert. Staatsarchiv Münster: Fürstentum Münster, Landesarchiv 12 Nr. 3.
- XI/XII. Postskript des Vizekanzlers Werner Zurmühlen zum Bericht vom 24. November 1673 an den Fürstbischof, zum Teil chiffriert, mit Auflösungen durch den Geheimen Sekretär Bruchhausen (erste und letzte Seite). Staatsarchiv Münster: Fürstentum Münster, Landesarchiv 533 Nr. 3 Band 1.
- XIII. Entwürfe des Geheimen Rats Bernhard von Wydenbrück zu fürstlichen Reskripten an die Beamten zu Horstmar und die Räte zu Münster, Ahaus 25. Februar 1669. Staatsarchiv Münster: Fürstentum Münster, Landesarchiv 62 I Nr. 97.

c) Siegel (Taf. XIV)

Obere Reihe, links: Siegel 1 (klein. Form), rechts: Siegel 4

Mitte: Siegel 3

Untere Reihe, links: Siegel 1 (größ. Form), rechts: Siegel 2

1. 1650–1653: oval, 23 x 20 (in größerer Form 29 x 26) mm. Wappenschild geviertelt: 1 und 4: Querbalken (Fürstbistum Münster), 2 und 3: drei Wolfsangeln 2 : 1 (Galen). Darüber Mithra, rechts Krummstab, links Schwert, begleitet von c(HRISTOPHORUS) b(ERNARDUS) e(PISCOPUS) m(ONASTERIENSIS).
2. Kammeriegel (seit 1653): rund, Durchmesser 33 mm. Wappenschild geviertelt mit Herzschild. 1 und 4: Querbalken (Fürstbistum Münster), 2 und 3 geteilt, oben 3 Vögel (Burggrafschaft Stromberg). Herzschild: drei Wolfsangeln 2 : 1 (Galen). Umschrift: SIGILLUM CAMERAE EPIS(COPI) ET PRINCIPIS MONAST(ERIENSIS).
3. Großes Siegel, rund, Durchmesser 87 mm. Wappenschild zweimal gespalten und einmal geteilt. 1 und 6: geteilt, oben drei Vögel (Stromberg); 2 und 5: Querbalken (Münster); 3 und 4: drei Kugeln 2 : 1 (Borculo). Herzschild: 3 Wolfsangeln 2 : 1 (Galen). Darüber 4 Helme mit Zier von rechts nach links: Stromberg, Galen, Münster, Borculo. Zwischen dem 2. und 3. Helm Mithra, rechts Krummstab, links Schwert. Umschrift: SIGIL(LUM) CHRIS(TOPHORI) BERN(ARDI) D(EI) GRA(TIA) EPIS(COPI) MONAST(ERIENSIS) S(ACRI) R(OMANI) I(MPERII) PRINCIPIS BURGG(RAVII) STROMBERG(ENSIS) ET D(OMI)NI IN BORKELO.
4. 1664: Oval 36 x 33 mm. Wappenschild zweimal gespalten und zweimal geteilt. 1 und 6: Fürstabei Corvey; 2 und 8: Querbalken (Fürstbistum Münster); 3 und 7: geteilt, oben 3 Vögel (Burggrafschaft Stromberg); 4 und 9: drei Kugeln 2 : 1 (Herrschaft Borculo). Herzschild: drei Wolfsangeln 2 : 1 (Galen). Darüber Mithra, rechts Schwert, links Krummstab; links und rechts je 2 Helme, von rechts nach links Stromberg, Galen, Münster, Borculo. Umschrift: CHRIS(TOPHORUS) BERN(ARDUS) D(EI) G(RATIA) EP(ISCOPUS) MON(ASTERIENSIS) ADM(INISTRATOR) CORB(EIENSIS) BURGG(RAVIUS) STR(OMBERGENSIS) S(ACRI) R(OMANI) I(MPERII) PR(INCEPS) E(T) D(OMINUS) BORC(ULENSIS).

I. KAPITEL

DIE WAHL

Wenn jemals der Satz, daß große Ereignisse ihre Schatten vorauswerfen, Gültigkeit hat, so für die Anfänge Christoph Bernhards von Galen als Landesherr. Die Vorgänge um seine Wahl erschütterten das Stift bis in seine Tiefen. Mehr als ein Jahrzehnt klangen die unmittelbaren Folgen nach. Die Tatsache ist um so seltsamer, als das Domkapitel sich bei dieser Wahl gerade von dem Gesichtspunkt leiten ließ, dem Land in Zukunft ein ruhigeres Schicksal zu bereiten. Zwar hatte die bisherige Verbindung mit dem Erzstift Köln bei dauernder Abwesenheit des Landesherrn den Ständen eine nicht unwillkommene Freiheit von fürstlicher Bevormundung beschert, aber andererseits drohte die Herrschaft des Hauses Wittelsbach, selbst wenn es so friedliche Vertreter wie den letzten Kurfürsten entsandte, das Land in großräumige Verwicklungen hineinzuziehen, die Geld kosteten und keinen Nutzen brachten. So scheint schon vor dem Ableben Kurfürst Ferdinands der Gedanke, in Münster einen einheimischen Domherrn zu seinem Nachfolger zu wählen, an Raum gewonnen zu haben. Sicherlich spielte dabei der Wunsch mit, die Geschicke des Fürstentums einem nicht durch fremde Aufgaben abgelenkten Manne anzuvertrauen, um den im Dreißigjährigen Krieg an den Rand des Unterganges und wirtschaftlichen Verderbens geratenen Staatswagen wieder auf glücklichere Bahnen zu lenken. Der letzte Punkt darf indes nicht überschätzt werden. Den Ständen lag an ihrer Freiheit und dem eigenen Wohlergehen mehr als an der Kräftigung des Staatswesens. Nur das Domkapitel dachte vielleicht anders. Sein ausgedehnter Besitz verband es eng mit dem Wohl und Wehe des ganzen Staates. Gerade das Kapitel war aber bei der Neuwahl der entscheidende Faktor. Von einer strafferen Führung des Landes und Stärkung der bischöflichen Gewalt konnte es sich, ein gutes Einvernehmen vorausgesetzt, viele Vorteile erhoffen. Nicht ganz ohne Einfluß blieb schließlich der persönliche Ehrgeiz der Domherren. Seit 1559 hatte kein Mitglied des Kapitels mehr den bischöflichen Stuhl bestiegen. Der Dompropst deutete selbst darauf hin, welches Unrecht man sich durch die Wahl eines auswärtigen Herrn zufüge¹.

Als Ferdinand von Bayern auf der Reise von Bonn nach Münster, wo er seit 28 Jahren nicht mehr geweiht hatte, am 13. September 1650² nicht ganz unerwartet für immer die Augen schloß, richtete sich die Aufmerksamkeit vieler hoher Herren auf das verwaiste Stift. Münster gehörte zu den vornehmsten Ständen des Reiches. Es war eines der größten und reichsten Bistümer Deutschlands mit beträchtlicher Bevölkerungszahl und einem in Friedens-

¹ Heers, Die Wahl Christoph Bernhards von Galen S. 9.

² An diesem Tage schickte er dem Domkapitel noch die Ankündigung über seine bevorstehende Ankunft in Münster zu (MLA. I, 12 III).

zeiten wohlhabenden Bauernstand, der den zahlreichen geistlichen Stiftern und Klöstern und den noch zahlreicheren adligen Familien ein gutes Auskommen gewährleistete. Der Reichtum der Stadt Münster, die durch den Krieg kaum gelitten und während der Friedensverhandlungen in ihren Mauern so vielen hohen Herren einen nachhaltigen Eindruck gediegenen Wohlstandes vermittelt, befand sich in aller Munde. Gewiß waren die Mittel des Bistums gegenwärtig beschränkt. Das Land lag nach den Verheerungen einer 50jährigen Kriegszeit, auch ohne daß nennenswerte Schlachten auf seinem Boden stattgefunden hatten, verarmt und kraftlos darnieder. Trotzdem kam dem weit in protestantische Gebiete hinein vorgeschobenen katholischen Fürstentum kirchlich und politisch auch jetzt eine erhebliche Bedeutung zu. Sein Verlust an ein evangelisches Fürstenhaus hätte der katholischen Kirche Nordwestdeutschlands einen tödlichen Schlag versetzt. Besonders für das Kurfürstentum Köln, dessen rheinische und westfälische Gebiete bis hin zum personell verbundenen Hildesheim weit verstreut lagen, stellte Münster eine Vormauer gegen den Protestantismus und eine verbindende Klammer zugleich dar. So ist es denn nicht verwunderlich, daß der alternde Kurfürst Ferdinand seine Reise nach Münster mit dem Gedanken antrat, die bewährte Verbindung des Stifts mit Kurköln auch über seinen Tod hinweg zu sichern. Seinem Neffen Maximilian Heinrich, der in den Stiftern Köln, Lüttich und Hildesheim schon die Stelle des Koadjutors innehatte, beabsichtigte er diesen Posten auch in Münster zu verschaffen.

Der Tod nahm ihm die Möglichkeit, seinen Plan zu vollenden. Wie die folgenden Ereignisse zeigen, wäre ihm die Koadjutorei in Münster nicht leicht in den Schoß gefallen, selbst wenn er sein persönliches Gewicht in die Waagschale warf.

So trat nun in Münster und Paderborn, den einzigen Stiftern seines Onkels, in denen Maximilian Heinrich noch nicht Koadjutor war, Sedisvakanz ein³. Zu seinem Präsidenten wählte das münstersche Kapitel für diese Zeit den Domküster Christoph Bernhard von Galen. Die Versammlung bestimmte am 17. Oktober den 14. November als Wahltag. Innerhalb eines Monats konnte die Vorbereitung abgeschlossen werden, und es blieb noch Gelegenheit zu einer Verschiebung, wenn es nötig werden sollte⁴.

Inzwischen traten die Bewerber auf den Plan. Kurfürst Max Heinrich hegte, wie aus seinen Äußerungen gegenüber Bernhard von Mallinckrodt bei der Trauerfeier für seinen verstorbenen Vorgänger in Köln zu schließen ist, große Hoffnungen, auch in Münster Nachfolger seines Oheims zu werden. Der Wiltelsbacher besaß im Domkapitel eine gewisse Anhängerschaft und scheint auch, wenn Johannes Alpen die Wahrheit berichtet, im Volke Zuneigung gefunden zu haben⁵. Friedrich von Fürstenberg zu Bilstein, Drost zu Fredeburg, ging in seinem Auftrage nach Münster⁶. Im Kapitel stand die Kandidatur aber

³ Heers S. 4.

⁴ Ebd. S. 6. Die vom Corpus juris canonici vorgeschriebene Frist zur Neuwahl lief erst am 13. Dezember ab.

⁵ Ebd. S. 8. Ob allerdings die Bemerkung Alpens, die ja erst 1694 zu einer Zeit im Druck erschien, als Maximilian Heinrich Bischof zu Münster war, nicht nur eine Artigkeit gegenüber dem nunmehrigen Landesherrn darstellte, muß dahingestellt bleiben. Vgl. Alpen I S. 7.

⁶ Er hielt am 10. November dem Kapitel Vortrag. Kredential, Bonn 18. 10. 1650: MLA. 1, 12 III. Heers S. 8.

schlechter, als der Kurfürst sich eingestand. Dompropst Otto Heinrich Korff-Schmising lehnte mit Rücksicht auf die persönlichen Belange der Domherrn, die eine beständige Verbindung mit fremden Häusern sehr beeinträchtigte, eine Wittelsbachische Kandidatur ab. Die Lösung des Stifts von der großen Politik lag ihm am Herzen: »Man müsse sich ja nunmehr eines beständigen Friedens verlassen. Mit so mächtigem Haupt sei man nicht gedient«⁷. Die politische Begründung verfehlte ihre tiefe Wirkung auf die Domherren nicht, soweit diese Gesichtspunkte nicht schon vorher unter ihnen Widerhall fanden. Niemand konnte leugnen, daß unter Kurfürst Ernst und seinem Nachfolger Ferdinand das Stift in verhängnisvolle äußere Verwicklungen geraten war, obgleich die beiden Wittelsbacher persönlich friedliche Gedanken hegten. Noch immer tobte der Krieg im Westen zwischen Frankreich und Spanien. Übergriffe der spanischen Soldateska und ihrer Parteigänger in den Rheinlanden waren an der Tagesordnung. Eine Verbindung mit Kurköln hätte auch Münster dieser Streitigkeiten teilhaftig gemacht. Aber auch gegen die Person des Kurfürsten erhoben sich Bedenken. Galen wies darauf hin, daß Maximilian Heinrich nicht die Tatkraft besaß, so viele Stifter gleichmäßig gut zu lenken. Er war zu sehr Geistlicher, als daß er ein guter Herrscher und Feldherr, wie ihn die Zeit forderte, sein konnte⁸. Die Beschreibung des gutwilligen und frommen, aber furchtsamen und unselbständigen, der Alchimie verfallenen⁹ Kurfürsten, die Christoph Bernhard gab, traf zu¹⁰. Der Domküster erhob mit seinen Worten Forderungen an die Fähigkeiten des neuen Bischofs und Landesherrn, die er selbst zu erfüllen haben sollte.

So blieb für Wittelsbach in Münster nicht viel Gutes zu erhoffen. Wollte man Maximilian Heinrich nicht postulieren¹¹, so kam auch schwerlich ein anderer fremder Fürst in Betracht. Der Kölner hätte das als Beleidigung empfunden. Die *Electio ex gremio* bot sich also auch von dieser Seite als willkommener Ausweg an, bei dem man »niemand verzornete«¹².

Indessen fehlte es nicht an anderen auswärtigen Bewerbern. Der bedeutendste war neben dem Kölner der Erzherzog Leopold Wilhelm von Österreich, Bischof zu Straßburg und Passau, ein Sohn Kaiser Ferdinands II. Als Hochmeister des Deutschen Ordens stand er an der Spitze der deutschen Kirchenfürsten. Der Krieg hatte ihm als kaiserlichem Feldmarschall Lorbeeren gespendet, und schließlich wurden ihm die Aufgaben der Landesverwaltung als Statthalter der Spanischen Niederlande vertraut. Er besaß also Vorzüge, die sein persönliches Ansehen weit über das des Erzbischofs von Köln hinaushoben. Hinter ihm stand nicht zuletzt das ganze Gewicht seines kaiserlichen Bruders Ferdinands III.

Der Kaiser war an dem Gang der Geschehnisse in Münster nicht uninteressiert. Sofort nach dem Eintreffen der Nachricht von Kurfürst Ferdinands Tod fertigte er Gesandte zur Beobachtung der Wahl ab¹³. Der kaiserliche Wahlkommissar Johann Ludwig Graf von Nassau verfügte seit seiner Tätig-

⁷ Ebd. S. 9. — ⁸ Ebd. S. 11. — ⁹ Ebd. S. 11 Anm. 3.

¹⁰ In der Kapitularsitzung vom 13. November, einen Tag vor der Wahl.

¹¹ Postulation bedeutet die Aufstellung eines Bewerbers mit kanonischem Hindernis. Hier kommt nur in Frage, daß der Kandidat bereits ein anderes Bistum besitzt. Der Papst mußte in diesem Fall Dispens erteilen.

¹² Heers S. 12. Kaspar Andr. v. Voß in der Sitzung am 10. November.

¹³ Kredenzialien für Melchior Graf v. Hatzfeld und Johann Ludwig Graf v. Nassau, Ebersdorf 3. 10. 1650: MLA. 1, 12 III.

keit als kaiserlicher Gesandter bei den Friedensverhandlungen über eine genaue Kenntnis der münsterischen Verhältnisse. Sein Auftrag schloß größte Zurückhaltung in sich. Neutralität galt als oberste Richtschnur. Nur dann, wenn das Kapitel eine Postulation erwog, sollte die Person des Erzherzogs empfohlen werden, denn der Kaiser schätzte die Aussichten seines Bruders gering, nachdem ihm seine Räte die Bedenken, die dieser Bewerbung entgegenstanden, vorgestellt hatten. Erschwerend wirkte vor allem Leopold Wilhelms Statthalterposten in den Spanischen Niederlanden. Die Gefahr einer Verwicklung des Stifts Münster in die niederländischen Händel, die das Domkapitel so sehr fürchtete, lag allzu nahe. Im übrigen zögerte der Kaiser, dem Haus Bayern, dem er ältere Anrechte auf Münster zubilligte, mit der Bewerbung Leopold Wilhelms in den Weg zu treten. Eine Verärgerung des Münchener Hofes konnte bei der nächsten Kaiserwahl teuer zu stehen kommen. Immerhin hielt man in Wien die Absendung eines Wahlkommissars für zweckmäßig, weil einige Domherren vielleicht auf eine engere Verbindung mit dem Kaiserhaus zum Schutz gegen Hessen-Kassel und die Generalstaaten Wert legten, die beide »auf diesem Stift mit ein geringes Aug haben«¹⁴. Dem Kaiser lag bei der Absendung mehr an der Ergründung der Persönlichkeit, die aus der Mitte des Domkapitels gewählt werden sollte. Wenn es nur ein Mann war, der »nit allein das Bistumb in geist- und weltlichen Sachen wohl gubernieren und regieren, sondern auch ermelten Stift vor allem unversehnen Gewalt und Zunötigung schützen könde«, und wenn er nur dem »Erzhaus nicht zuwider sei«, so wollte man in Wien schon zufrieden sein und den eigenen Bewerber fallen lassen¹⁵.

Graf Johann Ludwig erklärte sich gern bereit, den kaiserlichen Auftrag zu übernehmen, denn, so teilte er freudig erregt nach Wien mit: Man denke im Domkapitel auch an seine eigene Person¹⁶. Wahrlich ein seltsamer Gedanke, denn der Graf besaß aus der Ehe mit seiner verstorbenen Gemahlin eine Reihe Kinder und hatte aus rein politischen Rücksichten erst verhältnismäßig spät seinen Übertritt zur katholischen Kirche vollzogen¹⁷. Daß der Marquis de Grenade in seinem Auftrage bereits nach Münster eilte, deutete er dem Kaiser nur in allgemeinen Worten an. Seine Hoffnungen stellten sich jedoch bald als übertrieben heraus. Wenn man dem in Münster wohlbekannten Herrn auch „so zierlich als möglichen“¹⁸ auf seine Bewerbung antwortete, und wenn er auch als »ein lieber Herr von einem fürnehmen Haus, bei allen Kronen wohl beliebt«¹⁹, Achtung verdiente, so stieß doch seine Wahl angesichts so hochgestellter Gegner auf unüberwindliche Schwierigkeiten²⁰.

Johann Ludwig sah bald ein, daß er auch den kaiserlichen Auftrag auf die Wahrung der Neutralität beschränken mußte. Die Antwort des Domkapitels auf seinen Vortrag ließ die geringe Neigung für eine Kandidatur des

¹⁴ Abschr. des Konferenzprotokolls v. 1. 10. 1650: Ebd.

¹⁵ Instruktion v. 3. 10. 1650: Ebd.

¹⁶ Mengerskirchen 20. 10. 1650: MLA. 1, 12 III.

¹⁷ K. Wolf, Johann Ludwig, Graf von Nassau-Hadamar. In: Nassauische Lebensbilder Bd. 2, Wiesbaden 1943, S. 109–123. Allgem. Deutsche Biographie Bd. 14 S. 258 ff. – Graf Johann Ludwig konvertierte am 8. 9. 1629 in Wien (Mitteilung von Herrn Studienrat K. J. Stahl in Hadamar).

¹⁸ Senior Droste am 10. 11. 1650: DK. Prot. 20 Bl. 55.

¹⁹ Mallinkrodt am 13. 11. 1650: Ebd. Bl. 60.

²⁰ Die Kandidatur Johann Ludwigs ist ausführlich dargestellt von Kohl, Nassauische Absichten auf das Bistum Münster.

Erzherzogs allzu deutlich erkennen²¹. Das Scheitern der österreichischen Kandidatur konnte auch die Abschickung eines Gesandten durch Leopold Wilhelm selbst nicht verhindern²².

Mit weit größeren Aussichten trat Franz Wilhelm Graf von Wartenberg, Fürstbischof zu Osnabrück, in die Bahn. Als einflußreicher Gesandter des Friedentages war auch er in Münster kein Unbekannter. Ihn empfahl seine Verbindung mit dem Hause Bayern, dem er aus morganatischer Ehe entstammte. In München und Köln hätte man mit seiner Wahl einen günstigen Eindruck erweckt, ohne die volle Bindung an Bayern einzugehen²³. Franz Wilhelm kam selbst nach Münster, hielt seine Pläne aber äußerst geheim und ließ nur Beauftragte sprechen. Eine Abordnung des Osnabrücker Domkapitels wies auf die guten Erfahrungen bei früheren Verbindungen beider Stifter hin²⁴. Vorausgesetzt, daß eine Postulation zur Frage stand, neigten Dompropst und -küster zur Person Wartenbergs.

In der letzten Beratung vor der Wahl am 13. November vertraten jedoch alle Mitglieder des Domkapitels einhellig die Meinung, daß dem Stift unter den augenblicklichen Verhältnissen eine Electio ex gremio am angemessensten sei²⁵. Nach den in Münster üblichen Vorschriften, gemäß der sogen. Union von 1641, durfte vor der Wahl keine Festlegung auf einen bestimmten Bewerber erfolgen. Auch Abreden darüber waren verboten. Ob man zu Postulation oder Elektion schritt, mußte aber doch geklärt werden, wobei eine Abwägung der Vor- und Nachteile bestimmter Kandidaten nicht ganz zu vermeiden war. Aus der mit Spannung erwarteten Erklärung des Domdechanten wurde niemand klug. In gewundenen Worten betonte er einerseits die Unzweckmäßigkeit einer Postulation, glaubte aber andererseits sich doch wieder für den Kurfürsten von Köln oder den Grafen von Nassau entscheiden zu müssen. Erst aus den folgenden Ereignissen können die Gedanken abgelesen werden, die den ehrgeizigen Mann bewegten. Mallinckrodt wünschte im Grunde keine Postulation, sondern seine eigene Kandidatur, wagte es aber nicht offen auszusprechen, um nicht frühzeitig seine Gegner auf den Plan zu rufen. Er wußte, daß nicht wenige sein herrisches Wesen verabscheuten. Ganz unbestreitbar befähigten hervorragende geistige Gaben den Domdechanten zum Anwärter auf die hohe Würde. Bedenklich stimmten dagegen die Heftigkeit seiner Gemütsart und der Hochmut, mit denen er jüngeren Kapitularen und allen nicht Gleichgestellten begegnete²⁶. Erst im entscheidenden Augenblick, wenn das

²¹ Berichte v. 7. II. und 10. II. 1650 an den Kaiser: MLA. I, 12 III. In Münster befürchtete man, wie aus einer Äußerung Wilh. v. Fürstenbergs v. 13. November hervorgeht, daß Leop. Wilh. den geistlichen Stand aufgeben könnte, wie es ja bei der nächsten Kaiserwahl tatsächlich erwogen wurde (Erdmannsdörffer, Deutsche Geschichte Bd. 1 S. 294). Vielleicht fürchtete man auch ein Übergewicht Österreichs, wie der Dompropst andeutete (Heers S. 19).

²² Peter de Requesens, Kanonikus zu Olmütz. Joh. Ludw. an den Kaiser, 14. II. 1650: MLA. I, 12 III.

²³ Goldschmidt, Lebensgeschichte des Kardinal-Priesters Franz Wilhelm, Grafen von Wartenberg, Osnabrück 1866; Schwaiger, Kardinal Franz Wilhelm von Wartenberg als Bischof von Regensburg. München 1954.

²⁴ Heers S. 21 f. DK. Prot. 20 Bl. 59. — ²⁵ Ebd. Bl. 60 ff.

²⁶ Zu seinen Gegnern gehörte damals schon der einflußreiche Domkapitelssyndikus Dr. Albert Boichorst, der früher mit Mallinckrodt in wissenschaftlicher Freundschaft verbunden, aber während einer Gesandtschaft wegen des Ankaufs der Grafschaft Lingen in Den Haag (1649/50) mit ihm in Feindschaft geraten war. Der Domdechant hat Boichorst in der Folgezeit als seinen Hauptfeind betrachtet.

Kapital vor der schwierigen Frage stand, den aus seinen eigenen Reihen zu wählenden Kandidaten zu bestimmen, beabsichtigte er die allgemeine Unschlüssigkeit auszunützen, um sich in den Vordergrund zu schieben. Er zweifelte nicht, daß die Domherren begierig nach dieser Lösung greifen würden. Auf einige der älteren Herren konnte er sich ohnehin verlassen²⁷. Wie immer fürchteten die bejahrteren Mitglieder des Kollegiums eine Überrumpelung durch jüngere Kräfte, während die jungen Herren den Wunsch hegten, die Bevormundung der Älteren zu durchbrechen.

Als der Domkürster von Galen zu Wort kam, betonte er, daß es nach hundert Jahren endlich an der Zeit sei, wieder einen eigenen Bischof im Lande zu haben. Alle Verbindungen mit fremden Häusern seien »suspekt«. Wäre die Bindung an Köln nicht gewesen, hätte das Stift 8 bis 10 Jahre früher den Frieden genießen können. Er schloß mit dem bedeutsamen, schon erwähnten Satz, daß Kurfürst Maximilian Heinrich »viel zu geistlich« sei. Seine vielfältigen Erfahrungen bei diplomatischen Aufträgen hatten dem Domkürster die Verworrenheit und Gefahr der politischen Lage vor Augen geführt. Auch der geistliche Staat bedurfte eines wirksamen weltlichen Schutzes, um sich der Feinde zu erwehren. Als bloßes Anhängsel eines fremden Staatswesens verlor sich jede Sicherheit in weiter Ferne. Wieviele Bistümer und Fürstabteien löschten nicht die letzten Jahre von der Karte des Reichs! Ein frommer Herr, der Politik unerfahren und ohne Verständnis, ja voll tiefen Abscheus für das Kriegshandwerk, stellte nicht die Persönlichkeit dar, die die Zeit forderte^{27a}. Es ist bezeichnend, daß Galen unter allen Domherren, die sich an diesem Tage zu Worte meldeten, der einzige blieb, der in seinen Darlegungen über die all-

²⁷ Sein Lebenslauf bei Heers S. 22 f. und ausführlich bis 1650: Bröker, Bernhard von Mallinkrodt; ein Lebensbild von Kohl, Domdechant Bernhard von Mallinkrodt. Der Domdechant gehörte einer seit dem Mittelalter in der Grafschaft Mark angesessenen Familie an, die im 16. Jahrh. durch den Erwerb von Haus Küchen bei Ahlen auch im Münsterschen Fuß faßte. Dort wurde er am 29. 11. 1591 geboren. Die Eltern waren evangelisch. Der Bruder seines Vaters, Eberhard von Mallinkrodt, Domdechant von Minden, stellte das Haupt der protestantischen Partei des dortigen Kapitels dar. Seine Erziehung genoß Bernhard auf evangelischen Schulen. Als Elfjähriger erhielt er durch seinen Onkel eine Dompfründe in Minden. Entscheidend wurde für ihn das Studium an der Universität Köln seit 1615. Hier geriet er zum ersten Mal in den Bereich der katholischen Lehre. Zu Beginn des Jahres 1616 trat er zur römischen Kirche über. Die Beweggründe werden für immer dunkel bleiben. Heers S. 23 vertritt die Ansicht, daß sie in seinem Ehrgeiz, der tatsächlich eine beherrschende Stellung unter seinen Eigenschaften einnahm, begründet liegen. Die katholische Kirche vergab Ränge und Würden, über die die evangelische nicht verfügte. Sogar der Fürstenstand schien erreichbar. Andererseits dürfte doch auch ein innerer Überzeugungswandel nicht ganz auszuschließen sein. Bröker S. 13 deutet darauf hin. Nach dem Aufenthalt in Rom 1618-1620, währenddessen er eine münstersche Dompfründe erhielt, kam er 1621 nach Münster. Schon 1625 wählte ihn das Kapitel zum Dechanten, gewiß ein Zeichen für seine außergewöhnliche Befähigung. Die Landung Gustav Adolfs im Juli 1630 machte seine Aussicht, Bischof von Ratzeburg zu werden, zunichte. Auch in Minden, wo er zum Koadjutor gewählt war, erlitt er eine bittere Enttäuschung. Gegen Franz Wilhelm von Wartenberg vermochte er sich nicht durchzusetzen. Seine Hoffnung auf dieses Stift hat er trotzdem nie fahren lassen. In Münster regierte er, da der Landesherr nicht am Orte war, fast unabhängig. Nach dem Tode Ferdinands sah er die Gelegenheit gekommen, selbst Landesherr zu werden.

^{27a} Vgl. Braubach, Kurköln S. 1 ff.; M. Lossen, Max Heinrich, in: ADB 21 (1885), S. 53 ff.; L. Ennen, Frankreich und der Niederrhein, Bd. 1, 1855; A. Franzen, Französ. Politik S. 178 ff.

gemeine Anschauung von der Unzweckmäßigkeit einer Postulation hinausging. Niemand erblickte außer ihm in Maximilian Heinrich etwas anderes als den Vertreter eines mächtigen Hauses. Der Domküster allein beurteilte seine persönlichen Fähigkeiten. Der scharfe Verstand, der sich darin bewies, war zweifellos dem Mallinckrodt ebenbürtig. Die Stellung des Domküsters schwächten außerdem nicht die allzu feinen Intrigen, die der Domdechant spann²⁸.

Über die Notwendigkeit einer Elektion bestand also Einigkeit. Befriedigt vermerkte das Kapitel, daß damit auch der Forderung des päpstlichen Nuntius, jeden Zwiespalt mit Rücksicht auf den Zustand des Bistums zu vermeiden, Genüge geschah²⁹. Die Zahl der Kapitulare, die für eine Bewerbung in Frage kamen, hielt sich in engen Grenzen. Dietrich Adolf von der Recke, von vielen gern gesehen, schied durch seine kurz vorher erfolgte Wahl zum Bischof von Paderborn aus. Auf eine größere Zahl von Stimmen konnten nur Bernhard von Mallinckrodt und Christoph Bernhard von Galen rechnen. Sie beide besaßen allein die nötige Erfahrung in den Staatsgeschäften.

Mallinckrodt überblickte bei aller realistischen Einschätzung seiner Aussichten kaum das Ausmaß der gegen ihn vorhandenen Abneigung. Man verurteilte nicht nur die Schrofheit seines Wesens. Sein Eintreten aus machtpolitischen Gesichtspunkten für den sittlicher Verfehlungen angeklagten Domherrn von Schorlemer gegenüber dem Erzbischof stimmte weite Kreise bedenklich³⁰. Verhängnisvoll wirkte sich die Feindschaft mit dem Domkapitelsyndikus, einem gelehrten und einflußreichen Mann, aus³¹. Während Mallinckrodt geschwächt in die Wahl hineinging, empfahl sich Galen durch sein oftmals unter Beweis gestelltes geschäftliches Geschick und durch höfliches, ja liebenswürdiges Benehmen, das ihn erst in hohem Alter mehr und mehr verließ. Mallinckrodt schmähte in seiner bitteren Art diesen Vorzug als die Überlegenheit eines Leistreters gegenüber einem geraden Charakter und ehrlichem deutschen Manne: »Es ist mir ein groß Beschwer,« schrieb er seinem Gegner, »daß ich so leisen nicht gehen kann, so sanfte, zierliche und schmeidige Wörter und Dictiones nicht finden kann«³². Die Abneigung gegen den mit glücklicheren Gaben Beschenkten lag auch in ihren bisherigen Beziehungen begründet. Außer in dem Kanzler von Merveldt erblickte Mallinckrodt in Galen einen seiner Hauptgegner. Seit dem Zusammenstoß während der Sitzung des Geheimen Rats am 26. Juni 1645, zu der Mallinckrodt nicht gerufen worden war und auf der sich sein Groll gegen Galen in beleidigenden Reden entlud, fiel kaum ein gutes Wort zwischen beiden³³.

²⁸ Die übrigen Domherren schlossen sich grundsätzlich den Meinungen der Prälaten an. Über das übliche hinaus äußerte sich nur noch Matthias Korff-Schmising. Er verriet einen klaren Überblick über die politischen Vor- und Nachteile der Bewerber. Nicht zufällig wählte Christoph Bernhard ihn später zu seinem außenpolitischen Berater.

²⁹ Schr. v. 27. 9. 1650: MLA. I, 12 III.

³⁰ Bröker S. 28 ff. Christoph Bernhard warf dem Domdechanten später gerade die Schorlemersche Angelegenheit wiederholt vor.

³¹ S. o. Anm. 26.

³² Bröker S. 34.

³³ Heers S. 34. In einem Bericht an das Domkapitel vom 28. 2. 1646 heißt es, daß Mallinckrodt am 17. Februar »mit hochärgerlichen, ehrenrührigen Schelt- und Schmähwörtern gegen unsere dahin deputierte Miträte, dem Thumbküstern von Galen und Lic. Modersohn, auch über das ganze fürstl. Kollegium ausgefahren.« In der Gegenwart des Syndikus habe er »öffentlich und mit gewöhnlicher Vehemenz, zumalen unverursacht«, gesagt, »daß alles in diesem unseren hochgeehrten lieben

In der für ihn äußerst schwierigen Lage am Vorabend der Wahl ließ sich Mallinckrodt zu einem gewagten Schritt hinreißen. Er versuchte den Syndikus Dr. Boichorst wieder auf seine Seite zu ziehen und gab ihm den geheimen Auftrag, die Prälaten einschließlich Galens zu bewegen, die Stimme für ihn, den Dechanten, abzugeben. Boichorst sollte einen eigenen Entschluß vortauschen³⁴. Inzwischen wollte Mallinckrodt zum Schein der Postulation des Kurfürsten von Köln oder des Grafen von Nassau zustimmen. Er vergaß jedoch, daß dieser Schachzug ihn dem Syndikus auslieferte. Solche verschlungenen Wege ging Galen nicht. Auch er blieb jedoch nicht untätig und versuchte sogar in einer Aussprache mit Mallinckrodt alles Trennende beiseite zu räumen. Die höhnische Art, mit der ihn der Dechant von oben herab fragte, »warum er denn nicht auch nach der Bischofskrone strebe. Er sei doch ein sehr fähiger Mann,«³⁵ ließ aber kein fruchtbares Gespräch aufkommen.

Niemand konnte es den Gegnern Mallinckrodts unter diesen Umständen verübeln, wenn auch sie versuchten, dem unleidlichen Regiment dieses Mannes ein Ende zu setzen. Der Verdacht liegt nahe, wenn auch kein Schriftstück darüber etwas meldet, daß Boichorst den geheimen Auftrag des Dechanten auf der Stelle verriet, um seinem Feind die Rechnung zu durchkreuzen. Auf jeden Fall gehörte er zu denen, die in der Nacht vor der Wahl die Wohnungen der Domherren aufsuchten und für Galen Stimmung machten³⁶.

Ganz ungefährlich war auch dieses Vorgehen nicht. Der Unionsbrief des Domkapitels verlangte die Zuziehung sämtlicher Domherren bei allen wichtigen Angelegenheiten und verbot, jemand wider seinen Willen auszuschließen. Die Grenze zwischen geheimen Versammlungen und erlaubten Besprechungen Einzelner ließ sich nur schwer bestimmen. Die spätere Behauptung Mallinckrodts, daß eine Versammlung von 17 Domherren beim Propst »ohne Leuchten und Windlichter«³⁷ stattgefunden habe, stellte er wahrscheinlich aus rein taktischen Gründen auf, denn ein Verrat wäre zu leicht möglich gewesen. Denkbar bleibt indessen, daß die Herren auf ihrem Rundgang hier und da einige Kapitulare beieinander fanden und daß sich vielleicht auch einige ungerufen beim Dompropst aufhielten. Damit lieferten sie dem Domdechanten den Vorwand, es hätten unter seinem Ausschluß geheime »Conventicula« stattgefunden, auch wenn die Versammlungen rechtlich unbedenklich waren. Der Domdechant dürfte kaum von der Berechtigung seiner Vorwürfe überzeugt gewesen sein. Schon daß er von »Conventicula«, also mehreren Zusammenkünften, die ja in ihrer Zufälligkeit nicht unerlaubt waren, sprach, beweist das. Er suchte nur Gründe zur Anfechtung des Wahlgangs. Den Dompropst bezichtigte er der Verschwörung, Dr. Boichorst, wohl nicht zu unrecht, des Verrats. Zumindest am 12. November deckte der Syndikus die Karten voll auf³⁸.

Vaterlande vorschwebendes Unheil aus der hiesigen fürstl. Ratstube herkomme . . . Er wollte zu ihm, Thumbküsteren, sein Lebtage kein Vertrauens mehr setzen, sondern könnte wohl leiden, daß einer des andern Jegenwart hinfüro vermeiden täte.« Zur Rede gestellt, schränkte Mallinckrodt seine Anschuldigungen ein. Er habe nicht alle Räte gemeint, »sonderen fürhaupts und absonderlich den Thumbküsteren von Galen und Kanzlern von Merveldt«. MLA. 2, 17 III.

³⁴ Heers S. 38 f. — ³⁵ Ebd. S. 40.

³⁶ Ebd. S. 42. Neben Boichorst beteiligte sich der Dompropst Korff-Schmising und Domscholaster v. Vörden an dem Rundgang. Nicht unwesentlich waren auch die Jesuiten mit ihrer mächtigen heimlichen Fürsprache für ihren Zögling beteiligt.

³⁷ Ebd. S. 43. — ³⁸ Heers S. 46.

Mallinckrodt verhehlte sich am Morgen des Wahltages nicht, daß für Galen eine kaum noch umzustoßende Mehrheit eintrat. Um den verhaßten Nebenbuhler nicht zur Regierung gelangen zu lassen, blieb nur die Verschiebung der Wahl aus formalen Gründen, oder wenn das nicht möglich war, die Anfechtung ihrer Gültigkeit. Damit konnte Zeit gewonnen und bis zum nächsten Wahlgang vielleicht eine dem Dechanten günstigere Stimmverteilung vorbereitet werden. Geschickt griff er die Möglichkeit auf, bei den »Conventicula« einzuhaken. Domscholaster von Vörden gestand ihm am Morgen des 13. November, daß sich einige Herren auf eine einhellige Wahl, aber auf keinen Kandidaten festgelegt hätten. Obgleich Vörden leugnete, daß ihm eine Verabredung zugunsten Galens bekannt sei, und beschwichtigend hinzufügte, Mallinckrodt könne mit Sicherheit auf einige Stimmen zählen, entnahm dieser den höflichen Reden trotzdem seine bevorstehende Niederlage. Verwirrt riet er zu einer Postulation³⁹.

Als am 14. November die Domherren nach den üblichen Vorbereitungen im Kapitelhaus zusammentraten, erhob Mallinckrodt sofort Einwendungen. Er forderte Untersuchung über die ohne sein Wissen getroffenen Wahlabsprachen und beantragte die Verschiebung der Wahl bis auf den nächsten Tag. In einer Unterredung mit dem Dompropst führte er seine Beschwerden im einzelnen aus und erweiterte sie durch den Vorwurf, daß Galen auch aus persönlichen Gründen für eine Wahl nicht in Frage komme, da er eine Konkubine mit 3 Kindern in Drensteinfurt unterhalte. Je höher seine Wut stieg, um so höher wurde in seinen Behauptungen, die jeder Grundlage entbehrten, die Zahl der Kinder. Den Vorwurf wählte Mallinckrodt mit Vorbedacht. Galen galt in seinem Archidiakonatsamt als unerbittlicher Bekämpfer des Konkubinats der Geistlichen. Um so schwerer traf ihn die Anschuldigung eigener Verfehlungen auf diesem Gebiet. So unbegründet sie war, drohte sie ihm das Vertrauen vieler Leichtgläubiger zu entziehen. Die Mehrheit der Domherren beschloß trotzdem, den Anträgen Mallinckrods nicht stattzugeben. Galens Anhänger betonten, daß ein persönlicher Mangel beim Inquisitionsprozeß von selbst zutage treten und die päpstliche Bestätigung verhindern werde. Eine unbewiesene Anschuldigung wirke nicht wahlaufschiebend.

Nach diesem Fehlschlag griff der Domdechant zu einem anderen Mittel. Er begab sich in einen benachbarten Raum, um sich durch Nichtteilnahme an den Beratungen einen weiteren Grund zur Anfechtung des Wahlganges zu verschaffen. Andererseits befand sich auch das Domkapitel im Recht, wenn es zum Wahlakt schritt, nachdem drei erfolglose Aufforderungen an Mallinckrodt ergingen. Der Dechant begriff das und kehrte nach vierstündigem Hin und Her in den Wahlraum zurück. Die Abgabe der Stimmen nahm ihren Gang und bald verkündete der als Skrutator eingesetzte Domherr das Ergebnis, wonach der Domküster von Galen die Mehrheit der Stimmen erhalten hatte. Wieviel Stimmen auf ihn fielen und welche, ist unbekannt, da die Wahlunterlagen wie gewöhnlich verbrannt wurden. Fest steht aber, daß ihm hauptsächlich die jüngeren Domherren ihre Stimmen gaben. Auch das benutzte Mallinckrodt später als Argument: Der Domküster habe wohl die Stimmen der »major pars«; jedoch nicht der »sanior pars« erhalten, die für

³⁹ Der Bericht über die Unterredung wurde vom Domscholaster am 13. 1. 1651 zu Protokoll gegeben: MLA. 1, 12 III.

eine gültige Wahl unerlässlich seien⁴⁰. Sofort nach dem Wahlakt focht er die Gültigkeit an und erklärte alle weiteren darauf fußenden Akte von vornherein für rechtswidrig. In großer Erregung verließ er den Saal.

Das Domkapitel beendete den Wahlakt. Nur der Vizedominus Ferdinand von Bocholtz und Domherr von Voß glaubten dem Dechanten das Recht der Anfechtung zugestehen zu müssen. Sonst fand niemand gegen die Rechtsgültigkeit etwas einzuwenden⁴¹. Christoph Bernhard von Galen gab seine Zustimmung und bedankte sich für die hohe Ehre. Gegen 4 Uhr nachmittags verkündigte Glockengeläut der Bevölkerung das Ereignis. Eine feierliche Dankmesse schloß sich an. Mallinckrodt erschien nicht⁴².

2. KAPITEL

DIE ANFECHTUNG DER WAHL DURCH MALLINCKRODT

Der Einspruch des Domdechanten gegen die Gültigkeit der Wahl beeinflusste die Anfänge der Galenschen Regierungszeit in verhängnisvoller Weise. Die Auseinandersetzung verschlang nicht nur die Kraft des neuen Landesherrn, sondern riß das Stift Münster in innen- und außenpolitische Verwicklungen, denen man durch die letzte Wahl gerade entweichen wollte. Mallinckrodt nahm in seiner Wut keine Kenntnis davon, daß am Tage nach der Wahl alle Domherren einschließlich derer, die für andere Bewerber stimmten, dem Bischof Treue versprachen. Ihre Einsicht fachte nur seinen Zorn an. Er gefiel sich in der Rolle des einzigen Standhaften, der sein Recht gegen alle Gewalten bis zum Ende verfocht, und verglich sich mit dem Mindener Bürger, der sogar gegen Kaiser Barbarossa einen Prozeß führte. Nur verschwieg er, daß der Bürger unterlag.

Entsprechend seiner Drohung verweigerte er jede Mitwirkung an Rechtshandlungen, die mit der Wahl zusammenhingen. Im Wahlprotokoll für die

⁴⁰ Im Gegensatz zu Heers S. 62 möchte ich annehmen, daß Galen die Zweidrittel-Mehrheit bei der Wahl nicht erreichte. Eine Verordnung Gregors X., die Heers auch anführt, machte die Anfechtung einer mit Zweidrittel-Mehrheit erfolgten Wahl unmöglich, auch wenn die »sanior pars« zur Minderheit gehörte. Mallinckrodt kannte solche Bestimmungen und hätte sich kaum mit solcher Beharrlichkeit auf dieses Argument gestützt, wäre eine Zweidrittel-Mehrheit vorhanden gewesen. Bei einem Überschlag kommt man bei 25 abgegebenen Stimmen auch nur auf 12 sichere für Galen, bei 9 fraglichen. Selbst wenn er hiervon noch die Hälfte erhielt, genügte das nicht zur Zweidrittel-Mehrheit. Neben den 4 mit Bestimmtheit für andere Kandidaten abgegebenen Stimmen gab es ja auch einige Enthaltungen.

⁴¹ Das Wahlinstrument v. 14. II. 1650: MU. 4475.

⁴² Ber. des Domkap. an den Papst v. 14. II. 1650: MLA. I, 12 III (Abschr.).

Kurie mußte wohl oder übel das Wort Decanus gestrichen werden¹. Er lehnte es ab, die Urkunde zu siegeln. Erst als die Prälaten ihre persönlichen Petschafte hervorzo-gen, gab er das Siegel unwillig heraus. Gleichzeitig »hat er anfangen zu singen und auf der Pilliard sich zu verändern«, um seine Mißbilligung nachdrücklich zum Ausdruck zu bringen².

Der Nuntius – es war der Christoph Bernhard von den Friedensverhandlungen her wohlgesonnene Fabio Chigi – beförderte den Inquisitionsprozeß nach Kräften, nachdem sich der Gewählte bereiterklärte, einen Eid abzulegen, daß der Vorwurf des Konkubinats nicht zutref-fe³. Johann Rotger Tork erhielt vom Nuntius die Zusage eines Provisionalindults, mit dem die Zeit bis zur päpstlichen Bestätigung überbrückt werden konnte⁴. Chigi verurteilte Mallinckrodt in scharfen Worten: »Dominus electus petit a me, ut flectam dominum decanum. Ego potius frangam. Truncus enim inveteratus non flectitur sed frangitur«⁵. Die Juristen der Nuntiatur rieten, Mallinckrodt bis zur Bestätigung nicht als Einsprucherhebenden anzuerkennen⁶. Am 9. Dezember verlich der Nuntius auf 6 Monate das Recht zur vorläufigen Verwaltung der geistlichen Gerichtsbarkeit⁷.

Der Gegner blieb inzwischen nicht untätig. Am 21. November besuchte er das Jesuitenkollegium, in dem er mit Recht seine Hauptfeinde vermutete, und legte den Patres die verfängliche Frage vor, ob er vor seinem Gewissen einen Verzicht auf den Einspruch verantworten könne. Er legte den Unionsbrief von 1641 und einige Auszüge aus dem kanonischen Recht, in dem er sich vorzüglich auskannte, zu seiner Unterstützung vor. Kaum konnte er seine Enttäuschung verbergen, als die Patres antworteten, er dürfe ohne Bedenken den Widerspruch fallen lassen, »eo quod nullo ex capite electio appareret invalida«. Darauf fragte der Dechant, ob er also dann verpflichtet sei, den Einspruch aufzugeben, worauf allerdings keine andere Antwort möglich war als die, daß das von einem gerichtlichen Nachweis der Ungültigkeit der Wahl abhängt⁸. Mallinckrodt, der sich seine Fragen gewöhnlich selbst beantwortete, wollte die Jesuiten kaum um eine Rechtsauskunft bitten. Die Gegenseite sollte ihm vielmehr bestätigen, daß ihm Gewissensgründe zu seinem Widerspruch leiteten und daß ihm der gerichtliche Nachweis seines Standpunkts zugebilligt werden müsse. Die Antwort der Jesuiten auf die zweite Frage ließ sich so

¹ Prot. v. 18. II. 1650: MLA. 2, 17 I.

² Tonser an Graf Joh. Ludwig, Münster 22. II. 1650: SLA. 1a, 20a.

³ Chr. B. an Chigi, Münster 24. II. 1650: Er sei bereit zu schwören, »quod crimina objecta non solum nunquam commiserim, sed etiam in hanc usque horam foeminam aliquam non cognoverim« MLA. 2, 17 I.

⁴ J. J. Latomus an Chr. B., Aachen 24. II. 1650: MLA. 2, 17 I. Tork nahm ein Zeugnis des Generalvikars Joh. Vagedes über Chr. B. einwandfreien Lebenswandel mit: MU. 4476 (19. II. 1650).

⁵ J. R. Tork an Chr. B., Aachen 24. II. 1650: MLA. 2, 17 I.

⁶ Desgl. 30. II. 1650: »Ceterum existimat illustrissimus nuncius, capitulum non debere decanum pro legitimo contradictore agnoscere, sed potius spernere et in refutatoriis persistere, donec hic processus electi etc. confectus et Romam transmissus.« Ebd.

⁷ Ebd. (Abschr.). Das Domkap. bat noch einmal am 1. 12., die Landesgeschäfte, besonders die Lösung der Satisfaktionsgelderfrage durch eine Hinauszögerung des Indults nicht länger zu unterbinden: MLA. 1, 12 III. Die Geschenke für den Nepoten des Nuntius, den Abbreviator Mering und Notar Latomus verfehlten ihre Wirkung nicht: MLA. 2, 17 I.

⁸ Prot. v. 24. I. 1651: MLA. 2, 12 III.

deuten, daß ihm der Weg Rechtens offenstand. Damit war der Domdechant im Augenblick zufrieden⁹.

Mit der Begründung, das Domkapitel sei in der Angelegenheit Partei, legte er seine Beschwerde in Rom vor und brachte gleichzeitig die Sache vor den münsterschen Geheimen Rat. Es gelang ihm, die weltlichen Räte unter Ausschluß der geistlichen zu einer Unterredung zu bewegen, bei der er einen neuen Beschwerdepunkt einführte. Da er auf die Beamten mit dem Konkubinat keinen Eindruck erzielte, deutete er wirtschaftliche Veruntreuungen des Domküstlers an: »Vor diesmal wollte er nichts sagen de lucro privato ex bonis capituli, maßen notori, wie zu Lüdinghausen mit des Thumbkapitels Gütern in usus privatos umgangen.« Wie leicht konnte damit der Argwohn der Räte gegen den neuen Landesherrn erweckt werden!¹⁰

Sein Ziel, einen Keil zwischen den Geheimen Rat und das Domkapitel zu treiben, schlug jedoch fehl. Die Räte stimmten nur einer gemeinsamen Beratung unter Einschluß der Kapitularen zu. Auf der Konferenz, die am 21. November stattfand, verfielen die auf eine Neuwahl gerichteten Forderungen Mallinckrodt's der Ablehnung. Das Domkapitel schloß sich nur enger zusammen und suspendierte Mallinckrodt 3 Tage später von seinen Befugnissen als Domdechant¹¹.

Nach diesen Niederlagen setzte der Dechant seine ganze Hoffnung auf die Berufung nach Rom, in die er die Behauptung einflocht, er vertrete eine Partei protestierender Domherren. Aber auch hier fand er keine Hilfe. Die päpstliche Bestätigung zögerte sich zwar etwas hinaus, erfolgte aber noch rechtzeitig, um den Anschluß an das vorläufige Indult des Nuntius zu gewinnen¹².

Ogleich damit die letzten Hoffnungen Mallinckrodt's zusammenbrachen, sah er die Aussichtslosigkeit seiner Sache keineswegs ein. Seinen Fehlschlag in Rom führte er auf die Bestechlichkeit des Agenten Dietrich von Meyden und

⁹ Ende November unternahm Mallinckrodt einen ganz ähnlichen Versuch. Er lud den Franziskanerpater Ludwig Therstrote, den Dominikanerprior Martin Wigandi und einen Vikar zum Essen und legte ihnen dieselben Fragen vor. Als die Geistlichen ihm antworteten, er müsse die Verstöße beweisen, auch daß die Wahl ungültig sei, denn er habe ihr ja bis zum Ende beigewohnt, begann Mallinckrodt während ihrer Rede »confricare frontem et se ab illis avertens jussit ut pararetur mensa«: MLA. 2, 17 I.

¹⁰ Heers S. 68.

¹¹ Protest Mallinckrodt's v. 5. 12. 1650: MLA. 2, 12 I.

¹² Der Inquisitionsprozeß in Aachen war am 13. Dezember abgeschlossen. Die Präkonisation, durch die der Bischof das Jus ad rem erlangte, erfolgte am 22. 4. 1651 im Geh. Konsistorium. Die päpstl. Bestätigungsbullen v. 22. und 23. 5. 1651: MU. 4481-4486. Die kais. Regalien wurden provisorisch am 6. Februar erteilt: MU. 4479. Über den Gang der Verhandlungen in Rom unterrichten die Schr. P. Adamis. Der Konfirmationsprozeß war eigentlich schon im Februar abgeschlossen. Wenn das nötige Geld zur Verfügung gestanden hätte, wäre die Bulle ausgefertigt worden. Die von der Kurie aufgestellte Forderung von 10 000 Scudi lehnte Chr. B. unter Verweis auf den ausgemergelten Zustand des Landes ab (Münster 4. 3. 1651: Vesc. 25 Bl. 315). Doneux, der sich um Herabsetzung der Summe bemühte, warnte (18. 2. 1651): »Curialistae enim nonnunquam delectantur litibus, ex quibus fructum sperant.« Das Gefährliche war, daß Mallinckrodt in dieser Zeit seine Klagen in Rom ungestört vorbringen konnte. Die Bulle kam erst am 20. 7. 1651 in Münster an. Die Niederlage Mallinckrodt's in Rom wurde bezeichnenderweise von dem Domherrn v. d. Recke hauptsächlich darauf zurückgeführt, daß ihm das Geld ausging: MLA. 538 a.

falsche Unterrichtung der Kurie zurück¹³. Er knüpfte sogar neue Beziehungen mit auswärtigen Stellen an. Beim Kölner Erzbischof und Erzherzog Leopold Wilhelm rechnete er auf eine gewisse Verbitterung über den Ausgang der münsterschen Wahl¹⁴, beim ersten vielleicht nicht ganz zu Unrecht. Die schwersten Folgen führte seine Fühlungnahme mit der Stadt Münster herauf, mit der er als Domdechant keineswegs in Frieden und Freundschaft lebte. Als das Domkapitel ihm drohte, das zurückgehaltene Siegel mit Gewalt einzufordern¹⁵, bat er die Stadt Münster um ihren Schutz, wenn auch diesmal noch vergeblich. Er hörte nicht auf, gegen seine Suspension zu protestieren, erreichte aber nur am 22. Dezember die völlige Entbindung von seinem Amte. Darüber setzte er sich mit der Behauptung hinweg, das Kapitel sei streitende Partei und könne eine solche Entscheidung nicht fällen. Zu allgemeinem Erstaunen erschien er am 18. Januar 1651 zur Teilnahme am Landtag. Als man ihm durch Abbruch der Tagung die Gelegenheit zum Sprechen entzog und am nächsten Tage die Tür verschloß, entfernte er sich schließlich unter lauten Klagen und beschuldigte den Bischof eines schweren Eingriffs in die Freiheit der Stände¹⁶.

Christoph Bernhard äußerte sich in dieser Zeit kaum über Mallinckrodt. Er betrieb seine Bestätigung in Rom und glaubte, auf diesem Wege bald endgültiger Sieger zu werden. Seine Hoffnung, daß damit der Streit ein Ende finden würde, erfüllte sich aber nicht. Nach der Bestätigung begann erst die eigentliche Auseinandersetzung, nachdem einige Vermittlungsversuche scheiterten. Der erste Versuch, den eine Abordnung der Ritterschaft und Stadt unternahm, verlief vielversprechend. Mallinckrodt bot Zugeständnisse an, wenn er in sein Amt wieder eingesetzt würde. Eine Paderborner Gesandtschaft versicherte ihm, daß das erreicht werden könnte, wenn er nur den Bischof anerkenne und alle Beleidigungen widerriefe¹⁷. Christoph Bernhard stimmte in den Optimismus

¹³ An der Aufsetzung der Prozeßschriften Meydens, eines Niederländers von Geburt, soll auch ein v. Kerckering zu Giesking beteiligt gewesen sein (Ber. v. d. Reckes, Rom 28. I. 1651: MLA. 538a). Von einem Verleumdungsprozeß gegen Meyden, den Chr. B. beabsichtigte, rieten erfahrene Kurialen ab. Meyden hatte erreicht, daß die Präkonisation am 20. März vorübergehend von der Tagungsordnung des Kardinalskollegs abgesetzt wurde. J. Tutelius bezeichnete ihn als ganz gefährlichen »Imbroglion« (Rom 25. 3. 1651: MLA. 538a).

¹⁴ Franz Egon v. Fürstenberg teilte Chr. B., Brüssel 8. 12. 1650, mit, daß er die Machenschaften Mallinckrodts in Köln und Lüttich zum Scheitern gebracht habe: MLA. 533, 4^{1/2}. Tork hatte auf seiner Reise zum Nuntius Auftrag, auch Max. Heinr. zu besuchen. Obgleich Chr. B. Tork beruhigte, der Kurfürst habe die Notifikation vom Ausgang der Wahl höflich zur Kenntnis genommen (Münster 5. 12. 1650: MLA. 2, 17 I), war das eine Unwahrheit. Bei Franz Wilhelm beschwerte sich der Bischof, daß der Kurfürst gar keine Antwort gegeben habe (26. 12. 1650: MLA. 540a I). Franz Wilhelm verwandte sich in Bonn für Chr. B. Kanzler Buschmann gab zu, daß der Erzbischof zwar von anderen aufgestachelt worden sei, die münstersche Wahl anzufechten, »so haben doch ihre Kurf. Durchl. sich ausdrücklich erklärt, sich darin keineswegs einzumischen« (Buschmann an Franz Wilh. 16. 12. 1650: MLA. 540a I).

¹⁵ Heers S. 73. – ¹⁶ Heers S. 75 f.

¹⁷ Ebd. S. 76 f. Bf. Dietrich Adolf zu Paderborn, selbst Mitglied des münsterschen Domkapitels, bot seine Vermittlung am 23. 12. 1650 an (MLA. 2, 17 I). Über die Verhandlungen vgl. Chr. B. an Franz Wilh., 27. 12. 1650: Mallinckrodt habe die 3 Bedingungen – die Wahl gutzuheißen, die Beleidigungen abzubitten und Sicherheit zur Einhaltung des Vergleichs zu geben – abgeschlagen und damit bewiesen, daß es ihm nicht ernst sei, sondern nur »seine Auctorität zu ergrößern und etwan

der Vermittler nicht ein. Vor einem Vergleich wollte er die Schritte Mallinckrodt's in Rom kennenlernen. Er fürchtete, daß der schon in ganz Deutschland, ja darüber hinaus bekannte Streitfall nicht mehr ohne Beeinträchtigung seines Ansehens auf gutlichem Wege beiseitegeräumt werden konnte. Das Domkapitel stieß sich an Mallinckrodt's Forderung, den bei der Wahl begangenen Fehler anzuerkennen. Mit einem solchen Zugeständnis in der Hand hätte der Dechant die Wahl erfolgreich anfechten können¹⁸.

3. KAPITEL

ERSTE POLITISCHE MASSNAHMEN

Monate verflossen, die die Arbeitskraft des neuen Bischofs durch die Auseinandersetzung mit Mallinckrodt voll beanspruchten. Er schuldete dem gewandten Gegner gespannte Aufmerksamkeit und fand kaum Zeit für seine eigentlichen Aufgaben. Die Verworrenheit der Verhältnisse gestattete eine solche Ablenkung schwerlich. Der Dreißigjährige Krieg hatte sein Ende gefunden, aber Europa seufzte in Unruhe und Unsicherheit. Der spanisch-französische Krieg dauerte an. Frankreich selbst zerriß der Gegensatz zwischen Mazarin und Condé und bedrohte der Bürgerkrieg. Jeden Augenblick konnten die Flammen des Krieges erneut nach Deutschland hinüberschlagen. Der alte Streit zwischen Brandenburg und Pfalz-Neuburg schwelte an der Westgrenze des Fürstbistums.

Münster bedurfte angesichts seiner Lage im besonderen Maße einer geschickten und kräftigen Hand. Ihm drohten nicht nur äußere Gefahren. Auch im Inneren war die Sicherheit nicht gewährleistet. Land und Umwelt erfüllten Gerüchte über die Schwierigkeiten des Neugewählten mit seinem Domdechanten. Manch einer zweifelte an dem endgültigen Siege des Bischofs, mancher unterdrückte kaum seine Schadenfreude über den unglücklichen Anfang. Erst das Eintreffen der päpstlichen Bestätigung im Juli 1651 und der kaiserlichen Regalien im September¹ verlieh Christoph Bernhard, nachdem schon

ein Amt oder ansehnliches Stück Geld zu erhalten«. Nachdem die Paderborner die Aussichtslosigkeit ihres Versuchs eingesehen hätten, seien sie vor Weihnachten wieder abgereist. MLA. 540a I.

¹⁸ Heers S. 79 schiebt einen Teil der Schuld am Scheitern der Vergleichsverhandlungen der »schroffen Art und Weise« der Gegner Mallinckrodt's zu. Man darf jedoch nicht vergessen, daß sie die Wahl in keiner Weise in Frage ziehen lassen konnten. Die Bereitschaft Mallinckrodt's, den Wahlakt »qualis qualis ille esset« anzuerkennen, war nur eine Verschleierung seiner Absicht, ihn später anzufechten, nachdem die formalen Fehler zugegeben waren.

¹ Regalien v. 4. 9. 1651: MLA. I, 12 III.

beinahe ein Jahr verflossen war, eine größere Sicherheit. Trotzdem erfüllte ihn ein Gefühl der Beklommenheit. Als der Tag der Bischofsweihe heranrückte, zögerte er ängstlich, den Dom zum Ort der feierlichen Handlung zu wählen. Er schlug dem Konsekrator, Franz Wilhelm von Wartenberg, vor, die Weihe im abgelegenen Zisterzienser-Kloster Marienfeld vorzunehmen², zweifellos in der Furcht, daß Mallinckrodt die Gelegenheit zu einem Tumult benutzen könnte³. Franz Wilhelm wies die Bedenken zurück. Der Prestigegewinn, den eine Weihe im Dom einbrachte, durfte nicht verspielt werden⁴. Sie fand am 17. September statt⁵. Es dauerte noch ein ganzes Jahr, bis der Bischof in Münster seinen feierlichen Einzug hielt⁶. Inzwischen hatte er den Boden der Politik betreten.

Die brennendste Aufgabe stellte unbestreitbar die Befreiung des Landes von den fremden Besatzungen dar. Die wichtige Festung Coesfeld befand sich in den Händen der Hessen. Das nicht weniger bedeutende Vechta, die einzige größere Festung des Niederstiftes, hielten die Schweden besetzt. In Bevergern lag eine oranische Besatzung. Schweden und Hessen machten ihren Abzug von der Zahlung der Satisfaktionsgelder abhängig. Angesichts der gähnenden Leere der Staatskasse schien die Erfüllung ihrer Forderungen unmöglich. Trotzdem mußte die Aufgabe in Angriff genommen werden, denn die drückenden Einquartierungslasten verhinderten eine Gesundung des Staatswesens. Die Befreiung des »lieben Vaterlandes«, wie sich Christoph Bernhard gern ausdrückte, war also eine wirtschaftliche Notwendigkeit. Hinter ihr standen kaum patriotische Gefühle, eher noch konfessionelle Bedenken. Die Anwesenheit der Hessen hinterließ in den Städten des westlichen Münsterlandes bis in die Klöster hinein unübersehbare Spuren. Noch immer herrschte in den Städten eine evangelische Mehrheit, die die Anwesenheit der protestantischen Besatzung nicht so ungern sah, wie es die Regierung glauben machen wollte.

Coesfeld war den Hessen am 14. Februar 1633 fast unverteidigt in die Hände gefallen. Die Einnahme der Festung gehörte zum Plan Landgraf Wilhelms von Hessen-Kassel, die westfälischen Stifter Münster und Paderborn in seine Gewalt zu bringen⁷. Damit suchte er seinen Anteil an der Beute zu sichern, die das schwedische Kriegsziel eröffnete. Die völlige Beseitigung der norddeutschen Stifter rückte nach dem frühzeitigen Tod Gustav Adolfs zwar in weitere Ferne, die verbündeten deutschen Fürsten glaubten aber auch auf eigene Faust den lockenden Gewinn einheimen zu können. Trotz mancher Versuche, ihnen das westliche Münsterland zu entreißen, vermochten sich die Hessen bis zum Friedensschluß zu behaupten⁸. Sie blieben auch nach dem Ab-

² Chr. Bernh. an Franz Wilh., 1. 9. 1651: MLA. 540a II.

³ Chr. Bernh. bedrückte auch der Gedanke, daß er nicht den notwendigen Ornat für die Weihe besaß. Franz Wilh. half hiermit aus.

⁴ Franz Wilh. an Chr. Bernh., Osabrück 3. und 5. 9. 1651: MLA. 540a II.

⁵ Bei der Weihe waren außer Franz Wilhelm die Weihbischöfe Bernh. Frick und Johann Sterneberg gt. Düsseldorf anwesend: MLA. 1, 12 III. Die Ordnung der Konsekration ebd.

⁶ Die Ordnung des Einzugs v. 24. 9. 1652: MLA. 1, 12 III; Tücking S. 7.

⁷ Die Hessen erhielten während des Krieges von Schweden eine Zusicherung auf das Bistum Paderborn. Die Niederlage im Oktober 1648, die ihnen Lamboy bei Paderborn beibrachte, nahm ihnen diese Hoffnung. Sie behielten nur eine Besatzung in Neuhaus bis zur Zahlung der Satisfaktion: Bessen II S. 211 ff.

⁸ H. Hüer, Geschichte der Stadt Coesfeld, Münster 1947, S. 106 ff.

schluß des Friedens im Besitz von Coesfeld, um ihre »Satisfaktionsansprüche« von 600 000 Rtl. zu sichern. Die Zahlung gestaltete sich schwierig, weil an ihr eine große Zahl von Reichsständen, darunter kleine und kleinste, beteiligt waren, deren Zahlungsunfähigkeit entweder offen auf der Hand lag, oder die nicht daran dachten, zur Räumung der ihnen gleichgültigen Festung Coesfeld beizutragen. Auch die Hessen fühlten sich in ihrem kostenlosen Quartier so wohl, daß ihnen an einer Beschleunigung der Räumung wenig lag. Christoph Bernhard verhehlte sich nicht, daß ohne militärische Exekution von den meisten zahlungspflichtigen Ständen nicht der geringste Beitrag zu erwarten war. Sie wurde ihnen im Dezember angedroht⁹.

Der im Januar zusammentretende münstersche Landtag erkannte die Notwendigkeit zur Begleichung der Satisfaktionen an, wenn auch die Höhe der Summe erschreckte. Das Stift schuldete dem Landgrafen für seinen Teil 290 240 Rtl., vermehrt um 94 658 Rtl. aus Verpflegungsrückständen. Außerdem mußte die schwedische Besatzung in Vechta mit monatlich 3791 Rtl. unterhalten werden¹⁰.

Die überraschend schnelle Zahlung der Satisfaktionen durch Paderborn im Februar 1651¹¹ beflügelte Christoph Bernhards Hoffnung, doch noch bald zu einem Abschluß mit Hessen zu gelangen. Die münstersche Staatskasse stellte alle Zahlungen an Gläubiger und Landesbediente ein. Sogar die Kosten für die Trauerkleidung zu den Exequien Kurfürst Ferdinands blieb man schuldig¹². An die Entrichtung der Konfirmationsgebühren in Rom war nicht zu denken, so große Bedeutung ihrer Bezahlung mit Rücksicht auf die Intrigen Mallinckrodt's an der Kurie auch zukam. Als man endlich »durch ansehnliche Aufnahm als sunsten scharf gegen unsere arme erschöpfte Untertanen ergangene Exekution« im März die Mittel endlich beisammen hatte, schienen die Hessen nur einen Vorwand zu suchen, um die Räumung von Coesfeld weiter hinauszuzögern¹³. Landgraf Wilhelm machte sie plötzlich von der vorherigen Auslösung der kurkölnischen Festung Neuß, die ebenfalls in hessischem Besitz war, abhängig. Sein Geheimer Rat Andreas Christian Pagenstecher verzögerte seine Ankunft aus nichtigen Gründen immer wieder¹⁴. Als in diesem Augenblick in Münster die Nachricht eintraf, daß die Schweden trotz gegenteiliger Beteuerungen des Hauses Braunschweig-Lüneburg keine Anstalt machten, das Fürstentum Osnabrück zu verlassen, stieg vor Christoph Bernhard das Schreckgespenst eines schwedisch-hessischen Komplotts zur dauernden Besetzung der nordwestdeutschen geistlichen Territorien auf, bis es sich schließlich zu seiner Erleichterung als Täuschung erwies¹⁵. Am 3. April traf Pagenstecher endlich ein. Nun lagen wieder die kurkölnischen Gelder nicht bereit. Der Grafenschaft Ostfriesland fiel erst jetzt ein, daß ihr Beitrag zu hoch angeschlagen sei¹⁶. Eine Neuverteilung der Beiträge hätte das Werk unabsehbar in die Länge gezogen. Trotzdem gelang es Christoph Bernhard, mit Pagenstecher bis zum

⁹ Chr. Bernh. an Paderborn, 17. 12. 1650: MLA. 2, 17 I.

¹⁰ Landtagsabschied v. 31. 1. 1651: MLA. 490, 103.

¹¹ Dietrich Adolf an Chr. Bernh., 26. 2. 1651: MLA. 540b I.

¹² Chr. Bernh. an das Domkap., 21. 3. 1651: MLA. 1, 12 III.

¹³ Chr. Bernh. an Osnabrück, 26. 3. 1651: MLA. 540a I.

¹⁴ Chr. Bernh. an Kurköln, 26. 3. 1651: MLA. 539 I.

MLA. 540a II.

¹⁵ Franz Wilh. teilte am 3. 4. 1651 den bevorstehenden Abmarsch der Schweden mit:

¹⁶ Chr. Bernh. an Kurköln, 13. 4. 1651: MLA. 539 I.

13. April fast völlige Übereinstimmung zu erzielen. Nicht Zähigkeit allein, auch Nachgeben in kleineren Streitfragen führten zum Ziel¹⁷. Eine ostfriesische Gesandtschaft überbrachte nach hartem Zureden die Quote der Grafschaft¹⁸. Dagegen verlauteten aus Köln bedenkliche Unterredungen zwischen dem Kurfürsten und Pagenstecher mit dem Ziel, die Anteile der eifel- und westwaldischen Grafen auf Münster und Paderborn abzuwälzen¹⁹. In aller Eile wurden die münsterschen Gelder nach Kassel abgeschickt²⁰. Der am kurkölnischen Hof in Bonn weilende bischöfliche Kommissar Vogel gestand zu, die münsterschen Gelder teilweise zur Räumung von Neuß zu verwenden, und bot darüber hinaus sogar eine Anleihe an, um die Befreiung Coesfelds nicht an der von Neuß scheitern zu lassen²¹. Den saumseligen Grafen des Westwaldes und der Wetterau rückte eine münstersche Exekutionstruppe ins Land²². Vogels Vorstellungen in Bonn blieben nicht ohne Erfolg. Der Kurfürst versprach die Zahlung von 38 000 Rtl. an Hessen. Pagenstecher sagte darauf die Räumung von Neuß für den 6., von Coesfeld und Warburg für den 9. Juni zu²³.

Das Bistum Münster hatte große Opfer gebracht²⁴. Zur Enttäuschung Christoph Bernhards verzögerte sich die Räumung Coesfelds abermals, als Kurfürst Maximilian Heinrich kleinliche Fragen über die Kosten des Geldtransportes aufwarf²⁵. Die Berichte, die Jobst Edmund von Brabeck von seinem Besuch beim Kurfürsten von Brandenburg mitbrachte, zeigten, daß mehr als nur die Räumung einer Landesfestung auf dem Spiele stand. Wenn auch völliges Stillschweigen über die Ziele der plötzlichen Reise des Kurfürsten in seine westfälischen und niederrheinischen Besitzungen herrschte, so blieb doch nicht verborgen, daß seine Rüstungen sich gegen den Pfalzgrafen richteten²⁶. Für den Fall eines Krieges zwischen beiden lag die Möglichkeit nicht ferne, daß der Landgraf von Hessen wegen seiner verwandtschaftlichen Beziehungen die bran-

¹⁷ So kaufte z. B. Chr. Bernh. die gesamte Munition und die Gewehre in Coesfeld, die die Hessen nicht mitnehmen wollten, obgleich es ihm hart ankam, für 10 000 Rtl. Chr. Bernh. an Osnabrück, 13. 4. 1651: MLA. 540a II.

¹⁸ Chr. Bernh. an Paderborn, 23. 4. 1651: MLA. 540b I.

¹⁹ Desgl., 30. 4. 1651: Ebd.

²⁰ Desgl., 1. 5. 1651: Ebd. Matthias Korff-Schmising, Dietr. Phil. v. Wylich zu Pröbsting und Lic. Bernh. Römer begleiteten den Transport nach Kassel.

²¹ Chr. Bernh. an Paderborn, 7. 5. 1651: MLA. 540b I.

²² Desgl., 9. und 10. 5. 1651: Ebd.

²³ Thomas Düssel an Chr. Bernh., 19. und 23. 5. 1651: MLA. 539 I. Pagenstecher traf am 31. Mai in Borken zur Besprechung der Einzelheiten ein. Chr. Bernh. an Paderborn, 29. 5. 1651: MLA. 540b I. Von münsterscher Seite waren im ganzen bis dahin 218 000 Rtl. an die Hessen gezahlt worden. Chr. Bernh. an den Kaiser, 2. 6. 1651. MLA. 473, 16. Vgl. jetzt auch Günther Engelbert, Der Hessenkrieg am Niederrhein (2. Teil). In: Annalen des hist. V. f. d. Niederrhein 162 (1960), besonders S. 79 ff.

²⁴ Auf dem am 7. August eröffneten Landtag bekundete der Fürst, daß auch das Stift Metelen, v. Twickel zu Havixbeck, v. Morrien zu Stover, v. Büren zu Davensberg, v. Wylich zu Pröbsting, die Stadt Münster, Bürgermeister Herding und er selbst namhafte Summen vorgeschossen hatten. Der Landtagsabschied v. 5. 9. 1651, der nur unzureichende Mittel zur Schuldentilgung vorsah, in MLA. 490, 103.

²⁵ Chr. Bernh. an Düssel, 7. 6. 1651: »Er wolle gehöriger Orten den Unglimpf von mir, als welcher genötiget wird, abwenden helfen, wie ich mich denn verseehe, daß keiner mich verdenken werde, wann mich an das Instrumentum pacis halte und die erlaubten Mittel gegen die Morosos... an die Hand nehmen werde.« MLA. 539 I.

²⁶ Brabeck an Chr. Bernh., 10. 6. 1651: MLA. 538c; Chr. Bernh. an Brabeck, 13. 6. 1651: Ebd.; Chr. Bernh. an Paderborn, 11. 6. 1651: MLA. 540b II.

denburgische Partei ergriff. Die Gefahr eines neuen Konfessionskrieges, in dem die geistlichen Staaten mit ihrer vernachlässigten Rüstung die Leidtragenden sein würden, rückte damit in bedrohliche Nähe. In beschwörenden Worten mahnte Christoph Bernhard Kurköln nochmals zu schneller Zahlung. Andernfalls sähe er sich in seiner »Desperation zu andern wirklichen Rettungsmitteln, darzu wohl befugt«, gezwungen²⁷. Ungeachtet der Erklärung Kurfürst Friedrich Wilhelms, sein Vorhaben sei nicht gegen die katholische Religion gerichtet²⁸, hielt es Christoph Bernhard für ratsam, auf der Hut zu bleiben. Er berief eine Konferenz von Vertretern der Bischöfe zu Osnabrück und Paderborn mit seinen eigenen Räten nach Münster ein²⁹. Ihr unterbreitete er seine Beobachtung vom Erscheinen brandenburgischer Werber im Münsterland und die Meldung Matthias Korff-Schmisings, daß staatische Truppen im Begriff standen, sich mit den Brandenburgern zu verbinden³⁰. Auch Franz Wilhelm von Wartenberg glaubte an eine Verschwörung der Evangelischen. Seiner Meinung nach hatte Herzog Augustus von Braunschweig-Lüneburg die ihm vom Kaiser aufgetragene Vermittlertätigkeit nur deshalb ausgeschlagen, um zum Kriege zu treiben. Er habe gute Nachrichten, daß die weltlichen Häuser »allem Ansehen nach das Ziel dahingesteckt, wie die geistliche Fürsten von ihren Juribus und Praeeminentiis vertrungen und heruntergepracht werden mögen«³¹. Christoph Bernhard erkannte seine eigenen Befürchtungen in diesen Worten wieder. Die Erfahrungen des verfloßenen Krieges und Westfälischen Friedensschlusses boten den passenden Rahmen. Die Drohungen des Kurfürsten von Brandenburg, jeden anzugreifen, der dem Pfalzgrafen mit Rat und Tat beipflichte, bezogen die ängstlichen Konferenzteilnehmer unmittelbar auf sich. Christoph Bernhard riet dringend zur Geheimhaltung, um keinen Argwohn zu erwecken³². Zur Abwehr eines brandenburgischen Angriffs wäre das Stift nicht in der Lage gewesen. Das ganze Heer bestand aus 1500 Mann. In Münster hegte man daher aufrichtig die Hoffnung auf Beilegung des gefährlichen Streits am Niederrhein. Der Bischof bereute jetzt, daß er den kaiserlichen Auftrag zur Vermittlung nicht trotz der Weigerung Herzog Augustus' durchgeführt hatte. Es war zu spät, »um die anglühende Kohlen in der Asche zu dämpfen«³³. Die Brandenburger hatten bereits das Schloß Angermund überfallen. Von der Absendung des Grafen Alexander von Velen³⁴ zum Kurfürsten nach Kleve stand unter diesen Umständen nicht viel zu hoffen.

Glücklicherweise erklärte Kurköln nun endlich seine Bereitschaft zur Zahlung. Am 27. Juni empfangen die hessischen Kommissare 252 000 Rtl. An den 600 000 Rtl. Satisfaktionen fehlte nur noch ein unbedeutender, beim besten Willen nicht beizutreibender Rest aus dem Westerwald und der Wetterau³⁵. Der münstersche Kornett Finger brach die militärische Exekution in der verarmten Gegend ohne Erfolg ab³⁶. Zu seiner Befriedigung vernahm Christoph

²⁷ Chr. Bernh. an Düssel, 13. 6. 1651: MLA. 539 I.

²⁸ Kurf. Friedr. Wilh. an Osnabrück, 20. 6. 1651: MLA. 540a II.

²⁹ Chr. Bernh. an Paderborn und Osnabrück, 20. 6. 1651: MLA. 540b II.

³⁰ Chr. Bernh. an Osnabrück, 17. 6. 1651: MLA. 540a II.

³¹ Franz Wilhelm an Chr. Bernh., 22. 6. 1651: Ebd.

³² Chr. Bernh. an Paderborn, 26. 6. 1651: MLA. 540b II.

³³ Chr. Bernh. an Kurköln, 26. 6. 1651: MLA. 539 I.

³⁴ Über ihn vgl. W. Rave, Alexander II. von Velen (1599–1675). In: Westf. Lebensbilder Bd. 6, Münster 1957, S. 1.

³⁵ Düssel an Chr. Bernh., 27. 6. 1651: MLA. 539 I.

³⁶ Chr. Bernh. an Paderborn, 19. 6. 1651: MLA. 540b II.

Bernhard, daß der brandenburgische Angriff nicht glücklich verlief³⁷. Die Anträge des Kurfürsten erbrachten in Den Haag nicht das erhoffte Ergebnis. Die Generalstaaten rieten vielmehr zum Vergleich. Der Kaiser schickte ihm Abmahnungsschreiben. Was man kaum zu hoffen wagte, trat ein: Die Hessen drängten in der allgemeinen Unruhe nun selbst auf eine schnelle Räumung der Festungen³⁸. Ihnen schienen die Satisfaktionsgelder im Augenblick wertvoller als ein weitentlegener fester Platz. Nach der Übergabe von Neuß am 2. Juli verließen die hessischen Truppen am 8. d. M. zur großen Freude Christoph Bernhards auch Coesfeld, das mit fürstlich münsterischen Truppen unter Generalwachtmeister Reumont »nottüftiglich hinwiederumb besetzt« wurde³⁹.

Über der Genugtuung, die erste politische Aufgabe seiner Regierungszeit allen Schwierigkeiten zum Trotz erfolgreich abgeschlossen zu haben, vergaß der Bischof doch nicht, seine Aufmerksamkeit dem Streit am Niederrhein zu schenken, der durchaus noch seine Gefährlichkeit bewahrte. Pfalzgraf Philipp Wilhelm, ein leidenschaftlicher junger Mann, zog aus Brabant mit spanischen Hilfsvölkern heran. Mischten sich die in Kerpen sitzenden Spanier in den Krieg, so wuchs die Gefahr eines französischen Eingreifens auf brandenburgischer Seite. Mazarin ließ in Brühl verlauten, daß Kurfürst Friedrich Wilhelm in Paris offene Ohren finde und daß man französischerseits dem »gar zu gut spanischen«⁴⁰ Pfalzgrafen einen Denkartel gönnte. Wie man das Stift aus aller Gefahr retten konnte, darüber war guter Rat teuer. Zu Werbungen fehlte nach den Zahlungen an Hessen das Geld. Die Musterung der Einwohner bildete nur einen schlechten Ersatz⁴¹, zumal die brandenburgischen Werber manchen guten Soldaten aus dem Lande holten. Der Rest war ungeübt und zeigte wenig Lust zum Kriegshandwerk. Es fehlte an Waffen und Munition. Der Versuch, die gemeinsame Vermittlung mit Herzog Augustus auf Grund der kaiserlichen Kommission wieder zu beleben, scheiterte an dem Anspruch des Herzogs, beim Unterschreiben und Siegeln den Vorrang zu genießen⁴². An eine Zusammenarbeit war umso weniger zu denken, als Beauftragte des Braunschweigers, der die Schutzherrschaft über die Stadt Höxter beanspruchte, Ende Juni die Franziskaner aus der Stadt wiesen und den katholischen Gottesdienst untersagten⁴³.

Es bedeutete einen schweren Entschluß, wenn Christoph Bernhard in dieser Lage seine Rettung in der Aufstellung eines bescheidenen Heeres suchte. Die völlige Leere der Staatskassen und beängstigend hohe Schulden, begleitet von

³⁷ Über den brandenburg-neuburgischen Krieg vgl. UA. Bd. 5, S. 401 ff.; H. v. Zwiedineck-Südenhorst, Deutsche Geschichte, I S. 114 ff.

³⁸ Düssel an Chr. Bernh., 30. 6. 1651: MLA. 539, I.

³⁹ Chr. Bernh. an Paderborn, 9. 7. 1651: MLA. 540b II; Chr. Bernh. an Düssel, 12. 7. 1651: MLA. 539 I. Eine Krankheit Pagenstechers hielt die Übergabe Coesfelds einige Tage auf. Für die zahlungsunfähigen Grafen des Westerwaldes und der Wetterau mußten wohl oder übel Münster und Paderborn einspringen. Die Jesuiten in Emmerich und Pagenstecher selbst streckten die nötigen Gelder vor. Chr. Bernh. an Bürgerm. Herding und Lic. Rave, 20. 6. 1651: MLA. 14, 19 II.

⁴⁰ Franz Wilh. an Chr. Bernh., 5. 7. 1651: MLA. 540a II.

⁴¹ Chr. Bernh. an Osnabrück, 27. 4. 1651: »So lassen wir mit Musterung unserer Untertanen kontinuierieren« MLA. 540a II.

⁴² Chr. Bernh. an Paderborn, 15. 7. 1651: MLA. 540b II.

⁴³ Chr. Bernh. an Osnabrück, 6. 7. 1651: Von der Gegenseite werde vorgebracht, daß die »Religiosi zur Bitterkeit und Exzessen Ursach geben und unterschiedliche von ihren, der Deputierten, Leuten mit aus dem Haus herabgeworfenen Steinen gröblich beschädigt haben«: MLA. 540a II. Vgl. Kaiser S. 98 ff.

einer geringen Bewilligungsfreudigkeit der Landstände, verboten im Grunde einen solchen Schritt. Nur neue Schulden konnten die Werbekosten decken, ganz zu schweigen von der laufenden Belastung, die der Unterhalt des Heeres mit sich brachte⁴⁴. Immerhin stellte die Auffüllung des Fußregiments auf 1500 Mann die Geburtsstunde des münsterschen Heeres dar, das mit dem Namen Christoph Bernhards untrennbar verbunden ist⁴⁵. So bescheiden die Vermehrung war, sie offenbarte den Willen des Bischofs, bis zur äußersten Anspannung der Kräfte die Verteidigung des Landes sicherzustellen.

Eine wirksame Landesverteidigung erforderte aber auch das Vorhandensein von Festungen. Die einzige brauchbare im ganzen Stift hatten die Hessen gerade geräumt. Sie verlangten beim Abzug zwar das Versprechen, Coesfeld sofort zu schleifen, aber Christoph Bernhard glaubte aus den Zeitumständen die Berechtigung herleiten zu können, die Zusage nicht einzulösen. Er begab sich nach Coesfeld, um zur Demolierung »einige Anstalten zu machen. All dieweilen« er aber dabei fand, »daß von der neuen Fortifikation etwas notwendig wird stehen bleiben müssen«, hoffte er, der Landgraf werde es ihm nicht nachtragen, wenn er den Ort »bei diesen gefährlichen Zeiten wohl in Obacht« nehme⁴⁶. Der Schritt war gewagt, aber er gelang. Die Hessen erhoben keinen Einspruch.

Die durch den brandenburg-neuburgischen Krieg hervorgerufene Gefahr, die auf dem Hintergrund der französisch-spanischen Auseinandersetzung so bedrohlich ausgesehen hatte, ließ im Oktober des Jahres endlich nach. Kurfürst Friedrich Wilhelm verstand sich zu einem Vergleich⁴⁷.

⁴⁴ Ein Fußsoldat wurde in den unruhigen Zeiten mit 4–10 Rtl., ein Reiter mit 25–40 Rtl. bezahlt.

⁴⁵ Chr. Bernh. an Paderborn, 21. 7. 1651: MLA. 540b II.

⁴⁶ Chr. Bernh. an Paderborn, Coesfeld 16. 7. 1651: MLA. 540b II. Im Schr. v. 7. 7. 1651 an Volmari bezeichnete Chr. Bernh. die hessischen Bedingungen als im Widerspruch mit dem Friedensvertrag stehend und in die er »zu willigen nicht gehalten werden könnte«. Er müsse sie aber eingehen, um den Hessen in dieser gefährlichen Lage keinen Anlaß zum Bleiben zu geben: MLA. 473, 16.

⁴⁷ Zwiedineck-Südenhorst I S. 116. Der Vertrag zwischen Brandenburg und Pfalz-Neuburg wurde vom Kurfürsten am 11. Oktober in Kleve unterzeichnet. Der Pfalzgraf folgte am 16. Oktober: UA. 5 S. 561.

4. KAPITEL

DAS RHEINISCHE DEFENSIONSWERK

Der kleve-jülichsche Zwischenfall leitet zu der allgemeinen Unruhe und Unsicherheit hinüber, die den Westen Deutschlands auch nach dem Friedensschluß bedrückte. An der Grenze des Niederrheinisch-westfälischen Kreises wütete noch der französisch-spanische Krieg. Beide Seiten, einschließlich ihrer Parteigänger, kümmerten sich wenig um die Neutralität der Reichsstände. Wo lohnende Quartiere lockten, ließ sich die Soldateska unbekümmert nieder. Die linksrheinischen Landesherren sahen dem Treiben ohnmächtig zu.

Der Gedanke, vereint den Belästigungen entgegenzutreten, lag nahe. Er war in der deutschen Geschichte nicht unbekannt. In unsicheren Zeiten breitete sich von jeher das Bedürfnis gegenseitiger Hilfe aus. Besonders dann, wenn die Staatsgewalt des Reiches verfiel, hatte es an Bündnissen der Reichsstände untereinander nicht gefehlt. So regten auch jetzt, auf dem Nürnberger Exekutionstag, Kurmainz und Bayern den Plan an, ein gemeinsames Heer von 18 000 Mann aufzustellen¹. Gegenseitiges Mißtrauen und Unentschlossenheit ließen keinen Beschluß zustandekommen. Die Klagen der westlichen Reichsfürsten führten aber doch zu dem Auftrag an Kurfürst Johann Philipp von Mainz, den Kur- und Oberrheinischen Kreis zu Beratungen über Verteidigungsmöglichkeiten anzuhalten (30. 7. 1650). Der Oberrheinische Kreis kam bald zu einem Beschluß, der den Plan eines Verteidigungswerks wenigstens auf dem Papier enthielt. Im November trat unter der Drohung neuer Quartierforderungen des Herzogs von Lothringen und Turennes auch der Kurrheinische Kreis zusammen. Auf den am 20. Dezember beginnenden Verhandlungen zwischen beiden Kreisen bemängelten die Kurrheinischen das schwächliche Heer von 2000 Mann, das der Oberrheinische Kreis stellen wollte. In diesem Zusammenhang wurde die Einbeziehung anderer Reichskreise, wobei in erster Linie an Franken, Schwaben und Westfalen gedacht war, angeregt. Ja, es tauchte bereits das hochgesteckte Ziel einer Generalgarantie auf².

Am 30. Dezember 1650 gingen den drei genannten Kreisen Einladungen zu gemeinsamen Verteidigungsbesprechungen mit den rheinischen Reichskreisen in Frankfurt zu. Kurfürst Maximilian Heinrich, dessen Stift Lüttich zum Niederrheinisch-westfälischen Kreis zählte, nahm den Gedanken verständlicherweise mit besonderer Anteilnahme auf. Auch Pfalz-Neuburg, das über mannigfache Bedrückungen im linksrheinischen Herzogtum Jülich klagte, horchte auf. Das Werk hätte für die Einwohner der westlichen Reichslande unbestreitbar segensreiche Wirkungen gebracht. Es barg nur eine Schwierigkeit: Der Kaiser stand mit den Spaniern im Bunde und sah nicht gern, wenn man ihren Quartierwünschen einen Riegel vorschob oder gar versuchte, ihre Besatzung aus Frankenthal zu vertreiben.

¹ Joachim, Entwicklung des Rheinbundes S. 3. — ² Ebd. S. 5.

Dieser Umstand verlangte Berücksichtigung. Christoph Bernhard stellte ihn, als er Wilhelm von Fürstenberg zur Konferenz nach Frankfurt abschickte³, von vornherein in Rechnung. Einer der wiederkehrenden Züge der Galenschen Politik, die Rücksichtnahme auf die Absichten des Kaiserhauses, tritt bereits hier hervor; ein Verhalten, das ihm merkwürdigerweise oft abgesprochen wurde⁴.

Der Beitritt des Westfälischen Kreises zum Rheinischen Bündnis hatte für den Bischof von Münster keine übermäßige Anziehungskraft. Rechtsrheinisch waren die fremden Horden bisher zum Glück kaum aufgetreten. Die Teilnahme am Bündnis brachte also bei nüchterner Betrachtung für das Bistum mehr Lasten als Vorteile. Die Instruktion Wilhelm von Fürstenbergs sah daher vor allem die »Erweisung guter Freundschaft« vor. Verbindlichkeiten sollte er aus dem Wege gehen⁵ und die wahren Absichten der rheinischen Kreisverteidigung ergründen, die Christoph Bernhard »von großer Importanz und weitausgehend« fand⁶. Der Bischof sah seine Vorsicht gerechtfertigt, als ihm der Osnabrücker Nachbar mitteilte, der Kaiser beobachte die entstehenden Bündnisse mit größtem Mißtrauen. Reichshofratvizepräsident Graf von Wolkenstein und Reichshofrat Volmari waren bereits von Wien nach Mainz und Frankfurt geeilt, um die unwillkommene Entwicklung abzuschneiden. Ihre eifrig ausgestreute Meinung, daß das Verteidigungsbündnis nur feindliche Truppen ins Reich ziehe anstatt sie abzuhalten, fand manchen Glauben⁷. Die Besorgnisse mochten teilweise ernst gemeint sein, zum Teil dienten sie aber nur zum Vorwand, um lästigen Verteidigungsanstrengungen und der Ungnade des Kaisers auf bequeme Art zu enttrinnen. Auch der Bischof von Münster wählte diesen Weg. Er fand es nicht ratsam, »daß man sich so leicht und gleichsamb unbedachtsamblich den ungewissen Kriegsfällen wiederum dargebe, da man annoch nicht zur völligen Genießung des Friedens kommen«. Er befahl Wilhelm von Fürstenberg nochmals, alle Bindungen abzulehnen⁸. Der Bemühungen Volmaris⁹, Münster vom Rheinischen Bündnis fernzuhalten, bedurfte es nicht¹⁰. Ende März verließ Fürstenberg Frankfurt, nachdem sein Ver-

³ Offiziell trat Fürstenberg als Vertreter Münsters nur mit der Aufgabe auf, die schwedischen Satisfaktionen, an denen auch die rheinischen Kreise beteiligt waren, zu besprechen. Seitens des Westfälischen Kreises lag selbstverständlich kein Auftrag vor.

⁴ In diesem Punkt irrt auch Joachim unter dem Einfluß der älteren Literatur.

⁵ Chr. Bernh. an Paderborn, 18. 1. 1651: MLA. 540b I.

⁶ Chr. Bernh. an Osnabrück, 3. 2. 1651: MLA. 540a I.

⁷ Franz Wilhelm an Chr. Bernh., 19. 2. 1651: Ebd.

⁸ Chr. Bernh. an Paderborn, 21. 2. 1651: MLA. 540b I.

⁹ Volmari an Chr. Bernh., 26. 2. 1651: MLA. 473, 16.

¹⁰ Die Warnungen Volmaris in Mainz und Frankfurt, die auch nach Münster übermittelt wurden, gipfelten in folgenden Hauptpunkten: Der Kaiser sehe die Verhandlungen ungen. Es handle sich um Dinge, die in Güte beigelegt werden könnten, und derentwegen man nicht zu den Waffen zu greifen brauche. Die Franzosen begünstigten die neue Kriegsverfassung der oberen Reichsstände durch das Versprechen, nach ihrem Zustandekommen keine Kontributionen, wie sie nach Frankenthal und Heilbronn flossen, mehr zu fordern. Den Franzosen stehe kein Recht zu solchen Versprechungen zu. Sie hätten keinen Anlaß, sich um den Frieden im Reich zu kümmern, nachdem ihre Truppen nur mit Mühe daraus entfernt werden konnten. Spanien habe dagegen keine Satisfaktionen für seine Dienste erhalten und sei trotzdem bereit, Frankenthal gegen eine geringe Zahlung zu räumen. Spanien werde durch die neue Bewaffnung nur zu Feindseligkeiten angestachelt.

such, die Beitragszahlung der rheinischen Stände zur vechtischen Evakuation ins Gespräch zu bringen, gescheitert war¹¹.

Die Frankfurter Besprechungen gerieten schon vorher ins Stocken. Viele Gesandte hatten sich bereits entfernt. Schließlich verloren die drei geistlichen Kurfürsten die Geduld und schlossen ungeachtet der kaiserlichen Warnungen ein Bündnis unter dem Namen eines kurrheinischen Kreisabschieds, der eine wenn auch schwächliche gegenseitige Unterstützung im Falle der Gefahr vorsah (21. März 1651). Praktische Folgen führte der Rezeß nie herauf¹². Der Kaiser nahm ihn gar nicht zur Kenntnis. Trotzdem lag hier der Kern eines Bündnissystems begründet, das später für das westliche Deutschland und auch für die münstersche Politik große Bedeutung erlangte.

Nicht alle Stände des Westfälischen Kreises zeigten der Vereinigung solche Abneigung wie der Bischof. Abgesehen von Kurköln – wegen Lüttich Mitglied des Kreises – begrüßte besonders der Pfalzgraf zu Neuburg einen Zusammenschluß. Beide Herren saßen unzweifelhaft den Bedrohungen aus dem Westen am nächsten. Pfalzgraf Wolfgang Wilhelm, neben Christoph Bernhard kreis-ausschreibender Fürst, drängte ungestüm auf die Einberufung eines Kreistags, auf dem ein Beschluß über die Beteiligung am rheinischen Defensionswerk gefaßt werden sollte¹³. Der Bischof stellte ihm die Gefahren vor Augen, die nicht allein im Werke selbst, sondern auch in den inneren Verhältnissen des Westfälischen Kreises begründet lagen. Noch immer war ja der Streit um das Kreiskondirektorium zwischen Kurbrandenburg und Pfalz-Neuburg nicht entschieden. Eine Einberufung des Kreises ohne Teilnahme des Kurfürsten von Brandenburg hätte diesen tief beleidigt, eine Einberufung durch alle drei Fürsten aber den Zustand eines dreiköpfigen Direktoriums für alle Zukunft begründet. Beides war unerwünscht. Ganz unannehmbar erschien in Münster auch das mit Hintergedanken allzu offensichtlich beladene Ansinnen Wolfgang Wilhelms, die Ausschreibungen zum Kreistag allein in seinem Namen, »nur mit Vorwissen und Belieben« Münsters ausgehen zu lassen. Franz Wilhelm von Wartenberg warnte nachdrücklich vor eigenmächtigen Schritten des Pfalzgrafen¹⁴. Eine einseitige Ausschreibung durch ihn hätte Kurbrandenburg veranlaßt, bei nächster Gelegenheit dasselbe zu tun. Die Spaltung des Reichskreises in einen katholischen und einen evangelischen Teil wäre die unausbleibliche Folge gewesen¹⁵.

Christoph Bernhard gelang es, den Düsseldorfer Herrn von seinen Plänen abzubringen. Der Begründung, vor endgültigen Entschlüssen die kaiserliche Stellungnahme abwarten zu müssen, konnte er sich nicht entziehen. Inzwischen hob der Zerfall der Frankfurter Konferenz und der Rezeß vom 21. März die Notwendigkeit weiteren Nachdenkens auf¹⁶.

Der Kaiser mahne deshalb zur Ruhe. Die Defensionsverfassung werde im übrigen den Ständen, nach ihren Klagen zu urteilen, ohnehin zu beschwerlich fallen (Abschr. in MLA. 540a I).

¹¹ Chr. Bernh. an Paderborn, 27. 3. 1651: MLA. 2, 17 I.

¹² Joachim S. 6 ff. – ¹³ Chr. Bernh. an Osnabr. und Paderb., 9. 2. 1651: MLA. 540a I.

¹⁴ Franz Wilhelm an Chr. Bernh., 19. 2. 1651: Ebd.

¹⁵ Dietrich Adolf an Chr. Bernh., 5. 3. 1651: MLA. 540b I.

¹⁶ Joachim S. 9 ist schon der älteren, aber unbegründeten Ansicht entgegengetreten, Pfalz-Neuburg habe zu den Teilnehmern des Frankfurter Rezesses v. 21. 3. 1651 gehört.

Vorsorglich wandte sich Christoph Bernhard inzwischen an Volmari. Stand das Kreisdirektorium erneut zur Frage, so eröffnete sich vielleicht die Möglichkeit, daß es ihm allein aufgetragen wurde, solange der jülich-klevische Erbstreit nicht entschieden war. Der kaiserliche Gesandte bestärkte ihn in dieser Hoffnung und riet, eine entsprechende Eingabe an den Kaiser zu richten¹⁷. Der Bischof konnte ja darauf verweisen, daß unter Kurfürst Ferdinand diese Regelung schon einmal galt. Er verschwieg auch seine Verdienste um die Abwendung eines Kreistages nicht und hob hervor, wie viele Unannehmlichkeiten er damit dem Kaiser erspart habe¹⁸. Trotz der Unterstützung Volmaris ging der kaiserliche Hof nicht auf die münsterschen Wünsche ein. Der Bischof erlebte seine erste Enttäuschung durch die Reichsbehörden. Es sollte nicht die letzte bleiben.

Den kurrheinischen Ständen blieb die Haltung Christoph Bernhards in der Verteidigungsfrage nicht verborgen. Der Kurfürst von Mainz verhehlte Fürstenberg seine Empörung über die kaltsinnige Aufnahme des Antrags in Münster nicht. In kaum beherrschten Worten drohte er, dem Bischof das Kreisdirektorium überhaupt zu entziehen¹⁹. Christoph Bernhard suchte eilig Hilfe beim Kaiser, denn er erkannte hinter dem kurrheinischen Schluß vom 21. März eine reichsständische Politik, die Ansätze eines größeren Werks in sich barg. Es mußte auch damit gerechnet werden, daß der von Münster enttäuschte Pfalzgraf »nicht acquiescieren«, sondern, nachdem ihm die Einberufung des Kreistags abgeschlagen war, bei den rheinischen Verbündeten auf eigene Faust Anschluß suchen würde²⁰. Ein pfalz-neuburgischer Minister, so hinterbrachte der Bischof dem Kaiser, hatte geäußert, der Pfalzgraf sei bereit, die »Frankfurtische Kreisconsilia zu amplektieren«²¹. In der Tat reiste Marschall Wippermann bei den Ständen des Kreises umher, ohne allerdings mehr als allgemeine Vertröstungen zu ernten. Den alten Pfalzgrafen Wolfgang Wilhelm und seine Furcht vor Brandenburg hielt nicht nur Christoph Bernhard für »allzu metikulös«²². So sehr drohte die Gefahr nicht, um sich deswegen in ein Bündnis zu begeben, das in den Augen des Kaisers keine Gnade fand.

Wenn nicht hier, so stieß der Pfalzgraf doch an anderer Stelle auf Gegenliebe. Von Trier, wo man der lothringischen Nötigungen müde war, ging schon im März eine Gesandtschaft nach Bonn und Düsseldorf, um beide in ähnlicher Lage befindliche Fürsten zum Bündnis einzuladen. Die Verhandlungen kamen schon in Gang, als der kurkölnische Hofrat Aldenhoven aus Frankfurt den Rezeß vom 21. März zurückbrachte. Nun konnte nur noch an einen nachträglichen Beitritt Pfalz-Neuburgs gedacht werden. Wolfgang Wilhelms grundsätzliche Bereitschaft verringerte die Angst, wegen Frankenthal mit den Spaniern in Streit verwickelt zu werden. Mit ihnen und Lothringen wollte er nicht in Händel geraten. Seine Befürchtungen entsprangen der Bedrohung durch Brandenburg. Ausdrücklich ließ er sich deshalb versichern, daß das Ver-

¹⁷ Volmari an Chr. Bernh., 31. 3. 1651: MLA. 473, 16.

¹⁸ Chr. Bernh. an Volmari, 13. 4. 1651: Ebd.

¹⁹ Chr. Bernh. an Volmari und Crane, 28. 4. 1651: Ebd.

²⁰ Chr. Bernh. an Osnabr. und Paderb., 9. 2. 1651: MLA. 540a I.

²¹ Chr. Bernh. an Volmari, 13. 4. 1651: MLA. 473, 16.

²² Chr. Bernh. an Osnabr., 9. 6. 1651: MLA. 540a II.

teidigungswerk sowohl gegen Ausländer als »auch gegen alle anderen in und außer Hlg. Röm. Reich« wirksam werden sollte²³.

Die harte Wirklichkeit in Form eines brandenburgischen Angriffs kam schneller als die Vollendung des im Ansatz verbliebenen Bündnisses²⁴. Der moralische Gewinn Pfalz-Neuburgs als unschuldig Angegriffener, den es bei seinen katholischen Nachbarn davontrug, wog jedoch mehr als ein schwaches Bündnis. In Bonn und in Münster schlugen ihm die Herzen zu. Zum Verdruß Kurfürst Friedrich Wilhelms gestattete Christoph Bernhard dem Pfalzgrafen Werbungen, ohne sie auch ihm zu gewähren. Kurköln versuchte, eine diplomatische Rückendeckung für den Angegriffenen aufzubauen. Für den Juli wurde eine allgemeine Konferenz vorbereitet²⁵. Aber vor einer Gemeinsamkeit mit Maximilian Heinrich schreckte der Bischof von Münster zurück. Der Kölner hatte zu oft seine Abneigung gegen ihn, zuletzt in der Behandlung der hessischen Satisfaktion, zum Ausdruck gebracht²⁶. Nicht ganz zu unrecht argwöhnte er auch, daß die rechtsrheinischen Stifter nur den linksrheinischen die Kastanien aus dem Feuer holen sollten²⁷. Ungeachtet dessen entsprang seine Haltung einer richtigen Einschätzung der Lage. Welchen Wert besaß ein Bündnis, an dem Pfalz-Neuburg und Brandenburg nicht teilnahmen?²⁸

Die vorgesehene Konferenz begann am 19. Juli im Dominikanerkloster zu Köln. Kanzler Buschmann begründete namens Kurkölns in der Einleitung die Notwendigkeit einer Verteidigungsorganisation. Auf Kurbrandenburg müsse man mit Rücksicht auf den Erbstreit leider vorläufig verzichten. Er schlug gemeinsame Truppen in Stärke von 3000 Mann zu Fuß und 1000 Reitern vor²⁹. Die Konferenz³⁰ versickerte bald »in altum silentium«³¹. Christoph Bernhard erhielt von ihrem Beginn lediglich von Paderborn aus Nachricht. Dietrich Adolf zeigte als Nachbar mächtiger protestantischer Häuser noch weniger Lust, einem betont katholischen Bündnis beizutreten. Er erhob dagegen den be-

²³ Joachim S. 14. Die von J. S. 15 Anm. 1 geäußerte Ansicht, daß die im Schr. des Trierer Domkap. v. 28. März enthaltene Meldung von Bündnisverhandlungen mit Neuburg und Münster nur Gerücht war, muß bestätigt werden.

²⁴ S. o. S. 18.

²⁵ Franz Wilhelm an Chr. Bernh., 2. 7. 1651: MLA. 540a II.

²⁶ Chr. Bernh. an Paderborn, 17. 7. 1651: »Nachdemalen wir bei Aufpringung der hessischen Satisfaktion erfahren, wie daß man auf des Erzstifts Köln Landständ Zutun keine Reflexion zu machen, als können wir uns nicht Vorbilden lassen, daß bei der zu Köln angestellter Underredung etwas Fruchtbliches werde gewürket werden. Dahero wir bis anhero und noch weiter solang mit der Deputation einhalten wollen« (MLA. 540b II).

²⁷ Chr. Bernh. an Osnabrück und Paderborn, 1. 7. 1651: MLA. 540b II. Paderborn hegte die gleichen Bedenken, wie die Instruktion v. 2. 7. zeigt. Ebd.

²⁸ Über den kurköln. Versuch, durch Franz Egon v. Fürstenberg in Wien die für die Räumung Frankenthals vorgesehenen 13 Römermonate für das rhein. Verteidigungsbündnis freizumachen, so weit die Beiträge im Westfäl. Kreis einkamen, konnte Chr. Bernh. nur lächeln (Chr. Bernh. an Osnabrück, 29. 7. 1651: MLA. 540a II). Maximilian Heinrich verstand wirklich nichts von der Politik. Wie konnte der Kaiser die seinem engsten Verbündeten zugeordneten Gelder für ein Bündnis hergeben, das er zu verhindern suchte?

²⁹ Rentmeister Friesenhagen an Paderborn, 20. 7. 1651: MLA. 540b II. Chr. Bernh. hielt die Zahl für viel zu klein; Schr. an Paderborn, 31. 7. 1651: Ebd.

³⁰ Joachim erwähnt die Bemühungen Kölns um eine Ausweitung des kurrheinischen Rezesses nicht.

³¹ Friesenhagen an Paderborn, 27. 7. 1651: MLA. 540b II.

merkenswerten Vorschlag, die rheinischen Fürsten unter sich abschließen zu lassen und gleichzeitig unter Führung Paderborns mit den Protestanten in Niedersachsen und Hessen zu verhandeln, um allen Argwohn abzuwenden. Diesen Plan trug Landhauptmann von Spiegel Anfang Juli in Kassel vor³². Der Gedanke, ein »Weserbündnis« zu errichten und später mit dem rheinischen Bund zu verschmelzen, wobei Münster und Paderborn ein stärkeres Eigengewicht in die Waagschale werfen konnten³³, besaß in der Tat viel Verlockendes. Der Vorstoß Dietrich Adolfs löste, während die Kölner Konferenz fehlschlug, eine bedeutsame diplomatische Tätigkeit aus³⁴.

5. KAPITEL

DAS FÜRSTBISTUM BEIM REGIERUNGSANTRITT

Die Verwicklungen um die hessischen Satisfaktionen, der jülich-klevische Erbstreit und das rheinische Defensionswerk warfen den Bischof in das Getriebe der Außenpolitik, dem er bis zu seinem Lebensende nicht wieder entrann. Die Frage, ob der Zwang der Umstände oder eigene Neigung ihn in die Bahnen der großen Politik verwiesen, ist schwer zu beantworten. Ein Überblick über das Lebenswerk Christoph Bernhards berechtigt jedoch zu der Annahme, daß er die Aufgaben der Außenpolitik bereitwillig, ja gern aufgriff. Gewiß wirkten seine ersten Schritte auf diesem Gebiet bescheiden. Es fehlte an der Sicherheit, die Überblick und reiche Erfahrung dem Außenpolitiker verleihen. Es mangelte auch an der festen Grundlage für eine entschiedene Politik. Das Fürstbistum war im Innern schwach und zerrissen. Parteibildungen im Zusammenhang mit der Aufsässigkeit des Domdechanten Mallinckrodt, konfessionelle Gegensätze, ein ungenügend ausgebildetes Finanzwesen und völlige Verschuldung des Staates¹ ließen keine kräftige Wirkung nach außen zu. Die eigentliche Staatsverwaltung selbst bestand aus dem Fürsten, seinem Geheimen Sekretär und vier Räten mit wenigen gelegentlichen Helfern aus dem Kreise der Domherren. Sie besaß nicht einmal die Kraft, einen Zwist wie

³² Chr. Bernh. bekundete im Schr. v. 23. 7. 1651 an Paderborn sein Gefallen daran: Ebd.

³³ Instruktion Fbf. Dietrich Adolfs für den Domdechanten v. Ketteler v. 2. 7. 1651: Ebd.

³⁴ Als ihr Urheber galt bisher in der Literatur Hessen-Kassel, das allerdings bald die geistige Führung übernahm.

¹ Am 16. 3. 1651 teilte Christoph Bernhard dem Domkapitel mit, daß in Zukunft der Pfennigmeister nach fürstlicher Anweisung entsprechend den Kammervorräten die Gläubiger befriedigen werde, um den Kredit der Landschaft allmählich wieder zu heben: MLA. I, 12 III.

den mit dem Domdechanten auszufechten, ohne dafür auf anderen Gebieten Entlastung zu suchen. Nicht aus Zufall ging der politische Briefwechsel in den Zeiten stark zurück, in denen die Auseinandersetzung mit Mallinckrodt an Schärfe zunahm.

Über den Zustand des Stifts Münster nach dem Dreißigjährigen Kriege erschollen die gleichen Klagelieder, wie sie in fast gleichförmigen Worten aus allen Landschaften Deutschlands bekannt sind². Die einheitliche Beurteilung, in der die jammervolle Verödung des Landes mit barockem Überschwang beweint wird, trifft sicherlich nicht zu. Es gab Gegenden, die der Krieg vernichtend traf, in denen kaum ein Haus bewohnt und die Felder jahrelang unbestellt blieben. Gerade ehemals wohlhabende Teile Deutschlands zogen die Heere immer wieder in lockende Quartiere, bis der letzte Vorrat erschöpft war. Auch im Münsterland hinterließen die langen Kriegszeiten tiefe Wunden. Manches Bauernhaus stand auch hier wüst, aber Bevölkerung und Wirtschaft blieben im Kern ungebrochen. Die Landstände versäumten nicht, die schlechte Lage ihrer Hintersassen auf den Landtagen zu schildern, um unbequeme Steuern abzuwälzen. Ihre Klagen gingen aber nicht über das Maß hinaus, das auch spätere Zeiten gegenüber den Finanzbehörden mit mehr oder weniger Erfolg anzuwenden pflegten. Verhältnismäßig hohe Beiträge zur Tilgung der hessischen Satisfaktionen, der römischen Konfirmationsgebühren und alter Rückstände bewilligten sie trotzdem ohne viele Umstände. Das Land brachte diese Gelder auch tatsächlich auf. Ein allgemeiner Rückgang des Wohlstands auf dem Lande ließ sich nicht verkennen; die Grundlagen, die dem Bauern bessere Zeiten verhießen, waren jedoch nicht erschüttert. Schlechter erwies sich der Zustand der kleinen Städte des Landes. Der auch im 17. Jahrhundert schon verwundbarere wirtschaftliche Aufbau städtischer Gemeinschaften verzögerte die Gesundung zumal dann, wenn eine der häufigen Epidemien die Bevölkerungszahl vermindert hatte. Fast unbeschädigt ging aus dem Kriege die Stadt Münster hervor. Hinter ihre sicheren Mauern, die während des ganzen Krieges keine feindliche Besatzung sahen, flüchtete manch Reichtum von weniger geschützten Orten. Viele fremde Gesandtschaften gaben Millionenbeträge in den Jahren der Friedensverhandlungen aus, die der Stadt in einer Zeit geringen Geldumlaufs einen Reichtum verschafften, der in Nordwestdeutschland kaum seinesgleichen fand. Die wohlhabende Bürgerschaft trug den Kopf hoch, manchmal höher, als dem Landesherrn lieb war.

Neben diesen, nach einem gerade beendeten, schrecklichen Kriege keineswegs hoffnungslosen Verhältnissen auf wirtschaftlichem Gebiet sahen die religiösen und sittlichen Zustände bedenklicher aus. Ein gewissenhafter katholischer Kirchenfürst konnte mit ihnen nicht zufrieden sein.

Das Fürstentum war in der Reformationszeit der katholischen Kirche verloren gegangen. Das üble Treiben der Wiedertäufer versetzte dem Protestantismus, obgleich beide so wenig Gemeinsames wie die Astronomie mit der Astrologie besaßen, einen schweren Schlag. Trotzdem schien es noch gegen Ende des 16. Jahrhunderts, als ob die evangelische Kirche wenigstens in Teilen des Fürstentums auf die Dauer den Sieg behalten würde. Ganz allmählich bahnte die Wirksamkeit einiger tüchtiger katholischer Kirchen-

² Tücking, Münster unter Christoph Bernard von Galen S. 1, beschränkt sich ebenfalls auf eine negative Schilderung. Im übrigen muß das Werk für seine Zeit als sehr gründliche Arbeit anerkannt werden.

männer, wie z. B. des Domdechanten Gottfried von Raesfeld, der römischen Kirche einen neuen Weg. Weite Teile des Niederstiftes, besonders die Ämter Vechta und Cloppenburg, die in enger Verbindung mit den umliegenden, unter protestantischer Herrschaft stehenden Gebieten lebten, hingen aber noch um die Mitte des 17. Jahrhunderts der protestantischen Kirche an. Die Landbevölkerung des Oberstifts kehrte im allgemeinen bis 1648 zur katholischen Kirche zurück. Besonders in den Städten des Westmünsterlandes hielten sich dagegen standhaft evangelische Minderheiten. Sie fanden in den benachbarten Niederlanden ihre Stütze. Gerade in den Städten war man sich der engen Verbindung religiöser und städtisch-bürgerlicher Freiheit bewußt. Ging die eine verloren, fiel auch die andere dahin, wie man im Schicksalsjahr 1623 schmerzlich erfahren hatte³. Vieles ging damals endgültig verloren, aber noch manches blieb zu bewahren.

In der Stadt Münster gab es offiziell keine Protestanten. Seit Kurfürst Ferdinands Zeiten blieben sie von der Zulassung zur Bürgerschaft und zu den Ämtern ausgeschlossen. In den Jahren der Auflehnung gegen den Absolutismus Christoph Bernhard von Galen verbanden sich städtische Selbstständigkeitsbestrebungen aber bald wieder mit protestantischen Neigungen. Die Wurzeln des Protestantismus erwiesen sich als noch lebenskräftig.

Am meisten schmerzte den Fürsten, – selbst ein Sohn des münsterländischen Adels –, daß die Mehrzahl seiner Standesgenossen am lutherischen Glauben festhielt. Bis in die eigene Familie hinein – die Linie von Galen zu Ermelinghof war evangelisch⁴ – ging die Trennung. Auf vielen Häusern des Adels verkehrten Prädikanten aus den Niederlanden und aus der Grafschaft Mark. In seinem Bericht an den Papst beklagte der Bischof gerade den Zustand des Adels besonders nachdrücklich⁵. »Infecit autem haeresis non subditos plebejos . . . sed nobilitatem ipsam et quidem maximam ipsius partem!« Für den Landesherrn brachte der Umstand eine schmerzliche Einschränkung bei der Auswahl der Staatsdiener mit sich. In der in Arbeit befindlichen Wahlkapitulation befestigten die Stände erneut den Grundsatz des Indigenats. Woher sollte der Fürst geeignete Männer nehmen, wenn die Zahl der katholischen Adelsfamilien so klein war? Es blieb ihm keine andere Wahl, als gelegentlich Auswärtige in Dienst zu nehmen, nicht ohne jedes Mal den ständischen Widerspruch hervorzurufen.

³ Rothert, Westfälische Geschichte Bd. 2 S. 114 ff.

⁴ P. Theodor Modersohn S. J. an Chr. Bernh., präis. 12. 5. 1653: Die Kapelle auf Haus Ermelinghof könne ohne allzu große Kosten wieder instandgesetzt werden. Er habe dem Herrn v. Galen Hoffnung gemacht »pecuniae partem ex cessa pensione anni elapsi de capitali 1000 imperialium, quos celsitudo vestra in rectorem capellae futurum elargiri proposuit; acquievit hoc modo praedictus nobilis paratus sacerdotem in arcem admittere, quem illustrissima celsitudo vestra designaverit. Optaret tamen jus praesentandi arcis domino relinquere . . . Rebus hoc modo de sacello peractis coepi conceptam spem de mutanda religione et propensam celsitudinis vestrae in illos voluntatem exponere, promittere gratiam et favorem rogare quid esset, quod religionem nostram abhorrent. Actum est inter nos confidenter ab uxore praesertim, quae post discursum de religione prolixiorem, deque particularibus quibusdam controversiis, fassa est aperte catholicam se religionem minime abhorrere, paratamque esse instructionem admittere . . . Nobilis etsi non aequè ut uxor promptus sit, spem tamen etiam propinquam facit conversionis, modo si copia sit et occasio cum illo saepius agendi neque praedicantis Heringensis e vicinia sua interdum erepens . . .« (MLA. 7, 2).

⁵ Bericht an Innocenz X. v. 11. 8. 1651: MLA. 2, 17 II und 2 I, 32.

Die Rückführung des Adels zur katholischen Kirche forderte also auch das staatliche Interesse dringend. Merkwürdigerweise erwähnt der Rombericht nichts von der Möglichkeit einer Bekehrung durch geistlichen Zuspruch. Christoph Bernhard sah das Verbleiben des Adels beim Protestantismus in der ihm eigenen praktisch-nüchternen Denkweise weniger als Ergebnis religiöser Überzeugung, sondern in dem Mangel an Versorgungsmöglichkeiten, die das Bistum bot, begründet. Die protestantischen Höfe, besonders Schweden, Braunschweig-Lüneburg und Hessen, aber auch die republikanischen Niederlande eröffneten bessere Aufstiegsmöglichkeiten für junge Adlige. Ihre Heere verfügten über mehr Offiziersstellen als die bescheidenen Sicherheitstruppen der geistlichen Herren. Der landsässige Adel des Münsterlandes pflegte deshalb schon in der Jugend ins Ausland zu gehen, um dort nach Stellungen zu streben, die das Vaterland nicht bieten konnte. Der einzige Vorteil der geistlichen Staaten bestand in ihrer Möglichkeit, den eingesessenen Adel durch Dompfründen an sich zu fesseln. Zum Unglück waren gerade diese Pfründen zum großen Teil von »Ausländern« besetzt, und das durch päpstliche Provisionen. Ein größeres Interesse an den münsterschen Staatsangelegenheiten brachten die auswärtigen Domherren nicht auf. Sie beschränkten sich auf das Erscheinen zu den Generalkapiteln an Jacobi (25. Juli) und Martini (11. November), um ihre Einkünfte zu sichern und sich sogleich wieder auf ihre Familiengüter zurückzuziehen. Weder Kirche noch Staat zog den geringsten Vorteil aus ihrem Vorhandensein. Von 40 Domherren weilten selten mehr als 20 am Orte, meist nur 8 oder 9, wie der Bischof mehrmals beklagte. Die Domkapitelsprotokolle erweisen die Berechtigung seiner Beschwerden. An politischen Beratungen nahmen 3 bis 5 Herren teil. Auf besondere Einladung ließen sich vielleicht noch 5 weitere herbei zu erscheinen. So unerträglich der Zustand war, so wenig vermochte auch Christoph Bernhard trotz aller Bestimmtheit, den Wagen aus den alten Gleisen der Bequemlichkeit zu ziehen. Der Mißstand war zu tief eingewurzelt, das Interesse am Gemeinwohl zu gering. Wie schwer fiel es, einen der Domherren zur Übernahme einer diplomatischen Aufgabe zu bewegen!

Ob Christoph Bernhard ernstlich eine Änderung des unerträglichen Zustandes anstrebte, mag dahingestellt bleiben. Je mehr Erfahrungen er in der Außenpolitik sammelte, umso weniger Anstoß nahm er an der Gleichgültigkeit des Domkapitels. Je weniger sich die Herren in seine Angelegenheiten mischten, umso lieber war es ihm. Bündnis- und Kriegspolitik forderten Geheimhaltung und duldeten keine Einweihung eines größeren Kreises im voraus. Aussprachen mit dem Domkapitel, wie sie die Wahlkapitulation vorschrieb, hätten alle Pläne vorzeitig ans Tageslicht gebracht. Der Einspruch von drei Domherren gegen einen Verfassungsbruch des Bischofs wog geringer als der Protest aller 40 Herren.

Trotzdem hatte der Fürst zweifellos zu Anfang seiner Regierung die Absicht, dem Domkapitel einen größeren Anteil am öffentlichen Leben und die Rolle eines Reservoirs seiner Minister und Diplomaten zu geben. Die Besetzung der Dompfründen mit münsterländischen Adligen war deshalb ein eifrig angestrebtes Ziel. Er versuchte während der Verhandlungen des Domherrn Matthias von der Recke und des Agenten Doneux mit den römischen Stellen im Anfang des Jahres 1651, bei denen es um die Höhe der von der Kurie auf 10 000 Scudi angeschlagenen Konfirmationstaxe ging, ein Indultum mensium papalium, »woran diesem unserm Stift so merklich viel gelegen, aus-

zuwirken⁶. Für dieses Zugeständnis war er sogar bereit, die anfangs als indiskutabel bezeichnete Höhe der Taxe anzunehmen⁷, unter der Voraussetzung der Gebührenfreiheit für das Indult⁸. Die Bewilligung des Papstes hätte ihm in der Tat einen Einfluß auf das Domstift und die übrigen Stifte des Landes verschafft, wie ihn kaum ein Bischof besaß. Christoph Bernhard glaubte das weitgehende Verlangen mit der besonders gefährdeten inneren und äußeren Lage des Bistums rechtfertigen zu können.

P. Adam Adami verhehlte ihm nicht, daß die Kurie zu einem so folgen-schweren Zugeständnis niemals bereit sein würde. Der Bischof war indessen so leicht von seinem Plan nicht abzubringen. Auf den Rat Adamis hin ließ er in Rom den Verdacht zerstreuen, daß nach ihm auch die anderen deutschen Bischöfe um diese Gnade bitten würden. Gelang das, so schien die Gewährung des Antrags nicht ausgeschlossen⁹. In dem erwähnten Bericht an Papst Innozenz X. folgte er den Anweisungen Adamis genau. Nochmals wies er auf die Gefahren der Häresie unter der Ritterschaft, die nur mit Hilfe des Indults wirksam bekämpft werden konnten, hin. Aber auch dieser Bericht brachte nicht den erwünschten Erfolg. Die Verhandlungen wurden schließlich, wie Doneux riet, bis nach der Generalvisitation des Bistums zurückgestellt, um dann die festgestellten Mängel noch wirksamer vortragen zu können¹⁰.

Der sittliche Zustand der Geistlichkeit und die Kirchenzucht entsprachen fast nirgends den vom Trienter Konzil aufgestellten Grundsätzen. Im Reformationsdekret vom 4. Juli 1651, im Bericht an Alexander VII. von 1660 und in seinem Testament beklagt der Bischof, daß ein großer Teil des Klerus bei seinem Regierungsantritt im Konkubinat lebte¹¹. Große Energie, ja Härte erforderte es, den tief eingewurzelten Mißstand allmählich auszurotten. Die Geistlichkeit stimmte hierin keineswegs in ihrer Gesamtheit mit dem Ober-

⁶ Christoph Bernhard an Matthias v. d. Recke, 31. 3. 1651: MLA. 2, 17 III.

⁷ Ganz glaubhaft ist die Beteuerung der völligen Erschöpfung der öffentlichen wie privaten Kassen durch Christoph Bernhard nicht; denn gleichzeitig beauftragte er Adami mit dem Einkauf von Goldbrokat (tela aureo filo texta) im Werte von 1682 Scudi, der nach längeren Mühen schließlich in Florenz in der gewünschten Qualität gefunden wurde. Oder war hier an eine nutzbringende Verwendung des an der Konfirmationsgebühr abgehandelten Geldes gedacht? (Chr. Bernh. an Adami, 18. 8. 1651: MLA. 538a). Die Muster des Stoffes liegen dem Schr. Doneux' vom 2. 12. 1651 bei (ebd.). Von dem Ankauf eines neapolitan. Hengstes für 160 Scudi sah der Bischof schließlich ab (v. d. Recke an Chr. Bernh., 23. 9. 1651: Ebd.).

⁸ Chr. Bernh. an Adami, 8. 3. 1651: »Sollte aber, welches wir Euch in teutschem Vertrauen unverhalten wollen, in das Indultum mensium papalium allda kondensendieret und gewillfahret werden, solchenfalls wollten wir uns bemühen, damit vermittels unseren angeerbten Patrimonial- und anderer Anverwandter Güter Beschwerung die Taxam entrichten mögтет, welches er dannoch ingeheimb und gleichsamb aus sich selbst dienlicher Örter anzubinden« habe (MLA. 538a).

⁹ Adami an Chr. Bernh., 1. 6. 1651: MLA. 538a. Der Agent Doneux schlug dasselbe Mittel vor (Schr. v. 24. 6. 1651: Ebd.).

¹⁰ Doneux an Chr. Bernh., 2. 9. 1651: Ebd.

¹¹ Die Behauptung Hüsings S. 11 ff., daß der »Sittenverfall« unter der Geistlichkeit erst im Verlauf der Reformationszeit im Münsterland Einzug hielt, ist in dieser Form ganz abzulehnen. Es gibt auch aus den vorhergehenden Jahrhunderten unzählige Fälle des Konkubinats im höheren und niederen Klerus. Der Zustand wurde indessen nicht als »unsittlich« betrachtet. Erst durch das Tridentinum, das mit dem Zölibat wieder ernst machte, wurde diese Wertung eingeführt und hat sich allmählich, wenn auch sehr langsam, durchgesetzt. Im Bistum Münster wurde 1598 das erste Zölibatsdekret verkündet. Bis dahin nannten die Geistlichen ihre Mägde und Kinder ohne Scheu und Reue in ihren Testamenten.

hirten überein. Domdechant von Mallinkrodt behinderte die Bemühungen des Generalvikars Nikolartius in den dreißiger Jahren ohne Scheu¹². Noch 1645 bis 1647 nahm er den Domherren Wilhelm Heinrich von Schorlemer, der seine Ausschweifungen bis zum öffentlichen Ärgernis trieb, in Schutz¹³, wofür ihm dieser nach 1650 durch treue Anhängerschaft in der Befehdung des neuen Bischofs dankte.

Die Klöster und ihr Zustand ließen ebenfalls manche Wünsche offen. Die Verweltlichung hatte auch vor ihren Türen nicht halt gemacht, wenn es auch nicht überall so schlimm herging wie im Frauenkloster in Coesfeld, das zur Zeit der hessischen Besetzung ein geselliger Mittelpunkt für die fremden Offiziere geworden war. »Quotidiana convivia, choreae, dissolutio, cantiones leves, instrumenta, musica, vestium luxus, conversatio irreligiosa semper in usu fuere«¹⁴. In Cappenberg und Varlar herrschte eitel weltliches Leben. Die Einkünfte wurden in Wohlleben verzehrt, ohne im Geringsten für den Unterhalt der Gebäude Nutzen zu finden. Verantwortungslos entsandten sie sogenannte Dechanten in die Städte Coesfeld, Ahlen und Werne, »homines ignaros nullius scientiae et exempli«, die wahrlich nicht der Besserung des geistlichen Zustands dienten¹⁵. Die Zunahme des Protestantismus in diesen Städten führte das Domkapitel auf die Unzulänglichkeit jener Männer zurück.

In den Kirchen hatten sich im Laufe der Zeit seltsame Kultusformen eingebürgert. Fabio Chigi konnte in einem Glückwunschsreiben an den Bischof nicht die Bemerkung unterdrücken: »Multa, cum primum Monasterium veni, non singularia tantum et ab aliis Germaniae ecclesiis diversa deprendi, verum etiam rudia et quae contemptum ac risum pene exitarent«¹⁶. In einem gleichzeitigen Brief an Johann Rotger Tork führte er im einzelnen auf, was ihn befremdete: Das unnütze Herumlaufen im Dom während gottesdienstlicher Handlungen, der Lärm der Musikanten, die geringe Aufmerksamkeit der Geistlichkeit bei den Prozessionen, ihr bequemes Sichaufstützen auf den Altar bei den Evangelienlesungen, der Gebrauch falscher Farben bei den Festen, das allzu eilige Herunterplappern, besonders der Totenoffizien, das Geschwätz und Gemurmelt der Kanoniker bei der Messe, schlimmer als bei einem Haufen Soldaten, und manches andere mehr¹⁷.

Der neue Bischof hätte die Lage verkannt, wenn er nicht sah, daß unendlich viel Arbeit nötig war, um hier Ordnung zu schaffen. Er mußte auch wissen, daß er von der Kurie keine Hilfe erwarten konnte. Zwar stand ihm ein Weibischof, Johannes Sterneberg genannt Düsseldorf, zur Seite. Dem lag jedoch als Propst von Xanten das niederrheinische Gebiet, das ihm Kurfürst Ferdinand anvertraute, mehr am Herzen. Dort war der »Loper«, wie ihn Christoph Bernhard wegwerfend bezeichnete, ständig auf Reisen.

¹² Bröker S. 37. – ¹³ Ebd. S. 46 ff.

¹⁴ Bericht d. Domkap. an den Nuntius Sanfelice, 19. 8. 1652 betr. die Zustände im Kloster Marienbrink in Coesfeld. Zwei der 7 Insassinnen hatten Kinder von hohen hessischen Offizieren. Eine dritte war wegen desselben Vergehens aus dem Kloster Holthausen hierher zur Besserung gebracht. Zwei weitere standen im Verdacht, in Kürze demselben Vorwurf ausgesetzt zu werden. Nur an einer war wegen ihres Körperfehlers die Sünde vorübergegangen. Die siebente war Novizin »tota saecularis«, die durch die seltsamen Sitten kaum auf den richtigen Weg gebracht wurde (MLA. 2 I, 34).

¹⁵ Ebd.

¹⁶ Fabio Chigi an Chr. Bernh., 16. 6. 1651: MLA. 2, 17 I.

¹⁷ Fabio Chigi an Tork, 16. 6. 1651: Ebd.

Welche innerpolitischen Umwälzungen auf das Jahr 1650 folgten, ist schon früher beobachtet worden¹⁸. Bis zu diesem Zeitpunkt war das Fürstbistum Münster ein Ständestaat reinen Gepräges. Die lange Zeitspanne, in der kein Fürst im Lande residierte, hatte die Macht der drei Stände – Domkapitel, Ritterschaft und Städte – noch verstärkt. Alle wichtigen Entscheidungen in Landessachen wurden von ihnen auf den Landtagen getroffen. Der Fürst, durch seine Heimgelassenen Räte vertreten, besaß praktisch nur das Vorschlagsrecht. Schwach entwickelte Zentralbehörden¹⁹ für die Finanz- und Justizverwaltung richteten sich nach ihren Weisungen. Wenn das Domkapitel und die übrigen Stände hofften, durch die Wahl eines einheimischen Bischofs ein »behagliches Stilleben zu sichern«²⁰ und darüber hinaus ihren Einfluß auf die Staatsverwaltung weiter zu vermehren, so erwies sich das auch in innerpolitischer Beziehung als eine Fehlrechnung. Christoph Bernhard ging auch hier die Wege, die seiner selbstherrlichen Art entsprachen. Er brauchte den Behördenapparat, in dem seine Person der Angelpunkt aller Entscheidungen war. Die Notwendigkeit, sich dem regelmäßigen Gang einer Behörde anzupassen, erkannte er nicht an. Ihm lag es nicht, die Staatsgeschäfte einem festen Kreis von Personen anzuvertrauen, wie er ihn von der bisherigen Regierung übernahm. Die veraltete Kanzleiordnung belastete den Rat mit untergeordneten Geschäften, die die Aufmerksamkeit des Fürsten nicht forderten. Er brauchte seine Zeit und Arbeitskraft für die äußere Politik, der man bisher in Münster keine Gedanken zu opfern brauchte, weil sie in Bonn geführt wurde. Der Bischof »bedurfte einer biegsamen, seiner Person, dem Wechsel des Ortes, dem speziellen Bedürfnis der zu erledigenden Sachen sich anschmiegenden Organisation und schuf sie sich in den Geheimen Räten, dem Geheimen Sekretär und der Geheimen Registratur«²¹. Nur gelegentlich hatten früher die Bischöfe an den Sitzungen der Räte teilgenommen. Christoph Bernhard von Galen führte regelmäßig den Vorsitz und behielt damit die Entscheidung bis zum letzten Augenblick in der Hand. Alle ankommenden Schreiben waren nicht mehr wie bisher an die Räte gerichtet, sondern an ihn persönlich. Das wichtige Geschäft des Aufbrechens der Post behielt er sich vor. Der alte Geheime Rat verwandelte sich damit in einen Hofrat, wie seine Mitglieder sich auch von jetzt an als Hofräte bezeichneten.

Wie wenig die Stände diese Entwicklung billigten, wie wenig sie aber auch angesichts der Persönlichkeit Christoph Bernhards daran zu ändern vermochten, zeigen die Maßnahmen, die sie sofort nach seinem Tode zur Wiederherstellung ihrer alten Macht ergriffen. Unter Bischof Ferdinand von Fürstenberg stand ihnen kein beachtenswertes Hindernis mehr im Wege. Das Land fiel in die frühere aristokratische Regierungsform zurück, die bis 1650 Gültigkeit besaß. In der umfangreichen Wahlkapitulation des Jahres 1678, von Ferdinand widerspruchslos unterschrieben, verankerten sie ihre Rechte. Der Fehler, der bei der Wahlkapitulation von 1651 begangen worden war, durfte sich nicht wiederholen.

¹⁸ L. Dehio, Zur Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte des Fürstbistums Münster im 17. und 18. Jahrhundert, in: WZ. 79, 1921, I S. 1 ff.

¹⁹ R. Lüdicke, Die landesherrlichen Zentralbehörden im Bistum Münster. Ihre Entstehung und Entwicklung bis 1650, in: WZ. 59, 1901, I S. 1 ff.

²⁰ Dehio S. 5. – ²¹ Ebd. S. 6.

6. KAPITEL

DIE WAHLKAPITULATION

Die Entstehung der Wahlkapitulation, die nicht nur einen der wichtigsten Marksteine der Regierungszeit Christoph Bernhards, sondern gewissermaßen den Grundstein seiner Politik bildet, bietet tiefe Einblicke in Charakter und Absichten des Fürsten. Berichte über die damit zusammenhängenden Verhandlungen liegen nicht vor, dafür aber aufschlußreiche Bemerkungen des Bischofs, die seine Wünsche auf Abänderung bestimmter Artikel enthielten. Er war sich voll bewußt, daß diese Gelegenheit seiner ganzen Regierungszeit die gewünschte Richtung geben mußte und ihn im Falle des Gelingens unbequemer Fesseln entledigte¹.

Er zeigte genug Besonnenheit, mit seinen Forderungen behutsam herauszukommen. Bevor die Kapitulation nicht die Unterschriften der Stände trug, verhandelten beide Seiten als gleichwertige Partner. Ein zu bruskes Vorgehen konnte ihren Argwohn wachrufen und sie veranlassen, sich gegen Beeinträchtigungen ihrer hergebrachten Rechte zur Wehr zu setzen. Ein Bündnis der Stände mit dem auf der Lauer liegenden Domdechanten von Mallinckrodt, der gerade in diesem Augenblick seine Wühlarbeit gegen den Bischof erneut verstärkte, hätte eine gefährliche Lage heraufbeschworen. Wohlüberlegt versicherte Christoph Bernhard daher zuerst einmal durch Bernhard von Wydenbrück dem Domkapitel, er werde hinter den Leistungen seiner Vorgänger gegenüber den Ständen auf keinen Fall zurückstehen. »Ihre fürstliche Gnaden sucht anders nicht als Einigkeit, der Ständen Prosperität und Wohlfahrt des Stifts.« Er zweifle nicht daran, daß die wenigen Anmerkungen zur vorgelegten Kapitulation keinen Anlaß zu Bedenken geben würden². Und doch enthielt das Schriftstück Punkte, die die Stände hätten bedenklich stimmen müssen.

Schon die Formulierung des fürstlichen Titels erfuhr eine bemerkenswerte Änderung. Das knappe »Bischof zu Münster und Reichsfürst« erweiterte Christoph Bernhard durch den Zusatz »Burggraf zu Stromberg, Graf zu Delmenhorst und Borkelo, Herr zu Harpstedt und Wedde«. Rechtlich besaß die Veränderung an dieser Stelle keine Bedeutung. Sie stand in einem Vertrage zwischen dem Fürsten und dem Domkapitel als Vertreter der Stände, also in einer innenpolitischen Urkunde. Es lag aber mehr darin, als nur der Ausdruck barocken Bedürfnisses nach Glanz und Ansehen. Christoph Bernhard verfolgte

¹ Die Wahlkapitulation mit den fürstlichen Abänderungswünschen in Msc. II Nr. 82 S. 331 ff. Merkwürdigerweise ist das Schriftstück bisher ganz unbeachtet geblieben. Die Kapitulation wurde unter Zugrundelegung derjenigen Kurfürst Ferdinands von 1611 durch Dompropst Korff-Schmising, Domscholaster v. Vörden, Rembert v. Ketteler, Propst v. Vittinghof-Schell, Jobst Edmund v. Brabeck, v. Palandt und den Syndikus Dr. Boichorst ausgearbeitet: DK. Prot. 20 Bl. 146. Die Bemerkungen stammen von der Hand des Geh. Sekretärs Bruchhausen. Ob außer dem Fürsten an die Mitwirkung eines anderen gedacht werden muß, ist zweifelhaft. Am ersten käme dafür Bernh. v. Wydenbrück in Frage.

² DK. Prot. 20 Bl. 166.

damit Ziele. Da ihm die Stände die Titel in dieser Form zubilligten, erkannten sie deren Berechtigung an. Gingen sie aber damit nicht die Verpflichtung ein, an der Rückgewinnung von Rechten mitzuwirken, die dem Fürstentum früher entfremdet und im fürstlichen Titel als Bestandteil des Stiftes bezeichnet wurden? Der Fürst als Bewahrer des Landes verpflichtete sich ja in demselben Schriftstück, alle Besitzungen und Rechte des Fürstbistums zu erhalten und entfremdete auf rechtlichem Wege wieder herbeizuschaffen. Niemand konnte ihm verwehren, wenn die Gegner ihm das vorenthaltene Recht verweigerten, notfalls zu den Waffen zu greifen.

Briefwechsel und Denkschriften des Bischofs zeugen von seiner vorausschauenden Art. Erstaunlich gefestigt zeigte sich seine Meinung über die Notwendigkeiten seiner Regierungszeit schon in den Anfangsjahren. So erhob er auch in diesem Falle nicht etwa Ansprüche, um sie später nach Bedarf aufzugreifen oder fallen zu lassen. Er gedachte, sie ohne Ausnahme durchzusetzen. Obgleich die Zeitumstände dazu keineswegs günstig waren, gab er sie niemals auf. Unabänderlich behielt er den einmal gefaßten Plan bei. Wenn dem westfälischen Wesen Beharrlichkeit eignet, so wäre sie hier bestätigt.

Allein aus der Titelerweiterung ergibt sich die Notwendigkeit einer geschickten und offensiven Außenpolitik. Nur auf diesem Wege konnte die Durchsetzung der Ansprüche erhofft werden. Christoph Bernhard rechnete allezeit nüchtern. Er gaukelte sich nicht vor, daß diplomatisches Geschick allein genügen würde. Die Graf- und Herrschaften, auf die er Ansprüche anmeldete, befanden sich in Händen der Vereinigten Niederlande und Schwedens, zweier Mächte, die ihm an Macht unvergleichlich überlegen waren und kaum zur Herausgabe neigten. Sollte Aussicht auf Erfolg bestehen, so mußte der Weg militärischer Machtpolitik beschritten werden. Gewiß führte auch dieser nicht allein zum Ziel, den Großmächten erfolgreich entgegenzutreten. Erst ein eigenes Heer verlieh die Fähigkeit zum Bündnis mit Stärkeren.

Beide Mächte, gegen die sich die Forderungen des Bischofs richteten, standen im protestantischen Lager. Es paßte gut in die Gedankenwelt des von den Jesuiten in Münster und Mainz in kämpferischem Katholizismus erzogenen Fürsten, die reformierten Niederlande und das lutherische Schweden als seine zukünftigen Gegner zu erspähen.

Ein zweiter Abänderungswunsch zum Entwurf der Kapitulation wog nicht weniger schwer. Entsprechend älteren Vorbildern geschah die Erwähnung des Fürsten in der Form: »Es sollen ihre hochfürstl. Gnaden« oder »Es soll der erwählende Herr«. Dafür wählte man jetzt die erste Person der Mehrzahl: »Sollen und wollen wir«. Abgesehen von dem stärkeren Selbstbewußtsein, das das »Wir« ausstrahlte, gewann der Vertrag zwischen Domkapitel und einem die Einhaltung vorgelegter Bedingungen versprechenden Landesherrn den Charakter einer Abmachung zwischen zwei Gleichgeordneten, – wenn nicht noch das Wort »Wollen« hinzugekommen wäre. Zwar ist die Verbindung mit dem »Sollen« nicht gelöst, aber der eigene Wille des neuen Regenten tritt unübersehbar an seine Seite. Der Fürst will nicht nur ausführendes Organ des ständischen Willens sein. Er beabsichtigt, sich selbst zum Mittelpunkt der Entscheidungen zu machen. Noch blieb in der Waage, welcher Partner die größere Kraft entwickelte. An kaum einer Stelle offenbart sich der Übergang vom ständischen zum frühabsolutistischen Staat so handgreiflich. Die Fesseln gleiten vom Landesherrn in dem Augenblick ab, in dem die Stände sie ihm anlegen wollen.

Die in der ständischen Verfassung enthaltenen Einschränkungen waren aber nicht die einzigen, die es beiseite zu räumen galt. Der Artikel 3 der Kapitulation setzte die Einhaltung des Westfälischen Friedenschlusses »gleichsam pro lege et conditione«. Er verpflichtete den Landesherrn, dessen Bestimmungen »in allem und jedem« zu beachten. Gegen eine solche Forderung Einspruch zu erheben, verlangte Mut. Knapp drei Jahre nach Beendigung eines verheerenden Krieges sehnten sich die Menschen nach Frieden. Wer Anstalten machte, den mühsam zustande gebrachten Vertrag zu umgehen und damit die Ruhe erneut aufs Spiel zu setzen, wagte es, von der ganzen Welt als Rechtsbrecher allgemeiner Empörung preisgegeben zu werden. Der Friedensvertrag bildete einen Teil der Reichsverfassung. Kaiser und Reichsstände mußten neben den ausländischen Garanten gegen jeden Friedensstörer Stellung beziehen.

Trotz allen diesen Bedenken, die dem Bischof vertraut gewesen sein müssen, entschloß er sich, die verlangte Verpflichtung zu umgehen oder einzuschränken. Anstelle des Satzes über die unbedingte Einhaltung des Westfälischen Friedens setzte er: »Sollen und wollen wir die uralte katholische Religion in diesem Stift erhalten und handhaben und diese allerdings fortpflanzen, so viel das Instrumentum pacis und Reichconstitutiones daran nicht hinderlich.« Der Absatz verblieb, kaum verändert, in der endgültigen Fassung der Kapitulation. Ein entscheidendes Glied der Fessel war gelöst. Der Ausdruck »allerdings fortpflanzen« bedeutete nach dem Sprachgebrauch der Zeit: »In jeder Hinsicht und an allen Orten fortpflanzen«. Indem der Bischof diese Aufgabe, die ihm als geistlichem Fürsten und Priester besonders am Herzen lag, übernahm, dürfte er sich kaum verhehlt haben, daß die Ausbreitung der katholischen Religion in großzügigem Rahmen innerhalb der Reichsgrenzen nur schwer möglich war. Die Bindung des konfessionellen Zustandes an das Normaljahr 1624 verhinderte praktisch jede tiefgreifende Veränderung. Innerhalb des Stiftes Münster gab es keine protestantischen Kirchen und Einrichtungen mehr. Die Rückgewinnung der noch vorhandenen Protestanten blieb letzten Endes bei aller Schwierigkeit in Einzelfällen doch nur eine Frage der Zeit. Christoph Bernhard dachte, als er die erwähnte Formel in die Kapitulation einfügte, wohl auch nicht hieran. Er hat zwar die katholische Mission in Norddeutschland sogar in Zeiten der Geldknappheit bereitwillig unterstützt³, aber er wußte auch, daß auf diesem Wege keine schnellen und sichtbaren Erfolge erwartet werden durften, wie sie seinem stürmischen Wesen entsprachen.

Ein Spielraum für eine ausgedehntere Mission wäre gewonnen worden, wenn die ehemals zum Stift Münster gehörenden Herrschaften Borkelo und Westerwoldingerland mit Wedde von den Niederlanden zurückerworben werden konnten. Da sie nicht zum Reich gehörten, galt für diese Gebiete nach allgemeiner Auffassung das Normaljahr 1624 nicht. Mit dem Argument, diese Länder seien dem Reiche widerrechtlich entfremdet, beraubte man sich eigentlich dieser Begründung, aber auf so feine Unterschiede gab niemand Acht. Jede erfolgreiche Politik kann eines gewissen Maßes an Unlogik nicht entbehren. Die Erwerbung der im niederländischen Staatsverband befindlichen Herr-

³ Christoph Bernhard unterstützte besonders die katholische Mission in Bremen, deren Mittelpunkt das Haus des kaiserlichen Residenten Johannes Bär war. Dieser zeigte sich durch Übermittlung von politischen Nachrichten aus Schweden und Dänemark erkenntlich. Der Versuch, der katholischen Gemeinde ein Haus zu kaufen, wie er z. Z. der Bremer Konferenz in den letzten Lebensjahren des Bischofs gemacht wurde, scheiterte an der Aufmerksamkeit des Magistrats.

schaften erwies sich also auch aus religionspolitischen Gesichtspunkten höchst wünschenswert. Tatsächlich kümmerte sich der Bischof, als sie vorübergehend unter seine Gewalt kamen, nicht um das Normaljahr. Für die Übergabe reformierter Kirchen an die Katholiken galten andere Leitsätze. Ohne Verletzung der Reichsverfassung bot sich die Möglichkeit einer erheblichen Vermehrung katholischer kirchlicher Einrichtungen.

Das Domkapitel konnte eine solche Auslegung nicht unangenehm berühren. Den bedenklichen Hang zu aktiver Außenpolitik, der hinter diesen Bestrebungen stand, erkannte es nicht klar genug. Das Domkapitel fühlte sich fast durch des Bischofs Wunsch geschmeichelt, in diesen Dingen lediglich ihm, nicht aber den übrigen Ständen verantwortlich zu sein. Christoph Bernhard nannte es eine Selbstverständlichkeit, »daß man in causa religionis sich selbst die Hände nicht binde«. Es leuchtete ein, daß die Verantwortung gegenüber der »Landtschaft« mit großenteils protestantischer Ritterschaft jeden Fortschritt in dieser Hinsicht verhindert hätte. Beim allgemeinen Aufräumen wurde gleich die gesamte Bündnispolitik aus den Landtagen herausgenommen und allein von der Bewilligung des Domkapitels abhängig gemacht. Ob es zu diesem Zeitpunkt dem Bischof ernst gewesen ist, sich wenigstens an diese Verpflichtung zu halten, darf unter Berücksichtigung der späteren Ereignisse bezweifelt werden. Er fand Gründe genug, auch diese letzte Fessel seiner Selbständigkeit abzustreifen.

Sehr stark weist in diese Richtung seine Bemerkung zu Artikel 27 der Kapitulation. Er behielt sich darin das Recht vor, die Gelder, die in »höchster, unversehener und schneller Gefahr, da man nicht eben zu Konvokation der Stände gelangen können«, gebraucht wurden, aus seiner Privatkasse vorzuschießen und später von der Pfennigkammer zurückzufordern. Auf den ersten Blick scheint damit ein großzügiges Entgegenkommen des Landesherrn in Zeiten der Gefahr versprochen, und doch verbarg sich dahinter eine der ständischen Mitbestimmung in politischen Angelegenheiten tödliche Schlinge.

Eine »höchste, unversehene Gefahr« konnte jederzeit konstruiert werden. Selbst ein Angriffskrieg ließ sich noch als Bestrafung eines Beleidigers auslegen. Der Fürst besaß auf diese Weise das Recht, die erste Finanzierung eines Krieges zu übernehmen und damit die Einberufung der Stände zu umgehen. Hatte er die Kriegsmaschine einmal in Gang gesetzt, so blieb dem Lande nichts anderes übrig, als die Lasten bis zum Friedensschluß zu übernehmen, wenn es nicht selbst in den Untergang hineingerissen werden wollte. Die folgenschwere Klausel ermöglichte überhaupt erst eine wirkliche Geheimpolitik. Die vorbereitenden Maßnahmen zu einem Kriege brauchten nicht mehr vor dem Landtag erörtert zu werden, um dann als Nachricht über alle Grenzen zu eilen und den Gegner zu warnen. Die Stände bemerkten die Schlinge nicht. Sie waren dem neuen Herrn nicht gewachsen.

Nur einer wußte, welchem Schicksal das Land entgegengehen würde, aber der Protest Bernhard von Mallinckrodt verhallte ungehört⁴. Am 18. September 1652 wurde die Kapitulation von beiden Seiten unterzeichnet⁵. Sechs Tage später zog der nunmehr endgültig anerkannte Landesherr feierlich in die Hauptstadt ein⁶.

⁴ Protest Mallinckrodt vom 31. 8. 1652 an die Ritterschaft gegen die bevorstehende Inthronisation Christoph Bernhards: MLA. 2, 17 IV.

⁵ MLA. 1, 12 III; DK. Prot. 20 Bl. 244 f.

⁶ Beschreibung bei Tücking S. 7 f. und Alpen I S. 77–82. Die Ordnung des Einzuges: MLA. 1, 12 III; ebd. Ordnung, wie der Abzug vom Hause Wolbeck geschehen soll.

7. KAPITEL

BÜNDNISVERHANDLUNGEN MIT DEN PROTESTANTEN BEVERGERN UND HÖXTER

Das Jahr 1651 bedachte den gerade zur Regierung gelangten Bischof reichlich mit Aufgaben. Es hielt noch eine weitere bereit. Als nämlich die kurkölnischen Bemühungen um ein Bündnis im Sommer bei den Westfalen auf wenig Gegenliebe stießen, weil sie verdächtig waren, allein dem Schutz der linksrheinischen Lande zu dienen, trat Bischof Dietrich Adolf von Paderborn mit einem neuen Plan hervor. Er gedachte sich damit auf glimpfliche Art den unbequemen Anträgen aus dem Rheinlande zu entziehen. Sein Vorschlag ging dahin, ein Bündnissystem an der Weser unter Einschluß der Häuser Braunschweig, Hessen-Kassel, Lippe, Bentheim-Tecklenburg, Oldenburg, Ostfriesland, Rietberg und Waldeck aufzubauen und danach den Rheinischen eine nähere Verbindung vorzuschlagen. Dieses Verfahren hätte Münster und Paderborn ein größeres Eigengewicht gegenüber den geistlichen Kurfürsten am Rhein verliehen¹. Die Teilnahme der protestantischen Häuser zerstreute zudem den Verdacht eines Neuauflebens der Liga.

Den Plänen kam von hessischer Seite eine gleichgerichtete Stimmung entgegen. Kanzler Vultejus hatte schon früher den Paderborner Landhauptmann von Spiegel auf den Wert einer solchen Verbindung hingewiesen und ergriff nun erfreut die dargebotene Hand, als Spiegel die Bereitschaft seines Fürsten überbrachte². Auch das Haus Braunschweig unternahm Schritte in Richtung auf eine »Zusammensetzung«. Auf der Konferenz des Gesamthauses in der Stadt Braunschweig während der ersten Tage des Aprils malte sein bedeutendster Staatsmann, der Wolfenbüttelsche Kanzler Johann Schwartzkopf, die Gefahren eines lothringischen Einbruchs und der allgemeinen Lage im Reich in düsteren Farben³. Rettung gab es in der Welt der Kleinstaaterie nur durch Vereinigung mehrerer. Mit besonderem Nachdruck warnte er vor den sich bildenden katholischen Bündnissen am Rhein. Aus den Nachrichten über diese Konferenz schöpfte Dietrich Adolf seine Besorgnisse. Der Argwohn der Protestanten erwachte. Schwartzkopf zielte in seinen Anträgen keinesfalls auf einen »Weserbund«. Er hatte nur im Auge, zuerst die braunschweigischen Teilhäuser zu vereinigen und erst dann an die Nachbarn heranzutreten, um ihre Bereitschaft zum Beitritt zu »penetrieren«⁴. An Paderborn oder gar Münster dachte in Braunschweig niemand. Es war ein Wunsch des Landgrafen

¹ Instruktion Dietrich Adolfs für Domdechant v. Ketteler, 2. 7. 1651: MLA. 540b II.

² Dietrich Adolf an Chr. Bernh., 14. 8. 1651: Ebd.

³ Köcher I S. 28 ff.

⁴ Ebd. S. 31. Die Einzelhäuser verteilten die Aufgabe unter sich: Calenberg übernahm Hessen-Kassel, Celle Schweden-Bremen und Westfalen, Wolfenbüttel Hildesheim und Magdeburg.

zu Kassel, auch diese beiden Stifter einzubeziehen⁵. Offensichtlich spielte dabei die von Dietrich Adolf betonte Notwendigkeit der Vermeidung konfessionellen Argwohns eine Rolle.

Ende Oktober ging der von den Satisfaktionsverhandlungen bekannte Geheime Rat Andreas Christian Pagenstecher von Kassel auf die Reise, um in Paderborn und Münster Klarheit über die dortige Bündnisbereitschaft zu gewinnen⁶. Unmittelbar voraus ging der Besuch des Calenbergischen Kriegsrats Otto von Mauderode, mit dem der Landgraf diese Fühlungnahme verabredet hatte⁷. Es war Pagenstechers Gedanke, die beiden Bündnisse Hessen-Kassels – eins mit dem Hause Braunschweig, das andere mit den Bischöfen – zu einem zu verschmelzen. Damit öffnete sich plötzlich, wie es der Paderborner schon Anfang Juli erträumte, tatsächlich der Ausblick auf ein größeres niederdeutsches Bündnis.

In Münster kannte man diese Pläne natürlich längst, bevor Pagenstecher am 30. Oktober eintraf⁸. Der Landgraf hatte Matthias Korff-Schmising, als dieser im Frühsommer wegen der Satisfaktionsgelder in Kassel weilte, ja selbst danach gefragt. Schmising hielt das vorgeschlagene Bündnis für annehmbar. Dagegen glaubte Kanzler von Merveldt, daß der hessische Geheime Rat nur ausspionieren wolle, ob die Katholiken unter sich etwas vereinbart hätten. Christoph Bernhard stimmte ihm bei. Er konnte nicht verstehen, weshalb das Bündnis in einem Augenblick vorangetrieben wurde, in dem die lothringische Gefahr, die bisher als Motor aller Zusammensetzungen diente, zu schwinden begann. In seiner Haltung kennzeichnete sich die ganze kleinstaatliche Misere der Zeit. Nur in äußerster Not verstand man sich dazu, Verbindlichkeiten einzugehen. Ohne drängende Not stand jeder besser allein und brauchte keine Last für andere zu tragen. Erst wenn das Wasser langsam zum Halse stieg, streckte sich der Arm nach einer Stütze aus. So konnte sich Christoph Bernhard den Antrag Pagenstechers nicht anders erklären, als daß man »die Stifter implizieren« wolle und »etwas Gefährliches dabei vorhabe«⁹. Er vertröstete Pagenstecher mit notwendigen Vorbereitungen und Fühlungnahme mit den Nachbarn. In gleichem Sinne schrieb er nach Paderborn¹⁰.

Landgraf Wilhelm war ungeachtet der kühlen Aufnahme Pagenstechers in Münster mit den ersten Erfolgen zufrieden. Er verbuchte auf der Habenseite, daß der Bischof sich nicht grundsätzlich einer Konferenz widersetzt hatte. Wenn er aber glaubte, daß Christoph Bernhard auch »in dem Hauptwerk . . . allerdings einstimmig« sei, so entsprang dieser Glaube mehr dem eigenen Wunsche als den wirklichen Verhältnissen¹¹.

Weniger Zufriedenheit bewies Dietrich Adolf von Paderborn. Die münsterische Antwort widersprach den eigenen Anschauungen und Absichten. Noch im November reiste Domdechant von Ketteler abermals nach Münster¹²,

⁵ Joachim S. 143; Köcher I S. 36.

⁶ Dietrich Adolf an Chr. Bernh., 23. 10. 1651: MLA. 540b II.

⁷ Köcher I S. 41 betont zutreffend, daß die Initiative zu den Verhandlungen zwischen Paderborn und Hessen-Kassel von Paderborn ausging. Münster hatte jedoch keinen Anteil, wie er irrtümlich annimmt.

⁸ Chr. Bernh. an Dietrich Adolf, 29. 10. 1651: MLA. 540b II.

⁹ Ratsprotokoll v. 31. 10. 1651: GR. 587.

¹⁰ Chr. Bernh. an Dietrich Adolf, 9. 11. 1651: MLA. 540b II.

¹¹ Landgraf Wilhelm an Dietrich Adolf, 22. 11. 1651: Ebd.

¹² Dietrich Adolf an Chr. Bernh., 24. 11. und 10. 12. 1651: Ebd.

aber auch ihm gelang es nicht, eine Wendung herbeizuführen. Der Bischof blieb dabei, »daß mit der Zusammenschickung annoch nicht vorzueilen«¹³, aber auch zweckmäßigerweise die Fühlungnahme mit den Hessen nicht abzubrechen¹⁴.

Die Staatsmänner des Hauses Braunschweig waren über die von Pagenstecher betriebene Ausweitung auf Westfalen und Brandenburg alles andere als beglückt. Ihr Absehen ging nur auf einen Ausgleich mit Schweden und Kassel¹⁵. Der Kurfürst von Brandenburg stellte nach Kräften und Absicht einen unzuverlässigen Faktor dar. Der Beitritt der Bischöfe drohte dem Hause Verwicklungen im Westen auf den Hals zu ziehen, an denen es kein Interesse hatte. Hartnäckig bestand Pagenstecher aber während der Hildesheimer Besprechungen darauf, daß das Bündnis in der gewünschten Form zustande kam, zumal Hessen-Kassel durch den Schluß des Oberrheinischen Kreises zur Fühlungnahme mit anderen Kreisen verpflichtet war. Er übertrieb wahrscheinlich die Fortschritte bei den hessisch-westfälischen Verhandlungen¹⁶, um den Eindruck zu erwecken, der Landgraf könne nicht gut mehr zurücktreten. Trotzdem nötigten ihn Braunschweiger und Schweden, dem Abschluß vorerst ohne Teilnahme der Bischöfe zuzustimmen. Münster und Paderborn blieb der spätere Beitritt vorbehalten. Schon um eine Trennung im katholischen Lager zu verursachen, neigten einige zu ihrer Einbeziehung, nur wollte man nicht die gegenwärtigen Verhandlungen mit dieser Frage belasten. Nach Schwartzkopfs Entwurf unterzeichneten die Teilnehmer der Konferenz am 14. Februar 1652 den Vertrag in Hildesheim¹⁷.

In Münster und Paderborn fehlten genaue Nachrichten über den Stand dieser Verhandlungen. Christoph Bernhard wußte nur, daß Pagenstecher in Niedersachsen weilte¹⁸. Erst nach dem Abschluß teilte der Hesse in großen Zügen das Vertragswerk mit, ohne auf Truppenstärken und andere Einzelheiten einzugehen. Die brandenburgischen Gesandten in Warendorf, wo im März über die schwedischen Satisfaktionen gesprochen wurde, verrieten aber beim Trunk das Geheimnis, daß das Bundesheer 4000 Mann zu Fuß und 2000 zu Pferde umfassen sollte¹⁹. Der Bischof neigte von Anfang an nicht zu diesem Bündnis. Jetzt verlor er ganz die Lust dazu. Nur um kein »ungleiches Nachdenken« zu verursachen, wollte er sich in eine Konferenz mit hessischen Vertretern einlassen.

Pagenstecher gab seinen Lieblingsplan so schnell nicht auf²⁰. Am 6. März mußte der Fürst wohl oder übel seinen Vortrag über die Vorteile und Ziele des Hildesheimer Bündnisses anhören. Mit allen Überredungskünsten drang der Gesandte in ihn, den Beitritt zu dem Bündnis zu beantragen. Christoph Bernhard sah sich in die unbequemste Lage versetzt. Ihm widerstrebte die

¹³ Chr. Bernh. an Dietrich Adolf, 18. 12. 1651: Ebd.

¹⁴ Desgl., 1. 1. 1652: MLA. 540b I.

¹⁵ Köcher I S. 42.

¹⁶ Ebd. I S. 46.

¹⁷ Ebd. I S. 49. Der Vertrag ist gedruckt ebd. I S. 609 ff. Der Artikel 21 sah die Aufnahme weiterer evangelischer und katholischer Stände ohne besondere Namensnennung vor. – Eine Analyse des Hildesheimer Vertrages in UA. Bd. 6 S. 463 ff.

¹⁸ Chr. Bernh. an Dietrich Adolf, 4. 2. 1652: MLA. 540b II.

¹⁹ Chr. Bernh. an Franz Wilhelm, 5. 3. 1652: MLA. 540a III.

²⁰ Der Abstammung nach war Pagenstecher Westfale. Seine Familie stammte aus Warendorf. Vielleicht rührte daher seine Vorliebe für den erwähnten Bündnisplan.

Verbindung mit den Protestanten. Aber konnte man sich entziehen, ohne beim Landgrafen und an den braunschweigischen Höfen Argwohn zu erwecken?²¹ Entscheidend war wieder wie bei den rheinischen Bündnisverhandlungen, daß der Bischof fürchtete, der Beitritt könnte dem Kaiser »odios« sein. Wie verdächtig machte sich Pagenstecher, indem er nicht recht mit dem vollen Inhalt des Vertrages herauswollte und zum Beitritt zu einem Werk drängte, dessen Tragweite er im Dunkeln ließ! Möglicherweise wollten die Welfen Münster nur für ihre Zwecke ausnützen, während sie den Bischof sonst »nicht hoch ästimieren und . . . zu ihrem Vorteil das Dominat führen« würden²². Andererseits drohte eine Ablehnung die Feindschaft der Hildesheimer Verbündeten zu erregen.

Die Not brachte Christoph Bernhard auf den Gedanken, seinerseits ein Bündnis zwischen Weser und Rhein zustande zu bringen, um sich dadurch allen Anträgen von links und rechts zu entziehen und auf einen Block zu stützen, der sich gegen die beiden entstandenen Bündnisse zu behaupten vermöchte. Er hoffte auf den Beitritt Kurkölns, Brandenburgs und des Pfalzgrafen zu Neuburg. Der Plan war nicht schlecht, wies aber doch einen erheblichen Schönheitsfehler auf. Wie konnte im Ernst daran gedacht werden, unter den Ständen des Westfälischen Kreises ein Bündnis aufzurichten, bevor der zwischen Kurbrandenburg und Pfalz-Neuburg schwebende Streit über das Kondirektorium im Kreise nicht beigelegt war?

Auch Franz Wilhelm von Wartenberg warnte vor dem hessischen Antrag. Das Bündnis schien ihm verdächtig, da im Augenblick nirgends eine Gefahr bestand, die einen Schutzbund forderte. Er riet, insgeheim den Kaiser zu unterrichten und um Verhaltensmaßregeln zu bitten²³. Sichtlich erleichtert schrieb Christoph Bernhard nach Paderborn, man solle nun die Konferenz mit den Hessen getrost hinausschieben und zuerst einmal im Westfälischen Kreise miteinander beraten. Pagenstecher habe er darüber nicht unterrichtet²⁴. Inzwischen meldete Wilhelm von Fürstenberg, der mit Volmari darüber sprach, daß der Kaiser das Hildesheimer Bündnis ablehne. Kanzler von Merveldt, ohnehin schon ein Gegner des Plans, berichtete aus Hildesheim, der Kurfürst von Köln wolle wahrscheinlich die Aufforderung Herzog Augusts annehmen, über den Beitritt des Bistums Hildesheim zu sprechen²⁵. Die Aussichten für Christoph Bernhards Vorhaben standen schlecht. Da entschloß sich auch noch Paderborn, des münsterschen Zögerns müde, auf eigene Faust in der Osterwoche einen Gesandten nach Kassel abzuschicken. Christoph Bernhard blieb nur übrig, seinen Nachbarn vor allen Übereilungen zu warnen und zu bitten, nichts Verbindliches einzugehen, bis der Hildesheimer Rezeß offen vorliege²⁶. Er erinnerte daran, daß der Landgraf sich schon einmal plötzlich von den Verhandlungen mit den Bistümern ab- und mächtigeren Fürsten zugewandt habe.

²¹ Chr. Bernh. an Osnabrück, 7. 3. 1652: MLA. 540a III.

²² Chr. Bernh. an Dietrich Adolf, 9. 3. 1652: MLA. 540b II.

²³ Franz Wilhelm an Chr. Bernh., 10. 3. 1652: MLA. 540a III.

²⁴ Chr. Bernh. an Dietrich Adolf, 13. 3. 1652: MLA. 540b II.

²⁵ Um den 10. 4. 1652 waren Schwartzkopf und der cellische Statthalter Schenk v. Winterstädt beim Kurfürsten von Köln und zeigten ihm den Bündnisvertrag (Kanzler Buschmann an Dietrich Adolf, 21. 4. 1652: MLA. 540b II). – Dietrich Adolf an Chr. Bernh., 25. 3. 1652: Ebd.

²⁶ Chr. Bernh. erhielt den Vertrag erst in der 2. Aprilhälfte von Wilh. v. Fürstenberg, der ihn in Frankfurt von Volmari bekommen hatte. Chr. Bernh. an Dietr. Adolf, 22. 4. 1652: MLA. 540b II.

Auf jeden Fall dürfe man dem Kasseler Hofe nicht die Rolle des alleinigen Vermittlers überlassen, ohne sich gleichzeitig auch an Braunschweig zu wenden. Andeutungen, daß der Antrag dort vielleicht begrüßt würde, hatten die Gesandten der Welfenhäuser ja in Warendorf gemacht. Wäre nur vorher ein Bündnis zwischen Weser und Rhein zustandegebracht, so könnte man selbstbewußter und mit dem nötigen Schwergewicht dem Hildesheimer Bunde beitreten. Zwei »gleichintentionierte Verfassungen« unter einer Art Dachorganisation schien seiner Ansicht nach der Sicherung aller Länder der Bundesgenossen am dienlichsten²⁷.

Der Bischof beschränkte sich nicht darauf, den Plan im Kopfe zu bewahren. Drost Dietrich von Velen befragte den ostfriesischen Rat Wiarda nach der dortigen Neigung für ein solches Bündnis²⁸. In Paderborn fiel der Gedanke, wie nicht anders zu erwarten, auf steinigem Boden. Dietrich Adolf hatte sich schon zu tief mit den Hessen eingelassen. Gegen eine Fühlungnahme mit den Braunschweigern – wenn sie unter einem harmlosen Vorwande geschah – ließ sich nichts einwenden. Bei nüchterner Abwägung standen die Aussichten des noch nicht einmal in den Anfängen stehenden Bündnisses zwischen Weser und Rhein doch auf zu schwachen Füßen, um deswegen die gute Gelegenheit eines Bündnisses mit den Hessen aus der Hand zu lassen, bei dem man mit »kondiderabelen fürstlichen Häusern« in ein enges Verhältnis kam²⁹.

In der Tat gestatteten die Umstände dem Bischof von Münster kein längeres Zögern. Paderborn war im Begriff abzuschließen, Kurköln hatte es vielleicht schon getan³⁰. Beide fielen für ein westfälisches Gegenbündnis aus. Kurbrandenburg ließ durchblicken, daß es mit seinen sämtlichen Ländern in das Bündnis treten wollte. Das bedeutete nicht nur ein unerträgliches Übergewicht des Kurfürsten, sondern auch die Gefahr für die übrigen Bundesgenossen, in alle pommerschen und preußischen Händel hineingezogen zu werden. Niemand verspürte dazu Neigung. So blieben als Bundesgenossen nur die kleinen Grafen, nachdem auch Osnabrück so wenig Lust zeigte. Ein solches Bündnis hätte seinen Namen zu Unrecht getragen. Schweren Herzens entschloß sich daher Christoph Bernhard in der Ratssitzung vom 28. April, nun doch dem Hildesheimer Bunde beizutreten. Dem Kaiser wollte er mitteilen, daß das Menschenmögliche versucht worden sei, dieser Notwendigkeit zu entgehen. Vielleicht könne man aber dem kaiserlichen Interesse auch so noch dienen. Dietrich Adolf benachrichtigte er von seinem Entschluß und bat, nur gemeinsam mit Münster zu schließen. Wenn nur das konfessionelle Gleichgewicht im Hildesheimer Bündnis durch Zutritt Kurkölns gewahrt worden wäre, so hätte der Bischof seine Entscheidung leichter getroffen³¹.

Erfreut nahm der Landgraf die durch den Landhauptmann von Spiegel nach Kassel gebrachte gute Nachricht entgegen. Eine Tagsatzung zu Hameln Anfang Mai wurde anberaumt, um alles Nähere zu besprechen³². Der Weg schien nun geebnet.

²⁷ Chr. Bernh. an Dietr. Adolf, 30. 3. 1652: MLA. 540b II.

²⁸ Chr. Bernh. an D. v. Velen, 2. 4. 1652: L. Nr. 1704.

²⁹ Dietr. Adolf an Chr. Bernh., 8. 4. 1652: MLA. 540b II.

³⁰ Kurfürst Maximilian Heinrich gab am 29. März in Hildesheim Schwartzkopf und Schenk v. Winterstädt tatsächlich die Erklärung ab, mit dem Stift Hildesheim, vorbehaltlich Zustimmung seiner Stände, dem Bunde beizutreten: Köcher I S. 64.

³¹ Ratsprotokoll v. 28. 4. 1652: GR. 587. – Chr. Bernh. an Dietr. Adolf, 29. 4. 1652: MLA. 540b II. – ³² Köcher I S. 64.

Aber es kam anders. Ein unerwartetes Ereignis belebte das tiefe Mißtrauen, das das Verhältnis zwischen Protestanten und Katholiken schon so lange vergiftete und hätte beinahe zu einem neuen Krieg geführt:

In Höxter, das zur Fürstabtei Corvey gehörte, gleichzeitig aber der Erbschutzgerechtigkeit des Hauses Braunschweig-Wolfenbüttel unterstand, belasteten konfessionelle Streitigkeiten seit Jahren die inneren Verhältnisse³³. Niemand konnte bestreiten, daß im Normaljahr 1624 die Protestanten in der Stadt allein herrschten. Vom Fürstabt wurde aber die mit dem Sinn der §§ 30 und 31 des Westfälischen Friedensvertrages von Osnabrück zweifellos im Widerspruch stehende Meinung vertreten, daß er, wenn nur die Evangelischen die ungestörte Religionsübung behielten, im übrigen freie Hand habe und es ihm unbenommen sei, neue Klöster und katholische Kirchen in der Stadt einzurichten.

Die Stadt setzte sich gegen diese Absichten zur Wehr. Beide Seiten suchten und fanden auswärtige Unterstützung. Im Jahre 1649 drohte der Krieg offen auszubrechen. In Münster, wo P. Adam Adami Hilfe für den Abt erbat, zeigte man damals die kalte Schulter. Dagegen griff Herzog August von Braunschweig-Wolfenbüttel im Namen des Administrators von Magdeburg – dieser in der Eigenschaft als Direktor des Niedersächsischen Kreises – ein, um Ruhe zu schaffen, da der Westfälische Kreis nichts unternahm. Die katholischen Priester wurden aus der Stadt gewiesen. Nur die Franziskaner durften vorläufig bleiben, um den Gottesdienst für die kaiserliche Garnison zu versehen. Als aber diese abzog, weigerten sich die Mönche, die Stadt nunmehr zu verlassen.

Der Fürstabt blieb inzwischen nicht untätig. Er verbuchte als Erfolg, daß der Reichskonvent zu Nürnberg die wolfenbüttelsche Exekution als einseitig verurteilte. Der Fürstabt wurde neben dem Herzog als Kommissar bestimmt. Als dieser sich auch jetzt nicht stören ließ, verstärkte man die Kommission durch den kaiserlich gesinnten Grafen Anton Günther von Oldenburg und durch Kurmainz. Vergeblich versuchten die Kommissare, Herzog August von seinem Standpunkt abzubringen, das Normaljahr als einzige Richtschnur anzusehen. Die Lage verschärfte sich, als die katholischen Abgeordneten, des Streites müde, einen einseitigen Rezeß ausarbeiteten und zu vollziehen drohten, auch wenn die Gegenseite sich nicht anschließen sollte. Die Ankunft münsterscher und pfalz-neuburgischer Gesandter, die namens der ausschreibenden Fürsten des Westfälischen Kreises auftraten, verlieh den Katholiken weiteren Rückhalt. Die Stadt protestierte gegen ihren Einzug in die Mauern. Herzog August machte, um der Gegenseite zuvorzukommen, reine Bahn und warf die Franziskaner aus der Stadt. In ihrem Haus nahmen seine Soldaten Quartier (September 1651).

Die Gefahr hob jedoch nun erst recht an. Der Fürstabt hatte beim Kaiser die Einsetzung einer neuen Kommission erreicht, der neben dem entfernt wohnenden Herzog von Holstein-Gottorp Christoph Bernhard von Galen angehörte. Ihre Aufgabe bestand darin, den Zustand vor den letzten Unruhen wiederherzustellen, eingeschlossen die Rückführung der Franziskaner und Bestrafung der Rädelsführer in der Stadt³⁴. Drohend forderte der Bischof die Stadt auf, alle Neuerungen rückgängig zu machen. Sie lehnte am 26. März

³³ Die Einzelheiten, die hier nicht erörtert werden können, bei Köcher I S. 51 ff.

³⁴ Kais. Dekret v. 30. 7. 1651, zitiert bei Köcher I S. 58.

1652 ab. Christoph Bernhard griff zum Schwert. Am 1. April gab er dem Hauptmann Christoffer Hofmann Befehl, mit 120 Mann nach Höxter zu marschieren und am kommenden Mittwoch nachts um 12 Uhr dort anzu- kommen, um weitere Befehle von den münsterschen Delegierten entgegen- zunehmen³⁵. Gewaltanwendung ließ sich auf keinen Fall rechtfertigen, bevor verhandelt worden war. Das wußte man in Münster sehr wohl. Hofmann er- hielt deshalb ein Patent, in dem die Exekution mit den Rückständen zu den Verpflegungsgeldern der Festungen Frankenthal und Vechta begründet wurde, deren Beitreibung der Kaiser dem Bischof ebenfalls aufgetragen hatte. Das Patent, ein Meisterwerk politischer Sinnverdrehung, richtete sich im übrigen ganz harmlos gegen alle Stände, deren Zahlungen noch ausstanden³⁶.

Am 4. April hielten die Kutschen der münsterschen Abgeordneten vor der Stadt. Der Trompeter verlangte Einlaß, um mit den holsteinischen Kollegen zu verhandeln. Während noch darüber gesprochen wurde, sprangen einige Be- waffnete aus den Wagen und bemächtigten sich des Tors. Die Kompanie Hauptmann Hofmanns stürzte aus dem Hinterhalt hervor und besetzte die Stadt. Obristleutnant von Nagel, einer der rücksichtslosesten Offiziere Chri- stoph Bernhards, errichtete ein Gewaltregiment. Obgleich die Stadt nachwies, die frankenthalschen Gelder ordnungsmäßig bezahlt zu haben, erzwang Nagel die gleiche Summe noch einmal. Erst nachdem die vechtischen Unterhalts- gelder für das ganze Stift Corvey entrichtet waren und die Stadt einen Revers unterschrieb, dem Abt Gehorsam zu leisten und mit den katholischen Bürgern gutes Einvernehmen zu halten, zog die Besatzung ab³⁷.

Die kleine Truppe Herzog Augusts verhielt sich im Franziskanerkloster ruhig. Der Herzog erhob in Münster Protest und bezeichnete die Exekution – nicht ganz zu Unrecht – als Mißbrauch der Autorität des Westfälischen Kreises. Christoph Bernhard versprach Untersuchung der Vorfälle und wies den Vorwurf im übrigen zurück³⁸.

Der örtliche Vorfall beeinflusste insofern auch die größere Politik, als er mitten in die Vorbereitungen zum Hamelner Tag hineinplatzte. Sofort erhob Herzog August Einspruch gegen eine Ladung des Bischofs von Münster. Die Konferenz fiel aus, sehr zum Bedauern der übrigen welfischen Häuser. So wenig ihnen früher die Aufnahme des Bischofs in das Hildesheimer Bündnis gefiel, so gern hätten sie ihn jetzt als Verbündeten gesehen³⁹. Auf einer Ge- samtkonferenz zu Peine erneuerten sie die Einladung und überwiesen den höxterschen Streit dem Kreistag. Auch Herzog August ließ, nachdem die münstersche Besatzung aus Höxter abgezogen war, seinen Einspruch fallen⁴⁰. Wie früher übernahm Landgraf Wilhelm erneut die Vermittlung in Münster

³⁵ Chr. Bernh. an Hofmann, 1. 4. 1652: MLA. 539 I.

³⁶ Ebd.

³⁷ Köcher I. S. 59 f.

³⁸ Chr. Bernh. an Hzg. August, 6. 5. 1652, zitiert bei Köcher I S. 60. – Der Bischof war trotzdem besorgt über die möglichen Folgen. Sein Drost im Emsland, Dietrich von Velen, erhielt Auftrag, die im Hümmling zur Reiherbeize weilenden Herzöge zu überwachen. Der Drost meldete am 26. April, daß Hzg. Christian Ludwig wegen Höxter »etwas alteriert gewesen« sei: L. Nr. 1707.

³⁹ Köcher I S. 65 gibt leider keine Begründung für diesen merkwürdigen Sinnes- wandel, noch dazu in diesem Augenblick.

⁴⁰ Am 18./19. 5. 1652: Köcher I S. 65.

und Paderborn, wohin die Verbindung niemals ganz abgerissen waren⁴¹. Am münsterschen Hofe hatte man sich unbeschadet der Absage der Konferenz sogar schon eingehendere Gedanken über die Bedingungen des Bündnisses gemacht. Vor allem galt es zu verhindern, daß die beiden geistlichen Staaten hinter den älteren Mitgliedern zurückgesetzt wurden⁴².

Besorgt über die plötzliche Bereitwilligkeit Christoph Bernhards, zu den Hildesheimern zu stoßen, war Volmari. Über Wilhelm von Fürstenberg kamen ihm die Einzelheiten zu Ohren. In beschwörenden Worten warnte er vor dem Eintritt in ein Bündnis, dessen Inhalt dem Kaiser beharrlich verheimlicht wurde: »Bedenken Euer fürstliche Gnaden, was dem katholischen Wesen aus diesem vor ein Präjudizium entspringen könnte und werde, wann sich katholische Stände in sotane Alliance einschließen und die Händ und Zungen binden lassen!«⁴³ Solche Abreden sollte man nicht einzeln, sondern vor dem Reichstag besprechen, zu dem gerade eine persönliche Einladung des Kaisers unterwegs war⁴⁴.

Die Warnung traf den Bischof ins Herz. Im Briefe Volmaris las er dieselben Gedanken schwarz auf weiß, die er früher seinem Paderborner und Osnabrücker Nachbarn mehrmals vorgetragen hatte. Er stöhnte, wie ihm der kaiserliche Gesandte »vor diesem und noch bei letzter Post dieses Werk sehr schwer« gemacht habe, glaubte aber nun doch bei seinem einmal gefaßten Entschluß bleiben zu müssen, zumal ihm Pagenstecher unaufhörlich zusetzte, eine endgültige Entscheidung zu fällen⁴⁵. Einerseits bewegte ihn die Sorge, daß die Hildesheimer jetzt, nachdem durch die Beschäftigung der lothringischen Völker in Frankreich der Druck vom Westen des Reiches etwas gewichen war, an der Aufnahme weiterer Bundesgenossen kein Interesse mehr haben könnten⁴⁶; andererseits flößte ihm derselbe Gedanke die Hoffnung ein, aus diesem Hexenkessel durch Ausbleiben der Einladung einen bequemen Ausweg zu finden⁴⁷. Eine gewisse Ruhepause trat ein.

Der Bischof scheint nur auf sie gewartet zu haben, um jetzt einen Lieblingsplan zu verfolgen, der bisher aus Zeitmangel unterblieb. Es galt, Bevergern zu befreien.

Das Amtshaus im nördlichen Münsterland war im Dreißigjährigen Kriege von den Schweden besetzt worden, die es später dem Prinzen von Oranien abtraten. In seinen Diensten lag eine kleine staatliche Garnison in Bevergern⁴⁸.

⁴¹ Im Schr. Chr. Bernh. an Dietr. Adolf v. 20. 5. 1652 wird über einen Besuch Pagenstechers berichtet. Der hess. Geh. Rat war auch beauftragt, in der höxterschen Sache zu vermitteln, wie aus dem Schr. Dietr. Adolfs an Chr. Bernh. v. 20. 5. 1652 hervorgeht: MLA. 540b II. – Hessen-Kassel, das wegen der Vogtei über Höxter in einer gewissen Rivalität zu den Braunschweigern stand, nahm nicht deren schroffe Haltung ein. – ⁴² Ratsprotokoll v. 22. 5. 1652: GR. 587.

⁴³ Volmari an Chr. Bernh., 2. 6. 1652: MLA. 473, 17.

⁴⁴ Ladung vom 27. 4. 1652 für Ende Oktober. Chr. Bernh. nahm am 3. 6. 1652 an. Ebd. Die Einladung wurde noch einmal durch Graf Alexander von Velen zu Raesfeld überbracht. Ob auch dieser die Bedenken des Kaisers gegen den Hildesheimer Bund vortrug, ist nicht festzustellen. Chr. Bernh. an A. v. Velen, 22. 6. 1652: L., Raesfeld D 6 V.

⁴⁵ Chr. Bernh. an Dietr. Adolf, 10. 6. 1652: MLA. 540b II.

⁴⁶ Dietr. Adolf an Chr. Bernh., 17. 6. 1652: Ebd.

⁴⁷ Chr. Bernh. an Dietr. Adolf, 8. 7. 1652: Ebd.

⁴⁸ Chr. Bernh. bat im März 1651 Graf Adrian v. Flodorf, bei den Generalstaaten für den Abzug der staatlichen, zu der oranischen hinzugefügten Besatzung einzutreten: MLA. 544, 2.

Kurfürst Ferdinand bemühte sich vergeblich, das Haus wieder in den Besitz des Stifts zu bringen. Auch ein Schreiben des Nürnberger Reichskonvents (25. 11. 1650) mit der dringenden Mahnung um Rückgabe blieb bei den Generalstaaten unbeantwortet. Christoph Bernhard, der die fremden Besetzungen innerhalb der Landesgrenzen als größtes Hindernis seiner Handlungsfreiheit betrachtete⁴⁹, schickte im Januar 1651 Dietrich Philipp von Wylich zu Pröbsting, einen seiner protestantischen Landsassen, der mit den niederländischen Verhältnissen gut vertraut war, in Den Haag⁵⁰. Ihm gelang es, nach langwierigen Verhandlungen den Abzug der staatlichen Truppen aus Bevergern durchzusetzen⁵¹.

Als die kleine münstersche Truppe am 26. August vor den Toren Bevergerns eintraf, stellte sich heraus, daß noch eine oranische Besetzung auf dem Hause lag. Es blieb nichts anderes übrig, als unverrichteter Dinge wieder abzuziehen. Der Bischof hatte für diesen Fall seit langem vorgesorgt. Schon am 8. August erging der Befehl, Truppen und Kriegsmaterial bereitzuhalten, um Bevergern nötigenfalls mit Gewalt zu nehmen⁵². Die Vorbereitungen blieben so geheim, daß selbst die aufmerksamen Niederländer nicht das Geringste erfuhren⁵³. Als sich der erwähnte Zwischenfall am 26. August ereignete, wurden die Anstalten zum Sturm getroffen⁵⁴. Die Besetzung des Prinzen von Oranien, die anfangs energisch auftrat, erwies sich nicht als treu. Sieben Mann, die früher in der münsterschen Kompanie von Twickel gedient hatten⁵⁵, ließen sich bestechen und öffneten, als zum Schein ein Angriff unternommen wurde, am 28. August die Tore⁵⁶. Der Rest der Besetzung erhielt freien Abzug.

Ein weiterer Schritt zur Befreiung des Landes von fremden Besetzungen war damit vollbracht. Der bezahlte Preis stellte sich jedoch bald als sehr hoch heraus. Die gewaltsame Lösung hinterließ in Holland einen üblen Eindruck.

⁴⁹ Es hatte manche Reibereien mit der Besetzung gegeben. Anlässlich der Exequien für Kurfürst Ferdinand rauften sich die münsterschen Beamten mit den Soldaten um das Glockenläuten. Es gelang ihnen schließlich, »mit Gewalt und manu armata« die Glocken zu ziehen. Beim Tode des Prinzen von Oranien verboten dafür die Münsterschen das Glockenläuten (Tonser an Graf Johann Ludwig v. Nassau, 22. 11. 1650: SLA. 1 a, 20 a).

⁵⁰ Der Kinderen I S. 25. Die von Wylich übergebene Denkschrift ist ebd. S. 26 ff. abgedruckt. Sie enthält die ganze Vorgeschichte seit 1633.

⁵¹ Ebd. I S. 30. Wylich nahm am 21. 8. 1652 Abschied.

⁵² Instruktion für Dietr. v. Velen v. 7. 8. 1652, v. d. Hd. Johann Beveren v. Twickel: L. Nr. 1699.

⁵³ Die älteren holländischen Schriftsteller, die sonst alle Taten Christoph Bernhards herabsetzend ausschlachten, erwähnen hiervon nichts. Tücking (S. 12) berichtet darüber als erster.

⁵⁴ Chr. Bernh. an Dietr. Adolf, 30. 8. 1652: DK. Prod. VI 10.

⁵⁵ Ihre Namen sind überliefert: Joachim Rebbecke (35–36 J. alt aus Brandenburg, schon einmal desertiert) war der Anführer. Matth. Glunder (46–47) aus Spandau, Matth. Moller (30) aus Hamm, Hans Seyse (40–50) aus Bayern, Matthis ten Beeck (32–33) aus Visé, Arent Schmitt (40) aus Borken, Johann Roberts (über 30) aus Meppen oder Lingen. (L. Nr. 1699). Das Gerücht von der Einschleusung von Landeseinwohnern, die alle aus Bergeshövede gestammt hätten, ist also falsch (so z. B. Freude-Hilckman, Bevergern in Vergangenheit und Gegenwart S. 15).

Wann die Soldaten auf das Schloß gekommen sind, ist unbekannt. Sie waren vor Abmarsch der staatlichen Truppen dort. Es kann aber sein, daß sie erst kurz vorher dort Dienst nahmen und daß ihnen die Verräterrolle von vornherein zugehakt war.

⁵⁶ Prinz Wilhelm Heinrich v. Oranien erfuhr trotzdem den wahren Verlauf, wie aus seinem Protest, der am 17. 1. 1633 dem Bischof übergeben wurde, hervorgeht: L. Nr. 1699.

Nachdem kurz vorher der münstersche Übergriff in Höxter bekannt geworden war, horchte jetzt die holländische Öffentlichkeit umso mehr auf. Mochte auch das Domkapitel ängstlich darauf bedacht sein, jeden beleidigenden Beigeschmack von den Feiern zur Befreiung Bevergerns fernzuhalten⁵⁷, die Holländer blickten von nun an argwöhnisch auf ihren neuen Nachbarn. Als gewalttätig und erklärter Protestantenfeind sollte er auf alle Zeiten im holländischen Bewußtsein fortleben.

Fast auf den Tag genau nach der Durchführung dieses Vorhabens wandte sich Christoph Bernhard wieder den Bündnisverhandlungen zu, die bereits am 20. August in Hameln begonnen hatten. Am 1. September schickte er Bernhard von Wydenbrück nach dort ab⁵⁸.

Vor der Ankunft des münsterschen Gesandten offenbarte Pagenstecher den übrigen Teilnehmern den Stand der Verhandlungen mit den beiden Bischöfen: »Daß ein Teil dem andern, so gut man vermag, assistieren wolle, das sei geschlossen. Sonst sei nichts vorgegangen, noch schriftlich das geringste entworfen worden.« Die von Münster erhobene Forderung auf gleichberechtigte Zulassung vertrete er voll und ganz⁵⁹. Gegenüber dem hessischen Drängen zog sich der bremische Kanzler Stucke, der anfangs von einer Aufnahme der Katholiken gar nichts wissen wollte, schließlich auf den Vorbehalt zurück, man solle ihnen wenigstens »die intima consilia« nicht eröffnen. Dabei stellte sich zur größten Verwunderung der Verbündeten heraus, daß gerade er den Rezeß Volmari mitgeteilt hatte – von wo er bekanntlich nach Münster gelangte –, während die anderen sich krampfhaft bemühten, ihn vor der Ratifikation geheimzuhalten, die nun allerdings am 24. August erfolgte⁶⁰.

Da Wydenbrück noch immer nicht eintraf, verhandelte man vorläufig mit den Paderbornern allein, die ihrerseits jedoch dem größeren Kollegen nicht vorgeifen wollten. Der Paderborner Rat Reckwein fand an dem Rezeß nichts auszusetzen. Die Truppenkontingente errechnete man nach der Matrikel des Römerzugs. Endlich kam Wydenbrück an, ließ sich über den Stand der Besprechungen unterrichten und erklärte dann, der Bischof sei angesichts der Aussichtslosigkeit, eine westfälische Kreisverfassung zustandezubringen, zum Beitritt entschlossen. Er wünsche nur genauere Angaben über »modum et media«. Er selbst sei allerdings nur instruiert, die gegenseitige Hilfe zu besprechen. Pagenstecher konnte seine Entrüstung nicht verbergen: Er habe doch dem Bischof den Rezeß in großen Zügen mitgeteilt, ihn auch dem Landhauptmann Spiegel in Paderborn vorgelesen.

Wydenbrück stellte nicht in Abrede, daß man annähernd unterrichtet sei, verlangte aber, »in forma« zu verhandeln, damit »nicht ein oder das andere irrtümlich einlaufe«. Über die Kontingente, Dauer des Bündnisses usw. wisse man auch gar nichts, womit er die offene Unwahrheit sagte. Als die anderen sich zu

⁵⁷ Das Domkapitel ordnete an, daß die Danksagung »absque solemnitate, ne offendatur Hollandi uti vicini« gehalten werde. Eine feierliche Prozession am 28. August sollte erst nach etwa 3 Jahren, wenn Gras über die Sache gewachsen war, stattfinden. Protokoll v. 2. 9. 1652: DK. Prot. 20 Bl. 241 f. Die endgültige Einigung mit Oranien erfolgte erst 1659. Tücking S. 12 und 65.

⁵⁸ Kredential v. 1. 9. 1652: MLA. 539 I. Die braunschweig., schwed., hess. und paderbornischen Teilnehmer s. bei Köcher I S. 66 Anm. 4.

⁵⁹ Nach dem Protokoll Schenk v. Winterstädt, zitiert bei Köcher I S. 67.

⁶⁰ Stucke behauptete entschuldigend, durch diesen Schachzug die Räumung Frankenthals befördert zu haben.

einem Gespräch darüber bereit erklärten, entschuldigte er sich, er müsse erst berichten, damit auch mit anderen westfälischen Ständen Fühlung genommen werden könne. Dabei zeigte er sich sehr beflissen, etwas über das Verhältnis zu Brandenburg und ob man das Bündnis etwa auf die Rheinlande ausdehnen wolle, zu erfahren. Man gab ihm zur Antwort: Nein, man denke nur an die Nachbarn. Bei den Gesandten festigte sich die Ansicht, daß Wydenbrück »nur ad audiendum wäre abgefertigt worden«⁶¹. Der Eindruck entsprach den Tatsachen. Der Bischof hatte seinen Rat »dergestalt instruiert, daß nicht ad tractandum, sondern nur zu vernehmen kommt, was allda gehandelt und geschlossen werden mochte«, ohne sich selbst irgendwie einzulassen. Die Hoffnungen Christoph Bernhards richteten sich in diesem Augenblick schon nicht mehr auf Bundeshilfe der Hildesheimer, sondern auf den bevorstehenden Reichstag, von dem er die endgültige Sicherstellung des Bistums wie aller Reichsstände erwartete⁶².

Dietrich Adolf von Paderborn verlor die Geduld. Er unterschrieb den Vertrag am 25. September 1652⁶³. Christoph Bernhard entschuldigte sich mit der erforderlichen Zustimmung der Landstände⁶⁴. Volmari gegenüber bekannte er, damit nur Zeit gewinnen zu wollen⁶⁵. Als die Verzögerungstaktik nicht mehr half, erklärte er, daß ihn die Beschlüsse des niedersächsischen Kreistags in der Höxterer Sache zum Abbruch der Beziehungen nötigten. In Kassel verkündete Matthias Korff-Schmising, der Bischof sehe mit Bedauern, daß die Hameler Besprechungen mehr und mehr »zu einem Kreiswesen ausschlagen und dadurch das Werk eine andere Gestalt, als in eventum mit seiner Liebden Gesandten zu Hameln abgeredet, gewinnen würde«. Man erachte es daher für undienlich, sich weiterhin zu beteiligen. Alle Gegenvorstellungen nützten nichts⁶⁶. In Münster hatte man sich anders entschlossen. Volmaris Warnungen vor der kaiserlichen Ungnade, – noch dazu bei Beginn des Reichstages – trugen ihre Früchte⁶⁷.

⁶¹ Köcher I S. 70.

⁶² Chr. Bernh. an Volmari, 6. 9. 1652: MLA. 473, 17.

⁶³ Am 30. 9. 1652 teilte Dietr. Adolf nach Münster mit, daß er wegen der offenen Lage seines Stifts, des Kaisers Dienst und der katholischen Religion »nicht länger mit unserer Erklärung zurückhalten können«: MLA. 540 b II. Vgl. Bessen II S. 218.

⁶⁴ Chr. Bernh. an Landgraf Wilhelm, 23. 9. 1652. Zitiert bei Köcher I S. 71 Anm. 3. Auf dem vom 26. 9. – 30. 10. 1652 stattfindenden münsterschen Landtag wurde darüber mit keinem Wort gesprochen. MLA. 490, 109.

⁶⁵ Chr. Bernh. an Volmari, 11. 10. 1652: MLA. 473, 17.

⁶⁶ Köcher I S. 71.

⁶⁷ Chr. Bernh. an Dietr. Adolf, 7. 10. 1652: MLA. 540 b II.

8. KAPITEL

DIE REISE NACH REGENSBURG

VECHTA

Die Einberufung des Reichstags durch Kaiser Ferdinand III. gegen Ende des Jahres 1652 kam Christoph Bernhard aus mehreren Gründen gelegen. Sie bot neben einer persönlichen Verbindungsaufnahme mit dem Reichsoberhaupt auch die Möglichkeit, einige Punkte vor der Reichsversammlung voranzutreiben, die dem Bischof am Herzen lagen. Er wünschte sich Klarheit über die Beurteilung der borkeloischen Frage durch das Reich und sich und seinen Nachfolgern durch Einführung der Burggrafschaft Stromberg als Reichsstand größeren Einfluß auf dem Reichstag zu verschaffen¹, die Mallinckrodtischen Anträge beim Kaiser persönlich zu widerlegen, ganz besonders aber die Räumung von Vechta durch die schwedische Besatzung durchzusetzen.

Der Bischof hatte seine Abreise für Mitte Oktober geplant. Immer wieder mußte sie aufgeschoben werden, weil kein Geld zur Verfügung stand². In der Zwischenzeit vertrat ihn Franz Wilhelm von Wartenberg in Regensburg³. In den letzten Dezembertagen begann endlich die Reise. Die Regierung des Stifts Münster übernahm während der Abwesenheit des Fürsten Jobst Edmund von Brabeck. Er war Galens Nachfolger als Domküster und auch sein Vertrauensmann. Ihre Familien waren verwandt⁴. Die Reisegesellschaft, der Wilhelm von Fürstenberg, Kanzler von Merveldt, Bernhard von Wydenbrück und der Geh. Sekretär Heinrich Bruchausen angehörten, langte über Frankfurt am 13. Januar 1653 in Regensburg an⁵.

Da der Reichstag hauptsächlich die Bereinigung der Kriegsfolgen beraten sollte, ließ sich die vechtische Angelegenheit leicht in Gang bringen. Ihre Behandlung gestaltete sich dagegen umso schwieriger. Nachdem Coesfeld und Bevergern befreit waren, stellte Vechta die letzte Festung dar, in der eine fremde Besatzung innerhalb der münsterschen Grenzen lag. Von ihr aus beherrschten die Schweden praktisch das ganze Niederstift. Mit Rücksicht darauf, daß dieser Teil des Fürstentums am stärksten zum Protestantismus neigte, barg dieser Zustand große Gefahren in sich. Aber auch rein politisch erregte

¹ Die Burggrafschaften folgten am Reichstag im Rang unmittelbar nach den Fürstentümern. Chr. Bernh. an Kaiser Ferdinand, Regensburg 9. 6. 1653: MLA. 473, 18.

² Chr. Bernh. an Volmari, 15. 10. 1652: MLA. 473, 17. Desgl. an Osnabrück, 8. 11. 1652: MLA. 540a IV. Desgl. an Kammerrat J. Ph. Schlitzweg, 22. 11. 1652: MLA. 473, 17.

³ Franz Wilhelm an Chr. Bernh., 16. 12. 1652: MLA. 540a IV.

⁴ Brabeck war durch seine hervorragenden geistigen Gaben trotz schwacher Gesundheit zu dieser Aufgabe voll befähigt. Alpen I S. 93 ff. widmete seinem Lobe mehrere Seiten, obgleich Brabeck ja später mit Chr. Bernh. in Konflikt geriet.

⁵ Am 4. 1. 1653 langte man in Frankfurt an. Chr. Bernh. an Schlitzweg, 4. 1. 1653: MLA. 473, 18.

die Anwesenheit der schwedischen Soldaten Bedenken. Jederzeit konnte es ihnen einfallen, unter Verweis auf »veränderte Konjunkturen« eine noch größere Besetzung hineinzulegen und Vechta zum Ausgangspunkt der Unterwerfung der verbliebenen nordwestdeutschen Stifter zu machen. Zwar wies das Verhältnis zwischen Schweden und Holland im Augenblick wenig freundliche Züge auf, weil die ausschließliche Beherrschung der Ostsee durch die nordische Krone den niederländischen Vorstellungen über die Freiheit der Meere entgegenstand, aber eine gegenseitige Annäherung konnte jederzeit eintreten. Für diesen Fall wurde Vechta zu einem Glied größter Bedeutung in der militärischen Verbindungslinie der beiden protestantischen Vormächte.

Das kirchliche und staatliche Interesse forderten daher gleichermaßen die Befreiung des Ortes aus der Gewalt der Schweden, abgesehen davon, daß die monatlichen Unterhaltsgelder für die Garnison, zu denen Münster, Osnabrück, Paderborn und einige kleinere Stände beitrugen, eine ständige und erhebliche Belastung der Staatskasse darstellten. Jeder Rückstand in den Zahlungen der anderen – und solche Verzögerungen traten oft ein – wirkte sich zu Lasten des Niederstiftes aus. Die Garnison pflegte Versäumnisse durch großzügig bemessene Requisitionen im Lande auszugleichen.

Erschwerend bei der Lösung des Problems machte sich die Vielzahl der Reichsstände bemerkbar, die zu den schwedischen Satisfaktionen beisteuerten. Nicht weniger als 7 Reichskreise zählten dazu. Den Ständen des Fränkischen Kreises lag die schwedische Satisfaktion sehr wenig am Herzen. Die Schwaben interessierten sich weit mehr für die Räumung Frankenthals durch die Spanier. Wilhelm von Fürstenberg erhielt im Februar in Frankfurt einen Vorgesmack davon, wie die kur- und oberrheinischen Stände die Erledigung der Frage zu behandeln gedachten⁶. Ihm blieb kein anderer Erfolg beschieden, als sich wegen des entstehenden Schadens »am zierlichsten und beständigsten zu bedingen« und anzukündigen, die Frage dem kaiserlichen Hofe vorzutragen⁷. Der Versuch, Baron Linden, den schwedischen Gouverneur in Stade, zu einer Herabsetzung der vechtischen Unterhaltsgelder zu bewegen, blieb, wie nicht anders zu erwarten, ergebnislos⁸.

Da von den Süddeutschen Beiträge erst nach der Räumung Frankenthals zu erwarten waren⁹, versuchte Fürstenberg in Wien ein Mandat zur Aufmunterung der saumseligen Zahler zu erlangen¹⁰. Aber auch sein Versprechen, ungeachtet der vechtischen Belastung die vom Kaiser geforderten 13 Römermonate für Frankenthal zu zahlen¹¹, brachte ihn keinen Schritt voran. Am schwedischen Widerstand scheiterte auch der Plan, den Niedersächsischen Kreis am Unterhalt Vechtas zu beteiligen. So blieb nur die Möglichkeit einer Umlegung der Last auf alle Stände des Westfälischen Kreises¹². Da man wegen der ungeklärten Direktorialverhältnisse zu keinem ordentlichen Kreistag gelangen konnte, eröffnete sich auch auf diesem Wege kaum eine Aussicht auf

⁶ Chr. Bernh. an Volmari, 13. 3. 1651: MLA. 473, 16.

⁷ Chr. Bernh. an Dietr. Adolf, 27. 3. 1651: MLA. 2, 17 I.

⁸ Das Fürstbistum zahlte monatlich 3791 Rtl., wie der Landtagsabschied v. 31. 1. 1651 ausweist: MLA. 490, 103. – In Stade verhandelte eine Abordnung der emsländischen Ritterschaft in fürstlichem Auftrage; Chr. Bernh. an Franz Wilhelm, 5. 1. 1651: MLA. 540a I.

⁹ Chr. Bernh. an Dietr. Adolf, 15. 4. 1651: MLA. 540b I.

¹⁰ Desgl., 10. 5. 1651: Ebd. – ¹¹ Chr. Bernh. an den Kaiser, 2. 6. 1651: MLA. 473, 16.

¹² Chr. Bernh. an Dietr. Adolf, 8. 11. 1651: MLA. 540b II.

Erfolg. Um den toten Punkt zu überwinden, schlug der Bischof eine Konferenz in Warendorf vor¹³, auf der die Gesandten der interessierten Mächte einen Ausweg suchen sollten. Die Zusammenkunft stand unter einem unglücklichen Stern, nachdem Brabeck bereits ergebnislos mit Brandenburg und Pfalz-Neuburg verhandelt hatte¹⁴. Nur Herzog Christian Ludwig von Braunschweig willigte ein, seinen Anteil zur endgültigen Satisfaktionssumme zu zahlen¹⁵. Das Gelingen der Warendorfer Konferenz hing davon ab, daß alle Beteiligten zur vollen Ablösung der schwedischen Forderungen bereit waren. Nur so entging man den nutzlosen Auseinandersetzungen über die Unterhaltsbeiträge. Der von Kursachsen gemachte Vorschlag, Schweden durch einen Vorschuß zu befriedigen, scheiterte an der Unmöglichkeit, das erforderliche Geld bereitzustellen. Die Endsumme aller Forderungen der Schweden stand noch nicht einmal fest¹⁶. Die Warendorfer Konferenz wußte keine Hilfe. Pagenstecher, der ganz unerwartet plötzlich in Warendorf erschien, um den Landgrafen – wegen der Grafschaft Schaumburg – zu vertreten, machte zudem so viel Schwierigkeiten, daß an ein günstiges Ergebnis nicht mehr zu denken war¹⁷. Die münsterschen Vertreter¹⁸ argwöhnten sogar, daß er im schwedischen Auftrage eine Einigung verhindern sollte.

So kam der Bischof wieder auf den Ausweg eines Vorschusses von etwa 100 000 Rtl. zurück¹⁹. In diesem Stande befand sich die Angelegenheit noch, als er auf dem Reichstag eintraf. In monatelanger Arbeit gelang es ihm, eine Zahlungsordnung durchzusetzen²⁰. Die Zustimmung des Fränkischen und Schwäbischen Kreises zu dem Beschluß, zwei Drittel des von den belasteten Ständen bisher für Vechta aufgebrauchten Verpflegungsvorschusses zu ersetzen, hatte er nur durch einen geheimen Revers erkaufte, in dem er sie für ungebunden erklärte, wenn nicht gleichzeitig der Vorschuß für die Räumung Heilbronn und Frankenthals erstattet werde. Der damit verbundene Verlust von mehreren tausend Reichstalern und die Gefahr, daß andere Reichskreise, wenn sie dieses Bestechungsmanöver erfuhren, Schwierigkeiten machten, mußte in Kauf genommen werden²¹. Trotzdem befreite auch dieser Ansatz einer Lösung ihn nicht von der Leistung eines Vorschusses. Nur nachträglich konnte die dazu nötige Anleihe durch Beitreibung der Rückstände abgelöst werden²². Die

¹³ Desgl., 29. 1. 1652: Ebd. – ¹⁴ Franz Wilh. an Chr. Bernh., 18. 1. 1652: MLA. 540a II.

¹⁵ Chr. Bernh. an Franz Wilh., 30. 1. 1652: MLA. 540a III.

¹⁶ Chr. Bernh. an Diétr. Adolf, 5. 2. und 19. 2. 1652: MLA. 540b II.

¹⁷ Chr. Bernh. an Diétr. Adolf, 4. 3. 1652: MLA. 540b II.

¹⁸ Münster war durch Propst Arnold von Vittinghoff-Schell, Niklas v. Westerholt und Bernh. v. Wydenbrück vertreten. Chr. Bernh. an Diétr. Adolf, 26. 2. 1652: MLA. 540b II. Die Konferenz begann nach der Angabe im Landtagsabschied v. 15. 3. 1652 am 27. 2.: MLA. 490, 105.

¹⁹ Chr. Bernh. an Diétr. Adolf, 6. 5. 1652: MLA. 540b II.

²⁰ Am 27. 5. 1653 wurde beschlossen, innerhalb von 4 Wochen Quittungen über die an Schweden geleisteten Zahlungen vorzulegen, um einen Überblick über das Fehlende zu gewinnen.

²¹ Chr. Bernh. an die münst. Gesandten in Essen, 2. 10. 1653: MLA. Mil. 1568.

²² Man dachte an eine Anleihe von 50 000 Rtl. (Prot. v. 2. 10. 1653: MLA. 468, 160 I). Mit Graf Königsmarck und Kaufmann Resteau wurde erfolglos gesprochen. Die Exekution, die der Kaiser Münster gegenüber den im Rückstand befindlichen Ständen des Oberrheinischen Kreises aufgetragen hatte und die Lic. J. C. Bisping mit etwa 50 Soldaten durchführte (Bispings Berichte aus dem November und Dezember 1653: MLA. 473, 20; der abschließende Bericht v. 1. 10. 1654: MLA. 473, 24), brachte wenig Geld zusammen, hatte aber am Ende dem Bischof »einige Disaffektion aufgeladen« (Chr. Bernh. an Diétr. Adolf v. 20. 11. 1653: MLA.

münsterischen Landstände nahmen den Vorschlag mit saurer Miene auf. Wenn auch die Entleihung des Geldes offiziell durch den Kreis geschehen sollte, so verblieb doch Münster die Rolle des Hauptschuldners. Die damit verbundene Verpfändung des Amtes Cloppenburg an die Schweden Snoilsky und Hoffstetter, die bereit gewesen wären, das Geld vorzuschießen, war eine zweischneidige Sache. Eher wollten sich die Stände dazu verstehen, die Summe selbst aus den Ämtern aufzubringen. Nur knüpften sie daran die für den Landesherrn unannehmbare Forderung, in diesem Fall zu keinen weiteren Leistungen verpflichtet zu sein²³. Nachdem auch die Bemühungen, Fürst Lobkowitz als Gläubiger zu gewinnen, fehlschlügen²⁴, gelang es dem Bischof, seine Landstände doch noch zur Ausschreibung von 50 000 Rtl. zu bewegen. Bisping brachte von der Exekution im Oberrheinischen Kreis 30 000 Rtl. nach Haus²⁵, so daß nur noch 20 000 Rtl. durch Obligationen zu decken blieben²⁶.

In Regensburg zeigte sich endlich auch ein Lichtblick, nachdem der Fürstenrat das letzte Drittel zur vechtischen Verpflegung bewilligte, wozu allerdings Wydenbrück »allerhand Künsten und Practiquen« hatte anwenden müssen²⁷. So konnte dem schwedischen Kommissar Hoffstetter mitgeteilt werden, daß die Gelder am 15. April bereitlägen und die Räumung also vor sich gehen könne. Er lächelte zwar ungläubig, ließ es aber bei dem Termin bewenden²⁸. Tatsächlich standen die Geldsäcke schon am 10. April in Münster bereit. Die Stadt schoß 50 000 Rtl. vor, einige Adlige gaben den Rest²⁹. Die endgültige Abrechnung ergab zur Bestürzung Christoph Bernhards den Betrag von 142 634 Rtl., worunter er, wie er klagte, »fast erliegen plieben, endlich gleichwoll vermittels Gottes genädige Verliehung damit in termino aufkommen« sei³⁰. Als die Schweden trotzdem einwandten, es fehlten an der verabredeten Summe noch weitere 22 000 Rtl. aus dem Ober- und Niedersächsischen Kreis, stieg im Bischof die Sorge auf, daß sich dahinter unbekannte, böse Absichten verbargen. Mit Hilfe von »Honorarien« an die schwedischen Kommissare und »hartes Zusprechen« gelang es ihm endlich, die Schweden am 13. Mai zur Räumung von Vechta zu bewegen. Die letzte Besetzung einer fremden Großmacht auf dem Boden des Stiftes war damit beseitigt und der Fuß auf dem Wege zur selbständigen Politik einen guten Schritt vorangesetzt³¹.

540b III). Besonders mit der Stadt Speyer gab es Schwierigkeiten. Die betroffenen Stände hielten solidarisch zusammen. Beschlagnahmte Waren und Vieh fanden keine Käufer. Die Exekution gegen Speyer wurde im Juli 1654 abgebrochen, nachdem sich die Stadt zur Zulassung des Kapuzinerordens in der Vorstadt bereit erklärt hatte. Dieser Erfolg vertrieb den Ärger des Bischofs über die entgangenen Gelder völlig.

²³ Landtagsprotokolle v. 29. 11. und 8. 12. 1653; MLA. 490, 114.

²⁴ Mit Lobkowitz hatte der Bischof schon während seiner Anwesenheit in Regensburg Fäden angeknüpft. Der Fürst verlangte für die 100 000 Rtl. Floß bei Weiden in der Oberpfalz als Sicherheit. Pfalz-Neuburg sollte sie stellen und dafür von Münster durch Aufnahme einer kleinen Besatzung des Pfalzgrafen in Vechta sichergestellt werden (Wydenbrück an Chr. Bernh., 15. 12. 1653; MLA. 473, 20). Der Pfalzgraf lehnte ab (Chr. Bernh. an Wydenbrück, 16. 1. 1654; MLA. 473, 21).

²⁵ Chr. Bernh. an Bisping, 20. 2. 1654; MLA. 538b I.

²⁶ Chr. Bernh. an Wydenbrück, 16. 1. 1654; MLA. 473, 21.

²⁷ Wydenbrück an Chr. Bernh., 29. 2. 1654; MLA. 473, 22.

²⁸ Desgl., 23. 3. 1654; Ebd. – ²⁹ Chr. Bernh. an Wydenbrück, 10. 4. 1654; MLA. 473, 23.

³⁰ Chr. Bernh. an Dietr. Adolf, 15. 5. 1654; MLA. 2, 17 I.

³¹ Um den Vorschuß für die vechtischen Satisfaktionsgelder ausgleichen zu können, hatte Chr. Bernh. beim Kaiser um Erlaubnis zur Einführung eines Ochsenzolls gebeten. Die Verhandlungen darüber zogen sich lange ergebnislos hin; MLA. 480, 28/29.

9. KAPITEL

DER KREISTAG ZU ESSEN

Das Ende des Dreißigjährigen Krieges erweckte in der geplagten Menschheit die Hoffnung auf eine lange Friedenszeit, deren Gesetze nicht mehr allein die übermütige Soldateska schrieb. Die schönsten deutschen Kirchenlieder stammen aus jener Zeit. Sie zeugen von der Dankbarkeit, die die Geister beherrschte, und einem hohen Vertrauen in die Zukunft. Ein Blick auf die Politik offenbart leider ein anderes Bild. Die Bereitschaft zu gegenseitiger Hilfe in der Not oder gar zu einem Opfer gegenüber dem andern ist nirgends zu finden. Die lange Kriegszeit hatte die Herzen der Staatsmänner eher verbittert als geläutert. Das Merkmal der Zeit war das Mißtrauen.

Nur unter äußerem Druck entstanden »Zusammensetzungen« wie die der rheinischen Kurfürsten, deren schwächliche Anstalten den Stempel des Eigenntzes und der Zurückhaltung auf der Stirn trugen. Die Aufnahme von Fürsten der andern Konfession rief stets innere Zwietracht hervor. Die Minderheit sorgte sich vor Vergewaltigung durch die Stärkeren. Verzichtete man auf die Zuziehung von Religionsfremden, so loderte die »Jalousie« auf, daß eine neue Liga oder Union sich bilde. Die Politik befand sich in einem wirklichen Dilemma. Wache Aufmerksamkeit gehört zu den Tugenden eines Politikers. Sinkt sie in Mißtrauen ab, so erzeugt sie nur Unfruchtbarkeit und tötet jeden Ansatz zum Guten.

Immerhin erfreute sich doch der Gedanke großer Verbreitung, daß eine Zusammenarbeit in sogenannten Kreisverfassungen zu innerer Befriedung des Reiches und zur Behebung des konfessionellen Mißtrauens verhelfen konnte. Leider blieb der kurrheinische Rezeß vom 21. März 1651 weit hinter dem ursprünglichen Plan eines umfassenden westdeutschen Verteidigungsbündnisses gegen französische und spanische Übergriffe zurück, und auch der Hildesheimer Bund erreichte sein Ziel, Norddeutschland die ersehnte Sicherheit zu verschaffen, nicht¹. Paderborn leistete zwar durch seinen Anschluß einen anerkennenswerten Beitrag zum Ausgleich der Bekenntnisparteien, aber das kleine Fürstentum wog zu gering. Münster, das dem Bund in dieser Richtung Bedeutung verliehen hätte, versagte sich.

Dem Plan Christoph Bernhards, zwischen dem Hildesheimer und rheinischen Bündnis eine westfälische Kreisverfassung aufzubauen, blieb, wie erwähnt, kein Erfolg beschieden. Angesichts des schwelenden jülich-klevischen Direktorialstreits erwies sich der Gedanke als gänzlich undurchführbar. Der Bischof legte ihn trotzdem nicht beiseite. In Regensburg erweckte er ihn zu neuem Leben. Überraschend teilte er dem Pfalzgrafen Philipp Wilhelm mit, der Kaiser verlange eine Einberufung des westfälischen Kreistages². Nun war es

¹ Köcher I S. 81. Vgl. UA. 6 S. 640 ff.

² Chr. Bernh. an Philipp Wilhelm, 27. 4. 1653; MLA. 473, 18.

nach den Erfahrungen der letzten Jahre eine ausgemachte Sache, daß der Kaiser den inneren Einungen der Reichskreise mit Widerwillen gegenüberstand. Es mußte also eine Sinneswandlung des Reichsoberhauptes eingetreten sein.

Es liegt auf der Hand, daß diese veränderte Stellungnahme durch persönlichen Einfluß des Bischofs von Münster erzielt wurde. In mehreren Audienzen, bei denen Christoph Bernhard übrigens durch seine ehrerbietige Höflichkeit – zum Unterschied von manchen anderen Reichsfürsten – angenehmes Aufsehen erregte, gelang es ihm, die Bedenken Kaiser Ferdinands gegen eine Verfassung des Westfälischen Kreises zu zerstreuen, indem er ihre große Bedeutung, nicht etwa als Ergänzung der dem Kaiser verdächtigen niedersächsischen und rheinischen Bestrebungen, sondern als ihr Gegengewicht betonte. Der Kaiser überzeugte sich davon, daß der Westfälische Kreis unter Führung eines ihm ergebenden Fürsten ein wertvoller Stein auf dem Schachbrett seiner Politik sein konnte. Pfalzgraf Philipp Wilhelm witterte eine Gelegenheit, sich im strittigen Kreisdirektorium festzusetzen. Am 2. Juli 1653 schloß er mit Münster den Regensburger Direktorialvergleich unter Ausschluß Kurbrandenburgs. Jülich trat wieder in das Direktorium ein, das ihm während des Streites mit Brandenburg zu entgleiten drohte. Der Neuburger ging damit rücksichtslos über den mit dem Kurfürsten 1647 geschlossenen Provisionalvergleich hinweg³.

Der Regensburger Vertrag bedeutete ein Nachgeben Münsters. Noch galt der kaiserliche Auftrag an den Bischof, das Kreisdirektorium bis zum Austrag des Streits zwischen Brandenburg und Pfalz-Neuburg allein zu verwalten⁴. Christoph Bernhard sah ein, daß die Behauptung eines »Oberdirektoriums« im Kreis gegen den Willen anderer einflußreicher Stände nicht möglich und praktisch wertlos war. Als Folge der Lähmung des Kreisorganismus befürchtete er ein Zurückgehen des katholischen Einflusses. Der Pfalzgraf machte ihm das Einlenken leicht. Er schlug ein gleichberechtigtes Direktorium beider Fürsten vor, womit im Vergleich zu dem früheren Vorwiegen Jülichs auf jeden Fall ein Fortschritt für Münster heraussprang. Beide versicherten, alle Kreisgeschäfte nur nach vorheriger gemeinsamer Beratung in Angriff zu nehmen. Münster stand als geistlichem Fürsten der Vorrang und das »Primum votum« zu, während Jülich auf den Kreistagen den Vorsitz führte.

Der Regensburger Vergleich beendete langjährige Unstimmigkeiten. Er grenzte die Befugnisse Münsters und Jülichs im Direktorium klar ab. Der Bischof durfte erwarten, daß eine eventuelle Zulassung des Kurfürsten von Brandenburg zum Direktorium nur auf Kosten Jülichs und ohne Beeinträchtigung der münsterschen Rechte geschehen würde. Das bedeutete einen erheblichen Erfolg⁵.

³ UA. 5 S. 600 f. Chr. Bernh. war 1651 in die Kaiserl. Kommission zur Beilegung des jülich-klevischen Erbstreits berufen worden, wie die Akten erweisen (UA. 6 S. 6), auf Antrag Pfalz-Neuburgs.

⁴ So war die Aufforderung des Kaisers an den Westfälischen Kreis, zur Räumung von Frankenthal beizutragen, allein an den Bischof von Münster gerichtet. Wolfgang Wilhelm hatte mit der Entrüstung aller weltlichen Stände gegenüber der einseitigen Bevorzugung der geistlichen gedroht.

⁵ Christoph Bernhard machte zwar in Regensburg auch den Versuch, Brandenburg zu der neuen Vereinbarung heranzuziehen, aber seine Anregung an den Statthalter Graf Wittgenstein scheint nicht ganz ernst gemeint und eher ein Versuch gewesen zu sein, Brandenburg die Schuld am Nichtzustandekommen zuzuschieben. Der kurfürstl. Gesandte v. Blumenthal, ohnehin ein Feind der Katholiken, hielt es auch nicht für nötig, die Verhandlungen überhaupt aufzunehmen (UA. VI 2 S. 267 ff., Isaacson S. 29 f.).

Nachdem beide Fürsten den Regensburger Vergleich unterschrieben hatten, gingen sie unverzüglich daran, den Kreistag zum Herbst 1653 auszuschreiben⁶. In völliger Verkennung der münsterschen Absichten jubelte das Haus Braunschweig der Einberufung des Tages zu. Es glaubte hierin einen Fortschritt auf dem Wege zu erblicken, den Westfälischen mit dem Niedersächsischen Kreise in eine »wirkliche Korrespondenz« zu setzen⁷. Die Welfen entsandten Vertreter, um den Fortgang des Kreistages, der in Essen stattfinden sollte, zu befördern⁸.

Die Zusammenkunft in der Stadt Essen stand von Anfang an unter einem ungünstigen Stern⁹. Die Einberufung durch Münster und Pfalz-Neuburg ohne Vereinbarung mit Brandenburg¹⁰ barg den Keim kommenden Streites in sich. Beide ausschreibende Fürsten belasteten die Einberufung mit Hintergedanken, die einem ehrlichen Spiel entgegenstanden. Gemeinsam beabsichtigten sie nur, die Kreispolitik auf den »Gedanken der religiös-politischen Parteilung«¹¹ zu stellen und die Reorganisation des Kreises in katholischem Sinne durch Bildung eines festen Blocks ihrer Religionsverwandten einzuleiten. Dem ersten Kreistag seit dem Westfälischen Frieden maßen alle Beteiligten grundlegende Bedeutung zu. Glückte es, die militärischen Kreisämter in katholische Hände zu spielen und Brandenburg auszuschließen, so war der Einfluß Münsters und Pfalz-Neuburgs auf längere Dauer gesichert. Auch in weiterem Sinne barg der Ausgang große Bedeutung. Der Westfälische Kreis, konfessionell gemischt, in dem die Zahl der evangelischen Stände überwog, lag zwischen dem katholischen Kurrheinischen und dem evangelischen Niedersächsischen Kreis. Es hieß, mannigfaltigen Säkularisationsgefahren vorbeugen, wenn sich der katholische Machtbereich innerhalb der Kreise bis an die Grenze Niedersachsens vorschob.

Die beiden Direktoren beabsichtigten aber auch, den Kreistag für ihre innerpolitischen Nöte auszubeuten. Noch fehlte eine reichsrechtliche Verpflichtung der Landstände, ihrem Fürsten die für die Verteidigung des Landes nötigen Mittel zur Verfügung zu stellen¹². Beide glaubten, den Augenblick günstig gewählt zu haben. Kein Angehöriger beider Konfessionen verhehlte sich, daß die ständige Gefährdung ein Ende des inneren Haders und die Bewaffnung des Kreises gebieterisch forderte.

Mit dieser Begründung eröffneten die Direktoren den Tag: Da feindliches Kriegsvolk deutschen Reichsboden betrete, sei an Verteidigung zu denken¹³. Nach den münsterschen Vorstellungen galt es, eine möglichst große Streitmacht

⁶ Erdmannsdörffer, Georg Friedrich von Waldeck S. 168 ff. – Einberufung v. 17. 7. 1653.

⁷ Köcher I S. 81. – ⁸ Ebd. S. 82.

⁹ Im einzelnen vgl. darüber Isaacson S. 23 ff. Seine Darstellung behandelt den Gegenstand in vorbildlicher Weise.

¹⁰ Christoph Bernhard hegte gegenüber Kurbrandenburg in den ersten Jahren keine ausgesprochen feindliche Gesinnung. In den Streit der Stadt Herford mit Kurfürst Friedrich Wilhelm mischte er sich nicht ein, obgleich ihn die Stadt als Kreisdirektor um seinen Schutz gebeten hatte. Er beschränkte sich darauf, den Kurfürsten um Geduld und Verhandlungsbereitschaft zu bitten (Chr. Bernh. an Dietr. Adolf, 9. 11. 1651: MLA. 540b II; an Franz Wilhelm, 19. 11. 1651: MLA. 540a II).

¹¹ Isaacson S. 31.

¹² Erst der Reichsabschied v. 17. 5. 1654 § 180 (Zeumer S. 382 ff.) enthielt eine derartige Bestimmung. Vgl. Isaacson S. 32 f.

¹³ Der Bischof bestimmte am 10. 8. 1653 Matthias Korff-Schmising, Dietr. Herm. v. Merveldt zu Westerwinkel und Dr. Heinr. Bishoping zu Gesandten: MLA. 473, 19.

von etwa 6000, mindestens aber 4000 Mann aufzustellen. Das Heer sollte als ständige Einrichtung bestehen, die »Eventualverfassung«, d. h. also die Aufstellung der Kreisarmee lediglich für den Gefahrenfall, nur als letzter Ausweg gedacht sein. Ein solches Heer stellte in der Hand zweier entschlossener katholischer Direktoren eine beachtliche Macht dar, zumal ihnen freistehen sollte, die Zahl der Truppen beliebig zu erhöhen¹⁴. Christoph Bernhard erzielte über diese Punkte mit Feldmarschall von Reuschenberg, den der Pfalzgraf nach Regensburg entsandte, vollkommene Übereinstimmung¹⁵. Der Kreistag konnte beginnen.

Am 9. September waren die Gesandten in Essen vollzählig versammelt. Über Streitigkeiten wegen der Führung der Stimmen, wohinter sich ein tieferes Mißtrauen der Stände gegen die Politik der Direktoren verbarg, vergingen acht Tage. Die Brandenburger widersprachen der Zusammensetzung des Direktoriums und beklagten sich, nur für Minden geladen zu sein, obgleich der Kurfürst außerdem Kleve, Mark und Ravensberg besaß. Erst am 16., nachdem die Brandenburger unter Protest das Feld räumten, brachte der pfalz-neuburgische Gesandte Lic. Voitz die »Verfassung« zur Sprache. Angesichts der französischen Übergriffe im Westen stimmte die Mehrheit, voran Münster und Lüttich, für eine Bewaffnung. Nur die Stadt Köln warnte ängstlich davor, jemanden damit zu erzürnen. Die Münsterschen prangerten am 18. eine solche Haltung an und schlugen vor, auf der Stelle 4000 Fußsoldaten und 2000 Reiter anzuwerben. Da Kurbrandenburg aus der Kreisversammlung gewichen war, schien der Weg zu einem katholischen Korpus frei. Auch Pfalz-Neuburg schlug eifrig in die Kerbe, um den gewonnenen Vorsprung vor Brandenburg zu wahren. Tatsächlich gelang es, die Kreisstände, die mit Rücksicht auf die Abreise der Brandenburger den Tag abbrechen zu müssen glaubten, zu besänftigen. Dieser Erfolg mußte jedoch bezahlt werden: Die Mehrheit beschloß, den Bischof von Münster mit der Vermittlung des Zwistes zwischen Brandenburg und Neuburg zu beauftragen.

Auf den ersten Blick scheint dieser Beschluß anzudeuten, als ob es der katholischen Partei gelungen wäre, auch in diesem Streitpunkt die Führung an sich zu reißen¹⁶. Das entsprach jedoch nicht den Tatsachen. Das Bestreben Christoph Bernhards zielte genau in die entgegengesetzte Richtung. Er wünschte sich so weit wie möglich aus dem Streit herauszuhalten¹⁷. Gute Gründe sprachen dafür. Angesichts der Haltung der streitenden Parteien versprach die Vermittlung keinen größeren Erfolg als eine Zweiteilung des Kondirektoriums. Das Kreisdirektorium würde sich dann in Zukunft aus Münster ($\frac{1}{2}$), Brandenburg und Pfalz-Neuburg (je $\frac{1}{4}$) zusammensetzen. Die konfessionelle Einheitlichkeit der Kreisleitung wäre dahin gewesen. Alle Beschlüsse, die den evangelischen Interessen zuwiderliefen, hätten den Widerstand des Kurfürsten wachgerufen. Der gegenwärtige Zustand, in dem Pfalz-Neuburg den alleinigen Besitz des Kondirektoriums behauptete, bot demgegenüber zu viele Vorteile. Der Erfolg hatte außerdem bewiesen, daß die Kreisstände einer Ladung beider Direktoren Folge leisteten. Alles empfahl, den augenblicklichen Gebrauch durch ungestörte Übung größere Festigkeit gewinnen zu lassen und nicht etwa durch eine Vermittlung die Streitigkeiten aufzurühren, nur um schließlich mit Sicherheit einen niedrigeren Preis davonzutragen, als man ihn jetzt in Händen hielt.

¹⁴ Entwurf v. 12. 8. 1653; GR. 587. — ¹⁵ Protokoll v. 14. 8. 1653; Ebd.

¹⁶ Köcher I S. 82 bezeichnet ebenfalls die Vermittlung Münsters als eine Preisgabe der Interessen Brandenburgs durch die Kreisstände.

¹⁷ Chr. Bernh. an die münst. Gesandten in Essen, 2. 10. 1653; MLA. 468, 160 III.

Da der Mehrheitsbeschluß einmal bestand, blieb nichts anderes übrig, als ihn vorläufig auf die lange Bank zu schieben. Ein Widerspruch hätte nur die wichtigen Beratungen über die Kreisbewaffnung hinausgezögert. Es gelang, am 20. September einen Ausschuß zu bilden, um Art, Stärke und Bewaffnung der Kreistruppe festzulegen. Auch in ihm, dem Lüttich, Schaumburg und Aachen angehörten, blieb das katholische Übergewicht gewahrt. Schon nach drei Tagen legten seine Mitglieder einen Entwurf zur Aufstellung von 2800 Fußsoldaten und 1200 Reitern vor. Die münsterschen Gesandten zogen über die niedrigen Zahlen säuerliche Mienen, stimmten aber unter der Bedingung zu, daß die Truppen wirklich aufgestellt würden.

Wenn es nun noch gelang, das Amt des Kreisobristen in katholische Hände zu bringen, durfte der Plan der Direktoren als geglückt gelten. Am 27. September schlug Münster den pfalz-neuburgischen Vasall Feldmarschall von Reuschenberg hierfür vor. Der Zweck des Antrages wurde von den Protestanten durchschaut. Reuschenberg war bei ihnen zu sehr als Gegner bekannt. Um einer Entscheidung aus dem Wege zu gehen, setzten sie die vechtische Frage auf die Tagesordnung. Indem die Kreisbewaffnung von der vorherigen Räumung Vechtass abhängig gemacht wurde, gelang ihre Absicht. Die münstersche Befürchtung, daß nun die mühsam beschlossene Kreisverfassung insgesamt ins Wanken geraten könnte, schien sich bald zu bewahrheiten. In der nutzlos verfließenden Zeit verschärfte sich der Widerstand: Mehr und mehr Stände lehnten die Verfassung ab, nicht nur aus Angst vor Geldausgaben, sondern auch aus Besorgnis über die Eile, mit der die Direktoren diese Frage vorantrieben. Der lippische Vertreter sprach schließlich offen aus, was viele andere dachten: Er bestehe auf der Teilnahme Brandenburgs, sonst könne er sich zu nichts verstehen (7. 10.). Schon verbreitete sich unter den Protestanten der Gedanke, die Beratungen solange zu unterbrechen, bis die vechtische Frage in Regensburg geklärt sein würde.

Ein Ausweg aus den sich immer mehr in abwegigen Gleisen verlaufenden Verhandlungen schien kaum mehr möglich. Durch einen entschlossenen Schritt versuchte das Direktorium noch einmal, seine Ziele in der alten Bahn durchzusetzen. Es schlug erneut Reuschenberg als Kreisobristen und drei katholische Adjunkten neben einem einzigen Protestanten vor. Die evangelischen Stände forderten konfessionelle Parität (15. 10.). Vergeblich verwies das Direktorium auf den alten Gebrauch, nach dem nur Katholiken zu Beigeordneten gewählt worden seien. Man möchte doch anerkennen, wie weit man mit der Überlassung eines Beigeordnetenamtes an die evangelische Seite entgegenkomme. Die Gegenseite blieb hart. Pagenstecher drehte den Spieß um. Er wollte nicht verstehen, weshalb die Direktoren in der Parität Schwierigkeiten machten, da doch die Mehrzahl der Kreisstände evangelisch sei. Auch der § 16 des Friedensvertrages sehe Parität vor¹⁸. Zwei gegnerische Lager standen sich gegenüber, die unvereinbare Forderungen gegeneinander stellten.

Da griff die katholische Partei zu einem geschickten Mittel, indem sie sich der von den Protestanten erhobenen Forderung auf Aussetzung der Ver-

¹⁸ Chr. Bernh. nahm nur begrenzten Einfluß. Er konnte wegen seines Aufenthalts in Regensburg seine Richtlinien nur verspätet übermitteln. Die konfessionelle Parität lehnte er rundweg ab. Eher sollte der ganze Kreistag auseinanderfallen, als daß sie bewilligt wurde (Chr. Bernh. an die münst. Gesandten in Essen, 6. 10. 1653: MLA. 468, 160 III). Auch in den Besprechungen zu Regensburg, die er mit den braunschweigischen und hess. Gesandten führte, äußerte er sich ablehnend (Gutachten der Ges. v. Januar 1654, mitgeteilt von Köcher I S. 127).

handlungen bemächtigte. Die Frage der Parität sollte in der Zwischenzeit dem Kaiser vorgetragen werden. Um aber der Kriegsgefahr Rechnung zu tragen, sollte jeder die nötigen Truppen im eigenen Lande aufstellen. Die Protestanten erklärten sich einverstanden. Der Anfang der erstrebten Kreisverfassung war damit gerettet. Die Versammlung vertagte sich nach Annahme des Interimsrezesses am 31. Oktober.

Recht froh wurde man weder in Münster noch in Düsseldorf über das dürftige Ergebnis. Die beiden Direktorialmächte fühlten sich von den Protestanten durchschaut und mußten bis auf weiteres die Hoffnung aufgeben, ihre Ziele voll zu erreichen.

Auch in den Niederlanden blieben die Bestrebungen der Katholiken um eine Kreisarmee nicht unbeachtet. Zusammen mit den aus Regensburg einlaufenden Nachrichten, daß der Bischof von Münster seine Ansprüche auf Borkelo zu beleben gedachte, ergab sich daraus der Eindruck, man schmiede im Reich Pläne, den Vereinigten Niederländischen Provinzen einige umstrittene Stücke zu entreißen. Aus Gelderland liefen bei den Generalstaaten Meldungen ein, die vor einer Überrumpelung der Grenzorte durch den Westfälischen Kreis warnten¹⁹. Die geldrisch-zülfenschen Staaten entsandten Henrik van Eck tot Medeler nach Essen, um auszuhorchen, ob von dort Gefahr im Verzuge war, nachdem auch der brandenburgische Statthalter in Kleve seinem Herrn berichtet hatte: »Es ist Zeit, daß Ew. Kurf. Durchl. sich Freunde machen. Man spricht zu Brüssel öffentlich und ohne Scheu, daß das ganze Wesen zu Essen angestellt sei, die Vereinigte Niederlande unter dem einen oder andern Schein zu bekriegen. Lothringen sucht beim Kaiser wegen seiner 25 Jahr geleisteten guten Dienste Assignation auf Oberyssel und Groningen. Hab dies von guter Hand«²⁰. Auch der cellische Abgeordnete blies in dasselbe Horn: »Es wird von vielen besorget, daß die hiesige Verfassung zugleich mit uf eine Execution in der jülischen Successionshauptsache . . . angesehen; zu geschweigen, was Münster wegen Restitution der Herrschaft Borckuloh hierunter intendieren mag.« Das Einverständnis Christoph Bernhards mit dem Kaiser nährte die Furcht, »daß es uf einen perpetuum militem imperialem angesehen sein mag«²¹.

Es liegen keine Beweise dafür vor, daß der Bischof schon damals seine gefährlichen Absichten gegenüber den Niederlanden zu verwirklichen gedachte. Trotzdem stimmen die gleichlautenden Nachrichten aus verschiedenen Quellen bedenklich. Hatte Christoph Bernhard dem Kaiser vielleicht doch in Regensburg einen »perpetuum militem imperialem« im Westfälischen Kreis versprochen? War etwa damit das plötzliche Einverständnis des Kaisers zur Aufrichtung einer Kreisverfassung zu erklären? Eine gewisse Wahrscheinlichkeit für das Bestehen solcher Absichten kann nicht geleugnet werden²².

¹⁹ Hessing an Chr. Bernh., 30. 9. 1653; MLA. 534, 1 I.

²⁰ Schr. v. 1. 10. 1653; UA. 6 S. 474; Köcher I S. 84.

²¹ Schr. v. 16. 11. 1653; Köcher I S. 84.

²² Aufzeichnungen vom brandenburgischen Hofe zeigen, wie aufmerksam man dort die Entwicklung im Westfälischen Kreise verfolgte. Westfalen besaß für die brandenburgische Politik große Bedeutung. »Die Kommunikation, so« der Westfälische Kreis »mit Frankreich, Spanien und Holland hat, machet, daß er im Reich gleichsamb die Ballance geben kann, und wo er sich hinwendet oder ein Teil desselben stände, das übrige sich darnach richten muß.« Schon aus diesem Grunde suchte der Kurfürst zu sichern, daß die Kreisarmee auf keinen Fall in eine mächtige katholische Hand, vor allem nicht Pfalz-Neuburgs, geriet (DZA., Rep. 34 Nr. 244 l.).

Um näher in diese Geheimnisse einzudringen, regte Eck in Essen ein Verteidigungsbündnis der Generalstaaten mit dem Westfälischen Kreise an²³. Ernste Absichten der Holländer standen kaum dahinter, eher schon in den Sonderbesprechungen mit den münsterischen Gesandten. Ein Militärbündnis mit dem Bischof, offiziell gegen Übergriffe des Herzogs von Lothringen, hätte denselben Wert besessen wie ein Bündnis mit dem Kreise, denn die eigentliche Gefahr drohte ja aus Münster. Eck schlug deshalb vor, den wichtigen Paß Kettwig an der Ruhr zum Schutze des Stifts Münster gegen Angriffe aus dem Westen durch holländische Truppen besetzen zu lassen²⁴. Ein geschickter Schachzug! Ging der Bischof darauf ein, so hätten die Generalstaaten die Kontrolle über den wichtigsten Verbindungsweg vom Rheinland nach Münster in ihre Gewalt gebracht. Das gefürchtete Bündnis zwischen Münster und Pfalz-Neuburg wäre von vornherein entwertet worden.

Als Christoph Bernhard am 18. Oktober die erste Nachricht von den Anträgen Ecks erhielt, zeigte er sich nicht abgeneigt, nähere Verhandlungen aufzunehmen, wenn es tatsächlich um gegenseitige Hilfe ging und jede Einmischung in die inneren Verhältnisse des andern unterblieb. Vielleicht schwang die Hoffnung dabei mit, die Holländer zur Entgegennahme der münsterschen Forderungen auf Borkelo geneigter zu machen²⁵. Aber schon am nächsten Tage hatte der Bischof es sich anders überlegt. Die münsterschen Kreistagsgesandten erhielten die Weisung, van Eck mit seinem Bündnisantrag an den Reichstag zu verweisen²⁶. Das entsprach einer Ablehnung. Der staatische Gesandte verstand den Sinn der Antwort und kam auf seinen Antrag nicht mehr zurück. Nach der verunglückten Kreisverfassung bestand ohnehin nicht mehr die Notwendigkeit zu Gegenmaßnahmen.

Auch Christoph Bernhard legte seine Verfassungspläne zu den Akten. Die Gefahren im Westen waren abgeklungen. Er dachte zwar noch einmal daran, der Westfälischen Kreisverfassung durch eine Verbindung mit den Nachbarreichen Rückgrat zu geben, aber damit drohte man sich wiederum dem kaiserlichen Unwillen auszusetzen²⁷. Ein engeres Bündnis mit Pfalz-Neuburg stand nicht zur Frage²⁸. Man hätte sich einerseits damit dem Mißtrauen der Protestanten und andererseits der Gefahr eines Krieges mit Brandenburg ausgesetzt, ohne selbst dabei einen Vorteil erhoffen zu können²⁹.

²³ E. v. Ede (Sekretär van Ecks) an die münst. Gesandten in Essen, 7. 10. 1653: MLA. 468, 160 II. – Der Kinderen erwähnt die Gesandtschaft Ecks in diesem Zusammenhang nicht.

²⁴ Die münst. Kreistagsgesandten an Chr. Bernh., 10. 10. 1653: MLA. 468, 160 III.

²⁵ Ratsprotokoll v. 18. 10. 1653: GR. 587.

²⁶ Chr. Bernh. an die münst. Gesandten in Essen, 19. 10. 1653: MLA. 468, 160 III.

²⁷ Desgl., 8. 10. 1653: Ebd.

²⁸ Hzg. Philipp Wilhelm unterbreitete diesen Vorschlag durch Adrian Frhr. v. Virmundt zu Neersen. Rekredeal Chr. Bernhards, 19. 10. 1653: MLA. 539 I.

²⁹ Chr. Bernh. an Philipp Wilhelm, 22. 10. 1653: MLA. 468, 160 III. Vgl. Schr. Blumenthals an Kurf. Friedrich Wilhelm, Regensburg 4. 12./24. 11. 1653: Er habe den Bischof durch Gronsfeld aufgefordert, »das Ungleich, so Ew. Kurf. Durchl. zu Essen widerfahren ist, zu erwägen und Satisfaktion zu befördern, wozu er sich dann sehr willfährig soll erboten haben« (UA. 6 S. 347).

10. KAPITEL

URSPRUNG DES STREITS MIT DER STADT MÜNSTER

Die Charakterart des Domdechanten Bernhard von Mallinckrodt schloß von vornherein die Hoffnung aus, er werde sich nach seinen Niederlagen beruhigen. Der Mißerfolg auf dem Landtag im Januar 1651, auf dem sich die Stände seiner nicht so entschieden annahmen, wie er gehofft hatte¹, entmutigte ihn so wenig wie der Fehlschlag des Verleumdungsfeldzuges, den Dietrich von Meyden an der Kurie gegen den Bischof führte. Als der münsterische Offizial sich der allgemeinen Verurteilung des Domdechanten durch die eingesetzte Kommission nicht anschloß, sah dieser im Gegenteil die einheitliche Front gegen ihn ins Wanken geraten². Er müsse nur einen für sich gewinnen, so werde er gut aus der Sache herauskommen, hatte er selbst mehrmals prophezeit³.

Der Vorfall ermutigte ihn, am 13. August 1651 ungeladen auf der Tagung der Landstände im fürstlichen Hofsaal zu erscheinen. Als ihm die Tür versperrt wurde, kam er am nächsten Tage wieder und setzte durch, daß man seine Klagen anhörte. Nochmals erklärte er ausdrücklich, die Bischofswahl aus Gewissensgründen nicht anerkennen zu können. Die päpstliche Bestätigung sei nur auf Grund falscher Unterrichtung der Kurie zustande gekommen⁴. Beim Gottesdienst am Tage Mariä Himmelfahrt grüßte er den Bischof auf dem Chor des Doms weder beim Kommen noch beim Gehen⁵. Dr. Boichorst und einige der jungen Domherren, die mit ihm verhandeln wollten, lehnte er als »Kahlbärte und italienische Komödianten« ab. Wegwerfend bemerkte er, es solle ihm nichts ausmachen, auch einem Bauern Ehre zu erweisen, wenn nur der Prozeß nicht beeinflusst werde, – »eine treffliche Komparation, einen Bauren mit einem Reichsfürsten zu vergleichen«⁶, wie das Domkapitel bemerkte.

Der letzte Zweifel über seine erneuten Angriffsabsichten fiel, als Brabeck ihn während seiner Verhandlungen über das päpstliche Indult im Vorzimmer des Kölner Nuntius traf⁷. Zwar verlautete, der Nuntius mache ihm wenig Hoffnung, aber Mallinckrodt ließ sich bekanntlich nicht leicht abschrecken.

Die Verstärkung seiner Wühlarbeit gegen den Bischof gründete sich in dieser Zeit zweifellos auf der Hoffnung, die Fertigstellung der Wahlkapitulation

¹ Chr. Bernh. an Franz Wilhelm, 3. 2. 1651: MLA. 540a I.

² Das endgültige Urteil der Kommissare, wozu außer den Bischöfen von Osnabrück und Paderborn und dem Weihbischof von Paderborn später auch der Dompropst von Osnabrück, der Abt von Marienfeld und der Dechant von St. Ludgeri gehörten, erfolgte am 18. 3. 1652. Mallinckrods Beleidigungen wurden als Unrecht bezeichnet (MLA. 2, 17 I).

³ Franz Wilh. an Dr. Bishoping, 16. 6. 1651: MLA. 540a II.

⁴ Chr. Bernh. an Dr. Mering, 13. 8. 1651: MLA. 2, 17 I. Bericht v. 13. 8. 1651: Ebd.

⁵ Bericht v. 14. 8. 1651: Ebd.

⁶ Bericht v. 17. 8. 1651: MLA. 2, 17 IV.

⁷ Brabeck an Chr. Bernh., 6. 10. 1651: MLA. 538c.

aufhalten oder ganz verhindern zu können. Nachdem sie trotzdem abgeschlossen wurde, verringerte sich sein Eifer vorübergehend. In aller Ruhe bereitete er andere Schritte vor. Daß er inzwischen von Chor und Kapitel suspendiert wurde⁸, störte ihn nicht im geringsten. Der Nuntius hatte bei aller Zurückhaltung durchblicken lassen, daß er eine Wiedereinsetzung des Domdechanten in Amt und Würden für das beste Mittel hielte, den unseligen Streit aus der Welt zu schaffen. Der Bischof war jedoch nur bereit, seinen Widersacher mit einem Ehrentitel und einer guten Rente, deren Höhe der Habsucht den Sieg über den Stolz verschaffen sollte, abzufinden⁹. Vielleicht wäre Mallinckrodt darauf eingegangen, hätte er nicht beim Kurfürsten in Köln und in Osnabrück Anteilnahme gefunden⁹. So blieben die Verhandlungen des Dompropstes Korff-Schmising und Kanzlers von Merveldt mit ihm völlig ergebnislos¹⁰.

Während der Reise des Bischofs zum Reichstag in Regensburg zeigte das Treiben des unruhigen Mannes seine ersten Früchte¹¹. Eine dem Fürsten oder seinen Räten nicht angekündigte Zusammenkunft der Ritterschaft auf Haus Sentmaring mahnte zur Vorsicht¹². Die Stände bewiesen auf dem herbstlichen Landtag ein Maß an Widerwilligkeit, das nicht allein auf die Abwesenheit des Landesherrn zurückgeführt werden konnte¹³. Sie traten mit der noch niemals erhobenen Forderung auf, zu den Beratungen des Kreistags hinzugezogen zu werden¹⁴. Am 8. November offenbarte sich schließlich, wer hinter diesem Verhalten steckte. Mallinckrodt hatte die sogen. Union, die die Landstände 1466 unter sich geschlossen hatten, hervorgesucht und der Ritterschaft eingeredet, auf ihre Erneuerung zu dringen. Nur das Domkapitel lehnte ab, sich an dem Komplott gegen den Bischof zu beteiligen¹⁵. Als der Dompropst heftig gegen die Ritterschaft herausfuhr, schien der offene Bruch kaum noch zu verhindern. Die weltlichen Stände lehnten jeden Beitrag zur Miliz ab und drohten, den Landtag ohne Schluß zu verlassen. Die Stimmung im Lande erhitzte sich derart, daß sich Brabeck als Statthalter nicht mehr sicher fühlte und den Bischof zur Rückkehr aus Regensburg mahnte¹⁶.

⁸ Auf das Gutachten des Dr. Boichorst v. 5. 3. 1652, wie weiter gegen Mallinckrodt zu verfahren sei (3 Möglichkeiten: 1. Entzug der Benefizien auf 3 Jahre oder Dauer, 2. Exkommunikation, 3. Suspension von Offizien und Benefizien. – B. sprach sich für die 3. Möglichkeit aus), wurde M. am 6. 3. 1652 suspendiert (MLA. 2, 17 I).

⁹ Tork und Boichorst an Chr. Bernh., 20. 8. 1652; MLA. 2, 17 V.

¹⁰ Instruktion für O. H. Korff-Schmising und v. Merveldt v. 19. 11. 1652; MLA. 2, 17 I.

¹¹ In Regensburg bat Chr. Bernh. den Kaiser am 18. 2. 1653, Mallinckrodt nicht zu empfangen, sondern zur schriftlichen Eingabe seiner Beschwerden anzuhalten (MLA. 2, 17 VI). Der Kaiser befahl darauf Mallinckrodt am 24. März, den Bischof anzuerkennen (MLA. 2, 17 II).

¹² Die Räte an Chr. Bernh., 31. 7. 1653; MLA. Mil. 1566.

¹³ Die Räte an Chr. Bernh., 9. 9. 1653; MLA. 490, 112.

¹⁴ Chr. Bernh. an Brabeck, 2. 10. 1653; Ebd.

¹⁵ Domkap. an Chr. Bernh., 9. 11. 1653; MLA. 2, 17 III. – Abgesehen davon, daß die Union unter ganz anderen Verhältnissen zustande kam, mußte sie doch als durch das Privilegium patriae von 1570, das das Verhältnis zwischen Fürst und Ständen regelte, überholt gelten. Die Ritterschaft ließ die Union von 1466 auch bald wieder fallen. Gegen das Privilegium patriae, dessen Bestätigung dafür gefordert wurde, erhob Chr. Bernh. keine Bedenken (Domkap.-Prot. v. 22. 2. 1654; DK. Prot. 21 Bl. 26). Er stellte den Ständen eine entsprechende Versicherung aus (2. 3. 1654; MLA. 11, 13).

¹⁶ Brabeck an Chr. Bernh., 21. 11. 1653; MLA. 2, 18. O. H. Korff-Schmising an Chr. Bernh., 21. 11. 1653; MLA. 490, 113.

Durch Zufall fiel dem Bischof ein Brief des protestantischen Theologen Dilherr in die Hände, aus dem hervorging, daß Mallinckrodt sich an ihn zur Begutachtung einer Verteidigungsschrift gewandt hatte, die er in Nürnberg zu drucken beabsichtigte¹⁷. So beunruhigend die Erkenntnis der weitgespannten Tätigkeit Mallinckrodts, sogar über die konfessionellen Grenzen hinaus, war, so nützlich erwies sich der abgefangene Brief für die Verteidigung. Das Schreiben trat den Weg nach Rom an, um den letzten Kredit des Domdechanten, nunmehr offen der Verbindung mit den Ketzern überführt, zu zerstören.

Überraschend trat Mallinckrodt Anfang August 1654 – Königin Christine von Schweden weilte auf dem Wege nach Italien gerade in Münster, wo sie zweimal das Jesuitenkolleg besuchte¹⁸ – mit der Behauptung hervor, der Bischof sei nicht berechtigt, ihn zu suspendieren, da sein Schwur, die domkapitularischen Rechte nicht zu stören, »nec intromittet se de aliqua jurisdictione intra emunitatem«, dem entgegenstehe. Der Dompropst mache sich schuldig, indem er solche Übergriffe Christoph Bernhards dulde¹⁹. Erstaunlicherweise fand er noch immer in der Geistlichkeit einen gewissen Anhang. Ein großer Teil der Domvikare leistete ungeachtet der bischöflichen Suspension seiner Aufforderung zu einer Besprechung Folge²⁰. Obgleich er früher keineswegs als Freund der Stadt aufgetreten war, warb er jetzt vor Bürgermeistern und Rat um Verständnis für seine Haltung²¹. Zum ersten Mal faßte der Bischof die Möglichkeit ins Auge, den Domdechanten mit Gewalt zur Ruhe zu zwingen²². Als Mallinckrodt seine Drohung wahr machte, im Chor zu erscheinen und der Bischof die Exkommunikation in Aussicht stellte²³, rieten die fürstlichen Räte, davon abzusehen und den Dechanten gefangen zu setzen²⁴. Dasselbe hatte der Bischof mit Brabeck schon vorher verabredet. Das Domkapitel stimmte zu²⁵.

Wider Erwarten weigerte sich die Stadt Münster, einem Haftbefehl gegen Mallinckrodt zu gehorchen. Bernhard von Wydenbrück versuchte den Rat umzustimmen, um der Notwendigkeit, Mallinckrodt gewaltsam nach Lüdinghausen zu entführen, aus dem Wege zu gehen²⁶. Auf sein Argument hin, der Dechant werde sich zur Gefangenschaft bequemen oder außer Landes gehen, wenn er sich vom Volk verlassen sehe, gab die Stadt nach, merkwürdigerweise ohne auf die Frage einzugehen, welche Meinung sie über die Befugnis, eine geistliche Person auszuliefern, hegte²⁷. Der Verdacht drängte sich auf, daß die Stadtväter kein sauberes Spiel trieben.

¹⁷ Chr. Bernh. an Tork, Regensburg 27. 11. 1653: MLA. 544, 1. – In Rom hatte Mallinckrodt versucht, den Kardinal Ginetti auf seine Seite zu ziehen. Chr. Bernh. an Dr. Boichorst, 4. 7. 1654: MLA. 2, 17 II. – Johann Michael Dilherr, geb. 14. 10. 1604 in Themar (Grft. Henneberg), gest. in Nürnberg 1669 April 8, wo er als Pastor lebte, war einer der bedeutendsten protestantischen Theologen seiner Zeit. Lebenslauf und Werke in: Großes vollständiges Universallexicon aller Wissenschaften und Künste . . . 7. Bd. (Halle und Leipzig 1734) Sp. 924 f.

¹⁸ Chr. Bernh. an Philipp Wilh., 3. 8. 1654: MLA. 539 II.

¹⁹ Protokoll v. 3. 8. 1654: MLA. 2, 17 II.

²⁰ Bericht v. 4. 8. 1654: Ebd.

²¹ Chr. Bernh. an die Räte, Bevergern 6. 8. 1654: MLA. 2, 17 IV.

²² Chr. Bernh. an O. H. Korff-Schmising, 6. 8. 1654: MLA. 2, 17 II.

²³ Erlaß v. 7. 8. 1654: Ebd. – ²⁴ Gutachten v. 9. 8. 1654: Ebd.

²⁵ Protokoll v. 29. 8. 1654: DK. Prot. 21, Bl. 93.

²⁶ Chr. Bernh. an Wydenbrück, 6. 9. 1654: MLA. 2, 17 II.

²⁷ Wydenbrück an Chr. Bernh., 9. 9. 1654: Ebd. Die Räte an Chr. Bernh., 10. 9. 1654: MLA. 2, 17 V.

In dieser ungeklärten Lage beging Christoph Bernhard einen großen Fehler. Er schrieb den Herbstlandtag statt nach Münster, wie es immer üblich gewesen war, nach Horstmar aus. Die fürstlichen Räte äußerten sofort ernste Bedenken. Der Schritt mußte in der Stadt größte Verbitterung hervorrufen, nachdem sie sich rechtlich bisher nichts zuschulden hatte kommen lassen. Fand der Landtag in Horstmar statt, so konnte an ein Entgegenkommen in Sachen Mallinckrodt und in den übrigen Landesangelegenheiten von seiten der Stadt nicht mehr gedacht werden²⁸. Die einzige Folge der Warnung war, daß der Bischof die geplante Festnahme Mallinckrodt's vorverlegte. Der Leibgardekornett Finger sollte ihn sofort in seiner Kurie unter Hausarrest stellen und am nächsten Tage aus der Stadt führen²⁹. Die unüberlegte Eile erklärt sich aus Nachrichten über einen drohenden Aufruhr der Ritterschaft zu Gunsten des Dechanten³⁰.

Unglücklicherweise tagten gerade in diesem Augenblick fremde Gesandte, meist Protestanten, in der Stadt, die über die Beilegung der Bremer Unruhe berieten. Einen Hauskrach der Katholiken hätten sie sicherlich gern in ihre Berichte aufgenommen³¹. Die Stadt zögerte ihre endgültige Antwort noch immer hinaus³². Um das Unheil voll zu machen, lief eine Sentenz des Subdelegaten Mockel vom 9. September aus Köln ein, die der Stadt den vorläufigen Schutz über den Domdechanten übertrug³³. Der Rat konnte nunmehr gegen den Hausarrest auf der Domimmunität nichts einwenden, aber zu einer Wegführung des Gefangenen aus der Stadt seine Zustimmung verweigern³⁴. In die gespannte Stimmung schlug die Nachricht, daß der Landtag in Horstmar stattfinde, wie eine Bombe ein. Als Gegenschlag erhob die Stadt die Forderung, der Landesherr müsse bereits vor dem Landtag mit den Ständen über Ort und Gegenstand der Beratungen verhandeln. Die Ritterschaft verlangte die Aufschiebung des Tages bis zum November³⁵.

Auf diese Sturmzeichen hin befahl der Bischof die immer wieder aufgeschobene Verhaftung Mallinckrodt's³⁶. Am 7. Oktober drangen die Leibgardisten in seine Kurie ein, als er gerade bei Tisch saß. Der Domdechant bestritt dem Bischof das Recht, auf dem Domhof Befehle zu erteilen und drohte den Soldaten, ihnen die Köpfe vor die Füße zu legen. Vor dem Haus sammelte sich eine tobende Volksmenge. Nachdem der Stadtsyndikus Viertenhalben die Kurie betreten hatte, verschwand der Domdechant plötzlich im entstehenden Gedränge durch eine Hintertür. Vor dem hereinströmenden Volk mußten

²⁸ Die Räte an Chr. Bernh., 10. 9. 1654: MLA. 490, 120.

²⁹ Chr. Bernh. an Wydenbrück, 11. 9. 1654: MLA. 473, 24.

³⁰ Postskript hierzu. Ebd. Chr. Bernh. sah die Lage so ernst, daß er den Papst und Kardinal Fabio Chigi ins Vertrauen zog.

³¹ Chr. Bernh. an die Räte, 15. 9. 1654: MLA. 2, 17 IV.

³² Die Räte an Chr. Bernh., 12. 9. 1654: MLA. 2, 17 V.

³³ Chr. Bernh. beklagte sich im Schr., Coesfeld 9. 10. 1654 an den Papst bitter über Mockel's Entscheidung. Er bezeichnete den Subdelegaten als »vir certe tantae rei imparis et plane non qualificatus, ut is episcopis Germaniae et principibus Imperii uti iudex praesidere possit«. Mockel habe die Ansicht des Bischofs und seines Fiskals nicht angehört und wiegele die Stadt durch seine Anordnung gegen ihren Fürsten auf. Ein innerer Streit im Bistum werde das Stift und die katholische Kirche in Nordwestdeutschland in Gefahr bringen. Er, der Bischof, glaube, dem Papst diese Aufklärung schuldig zu sein, um Fehlentscheidungen vorzubeugen (Vesc. 36 Bl. 93 ff.).

³⁴ Erklärung der Stadt v. 19. 9. 1654: MLA. 2, 17 IV.

³⁵ Protokoll v. 24. 9. 1654: DK. Prot. 21 Bl. 103.

³⁶ Chr. Bernh. an die Räte, 27. 9. 1654: MLA. 2, 17 IV.

sich die Soldaten auf die Kurie des Propsts von Vittinghoff-Schell zurückziehen³⁷. Der Domdechant wurde von der triumphierenden Menschenmenge ins Rathaus geführt. Der Pöbel feierte seinen Sieg durch Einschlagen der Fenster des Jesuitenkollegs und der Kurien einiger Domherren³⁸.

Die Niederlage des Fürsten ließ sich nicht verheimlichen. Mallinckrodt besaß einen beachtlichen Anhang in der Stadt und hielt sich des Beistandes des Erzbischofs von Köln und anderer hoher Herren für versichert³⁹. Um seinen Sieg unter Beweis zu stellen, zog er am 11. Oktober in Begleitung Walter Klutes mit einer Schar Leineweber in den Dom, setzte sich mit ihnen unter Verhöhnung des Fürsten in die Stühle der Kanoniker, »daß es mehr barbarisch, türkisch und heidnisch, als christ- und katholisch zu halten«⁴⁰. Die Zeiten der Wiedertäufer schienen wiederzukehren. Der Bischof warnte das Domkapitel, sich in der Stadt zu versammeln, um nicht in Gefahr zu geraten, mit Gewalt zur Annahme einer Resolution gezwungen zu werden⁴¹. Er bedauerte tief, in dieser Lage mit keinem auswärtigen Fürsten in engerer Verbindung zu stehen. Wilhelm von Fürstenberg konnte lediglich in Düsseldorf eine Zusage von 100 Mann erhalten. Die Zeit war gekommen, einem verlässlichen Bündnis näherzutreten, obgleich sich der Tumult in der Stadt mehr als Ausfluß augenblicklicher Erregung und nicht als Ergebnis planmäßiger Erhebung gegen den Landesherrn herausstellte⁴².

Beleidigter Stolz und Mißtrauen begannen das Verhältnis zwischen dem Fürsten und seiner Hauptstadt zu vergiften. Zwar entschuldigten sich die Städter wegen der vorgefallenen Ausschreitungen, suchten aber gleichzeitig beim Nuntius Sanfelice Rückhalt. Am liebsten wären die Stadtväter dem Dilemma, in das sie das Mandat Mockels gebracht hatte, enthoben gewesen⁴³. Der Nuntius war jedoch nicht der Mann, eine Lösung zu finden. Er ließ zwar seinen Delegaten fallen, indem er alle Verantwortung von sich wies⁴⁴, lehnte aber auch ab, die Vermittlung zwischen den streitenden Parteien zu übernehmen. Da niemand sie dazu aufforderte, entschloß sich die Stadt nicht, die vom Fürsten verlangte Bestrafung der Schuldigen an dem Auflauf durchzuführen⁴⁵. Der Bischof schlug daraufhin drohendere Töne an: Er werde seine Rechte gegenüber der Stadt wahren und »verhoffe, durch ein oder ander zulängliches Mittel diese Unruhe unter die Füße und den gemeinen Mann zur Ruhe zu bringen«⁴⁶. Unter diesen Umständen brachte die heimliche Abreise Mallinckrochts nach Köln keine Beruhigung. Die von mancherlei Gerüchten genährte Erregung in der Stadt hielt an⁴⁷. Fürstliche Bekanntmachungen wurden abgerissen und von »heillosen Buben« mit roter Kreide und Kohle im Chor des Doms »allerhand schimpfliche Sprüche« angemalt⁴⁸. Die Küster

³⁷ Bericht Kornett Fingers, 12. 10. 1654: Ebd.

³⁸ Chr. Bernh. an Tork, 9. 10. 1654: MLA. 2, 17 II.

³⁹ Chr. Bernh. an W. v. Fürstenberg, 9. 10. 1654: Ebd.

⁴⁰ Bericht des Domkap. v. 15. 10. 1654: Ebd.

⁴¹ Chr. Bernh. an das Domkap., 15. 10. 1654: Ebd.

⁴² W. v. Fürstenberg an Chr. Bernh., 16. 10. 1654: MLA. 480, 28/29.

⁴³ Bürgern. und Rat der Stadt Münster an Sanfelice, 26. 10. 1654: MLA. 2, 17 II.

⁴⁴ Dr. v. Gudenau an Chr. Bernh., 5. 11. 1654: Ebd.

⁴⁵ Bürgern. und Rat der Stadt Münster an Chr. Bernh., 9. 11. 1654: Es könnten keine Schuldigen festgestellt werden, doch werde man weiter forschen (Ebd.).

⁴⁶ Chr. Bernh. an den Kaiser, 6. 11. 1654: MLA. 2, 17 V.

⁴⁷ Chr. Bernh. an W. v. Fürstenberg, 14. 12. 1654: MLA. 480, 28/29.

⁴⁸ Domkapitelsekretär Wendt an Chr. Bernh., 22. 12. 1654: MLA. 2, 17 II.

wagten nicht, die Schmierereien zu übertünchen⁴⁹. Die als Weihnachtsüberraschung in Münster eintreffenden Vermittlungsangebote des Kurfürsten von Köln und des Pfalzgrafen Philipp Wilhelm, beide in einem Mallinckrodt freundlichen Sinne gehalten, verbesserten die Stimmung Christoph Bernhards keineswegs⁵⁰. Und doch begann die Mallinckrodt'sche Angelegenheit in den Hintergrund zu treten. Der viel ernstere Streit des Fürsten mit seiner Stadt schob sich an ihre Stelle.

II. KAPITEL

BEGINN DER BÜNDNISVERHANDLUNGEN

Einer ernsthaften Auseinandersetzung mit der Stadt Münster konnte der Bischof nur dann mit Ruhe entgegensehen, wenn er seine militärische Schlagkraft durch ein Bündnis erhöhte. Aus dem eigenen Lande die nötigen Kräfte zu ziehen, verhinderten die innerpolitischen Schwierigkeiten. Anknüpfungsmöglichkeiten für ein Bündnis boten sich dar. Obgleich es im Westen stiller geworden war, hörte doch die spanische und französische Bedrohung, die die rheinischen Fürsten zu gegenseitiger Hilfe trieb, niemals ganz auf. Pfalz-Neuburg hatte auf dem Kreistag in Essen seinen Wunsch nach einem Bündnis mit Münster offen gezeigt. Damals fühlte der Bischof wenig Neigung hierzu. Vielleicht ließ sich aber jetzt, da er selbst Hilfe suchte, erneut mit dem Pfalzgrafen anbinden.

Noch zu Anfang des Jahres 1654, als das Stift Lüttich wieder einmal unter lothringischer Einquartierung seufzte, frohlockte der Bischof, dem rheinischen Bündnis von 1651 nicht beigetreten zu sein. Ohne Gewissensbisse lehnte er den Hilferuf Kurfürst Maximilian Heinrichs¹ ab, weil er »anjetzo fast wenig Völker auf den Beinen« hätte². Als der Kölner sich auf kaiserliche Mandate berief, erlangte er doch nicht mehr als hinhaltende Vertröstungen³. Bald aber

⁴⁹ Wendt bezeichnete sie als »verdrossene Lümmele, womit nichts auszurichten«: Ebd.

⁵⁰ Kurköln an Chr. Bernh., 20. 12. 1654: MLA. 2, 17 V; Pfalz-Neuburg an Chr. Bernh., 23. 12. 1654: MLA. 2, 17 IV.

¹ Maximilian Heinrich an Chr. Bernh., 6. 1. 1654: MLA. 542 a.

² Chr. Bernh. an Maximilian Heinr., 12. 1. 1654: Ebd.

³ Der Pfalzgraf trieb es noch schlimmer. Er ließ nicht einmal die brandenburg. Hilfstruppen für Lüttich durch sein Land marschieren (Philipp Wilh. an Chr. Bernh., 7. 3. 1654: Sollte Brandenburg Truppen schicken, so müsse er annehmen, daß dieser »damit einige widrige Dessegni und uns etwan von neuem zu beunruhigen vorhätte«: MLA. 539 II). Nach dem Vertrage von Tirlmont v. 19. 3. 1654, in dem der Statthalter der span. Niederlande sich verpflichtete, die lothring. und condésischen Truppen aus dem Stift Lüttich zu schaffen, war die Hilfe der freundlichen Nachbarn nicht mehr nötig, die ein so beschämendes Bild mangelnder Hilfsbereitschaft gegeben hatten. Joachim S. 20.

wendete sich das Blättchen. Die bedrohlich anwachsende Feindseligkeit der eigenen Landstände und die in Norddeutschland aufziehende Gefahr versetzten den Bischof von Münster in die Rolle des Hilfesuchenden.

Der nordische Streit entsprang ebenfalls dem Gegensatz zwischen einer Stadt und ihrem Landesherrn. Freilich war die rechtliche Stellung Bremens ganz anders als die der Stadt Münster. Durch das ganze Mittelalter hindurch betrachtete der Erzbischof von Bremen sie zwar als seine Landstadt, während des Dreißigjährigen Krieges hatte sie sich jedoch die Reichsstandschaft erkämpft⁴.

Das Freiheitsstreben der Stadt erweckte, wie immer in dergleichen Fällen, an den Fürstenhöfen keine freundlichen Empfindungen. Es fiel den Schweden leicht, den Niedersächsischen Kreis auf ihre Seite zu ziehen. Der schwedische Reichstagsgesandte sprach allen Landesherrn aus dem Herzen: »Wenn die Mode aufkäme, daß man durch Einschleichen den Städten einen unmittelbaren Zustand erkaufen könnte, so würden die Fürsten im Reich kaum eine einzige gemeine Landstadt erhalten.« Die Stadt beging den Fehler, sich mit dem Grafen von Oldenburg wegen eines Weserzolls in Krieg einzulassen und die Reichsacht auf sich zu ziehen⁵. In ihrem Schatten kreiste Graf Königsmarck, der schwedische Gouverneur des Herzogtums Bremen, die Stadt militärisch ein, bis den braunschweigischen Herzögen das Schanzenaufwerfen der Schweden allzu bedrohlich wurde. Ihrem Zureden bequeme sich die Stadt. Sie beugte sich dem Kaiser und erlangte am 18. September 1653 die Aufhebung der Acht. Braunschweigische Gesandte sorgten in der Zwischenzeit dafür, die von Schweden drohende Gefahr den Bischöfen von Münster und Paderborn vor Augen zu führen⁶. Auch auf dem Reichstag schlug die Stimmung gegen Schweden um.

Königin Christine ließ ihren Vorsatz aber nicht so schnell fahren. Ohne den schwedischen Reichstag um Rat zu fragen, befahl sie die Fortsetzung der Feindseligkeiten⁷. Königsmarck eroberte die sogenannte Burg, den heutigen Ort dieses Namens, vor der Stadt Bremen (12. April 1654) und beherrschte damit ihr gesamtes Landgebiet. Der Schwede Haffner erschien am cellischen Hof und forderte auf Grund des Bündnisses von 1652 zum Beistand gegen die Stadt auf. Herzog Christian Ludwig, der Bremen wohl gesonnen war, schlug, um das peinliche Ansinnen abzubiegen, eine Konferenz in Münster unter Beteiligung der interessierten Stände vor⁸. Der Kaiser beauftragte den Bischof von Münster und Herzog Christian Ludwig, beide kriegführende Teile zum Frieden zu mahnen⁹. Er wies gleichzeitig den Obersächsischen und die rheinischen Kreise an, beiden Fürsten auf Anfordern mit Truppen beizuspringen.

⁴ Ihre Gesandten erschienen zum ersten Mal 1640 auf dem Reichstag. Im Westfälischen Frieden trat der Kaiser das Erzbistum Bremen an den König von Schweden ab. Die Stadt Bremen, der er im Linzer Diplom v. 1. Juni 1646 die Reichsunmittelbarkeit bescheinigt hatte, wurde aber ausdrücklich ausgenommen. Die Rechtslage war also, obgleich Schweden einige Einwände erhob, völlig klar. Köcher I S. 85 ff.

⁵ 22. 10. 1652: Köcher I S. 88 ff.

⁶ Ebd. I S. 121 (Bericht der Gesandten v. 19. 1. 1654). — ⁷ Ebd. I S. 155 ff.

⁸ Christian Ludwig an Chr. Bernh., 30. 6. 1654: MLA. 540b III. Köcher I S. 158. Braunschweigische Instruktion für den münsterschen Konvent von Langenbecks Hand v. 30. 7. 1654, zitiert bei Köcher I S. 169 Anm. 1.

⁹ Mandat v. 6. 7. 1654. Chr. Bernh. teilte dem Pfalzgrafen Philipp Wilhelm die kaiserliche Kommission am 14. 8. 1654 mit und lud gleichzeitig zur Konferenz in Münster ein (MLA. 539, 2); desgl. an Franz Wilhelm, 2. 8. 1654: MLA. 540a IV.

Kanzler Langenbeck eilte nach Münster, um sich mit dem Bischof über die Durchführung der Kommission zu verständigen¹⁰. Christoph Bernhard war nicht übel geneigt, sofort dazwischenzuschlagen. Er erkundigte sich angelegentlich, ob ihm das Haus Braunschweig nach der Reichsexekutionsordnung Beistand leisten werde, und schlug vor, die kaiserlichen Befehle den drei Reichskreisen sofort zuzusenden. Der bedächtiger Langenbeck verschob die Entscheidung bis zur Konferenz. Mit dem Bischof stimmte er darin überein, daß die Westfälische Kreisverfassung vervollkommenet und der brandenburg-neuburgische Streit ausgeräumt werden müsse. Christoph Bernhard wollte für diesen Fall dem Kurfürsten das Amt des Nachgeordneten überlassen, wenn dieser Reuschenbergs Ernennung zum Kreisobristen zustimme. Beiden zur Seite sollten 7 Beigeordnete – 4 katholische und 3 evangelische – stehen¹¹.

Inzwischen hatte Königin Christine abgedankt. Spannungen in Osteuropa lenkten den Kampfesifer ihres Nachfolgers, Karls X., ab. Seine Neigung zum Nachgeben verfehlte in der Stadt Bremen aber ihre Wirkung. Die Städter eroberten im Handstreich Burg (25. 6. 1654) und die Schanze von Vegesack (7. 7. 1654) zurück. Sie überrumpelten Verden und besetzten Thedinghausen (3. 8. 1654). So schwer es ihm fiel, Karl X. mußte seine Truppen an die Weser schicken, um die schwedische Waffenehre wiederherzustellen. Königsmark lehnte in seiner Wut die Anerkennung der kaiserlichen Kommission ab.

Endlich trat die Konferenz in Münster zusammen¹². Schweden und Bremen entsandten Horcher¹³. So sehr sich die münsterschen Räte bemühten, die Gefahr der bremischen Unruhe und die drohende Truppenzusammenziehung der Schweden¹⁴ den Teilnehmern vorzustellen, sie brachten es nicht dazu, daß die Verhandlungen ihren Anfang nahmen. Die Braunschweiger lehnten ab, irgend etwas zu besprechen, bevor beide Parteien ihre Haltung zur kaiserlichen Kom-

¹⁰ Beglaubigungsschreiben Christian Ludwigs für Langenbeck v. 5. 8. 1654: MLA. 533, 4^{1/2}. Rekredential Chr. Bernhards v. 26. 8. 1654: Ebd.

¹¹ Köcher I S. 170 f.

¹² Chr. Bernh. beauftragte dazu J. E. v. Brabeck, D. v. Merveldt und B. v. Wydenbrück (12. 8. 1654: MLA. 480, 28/29). Paderborn schickte am 19. August den Rat Dr. Hanschen (MLA. 540b III). Pfalz-Neuburg ordnete Feldmarschall J. v. Reuschenberg und Hofrat Dr. J. D. Caspars ab (14. 8. 1654: MLA. 539, 2). Mit dem Pfalzgrafen hatte Wilhelm v. Fürstenberg schon vorher über die Beilegung des Direktorialstreits gesprochen (Rekredential Philipp Wilhelms v. 14. 7. 1654 (MLA. 533, 4^{1/2}). Brandenburg instruierte Kanzler Wesenbeck, Cölln a. d. Spree 31. 7. 1654. Ihm wurde enge Zusammenarbeit mit dem Hause Braunschweig und den Evangelischen vorgeschrieben (DZA., Rep. 34 Nr. 244 l). Friedrich v. Heyden hatte bereits im März in Münster den brandenburgischen Standpunkt wegen seines Sessions- und Stimmrechts auf dem Kreistag dargelegt (Rekredential, Münster 27. 3. 1654: Ebd.). Er war es auch, der die späteren Verhandlungen führte. Seine Instruktion enthielt den Wunsch des Kurfürsten, im Kreise ein gutes Einvernehmen zwischen Katholiken und Protestanten herzustellen. »Partikularzusammensetzungen« lehnte er ab. »Dann obschon« diese »gut, so sie doch die alte Form der Verfassung wieder in Gang zu bringen nötig«, sonst würden die nicht im Bündnis befindlichen Stände keinen Beitrag leisten wollen. Die Rüstung müsse schnell und nach Vermögen des einzelnen, nicht aber nach der alten Reichsmatrikel, aufgestellt werden (undatierte Instruktion: Ebd.).

¹³ Aus Bremen: Ratsherr Erp v. Brockhausen; von Schweden: Joh. Steiniger. Köcher I S. 174 Anm. 3.

¹⁴ Chr. Bernh. an Franz Wilhelm, 27. 8. 1654. Der im Entwurf enthaltene Satz: »... daß der Schweden und ihrer Alliierten Intention einzig und allein zu Untertrückung, ja gänzlicher Extirpation der Katholischen angesehen«, wurde in der Reinschrift wesentlich gemildert (MLA. 540a IV).

mission geklärt hätten. Genauso ergebnislos blieb die Besprechung der Direktorialangelegenheit des Westfälischen Kreises¹⁵. Pfalz-Neuburg vermied ängstlich, sich zu irgendwelchen Zugeständnissen verleiten zu lassen, nachdem es in Essen das Kondirektorium mit Erfolg behauptet hatte¹⁶. Die scheinbar zwischen Christoph Bernhard und Langenbeck in diesen Fragen erzielte Einigkeit löste sich gänzlich auf. Während die münsterschen Gesandten Würde und Befugnisse des Kreisobristen und seines Nachgeordneten auf Reuschenberg und Sparr übertragen wollten, forderte Langenbeck, daß das nur stellvertretend mit den Titeln eines Generals und Generalleutnants geschehen dürfe¹⁷. Von konfessioneller Parität wollten die Münsteraner schon gar nichts hören. Da Kurbrandenburg nicht vertreten war und man also nicht wissen konnte, zu welchen Zugeständnissen der Kurfürst bereit sei, schien ohnehin der Streit um des Kaisers Bart zu gehen. Man schlug deshalb eine neue Konferenz in Osnabrück vor. Die Schweden durften zufrieden sein, als die Teilnehmer am 20. September unverrichteter Dinge auseinandergingen. Die Bemühungen Münsters, Braunschweig zum Bruch mit Schweden zu treiben, um Königsmarck zum Abzug von Bremen zu zwingen, waren mißglückt¹⁸.

Kurz vor Beginn der Konferenz in Münster gelang es diesem, Burg zurückzuerobern (15. 9. 1654)¹⁹. Brandenburg und Hamburg vermittelten einen Waffenstillstand. Wenn die Schweden nur die kaiserliche Kommission anerkannt hätten, so wäre der Friede gesichert gewesen. Reichsrat Schering Rosenhan, den Karl X. nach Deutschland entsandte, wies das aber standhaft zurück. In einem Streit zweier protestantischer Stände wollte er keinen Katholiken als Vermittler dulden. Der Bischof von Münster sei in der Kommission fehl am Platze.

Die enttäuschten Braunschweiger rückten näher mit Brandenburg zusammen. Graf Georg Friedrich von Waldeck, der führende brandenburgische Staatsmann, sah das Ziel seiner Politik, den Fürstenbund, festere Formen annehmen, denn schon war mit Kurköln der Arnberger Vertrag (16. September 1654) abgeschlossen, der gegenseitige Hilfe und den Beitritt Kurtriers und Braunschweigs vorsah²⁰. Das Welfenhaus trat tatsächlich wenige Tage später (Hannover, 23. September 1654) bei²¹.

Am münsterschen Hofe hinterließen diese Vorgänge tiefen Eindruck. Brandenburg erhielt in seinen Forderungen auf Beitritt zum Kreisdirektorium starken Rückhalt²². Wahrscheinlich blieb dem Bischof auch nicht verborgen, daß Waldeck die Aufnahme Pfalz-Neuburgs und Münsters rundweg abschlug. Selbst wenn Kurtrier beitrat, worauf die Braunschweiger im Augenblick keinen Wert legten, besaßen die Protestanten in dem neuen Bunde das Übergewicht²³. Ungeklärt blieb das Verhältnis Brandenburgs zu Schweden. Im

¹⁵ Im einzelnen vgl. darüber Isaacson S. 58 ff.

¹⁶ Reuschenberg und Dr. Caspars hatten Anweisung, sich passiv zu verhalten. Ebd. In vertraulichen Besprechungen der beiden Gesandten mit den Münsteranern wurde deren Mißtrauen gegen Braunschweig neu geweckt (MLA. 468, 158).

¹⁷ Köcher I S. 174. – ¹⁸ Ebd.

¹⁹ Der Verlauf der Waffenstillstandsverhandlungen bei Köcher I S. 176 ff.

²⁰ UA. 6 S. 610 ff.; Köcher I S. 179 f.; Isaacson S. 59.

²¹ Mörner S. 183 f.; Köcher I S. 180.

²² Auch jetzt wieder weilte Friedr. v. Heyden in Münster und führte längere Besprechungen über das Kondirektorium mit dem Bischof. F. v. Heyden an Kurf. Friedr. Wilh., Münster 27. 9. 1654 n. St. (DZA., Rep. 34 Nr. 244 l).

²³ Kurbrandenburg stellte 2000 Mann zu Fuß und 600 Pferde, Braunschweig und Kurköln je 1200 zu Fuß und 300 Pferde.

Falle einer Annäherung entstand ein Block, der große Gefahren für die norddeutschen Bistümer enthielt. Hinzu trat das beunruhigende Gerücht, daß Schweden die Ansprüche des Hauses Pfalz-Zweibrücken auf die jülich-klevische Erbschaft gekauft hätte. Wenn sich das bewahrheitete, so drohte dem Stift Münster in Kürze der Besuch fremder Truppen²⁴. Aus eigener Kraft würde der Bischof nicht die Kraft besitzen, die ungebetenen Gäste hinauszukomplimentieren.

Erklärlicherweise sah Christoph Bernhard den zähflüssigen Friedensverhandlungen zwischen Bremen und Schweden mit gemischten Gefühlen zu. Der Gedanke an eine Verschärfung der Lage vor der Stadt, in deren Verlauf die Schweden Verstärkung heranziehen könnten, beunruhigte ihn ebenso sehr, wie der Gedanke an einen Friedensschluß. Fest verwurzelt saß in ihm die Furcht, daß Königsmark seine Heeresmacht nicht nur zum Kampf gegen Bremen, sondern zu weiterreichenden Plänen in Nordwestdeutschland benutzen wolle²⁵. Nur die rückblickende Betrachtung erkennt den tiefen Irrtum. Schweden war im Osten beschäftigt. Seine Macht befand sich auf dem absteigenden Ast. Dem Zeitgenossen schien die nordische Krone aber noch nichts von ihrer alten Furchtbarkeit eingebüßt zu haben. Vor allem den norddeutschen Stiftern saß noch die Angst im Nacken, daß das große Sterben unter ihnen, das die Schweden eingeleitet hatten, eines Tages seinen Fortgang nehmen könnte.

In der Ratssitzung vom 30. September suchte Christoph Bernhard nach dem sicheren Weg durch dieses Meer der Gefahren. So wünschenswert eine eigene Bewaffnung war, sie ließ sich angesichts der Haltung der Stände nur in beschränktem Umfang verwirklichen. Immer wieder kam die Rede darauf zurück, daß Unterstützung bei anderen gesucht werden müsse. Wydenbrück verwies auf die Bereitschaft Kurkölns und Pfalz-Neuburgs zum Bündnis. Spanien schied wegen seines Verhältnisses zu Schweden und seiner derzeitigen Schwäche als Partner aus. Der Kaiser sollte ins Vertrauen gezogen werden. Christoph Bernhard beschloß also, Wilhelm von Fürstenberg auf Reisen zu schicken, um bei den rheinischen Fürsten und vielleicht auch in Brüssel die Stimmung zu erkunden. Obrist von Wylich erhielt den Auftrag, die Absichten der Generalstaaten für den Fall, daß Schweden im Westfälischen Kreis übermächtig würde, in Erfahrung zu bringen²⁶. Damit war das Räderwerk der münsterschen Bündnispolitik in Gang gesetzt²⁷.

Wenige Tage nach der Ratssitzung brachen die erwähnten Unruhen in der Stadt Münster (7. Oktober) aus. Als hätte es nur noch dieses Anstoßes bedurft, reiste Wilhelm von Fürstenberg auf der Stelle ab. Außer der schwedischen Gefahr konnte er nun in seinen Vorträgen an den rheinischen Höfen auch auf das Bedürfnis einer inneren Beruhigung des Stifts Münster verweisen.

Über Bonn, wo er nur einen kurzen Höflichkeitsbesuch machte²⁸, begab sich Fürstenberg am 15. Oktober nach Düsseldorf. Der Pfalzgraf sagte ohne

²⁴ Chr. Bernh. an Franz Wilh., 24. 9. 1654: MLA. 540a IV.

²⁵ Joachim S. 22 f. — ²⁶ Ratsprotokoll v. 30. 9. 1654: GR. 588.

²⁷ Auf den besonderen Wert der münsterschen Akten zur Entstehung des Rheinbundes verweist schon Joachim S. 23. Badalo - Dulong S. 23 hält den Beitritt Brandenburgs zum Hildesheimer Bund für den entscheidenden Anstoß für den Bischof zum Anschluß an den Kölner Bund von 1654, in dieser Form sicher zu Unrecht.

²⁸ Kurköln als Ranghöchster mußte als erster von den Bündnisplänen benachrichtigt werden, wenn man ihn nicht beleidigen wollte.

Umstände Hilfe gegen die Stadt Münster zu. Er ließ sich nur versichern, daß seine Truppen auf keinen Fall gegen Schweden gebraucht würden. Mit Rücksicht auf die möglichen Ansprüche Karls X. auf die jülich-klevische Erbschaft, über die Gerüchte umliefen, galt es, feindselige Akte gegenüber der nordischen Krone zu vermeiden. Andererseits war der Pfalzgraf herzlich froh, den Bischof zu Dank verpflichten zu können²⁹. Die eigentliche Bündnisfrage beschloß Fürstenberg zuerst mit den Kurfürsten von Köln und Trier zu besprechen³⁰. Dort bestanden größere Schwierigkeiten. Kurköln beabsichtigte, wie man wußte, Brandenburg in das Bündnis einzubeziehen, wozu der Pfalzgraf niemals zugestimmt hätte. Dieser empfahl vielmehr den ihm nahe verwandten Landgrafen von Hessen-Darmstadt als Bundesgenossen³¹, dachte vielleicht auch an eine Zuziehung des Kaisers, ganz gewiß nicht aus Anhänglichkeit an das Haus Österreich, sondern um sich damit die Spanier vom Leibe zu halten³². Auch Kurmainz brachte er in Vorschlag.

Schon am nächsten Tage fuhr Fürstenberg nach Bonn weiter. Der Bischof erklärte sich mit dem vorgeschlagenen Reiseweg einverstanden. Von einem Besuch beim Kurfürsten von Mainz wollte er jedoch nichts wissen, um nicht den Anschein zu erwecken, daß sich ein umfassendes Bündnis aller Katholiken anbahne. Er hielt es für besser, wenn Kurmainz mit seinen Nachbarn ein besonderes Verteidigungsbündnis abschloß. Beide Bündnisssysteme könnten dann in Verbindung treten. Landgraf Georg von Darmstadt war ihm willkommen. Der evangelische, gleichwohl gut kaiserliche Fürst konnte allen Verdacht vom Bündnis fernhalten. Von Brandenburg und Braunschweig als erklärten Katholikenfeinden riet er ab³³.

Kurfürst Maximilian Heinrich nahm den münsterschen Domherrn freundlich auf und bot gegenseitige Hilfe von 1200 Mann zu Fuß und 300 Pferden an. Mit auffälliger Eile ergriff der Bischof von Münster die dargebotene Hand und brachte das Angebot in eine so verbindliche Form, wie es der Augenblick nur eben zuließ. Er schickte eine Erklärung, daß auch er diese Hilfe im Notfall ab sofort leisten werde. Damit war zwar der Kurfürst von Köln nicht vertraglich, aber doch moralisch verpflichtet, zu helfen, wenn Christoph Bernhard es forderte. Daß dieser im Augenblick der Gefahr näher saß, unterlag keinem Zweifel³⁴. Bei der Übergabe der Erklärung unterließ es Wilhelm von

²⁹ Der Pfalzgraf fürchtete eine Zeitlang, Chr. Bernh. könnte Verlockungen der Gegenseite erliegen, wie die Gesandtschaft Reuschenbergs nach Coesfeld im September 1654 (Instruktion v. 22. 9. 1654) offenbart. Isaacson S. 60.

³⁰ Fürstenberg an Chr. Bernh., 16. 10. 1654: MLA. 480, 28/29; Joachim S. 24.

³¹ Landgraf Georg war der Schwiegervater Pfalzgraf Philipp Wilhelms.

³² Die Wendung in Fürstenbergs Schreiben: Pfalz-Neuburg habe »Landgravium Darmstadiensem recommendieret, uti bonum caesareum«, gibt Joachim S. 24 Anm. 3 Anlaß zum Nachdenken über den Sinn. Es verbirgt sich aber doch wohl nicht mehr dahinter, als daß Landgraf Georg ein dem Kaiser ergebener Fürst war, der das Bündnis in Wien von manchem Verdacht reinigen konnte.

³³ Chr. Bernh. an W. v. Fürstenberg, 20. 10. 1654: MLA. 480, 28/29.

³⁴ Erklärung Chr. Bernhards v. 23. 10. 1654: MLA. 542 a. In einem gleichzeitigen Schreiben an den Kurfürsten ließ Chr. Bernh. durchblicken, daß er von ihm noch mehr erwarte. Kurköln war geeignet, auf den mit ihm verbündeten Brandenburger einzuwirken, die Streitigkeiten mit Pfalz-Neuburg über das Kreisdirektorium beizulegen (Chr. Bernh. an Maximilian Heinr., 23. 10. 1654: Ebd.). Erst danach konnte an die Kreisverfassung herangegangen werden. Wie sich der Bischof den Ausgleich dachte, ist unschwer aus den folgenden Osnabrücker Verhandlungen abzulesen.

Fürstenberg nicht, auf die große Ausdehnung der Länder des Kurfürsten hinzuweisen und damit die Hoffnung zu verbinden, Kurköln werde es sich nicht nehmen lassen, eine größere Anzahl an Hilfstruppen zu stellen als das kleinere Stift Münster³⁵.

Für den Kurfürsten lag kein Anlaß vor, auf die überreichte Erklärung Christoph Bernhards einzugehen, bevor der Ausgang der Mission Fürstenbergs in Trier und Düsseldorf bekannt war³⁶. Im übrigen konnte Wilhelm von Fürstenberg beruhigt abreisen. Er ließ in Bonn einen guten Freund zurück. Franz Egon Graf von Fürstenberg³⁷, der leitende kurkölnische Minister selbst, strich für seine Bemühungen um die Pflege der kölnisch-münsterschen Freundschaft ein kleines Geschenk von 3700 Gulden ein³⁸. Christoph Bernhard mußte die Not auf den Nägeln brennen. Er geizte sonst mit jedem Pfennig.

Während Wilhelm von Fürstenberg von Bonn rheinaufwärts nach Trier reiste³⁹, kamen dem Bischof in Münster Zweifel, ob der Ausschluß Kurmainz' vom Bündnis ratsam sei. Leicht konnte der Eindruck entstehen, man wolle Johann Philipp von Schönborn übergehen⁴⁰. Vielleicht empfahl es sich doch, Fürstenberg auch dorthin zu schicken.

Am 1. November erhielt der Gesandte beim Kurfürsten von Trier Audienz. Erzbischof Karl Kaspar zeigte Verständnis für die dem Bistum Münster drohende Gefahr. Er verwies Fürstenberg an den jungen Chorbischof von Eltz und Kanzler Anethanus, mit denen die weiteren Verhandlungen in freundschaftlichem Geist geführt wurden⁴¹.

Auch Franz Egon bemühte sich, das fürstliche Geschenk redlich zu verdienen. Er reiste am gleichen Tage wie Wilhelm von Fürstenberg aus Bonn ab. Beim Pfalzgrafen in Düsseldorf fand er eine geneigte Stimmung vor⁴². Philipp Wilhelm erklärte sich mit den bisherigen Absprachen zwischen Kurköln und Münster einverstanden, wenn nur im Augenblick kein Kreistag einberufen würde, der Brandenburg Gelegenheit gäbe, in das Kreisdirektorium einzudringen⁴³. Maximilian Heinrich teilte die günstige Antwort sofort nach Münster mit und bat um schnelle Beschickung einer konstituierenden Konferenz in Köln, da auch ihm die Gefahr wieder einmal in Gestalt der quartiersuchenden Lothringer und ihres Anhangs näherrückte⁴⁴.

Um für alle Fälle gerüstet zu sein, schrieb der Bischof Werbungen auf 200 Mann zu Fuß und 300 bis 500 Reiter aus⁴⁵. Gleichzeitig gab er die Instruk-

³⁵ Fürstenberg an Maximilian Heinrich, 27. 10. 1654: MLA. 480, 28/29.

³⁶ Joachim S. 25.

³⁷ Wilh. v. Fürstenberg stammt aus dem sauerländischen Geschlecht. Er ist mit Franz Egon Graf v. Fürstenberg aus der reichsgräflichen süddeutschen Familie nicht verwandt. — ³⁸ Joachim S. 25 Anm. 2.

³⁹ Fürstenberg reiste am 29. Oktober von Bonn ab. Fürstenberg an Chr. Bernh., 27. 10. und 3. 11. 1654: MLA. 480, 28/29.

⁴⁰ In Mainz liefen zudem Gerüchte über die Unruhe in Münster um, die dem Ansehen des Bischofs schädlich waren. Eine Nebenabsicht lag in dem Wunsch, den kurmainz. Obristen Lukas Spick mit 400 Fußknechten in münstersche Dienste zu übernehmen. Ratsprotokoll v. 2. 11. 1654: GR. 588. Chr. Bernh. an W. v. Fürstenberg, 2. 11. 1654: MLA. 480, 28/29.

⁴¹ Fürstenberg an Chr. Bernh., 3. 11. 1654: Ebd. F. war auch Domherr in Trier.

⁴² Der Vater Philipp Wilhelms, Wolfgang Wilhelm, war in 3. Ehe mit einer Schwester Franz Egons verheiratet. Joachim S. 27 Anm. 2.

⁴³ Pfalz-neuburgische Denkschrift v. 4. 11. 1654: MLA. 542 a.

⁴⁴ Maximilian Heinrich an Chr. Bernh., 4. 11. 1654: MLA. 542 a.

⁴⁵ Chr. Bernh. an Fürstenberg, 6. 11. 1654: MLA. 480, 28/29.

tion für Fürstenberg zur Kölner Konferenz in Arbeit. Er wünschte schnellen Abschluß der Verhandlungen, ebenso sehr aber, daß das Bündnis keine Spitze gegen den Kaiser enthielte und eine Hilfe nicht ohne dessen Einverständnis fällig würde. Den Bundesgenossen sollte das Eingehen anderer Verbindlichkeiten vorbehalten bleiben⁴⁶.

Die letzte Bedingung bezog sich auf die damals laufenden Verhandlungen zwischen Münster und dem Hause Braunschweig zu Osnabrück⁴⁷, wo nochmals der Versuch gemacht wurde, den Direktorialstreit zwischen Brandenburg und Pfalz-Neuburg zu begraben.

Die angebaute Verbindung unter den katholischen Fürsten gab Christoph Bernhard zwar Hoffnung, nahm ihm aber nicht seine Hauptsorge, daß ein geheimes Bündnis zwischen den mächtigsten Protestanten Schweden und Brandenburg mit Frankreich bestand oder entstehen könnte, vielleicht sogar unter Einschuß der Generalstaaten. Geradezu lächerlich wirkten gegenüber dieser Machtkonzentration die schwachen Kräfte, die die katholischen Verbündeten zu entfalten gedachten. Unter diesen Umständen erschien es vorteilhaft, im Kreise auch mit den Feinden ein Übereinkommen zu treffen und sie auf diese Weise zu binden. Leider lehnte Pfalz-Neuburg eine Verständigung mit Brandenburg hartnäckig ab. Wenn der Pfalzgraf aber glaubte, den Bischof durch ein Hilfsangebot gegen Schweden – im Rahmen der neuburgischen Politik ein sehr weites Entgegenkommen – von seinen Gedanken abzubringen, so irrte er⁴⁸. Als Antwort mußte er nur die Empfehlung einstecken, möglichst bald zur Konferenz in Osnabrück abzuschicken, um das in Münster mißglückte Werk zu vollenden. Ein Risiko für Pfalz-Neuburg sei nicht gegeben. Lehnte Brandenburg den vorgeschlagenen Vergleich ab, so war der Unglumpf von Neuburg abgewendet. Ging der Kurfürst darauf ein, schlug auch das als Gewinn aus, denn er verzichtete damit auf die strenge Erfüllung des Provisionalvergleichs von 1647. Billigten die Protestanten außerdem, wie zu hoffen, die Übergabe des Obristenamtes an einen Katholiken, des Nachgeordnetenamtes an einen Protestanten und die Verteilung der übrigen Kreisämter im Verhältnis von 3 zu 2, so wäre die auf dem Kreistag in Essen begonnene Schlacht doch noch glücklich beendet worden.

Im Zusammenhang damit offenbarte Christoph Bernhard am 9. November 1654 dem Pfalzgrafen, daß er das Bündnis der katholischen Fürsten allein für unzureichend halte und als notwendig empfinde, Brandenburg hinzuziehen, um einen Keil in das drohende Bündnis der protestantischen Großmächte mit Frankreich zu treiben⁴⁹. Als vorsichtiger Mann verbar er seinem Düsseldorfer Nachbarn, daß das Haus Braunschweig-Lüneburg ihm bereits ein Bündnisangebot unterbreitet hatte⁵⁰, wobei allerdings noch fraglich blieb, inwieweit sich die Welfen von den Schweden trennen⁵¹ und den Bedürfnissen des Münsteraners anpassen wollten. Für den Fall des Scheiterns aller Einigungsbestrebungen hielt der Bischof den Zusammenschluß der am meisten bedrohten Kreisstände als Vorschlag bereit.

⁴⁶ Ratsprotokoll v. 6. 11. 1654: GR. 588. Instruktion v. 10. 11. 1654: MLA. 480, 28/29.

⁴⁷ Von Joachim S. 29 Anm. 1 fälschlich als »Westfälischer Kreistag« bezeichnet. Die Konferenz war nur die Fortsetzung der gescheiterten münsterischen Zusammenkunft im September 1654.

⁴⁸ Durch die Gesandtschaft des Geh. Rates v. Hugenpoh: Isaacson S. 61.

⁴⁹ Isaacson S. 61 f. – ⁵⁰ Joachim S. 29 Anm. 1.

⁵¹ Beide waren noch in der Hildesheimer Allianz verbunden.

Pfalzgraf Philipp Wilhelm gab mit süßsaurer Miene nach. Am 7. November 1654 machte sich sein Rat Dr. Caspars auf den Weg nach Münster, um noch vor Beginn der Konferenz münstersche Unterstützung für Pfalz-Neuburg sicherzustellen. Aber der Bischof ließ sich die Hände nicht binden. Er gab zwar sein Einverständnis, keinen neuen Kreisdirektor einzuführen und über das, was auf der Münsterer Konferenz verglichen war, nicht hinauszugehen, aber er gab auch Anweisung, vor der Ankunft Caspars in Osnabrück mit den Braunschweigern über das Brandenburgische »Temperament« zu verhandeln, um einem unvermittelten Aufeinanderprallen der Gesandten Pfalz-Neuburgs und Brandenburgs vorzubeugen⁵². Die Forderung Philipp Wilhelms, über Paritätsfragen nicht zu verhandeln, wies der Bischof zurück. Nahm man hierin eine zu starre Haltung ein, konnten die evangelischen Stände unter Zuzug einiger Katholiken auf einem Kreistag Beschlüsse durchbringen, die weit ungünstiger als das Zugeständnis der Parität waren⁵³.

In der Erkenntnis, daß direkte brandenburg-neuburgische Verhandlungen die Stimmung nur verschlechtern würden, versuchten die münsterschen Gesandten Jobst Edmund von Brabeck und Nikolaus Drachter vor der Ankunft Caspars den Kanzler Wesenbeck zu einem Zugeständnis zu bewegen. Sie boten dem Kurfürsten, wenn er auf das Kondirektorium verzichten würde, ein Votum im Westfälischen Kreis an. Die Braunschweiger warnten Wesenbeck, vor Caspars Ankunft Verbindlichkeiten einzugehen. Wesenbeck besaß aber ohnehin keine Vollmacht, den verlangten Verzicht auszusprechen, selbst wenn die Münsteraner ihrer Warnung die Tat folgen ließen, »alles zergehen lassen« zu wollen. Brabeck weigerte sich auch, den von Friedrich von Heyden in Münster vorgeschlagenen Ausweg, wonach der Bischof diesmal die Ladungen zum Kreistag allein ausschreiben sollte, zu gebrauchen, um die Rechte des Pfalzgrafen nicht zu beeinträchtigen⁵⁴.

Als Caspars, von Coesfeld kommend, in Osnabrück eintraf, stellte er mit Zufriedenheit fest, daß bisher nichts abgeredet war. Obleich die braunschweigischen Gesandten bisher vergeblich versucht hatten, ihre münsterschen Kollegen zur Entscheidung zu drängen⁵⁵, stand die Sache für Philipp Wilhelm schlimm genug. Domküster Jobst Edmund von Brabeck sollte angeblich den brandenburgischen Gesandten beim Wein zugestimmt haben, daß es an der Zeit sei, das jülichische Kondirektorium zu teilen. Von der bevorstehenden Ankunft

⁵² Chr. Bernh. an Brabeck, 10. 11. 1654: MLA. 468, 159. Kanzler v. Wesenbeck, der Brandenburg vertrat, kam am 27. 10. 1654 in Osnabrück an. Er verhehlte seine Unzufriedenheit nicht, daß noch kein anderer Gesandte anwesend war, gab aber dem münsterischen Sekretär Konrad Hardement, der als vorläufiger Beobachter geschickt war, eine freundliche Erklärung gegenüber Münster ab und reiste aus Prestigerücksichten vorübergehend aufs Land (Hardement an Chr. Bernh., 27. 10. 1654: MLA. 468, 159).

⁵³ Chr. Bernh. regte angesichts der unsicheren Mehrheitsverhältnisse an, einige katholische Stände neu aufzunehmen, um so das Stimmenverhältnis günstiger zu gestalten, aber bei der Wachsamkeit der Gegenseite war das ein schwieriges Unterfangen. Er war so siegesgewiß, weil er noch nichts von dem Scheitern der kölnisch-braunschweigischen Bündnisverhandlungen wußte, und hoffte, dem Bund beitreten zu können.

⁵⁴ Wesenbeck an Kurf. Friedr. Wilh., Osnabrück 8. 11., 15. 11. 1654 und öfter: DZA., Rep. 34 Nr. 244 l.

⁵⁵ Dr. Köhler vertrat Herzog August v. Wolfenbüttel, Dr. Kramer den Herzog v. Celle. Beide kamen am 26. 10. 1654 in Osnabrück an (Hardement an Chr. Bernh., 26. 10. 1654: MLA. 468, 159).

eines hessen-kasselschen Gesandten, der zweifellos dem Brandenburger beipflichten würde, ging bereits die Rede. Brabeck fühlte sich als Untertan der Grafschaft Mark dem Kurfürsten mehr verbunden, als Caspars lieb war. Ganz offen trat der Domkürster für ein Bündnis zwischen Münster und Brandenburg ein. Er reiste zur Berichterstattung nach Coesfeld ab, sobald Caspars in Osnabrück eingetroffen war⁵⁶, um, wie dieser vermutete, den Bischof für seinen Bündnisplan zu gewinnen. Mit dem zweiten münsterschen Gesandten, Nikolaus Drachter, stand der Neuburger dagegen im Einverständnis. Bekanntlich wurde Drachter bald nach dem Scheitern der Osnabrücker Konferenz aus seiner Stellung als fürstlicher Rat entlassen, zweifellos weil mancher der geheimen Pläne des Bischofs durch ihn zur Kenntnis des Düsseldorfer Hofes gelangte. In ihm schuf sich Christoph Bernhard einen erbitterten Feind, der ihm in der nächsten Zeit als Syndikus der Stadt Münster große Beschwerlichkeiten verursachte.

Die Befürchtung, daß Gespräche Wesenbecks mit Caspars die Lage nur verhärten würden, bewahrheitete sich bald. Der Brandenburger lehnte ab, Vergleichsvorschläge zu unterbreiten, da das denen zustehe, die die Schwierigkeiten errichteten. Caspars behauptete, der Vergleich von 1647 räume Brandenburg keinen Anspruch auf das volle Kondirektorium ein, sondern behalte dem Pfalzgrafen die Stellung des ausschreibenden Fürsten allein vor. Den Vorschlag der Vermittler, drei Universitäten zum Gutachten aufzufordern, lehnte er ab, was nicht gerade für ein gutes Gewissen sprach.

Mißtrauisch beobachtete Philipp Wilhelm die zweideutige Haltung des Bischofs. Er warnte unmißverständlich vor heimlichen Abreden mit Brandenburg und Braunschweig und drohte, Verrat mit Verrat zu vergelten. Trotzdem ließen sich die Münsteraner nicht entmutigen, noch einmal einen Vergleich anzubahnen. Caspars Anregung, Direktorium und ausschreibendes Amt zu trennen, wurde zugrunde gelegt. Letzteres sollte zwischen Brandenburg und Pfalz-Neuburg wechseln, während das Direktorium dem Pfalzgrafen unter der Bedingung, Brandenburg über alle Vorkommnisse zu unterrichten, allein verblieb. Die Entscheidung bei Stimmgleichheit fiel Münster zu. Der Pfalzgraf witterte in diesem Entwurf große Gefahren. Ein Zusammengehen Brandenburgs mit Münster – und wie unzuverlässig erwies sich die Freundschaft des Bischofs! – raubte ihm allen Einfluß im Kreis. Brandenburg befürchtete dasselbe für den Fall, daß die beiden Katholiken gemeinsame Sache machten. Damit war der tote Punkt erreicht.

Je länger sich die Verhandlungen hinzogen, um so unruhiger wurde Philipp Wilhelm. Das schlechte Gewissen erinnerte ihn an seine eigenen Versuche, seine Ziele durch Hinzuziehung weiterer Stände auf dem Essener Kreistag zu erzwingen. Wie, wenn man mit ihm jetzt das gleiche tat? Nach einem unbedeutenden Entgegenkommen in der Frage der Gültigkeit der Majorität bei den »Kommunikationen« der Direktoren befreite Caspars durch seine Abreise am 5. Dezember 1654 seinen Herrn von diesem Alldruck. Die Paritätsfrage war noch nicht einmal zur Beratung gezogen. Wesenbeck warf den Vermittlern zornig einen Protest auf den Tisch. Die Einigung im Westfälischen Kreis war abermals gescheitert. »Neuburg hat in keinem fügen wollen, weil

⁵⁶ Dr. Caspars wurde von Chr. Bernh. gedrängt, trotz seiner »Leibesindisposition« am 11. 11. 1654 von Coesfeld aufzubrechen (Chr. Bernh. an Brabeck, 10. 11. 1654: Ebd.).

es causa catholica und die übrige, sonderlich katholische Stände, nimmermehr nachgeben würden. Elector hat sich uf den Kontrakt bezogen und davon nicht weichen wollen, weil es dahingegen causa evangelica, habere condirectorium in circulo mixto«, berichtete Wesenbeck abschließend⁵⁷.

Mit der Kreiseinigung zerschlugen sich auch die Bündnisverhandlungen Münsters mit Brandenburg. Sie waren über zarte Anfänge nicht hinausge-
langt⁵⁸. Von der Verbindung mit Braunschweig, von der Christoph Bernhard in erster Linie Hilfe gegen Schweden erwartete, hörte man schon lange nichts mehr⁵⁹. So kam der Bischof notgedrungen wieder auf das rheinische Verteidigungsbündnis zurück. Fürstenberg arbeitete noch eifrig in dieser Sache. Nach der freundlichen Aufnahme in Trier eilte er wieder nach Düsseldorf zurück, wo der Pfalzgraf abermals seine Bereitschaft zum Abschluß des Bündnisses erklärte. Ja, er bot sogar die sofortige Unterzeichnung eines zweiseitigen Vertrages an, eine Aufwärmung der in Essen angebotenen Union und Ausdruck der Besorgnis über die münsterschen Intrigen in Osnabrück⁶⁰. Fürstenberg lehnte ab. Sein Herr suchte ein größeres Bündnis als das mit dem nicht allzu kräftigen, in manche politischen Privatstreitigkeiten verwickelten Pfalzgrafen. Höflich vertröstete der Gesandte auf die zu erwartenden Beschlüsse der Kölner Konferenz. Dagegen konnte der Pfalzgraf nichts einwenden. Er erbot sich jedoch, auf die zweiseitige Union zurückzugreifen, wenn sich die dortigen Verhandlungen zerschlugen⁶¹.

Die vorgesehene Reise Fürstenbergs nach Mainz fiel wegen Zeitmangels aus. Er erhielt am 13. November Anweisung, zum Konferenzort zu reisen und dort weitere Befehle abzuwarten⁶². Auch Kurtrier hatte inzwischen zugestimmt, den Kölner Tag zu beschicken⁶³. Die endgültige Fassung der Instruktion Wilhelm von Fürstenbergs vom 24. November weist auffällige Veränderungen gegenüber den älteren Schriftsätzen auf⁶⁴. Die Umarbeitung erfolgte zweifellos auf Grund der mündlichen Berichte des Gesandten über seine Erfahrungen an den rheinischen Höfen⁶⁵. Von der früher so stark betonten Notwendigkeit, den Kaiser in allen Bündnisfällen zu benachrichtigen und um Rat zu fragen, war nicht mehr die Rede. Auch die Mitteilung an Kurmainz fiel aus. Neu aufgenommen wurde dagegen die Bedingung der ewigen Dauer des Bündnisses, »weiln die Gefahr immerhin bleiben würde«⁶⁶. Fort fiel auch die alte Klausel, daß jedem freistehe, sich mit anderen Reichsständen zu verbinden. In Münster bedurfte man ihrer nicht mehr, nachdem die Fühlungnahme mit Brandenburg und Braunschweig mißlungen war. Der Bischof legte im Gegenteil jetzt Wert darauf, daß die anderen nicht Verbindungen eingingen, die zu übergroßer Weitläufigkeit und unübersehbaren Verwicklungen führten. Die

⁵⁷ Aus »Extractus protocollis« von Wesenbecks Hand: DZA., Rep. 34 Nr. 244 I. Der letzte Bericht des Brandenburgers aus Osnabrück stammt v. 8. 12. 1654: Ebd. - Isaacson S. 63 ff.

⁵⁸ Joachim S. 29 Anm. I.

⁵⁹ Chr. Bernh. an die münst. Gesandten in Osnabrück, 11. 11. 1654: MLA. 480, 28/29.

⁶⁰ Isaacson S. 61.

⁶¹ Erklärung Philipp Wilhelms v. 11. 11. 1654: MLA. 480, 28/29.

⁶² Chr. Bernh. an Fürstenberg, 13. 11. 1654: Ebd. Beglaubigungsschreiben v. 10. 11. 1654: MLA. 533, 4^{1/2}.

⁶³ Trier entsandte den Landhofmeister v. Metternich: Joachim S. 30 Anm. I.

⁶⁴ Aufsätze v. 6. und 11. 11. 1654: MLA. 480, 28/29.

⁶⁵ Joachim S. 31 wies bereits auf die Unterschiede hin.

⁶⁶ Die Bedingung wurde später fallengelassen.

Aufnahme Brandenburgs wegen seiner bisherigen guten Beziehungen zu Kurköln und Hessen-Darmstadt als Verwandten Pfalz-Neuburgs behielt er einem gemeinsamen Beschluß der Verbündeten vor. Der damit erzielte vorteilhafte Eindruck eines gemischt konfessionellen Bündnisses konnte durch Einbeziehung von Mitgliedern des nassauischen Hauses und einiger Grafen des Westerwaldes und der Wetterau verstärkt werden. Dagegen sollte sich Fürstenberg gegen eine Aufnahme der Braunschweiger und des Landgrafen von Hessen-Kassel zur Wehr setzen. Letzterer vereitele nur gute Absichten, während das erste Haus das Aufkommen Schwedens im Reiche begünstige.

Als Stärke des aufzustellenden Bundesheeres sah der Bischof 4000 Mann zu Fuß und 1200 zu Pferde vor. Die Truppen sollten wirklich vorhanden sein und nicht erst im Bedarfsfalle aufgestellt werden. Für den Fall der Gefahr forderte er ihre Vervierfachung. Die Verteilung auf die Bundesgenossen erfolgte nach der Reichsmatrikel. Der Festung Dorsten, die die Verbindung zwischen Münster und Köln sicherte, dachte er eine bedeutende Rolle zu. Der Kurfürst von Köln sollte, anstatt sie zu schleifen, ihren großzügigen Ausbau einleiten und sie möglichst mit seinem ganzen Bundeskontingent besetzen. Damit hätte Christoph Bernhard die kölnischen Truppen gegen innere und äußere Schwierigkeiten ganz nahe bei der Hand gehabt.

Der eigentliche Schwerpunkt der Instruktion⁶⁷ lag in der Anweisung, daß das Bündnis »zwischen obenbenannten vier Kur- und Fürsten am meisten zu restringieren und in articulo secreto causa religionis und Erhaltung des geistlichen⁶⁸ Wesens zu inserieren«. Darin äußerte sich die nach wie vor vorhandene Sorge, Schweden könnte sich die Schwäche der norddeutschen Stifter zunutze machen und sie vernichten. Das Gerücht von einem baldigen Abschluß beurteilte der Bischof nur als eine Kriegslist, um ihn in Ruhe zu wiegen, während Königsmark in Wirklichkeit schon die Überrumpelung des Stifts vorbereitete⁶⁹. Es lag also alles daran, das Bündnis in Köln auf schnellstem Wege abzuschließen. Wilhelm von Fürstenberg traf als erster Gesandter dort ein⁷⁰.

Am 5. Dezember eröffnete der kurkölnische Vertreter als Vorsitzender die Beratungen im Dominikanerkloster⁷¹. Franz Egon glaubte nicht recht zu hören, als der münstersche Gesandte gleich zu Anfang die Bestimmung der Truppenkontingente nach der Reichsmatrikel forderte. Tatsächlich hatte sich der Bischof ja in seiner ersten Angst am 23. Oktober schriftlich bereit erklärt, dasselbe Kontingent wie Köln, nämlich 1200 Mann zu Fuß und 300 Pferde zu stellen. Metternich pflichtete Franz Egon eifrig bei. Für Kurtrier hätte die Reichsmatrikel angesichts des verderbten Zustandes seiner Länder eine ungerechte Belastung bedeutet. Franz Egon drohte mit der

⁶⁷ Joachim S. 32 erblickt hierin mit Recht den Ausdruck der »geheimsten Herzensregungen des Bischofs«.

⁶⁸ Joachim ebd. liest irrtümlich »christlichen«. Der Akzent wird dadurch, auch wenn man christlich gleich katholisch setzt, doch etwas verschoben.

⁶⁹ Chr. Bernh. an W. v. Fürstenberg, 4. 12. 1654: MLA. 480, 28/29.

⁷⁰ Ihm folgten: Franz Egon v. Fürstenberg und Kanzler Buschmann (Kurköln), Lothar Frhr. v. Metternich (Kurtrier), v. Reuschenberg, v. Winkelhausen u. v. Goltstein (Pfalz-Neuburg): Joachim S. 32. - Pfalz-Neuburg hatte auf eigene Faust Kurmainz eingeladen, das aber, wohl wegen der unkorrekten Ladung, keinen Gesandten schickte. Hätte der Kurfürst die Konferenz beschiedt, so stand seinem Vertreter dem Range nach der Vorsitz zu, Kurköln wünschte die Ladung deshalb nicht. Fürstenberg an Chr. Bernh., 4. 12. 1654: MLA. 480, 28/29).

⁷¹ Fürstenberg an Chr. Bernh., 6. 12. 1654: MLA. 2, 17 II.

Auflösung der Konferenz, wenn Münster bei seiner Ansicht bleibe. Kurköln würde sich dann eben an die mit Münster »privatim geschlossene Alliance«, womit er die Erklärung des Bischofs vom 23. Oktober^{71a} etwas weitgehend auslegte, halten. Im übrigen stünde den rheinischen Kurfürsten das Wasser nicht bis zum Halse. Sie seien keineswegs auf das Bündnis so angewiesen wie Münster. Besorgt berichtete Fürstenberg dem Bischof über den bösen Anfang.

Franz Egon schätzte die Lage richtig ein. Der Bischof befand sich in der schwächeren Stellung. Es blieb ihm nichts übrig, als von seiner Forderung abzugehen. Nachdem sein Beitrag aber so hoch angesetzt werden sollte, legte er keinen Wert mehr auf die ewige Dauer des Bündnisses⁷².

Als die Besprechungen am 11. Dezember fortgesetzt wurden, erklärte sich Fürstenberg mit gewissen Abänderungen der Matrikel bereit. Nun machten wieder die Pfalz-Neuburger Schwierigkeiten. Sie forderten eine Erhöhung des Kölner Quantums. Als sie den allgemeinen Widerstand bemerkten, boten sie schließlich 600 Mann zu Fuß und 150 Pferde an, versicherten dem münsterschen Gesandten aber insgeheim, dem Bischof im Notfall mit der doppelten Zahl beispringen zu wollen. Nur könnten sie den anderen Verbündeten gegenüber eine solche Verpflichtung nicht übernehmen⁷³. Um einen Ausweg aus den widersprechenden Meinungen zu finden, entschlossen sich die Teilnehmer, dem Rezeß die Matrikularbeträge einzufügen, die wirklich vorgesehenen Truppenstärken aber einem geheimen Nebenrezeß vorzubehalten⁷⁴.

Auch mit der Einladung an Kurbrandenburg, die Christoph Bernhard gern gesehen hätte, lief es nicht so, wie er hoffte. Franz Egon teilte zwar anfangs vertraulich mit, daß Graf Waldeck einer Verbindung mit Kurköln und Münster großen Wert beimesse, verhehlte aber nicht, daß Brandenburg gleichzeitig die Ausschließung Pfalz-Neuburgs forderte⁷⁵. Am Widerspruch des Pfalzgrafen zerschellte die Hoffnung, die allzu geringen Truppenzahlen durch den Beitritt des mächtigen Kurfürsten zu erhöhen⁷⁶.

Nach Überwindung dieser Klippen erzielte die Versammlung über den am 13. von Kurköln nach dem Muster des Hildesheimer Vertrages von 1652 vorgelegten Entwurf schnell Einigkeit. Am 15. Dezember wurde das Vertragswerk unterschrieben⁷⁷, das an einzelnen Stellen deutliche Einflüsse aus Münster

^{71a} Vgl. Anm. 34.

⁷² Chr. Bernh. an W. v. Fürstenberg, 8. u. 10. 12. 1654; MLA. 480, 28/29. Die Angabe Joachims S. 34, daß die Forderung auf ein ewiges Bündnis nur wegen des Widerstandes der anderen von Münster aufgegeben wurde, trifft daher nicht zu.

⁷³ Joachim S. 33 Anm. 2.

⁷⁴ Kurköln und Münster je 1200 z. F. und 300 R., Kurtrier 600 z. F. und 100 R., Pfalz-Neuburg 600 z. F. und 150 R. Die von Chr. Bernh. angestrebte Truppenstärke wurde also nicht ganz erreicht (Fürstenberg an Chr. Bernh., 11. 12. 1654; MLA. 480, 28/29). – ⁷⁵ Fürstenberg an Chr. Bernh., 11. 12. 1654; Ebd.

⁷⁶ Kurköln schloß sich der neuburgischen Ablehnung seltsamerweise an (Joachim S. 34), offenbar um die Verhandlungen ohne neue Schwierigkeiten schnell zum Abschluß zu bringen. Christoph Bernhard kam dagegen auch nach Abschluß des Vertrages am 18. 12. im Schr. an Fürstenberg darauf zurück (Ebd.).

⁷⁷ Der am gleichen Tag unterzeichnete Nebenrezeß ist spurlos verschwunden. Über die Verhandlungen vor seinem Abschluß ist ebenfalls nichts bekannt. Auch der Hauptrezeß ist in Münster verloren. Erhalten ist nur die Abschrift des bisher nicht gedruckten Entwurfs v. 13. 12. Die Varianten der endgültigen Fassung s. bei Dumont VI 2 S. 97 ff; Londorp VII S. 968, u. Lünig, Reichs-Archiv, p. spec. 1 cont. 2. Forts. Nr. 82 Bd. VII S. 311 ff. Eine lateinische Fassung bringt Alpen I S. 216 ff. Der Inhalt ist von Joachim S. 35 ff. eingehend gewürdigt worden.

zeigt, so besonders im Absatz 1, der die Bundeshilfe auch zum Schutz der Fürsten gegen innere Empörungen vorsah. Das Bündnis erhielt eine Laufzeit von zwei Jahren.

Über dem gleichzeitig geschlossenen geheimen Nebenrezeß schwebt völliges Dunkel. Nur aus einigen Bemerkungen des Bischofs kann erschlossen werden, was er wahrscheinlich enthielt. Seinem Schreiben vom 8. Dezember an Wilhelm von Fürstenberg fügte er einen Zettel bei, der folgende Wünsche enthielt: 1. Daß das Bündnis »praecipue tamen pro conservanda catholica fide angesehen sei«, wie es auch die letzte Instruktion für den Gesandten einschärfte. 2. »Sämtliche geistliche jura zu manutentionieren«. 3. »Was pro tertio in articulis secretis zu setzen, solches ist dem kurkölnischen Abgesandten bewußt, und weil diese materia ihre kurf. Dhlt. zu Köln in suis statibus touschieren möchte, so wird man darauf die Resolution erwarten«⁷⁸. Die in einem zweiten Zettel vom 10. Dezember erhobene Forderung des Verdreifachens und Vervierfachens der Truppenkontingente fand wahrscheinlich ebenfalls Eingang in den Geheimvertrag. Nur bei einer solchen Verstärkung besaß das Bundesheer überhaupt einen Wert⁷⁹.

Dem Bischof war es also gelungen, ein seinen Bedürfnissen angemessenes niederrheinisch-westfälisches Bündnis aufzubauen. Ihm ging es um ein ganz bestimmtes Ziel, so allgemein gehalten der defensive Charakter des Vertrages schien. Christoph Bernhard plante einen Schlag gegen die Stadt Münster, für den seine eigenen Kräfte nicht ausreichten. Der Nebenrezeß gestattete eine Machtentfaltung des Bundes, die alle Bedürfnisse in dieser Richtung erfüllte. Ihm zur Seite stand Pfalzgraf Philipp Wilhelm, der ebenfalls genau umschriebene Ziele verfolgte, wenn auch seine politische Denkungsart sich grundsätzlich von der des Bischofs unterschied. Christoph Bernhard suchte einen Ausweg aus der Bedrängnis, in die ihn der Streit mit Mallinckrodt und der Stadt Münster geführt hatte. Philipp Wilhelm bedrängte nur der eigene Ehrgeiz, der ihn zur Auseinandersetzung mit Brandenburg und zur Schaffung einer Basis für noch höher fliegende Pläne antrieb. Einig waren beide Fürsten in dem Wunsch nach möglichst großer Machtentfaltung des Kölner Bündnisses. Die Tatsache des Zusammengehens zweier so energischer katholischer Fürsten blieb im protestantischen Lager nicht unbemerkt. Bald erschollen die ersten Mahnungen zur Vorsicht.

⁷⁸ Veröffentlicht von Joachim S. 38.

⁷⁹ Joachim S. 40 geht mit seiner Behauptung, daß »die beiden Ränkeschmiede« Christoph Bernhard und Philipp Wilhelm das Bündnis nur nach außen als defensiv hinstellten, es aber offensiv ausbeuten wollten, über das Ziel hinaus. Die Sicherung gegen die schwedische Gefahr, die der Bischof im Auge hatte, war eine reine Verteidigungsangelegenheit. Die Benutzung der Bundeshilfe gegen die Stadt Münster betrachtete er ebenfalls als reine Verteidigung seiner fürstlichen Rechte. Auch Philipp Wilhelm dachte ernstlich an keinen Offensivkrieg. Er befand sich ja im Besitz von Jülich und Berg und konnte auf einen größeren Teil der umstrittenen Erbschaft kaum hoffen. Seine Pläne auf die Kaiserkrone und Polen bedurften zwar eines Rückhaltes, waren aber niemals auf kriegerischem Wege zu verwirklichen.

12. KAPITEL

DER ERSTE ZUSAMMENSTOSS MIT DER STADT MÜNSTER

Nach dem Abschluß des rheinischen Bündnisses hielt der Bischof die Zeit für gekommen, der Stadt für ihr unfreundliches Verhalten während der Auseinandersetzung mit Mallinckrodt einen Denkkzettel zu erteilen. Sicherlich spielte dabei die Rachsucht keine geringe, aber auch nicht die einzige Rolle. Es gab zu viele Beispiele aus der letzten Zeit, in der sich Städte gegen ihre Landesherrn erhoben, und nicht immer ging der Landesherr siegreich aus dem Streit hervor.

Schon am Tage vor der Unterzeichnung des Kölner Vertrages bekundete Christoph Bernhard drohend seine Absicht, »auf solche Mittel bedacht zu sein, welche darzu von Gott und den Rechten verordnet sein«¹, um die Stadt in die Grenzen des Gehorsams zu verweisen. Auf beiden Seiten schürte das Hin und Her von Manifesten und Gegenmanifesten² die Erbitterung. Die Stadt ließ es an Sticheleien nicht fehlen. Ihre finanziellen Kräfte standen hinter denen des Landesherrn nicht zurück. Sie verfügte darüber sogar unabhängiger als er. Noch war die Zeit nicht angebrochen, in der die stehenden Heere den Fürsten das einseitige Übergewicht über die großen Städte verliehen.

Sofort nach dem Eintreffen der Nachricht vom Abschluß des rheinischen Bundes berief Christoph Bernhard seine Räte, um die nächsten Maßnahmen gegen die Stadt zu besprechen³. Drei Möglichkeiten standen zur Auswahl: gütliche Verhandlung, überraschender Überfall oder regelrechte Belagerung. Wydenbrück und Merveldt hätten am liebsten gesehen, wenn die Stadt noch einmal zur Bestrafung der Schuldigen vom 7. Oktober aufgefordert worden wäre. Von einer Belagerung hielten beide nichts. Sie hätte große Mittel erfordert, zu deren Beschaffung guter Rat teuer war. Die Staatskassen enthielten nicht einmal so viel Geld, die in Bremen zur Entlassung kommenden Truppen anzuwerben. Sicheren Erfolg gewährleistete die Belagerung trotzdem nicht. Deshalb riet Wydenbrück zu einem gütlichen Ausgleich. Danach könnte immer noch dieser oder jener Wunsch durchgesetzt werden. Die Bürger schon jetzt als Rebellen zu behandeln, hielt er für unververtretbar.

Der Bischof nickte zwar zustimmend zu den Ausführungen seines Rats, ließ aber durchblicken, daß seine innersten Wünsche unberücksichtigt blieben. Ihn bedrängte vor allem die Frage, ob die bremischen Truppen angenommen werden sollten oder nicht. Der Entlassungstag war der 26. Dezember. Fiel die Entscheidung zugunsten des gütlichen Vergleichs, bestand keine Notwendigkeit, sie anzuwerben. Nahm man sie aber an, so mußte ein militärisches Unternehmen folgen, sollte nicht alles Geld umsonst ausgegeben sein. Die Berechnungen

¹ Chr. Bernh. an W. v. Fürstenberg, 14. 12. 1654: MLA. 480, 28/29.

² Tücking S. 22.

³ Ratsprotokoll v. 24. 12. 1654: GR. 588.

gung zu einem Angriff auf die Stadt glaubte er zu besitzen. Als Landesherr und Bischof oblag ihm die Pflicht, die Beleidigungen des Domkapitels durch die Städter zu ahnden. Die Unzweckmäßigkeit einer Blockade sah er ein. Ihr langwieriger Gang würde der Stadt nur erlauben, an anderen Orten Helfer zu werben. Sein entschlossener Geist neigte zu einer »Entreprise«, gegen die nur das einzige Bedenken bestand, daß sie vielleicht mißlingen könnte.

Kanzler Merveldt riet ebenfalls von der Belagerung ab, die ihm schon aus militärischen Gründen zur winterlichen Zeit undurchführbar schien und der Stadt Gelegenheit gab, beim Kaiser und den benachbarten Protestanten Klage zu erheben und Hilfe zu suchen. Er warnte auch vor dem Handstreich, um nicht die Städter zu unbedachten Verzweiflungstaten zu treiben. Wydenbrück fand sich dagegen mit der Entreprise ab. Er tröstete sich, daß den Unschuldigen so am wenigsten Schaden zugefügt würde.

Um Geld in die Hand zu bekommen, mußte der Bischof den seit dem Herbst immer wieder verschobenen Landtag endlich einberufen⁴. Bei der Einladung, an der die Stadt Münster sonst immer im Namen der Städte teilnahm, wurde sie diesmal nicht berücksichtigt. Coesfeld weigerte sich unter Verweis auf eine mit Münster geschlossene Union, die Vertretung zu übernehmen⁵. Schließlich mußte Warendorf sich nach anfänglichem Sträuben zur Mituntersiegelung der Landtagsbriefe verstehen⁶. Die Stadt Münster nahm, wie zu erwarten, den Ausschluß nicht un widersprochen hin. Bürgermeister und Syndikus protestierten am 11. Januar vor dem Fürsten, der aber auf seiner Forderung einer vorherigen Bestrafung der Schuldigen an den Tumulten vom 7. Oktober beharrte⁷. Die Eröffnung des Landtags fand daher am 12. Januar in Coesfeld ohne Teilnahme Münsters statt⁸. Nachdem schon die Räte in Coesfeld weilten, verließen auch Geistliches und Weltliches Hofgericht die Hauptstadt mit der Begründung, in Münster lasse sich der ordentliche Geschäftsgang nicht mehr gewährleisten. Beamten, die sich der Verlegung widersetzen, drohte Entlassung⁹.

Die militärischen Vorbereitungen gingen unter strengster Geheimhaltung vor sich. Als Erklärung für die starken Werbungen erhielt der Bischof von Osnabrück, als er sich wegen des Durchzugs einer ganzen Reiterkompanie von Bremen ins Stift Münster erkundigte, die Antwort, daß die schwedische Gefahr keine andere Wahl lasse¹⁰. Christoph Bernhard verfügte über 3000 Fußknechte und 400 Pferde. Es gelang ihm, den Landtag, wiederum unter Verweis auf die Schwedengefahr, zur Bewilligung von 75 000 Rtl. auf 6 Monate zu bewegen. Ob die Stände ihm vollen Glauben schenkten, bleibt trotzdem zweifelhaft. Der Bischof von Osnabrück kleidete seinen Unglauben in die

⁴ Chr. Bernh. ordnete am 3. 10. 1654 erneut die Ausschreibung eines Landtags zum 26. 10. nach Ahaus an (MLA. 490, 120). Es kam jedoch der Tumult vom 7. Oktober dazwischen.

⁵ Auch Coesfeld war dem Fürsten nicht wohl gesonnen, weil er nach dem Abzug der Hessen das Besatzungsrecht an sich gebracht hatte: Tücking S. 23.

⁶ Warendorf hatte sich ebenfalls auf eine Union mit der Hauptstadt berufen, konnte aber keine Urkunde darüber vorweisen (Erklärung der Stadt Warendorf v. 2. 1. 1655: MLA. 14, 19 II). Tondorf an Chr. Bernh., 27. 12. 1654 u. Chr. Bernh. an Tondorf, 21. u. 29. 12. 1654: Ebd.

⁷ Protokoll v. 11. 1. 1655: Ebd.

⁸ Protokoll v. 12. 1. 1655: Ebd.

⁹ Chr. Bernh. an Official und Weltl. Hofrichter, 14. u. 16. 1. 1655: MLA. 2, 17 I.

¹⁰ Chr. Bernh. an Franz Wilhelm, 3. 1. 1655: MLA. 540a IV.

spöttische Anfrage, warum denn die Schweden es ausgerechnet auf das Stift Münster abgesehen haben sollten. Aber Christoph Bernhard wußte auch hierfür Rat: Die Durchführung der kaiserlichen Kommission in der Bremer Streitsache sei ihnen so unangenehm gewesen, daß sie jetzt Rache üben wollten¹¹.

Auch der Stadt schwante nichts Gutes. Sie verstärkte im Januar die Wachen. Am 4. Februar hielt der Bischof den Augenblick für gekommen. Obrist von Nagel schlich sich abends mit einigen beherzten Reitern unerkannt in die Stadt, um am nächsten Morgen das Liebfrauentor den draußen wartenden Truppen zu öffnen. Ein Knecht des Pfarrers von Kinderhaus verriet jedoch den Bürgermeistern, daß sich bischöfliche Kompanien im Gebüsch vor der Stadt verbargen. Nagel konnte sich gerade noch durch schnelle Flucht retten¹². Die »Entreprise« nahm ein klägliches Ende. Der Bischof hatte selbst der Stadt eine Waffe in die Hand gedrückt, die sie bei den Reichsbehörden gegen ihn verwenden konnte¹³.

Die Beschwerde der Bürgermeister an den Kaiser nahm noch am selben Tage ihren Weg nach Wien. Die Stadtväter waren aber einsichtig genug zu begreifen, daß die Verteidigung der Stadt gegen ein Belagerungsheer im Winter bei zugefrorenen Gräben keine Aussicht auf Erfolg bot. Sie leiteten Verhandlungen mit dem Fürsten ein. Christoph Bernhard erhob am ersten Konferenztage auf Haus Schöneflieth (7. Februar) die alte Forderung, die Anstifter der Unruhen vom 7. Oktober zu bestrafen. Vergeblich bat Bürgermeister Herding, Gnade walten zu lassen, und bot für diesen Fall an, dem Landesherrn die Stadttore zu öffnen. Er erhielt zur Antwort, die Strafe solle ja nur den Stadtoberhäuptern helfen, sich gegen den Pöbel durchzusetzen¹⁴. Gerade die Herrschaft des unteren Volkes sei zu befürchten, erwiderte Herding, wenn der Bischof die Stadt durch harte Forderungen zum Äußersten treibe. Er bot über sein erstes Entgegenkommen hinaus den Rücktritt des Christoph Bernhard verhaßten Syndikus Viertenhalben und Güterhaftung an. Auch das verfiel nicht. Der Bischof verlangte als Sicherheit die Aufnahme einer Besatzung von 1200 Fußknechten und 100 Reitern unter einem fürstlichen Kommandanten¹⁵. Herding nahm das Zumuten ohne Antwort zur Kenntnis. Er wußte, daß weder Rat noch Ämter zustimmen würden.

Um den toten Punkt zu überwinden, griff die Stadt zu einem wirkungsvollen Mittel. Zur großen Verblüffung des Bischofs und seiner Räte erschienen am 11. Februar der alte Generalvikar Vagedes und der Franziskanerprovinzial Helm auf Schöneflieth¹⁶. Indem die Geistlichen sich zum Fürsprecher der Stadt machten, ging das Argument verloren, daß diese die Geistlichkeit schlecht behandle und verjagen wolle, eine Beschuldigung, mit der man an auswärtigen katholischen Höfen erfolgreich arbeiten konnte. Die beiden Geistlichen boten an, eine der Höhe nach vom Fürsten zu bestimmende Besatzung in die Stadt aufzunehmen, wenn Generalamnestie gewährt und die alten Privilegien bestätigt und sofern eine gewisse Beteiligung an Schlüsselgewalt und Parole bewilligt würden¹⁷. Es gelang beiden, den Zorn des Bischofs zu besänftigen. Er

¹¹ Desgl., 29. 1. 1655: Ebd.

¹² Tücking S. 23.

¹³ Die Stadt Münster an den Kaiser, 5. 2. 1655: MLA. 388, 57.

¹⁴ Protokoll v. 7. 2. 1655: GR. 588.

¹⁵ Protokoll v. 9. 2. 1655: Ebd.

¹⁶ Beglaubigungsschreiben der Stadt v. 10. 2. 1655: MLA. 2, 17 IV.

¹⁷ Protokoll v. 11. 2. 1655: GR. 588.

verzichtete auf die Bestrafung der Schuldigen und schloß nur Syndikus Viertenhalben und Lic. Viehoff von der Amnestie aus. Für den Posten des Kommandanten schlug er den in der Stadt nicht unbeliebten Generalwachtmeister von Reumont vor¹⁸.

Ermutigt über diesen Erfolg kehrten die Unterhändler am nächsten Tage in Begleitung der Bürgermeister und des Stadtrats nach Schöneflieth zurück und erhoben Einwendungen gegen die vom Bischof geforderte Besetzung von 1000 Musketieren und 200 Reitern. Sie könnten höchstens 600 Fußsoldaten und 200 Reiter aufnehmen. Viertenhalben und Viehoff mußten auch unter die Amnestie fallen. Die Stadt erwarte, daß die Besetzung ihr genauso wie dem Fürsten den Eid leiste. Der Bischof lehnte jedes Entgegenkommen ab¹⁹.

Auch als am Tage darauf die beiden Geistlichen wieder allein mit einem schriftlichen Beschluß der Stadt erschienen, ließ sich nichts erreichen. Christoph Bernhard erteilte ihnen sogar einen Verweis für die Übernahme der Vermittlung²⁰. Erst als die städtischen Delegierten am 15. einer Besetzung von 800 Mann und 200 Pferden in fürstlichem und städtischem Eid zustimmten, ließ der Bischof die Abfassung eines Rezesses zu²¹.

Offenbar stand er unter Zeitdruck. Dem Domkapitel erklärte er seinen Beschluß zur sofortigen Ausarbeitung des Vergleichs mit der Gefahr, die angesichts der Truppenkonzentration der Schweden bei weiterem Verzug drohte²². Die Begründung scheint wenig glaubhaft. Viel eher bestand die Möglichkeit, daß der Kaiser eingriff. Die Beschwerde der Stadt in Wien war dem Bischof sicher nicht verborgen geblieben. Es wäre ihm schwer gefallen, den Handstreich gegen die Stadt zu rechtfertigen. Ihm lag also daran, den Streit aus der Welt zu schaffen, bevor ein kaiserliches Schreiben eintraf.

Tatsächlich gelang es, am 25. Februar den sogen. Schönefliether Vertrag in Kinderhaus abzuschließen²³. Der Kompromiß über die fürstliche Begleittruppe – 800 zu Fuß und 200 Pferde – erhielt Rechtskraft. Von dieser Mannschaft sollten später 450 Mann zu Fuß und 100 Pferde als Besetzung in der Stadt bleiben »bis nechstkünftigen Landtage (gestalt alsdann ferner darüber tractiert werden solle)«, eine Bestimmung, die später eine verhängnisvolle Rolle spielte. Die Stadt fügte ihrerseits 150 Mann hinzu. Die Mannschaft leistete Bischof und Stadt den Eid. Der Landesherr kam auch in der Frage des Unterhalts der Truppen weit entgegen²⁴, ja, in einem Nebenrezeß erklärte er sogar, in Wirklichkeit nur 550 Mann als Begleitung in die Stadt zu bringen²⁵. Ganz unbestreitbar hatte die Stadt einen beachtlichen Erfolg errungen.

Nur zu bald zeigte sich, daß die Eile des Bischofs begründet war. Am Tage vor dem Abschluß des Schönefliether Vergleichs unterzeichnete Kaiser Ferdinand III. in Wien ein Mandat zu Gunsten der Stadt, in dem er dem Fürstbischof jede Gewaltanwendung verbot und die Streitigkeit auf den Rechtsweg verwies²⁶. Wäre das Mandat zur Zeit der Verhandlungen eingetroffen²⁷,

¹⁸ E. Müller, Reichsritter Johann von Reumont, Stadtkommandant von Münster und Oberkommandant im Stift Münster (1600-1672), WZ. 90, 1934, I S. 171 ff.

¹⁹ Protokoll v. 12. 2. 1655: GR. 588. – ²⁰ Protokoll v. 13. 2. 1655: Ebd.

²¹ Protokoll v. 15. 2. 1655: Ebd.

²² Domkapitelsprotokoll v. 24. 2. 1655: DK. Prot. 21 Bl. 152.

²³ Protokoll v. 25. 2. 1655: GR. 588. – ²⁴ Vertrag v. 25. 2. 1655: MU. 4509.

²⁵ Nebenrezeß v. 25. 2. 1655: MLA. 2, 17 IV. – ²⁶ Mandat v. 24. 2. 1655: MU. 4508.

²⁷ Das Mandat langte anscheinend erst Mitte März beim Bischof an. Chr. Bernh. an Franz Wilhelm, 19. 3. 1655: MLA. 540a IV.

so hätte die Stadt dem Vergleich auf keinen Fall zugestimmt, aber auch das nachträgliche Eintreffen legte den Keim zu neuen Verwicklungen. Der Bischof zürnte dem Kaiser über die unfreundliche Entscheidung und die beleidigende Enthüllung seiner mißlungenen »Entreprise«²⁸. Die Stadt fühlte sich über-tölpelt, aber auch gleichzeitig in ihrem Widerstand bestärkt. Aus diesen Stim-mungen konnte kein dauerhafter Frieden entstehen.

13. KAPITEL

ERWEITERUNG DES BÜNDNISSYSTEMS

Der eigenartige Verlauf der ersten münsterischen Krise hatte eine Bewäh-rungsprobe des vom Bischof geschaffenen Kölner Bündnisses für innere Schwierigkeiten nicht gestattet. Christoph Bernhard verhehlte sich aber eben-sowenig wie seine Gegner, daß die eigentliche Auseinandersetzung noch be-vorstand. Das Bündnis besaß also nach wie vor seinen Wert.

Indessen erforderte das Nebeneinander des kurrheinischen Rezesses von 1651, dem die drei geistlichen Kurfürsten angehörten, und des Kölner Bünd-nisses vom Dezember 1654, das außer Kurtrier und Kurköln auch Münster und Pfalz-Neuburg zu seinen Gliedern zählte, aber Kurmainz ausschloß, eine Klärung der gegenseitigen Beziehungen. Nachdem ihm der Kurfürst von Trier und der Pfalzgraf schon weitgehend Mitteilungen über das neue Bündnis zu-geschickt hatten, blieb nichts anderes übrig, als Johann Philipp von Schönborn den Abschluß des Kölner Bundes offiziell anzuzeigen¹. Indem die beiden im neuen Bündnis befindlichen rheinischen Kurfürsten bei ihrem Mainzer Kol-legen anregten, den Vertrag von 1651 auf Münster und Pfalz-Neuburg aus-zudehnen, erweckten sie den Anschein, als ob der Frankfurter Rezeß nur eine Ausweitung durch zwei neue Genossen erführe. Dieses die mainzischen Ge-fühle am meisten schonende Verfahren erreichte seinen Zweck. Johann Philipp stimmte zu. Ihm lag ohnehin an der Verbreiterung des Bündnisses².

Bevor die zustimmende Antwort aus Mainz eintraf³, setzte Pfalzgraf Philipp Wilhelm eine schriftliche Bitte um Aufnahme in das Frankfurter Bündnis auf (28. 1. 1655). Als er es dem Bischof von Münster zur Mitunter-

²⁸ Chr. Bernh. an Kaiser Ferdinand, 23. u. 26. 3. 1655: MLA. 388, 57. Chr. Bernh. an Volmari, 26. 3. 1655: MLA. 473, 25.

¹ Mitteilung durch Kurtrier und Kurköln am 20. 12. 1654: Joachim S. 43 f.

² Ebd. S. 44.

³ Maximilian Heinrich benachrichtigte Christoph Bernhard u. Philipp Wilhelm mit Schr. v. 31. 1. 1655: MLA. 480, 28/29.

zeichnung übersandte, stimmte dieser keineswegs sofort zu. Erst als der Pfalzgraf nach öfteren Mahnungen drohte, notfalls auch allein dem kurrheinischen Rezeß beizutreten⁴, unterzeichnete Christoph Bernhard endlich⁵. Er bewies damit, daß er an einer Erweiterung des Kölner Bundes wenig Gefallen fand. Die Aufnahme ferngessener Fürsten lag niemals in seinem Interesse, weil ihre Hilfe im Notfall zu spät kam. Ihn trieb die Aussicht auf schnelle Hilfe zum Abschluß eines Bündnisses. Er stand damit im Gegensatz zu einem Manne wie Johann Philipp von Mainz, dem über dem eigenen Vorteil der höhere Gedanke eines allgemeinen Sicherheitssystems vorschwebte.

Um sich selbst fremde Hilfe zu sichern, war dem Bischof jedes Mittel recht. Die Vorgänge des Frühjahrs 1655 werfen darauf ein bezeichnendes Licht. Es schien, als der Streit mit der Stadt Münster gerade in ruhigere Bahnen einlenkte, als ob sich eine neue Drohung von anderer Seite erhob. Die Werbeoffiziere Graf Königsmarcks verbreiteten im Herzogtum Bremen das Gerücht, ein neuer Feldzug in Westfalen und am Rhein stehe bevor. Sie verschafften sich damit größere Anziehungskraft, als wenn sie die Wahrheit gesagt hätten. Nach dem entlegenen, armen Polen zu gehen, fühlte niemand Lust. Während der Pfalzgraf, der immer noch vor schwedischen Ansprüchen auf das Herzogtum Jülich zitterte, in große Unruhe geriet, antwortete Christoph Bernhard auf seine ängstlichen Hilfesuche in beruhigendem Tone. Er hegte kaum Zweifel daran, daß Schweden gegenwärtig im Westen des Reichs keine Ziele verfolgte⁶. Auch als Feldmarschall von Reuschenberg im Auftrag des Pfalzgrafen in Münster eintraf, um nochmals auf die Gefahr der schwedischen Rüstungen und die ungeklärte Haltung Brandenburgs und Braunschweigs hinzuweisen, äußerte der Bischof wiederum seine Ansicht, daß trotz aller Gefahren mit einem schwedischen Angriff auf die katholischen Fürsten Nordwestdeutschlands nicht zu rechnen sei. Reuschenberg gab nicht so rasch nach. Er regte an, auch Paderborn und andere westfälische Kreisstände in das Bündnis aufzunehmen, vielleicht auch die Stärke der Hilfsvölker zu vermehren und alle diese Fragen auf einer Konferenz in Köln zu beraten⁷. Geschickt antwortete Christoph Bernhard, daß eine Konferenz, wenn die Gefahr wirklich bestehe, wenig Nutzen verspreche. Er halte es für zweckmäßiger, wenn alle Bundesgenossen so handelten wie er. Seine 1500 Mann stünden Gewehr bei Fuß, und es wäre gut, wenn die rheinischen Verbündeten ihre Truppen ebenfalls in die Gegenden rechts des Rheins verlegten, da ja die Gefahr von der Weser her drohe. Gegen einen Beitritt Paderborns, das, wie er wisse, dazu bereit sei, erhebe er keine Bedenken. Paderborn werde aber fordern, daß auch einige Protestanten beitreten⁸. Freudig begrüßte er die Absicht, die Kontingente zu erhöhen. 3000 Mann zu Fuß und 1000 Pferde schlug er für jeden Teilnehmer vor⁹.

⁴ Philipp Wilhelm an Chr. Bernh., 16. 2. 1655: MLA. 539, 2.

⁵ Chr. Bernh. an Philipp Wilhelm, 19. 2. 1655: Ebd. Kurmainz stellte den Aufnahmeschein am 20. 3. aus: MLA. 480, 28/29. Joachim S. 45.

⁶ Chr. Bernh. an Philipp Wilhelm, 25. 3. 1655: MLA. 539, 2.

⁷ Denkschrift Reuschenbergs v. 3. 4. 1655: Ebd.

⁸ Paderborn gehörte zum Hildesheimer Bund von 1652, gemeinsam mit Schweden, Braunschweig und Hessen-Kassel. – Kleinere Stände, wie Tecklenburg, Werden, Essen und Corvey erklärten sich bereit, dem Kölner Bündnis beizutreten (Corvey durch Wydenbrück am 8. 4. 1655 veranlaßt: MLA. 480, 28/29. Joachim S. 47). Lippe-Deimold, das Wydenbrück ebenfalls zum Beitritt bewegen wollte, lehnte am 26. 5. 1655 ab: Ebd.

⁹ Resolution v. 6. 4. 1655: MLA. 539, 2.

Obleich er die schwedische Gefahr so gering achtete, eignete er sich doch das bequeme Argument an und forderte noch am gleichen Tage seine rheinischen Genossen auf, ihre Truppen auf die rechte Rheinseite zu führen und in die Festung Dorsten zu werfen¹⁰. Die einmalige Gelegenheit, die Bundestruppen an die Grenzen des Fürstbistums zu locken, durfte nicht ungenutzt verstreichen. Späterer Zeit blieb es vorbehalten, einen Grund zu finden, sie an Ort und Stelle festzuhalten, bis man sie brauchte.

Christoph Bernhard rechnete hierbei zu wenig mit der Denkfähigkeit seiner Verbündeten. Angesichts der anhaltenden Bedrohung der Westgrenzen durch Spanier und Franzosen hätte die Abführung der eigenen Truppen nach Westfalen Selbstaufopferung bedeutet. Die schwedischen Absichten schienen keineswegs so eindeutig nach Westen gerichtet, daß diese letzte Notwendigkeit unvermeidbar wurde. Niemand konnte auch verkennen, daß die Bundestruppen einem schwedischen Kriegsheer nicht gewachsen waren, während sie andererseits zur Verhinderung einer Einquartierung nützliche Dienste leisteten.

Enttäuscht gab der Bischof nach einiger Zeit seinen Plan auf. Ohne den erwünschten Rückhalt geblieben, beunruhigte ihn die Verschlechterung der Lage in seiner Hauptstadt um so mehr. Nach kurzer Pause erhitzten sich nämlich die Gemüter nach Eintreffen des kaiserlichen Mandats von neuem. Die Einsicht, beim Abschluß des Vergleichs unter selbstverschuldetem Zeitdruck gestanden zu haben, kam zu spät. Graf Kurz rieb dem Bischof später unter die Nase, daß er gefälligst seine Vorhaben mit dem Kaiser vor ihrer Durchführung besprechen möge, wenn er solche Rückschläge in Zukunft vermeiden wolle¹¹. Diese Erkenntnis dürfte der Bischof inzwischen selbst gewonnen haben. Der Gedanke einer näheren Verbindung mit dem Kaiser lag also in der Luft. Auch diesmal wählte er die schwedische Gefahr, an die er selbst nicht glaubte, als Vorwand, um den Pfalzgrafen zu einem gemeinsamen Schritt beim Kaiser zu überreden, durch den sie um Schutz gegen alle Gewalt bitten wollten¹². Philipp Wilhelm griff in seiner Angst vor den Schweden begierig nach der dargebotenen Stütze¹³.

Das nach Wien abgehende Gesamtschreiben beider Fürsten zeigte in mehr als einer Hinsicht merkwürdige Züge. Bischof und Pfalzgraf unterzeichneten als ausschreibende Fürsten des Westfälischen Kreises, bezogen sich aber gleichzeitig auf ihre Mitgliedchaft im Kölner Bündnis, »mit dem naiven Eingeständnis«¹⁴, daß von diesem kein hinreichender Schutz zu erwarten sei. Der Kaiser antwortete im Juni mit allgemeinen Vertröstungen: Von den Schweden sei in diesem Jahre nichts Böses zu befürchten. Der Bischof wußte das selbst. Die Annäherung an den Kaiser war mißlungen. Zu sehr beherrschte noch der Ärger über den Anschlag des Bischofs auf seine Stadt die Gemüter am Wiener Hofe. Den Anträgen eines Mannes, der solche heimtückischen Pläne ausbrütete, begenete man am besten mit Vorsicht.

¹⁰ Chr. Bernh. an Kurtrier und Kurköln, 6. 4. 1655; MLA. 480, 28/29; Joachim S. 51 f.

¹¹ W. v. Fürstenberg an Chr. Bernh., 7. 7. 1655; MLA. 2, 17 II.

¹² Am 27. 4. 1655. Joachim S. 52 meint, daß der Schritt einem echten Gefühl der Bedrohung durch Schweden entsprang. Das steht im Widerspruch zu den beruhigenden Äußerungen des Bischofs, die J., S. 46, selbst erwähnt: »Wie nichtig ein derartiges Fabulieren war, davon überzeugte sich der sonst vor den Schweden so besorgte Bischof von Münster.« Die Beurteilung gilt für den April 1655.

¹³ Das Schr. ging am 30. 4. 1655 von Düsseldorf nach Münster, von dort am 3. 5. nach Wien ab. — ¹⁴ Joachim S. 52.

Wie der Bischof über die schwedische Gefahr in Wirklichkeit dachte, enthielt er ganz unbefangen dem Pfalzgrafen¹⁵, als dieser auf den Gedanken einer Bundeskonferenz zurückkam¹⁶. Um nicht an der unwillkommenen Zusammenkunft teilnehmen zu müssen¹⁷, leugnete er jede Bedrohung. Der Pfalzgraf gewann jedoch Kurköln für seinen Plan und nahm dem Bischof damit die Möglichkeit, die Konferenz weiterhin abzulehnen, wollte er sich nicht dem Verdacht der Bündnisuntreue aussetzen. Sehr ungern bevollmächtigte er Wilhelm von Fürstenberg¹⁸, aber nur als Beauftragten in kaiserlicher Kommission zur Regelung der kleve-jülichischen Religionssachen¹⁹.

Fürstenberg reiste vergeblich. Außer ihm erschien kein Gesandter in Köln, weil Kurtrier inzwischen Aufschub und Verlegung der Konferenz nach Frankfurt beantragt hatte²⁰. Dem Bischof kam das gerade recht²¹. Seine Besorgnis, der Kaiser könnte eine Bundeskonferenz in Köln beargwöhnen, traf für Frankfurt als Tagungsort nicht zu. Hier konnte sie als Sitzung der Reichsdeputation getarnt werden²².

Bernhard von Wydenbrück bemühte sich auf der Hinreise über Paderborn²³, Bischof Dietrich Adolf nochmals für das rheinische Bündnis zu gewinnen. Trotz ernster Bedenken über die ehrlichen Absichten seiner protestantischen Bundesgenossen lehnte der Paderborner jedoch ab²⁴.

Nur zögernd trafen die Gesandten in Frankfurt ein. Die am 5. August beginnende Versammlung beschäftigte zuerst die Frage, in welcher Form Pfalz-Neuburg teilnehmen sollte, das bekanntlich nicht zur Reichsdeputation gehörte. Zur schmerzlichen Enttäuschung des Pfalzgrafen erhielten seine Gesandten die Weisung, in Mainz zu wohnen und von dort aus Verbindung mit Frankfurt zu halten. Nur so konnte aber der Deckmantel der Reichsdeputation bewahrt werden. Allzugern hätte Philipp Wilhelm entscheidenderen Einfluß auf die Tagung genommen, vor allem, um seinem Günstling Reuschenberg das Bundesgeneralat zu verschaffen. Münster und alle anderen Teilnehmer standen der Schaffung eines solchen Postens argwöhnisch gegenüber. Niemand wußte, welche Pläne der ehrgeizige Pfalzgraf damit verband²⁵. Wyden-

¹⁵ Chr. Bernh. an Philipp Wilhelm, 25. 5. 1655: MLA. 539, 2.

¹⁶ Philipp Wilhelm an Chr. Bernh., 23. 5. 1655: Ebd.

¹⁷ Joachim S. 53.

¹⁸ Chr. Bernh. an Philipp Wilhelm, 8. 6. 1655: MLA. 539, 2.

¹⁹ Joachim S. 53.

²⁰ Philipp Wilhelm an Chr. Bernh., 2. 7. 1655: MLA. 539, 2. – Kurtrier wollte damit wahrscheinlich die Zuziehung des Kurfürsten von Mainz sicherstellen.

²¹ Dem Schr. Chr. Bernhards an Philipp Wilhelm v. 25. 6. 1655 (MLA. 539, 2), dem Joachim S. 55 große Bedeutung als Darstellung der gegenwärtigen Lage, wie sie Chr. Bernh. sah, beimißt, kommt in Wahrheit keine besondere Wertschätzung zu. Es ist einer der üblichen Ergüsse über die allseits drohenden Gefahren, die zum diplomatischen Handwerkszeug der Zeit gehörten.

²² Chr. Bernh. an Philipp Wilhelm, 6. 7. 1655: MLA. 539, 2. Offizielle Annahme der Einladung im Schr. v. 16. 7. an Kurköln: MLA. 542 a. Joachim hat die ständige Rücksichtnahme des Bischofs auf den Kaiser nicht erkannt. Er verwickelt sich daher in Widersprüche, so z. B. hier: Der Bischof lehnt die Konferenz in Köln ab und schickt dann nur widerwillig Fürstenberg. Weshalb er unmittelbar darauf der Konferenz in Frankfurt bereitwillig zustimmte, wird nicht erklärt.

²³ Vollmacht v. 23. 7. 1655: MLA. 539, 2. Beglaubigungsschreiben an Paderborn v. 24. 7.: MLA. 533, 4^{1/2}.

²⁴ Joachim S. 47. – Wydenbrück an Chr. Bernh., 5. 8. 1655, mit Bericht über die Unterredung in Dringenberg: MLA. 480, 28/29.

²⁵ Joachim S. 57.

brück stimmte auftragsgemäß mit Kurmainz und der Mehrheit der Einsetzung des Generalfeldzeugmeisters Joh. Wilhelm von Hunolstein als Oberkommandierenden zu. Reuschenberg erhielt eine Antwortschaft für später unter Bedingung vorherigen Ausscheidens aus pfalz-neuburgischen Diensten.

Während er sich hierin einer eigenen Initiative überhoben sah, ergriff Wydenbrück das Wort, um den Beitrag seines Herrn herabzudrücken. Zu allseitiger Überraschung erklärte er während der Beratung über die Verlängerung des Kölner Bundes, Münster wünsche den kurrheinischen Rezeß von 1651 zur Grundlage des neuen Bündnisses zu nehmen, wenn die Verteilung der Beiträge nach der Matrikel geschehe. Der Kölner Vertrag belaste Münster über Gebühr. Der Kurmainzer Gesandte Dr. Meel legte seiner Verärgerung über das kleinliche Herumnörgeln in einer Zeit wirklicher Not keine Zügel an²⁶.

In dem schließlich fertiggestellten Rezeß vom 11. August²⁷, zu dessen Unterzeichnung die Pfalz-Neuburger heimlich nach Frankfurt kamen, setzten die Teilnehmer sowohl den kurrheinischen Vertrag vom 21. März 1651, als auch den Kölner Vertrag vom 15. Dezember 1654 zur Grundlage. Größere Änderungen erfolgten nicht. Die Verschmelzung beider Bündnisse war damit erreicht, ob zum Segen Deutschlands, mußte sich erweisen.

Eine Beurteilung des Vertrages durch den Bischof liegt nicht vor. Er hat an seinem Zustandekommen keinen wesentlichen Anteil genommen. Die Ausweitung des Bündnisses nach Südwesten fand nicht seinen Beifall. Unerfüllt blieb sein Wunsch nach Verminderung des münsterschen Beitrages. Die Bilanz für ihn lautete also: Gleiche, seiner Meinung nach zu hohe Lasten bei erweiterten Verpflichtungen und infolgedessen geringerem eigenem Nutzen. Die Ernennung eines militärischen Oberbefehlshabers minderte zudem die Verfügungsgewalt des einzelnen Bundesgenossen. Dagegen dürfte ihm die Erkenntnis, daß der Frankfurter Bund Ansatzpunkt einer ihm sehr unwillkommenen Politik werden könnte, im Augenblick noch nicht gekommen sein. Ihm fehlte die Muße, sich mit derartigen Fragen zu beschäftigen. Dringende Fragen der inneren Politik nahmen seine Kräfte in Anspruch.

²⁶ Ebd. S. 59.

²⁷ Der Rezeß in MLA. 480, 28/29.

14. KAPITEL

BISCHOF UND STADT BIS ZUM FRÜHJAHR 1657

Mochte der Schönefliether Vergleich die zwischen dem Fürsten und seiner Hauptstadt stehenden Streitpunkte im Ganzen ungelöst lassen, in einem Punkte traf er doch eine klare Entscheidung. Die Stadt entsagte des Schutzes über Bernhard von Mallinckrodt. Nur scheinbar war sein Stern in dieser Zeit wieder im Steigen. Der Kurfürst von Köln und Pfalzgraf Philipp Wilhelm hätten nur zu gern die Vermittlung zu seinen Gunsten übernommen¹. Trotzdem beschloß das Domkapitel ungeachtet des päpstlichen Verbots, am 6. April 1655 zur Wahl eines neuen Dechanten zu schreiten. Die Mehrheit stimmte für Jobst Edmund von Brabeck, damals noch einer der eifrigsten Anhänger des Bischofs². Der Domkürster zeigte über die Ehre wenig Freude. Seine bisherige Tätigkeit als fürstlicher Rat sagte ihm mehr zu. Dieses Amt bestritt ihm niemand, während der Besitz der Domdechanei noch einem Rechtsstreit unterlag. Die Briefe Johann Rotger Torcks über den Fortgang des Prozesses in Rom klangen »skrupulose und perplex«³. Brabeck entschloß sich daher nur zu einer bedingten Annahme der neuen Würde⁴. Seine bisherige Ratsstelle übertrug der Bischof dem neuen Domkürster Matthias Korff-Schmising, einem seiner getreuesten Helfer und Diplomaten⁵. Gleichzeitig mit ihm erhielt Bernhard von Wydenbrück eine Ratsstelle, auch er ein unermüdlicher, aber auch bedenkenloser Verfechter der Sache seines Herrn. Die Stellung Christoph Bernhards im Staate verstärkte sich durch diesen Ministerwechsel erheblich.

Auch in Rom sanken die Aussichten Mallinckrodts, als nach dem Tode Innozenz' X. der frühere Nuntius in Köln und Gesandte zu den Friedensverhandlungen in Münster, Fabio Chigi, als Alexander VII. den päpstlichen Stuhl bestieg⁶. Der neue Papst schätzte Christoph Bernhard und seinen sittlichen Ernst⁷, er kannte aber auch das heftige und unverträgliche Wesen Mallinckrodts. Seine anfängliche Hochachtung für die Gelehrsamkeit des Dom-

¹ Maximilian Heinr. und Phil. Wilh. an Chr. Bernh., 7. 2. 1655: MLA: 2, 17¹.

² Wahlprotokoll v. 6. 4. 1655: DK. Prot. 21. Bl. 171. Seine Charakterisierung bei Alpen, I S. 93 ff.

³ Dr. Boichorst an Chr. Bernh., 19. 4. 1655: MLA. 2, 17 V.

⁴ Brabecks Bedingungen für die Annahme der Wahl waren: Schadenersatz für eventuelle Prozeßkosten: Rücktritt zur Domkürsterei, falls Mallinckrodt die Dechanei wiedererlangt, und Verwaltung der fürstl. Ratsstelle durch einen Vertreter für die Dauer des Prozesses. Das Domkapitel nahm die Bedingungen an. Protokoll v. 8. 4. 1655: DK. Prot. 21 Bl. 172. Die bfl. Bestätigung erfolgte am 10. 4.: MLA. 15, 6. — Brabeck, der noch kein Priester war, schob die Weihe noch über 12 Jahre hinaus. Im entscheidenden Augenblick kam ihm das teuer zu stehen.

⁵ Am 19. 4. 1655.

⁶ Innozenz X. starb am 7. 1. 1655, Alexander VII. folgte ihm am 7. 4. d. J.

⁷ H. Bückler, Der Nuntius Fabio Chigi (Papst Alexander VII.) in Münster 1644–1649, WZ. 108, 1958, S. 37.

dechanten verkehrte sich bald in Abneigung. Durch geeignete Schritte fiel es jetzt leicht, Mallinckrodt den Weg nach Rom zu verbauen⁸.

Während die kaiserliche Kommission in Köln über den Streit des Bischofs mit der Stadt Münster verhandelte, nahm Wydenbrück auch Verbindung mit dem alten Domdechanten auf. Anfangs schien es, als wollte dieser gegen ein gutes Gehalt auf seine Würde verzichten, ja man trat bereits in Verhandlungen über Einzelheiten seiner Versorgung ein⁹, so daß selbst der Bischof an eine Möglichkeit glaubte, seinen Gegner zu befriedigen¹⁰. Plötzlich warf jedoch Mallinckrodt das Steuer abermals herum und lehnte alle getroffenen Absprachen ab¹¹. Er hatte die Waffenstillstandsverhandlungen nur geführt, um ungestört beim Kardinalskolleg erneut einen Antrag auf Überprüfung der letzten Bischofswahl einzubringen¹². Die Haltung Alexanders VII. versprach zwar seiner Sache wenig Erfolg¹³, das hinderte Mallinckrodt aber nicht zu verbreiten, der Papst habe ihn wieder in Amt und Würden eingesetzt¹⁴. Wenn der Bischof trotzdem die Verbindung mit seinem eigensinnigen Widersacher nicht kurzweg abbrach, so bewog ihn dazu die Rücksicht auf dessen adlige Verwandtschaft. Er hat immer seiner eigenen Herkunft aus diesen Kreisen Rechnung getragen. Erst als Mallinckrodt's Geldforderungen über 100 Rtl. monatlich hinauskleitterten, begann er die Hoffnung fahren zu lassen, daß es diesem um einen Vergleich ernst sei¹⁵. Er ließ nun dem schon Anfang 1655 eingeleiteten Kriminalprozeß gegen seinen ungetreuen Untertanen seinen Lauf¹⁶. Korporal Albert Rotfoß überwachte den Domdechanten in Köln, um ihn, wenn er nach Münster reisen sollte, an den Grenzen des Stiftes zu verhaften¹⁷.

Was Mallinckrodt bewog, die gefährliche Reise im Juli 1657 anzutreten, ist nicht ersichtlich¹⁸. In der Wohnung eines Kanonikus zu St. Mauritius wurde er verhaftet und auf der Burg Ottenstein gefangengesetzt. Dort ist er fast unbeachtet von der Umwelt im März 1664 gestorben. Seine zahllosen Schreiben an den Bischof und seine Räte, in denen er die Durchführung eines ordentlichen Gerichtsverfahrens forderte, blieben unbeantwortet, viele ungeöffnet. Die Beschränkungen seiner Haft führten wenig Härten mit sich. Am meisten schmerzte ihn der Verlust seiner einzigartigen Bibliothek von über 5000 Bänden, den er nie verwand¹⁹.

Obgleich Anlaß des verhängnisvollen Streites zwischen Bischof und Hauptstadt, hat die Angelegenheit Mallinckrodt's seit 1655 keinen Einfluß mehr

⁸ Tücking S. 25.

⁹ Chr. Bernh. an W. v. Fürstenberg, 24. 2. 1656: MLA. 2, 17 II. Vollmacht für M. Korff-Schmising und B. v. Wydenbrück v. 8. 3. 1656: Ebd.

¹⁰ Chr. Bernh. an W. v. Fürstenberg, 9. 3. 1656: Ebd.

¹¹ Resolution Mallinckrodt's v. 15. 3. 1656: Ebd.

¹² W. v. Fürstenberg an Chr. Bernh., 17. 3. 1656: Ebd.

¹³ Alexander VII. erklärte in einem Gespräch W. v. Fürstenberg, er habe Mallinckrodt's »doctrinam vor diesem . . . aestimieret, hätte aber zu Münster befunden, daß es lauter Pedanterien wären«. W. v. Fürstenberg an Chr. Bernh., 17. 3. 1656: Ebd.

¹⁴ Chr. Bernh. an W. v. Fürstenberg, 30. 3. 1656: Ebd.

¹⁵ Chr. Bernh. an W. v. Fürstenberg, 27. 4. 1656: Ebd.

¹⁶ Als Kommissare wurden am 21. 2. 1655 dazu ernannt: Der Pastor zu Billerbeck, der Richter Dr. Bernh. Schöpping zu Coesfeld u. Lic. Swicker: MLA. 2, 17 I.

¹⁷ Befehl Christoph Bernhards v. 13. 5. 1656: MLA. 2, 17 V.

¹⁸ Am 24. 7. 1657 warnte der Bischof die Stadt Münster, sich Mallinckrodt's anzunehmen, falls er zurückkehren sollte: MLA. 2, 17 II.

¹⁹ Tücking S. 26.

darauf gehabt. Seine Entwicklung bestimmten andere Gegebenheiten. Vor allem waren es die kaiserlichen Mandate²⁰, die die Gedanken der Städter, wie der Bischof sich ausdrückte, darauf lenkten, »aus dem Gehorsam zu treten«. Von allen Ecken der Stadt hörte er, »daß ihnen leid sei, daß sich mit mir vergleichen, solches auch in Ewigkeit nicht getan hätten, wann davon vorher einige Nachricht gehabt hätten«²¹. Zwar versuchte Kaiser Ferdinand, nachdem seinen Räten Bedenken über die Zweckmäßigkeit des Mandates vom 24. Februar gekommen waren, den Bischof zu beruhigen²², und übergab in merkwürdiger Verkennung der Lage zum Beweis seiner unparteiischen Haltung diesem einen Befehl an die Stadt, sich in keine neue Empörung zu vertiefen²³. Christoph Bernhard raubte dieser Ermahnung jedoch jede Wirkungsmöglichkeit, indem er sie in seiner Schatulle liegen ließ²⁴. Der Wortlaut schien ihm nicht scharf genug²⁵.

Die Stadt blieb in der Zwischenzeit nicht untätig. Anfang Juni klagten die Lizentiaten Peter Wittfeld und Heinrich Bünichmann in ihrem Auftrag dem Bischof von Osnabrück die großen Beschwerden, die ihnen die fürstliche Besatzung bereite. Die Bürgerschaft sei der Last müde. Wenn die bischöflichen Truppen länger als 4 Monate in den Häusern der Städter bleiben sollten, befürchteten sie Unruhe und vielleicht sogar Blutvergießen. Mit dem Landesherrn sei ausdrücklich ausgemacht, daß diese Frist eingehalten werde. Franz Wilhelm von Wartenberg mahnte die Abgeordneten zur Ruhe, bat aber gleichzeitig auch den Bischof von Münster, das Abkommen mit der Stadt peinlich genau zu beobachten²⁶. Christoph Bernhard antwortete empört, daß von einer Vier-Monats-Frist im Schönefliether Vergleich an keiner Stelle die Rede sei²⁷. Er befand sich damit im Recht. Diese irrümliche Behauptung nahm ihren Ursprung in der Bestimmung, daß die Besatzung »bis nechstkünftigen Landtage (gestalt alsdann ferner darüber tractiert werden solle)« in der Stadt bleiben sollte und daß das Servisgeld auf 4 Monate von der Stadt vorzuschießen sei. Die Bürger rechneten mit Selbstverständlichkeit darauf, daß der Landtag im Juni stattfinden würde und auf ihm der Abzug durchgesetzt werden könnte. Das kaiserliche Abmahnungsschreiben an den Bischof verlieh ihren Erwartungen um so größere Sicherheit.

Die Mitglieder des Domkapitels vertraten unterschiedliche Meinungen über die Besatzungsfrage. Ein großer Teil neigte dazu, der Stadt durch Heraus-

²⁰ Der Kaiser ernannte am 27. 2. 1655 den Bischof v. Osnabrück u. Alex. Graf v. Velen zu Kommissaren in diesem Streit. Franz Wilh. v. Wartenberg schickte das Mandat v. 24. 2. (MU. 4508) am 4. 3. aus Regensburg an Chr. Bernh. ab (MLA. 388, ad 58 VI). Dem Mandat ging ein Reichhofsrats-Gutachten v. 22. 2. 1655 voraus, in dem die Räte den Erlaß eines Pönalmandats an Chr. Bernh. erwogen, falls die Stadt ihre Klagen beweisen könnte. Für den Augenblick hielten sie aber ein bloßes Abmahnungsschreiben für zweckmäßiger. Der Kaiser billigte die Vorschläge am 24. 2.: MLA. 388, ad 58 V.

²¹ Chr. Bernh. an Volmari, 23. 4. 1655: MLA. 473, 25.

²² Kaiser Ferdinand an Chr. Bernh., 17. 4. 1655: MLA. 388, 57.

²³ Kaiser Ferdinand an die Stadt, 25. 4. 1655: MLA. 388, 56. - Vgl. Beschluß der kais. Räte v. 16. 4. 1655: MLA. 388, ad 58 II.

²⁴ Das Originalschreiben liegt noch bei den Akten: MLA. 388, 56.

²⁵ Chr. Bernh. an den Residenten Gans, 21. 5. 1655: Ebd. - Als Grund gegenüber dem Kaiser gab der Bischof an, daß der Wortlaut zu zweifelhafter Auslegung Anlaß gebe. Unter »Eingessene der Stadt« könnten auch die Geistlichen und das Militär verstanden werden. - ²⁶ Franz Wilhelm an Chr. Bernh., 10. 6. 1655: MLA. 540 a IV.

²⁷ Chr. Bernh. an Franz Wilhelm, 12. 6. 1655: Ebd.

nahme einiger Truppen entgegenzukommen, wenn nicht gerade eine außenpolitische Gefahr bestand²⁸. Der Bischof lehnte dagegen eine Verminderung der Besatzung angesichts der gefährlichen Strömungen in der Stadt ab. Die Begründung lieferte wiederum die schwedische Bedrohung. Er ließ sich auch durch die städtischen Vertreter nicht beirren, die die Hauptstadt mit eigenen Kräften schützen zu können behaupteten.

Vor allem durfte der Fehler, der den Abschluß des Schönefliether Vergleichs unter Zeitdruck erzwungen hatte, nicht wiederholt werden. Um den 1. Juli reiste Wilhelm von Fürstenberg nach Wien ab, um mit Reichsvizekanzler Graf Kurz die münstersche Streitsache zu besprechen²⁹. Kurz empfing ihn mit der beschwichtigenden Bitte, das kaiserliche Mandat vom 24. Februar nicht so tragisch zu nehmen. Es sei ein Mißgriff gewesen, daß es überhaupt veröffentlicht wurde, und was dergleichen Ausreden mehr waren³⁰. Immerhin gestand der Vizekanzler damit offen ein, daß die Mandate echt und auf ordnungsmäßigem Wege zustande gekommen waren. Er strafte damit den Bischof von Münster Lügen, der sie in seinem Ärger als Fälschungen bezeichnete. Fürst Auersperg ging sogar über die Entschuldigung hinaus und lobte das Verfahren Christoph Bernhards gegen die Stadt. Man solle ihr nicht das Geringste nachgeben. Das Mandat sei nur erlassen, weil ein ängstlicher Nachbar – es kann sich nur um Franz Wilhelm von Wartenberg handeln – die Gefahr so schwarz gemalt habe, daß der Eindruck einer schon vollzogenen Einmischung der Schweden entstanden sei³¹. Das kam einer Aufforderung gleich, die Besatzung in der Stadt zu lassen. Die kaiserlichen Minister lieferten auch dafür eine Begründung: Sie fürchteten, daß die Schweden den Tod des deutschen Königs unter Zurückstellung ihrer polnischen Pläne dazu benutzen könnten, ihre Absichten im Reich durchzuführen. Der Kaiser hoffe, daß die katholischen Fürsten ihn in dieser Lage nicht verließen³².

Fürstenberg weilte nicht als einziger Gast aus Münster am kaiserlichen Hofe. Kurz nach seiner Abreise folgte ihm sein Gegenspieler, der Stadtsyndikus Bernhard Viertenhalben, auf dem Fuße³³. Sein gut durchdachtes Ziel bestand in der Schaffung eines kaiserlichen Protektoriums über die Stadt. Sie wollte grundsätzlich ihre Verteidigung selbst in die Hand nehmen und sich für den Fall, daß die eigenen Kräfte nicht ausreichten, eine Verstärkung durch kaiserliche Truppen zusichern lassen. Damit wäre das landesherrliche Besatzungsrecht

²⁸ Domkapitelsprotokoll v. 17. 6. 1655; DK. Prot. 21 Bl. 200.

²⁹ Beglaubigungsschreiben v. 18. 6. u. 2. 7. 1655; MLA. 388, ad 58 II u. 533, 4^{1/2}. Geheime Instruktion v. 11. 6. 1655; MLA. 388, 61 I. F. hatte am 7. 7. die 1. Audienz bei Kurz.

³⁰ W. v. Fürstenberg an Chr. Bernh., Wien 7. 7. 1655; MLA. 2, 17 II. Der Kaiser schloß sich der Behauptung an, sein Mandat hätte nach Abschluß des Schönefliether Vergleichs nicht veröffentlicht werden dürfen. Er wiederholte damit die Argumente seines Schr. v. 17. 4. 1655; MLA. 388, 57.

³¹ W. v. Fürstenberg an Chr. Bernh., Wien 14. 7. 1655; MLA. 2, 17 II.

³² Prot. v. 30. 7. 1655; DK. Prot. 21 Bl. 222.

³³ Instruktion der Stadt für Viertenhalben v. 2. 7. 1655; MLA. 388, 58. V. kam am 12. 7. in Begleitung seines Sohnes Dr. Hermann V. in Wien an. Nach Ansicht des Bischofs war der Stadtsyndikus noch bis zur Tilgung seiner Schuld vom Dienst entbunden. Den Zeitpunkt über das Ende dieser Frist bestimme er selbst und nicht der Magistrat. Auch diese Frage hatte der Schönefliether Vergleich ungelöst gelassen. Die Stadt berief sich auf eine angebliche Erklärung des Lic. J. C. Bisping, nach der ihr das Ermessen über die Frist anheimgestellt worden sei (Chr. Bernh. an M. Korff-Schmising, D. H. v. Merveldt u. B. v. Wydenbrück, 4. 6. 1655; MLA. 388, 56).

endgültig hinfällig geworden³⁴. Fürstenberg richtete dagegen sein Bestreben darauf, die kaiserliche Bestätigung des ausschließlichen Rechts seines Herrn zu erlangen, über die Frage, ob Gefahr im Verzuge und infolgedessen eine Besatzung in die Stadt zu legen sei oder nicht, zu entscheiden³⁵. Während Fürstenberg in Wien eine geneigte Stimmung vorfand und er hoffen durfte, in der Frage des Besatzungsrechts einen günstigen Entscheid zu erzielen, nahm die Entwicklung am münsterschen Hofe eine unerwartete Wendung. Der Gedanke, die Besatzungstruppen könnten nicht ausreichen, um einen Aufstand der Städter zu unterdrücken, gewann in den Köpfen der führenden Männer an Boden. Der Dompropst warf daher den Plan auf, die Stadt von Besatzung, fürstlichen Behörden und Domkapitel zu räumen³⁶. Er glaubte, auf diese Weise jedem unliebsamen Zusammenstoß ausweichen zu können. Christoph Bernhard nahm entgegen allen Erwartungen den Gedanken auf und zog schließlich Ende Juli seine Truppen aus der Stadt zurück³⁷. Den Verlust seiner Stellung in der Hauptstadt gedachte er durch den großzügigen Ausbau einer Residenz außerhalb der Stadt auszugleichen³⁸. Das Domkapitel stimmte unter gewissen Bedingungen³⁹ zu, sie in Coesfeld zu errichten⁴⁰. Durch die damit beschlossene Erbauung der Ludgersburg hoffte der Bischof seine Selbständigkeit gegenüber den Ständen erheblich zu erweitern⁴¹.

Als Fürstenberg die unerwartete Entscheidung des Bischofs erfuhr, geriet er in tiefe Empörung⁴². Seine ständigen Bemühungen, dem Bischof die kaiserliche Anerkennung des Besatzungsrechtes zu verschaffen, sah er zur Sinnlosigkeit verurteilt. Die Abführung der Besatzung mußte in Wien als Zeichen des Zweifels am eigenen Recht ausgelegt werden. Es scheint tatsächlich, als ob der Reichshofrat schon zugunsten des Bischofs gefaßte Beschlüsse zurückstellte.

³⁴ Der Reichshofrat beschloß am 6. 7. 1655 auf das städtische Schutzgesuch hin, lediglich den fürstl. Gegenbericht anzufordern (MLA. 388, ad 58 II).

³⁵ Denkschrift Fürstenbergs für den Kaiser v. 9. 7. 1655: MLA. 388, 58.

³⁶ Domkapitelsprotokoll v. 17. 6. 1655: DK. Prot. 21 Bl. 200. Protokolle v. 20. u. 21. 8. 1655: MLA. 388, 58.

³⁷ Tücking S. 30 f. nennt als Zeitpunkt den Juni. Das kann nicht stimmen, da im Juli noch darüber verhandelt wurde. Am 11. 8. teilte Fürstenberg dem Kaiser mit, daß die Besatzung aus der Stadt abgerückt sei (MLA. 388, 58), nachdem ihn der Bischof am 30. 7. von seinem Entschluß unterrichtet hatte (MLA. 388, 61 I).

³⁸ Der Bischof fragte seinen Beichtvater P. Körler um Rat, ob er das Recht habe, seine Residenz an einen sicheren Ort zu verlegen und zu diesem Zwecke Ländereien der Untertanen einzuziehen. Körler antwortete zustimmend (M. Korff-Schmising an Chr. Bernh., 16. 8. 1655: MLA. 473, 25).

³⁹ Die Bedingungen sind enthalten in der Erklärung des Bischofs v. 23. 8. 1655: MU. 4514.

⁴⁰ Domkapitelsprotokoll v. 14. 8. 1655: DK. Prot. 21 Bl. 234.

⁴¹ Die Beschaffung des Geldes war ein fast unüberwindliches Problem. Der Bischof beabsichtigte, seine Tafelgüter zu verkaufen oder gegen Land bei Coesfeld zu vertauschen. Die zum Hause Ramsdorf gehörigen Gründe wurden sogleich verkauft. Ein Gutachten des Dominikanerpriors Petrus Agricola sprach ihm das Recht zu, die Tafelgüter zu verkaufen: MLA. 2 I, 36a. Es wurde aber auch Geld aufgenommen, so von dem v. Morrien zu Rheine 1600 Rtl: MU. 4517.

⁴² Fürstenberg an Chr. Bernh., Wien 11. 8. 1655: MLA. 388, 61 I. Der Bischof entschuldigte sich lahm, daß die kais. Mandate gegen ihn und zugunsten der Stadt zu der Entscheidung gezwungen hätten. Er entschloß sich sogar auf Drängen der Stände zur Abdankung eines Teiles seiner Truppen (Chr. Bernh. an Fürstenberg, 27. 8. 1655: MLA. 388, 61 I). Wenig später mußte er bekennen, daß sich seine Hoffnung auf Beruhigung der Stadt nicht erfüllte (Chr. Bernh. an Fürstenberg, 30. 7. 1655: Ebd.).

Viertenthalben öffneten sich manche Ohren, die sich ihm bisher verschlossen. Es gelang ihm, über die kaiserlichen Räte das Reichsoberhaupt zu überzeugen, daß es zweckmäßiger sei, jetzt kein Urteil in der Streitsache zu fällen, sondern eine Kommission zu ernennen⁴³. Auf Bitten des Stadtsyndikus berief Ferdinand III. neben Kurköln und Trier auch Osnabrück und Pfalz-Neuburg zu ihren Mitgliedern⁴⁴. Der Erfolg der Stadt ließ sich nicht leugnen. Jedermann wußte, daß Franz Wilhelm von Wartenberg ihr sehr geneigt war⁴⁵.

Der Landtag im Herbst 1655 begann unter dem Einfluß dieser Vorgänge in gespannter Stimmung⁴⁶. Die Stände erfuhren die bisher geheimgehaltene Absicht zur Errichtung der neuen Residenz außerhalb der Hauptstadt. Beleidigt stimmten die städtischen Vertreter gegen die Bewilligung von Geldern zum Bau. Sie weigerten sich, die Deckung der erforderlichen 100 000 Rtl. für die nächsten Monate in Form der Tranksteuer zu gewährleisten⁴⁷. Dann müsse er sich eben die Bewilligung vom Domkapitel und der Ritterschaft allein geben lassen und brauche sich bei den Städten nicht zu bedanken, versetzte der Bischof. Als Vergeltung für die höhnischen Worte kündigte die Stadt Münster ihm die für die Räumung Vechtas vorgeschossenen Gelder⁴⁸. Für deren Tilgung war kein Geld vorgesehen. So mußte der Bischof sich die Zuneigung der Ritterschaft durch ermäßigte Schatzungen erkaufen.

Die Stadt erwirkte beim Reichskammergericht eine einstweilige Verfügung, die die Erhebung der Tranksteuer vorläufig verbot⁴⁹. Auf dem Landtag im Frühjahr 1656 bestritt der Bischof jedoch die Befugnisse des obersten Reichsgerichts in dieser Hinsicht und erzwang die Zahlung unter Verweis auf Staatsbedürfnisse⁵⁰. In Schlag und Gegenschlag setzte sich der Krieg zwischen dem Landesherrn und seiner Hauptstadt fort. Nach Recht und Unrecht fragten beide Seiten wenig⁵¹. Es grenzte an Wegelagerei, wenn der Bischof dem aus Wien zurückkehrenden Syndikus Viertenthalben, der noch dazu mit einem kaiserlichen Geleitbrief reiste, durch Landsknechte auflauern ließ. Er setzte sich damit zudem einem ganz unnötigen Verlust an Ansehen aus, denn Vier-

⁴³ Fürstenberg an Chr. Bernh., Wien 18. 8. 1655; Ebd.

⁴⁴ Tücking S. 30. Die Stadt protestierte am 28. 8. 1655 gegen die Kommissare Kurköln und Kurtrier, weil sie Verbündete des Bischofs seien: MLA. 388, 58.

⁴⁵ Domkapitelsprotokoll v. 6. 11. 1655; DK. Prot. 21 Bl. 288. - Viertenthalben ahnte, wie sehr er sich durch seine Erfolge beim Bischof verhaßt gemacht hatte. Vorsichtshalber hielt er sich in Soest auf, bis er einen kaiserlichen Geleitbrief in den Händen hatte. Tücking S. 30.

⁴⁶ Der Landtag begann am 17. 11. 1655; Ebd. S. 31 f.

⁴⁷ Gegen die Tranksteuer hatten die Städte bereits beim Reichskammergericht Klage erhoben. - Alpen I S. 270 gibt als einen der Hauptgründe für die Wahl Coesfelds als Residenz seine strategisch beherrschende Lage im westlichen Münsterland, die die Grenzen gegen die Niederlande überwachte, an. Tatsächlich sollte ja in dieser Richtung das Schwergewicht der künftigen Politik liegen. Von diesen Überlegungen wurde auf dem Landtag natürlich nicht gesprochen.

⁴⁸ Die vorgeschossenen 50 000 Rtl. hatte die Stadt Münster bei Amsterdamer Kaufleuten aufgenommen: MLA. 388, 55.

⁴⁹ Kaiserliche Ladung an Chr. Bernh. v. 18. 8. 1655; MLA. 388, 58.

⁵⁰ Tücking S. 32; Landtagsabschied v. 12. 5. 1656.

⁵¹ Der Bischof befand sich im Unrecht, wenn er den Lic. Viehoff von allen öffentlichen Ämtern ausgeschlossen wissen wollte. Die im Schönefliether Vergleich enthaltene Amnestie widersprach dem. - Daß die Stadt schon damals an eine neue gewaltsame Auseinandersetzung glaubte, geht aus dem Bericht Hessings v. 7. 12. 1655 hervor, wonach die Stadt in Amsterdam große Mengen Pulver einkaufte: MLA. 534, 1 II.

tenhalben gelang es unter dem Schutz städtischer Soldaten, im Triumph in Münster einzuziehen⁵².

Als am 22. März 1656 die kaiserliche Kommission⁵³ in Köln ihre Arbeit aufnahm, stießen gleich am ersten Tage die Vertreter des Bischofs und der Stadt aufeinander⁵⁴. Nikolaus Drachter warf dem bischöflichen Rat Wydenbrück vor, wider besseres Wissen und aus Kenntnis von Tatsachen, die er sich während seiner Amtszeit als Stadtsyndikus erworben habe, zu reden, ohne bisher der Schweigepflicht darüber entbunden zu sein. Wydenbrück verteidigte sich, er habe die Rechte seines jetzigen Herrn zu vertreten. Da in mündlichen Verhandlungen kein Fortgang zu erzielen war, verlangten die Vermittler eine schriftliche Darstellung der Standpunkte.

Nach der Vorlage der Denkschriften^{54a} faßten die Kommissare den unglücklichen Entschluß, den Schönefliether Vergleich als Verhandlungsbasis anzunehmen (1. 4. 1656). Auf die Städter wirkte der Vertrag wie ein rotes Tuch. Zu allem Unglück meldete sich eine Abordnung der Reichsstadt Köln an, die im Namen von Lübeck die Ansicht vortrug, daß keine Hansestadt ein fremdes Besatzungsrecht in ihren Mauern dulden könne. Eine Stadt, die es zulasse, schloße sich von selbst aus ihrem Bunde aus (6. 4.)⁵⁵. Der Schritt der Kölner steigerte noch die Hartnäckigkeit Drachters.

Wydenbrück verriet im Ganzen gesehen größere Bereitschaft zum Entgegenkommen als seine Gegner. Der Bischof hatte ihm freie Hand gelassen, in einzelnen Punkten nachzugeben, soweit die Hoheitsrechte des Landesherrn keine Einbuße erlitten, worunter freilich das umstrittene Besatzungsrecht fiel. So führte auch die nächste Sitzung nach dem Austausch der Denkschriften nur zu neuem Hervorbrechen der Gegensätze (10. 4.). Wydenbrück beanspruchte das alleinige Besatzungsrecht des Bischofs, weil das gemeinsame nicht die erhoffte Einigkeit brachte und es auch früher dem Fürsten allein zustand. Drachter rückte wieder mit der Ansicht heraus, der Schönefliether Vergleich habe nur ein Provisorium auf vier Monate begründet, das gegen seine ursprüngliche Absicht verewigt werden solle, »so des Rats Meinung nimmer gewesen sei«. Vergeblich lasen ihm die Delegierten Wort für Wort des Vertrages vor, um die Unhaltbarkeit seiner These zu beweisen. Er sah trotzdem sein Unrecht nicht ein. Alle Anwesenden schüttelten den Kopf, wie die Stadt einen solchen rechtswidrigen und unhaltbaren Standpunkt einnehmen konnte, zumal die Besatzung zu ihrer eigenen Sicherheit und auf landesherrliche

⁵² Bericht des Rentmeisters zu Wolbeck v. 17. 2. 1656: MLA. 388, 56. Viertenhalben zog am 16. 2. in Münster ein.

⁵³ Als Vertreter waren anwesend: v. Herzelles (Kurmainz), v. Metternich u. Anethanus (Kurtrier), Dr. Haase (Osnabrück), v. Reuschenberg u. Lic. Snellen (Pfalz-Neuburg), v. Wydenbrück (Stift Münster), N. Drachter (Stadt Münster).

⁵⁴ Zur Unterstützung Drachters erschienen ferner die Lic. Kemner, Keppel und Buck sowie Heinr. Zurmühlen u. Helmig Meyer. - Das Protokoll der Konferenz befindet sich in MLA. 388, ad 58 I.

^{54a} Die Denkschrift der Stadt, verfaßt von Drachter, abgedruckt bei Tücking, Drachter S. 209 ff.

⁵⁵ Der Gedanke war eine Erfindung des lübischen Stadtsyndikus Dr. David Gloxin (vgl. Schr. v. 5. 2. 1656: MLA. 388, ad 58 VI). Christoph Bernhard widerlegte am 15. 7. 1656 die Behauptung mit dem Hinweis auf eine Reihe von Hansestädten wie Coesfeld, Warendorf, Bocholt, Soest, Lippstadt und andere, die niemals dergleichen beansprucht hatten (Chr. Bernh. an die Stadt Lübeck 15. 7. 1656: MLA. 388, ad 58 VI). Er war im Recht. Gloxin übersah - wohl absichtlich - den Unterschied zwischen reichsunmittelbaren und mittelbaren Städten.

Kosten unterhalten wurde. Drachters ganze Weisheit bestand darin, daß keine Gefahr vorhanden sei, die die Anwesenheit der Besatzung rechtfertige. Im übrigen wußten sich die tapferen Bürger selbst zu verteidigen.

Die Lage schien ausweglos. Die Vermittler schlugen die Akten zu⁵⁶. Nachdem das Gutachten der Kommission nach Wien abgeschickt war, hielten es beide Seiten für geraten, dort abermals persönlich vorzusprechen. Diesmal reisten Wydenbrück und Drachter^{56a}. Der städtische Vertreter trat mit höheren Forderungen als im vorigen Jahr auf. Ihre Erfüllung hätte der Stadt praktisch die Reichsunmittelbarkeit beschert. Rückblickend mag der Anspruch als hoffnungslose Vermessenheit erscheinen; damals besaß er eine gewisse Aussicht auf Erfolg. Die unklare Abgrenzung landesherrlicher und städtischer Rechte ergab bei günstiger Auslegung das Bild einer verhältnismäßig großen Unabhängigkeit. Sogar einige Ladungen zu Reichstagen vermochte die Stadt vorzuweisen. Dem standen allerdings gewichtigere Argumente entgegen⁵⁷. Die Reichsmatrikel führte die Stadt Münster niemals auf. So erreichte sie ihr Ziel nicht. Der Kaiser lehnte den Antrag am 28. Juli 1656 ab⁵⁸.

Drachter zog sich auf die nächste Verteidigungsstellung zurück. Wenn nicht Reichsunmittelbarkeit, so wollte er wenigstens das unbeschränkte Besatzungsrecht nach Haus bringen. Der Beweis hierfür ließ sich jedoch beinahe noch schwerer erbringen. Mit der Eigenschaft Münsters als Hansestadt erzielte er keinen Eindruck. Man wußte in Wien, daß dem Landesherrn, sollte er für die Sicherheit seiner Städte verantwortlich sein, zumindest ein Teil des Besatzungsrechts zustand. Keine Stadt vermochte noch wie im Mittelalter einem neuzeitlichen Heere aus eigenen Kräften zu widerstehen. Auch hiermit erlitt Drachter Schiffbruch⁵⁹. Am 9. Dezember entschied der Kaiser, daß, vorbehaltlich einer sechsmonatigen Frist zum besseren Nachweis des Besatzungsrechts durch die Stadt, dem Landesherrn unter Zuziehung seiner Landstände die Entscheidung überlassen bleiben müsse, ob und wann Gefahr drohe und der Stadt nach Maßgabe des Schönefliether Vergleichs eine Besatzung zugemutet werden könne⁶⁰.

So vernünftig der Entscheid als Ganzes gelten muß, er lieferte dem unseligen Streit nur neuen Zündstoff. Keine der beiden Seiten zeigte sich zu ruhiger Auslegung geneigt. Jeder las nur sein eigenes Recht heraus. Die Stadt triumphierte, weil ihr das Besatzungsrecht nicht endgültig abgesprochen

⁵⁶ Die Gesandten saßen noch bis zum 29. 4. in Köln, um die Kostenfrage der Konferenz zu regeln und den Bericht an den Kaiser aufzusetzen. Dann schieden sie, ohne daß das geringste ausgerichtet war.

^{56a} Denkschrift Drachters an den Kaiser v. 12. 6. 1656, gedruckt bei Tücking, Drachter S. 215 ff.

⁵⁷ Die damals vorgebrachten Gründe und Gegengründe bei Tücking S. 33 ff. Vgl. Wilhelm Sauer, Die Bestrebungen Münsters nach Reichsfreiheit, WZ. 30 (1872) S. 103 ff., insbesondere S. 118 ff. (Sauer stützt sich auf Tücking, Chr. Bernh. und Tücking, Drachter). Eine Literaturzusammenstellung zum Problem der Reichsunmittelbarkeit der Städte jetzt bei Friedrich Korte, Die staatsrechtliche Stellung von Stift und Stadt Herford vom 14. bis zum 17. Jahrhundert (58. Jahresbericht d. Hist. Vereins f. die Grft. Ravensberg, 1955, S. 166 ff.). Vgl. neuerdings auch Meckstroth.

⁵⁸ Das kais. Mandat in MLA. 388, ad 58 VIII.

⁵⁹ Zeitweise sah es so aus, als ob der kaiserliche Hof zu größerem Entgegenkommen gegen die Stadt bereit war. Wydenbrück sandte darüber niedergeschlagene Briefe nach Coesfeld (Chr. Bernh. an Wydenbrück, 13. 10. u. 9. 11. 1656: MLA. 388, 61 I).

⁶⁰ Tücking S. 37 f.

wurde, der Bischof, weil der Schönefliether Vergleich und sein Besatzungsrecht erneut Anerkennung erlangten. Er übersah geflissentlich, daß der kaiserliche Entscheid mit der Klausel »unter Zuziehung der Landstände« deren Mitbestimmung in dieser Angelegenheit verankerte, und gedachte, die Klausel als Verpflichtung zur bloßen Mitteilung zu entwerten. Der gegen die Stadt aufgespeicherte Haß riß ihn dazu hin, noch vor Ablauf der vom Kaiser gesetzten Frist von 6 Monaten, deren Ende ihm ja doch den Sieg erbracht hätte, »nur allein zur Prob und Versuch, umb zu sehen, was ihre Stadt-Münsterische gegen das kaiserliche Bescheid vor einen Respekt tragen und ob sie demselben parieren würden«, im März 1657 den von der Stadt eingesetzten Kommandanten Wittenberg zur Abdankung aufzufordern⁶¹. Die Stadt lehnte das als Eingriff in ein laufendes Verfahren mit Recht ab. Dem Kommissar Vogel wurden, als er den bischöflichen Befehl überbrachte, die Tore vor der Nase zugeschlagen.

Um diese Zeit kam dem Bischof zu Ohren, daß die Stadt fremde Unterstützung suchte. Syndikus Drachter und der Ratsverwandte Deitermann befanden sich auf dem Wege nach Norden. Mit ihrer Reise trat der Streit in sein gefährlichstes Stadium. Zum ersten Mal fiel das Wort von einer Unterstützung der Stadt durch die Holländer⁶². Der innere Streit mündete in außenpolitische Gleise.

15. KAPITEL

VERBINDUNGS-AUFNAHME MIT GENERALSTAATEN UND HILDESHEIMER BUND

Christoph Bernhard fürchtete nichts so sehr als ein Eingreifen der Vereinigten Niederlande in die inneren Angelegenheiten seines Stifts. Dieser Staat stellte trotz seiner föderativen Verfassung eine erhebliche Macht dar. An wirtschaftlicher Kraft übertraf die Provinz Holland alle umliegenden Länder. Ein freundschaftliches Verhältnis zu dem großen Nachbarn hätte deshalb im Interesse der münsterschen Politik gelegen. Der verstorbene Kurfürst Ferdinand, obgleich überzeugter Anhänger der Gegenreformation, bemühte sich stets um ein gutes Einvernehmen mit den kalvinistischen Niederländern und ließ sich dabei auch nicht durch deren Besetzung in Rheinberg, mitten im Erzstift Köln, stören. Er wußte sehr gut, daß die Republik nach Westen und auf die See blickte. Eines Tages würde sie ihre Vorposten aus den niederrheinischen

⁶¹ Ebd. S. 38 f.

⁶² Zu den publizistischen Rückwirkungen der Auseinandersetzung des Bischofs mit der Stadt vgl. Ruth Elsner von Gronow, Die öffentliche Meinung in Deutschland gegenüber Holland nach 1648 (Marburg 1914) S. 40 ff. – Tücking, Drachter S. 225 ff.

Städten zurückziehen. Eine Ausdehnungspolitik der Provinzen auf Kosten des Römischen Reichs, Ostfriesland ausgenommen, hielt er für unwahrscheinlich. Den Handelsinteressen der Holländer hätte Unruhe an ihrer Ostgrenze nur geschadet.

Verständlicherweise sah Christoph Bernhard von Galen die Beziehungen des Stifts zu den Generalstaaten unter einem anderen Blickwinkel als sein Vorgänger¹. Das Bistum Münster war nur eins der vielen Länder Ferdinands, das er von eigenem Ansehen kaum kannte. Der neue Bischof entstammte dagegen einer einheimischen Familie. Außer dem Stift besaß er keine Länder, die sein Interesse erforderten. Er sah sein Land viel mehr der Gefahr einer protestantischen Einkreisung ausgesetzt als sein Vorgänger, der am katholischen Niederrhein residierte. Die münstersche Politik rechnete täglich mit den protestantischen Nachbarn Schweden, Brandenburg, Braunschweig, Hessen und den Niederlanden. Eine Verbindung dieser Mächte mußte für das Stift eine tödliche Gefahr heraufbeschwören. Welche Aufregung rief nicht im März 1653 das Gerücht von einem niederländisch-brandenburgischen Bündnis hervor!² Christoph Bernhard fürchtete derartige Entwicklungen um so mehr, als er von vornherein den Holländern böse Absichten unterschob. Er glaubte, diese Ansicht aus ihrem bisherigen Verhalten in den zwischen ihnen und dem Stift Münster schwebenden Streitfragen ablesen zu können.

Zuerst einmal stand ihm das Schicksal der Grafschaft Lingen vor Augen. Diese Herrschaft am Unterlauf der Ems schnürte das Unterstift vom Oberstift bis auf einen schmalen Durchgang ab. Ihr Erwerb hätte das münstersche Territorium vortrefflich abgerundet. Schon unter Kurfürst Ferdinand bemühten sich der Domdechant von Mallinckrodt und einige Helfer in Den Haag, das Land dem Prinzen von Oranien abzukaufen³. Den Prinzen lockten die angebotenen 2 Millionen Goldgulden, aber die Provinzen, die für die Erhaltung der reformierten Kirche in der Grafschaft fürchteten, verhinderten den Abschluß des Geschäftes. Auf ihr Drängen schraubte der Prinz seine Forderungen in die Höhe. Vergeblich versuchte Mallinckrodt, sogar über seine Befugnisse hinaus, die Beteiligten mit Geschenken gefügig zu machen⁴.

¹ Van Aitzema, *Saken van Staet en Oorlog*, XXX, Teil III S. 486 rühmt Kurfürst Ferdinand als einen der verständigsten Fürsten seiner Zeit.

² Chr. Bernh. an Hessing, 6. 3. 1653: MLA. 534, 1 I.

³ Die Vorgeschichte bei Der Kinderen I S. 14 f. Die Verhandlungen von 1649 bei E. Bröker, Bernh. v. Mallinckrodt S. 100 ff.

⁴ Mallinckrodt forderte später vergeblich die für die Geschenke vorgeschossenen Gelder vom Stift zurück (die Räte an Chr. Bernh., 7. 9. 1651: MLA. 2, 17 VI). Der Amsterdamer Kaufmann Wicquefort, der das Geld vorgeschossen hatte, ließ dafür Mallinckrotds Bibliothek beschlagnahmen, nachdem der Bischof die Bezahlung der Schuld zurückwies (Chr. Bernh. an die Generalstaaten, 11. 3. 1655: MLA. 2, 17 VI). – Während des Reichstags 1653/54 belebten die tecklenburgischen Absichten, Lingen durch eine Übrumpelung »nach dem Bevergerschen Exempel« (Chr. Bernh. an Wydenbrück, 30. 4. 1654: MLA. 473, 23) zu gewinnen, die Frage wieder. Die kais. Räte lehnten das Verfahren ab, da der Westfäl. Friede den Besitz Lingens dem Haus Oranien zusprach. Wydenbrück wies auf die Vorteile hin, die sich Münster bei einem Erwerb durch Tecklenburg vorbehalten müßte (Wydenbrück an Chr. Bernh., Regensburg 27. 4. 1654: Ebd.). Auch der Bischof hielt das Unternehmen aus Mangel eines haltbaren festen Platzes für undurchführbar (Schr. v. 30. 4. 1654: Ebd.). Dagegen befahl ihm der Kaiser, die Rückgabe von Lingen an Graf Moritz v. Bentheim-Tecklenburg auf gutlichem Wege beim Hause Oranien zu befördern (Kaiser Ferdinand an Chr. Bernh., 10. 10. 1654: MU. 4507).

Denselben Eindruck unfreundlicher Zurückhaltung gewann der Bischof von dem Verhalten der Holländer in der Bevergerner Sache, wobei er sich allerdings keine Rechenschaft darüber ablegte, daß die Verärgerung der Gegenseite durch seine Art der Lösung noch weit größer war.

Viel mehr Sprengstoff enthielt der noch unentschiedene Streit um die Herrschaft Borkelo⁵. Bis 1553 zählte sie unbestritten zu den Lehen des Stiftes Münster. Als der letzte Besitzer, Jobst von Bronckhorst, in diesem Jahre kinderlos starb, zog der Bischof das heimgefallene Ländchen ein und beließ der Witwe, Maria von Hoya, den Genuß der Güter auf Lebenszeit. Dagegen erhob die nächste Blutsverwandte, Irmgard von Wisch, die mit Jobst von Limburg-Styrum verheiratet war, Widerspruch. Ihre Lehnsmutung verfiel jedoch nach einem Entscheid der Straßburger Juristenfakultät der Ablehnung, da Borkelo ein Mannlehen war. Irmgard wandte sich darauf an das Reichskammergericht. Nach dem Tode der Maria von Hoya ergriff der Bischof 1579 tatsächlichen Besitz. Irmgards nie aufgegebener Anspruch vererbte sich auf ihren Enkel Jobst von Limburg-Styrum, der in der Erkenntnis, in Münster nichts erreichen zu können, an die Provinz Geldern appellierte. Ohne den Beweis angetreten zu haben, daß Borkelo überhaupt zur Grafschaft Geldern gehörte, erlangte Jobst 1613 ein Urteil des geldrischen Hofes, der das Recht des Bischofs von Münster verwarf. Jobst nahm darauf das Land in Besitz. Wie früher die der Gegenseite, so blieben jetzt die Proteste des Bischofs und sogar des Kaisers ohne Erfolg. Die innerdeutschen Verhältnisse gestatteten im Augenblick keine gewaltsame Berichtigung des Fehlurteils. Auch das dem Bischof günstige Reichskammergerichtsurteil vom 6. Juli 1642 änderte an dem einmal herbeigeführten Zustand nichts.

Christoph Bernhard verspürte wenig Lust, dem offensichtlich unrechtmäßigen Zustand länger zuzusehen. Weder sein Temperament noch seine bischöfliche Pflicht duldeten eine weitere Entfremdung der Herrschaft Borkelo vom Stift. Ermuntert durch die schwierige Lage, in die die Holländer durch ihren Krieg gegen England gerieten⁶, erhob er vor dem Rat von Geldern unter Vorlage aller rechtlichen Unterlagen seinen Anspruch⁷. Noch vor seiner Abreise zum Reichstag, auf dem er die Frage zu klären gedachte, wollte er eine verbindliche Stellungnahme des Gegners in die Hand bekommen. Die Provinz Geldern wandte sich an die Generalstaaten und schlug nach längerer Beratung eine Konferenz vor (30. 6. 1653), ohne doch Zweifel daran zu lassen, daß sie die Ansprüche des Grafen Limburg-Styrum im wesentlichen als rechtmäßig betrachtete.

Wenn ihm noch ein Zweifel an der feindseligen Gesinnung der Holländer geblieben wäre, so mußte ihn das Gerücht, daß sie sich in die inneren Angelegenheiten des Stiftes zugunsten der widersetzlichen Hauptstadt einzumischen gedächten, vollends von ihren bösen Absichten überzeugen. Gelang es ihnen, in Münster Fuß zu fassen, so verschlechterte sich die Ausgangsstellung für den Kampf, den Christoph Bernhard von Anfang an als unausweichlich be-

⁵ Die ältere Literatur mit Streitschriften führt Tücking S. 115 auf. Wie er, behandelt Der Kinderen I S. 2 ff. die Vorgeschichte, neuerdings auch Schilfgaard.

⁶ Chr. Bernh. an Paderborn, 5. 12. 1652: MLA. 540b II. – Vgl. P. J. Blok, Geschichte der Niederlande 5. Bd. (Gotha 1912) S. 81 ff.

⁷ Der Kinderen I S. 33. – Der Bischof ließ sich durch Nikolaus v. Westerholt und den Domkapitelsyndikus Dr. Boichorst vertreten.

trachtete, ganz erheblich. Schon im Sommer des Jahres 1655 bewegte ihn die Frage, wie er sich beim Durchmarsch holländischer Truppen verhalten sollte. Wenn auch das holländische Unternehmen gegen die schwedische Absicht, die Ostsee den fremden Seemächten zu sperren, gerichtet sein sollte, so brachte es doch die Gefahr mit sich, daß die Niederländer auf Stiftsboden Fuß faßten und dann mit Kurbrandenburg ein antischwedisches Bündnis abschlossen, mit dem der Anfang des vom Bischof gefürchteten protestantischen Bündnisses gemacht worden wäre.

Um eine solche Entwicklung zu verhindern, schickte Christoph Bernhard den Obristen von Wylich im Mai 1655 und nochmals im Dezember nach Den Haag⁸. Über die allgemeine Erforschung der Absichten hinaus bemühte sich der Gesandte, maßgebende Mitglieder der Generalstaaten über die Möglichkeit eines Bündnisses, gegebenenfalls unter Einschluß der rheinischen Verbündeten, auszuhorchen⁹. Eine ernste Absicht des Bischofs stand nicht dahinter. Es sollte lediglich der Eindruck entstehen, daß er eine freundschaftliche Verbindung wünschte, um so die Holländer aus der sich nun klarer abzeichnenden Auseinandersetzung mit der Stadt herauszuhalten. Das Vorspiel eines größer angelegten Planes blieb diesmal jedoch ohne Folgen¹⁰.

Den Bischof bedrückte, daß sich gerade in dieser Zeit die allgemeine Lage zuspitzte. Im Osten siegte Schweden. Schloß Polen bald Frieden, so erhob sich die Gefahr, daß Schweden sich gemeinsam mit Brandenburg ins Reich wandte oder aber zumindest die Rückendeckung des Kurfürsten genoß. Im Westen gewannen die Generalstaaten nach dem Friedensschluß mit der Republik England freie Hand. Die condéischen Truppen schalteten nach Belieben in den westlichen Reichsgebieten¹¹.

Um Rat und Hilfe in seinen Nöten zu suchen, schickte der Bischof Wilhelm von Fürstenberg nach Rom. Das Gerücht, daß der Papst große Summen für die Erhaltung der katholischen Religion in Polen opferte, verlockte ihn zu der Bitte, als Landesherr eines von den Protestanten nicht weniger bedrohten Staates ebenfalls in den Genuß einer Geldhilfe zu kommen¹². Um seinen Antrag geschickt einzuleiten, hielt Fürstenberg in der ersten Audienz einen längeren Vortrag über die Politik seines Herrn. Er lobte seine Bündnisse, die alle auf die Erhaltung der katholischen Kirche ausgerichtet und ohne Spitze gegen Kaiser und Reich seien. Alexander VII. ließ durchblicken, daß er den Versicherungen erst dann vollen Glauben schenken könnte, wenn er die Verträge einschließlich der geheimen Rezesse mit eigenen Augen sähe¹³. Das geheime Mißtrauen des Papstes kam in einer späteren Audienz noch deutlicher

⁸ Ratsprotokoll v. 21. 5. 1655: GR. 588. – Der Kinderen erwähnt die Verhandlungen nicht, deutet aber an, daß Kurköln 1655 den Generalstaaten ein Verteidigungsbündnis antrug, zu dem es nicht kam (I S. 39).

⁹ Ratsprotokoll v. 16. 12. 1655: GR. 588.

¹⁰ Joachim S. 119 deutet an, daß der Bischof von Münster »schon im Jahre 1655 einen derartigen Plan vorbereitete«, womit die späteren Bündnisverhandlungen gemeint sind.

¹¹ Als das Stift Thorn überfallen wurde und der Pfalzgraf von Neuburg in Münster um Hilfe bat, schickte ihm der Bischof ungeachtet der Befürchtungen für die eigene Sicherheit 200 Mann nach Düsseldorf (Philipp Wilhelm an Chr. Bernh., 5., 9. und 10. 1. 1656. Chr. Bernh. an die Reg. in Düsseldorf, 18. 10. 1656). Die Truppen unter Obrist Cratz gingen am 19. Januar bei Dorsten über die Lippe: MLA. 539, 3.

¹² Fürstenberg traf am 22. 12. 1655 in Rom ein und erlebte gerade noch den prächtigen Einzug Christines von Schweden. Wegen der Pest hatte er einen Umweg über Graubünden und Mailand gemacht (MLA. 2, 17 II).

¹³ Fürstenberg an Chr. Bernh., Rom 15. 1. 1656: Ebd.

zum Ausdruck. Nach einer Schweigeminute warf er unvermittelt ein, er habe gehört, daß der Bischof von Münster seine Untertanen übermäßig bedrücke. Fürstenberg wußte wohl, daß die Steuerforderungen auf eine noch nie dagewesene Höhe gestiegen waren. Als gewiegter Diplomat zerstreute er die Bedenken Alexanders durch den vertraulichen Hinweis, daß der Bischof leider zuweilen gezwungen sei, falsche Angaben über den Bestimmungszweck mancher Gelder zu machen. Das Bewilligungsrecht liege allein bei der größtenteils evangelischen Ritterschaft und den widersetzlichen Städten, die niemals die Hand öffneten, wenn es um die Erhaltung der katholischen Religion gehe. Der Papst nickte befriedigt und gestand offenherzig, er habe in dem Glauben gelebt, daß der Bischof den größten Teil der Staatsmittel für sich und seine Familie verwende¹⁴.

Fürstenberg freute sich, hiermit das Gespräch auf das Geld gebracht zu haben, und unterdrückte die Mitteilungen über das bevorstehende Bündnis mit den Niederlanden, um nicht den Anschein zu erwecken, daß die münstersche Politik noch andere Ziele im Auge habe als die Erhaltung der katholischen Religion. Vielleicht hätte der Papst dann auch auf die reichen Holländer als bequeme Geldgeber verwiesen. Fürstenberg mußte erkennen, daß er seine Bitte am falschen Orte vortrug. Die päpstliche Kasse seufzte unter der Last von 40 Millionen Scudi Schulden. Den italienischen Himmel verdüsterten Kriegswolken. Polen verschlang das letzte bare Geld. Alexander VII. spürte zudem geringe Neigung, den deutschen Fürsten Geld zu schenken. Ihm stand noch vor Augen, in wessen Taschen die im Dreißigjährigen Kriege gezahlten päpstlichen Mittel geflossen waren, gewiß am wenigsten in die der Soldaten¹⁵. Immerhin trat der Papst jetzt dem Bischof die Besetzung der in den päpstlichen Monaten freiwerdenden Dompräbenden ab¹⁶. Damit ging ein alter Wunsch in Erfüllung. Christoph Bernhard erlangte die Möglichkeit, die Ritterschaft des Stifts stärker an das Bistum zu binden.

Schließlich trug Fürstenberg dem Papst den Wunsch seines Herrn vor, er möge sich als Vermittler in den französisch-spanischen Krieg einschalten. Nur nach der Beendigung dieser verhängnisvollen Auseinandersetzung glaubte er mit Sicherheit gewährleistet, daß bei der bevorstehenden Wahl eines neuen deutschen Königs¹⁷ das Bestreben der Protestanten, das Haus Österreich von der Wahl auszuschließen, mißlänge¹⁸. Für Christoph Bernhard bedeutete die Erhaltung des Hauses Habsburg in seiner bisherigen führenden Rolle zugleich die beste Stütze für die katholische Kirche in Deutschland. Er hielt sich von allen Gedankenspielen, denen die meisten deutschen Fürsten, auch viele katholische, damals huldigten, fern. Auch die Kandidatur Pfalzgraf Philipp Wilhelms, von der viel gesprochen wurde, war für ihn indiskutabel¹⁹.

¹⁴ Fürstenberg an Chr. Bernh., Rom 29. 1. 1656: MLA. 2, 17 II.

¹⁵ Desgl., 4. 3. 1656: Ebd. – ¹⁶ Chr. Bernh. an Fürstenberg, 28. 2. 1656: Ebd.

¹⁷ König Ferdinand IV. starb am 9. 7. 1654.

¹⁸ Chr. Bernh. an Fürstenberg, 28. 2. 1656: MLA. 2, 17 II. Die päpstliche Vermittlung war aussichtslos. Alexander VII. besaß am französ. Hof wenig Freunde, weil dort bekannt war, daß er unter dem Einfluß des Kardinals Retz stand. Die Spanier bestanden nach ihren militärischen Fortschritten im Frühjahr auf der Restitution Condés und verhinderten auch von ihrer Seite jeden Vergleich.

¹⁹ Fürstenberg zeigte sich sehr befremdet über die lobenden Töne, in denen Alexander VII. den Pfalzgrafen Philipp Wilhelm als den besten, frömmsten und klügsten katholischen Fürsten rühmte (Chr. Bernh. an Fürstenberg, 28. 2. 1656: MLA. 2, 17 II). Möglicherweise dachte auch der Papst an eine Kandidatur des Neuburgers bei der Königswahl.

Die in dieser Zeit laufenden Verhandlungen der rheinischen Verbündeten beanspruchen wenig Interesse. Nachdem die letzten Überfälle Condés den Mangel einer einheitlichen Führung des Bundesheeres verdeutlicht hatten, schien, da Johann Wilhelm von Hunolstein in kaiserliche Dienste trat, dem Wunsche Philipp Wilhelms nichts mehr im Wege zu stehen, Reuschenberg zum Bundesgeneral zu befördern. Obgleich der Bischof von Münster einen natürlichen Widerwillen gegen den Oberbefehl in fremden Händen hegte, erhob er diesmal keinen Widerspruch und billigte wie die übrigen Verbündeten die Bestallung Reuschenbergs im Prinzip. Auf der Fortsetzung des im Januar 1656 in Köln stattfindenden Bundestages²⁰ erhob er auch sofort wieder neue Ansprüche auf Beteiligung an der Leitung²¹.

Spannend gestalteten sich die Verhandlungen erst, als der Rezeß der Tagung am 31. März 1656 unterzeichnet war²². Merkwürdigerweise blieben die Gesandten der Bundesgenossen beisammen. Erst jetzt besprach man den Plan des Bischofs von Münster, mit den Generalstaaten Fühlung aufzunehmen²³. Sein erster Antrag enthüllte die inneren Absichten dieses Schrittes weit besser als die späteren Verhandlungen. Er wünschte kein Bündnis mit den Holländern nach dem Muster des Rheinbundes. Nicht einmal von gegenseitiger Truppenhilfe im Notfall sollte die Rede sein, sondern nur eine »Freundschaft« begründet werden. Er beabsichtigte damit nur, ihnen die Hände zu binden, um sie von einem Eingreifen zugunsten der Stadt Münster abzuhalten. Damit stimmt überein, daß das Bündnis mit den Niederlanden auf zwei Jahre begrenzt werden sollte²⁴, eine Frist, in der nach menschlichem Ermessen der Streit mit seiner Hauptstadt entschieden war. Auf weitergehende Absichten deutete die damit verbundene Hoffnung, die Holländer dadurch vom Abschluß anderer Bündnisse abzuhalten. Ihr Beitritt zum rheinischen Bund trieb einen Keil in die protestantische Staatenwelt. Eine Instruktion für die Gesandtschaft nach Holland fand allgemeine Billigung²⁵.

Dagegen wandte sich der Bischof entschieden gegen den vom Kurfürsten von Mainz erhobenen Vorschlag, den ganzen Hildesheimer Bund in das rheinische Bündnis aufzunehmen. Er stimmte zwar einer Einladung an Paderborn und Hessen-Kassel zu, hielt aber für sehr bedenklich, die Gesamtheit zum Beitritt aufzufordern²⁶. Seine Abneigung richtete sich vornehmlich, und darin äußerte sich ein Grundzug seiner Bündnispolitik, gegen den Beitritt ausländischer Kronen. Er vertrat den Standpunkt, daß die abgeschlossenen Bündnisse reine Angelegenheit der Reichsfürsten seien. Der Beitritt Schwedens, das

²⁰ Zu der Konferenz im Januar hatte Kurköln die Genossen des Bündnisses von 1654 – also nicht Kurmainz – eingeladen, um gegen Condé Stellung zu beziehen. Joachim S. 69. Wydenbrück wurde am 7. 1. 1656 bevollmächtigt.

²¹ Chr. Bernh. schlug seinen Obristen Cratz für den Posten des Generalwachtmeisters vor, um größeren Einfluß auf die militärische Führung zu gewinnen. Ratsprotokoll v. 6. 3. 1656: GR. 589. Instruktion v. 8. 3. 1656: MLA. 480, 29.

²² Joachim S. 73.

²³ Ratsprotokoll v. 8. 3. 1656: GR. 589.

²⁴ Protokoll des Bundesrats v. 11. 4. 1656: MLA. Mil. 1529 II.

²⁵ Die Instruktion war in dem verlorengegangenen Rezeß des Bundestags enthalten. Chr. Bernh. nahm im Schr. v. 20. 4. 1656 an Kurmainz darauf Bezug. MLA. 480, 28/29. M. Korff-Schmising wurde am 17. April von der Konferenz abberufen. Ratsprot. v. 17. 4. 1656: GR. 589.

²⁶ Ratsprotokoll v. 20. 4. 1656: GR. 589. Chr. Bernh. an Kurmainz, 20. 4. 1656: MLA. 480, 29.

ja zu den Hildesheimer Bundesgenossen zählte, hätte die Gemeinschaft in unabsehbare Verwicklungen in weit entlegenen Ländern gestürzt. Die Mitgliedschaft eines so mächtigen Königs mußte die Eifersucht anderer europäischer Kronen wecken. In der Organisation des Bundes und im Direktorium sah man sich bei der Zugehörigkeit eines Monarchen großen Schwierigkeiten ausgesetzt²⁷.

Den Bischof berührte diese Ausweitung aber vor allem deshalb so unangenehm, weil sie seine niederländischen Pläne empfindlich störte. Ein Beitritt Schwedens zum rheinischen Bündnis beraubte dieses seines Hauptreizes für die Generalstaaten. Dort fand man gerade deshalb an dem Gedanken Gefallen, weil sich in ihm ein Ausweg aus der drohenden Isolierung des Landes bot²⁸.

Holland brauchte Bundesgenossen, um der Unterdrückung des freien Handels in den preußischen und polnischen Häfen durch Schweden entgegenzutreten zu können²⁹.

Noch während die Konferenz in Köln tagte, bemühten sich kurkölnische und münsterische Gesandte³⁰ in Den Haag, Klarheit über die Meinung der Generalstaaten zu gewinnen. Mit Mißtrauen beobachtete der brandenburgische Resident Daniel Weiman, wie sie keine Mühe scheuten, einen Keil zwischen die Holländer und den Kurfürsten, seinen Herrn, zu treiben³¹. Tatsächlich bestand die eigentliche Absicht des Bischofs von Münster darin, Holland von den übrigen Protestanten zu trennen. Der Bericht, den Christoph Bernhard vom Kurfürsten von Köln über die Haager Verhandlungen empfing, versprach guten Erfolg. Das einzige Bedenken erstreckte sich darauf, daß durch allzu langes Zögern das günstige politische Klima versäumt werden könnte³². Der Bischof wiegte sich in solcher Sicherheit, daß er seinen Gesandten sogar aus Holland zurückrief, nicht um die Verbindung abzubrechen, sondern weil er glaubte, daß das Werk im Ganzen unter Dach und Fach sei. Er meinte, die verhassten Holländer überlistet zu haben. Ihre »böse Intention wehre bekannt, daß die Religion wollten extirpieren . . . Ne noceant gehe es an³³«. Der Sinn des Bündnisses, das er übrigens dem Papste entschuldigend als ihm aufgedrungen und hauptsächlich von Kurköln betrieben schilderte, lag für ihn darin, daß die »Generalstaaten, welche annoch freie Hand haben, dadurch von anderen Unkatholischen und der Kron Frankreich, von denen sie sehr sollizitiert werden, abgezogen und also vorgemelter Unkatholischer böse Intention extirpandae religionis nicht allein versetzt, sondern auch gegen vorgemelte ihre Glaubensgenossen animiert würden«. Damit erfülle das Bündnis eine deutsche, ja europäische Aufgabe³⁴. Christoph Bernhard war es ernst mit dieser Meinung. Die Furcht vor einer Einmischung der Holländer in seinen Streit mit der Hauptstadt hatte den Plan erzeugt. Der Gedanke erweiterte

²⁷ Kurmainz ließ sich nur bedingt von einer Gesamteinladung abhalten, um nicht durch Ausschluß Einzelner Argwohn zu erwecken. Der Kurfürst richtete die Ladung an die Häuser Braunschweig und Hessen (Kurmainz an Chr. Bernh., 29. 4. 1656: MLA. 539, 3). Erst am 25. August (!) stimmte Chr. Bernh. im Schr. an Pfalz-Neuburg dieser Form der Einladung zu (ebd.).

²⁸ Das Bündnis Cromwells mit Frankreich vollendete die Vereinsamung Hollands.

²⁹ Joachim S. 119.

³⁰ Der Bischof ließ sich wieder durch den Obristen v. Wylich vertreten.

³¹ Joachim S. 121 Anm. 4.

³² Ber. v. 21. 4. 1656: MLA. 539, 3.

³³ Ratsprotokoll v. 22. 6. 1656: GR. 589.

³⁴ Chr. Bernh. an W. v. Fürstenberg, 23. 6. 1656: MLA. 2, 17 II.

sich zu einer umfassenden politischen Konzeption zur Befreiung des Fürstbistums aus seiner bedrohten Lage⁸⁵.

Mit dem aus zu großer Sicherheit erwachsenen Aufschub der Verhandlungen besiegelte der Bischof jedoch ihr Schicksal. Es war kein Geheimnis, daß der Kurfürst von Mainz dem Plan kritisch gegenüberstand. Noch mehr lehnte ihn der kaiserliche Hof ab. Er konnte »sonderlich nicht verdauen, daß man Schweden und die Staaten sucht mit in solche Verfassung zu nehmen«⁸⁶. Kaiser Ferdinand befürchtete eine Wendung des rheinischen Bündnisses zu scharf antikaiserlichem und antispänischem Kurs, falls die außerdeutschen protestantischen Großmächte beitreten. Wenn schon der Kurfürst von Mainz eine Beleidigung des Reichsoberhauptes scheute, so noch viel mehr der Bischof von Münster. Um die Haager Verhandlungen wurde es plötzlich merkwürdig still⁸⁷. Das schwedische Waffenglück vor Warschau verminderte außerdem die Lust der rheinischen Bundesgenossen, durch ein näheres Bündnis mit den Generalstaaten gegen die siegreiche Krone zu demonstrieren. Auch das Gerücht, Schweden habe sich mit Holland verbunden, ließ sie an ihrem alten Plane irre werden⁸⁸.

Als die Gesandten der Verbündeten Anfang September in Köln wieder zusammentraten, verspürte nicht ein einziger große Lust, das Vorhaben weiter zu verfolgen⁸⁹. Auch die münsterschen Gesandten wollten nur dann einer Abschiedung nach Holland zustimmen, wenn die anderen darauf drängten. Für diesen Fall wünschten sie aber, daß die Holländer zu einem großen Truppenkontingent, das mindestens der Stärke der übrigen Bundestruppen gleichkam, verpflichtet würden.

Unerwartet trat ein Meinungsumschwung ein, als Nachrichten aus Den Haag die Bereitwilligkeit der Holländer zum Bündnis bekräftigten. Anfänglich frohlockte auch Christoph Bernhard. Als er aber hörte, daß die Generalstaaten am liebsten auch mit den Ständen des Niedersächsischen Kreises zum Bündnis schreiten wollten, erwachte sein altes Mißtrauen von neuem. Vielleicht ergriffen sie zuerst die Hände der Protestanten in Niedersachsen und verloren dann die Lust, sich mit den rheinisch-westfälischen Katholiken zu verbinden. Ein solcher Weg führte das Stift Münster in Umklammerung und Abgrund. Eine Rettung gab es nur durch möglichst schnellen Abschluß der Verhandlungen, selbst unter Inkaufnahme des kaiserlichen Unwillens. In kurzer Zeit einigten sich die Gesandten über die Grundsätze der Abschiedung nach Holland⁴⁰. Als erster traf der in Den Haag erprobte Obrist von Wylich

⁸⁵ Joachim ist der genannte Brief, weil er unter den »Ecclesiastica« liegt, entgangen. Der eigentliche Sinn des Bündnisplans mit Holland bleibt ihm daher verborgen.

⁸⁶ Ber. d. hessen-kass. Gesandten v. Krosigk v. 10. 6. 1656 aus Wien, zitiert von Joachim S. 123 Anm. 4.

⁸⁷ Kurköln zog sich, nachdem es mit seinem »Privatum«, der Rheinberger Streitfrage, nicht vorankam, ganz zurück (Chr. Bernh. an Wydenbrück, 4. 7. 1656: MLA. 388, 61 I).

⁸⁸ Joachim S. 124. Chr. Bernh. an M. Korff-Schmising u. W. Zurmühlen, 5. 9. 1656: MLA. 480, 29.

⁸⁹ Den Gesandten M. Korff-Schmising und Zurmühlen wurde die Instruktion v. 28. 8. 1656 erst am 31. August nachgeschickt: MLA. 480, 29.

⁴⁰ Kurköln, Münster und Pfalz-Neuburg sollten die Gesandten stellen. – Die Eile des Bischofs war nicht zuletzt durch verdeckte Andeutungen Pagenstechers, den die münsterschen Gesandten auf ihrer Reise nach Köln trafen, hervorgerufen. Der Hesse sprach von protestantischen Bündnisverhandlungen in Braunschweig (Chr. Bernh. an M. Korff-Schmising und W. Zurmühlen, 10. 9. 1656: MLA. 480, 29). – Die braunschw. Bündnisverhandlungen erwähnt Joachim S. 170 f.

als Privatmann dort ein⁴¹. Christoph Bernhard war mit der in Köln entworfenen Instruktion⁴² wenig zufrieden. Er befürchtete, daß der vorgesehene Ausschluß der spanisch-niederländischen Streitigkeiten die Holländer von vornherein zurückstoßen würde. Dagegen hätte er lieber die See- und Religionsachen aus dem Vertrage in bestimmterer Form ausgeschlossen⁴³.

Nun offenbarten sich aber die verhängnisvollen Versäumnisse des Sommers. Wenn auch der Bischof am 31. Oktober dem Pfalzgrafen schrieb, daß »anjetzo das rechte Tempo« sei⁴⁴, so war doch in Wirklichkeit die günstigste Zeit verflossen. Wylich und der jülichische Marschall Freiherr von Virmundt fanden taube Ohren. Da sie noch ohne Beglaubigungsschreiben und Instruktion in Den Haag weilten, konnten sie auch zu offiziellen Verhandlungen nicht schreiten. Pfalzgraf Philipp Wilhelm wurde die Zeit zu lang. Er verfaßte auf eigene Faust eine Zwischeninstruktion⁴⁵, die er dem Bischof zur Begutachtung vorlegte. Sie schrieb den Gesandten im Grunde nur vor, die Meinung der Generalstaaten über Fortführung der Sache zu erkunden. Aber auch das brachte den Wagen nicht wieder ins Rollen. Der Brandenburger Daniel Weiman sah den Mißerfolg Wylichs und Virmundts nicht ohne Schadenfreude voraus. Er war gewiß, »daß diese Leute endlich nichts erhalten und erkennen möchten, daß sie ihre Maße so übel genommen, als sie den Staat nicht gekannt«⁴⁶. Aus dem Munde eines führenden holländischen Staatsmannes vernahm er, daß die Generalstaaten ein Bündnis mit den rheinischen Fürsten als Ballast ihrer Politik betrachteten.

Diese Erkenntnis traf den Kern der Sache. Der Plan entsprach wohl den münsterschen Bedürfnissen nach Trennung des protestantischen Lagers, war aber nicht auf die Interessen der Holländer abgestimmt. Das freundlichere Verhältnis zwischen ihnen und dem Kurfürsten von Brandenburg, das sich mit der Wendung in Polen anbahnte, verdammt das Unternehmen endgültig zum Scheitern. Es machte eine Verbindung der Generalstaaten mit deutschen Fürsten, unter denen Philipp Wilhelm von Pfalz-Neuburg, der erbitterte Gegner Brandenburgs, eine Hauptrolle spielte, unmöglich. Viermundt und Wylich spürten die Kälte, die ihnen allerseits entgegenschlug. Erst am 5. Dezember gelang es ihnen überhaupt, das Beglaubigungsschreiben zu überreichen. Nach 14 Tagen erfolgte eine offensichtlich auf Zeitgewinn abgestimmte Antwort. Die Generalstaaten drückten den Wunsch aus, genaueren Einblick in das Wesen des Bündnisses zu erhalten. Erst dann könnten sie in Verhandlungen mit den Einzelprovinzen eintreten. Christoph Bernhard erkannte, daß es den »Widerwärtigen« gelungen war, die Holländer vom Eintritt in das Bündnis zurückzuhalten⁴⁷.

⁴¹ Joachim S. 126. PS. Chr. Bernh. an Korff-Schmising und Zurmühlen, 22. 8. 1656: MLA. 480, 29.

⁴² Die Kölner Konferenz endete mit dem Rezeß v. 28. 9. 1656: Ebd.

⁴³ Chr. Bernh., 10. 10. 1656: Ebd.

⁴⁴ Chr. Bernh. an Pfalz-Neuburg, 31. 10. 1656: MLA. 539, 3.

⁴⁵ Denkschrift v. 19. 11. 1656: MLA. 480, 33. Eine kürzere Fassung, die offenbar mehr den Wünschen Chr. Bernhards entsprach, in MLA. 480, 29.

⁴⁶ Aus dem Tagebuch Weimans (14. 11. 1656), zitiert von Joachim S. 127.

⁴⁷ Chr. Bernh. an Wydenbrück, 28. 12. 1656: MLA. 480, 29. – Besonders befürchtete er, daß de Thou, den der französ. König gerade nach Den Haag schickte, gegen das geplante Bündnis arbeiten könnte. Chr. Bernh. an Wydenbrück, 2. 1. 1657: MLA. 388, 61 I.

Trotzdem versuchten die rheinischen Verbündeten Ende des Jahres 1656 erneut, dem zum Sterben verurteilten Plan neues Leben einzuhauchen. Sie arbeiteten eine neue umfangreiche Instruktion aus, die gerade auf dem Papier stand, als die beiden münsterischen Gesandten am 13. Januar verspätet auf der Konferenz in Koblenz eintrafen. Der Bischof wünschte⁴⁸, daß den Generalstaaten die erbetenen Einblicke gewährt und gegenseitige Hilfe von 5000 Mann zu Fuß und 1200 zu Pferde angeboten werde. Er dachte sich den Eintritt der Holländer in der Form, daß sie ein Korpus für sich neben dem Korpus der bisherigen Verbündeten bildeten⁴⁹. Abermals drang er auf den Ausschluß aller See-, Regierungs- und Religionssachen. In einer Nebeninstruktion nahmen seine Gesandten die Anweisung auf den Weg, einen Beitritt der Hildesheimer Verbündeten abzulehnen. Er begründete seine Forderung mit dem Krieg, in dem einzelne Glieder dieses Bundes begriffen waren⁵⁰.

Matthias Korff-Schmising und Zurmühlen ließen sich nach ihrer verspäteten Ankunft von ihren pfalz-neuburgischen Kollegen über den Stand der Verhandlungen unterrichten⁵¹. Obgleich die Instruktion längst fertig war, gelang es, die münsterischen Monita noch zur Beratung zu bringen⁵². Wie bisher drangen sie darauf, die Anweisung so allgemein wie möglich zu halten, um die Verhandlungen nicht an nebensächlichen Fragen scheitern zu lassen. Ihnen erschien es unnütz, über den Gebrauch des Titels »Hochmögende« Erörterungen anzustellen, wie es der Kurfürst von Köln wünschte. Sie hielten auch für zweckmäßiger, die Worte »Bündnis« oder »Allianz«, die beim Kaiser Verdacht erregen konnten, zu vermeiden und durch harmlosere Worte zu ersetzen. Die Klausel, daß die Vereinigung gleichfalls gegen »innerliche Empörung« gelte, wurde ausgelassen. Damit glaubte der Bischof, den Generalstaaten abermals einen Stein in den Weg der Einmischung während seines Streites mit der Hauptstadt gelegt zu haben. Daß die Generalstaaten mehr Hilfstruppen liefern sollten als alle übrigen Verbündeten, schien den Münsteranern ein allzu schlechtes Licht auf den rheinischen Bund zu werfen, »da man doch durch diese Traktaten hauptsächlich und primario suchte und intendierte, sich in Kredit und Konsideration zu setzen«. Sie wollten nichts davon hören, daß die Holländer einen Teil oder die ganze Truppenhilfe durch Geld ablösten, einfach deshalb, weil der Bischof das Entstehen einer besonderen Bundeskasse ablehnte, die ihn zu regelmäßigen Zahlungen verpflichten könnte. Im allgemeinen wandten die übrigen Konferenzteilnehmer gegen die beantragten Änderungen nichts ein. Mit dem Beschluß, die Gesandten spätestens bis zum 4. Februar in den Haag zu schicken, ging man auseinander⁵³.

So schnell, wie es der Bischof wünschte, ging es allerdings nicht. Ihm brannte die Zeit auf den Nägeln, denn schon erschollen Gerüchte, daß auch die Stadt Münster Gesandte nach Holland abzufertigen gedachte. Die Vertreter Kurmainz' und Kurtriers begaben sich erst am 7. März rheinabwärts auf die

⁴⁸ Instruktion v. 3. 1. 1657: AV. 379 I. – ⁴⁹ Ratsprotokoll v. 4. 1. 1657: GR. 589.

⁵⁰ In Wirklichkeit standen die oben erwähnten Gründe dahinter. Joachim hat die Instruktion v. 3. 1. 1657 nicht gekannt.

⁵¹ M. Korff-Schmising und W. Zurmühlen an Chr. Bernh., Koblenz 14. 1. 1657: MLA. 480, 29.

⁵² Konferenzprotokoll v. 15. 1. 1657: Ebd.

⁵³ Die Konferenz beschloß am 16. Januar, die abgeänderte Instruktion an die Prinzipalen zu verschicken. Der Abschlußreiß v. 18. 1. 1657 in AV. 379 Bd. 1, von Joachim nicht benutzt.

Reise⁵⁴. Am 23. März hielten die Abgeordneten der rheinischen Verbündeten vor den Generalstaaten Vortrag⁵⁵. Nach einer vorläufigen Antwort begannen Anfang April die Verhandlungen mit den einzelnen Provinzen. In dieser Zeit geriet der Plan mehr und mehr in Vergessenheit. Die günstige Zeit war verflossen. Mißhelligkeiten zwischen Pfalz-Neuburg und den Holländern über die Herrschaft Ravenstein an der Maas kühlten die kaum geknüpften Beziehungen ab⁵⁶. Die größten Schwierigkeiten erhoben sich aber dort, wo der Gedanke seinen Anfang genommen hatte, nämlich im Stift Münster. Der Konflikt zwischen dem Bischof und seiner Hauptstadt verschärfte sich in beunruhigendem Maße.

Inzwischen versuchte auch der Kurfürst von Mainz, den Geltungsbereich des rheinischen Bundes zu erweitern. Um sein Ziel eines umfassenden Friedensbündnisses zu erreichen, richtete er seine Blicke in erster Linie auf die Genossen des Hildesheimer Bundes⁵⁷, aber auch auf Bayern. Nur zögernd unterschrieb Christoph Bernhard schließlich die Einladung an die Häuser Braunschweig und Hessen-Kassel. Gegen sie erhob er im Grunde genommen keine Bedenken. Er fürchtete nur den Beitritt Schwedens. Mochte er aber auch die Einladung an die nordische Krone ablehnen, so zweifelte er doch nicht, daß er ein bestimmtes Verhältnis zu ihr gewinnen würde, wenn er sich mit den deutschen Gliedern des Hildesheimer Bündnisses näher einließ.

Nach Abschluß der Koblenzer Konferenz machte sich Boineburg, der die Bedenken des Bischofs kannte, gemeinsam mit Korff-Schmising auf den Weg nach Münster. Dem Domküster bereitete die Begleitung wenig Behagen. Er wußte nicht, wie sein Herr den unerwarteten Besuch aufnehmen würde⁵⁸. Boineburg ließ sich aber durch keine Bedenken von seinem Vorhaben abbringen, die Hindernisse, die sich in Düsseldorf und Münster gegen die Aufnahme Schwedens und Brandenburgs⁵⁹ erhoben, aus dem Weg zu räumen. Vor Korff-Schmising verbarg er seine eigentliche Absicht. Ihm erklärte er auf der Reise, daß es allein um die Aufnahme der Häuser Braunschweig und Hessen gehe. Beide hatten nämlich die Einladung der Rheinischen in Form einer Erklärung des braunschweigischen Gesandten Heyland am 30. Dezember 1656 in Frankfurt angenommen, jedoch mit der unangenehmen Einschränkung, daß sie zuerst wissen müßten, wie die Einladenden über die Aufnahme Schwedens und Brandenburgs, allerdings nur für ihre deutschen Länder, dachten⁶⁰. Die Bedingung berührte Johann Philipp von Mainz sehr schmerzlich. Gab er der Wahrheit die Ehre, so mußte er antworten, daß der Krieg, in den beide Mächte verwickelt waren, ihrer Aufnahme im Wege stand. Um dem auszuweichen, schickte er Boineburg unter der Vorspiegelung auf die Reise, dieser gehe aus eigenem Entschluß an die Höfe von Düsseldorf und Münster. Dem gewandten Diplomaten gelang erstaunlicherweise, beide Fürsten zur Aufgabe ihres Widerstandes zu bewegen. Beim Pfalzgrafen fand er angeblich gar keinen Wider-

⁵⁴ In der Ratsitzung v. 19. Januar drängte der Bischof nochmals auf eine Kürzung der Instruktion (Protokoll v. 19. 1. 1657: GR. 589). Vgl. im allgemeinen Joachim S. 132. — Vgl. Brieven van Johan de Witt, 1. Deel (Amsterdam 1906) S. 509 f.

⁵⁵ Abdruck d. latein. Proposition bei Alpen III S. 313 ff. Der weitere Verlauf bei Joachim S. 134 ff. — ⁵⁶ Joachim S. 136 f.

⁵⁷ Über die Verhandlungen der rhein. Verbündeten mit den Hildesheimern vgl. ausführlich Joachim S. 142 ff.

⁵⁸ M. Korff-Schmising an Chr. Bernh., 21. 1. 1657: MLA. 480, 29.

⁵⁹ Kurbrandenburg war kein Mitglied d. Hildesh. Bundes, aber mit Braunschweig eng verbunden. — ⁶⁰ Joachim S. 184 f.

spruch⁶¹, in Münster⁶² zwar etwas mehr »Repugnantz«, aber auch hier steckte er eine schriftliche Erklärung ein, in der der Bischof versicherte, daß ihm trotz einiger Bedenken wegen weiter Entlegenheit der brandenburgischen und schwedischen Länder Verhandlungen mit beiden Mächten angenehm seien. Jede Stärkung des Bündnisses begrüße er von Herzen⁶³.

Was der Bischof im einzelnen mit dem Mainzer Gesandten besprach, ist nicht bekannt. Der Inhalt der Unterhaltungen kann jedoch aus Boineburgs Mitteilungen an seine braunschweigischen und hessischen Kollegen Heyland und Badenhausen entnommen werden: Mainz müsse Partei nehmen und Anhang suchen. Zu Beginn des Frühjahrs werde der Kaiser mit Sicherheit den Spaniern gegen Frankreich zu Hilfe eilen und dadurch bewirken, daß Frankreich seine Heere an den Rhein und ins Reich führe. Nur ein kräftiges Bündnis könne den Kaiser von diesem Schritt zurückhalten und alles folgende Unglück verhüten.

Solchen Gedankengängen zu folgen, weigerte sich der habsburgtreue Bischof von Münster. Seinem Gesandten in Frankfurt, Lic. Bisping, teilte er seine Antwort überhaupt nicht mit. Er ließ ihm nur die irreführende Nachricht zukommen, Boineburg habe wegen des holländischen Bündnisses in Coesfeld vorgesprochen⁶⁴. In Wirklichkeit hatte der Mainzer darüber kein Wort verloren⁶⁵. Wenn Bisping in Frankfurt die Aufnahme Braunschweigs zum Entschcheid vorgelegt werden sollte, könne er immerhin einem Termin zustimmen.

Damit offenbarte der Bischof, daß er von vornherein die Boineburg gegebene Erklärung nicht einzuhalten gedachte. Ausdrücklich bekundete er jetzt, daß sie nur auf den Beitritt Schwedens und Brandenburgs Bezug habe, nicht aber auf den Hessens. Der kluge Boineburg war in die Falle gegangen. Er hatte geglaubt, wegen Braunschweig und Hessen keine Erklärung fordern zu müssen, wenn der Bischof seine Bedenken gegen Schweden und Brandenburg zurückstellte. Das Versäumnis rächte sich. Der Mainzer irrte, wenn er Bisping schon im Besitz einer Instruktion zu den ersehnten Verhandlungen mit den Hildesheimern wähnte⁶⁶. Bisping hielt nur eine allgemeine Anweisung des Bischofs in Händen, über alle Vorkommnisse in Bezug auf die Bündnisweiterung zu berichten⁶⁷. Boineburg selbst empfing von Christoph Bernhard den kühlen Hinweis, der Domkürster Matthias Korff-Schmising werde rechtzeitig abgeschickt, wenn es gelte, die »Notturft zu respizieren«⁶⁸.

Trotz dem vorsichtigen Verfahren Boineburgs steckte Kurfürst Johann Philipp damit eine empfindliche Niederlage in Münster ein. Der Bischof beabsichtigte keineswegs, Kurmainz zu beleidigen, aber ein gutes Verhältnis zu Österreich stand ihm höher⁶⁹.

⁶¹ Ebd. S. 188 Anm. 2. — ⁶² Boineburg kam am 25. 1. 1657 in Coesfeld an.

⁶³ Erklärung v. 27. 1. 1657: MLA. 539, 3.

⁶⁴ Chr. Bernh. an Bisping, 2. 2. 1657: MLA. 473, 27.

⁶⁵ Dieses Verfahren wurde in der Ratssitzung v. 2. 2. 1657 beschlossen.

⁶⁶ Boineburg an Christoph Bernhard, 10. 2. 1657: MLA. 539, 3.

⁶⁷ Chr. Bernh. an Bisping, 16. 2. 1657: MLA. 538 b I.

⁶⁸ Gleichzeitig mußte Boineburg den Tadel einstecken, daß Mainz trotz seiner Zusage noch keinen Gesandten nach Den Haag geschickt habe. Chr. Bernh. an Boineburg, 23. 2. 1657: MLA. 539, 3.

⁶⁹ Ratsprotokoll v. 5. 3. 1657: Bisping solle sich »in der Mitten« halten, »jedoch Österreich mußte in der französischen und polnischen Sache praevalieren«. Dem Bischof war es recht, daß die Braunschweiger dem Bündnis nur sehr zögernd nähertraten: GR. 589. — Joachim S. 198.

Mißtraute Christoph Bernhard bereits den Zielen Johann Philipps? Boineburg leugnete zwar überall, mit dem Neuburgischen Kanzler Winkelhausen Möglichkeiten einer Anknüpfung mit Frankreich erörtert zu haben, und doch hatten diese Beratungen stattgefunden⁷⁰. Vielleicht waren ihm sogar, wie später gegenüber Heyland und Badenhausen, in Coesfeld einige unvorsichtige Worte über die Notwendigkeit entschlüpft, daß sich Mainz an Frankreich anschließen müsse, wenn sich die geplante Bündniserweiterung zerschläge. Auf diesem Wege vermochte der Bischof dem Kurfürsten Johann Philipp nicht zu folgen. Abgesehen von seiner grundsätzlichen Abneigung gegen Bündnisse mit auswärtigen Kronen, verurteilte er den Krieg Frankreichs gegen Spanien, der der katholischen Kirche in Europa unendlichen Schaden verursachte.

Während Boineburg den Bischof vor dem bevorstehenden Besuch des Reichshofrats Crane warnte, der im Auftrage des Kaisers von dem Bündnis mit Brandenburg und Schweden abraten sollte⁷¹, erwartete Christoph Bernhard den Besucher mit großer Freude⁷², um »mit ihm aus einem und andern zu kommunizieren«⁷³. Es besagte also gar nichts, wenn er gleichzeitig Boineburg versprach, seine Erklärung vom 27. Januar einzuhalten⁷⁴. In seiner habsburgfreundlichen Haltung bestärkte ihn noch der Tod Kaiser Ferdinands III. (2. 4. 1657). Jetzt galt es erst recht, dem Hause Österreich Unterstützung zu leihen⁷⁵, um die Machenschaften der Gegner, die seiner Überzeugung nach den Untergang des Katholizismus bezweckten, zum Scheitern zu bringen⁷⁶.

Der von Pfalz-Neuburg gewünschten Annäherung der rheinischen Verbündeten an Kurbayern⁷⁷ stand Christoph Bernhard freundlicher gegenüber⁷⁸, zumal er bald erfuhr, daß Kurfürst Ferdinand Maria – entgegen der Absicht des Neuburgers – den Kaiser eingeweiht hatte und dieser sich zu Verhandlungen mit den Bundesgenossen erbot. Der Plan erstickte letzten Endes an der nach Frankreich ausgerichteten Politik Kurfürst Johann Philipps und des Pfalzgrafen. Eine Vereinbarung mit dem Kaiser hätte Frankreich vor den Kopf gestoßen. Der Bischof von Münster nahm wenig Anteil hieran. Er wußte zu dieser Zeit noch nichts von den profranzösischen Neigungen seiner Verbündeten, aber wahrscheinlich hielt ihn eine Warnung Wilhelm von Fürstenbergs zurück, der von einer Verbindung mit dem Kaiser und Kurbayern abriet, weil beide die Katholiken Nordwestdeutschlands im letzten großen Kriege im Stich gelassen hatten⁷⁹.

⁷⁰ Ebd. Anm. 4.

⁷¹ Boineburg an Chr. Bernh., 14. 3. 1657: MLA. 480, 29.

⁷² Crane wurde auf halbem Wege vom Kaiser zurückberufen, nachdem in Wien die Nachricht eintraf, Braunschweig und Hessen hätten die Ladung angenommen: Joachim S. 199.

⁷³ Chr. Bernh. an Bisping, 20. 3. 1657: MLA. 473, 27.

⁷⁴ Chr. Bernh. an Boineburg, Anf. April 1657: MLA. 480, 29.

⁷⁵ Der Papst ermahnte den Bischof am 23. 4. 1657, in der gefährlichen Lage Deutschlands alles zu tun, um den Fortbestand der kathol. Religion und des Staates zu gewährleisten (MU. 4524).

⁷⁶ Chr. Bernh. benutzte den Tod des Kaisers, um unter dem Vorwand der vermehrten Gefahr Truppen anzuwerben, die er gegen die aufsässige Hauptstadt zu verwenden gedachte. Er ermahnte auch seine Bundesgenossen zur Verstärkung ihrer Heere, bes. Pfalz-Neuburg (Philipp Wilhelm an Chr. Bernh., 5. 5. 1657: MLA. 539, 3). Er brauchte vielleicht ihre Truppen in nächster Zeit zu demselben Zweck.

⁷⁷ Ausführlich bei Joachim S. 90 ff.

⁷⁸ Chr. Bernh. an Johann Philipp, 20. 4. 1656: MLA. 480, 29.

⁷⁹ Fürstenberg an Chr. Bernh., 27. 5. 1656: MLA. 2, 17 II.

16. KAPITEL

AUSEINANDERSETZUNG MIT DER HAUPTSTADT BIS ZUM GEISTER VERGLEICH

Die Bemühungen der rheinischen Verbündeten in Holland hinterließen in der Stadt Münster tiefe Unruhe. Wenn über den Inhalt der Verhandlungen auch nur Gerüchte umgingen, so lag doch die Vermutung nahe, daß der Bischof den einzig möglichen Beschützer der Stadt durch ein Bündnis ausschalten wollte. Die Vermutungen der Bürger trafen, wie geschildert wurde, nicht ganz ins Leere.

Erklärlicherwise versuchten nun auch sie, ihre Felle vor dem Wegschwimmen festzuhalten. Eine unmittelbare Verbindungsaufnahme mit den Generalstaaten schien allerdings bedenklich. Die Stadt hätte sich den Vorwurf, mit auswärtigen Mächten in Beziehung zu treten, auf den Hals geladen. So erinnerte man sich der Gedankengänge des Lübecker Stadtsyndikus Gloxin. Nikolaus Drachter trat eine Reise nach den Hansestädten an. Er wußte selbstverständlich ganz gut, daß diese selbst keine Hilfe gewähren konnten, aber auch, daß sie sich in einem Bündnis mit den Vereinigten Niederlanden befanden¹. Dem münsterschen Stadtsyndikus fiel es nicht schwer, von den drei Städten ein Empfehlungsschreiben an die Generalstaaten zu erhalten. Die Hanseaten freuten sich, so leichten Kaufs aus der unangenehmen Sache herauszukommen². Triumphierend kehrte Drachter mit dem Schreiben nach Münster zurück. Die Empfehlung verpflichtete die Stadt nunmehr geradezu, sich an die Generalstaaten zu wenden, sonst hätte sie sich dem Vorwurf der Mißachtung des hanseatischen Schreibens ausgesetzt. Der geschickte Schachzug fand in der Bürgerschaft große Anerkennung. Drachter erlebte bei seiner Rückkehr einen glänzenden Empfang³.

Ohne weiteres Zögern reiste der Syndikus mit einer förmlichen Instruktion nach Amsterdam und Den Haag⁴. Der Hauptpunkt seiner Anweisungen war unverdächtig. Er sollte der Stadt nachteilige Bestimmungen in dem geplanten Bündnis der Generalstaaten mit Christoph Bernhard verhindern. Auch die Drachter anbefohlene Erkundung des Bündnisinhalts konnte höchstens als verständliche Neugier ausgelegt werden. Eine sehr gefährliche Note schwang jedoch in der Weisung mit, die Stadt Amsterdam um Bewahrung ihrer hergebrachten Freundschaft zu ersuchen und zu bitten, daß sie auf einen Hilferuf der Stadt Münster »etwa mit einer Cavalcada großgünstiglich assistieren, zugleich de modo defendendi deliberieren und also uns beim ruhigen guten

¹ Das Bündnis war am 25. 10. 1646 geschlossen. Zum folgenden vgl. Der Kinderen I S. 56 ff.

² Das Empfehlungsschreiben datiert v. 20. 3. 1657.

³ M. Korff-Schmising an Christoph Bernhard, 3. 5. 1657: MLA. 2, 18.

⁴ Instruktion v. 20. 4. 1657: AV., Msc. 379 Bd. 1. Beglaubigungsschreiben vom selben Tag in MLA. 388, ad 58 VI. Mit Drachter fuhr der Aldermann Heinrich Zurmühlen.

Estat konservieren wolle.« Wäre die Aufnahme der Stadt Münster in das Bündnis der Hansestädte mit den Generalstaaten schon geschehen, wie es das Empfehlungsschreiben vorschlug, so wäre vielleicht noch eine unterschiedliche Beurteilung möglich gewesen. So aber handelte es sich eindeutig um eine Überschreitung der Rechte einer Landstadt, ganz abgesehen davon, daß das Verfahren über die Festlegung dieser Rechte am Kaiserhof noch lief.

Die Holländer nahmen Drachter nicht so herzlich auf, wie er später in Münster berichtete⁵. Sie legten mehr Wert auf einen ungestörten Handel als auf politische Erfolge im Reich. Die Eingaben Drachters erfuhren keine Beantwortung⁶. Trotzdem verbuchte er als Erfolg, daß auch Wylichs Verhandlungen nicht den erhofften Fortschritt erbrachten. Aitzema vermochte nach der Abreise Drachters mühelos dem bischöflichen Vertreter die Waage zu halten. Unermüdlich wies er darauf hin, daß der Schönefliether Vergleich keineswegs die unbedingte Unterwerfung unter das fürstliche Besatzungsrecht vorschreibe und daß keine Bestimmung bestehe, die der Stadt ein Bündnis zum Schutz ihres Handels und ihrer Privilegien verbiete⁷.

Da eine endgültige Entscheidung des Streites durch den Kaiser in Anbetracht der Vakanz vorläufig nicht zu erwarten war und gerade jetzt ein neues Unwetter, der schwedisch-dänische Krieg, die Ruhe Norddeutschlands bedrohte, verdrichtete sich in der Vorstellung des Fürsten der Gedanke, daß der gordische Knoten so schnell wie möglich durch eine gewaltsame Unterwerfung der Stadt zertrennt werden müsse, wenn nicht das ganze Stift in die Unruhe hineingezogen werden sollte. Schon ließ die Ritterschaft ernste Anzeichen einer Beeinflussung durch die Stadt erkennen. Unter dem Vorwand, einen Vergleich anzustreben, schalteten sich der Erbmarschall Ferdinand von Morrien und Johann von der Recke zu Steinfurt, der erste wegen eines alten Familienzwistes⁸, der andere als Protestant dem Bischof unfreundlich gesonnen, in die Streitigkeit ein⁹. Sie bewogen den Stadtrat, der anfangs überhaupt jeder Verhandlung abgeneigt war, sich ihrer Vermittlung anzuvertrauen, weil auf diese Weise der Fürst am besten ins Unrecht gesetzt werden könnte. Die Erfüllung der aufgesetzten 36 Beschwerdepunkte¹⁰ erwartete im Ernste niemand. Ihr einziger Sinn bestand darin, den Fürsten vorerst von Gewaltanwendung abzuhalten, um Zeit zu weiteren Verhandlungen mit den Holländern zu gewinnen.

Der Bischof ließ sich indessen von seinem Wege nicht abbringen. Am 8. August, einen Tag vor Übergabe der städtischen Beschwerde, erklärte er

⁵ Der Kinderen I S. 57.

⁶ Eingabe Drachters an die Generalstaaten, 9. 5. 1657: MLA. 388, ad 58 VI.

⁷ Diarium Europaeum VI S. 32: Ausführung, ob die Stadt Münster Bündnisse machen könne. – Besondere Anstrengungen bei den Generalstaaten zugunsten des Bischofs machte Generalwachtmeister Adrian Wilhelm Freiherr von Virmundt, um sich des Bischofs Unterstützung im Flodorffschen Prozeß, der am Brabanter Gerichtshof in Brüssel schwebte, zu sichern. Chr. Bernh. an Virmundt, Coesfeld 22. 5. 1657: Familienarchiv v. Virmond, Akten II Nr. 45 (frdl. Hinweis von Herrn Archivrat Dr. Lahrkamp, Münster).

⁸ Chr. Bernhards Vater Dietrich von Galen hatte den Erbmarschall Gerhard v. Morrien im Streit getötet: H. Offenberg, Dietrich v. Galen, der Vater Christoph Bernhards, WZ. 57 (1899) I S. 60.

⁹ Die Behauptung Tückings S. 42 f., daß der Fürst einen Vergleich durch die Ritterschaft sehnlichst wünschte, läßt sich mit den Tatsachen nicht in Einklang bringen. Sie führt auch bei ihm zu Widersprüchen.

¹⁰ Gedruckt bei E. v. Schaumburg S. 77.

dem Domkapitel unumwunden seinen Willen, die Stadt mit Gewalt zur Ruhe zu zwingen. Nach ihrer Eroberung gedachte er, eine Zitadelle zur Sicherung seiner Stellung vor ihren Mauern zu errichten¹¹. Auch er bemühte sich bereits um auswärtige Unterstützung. Bekümmert über die Widersetzlichkeit der »Stadt Münster samt etlichen Landständen«, die er »tiefer als sonst zu Herzen nahm«¹², fragte er Kurfürst Johann Philipp von Mainz um seinen Rat. Als erstes, so schlug dieser vor, empfehle sich, einen festen Standpunkt im Stift zu gewinnen, von wo aus der Krieg gegen die aufrührerischen Stände bis zum Siege geführt werden, auf den man sich in der Not aber auch zurückziehen könnte. Wenn alles drunter und drüber gehen sollte, werde es an tatkräftiger Hilfe der Bundesgenossen nicht fehlen.

Die Ratschläge des Kurfürsten legten also ebenfalls die Anwendung von Gewalt nahe¹³. Die endgültige Entscheidung in dieser Richtung fiel am 9. August, als Nikolaus Drachter von einer abermaligen Reise in die Niederlande zurückkehrte, beim Grenzübertritt in Alstätte festgehalten und als Gefangener nach Ottenstein geführt wurde¹⁴. Die Verhaftung des angesehenen Syndikus rief in der Hauptstadt eine Welle der Empörung hervor. Sofort nach dem Eintreffen der Nachricht schloß die Stadt die Tore und forderte die Herausgabe des Gefangenen.

Damit begannen die offenen Feindseligkeiten. Ein von der Stadt bei den Reichsvikaren ausgewirktes Abmahnungsschreiben an den Bischof, das ihm die Freilassung Drachters gegen die angebotene Kautions- und Vermeidung aller Tätlichkeiten gegen die Stadt befahl¹⁵, verfehlte seine Wirkung. Christoph Bernhard fuhr fort, die Stadt einzuschließen¹⁶.

Nun zögerte auch die Ritterschaft nicht länger, sich gegen den Fürsten zu erklären. In einer mit 36 Unterschriften versehenen Klagschrift warf sie ihm vor, gegen die Stadt Krieg zu führen, ohne daß von Kaiser und Reich die Acht verhängt sei. Das Privilegium patriae habe er gebrochen, das kein Bündnis und keine Fehde ohne Zustimmung der Landstände zulasse. Der letzte Landtagsschluß, der die weitere Anwerbung von Truppen verbiete, sei ebenso mißachtet wie das kaiserliche Dekret vom 9. Dezember 1656¹⁷, in dem das Urteil über die Notwendigkeit einer Besetzung in der Stadt nicht dem Fürsten allein, sondern auch den Landständen anheim gegeben werde¹⁸.

Nachdem der Spruch der Reichsvikare keine Beachtung fand, war nicht zu erwarten, daß das sogenannte, übrigens in recht energischem Ton gehaltene Interpositionsschreiben der Ritterschaft ein anderes Schicksal haben würde. Die fürstlichen Räte bestritten dem zweiten Stande in der Sitzung vom 3. Sep-

¹¹ Erklärung v. 8. 8. 1657: MU. 4526. – Der Bischof brauchte die Einwilligung des Domkapitels zur Verpfändung der Tafelgefälle.

¹² M. Korff-Schmising an Chr. Bernh., 8. 8. 1657: MLA. 473, 33.

¹³ Die Nachrichten Korff-Schmising's aus Mainz forderten geradezu zum Abbruch der Vermittlungsverhandlungen auf. Nach dem von Wiens, WZ. 10 (1847) S. 170, mitgeteilten Tagebuch (dort irrtümlich unter 1661!) zitiert von v. Schaumburg S. 22.

¹⁴ Christoph Bernh. an Kanzler v. Merveldt, 11. 8. 1657: MLA. 388, ad 58 VII. Die Räte billigten den Anschlag gegen Drachter. Nur die beiden Adligen, Kanzler v. Merveldt und Herr v. Westerholt, bedauerten die Verschärfung der Lage; Ratsprotokoll v. 15. 8. 1657: GR. 589.

¹⁵ Die Reichsvikare an Chr. Bernh., 17. 8. 1657: MLA. 538 b I.

¹⁶ Ausführliche Beschreibung der Kampfhandlungen bei v. Schaumburg S. 28 ff. und Tücking S. 45 f. Die Belagerung kam um den 20. August zur Wirkung.

¹⁷ Abgedruckt bei v. Schaumburg S. 76 f.

¹⁸ Die Ritterschaft an Chr. Bernh., 1. 9. 1657; gedruckt ebd. S. 88 ff.

tember das Recht zu den erhobenen Klagen: Der Bischof führe keinen Krieg oder Fehde. Kurfürsten und Fürsten des rheinischen Bundes billigten seine Haltung. Die Reichsordnungen gestatteten den Abschluß von Bündnissen zur Verteidigung des Landes¹⁹.

Auch die Hoffnungen, die der Bischof auf das Anfang September eingeleitete Bombardement setzte, erfüllten sich nicht. Im Vertrauen auf die Wirkung seiner neuartigen Feuerkugeln²⁰ forderte er die Bürger am 6. September zur Übergabe auf. Gleichzeitig übergab er ihnen ein Warnschreiben der verbündeten Kurfürsten und Fürsten²¹, um die hinter ihm stehende Macht vor Augen zu führen. Die Stadt antwortete schon am nächsten Tage mit Gegenvorwürfen und der selbstbewußten Feststellung, daß nicht nur die Ritterschaft des Stiftes, sondern auch die Reichsvikare auf ihrer Seite stünden. Die Stellungnahme der verbündeten Fürsten mißachteten sie und maßen ihr nur die Bedeutung bei, den Fürsten zu seinem grausamen Angriff gegen die Stadt aufgereizt zu haben, in dessen Verlauf die Feindseligkeiten »mit redlichen Kriegsgebräuchen widerstrebenden Instrumenten und Feuerzeug dergestalt grausamblich und erbärmlich« geführt würden²². Am gleichen Tage traf vor der Stadt ein Trompeter der Generalstaaten ein, der Schreiben für den Bischof und den Magistrat mit einem Vermittlungsangebot überbrachte²³. Entgegen allen diplomatischen Gebräuchen öffnete der Bischof beide Briefe und schickte erst dann den für die Stadt bestimmten, der nur eine Abschrift des an ihn gerichteten Vermittlungsvorschlages enthielt, an die Stadt weiter²⁴. In einem Entschuldigungsschreiben lehnte er das Angebot unter Verweis auf die angeblich schon in Gang gekommene Vermittlung der Ritterschaft ab²⁵.

Die Verhandlungen auf Haus Geist, zu der sich Abgeordnete der Ritterschaft und der Stadt am 11. September zusammenfanden, blieben vorläufig ohne Ergebnis. Mehrere abgeschlagene Angriffe stärkten den Mut der Bürger. Die Ratsherren Kannengießler und Nienhues ermahnten aus Den Haag zum Ausharren und versprachen holländische Hilfe. Von den Grenzen trafen Berichte über umfangreiche Truppenverschiebungen der Niederländer ein²⁶.

¹⁹ Ratsprotokoll v. 3. 9. 1657: GR. 589. – Die Bündnisfrage war ungeklärt. Wenn auch die Reichsordnungen dem Fürsten Bündnisse erlaubten, so verbot doch das Privilegium patriae, das er unterschrieben hatte, den Abschluß ohne Zustimmung der Landstände.

²⁰ Die Stadt protestierte am 29. 8. 1657 gegen die Verwendung unmenschlicher Kriegsmittel: MLA. 388, ad 58 VI.

²¹ Schr. v. 21. 8. 1657, gedruckt bei v. Schaumburg S. 81 f.

²² Die Stadt Münster an die verbündeten Kurfürsten und Fürsten, 7. 9. 1657, gedr. ebd. S. 82 f. – Chr. Bernh. behauptete zwar, die Reichsvikare hätten auch an die Stadt ein Abmahnungsschreiben gerichtet, doch ist davon nirgends die Rede. Da er im gleichen Zusammenhang das an ihn gerichtete Schreiben der Reichsvikare verschwie, spricht manches dafür, daß es gar nicht bestand.

²³ Beide Schr. v. 30. 8. 1657, gedr. ebd. S. 87 f. Die Generalstaaten faßten schon am 16. August den Beschluß, beim Bischof wegen der Gefangennahme Drachters zu intervenieren: MLA. 388, ad 58 VII.

²⁴ Der Hergang ergibt sich aus den Klagen der Generalstaaten gegenüber Hessing, der das Versehen eines Kanzlisten vorschob (Hessing an Chr. Bernh., 9. 10. 1657: MLA. 534, I II). Der Bischof schrieb am 7. September an Hessing, daß der holländ. Trompeter »sich nicht getrauet, her in die Stadt zu kommen« und er ihm deshalb die Bestellung des Briefes abgenommen habe (Ebd.).

²⁵ Der Kinderen I S. 68 (Schr. v. 7. 9. 1657).

²⁶ Hessing an Chr. Bernh., 25. 9. 1657: MLA. 534, I II.

Am 17. September schlug die Stadt während eines 24stündigen Waffenstillstands die Beibehaltung des Schönefliether Vergleichs und die Aufnahme einer fürstlichen Besatzung von 300 Mann vor. Zur Enttäuschung der Ritterschaft schraubte der Bischof seine Forderungen auf 2000 Mann hoch²⁷. Auch als die Stadt ihr Angebot bis auf 1000 Mann steigerte, blieb Christoph Bernhard unerbittlich²⁸. Die ritterschaftlichen Vermittler sahen sich am Ende ihrer Weisheit und baten nun den Bischof, selbst an den Verhandlungen teilzunehmen²⁹.

Die Lage veränderte sich unversehens, als die Gesandten der Generalstaaten, die inzwischen zur Durchführung der Vermittlung bestimmt worden waren, an der Stifftsgrenze erschienen³⁰. In größter Eile reiste der Bischof ihnen nach Ahaus entgegen, um sie von jeder Berührung mit der Stadt fernzuhalten. Am 5. Oktober empfing er sie »freundnachbarlich« auf seinem Schloß³¹. Er versprach ihnen vollkommene Freiheit des Handels im Stift und sagte auch die Entlassung seiner Truppen zu, nur von der Vermittlung wollte er nichts hören. Umständlich führte er aus, daß eine fremde Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Landes die Streitfrage nur erschwere. Die Gesandten begaben sich, nachdem sie entlassen waren, nach Burgsteinfurt, um weitere Befehle aus Den Haag abzuwarten³².

Christoph Bernhard aber hatte erkannt, wie ernst es den Generalstaaten war. Die ruhige Entschlossenheit der Gesandten hinterließ auf ihn einen tiefen Eindruck, denn anders ist die unversehens veränderte Stimmung am Hofe nicht zu verstehen. In der Ratssitzung vom 8. Oktober trug der Ritterschaftsyndikus noch einmal vor, daß die Stadt 300 Mann auf eigene Kosten in Dienst behalten und 500 fürstliche Soldaten unter dem Eid des Fürsten, der Stadt und der Landschaft aufnehmen wollte. Sie sei auch bereit, über die Schlüsselfrage zu verhandeln. Unter Seufzen beklagte Matthias Korff-Schmising die Lage, die nur ernsthafte Verhandlungen oder Fortführung der Blockade gestatte. Selbst Wilhelm von Fürstenberg, sonst immer für ein

²⁷ Ratsprotokoll v. 8. und 13. 9. 1657: GR. 589. – Die Ritterschaft scheute vor allem die dem Lande erwachsenden hohen Kosten für die fürstl. Besatzung. Die bfl. Räte rieten aber, auf einer hohen Besatzung zu bestehen, wenn sich der Bischof getraue, die Stadt unterwerfen zu können (Ratsprotokolle v. 13. und 16. 9. 1657: Ebd.).

²⁸ Ratsprotokoll v. 18. 9. 1657: Ebd.

²⁹ Desgl. v. 19. 9. 1657: Ebd. – Der Bischof bestimmte seinen Rat Dr. Batz als Mitdeputierten, der als Hauptverfechter der Ablehnung des Schönefliether Vergleichs galt. Auch der Bischof richtete sich scharf gegen die Beibehaltung des Vergleichs. Eher wollte er einer geringeren Besatzung zustimmen (Ratsprotokoll v. 23. 9. 1657: Ebd.).

³⁰ Der Kinderen I S. 69 ff.

³¹ Hessing an Chr. Bernh., 9. 10. 1657: MLA. 534, I I. – v. Schaumburg S. 55 f. Brieven van Johan de Witt, I. Deel S. 512 f.

³² Denkschrift der niederländ. Deputierten an Chr. Bernh., Ahaus 5. 10. 1657: MLA. 388, 63. Rekredential v. 6. 10. 1657: Die Ritterschaft vermittelte bereits. Als 2. Instanz müßte dann das Reich angerufen werden, dem nicht vorgegriffen werden dürfe (Ebd.). – Die Deputierten baten am 11. 10. 1657 aus Burgsteinfurt nochmals, die Vermittlung anzunehmen, da sie von einem Mißerfolg der ritterschaftlichen Vermittlung gehört hätten. Chr. Bernh. lehnte am 15. Oktober mit der Begründung ab, er könne nicht ohne Vorwissen der Verbündeten verhandeln, und diese seien dazu nicht geneigt (Ebd.). Wicquefort X 2 S. 459 bringt die interessante Nachricht, daß in Holland damals der Plan erörtert wurde, eine gewisse Abhängigkeit des Stifts Münster von den Generalstaaten – wenigstens in steuerlicher Hinsicht – herzustellen, ohne die Souveränität des Bischofs einzuschränken. Vgl. Der Kinderen I S. 73 ff.

energisches Auftreten gegenüber der Stadt, zeigte sich zaghaft und bekannte offen, daß er an einen militärischen Sieg nicht mehr glaube. Die Zahl der Soldaten verringere sich, es fehle an Pulver, Munition und Proviant. Während die Gefahr holländischer Einmischung wachse, sei von den Bundesgenossen nicht viel zu erwarten. »Ergo concordia tractanda«. Dr. Batz verwies auf die letzten, mit nutzlosen Verlusten zugebrachten Wochen und schloß sich den Gründen Fürstenbergs an. Der Fürstbischof stimmte ihnen zu und fand sich sogar mit der von der Stadt angebotenen geringen Besatzung ab³³.

Damit öffnete sich der Weg zum Vergleich. Die abgewiesenen niederländischen Vermittler erschienen damit als die eigentlichen Sieger.

Noch einmal drohte eine Verhärtung der Gegensätze im Streit um das Schlüsselrecht³⁴. Sie verlor sich schnell, als die noch am 10. Oktober vom Fürsten gehegte Hoffnung, die Generalstaaten könnten die Stadt »nur trösten mit leeren Wörtern«³⁴, mit der Nachricht dahinsank, daß 53 holländische Kompanien zu Fuß und 47 zu Pferde unter dem Wild- und Rheingrafen Friedrich in Kürze zur Stiftsgrenze abmarschieren sollten, wenn der Bischof die Vermittlung weiterhin ablehne³⁵. In eben dieser Zeit kam Christoph Bernhard zu Ohren, daß die Ritterschaft sich ohne sein Wissen in Horstmar versammelte und mit den Gesandten der Generalstaaten in Verbindung trat³⁶. Alle diese Nachrichten trugen dazu bei, daß trotz einer vorübergehenden Verschärfung der Gegensätze in der Frage des Schlüsselrechts in wenigen Tagen der Vergleich zur Geist vom 21. Oktober 1657 zustandekam, nachdem bereits seit dem 16. die Waffen ruhten³⁷.

Der Geister Vertrag besiegelte erneut die Niederlage des Bischofs gegenüber der Stadt. Nicht eine seiner Absichten setzte er durch. Er erreichte weder die Aufhebung des Schönefliether Vergleichs noch das unbeschränkte Besatzungs- und Schlüsselrecht. So wie es die Stadt vorschlug, rückte eine kleine Besatzung auf Landeskosten in ihre Mauern. Der umstrittene Vergleich erfuhr, so weit ihm nicht neue Bestimmungen entgegenstanden, seine ausdrückliche Bestätigung. Die unbeschränkte Amnestie umfaßte sogar den Hauptträger des Widerstandes gegen den Bischof, den Stadtsyndikus Nikolaus Drachter. Die Niederlage des Fürsten spiegelte sich in den Ereignissen der nächsten Tage auch

³³ Ratssitzung v. 8. 10. 1657: GR. 589.

³⁴ Ratssitzung v. 10. 10. 1657: GR. 589.

³⁵ Die Generalstaaten verlangten am 16. Oktober von dem münst. Obristen v. Wylich eine Erklärung, ob der Bischof die Vermittlung annehmen wolle: Tücking S. 52; v. Schaumburg S. 66 f. Über die Gründe der Ablehnung durch die Stadt Amsterdam unterrichtet Thurloe VI S. 474: Amsterdam hoffte, der Bischof werde nach der Einnahme der Stadt gegen die Schweden im Herzogtum Bremen ziehen. Vgl. Brieven van Johan de Witt, I. Deel S. 515.

³⁶ Graf v. Flodorf und v. Oer zu Nottbeck unterrichteten den Bischof am 18. Oktober von der Versammlung der Ritterschaft. Auch die Abgeordneten der Städte Warendorf, Coesfeld, Dülmen und andere erschienen dort (MLA. 388, 63). Vgl. auch Instruktion v. 12. 10. 1657: MLA. 388, ad 58 VII.

³⁷ Gedruckt bei v. Schaumburg S. 95 ff. Die Entwürfe der Stadt Münster, unter sich unwesentlich abweichend, zum Vergleich in MLA. 388, 63. – Auch Johan de Witt schrieb das schnelle Zustandekommen des Vergleichs dem niederländischen Eintreten für die Stadt zu: »Sulcx dat daeruyt, mijns ordeels, mede wel te presumeren staet, dat den hooggemelten Bishop op soo daenige advertentie veel sal hebben naergegeven om te comen tot eene conclusie med de Stadt.« Brieven van Johan de Witt, I. Deel S. 524. – Ein nach dem Vergleich von Drachter verfaßtes Schreiben an den Papst gedruckt bei Tücking, Drachter S. 230 ff.

äußerlich wider. Zwar rückte die Besatzung am 27. Oktober in die Stadt ein, aber ohne Christoph Bernhard, der es vorzog, in Wolbeck zu bleiben. Dafür erlebten die holländischen Gesandten drei Tage später unter großem Jubel der Bürgerschaft und Salutschießen einen umso feierlicheren Einzug. Auf dem Rathaus bedankten sie sich, daß »nächst Gott die Resolution der Provinzen als die Ursache der Befreiung der Stadt erkannt wurde«³⁸. Sie machten sich damit keiner Übertreibung schuldig.

Als der Bischof endlich Anfang Dezember in die Tore der Stadt einritt, scholl ihm kein Jubel entgegen. Stumm stand die Bürgerschaft unter Gewehr am Rand der Straßen, und »niemand wollte vor dem Herrn Bischof, der in seiner Kutschen saß, das Haupt entblößen oder, wie sonst gebräuchlich, eine Freudensalve tun; auf gut westfälisch, welche sich äußerlich anders nicht stellen können, als wie sie es im Herzen meinen.« Alle Liebenswürdigkeit, die der Bischof aufwandte, vermochte das Eis nicht zu brechen. So schnell es eben ging, reiste er wieder ab. Ihrer fürstlicher Gnaden war »die Bürgerschaft nicht allerdings . . ., wie sie dieselbe gern gehabt hätte«³⁹, gewogen. Abgesehen von dem persönlichen Schmerz des Fürsten, den der Vergleich und demütigende Empfang durch die Bürger hervorriefen, zeichnete sich auch im allgemeinen für die Zukunft eine verhängnisvolle Entwicklung ab. Alle rechtlichen Fragen zwischen Landesherrn und Stadt blieben ungeklärt. Jener grollte über den erlittenen Mißerfolg⁴⁰ und setzte ihn im wesentlichen auf Rechnung der Holländer, während die Stadt mißtrauisch nach dem nicht durch eigene Kraft errungenen Siege auf den Gegenschlag wartete. Eine tiefe Verstimmung blieb auch zwischen dem Bischof und der Ritterschaft zurück. Nachdem er auf die Städte nicht mehr zählen konnte, durfte ihm nicht auch noch der zweite Stand verloren gehen. Die Ritterschaft mit ihrem großen Grundbesitz und Einfluß auf die Steuerbewilligung stellte einen zu wichtigen Faktor in der Landesverwaltung dar. Verwandtschaft und Verschwägerung mit vielen ihrer Mitglieder legten dem Bischof ein gutes gegenseitiges Verhältnis nahe. Aus diesen Gründen empfand er das Interpositionsschreiben des Adels weit unangenehmer als andere Einmischungen. Er hielt es einer ausdrücklichen Widerlegung für würdig⁴¹.

Der Zusammenstoß rief noch anderwärts Folgen hervor, an die damals im münsterschen Hofe noch niemand dachte. Der Leiter der französischen Politik, Kardinal Mazarin, beobachtete aufmerksam alle Vorgänge in der deutschen Staatenwelt. Die umfangreiche Rüstung des Bischofs von Münster mußte ihm auffallen. So wenig der Streit an sich das französische Interesse berührte, er hatte doch den Blick des Kardinals auf den norddeutschen Kirchenfürsten gelenkt. Mazarin erkannte in ihm einen Mann von Entschlußkraft und Energie,

³⁸ Nach dem »Tagebuch« der Belagerung zit. von v. Schaumburg S. 70.

³⁹ v. Schaumburg S. 71.

⁴⁰ Der Bericht Chr. Bernhards an den Papst, Wolbeck 1. 11. 1657, läßt trotz aller Schönfärberei die erlittene Niederlage durchblicken. Vesc. Bd. 41 Bl. 175 ff.

⁴¹ Gutachten Dr. Boichorst v. 15. 10. 1657: Er, der Bischof, habe keinen Krieg gegen die Stadt geführt, sondern nur einen ungehorsamen Landstand unterworfen. Er sei in keinem Bündnis, sondern nur in »guter Vertraulichkeit« mit anderen Fürsten zum Besten des Vaterlandes begriffen. Vorherige öffentliche Beratung von Bündnissen und außenpolitischen Maßnahmen mit den Landständen trage die Staatsgeheimnisse bis in die Versammlungshäuser der Handwerker und verurteile alle Vorhaben von vornherein zum Mißerfolg, weil der Feind zum Mitwisser werde: MLA. 11, 13.

dem auf dem Schachbrett der französischen Deutschlandpolitik die Rolle eines wichtigen Steines anvertraut werden konnte. Er sei »einer der mächtigsten Fürsten Deutschlands, der mit Leichtigkeit 2000 Mann und 400 Reiter auf die Beine stellen und unterhalten kann«, berichtete Lionne dem Kardinal Anfang September 1657⁴². Es wäre ein Wunder gewesen, wenn dieser sich bei der bevorstehenden Belegung seiner deutschen Politik des Bischofs von Münster nicht entsonnen hätte.

17. KAPITEL

DER RHEINBUND

Der im Streit mit der Stadt Münster erlittene Mißerfolg forderte eine Überprüfung der bisherigen bischöflichen Politik. Im Mittelpunkt der Überlegungen stand die Frage nach den Gründen für das Mißlingen des niederländischen Bündnisplanes, der das Eingreifen der Generalstaaten verhindern sollte, und die damit verbundene Forderung nach einer Neuausrichtung des Verhältnisses zum rheinischen Bündnis überhaupt. Der Bischof mußte sich eingestehen, daß sein Verhalten gegenüber Boineburg eine merkliche Abkühlung am kurmainzischen Hofe hervorgerufen hatte. Die Aufnahme Schwedens und Brandenburgs in das Bündnis stellte die Lieblingsidee Kurfürst Johann Philipps von Schönborn dar. Die Einwände des Bischofs von Münster trugen wesentlich dazu bei, daß sie nicht zur Ausführung kam. Als Quittung empfing Christoph Bernhard während der Blockade der Hauptstadt aus Kurmainz mehr Zurückhaltung als Hilfe. Das gegenseitige Verhältnis zwischen dem Kurfürsten und dem Bischof von Münster verschlechterte sich noch weiter nach dem Tode Kaiser Ferdinands. Aus allgemeinen Rücksichten auf den Zustand der katholischen Kirche hielt Christoph Bernhard die Erhaltung der Würde des Reichsoberhauptes im Hause Österreich für unbedingt erforderlich. Der Mainzer blickte dagegen besonders in der ersten Zeit des Interregnums mehr nach München. Wollte man es nicht ganz mit Mainz verderben, so galt es also, die Interessen des Hauses Habsburg, wo immer es ging, zu fördern, ohne den Kurfürsten vor den Kopf zu stoßen¹. Die schwere Aufgabe verlangte Überblick und Kraft eines erfahrenen Politikers. Christoph Bernhard stand noch am Anfang seiner außenpolitischen Tätigkeit. Er besaß beides nicht.

Die in vorsichtigem Tone abgefaßte Instruktion, die Matthias Korff-Schmising und Johann Caspar Bisping Ende Juni 1657 nach Frankfurt mit-

⁴² Lionne an Mazarin, 3. 9. 1657: CA. 136 Bl. 173.

¹ Chr. Bernh. an Bisping, 8. 5. 1657: MLA. 473, 27.

nahmen, zielte letzten Endes auf die Erhaltung des rheinischen Bündnisses im alten Umfang und dessen Stärkung. Zwar ließen sich gegen die Aufnahme Braunschweigs und Hessen-Kassels, nachdem die Einladung von Münster mit unterschrieben war, schwerlich Einwendungen erheben, aber man konnte ihren Beitritt hinausschieben. Der Bischof wünschte, wie er es schon bei den Verhandlungen mit den Generalstaaten forderte, daß die Hildesheimer Verbündeten als gesondertes Korpus neben die alten Verbündeten traten. Wenn er schon mehr leistete, als die Reichsmatrikel vorschrieb, so gedachte er das keinesfalls zugunsten der neuzutretenden Protestanten beizubehalten. Gegen die Aufnahme Schwedens und Brandenburgs wehrte er sich nach wie vor. Da beide noch im Kriege standen und die Aufnahme kriegführender Mächte nach den Bestimmungen des Bundesvertrages unzulässig war, fiel die Ablehnung leicht. Für den Fall, daß Braunschweig und Hessen die Aufnahme Schwedens als Bedingung für ihren eigenen Beitritt fordern sollten, wies der Bischof seine Gesandten an, sich mit fehlender Instruktion zu entschuldigen².

Die Bundesverhandlungen in Frankfurt zogen sich erwartungsgemäß in die Länge³. Das lag nicht nur an den eben berührten Fragen, sondern auch an der Belastung, die die bevorstehende Neubesetzung des Kaiserthrons mit sich brachte. Dieses Problem drängte sich mehr und mehr in den Vordergrund. Im Bunde stand der Bischof von Münster mit seinem Festhalten am Hause Habsburg ziemlich allein. Kurmainz suchte durch die Bündnisweiterungen zumeist österreichfeindliche Häuser hereinzuziehen, und hinter den Kulissen bereitete sich seit längerer Zeit eine Wendung vor, über die in Münster noch keine Kunde vorlag. Es wird wahrscheinlich immer ein Geheimnis bleiben, wer zuerst die Initiative zur Anknüpfung mit Frankreich ergriff. Viel spricht dafür, daß der ehrgeizige Pfalzgraf Philipp Wilhelm die ersten Bande flocht⁴. In diesem Zusammenhang ist die Frage bedeutungslos, wichtig dagegen der Umschwung, der nach dem Tode Ferdinands III. in dieser Hinsicht eintrat. Jetzt strebte Frankreich durch einen Eintritt in das bestehende Bündnis seinen Einfluß auf die Reichspolitik zu vergrößern, den die Garantieparagrafen des Friedensschlusses zum Leidwesen Mazarins nicht mehr gewährleisteten. Die Erfahrungen der letzten Jahre erwiesen, daß die Reichsfürsten lieber einen Rechtsbruch des Kaisers hinnahmen, als daß sie die Garanten Frankreich und Schweden um Hilfe anriefen. Sie kannten die Folgen eines Einmarsches der fremden Heere nur zu gut. Nun versuchte der Kardinal, die unbrauchbar gewordenen Garantiebestimmungen durch ein Bündnis mit den rheinischen Alliierten zu ersetzen, um im Reiche eine Macht zu bilden, die Kraft genug besaß, einen Rechtsbruch des Kaisers im Keime zu ersticken, den Garantiefall also gar nicht eintreten zu lassen⁵.

² Instruktion v. 21. 6. 1657: AV. 379 I. Korff-Schmising traf am 29. Juni in Frankfurt ein. Joachim S. 210. — ³ Ebd. S. 202 ff. — ⁴ Ebd. S. 242 ff.

⁵ R. Schnur, Der Rheinbund von 1658 in der deutschen Verfassungsgeschichte (Rhein. Archiv 47, Bonn 1955), insbesondere S. 42 ff., weist diese Entwicklung überzeugend nach. Dieselbe Charakterisierung der französischen Deutschlandpolitik findet sich bei E. W. Zeeden, in: B. Gebhardt, Handbuch der deutschen Geschichte Bd. 2, 8. Auflage 1955, S. 152 ff., im Anschluß daran auch bei A. Franzen, Französische Politik S. 170 f. Die These von R. v. Albertini, Das politische Denken in Frankreich zur Zeit Richelieus (Marburg 1951), daß die franz. Politik der Zeit nur die Befreiung aus spanischer Umklammerung anstrebte, hat K. v. Raumer, Zur Problematik des werdenden Machtstaates, H. Z. 174, 1952, S. 71 ff., mit dem Hinweis widerlegt, daß von einer span. Universalmonarchie im 17. Jh. nicht mehr gesprochen werden könne.

Der im Umgang mit den deutschen Fürsten erfahrene Gravel fädelte die Angelegenheit, um nirgends Argwohn zu erwecken, vorsichtig ein. Er sprach die Höfe einzeln an und auch nur die, die wahrscheinlich dem Plan geneigt sein würden. In Münster erschien weder er noch einer seiner Beauftragten. Erst nach dieser Vorbereitung hielt er Ende Juni 1657, als die Hauptverhandlungen des Bundes in Frankfurt begannen, seine Zeit für gekommen, um einen förmlichen Aufnahmeantrag bei den drei rheinischen Kurfürsten zu stellen. Kurköln riet davon ab, den Bischof von Münster schon jetzt einzuweißen. Aber auch Pfalz-Neuburg, als Vertrauter des Bischofs bekannt, erhielt keine Mitteilung⁶.

Es dauerte indessen nicht lange, bis in Münster die ersten Andeutungen über die neue Entwicklung eintraf. Am 8. August riet der Domkürster Korff-Schmising in einem Briefe aus Schwalbach, Anschluß an eine Großmacht zu suchen, wenn die gewaltsame Lösung der münsterischen Frage noch beabsichtigt werde. Auswärtige Hilfe müsse gefunden werden, sei es nun bei Österreich oder bei Schweden und Frankreich. Wie konnte es ihm einfallen, die beiden ausländischen Großmächte in einem Atemzuge zu nennen, wenn nicht in Frankfurt doch schon das Stichwort einer näheren Verbindung mit Frankreich gefallen war? Korff-Schmising gab sich den Anschein, keiner der beiden Parteien den Vorzug zu geben. In Wirklichkeit gelang es ihm nicht, seine Meinung zu verbergen: Österreich helfe nur gegen Wucherzinsen und wolle die Holländer nicht beißen. Frankreich aber und seine Partei würden »glorioso« ohne politische Bedingungen nur auf die Versicherung, daß der Bischof sich nicht an Österreich hänge, großzügig Hilfe gewähren. Wenn der Bischof eine gemeinsame Politik mit dem Kurfürsten von Mainz wünsche, so sei es unvermeidlich, dem Gedanken einer Verbindung mit dem französischen König näherzutreten⁷.

Die Gefühle Christoph Bernhards beim Lesen des Briefes sind leicht zu ermessen. Er mußte erkennen, daß eine Annäherung Kurmainz', vielleicht auch anderer Verbündeter, an Frankreich bereits Tatsache war. Noch im Juni freute er sich herzlich über die französische Schlappe vor Cambrai, weil die Franzosen nun »ihre dem Reich hochschädliche Consilia nicht werden vollführen, sondern mit verkehrten Augen werden zusehen müssen, daß mit der Elektion eines Römischen Kaisers mit guter der Herrn Kurfürsten Einigkeit verfahren werde«⁸. Stand Frankreich am Mainzer Hof jetzt schon so hoch im Kurs, so bedeutete das ein schlimmes Vorzeichen für die Kaiserwahl und den Fortgang des rheinischen Bündnisses. Anfangs lehnte Christoph Bernhard das weitere Bestehen der Reichsdeputation ab⁹, weil er fürchtete, daß ein »fremder Potentat« sich während der Wahlvorbereitungen ihrer bedienen könnte, um Habsburg das Wasser abzugraben, dann wieder stimmte er ihr zu¹⁰ in

– Neuere Literatur zum Rheinbund: F. Wagner, Frankreichs klassische Rheinpolitik, Der Rheinbund 1658. Stuttgart 1941; M. Göhring, Kaiserwahl und Rheinbund von 1658, in: Geschichtliche Kräfte und Entscheidungen, Festschrift O. Becker, Wiesbaden 1954.

⁶ Die Verhandlungen Gravels bildeten nur die Vorstufe der Gesandtschaft Lionnes und Gramonts, an der zu dieser Zeit in Paris schon gearbeitet wurde, um die Ziele Mazarins bei der Kaiserwahl durch Zusammenfassung aller habsburgfeindlichen Kräfte durchzusetzen.

⁷ M. Korff-Schmising an Chr. Bernh., Schwalbach 8. 8. 1657: MLA. 473, 33.

⁸ Chr. Bernh. an Domdechant v. Büren zu Speyer, 8. 6. 1657: MLA. 542 f.

⁹ Chr. Bernh. an Bisping, 3. 5. 1657: MLA. 538 b I und 473, 27.

¹⁰ Desgl., 11. und 13. 5. 1657: Ebd.

der Hoffnung, daß die Deputation dazu diene, »daß andere gefährliche Zusammenkünfte . . . vermieden bleiben«. Auf beiden Wegen wollte er die habsburgfeindlichen Tendenzen eindämmen und mußte nun erkennen, daß sie über den vornehmsten Kurfürsten des Reiches auf ganzer Linie ihren Vormarsch ins Reich antraten. Sein Wunsch: »Der Allmächtige wolle ihnen allen sämtlich die Augen auftun«, daß sie die französische Absicht, »zwischen den Kurfürsten und verfolglich allen Reichsfürsten Uneinigkeit zu erwecken«, erkennen möchten, erfüllte sich offensichtlich nicht. Sogar sein eigener Minister verfiel der verhängnisvollen Anziehungskraft¹¹.

Ob eine Antwort des Bischofs auf den Brief seines Domküstlers erfolgte, läßt sich nicht mehr feststellen. Die Belagerung der Stadt Münster lenkte in dieser Zeit sein Interesse von den Frankfurter Verhandlungen ab. Es paßte ihm, daß sich die Fühlungnahme mit Schweden und Brandenburg in die Länge zog. Jetzt ruhten zwar die brandenburgischen Waffen, trotzdem zögerte Christoph Bernhard mit einer Stellungnahme¹².

Erst nach dem Geister Vergleich wandte sich der Bischof wieder stärker der Außenpolitik zu. Aber wie verschieden war seine Stimmung von der des Jahres 1654, die ihn zu einem, wenn nicht dem Urheber des Kölner Bündnisses werden ließ. Nur widerwillig blieb er im Wagen sitzen, den der Kurfürst von Mainz auf die Straße der großen Politik lenkte, mit Reisezielen, die weit über den Horizont und die Erfordernisse der münsterschen Politik hinausführten. Der Bischof folgte nicht, wie Johann Philipp von Schönborn, dem leuchtenden Ziel eines großen Bundes zur endgültigen Sicherung des Friedens in Deutschland, er sah nur die gefährlichen Klippen, an denen das mit französischen und schwedischen Pferden, denen die Kraft des Lenkers nicht gewachsen war, bespannte Fahrzeug zerschellen mußte. Er hielt den erweiterten Bund überhaupt für unwirksam. Wie sollte sich die gleichzeitige Mitgliedschaft Schwedens und Brandenburgs bewerkstelligen lassen, von denen das erste gegen, das andere mit Habsburg verbündet war¹³? Einen Augenblick spielte er mit dem Gedanken, dem rheinischen Bündnis den Rücken zu kehren und sich an Österreich, Dänemark und Brandenburg anzuschließen. Dort hätte er Freundschaft mit dem zukünftigen Kaiser und Sicherheit vor Schweden gewonnen¹⁴. Zur Verfolgung solcher Pläne bedurfte

¹¹ Die Behauptung Joachims S. 251 Anm. 1, daß der Bischof von Münster allein aus selbstsüchtigen Gründen, vor allem um sich die kaiserl. Unterstützung gegen die Stadt Münster zu sichern, Österreich anhing, ist in dieser Form nicht aufrecht zu erhalten, wenn auch der Wunsch, den rechtlichen Ausgang des Streitfalls in Wien durch ein dort unerwünschtes Bündnis nicht zu gefährden, eine Rolle spielte (vgl. Schr. Chr. Bernh. an Bisping, 28. 12. 1657: MLA. 473, 28). Die späteren Jahre, in denen solche Rücksichten keine Rolle mehr spielten, in denen sogar der Kaiser dem Bischof feindlich begegnete, beweisen jedoch, daß er sich auch dann in seiner Überzeugung von der deutschen Aufgabe des Hauses Habsburg nicht beirren ließ.

¹² Bisping bekundete in der Sitzung v. 24. September in Frankfurt, in bezug auf den brandenburgischen Beitritt noch keine Instruktion zu haben (MLA. 539 III).

¹³ Chr. Bernh. an Bisping, 6. 11. 1657: AV., Msc. 379 I; desgl. 7. 12. 1657: MLA. 473, 28.

¹⁴ Chr. Bernh. an Bisping, 13. 11. 1657: MLA. 473, 28. – Als ein Nachlassen der schwedischen Neigung zum Eintritt in das rheinische Bündnis mit Befriedigung in Münster vermerkt wurde, erhielt Bisping die Weisung festzustellen, ob »sich nicht tun lasse, daß des Herrn Kurfürsten zu Brandenburg Durchl. und Lbd. wegen ihrer nahen Nachbarschaft angenommen« werden könne (Chr. Bernh. an Bisping, 14. 12. 1657: MLA. 473, 28 und AV. 379 I).

es allerdings einer freien Hand. Gerade sie entbehrte der Bischof zu dieser Zeit in hohem Maße.

Nach dem Geister Vergleich verstärkte sich nämlich die Opposition der Landstände gegen den Bischof, dessen Ohnmacht so offen vor aller Augen lag. Besonders die Ritterschaft übte auf dem im Dezember nach Münster einberufenen Landtag scharfe Kritik. Sie sprach dem Landesherrn das Recht ab, Bündnisse einzugehen und erklärte daher den rheinischen Bund für ungültig¹⁵. Sie wandte sich auch gegen das stehende bischöfliche Heer und wollte nicht mehr als 600 Mann zu Sicherheitszwecken zugestehen. Mit Sehnsucht wartete der Bischof auf die Kaiserwahl. Nichts erschien ihm im Augenblick so notwendig wie eine Stärkung der Reichsinstanzen, um Schutz und Hilfe zu finden¹⁶. Die Unterstützung der rheinischen Verbündeten, obgleich sie während der Blockade der Hauptstadt geleistet worden war, erwies sich als ungenügend. Da der Frankfurter Rezeß im Dezember 1658 ablief, konnte auf abermalige Hilfe nicht sicher gerechnet werden¹⁷. Unter den Bundesgenossen trat hier und da außerdem die Meinung auf, daß Hilfe gegen innere Empörungen nicht zulässig sei¹⁸. Der Kurfürst von Mainz riet, den Streitfall noch einmal den Reichsvikaren vorzutragen¹⁹. Er sträubte sich gegen ein Abmahnungsschreiben an die Generalstaaten²⁰. Am liebsten hätte er gesehen, wenn die ganze Angelegenheit in der kaiserlichen Wahlkapitulation abgetan würde. Andererseits vertrat er wie Boineburg die Meinung, man müsse gegenüber den Ständen bestimmt auftreten und auf keinen Fall durch Nachgiebigkeit ihren Mut steigern²¹.

Solche guten Ermahnungen täuschten nicht darüber hinweg, daß der Bischof auf dem Landtage in eine Stellung gedrängt wurde, die keine Aussicht ließ, die bescheidensten Ziele zu erreichen. Die Stände beharrten eigensinnig auf ihrer Behauptung, die im Reich herrschende Ruhe erfordere weder ein Heer noch ein Bündnis. Es blieb keine andere Wahl, als den Landtag ohne Schluß zu vertagen. Abermals stand damit das Verhältnis des Bischofs zu seinen Ständen auf des Messers Schneide. Wie ernst der Hof die Lage beurteilte, zeigen die Anweisungen an Bisping, in Frankfurt darzulegen, daß das Verhalten der münsterschen Stände einem Eingriff in den rheinischen Bundesvertrag

¹⁵ Chr. Bernh. wies noch am 19. 11. 1657 Bisping an, in Frankfurt darauf zu bestehen, daß nicht einmal die Zustimmung des Domkapitels, geschweige denn der übrigen Stände, zum Vertragswerk erforderlich sei: MLA. 473, 28. – In dieser Zeit lief die Behauptung um, die Ritterschaft habe während der Vergleichsverhandlungen im September u. Oktober um den Plan der Stadt gewußt, den Abschluß solange hinauszuzögern, bis die niederländ. Gesandtschaft eingetroffen und die militärische Hilfe der Generalstaaten gesichert sei. Die schroffe Haltung der Ritterschaft auf dem Landtag spricht für die vermutliche Richtigkeit dieser These.

¹⁶ Chr. Bernh. an Bisping, 28. 12. 1657: MLA. 473, 28.

¹⁷ Kurköln vertrat den seltsamen Standpunkt, das Bündnis sei bereits erloschen. Zwar hatte der Kölner Rezeß v. 15. 12. 1654 nur eine Laufzeit von 2 Jahren, der Frankfurter Vertrag (§ 3) verlängerte die Dauer aber ausdrücklich bis zum 15. 12. 1658. Doch muß die Möglichkeit offengehalten werden, daß der verlorene Kölner Geheimvertrag v. 31. 3. 1656 nur eine Laufzeit von 2 Jahren vom Tage seines Abschlusses an vorsah, womit also dieser Vertrag am 31. 3. 1658 ablief. Vgl. Joachim S. 348.

¹⁸ Der kurtriersche Kanzler Anethanus bezweifelte, daß dieser Fall unter das Bündnis rechnete. M. Korff-Schmising an Chr. Bernh., 17. 3. 1658: MLA. 473, 29.

¹⁹ Bisping an Chr. Bernh., 2. 1. 1658: Ebd.

²⁰ Chr. Bernh. an Bisping, 14. 1. 1658: MLA. 473, 28.

²¹ M. Korff-Schmising an Chr. Bernh., 28. 2. 1658: Ebd.

gleichkäme. Ihre Weigerung, dem Fürsten die notwendigen Truppen zu bewilligen, setze ihn außerstande, seinen vertraglichen Verpflichtungen nachzukommen²².

Andererseits befanden sich auch die Landstände im Recht, wenn sie dem Bischof einen Rechtsbruch vorwarfen. Er besaß zweifellos nicht die Befugnis, den Landtag abzubrechen (2. März), noch viel weniger, ihn nach Coesfeld neu einzuberufen. Sogar das Domkapitel erhob hiergegen ernste Bedenken²³. Wenn Dr. Batz als Begründung anführte, daß die verbündeten Fürsten die Verlegung angeraten hätten, so machte er sich einer Entstellung schuldig. Der Kurfürst von Mainz dachte nur an die Verlegung der fürstlichen Residenz, keinesfalls aber an einen Eingriff in die Rechte der Landstände. Der Bischof selbst wußte das. Er fürchtete, »es würde wegen der Translation großes Geschrei geben«, müßte »es aber wegen Unerhaltung der Milizi tun«. Er setzte seine Hoffnung auf die treue Ritterschaft des Emslandes und einige Verwandte, um in Coesfeld doch noch seine Absichten durchzusetzen.

Kein Wunder, daß die Stadt in dieser Zeit abermals den Plan aufgriff, auswärtigen Schutz gegen weitere Übergriffe des Bischofs zu suchen. Aus Den Haag verlautete, daß Aitzema tatkräftig an der steckengebliebenen Aufnahme der Stadt in den Bund der Hansestädte mit den Generalstaaten weiterarbeitete²⁴. 24 Stunden nach Abbruch des Landtages begab sich Nikolaus Drachter in die Niederlande²⁵, nachdem ihm am Tage vorher der auf ungewöhnlichem Wege in das Krameramt zu Münster aufgenommene protestantische Graf Flodorff vorausgeeilt war²⁶. Man hörte bereits von einem angeblichen Plan der Stadt, holländische Kompanien in ihre Mauern aufzunehmen.

Ratlos stand der Bischof der allgemeinen Verschwörung gegenüber. Die unerwartete Feindschaft des Adels lähmte seine Kräfte. Verlässliche Freunde besaß er nicht. Mit guten Ratschlägen sparten die Verbündeten nicht, ohne daß sie wirkliche Hilfe anboten²⁷. Es rächte sich jetzt, den Mainzer Hof verärgert zu haben. Kurfürst Johann Philipp schien der einzige zu sein, der zu tatkräftiger Unterstützung neigte. Für ihn bedeutete die münstersche Unruhe eine ernsthafte Beeinträchtigung seiner Pläne. Ein Sieg der Landstände über den Bischof drohte das mühsam aufgebaute Bündnissystem zu zersprengen. Trat Christoph Bernhard aus dem rheinischen Bunde aus, wie sie es verlangten, so konnte das den allgemeinen Zerfall einleiten. Auch die Landstände der anderen Verbündeten murrten über die Lasten, die die Allianz dem Lande auferlegte. Ein Erfolg der münsterschen Stände hätte sie zu gleichen Bewegungen ermuntert. Nur auf diesen Überlegungen gründeten sich die Besorgnisse Johann Philipp von Schönborns, nicht aber auf mitfühlender Freundschaft. Der Kurfürst verhehlte sich nicht, daß die münstersche Politik Ziele verfolgte,

²² Protokoll des Allianzrats v. 1. 3. 1658: MLA. 473, 29.

²³ Domkapitelsprotokoll v. 7. 3. 1658: DK. Prot. 24 Bl. 34.

²⁴ Tücking S. 58. – M. Korff-Schmising berichtete am 15. 2. 1658 über die versuchte Anwerbung bischöfl. Offiziere durch die Stadt: MLA. 473, 28.

²⁵ Instruktion der Stadt v. 3. 3. 1658: AV., Msc. 379 I; gedruckt bei Tücking, Drachter S. 238 f.

²⁶ H. Römer an Chr. Bernh., 3. 3. 1658. Flodorff wurde am 2. 3. gegen 60 Rtl. ins Krameramt aufgenommen: MLA. 388 ad 58 VII.

²⁷ M. Korff-Schmising wurde vom Bischof ebenfalls nach Frankfurt geschickt. Er reiste unter dem Vorwand, seinen Bruder Friedrich, Johanniter-Komtur in Frankfurt, zu besuchen. Vgl. die Ratschläge des braunschweigischen Gesandten Heyland. Protokoll v. 5. 3. 1658: MLA. 473, 29.

die mit den seinigem kaum zu vereinbaren waren. An der vorsichtigen Zurückhaltung des Bischofs las er ab, daß Münster habsburgisch dachte und eine Kandidatur Bayerns mißbilligte. Der Bischof von Münster hatte den Mainzer Lieblingsplan, Schweden und Brandenburg in das Bündnis aufzunehmen, zum Scheitern gebracht und damit das Endziel der kurfürstlichen Politik, einen mächtigen Bund zur dauerhaften Sicherung des deutschen Friedens und zur Entmachtung des Kaiserhauses, in weite Ferne gerückt. Unter diesen Umständen konnte auf herzliche Gesinnungen Johann Philipps nicht gerechnet werden.

Dieser bekundete mit aller Deutlichkeit, daß »darin gesündigt wäre, daß man die Allianztraktaten nicht hätte fortgesetzt. Wann man Schweden damals mit eingenommen hätte, würden die Staaten die Finger wohl daraus gelassen haben.« Er deutete aber an, daß der versäumte Schritt nachgeholt werden könnte. Alle anderen Mittel, etwa bei den Reichsvikaren oder der Reichsdeputation Unterstützung zu suchen, hielt er für nutzlos²⁸. In der Tat konnte angesichts der Uneinigkeit der Reichsvikare und des ungeklärten Zustandes, in dem die Reichsdeputation schwebte, von dort keine Rettung in der Not erwartet werden.

Die Anregung Johann Philipps, sich stärker an das rheinische Bündnis anzuschließen und der Erweiterung nicht länger entgegenzutreten, verfehlte in Münster ihre Wirkung. Mißtrauen des Bischofs gegenüber Schweden hinderte ihn, seine Bedenken auch nur zeitweise beiseite zu legen²⁹.

Die mangelnde Entschlußkraft des Fürsten, die dieser Zeit den Stempel aufdrückte, bestimmte auch sein Verhalten gegenüber den Landständen. Die Verlegung des Landtags nach Coesfeld bedeutete nicht den Beginn einer eigenen Initiative, sondern blieb im Grunde ein Rückzug, den die Landstände zutreffend als Schwäche deuteten, abgesehen davon, daß die Unrechtmäßigkeit der Handlung ihnen nur Anlaß zu neuen Beschwerden verschaffte. Obgleich die Aufnahme des Grafen von Flodorff in das münstersche Krameramt, da er Protestant war, dem Gesetz zuwiderlief, schritt der Bischof nicht mit der erforderlichen Entschiedenheit dagegen ein. Er tat sogar den törichtesten Schritt, der ihm im Augenblick einfallen konnte: Er zog die Besatzung aus der Stadt, obwohl Kurfürst Johann Philipp ausdrücklich davor gewarnt hatte, den Ständen diesen Triumph zu gönnen, zurück. Eine andere Begründung als die des Gefühls äußerster Schwäche, in der ein Rückzug auf einen festen Punkt unter Vermeidung jeder Auseinandersetzung ratsam erschien, läßt sich nicht finden. Christoph Bernhard mußte sich sagen, daß seine Entscheidung die Gefahr eines ungehinderten Einzugs holländischer Truppen in die Hauptstadt erheblich vergrößerte³⁰.

Merkwürdigerweise richtete sich der einzige selbständige Entschluß des Bischofs in dieser Zeit auf ein falsches Ziel. Er deutete dem Hause Österreich an, daß er einer habsburgischen Koadjutorei im Stift Münster, falls dafür

²⁸ M. Korff-Schmising an Chr. Bernh., 3. u. 7. 3. 1658: MLA. 473, 29. Zum Folgenden vgl. Joachim S. 346 ff.

²⁹ Unbeachtet kann hier bleiben, daß Schweden um diese Zeit nur noch geringe Neigung zeigte, in den Bund einzutreten. Darüber war man in Münster nicht genau unterrichtet.

³⁰ Die mutlose Haltung des Bischofs scheint besonders durch die Nachricht verstärkt worden zu sein, daß der Clerus secundarius beabsichtigte, in Rom eine Beschwerde einzureichen (M. Korff-Schmising an Chr. Bernh., 3. 4. 1658: MLA. 473, 30). Später stellte sich jedoch heraus, daß die Befürchtung übertrieben war.

Interesse bestünde, zustimmen werde³¹. Der Domkürster geriet in Frankfurt in große Verlegenheit. Niemand maß seinen Entschuldigungen Glauben bei. Der Mainzer Hof sah nur bestätigt, daß der Bischof von Münster sich auf Gedeih und Verderben dem Hause Österreich verschrieb. Korff-Schmising verzweifelte fast an der politischen Urteilskraft seines Herrn, denn aus einer Unterredung mit dem österreichischen Gesandten Graf Schwarzenberg mußte er entnehmen, daß aus Wien keine Hilfe für den Bischof gegen seine Feinde im Stift zu erwarten war. Der bedauernswerte Gesandte setzte sich sogar der höhnischen Frage Schwarzenbergs aus, warum Münster anderwärts Unterstützung suche, da es doch dem rheinischen Bündnis angehöre. Verlegen redete sich Korff-Schmising mit den Gefahren eines allgemeinen Krieges heraus, der bei einem Eingreifen der Niederländer zugunsten der Stadt entstehen könnte und denen die Kraft des Bundes nicht gewachsen sei. Schwarzenberg wußte selbst, daß sein Rat, der Bischof möge sich mit seiner Bitte an die Spanier wenden, eine bloße Ausflucht war. Spanien half niemandem, der einem hauptsächlich gegen ihre Quartierforderungen im Rheinland gerichteten Bündnis angehörte³². Auch beim Oberhofmeister Graf Porzia und schließlich bei König Leopold selbst erlangte der Domkürster nur Vertröstungen³³. Der spanische Gesandte Peñaranda versprach zwar, Don Juan d'Austria ein Abmahnungsschreiben an die Generalstaaten zu empfehlen³⁴; von anderen erfuhr Korff-Schmising jedoch, daß der Spanier die Stadt Münster bedauere, weil sie »gar so übel von dem Bischof traktiert worden«³⁵. Der einzige Trost, den der Gesandte nach Münster berichten konnte, bestand in der Verlängerung des im Dezember ablaufenden Bündnisses um weitere drei Jahre³⁶. Freilich mußte damit der Lieblingswunsch Christoph Bernhards auf Herabsetzung seines Beitrages bis zu der von der Reichsmatrikel vorgesehenen Höhe abermals auf längere Zeit zurückgestellt werden³⁷.

Die hoffnungslose Lage ließ in dem Domkürster den Entschluß reifen, nachdem ihm auch der Kurfürst von Mainz eindringlich zugeredet hatte, ohne

³¹ Für das Angebot liegen nur 2 Beweise vor, die in dem Schr. M. Korff-Schmising an Chr. Bernh. v. 10. 3. (?) u. 6. 4. 1658 (MLA. 473, 28 u. 32) enthalten sind. Im letzten Brief berichtet Korff-Schmising, daß der münst. Weihbischof Johann Sterneberg gt. Düsseldorf das Gerücht aussprengte, als ob er, Korff-Schmising, dem Erzhause die Koadjutorei angeboten habe. Bezeichnenderweise fügte der Domkürster keinen Kommentar hinzu.

³² Protokoll Korff-Schmising v. 1. 4. 1658; MLA. 473, 30. – Johann Adolf Graf v. Schwarzenberg besaß die Herrschaft Gimborn-Neustadt im Westfälischen Kreis, jedoch nicht die Kreisstandschaft. Der Bischof nannte ihn trotzdem Kreisstand, eine Schmeichelei, die ihre Wirkung nicht ganz verfehlt haben wird. Pfalzgraf Philipp Wilhelm, der Gimborn-Neustadt zu seinen mittelbaren Herrschaften rechnete, zürnte über die münst. Großzügigkeit auf seine Kosten.

³³ M. Korff-Schmising an Chr. Bernh., Frankfurt 4. 4. 1658; MLA. 473, 30. – Der Domkürster war den Österreichern abgeneigt, die seiner Ansicht nach kein anderes Interesse hatten, als Münster und Pfalz-Neuburg »a basso« zu halten, um die Finger in die Angelegenheiten des Westfälischen Kreises stecken zu können. M. Korff-Schmising an Chr. Bernh., 21. 4. 1658. MLA. 473, 30. Die Spanier verdächtige Korff-Schmising, vor einem Jahr Holland zum Eingreifen zu Gunsten der Stadt veranlaßt zu haben. Korff-Schmising an Chr. Bernh., 6. 4. 1658; MLA. 473, 32.

³⁴ Korff-Schmising an Chr. Bernh., 5. 4. 1658; MLA. 473, 30.

³⁵ Desgl., 6. 4. 1658; MLA. 473, 32.

³⁶ Am 6. 4. 1658; MLA. 539 IV. Joachim S. 350. Der am 17. 4. vollzogene Rezeß wurde vom Bischof am 31. 5. 1658 ratifiziert.

³⁷ Korff-Schmising bedang beim Abschluß aus, daß das Bündnis sich auch gegen die Untertanen richte, wenn diese es nicht anerkennen wollten.

Genehmigung des Bischofs mit Lionne Verbindung aufzunehmen. Der Franzose verhehlte seine Freude nicht, daß ihm das Schicksal in Gestalt der münsterischen Landstände den Bischof in die Arme trieb. Mit schulmeisterlich erhobnem Finger flocht er ein, daß der ganze münsterische Streit längst begraben sein könnte, wenn der Bischof sein Vertrauen nicht Oesterreich und Spanien, sondern dem König von Frankreich geschenkt hätte. Sein Herr verlange kein anderes Versprechen als das, was die übrigen rheinischen Verbündeten ihm schon gegeben hätten. Danach werde Frankreich ohne jede politische Bedingung tatkräftig Hilfe leisten. Um keine Zeit zu verlieren, erstatte er bereits jetzt seinen Bericht nach Paris.

Man sollte meinen, daß der bedrängte Bischof sich diesen Sirenentönen nicht entziehen konnte. Aber der Domkürster wartete in Frankfurt vergebens auf die Genehmigung, seine Besprechungen mit Lionne fortzuführen. Er geriet außer sich, als Christoph Bernhard ihm stattdessen unter der irrigen Voraussetzung, daß Kurbrandenburg endgültig ins Lager Oesterreichs gegangen sei, die Anweisung gab, gegen die Aufnahme des Kurfürsten Friedrich Wilhelm keinen Einspruch mehr zu erheben, und ihm schließlich den neuesten Plan zur Behebung aller Schwierigkeiten vorlegte, nämlich Anschluß an Spanien zu suchen. Durch Erlaubnis freier Werbungen im Stift und Überlassung von Truppen hoffte der Bischof, Geld in die Kassen zu bekommen³⁸, die der Krieg gegen die Stadt erschreckend geleert hatte. Er meinte, sich damit der Notwendigkeit, politische Bindungen einzugehen, entziehen zu können. Aber die Rechnung enthielt Fehler. Die Stellung des Statthalters Don Juan d'Austria in Brüssel schwankte. Jeden Tag konnte sein Abruf erfolgen. Die spanische Zahlungsunfähigkeit piffen die Spatzen von den Dächern. Mit den Generalstaaten, die die Spanier im Kriege gegen Frankreich als Verbündete benötigten, hielten sie enge Freundschaft. Am wenigsten ahnte der Bischof, daß er in diesem Plan nur ein Stein in der Hand eines fremden Spielers war, wo er selbst zu handeln glaubte. Niemand anders als die Oesterreicher hatten Don Juan zur Absendung eines geheimen Boten nach Münster veranlaßt, um freie Werbungen und Truppen zu erbitten³⁹. Damit führte Habsburg einen geschickten Gegenschlag gegen die zur Zeit empfindlichste Stelle des rheinischen Bündnisses. Die Kluft zwischen dem Bischof von Münster und den übrigen Verbündeten sollte vertieft und gleichzeitig das Bündnis selbst, dem Christoph Bernhard ja noch angehörte, durch die Beziehungen eines seiner Mitglieder zu Spanien gegenüber Frankreich belastet werden.

Matthias Korff-Schmising nahm diese Neuigkeiten mit großem Bedauern zur Kenntnis. Wurde der spanische Plan Wirklichkeit, so bedeutete das das Ende erquicklicher Beziehungen zum rheinischen Bund⁴⁰. Schon jetzt sah er die nachteiligen Folgen dieser Politik. Gerade in diesen Tagen trafen in Frankfurt Gesandte der Stadt Münster ein⁴¹. Im Gegensatz zum Bischof sparten die Bürger kein Geld, um die Ohren der fremden Gesandten zu öffnen. Alle Bemühungen, den Streit durch Bestimmungen der kaiserlichen Wahlkapitulation im landesherrlichen Sinne zu entscheiden, drohten zu zer-

³⁸ Nach Peñarandas Angaben forderte Chr. Bernh. für 3 Fußregimenter 400 000 Rtl. Korff-Schmising an Chr. Bernh., 22. 5. 1658: MLA. 473, 30.

³⁹ Joachim S. 377.

⁴⁰ Korff-Schmising an Chr. Bernh., 1. 5. 1658: MLA. 473, 30.

⁴¹ Am 6. 5. trafen Timmerscheid, Keppel und Holland ein. Korff-Schmising an Chr. Bernh., 8. 5. 1658: Ebd.

fallen⁴². Dem Domkürster blieb, da er aus Münster keine neuen Weisungen erhielt, nachdem ausgerechnet in dieser kritischen Lage der Bischof offenbar unter dem Eindruck seiner letzten Mißerfolge schwer erkrankte⁴³, nichts anderes übrig, als dem Kurfürsten Johann Philipp vorzuheucheln, daß alles beim Alten bleibe und daß der Bischof, wenn man nur Geduld mit ihm zeige, schon den mainzischen Plänen beipflichten werde. Vielleicht glaubte er auch selbst daran. Sein nach der Ankunft eines zweiten bischöflichen Gesandten in Frankfurt erwachtes Mißtrauen beruhigte er mit dem Gedanken, daß er ja selbst um den Beistand eines rechtsgelehrten Rates gebeten hätte, um den Juristen der Stadt Münster standhalten zu können. Er sah zwar nicht gern, daß Veit Hildebrand von Wydenbrück, ein Bruder Bernhards, seine Schritte auffällig oft zur österreichischen Gesandtschaft lenkte, aber auch das schien nicht allzu verdächtig, nachdem inzwischen feststand, daß die Kaiserkrone abermals an Habsburg fallen würde. Wydenbrück sollte ja beim zukünftigen Kaiser die Stellung des Bischofs im münsterischen Streit genügend untermauern. Daß sein »Gehilfe« den Österreichern hinter seinem Rücken im Auftrage des Bischofs das Versprechen abgab, dieser werde dem von Kurmainz geplanten Bündnis mit Frankreich niemals beitreten, ahnte Korff-Schmising nicht⁴⁴. Allein aus dem Umstand, daß aus Münster auf seine Berichte über die Besprechungen mit Lionne, Snoilsky und den übrigen Bundesministern keine Antwort, viel weniger eine Entscheidung eintraf, entnahm er allmählich, zu welcher Rolle ihn der Bischof verurteilte. Seine Ratlosigkeit – wie sollte er nun dem Kurfürsten Johann Philipp unter die Augen treten? – verbarg er hinter einer Erkrankung, die ihn zum Glück ans Bett fesselte.

Der rührige Boineburg ahnte wohl, was das Herz des Domkürsters bedrückte. Immer wieder drang er in ihn, sich nicht länger dem Bündnis mit Frankreich und Schweden zu widersetzen. Allein mit Hilfe der beiden Großmächte könnte Münster den Zumutungen der Generalstaaten begegnen. Der Kurfürst sei entschlossen, nicht ohne die Könige abzuschließen. Entweder gehe der Bischof mit, oder man werde ohne ihn zum Vertragsschluß schreiten müssen. Wenn noch keine ausdrückliche Weisung vorliege, so begeben sich Korff-Schmising trotzdem in keine Gefahr, wenn er seine Unterschrift unter den Vertrag setze⁴⁵. Wie immer bleibe ja die Ratifikation des Fürsten ohnehin vorbehalten. Dem Domkürster fielen beim besten Willen keine Ausreden mehr ein, um dem ständigen Zureden Boineburgs zu entgehen. Er bat den Bischof um seine Abberufung⁴⁶.

⁴² Franz Egon v. Fürstenberg brachte für eine Gratifikation von 240 Rtl. fast alle bischöfl. Wünsche in der Wahlkapitulation unter. Korff-Schmising an Chr. Bernh., 15. 5. 1658: Ebd.

⁴³ Korff-Schmising an Chr. Bernh., 15. 5. 1658: Ebd.

⁴⁴ Veit Hildebrand v. Wydenbrück traf Mitte Mai in Frankfurt ein. Joachim S. 372 weiß von der Doppelgleisigkeit der münsterschen Politik in diesen Tagen nichts. Seine Vermutung, daß am münst. Hofe mit den Österreichern gesprochen wurde, ist irrig und schon wegen des Aufsehens, das dadurch erregt worden wäre, unwahrscheinlich. Auch die Annahme, daß Wydenbrück im Auftrage Korff-Schmising mit den Österreichern verhandelte (S. 380 Anm. 3), trifft den Sachverhalt nicht. Wenn Wydenbrück hin und wieder fürstliche Aufträge auf dem Wege über den Domkürster erhielt, war das vom Bischof nur als Maßnahme zur Tarnung seiner Geheimverhandlungen gedacht. Joachim stellt auch auf S. 457 Wydenbrücks Verhandlungen so dar, als ob sie sich mit Wissen des Domkürsters vollzogen.

⁴⁵ Korff-Schmising an Chr. Bernh., 9. 6. 1658: MLA. 473, 31.

⁴⁶ Desgl., 5. 6. 1658: Ebd.

Er ergriff damit die einzige Möglichkeit, dem Dilemma in Frankfurt zu entrinnen. Kein Anzeichen deutete darauf hin, daß der Bischof in absehbarer Zeit eine andere Haltung einnehmen werde als bisher. Hätte Korff-Schmising den Inhalt der Ratssitzung vom 14. Juni gekannt, so wäre ihm seine Bitte noch leichter gefallen. An diesem Tage unterzog der Bischof mit seinen engeren Räten die politische Lage einer Prüfung. Wilhelm von Fürstenberg rühmte die Verdienste Österreichs um die katholische Kirche. Von Frankreich und Schweden kenne man dagegen mit Sicherheit nur ihre Absicht, Habsburg zu Boden zu drücken⁴⁷. Wenn auch die Haltung des Erzhauses im münsterischen Streit dem Bischof nicht immer freundlich gewesen war, so konnte doch auf die beiden ausländischen Könige keine festere Hoffnung gesetzt werden, es sei denn, man machte sich zu ihrem Diener. Bernhard von Wydenbrück pflichtete den Worten Fürstenbergs bei. Wegen eines neuen Freundes dürfe man den alten nicht verlassen. Verbinde man sich mit Frankreich und Schweden, so werde Österreich vor den Kopf gestoßen, und man könne mit Sicherheit darauf rechnen, daß die Wiener Behörden den Prozeß gegen die Stadt Münster zum Nachteil des Fürsten ausfallen ließen. Dem sicheren Verlust stehe ein unsicherer Gewinn gegenüber. Die Unzuverlässigkeit der Franzosen sei weltbekannt. Da sie kein Reichsstand sind, seien sie auch an keine Reichsgesetze gebunden. Schweden müsse sich zwar als Stand des Reiches an seine Gesetze halten, verfolge aber keine andere Absicht, als die geistlichen Fürsten zu unterdrücken. Der Bischof fügte hinzu, daß außerdem gar nicht sicher sei, ob Schweden überhaupt in das Bündnis eintreten wolle. Im allgemeinen suche es nur dann Hilfe, wenn es Österreich und Brandenburg mißtraue. Münster könne aber auf keinen Fall gegen Habsburg Beistand leisten. Vielleicht suche der König von Schweden sich auch für einen Angriffskrieg den Rücken freizuhalten. Wenn er in Polen Frieden schließe, werde er vielleicht die Niederländische Republik überfallen und vernichten. Das wäre aber auch der einzige Fall, aus dem Münster Vorteil ziehen könnte. Im übrigen seien die Absichten Schwedens sicherlich nicht auf Erhaltung des Bistums abgestellt. Falls Österreich einmal die Schweden angreife und man sei mit diesen verbündet, käme man in des Teufels Küche. Aus allen diesen Gründen könne man die Freundschaft mit Österreich nicht der Unsicherheit opfern, die das neue Bündnis enthalte. Es bleibe also zu überlegen, ob nicht die von Österreich und Spanien gesuchte Allianz – es handelte sich also doch nicht nur um Truppenhilfe! – angenommen werden sollte. Auf keinen Fall dürfe man eine überstürzte Entscheidung treffen. Als Vorwand könne der Tod der Mutter des Bischofs dienen, um sich vorläufig von verbindlichen Verhandlungen zurückzuhalten. Wenn die Frankfurter Verbündeten mit dem Abschluß nicht warten wollten, könne man sie nicht hindern. Eine spätere Ablehnung der aus-

⁴⁷ Dieselben Ansichten vertrat der kurtriersche Kanzler Anethanus, mit dem Wilh. v. Fürstenberg als trierscher Domherr gut bekannt war. Wahrscheinlich hat der Kanzler, den Gravel ärgerlich als »pire qu'un Espagnol« bezeichnete (Ber. v. 18. 4. 1658: CA. 134 Bl. 144), überhaupt einen größeren Einfluß auf die österreichfreundliche Stimmung in Münster ausgeübt, als bekannt ist. Auch der päpstliche Nuntius Sanfelice arbeitete heftig gegen den Rheinbund. Über seine Gründe und Haltung unterrichtet A. Franzen, Französische Politik S. 194 f.: »Non ho mancato di dissuadere sì mal' intesa unione alli tre Elettori ecclesiastici et al Vescovo di Munster«, meldete er am 2. 7. 1658 der Staatssekretarie (NC. 30 S. 16). Alexander VII. billigte sein Verhalten. Franzen a. a. O. S. 197.

ländischen Bündnispläne Kurfürst Johann Philipps sollte dann folgen. Der Kurfürst würde zwar beleidigt sein, aber es bliebe einmal dabei: »Ihre fürstl. Gnaden würden sich künftig bei Osterreich halten«⁴⁸.

Als der Entschluß vom 14. Juni zur Kenntnis Matthias Korff-Schmisings kam, sank dessen letzte, mühsam bewahrte Hoffnung dahin. Der Weg zu einem Bündnis nach den Absichten Johann Philipps war endgültig verbaut, er selbst in den Augen des Kurfürsten in eine peinliche Lage gebracht. Es nützte nichts, noch einmal nach Münster zu schreiben, daß der Bischof ja selbst Boineburg die schriftliche Versicherung gegeben habe, einem Beitritt Schwedens nicht zu widersprechen, ebensowenig, darauf hinzuweisen, daß der schwedische Rezeß bis zur Unterschrift fertiggestellt sei, ohne daß der Bischof ein Verbot der Teilnahme ausgesprochen hatte. Korff-Schmisings Rat, man müsse mit dem Rheinbund und Frankreich gemeinsame Sache machen, aber trotzdem Osterreich »timore et amore« als Freund erhalten, fand keinerlei Widerhall. Der unglückliche Gesandte wiederholte nicht nur seine Bitte um Abberufung, sondern beantragte auch seine Entlassung aus der Ratsstelle, nicht ohne dem Fürsten ein düsteres Bild der Zukunft zu entwerfen: Der Kurfürst von Mainz werde seine Hand vom Bischof abziehen. Aus der kaiserlichen Wahlkapitulation drohe alles herausgestrichen zu werden, was mit Mühe zur Regelung der münsterischen Frage hineingebracht worden sei. Ein Überfall Schwedens auf das Stift stehe bevor, und Frankreich werde sich hüten, die Holländer länger von einem Bündnis mit der Hauptstadt zurückzuhalten. Bitter beklagte sich Korff-Schmising über das Mißtrauen des Fürsten, das in dem Auftrag an Veit Hildebrand von Wydenbrück, insgeheim mit den Osterreichern hinter seinem Rücken zu verhandeln, zum Ausdruck kam⁴⁹.

In seinem Ärger übersah er, daß er der kaiserlichen Partei am münsterischen Hofe in seinen Berichten selbst erwünschte Unterlagen geliefert hatte. Die Furcht des päpstlichen Nuntius vor einer Ausdehnung des Bündnisses auf evangelische Stände und seine Ablehnung einer Hereinnahme Frankreichs, das ja doch nur immer die Partei Schwedens gehalten habe⁵⁰, während Lobkowitz bereitwilligst den Beistand des zukünftigen Kaisers versprach, war gerade das, was Bernhard von Wydenbrück brauchte, um das letzte Zögern seines Herrn zu überwinden. Unbestreitbar hing alles von der Haltung des neuen Kaisers ab, denn das Abmahnungsschreiben der Reichsvikare war in so lauem Tone abgefaßt, daß der Bischof es der Stadt erst gar nicht aushändigte⁵¹.

Christoph Bernhard antwortete seinem Gesandten beschwichtigend, daß er sich zwar seiner Worte gegenüber Boineburg wegen des schwedischen Beitritts entsinne und daß er auch nicht beabsichtige, das Bündnis rundheraus

⁴⁸ Ratsprotokoll v. 14. 6. 1658: GR. 590.

⁴⁹ M. Korff-Schmising an Chr. Bernh., 23. 6. 1658: MLA. 473, 31. Mit Schadenfreude bemerkte der Gesandte, daß Wydenbrück wegen seines fehlenden diplomatischen Ansehens kaum Erfolg haben werde. Vgl. Joachim S. 458.

⁵⁰ M. Korff-Schmising an Chr. Bernh., 16. 6. 1658: Ebd.

⁵¹ M. Korff-Schmising an Chr. Bernh., 19. 6. 1658: Ebd. Die Zurückhaltung des Schreibens war bedenklich. Erfuhr die Stadt davon, so mußte sie in ihrer Meinung, daß das Reich ihr nicht entgentreten werde und daß der Bischof ein schlechtes Gewissen habe, bestärkt werden. So kam es auch. In der Stadt lief das Gerücht um, daß Schmising und Wilh. v. Fürstenberg in Frankfurt verhaftet worden seien, während Peñaranda die städtischen Gesandten herzlich aufgenommen hätte. Korff-Schmising an Chr. Bernh., 23. 6. 1658: Ebd.

abzulehnen. Niemand werde ihm jedoch verübeln, andere Entschlüsse zu fassen, nachdem der Eintritt Frankreichs in die Verhandlungen das ganze Werk auf den Kopf gestellt habe. Nach wie vor könne er nicht finden, daß es seinem Stift diene, Österreich zu verlassen und sich an fremde Kronen zu hängen, die ihm in der münsterischen Sache nicht den geringsten Vorteil zu verschaffen oder die Besatzung der Holländer aus der Stadt fernzuhalten vermöchten. Der bevorstehende Bündnisabschluß habe geradezu die Städter zu neuen Verhandlungen mit den Generalstaaten getrieben, bei denen es wiederum um die Stellung einer Besatzung ging⁵². Die Gesandtschaft Veit Hildebrand von Wydenbrücks begründete der Bischof, ohne auf die Kernfrage einzugehen, mit der Kränklichkeit Matthias Korff-Schmising⁵³.

Schon schienen die Befürchtungen des Domküsters in Erfüllung zu gehen. Kurfürst Johann Philipp brauste auf, als ihm der Gesandte auf seine genauen Fragen, ob Münster nun dem neugestalteten Bündnis zustimmen wolle oder nicht, auch jetzt keine Antwort erteilte. Er drohte, Christoph Bernhard nicht nur in seinen Nöten allein zu lassen, er werde auch die anderen Verbündeten bewegen, ihre Hände von ihm abzuziehen. Die münsterischen Bedenken seien einfach lächerlich. Er selbst habe genauso wenig Interesse an einem Untergang des Hauses Österreich wie der Bischof von Münster. Das ganze Bündnis sei zum Dienste dieses Hauses bestimmt – womit er freilich die Tatsachen arg verdrehte –, und die Holländer seien nur deshalb so vorwitzig, weil ihnen das Scheitern des Bündnisses zu Ohren gekommen sei. Man solle nur abschließen und sehen, wie sie sofort die Fühler einziehen würden. Er, der Kurfürst, hafte persönlich für allen Schaden, der aus dem Bündnis entspringen könnte⁵⁴. In Münster werde man sich doch nicht durch den päpstlichen Nuntius Sanfelice, einen spanisch gesinnten Neapolitaner, irre machen lassen. In Mainz wisse man besser Bescheid über das, was dem Vaterlande gut tue, als in Rom⁵⁵.

Warnend berichtete Korff-Schmising über die verdächtigen Freundschaftsbeteuerungen des Kurfürsten von Trier, der bisher den münsterischen Wünschen im Bundesrat kühl und ablehnend gegenübergestanden hatte und jetzt plötzlich eine Gesandtschaft nach Münster ankündigte. Der dazu ausersehene pfalzneuburgische Kanzler galt als eifriger Verfechter ständischer Interessen. Hatte er etwa die Absicht, geheime Aufträge an die münsterischen Stände zu überbringen?⁵⁶

Christoph Bernhard schlug die Warnungen nicht in den Wind. Die Frage war, ob man Kraft genug besaß, notfalls den Kampf allein aufzunehmen, vorausgesetzt, daß der Friede im Reich erhalten blieb. Bernhard von Wydenbrück stimmte in der Ratssitzung vom 6. Juni vor allem für einen Vergleich mit der Stadt, deren Hochmut nach den schlechten Fortschritten ihrer Gesandten in Frankfurt ein wenig gemildert war. Auf diesem Wege meinte Wydenbrück das Bündnis zum größten Teil überflüssig zu machen. Es genüge nach seiner Ansicht, sich an Österreich zu halten. Dr. Batz unterstützte seinen Vorredner durch neue Warnungen vor Schweden und Frankreich. Ein

⁵² Chr. Bernh. an Korff-Schmising, 28. 6. 1658: Ebd.

⁵³ PS. zu diesem Schr.

⁵⁴ Korff-Schmising an Chr. Bernh., 30. 6. 1658: MLA. 473, 32; 3. 7. 1658: MLA. 473, 31.

⁵⁵ Joachim S. 461 Anm. 1.

⁵⁶ M. Korff-Schmising an Chr. Bernh., 3. 7. 1658: MLA. 473, 31. Aus der Gesandtschaft Nesselrodes wurde nichts. Vgl. Joachim S. 460.

Bündnis mit Schweden schliesse die rechtliche Anerkennung aller Säkularisationen in sich und verstoße daher gegen den bischöflichen Eid⁵⁷. In dieser Begründung erkannte Christoph Bernhard einen Ausweg aus der Verlegenheit gegenüber dem Kurfürsten von Mainz. Wenn er als Bischof gewissenshalber nicht mit Schweden verbündet sein konnte, entzog er den meisten Vorwürfen den Boden, und das war ihm im Augenblick die Hauptsache, nachdem die grundsätzliche Entscheidung bereits zuungunsten des Bündnisses gefallen war⁵⁸.

Matthias Korff-Schmising blieb keine andere Wahl, als gute Miene zum bösen Spiel zu machen und bei den österreichischen Räten in Frankfurt die Stimmung zu erkunden. Dort bekam er Weisheiten zu hören, die ihm längst bekannt waren: Der zukünftige Kaiser werde den Bischof, wenn er sich Frankreich anschliesse, gegen die Hauptstadt nicht unterstützen. Dem verständlichen Sicherheitsbedürfnis des Stifts entspreche die Reichsgarantie. Ein Bündnis mit fremden Kronen führe nur zur Sklaverei. Wenn der Bischof dem zukünftigen Kaiser dienen wolle, tue er gut daran, die Allianssache in die Länge zu ziehen. Nach der Kaiserwahl sei das Bündnis ohnehin überflüssig⁵⁹. Wie um den guten Willen zu erweisen und seine zukünftige Haltung anzudeuten, ermahnte König Leopold am 12. Juli die Stadt Münster, ihren Bindungen an ausländische Staaten und der Feindseligkeit gegenüber dem eigenen Landesherrn zu entsagen⁶⁰.

Matthias Korff-Schmising ließ in seinem Bericht nach Münster durchblicken, wie wenig Vertrauen er in die österreichischen Versprechungen setzte. Da die münstersche Politik aber nun einmal die Freundschaft mit Habsburg zu ihrem Grundsatz machen wollte, so blieb ihm nichts anderes übrig, als alle Verantwortung für die Zukunft abzulehnen und sie auf die Berater zu schieben, die den Fürsten zu diesem Schritt überredet hatten. Er wußte, daß hierfür Bernhard von Wydenbrück, der stete Verfechter eines Bündnisses mit dem Kaiser, am kräftigsten gewirkt hatte. Während er sich darauf beschränkte, wenigstens das alte rheinische Bündnis in der bisherigen Gestalt zu erhalten, vernahm er mit großer Sorge von der Abreise eines österreichischen Sondergesandten nach Coesfeld, der keine andere Aufgabe haben konnte, als den Bischof endgültig auf die habsburgische Seite zu ziehen. Flehentlich bat er,

⁵⁷ Aus dieser Zeit stammt wahrscheinlich das »Paradoxon« über die Frage, ob der Bischof dem Bündnis mit Frankreich, Schweden und anderen protestantischen Mächten beitreten könne, offensichtlich von geistlicher Seite (Jesuiten?) verfaßt. Es bejahte die Möglichkeit, weil das Bündnis eine Stärkung der fürstlichen Autorität bedeutete, und weil Osterreich keine Hilfe gewähren könne. Der Bischof erwähnt die Denkschrift an keiner Stelle. Sie war seinen eigenen Gedanken zu sehr entgegengesetzt (MLA. 12, 7).

⁵⁸ Ratsprotokoll v. 6. 7. 1658: GR. 590.

⁵⁹ Matthias Korff-Schmising an Chr. Bernhard, 7. 7. 1658: MLA. 473, 31. Am 11. Juli reiste der Deutsch-Ordens-Komtur zu Frankfurt, Friedrich Korff-Schmising, von Coesfeld nach Frankfurt ab, um seinem Bruder Matthias die genaue Begründung für die Entscheidung des Bischofs in der Bündnisfrage zu überbringen (Chr. Bernh. an M. Korff-Schmising, 12. 7. 1658: Ebd.). Er hatte die Reise nach Coesfeld antreten müssen, weil der Kurfürst von Mainz sich weigerte, Matthias die Reiseerlaubnis zu erteilen, aus Furcht, dieser werde nicht wieder zu den Verhandlungen zurückkehren.

⁶⁰ König Leopold an die Stadt Münster, 12. 7. 1658: MLA. 473, 31 (Abschr.). Gleichzeitig drang der Sekretär Abele namens des Königs in Korff-Schmising, den Bischof auf jeden Fall von der Unterzeichnung des nunmehr fertiggestellten Rezesses und Nebenrezesses für Schweden zurückzuhalten (M. Korff-Schmising an Chr. Bernh., 14. 7. 1658: Ebd.).

doch wenigstens das Werk in suspenso zu lassen und sich den Österreichern nicht ganz in die Hände zu geben. Mit der Nachricht von neuen Kriegsdrohungen des Schweden Björnkloou gegen Holland und Brandenburg versuchte er letztmalig, den Wert des Rheinbundes ins rechte Licht zu rücken, der seiner Meinung nach allein imstande war, das drohende Ungewitter vom Stift Münster abzuwenden⁶¹.

Die Stimmung am Hofe zu Coesfeld war indessen vortrefflich. Triumphierend verwies Bernhard von Wydenbrück auf das in dem inzwischen eingetroffenen Schreiben König Leopolds enthaltene Hilfsversprechen und die Bereitschaft, den Niederländern den Abbruch der Verbindung mit der Stadt Münster zu empfehlen. Auch der Bischof atmete auf, nun endlich handgreifliche Zusicherungen vor Augen zu haben, die ihn eindeutig der Notwendigkeit enthoben, das unangenehme rheinische Bündnis zu unterzeichnen. Dem österreichischen Gesandten versicherte er schriftlich, daß die seit der Abschickung Veit Hildebrand von Wydenbrücks in der Schwebe gelassenen Unterhandlungen des Domküstlers mit Mainz und Frankreich zu keinem Ergebnis führen würden⁶².

In der frohen Gewißheit, den richtigen Weg eingeschlagen zu haben, versprach der Bischof dem Österreicher sogar, auch den Pfalzgrafen zu Neuburg auf die habsburgische Seite zu ziehen. Er ahnte nicht, was sein Frankfurter Gesandter längst wußte, daß die rheinischen Bündnisverhandlungen zu weit fortgeschritten waren, um diesem neuen Plan, an die Stelle des Rheinbundes eine Kreisverfassung unter Einbeziehung Pfalz-Neuburgs und der braunschweigischen Häuser zu setzen⁶³, noch Raum zur Entfaltung zu lassen. Immerhin hatte dieser Plan schon eine gewisse Geschichte. Der Bischof von Münster und der pfalz-neuburgische Kanzler Gise tauschten darüber im Garten des Schlosses zu Ahaus ihre Gedanken aus. Der Anlaß lag eigentlich in der Abfassung der kaiserlichen Wahlkapitulation, die den Kurfürsten einen Machtzuwachs brachte, der die Fürstenpartei höchst unangenehm berührte. Der Fürstenstand bemängelte vor allem das allein dem Kaiser und den Kurfürsten vorbehaltene Recht über Krieg und Frieden. Christoph Bernhard sah hier den Ausgangspunkt für einen größeren Fürstenbund unter Ausschluß der Kurfürsten, der gleichzeitig den Rheinbund überflüssig machte. Er dachte hauptsächlich an eine Verbindung mit Braunschweig, Württemberg, Darmstadt und Paderborn. An den Einwänden der Braunschweiger und dem schnellen Fortschritt der Frankfurter Bundesverhandlungen zerschlug sich jedoch der unzeitige Plan⁶⁴.

In Frankfurt nützten dem Domküstler alle Ausflüchte nicht mehr. Mächtig drängten Kurmainz und Kurköln auf Unterzeichnung der Rezesse. Eine Hoffnung auf Zustimmung aus Münster hegte Korff-Schmising um so weniger, nachdem nun auch die Kaiserwahl stattgefunden hatte und wieder auf Öster-

⁶¹ M. Korff-Schmising an Chr. Bernh., 17. 7. 1658: Ebd. Friedrich Korff-Schmising, traf an diesem Tage in Frankfurt ein, ohne einen andern Entschluß des Bischofs mitzubringen als den, der Kurfürst von Mainz sollte weiter im Glauben erhalten bleiben, daß Münster im Bündnis verbleibe.

⁶² Ratsprotokoll v. 19. 7. 1658: GR. 590. Um die freundliche Gesinnung am Wiener Hof auszunützen, wurden Briefe an mehrere Minister aufgesetzt, um Mandate gegen die Stadt und Hilfe, notfalls auch gegen Schweden, zu erbitten.

⁶³ M. Korff-Schmising an Chr. Bernh., 21. 7. 1658: MLA. 473, 31.

⁶⁴ Joachim S. 471 f.

reich gefallen war. In seinen Berichten verwies er vorwurfsvoll auf das diplomatische Geschick des Kurfürsten von Mainz, der als Haupt des antihabsburgischen Bündnisses trotzdem von den Österreichern »veneriert« würde, weil er es verstand, das Erzhaus »amore et timore« zu halten⁶⁵, so wie er es immer, leider erfolglos, geraten hatte. Welche Plumpheit der Politik, sich ganz in die Gnade des Hauses Habsburg zu begeben und außerdem den Unwillen Kurmainz' auf das Haupt zu laden, ohne einen handgreiflichen Gewinn zu verbuchen!⁶⁶

In der Bundeskonferenz vom 30. Juli⁶⁷ erhob Kanzler Meel nun die Forderung auf endgültige Erklärungen der Beteiligten. Weil er einem Abschluß mit Frankreich auszuweichen wünschte, erhob der kurtriersche Gesandte Einwände⁶⁸. Der kurkölnische Vertreter wollte seine Erklärungen nur dann abgeben, wenn Kurtrier ihm voranging. Matthias Korff-Schmising bat erleichtert, ihm unter diesen Umständen nicht zu verdenken, wenn auch er mit seinem Votum zurückhalte⁶⁹.

Noch einmal gelang es ihm so, den endgültigen Bruch mit Kurmainz zu umgehen. Gerade in diesen Tagen bemühte sich der Kurfürst erneut, dem Münsteraner die Nützlichkeit des Bündnisses mit Frankreich zu verdeutlichen. Nur so könne die westliche Großmacht von Schweden getrennt werden⁷⁰. Der Bischof versäume seine Verantwortung für die katholische Kirche, wenn er sich diesem Argument verschließe. Der Gesandte sah sich so unter Druck gesetzt, daß er schließlich die eigenmächtige Zusage gab, den Vertrag mit Frankreich zu unterschreiben, ohne jedoch vor der fürstlichen Ratifikation daran gebunden zu sein⁷¹.

Nachdem am 2. August der Haupttreiß unter der Leitung Boineburgs seine endgültige Gestalt angenommen hatte, reiste 8 Tage später Matthias Korff-Schmising aus Frankfurt, der Stätte seiner Qual, angeblich in Privatangelegenheiten, ab. Dem neuburgischen Kanzler Gise hinterließ er den Auftrag, nur unter der Bedingung zu unterzeichnen, daß Schweden ausgeschlossen blieb⁷².

Am 14. August traten die Gesandten in der Frankfurter Wohnung Heylands zusammen. Boineburg und Vorburg unterzeichneten für Mainz, Wilhelm Egon von Fürstenberg und Aldenhoven für Köln, Kanzler Gise für Pfalz-Neuburg. Als Snoilsky die Feder ansetzte, machte ihn Gise darauf aufmerksam, daß er die Unterschrift für Münster nur dann leisten könne, wenn die schwedische unter dem Vertrag fehle. Einschränkend fügte er hinzu, daß der Bischof von Münster wohl nachträglich seine Unterschrift geben werde, wenn ihm die letzten, mit Schweden ausgehandelten Bedingungen zur Kenntnis kämen. Schließlich unterzeichneten die Braunschweiger, nachdem der Gesandte des Landgrafen von Hessen-Kassel mangels Anweisung eine spätere Unter-

⁶⁵ M. Korff-Schmising an Chr. Bernh., 24. 7. 1658: MLA. 473, 31. Über die Gründe, die Kurmainz im Juni zu einem Einlenken gegenüber Österreich unter Verzicht auf Schweden bewogen, vgl. Joachim S. 443.

⁶⁶ M. Korff-Schmising an Chr. Bernh., 28. 7. 1658: MLA. 473, 31.

⁶⁷ Joachim S. 478 f.

⁶⁸ Über die Haltung Kurtriers vgl. ebd. S. 411 f., 455.

⁶⁹ Protokoll v. 30. 7. 1658: MLA. 473, 31.

⁷⁰ M. Korff-Schmising an Chr. Bernh., 31. 7. 1658: Ebd.

⁷¹ Desgl., 4. 8. 1658: Ebd.

⁷² Joachim S. 488.

zeichnung zusicherte. Am folgenden Tage fand in Mainz im Hause des Herzogs von Gramont die Unterzeichnung des französischen Rezesses statt⁷³. Auch unter ihm fehlte die münstersche Unterschrift⁷⁴.

Ein wichtiger Abschnitt der münsterischen Politik unter Christoph Bernhard von Galen erreichte damit seinen Abschluß. Die Verlockungen einer Verbindung mit Frankreich und Schweden, die besonders im Verhältnis zu den Generalstaaten von großer Bedeutung werden konnten, hatten nicht vermocht, den Bischof von der kaiserlichen Partei abzuziehen. Der Vorwurf des Systemwechsels, der ihm zuweilen gemacht wurde, weil er sich innerlich vom Rheinbund abwandte, ist unberechtigt. Seine frühere Zustimmung zum rheinischen Bündnis basierte auf der Zusicherung, daß dieses sich nicht gegen das Haus Österreich richtete. Der Beitritt der Großmächte Frankreich und Schweden gab dem Rheinbund eine völlig neue Zielsetzung. Der Systemwechsel wurde nicht in Münster, sondern in Frankfurt und Mainz vollzogen. Der Rheinbund entwickelte sich zu einem Instrument Mazarins französischer Reichspolitik. Freilich verstand es der Kardinal, den beteiligten Fürsten dieses Ziel zu verhüllen und sie im Glauben zu wiegen, daß Frankreich nur als Partner zu einem bestehenden Bündnis hinzutrete⁷⁵.

Mit der Ablehnung der Bindung an Frankreich fand auch eine der gefährlichsten Epochen der Regierungszeit des Bischofs ihren Abschluß. Zielloses Schwanken, Mutlosigkeit und Furcht vor der Entscheidung, die in beängstigender Form angewachsen waren, verflohen. Die stickige Atmosphäre der Frankfurter Bundesverhandlungen zerteilte sich und ließ den Blick auf einen klar vorgezeichneten Weg fallen. Zwar konnte niemand wissen, ob er zum Ziele führte, aber schon der Entschluß allein, ihn unbeirrt zu beschreiten, verlieh Halt und Sicherheit⁷⁶.

⁷³ Ebd. S. 491 f.; Dumont VI 2 S. 239. Der Rahmenvertrag mit Frankreich folgte erst am 28. Oktober.

⁷⁴ Auch Kurtrier und Brandenburg unterschrieben nicht. Sie machten sich wie Münster das Interesse Österreichs zu eigen, wenn auch die Motive der drei Fürsten weit auseinander gingen.

⁷⁵ R. Schnur, Der Rheinbund von 1658 in der deutschen Verfassungsgeschichte, Bonn 1955.

⁷⁶ Joachim S. 500 nennt das Verhalten des Bischofs bei den Bündnisverhandlungen »selbstisch«. Das Urteil ist unverständlich, da doch das Wesen der Politik zu allen Zeiten die Selbstbehauptung gewesen ist. Wenn allerdings damit »bedenkenlos« gemeint sein sollte, so wäre es um so verfehler, als das Festhalten an der Treue zum Hause Habsburg trotz aller Verlockungen der Gegenseite gewiß nicht so gedeutet werden kann. Gewissenlosigkeit findet sich viel eher bei den Mainzer Drahtziehern einer franzosenfeindlichen, gegen das Kaiserhaus gerichteten Politik.

18. KAPITEL

IM SCHATTEN DES RHEINBUNDES

Kurfürst Johann Philipp von Mainz verbarg seine Enttäuschung über die negative Entscheidung des Bischofs von Münster nicht. Auf sein Betreiben schickten die Verbündeten am 22. August ein Einladungsschreiben nach Münster wie nach Trier, sich doch noch dem Vertrage anzuschließen¹. Boineburg unterstellte in Erinnerung an die Coesfelder Zusagen, daß es sich bei der Nichtunterzeichnung nur um eine geschäftsmäßige Verzögerung handelte². Christoph Bernhard freute sich indessen seines Entschlusses. Volmari gab zu erkennen, wie ärgerlich der Kaiser den Beitritt zum französisch-schwedischen Bündnis vermerkt haben würde³. Die augenblicklich in der Stadt Münster herrschende Ruhe bestärkte den Bischof in der Meinung, daß er in der Ablehnung des Bündnisses richtig gehandelt habe⁴. Freilich täuschte der äußere Schein. Insgeheim bemühten sich städtische Gesandte und Graf von Flodorff in den Niederlanden, Truppen für die Stadt zu werben. Trotz dem Zögern der Holländer, offen für die Bürger einzutreten, verschlechterte sich die Stimmung in den Niederlanden gegenüber dem Bischof ständig. Der fürstliche Agent Hessing geriet vorübergehend sogar in Haft.

Korff-Schmising, dem die Peinlichkeit seines Abzuges aus Frankfurt nicht aus dem Sinn schwand, verzichtete nicht so schnell darauf, den Bischof doch noch von der Notwendigkeit zu überzeugen, den Mainzer Absichten zuzustimmen. Seine Begründungen gipfelten darin, man dürfe Schweden nicht als Feind betrachten, sondern müsse diese Großmacht als Gegengewicht gegen die viel gefährlicheren Holländer gebrauchen⁵. Seine Beweisführung fiel wahrscheinlich auf steinigem Boden. Sie setzte eine Einflußmöglichkeit auf die schwedischen Absichten voraus, an die nicht entfernt gedacht werden konnte. Die Gefahr, daß Schweden die verbündeten deutschen Fürsten auf seinen unüberblickbaren Wegen gegen ihren Willen mitzog, war viel größer⁶.

Des Domküstlers Gegenspieler, Bernhard von Wydenbrück, fand Gründe genug für die Richtigkeit seines Standpunktes. Der gute Eindruck in Wien

¹ MLA. 473, 31.

² Boineburg an M. Korff-Schmising, 31. 8. 1658: Ebd. Auch der Kölner Hof hätte mit Rücksicht auf die Lütticher Verschwörung den Beitritt Münsters zum Rheinbund nur zu gern gesehen. Kurköln an Chr. Bernh., 28. 9. 1658: MLA. 539 Bd. 4.

³ Volmari an Chr. Bernh., 5. 9. 1658: MLA. 480, 29. Der Kurfürst von Brandenburg lobte ebenfalls den münsterschen Entschluß: Kurbrandenburg an Chr. Bernh., 5. 10. 1658: MLA. 538 c. — ⁴ M. Korff-Schmising an Chr. Bernh., 9. 9. 1658: MLA. 473, 31^a.

⁵ Denkschrift Korff-Schmising vom 2. 11. 1658: MLA. 473, 32.

⁶ Die letzten militärischen Erfolge der Schweden erweckten in Gravel die Hoffnung, daß Christoph Bernhard jetzt zumindest aus Angst vor ihrem weiteren Vordringen den Rheinbund unterzeichnen werde. Einen Brief des Bischofs an den Mainzer, der eine gewisse Bereitschaft erkennen ließ, legte er jedenfalls so aus. Bericht Gravel, Frankfurt 15. 10. 1658: CA. 134 Bl. 173.

lag vor jedermanns Augen. Demgegenüber wirkten die aufdringliche Freundlichkeit des Pfalzgrafen Philipp Wilhelm und seine indiskreten Fragen nach der Möglichkeit einer Unterzeichnung des Rheinbundes durch Münster eher abstoßend. Dietrich Karl von Wylich erklärte ihm, daß der Bischof gern das Kölner Bündnis von 1654 verstärken möchte und schon im Begriff sei, ein stehendes Heer von 4000 Fußsoldaten und einiger Reiterei zur Erfüllung seiner Bundespflichten aufzustellen. Wenn die übrigen Bundesgenossen genauso handelten, könnte man den wegen seiner Verbindung mit den ausländischen Königen so bedenklichen Rheinbund zu den Akten legen. Die offene Ablehnung des Rheinbundes durch die jülich-bergischen Landstände verstärkte Wylichs Eindruck, auf wie schwachen Füßen dieses Bündnis im niederrheinischen Nachbarstaat stand. Die Verlegenheit des Pfalzgrafen auf die Frage des Gesandten, wie Kurtrier sich verhalten werde, ließ erkennen, daß Münster sich mit seiner Ablehnung des Vertrages in sicherer und guter Gesellschaft befand⁷.

Das gestörte Verhältnis zum Kurfürsten von Mainz, der sich als Haupt der in Frankfurt tagenden Reichsdeputation und Führer des Rheinbundes fast zu einer Art Nebenregenten im Reich aufgeschwungen hatte, erschien im Augenblick als das einzig negative Ergebnis des getroffenen Entschlusses. Wie zu erwarten war, setzte der Kaiser an dieser Stelle zum Gegenzug an. Gleich nach Unterzeichnung des Rheinbundvertrages forderte er die Mitglieder der Reichsdeputation, zu denen auch Münster gehörte, zur Übersiedlung nach Nürnberg oder Regensburg auf, um diese Einrichtung dem Einfluß des Rheinbundes zu entziehen und es Kurmainz unmöglich zu machen, beiden Einrichtungen gleichzeitig vorzustehen^{7a}. Johann Philipp bestritt dem Kaiser das Recht, die Verlegung zu fordern, und ermahnte die Gesandten, in Frankfurt zu bleiben. Dort ließ sich der Bischof im Augenblick nur durch den Agenten J. H. Grensen vertreten. Die Aufforderung des Kurfürsten vom 30. August, einen ordentlichen Gesandten zu schicken, stellte ihn vor die Entscheidung zwischen Kaiser und Kurmainz. In der Hoffnung, daß die Verlegung nach Nürnberg oder Regensburg ohnehin an unüberwindlichen Schwierigkeiten scheitern würde, versprach er, den Gesandten zu schicken⁸. Ohne den Kaiser nachdrücklich zu beleidigen, meinte er, hiermit Johann Philipp versöhnlich stimmen zu können. Aber erst auf wiederholtes Drängen des Mainzer Hofes schickte Christoph Bernhard den Lic. Johann Kaspar Bisping nach Frankfurt auf Reisen⁹. Wie heiß das Pflaster dort noch immer war, offenbarte das erste Gespräch mit Herrn von Vorburg. Seiner verfänglichen Frage, ob Bisping für die Reichsdeputation oder den Bundesrat instruiert sei, wich der Gesandte mit der Antwort aus, er werde auftragsgemäß keiner Verlegung der Deputation zustimmen und alles übrige dem Kurfürsten vortragen. Aus dem Gespräch nahm er als feste Überzeugung mit nach Haus, daß der Rheinbundvertrag von allen Beteiligten außer Trier und Münster ratifiziert werden, Frankreich und Mainz aber keine Ruhe geben würden, bis auch diese beiden Fürsten sich zum Beitritt entschlossen¹⁰.

⁷ Wylich an Chr. Bernh., 15. 11. 1658: MLA. 539 Bd. 4.

^{7a} Im allgemeinen vgl. H. Grössler, Der Streit um die Translation der Frankfurter Ordinari-Reichs-Deputation 1658–1661, Programm Stargard 1870.

⁸ Chr. Bernh. an Kurmainz, 13. 9. 1658: MLA. 473, 31 a.

⁹ Johann Philipp an Chr. Bernh., 30. 10. 1658: Ebd. Beglaubigungsschreiben Bispings vom 8. 11. 1658: Ebd. – ¹⁰ Bisping an Chr. Bernh., 20. 11. 1658: MLA. 473, 31.

Vorsichtig streckte der Bischof die Fühler aus, um am kaiserlichen Hofe nach dem Lohn seiner Anhänglichkeit Ausschau zu halten. Gelegentlich eines Privatbesuchs des Domküstere bei seinem Bruder in Frankfurt legte dieser Volmari den Wunsch seines Herrn nach baldiger rechtlicher Entscheidung des Streits mit der Stadt Münster ans Herz, ein Wunsch, der nach so vielen, dem Hause Österreich gebrachten Opfern nicht unbillig erschien. Der Domküster deutete sogar an, daß sein Herr aus Dankbarkeit vielleicht auch gegen Schweden in den Krieg eintreten könnte. Auf solche Angebote schien Volmari nicht vorbereitet. Ausweichend sprach er von dem entstehenden Bündnis des Kaisers mit den Generalstaaten und Spanien, das Schweden endgültig niederwerfen werde, und von seiner Überzeugung einer baldigen Regelung der münsterischen Sache¹¹.

Auch in Frankfurt versuchte der Bischof die schwedische Frage, die in den Mittelpunkt der Politik gerückt war, für sich auszunutzen. Als König Karl sich nach dem Überfall auf Dänemark überraschend einer großen Koalition der Dänen, Niederländer, des Kaisers und Brandenburgs gegenüber sah und in seiner Not die Mitglieder des Rheinbundes um Hilfe anrief¹², nutzte Bisping die Lage geschickt aus, um zu erklären, daß die Unterzeichnung des Vertrages, solange Schweden im Kriege sei, von Münster nicht verlangt werden könne. Verlegen stimmte ihm Vorburg zu. Ihm selbst war nicht wohl bei dem Gedanken, daß Mainz und seine Bundesgenossen jetzt den kaiserlichen Truppen den Eintritt in das Herzogtum Bremen verwehren sollten¹³. Christoph Bernhard dagegen tat so, als ob die Verlegung seiner Truppen nach Vechta eine dem Rheinbund gefällige Maßnahme zum Schutz der schwedischen Lande sei, während er sie dem kaiserlichen Gesandten gegenüber als geheimes Angebot einer Waffenhilfe gegen Schweden darstellte. Die Truppenverlegung entsprach seinem augenblicklichen Bemühen nach Ausgleich mit beiden Seiten, ein Versuch, der offensichtlich bei Vorburg von Erfolg gekrönt war.

Dagegen erwartete den Domküster, als er zur Teilnahme am Kriegsrat der Verbündeten in Hildesheim eintraf, eine böse Überraschung. In einem Briefe an ihn erging sich Franz Egon von Fürstenberg in den heftigsten Vorwürfen über die Wortbrüchigkeit des Bischofs von Münster. Er warf ihm vor, nicht nur den festversprochenen Beitritt zum Rheinbund vergessen zu haben, sondern auch in betrügerischer Weise die Bezahlung der bei der Belagerung Münsters gelieferten Munition immer wieder hinauszuzögern¹⁴. Schmisging begegnete auch bei den übrigen Gesandten einem zurückhaltenden Mißtrauen. Ihm wurde bedeutet, daß der kaiserliche Obersthofmeister Graf Porzia sich brüste, von allen Verhandlungen des Rheinbundes durch Münster genaue Kenntnis zu haben, und daß eine zwischen dem Domdechanten von Brabeck und dem Brandenburger Weiman stattgefundene Unterredung in höchstem Maße Verdacht erzeuge¹⁵.

¹¹ Bericht M. Korff-Schmisings v. 21. 11. 1658: MLA. 473, 31 a.

¹² Köcher I S. 266 ff.

¹³ Bisping an Chr. Bernh., 27. 11. 1658: MLA. 473, 31 a.

¹⁴ F. E. v. Fürstenberg an M. Korff-Schmisging, 24. 11. 1658: MLA. 473, 31 a.; 3. 12. 1658: MLA. 473, 32. Um die 4000 Rtl. mußte Franz Egon noch öfters mahnen.

¹⁵ M. Korff-Schmisging an Chr. Bernh., 21. 12. 1658: MLA. 473, 32. Brabeck besprach mit Weiman nur die oranischen Ansprüche auf Bevergern usw., von denen man in Münster annahm, daß sie im Fall des Todes des Prinzen auf Brandenburg übergingen. Ratsprotokoll v. 6. 12. 1658: GR. 590.

Am tiefsten enttäuscht von der münsterischen Zurückhaltung zeigten sich die Franzosen. Nachdem sich Ludwig XIV. persönlich an den Bischof gewandt und ihm seine Befremdung zum Ausdruck gebracht hatte¹⁶, ließ Gravel in Frankfurt noch einmal alle seine Überredungskünste in einem Gespräch mit dem Komtur Friedrich Korff-Schmising spielen, um die Harmlosigkeit der französischen Absichten klarzustellen. Mit der Miene des Biedermannes behauptete er, der König von Frankreich wolle nur den Friedensvertrag von 1648 aufrechterhalten und seine Verbündeten schützen. An einem guten Geldgeschenk für Friedrich und seinen Bruder solle es nicht fehlen, wenn der Bischof sich doch noch entschliesse, beizutreten. Schließlich teilte er ganz im Vertrauen mit, daß Münster sich nur vor den Österreichern hüten solle, die nichts anderes beabsichtigten, als in Münster einen Koadjutor einzusetzen¹⁷. Mit dieser Warnung wandte er sich leider an den Verkehrten. Er konnte nicht wissen, daß der fingierte Plan, einen österreichischen Koadjutor anzunehmen, in Münster erfunden worden war, um die freundschaftlichen Gefühle des Wiener Hofes zu verstärken. In seiner Antwort ging der Komtur auf diesen Punkt nicht weiter ein. Wenn Mazarin, über den möglichen Verlust Westfalens als »pépinère de bons soldats« beunruhigt, sich zu größerer Aufmerksamkeit gegenüber Münster verpflichtet fühlte, konnte das nur gut sein. Wegen Frankreich, versicherte Schmising, mache man sich in Münster kein Kopfzerbrechen, wohl aber wegen Schweden, das den Krieg vom Zaune gebrochen habe. Man sehe nur nicht ein, was es für das mächtige Frankreich bedeute, ob Münster den Vertrag unterschreibe oder nicht. Vielleicht bestehe aber die Möglichkeit, die Sache auf ein anderes Gleis zu schieben, indem ein Geheimvertrag zwischen Frankreich und Münster abgeschlossen werde, der beide Parteien zur Einhaltung des Rheinbundeszesses verpflichte. So rette man das gemeinsame Interesse, ohne Schweden ins Spiel zu bringen. Ohne besonderen Auftrag hierzu könne er doch versichern, daß man sich in Münster mit ähnlichen Gedanken trage. Selbst der gewandte Diplomat Gravel stutzte einen Augenblick¹⁸. An diese Möglichkeit hatte weder er noch Mazarin bisher gedacht¹⁹.

Es unterliegt kaum einem Zweifel, daß der münsterische Vorschlag nur zur Beruhigung des französischen Mißmutes gedacht war. Im Ernste neigte der Bischof so wenig wie vorher zu einer Verbindung mit Frankreich²⁰. Ein erneutes Mahnschreiben der Verbündeten mit der Bitte um Unterzeichnung erbrach Christoph Bernhard nicht einmal²¹. Trotzdem verfehlten die Vorschläge des Komturs in Paris nicht ihre Wirkung. Wenn Mazarin auch der Beitritt Münsters zum Rheinbund lieber gewesen wäre, so band ein geheimes Sonderbündnis den Bischof doch mindestens ebenso fest an die Interessen

¹⁶ Ludwig XIV. an Chr. Bernh., 11. 10. 1658: GA. II C II 2.

¹⁷ Die Beunruhigung der Franzosen war begründet, denn die Österreicher nahmen den ursprünglich in Münster wohl kaum ernst gemeinten Plan bereitwillig auf und dachten daran, die Koadjutorei dem Bischof von Augsburg zu übertragen. Mazarin an Gravel, Paris 15. 10. 1658: CA. 134 Bl. 176.

¹⁸ Gravel an Mazarin, Frankfurt 7. 12. 1658: CA. 134 Bl. 235.

¹⁹ F. Korff-Schmising an M. Korff-Schmising, 6. 12. 1658: MLA. 473, 32.

²⁰ Bisping erhielt am 4. 12. 1658 die Weisung, Frankfurt unter dem Vorwand privater Geschäfte zu verlassen. Ebd. Auch Pfalz-Neuburg begann in dieser Zeit, den Wert des neuen Bündnisses zu bezweifeln. Bisping an Chr. Bernh., 10. 12. 1658: Ebd.

²¹ Schreiben v. 14. 12. 1658. Es wurde erst bei der Ordnung der Akten am 7. 12. 1879 geöffnet: Ebd.

Frankreichs und konnte besonderen Wert durch einen Artikel gewinnen, der die österreichische Koadjutorei in Münster, den Alpdruck des Kardinals, verbot²². Gravel erhielt Anweisung, mit Matthias Korff-Schmising den Plan zu erörtern²³.

Allerdings sah sich Gravel vorläufig zur Geduld verdammt, da der Domkürster in Hildesheim weilte. Es ist verwunderlich, daß Christoph Bernhard zu dem dort tagenden Kriegsrat überhaupt einen Gesandten abordnete, da er sonst einer Berührung mit dieser Einrichtung geflissentlich aus dem Wege ging. Tatsächlich zeigten die Gesandten der Verbündeten verblüffte Gesichter, als der Domkürster mit größter Selbstverständlichkeit um Zulassung zu ihren Beratungen bat²⁴. Außer dem kurkölnischen Vertreter, der von einer Anregung des Bonner Hofes in dieser Richtung wußte, rätselten alle anderen an den Absichten des Münsteraners herum, der erst nach mehreren Tagen sein Beglaubigungsschreiben vorzeigte. Die allgemeine Meinung ging dahin, ohne Kenntnis Frankreichs über seine Zulassung nichts zu beschließen, und daß Münster nur ein »Partikularwerk praeter foedus commune ohne Zuziehung der Schweden« betreibe²⁵. Damit traf man ins Schwarze. Seinem alten Freund von Gladebeck, dem cellischen Geheimen Rat, offenbarte er die eigentlichen Absichten seines Herrn: Schweden sei es niemals um die Neutralität des Niedersächsischen Kreises ernst gewesen, auf die, wie er wußte, die Braunschweiger besonders ängstlich blickten, wie überhaupt das Bündnis mit den großen Kronen nur Unheil bringe. Gladebeck stand diesen Gedankengängen keineswegs ablehnend gegenüber. Als Korff-Schmising die Stimmung erkundet hatte, rückte er mit dem Plan heraus, ein näheres Verhältnis zwischen Welfen und Bistum Münster zu begründen. Als Köder warf er wieder einmal, wie bisher bei Österreich, die münsterische Koadjutorei hin. Da der Bischof sich seit einiger Zeit keiner besonderen Gesundheit erfreute²⁶ und die Sorgen mit der Stadt und den übrigen Ständen ihm über den Kopf zu wachsen drohten, sei er auf den Gedanken gekommen, einen Koadjutor anzunehmen. Aus der Art, wie es gesagt wurde, entnahm Gladebeck, daß an ein katholisches Mitglied des braunschweigischen Hauses gedacht sein müsse. Mit der Bitte um Geheimhaltung beschloß der Domkürster seine Offenbarungen²⁷.

Immerhin erreichte er durch dieses Gespräch, zu den Beratungen des Kriegsrats zugelassen zu werden. Der von ihm nachdrücklich vorgetragene Standpunkt, weniger der Hilfe fremder Könige als einer eigenen gründlichen Rüstung zu vertrauen, fand jedoch wenig Widerhall. Bevor nicht Münster den Rheinbundvertrag unterzeichnete, mochten die Verbündeten von ihm keine Lehren annehmen. Als einzige Antwort auf seine Rede bedeutete man ihm, daß Klarheit über die münsterischen Absichten Vorbedingung weiterer Gespräche sei²⁸. Korff-Schmising erwiderte, der Bischof bleibe bei seinem dem Landdrosten von Landsberg in Sassenberg gegebenen Versprechen, das im

²² Mazarin an Gravel, 7. 12. 1658: CA. 134 Bl. 246.

²³ Gravel an M. Korff-Schmising, 18. 1. 1659: MLA. 473, 33.

²⁴ Punkt 12 der Beratung vom 20. 1. 1659. Prot. in KKPA. 61.

²⁵ Korff-Schmising an Gladebeck, 2. 1. 1659, zitiert bei Köcher I S. 278.

²⁶ Christoph Bernhard war in der Tat 1658 schwer erkrankt. Die Schwierigkeiten mit der Ritterschaft und der gleichzeitige Tod seiner Mutter verlangsamten seine Genesung.

²⁷ Bericht v. Gladebecks v. 15. 2. 1659, zitiert von Köcher I S. 278.

²⁸ M. Korff-Schmising an Chr. Bernh., 4. 3. 1659: MLA. 473, 33.

wesentlichen die Zusage enthielt, auch ohne Unterzeichnung die Bedingungen des Bündnisses voll zu erfüllen²⁹.

Mit dieser Erklärung hatte Korff-Schmising nach Ansicht Christoph Bernhards seine Befugnisse weit überschritten³⁰. Landsberg hatte von ihm nur eine Zusage wegen Erfüllung des Kölner Bündnisses von 1654 empfangen. Ob Korff-Schmising nun absichtlich vergaß, auf diese Einschränkung hinzuweisen, bleibt ungeklärt. An der Befriedigung Schwedens konnte aber jedermann leicht ablesen, daß in Hildesheim die Erklärung des Domküstlers in Bezug auf den Rheinbund verstanden wurde³¹. Der Domküstler scheint die Weisung, dem Kriegsrat eine Berichtigung zukommen zu lassen, nicht befolgt zu haben³². Da er einsah, daß er in seiner entgegenkommenden Haltung von Münster aus keine Unterstützung empfing und auf andere Weise in Hildesheim nichts auszurichten war, reiste er ungeachtet des kurkölnischen Einspruchs am 5. Mai ab³³.

Trotzdem brachte das Hildesheimer Zwischenspiel eine gewisse Klärung: In Münster erkannte man, daß die Verbündeten ein Sonderabkommen mit dem Bischof ablehnten, während die Verbündeten Gewißheit erlangten, daß Christoph Bernhard unter den gegebenen Verhältnissen dem Rheinbund nicht beitreten werde, sondern den Kölner Vertrag von 1654 als Grundlage des gegenseitigen Verhältnisses zu betrachten wünschte³⁴. Niemand konnte voraussehen, welche Entwicklung der Streit mit der Stadt Münster in nächster Zeit nehmen würde, und daß dadurch der Bischof doch noch zum Beitritt genötigt werden sollte.

Ganz im Verschwiegenen fanden zwischen Gravel, der nach Hildesheim gekommen war, und Korff-Schmising Vorbesprechungen über ein Sonderbündnis statt. Der Franzose ging nicht gern diesen neuen Weg. Erst nachdem er einsah, wie alle seine Bemühungen um den Beitritt Münsters zum gesamten Rheinbund einschließlich Schwedens ergebnislos verliefen, gab er der Anregung Korff-Schmising nach³⁵.

²⁹ Seine Erklärung im Auszug in CA. 144 Bl. 87.

³⁰ Chr. Bernh. an Wylich, um 31. 3. 1659: MLA. 468, 152.

³¹ Ratsprotokoll v. 29. 3. 1659: GR. 591.

³² Köcher I S. 282 bricht merkwürdigerweise seine Darstellung des Konvents Anfang April ab, obgleich er noch im Mai tagte.

³³ Korff-Schmising hinterließ als Bevollmächtigten den kurköln. Gesandten Lic. Heinrich Franz Nicolartius: KKPA. 61.

³⁴ Die ängstliche Genauigkeit Christoph Bernhards in dieser Hinsicht ging so weit, daß er am 27. 6. 1659 seinem Agenten Hessing in Den Haag befahl, darauf hinzuweisen, daß das Gesamtschreiben wegen der Unterherrlichkeit Limburg kein Schreiben des Rheinbundes, sondern der Kölner Allianz sei, obgleich ein Mißverständnis eigentlich nicht möglich gewesen wäre: MLA. 539 Bd. 4.

³⁵ Korff-Schmising hatte Gravel durch seine unbedachte Erklärung, der Rheinbund werde Schweden im gegenwärtigen Fall nicht helfen, weshalb Münster auch nicht beizutreten brauche, die letzte Hoffnung genommen (Gravel an Mazarin, 14. 2. 1659: CA. 146 Bl. 46). Als Sündenbock für den Nichteintritt Münsters behandelte Gravel damals Pfalz-Neuburg. Verantwortlich war wohl der Kanzler Winkelhausen, der den Herzog nicht gern in französ. Gesellschaft sehen wollte (Mazarin an Gravel, Paris 19. 3. 1659: CA. 146 Bl. 69).

19. KAPITEL

NIEDERWERFUNG DER HAUPTSTADT

Alle Hoffnung auf eine Beruhigung der Verhältnisse in der Stadt Münster nach dem Schönefliether Vergleich erwiesen sich als trügerisch. Je länger um so freier schlug die Flamme des Widerstandes empor. In der Bürgerschaft befestigte sich auf Grund der unentschiedenen Haltung des Kaisers die Meinung, das Reichsoberhaupt stehe ihr mit innerer Zuneigung gegenüber. Ihr Gefühl, in dem Streit eine gleichberechtigte Stellung mit dem Fürsten einzunehmen, war kaum noch zu erschüttern. Noch immer setzte die Stadt große Erwartungen auf eine Hilfe aus den Niederlanden, so wenig greifbarer Erfolg bisher zu verzeichnen war.

Am fürstlichen Hofe verhehlte man sich nicht, daß Überraschungen aus den Niederlanden jederzeit eintreten konnten. Besonders dringlich erschien es daher, den Generalstaaten jeden Anlaß zum Einschreiten zugunsten der Stadt zu nehmen. Auf dem herbstlichen Landtag von 1658 regte Christoph Bernhard einen Vergleich mit dem Haus Oranien zur endgültigen Beilegung des Streitpunktes Bevergern an. Dem brandenburgischen Vertreter Weiman in Den Haag gab er Vollmacht zu den Vorbesprechungen. Obgleich das Haus Oranien für den Abstand von allen Forderungen die große Summe von 300 000 Gulden verlangte, blieb der Fürstbischof fest entschlossen, die Sache aus der Welt zu schaffen¹.

Noch dringender erschien ihm, auch mit den Generalstaaten in ein gutes Verhältnis zu treten. Gegenseitiges Einverständnis und Vertrauen schien um so wünschenswerter, als gerade der münsterische Agent Hessing in Haft genommen worden war, nachdem er einige geheime Schriftstücke der Generalstaaten nach Münster übersandt hatte². Trotz eifrigen Bemühens gelang es nicht, einen anderen Agenten in Dienst zu nehmen³. Der Bischof mußte schließlich wiederum mit Hessing, nachdem er auf freien Fuß gesetzt war, vorlieb nehmen, obgleich dieser nun bei seinen Erkundungen einer scharfen Überwachung durch die Holländer unterlag und wenig geeignet war, die vom Fürsten erstrebte Fühlungnahme mit den Generalstaaten wegen eines Bündnisses einzuleiten. Tatsächlich hatte Christoph Bernhard den verstaubten Plan wieder aus der Schublade gezogen, weil er ihn für nützlich hielt, um die Holländer durch eine geheuchelte Freundschaft von ihren Sympathien für die Stadt abzubringen⁴.

¹ Ratsprotokoll v. 4. 10. 1658: GR. 590.

² Tücking S. 62.

³ Der Agent de Groot zögerte, die Stelle anzunehmen, um nicht in den Streit des Bischofs mit der Stadt hineingezogen zu werden.

⁴ Ratsprotokoll v. 27. 12. 1658: GR. 590. Vgl. Weiman an Kurf. Friedr. Wilh., Den Haag 10. 3. 1659, wonach die Generalstaaten eine Verbindung mit dem Westf. Kreis gegen Schweden anstreben: UA. 7 S. 182.

Leider ließen die Generalstaaten vorläufig wenig Gegenliebe erkennen. Das Haus Oranien aber schickte den Herrn van Goer als Bevollmächtigten, um die Bevergernsche Sache abzuhandeln. Der geschickte Unterhändler vertraute den fürstlichen Räten gleich zu Beginn der Gespräche an, ein Teil der Ritterschaft des Münsterlandes stehe mit dem Haus Oranien in einer »heimlichen Konspiration«. Seine Mitteilung mag einen wahren Kern enthalten haben. Der scharfe Gegensatz zwischen dem Landesherrn und der Ritterschaft im Jahre 1658 läßt eine solche Vermutung zu. Der eigentliche Sinn der Andeutung lag jedoch darin, den Wunsch des Bischofs zu einem Vergleich mit Oranien zu steigern. Van Goer erreichte sein Ziel. Christoph Bernhard verwies ausdrücklich seine Räte auf das gefährliche Einverständnis der Ritterschaft mit den Oraniern, um ihre Bereitschaft zu dem geplanten Vergleich zu erhöhen⁵. Am 11. Februar 1659 fanden die zähen Verhandlungen ein erfolgreiches Ende.

Die dem Lande damit aufgebürdeten neuen Lasten rechtfertigte die Zuvorsicht, daß das Haus Oranien bis zur endgültigen Zahlung aus eigenem Interesse keine Feindseligkeiten gegen den Bischof unternehmen würde. Fast noch wichtiger erschien das damit gewonnene gute Verhältnis zum Kurfürsten von Brandenburg, dem nunmehrigen Haupt des Hauses Oranien. Hier bahnte sich ein Weg an, den immer noch schwelenden kleve-jülichischen Erbfolgestreit und den daraus hervorgegangenen Direktorialstreit im Niederrheinisch-westfälischen Kreis durch eine Vermittlung beizulegen. Dieser Streit verhinderte ja bisher den Lieblingsplan Christoph Bernhards, eine »Kreisverfassung« zustandezubringen, die eine Bündnisaufnahme mit Staaten außerhalb des Kreises oder gar des Reichs überflüssig gemacht hätte. Mit Hilfe der Kreisverfassung hätte auch die Stadt Münster mit Leichtigkeit in ihre Schranken gewiesen werden können. Sie hätte auch den Forderungen auf die dem Reichskreis entfremdete Herrschaft Borkelo gegenüber den Holländern einen weit größeren Nachdruck, als ihn das Fürstentum Münster geben konnte, verliehen. Der Bischof zögerte nach dem oranischen Vergleich nicht lange, dem Kurfürsten von Brandenburg seine Wünsche vorzutragen, nachdem bereits Vorbesprechungen mit dem klevischen Statthalter, Graf Moritz von Nassau, und Daniel Weiman vorangegangen waren. Als besonderes Lockmittel fügte er den Hinweis bei, daß die Unterzeichnung des Rheinbundvertrages sich im Falle des Zustandekommens einer wirkungsvollen Kreisverfassung für ihn erübrige⁶. Ihm war bekannt, wie verhaßt dieses Bündnis am Berliner Hof schon aus dem Grunde war, daß die Bundesgenossen auf eine Zuziehung Brandenburgs mit Rücksicht auf das ihm verfeindete Schweden abgesehen hatten. Ohne eine Antwort des Kurfürsten abzuwarten, wandte sich Christoph Bernhard auch

⁵ Ratsprotokoll v. 27. 1. 1659: GR. 591. Van Goer erwies sich als ungewöhnlich harter Unterhändler, der seine Vorteile voll ausnützte. Er trieb die münsterschen Angebote von 75 000 Rtl. bis auf 115 000 Rtl. empor. Die Zahlung sollte in 7 Jahresraten erfolgen. Als der Rezeß vom 11. Februar am 14. verlesen wurde, verlangte van Goer auch noch die Verzinsung des Kapitals, allerdings jetzt ohne Erfolg. Daniel Weiman versprach gegen ein Douceur von 3000 Rtl., die Princesse royale zum Verzicht auf Zinsen zu bewegen (Ratsprotokolle v. 29. 1. – 14. 2. 1659: GR. 591; Landtagsprotokolle Bd. 75 Bl. 1 ff: Erste Beratung mit Dr. van Goer am 28. 1. 1659). Christoph Bernhard unterzeichnete am 15. 2. in Coesfeld (Vertrag in Landtagsprot. Bd. 75 Bl. 20 ff.), Kurfürst Friedrich Wilhelm zu Ripe am 26./16. 4. und die Prinzessinnen von Oranien in Den Haag am 29./19. 4. 1659. Vgl. Tücking S. 65.

⁶ Chr. Bernh. an Kurfürst Friedr. Wilhelm, 20. 2. 1659: MLA. 468, 214.

an Pfalz-Neuburg⁷. Moritz von Nassau ließ zwar die Möglichkeit gelten, daß der Kurfürst einem Vergleich zustimmen könnte, verhehlte aber auch nicht, daß die Bedingungen schwer sein würden: Pfalz-Neuburg müsse Land abtreten und Brandenburg zum Kreisdirektorium zulassen⁸. Bestand wenig Aussicht auf Erfüllung der ersten Forderung durch den jungen Pfalzgrafen, so lehnte die zweite der Bischof von Münster bisher ab. Trotzdem traf dieser Vorbereitungen zu einer Unterredung mit dem Pfalzgrafen Philipp Wilhelm in der Abtei Werden⁹. Gleichzeitig legte er Moritz von Nassau und Weiman, die beide in Den Haag weilten, die Streitsache mit der Stadt Münster ans Herz. Die neugewonnenen Freunde sollten ihren Einfluß geltend machen, die Generalstaaten aus dem Streit herauszuhalten. Der innere Zusammenhang aller Schritte liegt damit auf der Hand.

Die Antwort Moritz' von Nassau rückte das Ziel in Reichweite. Sichtlich lebte der alte Waldecksche Plan einer Verbindung der niederländischen Staaten mit dem Westfälischen Reichskreis oder seinen wichtigsten Gliedern wieder auf¹⁰. Inwieweit dagegen der Bischof von Münster dem Plan eine größere Rolle als eines Mittels zur vorübergehenden Beeinflussung der brandenburgischen Minister in seinem Sinne zudachte, mag dahingestellt bleiben. Unvermindert stark hegte er seine Abneigung gegen Aufnahme Brandenburgs in das Kreisdirektorium und unterband damit eine der Vorbedingungen des Vergleichs¹¹.

Da der Gegensatz zwischen ihm und der Stadt in dieser Zeit sehr gefährliche Formen annahm, traten diese Gedanken, die eine längere Vorbereitung erforderten, notwendigerweise in den Hintergrund. Vom fürstlichen Stadtkommandanten Johann von Reumont¹² liefen Beschwerden über zunehmende Eingriffe der Stadt in seine Rechte ein, die auf wachsende Aktivität der Bürger schließen ließen¹³. Die Stadt öffnete und schloß die Tore nach eigenem Belieben. Sie ließ Soldaten ein- und ausrücken, ohne den Stadtkommandanten zu benachrichtigen, und nahm sogar fürstliche Soldaten in Haft. Alles deutete darauf hin, daß sie gewillt war, das umstrittene Besatzungsrecht allein auszuüben. Ja, in Wien knüpfte Drachter Verbindungen an, die auf Ablösung Reumonts und Ersatz durch einen kaiserlichen Kommandanten hinausliefen¹⁴. Das am 9. Juli ergangene kaiserliche Urteil¹⁵, das praktisch den bestehenden

⁷ Chr. Bernh. an Philipp Wilhelm, 23. 2. 1659: Ebd. Der pfalz-neuburgische Kanzler Gise hatte die Übermittlung an seinen Herrn, der in diesem Punkte überaus empfindlich war, abgelehnt, worauf der Bischof an den Pfalzgrafen selbst schrieb.

⁸ Moritz v. Nassau an Chr. Bernh., 13./3. 3. 1659: Ebd.

⁹ Chr. Bernh. an Weiman, 14. 3. 1659, und an Moritz v. Nassau, 21. 3. 1659: Ebd.

¹⁰ Moritz v. Nassau an Chr. Bernh., 23./13. 3. 1659: MLA. 468, 214. Die Haltung Kurbrandenburgs gegenüber dem Bischof von Münster war im Grunde zu dieser Zeit nicht unfreundlich. Die eigenen Erfahrungen mit widerspenstigen Städten ließen den Kurfürsten eine gewisse Sympathie für den Bischof empfinden (vgl. Schr. v. 22./12. 9. 1660: MLA. 388, ad 58 X). Im Schreiben vom 11. 4. 1659 an W. v. Fürstenberg und Dr. Batz in Wien bedauerte der Bischof, trotz vereinzelter Gegenliebe nicht mit den Generalstaaten in Verbindung treten zu können, weil diese ein näheres Verhältnis zu Österreich scheuten, es sei denn, sie gerieten mit Schweden in Feindschaft (MLA. 388, 67 IV).

¹¹ Chr. Bernh. an den Kaiser, 15. 8. 1659: MLA. 473, 33.

¹² Über ihn vgl. Eugen Müller, WZ. 90, 1934, I S. 171 ff.

¹³ Schr. Reumonts v. 5. 6. 1659. MLA. 388, ad 58 VII.

¹⁴ W. v. Fürstenberg an Chr. Bernh., Wien 5. 6. 1659: MLA. 388, 67 IV. Als kaiserlicher Kommandant war der Generalwachtmeister v. Plettenberg in Aussicht genommen.

¹⁵ Chr. Bernh. an das Domkapitel, 31. 7. 1659: MLA. 2, 18. Das Urteil in MLA. 388, ad 58 X, gedruckt bei Tücking S. 67.

gemischten Zustand im Besatzungsrecht bestätigte, fand in der Stadt kaum Beachtung. Sie erbot sich zwar, das Urteil einzuhalten, knüpfte aber aufs neue Verbindungen in Den Haag an, die nicht gut mit einer friedlichen Politik zu vereinbaren waren. Drachter verbreitete überall die Beschreibung seiner glänzenden Aufnahme am Kaiserhof, bei der der Kaiser sogar einer Hilfe der Generalstaaten für die Stadt im Falle eines bischöflichen Angriffes zugestimmt habe¹⁶. Unverkennbar schlug die Stimmung in Den Haag zugunsten der Stadt aus. Auch Daniel Weiman, noch immer beflügelt durch die Bereitschaft des Bischofs zum Bündnis mit den Generalstaaten, vermochte dagegen nichts auszurichten¹⁷.

Die noch offene Ratifizierung des Rheinbundvertrages den Franzosen in diesem Augenblick als Köder vor die Nase zu halten, verriet ein gewisses Geschick. Für eine Zusage französischer Hilfe im Falle, daß die Holländer der Stadt beisprängen, glaubte der Domküster Korff-Schmising, dem Gesandten Desminières die Unterzeichnung des Bündnisses in sichere Aussicht stellen zu dürfen. Die Geduld Gravel, der sich persönlich durch das Ausbleiben der Ratifikation gekränkt fühlte, erwies sich jedoch als überschätzt. Er erteilte die wahrhaft diplomatische Antwort, der König werde stets das tun, was die übrigen Verbündeten für richtig hielten. Damit bedeutete er dem Bischof, wie unsinnig seine Furcht vor einem Übergewicht Frankreichs im Bündnis sei, und vermied anderseits eine brüske Ablehnung, zumal er ohnehin die Neigung des Rheinbundes, sich in die münsterische Sache zu mengen, sehr gering einschätzte. Er hegte keinen Zweifel, daß Christoph Bernhard im österreichischen Fahrwasser schwamm, und hätte ihm am liebsten eine tüchtige Abfuhr erteilt. Trotzdem hielt es der gewandte Franzose für richtiger, den unbequemen Bischof jetzt zum Eintritt in den Rheinbund unter Ausschluß von Frankreich und Schweden einzuladen¹⁸. War er einmal darin, so ließen sich die Ketten, die ihn mit Habsburg verbanden, allmählich lockern.

Im frühen Herbst schritten beide Seiten, sowohl der Bischof als auch die Stadt, zu offener Feindseligkeit¹⁹. Am 13. Oktober befahl der Fürst die Verlegung des Geistlichen Hofgerichts aus der Hauptstadt nach Dülmen²⁰. Mit der gleichen Maßnahme leitete er auch das letzte Mal die Feindseligkeiten ein. In Brüssel standen bereits 1000 angeworbene spanische Reiter bereit²¹. Sogar der gefährliche Condé sollte gebeten werden, seine Truppen ins Münsterland zu führen²². Wenn sich der Bischof zu diesen Maßnahmen entschloß, so stand dahinter die ernste Sorge vor einem offenen Eingreifen der Niederländer. Es hatte tiefen Eindruck hinterlassen, mit welchem Beifall städtische Gesandte in

¹⁶ Chr. Bernh. an W. v. Fürstenberg und Dr. Batz: MLA. 388, 67 IV. Vgl. Tücking S. 66.

¹⁷ Der Briefwechsel mit Weiman in MLA. 388, ad 58 VIII.

¹⁸ Gravel an Mazarin, 24. 8. 1659: CA. 145 Bl. 84. Mazarin erklärte sein Einverständnis in der Antwort vom 12. 9. aus St. Jean de Luz: Ebd., Bl. 114.

¹⁹ Es muß überhaupt bezweifelt werden, daß der Bischof in dieser Zeit ernstlich einen Vergleich anstrebte. Seinen Gesandten in Wien hatte er schon im April geschrieben, daß jeder gütliche Versuch in der Stadt nur Widerstand wecke (Chr. Bernh. an W. v. Fürstenberg u. Dr. Batz, 19. 4. 1659: MLA. 388, 67 IV).

²⁰ Chr. Bernh. an das Domkapitel, 13. 10. 1659: MLA. 2, 18.

²¹ Chr. Bernh. an Kurfürst Friedr. Wilh., 7. 9. 1659: MLA. 388, ad 58 X. Am 4. 11. bat er den Kurfürsten um Paß für 1000 Pferde aus den Span. Niederlanden bei Ruhrort: DZA., Rep. 11 Nr. 165.

²² Ratsprotokoll v. 20. 10. 1659: GR. 591.

Deventer empfangen worden waren. Geistliche Kreise zeigten sich aufs höchste beunruhigt über den Besuch der Städter in der dortigen reformierten Bergkirche, zumal sich hartnäckig Gerüchte hielten, wonach die Stadt Münster die Einführung des Calvinismus plante²³. Eilig bereitete man Gesandtschaften nach Bonn und Düsseldorf vor²⁴. Die Reise nach Den Haag übernahm Domdechante von Brabeck²⁵. Inkognito wollte er mit Geld und Überredung²⁶ versuchen, die niederländische Hilfe für die Stadt zu unterbinden. Einer gemeinsamen Vermittlung durch Spanien und Frankreich hätte der Bischof in seiner prekären Lage gern zugestimmt²⁷. Auch Kurbrandenburg mahnte er an das Versprechen vom 25. September 1658, in dem der Kurfürst dem Bischof alle Hilfe zugesagt hatte, wenn er nur nicht mit den Schweden in ein Bündnis trete. Da das nicht geschehen war, verlangte Christoph Bernhard nun den Lohn²⁸.

In der Tat standen in Den Haag die Zeichen auf Sturm. Prinz Wilhelm von Oranien trat als Fürsprecher der Stadt auf. Die Provinz Friesland drohte, ihren Beitrag für die Ausrüstung der Flotte zurückzuhalten, wenn die Generalstaaten die Stadt Münster nicht unterstützen wollten²⁹. Aldermann Klute versuchte sogar, den kaiserlichen Gesandten Friquet auf die Seite der Bürger zu ziehen. Eine Unterwerfung unter den kaiserlichen Richterspruch vom 9. Juli sei ihnen allzu bedenklich. Lieber würden sie die Hölle anrufen, als sich dem Fürsten unterwerfen. Gegen alles Recht habe dieser noch vor kurzem ihre Gesandten zum Landtag in Coesfeld arretieren lassen. Dafür werde man den Domherren den Hals brechen und alle Geistlichen aus der Stadt verweisen, so daß übers Jahr kein Katholik mehr in ihren Mauern weilen werde³⁰. Mit solchen Reden verdarb der hitzige Klute allerdings mehr, als er gewann. Friquet wies ihn kurzerhand aus der Tür³¹.

Der kaiserliche Gesandte stand nach wie vor den Interessen des Bischofs näher. Im Vertrauen berichtete er dem inzwischen in Den Haag eingetroffenen Domdechanten von Brabeck, der Franzose de Thou habe dem Residenten Aitzema, der sich sehr für die Stadt einsetzte, einen Besuch gemacht. Der Schritt de Thous erregte deshalb so große Aufmerksamkeit, weil er bisher mit Aitzema nicht die geringste Verbindung gepflegt hatte. Ogleich dieser

²³ Tücking S. 44, S. 104; ders. in WZ. 24, 1864, S. 224 ff. Jordaneus S. 15. Am 24. 10. 1659 schrieb Aitzema nach England: Here arrived some commissioners from the town of Munsters, desiring the States to put a garnison in that town, in like manner as that of Embden. They offer one of the fairest churches to the use of the Protestants. Thurloe VII S. 764; Aitzema XXXIX 4 S. 453; Tücking S. 70.

²⁴ Die Verbündeten des Kölner Rezesses von 1654 wurden am 4. 11. 1659 um Hilfe gebeten: MLA. 539 IV.

²⁵ Instruktion für Brabeck in AV. 379 I.

²⁶ Der Kinderen I S. 130 hebt Brabecks Kenntnis von der Schwäche der niederl. Staatsmänner hervor, die »liever naar den klank van geld dan naar de welsprekendste memories luisterden«. Nach Wicquefort XII 2 S. 68 f. hatte Brabeck Mittel in Händen, »dont les succès etaient infaillibles«.

²⁷ Ratsprot. v. 24. 10. 1659: GR. 591.

²⁸ Chr. Bernh. an Kurf. Friedr. Wilh., St. Ludgersburg 4. 11. 1659: DZA., Rep. 11 Nr. 165. Der Kurfürst antwortete aus dem Hauptquartier am 19. 11. 1659 mit der Bitte, im Streit mit der Stadt maßvoll zu sein. Die juristisch berechnete Bitte des Bischofs abzulehnen, wagte er nicht. Im Schreiben vom 30. 10. 1659, in dem er die nicht geleistete militärische Hilfe mit dem Gerücht, daß in Den Haag ein Vergleich ausgearbeitet werde, und mit dem herannahenden Winter entschuldigte, bestritt er jedoch seine Verpflichtung dazu nicht: DZA., Rep. 11 Nr. 165.

²⁹ Chr. Bernh. an Weiman, 2. 11. 1659: MLA. 388, ad 58 VIII.

³⁰ Ber. v. 6. 11. 1659: AV. 379 I. — ³¹ Wiens S. 15.

beteuerte, de Thou habe nichts anderes erklärt, als daß der König die Stadt nicht zu unterstützen gedenke, legten Friquet und Weiman ihre Stirn in bedenkliche Falten und ließen durchblicken, daß es den Franzosen zuzutrauen sei, sich in der Stadt Münster festzusetzen, um eine beständige Verbindung zum schwedischen Herzogtum Bremen zu begründen³².

Alle diese Nachrichten rieten zur Eile. Noch betonte der Bischof, lieber einer Vermittlung anderer – nur nicht der der Generalstaaten – zustimmen zu wollen als zu den Waffen zu greifen³³, gleichzeitig befahl er aber allen Kompanien, ihren Bestand zu verstärken³⁴. Im Lande wurde eine allgemeine Bevölkerungsaufnahme für die Rekrutierung der Armee angeordnet³⁵. Die Hoffnung des Bischofs auf einen siegreichen Ausgang des Streits wuchs, als die mächtige Provinz Holland sich trotz des Vortrags der städtischen Gesandten Joachim von Eitzen und Walter Klute³⁶ vor den Generalstaaten auf den Protest Friquets, der eine niederländische Besatzung in Münster als Eingriff in die Rechte des Reichs kennzeichnete³⁷, weigerte, auf das städtische Gesuch näher einzugehen³⁸. Wahrscheinlich trugen auch die Bemühungen Brabecks beim Ratpensionär Jan de Witt und anderen hochgestellten Staatsmännern zu diesem Entschluß wesentlich bei.

Auch auf dem zu dieser Zeit in Coesfeld zusammengetretenen Landtag (19. November 1659) wehte der Wind nicht mehr wie bisher dem Bischof ins Gesicht. Die Entscheidung des Kaisers gegen die Stadt schien in der Ritterschaft der Überzeugung zum Durchbruch verholfen zu haben, daß die Wideretzlichkeit gegen den Landesherrn nicht mehr zu verantworten und dem Lande zum Verderb war. Bereitwillig stellte die Ritterschaft ihm gegen gewisse Erleichterungen bei der Schatzungserhebung Mittel zur Anwerbung von Soldaten zur Verfügung, allerdings mit der Klausel, daß im Falle fremder Hilfeleistung kein anderer als der Kaiser darum gebeten werden solle. Auf keinen Fall wollte man die Truppen der Rheinbündler ein zweites Mal im Stift sehen³⁹.

So schnell gab sich die Stadt indes nicht geschlagen. Wollten die Generalstaaten nicht in eine öffentliche Hilfe willigen, so gab es noch andere Wege, ihre Kraft nutzbar zu machen. So war dem Grafen von Flodorff⁴⁰ die alte

³² Brabeck an Chr. Bernh., 3. 11. 1659: MLA. 388, ad 58 X.

³³ Ratsprotokoll v. 10. 11. 1659: GR. 591.

³⁴ Befehl Chr. Bernhards v. 12. 11. 1659: MLA. 544, 1.

³⁵ Chr. Bernh. an das Domkapitel, 14. 11. 1659: MLA. 2, 18.

³⁶ Tücking S. 69 f.; Wiens S. 15; Der Kinderen I S. 127. Die Gesandten traten am 8. November vor dem Stadtrat in Amsterdam, am 14. November vor den Generalstaaten auf.

³⁷ Holl. Mercur, Januar 1660, S. 4 f.

³⁸ Tücking S. 70; Der Kinderen I S. 130. Im Gegensatz dazu betrieb die Provinz Friesland eifrig die Unterstützung der Stadt Münster.

³⁹ Der Bischof ging auf die Bedingung der Ritterschaft ein, verhandelte allerdings gleichzeitig mit Kurköln über Hilfe. Kurf. Max. Heinrich an Chr. Bernh., 14. 11. 1659: MLA. 539 IV. Die Vermittlungsversuche des Domkapitels, der Ritterschaft und der Stadt Coesfeld blieben erfolglos. Vgl. Instruktion für Dr. Boichorst (Domkap.), Lic. Everwin Droste (Ritterschaft) und Bernh. Wittfeld (Coesfeld) zur Verhandlung mit der Stadt Münster v. 22. 11. 1659: Landtagsprot. Bd. 75 Bl. 134 ff.

⁴⁰ Bekanntlich gehörte Flodorff, obgleich er evangelisch war, der Kramergilde der Stadt Münster an. Es lag zwar ein kaiserliches Verbot von 1607 vor, das evangelischen Bürgern den Eintritt versagte, aber selbst die fürstlichen Räte wußten nicht mit Sicherheit zu sagen, ob im Normaljahr 1624 nicht doch Protestanten den Gilden angehört hatten: Ratsprotokoll v. 27. 1. 1659: GR. 591.

deutsche Kompanie als Hauptmann übergeben worden. Wenn man diese, wie Drachter vorschlug, sowohl in Eid der Generalstaaten als auch der Stadt nahm, »also wäre auf diese Weise ohne großen Rumor eine staatliche Kompanie und Präsidium binnen der Stadt«. Der Syndikus träumte sogar davon, Prinz Wilhelm von Oranien als Gouverneur aufzunehmen, ihm am Domhof ein Palais zu schenken und den Dom meistbietend zu verkaufen, während Flordorff in die Kurie seines Erzfeindes, des Domscholasters von Vörden⁴¹, einziehen dürfte⁴². Der Ausübung des reformierten Bekenntnisses in der Stadt stand selbstverständlich nichts im Wege, wenn Drachter auch nicht wünschte, öffentlich darüber zu sprechen, um in Wien und Rom keinen unnötigen Anstoß zu erregen⁴³.

Die günstige Wendung der Dinge ermunterte den Bischof zu einem bestimmteren Auftreten. Die vereinzelt abgefangenen Briefe Drachters, aus denen unschwer zu ersehen war, wie weit die Aufnahme einer holländischen Besatzung bereits in der Planung fortgeschritten und wie groß die Gefahr für die konfessionellen Verhältnisse in der Stadt war⁴⁴, mahnten zur Eile. Ungeachtet der Vorteile der gütlichen Verhandlung sprach sich der Bischof, unter Verweis auf die kaiserliche Unterstützung und das Wohlwollen anderer Fürsten, entschieden für Taten aus⁴⁵.

Die Haltung der rheinischen Verbündeten zu erkunden, machte sich Matthias Korff-Schmising auf den Weg. Seine Hoffnungen spannte er nicht allzu hoch, nachdem der Bischof den Frankfurter Rezeß noch immer nicht unterzeichnet hatte. Tatsächlich fand er in Bonn, wo man über die Beschlagnahme der nachgelassenen Tafelgefälle Kurfürst Ferdinands durch Christoph Bernhard außerordentlich verstimmt war⁴⁶, nur eine kühle Aufnahme. Man werde das leisten, wozu sich auch die anderen bereiterklärten, war die einzige Antwort⁴⁷. In Düsseldorf traf er auf eine freundlichere Stimmung. Vorbedingung einer ersprießlichen Zusammenarbeit wäre aber, da Münster sich jetzt auf die österreichisch-brandenburgische Partei stützte, ein Ausgleich zwischen Brandenburg und Pfalz-Neuburg gewesen, zu dem Herzog Philipp Wilhelm nicht besonders neigte. Er trat dafür ein, lieber zuzusehen, wie Brandenburg und Schweden sich gegenseitig abmatteten. Nicht zuletzt das Stift Münster würde aus der Schwächung der Protestanten seinen Vorteil ziehen. Ein vorzeitiger Vergleich füge dagegen der Religion nur Schaden zu, es sei denn, der Kurfürst lasse den Kronprinzen katholisch werden und verheirate ihn mit einer pfalz-neuburgischen Prinzessin – wozu gewiß auch nicht die geringste Aussicht bestand. Im übrigen äußerte sich der Pfalzgraf abfällig über die Kraft des Kölner Bundes, mit der man die Holländer wohl kaum beeindrucken könne. Nur mit Frankreich sei bei ihnen Staat zu machen. Lasse man den König links

⁴¹ Der Domscholaster hatte das Gut Darfeld in Besitz, das Christoph Bernhard dem Grafen abgenommen hatte, als dieser einen fürstlichen Reiter erschöß.

⁴² Drachter an Klute, 18. II. 1659: AV. 379 I.

⁴³ Drachter an Aitzema, 24. II. 1659: Ebd.

⁴⁴ Der Bischof befürchtete, daß die Bürger der Stadt, wenn die holländische Besatzung freie Religionsausübung erhielt, die reformierten Gottesdienste besuchen und so der katholischen Kirche entgleiten könnten.

⁴⁵ Ratsprotokoll v. 24. II. 1659: GR. 591.

⁴⁶ Kurf. Max. Heinr. an Chr. Bernh., 27. 9. 1659: MLA. I, 12 IV.

⁴⁷ Später bot der köln. Obristleutnant Jobst Bernhard Korff namens des Kurfürsten 500 Fußknechte und 100 Pferde an. Chr. Bernh. an Kurköln, 9. 12. 1659: MLA. 539 IV.

liegen, so werde man bald sehen, wie die Holländer die Stadt Münster ungeschlecht unterstützten. Nachdem das kaiserliche Endurteil gegen die Stadt vorliege, habe auch das Bedenken einer ungünstigen Beeinflussung des Verfahrens am Kaiserhofe durch ein Bündnis mit Frankreich seinen Grund verloren. Der einzig richtige Weg führe also in der Richtung, die Stadt mit Verhandlungen hinzuhalten, sich der Unterstützung Frankreichs – selbstverständlich nur gegen die Holländer und nicht im Reich – zu versichern und dann zuzuschlagen.

Im privaten Beisammensein besprachen Kanzler Gise und Matthias Korff-Schmising den Plan eingehender. Gise sah das Hauptziel der Politik in der Ausrottung der »Hauptwurzel der Ketzler«. Da gute Aussicht auf Rückkehr Englands zur Monarchie und des Königs zum Katholizismus bestand, hielt er es für wenig wahrscheinlich, daß Holland sich allein halten könne. Vor den übrigen Protestanten brauche man keine Angst zu haben, besonders wenn es gelänge, Frankreich und Schweden zu trennen. Gebe man dem Pfalzgrafen die Versicherung, daß Frankreich gegen Holland Hilfe leiste, so würde er gegen die Stadt gern 3000 Mann zur Verfügung stellen⁴⁸.

Christoph Bernhard hörte den Bericht seines Domküstlers mit geringem Vergnügen an. Die allzu enge Verbindung des Pfalzgrafen mit Frankreich, die aus dessen Vorbehalten sprachen, machten ihn stutzig. Ihn hielt ja vom Frankfurter Bündnis und der Allianz mit Frankreich keineswegs allein die Rücksichtnahme auf das in Wien laufende Verfahren gegen die Stadt ab, sondern eine allgemeine Abneigung gegen Frankreich als den Hauptfeind Habsburgs und gegen eine Verbindung mit außerdeutschen Großmächten⁴⁹. Jetzt, da Schweden im Krieg gegen Österreich und Brandenburg begriffen war, hielt der Bischof eine Verbindung mit Frankreich, das nach seiner Meinung den nordischen Verbündeten niemals verlassen würde, für um so unmöglicher⁵⁰.

In Bonn herrschte eitel Schadenfreude, als die Antworten des Pfalzgrafen und Gises bekannt wurden. Hinter einer freundlichen Maske verborgen, versuchte Franz Egon von Fürstenberg den Bischof von Münster unter Druck zu setzen. Er ließ durchblicken, daß die Werbungen des Obristen von Wrede in Brüssel um spanische, also ausländische Hilfe, nicht unbekannt geblieben waren und aller Orten viel »Nachdenken und Syndizieren« hervorriefen. Der Eindruck eines solchen Schritts auf die Franzosen, mit denen der Bischof ein Bündnis beharrlich ablehne, sei leicht zu ermessen. Noch vor kurzem habe man an »hohen Orten« Schreiben gesehen, die eindeutig bewiesen, daß er die Verbindung mit Frankreich nicht eingehen werde. Der unfreundliche Brief Fürstenbergs erfuhr durch die Genehmigung zum Durchzug geworbener Truppen und das gleichzeitige Angebot eines kleinen Hilfskontingents nur äußerlich eine gewisse Milderung⁵¹.

⁴⁸ Ratsprotokoll v. 5. 12. 1659: GR. 591.

⁴⁹ Noch im Schr. des Bischofs an die Gesandten des Rheinbundes v. 7. 8. 1659, in dem er deren Aufforderung zur endlichen Ratifizierung beantwortete, brachte er klar zum Ausdruck, wie gern er das Kölner Bündnis durch Hinzunahme weiterer deutscher Fürsten gekräftigt sehen würde, eine Verbindung mit den außerdeutschen Kronen aber außer Betracht liege (Abschr. in CM. I Bl. 78).

⁵⁰ Ratsprotokoll v. 11. 12. 1659: GR. 591.

⁵¹ Kurfürst Max. Heinr. an Chr. Bernh., 15. 12. 1659: MLA. 539 IV. Der Briefstil dieses Schreibens verrät deutlich den Verfasser Franz Egon v. Fürstenberg.

Etwas vornehmer im Ton, aber gleich schadenfroh, konstatierte Kurfürst Johann Philipp von Mainz die Zwickmühle, in die Christoph Bernhard geraten war. Mit deutlichem Fingerzeig auf die oftmals angebotenen und nie benutzten Bündnismöglichkeiten verwies er auf die Mühe, die der Versuch bereiten würde, den Verbündeten den Verdacht zu nehmen, daß der Bischof jetzt nur Hilfe gegen seine Hauptstadt suche, um dann den Bund vielleicht ebenso schnell wieder zu verlassen⁵².

Mit dem spanischen Versprechen einer Truppenhilfe gegen die Stadt im Rücken, konnte der Bischof den Zumutungen der rheinischen Verbündeten selbstbewußt entgegenreten, ohne die Gefahr einer Isolierung einzugehen. Rundweg schlug er dem Kurfürsten von Köln auch jetzt ab, den Frankfurter Rezeß zu unterzeichnen. Indem er versprach, ihn auch ohne formale Unterschrift, soweit er die deutschen Verbündeten betraf, einzuhalten, kam er wieder auf das Kölner Bündnis von 1654 zurück. Er drehte sogar den Spieß um und warf dem Bonner Hof vor, nur durch die übertriebenen Forderungen der Verbündeten zu dem Hilfesuch in Brüssel gedrängt worden zu sein, wobei es sich um eine Hilfe gegen die zu befürchtende Einmischung der Holländer, keineswegs aber gegen die eigene Hauptstadt handele⁵³. Demnächst werde er die gleiche Hilfe in Paris beantragen⁵⁴, so daß die Sorge um eventuelles Mißtrauen von selbst zerfalle. Damit brach er den Vorwürfen Franz Egons die Spitzen ab und gab darüber hinaus zu verstehen, daß sein Beitritt zum Frankfurter Rezeß ohnehin überflüssig geworden sei, nachdem dessen von Kurmainz in aller Welt verkündeter Hauptzweck: Herstellung des Friedens zwischen Spanien und Frankreich, ja inzwischen erreicht sei. Der in diesen Worten liegende Hohn konnte Franz Egon von Fürstenberg unmöglich verborgen bleiben.

Das von Wydenbrück entworfene Schreiben, ein Musterstück guter Diplomatie, stützte sich allerdings auf die Brüsseler Hilfe und auf eine nun auch aus Wien eingelaufene Zusage, Truppen auszuleihen. Kaiser Leopold kündigte den Abmarsch der Harrantschen, Fabrischen und Wolfframsdorfschen Regimenter ins Münsterland an⁵⁵.

Der zu erwartenden Empörung Kurfürst Johann Philipps begegnete Friedrich Korff-Schmising, indem er zwar nochmals die Unmöglichkeit einer Unterzeichnung des Frankfurter Vertrages durch Münster betonte, da anders

⁵² Kurfürst Johann Philipp an Chr. Bernh., 19. 11. 1659: MLA. 539 IV.

⁵³ In Wien beteuerte der Bischof nochmals, daß er bei kaiserlicher Rechtshilfe gegen die Stadt Münster an keinen Beitritt zum Rheinbund denke. Werde er bei fehlender Hilfe gegen seinen Willen zum Beitritt genötigt, so bedeute auch das keine Billigung der Politik der ausländischen Königreiche. Er werde im Gegenteil versuchen, innerhalb des Bündnisses dem Kaiser nützliche Dienste zu leisten (Instr. für W. v. Fürstenberg v. 2. 1. 1660: MLA. 388, 67 V).

⁵⁴ Chr. Bernh. an Kurf. Max. Heinr., 26. 12. 1659: MLA. 539 IV.

⁵⁵ Kaiser Leopold an Chr. Bernh., 11. 12. 1659: MLA. 388, ad 58 VII. Die Truppen rückten Anfang Januar 1660, viel zu schnell für den Bischof, der ihnen im Winter Verpflegung und Unterkunft gewähren mußte, ohne Nutzen von ihnen zu haben, bereits an. Die Beschwerden Kurkölns und Pfalz-Neuburgs über ohne Erlaubnis genommenen Durchmarsch beantwortete der Bischof mit Zeitmangel. In Wirklichkeit fürchtete er einen eventuellen Einspruch der Verbündeten bei vorheriger Ankündigung. Briefwechsel hierüber in MLA. 388, ad 58 XX. Vgl. Tücking S. 71 f.; der Kinderen I S. 134 f. Hierauf geht wohl die von Auersperg verbreitete Nachricht zurück, der Bischof biete sich dem Kaiser mit 5000 Mann als Bundesgenosse gegen Schweden an: UA. 8 S. 420.

die Rechtssache am Kaiserhof bis in den Grund verdorben worden wäre, aber anderseits beteuerte, der Bischof wolle gern mit den deutschen Bundesgenossen in Verbindung treten. Als Beweis übergab er Ratifikationen zum Austausch mit den braunschweigischen und hessischen Häusern zur beliebigen Verwendung des Kurfürsten. Wenn keine politischen Bedingungen damit verknüpft seien, würde sich sein Herr über eine französische Hilfe – natürlich nur vorbeugend gegen Holland – genauso freuen wie über die Spaniens⁵⁶. Zwei Hinweise des Pfalzgrafen Philipp Wilhelm, einmal durch Velbrück, das andere Mal durch Matthias Korff-Schmising, auf die Nützlichkeit des Rheinbundes erfuhren keine tröstlichere Beantwortung⁵⁷.

Zweifellos hatten die rheinischen Verbündeten mit dieser kalten Dusche nicht gerechnet. Maximilian Heinrich antwortete kühl, er könne ja seine 200 Mann nunmehr zurückziehen und wolle auch den Kaiserlichen nicht die Quartiere versperren⁵⁸. Der Mainzer entschuldigte sich mit Verpflichtungen im Türkenkrieg⁵⁹. Am wenigsten beherrschte Franz Egon seinen Ärger. Der durchschaute Erpresser schüttete Pfalzgraf Philipp Wilhelm sein Herz aus: »Diffikultäten wird es bei Münster geben. Ew. Durchl. seien versichert, daß dieser Herr sich und sein Land noch verliert und in den Grund ruinieret. Es wäre besser, er temporisierte, bis die nordischen Sachen verglichen. Demnächst könnten wir ihm alle helfen, falls er ohne Ambages der Allianz beitrete.«⁶⁰. Um wenigstens noch die kaiserlichen Regimenter vom Einmarsch in das Stift Münster zurückzuhalten, schickte Kurköln den Landdrosten Dietrich von Landsberg und Pfalz-Neuburg den Obristen Konrad Gumpert von Velbrück eilig nach Münster⁶¹. Beide protestierten gegen die Verletzung der Reichsexekutionsordnung und erbaten sich zur Vermittlung eines Vergleichs mit der Stadt Münster. Der Bischof lehnte ab. Bevor die Stadt nicht ihre Gesandten aus Den Haag abberiefe, wolle er an Verhandlungen nicht denken. Das kaiserliche Mandat vom 10. Januar 1660 habe den Städtern bei Strafe der Reichsacht verboten, mit den Niederländern zu verhandeln⁶². Niemand werde ihm verübeln, zu seinem Schutze kaiserliche Truppen ins Land zu nehmen, da der Westfälische Kreis – nicht durch seine, des Bischofs, Schuld – in Ohnmacht verharre und die Hilfe der Verbündeten ausbliebe. Entschieden wies er als Verdächtigung zurück, die kaiserlichen Regimenter zur Niederwerfung der Stadt herangezogen zu haben.

Mit dem wenige Tage später, am 12. Februar 1660, gefaßten Beschluß, dem kaiserlichen Wunsch auf Verlegung der Reichsdeputation nach Regensburg

⁵⁶ Instr. für Fr. Korff-Schmising v. 6. 1. 1660: MLA. 480, 29.

⁵⁷ Chr. Bernh. an W. v. Fürstenberg, 6. 2. 1660, und Erklärung Philipp Wilhelms v. 24. 1. 1660: MLA. 388, 67 VII.

⁵⁸ Kurf. Max. Heintr. an Chr. Bernh., 18. 1. 1660: MLA. 539 V. Chr. Bernh. an die Gesandten des Rheinbundes, 20. 2. 1660: MLA. 480, 33. Wilh. v. Fürstenberg und sein Bruder, der kurköln. Drost Friedrich v. Fürstenberg, die beide von dem Anmarsch und bevorstehenden Durchzug durch das kurköln. Westfalen Kenntnis hatten, fielen in höchste Ungnade des Kurfürsten. Friedrich floh vorübergehend an die Mosel. Der Bischof entschuldigte beide. (Chr. Bernh. an Kurf. Max. Heintr., 27. 4. 1660: MLA. 539 V.)

⁵⁹ F. Korff-Schmising an Chr. Bernh., 19. 1. 1660: MLA. 480, 33.

⁶⁰ Franz Egon an Pfalzgraf Philipp Wilhelm, 20. 1. 1660: KKPA. Nr. 56.

⁶¹ Instruktion v. 23. 1. 1660: MLA. 539 V. Tücking S. 72.

⁶² Das Mandat wurde der Stadt am 4. 2. 1660 zugestellt. Tücking S. 71. Die Antwort Christoph Bernhards v. 6. 2. 1660 in MLA. 388, 66.

endgültig zuzustimmen, brach der Bischof auch in der Reichspolitik die letzten Brücken zu den rheinischen Verbündeten ab⁶³.

In der Stadt Münster erkannte man sehr bald, daß der Landesherr ihrer gewaltsamen Unterwerfung zusteuerte. Gerade ging ihr eine Ladung zum Landtag nicht wie bisher unmittelbar, sondern durch die Beamten in Wolbeck zu⁶⁴. Das bedeutete die Degradierung der Hauptstadt zu einer reinen Landstadt. Mit großer Beunruhigung sahen die Bürger dem Anmarsch der kaiserlichen Regimenter entgegen⁶⁵. Abbruch der Verhandlungen mit den Niederländern hätte der Stadt ihre letzten Hoffnungen geraubt. Sie entschloß sich daher, ihre Bemühungen in Den Haag ungeachtet des kaiserlichen Mandats zu verdoppeln. Der wenig erfolgreiche von Eitzen⁶⁶ wurde durch den geschickteren Stadtsyndikus Nikolaus Drachter ersetzt⁶⁷. Sogleich ging dieser daran, den Holländern die beabsichtigte Vermittlung durch Privatpersonen auszureden und auf eine Vermittlung von Staatswegen unter Einsatz des ganzen Gewichtes der Generalstaaten zu dringen⁶⁸. Er drohte, die Stadt werde sich den Schweden in die Arme werfen, falls niederländische Hilfe ausbliebe, und brachte es dahin, daß die Generalstaaten am 9. und 11. Februar beschlossen, Friquet um Vermittlung zu bitten, der Stadt Geld zu leihen und ihr die Annahme abgedankter staatlicher Offiziere zu erlauben⁶⁹. Friquet erkannte die Absicht, den Kaiser aus dem Spiel zu setzen, sofort und protestierte. Eilends kehrte der gerade nach Münster gereiste Domdechant von Brabeck nach Den Haag zurück, um jede Vermittlung als Einmischung in die inneren Stiftsangelegenheiten zurückzuweisen und den über den Anmarsch der Kaiserlichen

⁶³ Chr. Bernh. an die Frankfurter Reichsdeputation, 12. 2. 1660: MLA. 480, 33. Nachdem die Streitfrage zwischen Kurmainz und dem Kaiser, die aus den oben S. 133 angegebenen Gründen ausgebrochen war, sich bereits über ein Jahr hingezogen hatte, ersuchte der Kaiser am 1. 10. 1659 den Bischof, Dr. Batz, der damals in Wien weilte, als Gesandten zur Regensburger Deputation zu entsenden. Um einer endgültigen Entscheidung zu entgehen, bevollmächtigte der Bischof am 24. 10. den osnabrück. Geh. Rat und Hofmarschall Kaspar v. Wrede zu Amede mit der Wahrnehmung der münst. Interessen, bestimmte dann aber am 17. 12. Wilh. v. Fürstenberg als Gesandten, womit die Entscheidung zugunsten des Kaisers eigentlich schon gefallen war: MLA. 473, 33.

⁶⁴ Chr. Bernh. an die Beamten zu Wolbeck, 21. 1. 1660. Protest der Stadt Münster v. 24. 1. 1660: MLA. 490, 132 u. Landtagsprot. Bd. 75 Bl. 161 ff.

⁶⁵ Der Landtag sah sich vor die Aufgabe gestellt, den drei kaiserl. Regimentern Unterhalt und Quartier zu bewilligen (Landtagsproposition v. 26. 1. 1660: MLA. 490, 132). Da sich die Stände nicht der Gefahr einer gewaltsamen Beschaffung der Mittel durch die Truppen aussetzen wollten, blieb ihnen nichts anderes übrig als zuzustimmen. Ihr klägliches Vorbehalt, die Bewilligung gelte nur bis Ende März, stand auf dem Papier (Landtagsbeschluß v. 31. 1. 1660: MLA. 490, 133). Da das Geld langsam zusammenkam, wurde eine Anleihe nötig. Nachdem der Bischof das Doppelte verlangt hatte, stimmte das Domkapitel am 28. 2. der Ausgabe von Schuldscheinen über 12 000 Rtl. zu. (DK. Prot. 26 Bl. 25 ff.)

⁶⁶ Der aus Hamburg stammende von Eitzen trat in Rom, wo er lange weilte, zur kathol. Kirche über. Die Stadt nahm ihn wegen seiner Kenntnis in Hansesachen und seiner Vertrautheit am kaiserl. Hof in ihren Dienst (undat. Schr. in MLA. 388, 67 a). Er ging nach seiner Entlassung nach Wesel und söhnte sich mit dem Bischof aus. Der Kinderen I S. 134.

⁶⁷ Drachter reiste am 22. 1. 1660 unter militärischem Schutz nach Den Haag. Tücking S. 73.

⁶⁸ Stadt Münster an Drachter und Klute, 3. 2. 1660: AV. 379 I.

⁶⁹ Ein damals übliches Verfahren bei der Überlassung von Truppen. Die abgedankten Offiziere warben ihre alten Kompanien neu an.

empörten de Thou nach Möglichkeit zu beruhigen⁷⁰. Er kam zu spät, einen Vorschuß von 25000 Gulden an die Stadt zu verhindern⁷¹. Ihm blieb im Augenblick nur die Aufgabe, das in Gang gekommene Gespräch zwischen Friquet, Daniel Weiman, dem Ratpensionär de Witt und dem Amsterdamer Pensionär de Groot in erwünschte Bahnen zu lenken⁷². Der in Erinnerung an die unbedachten Reden des Aldermanns Klute der Stadt innerlich nicht freundlich gesonnene Friquet nahm auf die Herstellung des Vergleichsentwurfs bestimmenden Einfluß. Er tat zwar Aitzema gegenüber so, als ob dem Bischof das Recht dem äußeren Scheine nach eingeräumt werden müsse, die Stadt sich aber de facto im Besitz ihrer alten Rechte bestätigt sehen werde. Aitzema ließ sich täuschen⁷³. Ein Blick in den Vergleichsentwurf hätte ihn überzeugt, daß die Rechte des Fürsten nicht nur äußerlich gewahrt wurden. Selbst die der Stadt auf den ersten Blick günstig erscheinende Klausel über Aussetzung des Prozesses betreffend das Besatzungsrecht auf 25 Jahre verlor ihren Wert, da dem Landesherrn vorbehalten blieb, schon jetzt nach Belieben 500 Mann in die Stadt zu legen. Fügte die Stadt eigene Truppen hinzu, so sollten auch diese dem fürstlichen Kommandanten unterstehen. Von jedem Tor erhielt der Bischof zwei Schlüssel, von denen er je einen aus reiner Gnade der Stadt abtrat. Ihm stand die Parole zu. Geistlichkeit und fürstliche Beamte blieben von der Multersteuer und bürgerlichen Lasten befreit. Der Stadt sprach der Vergleich das Recht ab, auswärtige Hilfe zu suchen oder Bündnisse zu schließen. Bürgermeister, Rat, Alderleute und Gildemeister sollten versprechen, sich als gehorsame Landstadt aufzuführen⁷⁴.

Aber selbst dieser, dem Fürsten vorteilhafte Entwurf fand keine Billigung. Obgleich Friquet aus dem ersten von Aitzema vorgelegten Entwurf viele der Stadt günstige Bestimmungen herausmanipuliert hatte, ließ ihm der Bischof keine Gnade widerfahren⁷⁵. Mit der Randbemerkung: »Judex non potest esse mediator!« lehnte er von vornherein die gesamte Vermittlertätigkeit Friquets ab. Christoph Bernhard verlangte den kaiserlichen Richtspruch, nicht aber kaiserliche Vermittlung. So erfolgte auf die Anträge Friquets und de Witts, der sich herzlich gern die unangenehme Sache auf diese Weise vom Halse

⁷⁰ Brabeck gab dem französ. Gesandten de Thou die Erklärung ab, der Bischof werde die Truppen des Kaisers nur im Falle eines Angriffs der Holländer in sein Stift aufnehmen, obgleich er sicherlich besser unterrichtet war. De Thou berichtete über die Lage sehr besorgt: »Il semble que l'évesché de Munster doive devenir le théâtre, où se jouera la seconde scène de la nouvelle guerre d'Allemagne«. Die Generalstaaten zielten auf einen Vergleich des Bischofs mit der Stadt, »mais s'ils estoient dégagés de la guerre de Dannemarck, il y a apparence, qu'ils se pourroient plus mesler dans cette affaire qu'ils ne font pas« (de Thou an Gravel, Den Haag, 30. 1. 1660: CA. 147 Bl. 40). Vgl. Der Kinderen I S. 138. Brabeck überreichte wohl die gedruckten »Redenen van Waerheyt van wegen zyne Hoochfürstelijcke genade van Munster etc. tegens die aen de zyde van de Stadt Munster geconcipeerde ende uyt gestroyde Redenen van Onwaerheyt ende Nulliteyten. Anno 1660«.

⁷¹ Drachter an Friquet, 14. 3. 1660 und Advis des Raet van Staten v. 21./11. 2. 1660: MLA. 388, ad 58 VI.

⁷² Sogar der Graf v. Flodorff wurde vereinzelt hinzugezogen.

⁷³ Noch im Dezember 1660 glaubte Aitzema an die Zuneigung Friquets zur Stadt: »Le sieur Friquet parle toujours, qu'il est fort porté pour Munster et plus que pour Galen et l'affirme avec serment . . . Le sieur Friquet m'a dit encore hier, qu'il veut être »schèlm«, s'il ne désire le bien de la ville«. Der Kinderen I S. 130.

⁷⁴ Tücking S. 74 f.; ausführlich bei Der Kinderen I S. 140 ff.; Wiens I S. 38–59.

⁷⁵ Protokoll Brabecks v. 6. 1. 1660: MLA. 388, 67.

geschafft hätte, vom bischöflichen Hofe keinerlei Antwort⁷⁶. Die gewissermaßen stillschweigende Duldung der Vermittlerkommission durch den Bischof hatte keinen anderen Sinn gehabt, als eine unmittelbare Einmischung der Generalstaaten hinauszuschieben⁷⁷. Sobald die kaiserlichen Truppen ins Stift einrückten, hörte dieses Zugeständnis augenblicklich auf⁷⁸. Indem Brabeck verlangte, daß die Stadt das Haager Vergleichsprojekt ohne Änderung eines i-Tüpfelchens annehmen müsse, wenn der Landesherr sich noch daran gebunden fühlen solle, sprach er das Verdammungsurteil über alle bisherigen Ausgleichsversuche, an denen er selbst mitgewirkt hatte. Niemand konnte im Ernst erwarten, daß die Stadt ein Diktat annahm.

In der Tat fand der Entwurf, als ihn Flodorff der Stadt vorlegte, keine Zustimmung. Die Stadtväter beklagten sich bitter über die Teilnahme der Generalstaaten an dem ihnen nachteiligen Entwurf und ließen ihre schlechte Stimmung auch durch die 25000 Gulden, die Drachter ihnen aushändigte, nicht beschwichtigen⁷⁹.

In der großen Politik fanden diese Vorgänge ihren Niederschlag in der Sorge Frankreichs über den kaiserlichen Einmarsch in das Münsterland. Zweifellos lag hier eine der schwersten Gefährdungen des französischen Einflusses in Nordwestdeutschland seit Jahren vor. Der habsburgische Angriff gegen die schwächste Stelle der französischen Bündnispolitik mußte geradezu zu der Vermutung führen, daß ein wohldurchdachtes Vorhaben im Einverständnis mit dem Bischof von Münster zur Ausführung gelangte. In französischen Augen bedeutete selbst die Versicherung Christoph Bernhards im Augenblick des kaiserlichen Einmarsches, den Westfälischen Frieden in allen Punkten einhalten zu wollen, nur die Bestätigung seines Einverständnisses mit Habsburg⁸⁰, zumal der Komtur Korff-Schmising insgeheim versicherte, daß Franz Egon von Fürstenberg, damals noch ein Anhänger Österreichs, der Anstifter des Werkes sei⁸¹. Mazarins Gegenzug, im Bischof den Verdacht zu erwecken, daß der Kaiser die münsterische Sache nur benutze, um Truppen nach Westfalen, das die besten Werbepätze Deutschlands besaß, zu führen⁸², verfehlte seine Wirkung. Gravel sah wohl, daß der beste Zeitpunkt verflossen war. Der Ton des Bischofs gegenüber dem Rheinbund offenbarte in seiner Hochmütigkeit das völlige Einverständnis mit dem Hause Habsburg. Er sah das ganze Werk

⁷⁶ Brabeck an Chr. Bernh., 12. 2. 1660: Ebd.

⁷⁷ Chr. Bernh. an Dr. Batz, 19. 3. 1660: MLA. 388, 67 V.

⁷⁸ Das von Bernh. v. Wydenbrück im Herbst 1660 verfaßte Gutachten: »Relatio, wie es mit dem Haagischen Projekt hergangen, samt angehängten Ursachen, warumb ihre hochfürstl. Gn. zu Münster deswegen dennoch in allem rem integram haben«, spricht ganz offen aus, daß der Vergleich nur zur Gewinnung von Zeit geduldet wurde. Es sei s. Zt. »das beste Expediens gewesen, die Handlung der münsterischen Stadtdeputierten durch Auktorität des kaiserl. Residenten, Herrn Friquets, in dem Haag zu unterbrechen, dieselbe durch dienliche Manier ernstlich etwas von der größten Hitz ab auf einige Verköhlung und Moderation zu bringen« und die Generalstaaten von einem militärischen Eingreifen abzuhalten: MLA. 388, 68 II, Abschr. auch in MLA. 388, 63. – ⁷⁹ Tücking S. 75 f.; Der Kinderen I S. 139.

⁸⁰ Gravel an Brienne, 31. 1. 1660: CA. 149 Bl. 70.

⁸¹ Mazarin schenkte dieser Vermutung keinen Glauben, obgleich auch der pfalz-neuburgische Kanzler Gise sie bestätigte. Tatsächlich hatte Franz Egon früher einmal davon gesprochen, man solle Christoph Bernhard in den Rheinbund ziehen, »damit die anderen nicht zu schnell in den Beschlüssen, die der Rat des Bundes fassen würde, gehen«. Gravel an Mazarin, 8. 2. 1660: Ebd. Bl. 93.

⁸² Mazarin an Gravel, 14. 2. 1660: Ebd. Bl. 68.

des Rheinbundes vom Einsturz bedroht⁸³. Gravel fürchtete, daß der Kaiser unter dem Vorwand, einen rechtlichen Ausgleich zwischen Landesherrn und Stadt zu ermöglichen, sich dieser bemächtigte, nachdem seine Truppen bereits die tatsächliche Herrschaft im Lande angetreten hatten⁸⁴. Damit stand auch die drohende österreichische Koadjutorei vor ihrer Verwirklichung. Der endgültige Ausbau des Rheinbundes schien verbarrikiert, die Verbindungslinie Frankreichs mit Schweden unterbrochen. Eine Wirkung seiner in ungewöhnlich ernstem Ton gehaltenen Mahnung an den Bischof, sich der gefährlichen Hilfe des Kaisers zu entschlagen⁸⁵, hat Gravel in diesem Augenblick kaum noch erwartet. Sein Urteil über den Bischof stand fertig: »Un prince, qui se conduit par boutades, par emportement et d'un génie à ne pas avoir pour object ny le bien de sa patrie ny celuy de ses subjects«⁸⁴. Eine den französischen Interessen günstigere Anschauung des Bischofs konnte nur durch äußere Einflüsse hervorgerufen werden. Nur wenn die Verhältnisse im eigenen Lande ihn dazu zwangen, bestand die Hoffnung, ihn doch noch als Mitglied des Rheinbundes zu begrüßen⁸⁶.

Aber nicht nur Gravel beunruhigten die Sorgen über das Verhalten des Bischofs von Münster. Auch in der Stadt verfolgte man erschreckt die deutlich erkennbar werdenden militärischen Maßnahmen^{86a}. Im weiten Umkreis um die Mauern bezogen kaiserliche und fürstliche Truppen ihre Stellungen und rückten am 22. Juli im Norden bis auf 2 km an die Stadt heran. Die Hoffnung der Bürger auf einen Erfolg der niederländischen Vermittlung sank unter diesen Umständen in sich zusammen. Nachdem die holländischen Deputierten bereits am 25. 7. das Stift betreten, von Christoph Bernhard in Ahaus

⁸³ Gravel an Mazarin, 26. 2. 1660: Ebd. Bl. 122: »Les affaires de Munster ont desja changé de face. L'évesque déclare maintenant hautement, qu'il ne veut pas entrer dans l'alliance. Il brave, il menace et dit, qu'il veut que ses anciens alliez du Rhin luy prestent leur assistance contre la ville et que si on la luy refuse, il proteste du mal qui en pourra arriver, ce que veut assez dire, qu'il est d'accord avec l'Empereur et qu'il ne se met guère en peine de ses voisins«. Ähnlich schrieb Gravel am 3. 3. 1660 an de Thou: CA. 147 Bl. 130. Am 28. 2. teilte er de Thou mit, die kaiserl. Offiziere im Münsterland sagten selbst, daß die Hauptabsicht des Kaisers, der weitere 14–15 000 Mann schicken wolle, dahin gehe, »pour rompre toutes les mesures de nostre alliance«: CA. 147 Bl. 67.

⁸⁴ Gravel an de Thou, 3. 3. 1660: CA. 147 Bl. 130.

⁸⁵ Gravel an Chr. Bernh., 18. 3. 1660: CA. 147 Bl. 154.

⁸⁶ Gravel an Mazarin, 4. 4. 1660: »Je ne désespere pas mesme à la fin, il ne soit contrainct d'entrer dans nostre alliance, qui est le seul refuge, où il peut trouver la seureté, selon que je l'ay représenté fortement de la part du roy et de vostre Eminence à monsieur le commandeur Smising«: CA. 149 Bl. 233. Selbst die Beobachtung de Thous, daß Brabeck in Den Haag ein Bündnis mit den Generalstaaten anstrebe (de Thou an Gravel, 30. 4. 1660: CA. 147 Bl. 251), – selbstverständlich eine Täuschung – stimmte Gravel heiter. Die Hauptsache war, der Bischof wurde vom Kaiser abgezogen. Seine Stirn verdüsterte sich wieder, als er von Brandenburg. Bündnisplänen mit dem Bischof von Münster hörte. Er glaubte als Anzeichen dafür werten zu müssen, daß Kurf. Friedrich Wilhelm nach dem Frieden von Oliva keine Truppen entließ, sondern neue warb (Gravel an Mazarin, 6. 6. 1660: CA. 149 Bl. 271). Brandenburg aber stand mit dem Kaiser in engem Einverständnis. Kanzler Gise wurde nach Coesfeld beordert (Gravel an Herzog Philipp Wilh., 24. 7. 1660: CA. 147 Bl. 328. Gise kam dem Auftrag noch vor dem 28. 7. nach: Ebd. Bl. 332), um den Bischof von einem solchen Schritt abzuhalten, der allerdings kaum im Bereich des Möglichen lag.

^{86a} Ein Status militiae vom März 1660 zählt folgende Truppen auf: fürstliche Fußvölker 3600, Reiterei 500, Artillerie 120, Feuerwerker 13; Regiment Wolfframsdorf 800, Fabri 660: Landtagsprot. Bd. 75 Bl. 178.

höflich, aber nicht gerade freundlich begrüßt, ihre Reise nach Münster unter bewaffnetem Schutz fortgesetzt hatten⁸⁷, mußten sie feststellen, daß die Stadt nach wie vor das in Den Haag ausgearbeitete Vergleichsprojekt ablehnte und lediglich einen Waffenstillstand verlangte, um in seinem Schutz eine kräftigere Hilfe der Niederlande anzustreben. Die Stadtväter verkündeten unzufrieden über die holländische Unentschiedenheit, lieber als zweites Numantia zugrunde gehen als den Nacken unter das Sklavenjoch beugen zu wollen⁸⁸. Ihre Hartnäckigkeit klang den Holländern, deren politische Aufmerksamkeit durch die Thronerhebung Karls II. in England ganz in Anspruch genommen wurde, nicht gerade angenehm in den Ohren.

Gerade eine wirksamere Hilfe aus den Niederlanden für die Stadt wollte der Bischof verhindern. Er wußte, daß seine Belagerungstruppen für die Erstürmung der Mauern nicht hinreichten⁸⁹. Je länger die Einschließung dauerte, um so ungünstiger konnte die Lage werden, wie die Ereignisse vor dem Schönefliether und Geister Vergleich bewiesen hatten. Auch der Kaiserhof konnte umschwenken, wenn sich dort die bischöfliche Absicht zur völligen Unterwerfung der Stadt herumsprach.

Mit Besorgnis blickte der Bischof auch auf die starken schwedischen Truppenansammlungen im Erzstift Bremen, von denen niemand mit Sicherheit wußte, ob sie nur gegen die Stadt Bremen Verwendung finden würden⁹⁰. Auf jeden Fall schien es ratsam, so schnell wie möglich mit militärischen Mitteln die Forderungen durchzusetzen. Nur so entging der Bischof allen möglichen Schwierigkeiten und der Notwendigkeit, über das Haager Vergleichsprojekt verhandeln zu müssen, das den Niederländern die Stellung eines Schiedsrichters im Stift Münster verschafft hätte⁹¹.

Die am schwierigsten zu lösende Frage betraf die Beschaffung der notwendigen militärischen Kräfte. Die im Land befindlichen Truppen reichten nicht entfernt aus. Die Kaiserlichen taten schlechte Dienste. Brandenburg hatte abgesagt. So fiel der Blick wiederum auf die Nachbarn und die Mitglieder des Kölner Bundes. Schadenfroh erinnerte Domkürster Matthias Korff-Schmising daran, wie ihn der Fürst vor 2 Jahren in Frankfurt auf die Ratifikation warten ließ, die jetzt die Hilfe Frankreichs und Schwedens gesichert und die Niederländer aus dem Münsterland ferngehalten hätte. Aber noch war es nicht zu spät. Wenn nur der Kaiser vorher eine Nachricht empfang, so werde er gewiß nicht über eine jetzt zu vollziehende Ratifizierung des Rheinbundesvertrages ärgerlich sein. Als Begründung hielt der sonst dem Rheinbund so abgeneigte Bernhard von Wydenbrück einen Verweis auf die mangelhafte Reichs- und Kreisverfassung für durchaus hinreichend. Nur der Bischof selbst blieb bei seinen Bedenken. Die Hilfe der Franzosen und Schweden mochte er nach wie vor nicht anrufen. Das Beste schien ihm, zuerst einmal die deut-

⁸⁷ Chr. Bernh. an Weiman, 26. 7. 1660; MLA. 388, ad 58 VIII. Der Bischof erwartete höchstens eine Rückenstärkung der Stadt.

⁸⁸ Der Kinderen I S. 146 f.; Tücking S. 75 f. Die Namen der Gesandten ebd. S. 80.

⁸⁹ Von einer vollständigen Einschließung der Stadt zu diesem Zeitpunkt, von der Tücking S. 81 spricht, kann nicht die Rede sein. Ein Brief des kurköln. Hauptmanns Joh. Matth. Simons, der an der Belagerung teilnahm (Kinderhaus 22. 7. 1660), beschreibt die Schwäche der Belagerungsarmee und die Dürftigkeit des Einschließungsringes. Ein Teil der Truppen hatte sich aus dem Staube gemacht: KKPA. Nr. 56.

⁹⁰ Kanzler v. Wylich an Chr. Bernh., 1. 7. 1660; MLA. 533,6 1/2.

⁹¹ Ratsprotokoll v. 29. 7. 1660; GR. 592.

schen Verbündeten von Frankreich und Schweden zu trennen. Er stimmte aber doch dem Domkürster zu, als dieser vorschlug, in Paris den bevorstehenden Eintritt in das Bündnis »mit den Kur- und Fürsten« anzukündigen und um Auskunft über eine eventuelle Hilfe Frankreichs zu bitten⁹².

Vier Tage später erklärte der Bischof sich endgültig zum Beitritt bereit. Friedrich Korff-Schmising reiste nach Mainz ab, um dem Kurfürsten Johann Philipp den Entschluß mitzuteilen und die Unterschrift zu leisten⁹³. Am 20. August trat der Bischof von Münster dem Bündnis mit den drei rheinischen Kurfürsten, Pfalz-Neuburg, den Häusern Braunschweig, Hessen und Württemberg bei⁹⁴.

Der französische Hof nahm die Nachricht mit gemischten Gefühlen auf. »Partikulierallianzen«, wie man sie nannte, waren unerwünscht⁹⁵. Aber gerade auf sie richtete sich der Blick des Bischofs. Dem inzwischen nach Wien abgereisten Wilhelm von Fürstenberg teilte er seine Freude darüber mit, daß die deutschen Mitglieder des Rheinbundes sich mit ihm auf dem Fuß des Frankfurter Rezesses zu vereinigen bereiterklärten, ohne Schweden in die Abmachung einzubeziehen. Er glaube auch, daß »darin wegen der Krone Frankreich nichts enthalten« sei. So könne das Bündnis das Kaiserhaus nicht verstimmen, da dieses ja selbst das gleichartige Kölner Bündnis von 1654 gutgeheißen habe. Außerdem ergebe sich durch den Beitritt die Möglichkeit, die Ratschläge des Bundes zu erkunden und sie zum Besten des Kaisers zu lenken. Vor dem endgültigen Entschluß wolle er indessen die Meinung in Wien abwarten⁹⁶.

Obgleich der Aufnahmerezeß vom 6. Oktober die Klausel enthielt, das Bündnis sei mit »Ihrer Königl. Maj., auch Kur- und Fürsten wirklich eingegangen«⁹⁷, fühlte sich auch Gravel nicht ganz wohl in seiner Haut und zu allerlei Entschuldigungen bei Mazarin veranlaßt, die in der Erkenntnis gipfelten, es sei immer noch besser, den gefährlichen und unberechenbaren Bischof von Münster auf der eigenen Seite als auf der feindlichen zu wissen. Vielleicht bestand die Hoffnung, daß der Kaiser sich durch das Teilbündnis des Bischofs genauso beleidigt fühlte, als wenn es unter Einschluß beider Kronen abgeschlossen worden wäre. Dann hätte der Schritt in französischem Sinne seinen Zweck erfüllt. Eines Tages werde der Bischof allein stehen und den König um Hilfe anflehen müssen⁹⁸.

Ohne Zweifel traf Christoph Bernhard diese Entscheidung schweren Herzens⁹⁹. Wenn auch sein Hauptargument die Sicherstellung militärischer Hilfe darstellte, so scheint doch auch die Enttäuschung über die neuerlich wieder spürbare Unentschiedenheit des Kaisers in der münsterischen Sache ihm den Entschluß erleichtert zu haben. Besonders die Vorgänge um das sogen. kaiserliche Rescriptum inhibitorium vom 11. August des Jahres spielen hierbei eine entscheidende Rolle¹⁰⁰. Die mit diesem Schriftstück zusammenhängenden Um-

⁹² Ratsprotokoll v. 4. 8. 1660: Ebd.

⁹³ Ratsprotokoll v. 8. 8. 1660: Ebd. — ⁹⁴ MU. 4539.

⁹⁵ F. Korff-Schmising an Chr. Bernh. (nach 20. 10. 1660): MLA. 480, 33.

⁹⁶ Chr. Bernh. an W. v. Fürstenberg (19. 9. 1660): MLA. 388, ad 58 XV.

⁹⁷ MLA. 480, 33.

⁹⁸ Gravel an Mazarin, 7. 11. 1660: CA. 148 Bl. 170.

⁹⁹ Chr. Bernh. an M. Korff-Schmising, 21. 9. 1660: MLA. 388, 68 II.

¹⁰⁰ Abgedruckt bei Tücking S. 84, nach Wiens S. 33 f., der das Schriftstück trotz mancher Bedenken als gefälscht anspricht. Auch Der Kinderen I S. 156 f. bezweifelt seine Echtheit, da das angeblich am 11. 8. in Graz erlassene Mandat am 18. in Wien noch unbekannt war und auch Alpen nichts darüber berichtet.

stände sind merkwürdig genug. Es befahl dem Bischof die sofortige Einstellung aller Feindseligkeiten gegen die Stadt, Freilassung der Gefangenen und Wiederherstellung des Status quo zur Zeit der Ernennung der kaiserlichen Kommission. Aitzema zeigte es triumphierend in Den Haag vor¹⁰¹. Schon damals lief das Gerücht um, dieser habe sich einer Fälschung bedient. In diesem Fall erhöhe sich aber die Frage, weshalb der Kaiser gegen Aitzemas Veröffentlichung keinen Protest einlegte. Die Gewißheit, daß das bemerkenswerte Schriftstück tatsächlich bestand, verschafften die Akten des Paderborner Fürstbischofs Dietrich Adolf von der Recke¹⁰², der zusammen mit Franz Wilhelm von Wartenberg und dem Grafen von Rietberg¹⁰³ die kaiserliche Kommission durchzuführen beauftragt war.

Danach traf das Reskript am 8. September am Regensburger Hofe Franz Wilhelms ein, der zwei Tage darauf eine Mitteilung an Christoph Bernhard¹⁰⁴ und das Schriftstück selbst an seinen Paderborner Kollegen absandte. Ein ebenfalls unter dem 11. August ausgestelltes kaiserliches Inhibitorium mahnte auch die Stadt zur Ruhe und zum Verzicht auf alle Feindseligkeiten.

Als der Paderborner Sekretär in der Absicht, das Reskript dem Bischof von Münster offiziell zu überreichen, am 2. Oktober mittags in Warendorf anlangte, um von dort zur Residenz in Sassenberg weiterzureisen, eilte ihm der fürstliche Rat Dr. Batz entgegen und bat, von der Übergabe abzusehen, solange nicht in Paderborn der Standpunkt seines Herrn vorgetragen worden sei. Der Sekretär ließ sich zur Umkehr bewegen. Dr. Batz reiste ihm nach und führte dem Bischof von Paderborn in beweglichen Worten vor Augen, daß die Kommission ihre Aufgabe nicht in Angriff nehmen könne, da sowohl die Stadt als auch der Bischof von Münster sich mit der Bitte um Hilfe an auswärtige Stellen gewandt hätten. Trotz der fadenscheinigen Begründung blieb Dietrich Adolf von der Recke nichts anderes übrig, als dem Kaiser die Weigerung des Bischofs von Münster, die Arbeit der Kommission zuzulassen, zu berichten.

Kaiser Leopold befahl, die Tätigkeit unerachtet des Einspruchs fortzusetzen¹⁰⁵. Abermals reiste Dr. Batz nach Paderborn. Ohne auf das Reskript überhaupt einzugehen, erhob Christoph Bernhard allgemeine Einwendungen gegen die Zweckmäßigkeit der Kommission und äußerte Bedenken über das Ausbleiben scharfer kaiserlicher Mandate gegen die Stadt. In seinem Vortrag ging Dr. Batz noch darüber hinaus und bezeichnete das Reskript vom 11. August als erschlichen. Sein Herr sei niemals zur Sache gehört worden, wie es die Reichsgesetze erforderten. Die Kommission müsse sofort eingestellt werden, bis diese Frage geklärt sei. Sollten die Kommissare trotzdem

¹⁰¹ Bericht Hessings v. 14. 8. 1660: MLA. 534,1 III. Aitzema wiederholte am 25. 9. vor den Generalstaaten die Bitte, dem kaiserlichen Mandat Gehör zu schenken (Ebd.).

¹⁰² In MLA. 388, 67a. Die Akten sind vom Oberpräsidenten v. Vincke Anfang d. 19. Jh. dem Archivar Kersten übergeben und von diesem dem Betreff nach in das Münsterische Landesarchiv eingeordnet worden, obgleich sie der Provenienz nach in das Archiv des Fstm. Paderborn gehörten. Da aber inzwischen auch Akten aus der münsterischen Kanzlei damit vermischt worden sind, wurden sie hier belassen.

¹⁰³ Nach dessen Tode trat Graf v. Gronsfeld an seine Stelle.

¹⁰⁴ Eine Stellungnahme Chr. Bernh. im Schr. v. 1. 10. 1660 an W. v. Fürstenberg: MLA. 388, 68 II.

¹⁰⁵ Kaiser Leopold an Paderborn, Laibach 7. 9. 1660: MLA. 388, 61 II.

weiter verfahren, würden sie sich den Vorwurf der Parteilichkeit zuziehen. Ohnehin sei der Kardinal von Regensburg öffentlich vom Reich als befangen erklärt – eine rein aus der Luft gegriffene Behauptung, wenn man nicht den von Christoph Bernhard dem Kardinal gemachten Vorwurf als »öffentliche Recusation« anerkennen will –, und im übrigen verfehle die Kommission ihren Zweck, da sie die Stadt niemals zum Verzicht auf holländische Hilfe bewegen könne und daher auch der Fürst nicht auf den Waffengebrauch verzichten werde. Der Streit sei zu weit fortgeschritten, um bei einer Vermittlung durch Reichsstände Erfolg zu erhoffen. Die einzige Aussicht biete eine rechtliche Behandlung am kaiserlichen Hofe. Das unselige Reskript werde nur die Generalstaaten zum unbeschränkten Eingreifen verführen¹⁰⁶.

Zur größten Erleichterung Dietrich Adolfs ordnete der Kaiser am 20. Dezember die Aufhebung der Kommission an. Das Reskript ging am 6. Januar des folgenden Jahres nach Wien zurück. Trotz seiner Echtheit gelangte es also niemals zur Wirksamkeit. Immerhin fühlten sich die Generalstaaten mit Rücksicht auf das Schreiben veranlaßt, ihre Deputierten noch nicht aus der Stadt abzurufen. Ohne von diesem Entschluß Kenntnis zu haben, hatten die Gesandten, nachdem Bürgermeister und Rat sich zu keinem offiziellen Hilfesuch an die Generalstaaten entschließen konnten, am 16. September ihre bevorstehende Abreise angekündigt. Unter der Bürgerschaft erhob sich darauf eine Empörung. Das Volk hielt Bürgermeister und Rat im Grutsaal zurück, verrammelte die Türen und drohte, niemand lebendig herauszulassen, bis der Entschluß gefaßt sei, die Hilfe der Generalstaaten anzurufen. Erst nachdem ein solches Gesuch aufgesetzt war, gab sich das Volk zufrieden. Den Bürgermeistern gelang es jedoch, einen Protest hinzuzufügen, daß sie unter Zwang gehandelt hätten. Am nächsten Tag wiederholte sich das Schauspiel. Durch die Fenster sahen die Bürger zu, wie die Urkunde vom Magistrat besiegelt und den Niederländern übergeben wurde. Am 18. September reisten die Gesandten ab¹⁰⁷. Auf dem Rückwege weilten sie als private Gäste in Coesfeld beim Bischof¹⁰⁸. Am 24. erstatteten sie in Den Haag Bericht und betonten die Notwendigkeit einer schnellen Hilfe für die Stadt¹⁰⁹. Mit Ausnahme der Provinz Holland sprachen sich alle anderen Provinzen für die Unterstützung aus. Aus Mangel an Einmütigkeit ermahnte man jedoch nur Bischof und Stadt, sich aller Feindseligkeiten zu enthalten.

Die Stellung Christoph Bernhards erfuhr inzwischen eine weitere Stärkung. Nach Unterzeichnung des Rheinbündnervertrages versprach auch Kurköln Trup-

¹⁰⁶ Kardinal Franz Wilhelm von Wartenberg zeigte sich sehr verärgert über die halsstarrige Zurückweisung der gut gemeinten Vermittlung, besonders aber auch über die persönliche Verunglimpfung durch den Bischof von Münster. Wie mißtrauisch Christoph Bernhard dem Kardinal gegenüberstand, geht daraus hervor, daß er dessen Trompeter mit einem Brief an den bekannten Arzt Dr. Rottendorff und einer Bitte um ärztliche Hilfe nicht in die Stadt ließ, aus Furcht, der Bote könne eine geheime Nachricht an die Stadt bei sich tragen (Briefwechsel darüber in MLA. 388, 68 II). Das Mißtrauen Christoph Bernhards gegen Rottendorff beruhte auf dessen Verwandtschaft mit Nikolaus Drachter. Der Stadtsyndikus heiratete 1653 in zweiter Ehe die Schwester Christine des Arztes. Tücking, Drachter S. 207.

¹⁰⁷ Protokolle des Stadtrates in MLA. 388, 69. Vgl. der Kinderen I S. 155 und 159.

¹⁰⁸ Der Bericht der Gesandten über den Besuch in Coesfeld enthielt Klagen, daß der Bischof ihnen bei Tisch nicht den Vorrang gestattet und »eenige picquante woorden ende discoursen« geführt habe. Bericht Hessings v. 28. 9. 1660: MLA. 534, 1 III.

¹⁰⁹ Schr. der Deputierten v. 24. 8. 1660: Ebd.

pen. Der Pfalzgraf zu Neuburg sagte 2000 Mann zu¹¹⁰. Als Kanzler von Wylich die monarchischen Ressentiments¹¹¹ des gerade wieder zur Macht gekommenen Königs Karl von England gegen die republikanischen Niederländer aufzustacheln versuchte¹¹², fand er dagegen in London unverhoffte Schwierigkeiten. Der König ging, um das Parlament zu schonen, jeder Entscheidung aus dem Wege¹¹³. Der münsterische Landtag bewilligte auf 8 Monate 35 000 Rtl. und Korn für die Magazine¹¹⁴, ein deutliches Anzeichen, daß die Ritterschaft, des inneren Krieges müde, lieber die Unterwerfung der Stadt als ihren eigenen finanziellen Ruin in Kauf nehmen wollte¹¹⁴.

Auch aus Den Haag lauteten die Nachrichten für den Bischof ermutigender. Es erwies sich, daß die Stadt mit der Ablehnung des Haager Projekts einen taktischen Fehler begangen hatte. Enttäuscht erklärte de Witt, er werde sich nicht in den münsterschen Streit einmischen. De Thou, nach dem Beitritt Christoph Bernhards zum Bündnis sofort bereit, dessen Sache bei den Generalstaaten zu unterstützen¹¹⁵, und Friquet bestärkten den Ratpensionär in seiner Haltung¹¹⁶. In Frankfurt gab Gravel freundliche Erklärungen über die Hilfsbereitschaft seines Königs ab. Die Unlust der evangelischen Bundesgenossen zum Beistand gegen Holland fiel demgegenüber wenig ins Gewicht¹¹⁷.

Die unverkennbare Verbesserung seiner Stellung scheint den Bischof dazu verführt zu haben, abermals mit der Ratifikation des Rheinbundvertrages ein

¹¹⁰ Dem Pfalzgrafen wurden dafür die Ämter Dülmen und Werne verpfändet (Revers v. 30. 12. 1660: DK. Prod. VI 8). Vgl. Schr. Philipp Wilh. an Chr. Bernh. v. 7. 10. 1660, in dem er die Stellung der Hilfstruppen von der Zusage Christoph Bernhards abhängig machte, sein Bundeskontingent, das bereits dem Hause Braunschweig zugesagt war, ggfls. zu ersetzen: MLA. 480, 33.

¹¹¹ Wylich bat den König um ein Interzessionalschreiben an die Generalstaaten, sich nicht der Stadt Münster anzunehmen, »pour empescher que les républiques ne s'eslargissent trop sur les monarchies«. Memorial Wylichs (v. 2. 10. 1660). Der König sandte ein solches Schreiben tatsächlich ab. König Karl an Chr. Bernh. 2. 10. 1660: MLA. 533,6 ¹/₂.

¹¹² Instruktion für v. Wylich, 11. 8. 1660: Entwurf in MLA. 480, 33. Kredential v. 11. 8.: Ebd. Das Original der Instruktion im StA. Düsseldorf, Paffendorf 11, 22, mit Reiserrechnung Wylichs und Briefen des Bischofs über die Belagerung Münsters (Freundl. Hinweis von Herrn Archivrat Dr. Lahrkamp).

¹¹³ Wylich an Chr. Bernh., 1. 10. 1660. MLA. 533,6 ¹/₂. Der Gesandte beklagte sich auch im Schreiben v. 3. 10. über die »bien pénible négociation... J'ose bien assurer que vostre Altesse ne se préfigure point les estranges fasçons d'agir« der Engländer. Merkwürdigerweise war der Brief des Bischofs an Wylich, bevor dieser ihn empfing, bereits in der Chancery bekannt. Der Gesandte versprach, nach seiner Rückkehr im Einzelnen zu berichten, was für »gens d'un estrang estoff« die Engländer seien. Diese Bemerkungen sind für die Meinungsbildung des Bischofs über England als möglichen Bundesgenossen von Wichtigkeit. (Abreise Wylichs nach London am 5. 9., Ankunft dort am 20. 9., Anwesenheit bis 13. 10. Rekredential des engl. Königs v. 12. 10.: MLA. 533,6 ¹/₂).

¹¹⁴ Landtagsproposition v. 26. 8. 1660 mit der Forderung von monatl. 40 000 Rtl. Der Fürst wies in der Proposition geschickt auf die durch den Widerstand der Stadt den adligen Gütern drohenden Gefahren hin (MLA. 490, 133).

¹¹⁵ De Thou an Gravel, 17. 10. 1660: CA. 147 Bl. 421.

¹¹⁶ Friquet versicherte, vom Kaiser keinen Auftrag zur Vermittlung zu haben. Bericht Hessings v. 26. 10. 1660: MLA. 534, 1 III.

¹¹⁷ F. Korff-Schmising an Chr. Bernh., 3. 11. 1660: MLA. 480, 33. Besonders Hessen und Braunschweig zeigten saure Gesichter (Dr. Batz an Chr. Bernh., Wolfenbüttel und Celle 8. u. 12. 11. 1660: Ebd.). Die von beiden Häusern angebahnte Vermittlung in Frankfurt, die der Bischof als indirekte Unterstützung der Stadt wertete, kam nicht zum Zuge (Chr. Bernh. an F. Korff-Schmising, 8. 11. 1660: MLA. 388, 68 II).

gefährliches Spiel zu treiben. Nachdem der offizielle Beitritt zum Bündnis am 6. Oktober vollzogen war und innerhalb 6 Wochen ratifiziert werden sollte, lag diese Urkunde am 1. Dezember in Frankfurt noch immer nicht vor. Der Komtur Korff-Schmising sah sich schon in der unglücklichen Rolle, die sein Bruder vor 2 Jahren spielte. Zu seiner Verblüffung teilte der Bischof mit, er werde ihm das Ratifikationsinstrument zuschicken, aber nicht die Erlaubnis zum Austausch geben¹¹⁸. Offensichtlich sollte das Schriftstück nur als Köder dienen, um es nach erreichtem Zwecke zurückzuziehen. Der »kalt-sinnige« Gesandte de Thou vermutete ganz richtig, daß der Bischof von Münster Frankreich nur an der Nase herumziehen wollte¹¹⁹. Die einfältige Entschuldigung des Bischofs von Anfang Dezember, er habe die Ratifikation noch nicht vorgenommen, weil ihm die Formalitäten nicht bekannt seien¹²⁰, steigerte das französische und Mainzer Mißtrauen. Die Ablehnung des Schreibens der rheinischen Bundesgenossen an die Stadt Münster durch den Bischof¹²¹ verstärkte den Verdacht zur Gewißheit. In Frankfurt erschrak man über den harten Ton der bischöflichen Antwort, besonders über die Wendung, man müsse die Stadt »durch andringende Not der abgehenden Lebensmittel etwas besser zur Erkenntnis« bringen. Dem humanitären Kurfürsten von Mainz wagten die Gesandten den Brief gar nicht vorzulegen¹²².

Das Stimmungsbarometer in Den Haag fiel auf diese Ereignisse hin sofort zu Ungunsten des Bischofs. Überraschend schnell und offenbar von de Thou verbreitet, fand das Gerücht Eingang, des Bischofs Bündnis mit Frankreich komme nicht zustande. Die Erklärungen Christoph Bernhards, sich nicht mehr an das Haager Projekt halten und auf Unterwerfung der Stadt zielen zu wollen, verstimmten die Gemüter. Schon sprach man davon, daß die Generalstaaten 100 Kompanien zu Fuß und 25 zu Pferde zur münsterischen Grenze in Bewegung setzen würden, wenn der Bischof das kaiserliche Mandat vom 11. August weiterhin nicht beachte¹²³.

Der Umschwung ging allein zu Lasten des Zögerns Christoph Bernhards hinsichtlich der Ratifikation des Rheinbündungsvertrages. Zwar hatte er bereits am 30. Oktober eine Instruktion für Matthias Korff-Schmising¹²⁴ zur Reise nach Paris fertigstellen lassen, aber den Domkürster noch immer nicht abgeschickt. Am 4. Dezember setzte er ein neues Beglaubigungsschreiben auf¹²⁴. Als der Domkürster sich endlich in Begleitung Werner Zurmühlens Mitte Dezember auf den Weg machte, war die Ratifikation noch immer nicht ausgestellt. Bei der ersten Station in Düsseldorf vertraute der Pfalzgraf dem Gesandten, am französischen Hof herrsche darüber beträchtlicher Ärger. Der König drohe, einen unfreundlichen Entschluß zu fassen. In Anbetracht dessen, daß gerade eine holländische Gesandtschaft in Paris weilte, um eine Annäherung zwischen beiden Staaten zu betreiben, klang diese Nachricht in

¹¹⁸ Chr. Bernh. an F. Korff-Schmising, Ende November 1660: MLA. 388, 68 II.

¹¹⁹ F. Korff-Schmising an Chr. Bernh., 22. 11. u. 1. 12. 1660: MLA. 480, 33.

¹²⁰ Desgl. 5. 12. 1660: Ebd. – ¹²¹ Chr. Bernh. an die Bundesgenossen, 7. 2. 1660: Ebd.

¹²² F. Korff-Schmising an Chr. Bernh., 19. 12. 1660: Ebd.

¹²³ Hessing an Chr. Bernh., 7. 12. 1660: MLA. 534, 1 III. Das war ein gewaltiger Umschwung seit dem Bericht Aitzemas von Anf. November an die Stadt: »Die Vornehmsten von Holland, insbesondere der Ratspensionär, auch die Herren Friquet und Weiman versicherten, daß dieser Staat auch nicht ein Pferd für Münster würde satteln. Ich sollte die Stadt nur nicht täuschen«. Wiens S. 68.

¹²⁴ MLA. 480, 33.

münsterischen Ohren höchst unangenehm. Die Hoffnungen Matthias Korff-Schmising, eine ständige Garantie Ludwigs XIV. gegen Holland und eine außerordentliche Geldhilfe im gegenwärtigen Fall zu erhalten, lösten sich in Nebel auf. Er konnte sich an den Fingern abzählen, daß Mazarin und Lionne vorher die Ansichten des Bischof über Fortführung des Rheinbundes näher kennenlernen wollten. Der Vertrag, im Jahre 1658 geschlossen, lief ja schon 1661 ab. Eine bloße Ratifikation ohne Versprechen der Verlängerung auf weitere 3 Jahre blieb also wertlos¹²⁵.

In der Hoffnung, durch seine Darstellung den Bischof zu einem solchen Schritt bewegen zu können, wartete der Domkürster auf Anweisung. Zu seinem Erstaunen befahl Christoph Bernhard ihm jedoch, die Pariser Reise abzubrechen und vorerst nach Frankfurt zu reisen¹²⁶. In seiner Empörung machte der sonst so höfliche Mann dem Rat Bernhard von Wydenbrück bittere Vorwürfe, die großen Vorteile der französischen Geld- und Truppenhilfe durch eine laienhafte Politik zu verscherzen, die das Stift Münster in die Sklaverei der Holländer führe. »Wie werden uns die posteri verfluchen«, rief er aus. Warum nehme man nicht wenigstens die Vermittlung der rheinischen Bundesgenossen an, um den Vorwand zu gewinnen, die der Generalstaaten auszuschlagen?¹²⁷ Ohne Zweifel hatte er Recht, daß planloses Lavierien in der gespannten Lage keine Aussicht auf Erfolg bot. Frankreich verlangte nach der Ratifikation. Wollte man seine Hilfe, so führte kein Weg an dieser Notwendigkeit vorbei.

Noch bevor das empörte Schreiben des Domkürsters in Münster einlief, kam man dort zu derselben Einsicht. Die in den holländisch-französischen Bündnisverhandlungen liegende Drohung verfehlte ihre Wirkung nicht. Am 22. Dezember trafen die Ratifikationen in Frankfurt ein und wurden, nachdem Matthias Korff-Schmising am Heiligen Abend ankam, ausgetauscht¹²⁸. Den Brüdern entrang sich ein Seufzer der Erleichterung. Nachdem er den Vorschlag eines engeren Bündnisses zwischen Frankreich, Münster und Pfalz-Neuburg und eines ständigen Bündnisses zwischen Frankreich und Münster zum Überdenken zurückgelassen hatte, reiste auch Gravel frohen Mutes nach Paris ab¹²⁹.

Der Beitritt zum Rheinbund wurde in vollem Bewußtsein eines Verstoßes gegen die eigene politische Überzeugung beschlossen. Der Zwang, ein für allemal mit der Stadt Münster ein Ende zu machen, stand unerbittlich dahinter¹³⁰. Über diesen Entschluß des Bischofs konnte auch in der Stadt kein

¹²⁵ M. Korff-Schmising an Chr. Bernh., 16. 12. 1660: MLA. 480, 33.

¹²⁶ Chr. Bernh. an M. Korff-Schmising, 16. 12. 1660: CM. 1 Bl. 123. M. Korff-Schmising an Chr. Bernh., 19. 12. 1660: MLA. 480, 33. Auch Gravel war über den Gegenbefehl unterrichtet, wie sein Schreiben v. 2. 1. 1661 (CA. 148 Bl. 197) zeigt.

¹²⁷ M. Korff-Schmising an B. v. Wydenbrück, 19. 12. 1660: MLA. 480, 33.

¹²⁸ F. Korff-Schmising an Chr. Bernh., 22. 12. 1660: MLA. 480, 33. Einige eigenmächtige Abänderungen des Vertrages durch den Bischof wurden auf Gravel's Forderung rückgängig gemacht. Chr. Bernh. an F. Korff-Schmising, 4. 1. 1661: MLA. 388, 68 II.

¹²⁹ M. Korff-Schmising an Chr. Bernh. (26. 12. 1660). MLA. 480, 33.

¹³⁰ Vor allem drückten ihn die seit über einem Jahr im Lande stehenden kaiserl. Truppen. Den schlechten Eindruck des Beitritts zum Rheinbund sollte Wilh. v. Fürstenberg in Wien durch die Begründung mindern, daß dieser nur den Grund habe, dem König von Frankreich allen Argwohn gegen den Bischof zu nehmen. Man werde um so bessere Möglichkeit besitzen, die habsburgfeindlichen Tendenzen des Bundes rechtzeitig zu erkennen und zu bekämpfen (Instruktion für W. v. Fürstenberg, 16. 9. 1660: MLA. 388, 67 V).

Zweifel mehr herrschen. Die durch eine Absperrung der Aa vor Weihnachten erzeugte große Überschwemmung rings um die Stadt und der spürbar werdende Mangel an Nahrungsmitteln zermürbten die Gemüter. Am Neujahrstage begaben sich der Franziskanerpater Helm, Pastor Wichartz von St. Lamberti und ein weltlicher Abgeordneter der Stadt nach Coesfeld, um Verhandlungen unter Vermittlung der Ritterschaft auf dem Amtshaus Wolbeck vorzuschlagen¹³¹. Der Bischof nahm den Vortrag der beiden Geistlichen sehr ungnädig auf und warf dem »ganz verwegenen« Pastor und dem »gar listigen« Pater vor, nur geheime Dinge auskundschaften und Zeitgewinn für die Stadt erzielen zu wollen. Er glaube einfach nicht, daß die Stadt sich von den Holländern abwenden werde, ohne mit dem Schwert dazu gezwungen zu sein. Anliegen der Stadt solle diese durch eigene Leute und nicht durch Priester vorbringen¹³².

Die Absicht der Stadt, durch die beiden Geistlichen gut Wetter zu machen, schlug kläglich ins Gegenteil um. Immerhin sprachen sich die Räte jedoch dafür aus, der Stadt einen Tag zu bestimmen. Die Vorladung erging für den 12. Januar nach Coesfeld oder den 24. nach Wolbeck¹³³. Erst am letzten Tage des Monats erschien hier eine Abordnung unter Führung des Bürgermeisters Timmerscheid. Ihr Empfang verlief über Erwarten schlecht. Der Bischof ließ sie nicht vor. Wydenbrück forderte in vorwurfsvollem Ton eine Erklärung, daß sie bereit seien, eine Garnison in die Mauern aufzunehmen und die Schlüssel abzutreten¹³⁴.

Betroffen eilten die Gesandten nach Haus, jedoch nicht ohne Hoffnung. Sie richtete sich jetzt auf die neuernannte kaiserliche Kommission des Grafen von Gronsfeld und des kaiserlichen Residenten Friquet¹³⁵, obgleich die Stadt von der Einrichtung der Kommission offiziell nicht unterrichtet war, denn der Bischof hielt das kaiserliche Schreiben an sie zurück. Ihn erfüllte die Anreise der beiden Herren, über deren Haltung er nicht ganz im klaren war, mit neuer Sorge. Dr. Zurmühlen eilte ihnen entgegen, um sie etwas aufzuhalten. Sie sollten erst dann eintreffen, wenn eine endgültige Erklärung der Stadt vorlag. Auf keinen Fall durften die Kommissare mit den Bürgern in Berührung kommen¹³⁶.

Am 12. Februar erschien Timmerscheid mit seiner Begleitung abermals am fürstlichen Hofe, diesmal in Coesfeld. Namens der Stadt erklärte Lic. Kemner die Bereitschaft zum Gehorsam und zur Aufnahme einer Garnison. Über die Zahl der Soldaten möge sich der Bischof erklären. Die Schlüssel verlangten sie jedoch in Händen zu behalten, bis ein kaiserlicher Entscheid über diese Frage ergangen sei. Timmerscheid bekräftigte die Versicherung: Was der Kaiser befehle, werde die Stadt verrichten. Er zweifele nicht an der Bereitschaft des Landesherrn zum Vergleich. Von der kaiserlichen Kommission wisse man, ohne genaue Nachricht darüber zu besitzen.

¹³¹ Protokolle v. 1. und 2. 1. 1661: GR. 593.

¹³² Protokoll v. 3. 1. 1661: Ebd. — ¹³³ Protokoll v. 4. 1. 1661: GR. 593.

¹³⁴ Desgl. v. 1. 2. 1661: Ebd.; Tücking S. 90.

¹³⁵ Kaiserl. Beglaubigungsschreiben für die Kommissare v. 20. 12. 1660: MLA. 388, 61 II.

¹³⁶ Instruktion für Dr. Zurmühlen v. 5. 2. 1661: MLA. 388, ad 58 XXI. Fast wäre die Reise vergeblich gewesen, da Friquet schon abgereist war, um sich in Wesel mit Gronsfeld zu treffen (nach dem Bericht Hessings v. 4. 2. 1661 reiste Friquet am nächsten Tage ab: MLA. 534, 1 IV).

Der Bischof wollte sich auf keine Zahl festlegen. Ihm habe der Kaiser das unbegrenzte Besatzungsrecht zugesprochen, das er nun einschließlich der Schlüssel auch in Besitz nehmen wolle. Kemner versuchte zu handeln, indem er zuerst 600 Mann und die Leibgarde, dann 800 Mann anbot, erntete aber nur den Verweis Wydenbrücks, daß die Zeit zum Verhandeln zu spät sei. Ja, solle man sich denn bedingungslos unterwerfen? fragte Timmerscheid. Wydenbrück wich ihm aus: Der Bischof sei Landesherr und werde die Stadt als Vater annehmen, aber was ihm vom Kaiser zugesprochen sei, müsse er haben.

Noch während der Anwesenheit der Deputierten in Coesfeld traf ein Trompeter mit einer Botschaft Gronsfelds und Friquets an die Stadt Münster ein, in der sie ihre Ankunft für den 14. Februar ankündigten. Man hielt den Boten unter Vorwänden zurück, bis es gelang, die argwöhnisch gewordenen Bürger zum Aufbruch zu drängen. Sie merkten wohl, daß ihnen etwas verheimlicht wurde. Wydenbrück erklärte aber, man sei mit Vorbereitungen für den Besuch des Herzogs von Gramont beschäftigt. Gerade hatte Timmerscheid mit seiner Begleitung die Stadt verlassen, als die beiden kaiserlichen Kommissare durch ein anderes Tor einfuhren¹³⁷.

Der Bischof empfing die Herren mit größter Liebenswürdigkeit, malte ihnen die Untaten der Stadt in schwärzesten Farben¹³⁸ und strich ihre angebliche Neigung zum Kalvinismus recht heraus. So fiel es Gronsfeld und Friquet nicht schwer, sich von der Unzweckmäßigkeit ihrer Vermittlung zu überzeugen, zumal der Graf noch einen Wunsch auf dem Herzen hatte: Der Kaiser brauchte Truppen für den Türkenkrieg. Ging der Streit mit der Stadt Münster schnell zu Ende, so bestand die Hoffnung, daß der Bischof seine Truppen zur Verfügung stellte. Christoph Bernhard nutzte diesen Umstand weidlich aus. Überschwenglich versprach er, dem Kaiser sein Heer zu überlassen, sobald die Unruhe im Lande zu Ende gehe. Eine angenehmere Gelegenheit, sich nach der Ratifizierung des Rheinbundes beim Kaiser wieder beliebt zu machen, konnte er sich kaum denken. Auf Gronsfelds Drängen erklärte er sich schließlich zum Vergleich mit der Stadt bereit, wenn diese eine Summe Geldes herbeigebe¹³⁹. So lag noch einmal die »gütliche Akkommodation« im Bereich der Möglichkeit¹⁴⁰.

¹³⁷ Protokolle v. 12.–14. 2. 1661: MLA. 388, ad 58 XX, v. 15. 2.–18. 3. in MLA. 388, 73; Der Kinderen I S. 177.

¹³⁸ Zurmühlen hatte schon den Auftrag erhalten, die Verbrechen der Stadt zu »exagieren«.

¹³⁹ Gronsfeld an Kaiser Leopold, Coesfeld 22. 2. 1661: L., Raesfeld D 6 VI.

¹⁴⁰ Brabeck wandte am 17. 2. allerdings große Überredungskünste auf, um Friquet und Gronsfeld von einer Reise in die Stadt abzuhalten. Sie ließen erst dann von ihrem Vorhaben ab, als ihnen ein fürstl. Zeugnis in Aussicht gestellt wurde, »daß sie, Commissarii, in die Stadt zu reisen begehrt, von ihrer hochf. Gn. solches aber nicht ratsam befunden worden«. Als am 18. 2. die Deputierten der Stadt sich wiederum Coesfelds näherten, eilten ihnen Wydenbrück und Lic. Rave entgegen und hielten sie in Nottun auf. Erst als die Deputierten die Annahme der fürstlichen Forderungen im Wesentlichen bewilligten, reisten alle gemeinsam nach Coesfeld weiter, wo ihnen erst jetzt die Anwesenheit der kaiserlichen Gesandten eröffnet wurde. – Die größten Meinungsverschiedenheiten zwischen Bischof und Kommissaren betrafen die Frage der Amnestie. Christoph Bernhard betonte, daß einige Hauptschuldige, besonders diejenigen, die an dem Überfall auf kaiserl. Truppen beteiligt waren, gestraft werden mußten. Gronsfeld und Friquet blieben trotzdem bei ihrer Forderung einer Generalamnestie. Christoph Bernhard führte ihre Festigkeit auf Wünsche der Generalstaaten und Daniel Weimans zurück. In Wirklichkeit kam hierin ein Verlangen des Kaisers zum Ausdruck: MLA. 388, 73.

Im Ganzen stiegen die Aussichten des Bischofs ständig. Nach der Unterzeichnung des Vertrages ließ sich auch der Kurfürst von Mainz vom Komtur nicht länger vergeblich bitten und versprach Hilfe gegen die Stadt¹⁴¹. Boineburg versuchte sogar, Björnklou zu schwedischer Unterstützung für den Bischof von Münster zu überreden, zweifellos mit dem Hintergedanken, diesen auch für das Bündnis mit der nordischen Krone bereitzumachen¹⁴². Vom Pfalzgrafen zu Neuburg trafen Anfang März erneut Truppenverstärkungen ein¹⁴³. Nachdenkliche Gesichter gab es unter den Verbündeten nur über die Härte des Bischofs gegen die Städter. Daß er die geforderte Amnestie nicht bewilligen wollte, konnte und wollte niemand verstehen¹⁴⁴. Schließlich hatte jeder der städtischen Beamten nichts anderes als seine Pflicht getan, wenn auch das Hilfesuch an die Generalstaaten besser nicht geschehen wäre.

Angesichts dieser Umstände mußte die Stadt in den sauren Apfel beißen und sich zur Unterwerfung bequemen. Bereits Ende Februar liefen in Deutschland und den Niederlanden Gerüchte über das Ende des münsterischen Streits um¹⁴⁵. Trotzdem verstummten auch jetzt am fürstlichen Hof die Stimmen derer nicht ganz, die im letzten Augenblick zum Vergleich rieten. Die Räte rechneten am 18. März noch mit einer möglicherweise sehr langen Belagerung, in deren Verlauf der Kaiser seine Haltung ändern könnte. Friquet tat ja so, als ob der Streit sich zwischen zwei selbständigen, gleichberechtigten Staaten abspielte. Eine Verbreitung dieses Gedankens schloß große Gefahren in sich.

So erscheint es nicht ganz selbstverständlich, wenn am 26. März die Erklärungen beider Seiten in Münster ihre Unterzeichnung erfuhren. Die Stadt versprach, sich aller auswärtigen Verbindungen zu enthalten, die bestehenden in Den Haag abzubrechen¹⁴⁶, zur Aussöhnung 45 000 Rtl. zu zahlen, die halbe Multersteuer in der Stadt¹⁴⁷ und das Gogericht Senden abzutreten¹⁴⁸. In einer Erklärung sagte der Landesherr daraufhin der Stadt zu, sie in Gnaden wieder anzunehmen und ihre Privilegien, soweit sie nicht mit dem Besatzungsrecht zusammenhängen, zu bestätigen¹⁴⁷. Ein gemeinsamer Vertrag, wie zu Schöneflieth und Haus Geist, wurde nicht geschlossen. In Anbetracht der Klausel, daß in Zukunft nur dem Fürsten ergebene Personen in den Rat und die Ämter gelangen durften, fand damit trotz dem Pflaster der Privilegienbestätigung im Grunde genommen die bisherige selbständige Stellung der Stadt ihr Ende¹⁴⁹.

¹⁴¹ F. Korff-Schmising an Chr. Bernh., 2. 1. 1661. Der Bischof hatte dem Kurfürsten von Mainz 2000 Rtl. Werbegelder übersandt (MLA. 480, 33).

¹⁴² F. Korff-Schmising an Chr. Bernh., 26. 1. 1661: Ebd.

¹⁴³ Philipp Wilhelm an Chr. Bernh., 26. 2. 1661: MLA. 539 V.

¹⁴⁴ Chr. Bernh. an Philipp Wilhelm, 25. 2. 1661: Es sei »der ganzen ehrbaren Welt bekannt, welcher Gestalt wir von derselben« (d. h. der Stadt Münster) »herumgezogen und mit Gefahr gänzlicher Zerrüttung dieses unsers Stifts in Religion und Regierungssachen beleidiget worden, und daher fast ärgerlich sein würde, in vorgemelte Amnestie durchgehend zu willigen«. MLA. 539 V. — F. Korff-Schmising an Chr. Bernh., 27. 2. 1661, betr. die Bedenken des Kurfürsten von Mainz wegen Verweigerung der Amnestie: MLA. 480, 33.

¹⁴⁵ Bericht Hessings, 1. 3. 1661: MLA. 534, 1 IV.

¹⁴⁶ MU. 4545. — ¹⁴⁷ MU. 4544. — ¹⁴⁸ MU. 4546.

¹⁴⁹ Der Gegenspieler des Bischofs, Lic. Nikolaus Drachter, wurde erst im Juli aus der Haft entlassen und zog sich aus dem Stift zurück: Frdl. Mitt. Dr. Lahrkamps. Franz Egon von Fürstenberg bot ihm die Stelle eines Kanzlers des Fürstbistums Straßburg an. Als er von dort zurückkehrte, starb er am 29. 8. 1664 in Münster und wurde in der Überwasserkirche bestattet. Tücking, Drachter S. 247 f.

20. KAPITEL

NEUE AUFGABEN

Mit der Unterwerfung der Hauptstadt erreichte die Galensche Politik ein wichtiges Ziel. Dem Landesherrn feindselige Willensäußerungen innerhalb der Landesgrenzen waren die Flügel beschnitten. Ohne Unterstützung eines anderen Standes brachte die Ritterschaft allein, überdrüssig des inneren Zwistes mit allen seinen finanziellen Nachteilen, die Kraft zur Opposition nicht mehr auf. Die Stellung des Landesherrn erfuhr durch die Ereignisse der letzten Jahre eine beträchtliche Stärkung. Nicht immer verlief die Politik, die zu diesen Erfolgen führte, in gerader Linie; ihr Erfolg rechtfertigte aber schließlich die manchmal nur aus der Not und nicht aus reifer Überlegung geborenen Maßnahmen. Die neue Stellung bescherte dem Bischof aber auch neue Aufgaben, und zwar hauptsächlich: Klärung des Vertragsverhältnisses zu Frankreich, Verbesserung der Beziehungen zum Kaiser, Neuordnung der Stadt Münster und schließlich Sicherung gegen die zu befürchtende Rache der Generalstaaten.

Der Beitritt zum Rheinbundvertrag eröffnete Christoph Bernhard vorerst nur formell eine Verbindung zur französischen Krone. Wenn dieses durch die Not erzwungene Bündnis in französischer Sicht einen Sinn erhalten sollte, so mußten weitere politische Bindeglieder geschaffen werden. Aber auch in münsterischem Interesse lag es, die einmal aufgenommene Bindung nicht nur als Last zu tragen, sondern nutzbringend zu verwenden. Der Plan einer Reise Matthias Korff-Schmising's, seit über einem Jahr beabsichtigt¹, trat wieder in den Vordergrund. Im Februar 1661 brachen der Domkürster und Dr. Werner Zurmühlen in die französische Hauptstadt auf². Aus ihrer Instruktion geht hervor, wie sich der Bischof die zukünftige Gestaltung des Bündnisses vorstellte: In der Hauptsache sollte Frankreich die Rolle eines Garanten gegen die Vereinigten Niederlande spielen. Nicht ohne selbstbewußt auf den Vorteil hinzuweisen, den der Bischof bereits durch das Eintreten de Thous für die münsterischen Angelegenheiten in Den Haag errungen hatte, erklärte sich Ludwig XIV. bereit, kein Bündnis mit den Generalstaaten einzugehen, ohne das Stift Münster als seinen Verbündeten einzuschließen³. Der König bezahlte damit den Preis für die Beseitigung einer empfindlichen Lücke im Rheinbundsystem⁴.

¹ Wilhelm v. Fürstenberg schrieb unter Bezug auf die Reise des Domkürsters am 2. 3. 1661 an den Bischof, daß damit eine »schon vorm Jahr und mehr diesfalls gefaßte Resolution« erfüllt worden sei: MLA. 1, 12 IV. Seit Oktober 1660 waren mehrere Beglaubigungsschreiben abgefaßt worden. Noch im Dezember hielt der Bischof Korff-Schmising auf der schon angetretenen Reise zurück, wie oben erwähnt wurde.

² Beglaubigungsschreiben und Instruktion v. 7. 2. 1661, Rekredential Ludwigs XIV. v. 13. 4. 1661: MLA. 480, 33. — ³ Erklärung v. 13. 4. 1661: MLA. 480, 33.

⁴ Ludwig XIV. schwankte sogar, ob er nicht noch einen höheren Preis in Form des Versprechens, sich um die Rückerstattung Borkelos zu bemühen, zahlen sollte. Die entsprechende Klausel in seiner Erklärung wurde jedoch gestrichen. Entwurf der in Anm. 3 erwähnten Erklärung, undatiert, in CM. 1 Bl. 126.

Für den Bischof von Münster besaß diese Zusage großen Wert. Daß sie zum gegenwärtigen Zeitpunkt eintraf, erhöhte ihre Bedeutung, denn Christoph Bernhard gedachte in Kürze sein Stift von Truppen zu entblößen, um durch Hilfe gegen die Türken sein getrübtcs Ansehen am kaiserlichen Hofe aufzubessern. Ohne französische Garantie gegen Holland wäre das einem lebensgefährlichen Wagnis gleichgekommen. Beängstigt schnell versuchte er das französische Bündnis auch offensiv auszunutzen⁵. Damit bewies er politische Ungeschicklichkeit, denn der in Paris kaum beschwichtigte Verdacht, der Bischof wolle das Möglichste aus dem Bündnis herausholen, um es alsbald zu den Akten zu legen, belebte sich von neuem. Sein lebhafter Wunsch, die Borkeloer Frage in münsterschem Sinne zu lösen, überwog aber die politische Vorsicht.

Die kleine Herrschaft an der Westgrenze des Stifts⁶, zu deren Besitz ihm Frankreich verhelfen sollte, war ein altes Stiftslehen, das nach dem Tode des ohne Nachkommen verstorbenen Inhabers Jobst von Bronckhorst 1553 vom Bischof eingezogen wurde. Zwischen der Witwe des Verstorbenen und einer Nichte Jobsts, Irmgard von Limburg-Styrum, erhob sich ein Streit um die Lehenfolge, in dessen Verlauf die juristische Fakultät in Straßburg 1570 entschied, daß Borkelo ein Mannlehen und daher verfallen sei. Das Reichskammergericht schloß sich diesem Standpunkt an. Die Lage veränderte sich völlig, als ein Enkel Irmgards, Jobst von Limburg-Styrum und Bronckhorst, Kanzler und Räte des Fürstentums Geldern um Entscheidung anrief. Obgleich Geldern niemals die Gerichtsbarkeit über Borkelo besessen hatte, konnten der Fortgang des Prozesses und das Urteil vom 30. Dezember 1615 nicht verhindert werden, wonach Jobst zum rechtmäßigen Besitzer der Herrschaft erklärt wurde. Gewaltsam vertrieb der neue Herr die münsterschen Beamten, ohne daß Kurfürst Ferdinand von Bayern, damals Bischof von Münster, oder die Stiftsstände sich zur Gegenwehr aufrafften. Alle weiteren Verhandlungen über das Schicksal der Herrschaft verliefen ergebnislos. Auch das Urteil des Reichskammergerichts vom 6. Juli 1642 zugunsten des Stifts ging in den Wirren des Dreißigjährigen Krieges unter. Erst Christoph Bernhard von Galen griff die Frage im Oktober 1652 erneut auf, erhielt aber von den Generalstaaten keine andere Antwort, als daß sie den Grafen von Limburg-Styrum im Besitz Borkelos zu schützen gedächten. In der Erkenntnis, mit Güte nichts ausrichten zu können, obgleich das Recht auf seiner Seite stand, wandte sich nun der Bischof dem Gedanken zu, Borkelo mit französischer Hilfe den Niederländern notfalls mit Gewalt zu entreißen.

Drei Wege zu diesem Ziel schlug der Domkürster in Paris vor: 1. durch französische Fürsprache eine bedingungslose Rückgabe der Herrschaft an den

⁵ Die französ. Akten sprechen von einem Bündnisplan des pfalz-neuburgischen Kanzlers Gise betr. Frankreich, Schweden, Münster und Pfalz-Neuburg. Der französ. Hof hielt ein solches Bündnis für zu gefährlich, da es im Reich nicht verborgen bleiben und den Argwohn gegen Frankreich vergrößern würde. Die bestehenden Verträge erlaubten ohnehin eine hinreichende Ausnutzung der beiden deutschen Verbündeten (Protokoll Lionnes v. 16. 5. 1661: CA. 148 Bl. 221). Ludwig XIV. willigte am 3. Juni in die Verwerfung des Plans durch seinen Minister und befahl, die münsterschen und pfalz-neuburgischen Minister, im Falle sie darauf zurückkämen, davon abzubringen (Ebd. Bl. 230). Die münsterschen Akten enthalten darüber nichts. Es muß also offen bleiben, ob der Gedanke von Gise oder von Christoph Bernhard, die sich beide wiederholt persönlich besprachen, ausgegangen ist.

⁶ Ausführliche Darstellungen der Borkeloer Frage finden sich bei Tücking S. 115 ff. und Der Kinderen I S. 1 ff. Hierzu kommt ein ungewöhnlich reiches zeitgenössisches Material an Prozeß- und Flugschriften.

Bischof von Münster zu erreichen; 2. im Falle des Mißerfolges dieses Verfahrens dem Grafen von Limburg-Styrum eine französische Herrschaft oder Gouverneursstelle als Ersatz einzuräumen; und 3. den zwischen Frankreich und den Generalstaaten zu schließenden Vertrag von der Regelung der Borkeloer Frage in münsterischem Sinne abhängig zu machen⁷.

Die Franzosen nahmen die Vorschläge mit geringer Begeisterung auf. Maß und Ziele der Politik sich von anderen vorschreiben zu lassen, gehörte nicht zu den Gewohnheiten Ludwigs XIV. und seiner Minister. So fanden die Anregungen Korff-Schmising keine direkte Ablehnung, er erhielt jedoch nur das unbestimmte Versprechen, daß die Angelegenheit durch de Thou befördert werde. Mit Recht fragten die Franzosen, weshalb der Bischof von Münster, wenn er sich im Recht glaube, nicht unmittelbar an die Generalstaaten herantrete, um deren Neigung zu erkunden. Welche Gegenleistung gedachte der Bischof Frankreich für die Unterstützung zu geben? Zumindest erwartete man, daß er einen ständigen Gesandten bei der Frankfurter Reichsdeputation – d. h. also beim rheinischen Bundesrat – unterhielt⁸.

Der Domkürster merkte, daß er mit den Borkeloer Plänen zu weit gegangen war, während sein Herr dem Rheinbund gegenüber die größte Gleichgültigkeit bewies, und erkannte die Gefahr, daß Frankreich sich mißtrauisch zurückzog. Wenn es auch im Augenblick so aussah, als ob die Franzosen sich bei den Verhandlungen mit den Holländern Borkelos anzunehmen gedachten⁹, so konnte doch kein Zweifel darüber bestehen, daß sie den Versuch des Bischofs, die französische Macht seinen Zwecken dienstbar zu machen, durchschauten. Eine Unterstützung des münsterischen Anspruchs bedeutete in der Tat ein großes Opfer, das sich nur mit der Erhaltung des Rheinbundes rechtfertigen ließ. Im übrigen belastete sie die auswärtigen Beziehungen Frankreichs. Der König schlug deshalb vor, Schiedsrichter zu ernennen, deren Entscheidung er garantieren wollte. Damit zeigten sich jedoch die Holländer wenig zufrieden. Ihnen war die Anfechtbarkeit ihres Rechtsstandpunktes am besten bekannt¹⁰.

Nur die Erkenntnis, daß das Borkeloer Eisen während der französisch-holländischen Bündnisverhandlungen geschmiedet werden mußte¹¹, trieb den Domkürster an, seine Bemühungen trotz allen Bedenken fortzusetzen. De Thou zeigte sich nicht abgeneigt zur Mitwirkung¹². Soviel Briefe aber auch mit ihm und seinem Sekretär Bouilleau gewechselt wurden, es sprach sich Ende März

⁷ M. Korff-Schmising an Chr. Bernh., 23. 5. 1661: MLA. 480, 33.

⁸ Lionne, der ja kein Recht hatte, sich um die Beschickung der Reichsdeputation zu kümmern, schützte Beschwerden der deutschen Bundesgenossen über den Bischof von Münster vor, nicht ganz zu Unrecht. Als Friedr. Korff-Schmising Ende Mai von Frankfurt abreisen wollte, setzte sich die Überzeugung durch, daß damit die Mitgliedschaft Münsters im Rheinbund praktisch erlosch. F. Korff-Schmising an Chr. Bernh., 29. 5. 1661: MLA. 473, 34.

⁹ Barthe an M. Korff-Schmising, 28. 5. 1661: MLA. 480, 33.

¹⁰ Dufresne an M. Korff-Schmising, 2. 9. 1661: MLA. 480, 33.

¹¹ Wie sehr Chr. Bernh. das französ. Bündnis damals unter dem Gesichtspunkt Borkelo sah, beweist sein Briefwechsel mit den französ. Ministern, der kaum einen anderen Gegenstand berührt. Schr. v. 26. 8. 1661: CM. 1 Bl. 141; 30. 9. 1661: Ebd. Bl. 147; 10. 2. 1662: Ebd. Bl. 165; 9. 2. 1663: Ebd. Bl. 187.

¹² Berichte Hessings v. 10., 30. 8. und 9. 9. 1661: MLA. 534, 1 IV. De Thou kehrte nur noch einmal vorübergehend auf seinen Posten zurück. Mit der Pflege des neuen freundschaftlichen Verhältnisses zwischen Frankreich und den Niederlanden beauftragte der König den mit den holländ. Verhältnissen vorzüglich vertrauten d'Estrades.

1662 herum, daß der Vertrag zwischen Frankreich und den Vereinigten Niederlanden unter Dach und Fach sei, ohne daß ein Wort von Borkelo darin stand¹³. Am 27. April fand die – für den Bischof in wenigen Jahren noch an Bedeutung gewinnende – Unterzeichnung in Paris statt.

Im Grunde verwunderte niemanden die geringe Berücksichtigung der münsterischen Anliegen. Dem König von Frankreich lag ein gutes Verhältnis zu den Generalstaaten im Augenblick sehr am Herzen. Er schickte sich nach dem Tode Mazarins (9. März 1661) an, eine ausgesprochen monarchische Politik mit der Hauptrichtung gegen die Spanischen Niederlande zu führen. Ihm war bekannt, daß die Holländer eine unmittelbare Nachbarschaft Frankreichs, die die Sperrung der Scheldemündung bedeutete, fürchteten. Deshalb galt es, sie zu beruhigen und den Bundesvertrag ohne Belastungen zustandezubringen. In ihm fehlte nicht nur die Erwähnung Borkelos, im Gegenteil verpflichtete sich Frankreich darin zur Garantie aller niederländischen Besitzungen für eine Vertragsdauer von 25 Jahren¹⁴. Der Bischof von Münster mußte also alle Hoffnungen auf eine Rückgewinnung Borkelos mit französischer Hilfe fahren lassen. Wilhelm von Fürstenberg verfehlte nicht, ihm den Fehlschlag seines auf falschen Voraussetzungen aufgebauten Planes und den Wert französischer »Versprechungen« mit vorwurfsvoller Miene vorzuhalten¹⁵.

Der französische Hof versuchte, den tief enttäuschten Bischof durch die Mitteilung zu trösten, der Malteserritter Souffré sei ausersehen, auf dem Wege der Vermittlung die Frage zu allseitiger Zufriedenheit zu regeln. Auch der neue Gesandte in Den Haag, d'Estrades, werde sein Bestes tun. Man dürfe nur den Mut nicht sinken lassen¹⁶.

Es gehörte ein gutes Stück Hartnäckigkeit dazu, im Sommer 1662 am französischen Hof einen erneuten Vorstoß in der Borkeloer Sache zu unternehmen. Dem dort gut eingeführten pfalzneuburgischen Minister von Leerodt gab der Bischof den Auftrag zu erkunden, ob der König ihn bei der Rückgewinnung unterstützen würde, den Fall kriegerischer Auseinandersetzung eingeschlossen¹⁷. Ohne vorherige Rückfrage in Paris antwortete Leerodt, was der Bischof eigentlich selbst wissen mußte, daß der Rheinbundvertrag Ludwig XIV. zwar verpflichtete, das Stift Münster gegen äußere Angriffe zu schützen, nicht aber an einem Angriff gegen die Niederlande teilzunehmen, mit denen er noch dazu im Bündnis stehe. Die merkwürdige Frage Christoph Bernhards erklärt sich nur aus seinem Standpunkt, daß ihm französische Hilfe gegen die Holländer gewährt werden müsse, weil diese ihm ein rechtmäßig gehörendes Stück Land mit Gewalt vorenthielten. Unzweifelhaft bezog sich der Rheinbundvertrag nicht auf einen solchen, weit vor seiner Entstehung liegenden Fall. Mochten

¹³ Bericht Hessings v. 9. 9. 1661: MLA. 534, 1 IV. – ¹⁴ Blok V S. 207 ff.

¹⁵ W. v. Fürstenberg an Chr. Bernh., 29. 4. 1662: MLA. 21 I, 10.

¹⁶ Bericht Hessings v. 5. 5. 1662: MLA. 534, 1 IV. In dieser Epoche französisch-niederl. Annäherung scheint Christoph Bernhard bereits wieder eine bessere Beziehung zum kaiserl. Hofe angestrebt zu haben. Jedenfalls gab er dem Grafen von Gronsfeld zu verstehen, daß die Gründe für seinen Beitritt zum Rheinbund jetzt nicht mehr bestünden. Lionne kam diese Äußerung zu Ohren. M. Korff-Schmising gab sich viel Mühe, dem Minister auszureden, daß darin die Absicht des Austrittes angedeutet sei, ohne leugnen zu können, die Worte seien tatsächlich gefallen. M. Korff-Schmising an Gravel, 17. 3. 1662: CM. 1 Bl. 168.

¹⁷ Leerodt sollte auch die Frage erörtern, ob der Bischof wie andere Bundesfürsten Ludwig XIV. während seiner Elsaßreise begrüßen sollte oder nicht. Der Bischof selbst zeigte keine Lust dazu.

die Niederländer Borkelo mit noch so wenig Recht erworben haben, so standen sie doch seit 1616 im tatsächlichen Besitz, ohne daß der Westfälische Friedensschluß daran etwas geändert oder bemängelt hätte. Wären derartige Fälle in den Frankfurter Rezeß einbezogen worden, Welch eine Kette von Ansprüchen wäre von den Beteiligten aufgezo-gen worden!

Die Enttäuschung über den Abschluß des französisch-niederländischen Bündnisses führte den Bischof, in der Überzeugung, in Paris nicht wichtig genug genommen zu werden, auf seine alten Pläne eines engeren Zusammenschlusses mit einigen deutschen Mitgliedern zurück, deren größeres Gewicht in Paris besseres Gehör erzwingen konnte. Der Düsseldorfer Hof stimmte erfreut zu. Auch der Pfalzgraf fühlte sich durch Frankreich übertölpelt, nachdem der Herzog von Enghien als polnischer Kronprätendent vom König Unterstützung erfuhr, obgleich dieser sie doch dem Pfalzgrafen Philipp Wilhelm versprochen hatte. In Düsseldorf sah man daher in einem Bündnis mit Münster ein wirksames Mittel gegen den protestantischen Einfluß innerhalb des Rheinbundes, gegen die von den Kurfürsten angestrebte Vormachtstellung, und eine bessere Sicherung gegen die Mißachtung der eigenen Interessen durch Frankreich. Auf dieselbe Bahn wies der am 9. Februar 1662 zwischen Ludwig XIV. und dem Herzog von Lothringen abgeschlossene Vertrag von Montmartre mit der Anerkennung des Pyrenäenfriedens durch den Herzog und der Einsetzung des Königs als Erben des Herzogtums Lothringen. Die Bundesgenossen Frankreichs, allen voran Kurmainz, empfanden zur Enttäuschung des Königs keine Freude über die räumliche Annäherung. Mehrmals mußte Ludwig XIV. Gravel ermahnen, über die Stimmung in Deutschland nach diesem Verträge zu berichten, »sur une matière, qui donnera lieu de cognoistre mes véritables amis«¹⁸, bis endlich herauskam, daß Johann Philipp mehr oder weniger offen für den geflohenen Thronfolger Karl von Lothringen Stellung nahm. Eine Auflösung des Rheinbundes von seinem Zentrum aus schien sich anzudeuten.

Die Übergriffe des Königs in Lothringen gossen Wasser auf die Mühle des Bischofs von Münster. Mit Freuden griff er die sich abzeichnenden Möglichkeiten einer näheren Verbindungsaufnahme mit den deutschen Bundesgenossen auf. Als unmittelbare Folge des Vertrages von Montmartre entstand der Kölner Rezeß vom 2. August 1662, unterzeichnet von Kurmainz, Kurköln, Münster und Pfalz-Neuburg, mit vorläufigem Charakter, aber doch sofortiger Wirksamkeit¹⁹. Ihm folgte am 5. September das münster-pfalz-neuburgische Verteidigungsbündnis²⁰, dessen Hauptzweck Artikel 3 zum Ausdruck brachte: Er sah Beibehaltung des Rheinbundvertrages vor, »jedoch daß selbige vorgemelte Allianz dieser verträulichen Konjunktion nicht vorgezogen werden solle«. Damit schufen beide Fürsten ein Werkzeug, mit dessen Hilfe im Notfall eine dem Rheinbund entgegengesetzte Haltung eingenommen werden konnte. Das hätte eine Eindämmung der französischen Reichspolitik bedeutet. Ja, im 5. Artikel

¹⁸ Zitiert von Schnur S. 55. — ¹⁹ Rezeß in MLA. 12, 2 a.

²⁰ Rezeß in MLA. 12, 2. Die pfalz-neuburgische Ratifikation erfolgte am 12. 10. 1662 (MU. 4555). Christoph Bernhard ratifizierte erst am 10. 11. und schickte die Urkunde sogar erst am 10. 12. ab. Der Grund für die Verspätung lag darin, daß in der pfalzgräflichen Ratifikation gerade die Wendungen ausgelassen waren, auf die er besonderen Wert legte, nämlich im 2. Artikel, daß »vielweniger gegen dieselbe oder dero Erzhaus die Waffen zu gebrauchen« und im 5. Artikel: »oder auch ihre Röm. Kais. Maj. und das Röm. Reich feindlich anzufallen«. Die vom Bischof gewünschte Rücksichtnahme auf den Kaiser fiel durch die Streichung weitgehend aus (MLA. 12, 2).

klangen Töne an, die in französischem Ohre einen drohenden Klang annehmen mußten: Die Wendung, sich denjenigen zu widersetzen, die das Römische Reich und den Kaiser anzugreifen gedächten, bedeutete im Munde des Bischofs von Münster keine konventionelle Redewendung. Sie entstammte seiner persönlichen Einwirkung, denn der Vertrag wurde in Coesfeld abgefaßt und unterzeichnet.

Selbstverständlich sahen die Vertragsschließenden Geheimhaltung vor²¹. Eine Veröffentlichung hätte in Paris ernste Reaktionen hervorgerufen. Ludwig XIV. duldet solche Sonderbündnisse nicht. Die Marionetten des Rheinbundes sollten allein nach dem Willen ihres französischen Meisters tanzen und nicht durch untereinander gespannte Drähte zu unkontrollierbaren Bewegungen befähigt sein.

Nachdem der Rheinbund durch diese Aushöhlung für den Bischof den größten Teil seiner Gefährlichkeit verloren hatte, standen seiner Verlängerung keine Bedenken mehr im Wege. Im Gespräch mit Kurfürst Maximilian Heinrich von Köln soll der Bischof im November sogar auf eine Verlängerung gedrängt haben²². Die Wahrscheinlichkeit spricht für die Wahrheit dieser Nachricht. Nach der ohne Kenntnis Frankreichs zurückgewonnenen größeren Selbständigkeit gegenüber der Großmacht suchte der Bischof das Bündnis mit ihr für den längst geplanten Vergeltungskrieg gegen die Holländer auszubeuten²³. Am Kaiserhof konnte er alle Bedenken mühelos durch eine vertrauliche Mitteilung seines pfalz-neuburgischen Vertrages zerstreuen.

Das durch den Beitritt zum Rheinbund gestörte Verhältnis zum Kaiser wieder in Ordnung zu bringen, stellte das zweite Hauptziel der münsterischen Politik nach der Unterwerfung der Hauptstadt dar. Ein Ansatzpunkt bot sich, wie schon erwähnt, in der Bedrängnis des Kaisers durch die Türken. Kurz vor der Kapitulation der Stadt Münster überbrachte Graf Gronsfeld eine entsprechende Bitte des Wiener Hofes. Der Bischof versprach ihm damals, sobald der Streit mit der Stadt sein Ende erreichen würde, außer den kaiserlichen Hilfsregimentern 1000 Reiter und 2000 Mann zu Fuß zu schicken, dazu eine Summe Geldes aus der Buße der Stadt²⁴. Später erschien Alexander von Velen²⁵ mit demselben kaiserlichen Auftrag²⁶. In längeren Besprechungen stellte er fest,

²¹ Dieser Geheimvertrag ist, soweit ich sehe, in der Literatur nirgends erwähnt. Gravel erfuhr von ihm nichts. Der bischöfl. Vertreter in Frankfurt, Joh. Kaspar Bisping, gab ihm Erklärungen über die münst. Bündnistreue ab und erinnerte gleichzeitig an die Borkeloer Frage. J. K. Bisping an Chr. Bernh. 24. 9. 1662: MLA. 473, 34.

²² So berichtet Alpen I S. 587 ff. Der Kurfürst meldete sich am 7. 11. aus Marienfeld zum Besuch an (MLA. 539 VI) und traf am 8. 11. in Coesfeld ein.

²³ Tücking S. 114 ff. verwundert sich über das Bestreben des Bischofs, den früher so verhaßten Rheinbund zu verlängern. Seine Bemerkung, daß dieser Entschluß »hauptsächlich mit Rücksicht auf Holland gefaßt sei«, trifft ins Schwarze. – Die Verlängerung auf 3 weitere Jahre wurde in Frankfurt am 25. 2. 1663 vollzogen, die münst. Ratifikation am 20. 3. d. J. (MLA. 473, 35; Dumont VI 2 S. 453 mit 7. 3. als Datum).

²⁴ Den Kaiser berührte die Verbindung, in die die Geldzahlung mit der Bestrafung der Stadt gebracht worden war, seiner Meinung nach durch die Ungeschicklichkeit Gronsfelds, sehr unangenehm. Er war schon wenig erfreut darüber, daß der Bischof die kaiserlichen Hilfstruppen entgegen der getroffenen Abrede zur Bekämpfung der Stadt eingesetzt hatte. Lieber wäre ihm gewesen, wenn der Landtag das Geld aufgebracht hätte. Kaiser Leopold an J. M. Graf v. Gronsfeld, 19. 3. 1661: L., Raesfeld D 6 VI.

²⁵ Wilhelm Rave, Alexander II. von Velen (1599–1675), in: Westfäl. Lebensbilder, Bd. 6, Münster 1957, S. 1 ff.

²⁶ Kaiser Leopold an A. v. Velen, 11. 3. 1661: L., Raesfeld D 6 VI.

daß Christoph Bernhard die Truppen dem Kaiser am liebsten ganz überlassen wollte – denn geliehene hätte er selbst unterhalten müssen! –, unter der Bedingung, sie im Notfall jederzeit zurückzuerhalten²⁷. In diesem Sinne kam die Abmachung auch zustande²⁸. Im Mai setzten sich die Truppen in recht unzufriedener Stimmung in Marsch. Ein Türkenfeldzug unter der brennenden Sonne des fernen Ungarns erfreute sich keiner Beliebtheit²⁹.

Mit dieser, ohne die sonst im Römischen Reich übliche Verzögerungstaktik geleisteten Hilfe hoffte der Bischof, den Kaiser gnädig zu stimmen. Ihm lag daran, das Reichsoberhaupt gerade zur gegenwärtigen Zeit zu verpflichten, denn im dem Punkt der Amnestierung der schuldigen Städter unterschied sich seine Anschauung sehr von der Kaiser Leopolds. Er war entschlossen, auf die Bestrafung seiner Hauptgegner nicht zu verzichten, und fürchtete, daß der Kaiser ihm hierin die Hände binden könnte³⁰.

Weniger Befürchtungen hegte der Bischof wegen der Generalstaaten. Zwar erfaßte in Den Haag einige Herren späte Reue, der Stadt Münster nicht rechtzeitig geholfen zu haben³¹, aber die Gelegenheit zum Eingreifen war verpaßt und konnte nicht nachgeholt werden. So wandte sich Christoph Bernhard ungestört der Neuordnung der städtischen Verhältnisse zu. Diese Arbeit füllte den größten Teil des Jahres 1661 aus, zusammen mit dem am Westrand der Stadt begonnenen Bau einer ausgedehnten Zitadelle. Die innere Ordnung der Stadt wurde nach den Beschlüssen des fürstlichen Hofrats in der ersten Augusthälfte³² völlig umgestaltet. Ämter und Einrichtungen der städtischen Selbstverwaltung blieben zwar dem Namen nach erhalten, verloren aber ihren alten Charakter. In Zukunft setzte der Fürst die Bürgermeister ein, ernannte einen

²⁷ Aufzeichnungen A. v. Velens: Ebd.

²⁸ Der Inhalt bestand in folgenden Artikeln: Der Bischof habe 20–30 000 Rtl. für die Aufstellung der überlassenen Regimenter aufgewendet. Die Kosten für die »Reduktion« Münsters und für die Verpflegung der kaiserl. Regimenter für mehr als ein Jahr und für die Errichtung einer großen Zitadelle seien erheblich gewesen. Er könne daher den Unterhalt der Hilfstruppen für den Türkenkrieg nicht bestreiten, sich auch nicht entsinnen, das Gronsfeld versprochen zu haben. Er überlasse daher dem Kaiser die Truppen ganz mit der Bitte, die höheren Offiziere bei ihren Regimentern im Dienst zu behalten (L., Raesfeld D 6 VI). Zum Teil mußten die schon entlassenen Kompanien an den Grenzen des Stifts wieder eingesammelt werden (Gronsfeld an Kaiser Leopold, Düsseldorf 12. 4. 1661: L., vorl. Nr. 2568). Gleichzeitig wurden neue Truppen für das vom Landtag bewilligte Geld erworben (Landtagsproposition v. 21. 4. 1661, Abschied v. 3. 5. 1661: MLA, 490, 135). Mit Pfalz-Neuburg entspann sich ein Streit, als der Bischof das ihm vom Pfalzgrafen überlassene Spielbergische Regiment kurzerhand dem Kaiser zuschicken wollte (Schr. v. 22. und 28. 4. 1661: MLA, 539 V).

²⁹ Von Widersetzlichkeit und Aufruhr unter den Soldaten berichten die Schr. Chr. Bernhards an Paderborn v. 12. und 19. 5. 1661: MLA, 540b III. Ein Teil der Truppen desertierte (Chr. Bernh. an Kurköln, 27. 5. 1661: MLA, 542 a). Nach ihrer Ankunft an der Donau betrug die Stärke der Regimenter nur 1300 Mann, wie der Kaiser am 23. 7. 1661 klagte, während die kaiserl. Regimenter 2–3000 Mann zählten (L., Raesfeld D 6 VI). In dem ungewohnten Klima schmolzen sie weiter zusammen. Nach dem Brief des Kaisers v. 12. 11. 1661 verfügten beide Regimenter zusammen nur noch über 700 Mann und 30 Offiziere.

³⁰ Domkürster M. Korff-Schmising drängte, um einem kaiserl. Einspruch zuvorzukommen, auf schnelle Bestrafung. Ein solches Verhalten ging selbst dem Bischof zu weit. Er glaubte sich an den kaiserl. Urteilsspruch im wesentlichen halten zu müssen. Nur die an den Ausfällen nach St. Mauritz und Altenberge Beteiligten sollten einer Strafe zugeführt werden. Ratsprotokoll v. 2. 7. 1661: GR, 593.

³¹ Bericht Hessings v. 26. 7. 1661: MLA, 534, I IV.

³² Ratsprotokolle v. 30. 7.–12. 8. 1661: GR, 593.

Teil des Rats und bestätigte den anderen, von den Bürgern gewählten Teil. Er belehnte den Stadtrichter auf Lebenszeit und ordnete die Gildemeister an. Seine besondere Rache bekam das Schohaus, der Versammlungsort der Gilden und Zünfte, zu spüren, die Stätte, von der nach Dr. Boichorsts Meinung alles Böse herkam. Das Ziel, die völlige Sicherung der landesherrlichen Machtstellung in der Stadt auf lange Zeit, war erreicht³³.

Wenn auch im Ganzen gesehen die folgenden Jahre nach der Unterwerfung Münsters den Charakter einer Atempause nach großer Anstrengung tragen³⁴, so bergen sie doch den Keim neuer Verwicklungen in sich. Das Bündnis mit Frankreich verlockte zu größerer Angriffslust gegenüber den Generalstaaten und nachdrücklicherer Verfechtung der Borkeloer Frage. Aber auch im Stift selbst machten sich Schwierigkeiten geltend, mit denen der Bischof bisher nicht zu rechnen brauchte. Das Domkapitel geriet im Zusammenhang mit Übergriffen des Generalvikars Johann von Alpen in seine Archidiakonalrechte in einen ersten, ernsthaften Gegensatz zum Bischof³⁵. Auch das Verhältnis zum Domdechanten von Brabeck, seinem alten Vertrauten, hatte sich gewandelt. Der Bischof nahm es mit der Einhaltung geistlicher Pflichten genau und empfand es als Ungehorsam, daß Brabeck sich immer wieder der Priesterweihe entzog.

Schließlich fällt in diese Zeit die Wahl des Bischofs zum Administrator der Fürstabtei Corvey³⁶. Das brachte nicht nur eine Steigerung seines Ansehens, sondern auch eine Quelle neuer Aufgaben mit sich. Allein der Streit zwischen Corvey und Braunschweig über Höxter barg Sprengstoff genug³⁷. Ja, es schien, als ob auch das Verhältnis zum Paderborner Nachbarn, Ferdinand von Fürstenberg, durch den Amtsantritt in Corvey eine Trübung erfuhr. Bekanntlich erhob Paderborn Ansprüche auf Diözesanrechte über das Corveyer Gebiet, wogegen Christoph Bernhard sofort bei der Eidesleistung in Sassenberg protestierte³⁸. Papst Alexander VII. hielt es sogar für nötig, beide Bischöfe zu

³³ Die Einzelheiten betreffen die Stadtgeschichte und werden hier nicht behandelt. Über den Einzug des Fürsten am 10. 7. 1661 und die Umwandlung des Stadtreiments vgl. ausführlich Tücking S. 93–109.

³⁴ Während der Belagerung Münsters hatte der Bischof zeitweise 12 000 Mann unter den Waffen. Erhebliche Schulden blieben zurück, darunter 30 000 Rtl. an den Pfalzgrafen unter Verpfändung der Ämter Werne und Dülmen (Briefwechsel über Ablösung in MLA. 539 V), die neben den oranischen Zahlungsverpflichtungen von 1659 bei weitgehender Verpfändung der Tafelgefälle und großen inneren Schulden außerordentlich drückend wirkten. Vgl. Landtagsproposition v. 12. 9. und Abschied v. 30. 9. 1662: MLA. 490, 137.

³⁵ J. Vagedes an Chr. Bernh., 26. 5. 1662: MLA. 3, 9^{1/2}. Vagedes war seit 22. 7. 1659 nur noch in der Stadt Generalvikar, Alpen seit 2. 3. 1660 außerhalb der Stadt (MLA. 3, 10). Chr. Bernh. an Paderborn, 26. 7. 1662: MLA. 540 b III.

³⁶ Die Wahl erfolgte am 13. 11. 1661, päpstliche Bestätigung der Postulation 21. 1. 1662 (MU. 4542), kaiserl. Beleihung 7. 6. 1662. Reversal für das münst. Domkapitel 1. 7. 1662 (MU. 4551), Assekuration für das Corveyer Kapitel 9. 10. 1661 (MU. 4549).

³⁷ Tücking S. 110 ff.

³⁸ Im Grunde seines Herzens nahm Christoph Bernhard die Wahl gern an, wenn er auch an Ferd. v. Fürstenberg schrieb, daß er »bei dieses unsers Stifts Regierung solche Beschwerlichkeit und Mühe empfunden, daß pillich anstehen, ob auch ein mehrers zu übertragen vermögen«. Er übernehme das neue Amt in der gewissen Hoffnung, der kathol. Religion damit zu dienen. MLA. 540 b III. – Ferd. v. Fürstenberg empfahl am 28. 11. 1661 seinen Rat v. d. Borch zu Holzhausen als Corveyschen Landdrosten, offensichtlich um seinen Einfluß auf die Fürstabtei zu sichern. Christoph Bernhard lehnte höflich ab, weil das Kapitel den bisherigen Landdrosten v. Amelunxen beizubehalten wünschte (Ebd.).

freundschaftlichem Zusammenwirken aufzufordern³⁹. Dem friedlicheren Gemüt Fürstenbergs fiel die Befolgung dieser Bitte nicht schwer. Ohne Zweifel begleitete er aber den Amtsantritt des unruhigen Nachbarn im Benediktinerkloster an der Weser mit ehrlicher Sorge. Sein Bestreben, mit den protestantischen Nachbarn Niedersachsens und Hessens in Frieden zu leben, konnte durch dieses Ereignis erschwert werden. Es gehörte kein großer Scharfsinn dazu, das zukünftige Verhalten Christoph Bernhards gegenüber der Stadt Höxter vorauszuahnen, nachdem dieser bereits früher dort drastische Proben seines Könnens geliefert hatte. Daß anderseits Braunschweig und Hessen-Kassel einer Unterdrückung der Protestanten in Höxter entgegentreten würden, konnte als Faktum gelten.

Der Bischof benutzte die Zeit auch zur Sicherung seiner persönlichen Zukunft. Seine wenig später dem englischen Gesandten Temple gemachte Angabe, er habe keine persönlichen Sorgen, weil er über Guthaben auf ausländischen Banken verfüge, die ihm ein sorgenfreies Leben sicherten, kam zweifellos nicht von ungefähr. Sein Streben nach finanzieller Unabhängigkeit von den Landständen fand auch hierin einen Ausdruck. Ebenso stellte er seine Familie auf eine gesicherte, finanzielle Basis. Er begründete am 2. Januar 1663 das Erbkämmeramt des Stifts Münster als erblichen Besitz der Familie von Galen, ausgestattet mit dem Kirchspiel Enniger und 20 000 Rtl. in bar⁴⁰.

³⁹ Päpstl. Bulle v. 22. 6. 1661 (MU. 4547), gedr. bei Tücking S. 112 Anm. 8.

⁴⁰ MU. 4559. Der erste Inhaber war Franz Wilh. v. Galen. Ihm sollten in absteigender Linie jeweils die ältesten Söhne weltlichen Standes folgen. Blieb Franz Wilh. kinderlos, traten die Söhne des Bruders Heinrich ein, für diesen wiederum ggfls. Ludwig Dietr. v. Galen zu Ermelinghof unter der Voraussetzung des Übertritts seiner Familie zum kathol. Glauben. – Das Kirchspiel Enniger stammte aus domkapitularem Besitz. Der Bischof erwarb es im Tausch gegen das Gogericht Senden, das er der Stadt nach ihrer Unterwerfung abgenommen hatte (MU. 4557a und 4558).

21. KAPITEL

TÜRKENKRIEG UND DIELER SCHANZE

Seit der Unterwerfung der Stadt Münster sank das Stimmungsbarometer in den Niederlanden ständig zu Ungunsten des Bischofs. Die holländischen Kaufleute vermerkten sehr übel, daß Christoph Bernhard sich in der Frage der Postbeförderung von Amsterdam nach Hamburg so einseitig für den Fürsten von Thurn und Taxis erklärte¹. Noch mehr beunruhigten die Gemüter die immer wieder erneut vom Bischof gemachten Vorstöße in der Borkeloer Frage, zumal die führenden Männer in den Generalstaaten keineswegs von der Richtigkeit des geldrischen Standpunktes überzeugt waren². De Witt wußte um die Zweigleisigkeit der französischen Politik in dieser Hinsicht und deren Ziel, beide Bundesgenossen, sowohl die Vereinigten Niederlande als auch Münster, bei der Stange zu halten. Von den Pariser Verhandlungen des Domküstlers besaß er volle Kenntnis. Ihm blieb auch nicht verborgen, daß Lionne dem Domdechanten von Brabeck noch am 30. März 1663 eine sehr willfährige Erklärung wegen Borkelo abgegeben hatte³. Merkwürdigerweise tauchten unmittelbar nach diesem Zugeständnis Gerüchte auf, nach denen der Bischof die umstrittene Herrschaft im Handstreich zu nehmen gedachte. Mit unverhohlener Schadenfreude nahm der münsterische Hof zur Kenntnis, daß der Graf von Limburg-Styrum bei diesen Nachrichten schon seine Koffer packte⁴. Man ließ offen, ob es aus Furcht oder schlechtem Gewissen geschah.

Befördert wurden diese Gerüchte durch die Verbindung, die der Bischof damals mit dem Groninger Johann Schulenburg anknüpfte. Dieser aus politischen Gründen aus der Heimat Vertriebene hoffte, auf diesem Wege sein Besitztum

¹ Auf Vorschlag des Antwerpeners van der Heiden planten die Niederländer, die Amsterdam-Hamburger und englische Post auf dem Landweg durch das Reich zu befördern, um Zeit zu sparen. Es entspann sich daraus ein Streit mit der Thurn- und Taxischen Post, die die Unterstützung des Kaisers fand. Besonders im Niedersächsischen Kreis erhitzten sich die Gemüter bis zu Gewalttätigkeiten. Christoph Bernhard verbot den niederländ. Postboten die Durchreise durch das Stift. Die Wirkung dieser Maßnahme kommt in den Resolutien der Generalstaaten vom März und April 1662 zum Ausdruck. Im Brief Römers v. 31. 3. 1662 wird die Hoffnung ausgesprochen, »dat den bishop van Munster sich moderater daerby vinde ende niet meer soo ophouden ende sich daerom so veel vyanden maecken sall«. Ausführl. darüber Der Kinderen I S. 188 ff.; vgl. Tücking S. 114; Alpen I S. 574 ff.

² Jan de Witt zweifelte sehr an dem geldrischen Standpunkt. Friquet behauptete, der Ratpensionär habe ihm gesagt, Geldern könne in dieser Sache nicht Richter sein, sondern müsse sich dem Rechtsspruch der Generalstaaten unterwerfen. Hessing an Chr. Bernh., 1. 6. 1663: MLA. 534, 1 IV.

³ MLA. 480, 33.

⁴ Die Deputierten der Grafschaft Zutphen baten am 21. 4. 1663 in Den Haag um Hilfe gegen einen möglichen Überfall des Bischofs von Münster. Über Franz Egon v. Fürstenberg erfuhr Christoph Bernhard davon (Chr. Bernh. an Franz Egon, 18. 5. 1663: MLA. 541 I). Die Gerüchte verstummten erst Mitte Mai (Hessing an Chr. Bernh., 15. 5. 1663: MLA. 534, 1 IV).

wiedererlangen und Rache an seinen Gegnern nehmen zu können⁵. Christoph Bernhard gab sich keiner Täuschung über die egoistischen Ziele dieses Mannes hin. Schulenburgs Erfahrungen in der niederländischen Politik und seine Kenntnisse über die in den Generalstaaten maßgebenden Männer verliehen ihm jedoch beträchtlichen Wert. Bereits am 12. Mai, nach zweimonatigem Aufenthalt in Münster, erhielt er seine Ratsbestellung⁶. In Friesland und Groningen faßte man den Akt als Herausforderung auf⁷. Welche Rolle dieser Mann spielen sollte, zeigte sich bereits im Herbst bei den ostfriesischen Wirren.

Wenn der Bischof im Augenblick seine Offensivpläne noch einmal zurückstellte, so geschah das mit Rücksicht auf den Beginn des Reichstags und die gefährlich anwachsende Türkengefahr. Die Eröffnung des bereits am 8. Februar 1662 ausgeschrieben letzten, immerwährenden Reichstags erfolgte mit gewohnter Langsamkeit erst am 20. Januar des folgenden Jahres. Die Behandlung seiner Hauptgegenstände, der Wehrverfassung des Reichs und des Türkenkriegs litt unter der Opposition des sogenannten Fürstenvereins, der auf Anregung des Pfalzgrafen Philipp Wilhelm, wahrscheinlich von Frankreich angestiftet, das Übergewicht des Kaisers und der Kurfürsten zu verringern strebte⁸. Ein neues Grundgesetz sollte das Recht der Fürsten verankern, an der Fertigstellung der kaiserlichen Wahlkapitulationen neben den Kurfürsten mitzuarbeiten. Der Pfalzgraf drohte, seine Türkenhilfe von der Fertigstellung des Gesetzes abhängig zu machen. Mit dieser unglaublichen Bedingung blieb er allerdings allein, jedoch erhob nun der Rheinbund Bedenken über die Art der Hilfeleistung. Die Franzosen wünschten nicht, daß der Kaiser Geld zu unkontrollierter Verwendung erhielt, und traten für eine Truppenhilfe ein, die jederzeit nach Belieben zurückgezogen werden konnte. Der Rheinbundrat fügte dem noch die Bedingung hinzu, daß das Hilfskorps als besondere Heeresabteilung unter eigenem General operieren müsse. In seiner Bedrängnis nahm der Kaiser das kärgliche Angebot an.

Um dem Fürstenverein zuvorzukommen, beeilten sich die Kurfürsten, die Frage der Wahlkapitulation durch schleunige Beratung der »Reichssekurität« beiseite zu schieben. Es gelang ihnen, wenigstens eine gleichzeitige Behandlung beider Punkte durchzudrücken. Der Fürstenverein erhob die Frage der Reichsbewaffnung in die Sphäre der Reichsverfassung. Die Anträge zielten auf Bildung einer Reichsarmee, wobei der Entscheid über Krieg und Frieden dem Reichstag, die Kriegsführung einer Reichstagskommission oblag. Trotz einiger Beistimmung hielten die meisten Stände die Gefahr für nicht groß genug, um die Annahme des

⁵ Über Schulenburg vgl. G. Pfeiffer, Christoph Bernhard von Galen in seinem Verhältnis zu Kaiser und Reich, WZ. 90 (1934) I S. 25. – A. J. v. d. Aa, Biographisch Woordenboek der Nederlanden XVII S. 566 (dort irrtümlich München statt Münster). – H. A. Poelman, Joh. Schulenburg, Groningsche Volksalmanak 1920. – Tücking S. 199 ff. – Vgl. Justificatie van de resolutien ende proceduren gehouden tegen J. Schulenborgh wegens het getraceerde met den Ambassadeur van Portugal (o. O.), 1662 (betr. Restitution der Eroberungen in Brasilien). – Accusatie ende conclusie door d'Advocaten fiscael tegens Johan Schulenborch, Leeuwarden 1662.

⁶ Schulenburg wandte sich zum ersten Mal am 14. 3. 1663 aus Meppen mit dem Dank dafür, »dat ich leve«, an den Bischof (MLA. 544 II). Er war bereits vor dem am 30. 12. 1662 gegen ihn verhängten Urteil in Frauenkleidern aus Groningen geflüchtet (die Deputierten von Groningen an Chr. Bernh., 15. 8. 1663; Ebd.).

⁷ Hessing an Chr. Bernh., 5. 6. 1663; MLA. 534, 1 IV.

⁸ Zum Fürstenverein gehörten außerdem die Herzöge von Braunschweig, beide Landgrafen von Hessen und der Herzog von Württemberg. – Vgl. im allgemeinen J. Höxter, Die Vorgeschichte und die beiden ersten Jahre des immerwährenden Reichstages, Heidelberg 1902.

Planes zu überstürzen. Stattdessen feilschten sie über die Zahl der zu bewilligenden Römermonate, von denen schließlich 50 für die schon beendeten Rüstungen zugestanden wurden. Die trügerische Ruhe zerstörten im Juni Berichte aus Ungarn von einem mit Sicherheit bevorstehenden Generalangriff Ahmed Köprülü auf die österreichischen Reichslande.

Der Bischof von Münster ließ sich bis zu diesem Zeitpunkt in Regensburg nur durch den corveyschen Rat Dr. Franz Melchior Saur vertreten⁹. Erst angesichts der verschlimmerten Lage in Ungarn bestimmte er einen ordentlichen Vertreter in Gestalt des Dr. von Basserode¹⁰. Der Gesandte nahm die Anweisung mit auf die Reise, dem Kaiser wegen der Türkenhilfe so weit wie möglich entgegenzukommen und einen Befehl zu erwirken, der den Bischof verpflichtete, auch die übrigen Stände des Westfälischen Reichskreises zur Türkenhilfe anzuhalten¹¹.

Höchst unwillkommen war dem Bischof der Beschluß des Rheinbundes, sein Kontingent in einem von den kaiserlichen Truppen gesonderten Korps in den Kampf zu führen. Schickte er seinen Beitrag zu dieser Abteilung, die im August bei Krems an der Donau ihr Rendezvous veranstaltete¹², wie er als Mitglied verpflichtet war, so verlor er die Möglichkeit einer unmittelbaren Hilfe, die ihm in den Augen des Kaisers ein weit größeres Ansehen verschaffte. Er verabscheute außerdem, mit den Franzosen gemeinsam in einem Korps zu kämpfen. So zögerte er mit seiner Entscheidung¹³.

Inzwischen stand bereits ein unübersehbares türkisches Heer vor Neuhäusel. Aus den Berichten Basserodes entnahm Christoph Bernhard, wie mißtrauisch der Kaiser der Sonderstellung der Rheinbundtruppen gegenüberstand, ja Bedenken trug, die französische Hilfe überhaupt anzunehmen, aus Furcht, einer geheimen Verschwörung der Franzosen mit Achmed Köprülü zum Opfer zu fallen. Behutsam ging der münsterische Gesandte allen Beratungen des Rheinbundes aus dem Wege¹⁴. Dieses Verhalten verschaffte dem Bischof zwar Bedenkzeit, aber auch den Argwohn der Mitglieder des Bundes, die ihn ohnehin wegen standhafter Verweigerung der vereinbarten Geldbeiträge nicht übermäßig schätzten. Schickte

⁹ Undatiertes Protokoll in MLA. 473, 35.

¹⁰ Vollmacht v. 20. 7. 1663; Ebd. Über die Ernennung Basserodes zum Rat zeigte das Domkapitel großes Mißvergnügen. Der Domdechant v. Brabek warf diesem vor, die Interessen des Domkapitels in einigen Rechtsstreitigkeiten geschädigt zu haben (Protokoll v. 24. 7. 1663; DK. Prot. 28 Bl. 116 ff.). Der Bischof bestellte Basserode daraufhin ohne Zustimmung des Domkapitels, was seiner Kapitulation zuwiderlief.

¹¹ Die übrigen Punkte der Instruktion v. 20. 7. 1663 (MLA. 473, 35) betrafen den klevisch-jülichischen Religionsstreit und die Auseinandersetzung mit der Stadt Höxter wegen Einführung des kathol. Gottesdienstes in der Stadt. Die dringende Frage der Wehrverfassung des Reichs wurde nur allgemein berührt und dem Vorstoß des Fürstenbundes gegen die Wahlkapitulation und das Kurfürstenkollegium ganz aus dem Wege gegangen. Hierin lagen zu viele politische Gefahren. Das Verhältnis zum Kaiser, das der Bischof zu bessern im Begriff war, wäre gestört worden, hätte er sich Pfalz-Neuburg angeschlossen. Auch Kurmainz hätte sich beleidigt fühlen können. Andererseits legte der Bischof keinen Wert darauf, den Pfalzgrafen, seinen engsten Verbündeten, vor den Kopf zu stoßen, und schließlich gehörte der Bischof selbst dem Fürstenstand an und ließ sich die Wahrung von dessen Rechten angelegen sein.

¹² Der Rheinbundrat an Chr. Bernh., 13. 7. 1663; MLA. 473, 35.

¹³ Basserode an Chr. Bernh., 23. 8. 1663, mit der Mahnung, sich bald zu entscheiden; Ebd.

¹⁴ Der Bischof hatte Basserode vorsorglich für den Rheinbundrat gar nicht bevollmächtigt.

er seine Truppen¹⁵ zur kaiserlichen Hauptarmee, so hätte er den Rheinbündlern seine Gesinnung allzu offen enthüllt. Das Mißtrauen der Verbündeten und Frankreichs erhöhte sich ohnehin auf die Kunde, daß ein münsterisches Kontingent von 1000 Fußknechten und 200 Reitern mit 12 Feldstücken und 2 Haubitzen sich bereits auf dem Weg zur Donau befand, ohne daß entschieden war, zu welchem Heer die Truppen stoßen sollten. Erzbischof Guidobald von Salzburg, der kaiserliche Hauptgesandte, rechnete mit Festigkeit auf die Zuführung zum kaiserlichen Hauptheer und trank überschwänglich auf das Wohl des Münsteraners, umgeben von den griesgrämigen Gesichtern der Franzosen und ihres Anhangs. Deren Vermutung, der Bischof werde nach der Niederwerfung der Stadt Münster den Rheinbund in die Rumpelkammer verbannen, schien sich zu bewahrheiten¹⁶.

In der Tat sah sich die münsterische Politik vor die Frage gestellt, ob sie sich der Hilfe Frankreichs vor der Klärung der Borkeloer Frage berauben oder ob sie ihre Hoffnung auf das vorgeschlagene Reichsdefensionswerk und die Hilfe des Kaisers werfen sollte. Freilich stellte die geplante Reichsarmee bisher ein bloßes Schemen dar, während die französische Armee eine eindrucksvolle Realität bildete. Der Bischof fand einen Ausweg, den ihm beide Seiten nicht böse auslegen konnten. Die münsterischen Hilfstruppen erhielten den Befehl, sich zum Bundesheer zu begeben, jedoch nur in dem Falle, wenn dieses noch im laufenden Jahre in den Kampf ziehen würde. Nur zu gut wußte der Bischof, daß das aller Wahrscheinlichkeit nach nicht der Fall sein würde. So behielt er freie Hand, unter dem Vorwand, sein kleines Heer einem baldigen Nutzen zuführen zu wollen, zum kaiserlichen Hauptheer zu stoßen¹⁷.

In guter Ordnung langten die münsterischen Truppen zur größten Zufriedenheit Erzbischof Guidobalds am 3. Oktober an¹⁸. Noch war der salomonische Entscheid des Bischofs aber nicht eingetroffen. In dieser Ungewißheit verabredete der Kriegskommissar Steingen mit Basserode, das Kontingent zur kaiserlichen Hauptarmee zu schicken. Als der bischöfliche Befehl eintraf, wurde es zwar zum Allianzheer nach Melk umdirigiert, aber ein österreichischer Kommissar ließ sich die sichere Beute nicht entgehen und führte das Korps zum kaiserlichen Sammelplatz bei Krems¹⁹. Die Kriegführung behinderte der Vorfall nicht, denn Montecuccoli, der als Italiener den Winterkrieg wie den Teufel scheute, hatte seine Generäle und den Kommandierenden der Allianztruppen, Graf Hohenlohe, bereits von den Vorteilen einer Verschiebung des Feldzuges bis zum Frühjahr überzeugt, zumal auch die Türken in die Winterquartiere gingen. Dem Bischof zum Schaden wirkte sich indessen die durch die Absonderung hervorgerufene Welle der Erregung im Rheinbunde aus. Sein Plan, den Bund durch Zuführung des münsterischen Kontingents in Ruhe zu wiegen und dann vielleicht in aller Stille den Verlängerungstermin des 1664 ablaufenden Vertrages ver-

¹⁵ Kurfürst Joh. Philipp gewährte dem münsterischen Kontingent am 12. 9. 1663 Durchmarsch durch seine Länder (MLA. 473, 35). Die nötigen Mittel zur Aufstellung der Truppen hatte der am 2. 8. 1663 beginnende Landtag bewilligt (Proposition in MLA. 490, 139).

¹⁶ Basserode an Chr. Bernh., 17. 9. 1663; MLA. 473, 35.

¹⁷ Chr. Bernh. an Basserode, 28. 9. 1663; Ebd. Basserode erhielt gleichzeitig die Anweisung, sich auch im Rheinbundrat sehen zu lassen, ohne jedoch auf dessen Anmahnung der rückständigen Beiträge einzugehen.

¹⁸ Basserode an Chr. Bernh., 4. 10. 1663; Ebd.

¹⁹ Basserode an Chr. Bernh., 8. 11. 1663; MLA. 473, 36.

streichen zu lassen, war empfindlich gestört²⁰. Jetzt würde es wahrscheinlich schwer fallen, die Aufmerksamkeit der Verbündeten zu täuschen. Um den ungünstigen Eindruck abzuschwächen, entschloß sich Basserode nach einer Unterredung mit dem kaiserlichen Gesandten Crane, ein fürstliches Schreiben an den münsterischen Obristen Post, in dem diesem das Verbleiben beim kaiserlichen Heere befohlen wurde, eigenmächtig zurückzuhalten²¹. Durch Verhandlungen über einen weit unter der vereinbarten Höhe liegenden Bundesbeitrag glaubte er, mit einiger Geschicklichkeit die Zeit bis zur Verlängerung des Vertrages überwinden zu können²².

Die ärgerlichen Vorkommnisse ließen dem Bischof eine persönliche Anwesenheit in Regensburg vorsam erscheinen. Von einer Abreise aus dem Stift hielten ihn bisher dringende Aufgaben zurück, die mit der sogenannten Liechtensteinschen Schuld²³ zusammenhingen. Graf Enno III. von Ostfriesland unterzeichnete nämlich am 28. Januar 1600 mit den Töchtern seiner ersten Gemahlin den Berumer Vergleich, in dem diese auf ihr mütterliches Erbe, das Harlingerland, verzichteten, jener dagegen auf bestimmte Einkünfte. Der Vater versprach außerdem 200 000 Taler zu zahlen, von denen Sabina Katharina 35 000 mit der Grafschaft Rietberg und Agnes 165 000 Taler zugesprochen wurden. Agnes heiratete 1604 den Grafen (später Fürsten) Gundakar von Liechtenstein und focht den Vertrag an. Enno bequeme sich 1622 zu einer Nachzahlung von 135 000 Rtl., die unglücklicherweise in die Hände des Grafen Ernst von Mansfeld fielen. Immer wieder zögerte sich die Zahlung hinaus, bis endlich der Reichshofrat am 16. Januar 1663 die Zahlung der gesamten 300 000 Rtl. befahl und die Beitreibung dem Bischof von Münster und dem Grafen von Oldenburg übertrug. Christoph Bernhard frohlockte, sich in die Angelegenheiten Ostfrieslands, einer Grafschaft, die zur unmittelbaren Einflußsphäre der Generalstaaten gehörte, einmischen zu können. Hier bot sich eine Gelegenheit, die Holländer aus dem Reich herauszudrängen.

Sie wurde beim Schopfe ergriffen. Im August begaben sich Johann Beveren von Twickel, Bernhard von Wydenbrück und Schulenburg nach Ostfriesland, um den in der Klemme sitzenden Grafen zur Abtretung des unmittelbar an der niederländischen Grenze gelegenen Reiderlandes gegen Übernahme der halben Liechtensteinschen Schuld zu bewegen²⁴. Vielleicht hätte der Graf der Lockung

²⁰ Die Absicht des Bischofs ging tatsächlich dahin, die Verlängerung des Rheinbundesvertrages 1664 ungenutzt verstreichen zu lassen, wie er Basserode in Ahaus vor dessen Abreise nach Regensburg anvertraute.

²¹ Basserode an Chr. Bernh., 15. 11. 1663: MLA. 473, 36.

²² Basserode an Chr. Bernh., 19. 11. 1663: Ebd. – Angesichts der hartnäckigen münsterischen Weigerung zu zahlen, erklärte sich der Bundesrat zu Beratungen über die Höhe des Beitrags bereit (Protokoll v. 16. 11. 1663: Ebd.). – Über die verpaßte politische Wirkung bei der Zuführung der Hilfstruppen zeigte sich der Bischof sehr empört und drohte dem Schuldigen schärfste Bestrafung an (Chr. Bernh. an Basserode, 23. 11. 1663: Ebd.). Basserode wußte keinen besseren Rat, als die Schuld auf den Kommissar Steingen zu schieben (Basserode an Chr. Bernh., 29. 11. 1663: Ebd.), der sich bei der Truppe befand und nicht verteidigen konnte. Die Amtsführung Basserodes mißfiel dem Bischof auch sonst. Der Gesandte neigte zu sehr zu selbständigem Handeln.

²³ Ausführl. über die Liechtensteinsche Schuld vgl. Tücking S. 120 ff.; Klopp II S. 124 u. 336; Der Kinderen I S. 209 ff., dieser mit einer Stammtafel.

²⁴ Schulenburg wäre beinahe in die Hände der Holländer gefallen, die von seinen Verhandlungen in Jemgum hörten (Schulenburg an Chr. Bernh., 26. 8. 1663: MLA. 543 I).

nachgegeben, aber die Stände des Landes lehnten die Abtretung einer Landschaft an den Bischof von Münster ab²⁵. Kurz nachdem die Verhandlungen in Jemgum ergebnislos zu Ende gingen, kam eine niederländische Gesandtschaft in Emden an. In Den Haag hatte man bereits von dem gefährlichen münsterischen Angebot Kunde bekommen und rüstete sich zur Gegenwehr²⁶.

Der Bischof gab sein Spiel nicht so schnell verloren. Dem Grafen Georg Christian, den er zur Jagd im Hümmling geladen hatte, bot er schließlich die Übernahme der ganzen Liechtensteinschen Schuld als Preis für die Einwilligung zur Besitznahme des Reiderlandes an. Aus Furcht vor den Generalstaaten erbat der Graf Bedenkzeit²⁷. Da er Geld brauchte, die Stände ihm aber die Abtretung von Land untersagten, fragte er durch seinen Rat Wiarda bei den niederländischen Gesandten an, ob eine Anleihe der Generalstaaten möglich sei. Christoph Bernhard durchschaute die Absicht des Grafen, sich auf diese Weise aus der Schlinge zu ziehen, und schickte abermals den Drost von Twickel nach Aurich. In hochmütigem Tone forderte dieser schnelle Bezahlung der Schuld unter Androhung einer Besatzung von 100 Mann in Esens und Wittmund zur Durchführung des Reichshofrats-Urteils. Auf die Kunde von münsterischen Truppenansammlungen bei Meppen bequeme sich Georg Christian zum Auricher Vertrag vom 4. September 1663, in dem er sich zur Zahlung von 135 000 Rtl. Zinsen am 29. des Monats in Meppen, von weiteren 135 000 Rtl. anstatt der von Mansfeld geraubten Summe am 23. April 1664 und des Berumer Kapitals von 165 000 Rtl. in 3 gleichen Raten am 23. April 1665, 1666 und 1667 verpflichtete. Ausgenommen das *Dominium directum*, diente das gesamte Fürstentum Ostfriesland gegenüber dem Bischof als Pfand.

In der Eile unterlief dem Grafen die Ungenauigkeit, sein Fürstentum für eine Schuld zu verpfänden, die rechtlich nur das Harlingerland betraf. Seine Stände riefen daraufhin sofort die Hilfe der Generalstaaten an. Von dort erhielten sie nur den Rat, ihren Herrn durch eine Geldbewilligung aus den Händen des Bischofs von Münster zu befreien, aber dazu zeigten sie keine Lust. So bat Georg Christian selbst nochmals in Den Haag um eine größere Anleihe. Die Holländer waren dazu nicht ungeneigt, wenn der Graf ihnen die Dieler Schanze an der Grenze zum Bistum Münster zur Besetzung übergab²⁸. Beinahe wäre die Abmachung zustande gekommen. Sie scheiterte im letzten Augenblick an der von den Generalstaaten erhobenen Forderung auf zusätzliche Überlassung des Jemgumer Schlosses.

Der Bischof nahm die Nachrichten über die bevorstehende Besetzung der Dieler Schanze durch staatliche Truppen mit größter Unruhe auf. Da die Abreise zum Reichstag drängte und wenig Aussicht auf eine ostfriesische Geldzahlung bestand, entschloß er sich zum Handeln. In der Nacht vom 18. zum 19. Dezember 1663 nahm Obrist von Elverfeld, Kommandant zu Meppen, die

²⁵ Die Abtretung des Reiderlandes verbot sich auch deshalb, weil es wegen anderer Schulden an die Generalstaaten verpfändet war.

²⁶ Die am 1. September in Emden angekommenen Gesandten gaben vor, auf Beilegung innerer Streitigkeiten instruiert zu sein, aber im Grunde richtete sich ihr Hauptanliegen auf die Liechtensteinsche Schuld, wie ihre Berichte beweisen. Der Kinderen I S. 213.

²⁷ Auch Schulenburg reiste noch einmal nach Aurich, um den Grafen zu einem Entschluß zu drängen, ohne jedoch eine Zusage zu erhalten.

²⁸ Die Schanze beherrschte die Straße von Friesland in das münsterische Emsland und den Flußlauf der Ems und besaß für den Fall eines militärischen Konfliktes zwischen Holland und Münster große Bedeutung. Vgl. Tücking S. 121 u. 124.

mit 7 ostfriesischen Soldaten besetzte Schanze ohne Blutvergießen ein²⁹. Da der Auricher Vertrag schon im ersten Termin nicht erfüllt war, befand sich der Bischof rechtlich in unangreifbarer Stellung. Die Ostfriesen sahen mit Furcht und Angst einer münsterischen Besetzung des ganzen Landes entgegen. Die Generalstaaten zeigten sich befremdet, daß der Bischof ihrer während der Verhandlungen mit Graf Georg Christian ausgesprochenen Bitte um Aufschub der Exekution so wenig Beachtung schenkte, fragten aber auch ärgerlich den Grafen, weshalb er zögere, die Schuldscheine zu unterschreiben und der Besetzung der Dieler Schanze zuzustimmen³⁰.

Leichten Herzens und im Bewußtsein, den Niederländern mit der Besetzung der Schanze zuvorgekommen zu sein, reiste der Bischof in den Weihnachtstagen nach Regensburg ab. Hätte er geahnt, daß der in seinen Ängsten ganz und gar verwirrte Georg Christian in eben diesen Tagen die vollzogenen Obligationen einschließlich der Erlaubnis zur Übernahme der Dieler Schanze nach Den Haag abschiedte³¹, wäre er nicht so ruhig gefahren. Die kriegerische Stimmung in den Niederlanden schwoll an. Pläne zur Aufstellung von 7 Regimentern wurden gefertigt, und hätte man nicht über die Haltung Ludwigs XIV. einige Zweifel gehegt, so wäre der Krieg in diesem Zeitpunkt oder spätestens im Frühjahr ausgebrochen.

Die Aufmerksamkeit des Bischofs richtete sich jetzt aber ganz auf den Türkenkrieg. Durch Basserode hatte er bereits am 1. Dezember in Regensburg den aufsehenerregenden Vorschlag gemacht, den bisher unentschlossen und planlos geführten Krieg kräftiger zu gestalten: Die Stände sollten ein Triplum stellen und ein weiteres bereithalten. Zwei schlagkräftige Armeen mußten links und rechts der Donau vorrücken, beide mit starker Reiterei, um die Tataren erfolgreich bekämpfen zu können. Die Führung der Kreiskontingente sollte den Kreisdirektoren, die Oberleitung einem Reichsfeldhauptmann mit beigegebenen Räten übertragen werden. Kämpften die Truppen mit kaiserlichen Verbänden gemeinsam oder in kaiserlichen Landen, erhielt der Kaiser oder sein Generalissimus das Kommando. Die männliche Landbevölkerung müsse mit den Waffen ausgebildet werden. Bis zur Einrichtung eines kräftigen Verteidigungswerks sollten alle Beratungen über die Wahlkapitulation ruhen³².

Die allgemeine Aufmerksamkeit lenkte sich auf den Bischof. Er wurde schließlich gemeinsam mit dem Markgrafen Friedrich von Baden-Durlach Präsident des neubegründeten Reichskriegsrats³³. Christoph Bernhard war von der neuen Aufgabe, die ihm in den Augen des Kaisers großes Ansehen einbringen mußte, so begeistert³⁴, daß er sich zur Freude der zahlungsunlustigen Reichsstände bereit-

²⁹ Wie immer teilte der Bischof dem Domkapitel sein Vorhaben nicht im voraus mit, versäumte aber auch hinterher eine offizielle Benachrichtigung (Protokoll v. 15. 1. 1664: DK. Prot. 29 Bl. 38).

³⁰ Der Kinderen I S. 225; Brieven van Johan de Witt, 2. Deel, Amsterdam 1909, S. 526 ff.

³¹ Der Kinderen I S. 226. — ³² Protokoll v. 1. 12. 1663: MLA. 473, 36.

³³ Am 15. 4. erhielt v. Basserode Anweisung, keine Sachen des Reichskriegsrats zu bearbeiten, sondern an den Geheimsekretär des Bischofs, Heinrich Bruchausen, abzugeben. MLA. 473, 37.

³⁴ B. v. Wydenbrück wollte mit seiner Erklärung vor dem Domkapitel, der Bischof habe das Amt ohne große Lust nur auf Drängen der Reichsstände übernommen, nur den Besorgnissen über die zu erwartenden großen Kosten begegnen. Die versammelten Domherren baten ängstlich, der Bischof möge doch auf das Direktorium, wenn es noch möglich sei, verzichten. Protokoll v. 27. 5. 1664: DK. Prot. 29 Bl. 79 ff.

fand, das Amt unentgeltlich zu übernehmen³⁵, obgleich sein Kollege 1200 Gulden monatlich erhielt.

Nachdem er das Amt in der Tasche und beim Reichstag die Borkeloer Sache eingefädelt hatte, machte er sich zur Heimreise bereit. Zum Abschied veranstaltete er in Regensburg ein glänzendes Mahl, bei dem er neuartige, durch ihre schnelle Bedienungsweise Staunen erregende Feldstücke vorführen ließ³⁶.

Im Stift gedachte sich der Bischof nicht lange aufzuhalten, da die Abreise zur Übernahme der Leitung des Türkenkriegs bei herannahendem Frühjahr drängte. Sein Hauptanliegen bestand darin, die Stände zur Bewilligung der nötigen Gelder für die Wiener Reise und die Türkenhilfe zu bewegen³⁷.

Aber auch die ostfriesische Frage forderte neue Entscheidungen. Noch in Regensburg erzielte der Bischof mit dem Schwiegervater des Grafen, Herzog Eberhard von Württemberg, ein Übereinkommen, das ihm die Besetzung der Dieler Schanze bis zur endgültigen Bezahlung der ganzen Schuld zugestand. Die Hoffnung, die Holländer könnten wegen fehlender hypothekarischer Sicherung der Anleihe durch Besetzung der Dieler Schanze von diesem Plan zurücktreten, erfüllte sich jedoch nicht. Als der gräfliche Rentmeister den Generalstaaten eine Akte über die Einräumung der Schanze aushändigte, öffneten sich sogleich die Börsen³⁸. Dem Obristen von Elverfeld in der Schanze und Rentmeister Martels in Meppen gingen Schreiben des Grafen zu, daß die verflossene Rate von 135 000 Rtl. in Leer gegen Räumung der Schanze in Empfang genommen werden könne.

Auf diesen Brief vom 1. Februar antwortete der bischöfliche Sekretär Holland inhaltend, sein Herr weile in Regensburg und habe keine Anweisungen hinterlassen. Christoph Bernhard selbst gab am 28. Februar den Generalstaaten zu verstehen, er sehe keinen Anlaß zu Verhandlungen, da bereits alle Fragen vertraglich geklärt seien³⁹. Offensichtlich hatte er wenig Lust, das Geld anzunehmen und den Holländern die Schanze zu überlassen. Empört beantragte die Provinz Holland, den Bischof mit Gewalt aus der Dieler Schanze zu vertreiben und zur Annahme des Geldes zu zwingen. Es kränkte den Stolz der Holländer, daß dieser in einem Lande militärische Schritte unternahm, das bekanntermaßen unter ihrem besonderen Schutz stand. Für alle Fälle wiesen sie 19 Kompanien an, sich am 6. Mai bei Kampen zu versammeln⁴⁰. Unbeirrt um einen kaiserlichen Einspruch setzten sie ihre Rüstungen fort. Jedermann wußte, daß der Bischof den größten Teil seiner Truppen jetzt in Ungarn hatte⁴¹.

³⁵ Reichsstädtisches Konklusum v. 9. 4. 1664: MLA. 473, 37.

³⁶ Tücking S. 123.

³⁷ Der Landtag begann am selben Tage, als der Bischof im Stift eintraf, nämlich dem 25. 4. 1664 (Chr. Bernh. an Franz Egon, 25. 4. 1664: MLA. 541 I). Landtagsproposition in MLA. 490, 141.

³⁸ Der Kinderen I S. 229 ff.

³⁹ Ebd. S. 233 f.

⁴⁰ Ebd. S. 238 f.

⁴¹ Ungeklärt war die Haltung des Kaisers, der auch mit einer Unterstützung der Generalstaaten im Türkenkrieg rechnete. (Graf Sinzendorf erhielt von ihnen jedoch im Juli eine endgültige Absage). Am 17. 4. überreichte Friquet in Den Haag eine Denkschrift, in der die Liechtensteinsche Schuld als alleinige Sache des Reichs bezeichnet wurde. Eine Bedrohung Groningens und Frieslands durch die kleine münst. Besetzung in der Dieler Schanze wurde geleugnet. Das Reich betrachtete daher einen Angriff auf die Schanze als Angriff gegen sich selbst. In Den Haag wußte man aber, daß vom Kaiser keine Taten zu erwarten waren. Prinz Wilhelm v. Oranien stellte 75 Kompanien auf. Weitere Verstärkungen waren beschlossen.

Noch einmal ersuchten die Generalstaaten den Bischof, die ersten beiden Raten der Liechtensteinschen Schuld anzunehmen und die Dieler Schanze bis zum 10. Mai zu räumen⁴². Friquet saß wie auf heißen Kohlen und flehte de Witt an, die Ankunft des Domdechanten von Brabeck abzuwarten. Als dieser am 4. Mai eintraf⁴³, wurde zwar bald über den Hauptpunkt, Räumung der Schanze nach Zahlung des zweiten Termins, Einigung erzielt, jedoch deutete Brabeck an, daß noch mit Ostfriesland ein wichtiger Gegenstand – man vermutete, daß es sich um die Schleifung der Schanze handelte – besprochen werden müsse. Offensichtlich zielte seine Verhandlungsweise auf Zeitgewinn⁴⁴.

Nach gleichzeitigen Besprechungen mit einem ostfriesischen Vertreter brachte der Domdechant am 16. Mai ein Abkommen zustande, das die Einhaltung des Auricher Vertrags, Auszahlung von 285 000 Rtl. am 31. Mai in Meppen mit gleichzeitigem Befehl zur Räumung der Schanze und Übergabe der Schlüssel an Georg Christian vorsah. Trotz dieser Annäherung der Standpunkte ergaben sich neue Schwierigkeiten, als Brabeck am 17. Mai den Generalstaaten Kenntnis davon gab und seine Abreise zur Einholung der fürstlichen Ratifikation ankündigte. In diesem Augenblick forderten die Deputierten einiger Provinzen die sofortige Unterzeichnung. Brabeck verweigerte sie. Im Eifer drohte de Witt, die Unterdrückung des Fürsten von Ostfriesland nicht länger dulden und ihm »mit der Kraft, die ihnen von Gott und der Natur verliehen sei, beistehen« zu wollen. Der Domdechant reiste verärgert ab⁴⁵.

Ihm war unbekannt, daß die Entwicklung dem Ratpensionär eine versöhnliche Haltung nicht mehr gestattete. Am 14. Mai beobachteten die Wachen der Festung Meppen den Vorbeizug eines holländischen Heeres von etwa 5000 Mann unter Prinz Wilhelm von Nassau in Richtung auf die Dieler Schanze⁴⁶. Der Ernst der Lage zwang den Bischof, der über keine Truppen verfügte, zu ungewöhnlich schneller Ratifikation des Haager Abkommens. Bereits am 24. Mai traf die Urkunde in Den Haag ein. Der Zahlungstermin war auf den 5. Juni verschoben, am 6. sollte die Räumung beginnen. Prinz Wilhelm wies die Generalstaaten an, alle Feindseligkeiten bis zum 31. Mai zu unterlassen⁴⁷.

An diesem Tage trafen der Domdechant und Bernhard von Wydenbrück in Stapelmoor bei Meppen ein. Zu Verhandlungen mit Prinz Wilhelm führten sie aber, wie dieser enttäuscht feststellte, keine Vollmacht mit sich. Beide gaben vor, nur mit den Ostfriesen verhandeln zu wollen, und zeigten am 1. Juni von Knypshausen den Entwurf einer Quittung über 285 000 Rtl. vor. Als dieser sich mit einem bloßen Entwurf nicht begnügen wollte, reisten die beiden Gesandten am 2. Juni wieder ab.

Bereits am Tage vorher kündigte Prinz Wilhelm den Waffenstillstand auf. Noch wenige Tage verteidigte sich Elverfeld in dem arg mitgenommenen Erd-

⁴² Die Generalstaaten an Chr. Bernh., 29. 4. 1664: Der Kinderen I S. 246.

⁴³ Brabeck verhandelte schon im Februar in Den Haag (Vgl. Schr. v. 8. 2., 25. 2. u. 13. 3. 1664: R., A 73). D'Estrades versprach seine Unterstützung, richtete aber wenig aus (D'Estrades an Chr. Bernh., 2. 3. 1664: MLA. 533, 4^{1/2}).

⁴⁴ Der Kinderen I S. 247 f. – ⁴⁵ Ebd. S. 250 f.

⁴⁶ Chr. Bernh. an Basseroode, 16. 5. 1664: MLA. 473, 37. Damit waren auch die zwischen dem Kurfürsten v. Mainz und dem niederl. Gesandten in Regensburg geführten Besprechungen über eine eventuelle Rasierung der Schanze (Basseroode an Chr. Bernh., 15. 5. 1664: Ebd.) überholt.

⁴⁷ Der Kinderen I S. 253 f. Der Prinz traf am 20. 5. vor der Schanze ein, Obrist Elverfeld nahm in seiner hoffnungslosen Lage den Waffenstillstand am 25. gern an.

werk und kapitulierte am 4. Juni gegen freien Abzug mit fliegenden Fahnen. Die Holländer rückten am 6. Juni ein⁴⁸.

Ein münsterischer Gegenschlag verbot sich im Augenblick, da nicht einmal die zur Sicherung der Festungen nötigen Truppen im Lande standen. Mit Zähneknirschen mußte der Bischof gute Miene zum bösen Spiel machen und sich damit trösten, »es werde die Gelegenheit sich noch ereugen, daß man sich eines wird revanchieren können«⁴⁹.

22. KAPITEL

ABSTIEG DES RHEINBUNDES

Befürchtungen am Wiener Hof, der Bischof könne sich durch die Kriegsdrohungen der Holländer von der Reise in den Süden abhalten lassen, erwiesen sich als unbegründet. Christoph Bernhard trieb es nach Wien, nicht nur um seine militärischen Talente in Ungarn unter Beweis zu stellen, sondern auch seinen Standpunkt in den Streitigkeiten mit den Generalstaaten an höchster Stelle darzulegen und, wenn möglich, die Unterstützung des Kaisers zu gewinnen. In die Ausarbeitung der Instruktion für die Reichskriegsdirektoren mischte er sich nicht ein. Basserode erhielt Anweisung, nur durch dritte auf möglichst ausgedehnte Rechte hinzuwirken. Indem der Entwurf ungeachtet seiner Weitschweifigkeit nur allgemeine Richtlinien aufwies, wurde dieses Ziel erreicht¹.

Die militärische Lage in Ungarn zu Beginn des Jahres 1664 war bedenklich. Montecuccolis Plan deckte sich mit dem des Bischofs, beiderseits der Donau anzugreifen. Er wurde verworfen. Stattdessen stellte man 3 Armeen auf. Die Zersplitterung der Kräfte verursachte beim Heranrücken Achmed Köprülü die Aufhebung des Belagerungsringes um die wichtigste Festung Kanizza. Nach

⁴⁸ Die Besatzung nahm Waffen, Gerät und Vorrat, so weit sie nicht am 18. 12. 1663 in der Festung waren, mit: Der Kinderen I S. 258. – Über den weiteren Gang der Liechtensteinschen Schuldsache vgl. ebd. S. 262 f.

⁴⁹ Vom Kaiser war keine tatkräftige Unterstützung zu erwarten (Kaiser Leopold an Chr. Bernh., 21. 5. 1664: MLA. 473, 37). Auch der Rheinbund wollte nicht helfen. Er und die Franzosen waren über die ständige Weigerung Münsters, die Bundesbeiträge zu zahlen, äußerst verbittert (Basserode an Chr. Bernh., 29. 5. 1664: Ebd.). Nur in Bonn machte der Bischof den schwachen Versuch, diplomatische Unterstützung zu gewinnen (Chr. Bernh. an Franz Egon, 30. 5. 1664: MLA. 541 I). Sie wäre ohnehin zu spät gekommen. – Das Zitat aus Schr. Franz Egons an Chr. Bernh., 24. 6. 1664: Ebd.

¹ Chr. Bernh. an Basserode, 2. u. 9. 5. 1664: MLA. 473, 37. – Der Entwurf v. 16. 5. und die endgültige Fassung v. 12. 7. 1664 in MLA. 473, 37 u. 38. Die Bestätigung durch die Reichskollegien erfolgte am 19. 7. 1664.

Gerüchten sollte daran hauptsächlich die Eifersucht des Befehlshabers der Rheinbundtruppen, Graf Hohenlohes, gegen den kroatischen Banus Zrinyi^{1a} schuld sein. Hohenlohes Generaladjutant, ein Franzose, geriet sogar in Verdacht, absichtlich in türkische Gefangenschaft gegangen zu sein, um mit dem Großvesir heimliche Abmachungen zu treffen. Angesichts so großer Unsicherheit innerhalb der christlichen Kriegführung hätte Achmed Köprülü, wäre er ein geschickterer Feldherr gewesen, mühelos Österreich und die Steiermark besetzen können².

Besonders nachteilig bemerkbar machte sich das Fehlen einer einheitlichen Oberleitung. So drängte die Zeit, als der Bischof am 1. Juli zur Übernahme des Reichskriegsdirektoriums nach Wien abreiste³. Auf dem Hinwege suchte er den in seiner süddeutschen Residenz weilenden Pfalzgrafen Philipp Wilhelm zu Neuburg auf. In persönlichen Gesprächen bemühte er sich, bei seinem Nachbarn Geschmack für seinen schon in Regensburg zur Sprache gebrachten Vorschlag einer Kräftigung des »Kreisdefensionswerks« zu erwecken. Die damit verbundene Stärkung der Reichsorgane erregte angesichts der drohenden Türkengefahr keinen Argwohn. Der Bischof hoffte, mit diesem Werkzeug später auch noch andere Arbeiten zu verrichten. Solange aber der Streit zwischen Kurbrandenburg und Pfalz-Neuburg herrschte, bestand wenig Aussicht, dieses Ziel zu erreichen. Bei seiner Anwesenheit in Rennertshofen bei Neuburg gelang es dem Bischof, das Normaljahr 1624 als Grundlage der konfessionellen Zustände in den niederrheinischen Ländern des Pfalzgrafen zur Anerkennung zu bringen. Philipp Wilhelm zeigte sich sogar bereit, dem Kurfürsten von Brandenburg den Eintritt in das Kreisdirektorium zuzugestehen⁴. Auch der Bischof, der einen solchen Schritt bisher als Minderung der münsterischen Rechte schroff ablehnte, gab sich damit zufrieden und bewies mit dieser Haltung, welchen außerordentlichen Wert er dem Zustandekommen des Kreiswerkes beimaß⁵. Auf ihm gedachte er, ein Bündnis zur Verteidigung der Länder aller drei Fürsten nach dem gegenwärtigen Besitzstand aufzubauen. Auch hierbei fand der Pfalzgraf keine Bedenken. Als aber der Bischof die Möglichkeit andeutete, das Bündnis in offensivem Sinne auszuweiten⁶, merkte er, was sein Gesprächspartner im Schilde

^{1a} Peter, Graf von Zrinyi, Banus von Kroatien (1621–1671).

² Steingen an Basserode, 8. 6. 1664: MLA. 473, 38. – Über den Stand der Forschung zum Türkenkrieg 1664 unterrichtet Hermann Forst, *Der Reichskrieg gegen die Türken im Jahre 1664*. Deutsche Geschichtsbll. Bd. 1, 1899, S. 76 ff. Ders., *Die deutschen Reichstruppen im Türkenkrieg 1664*, Mitt. d. Inst. f. österr. Gesch., Wien 1909; A. v. Schempp, *Der Feldzug 1664 in Ungarn unter besonderer Berücksichtigung der herzoglich württemberg. Allianz- und schwäbischen Reichstruppen*, Stuttgart 1909.

³ Aus Fritzlar (am 6. 7.) und Schweinfurt (am 11. 7.) kündigte der Bischof seinen Besuch beim Pfalzgrafen an: MLA. 539 VI.

⁴ Noch am 10. 11. 1663 bat Philipp Wilhelm den Bischof, Kurbrandenburg »in dem von Ihro mit Unfug präntiertem Condiretorio das geringste nit« einzuräumen: MLA. 473, 36. Vgl. UA. 11, 212 ff. Nach einer brandenburg. Nachricht aus Regensburg war der Bischof zum Pfalzgrafen gereist, um ihn zu bewegen, »das Directorium alternativum nicht länger zu difficultieren«: UA. 11 S. 230.

⁵ Bereits im März hatte Christoph Bernhard mit den Brandenburgern Fühlung aufgenommen, um auch sie zu einer versöhnlicheren Haltung zu bestimmen. Damals zeigten sich neue Spannungen in konfessioneller Hinsicht durch Unterdrückung der Protestanten in den Ländern des Pfalzgrafen und die darauf befohlene Vergeltungsmaßnahme des Kurfürsten in Form der Räumung des Kapuzinerklosters zu Kleve. Besonders der Rat v. Jena besprach mit dem Bischof die Kreissachen (Chr. Bernh. an Kurbrandenburg, 20. 3. 1664: MLA. 538 c).

⁶ Protokoll der Besprechung v. 17. 7. 1664: Ebd.

führte. Von allen drei Fürsten verfolgte nur der Bischof im Augenblick in Nordwestdeutschland Angriffsziele. Neben den Ansprüchen auf Borkelo und der Revanche für den Verlust der Dieler Schanze nahmen sich die pfalz-neuburgischen Wünsche wegen Ravenstein und einigen Grenzorten sehr bescheiden aus⁷.

Immerhin durfte der Bischof zufrieden sein, das Gespräch über die Kreiseinigung verhältnismäßig glatt eingeleitet zu haben. Er setzte seine Reise fort und erreichte am 26. Juli die Kaiserstadt an der Donau, wo er schon am nächsten Tag die Kriegsräte zu einer Sitzung einberief⁸. Da Markgraf Friedrich noch nicht eingetroffen war und Beschlüsse nicht gefaßt werden konnten, bemühte sich der Bischof, das unzulängliche Proviant- und Nachschubwesen zu verbessern. Die hohen Verluste bei den Mannschaften gingen weniger auf Kämpfe als auf Hunger und Krankheiten zurück⁹.

Gerade jetzt trat der Feldzug in ein entscheidendes Stadium. Nach dem Fall der Festung Serinvár Ende Juni rückte der Großvesir mit Verstärkungen aus Asien und Afrika längs der Mur auf die Steiermark vor. Ihm gegenüber stand Montecuccoli, mit französischen Hilfstruppen verstärkt, bei Szombat an der Mur. Er erreichte am 28. Juli St. Gotthard an der Raab. Hier fand am 1. August die Schlacht statt, die den Großvesir wegen der erlittenen hohen Verluste zur Aufgabe seines Plans, die österreichischen Erblande anzugreifen, zwang^{9a}. Anstatt das geschwächte osmanische Heer zu verfolgen, wie Montecuccoli vorschlug, entschieden sich Hohenlohe und der Franzose Coligny stehenzubleiben. Da der Bischof gerade erst seine Tätigkeit in Wien aufnahm, kann ihm kein Verdienst an dem Siege zugeschrieben werden. Von den übrigen Kriegsräten hob er sich jedoch rühmlich durch rastlose Fürsorge für die Belieferung der Truppen mit Lebensmitteln und Kriegsmaterial ab. An dem Tage seiner Antrittsaudienz mit Markgraf Friedrich beim Kaiser (9. 8.)¹⁰ war das Ende des Krieges praktisch schon gekommen. Ohne Wissen der Reichskriegsdirektoren nahm ein kaiserlicher Beauftragter in Vasvár Waffenstillstandsverhandlungen mit den Türken auf. Mißtrauen gegen Frankreich und der Wunsch, sich ungehindert den spanischen Angelegenheiten zu widmen, bewogen den Kaiser, den Krieg in einem für ihn günstigen Augenblick vorzeitig abzubrechen¹¹. Ende September traf die Nach-

⁷ An eine Teilnahme Kurbrandenburgs an der Offensivallianz mit deutlicher Richtung gegen Holland war ohnehin nicht zu denken. Während des Streits um die Dieler Schanze lehnte es der Kurfürst ab, in irgendeiner Form auf die Generalstaaten einzuwirken.

⁸ Chr. Bernh. an die Kriegsräte, 27. 7. 1664: MLA. 473, 38.

⁹ Chr. Bernh. an Franz Egon, 2. 8. 1664: MLA. 541 I; an Gravel, 2. 8. 1664: MLA. 473, 38.

^{9a} Vgl. W. Nottebohm, Montecuccoli und die Legende von St. Gotthard, Berlin 1897 (Wiss. Beilage z. Progr. d. Friedrichswerderschen Gymnasiums). Auf S. 4: ältere Literatur. – Gegen Nottebohm richtet sich H. v. Zwiedineck-Südenhorst, Die Schlacht bei St. Gotthard: Mitt. d. Inst. f. öst. Geschichtsforschung 10 S. 443 ff. – Eine Liste der Truppen des Rheinbundes, darunter des münst. Kontingents, bietet das Theatrum Europaeum im Bericht über die Schlacht Bd. IX S. 1176.

¹⁰ Chr. Bernh. an Basserode, 10. 8. 1664: Ebd.

¹¹ Die Unzufriedenheit im Reich über den unzeitigen Friedensschluß war allgemein. Jedoch darf auch nicht der schlechte Zustand der verbündeten Truppen übersehen werden. Eine Ruhepause nach der Schlacht an der Raab ließ sich kaum umgehen (Chr. Bernh. u. Markgraf Friedrich an den Allianzrat, 16. 8. 1664: MLA. 437, 38). Der Bischof überzeugte sich selbst durch eine Reise nach Ungarn von der Notwendigkeit einer Auffrischung (Chr. Bernh. an die Reichsstände zu Regensburg, 19. 8. 1664: MLA. 473, 38). Der Bischof reiste am 20. 8. nach Odenburg, um mit

richt ein, daß der kaiserliche Resident Renninger in Vasvár mit Achmed Köprülü auf 20 Jahre Frieden geschlossen hatte¹².

Um so mehr Zeit blieb dem Bischof, am Kaiserhofe seine Meinung über die ostfriesischen Angelegenheiten und seine Streitpunkte mit den Holländern unter die Leute zu bringen. Er scheint auch den Kaiser vor dem zunehmenden Einfluß Frankreichs in Deutschland gewarnt zu haben. Vielleicht machte er sogar dem Reichsoberhaupt bestimmte Zusagen über sein künftiges Verhältnis zum französischen König, denn in Paris verbreitete sich zu dieser Zeit das Gerücht, Christoph Bernhard habe Kaiser Leopold versprochen, den Rheinbund zu verlassen¹³, eine Nachricht, die wegen der vom Bischof dem Rheinbund stets erwiesenen Abneigung durchaus glaubhaft klang.

Zum Abschied schenkte Kaiser Leopold dem Bischof ein goldenes, diamantengeschmücktes Kreuz. Am 14. November verließ Christoph Bernhard Wien¹⁴.

höheren Offizieren die Hebung des Gesundheits- und Ausrüstungszustandes der Truppen zu besprechen (Bericht Chr. Bernh., Wien 23. 8. 1664: MLA. 473, 38). Hier legte er auch die Streitigkeiten innerhalb der Generalität, insbesondere zwischen Hohenlohe und Markgraf Friedrich bei, unter denen die Kriegführung litt (Chr. Bernh. an Franz Egon, 24. 8. 1664: MLA. 541 I). Unter dem Eindruck des erschütternden Zustands der christlichen Heere in Ungarn verzichtete der Bischof auf alle Offensivpläne, zu denen er an sich wohl Lust gehabt hätte. Von dem 40 000 Mann zählenden Heer waren nach seiner Schätzung nur noch etwa 8500 dienstfähig (Chr. Bernh. an Bertram, 14. 9. 1664: MLA. 473, 39). – Die Vorwürfe, die H. v. Zwiedineck-Südenhorst, Deutsche Geschichte 1. Bd., Stuttgart 1890, S. 252 gegen das Kaiserhaus erhebt, durch mangelnde Entschlußkraft seine Aufgabe auf dem Balkan verpaßt zu haben, erscheinen auf diesem Hintergrund überspitzt. Trotz der günstigen strategischen Lage erlaubte der Zustand des Heeres keinen Angriffskrieg in Ungarn. – Erschwerend wirkte das Fehlen eines ordentlichen Feldzugsplanes. Der am 28. 8. mit der Generalität und den ungarischen Magnaten besprochene Plan wurde durch den Übergang des Großwesirs über die Donau bei Gran umgestoßen (Die Reichskriegsdirektoren an die Reichsstände in Regensburg, 17. 9. 1664: MLA. 473, 39). – Auf die Mahnungen des Bischofs beschloß der Fürstenrat am 5. 8. in Regensburg, die Kreisstände zu Beratungen über Truppenersatz für Ungarn aufzufordern. Pfalzgraf Philipp Wilhelm geriet in große Sorgen, weil er fürchtete, daß eine Kreiszusammenkunft in Regensburg in seinem Streit mit Kurbrandenburg präjudizierliche Folgen haben könnte (Philipp Wilh. an Chr. Bernh., Neuburg 15. 8. 1664: MLA. 539 VI). Der Bischof antwortete, man könne über Militäreratz verhandeln, aber nicht in Form eines Kreistages (Chr. Bernh. an Philipp Wilh., Wien 16. 8. 1664: Ebd.). – Besonders aufgebracht über des Bischofs Mahnungen zeigte sich Ferd. v. Fürstenberg: Er könne nicht verstehen, daß ihm vorgeworfen werde, keine Hilfe geleistet zu haben. Sie sei sogar größer gewesen als die anderer Stände. »Welchem allem nach dann wir nicht absehen können, was Ew. Lbd. für Ursach gehabt haben, an uns ein so unfreundliches und bitteres, auf lauterem Ungrund bestehendes Schreiben abzulassen, als ungegründete Inculpationes und Betrohungen uns und anderen sonst willigen Ständen anitzo zu Continuation oder auch inskünftig zu mehrerer Einwilligung dergleichen freiwilligen Zusteuren gar geringen Lust und Veranlaß geben« (Ferd. v. Fürstenberg an Chr. Bernh., 23. 8. 1664: MLA. 540b III).

¹² Fürst Porzia unterrichtete den Bischof durch ein eigenhändiges Schr. v. 28. 9. 1664: MLA. 473, 39.

¹³ Franz Egon an Chr. Bernh., 26. 1. 1665: MLA. 541 II.

¹⁴ Tücking S. 126 nennt irrtümlich den 14. Oktober als Abreisetag. Neben den Akten weist Alpen I S. 662 f. den 14. November als richtig aus, als den Tag »qui anniversarius erat electionis suae«. Auf die Entlohnung seiner Tätigkeit als Reichskriegsdirektor hatte der Bischof, wie erwähnt, großzügig verzichtet. Nach Beendigung des Amtes erinnerte er jedoch an eine Entschädigung, die ihm die Reichsstände aus eigenem Antrieb als Zeichen der Anerkennung gewähren sollten (Basserode an Chr. Bernh., 12. 10. 1664: MLA. 473, 39). Falls man ihm nichts geben würde,

Unter den mannigfaltigen Eindrücken, die der Bischof von seiner Reise mit nach Hause nahm, befanden sich auch die wenig vorteilhaften vom Verhalten der Rheinbundtruppen unter ihrem Oberbefehlshaber Graf Hohenlohe. Sie stärkten in ihm die Abneigung gegen dieses mehr und mehr in den Sog der französischen Politik geratene Bündnissystem. Zum Unterschied von früher stand Christoph Bernhard jedoch mit seinem Widerwillen gegen Ludwig XIV. nicht mehr allein. Endlich hatte sogar Kurfürst Johann Philipp begriffen, in welche Hände er gefallen war. Sein Glaube an den Rheinbund als Werkzeug zur Wahrung der deutschen Unabhängigkeit ging in die Brüche. Durch die Franzosen sah er sich der Führung im Bunde beraubt und sein Ziel in Bahnen gelenkt, die durchaus nicht mehr in deutschem Interesse lagen¹⁵. Frankreich blieb der Gesinnungswechsel des Mainzers nicht verborgen, aber der König konnte nicht verhindern, daß sich die beiden anderen geistlichen Kurfürsten näher an Johann Philipp anschlossen. Von dort aus verbreitete sich der Gedanke einer Generalgarantie des Reiches durch ein Bündnis des Kaisers mit den Ständen. Auf Grund des Friedensvertrages von 1648 konnten zwar Schweden und Frankreich nicht von dem Bündnis ausgeschlossen werden, hatten aber keinen Zutritt zu der nur innerdeutsche Angelegenheiten berührenden Generalgarantie, auf die die völkerrechtlichen Bestimmungen des Friedensvertrags keinen Einfluß besaßen. Mit der Generalgarantie hätte das Reich einen Teil seiner verlorenen Staatlichkeit zurückgewonnen. Dem konnte Frankreich nicht zustimmen, um so weniger, als der Burgundische Reichskreis in die Garantie aufgenommen werden und ihren Schutz genießen würde. Mit großem Mißfallen stellten die Franzosen fest, daß gerade Johann Philipp sich zum Verfechter der Generalgarantie machte¹⁶ und vom Bundesrat der Rheinischen absonderte¹⁷.

Die erneute Annäherung des Bischofs von Münster an den Kurfürsten von Mainz vollzog sich unter diesen Umständen beinahe zwangsläufig. Die Sympathie des Münsteraners wuchs, als Johann Philipp in Streit mit der zum Territorium des Kurfürstentums gehörenden Stadt Erfurt geriet¹⁸. Wie sollte er sich nicht an seinen eigenen Kampf mit der Stadt Münster erinnert fühlen? Auch hier versuchte eine Stadt ihre alten Rechte und Freiheiten zur Reichsunmittel-

könnte später daraus geschlossen werden, daß das Reich mit seinen Leistungen unzufrieden gewesen sei (Chr. Bernh. an Basserode, 16. 10. 1664: Ebd.). Für die hohen Ausgaben, die er durch mehrmonatige Anwesenheit am Kaiserhof hatte, bewilligten die Landstände am 8. 11. 1664 monatl. 3000 Rtl. (MU. 4570). Besonders kränkend empfand es der Bischof, daß dem protestant. Kondirektor, Markgraf Friedrich, zum Unterschied von ihm eine Gage gegeben werden sollte; er wünschte sogar eine *große* Summe zu erhalten, damit es »der Posterität pro memoria hinderlassen werde«. Das Geld wollte er dann für andere »spendieren« (Chr. Bernh. an Basserode, 26. 10. 1664: MLA. 473, 40). Ganz unrealistisch war sein Plan, den Lohn mit den Rückständen bei der Rheinbundkasse zu verrechnen. Beide Summen hatten nichts miteinander zu tun (Basserode an Chr. Bernh., 31. 12. 1664: MLA. 473, 40).

¹⁵ Schnur S. 57. — ¹⁶ Schnur S. 62.

¹⁷ CA. 191 Bl. 353 ff. v. 25. 4. 1664, zitiert ebd. S. 64.

¹⁸ Zum Erfurter Krieg vgl.: v. Tettau, Über das staatsrechtliche Verhältnis von Erfurt zum Erzstift Mainz; Jb. der kgl. Akademie gemeinnützig. Wiss. zu Erfurt N. F. 1, 1863; ders., Die Reduction von Erfurt und die ihr vorausgegangenen Wirren, ebd. III, 1863; ders., Erfurts Unterwerfung unter die Mainzische Landeshoheit, Neujahrsbll. d. Hist. Komm. d. Prov. Sachsen 11, 1887; A. Kirchhoff, Die Besitzergreifung Erfurts durch Kurmainz 1664, Zs. f. preuß. Gesch. Bd. 8; UA. 11 Abschn. 6.

barkeit auszubauen und die Oberhoheit des Landesherrn abzuschütteln. Kaiserliche Kommissionen versagten hier wie dort. Die eigene Kraft des Landesherrn reichte auch im Erfurter Streit nicht aus (November 1663). Die Hilfe des Rheinbundes stand auf schwachen Füßen, da die protestantischen Mitglieder Einwände erhoben. Auch Frankreich verhielt sich ablehnend. Ludwig XIV. scheute eine Einmischung in innerdeutsche Angelegenheiten in einem Augenblick, in dem sich das Reich auf den Türkenkrieg vorbereitete. Der Kurfürst mußte wohl oder übel im Februar 1664 den Angriff auf Erfurt vorläufig aufschieben¹⁹.

Im Sommer hielt er jedoch seine Zeit für gekommen. Bevor die Protestanten ihre Truppen aus Ungarn zurückerhielten, hoffte er, sofort nach Beendigung des Türkenkrieges sein Werk zu vollenden. Auf sein ständiges Pochen kündigte Ludwig XIV. den Abmarsch von 63 Kompanien Infanterie nach Erfurt an.

Zur selben Zeit wandte sich Johann Philipp auch an Christoph Bernhard in der Hoffnung, bei ihm das größte Verständnis zu finden. Am 14. Juni erhielt sein Gesandter Dr. Gereon Molitoris die Zusage tatkräftiger Unterstützung. Der Bischof sprach dabei die Erwartung aus, ein ständiges näheres Verhältnis zwischen den Stiftern Mainz, Würzburg und Münster begründen zu können²⁰. Sogar das Domkapitel wurde diesmal ins Vertrauen gezogen. Von ihm brauchte allerdings in dieser Hinsicht kaum mit Widerspruch gerechnet zu werden. Der Plan einer Erbvereinigung der drei geistlichen Staaten entsprach ebenfalls ganz den Wünschen der Domherren²¹.

Auf der Reise nach Wien empfing der Bischof das Dankschreiben Dr. Molitoris' für die grundsätzliche Bereitschaft, gegen Erfurt mitzuhelfen, das mit der Ankündigung schloß, der Gesandte habe eine dem Stift Münster »sehr avantageuse Commission« auszurichten²². Daß damit die Erbvereinigung gemeint war, stand außer Zweifel. Den Bischof erfreute die Nachricht um so mehr, als er das neugewonnene gute Verhältnis als Gegengewicht zu dem gegen ihn »passionierten« Kurfürsten von Köln benutzen wollte²³. Der Erbvereinigung dachte der Bischof dieselbe Rolle zu wie seinem Bündnis mit Pfalz-Neuburg. Beide sollten als Separatbündnisse den Rheinbund von innen her aushöhlen. Der Inhalt des durch den münsterischen Domkapitel-Syndikus entworfenen Unionsvertrags²⁴ betraf im wesentlichen den gegenseitigen Beistand der drei Stifter in allen Gefahren, stellte also im Grunde ein Verteidigungsbündnis dar, das den

¹⁹ Schnur S. 74.

²⁰ Erklärung Chr. Bernhards, St. Ludgersburg, 14. 6. 1664: Gräfl. Schönbornsches Archiv Wiesentheid, Kurf. Joh. Philipp Nr. 1204.

²¹ Entwurf der Erbvereinigung von der Hand Raves in GA. II C IV Nr. 17.

²² Dr. Molitor an Chr. Bernh., Fritzlär, 29. 6. 1664: MLA. 473, 38.

²³ Chr. Bernh. an Franz Egon, 6. 7. 1664: MLA. 541 I. – Die Gründe der Verstimmung zwischen Bonn und Münster waren verschiedener Natur. Der Kurfürst empörte sich über den Tod Mallinkrodt's im März auf Haus Ottenstein, der offenbar ohne die letzte Ölung starb. Selbst der Bischof äußerte sich am 13. 3. 1664 aus Regensburg darüber betroffen: Es täte ihm »leid, daß der abgestandener Thumbdechant Mallinkrodt tot gefunden worden. Und wein zu dessen Aufwartung ein Diener verordnet worden, so hätte derselbe wohl bessere Wartung haben mögen« (MLA. Mil. 1730). – Mit Mißmut nahm der Kurfürst auch die münstersche Weigerung zur Kenntnis, die einbehaltenen Tafelgefälle des verstorbenen Kurf. Ferdinand auszuzahlen, die Entschädigung für die Hilfstruppen zur Belagerung von Münster zu entrichten, die geliehenen Geschütze herauszugeben usw.

²⁴ MLA. 473, 52.

Namen »Erbvereinigung« nur durch die vorgesehene unendliche Dauer und die Beteiligung der Domkapitel verdiente²⁵.

Im Augenblick beschäftigten den Kurfürsten jedoch andere Sorgen. Auf die Zusage französischer Hilfstruppen²⁶ zog er Anfang August das Belagerungsheer vor Erfurt zusammen²⁷. Aus Münster trafen Geld und Truppen ein²⁸. Christoph Bernhard selbst weilte noch in Wien und suchte nach Möglichkeit die Einsprüche der thüringisch-sächsischen Häuser zurückzuhalten²⁹. Es gehörte dazu keine große Mühe, denn der Kurfürst befand sich nach der Verhängung der Reichsacht über Erfurt ohnehin in unangreifbarer Stellung. Das drohende Schreiben der protestantischen Reichsstände an die beiden Reichskriegsdirektoren³⁰, die Truppen vom ungarischen Kriegsschauplatz abzuziehen, falls die Exekution durchgeführt würde, verpuffte ohne Wirkung, nachdem der Waffenstillstand mit den Türken geschlossen war. Die scharfe protestantische Reaktion weckte zwar des Kurfürsten von Mainz Wunsch, am liebsten mit der Stadt ohne französische Hilfe fertig zu werden³¹, zumal auch Schweden zürnte, aber die Zeit für große Änderungen des Planes war vorbei. Die Belagerung, in deren Verlauf sich der mainzische mit dem münsterischen Kommandanten, Generalwachtmeister von Pleuren³², abwechselte, begann und führte schnell zum Ziele. Am 15. Oktober unterzeichnete die Stadt in der Einsicht, ihre Kräfte überschätzt zu haben, die Kapitulation³³. Der Kurfürst seinerseits war klug genug, mit Erfurt einen tragbaren Vertrag zu schließen, um die Wogen der Erregung im protestantischen Lager zu glätten, wobei Ludwig XIV. ein wenig nachhalf³⁴.

Christoph Bernhards Gedanken erheiterten sich, wenn er die schwierige Stellung bedachte, in die Frankreich während der Erfurter Wirren geraten war, und wie stark der Einfluß des Königs am Mainzer Hof zurückging. Die Verärgerung der protestantischen Mitglieder des Bundes mußte zu einem Riß im Bündnis führen, der vielleicht sein Ende einleitete. Tatsächlich bedurfte es der ganzen Kraft Gravels, die Einrichtung am Leben zu halten. Gegenüber Münster hielt er noch einen Trumpf in der Hand. Er wußte, daß der Bischof in seiner anti-

²⁵ In der Folge wurde es um diesen Plan merkwürdig still. Die Gründe mögen einerseits in dem fortschreitenden Zerfall des Rheinbundes nach den Erfurter Wirren und der damit verbundenen Verringerung des Wunsches nach anderweitigen Bindungen zur Lockerung des Rheinbundvertrages, aber auch in der offensiven Politik Christoph Bernhards gegen die Niederlande liegen, für die das irenische Gemüt Johann Philipps nicht zu gewinnen war.

²⁶ Erklärung v. 25. 7. 1664: CA. 173 Bl. 37.

²⁷ Joh. Philipp an Chr. Bernh., 11. 8. 1664: MLA. 473, 38.

²⁸ Desgl., 24. 8. u. 29. 8. 1664. Die Truppen marschierten am 29. 8. in Stärke von 1000 Mann zu Fuß und 200 zu Pferde (vgl. Landtagsproposition v. 28. 9. 1664: MLA. 490, 142) aus Münster ab. Der Bischof gab außerdem 20000 Rtl. (Chr. Bernh. an Joh. Philipp, 12. 9. 1664: MLA. 473, 39).

²⁹ Der kurmainzische Rat Dr. Molitor unterrichtete den Bischof in Wien über die Lage. Kredential Mainz 29. 8. 1664, Rekredential Wien 13. 9. 1664: MLA. 473, 38. — Am 12. 9. trug Chr. Bernh. dem Kaiser in Ebersdorf seine Ansichten über die Erfurter Sache vor (Chr. Bernh. an Joh. Philipp, 14. 9. 1664: MLA. 473, 39).

³⁰ Schr. v. 3. 9. 1664; Abschr. in MLA. 473, 39.

³¹ Joh. Philipp an Chr. Bernh., 7. 9. 1664: Ebd.

³² Joh. Philipp an Chr. Bernh., 27. 9. 1664: Ebd.

³³ Die Angebote Christoph Bernhards v. 1. u. 4. 10. 1664 aus Wien (MLA. 473, 39), weitere in Ungarn freiwerdende Truppen nach Erfurt zu schicken, erübrigten sich damit. Auch seine Sorgen, daß die brandenburg. Truppen entsprechend der Drohung Kurf. Friedrich Wilhelms aus Ungarn zur Unterstützung der Stadt abmarschieren könnten, wurden nun hinfällig (Chr. Bernh. an Joh. Philipp, 12. 10. 1664: MLA. 473, 39). — ³⁴ Schnur S. 76.

holländischen Politik französische Unterstützung brauchte. Seine Kritik an dem geringen Bundeseifer des Bischofs und der mangelhaften Beitragszahlung verband er mit der Drohung, die Fürsprache in Den Haag einzustellen³⁵. In dasselbe Horn bliesen auch andere Mitglieder des Rheinbundes, besonders die Braunschweiger, die am liebsten den Ausschluß Münsters von allen Beratungen bis zur Bezahlung der Rückstände gesehen hätten³⁶. Die Welfenherzöge verbanden damit den Gedanken, nach Ausschluß Münsters freiere Hand in der Stadt Höxter zu gewinnen. Während der allgemeinen konfessionellen Erregung zur Zeit der Erfurter Wirren bestand durchaus die Gefahr, daß die umstrittene Weserstadt beim Ausbruch von Feindseligkeiten in den Krieg hineingerissen wurde³⁷. Der Bischof verhehlte sich nicht, daß er im Ernstfall eine braunschweigische Herrschaft in Höxter nicht verhindern konnte, so wie die Umstände jetzt lagen, und bequeme sich, wenigstens 1000 Rtl. der Bundeskasse zu überweisen und eine gleich große Summe in Aussicht zu stellen. Er erklärte sich sogar bereit, den Rheinbund abermals zu verlängern³⁸. Sein Entschluß entsprang mehr dem Zwange als innerer Überzeugung. Selbst unter Außerachtlassung der holländischen Fernziele wäre die Aufgabe des Rheinbundes in Anbetracht der Spannungen an der Weser nicht zu verantworten gewesen³⁹.

Trotz aller Ablenkungen vergaß Christoph Bernhard die ihm durch die Wegnahme der Dieler Schanze zugefügte Beleidigung zu keiner Zeit. Es hätte gewiß der holländischen Forderung auf Entschädigung des Grafen von Limburg-Styrum⁴⁰ nicht bedurft, um in ihm den Rachedenken wachzuhalten. Alle seine politischen Maßnahmen waren in der letzten Zeit auf das Ziel eines Krieges gegen Holland ausgerichtet. Schon Ende August 1664 nahm der Plan konkrete Formen an, wie der Briefwechsel mit dem Kurfürsten von Mainz über die günstige Gelegenheit, den Generalstaaten einen Schlag zu versetzen, außer Frage stellt⁴¹.

Unleugbar befand sich die niederländische Republik zur Zeit in keiner rosigen Lage. Schweden bekundete seine Unzufriedenheit über den Vertrag von Elbing und pochte auf Zahlung verflüsselter Subsidien. Dänemark zeigte sich nicht

³⁵ Gravel an Chr. Bernh., 13. 8. 1664: MLA. 473, 38.

³⁶ Basserode an Chr. Bernh., 24. u. 27. 8. 1664: Ebd.

³⁷ Desgl., 7. 9. 1664: MLA. 473, 39. – ³⁸ Chr. Bernh. an Basserode, 14. 9. 1664: Ebd.

³⁹ Der Marsch der münst. Truppen nach Erfurt trübte das Verhältnis zum Hause Braunschweig. Herzog Georg Wilhelm beklagte sich bitter über den unangemeldeten Durchzug durch das Gericht Hardenberg und die Übergriffe der Soldateska und zog Truppen zusammen (Köcher I S. 336 f.). In Regensburg streute der braunschweig. Gesandte Gerüchte vom bevorstehenden Einmarsch der Truppen seines Herrn in Höxter aus (Basserode an Chr. Bernh., 12. 10. 1664: MLA. 473, 39). Chr. Bernhard nahm das nicht für bare Münze, beschloß aber doch, auf der Hut zu sein (Chr. Bernh. an Basserode, 19. u. 26. 10. 1664: Ebd.). Er behielt insofern Recht, als sich nach der Eroberung Erfurts die protestantischen Häuser beruhigten. Indessen verstummten die Beschwerden der Welfen über des Bischofs Verhalten in Höxter nicht. Sie behaupteten, daß die Wiedereinführung der Franziskaner gegen die Bestimmungen des Normaljahres 1624 verstoße. Der Bischof gab dagegen vor, die Franziskaner seien keineswegs in ihren alten Besitz wieder eingesetzt, sondern lediglich in einem von ihm persönlich gekauften Privathaus untergebracht. Dagegen habe er allen Anlaß, über die Vorenthaltung der Propstei Kemnade Klage zu erheben (Chr. Bernh. an Basserode, 26. 12. 1664: MLA. 473, 40). Der im Hause Braunschweig sich anbahnende Familienzwiß und die jetzt in andere Richtung gehenden Interessen des Bischofs verhinderten, daß dieser Streitpunkt im Augenblick zu einem offenen Konflikt ausartete.

⁴⁰ Chr. Bernh. an Gravel, 2. 8. 1664: MLA. 473, 38.

⁴¹ Joh. Philipp an Chr. Bernh., 7. 9. 1664: MLA. 473, 39.

freundlicher, und der Kurfürst von Brandenburg grollte über die noch immer in den klevischen Festungen liegenden holländischen Besatzungen. Als Angehöriger des Hauses Oranien war er den Staatsmännern der Republik ohnehin wenig geneigt. Nur mit Frankreich verband den Staat ein Verteidigungsbündnis⁴², allerdings durch gegenseitiges Mißtrauen zum Teil entwertet. Gerade zu dieser Zeit verschlechterte sich das Verhältnis der Generalstaaten zu England erheblich⁴³.

Niemand freute sich über diese Entwicklung so sehr, wie der Bischof von Münster. Während seine kalvinistischen Nachbarn bis an den Hals in Schwierigkeiten steckten, besserte sich seine Lage von Tag zu Tag. Das unwillkommene Verhältnis zum Rheinbund hatte er durch ein Bündnis mit Pfalz-Neuburg und die Freundschaft mit Kurmainz ersetzt⁴⁴. Der Kaiser stand ihm, eingedenk seiner wertvollen Dienste in Ungarn, wohlwollend gegenüber. Auch Frankreich stellte nach der Verlängerung des Rheinbundvertrages seine Kritik ein. Die im Herbst 1664 aus dem Türkenkrieg zurückkehrenden Truppen bildeten, ungeachtet ihrer starken Verluste, einen wertvollen Grundstock kriegsgeübter und erfahrener Mannschaften. Die Verlockung, noch in diesem Jahr einen, vielleicht lokal bezogenen Angriff zu führen, war groß.

Von solcher Voreiligkeit riet der bedächtige Kurfürst Johann Philipp ab. Er schlug vor, den Ausbruch des Krieges zwischen England und den Generalstaaten abzuwarten. Es gab aber auch Stimmen, die den Bischof zum Angriff ermutigten, allen voran Franz Egon von Fürstenberg. Die Worte des kurkölnischen Ministers müssen ihm wie Sirengesänge in den Ohren geklungen haben. Aus ihnen hörte er seine eigenen Wünsche heraus: Es sei jammerschade, die geübten Soldaten zu entlassen, wo man sie so gut gegen Holland verwenden könne. Lange mit dem Angriff zu warten, sei nicht tragbar, weil der Unterhalt der Truppen zu teuer werde. So sei es das Beste, den »losen Käskrämern auf den Hals« zu gehen und »diese hochmütige Leut etwas zu Räson« zu bringen. Daß ausgerechnet der sonst um seine Person ängstlich besorgte Franz Egon sich anbot, seine eigene Haut und sein Leben in diesem Krieg einzusetzen, den er für nützlicher als den gegen die Türken hielt, entbehrt nicht einer gewissen Komik⁴⁵.

Christoph Bernhard brachte genug Besonnenheit auf, um den unverantwortlichen Verlockungen aus Bonn vorerst kein Gehör zu schenken. Um nicht mit Franz Egon zusammenzutreffen, gab er sogar seinen ursprünglichen Plan⁴⁶, den Rhein abwärts nach Haus zu reisen, auf. Zu seiner Entschuldigung konnte er auf eine Einladung Kurfürst Johann Philipps nach Erfurt verweisen⁴⁷. Von dort⁴⁸ fuhr er über Corvey nach Münster, wo er drei Tage vor Weihnachten eintraf⁴⁹.

⁴² Vertrag v. 27. 4. 1662. — ⁴³ Der Kinderen I S. 265 ff.

⁴⁴ Bertram an Chr. Bernh., 26. 10. 1664, Chr. Bernh. an Bertram, 2. 11. 1664: MLA. 473, 39.

⁴⁵ Franz Egon an Chr. Bernh., 12. u. 23. 10. 1664: MLA. 541 I.

⁴⁶ Chr. Bernh. an Philipp Wilhelm, 9. 11. 1664: MLA. 539 VI.

⁴⁷ Chr. Bernh. an Franz Egon und Philipp Wilhelm, Eger 26. 11. 1664: MLA. 541 I. — Die Reise führte über Prag, wo er Gast des Obrist-Burggrafen Graf v. Martinitz war, und Eger (26. 11.), wo ihn die Einladung nach Erfurt erreichte, über Schleich nach Erfurt.

⁴⁸ In den Gesprächen mit Kurf. Johann Philipp wurde augenscheinlich der geplante Krieg gegen die Niederlande, die vorgesehene Erbvereinigung der Stifter Mainz, Münster und Würzburg und der vom Fürsten Porzia dem Bischof mit auf den Weg gegebene Wunsch, für möglichst schnelle Abführung der vor Erfurt stehenden französischen Völker aus dem Reich zu sorgen, behandelt (Chr. Bernh. an Fürst Porzia, 26. 12. 1664: MLA. 540b III).

⁴⁹ Chr. Bernh. an Philipp Wilhelm, 22. 12. 1664: MLA. 539 VI.

VORBEREITUNG DES ERSTEN KRIEGES GEGEN HOLLAND

Allzu langes Aufschieben duldet der Krieg gegen Holland nicht. Die Kosten für den Aufenthalt der Truppen im Stift überforderten die Kasse des Bischofs. Schon im Januar blickten die Niederländer besorgt auf starke Werbungen ihres geistlichen Nachbarn. Aus den Grenzprovinzen trafen alarmierende Nachrichten und Bitten um Verstärkung der Grenztruppen ein. In Den Haag richteten sich die Interessen allerdings weit mehr auf die Rüstungen zur See, die für den Krieg gegen England von weit größerer Wichtigkeit waren.

Die holländischen Befürchtungen gingen im Augenblick zu weit. Der Bischof bemühte sich noch um fremde Unterstützung. Da Borkelo ehemals zum Westfälischen Kreise gehörte, glaubte er, auf Beistand des Reichs und der Kreisstände rechnen zu können, um die verlorene Herrschaft zurückzugewinnen. Ganz besonders zählte er auf Brandenburg, dessen klevische Städte noch immer die Holländer besetzt hielten. Er wußte auch, daß den Kurfürsten die Behandlung der Hoefijzerschen Schuld durch die Generalstaaten gegenwärtig sehr verstimmt. Schon im Vorjahre vermied Christoph Bernhard, in Berlin einen ungünstigen Eindruck hervorzurufen. Den Beitritt des Kurfürsten zum Rheinbund billigte er ohne Zögern, ja er bemühte sich, pfalz-neuburgische Bedenken dagegen aus dem Wege zu räumen¹. Selbst den Einspruch gegen die Aufhebung katholischer Ordensniederlassungen im Herzogtum Kleve stellte er zurück². Bei einem Besuch Blaspeils im Juni 1664 sprach er höchst freundlich über diese Frage und beeindruckte den Gesandten durch genaue Kenntnis der niederländischen Verhältnisse. Gemeinsam beschlossen sie, die Abstellung der alten Beschwerden durch einen Druck auf die Generalstaaten zu erzwingen³.

Der Zusammenarbeit mit Kurbrandenburg im Kreise stand jedoch ein Hindernis im Wege. Der Kurfürst hatte mehrmals seine unabänderliche Meinung bekundet, solange nicht zum Wohl des Kreises mitzuwirken, bis ihm der Eintritt in das Direktorium zugestanden würde⁴. In Münster bestand dagegen bisher

¹ Chr. Bernh. an Basserode, 19. 10. u. 12. 11. 1664: MLA. 473, 39.

² Die brandenburg. Maßnahmen stellten freilich nur eine Vergeltung für die pfalz-neuburgische Unterdrückung der protestantischen Untertanen dar.

³ Blaspeil an Kurf. Friedr. Wilhelm, 11./1. 6. 1664: DZA., Rep. 11 Nr. 261 Fasz. 8. Die Kenntnisse des Bischofs rührten hauptsächlich aus Mitteilungen Schulenburgs und Franz Egons her.

⁴ Der Kurfürst beantragte bereits im März 1654 bei Christoph Bernhard die Zulassung zum Kreisdirektorium (Protokoll v. 27. 3. 1654: GR. 587). Über die Konferenz zu Osnabrück vgl. oben S. 69 (vgl. Kurf. Friedr. Wilhelm an Alexander v. Velen, 18. 12. 1654: L., Raesfeld D 6 III). – Bekanntlich wechselte das Kreisdirektorium bis 1609 zwischen dem Fürstbistum Münster und dem Hzgtm. Jülich. Im Verlauf des kleve-jülichischen Erbfolgestreits erhoben beide Fürsten, die im tatsächlichen Besitz waren – Kurbrandenburg und Pfalz-Neuburg – Anspruch auf das Kondirektorium; daneben auch Kursachsen, das einen Teil an der Erbschaft forderte.

wenig Neigung, sich in Zukunft mit zwei Kondirektoren auseinanderzusetzen. Der seit 1609 andauernde Zustand des ausschließlichen Besitzes des Direktoriums bis zum Ausgang des kleve-jülichischen Erbfolgestreits brachte zu viele Annehmlichkeiten mit sich, um ihn ohne Zwang aufzugeben. Vielleicht hätte der Bischof sich mit Pfalz-Neuburg als zweitem Direktor abgefunden, gegen Brandenburg wandte er sich aber entschieden⁵. Ein Protestant im Direktorium schien ihm untragbar. Zwar fanden die meisten Kreisstände diese Haltung unbillig, da der Niederrheinisch-westfälische Kreis mehr protestantische als katholische Einwohner zählte, aber gegen die münsterische, auf ein kaiserliches Mandat gestützte Vormacht ließ sich nichts ausrichten.

Ganz zufrieden mit dem Zustand war aber auch der Bischof nicht. Als 1655 die Osnabrücker Konferenz zur Lösung der Direktorialfrage scheiterte, machte er bereits dem Kurfürsten von Brandenburg den Vorschlag, die Entscheidung ganz auszustellen und stattdessen ein Verteidigungsbündnis zwischen Brandenburg, Münster und Pfalz-Neuburg zu schließen, wodurch ebensogut eine wirkungsvolle Verteidigung des Kreises gewährleistet werden konnte⁶. Damals ließ sich aber weder der Kurfürst durch diesen Köder zum Verzicht auf die Teilnahme am Direktorium, noch Pfalzgraf Philipp Wilhelm zur Anerkennung des Status quo im Erbfolgestreit verleiten. Infolgedessen blieb die Sache unentschieden⁷.

Kriegerische Verwicklungen im Osten und Norden lenkten den Kurfürsten mehrere Jahre von den Angelegenheiten des Westfälischen Kreises ab⁸. Erst die erneuten Konfessionsstreitigkeiten des Jahres 1663 am Niederrhein⁹, zu deren Beilegung der Kaiser den Bischof von Münster beauftragte, regten zur Wiederaufnahme der Verhandlungen innerhalb des Kreises an. Diesmal fand Brandenburg bei seinen Partnern größere Bereitschaft. Christoph Bernhard hatte eingesehen, daß eine Belebung der Wehrverfassung des Kreises, die er als Ersatz für den Rheinbund und das Bündnis mit Frankreich begrüßt hätte, nicht ohne eigenes Nachgeben zu erzielen war¹⁰. Zwar hoffte er noch, nur Pfalz-Neuburg als Kondirektor zulassen zu müssen¹¹, aber Kurfürst Friedrich Wilhelm ließ keinen Zweifel darüber, daß er bei weiterer Vorenthaltung seiner Rechte im Kreise zu keinerlei Mitarbeit zu gewinnen sei¹².

So schnell ließ sich der Bischof jedoch zu keinem Zugeständnis drängen. Hartnäckig weigerte er sich, der Einberufung der Kreisstände nach Regensburg zuzustimmen¹³. Er fühlte sich plötzlich einer einheitlichen Front Brandenburgs und Pfalz-Neuburgs gegenüber. Besonders der Pfalzgraf legte Wert darauf, angesichts der in Regensburg versammelten Reichsstände als zweiter Direktor des

⁵ Chr. Bernh. an Kurbrandenburg, Regensburg 22. I. 1664: Ablehnung der Zulassung der vom Kurfürsten verlangten Voten im Kreistag und Verweis auf endgültige Entscheidung des Erbstreits. — Kurf. Friedr. Wilhelm an Chr. Bernh., Cölln 18. 2. 1664: Er hoffe nach reiflicherer Überlegung auf besseren Entscheid des Bischofs (DZA., Rep. 34 Nr. 244 m).

⁶ Alexander v. Velen an Kurf. Friedr. Wilhelm, 28. I. 1655; L., Raesfeld D 6 III.

⁷ Protokoll v. 15. 6. 1655; GR. 587.

⁸ Isaacson S. 65 ff.

⁹ Wylich an Chr. Bernh., 10. 3. 1663; Chr. Bernh. an Wylich, 16. 3. 1663; MLA. 533, 6^{1/2}.

¹⁰ Erklärung Chr. Bernhards v. 18. 11. 1663; MLA. 473, 36.

¹¹ Chr. Bernh. an Philipp Wilhelm, 22. 11. 1663; Ebd.

¹² Kurf. Friedr. Wilhelm an Chr. Bernh., 18. 2. 1664; MLA. 538 c.

¹³ Basserode an Chr. Bernh., 6. 8. 1664; MLA. 473, 38.

Niederrheinisch-westfälischen Kreises in Erscheinung zu treten und sein Ansehen zu vermehren, aber auch um seine Bestrebungen nach der polnischen Königskrone in neue Wege zu lenken¹⁴. Der französische König hatte aufgehört, Philipp Wilhelm in dieser Hinsicht zu unterstützen, und förderte dafür die Kandidatur des Prinzen Condé. Wollte der Pfalzgraf trotzdem im Rennen bleiben, so konnte das nur mit Hilfe des Kurfürsten von Brandenburg als mächtigstem Nachbarn geschehen, und diese Hilfe ließ sich nur auf dem Wege über einen Vergleich im kleve-jülichischen Streit erlangen.

So kehrte der Bischof, da nun auch die Vorbereitungen für den beabsichtigten Frühjahrsfeldzug in Holland drängten, auf seinen alten Plan einer vertraglichen Regelung unter den drei Fürsten auf der Basis gegenseitiger Verteidigung zurück. Der Entwurf eines Bündnisvertrages lag bald vor. Mit Blaspeil und Gise besprach ihn der Bischof in Coesfeld¹⁵. Bald stellte sich heraus, daß der Inhalt im Grunde mehr einem Offensivvertrag als einem Verteidigungsbündnis angemessen war: Sollten die Generalstaaten keine willfährige Erklärung auf die gemeinsam zu erhebenden Forderungen erteilen, planten die Verbündeten Gewaltanwendung. Beim englischen Gesandten in Den Haag wollten sie um Subsidien bitten. Der am selben Tage abgeschlossene öffentliche Defensivvertrag auf der Basis der zwischen Kurbrandenburg und Pfalz-Neuburg hergestellten Einigung bestand aus den üblichen Bestimmungen und bildete nur den Deckmantel des Geheimvertrages¹⁶. Der Bischof beeilte sich, das so schnell unter Dach und Fach gebrachte Vertragswerk zu ratifizieren¹⁷. Blaspeil reiste zum kölnischen Hof weiter.

Der dortige leitende Minister, Franz Egon von Fürstenberg, vermerkte befriedigt das Aufgehen seiner Saat¹⁸. Erst später zeigte sich, was diesen Intriganten veranlaßte, den Bischof von Münster zum Krieg gegen Holland aufzustacheln. Das Kurfürstentum Köln rechnete zwar auch unter die Staaten, auf deren Gebiet die Generalstaaten eine Besatzung unterhielten, aber die Räumung der Feste Rheinberg hätte auch durch Verhandlungen erreicht werden können. Von einer Teilnahme Kurkölns am Kriege war auch niemals die Rede. Das Drängen Franz Egons auf einen, wie er selbst wußte, ungenügend vorbereiteten Krieg scheint in der Tat verdächtig. Gleichzeitig lief in Regensburg das Gerücht um, der münstersche Bischofsstuhl werde in Kürze von einer anderen Person besetzt werden. Ohne daß ein Name fiel, deutete man doch auf einen »wohlbekanntem geistlichen Reichsfürsten, von welchem die Suspicion gehet«, daß er »dem Interesse gallico ziemlich zugetan sei«¹⁹. Kein anderer als Franz Egon selbst suchte das Bistum Münster für sich zu gewinnen. Seit 1663 Bischof von Straßburg und innerlich schon längst ein Anhänger Ludwigs XIV., wußte er, wie unbequem Christoph Bernhard dem französischen Hofe geworden war. Unmöglich konnten seine Andeutungen ehrlich gemeint sein, daß der König wahrscheinlich im Kriege Partei gegen die Generalstaaten ergreifen werde²⁰. Der Sinn solcher allzu optimistischen Hinweise war nur der, die letzten Bedenken in

¹⁴ Desgl., 27. 7. 1664, mit undatierter Antwort: Ebd.

¹⁵ Kredential Philipp Wilhelms für Gise, 3. 1. 1665: MLA. 539 VII. – Zum folgenden vgl. Isaacson S. 77 ff.

¹⁶ Verträge v. 4. 1. 1665 in MLA. 480, 36.

¹⁷ Ratifikation v. 22. 1. 1665: Ebd.

¹⁸ Franz Egon an Chr. Bernh., 6. u. 10. 1. 1665: MLA. 541 I.

¹⁹ Basserode an Chr. Bernh., 14. 1. 1665: MLA. 473, 41.

²⁰ Franz Egon an Chr. Bernh., 6. 1. 1665: MLA. 541 I.

Münster beiseite zu räumen. Erst als er durch Blaspeil andeutungsweise von dem Abschluß des Offensivvertrages Kenntnis erlangte und als damit feststand, daß der Krieg tatsächlich beginnen werde, übernahm er plötzlich die Rolle des Warners. Er riet, die Verhandlungen Blaspeils in Den Haag abzuwarten²¹. Von einem Kriegeintritt Frankreichs gegen die Generalstaaten war nun nicht mehr die Rede²². Auf diese Weise erwarb er für spätere Zeiten die Berechtigung zu behaupten, dem Bischof von Münster vom Kriege abgeraten zu haben. Er rechnete sicher damit, daß dieser den Krieg verlieren würde. Dann kam seine Zeit, mit Frankreichs Unterstützung die Regierung im Bistum Münster anzutreten. Wie weit diese Pläne gediehen, sollte sich noch zeigen.

Die Sorge Christoph Bernhards galt nun den Ratifikationen der Verträge von St. Ludgersburg. Auf einer Konferenz in Dorsten sollte Bernhard von Wydenbrück die Vertragspartner hierzu bewegen. Vor allem galt es, eine Aufspaltung des gesamten Vertragswerks durch Brandenburg oder Pfalz-Neuburg zu verhindern. Eine Ratifikation des Vergleiches über die jülich-klevischen Religionsbeschwerden²³ oder das Kreisdirektorium allein durfte nicht erfolgen²⁴. Dem Bischof kam es hauptsächlich auf die Defensiv- und geheime Offensivallianz an. Nur das Zustandekommen dieser Verträge rechtfertigte die in den anderen Abmachungen eingeräumten Zugeständnisse. Christoph Bernhard schien seiner Sache sehr sicher. Die Verträge gewährten ihm den nötigen militärischen Rückhalt. Als Ergänzung bedurfte er nur noch einer moralischen Unterstützung des Reichs²⁵. Zur Verstärkung der Werbungen setzte er die Landessteuern herauf²⁶.

In Paris beobachtete man das Zusammenrücken der führenden Fürsten des Westfälischen Kreises mit großer Unruhe. Den gerade erst aus Wien zurückgekehrten Bischof von Münster betrachteten die Franzosen als Beauftragten des Kaiserhofes, um ein Bündnissystem gegen Frankreich in die Wege zu leiten. Sein Verhalten im Rheinbund ließ ihnen ohnehin keinen Zweifel an seiner Habsburgshörigkeit. Ihm war nach französischer Meinung die Rolle zgedacht, den ersten Stein zu einem umfassenden Verteidigungsbündnis zugunsten der Spanischen Niederlande, in das schließlich auch die Generalstaaten eingebaut werden sollten, zu setzen. Als Preis, so vermutete man in Paris, dachte der Kaiser dem kriegesischen Bischof das Generalat des neuen Bundes zu²⁷. Diese Annahmen gingen an der Wirklichkeit vorbei. Christoph Bernhard rechnete in dem Krieg, den er vorhatte, mindestens mit einer wohlwollenden Haltung Frankreichs. Selbst eine stümperhafte Politik konnte nicht den Fehler begehen, sich in diesem Augenblick den König zum unverhohlenen Feind zu machen. Aber die Politik gestaltet sich ebenso sehr auf der Grundlage richtiger wie falscher Annahmen. Am französischen Hof stand fest, daß Christoph Bernhard in habsburgischen Diensten stand, und diese Überzeugung lenkte die Entschlüsse des Königs.

Inzwischen kamen mit einiger Verspätung die Verhandlungen in Dorsten in Gang (Anfang Februar). Im wesentlichen blieben die Ludgersburger Texte erhalten. Nur das Defensivbündnis erhielt die zusätzliche Klausel, daß der Rheinbundvertrag hierdurch nicht außer Kraft gesetzt werde, eine angesichts der

²¹ Franz Egon an Chr. Bernh., 20. 1. 1665; MLA. 541 I. — ²² Desgl., 26. 1. 1665; Ebd.

²³ Den Religionsstreit stellte man der schiedsrichterlichen Entscheidung durch Paderborn und Nassau-Dillenburg anheim. Christoph Bernhard zog sich daraus zurück.

²⁴ Instruktion für Wydenbrück v. 22. 1. 1665; MLA. 480, 36.

²⁵ Chr. Bernh. an Franz Egon, 30. 1. 1665; MLA. 541 I.

²⁶ Resolution v. 12. 2. 1665; MLA. 490, 143.

²⁷ Instruktion für Lessein v. 7. 2. 1665; CA. 196 Bl. 160.

französischen Zweifel an der Bündnistreue des Bischofs von Münster durchaus empfehlenswerte Maßnahme²⁸. Am 14. Februar lag das Defensivbündnis in endgültiger Gestalt vor²⁹, zwei Tage später das Offensivbündnis³⁰.

Unter einem Vorwand fand sich in Dorsten auch der westfälische Landdrost Dietrich von Landsberg ein. Als Spion Franz Egons beobachtete er aufmerksam die Verhandlungen und zog daraus ein Fazit, das der Wirklichkeit recht nahe kam: »La vérité est que ces messieurs ne cherchent autre chose qu'à faire une alliance, de laquelle les couronnes soient exclues et l'Empereur en liberté d'y entrer, afin qu'on se trouve obligé de lui accorder les passages comme aussi les levées dans les pays de l'Empire les plus voisins des Pays-Bas«³¹.

Welchen Wert der Bischof dem Dorstener Vertragswerk beimaß, beweist das Opfer, das er seinem Zustandekommen brachte. In Zukunft mußte er sich damit abfinden, daß das Kondirektorium im Westfälischen Kreis zwischen Brandenburg und Pfalz-Neuburg abwechselte, ja daß der Kurfürst den Vorrang besaß.

Nun auch das Reich für eine moralische Unterstützung des Krieges gegen Holland zu gewinnen, erwies sich schwieriger, als Christoph Bernhard vermutete. Zwar kam ihm die Freundschaft des Kurfürsten von Mainz jetzt sehr zustatten, aber es zeigte sich bald, daß die Reichsstände für einen Krieg zur Rückgewinnung verlorenen Reichsbodens nicht gewonnen werden konnten. Es fehlte ein schlagkräftiges Motiv, wie etwa ein niederländischer Angriff auf Reichsgebiet. Allenfalls ließ sich mit der Wegnahme der Dieler Schanze bei vorteilhafter Darstellung Eindruck machen. Verwickelte Rechtsdeduktionen über die Borkeloer Frage besaßen wenig Aussicht, in den Reichsgremien abschließend behandelt zu werden³². Befriedigt konstatierte der Bischof die Verhaftung eines englischen Grafen durch staatliche Truppen auf Reichsgebiet. Krampfhaft sammelte er solche oft höchst bedeutungslosen Vorkommnisse, um sein Kriegsmanifest eindrucksvoll ausstaffieren zu können. Auch die übrigen Reichsstände suchte er zur Anmeldung ihrer Beschwerden gegen Holland zu bewegen. Ihm schwebte der Gedanke einer Reichskommission³³ vor, die gleichsam das Sammelbecken allen Unwillens gegen die Ge-

²⁸ Franz Egon an Chr. Bernh., 26. 1. 1665: MLA. 541 I.

²⁹ MLA. 480, 36; Mörner S. 261 ff. Vgl. UA. 11 S. 485 ff. Text: UA. 11 S. 530–538.

³⁰ Hiervon liegt nur eine Ausfertigung vor, die von den brandenburg. Unterhändlern Frhr. v. Spaen, Blaspeil und Wüsthau unterzeichnet ist. In der Literatur wird diese Offensivallianz an keiner Stelle vermerkt. Auch die Holländer erlangten keine Kenntnis davon. Der Kinderen I S. 278 erwähnt sie nicht.

³¹ Franz Egon an Wilhelm Egon, 13. 2. 1665: CC. 3 Bl. 301. Landsberg nahm einen Vertragsentwurf – natürlich nicht der Offensivallianz – mit nach Bonn, angeblich um dort über den Beitritt Kurkölns mit dem Kurfürsten zu beraten (Isaacson S. 81). In Wahrheit wollte man wohl nur Kenntnis von den Abmachungen erlangen. – Verwunderlich ist allerdings, daß Christoph Bernhard den Dorstener Vertrag ohne jede Benachrichtigung Frankreichs vorbereitete und schloß. Lag zwar rechtlich kein Zwang vor, so riet doch die politische Klugheit dazu. Auf diese Weise schürte man selbst, im Verein mit Franz Egon, den Argwohn in Paris. Dieser bezeichnete stets seinen französischen Auftraggebern den Bischof von Münster als Haupttreiber, Pfalz-Neuburg als Verführten, während Brandenburg andere Absichten verfolge. Nach dem Abschluß des Dorstener Vertrags schrieb er am 6. 3. 1665 seinem Bruder Wilhelm Egon: »Je suis assuré que monsieur le duc de Neubourg ne se seroit pas embarqué dant cette alliance nouvelle, si il avoit bien pénétré dans les desseins des deux autres.« Mit Rücksicht auf die Interessen des Kurfürsten von Köln habe er den Pfalzgrafen aber nicht warnen können (CC. 3 Bl. 311).

³² Joh. Philipp an Chr. Bernh., 15. 2. 1665: MLA. 473, 41.

³³ Der Reichskommission sollten Kurmainz und das Haus Braunschweig angehören. Als Sitz schlug der Bischof Dortmund oder Aachen vor.

neralstaaten bilden sollte. Verhielten sich diese den vorgebrachten Beschwerden und Forderungen gegenüber ablehnend, so würde das Reich, wie Christoph Bernhard hoffte, ebenfalls zu Zwangsmitteln greifen müssen, um sein Ansehen zu wahren³⁴.

Je weiter die Kriegsvorbereitungen gediehen, um so mehr stellte sich heraus, daß die entscheidende Frage das zukünftige Verhalten Frankreichs betraf. Beeinflußt durch Franz Egon von Fürstenberg neigte Christoph Bernhard zu der Hoffnung auf eine zumindest neutrale Haltung des Königs. Er konnte sich nicht anders vorstellen, als daß dieser es gern sah, wenn die beiden protestantischen Staaten England und Niederland gegenseitig ihre Kräfte abmatteten, und daß Frankreich eher zugunsten der Engländer als Hollands eingreifen würde. Er überschätzte seine eigene Stellung in Paris leider erheblich. Ludwig XIV. betrachtete den vom Bischof geplanten Krieg als eine empfindliche Störung seiner eigenen Pläne gegen die Spanischen Niederlande. Der Bischof von Münster war für ihn das unzuverlässigste Mitglied des ganzen Rheinbundes³⁵ und ein erklärter Anhänger des Hauses Habsburg. Der inzwischen bekannt gewordene Abschluß des Dorstener Vertrages bestätigte aufs schlagendste den am Pariser Hof gehegten Argwohn. Gerade ein solches Separatbündnis zwischen Fürsten eines Reichskreises empfahl ja der Kaiser angelegentlich als bestes Mittel gegen die Ziele der französischen Rheinbundpolitik. Ohne daß in Paris der Offensivvertrag zur Kenntnis gelangte, hielt man es doch für eine ausgemachte Sache, daß geheime Abmachungen kaiserlichen Truppen den Durchmarsch nach den Spanischen Niederlanden gewährleisten und daß der Bischof im Begriff stand, auch den Pfalzgrafen und Kurköln hierfür zu gewinnen³⁶.

³⁴ Chr. Bernh. an Kurf. Joh. Philipp, 27. 2. 1665: MLA. 473, 41. Chr. Bernh. an Franz Egon, 27. 2. 1665: MLA. 541 I. – Der Kurf. v. Mainz erklärte sich zur Übernahme der Kommission bereit (Joh. Philipp an Chr. Bernh., 7. 3. 1665: MLA. 473, 42). Wie vorauszusehen, lehnte aber Braunschweig eine Einmischung ab, zumal der Streit im eigenen Hause dem Höhepunkt zustrebte. Auch Brandenburg und Pfalz-Neuburg machten Schwierigkeiten, ihre Beschwerdepunkte gegen Holland dem Reich zu übergeben. So erlahmte das Interesse des Bischofs sehr bald, eine wirksame Unterstützung des Reiches anzustreben. – Ein reines Täuschungsmanöver stellte die Gesandtschaft des Georg v. Keppel zu Öding an den niederländ. Drost v. Ripperda dar. Durch ihn machte der Bischof den Generalstaaten ein Bündnisangebot (Ripperda an Keppel, 1. 3. 1665: MLA. 473, 41; Keppel an Chr. Bernh., 2. 3. 1665: MLA. 473, 42). Es war jedoch kaum anzunehmen, daß sich die Generalstaaten hierdurch von der Gefahr an ihrer Grenze ablenken ließen.

³⁵ Noch immer war nämlich der Bischof nicht zu bewegen, seinen im Rheinbund festgesetzten Beitrag zu liefern. Zieht man in Betracht, daß das münsterische Kontingent – 400 Fußsoldaten und 100 Reiter – selbst in jener Zeit der kleinen Heere als bescheiden anzusehen und außerdem nur im Notfall zur Verfügung zu stellen war, so muß der Verdacht der Franzosen, daß die Störrigkeit Christoph Bernhards im Grunde andere Wurzeln habe, als gerechtfertigt bezeichnet werden.

³⁶ Die französ. Vermutung, die Dorstener Verträge gingen auf eine Wiener Anregung zurück, schoß über das Ziel hinaus. Wenn Pater Rojas in Regensburg auf das Wohl des neuen Bündnisses trank, war das noch kein Beweis für seine Wiener Herkunft, wurde aber von Gravel so gedeutet (Gravel an Ludwig XIV., 31. 4. 1665: CA. 194 Bl. 175). Verdächtig stimmte allerdings, daß Rojas bald darauf nach Düsseldorf reiste, um die Sprache auf eine Garantie des Burgundischen Kreises zu bringen, von der Philipp Wilhelm als »Einmischung in die Angelegenheiten der Nachbarn« nichts wissen wollte (Gravel an Ludwig XIV., 11. 6. 1665: CA. 195 Bl. 14). Auch Ludwig XIV. vertrat im Schreiben an d'Estrades v. 29. 5. 1665 die Anschauung, daß die Oesterreicher das Dorstener Verteidigungsbündnis zur Anregung ähnlicher Verbindungen in den übrigen Reichskreisen benutzen wollten, um alle Bündnisse schließlich untereinander zu verknüpfen, wodurch »der allgemeine Verein zur wechselseitigen Sicherstellung der deutschen Länder, den zu verhindern Frankreich

Die Franzosen von einem solchen Verdacht abzubringen, war so gut wie unmöglich. Lessein erhob in Bonn und Düsseldorf bittere Klagen über Christoph Bernhard und warnte nachdrücklich vor einer Teilnahme an seinen gefährlichen Anschlägen³⁷. Seine Beweisführung verhalte sicherlich beim Pfalzgrafen nicht ungehört: Kam der Dorstener Vertrag zustande, würde Christoph Bernhard, in völlige Sicherheit gewiegt, die Holländer angreifen. Ludwig XIV. mußte diesen auf Grund seines Bündnisses von 1662 beistehen und den Angreifer in sein eigenes Land zurücktreiben. Da aber der Pfalzgraf seinerseits vertraglich verpflichtet sei, das Stift Münster vor einem Angriff zu schützen, würden damit Pfalz-Neuburg und Frankreich zu Feinden werden³⁸.

Viele der Hoffnungen des Bischofs schienen also zu zerfallen. Aus den Regensburger Berichten mußte er entnehmen, daß an eine französische Unterstützung nicht mehr gedacht werden konnte³⁹. Das Zögern Kurbrandenburgs und Pfalz-Neuburgs, die Dorstener Verträge zu ratifizieren⁴⁰, ließ genugsam erkennen,

und Schweden so großes Interesse haben und den man, so oft die Deutschen darüber Unterhandlungen haben anknüpfen wollen, durch verschiedene Mittel wirklich verhindert hat, unvermerkt und vollständig gebildet dastehen« würde. Er befürchtete, daß auch die Spanischen Niederlande darin eingeschlossen sein könnten (zitiert von Wiens S. 376). – Gegen die Vermutung der Wiener Herkunft spricht auch, daß Christoph Bernhard bereits auf der Hinreise mit dem Pfalzgrafen in seiner süddeutschen Residenz über den Plan gesprochen hatte (Chr. Bernh. an Basserode, 27. 3. 1665: MLA. 473, 42).

³⁷ Chr. Bernh. an Philipp Wilhelm, 22. 4. 1665: MLA. 539 VII. Lessein traf am 23. 3. 1665 in Düsseldorf ein. Der Pfalzgraf bemühte sich, ihn von der Unschädlichkeit des Dorstener Bündnisses zu überzeugen, »qui n'avoit pourtant d'autre but que leur défense commune contre les Hollandois« (Lessein an Ludwig XIV.: CP. 8 Bl. 238). Lionne antwortete eilig, der König sei erstaunt über den Abschluß und hoffe, daß keine Ratifikation zustandekomme (Lionne an Philipp Wilh., 17. 4. 1665: CP. 8 Bl. 242). – Basserode an Chr. Bernh., 12. u. 19. 3. 1665: MLA. 473, 42. Chr. Bernh. an Basserode, 20. 3. 1665. Ebd. – Instruktion Lesseins v. 13. 3. 1665. Sie enthielt zusätzlich zu der Instruktion v. 7. 2. die Forderung an Chr. Bernh., auf den Prozeß wegen Delmenhorst zu verzichten, da die dortige Nachfolge nach dem Wortlaut des Friedensvertrages Dänemark und dem Herzog von Holstein-Gottorp zustehe (CA. 196 Bl. 224). – Lionne forderte d'Estrades am 17. 4. 1665 auf, durch die Prinzessin von Oranien Kurf. Friedr. Wilhelm zu bewegen, den Vertrag über das Kondirektorium und den Religionsvergleich zu unterzeichnen, aber das Defensivbündnis, das der erste Schritt zur Untergrabung des Rheinbundes sei, zu hintertreiben (Wiens S. 374). Denselben Gedanken sprach Ludwig XIV. am 12. 6. 1665 gegenüber d'Estrades aus. – Lionne beauftragte d'Estrades, nach der Lektüre einer Denkschrift des Kurf. v. Brandenburg, in der die Unschädlichkeit des Bündnisses bewiesen werden sollte, diesen vorläufig hinzuhalten und inzwischen den Pfalzgrafen auf die Gefahr hinzuweisen, die durch den Angriff des Bischofs v. Münster auf die Niederlande angesichts des französ.-niederländ. Vertrages bestehe (24. 7. 1665. Wiens S. 377 u. 380).

³⁸ Entwurf der Instruktion für Lessein, St. Germain-en-Laye 8. 4. 1665 (CM. 1 Bl. 213). – Gravel bearbeitete in Regensburg die brandenburg. und pfalz-neuburg. Gesandten (Gravel an Ludwig XIV., 14. 5. 1665: CA. 194 Bl. 214). Nach seiner Meinung verlor das Dorstener Bündnis einen Teil seines Schreckens für die Franzosen durch Beschränkung auf den Westfäl. Kreis. Trotzdem blieb der Anreiz für andere Kreise vorhanden, ähnliche Verbindungen zu bilden, die schließlich zu der vom Kaiser gewünschten Generalgarantie für das gesamte Reich führen konnten (Gravel an Ludwig XIV., 21. 5. 1665: CA. 194 Bl. 234).

³⁹ Basserode an Chr. Bernh., 23. 4. 1665: MLA. 473, 42.

⁴⁰ Philipp Wilhelm weigerte sich, vor einer neuen Konferenz in Xanten über die Verträge zu sprechen, um keine Verwirrung in den das Kondirektorium und den Religionsvergleich berührenden Punkten hervorzurufen. Philipp Wilhelm an Chr. Bernh., 3. 4. 1665: MLA. 539 VII.

welche Wirkung der französische Einspruch erzielte⁴¹. Dem Kurfürsten von Brandenburg schien es, als ob der Bischof einen Generalschlag gegen die Protestanten ausbrüte⁴². Hierzu die Hand zu bieten, schien ihm unverantwortlich. Das gleichzeitige französische Angebot, ihm das Herzogtum Kleve abzukaufen, vermehrte seinen Argwohn.

Damit ergab sich für Christoph Bernhard im April oder Mai 1665 folgendes, nicht gerade erfreuliches Fazit. Als sicher konnte nur die politische Unterstützung Kurfürst Johann Philipps von Mainz in Rechnung gesetzt werden. Dieser schwachen Hilfe gegenüber stand die unverhohlene Abneigung der Franzosen, deren Macht im Reich erst jüngst wieder durch die Verhinderung einer kaiserlichen Truppenbewegung nach den Spanischen Niederlanden augenfällig unter Beweis gestellt worden war. Ludwig XIV. hegte im Augenblick persönlich einen tiefen Groll gegen den Bischof. »Car pour l'Evesque de Monster, je n'attendrai jamais rien de bien de lui et de l'humeur inquiète et entreprenante, dont il est«, bekannte er in einem Schreiben an Gravel⁴³. Es nützte nichts zu beteuern, daß münsterischerseits an keine Auflösung des Rheinbundes, sondern nur an seine Bekräftigung durch das Dorstener Bündnis gedacht sei⁴⁴. Gravel kannte den Wert einer solchen papiernen Versicherung zu gut.

Trotz der negativen Bilanz blieb die große Verlockung, die der Krieg Englands gegen die Niederlande bedeutete. In der nicht einmal ganz abwegigen Meinung, daß die Macht der Generalstaaten allein auf dem aus dem Handel fließenden Reichtum beruhe und daß diese Grundlage durch den Seekrieg in die Brüche gehen müsse, hielt der Bischof trotz aller Bedenken die Zeit für einen Angriff gekommen. Franz Egon brachte von seiner Reise im Mai aus den Niederlanden⁴⁵ allerdings ein entmutigendes Bild nach Haus. Die Geldquellen der »Käsekrämer« schienen unversieglich. Sie betrieben die Rüstungen zur See

⁴¹ Ob der Einwurf Franz Egons, bei der Ratifikation auf die Aufnahme der Kapuzinerklöster in Xanten und Kleve in die Liste der Klöster von 1624 zu dringen, ein Querschuß sein sollte, ist nicht ersichtlich (Franz Egon an Chr. Bernh., 5. 3. 1665). Chr. Bernh. lehnte ab (20. 3.), da die Sache noch »zu zart« sei und das Dorstener Vertragswerk gefährdet werde. Möglich ist es daher, daß Franz Egon das neue Bündnis hiermit erschweren wollte, zumal er am 24. 2. Christoph Bernhard mitteilte, Kurköln könne sich keine bessere Sicherheit als die im Rheinbund denken (MLA. 541 I).

⁴² Der Kurf. v. Brandenburg rechnete sich aus, daß er durch Nichtunterzeichnung des Dorstener Bündnisses in Den Haag eine vortreffliche Stellung erringen konnte, indem er die Möglichkeit einer Ratifikation als Damoklesschwert über den Häuptern der Generalstaaten schweben ließ. Diese wären dann vielleicht zu Zugeständnissen in der Hoefijzerschen Schuldfrage und der Besetzung der klevischen Festungen eher geneigt zu machen gewesen. Vgl. Der Kinderen I S. 279; Droysen III 3 S. 107 f.; UA. 2 S. 306 u. 3 S. 149 f.; Alpen I S. 664 ff.

⁴³ Ludwig XIV. an Gravel, 17. 4. 1665: CA. 194 Bl. 155. Vgl. UA. 11 S. 542 f.

⁴⁴ So lautete es in der Erklärung, die Christoph Bernhard dem pfalz-neuburg. Kanzler Gise am 22. 4. 1665 übergab, nachdem ihm dieser die französ. Bedenken vorge tragen hatte. Grundsätzlich fand sich der Bischof zu einer Beschränkung des Dorstener Bündnisses auf den Westfäl. Kreis bereit, wodurch in französischen Augen die gefährliche Tendenz zu einem Schutzbündnis für den Burgundischen Kreis behoben worden wäre, machte dieses aber von der Zustimmung Brandenburgs abhängig (CM. 1 Bl. 218).

⁴⁵ D'Estrades berichtete Ludwig XIV. am 28. 5. 1665 die Ankunft Franz Egons in Den Haag, den er als »prince, qui est dans les intérêts de Vostre Majesté« höflich begrüßt habe (CH. 76 Bl. 77). – Die Reise sollte offenbar auf einer Zusammenkunft in Werden Anfang April zwischen Chr. Bernhard und Franz Egon verabredet werden, die aber nicht zustande kam (MLA. 541 I).

und zu Lande in einem nie gedachten und unvorstellbaren Ausmaß. Franz Egon mußte selbst eingestehen, daß er seinen eigenen Augen kaum traute⁴⁶. Im übrigen warnte der Bischof von Straßburg, der in politischen Dingen einen kühleren Blick als Christoph Bernhard besaß, vor den Schwierigkeiten eines Bündnisses mit England. Auch dieses Königreich war eine Nation von Kaufleuten, genauso wenig wie die Holländer an der Zerstörung des Handels durch einen langen Krieg interessiert. Der Einfluß der Kaufmannskreise in beiden Ländern werde dem Krieg ein vorzeitiges Ende bereiten und den kontinentalen Bundesgenossen unvorhergesehen auf einsamem Posten zurücklassen⁴⁷. Angesichts der Geldknappheit in England stand außerdem die Hoffnung auf Subsidien auf schwachen Füßen. Während in den Niederlanden genug Kapital gegen 4 % Zinsen zu bekommen war, mußte man in England 10 % und mehr bieten. Überdies saß der König von England noch längst nicht wieder fest im Sattel und mußte Rücksichten auf das Parlament und dessen holländische Sympathien nehmen. Im ganzen gesehen hielt es Franz Egon deshalb für besser zu hoffen, daß Engländer und Holländer »einander brav zerschlagen«⁴⁸ und das eigene Vorhaben auf den Spätherbst oder das nächste Jahr zu verschieben.

Auch diesen ernsten Warnungen schenkte Christoph Bernhard wenig Gehör. Er erwartete schon Ende April einen incognito reisenden englischen Gesandten⁴⁹, mit dem er die Einzelheiten des Bündnisses zu besprechen gedachte, ja er hegte die verwegene Hoffnung, daß England auch die Könige von Schweden und Dänemark zum Kriegseintritt gegen die Generalstaaten veranlassen werde⁵⁰. In unentschuldbarer Kurzsichtigkeit machte er diese reine Vermutung geradezu zur Grundlage seiner Rechtfertigung eines Kriegseintritts zum jetzigen Augenblick⁵¹. Ihn beirrte in dieser Annahme nicht einmal das Bündnis, das Frankreich mit Dänemark schloß⁵². Nur um so unbeirrter ging er auf dem einmal eingeschlagenen Wege weiter. Ein Mönch des Klosters Lamspringe⁵³, das mit eng-

⁴⁶ Franz Egon an Chr. Bernh., 6. u. 9. 6. 1665: MLA. 541 I. Auch d'Estrades berichtete nach Paris über das Erstaunen Franz Egons beim Anblick der niederländ. Rüstungen (CH. 76 Bl. 77).

⁴⁷ Franz Egon an Chr. Bernh., 20. 2. 1665: MLA. 541 I.

⁴⁸ Franz Egon an Chr. Bernh., 11. 4. 1665: MLA. 541 I.

⁴⁹ Chr. Bernh. an Kurf. Joh. Philipp, 16. 4. 1665: MLA. 473, 42. Es handelte sich um Sir William Temple. Seine Instruktion vom 22. 6. gedruckt in Arlington, Lettres S. 6 ff.; Courtenay, Memoirs of Temple II S. 377 (Orig.: BM., Additional collection 9796); Temple, Works II S. 4 f.; Luden S. 39; Courtenay I S. 32 ff.

⁵⁰ Chr. Bernh. an Franz Egon, 17. 4. 1665: MLA. 541 I.

⁵¹ So berichtete der Domdechant v. Brabeck, nachdem der Krieg wirklich ausgebrochen war (Protokoll v. 18. 9. 1665: DK. Prot. 30 Bl. 115 ff.).

⁵² Dieses Bündnis enthielt für Christoph Bernhard die bittere Pille einer Garantie Frankreichs für Dänemark in bezug auf den Besitz der von Münster beanspruchten Grafschaft Delmenhorst (vgl. Instruktion für Lessein v. 13. 3. 1665: CA. 196 Bl. 224). Die Bestimmung stellte einen Eingriff in das seit über 80 Jahren beim Reichskammergericht laufende Verfahren dar. Christoph Bernhard las daraus zwar die für ihn betrübliche Erkenntnis ab, daß Frankreich die Mitglieder des Rheinbundes leichtfertig opferte, wenn nur ein Größerer damit gewonnen würde (Chr. Bernh. an Kurmainz, 1. 5. 1665: MLA. 473, 43), aber den richtigen Schluß, daß nämlich gegen den Willen Frankreichs der an sich schon gefährliche Krieg gegen die Generalstaaten nicht zu gewinnen war, zog er leider nicht.

⁵³ Wahrscheinlich handelte es sich um jenen wiederholt über Brüssel und Antwerpen nach England reisenden Mönch, von dem die Holländer annahmen, er stehe in spanischen Diensten und bringe Chr. Bernhard Geld. Die Vermutung, daß die Spanier dem Bischof wohlgesinnt seien, lag nicht weit von der Wahrheit (Bericht d'Estrades' v. 6. 8. 1665: CH. 76 Bl. 272).

lischen Benediktinern besetzt war, begab sich nach London, wo ihn der Kanzler Clarendon mit großer Freude aufnahm und das willkommene Bündnis – »as if it came from heaven«^{53a} – begrüßte. Auch der König zeigte Neigung, einen Bundesgenossen auf dem Festland zu gewinnen. Mit der Zusicherung englischer Hilfe in der Tasche reiste der Benediktiner nach Brüssel zurück, um den Freiherrn von Wrede, den der Bischof mit der offiziellen Fortsetzung der Verhandlung beauftragt hatte, abzuholen. Beide begaben sich abermals nach London, Wrede mit einem Brief des Kurfürsten von Mainz bewaffnet, in dem Christoph Bernhard als tatkräftiger und mächtiger Reichsfürst gerühmt wurde. Wrede beantragte 100 000 £ Subsidien auf die Hand und monatlich weitere 50 000 £, vorläufig auf ein Vierteljahr. Dafür wollte der Bischof sich verpflichten, binnen Monatsfrist nach Auszahlung der 100 000 £ mit 16 000 Mann zu Fuß und 4000 Reitern in die Vereinigten Niederlande einzufallen. Großspurig erklärte der Gesandte, sein Herr werde in kurzer Zeit Arnheim, Utrecht und sogar Amsterdam besetzen, um dort einer englischen Flotte die Hand zu reichen. Auf die erstaunte Frage der Engländer, wo der Bischof in so kurzer Zeit eine solche Menge Truppen hernehmen wolle, antwortete Wrede, daß schon eine große Zahl bereitstünde – womit er die Wahrheit sagte – und daß der Rest dank bereitwilliger Unterstützung wohlgesonnener Nachbarn ohne Zeitverlust angeworben werden könne.

Karl II. gab sich damit zufrieden. Am 13. Juni 1665 unterzeichneten beide Seiten den Vertrag und versprachen, keinen Frieden mit den Generalstaaten ohne Einverständnis des anderen Partners zu schließen. Der Bischof von Münster sagte zu, mit 20 000 Fußsoldaten und 10 000 Reitern die Niederlande anzugreifen, wofür ihm im Juni 200 000 und in den beiden nächsten Monaten je 150 000 Rtl. in Wechseln vergütet werden sollten. Bis zum Kriegsende würden weiterhin monatlich 50 000 Rtl. folgen. Brandenburg und Pfalz-Neuburg blieb der Beitritt zum Bündnis vorbehalten. Der König garantierte den Besitz des Bischofs gegen jeden Angreifer⁵⁴.

Kein Laut drang über diesen Vertrag in die Öffentlichkeit. Erst einen Monat später schöpfte die aufmerksame französische Diplomatie den ersten Verdacht^{54a}, und auch dann noch behauptete Karl II., den Bischof Christoph Bern-

^{53a}Courtenay I S. 33. Auch Arlington zeigte sich von der Person des Bischofs sehr eingenommen, wie sein Brief vom 26. 10. 1665 an Temple zeigt: »J'ai reçu votre lettre du 27 avec l'incluse du Prince de Munster en latin, laquelle est remplie d'excellens et très judicieux conseils à Sa Majesté . . . Cette lettre . . . marque suffisamment la capacité et le génie de celui qui l'a écrite (Arlington, Lettres S. 41). Der erwähnte Brief Chr. Bernh. an Temple, Meppen 15. 10. 1665 (ebd. S. 43): Der Bf. schlug vor, Spanien zur Kriegsteilnahme anzuregen und Frieden zwischen Spanien und Portugal zu machen sowie Brandenburg auf die engl. Seite zu ziehen.

⁵⁴ Vertrag gedruckt bei Arlington, Lettres S. 1 ff. Britische Ratifikation des Vertrages in GA. II C IV 11 (Whitehall 21. 7. 1665). Münst. Ratifikation v. 5. 7.: PRO., Flanders 33 Bl. 220. Feiling S. 152. Vgl. C. Brinkmann, Charles II and the Bishop of Münster in the Anglo-Dutch War of 1665–6. In: English Historical Review 21, 1906, S. 686 ff. Der Kinderen I S. 280 ff. Nach Brinkmann S. 686 ging die Führungsnahme vom Bischof aus. Vgl. Life and Actions of the late renowned Prelate and Soldier Christoph Bernard van Gale, Bishop of Münster (London 1680) S. 48 f. – Briefbuch des engl. Gesandten Walter Vane (British Museum, Add. MS. 16272, S. 8). Der Vermittler war P. Joseph Sherwood (Clarendons Life II S. 218; Courtenay I S. 32), ein englischer Edelmann, der Benediktiner in Lamspringe geworden war.

^{54a} D'Estrades an Ludwig XIV., 6. 8. 1665 (d'Estrades III S. 272): Ein Mönch aus Spanien sei in Coesfeld gewesen. Seitdem erhalte der Bischof Geld aus Antwerpen.

hard von Münster weder zu kennen noch etwas mit ihm zu tun zu haben. Auf dessen Werbungen habe er keinen Einfluß und könne sie nicht verhindern.

Mit diesem Verträge schuf der Bischof die Grundlage zur Truppenwerbung in großem Stil. Um eine politische Vorbereitung bemühte er sich nur noch in sehr bescheidenem Maße. Erst im allerletzten Stadium unternahm er noch einmal den Versuch, Ludwig XIV. durch eine Gesandtschaft des Komturs Friedrich Korff-Schmising umzustimmen⁵⁵. Er blieb ohne Erfolg.

Nicht ganz unerwünscht kam Christoph Bernhard zu jener Zeit die Zuspitzung des braunschweig-lüneburgischen Familienstreits⁵⁶. Sein Verlauf erinnert an die sehr viel ernstere Lage des Jahres 1675. Wie später ergriff er Partei für Johann Friedrich⁵⁷. Eigentlich hätten alle drei Brüder als Mitglieder des Rheinbundes gleichermaßen Anspruch auf Hilfe gehabt. Aber der Bischof fand auch hier einen Ausweg: Er versprach Johann Friedrich die Hilfe, nicht weil er katholisch sei, sondern weil er durch den Besitz von Hoya und Diepholz dem Westfälischen Reichskreise angehöre⁵⁸. Diese Parteinahme diente ihm nun als Deckmantel seiner starken Werbungen. 1000 Mann zu Fuß und 500 Reiter bürdete er unter dem Vorwand, dem Herzog schnell beispringen zu müssen, der Abtei Corvey auf⁵⁹.

Die Truppenverlegung an die Weser, vom Bischof nur als Entlastung des Stifts Münster und zur Bemäntelung seiner wirklichen Absichten gedacht, stürzte allerdings die protestantischen Herzöge in große Unruhe⁶⁰. Herzog Georg Wilhelm deutete die Maßnahme als Absicht zur endgültigen Unterwerfung Höxters. Verdächtig erschien ihm, daß derselbe Obrist von Nagel, der sich 1652 in der Weserstadt durch gewalttätiges Benehmen auszeichnete, auch diesmal als Befehlshaber auftrat. Der Schluß lag nahe, die Verwirrung im Welfenhause könne den Bischof verführen, in Höxter reine Bahn zu machen⁶¹. Aber zu dieser Sorge bestand kein Anlaß. Der Bischof wünschte nicht, durch Weiterungen an der Weser in seinem niederländischen Vorhaben behindert zu werden. Als im Juli einige allzu eifrige Mönche die Petrikirche in Höxter mit Beschlag belegten und daraufhin Tumulte ausbrachen, in deren Verlauf Obrist von Nagel führende Protestanten der Stadt verhaftete⁶², befahl Christoph Bernhard zum Nachteil der katholischen Partei die Wiederherstellung der alten Ordnung⁶³.

An die Beilegung des braunschweigischen Hausstreites knüpfte er die Hoffnung, die von den Herzögen aufgestellten Truppen in seinen Dienst zu übernehmen und so ohne langwierige Werbungen das im englischen Verträge gefor-

⁵⁵ Chr. Bernh. an Basserode, 28. 8. 1665; MLA. 473, 44.

⁵⁶ Über den Verlauf des Streites vgl. Köcher I S. 405 ff.

⁵⁷ Chr. Bernh. an Basserode, 8. 5. 1665; MLA. 473, 43. v. Hörde an Chr. Bernh., 24. 4. 1665; MLA. 473, 42. Domherr v. Hörde bemühte sich um eine Vermittlung zugunsten Joh. Friedrichs. Rekredential Joh. Friedrichs für v. Hörde v. 20. 4. 1665 (Ebd.). Joh. Friedrich an Chr. Bernh., 13./3. 5. 1665; MLA. 473, 43.

⁵⁸ Chr. Bernh. an Philipp Wilhelm, 20. 5. 1665; MLA. 539 VII.

⁵⁹ Chr. Bernh. an Joh. Friedrich, 20. 5. 1665; MLA. 473, 43. Angeblich trachteten die Brüder nach einer Übrumpelung Celles. Der Waffengebrauch wurde jedoch durch Frankreich, das ein Auseinanderbrechen des Rheinbundes befürchtete, unterbunden und ein Vergleich durch Graf Georg Friedr. v. Waldeck herbeigeführt.

⁶⁰ Basserode an Chr. Bernh., Regensburg 26. 3. 1665; Die Braunschweiger geben vor, daß kurköln. und münst. Truppen um Höxter zum Angriff auf Hildesheim bereitstehen. »Sonsten von denselben etwas zu erfahren ganz vergeblich, maßen sie auf uns kein groß Vertrauen setzen, sondern allemal jaloux sich sehen lassen.« (MLA. 473, 42).

⁶¹ Köcher I S. 424 f. — ⁶² Bericht v. 24. 7. 1665; MLA. 473, 44.

⁶³ Chr. Bernh. an Basserode, 28. 8. 1665; MLA. 473, 44.

derte Heer zusammenzubringen. Die Anwerbung dieser Kompanien empfahl sich um so mehr, als verlautete, Georg Wilhelm gedanke zur Abdeckung seiner niederländischen Schulden den Generalstaaten 6000 Mann zu überlassen⁶⁴. Die Rechnung auf die Dankbarkeit Herzog Johann Friedrichs ging jedoch nicht auf. Er ließ sich nicht bewegen, seine Kompanien geschlossen in münsterische Dienste zu überführen. Ebenso ablehnend verhielt sich der katholische Herzog Christian Ludwig von Mecklenburg-Schwerin⁶⁵.

Sehr enttäuscht über die Absagen der Herzöge versuchte Christoph Bernhard noch einmal, wenigstens die unter dem Befehl Graf Georg Friedrichs von Waldeck stehenden Kompanien des Herzogs von Hannover für sich zu gewinnen. Dietrich von Landsberg, mit dem Grafen als Nachbar bekannt, traf aber von vornherein auf kühle Ablehnung. Georg Friedrich zeigte mit Rücksicht auf seine niederländischen Güter⁶⁶ keine Neigung, gegen die Generalstaaten Krieg zu führen⁶⁷, zumal auch deren Generäle Prinz Moritz von Nassau und der Rheingraf zu seinen Freunden und nahen Blutsverwandten zählten⁶⁸. Verlockende Angebote des Bischofs verfehlten ihre Wirkung. Schließlich trat Georg Friedrich sogar mit seinen gesamten Truppen in holländische Dienste. Die Wut des Bischofs brach in einem bösen Brief hervor, in dem er dem Grafen Unwahrhaftigkeit und Treuebruch⁶⁹ vorwarf⁷⁰. Er erreichte damit nur, daß der Waldecker einen förmlichen Bündnisvertrag zwischen den Generalstaaten und Herzog Ernst August von Braunschweig-Lüneburg vermittelte, der dem Herzog als Dank für einen vorgesehenen Einfall in das Stift Münster die dort zu erhebende Kontribution zusprach⁷¹.

⁶⁴ Christoph Bernhard bat am 18. 6. 1665 Franz Egon v. Fürstenberg, den kurköln. Landdrosten v. Landsberg abzuschicken, um diese Übergabe zu verhindern und gleichzeitig darauf zu dringen, daß die Weserfestung Nienburg bei dem bevorstehenden Vergleich in Händen des katholischen Herzogs Joh. Friedrich verbleibe, um damit eine »linea communicationis« zwischen den westl. Bistümern und den kathol. Herzögen Joh. Friedr. v. Braunschweig Lüneburg u. Christian Ludwig v. Mecklenburg-Schwerin zu erhalten (MLA. 541 I).

⁶⁵ Der Bischof beauftragte den Generalwachtmeister v. Gorgas, der bei dieser Gelegenheit auf Bitten Chr. Bernhards v. 19. 7. 1665 in münst. Dienste übertrat (MLA. 473, 44), zuerst bei Hzg. Joh. Friedrich um Werbung von Truppen unter des Herzogs Namen für münst. Geld anzuhalten. Um keinen neuen Argwohn bei seinen Brüdern zu erwecken, lehnte dieser, wobei ihn Langenbeck maßgebend beeinflusste (Köcher I S. 444 Anm. 4), unter Ausflüchten ab und fand sich nur bereit, jedem einzelnen Soldaten zu empfehlen, in bischöfl. Dienste zu treten (Gorgas an Chr. Bernhard, 4. 7. 1665; MLA. Mil. 1740). Bei den anderen Herzögen konnte sich Gorgas nicht sehen lassen. Auch Johann Friedrich wollte bei ihnen keine Schritte unternehmen. – Bei den Verhandlungen in Hamburg fand Gorgas Hzg. Christian Ludwig anfangs nicht ungeneigt, münst. Werbungen zuzulassen. Seine Räte verweigerten aber mit Rücksicht auf das bestehende Bündnis mit Frankreich und um Schweden nicht mißtrauisch zu machen, die Zustimmung (Gorgas an Chr. Bernh., 15. 7. 1665; Ebd.). Vgl. Schr. Kurf. Friedr. Willh. an Hzg. Augustus und Georg Wilhelm, Cölln a. d. Spree 4. 8./25. 7. 1665 (Warnung vor den gegen Holland gerichteten Rüstungen des Bischofs): UA. 11 S. 625.

⁶⁶ Er erbt 1664 die Grafschaft Kuilenburg.

⁶⁷ Chr. Bernh. an Franz Egon, 7. u. 21. 7. 1665; MLA. 541 I; Franz Egon an Chr. Bernh., 28. 7. 1665; Ebd. Vgl. Tücking S. 129 f.

⁶⁸ Franz Egon an Chr. Bernh., 28. 8. 1665; MLA. 541 I.

⁶⁹ Chr. Bernh. an Georg Friedr. v. Waldeck, 30. 9. 1665; MLA. 543 I.

⁷⁰ Köcher I S. 439 ff.

⁷¹ Vertrag Den Haag 19. 9. 1665, Rezeß gedruckt bei Aitzema (mit 9. September alten Stils als Datum) V S. 642 ff. Der eigentliche Kontrahent war natürlich nicht Ernst August, sondern Georg Wilhelm v. Braunsch.-Lüneburg.

Glücklicher, wenn auch nicht ganz glatt, verliefen die Werbungen im Bistum Paderborn. Bei einem Treffen mit Ferdinand von Fürstenberg, der seit dem Tode Dietrich Adolfs von der Recke den dortigen Bischofsstuhl innehatte, eröffnete Christoph Bernhard seinen Wunsch und wahrscheinlich auch in großen Zügen seine niederländischen Pläne⁷². Der Paderborner nahm den Antrag mit Herzklopfen auf. Ohne das geringste Interesse an dem bevorstehenden Kriege sollte er die Rache der Holländer oder ihrer Verbündeten auf sich ziehen. Nachdem er widerstrebend Werbungen zuließ⁷³, kamen ihm, sobald er der Gegenwart Christoph Bernhards entronnen war, doch Bedenken.

Unter dem Vorwand, zu hohe Preise für die Soldaten zahlen und die Rückforderung stets vorbehalten zu müssen, versuchte er, das Interesse Christoph Bernhards zu vermindern und sich der lästigen Verpflichtung zu entziehen⁷⁴. Als er auch noch die Forderung erhob, die Kompanien nur unter Paderborner Offizieren dienen zu lassen, verhehlte der Münsteraner seine Enttäuschung nicht⁷⁵. Freilich rechtfertigten manche Gründe Ferdinands Befürchtungen. Seine Werbungen brachten ihn in Verdacht, gemeinsam mit Christoph Bernhard die Grafschaft Pyrmont überwältigen zu wollen, die im Besitz des Grafen Georg Friedrich von Waldeck war⁷⁶.

Das größte Entgegenkommen fand der Bischof noch am kurkölnischen Hof. Zwar ängstigte sich der Kurfürst Maximilian Heinrich seiner Gewohnheit nach über die Maßen, aber Franz Egon von Fürstenberg überredete ihn, münsterischen Offizieren die Werbung im Lande zu gestatten⁷⁷. Dem Minister lag eben der

⁷² Das Treffen fand am Rietberger Zollbrett am 29. 6. statt. Ferdinand v. Fürstenberg an Chr. Bernh., 28. 6. 1665: MLA. 540b III.

⁷³ Chr. Bernh. an Ferd. v. Fürstenberg, 1. 7. 1665: Ebd.

⁷⁴ Ferd. v. Fürstenberg an Chr. Bernh., 7. 7. 1665: MLA. 540b III. Die Werbungen richteten sich auf ein Regiment zu Pferd von 500 Mann und 150 Mann der Paderborner Fußkompanie.

⁷⁵ Chr. Bernh. an Ferd. v. Fürstenberg, 19. 7. 1665: Ebd. Der Bischof von Paderborn erklärte sich schließlich mit der Stellung von 2 Kompanien zu 150 Mann und 1 Kompanie zu 200 Mann einverstanden. Dazu traten 75 Reiter. Christoph Bernhard wollte außerdem 4 Komp. zu je 75 Mann anwerben (Schr. v. 26. 7. 1665). Der Bruder Christoph Bernhards, Heinrich v. Galen, begab sich Ende August zur Übernahme der Truppen nach Paderborn. Seine Hoffnung, Bischof Ferdinand zur Herausgabe gegen ein Versprechen des zustehenden Geldes bewegen zu können, erwies sich als vergeblich. Fürstenberg bestand auf Einhaltung des buchstäblichen Inhalts des Vertrages, offenbar um sich doch noch aus der Sache zu ziehen (Bericht Heintr. v. Galen, undatiert, nach 3. 9. 1665: MLA. 540b III).

⁷⁶ Kurf. Maximilian an Chr. Bernh., 20. 7. 1665: MLA. 542a. Der Kurfürst riet von einem Pyrmonter Abenteuer ab, um sich nicht die Truppen Frankreichs und des Rheinbundes, dem Waldeck angehörte, auf den Hals zu ziehen.

⁷⁷ Christoph Bernhard hielt am 18. 6. 1665 bei Franz Egon um Werbepatente für den Obristen v. Elverfeld unter kurköln. Namen an, um den Niederlanden keinen Anlaß zum Argwohn zu geben. Franz Egon teilte am 4. 7. die Zustimmung des Kurfürsten nach anfänglichem Bedenken dahingehend mit, daß der kurköln. Hauptmann Simons als Obristleutnant Elverfelds die Werbung durchführe. Simons warb auch in kurmainz. Gebiet (Franz Egon an Chr. Bernh., 11. 7. 1665: MLA. 541 I). Schließlich erlaubte Max. Heinrich sogar die Werbung unter münst. Offizieren, unter der Bedingung, daß ihre Leute »Discretion brauchen, alle Disordres verhütet werde und die angeworbene Soldaten umb ihr Geld zehren« (Franz Egon an Chr. Bernh., 29. 7. 1665: MLA. 541 I). In Mainz suchte Joh. Adolf v. Fürstenberg um Werbeerlaubnis nach (Rekredential Kurf. Joh. Philipps für ihn v. 7. 7. 1665: MLA. 473, 44). Er verhandelte auch mit einem Herrn v. Franckenstein zu Ockstadt bei Freiburg über 500 Soldaten zu je 12 Rtl. (Chr. Bernh. an F. Korff-Schmising, 17. 7. 1665). Beide Kurfürsten hatten Joh. Adolf v. Fürstenberg Hoffnung auf Subsidiën gemacht (MLA. 539 VII).

Ausbruch des Krieges am Herzen. Er ermunterte sogar seinen münsterischen Kollegen zu noch umfangreicheren Werbungen. Unermüdlich wies er auf die Gefährlichkeit der Holländer und die Notwendigkeit eines großen Heeres zum Kriege hin⁷⁸.

Nach dem guten Verlauf der Werbungen im Kurkölnischen und Lippischen trafen auch aus den niederrheinischen Ländern des Pfalzgrafen⁷⁹ und den Spanischen Niederlanden⁸⁰ neugeworbene Truppen ein. Anfang September stand eine beachtliche Macht an den niederländischen Grenzen des Stifts versammelt⁸¹. Als Oberbefehlshaber wurde Prinz Georg Christian von Hessen-Homburg gewonnen⁸².

Auf die politische Vorbereitung des Krieges wurde kaum Wert gelegt. In Wien versuchte der fürstliche Beichtvater P. Körler, den Beschwerden der Generalstaaten gegen die münsterischen Werbungen zuvorzukommen⁸³. Johann

⁷⁸ Franz Egon an Chr. Bernh., 13. u. 20. 7., sowie 13. u. 28. 8. 1665; MLA. 541 I. Franz Egon an Chr. Bernh., 30. 7. 1665; Guter Zulauf im Lüttichschen. – Die freie Werbung bezog sich aber nicht auf das Hzgtm. Westfalen. Von dort wurden dafür Bomben und Granaten geliefert (Die Arnberger Räte an Chr. Bernh., 6. 8. 1665; MLA. 542 a). Der kurköln. Landdrost in Westfalen, Dietr. v. Landsberg, erlaubte aber auf eigene Faust dem Obristen v. Brabeck die Werbung im Lande und gestattete Quartier, wobei er ihm »zimblich durch die Finger gesehen«. Landsberg schoß sogar 22 000 Rtl. aus eigener Tasche vor. Brabeck warb dafür 800 gute Soldaten. Der Landdrost klagte, daß er vom Kurfürsten, Franz Egon und dem Kölner Domkapitel »der sechswöchigen Einquartierung halber Verweis gnug und Ungeduld« habe erleiden müssen. Er hoffte dafür auf Unterstützung des Bischofs bei seinen Forderungen auf rückständigen Sold eines Vorfahren an den Grafen von Ostfriesland (Landsberg an Chr. Bernh., 23. 9. 1665; MLA. 542 a). Im Kurkölnischen u. Lüttichschen wurden 3 volle Regimenter aufgestellt, die Ende August ins Stift Münster abmarschierten (Chr. Bernh. an Franz Egon, 21. 8. 1665; MLA. 541 I). Kurköln. Paß v. 17. 8. 1665; MLA. 542 a.

⁷⁹ Christoph Bernhard bat den Pfalzgrafen um Anwerbung von 12 Kompanien zu Fuß durch Obrist v. Walpott. Der Generalwachtmeister v. Velbrück verhandelte darüber in Coesfeld (Schr. v. 18. u. 19. 7. 1665; MLA. 539 VII). Die geworbenen Truppen holte der münst. Kriegskommissar Christian Vogel vom Niederrhein ab (Pfalz-neuburg. Paß v. 17. 8. 1665; MLA. 539 VI). Das geschah, obgleich Lionne den Pfalzgrafen am 3. 7. gebeten hatte, den Bischof v. Münster mit allen Mitteln vom Krieg abzuhalten (CP. 8 Bl. 293). Pfalzgraf Philipp Wilhelm befand sich als Verbündeter des Bischofs in einer Zwickmühle. Er redete zwar Wydenbrück gut zu, konnte aber keine Zwangsmittel anwenden (Phil. Wilh. an Lionne, 28. 7. 1665; CP. 8 Bl. 310).

⁸⁰ Kurköln. Paß für die Truppen aus den Span. Niederlanden unter Generalwachtm. v. Pleuren v. 7. 9. 1665 (MLA. 539 VII). Castel-Rodrigo fand es mit Rücksicht auf die Gefahren, die den Span. Niederlanden von Frankreich drohten, ratsam, den kriegerischen Bischof zur Dankbarkeit zu verpflichten (Tücking S. 129). Chr. Bernhard versuchte auch, den kriegserfahrenen Herzog v. Bournonville als Oberbefehlshaber zu gewinnen, aber das schlug der Statthalter ab, obgleich auch der englische Hof darum bat (Der Kinderen I S. 284 f.).

⁸¹ In Regensburg sprach man von 24 000 Mann. Basserode an Chr. Bernh., 17. 9. 1665; MLA. 473, 45.

⁸² Tücking S. 130. Der Prinz war zur kathol. Kirche übergetreten und hatte bereits in mehreren europäischen Heeren Dienst getan. Er blieb nur bis Ende 1665 als Oberbefehlshaber und ging dann als Gesandter des Bischofs nach Wien. Der Kinderen I S. 285 f.

⁸³ Basserode an Chr. Bernh., 9. 7. 1665; MLA. 473, 44. – Auch der Graf v. Ostfriesland wandte sich beschwerdeführend nach Wien, in der Furcht, daß sein Land in den bevorstehenden Krieg hineingezogen würde (Mayr v. Mayersheim an Chr. Bernh., 26. 8. 1665; MLA. 534, 5 I).

Adolf von Fürstenberg machte in Mainz, Trier und München gut Wetter⁸⁴. Sein Eifer am Mainzer Hof scheint die Franzosen aber gerade auf den unmittelbar bevorstehenden Beginn des Krieges aufmerksam gemacht zu haben. Gravel versandte nochmals Warnungen an Pfalz-Neuburg und wohl auch an andere Fürsten, sich ja nicht mit dem gefährlichen Münsteraner einzulassen⁸⁵.

Besonders rächte sich die mangelhafte Vorbereitung am brandenburgischen Hofe. Zur Enttäuschung des Bischofs wandte sich der Kurfürst mehr und mehr von ihm ab⁸⁶. Gemeinsame Beschwerden gegen die Holländer standen schon lange nicht mehr zur Debatte. Statt dessen hörte man in Münster, der Brandenburger habe den Kaiser gebeten, Christoph Bernhard vom Krieg abzuraten. Georg Friedrichs von Waldeck Dienstantritt im niederländischen Heer verdichtete nur noch die Befürchtungen über eine feindselige Haltung Brandenburgs⁸⁷, und in der Tat liefen in Den Haag Verhandlungen, die zu einer Annäherung zwischen den Generalstaaten und dem Kurfürsten führten⁸⁸. Erst als Blaspeil in der zweiten Augushälfte den Bischof in Coesfeld auf die gefährliche Lage mit allem Ernste aufmerksam machte⁸⁹, entschloß dieser sich zu der längst notwendigen Klärung der brandenburgischen Haltung durch eine Gesandtschaft nach Berlin. Der hierzu ausersehene Domdechant Jobst Edmund von Brabeck, als brandenburgischer Untertan geboren, übernahm die überfällige Aufgabe widerwillig genug⁹⁰. Wie erwartet, blieb seine Reise⁹¹ völlig ergebnislos. Sein Versuch, den Kurfürsten unter Verweis auf das englische Bündnis zum Beitritt zu bewegen, konnte nicht mehr gelingen⁹². Um mit dem Domdechanten

⁸⁴ Mainz konnte durch Zugeständnisse in Fragen der kaiserl. Wahlkapitulation günstig gestimmt werden. Joh. Philipp an Chr. Bernh., 18. 7. 1665. Chr. Bernh. an Joh. Philipp, 31. 7. 1665. Chr. Bernh. an Basserode, 14. 8. 1665: MLA. 473, 44. Der Bischof bedauerte den sogen. Wildfangstreit zwischen Kurmainz und Kurpfalz, der ihm die Anwerbung von Truppen in diesen Gegenden erschwerte, und bemühte sich deshalb um dessen Beilegung.

⁸⁵ Basserode an Chr. Bernh., 30. 7. 1665: MLA. 473, 44.

⁸⁶ Den Franzosen blieb die Entfremdung zwischen Brandenburg und Münster nicht verborgen. Ludwig XIV. freute sich über den Befehl des Kurfürsten an Blaspeil, die Ratifikation des Dorstener Bündnisses nicht zu übergeben (Ludwig XIV. an d'Estrades, 29. 8. 1665, bei Wiens S. 382). Am 14./4. 7. 1665 warnte der Kurfürst den Bischof vor Fortsetzung seiner verdächtigen Rüstungen (UA. 11 S. 623), worauf dieser am 23. 7. (Sassenberg) antwortete, er sei zur Verstärkung seines Heers durch den braunschweigischen Erbfolgestreit veranlaßt (UA. 11 S. 624).

⁸⁷ Basserode an Chr. Bernh., 20. 8. 1665: MLA. 473, 44.

⁸⁸ Blaspeil hoffte von den unter dem Druck des Krieges stehenden Generalstaaten endlich die Zusicherung des Abzuges ihrer Besatzungen aus den klevischen Städten erreichen zu können. Der Kinderen I S. 296 f.

⁸⁹ Blaspeil glaubte, mit seinen Ermahnungen Erfolg gehabt zu haben und annehmen zu dürfen, daß der Bischof nur mit dem Säbel rassele, um eine bessere Verhandlungsbasis zu gewinnen (Blaspeil an Kurf. Friedr. Wilhelm, Kleve 2. 9. 1665: DZA., Rep. 11, 165 B I Nr. 1).

⁹⁰ Protokoll v. 18. 9. 1665: DK. Prot. 30 Bl. 115 ff. Sein Memorial vom 27./17. 9. 1665: UA. 11 S. 638.

⁹¹ Die Reise kann nicht vor dem 18. 9. angetreten sein. Der von der Kinderen I S. 314 genannte 7. 9. ist unmöglich. Vielleicht meint er den 7. 9. alten Stils als Tag der Auftragserteilung, was zutreffen würde. – Rekredential Kurf. Friedr. Wilhelms, Cölln 28./18. 9. 1665: MLA. Mil. 1781 u. DZA., Rep. 11, 165 B I a Nr. 2.

⁹² Die von Alpen vertretene Ansicht, der Kurf. habe sich nur zurückgehalten, um im Trüben zu fischen, ist unhaltbar. Er hätte sonst nicht schon im Oktober seine Vermittlung durch Schöning angeboten. Vgl. Der Kinderen I S. 314. Instruktion d. Kurf. für H. A. v. Schöning, Gröningen 16./6. 10. 1665: DZA., Rep. 11, 165 B I b Nr. 3. Rekredential d. Bischofs, Meppen 8. 11. 1665: Ebd.

nicht die schwierigen, doch nicht mehr zu lösenden Fragen besprechen zu müssen, hielten ihn die Geheimen Räte in Berlin mit dem jülich-klevischen Religionsstreit und allerlei Kleinigkeiten hin⁹³.

Es schien also, daß der Krieg begonnen werden sollte, ohne daß eine Reihe wichtiger Vorbedingungen geklärt war. Weder über die Haltung Frankreichs⁹⁴ und des Rheinbundes, noch über die der protestantischen Mächte Nordwestdeutschlands lagen zuverlässige Nachrichten vor. Trotzdem entschloß sich der Bischof, schon jetzt den Krieg zu eröffnen. Die aufgewandten großen Geldmittel und der kostspielige Unterhalt des Heeres ließen ihm keine Wahl. Am 14. September schickte er den Generalstaaten ein ultimatives Schreiben, in dem er die Erfüllung aller seiner Wünsche forderte, andernfalls er den Versuch machen müsse, »zu desto beständiger Einigkeit und Ruhestand mit den Vereinigten Niederlanden zu gelangen«⁹⁵. Die Holländer lehnten die Forderung⁹⁶ am 20. September ab und mahnten in drohenden Worten, von dem Vorsatz eines militärischen Angriffs abzustehen. Falls der Bischof die Vernunft beiseite setze, glaubten sie über genügend Kräfte zu verfügen, ihr Land zu schützen und Genugtuung für allen erlittenen Schaden zu erzwingen⁹⁷.

Auch wenn die in selbstbewußtem Ton gehaltene Antwort^{97a} ein Verhandlungsangebot enthalten hätte, wäre die Lage dadurch nicht verbessert worden. Noch vor ihrer Abfassung in Den Haag gab der Bischof seinem Gesandten in Regensburg die Anweisung, den Schleier von seinem Plan zu ziehen und bei den rheinischen Verbündeten und dem Reich um Hilfe zu bitten. Er betonte, keinen Religionskrieg zu beabsichtigen, sondern nur den ständigen Beleidigungen der Holländer einen Riegel vorschieben und das zurückgewinnen zu wollen, was ihm seit Jahr und Tag von seinem rechtmäßigen Besitz vorenthalten werde⁹⁸. Ob er damit Glauben fand, bleibt dahingestellt. Es hatte sich herumgesprochen, daß er nur in katholischen Ländern seine Werbungen durchführte.

Eigentlich wäre es seit langem die in der Wahlkapitulation verankerte Pflicht des Bischofs gewesen, das Domkapitel um sein Einverständnis zum Abschluß des englischen Offensivbündnisses und zum Kriege zu bitten. Aber natürlich wußte er, daß mit einer Zustimmung nicht zu rechnen war. Solche Unternehmungen brachten nur neue Lasten für das Land. Patriotische Begeisterung für die Rückgewinnung verlorenen Gebietes konnte von den Domherren, zum großen Teil nicht einmal Münsterländern, schon gar nicht erwartet werden.

Anfang Mai hatte Christoph Bernhard zwar dem Domdechanten und einigen Kapitularen etwas von seinem Kriegsplan angedeutet. Das Natürliche wäre es gewesen, wenn Brabeck dem Gesamtkapitel auf seiner Tagung zu Jakobi davon Mitteilung gemacht hätte. Seine spätere Entschuldigung, davon durch den früh-

⁹³ Basserode an Chr. Bernh., 19. 10. 1665; MLA. 473, 46.

⁹⁴ Ludwig erklärte den Generalstaaten am 22. 7. offiziell durch d'Estrades, daß er ihnen im Fall eines münst. Angriffs helfen werde, wenn er auch dem Bischof in der Borkeloer Frage Recht geben müsse (CH. 76 Bl. 227). Er machte damit den Versuch, den Krieg durch ein Nachgeben der Generalstaaten in diesem Punkt im letzten Augenblick zu verhindern. D'Estrades berichtete am 23. 7., daß die Mühe vergeblich war (CH. 76 Bl. 230).

⁹⁵ Abdruck des Manifestes in der Bibl. d. Altertumsvereins Münster. Tücking S. 132 f.; Der Kinderen I S. 319 f.

⁹⁶ Die Hauptforderungen betrafen die Liechtensteinsche Schuld und Borkelo.

⁹⁷ Antwort der Generalstaaten auszugsweise abgedruckt bei Der Kinderen I S. 320 f.

^{97a} Theatrum Europaeum X S. 54 ff.

⁹⁸ Chr. Bernh. an Basserode, 18. 9. 1665; MLA. 473, 45.

zeitigen Auseinandergang der Herren abgehalten worden zu sein, klang mehr als ungläubwürdig. Für eine so wichtige Sache wäre sicher Zeit vorhanden gewesen. In Wahrheit lagen, wie der Domdechant am 18. September mit schlechtem Gewissen gestand, die Umstände so, daß er sich im Mai in Gegenwart Matthias Korff-Schmisings vom Bischof im Fraterhaus hatte bereden lassen, seinen Eröffnungen unter der Bedingung zuzuhören, den übrigen Domherren davon keine Mitteilung zu machen. Mit diesem Schachzug verschaffte sich Christoph Bernhard ein wenn auch dürftiges Recht zu seiner Behauptung, er habe der verfassungsmäßigen Pflicht einer Mitteilung an das Domkapitel entsprochen. Von den Bündnisverhandlungen selbst machte er dem Domdechanten nicht die geringste Andeutung, ja bestritt auf Befragen, daß überhaupt verhandelt wurde.

Als der Krieg vor der Tür stand und es nichts mehr zu leugnen gab, wies der Domdechant noch einmal auf die Gefahren des eingeschlagenen Weges hin. Der Bischof lehnte jede Erörterung rundweg mit der Begründung ab, das englische Bündnis sei geschlossen und müsse gehalten werden. »Darum wäre es besser, mit Holland den Krieg anzufangen, als selbst das Land zu ruinieren, und wann man schon repoussiert werden und alles über und über gehen sollte!« Das Domkapitel rang sich darauf zu dem nicht gerade mannhaften Entschluß durch, der Bischof müsse, da er den Krieg ohne des Kapitels Einverständnis beginne, auch zusehen, wie er weiterkomme⁹⁹. Die Herren konnten sich damit beruhigen, daß ein eventueller Protest den Ausbruch des Krieges auch nicht mehr verhindert hätte. Im übrigen befanden sie sich in guter Gesellschaft, denn auch der Kurfürst von Mainz wünschte trotz aller zur Schau getragenen Friedfertigkeit in den nächsten Tagen alles Gute zum Feldzug gegen Holland¹⁰⁰.

Am 23. September überschritt das münsterische Heer die Grenzen der Provinz Overijssel.

⁹⁹ Protokoll v. 18. 9. 1665; DK. Prot. 30 Bl. 115 ff. Das Domkapitel an Chr. Bernh., 18. 9. 1665; DK. Prod. VI Nr. 2.

¹⁰⁰ Kurf. Joh. Philipp an Chr. Bernh., 30. 9. 1665; MLA. 473, 47.

24. KAPITEL

DER ANGRIFF AUF DIE NIEDERLANDE

Bevor die münsterischen Truppen marschierten¹, mußte Ludwig XIV. vom Kriegsbeginn glimpflich in Kenntnis gesetzt werden. Gegen Mitte August traf der Komtur Friedrich Korff-Schmising in Paris ein. Der niederländische Gesandte van Beuningen beobachtete mißtrauisch den neuen Gast, obgleich der König ihm bereits Hilfe gegen einen Angreifer versprochen hatte. Auch Lionne versicherte ihm auf die Klage über einen angeblichen Anschlag des Bischofs von Münster in den Städten Arnheim und Doesburg², Frankreich könne sich dieser Sache zwar nicht annehmen, aber »que Sa Majesté avoit résolu de leur« – d. h. den Generalstaaten – »prester ladite garantie, quand ils seront effectivement attaquez par ledit évesque«³. Korff-Schmising suchte in seiner ersten Audienz beim König am 20. August zu beweisen, daß, nachdem im vorigen Jahre ein staatliches Heer die Stiftsgrenzen überschritten und die münsterische Besatzung aus der Dieler Schanze vertrieben habe, auf diese Feindseligkeit aber kein Vertrag gefolgt sei, der Kriegszustand als noch andauernd betrachtet werden müsse. Daraus folge, daß der Bischof jetzt nicht der Angreifer, sondern in Wahrheit der Angegriffene sei, und daß ihm in diesem Falle Hilfe gemäß dem Rheinbundvertrag zustehe⁴.

Als entscheidende Frage stand tatsächlich im Vordergrund, wer als Angreifer zu gelten hatte. Sie bildete daher den Mittelpunkt der Instruktion des Komturs. Allein, die Beweisführung ruhte auf zu schwachen Füßen. Beuningen fiel es nicht schwer, Lionne zu überzeugen, daß der Marsch des niederländischen Heeres im Sommer 1664 kaum münsterisches Gebiet berührt und dem

¹ Über den Verlauf des Krieges vgl. besonders Aitzema XLV. V S. 517–526 u. S. 771–773; Alpen I S. 687–702; Depping S. 16 ff.; Swinnas II S. 70–86; Tücking S. 133 f.; Blok V S. 256; UA. II S. 611–721. Kritische Darstellung des Zugs der holl.-französ. Armee von dem Grafen de Guiche, gedr. bei Wiens S. 220–292. Amtlicher Bericht der holl. Felddeputierten an die Generalstaaten, gedr. ebd. S. 293–314. – Vgl. Prognosticon über den Münsterisch-englisch-holländischen Krieg aus der Zahl des Jahres 1666, ebd. S. 365 f. – Kort en bondigh verhaal van 't geene in den oorlogh tusschen den Koningh van Engellant etc. de H. M. Heeren Staten der vrye vereenigde Nederlanden en den bisschop van Munster is voorgevallen, Amsterdam 1667. – (J. Konijnenburg), Den Engelse en Munstersen oorlogh tegen de Vereenigde Nederlanden, Amsterdam 1670.

² Vgl. Tücking S. 132. Cöppe van de informatien, confessien ende sententien van de twee verraders ende conspirateurs tegens de steden Arnheim ende Doesburg consequentelik tegens den Staet der Vereinigten Nederlanden ondernommen (Paulinische Bibliothek). – D'Estrades an Ludwig XIV., 10. 9. 1665; In Doesburg, Arnheim und Gennep seien mehrere verhaftet und hätten gestanden, ihren Verrat für Geld aus Brüssel durchgeführt zu haben, woraus das Einverständnis der Spanier mit Münster hervorgehe. Vgl. Der Kinderen I S. 302 ff.

³ Der Kinderen I S. 305.

⁴ Instruktion für F. Korff-Schmising, undatiert: CM. I Bl. 285.

Lande nicht den geringsten Schaden zugefügt habe. Die Besetzung der Dieler Schanze sei auf Grund eines ordnungsmäßigen Vertrages mit Ostfriesland erfolgt. Daß von dort aus keine Feindseligkeiten gegen das Stift Münster stattfänden, gehe schon daraus hervor, daß der Bischof keinen Schadenersatz fordere. Wie konnte also von einem andauernden Kriegszustand gesprochen werden?

Die Umstände sprachen so eindeutig gegen den Bischof, daß der König ohne weitere Erklärungen Friedrich Korff-Schmising antworten konnte: Er sei an den Vertrag von 1662 mit Holland gebunden, habe die Hilfe auch schon zugesagt und sehe nicht ein, weshalb der Bischof wegen ausgesprochener Lappalien mit einem mächtigen Staat einen Krieg anfangen könne⁵. Die Bitte des Komturs, wenigstens neutrale Haltung zu versprechen, lehnte er rundweg ab. Im Vertrauen gab der König zu verstehen, wie übel er es dem Bischof nehme, sich mit Frankreichs ärgsten Feinden – Spanien und England⁶ – einzulassen. Er fügte gar nicht erst hinzu, wie sehr ihn dieser Krieg in seinen eigenen Plänen gegen die Spanischen Niederlande störte und wie sehr er den Zerfall des Rheinbundes in eine katholische und protestantische Partei als Folge dieser Auseinandersetzung befürchtete.

Jedes weitere Drängen schien unter diesen Umständen verlorene Liebesmüh. Am 2. Oktober verließ der Komtur Paris, fast gleichzeitig mit Lessein, der dem Bischof französische Vermittlung anbieten und dann in Den Haag mit d'Estrades die weiteren Schritte beraten sollte⁷. Ein in ärgerlichem Tone gehaltenes persönliches Schreiben des Königs an Christoph Bernhard wahrte kaum die üblichen Formen der Höflichkeit⁸.

Im Reich zog ein zweites Gewitter herauf. Zahlreiche Stimmen brandmarkten Christoph Bernhard als Angreifer und Friedensbrecher. Besonders unter den protestantischen Reichsständen lebte die Furcht vor einem neuen Religionskrieg wieder auf, die nur durch das Gerücht, der Bischof erwarte Zuzug von den Schweden⁹, gemildert wurde. Sehr nachteilig wirkte sich jetzt aus, daß der münsterische Vertreter in Regensburg über keine genauen Anweisungen verfügte. Die Geheimhaltung des Feldzugsplanes war zu weit getrieben worden.

⁵ Instruktion Ludwigs XIV. für Lessein v. 22. 8. 1665: CH. I Bl. 243. – Nach dem großen englischen Sieg von Lowestoft über die holländische Flotte (3. 6.) blieb dem König von Frankreich auch keine andere Wahl, als auf seiten Hollands in den Krieg einzutreten, wenn er nicht die englische Übermacht zur See stillschweigend hinnehmen wollte (Feiling S. 146).

⁶ Ludwig XIV. an d'Estrades, 29. 8. 1665: Die münsterischen Rüstungen erklärten sich nicht nur aus englischen Geldern zum Krieg gegen die Niederlande, sondern auch aus österr. Subsidien für die Verteidigung der Span. Niederlande (Wiens S. 151). – Ludwig XIV. an d'Estrades, 28. 11. 1665: Er solle beim Statthalter von Flandern Ersatz für die dem Grafen von Auvergne widerfahrene Gewalt fordern, die klar das heimliche Einverständnis Spaniens und Münsters beweise. Leiste der Statthalter keine Folge, so müsse man sich zu Repressalien entschließen (Wiens S. 179).

⁷ Der Kinderen I S. 316 ff.; Diarium Europaeum XIII S. 246; Alpen I S. 680 ff.

⁸ Ludwig XIV. an Chr. Bernh., 4. 10. 1665: MLA. Mil. 1781. – Lionne schrieb in gleichem Sinne am 3. 10. 1665: MLA. 534, 1 V.

⁹ Schweden zeigte sich über das feindliche Verhalten der Holländer, die eine Sperrung der Ostsee fürchteten, während des dänischen und holländischen Krieges sehr aufgebracht. Angeblich bemühte sich der Bischof um die Freundschaft Schwedens und versprach etwaige Unterstützung gegen die Stadt Bremen. Vgl. Köcher I S. 459; Ribbeck S. 41.

Den Gegnern ebnete man damit den Weg für ihre Beschwerden¹⁰. Gravel, seit Anfang Oktober wieder in Regensburg, versäumte keine Gelegenheit, den Bischof in schlechtes Licht zu setzen. Basserode begegnete er voller Ablehnung und schweigsam. Den versammelten Reichsständen überreichte der Franzose eine Schrift, die Münster als Friedensbrecher und jeder Unterstützung unwürdig verurteilte. Zu den größten Besorgnissen gab aber die Beobachtung Anlaß, daß der Kurfürst von Brandenburg von der ursprünglichen Gemeinsamkeit des Dorstener Bündnisses mehr und mehr abrückte und aus seinen Sympathien für die Holländer keinen Hehl machte¹¹. Zu diesem Parteiwechsel trug zwar Gravel ein wenig bei, im Grunde lagen dafür jedoch tiefere Gründe vor: Sämtliche Festungen des Herzogtums Kleve befanden sich in der Hand staatlicher Truppen. Bei einem Kriegseintritt des Kurfürsten auf seiten Münsters wäre das Land verloren gewesen. Auch das Familieninteresse verbot eine Parteinahme für den Bischof. Der Prinz von Oranien kränkelte, und die Gemahlin des Kurfürsten war die nächste Erbin. Den Staat zu ruinieren, in dem der umfangreichste oranische Besitz lag, wäre unklug gewesen¹². Schließlich bestanden ältere Bündnisabmachungen aus dem Jahre 1655, deren Erneuerung beide Seiten schon im Juli 1665 in Erwägung zogen, nachdem die Generalstaaten in der Hoefijzerschen Schuldsache und wegen des Genneper Zolls Entgegenkommen verspüren ließen¹³.

Die Haltung des Hauses Braunschweig-Lüneburg gab nicht weniger Anlaß zur Besorgnis. Die Hoffnung des Bischofs auf Übernahme der im Verlauf des Familienstreits angeworbenen Truppen war nicht nur zusammengebrochen; er mußte sogar mit ansehen, wie Graf Georg Friedrich von Waldeck mit seinen Kompanien trotz schmeichelhafter münsterischer Angebote in holländische Dienste übertrat und ein regelrechtes Verteidigungsbündnis der Generalstaaten mit den Welfen vermittelte¹⁴, und wie gleichzeitig der staatliche Deputierte van

¹⁰ Die österr. u. kurmainz. Vertreter blieben im allgemeinen freundlich. Basserode bedauerte das damalige Bestreben der Protestanten, durch Einführung der Parität in der Reichsdeputation den Reichsbann praktisch illusorisch zu machen (Basserode an Chr. Bernh., 1. 10. 1665: MLA. 473, 46). Damit ging die Hoffnung auf einen wirksamen Reichsbann gegen einen Angreifer des Stifts Münster verloren. Man ahnte schon, daß ein Reichsfürst dem Bischof während des Krieges in den Rücken fallen würde.

¹¹ Basserode an Chr. Bernh., 8. 10. 1665: MLA. 473, 46. Ende September überreichte Brabeck in Berlin ein Memorandum, das die Mitteilung vom Abschluß des Bündnisses mit England enthielt (UA. 11 S. 638). Vgl. Alpen I S. 670 ff.

¹² Desgl., 19. 10. 1665: Ebd. Der Kurf. erhob die Forderung, keine Gewaltakte gegen die auf klev. Gebiet stehenden niederl. Truppen vorzunehmen (14./4. 10. 1665): UA. 11 S. 669.

¹³ Der Kinderen I S. 295 f. Die Niederlande versuchten, sich durch kleine Opfer eines mächtigen Verbündeten zu versichern. Die Verhandlungen verliefen trotzdem mühselig. In die Räumung der klevischen Festungen wollten die Staaten gar zu ungerne willigen. Nachdem zwischen ihnen und Braunschweig-Lüneburg ein Bündnis zustande gekommen war, glaubten sie sich stark genug, um notfalls auf Brandenburg verzichten zu können. – Die sich aufdrängende Frage, weshalb der Kurfürst unter diesen Verhältnissen, die in kaum veränderter Form auch ein Jahr vorher bestanden, sich so weit in die Dorstener Abmachungen einließ, kann nicht ganz befriedigend beantwortet werden. Der Verdacht, nur das Vorhaben des Bischofs erkunden zu wollen, bleibt bestehen, noch mehr die Berechnung, hiermit ein Druckmittel gegen die Generalstaaten in die Hand zu bekommen.

¹⁴ Johan de Witt betrachtete den Grafen v. Waldeck hauptsächlich als Gegengewicht zum Prinzen v. Oranien. Das gleiche Ziel verfolgte er mit dem Prinzen v. Tarent (Graf de Guiche: »De Witt vouloit avoir un général, qui fût sa créature, et parcequ'il n'en

Haersolte um weitere Verstärkungen anhielt. Unter der Hand bot der protestantische Bischof von Osnabrück, Ernst August von Braunschweig-Lüneburg, weitere 7000 gute Soldaten an.

Angesichts so vieler begrabener Hoffnungen wog der Trost, den Christoph Bernhard in einem erfolgreich fortschreitenden Angriff fand, nicht allzu schwer. Zwar drangen die Truppen in großer Schnelligkeit bis weit in die Provinzen Geldern, Overyssel und Drenthe vor, aber der leicht errungene Erfolg täuschte. Auf der Besprechung der Befehlshaber vom 4. Oktober auf Schloß Borkelo, wo der Bischof seine Residenz genommen hatte, erklangen noch nicht zwei Wochen nach Kriegsbeginn recht bedenkliche Töne. Obrist von Wrede beklagte die in der Armee eingerissene Unordnung und die Desertion zahlreicher Soldaten¹⁵. Zerrüttete Disziplin und personelle Schwäche der Truppenteile verboten die Belagerung größerer Städte. Nur an feste Häuser und kleinere Posten wagte man sich heran. Als einziges größeres Unternehmen leitete Gorgas die Belagerung der Festung Bourtange mit 6000 Mann¹⁶. Anstelle des längst aufgegebenen Zieles Amsterdam, wo man den Engländern die Hand zu reichen gedachte, richteten sich die Blicke jetzt auf Groningerdiep, dessen alte Schanzen wohl noch zur Deckung einer englischen Landung geeignet sein konnten, wenn man sie instandsetzte¹⁷. Ganz im Dunkeln tappte die münsterische Heeresleitung hinsichtlich der holländischen Absichten. Noch hatte das gegnerische Heer nicht in den Kampf eingegriffen und stand abwartend hinter der Ijssel¹⁸.

pouvait point trouver de plus dévoué ni qui fût aussi ennemi de la maison d'Orange, il choisit le Prince de Tarente, brigadier de la cavalerie.«Wiens S. 223). – Graf Waldeck fand in Den Haag angesichts der antimünsterischen Stimmung so leichte Arbeit, daß man sogar über seine fehlende Vollmacht hinwegsah. Der Vertragsentwurf v. 21. September enthielt die Bestimmung, daß die Herzöge 12 000 Mann und Artillerie anwarben und die schon aufgestellten 6000 Mann den Niederländern unter Führung Waldecks übergaben (Der Kinderen I S. 288 ff.). – Auch Ludwig XIV. befahl d'Estrades am 22. 9. 1665, auf den schnellen Abschluß eines Subsidienvertrags der Generalstaaten mit Braunschweig-Lüneburg zu dringen (Wiens S. 155 f.). – Die Drohungen des Bischofs gegen Graf Georg Friedrich wegen Bruchs des Lehnseides als corveyscher Lehnsmann wurden bereits erwähnt. Chr. Bernh. an Graf Georg Friedr. v. Waldeck, 30. 9. 1665: MLA. 543 I. – Interessante Mitteilungen über Waldecks Wirken macht Bf. Ferdinand von Paderborn in seinem Brief an den Kurf. von Brandenburg, Neuhaus 17. 11. 1665: Danach sollte um den 1. Dezember a. St. in Braunschweig eine Konferenz zur Wiederherstellung des Friedens unter Beteiligung von Kurbrandenburg, Braunschweig-Lüneburg, Kurköln und Paderborn zusammentreten. »Graf Waldeck hätte vorgeschlagen, ob es nicht dahin zu bringen sei, daß der Bischof zu Münster, der zu allerhand Troublen inclinire, abdicieren und das Domkapitel zu der Wahl eines anderen Bischofs schreiten möchte; die Staaten würden solchenfalls dem Domkapitel und Stift Münster wegen Borkeloe und sonst genügende Satisfaktion und Versicherung geben.« Herzog Georg Wilhelm habe vorgeschlagen, man müsse den Bischof in ein Kloster stecken, und gefragt, »ob es Kurköln nicht dienen sollte, wieder Bischof zu werden«. Ferdinand von Fürstenberg riet von persönlichen Repressalien gegen den Bischof ab (UA. 11 S. 663 ff.).

¹⁵ Die Gerüchte über das Auseinanderlaufen des münst. Heeres verbreiteten sich bald in ganz Deutschland. Vgl. Schr. Diétr. v. Landsberg an Chr. Bernh. v. 19. 10. 1665 über das Eintreffen zahlreicher Deserteure im Bstm. Hildesheim: MLA. 542 a.

¹⁶ Über die militärischen Maßnahmen Gorgas' unterrichtet ein Brief des H. M. F. v. Velen an Alexander v. Velen, 4. 10. 1665: L., Raesfeld D 1 X.

¹⁷ Protokoll v. 4. 10. 1665: GR. 594.

¹⁸ Die schlechte Vorsorge der Holländer für das Landheer – nur 6000 Mann für die lange Landfront – beklagt d'Estrades im Brief an Lionne v. 20. 8. 1665: Wiens S. 151.

Der dringende Wunsch, den Engländern die Landung in Groningerdiep zu ermöglichen und beträchtliche Kontributionen aus den reichen Gebieten um Groningen zu ziehen, veranlaßten den Bischof, das Heer nach Norden zu führen. Mühelos überwand d'Ossery den schwachen niederländischen Widerstand an den Pässen durch die Moräste bei Staphorst und Rouveen und brach mit 8000 Mann in die Provinz Groningen ein¹⁹. So großartig dieser Erfolg wiederum schien, er war doch nur aus dringender Notwendigkeit geboren. Das Ausbleiben der englischen Subsidien zwang zur Suche neuer Geldquellen, nachdem es sich auch als unmöglich erwies, das Heer in den von der Bevölkerung geräumten Grenzgebieten, in denen es bisher stand, ausreichend zu verpflegen. Der Erfolg des Vorstoßes hing an dem Ausgang der Belagerung von Bourtange. Trotz großer Anstrengung Gorgas' mißlang sie. D'Ossery sah sich bald auf Winschoten zurückgedrängt und von allen Seiten umzingelt. Nachdem der Feldzug diese höchst unglückliche Wendung genommen hatte²⁰, trafen nun auch die französischen Hilfstruppen auf holländischem Boden ein²¹.

Bis zum letzten Augenblick scheint der Bischof nicht an die Möglichkeit tatsächlichen Eingreifens der Franzosen geglaubt zu haben. Er rechnete mit den großen Schwierigkeiten, die dem Marsch Pradels nach Norden entgegenstanden. Den Seeweg von Frankreich nach Holland gefährdete die englische Flotte. Zu Lande versperrten spanische und lüttichsche Gebiete den Weg. Sowohl Castel-Rodrigo als auch Kurfürst Maximilian Heinrich, als Bischof von Lüttich, rechnete Christoph Bernhard unter seine Freunde. Beide hatten seine Werbungen erlaubt und unterstützt. In dem Spanier täuschte er sich nicht. Der Statthalter verweigerte mit höflichen Worten den Franzosen den Durchmarsch²². Um so mehr traf den Bischof die Bereitwilligkeit des Kurfürsten, Pradel den Weg durch das Stift Lüttich zu gestatten²³. Der ängstliche Kölner Herr zweifelte schon jetzt nicht mehr an einem niederländisch-französischen Siege und sah das Stift Münster bereits in Händen der Niederländer und sich selbst als ihr unmittelbarer Nachbar. Für den Fall eines zwar kaum zu erwartenden Sieges des Bischofs rechnete der Kurfürst mit dessen Feindschaft und glaubte sich daraus nur durch französische Hilfe retten zu können. Um den Holländern im Stift Münster

¹⁹ Vgl. hierzu Schr. H. M. F. v. Velen an Alex. v. Velen, 24. 10. 1665; L., Raesfeld D 1 X.

²⁰ Tücking S. 133 f.

²¹ D'Estrades kündigte das Kommen Pradels den Generalstaaten am 7. 10. 1665 an: Der Kinderen I S. 338. Lionne hatte ihm am 2. 10. 1665 die Inmarschsetzung von 4000 Mann zu Fuß und 2000 Reitern aus ihrem Lager in Lothringen mitgeteilt: Wiens S. 164. — Das Ausbleiben englischer Gelder lag z. T. an dem Untergang zweier großer Zinnschiffe vor der flandrischen Küste, die für den Bischof bestimmt waren, wie Temple berichtet (Courtenay I S. 49), z. T. am Ausbruch der Pest in London.

²² Castel-Rodrigo an Ludwig XIV., 19. 10. 1665. Lionne beklagte sich am 30. 10. bei d'Estrades, daß der span. Statthalter außerdem ein Korps bei Marche-en-Famine aufstelle, als ob er den Durchmarsch durch Lüttich verhindern wolle, obgleich Castel-Rodrigo vor 2 Monaten span. Truppen aus der Franche-Comté nach Flandern durch französ. Gebiet ohne Erlaubnis des Königs geführt habe. Wiens S. 172. Eine große Rolle spielte das englische Hilfsversprechen an Spanien gegen einen französischen Durchmarsch: Brinkmann S. 689. Vgl. Castel-Rodrigo an La Fuente, Brüssel 9. 10. 1665. Corresp. de la cour d'Espagne Bd. 5 S. 4 Nr. 9; S. 7 Nr. 16; S. 8 Nr. 19.

²³ Der Kinderen I S. 342. Kurf. Max. Heinrich gab seine Erlaubnis im Schr. an Ludwig XIV., Arnsberg 17. 10. 1665: CC. 3 Bl. 401.

das Wasser abzugraben, beantragte er in Paris vorsorglich, ihm selbst zu diesem Bischofsstuhl zu verhelfen²⁴. Die kurkölnische Politik, auf die Nachfolge Christoph Bernhards im Stift Münster gerichtet, sah schon den nahen Erfolg. Eine Ablehnung des französischen Durchmarsches durch Lüttich, wenigstens formell, wäre nämlich durchaus mit der Entschuldigung, daß der Angreifer im gegenwärtigen Kriege noch nicht festgestellt sei, möglich gewesen. Hätte Pradel den Durchmarsch erzwungen, so trug man keine Verantwortung gegenüber dem Bischof von Münster. Daß nicht einmal der Versuch unternommen wurde, ist wahrlich ein verdächtiges Zeichen²⁵. Die bereitwillige Zustimmung stellte den im voraus gezahlten Preis für die Erfüllung des Wunsches dar, den Wilhelm Egon von Fürstenberg dem französischen Minister Lionne offenbarte, daß nämlich »die Nachbarn und Stände des Bistums selbst den Bischof absetzten und einen anderen wählten oder postulierten, in welchem Fall sich der Kurfürst von Köln schmeichelt, durch Vermittlung und Beistand Frankreichs mehr Aussichten als jeder andere zu haben«²⁶.

Ein anderer als Christoph Bernhard von Galen hätte das ungleiche Rennen wohl schon zu dieser Zeit aufgegeben, er aber vertraute in unbesiegbarem Optimismus auf einen guten Ausgang, wenn schon die ganze Welt gegen ihn aufstünde. Ungeachtet der verzweifelten Lage frohlockte er, als ihm der englische Gesandte Graf Carlingford²⁷ viele tausend Mann englischer Hilfstruppen und goldene Bilder von einem bevorstehenden großen Bündnis Englands mit Österreich und Spanien auf den Horizont malte. Ein besonnener Politiker hätte an der Aufrichtigkeit Carlingfords gezweifelt, dessen Aufgabe ja nur darin bestand, den Bischof nach den militärischen Rückschlägen bei der Stange zu halten, aber Christoph Bernhard glaubte an seine Zusagen, – weil sie seinen eigenen Wünschen entsprachen. Er besaß die für einen Politiker gefährliche Eigenschaft, Wunschbilder als Tatsachen in Rechnung zu setzen²⁸.

Mit dieser Zuversicht änderte der Bischof doch nichts an der Tatsache, daß der kaum begonnene Krieg politisch und militärisch als verloren gelten mußte. Auch die unbegründete Hoffnung auf eine Hilfe des Kaisers – P. Körlner und Lic. Bisping bemühten sich in Wien darum – entschwand. Schon am 9. Oktober gab Friquet den Generalstaaten die Versicherung, daß der Kaiser nichts Feindliches gegen sie unternehmen werde. Er verriet sogar, daß der Bischof durch zwei Gesandte vergeblich in Wien um Hilfe gegen Holland gebeten hatte²⁹. Unverkennbar rückten die Generalstaaten in eine bevorzugte Rolle innerhalb der kaiserlichen Politik auf. Voller Sorge blickte Habsburg auf die französischen Ansprüche und erwog die Möglichkeiten, das spanische Erbe zu retten. In der mit Sicherheit zu erwartenden Auseinandersetzung sollten die Vereinigten Niederlande einen wichtigen Eckpfeiler bilden. Was bedeuteten demgegenüber

²⁴ Kurf. Max. Heinrich an Franz Egon, Arnsberg 20. 10. 1665: CC. 3 Bl. 405.

²⁵ Auch in Heinsburg kam die Sprache wiederholt auf den Übergang des münst. Bischofshutes an Kurköln. Basserode an Chr. Bernh., 28. 1. 1666: MLA. 473, 48.

²⁶ Wilh. Egon v. Fürstenberg an Lionne, 16. 9. 1665: CC. 3 Bl. 368.

²⁷ Carlingford reiste am 12. 10. 1665 von Münster in das fürstliche Hoflager ab. Das Domkapitel vermied eine Begrüßung, um damit seine Mißbilligung über das englische Bündnis des Bischofs auszudrücken, und nicht nur, weil üblicherweise fremde Gesandte vom Domkapitel nicht begrüßt wurden (DK. Prot. 30 Bl. 121).

²⁸ Dieselbe Eigenschaft kritisiert Graf de Guiche in militärischer Hinsicht an Chr. Bernh.: »... mesurant ses forces selon son ressentiment et non pas sur leur portée ni selon ce qu'il devoit craindre de ses ennemis« (Wiens S. 220).

²⁹ Friquet an die Generalstaaten, 9. 10. 1665: MLA. 473, 46 (Abschrift).

die Abenteuer des Bischofs von Münster? Seine Pläne, Teile der niederländischen Ostprovinzen – Borkelo, Bourtange, Wedde und Westerwoldinger Land – zurückzugewinnen³⁰ und mit dem Reich zu vereinigen, betrachtete der Wiener Hof als Spielereien. Man konnte nur darüber lächeln, daß der eifrige Herr seine Regimenter zu Kriegsbeginn auf das Reich vereidigte. Niemand hatte ihn dazu ermächtigt³¹. Entweder spiegelte sich darin die Schwärmerei eines Phantasten von alter deutscher Größe und der Pflicht, sie wieder herzustellen, oder es handelte sich um das Taschenspielerkunststück eines kleinen deutschen Fürsten, um das Reich nolens volens vor seinen Wagen zu spannen. Beide Momente spielten sicherlich eine Rolle, bewogen aber den Kaiser keineswegs zu Anteilnahme oder gar Hilfe.

Die Gefühle des Bischofs beim Bekanntwerden der von Friquet in Den Haag abgegebenen Erklärung sind leicht zu ermessen³². Mit diesem Schriftstück in Händen mußte es den Holländern leicht fallen, bei ihren Freunden das letzte Zögern vor offener Parteinahme beiseitezuräumen und die Anhänger des Bischofs von ihm abzuziehen. An Gefährlichkeit ließ sich das Schreiben Friquets mit den während der Belagerung Münsters ergangenen kaiserlichen Mandaten vergleichen. Erst jetzt scheint dem Bischof ein Licht aufgegangen zu sein, in welche verzweifelte Lage er sich durch eigene Unbesonnenheit gebracht hatte. Damit begann die zweite Phase des Krieges und die Vorbereitung des Friedens.

Der französischen Politik fiel die Aufgabe zu, den nun einmal ausgebrochenen Krieg nutzbringend ihren eigenen Absichten unterzuordnen. Mit einer bloßen Verurteilung des Bischofs war es nicht getan. Grundsätzlich lehnte der König den Krieg nicht deshalb ab, weil er sich gegen die Niederlande richtete, war doch die Kriegserklärung der Engländer an die Generalstaaten in Paris mit Genugtuung begrüßt worden, sondern weil er erste Rückwirkungen auf den Bestand des Rheinbundes und ein möglicherweise durch münsterische Vermittlung zustandekommendes Bündnis zwischen England und Spanien befürchtete, das durch englische Truppenlandungen an der flandrischen Küste ein kräftiges Rückgrat erhalten und seine Pläne in bezug auf die Spanischen Niederlande außerordentlich erschweren könnte. Vollends führten die Überlegungen der mit der deutschen Politik vertrauten Franzosen aus dem unfruchtbaren Standpunkt reiner Ablehnung heraus. Schon das erwähnte Schreiben Wilhelm Egons von Fürstenberg vom 16. September betonte die Notwendigkeit, den Krieg hinzunehmen und für die eigenen Zwecke nach Kräften auszunutzen. Besonders aber vertrat Gravel die Meinung, aus den gegebenen Umständen Kapital zu schlagen. Im Gegensatz zum König schien ihm der Kriegsausbruch geradezu vorteilhaft für Frankreich. Nachdem die Kriegsvorbereitungen des Bischofs so weit gediehen waren und ein beachtliches Heer auf den Beinen stand, schien es ihm günstiger, diese Truppen in einem Feldzug gegen Holland aufzubreuchen, als sie durch einen übereilten Friedensschluß den Spaniern in die Hände zu spielen. Damit eilten die Überlegungen Gravel's, der seinen König an politischer Wendigkeit bei weitem übertraf, der Einstellung des Pariser Hofes voraus. Dort hoffte man noch immer, daß der Bischof unter dem Druck Brandenburgs oder Pfalz-

³⁰ Chr. Bernh. an Basserode, 15. 10. 1665: Ebd.

³¹ Basserode an Chr. Bernh., 9. 11. 1665: Ebd.

³² Dem Bischof kam die Zusicherung Friquets durch Basserode zur Kenntnis. Basserode an Chr. Bernh., 19. 10. 1665: Ebd.

Neuburgs den Krieg aufgab³³. Gravel sah indessen hierin keine Sicherheit. »Ledit évesque est un prince, avec qui il faut prendre de bonnes seuretez, estant un peu fourbe et assurement dévoué à la maison d'Austriche«³⁴. Die münsterische Gefahr ließ sich nur beseitigen, wenn, wie Wilhelm Egon sich ausdrückte, der unhaltbare Zustand ein Ende fand, daß der Bischof ohne Kontrolle Frankreichs eine mächtige Rüstung aufbaute, während die wahren Bundesgenossen des Königs in militärischer Ohnmacht verharren³⁵.

Mochte Ludwig XIV. selbst den richtigen Weg nicht sofort erkennen, der in den deutschen Dingen erfahrenere Lionne überschaute ihn sofort. Es galt von nun an, einen schnellen Sieg des Bischofs und den damit verbundenen Übergang seiner Truppen an die Spanier zu verhindern. Gravel erntete mit dieser Erkenntnis das volle Lob des leitenden Ministers: »Cela est vrai! C'est pourquoi on n'oubliera rien pour dissiper son armée«³⁶. Dieses Ziel ließ sich am vollkommensten durch einen nicht zu schnellen, aber kräfteverzehrenden Feldzug, in dessen Verlauf dem Bischof die Mittel ausgingen und die Soldaten wegliefen, erreichen³⁷. Pradel fiel damit die entsagungsvolle Aufgabe zu, seine Feldherrenkünste unter den Scheffel zu stellen und den Wünschen der Holländer nach tatkräftiger Kriegführung möglichst auszuweichen. Lief das münsterische Heer wegen Geldmangel auseinander, so war auch der Untergang des Bischofs besiegelt. Dann stand den Franzosen, ohne daß das Münsterland der militärischen Besetzung durch staatliche Truppen verfiel, die freie Verfügung über den Bischofsstuhl zu. Mit einer Pension konnte Christoph Bernhard von Galen zum Rückzug aus dem politischen Leben gezwungen werden³⁸.

³³ Ludwig XIV. an Gravel, 28. 8. 1665; CA. 195 Bl. 158.

³⁴ Gravel an Ludwig XIV., 3. 9. 1665; CA. 195 Bl. 170. Gravel befürchtete sogar, der Krieg könne gar nicht ausbrechen. Gravel an Lionne, 27. 8. 1665; Ebd. Bl. 157.

³⁵ Wilh. Egon v. Fürstenberg an Lionne, 14. 10. 1665; CC. 3 Bl. 389. Auch Lessein vertrat die Meinung, daß der Kriegsausbruch für Frankreich günstig sei. Lessein an Ludwig XIV., Bensburg 7. 10. 1665; CP. 8 Bl. 344.

³⁶ Gravel an Ludwig XIV., 15. 10. 1665; CA. 194 Bl. 239. Vgl. d'Estrades an Ludwig XIV., 5. 11. 1665: »Ich halte es von der äußersten Wichtigkeit, daß diese bischöfl. Armee, um die Partei und den Kredit des englischen Königs auf dem Lande gänzlich zu vernichten, an die Seite geschafft werde und daß dieses unter Mitwirkung der Truppen Ew. Maj. geschehe, um diese 4 Provinzen sehen zu lassen, daß sie ohne ihre Hilfe verloren seien« (Wiens S. 173).

³⁷ Vgl. Tücking S. 138 f. Es lag auf derselben Linie, wenn der König auch alle Feindseligkeiten gegen England vermied, was den Argwohn Aitzemas hervorrief. Auf die Beschwerden de Witts zeigte Ludwig XIV. zwar etwas mehr Ernst in der Kriegführung, der von Lionne an d'Estrades übermittelte Befehl des Königs, das Münsterland durch Pradel im Winter verwüsten zu lassen, erwies sich jedoch nur als ein Kunstgriff, um die republikanische Partei gegen die oranische zu stützen. Pradel unternahm nicht das geringste, ohne für dieses vertragswidrige Verhalten aus Paris getadelt zu werden. – Ludwig XIV. an d'Estrades, 13. 11. 1665: Van Beuningen habe bei Lionne angeregt, die münst. Truppen auf französ. Seite zu locken und mit dem Corps Pradels zu verbinden. Es solle versucht werden, ganze Truppenteile oder einzelne Soldaten herüberzuziehen (Wiens S. 174 f.). – D'Estrades an Ludwig XIV., 19. 11. 1665: Man habe den münst. Soldaten Handgeld versprochen, jedoch ohne durchschlagenden Erfolg. Nur Wallonen, Brabanter und Freigrafenschaftler, die eigentlich nur aus spanischen Diensten beurlaubt seien, hätten sich zur Desertion verführen lassen und kehrten in ihre Heimat zurück. Den Überfall auf Herrn v. Mole in den Span. Niederlanden werde er dazu ausnutzen, das Einverständnis zwischen Spanien und Münster überall zu beweisen (Wiens S. 176). Vgl. Kohl, Die abgebrochene Belagerung Bocholts im Dezember 1665 und ihre politischen Hintergründe.

³⁸ Lionne an Wilh. Egon v. Fürstenberg, Paris 15. 11. 1665; CC. 3 Bl. 421.

Auch zur Störung des Verhältnisses der Vereinigten Niederlande zu Spanien erwies sich der Krieg für die Franzosen als vorteilhaft. Sie bestärkten das in Holland umlaufende Gerücht, daß die Spanier die eigentlichen Anstifter des Krieges seien, nach Kräften³⁹. Sie arbeiteten damit der Gefahr einer gemeinsamen Abwehr der französischen Anschläge auf die südlichen Niederlande entgegen und lenkten gleichzeitig die Aufmerksamkeit der Welt von der schmerzlichen Störung des Rheinbundes durch den Bischof von Münster, den sie als bloßen Verführten der Spanier hinstellten, ab. Sicherlich ein Meisterstück französischer Politik!

25. KAPITEL

FRIEDENSVERMITTLUNG

Alle Blicke richteten sich nun auf die Wiederherstellung des Friedens. Nur in Münster schien man daran noch nicht zu denken. Der Bischof hielt es für richtig, im Rheinbundrat erneut die Kriegsschuldfrage zur Sprache zu bringen, obgleich er aus den Berichten Basserodes entnommen haben mußte, wie sehr die Stimmung gegen ihn stand. Er rechnete auch kaum damit, Anhänger für seine These von der Kriegsschuld der Holländer zu finden. Die Erörterung der Frage sollte ihm nur eine Atempause verschaffen. Aber seine Forderung auf Einstellung aller Feindseligkeiten durch Frankreich bis zu ihrer Lösung blieb ungehört⁴. Selbst bei Kurköln und Pfalz-Neuburg fand er für seinen Antrag

³⁹ D'Estrades an Ludwig XIV., den Haag 5. 11. 1665: CH. 77 Bl. 235. Ludwig XIV. an d'Estrades, 13. 11. 1665: Ebd. Bl. 273. — Aitzema XI, S. 1323, bemerkt, daß Castel-Rodrigo den Generalstaaten einen Brief an den Bischof zur Kenntnis brachte, in dem er vom Krieg abriet und seine Vermittlung anbot. Da der Bischof auf dieses Schreiben (v. 31. 8. 1665) so wenig Rücksicht nahm, »so wurde es auch hier für ein bloßes Kompliment gehalten«. Vgl. Wiens S. 319 f. Auch Gamarra versuchte durch die in seiner Denkschrift v. 30. 9. 1665 angeführten diplomatischen Schritte die span. Neutralität zu beweisen (Wiens S. 320). Vgl. den Brief der regierenden Königin von Spanien an Gamarra, Madrid 27. 2. 1666, worin sie strenge Wahrung der Neutralität befiehlt (Correspondance de la cour d'Espagne Bd. 5 S. 12 Nr. 29). — Nach Ende des Krieges überreichten die Holländer in Madrid eine Zusammenstellung aller Verstöße der Spanier gegen die Neutralität (ebd. S. 321 ff.). Vgl. zu den holl. Klagen auch den Brief Castel-Rodrigos an Gamarra, Brüssel 9. 3. 1666. Correspondance de la cour d'Espagne Bd. 5 S. 14 Nr. 31. Mémoire ou relation succincte des violences commises de temps en temps de dedans le territoire et les Etats du roi d'Espagne contre cet Etat par les troupes levées par l'évêque de Munster pour servir d'introduction à Henri de Reede de Renswoude, ambassadeur hollandais à Madrid. Fait et arrêté dans l'assemblée des Etats Généraux (La Haie 21. 5. 1666).

¹ Protokoll des Rheinbundesrates, 4. 11. 1665: MLA. 473, 46.

kein Verständnis². In den Reichsgremien herrschte noch größere Abneigung. Die selbstgewählte Bezeichnung des münsterischen Heeres als »Reichsheer« erwies sich auf die Dauer nicht nur als unwirksam, sondern sogar als schädlich. Unter den protestantischen Fürsten³ herrschte helle Empörung, daß der Bischof zu seinem vom Zaun gebrochenen Kriege den Namen des Reiches mißbrauchte. Dem Kaiser blieb keine Wahl, als sich ebenfalls von dieser Eigenmächtigkeit zu distanzieren. Die damit verbundene Zurechtweisung wirkte wiederum ermutigend auf des Bischofs Feinde. Man hielt sich für befugt, ihn, der sich so eindeutig ins Unrecht gesetzt hatte, in seine Schranken zu weisen⁴.

Christoph Bernhard glied in dieser Lage einem Mann, der vom Wege abgekommen bis zum Hals im Morast steckte, aber trotzdem unaufhörlich beteuerte, sich auf dem richtigen Wege zu befinden. Er hätte dieses Schauspiel wohl noch bis zu seinem endgültigen Untergang fortgesetzt, wenn ihm nicht von unerwarteter Seite Hilfe gekommen wäre, die er selbst allerdings niemals als Rettung aus der Not ansah oder anerkannte.

Sie entsprang den niederländisch-brandenburgischen Verhandlungen. Kurfürst Friedrich Wilhelm nutzte den Vorteil, den ihm die Aussetzung des Dorstener Vertrages und die schwierige Lage der Holländer verliehen. Jetzt war die rechte Zeit, alle Streitpunkte in einem für ihn günstigen Sinne abzutun. Die Niederländer zeigten Entgegenkommen, nur wegen der geforderten Räumung der klevischen Festungen erhoben sie immer wieder Schwierigkeiten. Allenfalls wollten sie Emmerich übergeben, verlangten dafür aber 6000 Soldaten gegen den Bischof von Münster. Der Preis erschien dem Kurfürsten zu hoch. Schließlich schug d'Estrades vor, auch Orsoy zu räumen, wenn der Kurfürst als Entgelt ein neues Bündnis auf dem Fuße des 1655 geschlossenen einzugehen bereit sei. Blaspel stimmte unter zwei Bedingungen zu: 1. Der Kurfürst schickt 3000 Mann, die die Generalstaaten unterhalten, aber unter seinem Befehl bleiben, und 2., er erhält einen Monat Zeit, den Bischof zum Frieden zu bewegen, bevor er zu Feindseligkeiten verpflichtet ist⁵.

Damit war das Stichwort einer brandenburgischen Friedensvermittlung gefallen⁶. Noch bevor sie offizielle Formen annahm, gab der Kurfürst dem Bischof von Münster davon Kenntnis. Fast gleichzeitig mit der Ankunft

² Kurköln und Pfalz-Neuburg gaben sogar den Generalstaaten Versicherungen ab, mit ihnen in guter Freundschaft leben zu wollen. Wilhelm Egon v. Fürstenberg berichtete Ludwig XIV. am 20. 12. 1665, daß beide Fürsten in der »appréhension, qu'ils ont que leurs pays et subjects ne demeurent pas longtems sans se ressentir de la guerre de Munster, si elle ne se termine pas bientost«, ihm den Auftrag gegeben hätten, in Paris anzufragen, ob sie sich mit Brandenburg gemeinsam an der Vermittlung beteiligen sollten (Wiesentheid, Gräfl. Schönbornsches Archiv, Joh. Philipp Nr. 1289).

³ Pufendorff berichtet, daß der Kurf. v. Brandenburg den Verdacht geäußert habe, es sei etwas gegen die Protestanten im Gange, weil die kathol. Fürsten große Freude über den münst. Krieg empfänden. Der Kaiser versuchte, die protest. Stände durch den Erzbf. v. Salzburg zu beruhigen, indem er Mittel zur Wiederherstellung des Friedens ankündigte. Er trug später auch dem Kurf. v. Brandenburg u. Hzg. Aug. v. Wolfenbüttel die Beilegung des Streites auf (Wiens S. 336).

⁴ Basserode an Chr. Bernh., 5. 11. 1665: MLA. 473, 46. Das rechthaberische Betragen gegenüber Kurköln rächte sich jetzt. Vgl. Schr. Chr. Bernh. an Kurköln v. 9. 11. 1665 betr. Durchzug Pradels durch das Stift Lüttich: MLA. Mil. 1781.

⁵ Der Kinderen I S. 330 ff.

⁶ Die Verhandlungen zwischen Brandenburg und den Generalstaaten kamen jetzt noch nicht zum Abschluß. Über ihren Verlauf vgl. Der Kinderen I S. 333 ff.

Lesseins in Meppen (Anfang November), dem damaligen Hauptquartier Christoph Bernhards, und dem wohl nicht ganz ehrlich gemeinten französischen Vermittlungsangebot⁷ traf auch der brandenburgische Hofrat von Schöning ein⁸, sowie ein Schreiben Ferdinand von Fürstenbergs mit genaueren Einzelheiten des brandenburgischen Vorschlags⁹. Der Bischof antwortete mit Ausflüchten: Einer brandenburgischen Vermittlung stehe leider im Wege, daß er bereits die Castel-Rodrigos angenommen habe und nur schwer rückgängig machen könne. Vorerst müsse er auch den Engländern eine Mitteilung zukommen lassen, ohne deren Zustimmung er nicht verhandeln dürfe¹⁰.

Die Gründe, die den Kurfürsten von Brandenburg bewogen, sich in unterschiedener Form der Friedensvermittlung anzunehmen, entsprangen kaum der Besorgnis, daß der Bischof von Münster durch einen Sieg zu übermächtig werden könnte¹¹. Das Kriegsglück stand zu eindeutig gegen ihn. Vielmehr befürchtete der Kurfürst ein Übergewicht der Niederlande in der klevischen Nachbarschaft, vielleicht unter Einbeziehung des Fürstbistums Münster in ihren Herrschaftsbereich. Das hätte für die Zukunft eine Gefährdung des eigenen Besitzes am Niederrhein bedeutet. Mit Mißmut beobachtete er deshalb die erwähnten Verhandlungen zwischen den Braunschweigern und Holland über Truppenhilfe¹². Sie verliehen den Generalstaaten Rückenstärkung und größere Unabhängigkeit von Brandenburg. Gelang es indessen, Christoph Bernhard mit der Drohung, andernfalls den Niederlanden mit den Waffen beizuspringen, zu zwingen, auf Grund des Status quo Frieden zu schließen, so verhinderte der Kurfürst einerseits eine ungebührliche Ausdehnung des Machtbereichs der Republik nach Osten, hinterließ aber andererseits bei den Holländern den Eindruck, ihnen als Freund in der Not beigesprungen zu sein. Verlieren konnte er das Spiel nur dann, wenn der Bischof die Annahme des Friedens verweigerte. In diesem

⁷ Chr. Bernh. an Graf Ernst Wilh. v. Bentheim, 5. 11. 1665: MLA. 59, 2. Chr. Bernh. an Dietr. v. Landsberg, 9. 11. 1665: MLA. 542 a. – Lessein erhielt vom Bischof die Zusicherung der Räumung einiger Plätze auf niederländ. Gebiet, jedoch nicht aller, wie der Gesandte vorschlug. In die Verhandlungen eintreten wollte er erst nach Empfang der aus England erwarteten Nachrichten. Ludwig XIV. wies darauf d'Estrades an, alle direkten Verhandlungen zwischen Christoph Bernhard und den Generalstaaten zu verhindern. Zuvor müsse die münst. Armee ruiniert werden (CH. 77 Bl. 289). – Dieselben Nachrichten enthält das Schreiben Lionnes an d'Estrades, 16. 11. 1665: Wiens S. 175. – Vgl. Der Kinderen I S. 342, mit weiterer Literatur.

⁸ Beglaubigungsschreiben für v. Schöning v. 16. 10. 1665; Rekredential, Meppen 8. 11. 1665: MLA. Mil. 1781. Die Berichte v. Schönings in DZA., Rep. 11, 165 B I b Nr. 3. Seine Instruktion, Gröningen 26./16. 10. 1665: UA. 11 S. 652.

⁹ Ferd. v. Fürstenberg an Chr. Bernh., 9. 11. 1665: MLA. Mil. 1781. Ferdinand hatte den Vermittlungsplan mit dem Kurfürsten am 8. November in Büren besprochen. Er ließ in seinem Schreiben an Chr. Bernhard erkennen, daß der Friede notfalls mit Waffengewalt erzwungen werden solle.

¹⁰ Schöning an Kurf. Friedr. Wilhelm, Meppen 5. 11. 1665: DZA., Rep. 11, 165 B I Nr. 3; UA. 11 S. 657.

¹¹ Joh. Rotger Tork entnahm einer Unterredung Adrians v. Wendt mit dem Kurfürsten v. Brandenburg dessen Abneigung gegen einen rein protestant. Bund und den Wunsch, Köln, Trier und Paderborn in die Vermittlung einzuschalten. Tork an Ferd. v. Fürstenberg, Minden 23. 10. 1665: Ribbeck, WZ. 52 I S. 111. Im Schr. v. 6. 10. 1665 berichtete Tork dem Bischof von Paderborn über eine günstigere Stimmung am brandenburg. Hofe in bezug auf den Bischof v. Münster: Ebd. S. 110.

¹² Die inzwischen ausgebrochene bremische Unruhe und der Anmarsch eines starken schwedischen Heeres hielt die Herzöge Georg Wilhelm und Ernst August von der Auslieferung ihrer Truppen an Holland ab.

Falle mußte der Kurfürst zur Vernichtung des Bistums beitragen und an der Zerstörung des Gleichgewichts im Westen gegen seinen Willen mitwirken.

Seine Rechnung ging in der ersten Phase auf. Zusammen mit dem des Hauses Oranien wuchs sein Ansehen im niederländischen Volke, nicht gerade zur Freude Johan de Witts, der unermüdlich auf die Verdienste der Franzosen verwies, vom schlechten Betragen ihrer Truppen aber Lügen gestraft wurde¹³. Die größte Schwierigkeit bot der englische Bündnisvertrag des Bischofs¹⁴. Erklärlicherweise zögerte Christoph Bernhard, das Einverständnis Karls II. einzuholen, um nicht die Subsidien gänzlich zu verlieren und auf die Gnade des Feindes und seiner Helfer angewiesen zu sein. Dieselben Bedenken hielten ihn auch von dem ihm sicherlich viel angenehmeren Vermittlungsangebot des Kaisers zurück¹⁵, denn mit seiner Annahme wäre ein mit dem englischen Bündnis nicht in Einklang zu bringender Waffenstillstand verbunden gewesen¹⁶.

Im übrigen bestanden ernste Bedenken, ob die Friedensliebe Christoph Bernhards so weit ging, überhaupt einer Vermittlung zuzustimmen. Vieles deutete darauf hin, daß seine höflichen Dankesworte für das Angebot nicht ehrlich gemeint waren. Gerade in diese Zeit fallen ernsthafte Bemühungen, die münsterische Kriegsführung zu aktivieren.

Jetzt endlich entschloß sich Christoph Bernhard zu einer offiziellen Mitteilung an das Domkapitel über sein Bündnis mit dem König von England und entschuldigte sich, sie wegen vieler Geschäfte versäumt zu haben. Er hoffe aber,

¹³ Über das Betragen der Soldateska Pradels vgl. Der Kinderen I S. 343–346, mit Quellenangaben.

¹⁴ Aus dem brandenburg. Geh. Ratsprotokoll v. 16. 12. 1665 geht hervor, daß der Kurfürst über das engl.-münst. Bündnis bis zur Ankunft des Gesandten Vane nicht unterrichtet war: DZA., Rep. 21, 127 Nr. 29 Bl. 20.

¹⁵ Frhr. v. Goes verhandelte Anf. Dezember mit dem Bischof über eine kaiserl. Vermittlung (Bericht an den Kaiser, Kleve 4. 12. 1665: FA. Fasz. 105). Die seltsame Reaktion des Bischofs auf den Besuch des Gesandten in Coesfeld bestand in einer Bitte an den Kaiser (16. 12. 1665), ihn vor den Braunschweigern zu schützen (ebd.). Der Kaiser antwortete wiederum unter Nichtachtung dieser Bitte am 4. 1. 1666, Friquet sei beauftragt, in Den Haag erträgliche Bedingungen zu erhandeln. – Sicherlich stand der Bischof der kaiserl. Vermittlung nicht so ablehnend gegenüber wie der brandenburgischen oder gar französischen. Noch immer sah er im Kaiser einen Freund. Er ließ damals das Gerücht austreuen, er erwarte kaiserl. Hilfstruppen, weil »Kaiser und Reich die französ. Domination in Teutschland nicht zulassen würden« (Theatrum Europaeum X S. 65; vgl. Wiens S. 332). – Daß das kaiserl. Eingehen auf die niederländ. Wünsche dem Bestreben entsprang, der französ. Vermittlung in Den Haag das Wasser abzugraben, begriff der Bischof offenbar nicht. Dagegen erkannte es d'Estrades sofort. Er berichtete nach Paris: »Je trouverai bien des expédients pour faire avorter toutes ces négociations« (Der Kinderen I S. 348).

¹⁶ Basserode an Chr. Bernh., 12. 11. 1665: MLA. 473, 46. Der Abschluß eines Waffenstillstands oder wenigstens seine stillschweigende Einhaltung war das Ziel der kaiserl. Politik, in deren Interesse es nicht liegen konnte, das Bistum Münster an die Holländer übergehen zu lassen (Kaiser Leopold an Goes, 2. 1. 1666: FA. Fasz. 105). – D'Estrades an Lionne, 27. 12. 1665: Er und de Witt seien einer Meinung, daß »der Kaiser dem Bischof befehlen solle, das Gebiet der Herren Staaten zu räumen, auf jede Art von Ansprüchen zu verzichten, seine Armee zu entlassen und die Waffen gegen die Staaten und deren Verbündete unter keinerlei Vorwand wieder zu ergreifen. Erst wenn alles dies auf Befehl des Kaisers, als des Oberherrn des Bischofs, ausgeführt sei, würde man sich zu einem guten und aufrichtigen Abkommen mit letzterem verstehen; und nichts anderes.« Friquet hielt diese Forderung für unbillig (Wiens S. 194).

daß die Herren sich mit ihm über die großen Kriegserfolge freuen¹⁷ und ihm Unterstützung bis zur siegreichen Beendigung des Krieges leihen würden¹⁸. Abgesehen vom Inhalt litt das Schreiben schon an dem formalen Fehler, nicht an den Domdechanten, sondern an das Kapitel gerichtet zu sein. Der Bischof brachte darin sein Mißfallen gegenüber Jobst Edmund von Brabeck, der seine Unzufriedenheit über den holländischen Krieg nicht verbarg, zum Ausdruck. Den Versuch des Domkapitels, sich der Verantwortung zu entziehen, indem es die Mitwirkung der übrigen Stiftsstände forderte, wie es allerdings der Landesordnung gemäß war, durchkreuzte er mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit schneller Geldbeschaffung¹⁹. Vergeblich erhob das Domkapitel dagegen Einspruch²⁰. Von nun an fand die Erhebung der Steuern ohne Zustimmung der Landstände statt. Es blieb dem Domkapitel nichts anderes übrig, als sich mit einer ausdrücklichen Empfehlung der französischen und brandenburgischen Friedensvermittlung zu begnügen²¹.

Die zuversichtliche Stimmung Christoph Bernhards ging nicht zuletzt auf vertrauliche Mitteilungen des Schweden Habbaeus zurück, aus denen er entnahm, daß man in Stockholm einem allzu großen französischen Machtzuwachs in Deutschland im Verlauf dieses Krieges nicht tatenlos zusehen werde²². Gleichzeitig sonnte er sich in der Hoffnung auf Landung englischer Truppen an der flandrischen Küste, ohne sich Rechenschaft darüber abzulegen, daß er das Reich damit nur noch mehr gegen sich erbittern würde. Niemals hätten die protestantischen Stände dem Untergang der Generalstaaten tatenlos zugehört, und niemandem im Reich lag daran, ständigen englischen Zugriffen von einem festen Platz an der Kanalküste ausgesetzt zu sein²³. Am wenigsten hätte sich Ludwig XIV. damit abgefunden, daß die Engländer der geplanten Erwerbung der Spanischen Niederlande, die nach dem Tode Philipps IV. im September und angesichts des kränklichen, im Kindesalter stehenden Thronfolgers Karl II. in greifbare Nähe gerückt schien, in den Weg traten.

Die kaiserliche Friedensvermittlung begann nicht sehr verheißungsvoll. Friquets Hoffnung, den Franzosen in Den Haag zuvorzukommen, schien sich nicht verwirklichen zu lassen. Als er de Witt versicherte, der Kaiser werde den Bischof von Münster zur Räumung der besetzten niederländischen Gebiete zwingen, erwiderte der Ratpensionär selbstbewußt, er denke an keine Verhandlungen, es sei denn, die münsterischen Truppen gingen aus dem Lande und würden unter Verzicht auf neue Verstärkungen auf 1000–1500 Mann beschränkt, der Bischof entsage allen Ansprüchen auf Borkelo und die Dieler Schanze und der Kaiser garantiere gemeinsam mit den Fürsten des Westfälischen Kreises die Einhaltung des zukünftigen Friedensvertrages. Er ließ Friquet fühlen, daß die kaiserlichen Bemühungen erst im Augenblick größter Bedrängnis des Bischofs einsetzen, während der Wiener Hof dem münsterschen Vormarsch im September nicht ohne freundliche Anteilnahme zugehört habe. Trotzdem erklärte sich de Witt

¹⁷ Der Bischof zählte als besetzte Orte auf: Borkelo, Lochem, Doetinchem, Enschede, Oldenzaal, Ootmarsum, Almelo, die Häuser Keppel, Wildenborg, Goor, Twickelo, Hengelo, Gramsbergen, die Herrschaft Wedde u. das Amt Westerwolde.

¹⁸ Chr. Bernh. an das Domkapitel, 9. II. 1665: DK. Prod. VI Nr. 7.

¹⁹ Desgl., 20. II. 1665: Ebd. — ²⁰ Das Domkapitel an Chr. Bernh., 25. II. 1665: Ebd.

²¹ Protokoll v. 13. II. 1665: DK. Prot. 30 Bl. 129. Das Domkapitel an Chr. Bernh., 16. II. 1665: DK. Prod. VI Nr. 7.

²² Chr. Bernh. an Basserode, 19. II. 1665: MLA. 473, 46.

²³ Basserode an Chr. Bernh., 19. II. 1665: Ebd.

grundsätzlich zur Annahme der Vermittlung bereit. Zwar zeigte d'Estrades, als ihm hiervon offiziell Mitteilung geschah, größtes Mißvergnügen und riet, wie ihm Lessein nach seinem Besuch in Meppen aufgetragen hatte, von der Annahme des kaiserlichen Angebotes ab²⁴, denn auf diese Weise drohte Frankreich der Einfluß auf die Friedensregelung und vor allem die Entwaffnung des Bischofs aus der Hand zu gleiten. Erneut wuchs die Gefahr, daß der Bischof nach dem Friedensschluß unter kaiserlicher Anleitung und Duldung sein Heer den Spaniern zur Verteidigung der südlichen Niederlande überließ²⁵. Französischer Gegenwirkung war es wohl zu verdanken, daß die Vermittlung nur sehr schlep-pend in Gang kam. Im großen und ganzen erklärte sich Friquet damit ein-verstanden, die weitgehenden Bedingungen des Ratpensionärs als Grundlage an-zunehmen, wenn nur eine Klausel zum Schutz der Rechte des Kaisers und Reichs hinzugefügt würde. Seine Abreise nach Wien, wo er nähere Informationen zu holen gedachte, brachte die Sache einstweilen ins Stocken²⁶.

Christoph Bernhard verhielt sich abwartend. Die Vermittlung bot Gelegen-heit, über eine Zeit der Schwäche hinwegzukommen. Das Heer lag in Ruhe. Größere Unternehmungen verbot der schlechte Zustand der Soldaten. Haupt-sächlich aber fehlte das nötige Geld. Die verspätet über Brüssel einlaufenden Wechsel der Engländer konnten nur zu ungünstigen Kursen eingelöst werden²⁷. Schließlich erforderte das an der Grenze stehende französische Heer unter Pradel ebenso Aufmerksamkeit, wie die noch immer in Niedersachsen befindlichen, den Holländern versprochenen Truppen der lüneburgischen Herzöge, denen ein Ein-fall in den Rücken des münsterischen Heeres durchaus zuzutrauen war. Auch über die Absichten des Kurfürsten von Brandenburg lagen keine sicheren Nach-richten vor²⁸.

Von einem noch gefährlicheren Anschlag erfuhr Christoph Bernhard erst später. Wilhelm Egon von Fürstenberg trat gerade zu dieser Zeit, da Lionne sich zur Neu-besetzung des Bistums Münster noch immer nicht erklärte, offenbar weil eine Zu-stimmung des Papstes zur Absetzung des Bischofs nicht ohne weiteres zu erlangen war, mit einem besser durchdachten Plan hervor. Er regte an, alle festen Plätze des Bistums Münster dem Kurfürsten von Köln, vielleicht auch einem anderen katho-lischen Fürsten, solange in Verwehr zu geben, wie Christoph Bernhard an der Re-

²⁴ Ludwig XIV. an d'Estrades, 18. 11. 1665; CH. 77 Bl. 289.

²⁵ Basserode an Chr. Bernh., 26. 11. 1665; MLA. 473, 46. Die schon erwähnte französ. Strategie, das münst. Heer durch langwierige Kriegführung zu ruinieren, den Rest aber lieber dem Bischof zu belassen, als ihn zur Abdankung der Soldaten zu zwin-gen, um sie nicht dadurch in die Hände der Spanier und Österreicher zu spielen, wird durch die Schr. d'Estrades' an Ludwig XIV., 19. 11. 1665; CH. 77 Bl. 296, und Lionnes an d'Estrades, 11. 12. 1665, ebd. Bl. 392, bestätigt.

²⁶ Der Kinderen I S. 348 ff. Vgl.: D'Estrades an Ludwig XIV., 30. 11. 1665; Es solle ihn nicht verwundern, wenn die Waffenstillstandsvorschläge des Bischofs in diesem »Land der Kabale« angenommen würden. Chr. Bernhard habe den Kaiser bewegt, den Kurfürsten v. Brandenburg zu einer Verwendung für Münster bei den Generalstaaten zu veranlassen. De Witt fürchte, durch Zurückweisung des Memorandums Friquets den Kaiser auf die münst. Seite zu drängen (Wiens S. 181 ff.).

²⁷ Chr. Bernh. an Stafford, 8. 12. 1665; MLA. 473, 47.

²⁸ Der Bischof zeigte dem Kurfürsten v. Brandenburg ein betont freundliches Gesicht. Der Schanzenbau bei Heidemühle a. d. Lippe wurde auf brandenburg. Vorstellung v. 26. 11. sofort eingestellt. Chr. Bernh. an Kurf. Friedr. Wilhelm, 2. 12. und an den Drostern zu Stromberg, 3. 12. 1665; MLA. 538c. Vgl. Instruktion des Kur-fürsten an H. A. v. Schöning, Kleve 25./15. 11. 1665 wegen gemeinsamer Abschiedung von Kurbrandenburg, Kurköln und Pfalz-Neuburg an Münster zum Vorschlag einer Westfäl. Kreiszusammenkunft: UA. 11 S. 668.

gierung blieb, und ihm auf diese Weise die tatsächliche Gewalt im Lande zu nehmen²⁹.

Der Bischof dagegen bemühte sich, den Kaiser durch Basserode zu einem Abmahnungsschreiben an Ludwig XIV. zu bewegen, keine Feindseligkeiten gegen das Reichsgebiet, d. h. das Stift Münster, zu verüben. Ein Waffenstillstand unter Beibehaltung des Status quo, selbstverständlich unter Einschluß der niederländischen Eroberungen, wäre ihm das willkommenste gewesen. Er hätte ihm auch gegen die braunschweigische Bedrohung Sicherheit verschafft³⁰.

Die ersehnte Waffenruhe kam nicht zustande; bedauerlicherweise, weil gerade jetzt die holländischen Truppen zur Offensive antraten³¹. Nach fünftägiger Belagerung übergab Elverfeld, der schon die Kapitulation der Dieler Schanze im Vorjahre unterzeichnen mußte, die Festung Lochem (13. Dezember 1665)³². Der niederländische Kriegsrat faßte zwei Tage darauf den Beschluß, in das Stift Münster zu rücken und die Lüneburger zum Einfall von Osten her aufzufordern³³. Damit ergab sich für den Bischof die Notwendigkeit, sein Heer aus den Niederlanden zum Schutz des eigenen Landes zurückzuziehen. Über eine mehrere Kilometer lange, aus Türen, Fenstern und Brettern gebaute Brücke – eine damals viel bewunderte Leistung – rückte Gorgas durch das Bourtanger Moor in das münsterische Emsland. Politisch erwies sich eine Beschwichtigungsaktion an der empfindlichsten Stelle der münster-braunschweigischen Beziehungen, Hörter, als unumgänglich³⁴.

Der Bischof traf zu seinem Glück auf keinen allzu steinigen Boden. Der Öffentlichkeit entging seit langem nicht, daß die Welfenherzöge trotz fester Abmachungen mit den Generalstaaten noch keine Truppen zum Kriegsschauplatz geschickt hatten³⁵. Die Gründe hierfür lagen in der Haltung des Kurfürsten

²⁹ Wilh. Egon v. Fürstenberg an Lionne, 10. 11. 1665; CA. 197 Bl. 247. – Eine Parallele findet dieses Verhalten in der Zustimmung Franz Egons zu dem holländisch-brandenburgischen Bündnis. E. Eilers, Friedrich von Jena S. 111. – Über die im ganzen mißtrauische Haltung Frankreichs gegenüber den Plänen Wilhelm Egons gibt die Denkschrift Turennes vom 5. 1. 1666 (Grimoard I S. 424) Auskunft. Der König entschloß sich nicht, die geplante Bewaffnung Kurkölns und Pfalz-Neuburgs zu finanzieren. – Auch Jena berichtet dem Kurf. v. Brandenburg über die Fürstenbergschen Anschläge (Schr. v. 6. 3. 1666; UA. 11 S. 696). – Vgl. Badalo-Dulong S. 92. Chr. Bernh. an Basserode, undatiert (Mitte Dezember 1665); MLA. 473, 55.

³⁰ Über die Verstärkung des niederländ. Heeres Ende 1665 vgl. Der Kinderen I S. 323–327. – D'Estrades an Ludwig XIV., 31. 12. 1665; De Witt teile den Beschluß zur Eröffnung des Winterfeldzuges mit, in dem sich ein Korps von 12 000 Mann mit den braunschweig. Truppen verbinden solle (Wiens S. 198). – D'Estrades an Ludwig XIV., w. o.: Der Vorschlag des Königs, den Krieg während des Winters weiter zu führen, habe die Ansicht zerstört, als ob er den Krieg nur in die Länge ziehen wolle. Leider seien die Winterquartiere schon bezogen. De Witt billige aber den Plan, das Münsterland durch starke Abteilungen zu verwüsten. Pradel warte nur auf den Befehl des Prinzen Moritz zur Belagerung von Bocholt (Ebd. S. 197. – Aitzema XII S. 186 bemerkt zur Übergabe des Briefes Ludwigs XIV. v. 25. 12. 1665 an die Generalstaaten (an d'Estrades gerichtet) betr. den Feldzug im Münsterland, daß man allgemein annahm, Pradel werde nun, da er bisher gegen seine Instruktion gehandelt habe, schweren Tadel ernten. »Aber man hat nicht vernommen, daß er darum jemals sauer sei angesehen worden: so daß es nichts als ein Kunstgriff des Königs war«. Über den Winterfeldzug vgl. ausführlich Der Kinderen I S. 351 ff. – ³² Ebd. I S. 353.

³³ Lionne an d'Estrades, 25. 12. 1665; CH. 77 Bl. 448. Aus dem Schreiben geht abermals hervor, daß die Holländer auf den Winterkrieg drängten.

³⁴ Basserode an Chr. Bernh., 10. 12. 1665; MLA. 473, 47.

³⁵ Über die Aufstellung der lüneburg. Truppen für die Niederlande vgl. Der Kinderen I S. 337.

von Brandenburg, der während des jüngsten Hausstreites der Lüneburger ein gemeinsames Vorgehen gegen Münster angeregt, aber keine Gegenliebe gefunden hatte. Er zeigte sich zudem über den einseitigen Vertragsschluß mit den Generalstaaten beleidigt, der die Holländer so offensichtlich gegenüber seinen eigenen Forderungen verhärtete³⁶. Graf Waldeck, der persönlich nach Berlin reiste, und den Herzögen Georg Wilhelm und Ernst August gelang es zwar, die ernstesten Besorgnisse des Kurfürsten zu zerstreuen, indem sie versprachen, für seine Forderungen einzutreten, aber zu militärischen Handlungen gegen den Bischof bewiesen sie wenig Lust, bevor nicht die angebahnten Bündnistraktate mit Brandenburg, Schweden und Hessen in klareres Licht rückten. Die Herzöge beschränkten sich auf eine Truppendemonstration im Stift Osnabrück und bei Nienburg an der Weser und schickten eine kleine Abteilung nach Ostfriesland, um einer münsterischen Einquartierung vorzubeugen. Nun zeigte sich aber, daß die Verhandlungen mit den Schweden, die unter dem Deckmantel der allgemeinen Unruhe ihre Rüstungen gegen die Stadt Bremen betrieben, nicht recht in Gang kamen. Zur Unzufriedenheit des Kurfürsten deuteten sich sogar Ansätze eines katholischen Gegenbündnisses unter Führung Herzog Johann Friedrichs mit Fühlern nach Kurmainz und Pfalz-Neuburg an³⁷.

Kein Wunder, daß über die braunschweigische Hilfe für die Niederlande wenig verlautete, zumal auch das holländisch-französische Heer keine Anstalten machte, ihnen vom Westen her die Hand zu reichen. Die planlose münsterische Kriegführung zog ihren Vorteil aus der Unentschlossenheit der Gegner. So ist verständlich, daß auch vom braunschweigischen Hause, von dem man es am wenigsten erwartete, ein Anstoß zur Friedensvermittlung ausging, allerdings von seinem friedlichsten Mitglied, dem greisen Herzog August zu Braunschweig-Wolfenbüttel. Seine durch von Heimbürg in Münster und Den Haag Ende Dezember angebotenen Dienste wurden angenommen³⁸. Ihm widerfuhr das Glück, auch französische Billigung zu finden³⁹.

³⁶ Der Kurfürst versuchte, den braunschweig. Vertrag mit Holland wenigstens auf ein gemeinsames Vorgehen mit Brandenburg umzustellen. Vortrag Blaspeils in Wolfenbüttel, 27. 9. 1665. Vgl. Köcher I S. 445. — ³⁷ Ebd. I S. 445 ff. — ³⁸ Köcher I S. 452 f.

³⁹ Ludwig XIV. schrieb darüber an d'Estrades: »Vous savez que sur le sujet de la médiation de l'accommodement en l'affaire de Munster, je n'ai exclus que la seule maison d'Autriche. Ainsi je trouverai fort bon que les Etats acceptent celle qui leur est offerte par le duc de Brunswic-Wolfembüttel et que les Electeurs de Mayence et de Cologne et le Duc de Neubourg s'y puissent joindre.« Der Kinderen I S. 358. — Nur am Reichstag machte sich die versöhnliche Stimmung gegenüber den Braunschweigern nicht so schnell bemerkbar. Die braunschw. Gesandten brachten ihrerseits Klagen über die Gefährdung des allgemeinen Friedens durch den Bischof von Münster und die ihren Herren dadurch erwachsenden Kosten vor (Protokoll v. 11. 12. 1665: MLA. 473, 47). Angesichts des im Dezember zusehends höflicher werdenden Tons der Braunschweiger hielt Basserode eine schon aufgesetzte langschweifige Beschwerde gegen die Herzöge eigenmächtig zurück, um nicht erneut Bitterkeit zu erzeugen, zumal von anderer Seite kaum auf Beifall zu rechnen war. Die Hoffnung auf ein Abmahnungsschreiben des Reichs an die Herzöge, ihre Truppen nicht den Holländern zuzuführen, stand auf ganz schwachen Füßen. Ihnen stand die Entlassung ihrer Truppen frei, und ebenso den Generalstaaten, die abgedankten Soldaten wieder in ihren Dienst zu nehmen (Basserode an Chr. Bernh., 17. 12. 1665: MLA. 473, 47). Beim Verlesen seiner Gravamina erntete Basserode nur Gelächter (desgl., 31. 12. 1665; Ebd.). Die Schlüsse des Kurfürstlichen und Fürstlichen Kollegs machten einen Unterschied zwischen den Beschwerden anderer Reichsstände und denen Münsters, der unter den gegebenen Umständen nur zu einer Benachteiligung der letzteren führen konnte.

Von noch größerer Wichtigkeit war die Klärung des Verhältnisses zu Frankreich. Zwar zögerte Pradel noch immer, den mehrmals angedrohten Einfall in das Bistum zu unternehmen, wer wollte jedoch garantieren, daß das Frühjahr nicht endgültig den Krieg in das Land trug. Die Zurückhaltung Pradels fand offensichtlich die Zustimmung des Königs und ermutigte den Bischof, zu Anfang des neuen Jahres den Freiherrn von Leerodt im Einvernehmen mit dem Pfalzgrafen nach Paris abzuschicken⁴⁰. Auch die Stimmung Gravel in Regensburg mag dazu beigetragen haben: Die französischen Truppen beabsichtigten keine Schädigung des Stifts und schon gar nicht der katholischen Kirche, erklärte er⁴¹.

Hinter dem widerspruchsvollen Betragen der Franzosen verbargen sich Bestrebungen, das Verhältnis zu Münster auf einen neuen Fuß zu stellen⁴². Gravel kamen Zweifel an der Richtigkeit der bisher von Lionne vertretenen These, den Bischof durch einen langen Krieg militärisch zugrunde zu richten. Er, ein vorzüglicher Kenner der Reichspolitik, befürchtete mit Recht, daß Österreich die Gelegenheit zum Aufbau eines Bündnisses benutzen könnte. Ein unverdächtiger Grund: die Wegnahme des Bistums Münster durch eine außerdeutsche Macht zu verhindern, stand zur Verfügung. An den nordwestdeutschen Höfen war dem Kaiser ein starker Widerhall sicher. Keinem Reichsstand beider Konfessionen lag an unmittelbarer Nachbarschaft der Holländer. Um den kaiserlichen Absichten vorzukommen, empfahl sich also schleunige Beendigung des Krieges. Die holländischen Schadensersatzansprüche glaubte Gravel befriedigen zu können, wenn er sich den Vorschlag Wilhelm Egons zu eigen machte, den Bischof als Urheber alles Übels durch Absetzung zu bestrafen und das Bistum dem Kurfürsten von Köln zu übertragen, wodurch eine Besitznahme des Stifts durch die Holländer verhindert wurde. Gleichzeitig vereitelte das die Bildung einer gemeinsamen Front der Reichsfürsten mit dem Kaiser.

Von diesem Augenblick an zog in die französische Politik der Gedanke ein, den Krieg so schnell wie möglich zu beenden, unter Einfluß Lionnes in der abgewandelten Form, den Bischof entweder zu einem Bündnis mit dem König, d. h. unter französische Kontrolle zu bringen oder zu ruinieren⁴³.

Den versöhnlichen Tönen Gravel entsprach die Instruktion für Leerodt. In ihr fehlten alle sonst so gern erhobenen Vorwürfe und rechthaberischen Behauptungen. Statt dessen enthielten sie nur Ausdrücke des Bedauerns, daß man so unglücklich gewesen sei, vom König als Angreifer betrachtet zu werden und trotzdem, da die Braunschweiger sich zum Angriff auf das Stift rüsteten, auf seine Bundeshilfe hoffe⁴⁴. Noch war jedoch die Zeit nicht reif, um der Abschiedung Leerodts den erwünschten Erfolg zu bescheren.

Diese Versuche begleitete der Bischof mit Bemühungen, das englische Potential stärker für die münsterischen Kriegsziele heranzuziehen. Das Jahr 1665 hinter-

⁴⁰ Chr. Bernh. an Pfalzgraf Philipp Wilh. u. v. Leerodt, 1. 1. 1666: MLA. 473, 48. Kredential für v. Leerodt v. 1. 1. 1666: Ebd. Leerodt an Lionne, 25. 12. 1665: CM. 1 Bl. 291. — ⁴¹ Basserode an Chr. Bernh., 4. 1. 1666: MLA. 473, 48.

⁴² Gravel brachte diese Gedanken in der Denkschrift v. 12. 12. 1665 zu Papier: CM. 1 Bl. 276.

⁴³ Denkschrift Wilh. Egons für Lionne, undatiert: CC. 3 Bl. 456. Als nach Abschluß des niederländ.-dänischen Verteidigungsbündnisses vom 11. 2. 1666 auch Schweden zu rüsten begann, drohte eine neue Verwicklung, das Unternehmen Ludwigs XIV. gegen die Span. Niederlande zu behindern. Auch von diesem Gesichtspunkt her empfahl sich eine schnelle Beendigung des Krieges. Ludwig XIV. an Colbert-Croissi, 9. 4. 1666: UA. 2 S. 403.

⁴⁴ Chr. Bernh. an Ludwig XIV., 7. 1. 1666: MLA. 473, 48.

ließ in bezug auf das Bündnis mit dem König von England manche Enttäuschung. Die finanzielle Hilfe floß nur zögernd. Von einer Entsendung englischer Truppen auf das Festland verlautete nichts, obgleich der Bischof gerade darauf seine größten Hoffnungen setzte. Um einen Landeplatz für schottische Truppen zu schaffen, unternahm er den Zug nach Groningen. Die auf den ersten Blick planlos erscheinenden Operationen dreier münsterischer Regimenter in den Spanischen Niederlanden zielten ebenfalls darauf, einen Landeplatz in Seeland zu sichern⁴⁵. Und schließlich unternahm das münsterische Heer im neuen Jahr noch einmal den Versuch, bei Greetiel das Meer zu erreichen. Nicht eine dieser Unternehmungen verlief erfolgreich.

Die schwierigste Aufgabe verblieb dem Obristleutnant von Wrede, der den englischen Bündnisvertrag abgeschlossen hatte. Ihn schickte der Bischof abermals nach London, um die Subsidiën anzukurbeln und Truppen zu erbitten⁴⁶. Besonders heikel gestaltete sich der Auftrag durch die gleichzeitig zu überbringende Mitteilung, der Bischof gedenke die Friedensvermittlung durch den Kaiser und Brandenburg anzunehmen. Wenn auch Christoph Bernhard versicherte und es sogar ehrlich dabei meinte, »daß alles nur gereiche, umb Zeit zu gewinnen« und die »Affairen desto besser fortzusetzen«, so mußte doch der Argwohn der Engländer erwachen. Münsterische Separatverhandlungen schlossen weitere Subsidiënzahlungen von vornherein aus. Zu seiner Bestürzung vernahm der Gesandte nach seiner Ankunft, daß der englische Hof bereits von der in Gang gekommenen Vermittlung wußte und daß »sie allhie bereits angefangen, gwaltig an Ew. Hochfürstl. Gn. zu zweifeln«. Mit äußerster Kühle erklärte ihm der Kanzler: Man möge sich in Münster ja nicht einbilden, daß England vertraglich verpflichtet sei, dem Bischof mit aller Macht gegen seine Feinde beizustehen. Die mit dem Bündnis verknüpfte Garantie beziehe sich allein darauf, keinen Frieden zu schließen, bis die Schäden, die das Stift während des Kriegs erlitten habe, behoben seien.

Wie zu erwarten, versuchten die Engländer den schwankenden Bundesgenossen durch Andeutungen über bevorstehende Abschlüsse großer Allianzen an sich zu ketten⁴⁷. Ihre Hoffnung, durch Vane den Kurfürsten von Brandenburg ihrer Partei beizugesellen⁴⁸, teilte Christoph Bernhard zwar nicht, hoffte

⁴⁵ Über die im ganzen recht unglücklichen Unternehmungen dieser Regimenter, die besonders unter der Korruptheit der Kommandeure litten, vgl. Tücking S. 140. – Der Brief Chr. Bernhards an den Brüsseler Agenten Rentorp v. 22. 1. 1666 gibt einen Einblick in diese Operationen, bei denen man sich auch einiger Dunkelmänner bediente, um Festungen in die Hände zu bekommen. Die Befehlshaber waren die Obristen Scharrenberg bzw. Cleuter, Graf v. d. Natt und Carp: MLA. 473, 48. Eine genauere Darstellung bei Der Kinderen I S. 377 ff. Die Regimenter verließen schließlich auf Drängen der Holländer beim span. Statthalter das Land.

⁴⁶ Chr. Bernh. an v. Wrede, 1. u. 8. 1. 1666: MLA. 473, 48. Denkschrift Wredes an den engl. König und Antwort darauf: Arlington, Lettres S. 59 ff.

⁴⁷ v. Wrede an Chr. Bernh., 7. 1. 1666: MLA. 473, 48.

⁴⁸ Ludwig XIV. an d'Estrades, 8. 1. 1666: Vane wolle den Kurf. von Brandenb. vom Bündnis mit den Generalstaaten abhalten, indem er auf die bevorstehende schwedisch-englische Verbindung hinwies. Die schwed. Regentschaft habe indessen mitgeteilt, daß sie keine Frankreich feindliche Partei ergreifen werde. Der Gesandte solle dem Kurfürsten versichern, daß Schweden neutral bleibt (Wiens S. 200). D'Estrades an Lionne, 24. 12. 1665: Vane habe dem Kurf. angeboten, einen ehrenvollen Frieden zwischen England und den Niederlanden zu vermitteln. Blaspeil sei darauf in Den Haag geschickt worden und habe dort zur Antwort erhalten, daß man ohne Vorwissen des franz. Königs nichts unternehmen werde (Ebd. S. 196). Vgl. Anm. 59. Die Vorschläge Vanes an den Kurf. v. Brandenburg und Antworten darauf (12. 12. 1665 ff.) in: UA. 11 S. 675 ff.

aber doch wenigstens auf einen Stillstand der brandenburgischen Waffen. Größere Erwartungen knüpfte er an die Verhandlungen zwischen England und Schweden⁴⁹; am meisten am Herzen lagen ihm jedoch die mit Spanien. Die Spanischen Niederlande bildeten die natürliche Brücke zwischen ihm und dem Inselreich. Von dort aus konnte ein gemeinsamer Angriff gegen das Herz der Vereinigten Provinzen vorgetragen werden. Der Bischof verband mit der Freundschaft der Spanier außerdem die Erwartung, durch ihre Vermittlung geldliche Unterstützung des Papstes zu erlangen, so wie es Castel-Rodrigo angeregt hatte⁵⁰.

Als das englisch-schwedische Bündnis, auf das der Bischof so viele Hoffnungen setzte, tatsächlich zustandekam, empfand er doch nur halbe Freude. Sofort erwachte seine alte Sorge vor der Übermacht Schwedens in Norddeutschland. Ein schwedischer Aufmarsch gegen die Vereinigten Niederlande führte mit Sicherheit das Heer Wrangels in das Stift Münster. Wer konnte sagen, ob man den »ob diversitatem religionis« nicht gerade erwünschten Gast wieder hinauskomplimentieren konnte⁵¹. Wieviel lieber hätte man den Abschluß des Bündnisses zwischen England, Spanien und Portugal – die beiden letztgenannten hatten endlich miteinander Frieden geschlossen – begrüßt⁵². Aber weder diese Hoffnung, noch die auf ein Eingreifen des Kaisers, für das sich Carlingford in Wien emsig in der verwegenen Erwartung einsetzte, auch alle anderen Reichsfürsten auf die englische Seite ziehen zu können⁵³, erfüllte sich nicht. Angesichts so vieler zerfallener Hoffnungen gewann der Fortgang der Friedensvermittlung auch für den Bischof ständig wachsende Bedeutung. Der damit verbundene Zeitgewinn stellte den größtmöglichen Erfolg dar, den die gegenwärtige Lage gewährte.

Wie richtig Basserode gehandelt hatte, trotz allen entgegengesetzten Anweisungen die Klage gegen die Herzöge von Braunschweig beim Rheinbund

⁴⁹ Chr. Bernh. an v. Wrede, 15. 1. 1666: MLA. 473, 48.

⁵⁰ Wilh. v. Fürstenberg verhandelte darüber mit der Kurie (Chr. Bernh. an W. v. Fürstenberg, 3. 2. 1666: MLA. 473, 48). Der Papst hatte jedoch im 30jähr. Krieg zu schlechte Erfahrungen mit seiner Geldhilfe an die deutschen kathol. Höfe gemacht. Außerdem befand sich die Kirche in weit größerer Gefahr. Mit dem Hinweis, daß die Grenze gegen die Niederlande für die kathol. Kirche mindestens ebenso wichtig sei wie die gegen die Türken (Chr. Bernh. an Basserode, 8. 1. 1666: MLA. 473, 48), erntete der Bischof nur wenig Glauben.

⁵¹ Chr. Bernh. an v. Wrede, 29. 1. 1666: Ebd. In Münster war nicht bekannt, mit welcher Aufmerksamkeit der kurfürstl. brandenburgische Hof in Kleve gerade einen Kriegseintritt Schwedens auf münsterischer Seite mit Rücksicht auf das eigene Bündnis mit Holland beobachtete. Vgl. Protokoll des Geh. Rats, Kleve 27. 1. 1666: »Wegen Assistenztraktat mit Generalstaaten wider Münster diskuriert. Ihre fürstl. Dhlt. zu Anhalt zu erinnern, wie man sich alsdann zu verhalten gedächte, wann Schweden dem gemeinen Verlauten nach Münster assistierte. Ob man nicht besser täte, noch eine Weile damit zu kunktieren, bis man sähe, was Schweden bei diesen Konjunkturen zu tun intentionieret wäre, darmit man nicht hernach auch mit Schweden zerfallen müste. – Es ist aber hierauf nichts resolvieret worden« (DZA., Rep. 21, 127 Nr. 29 Bl. 36).

⁵² Chr. Bernh. an Rentorp, 30. 1. 1666: MLA. 473, 48.

⁵³ Carlingford an Chr. Bernh. (Febr. 1666): MLA. 473, 52. Der Wiener Agent Mayr bestärkte den Bischof in der Meinung, der kaiserl. Hof sehe den Erfolgen der bischöfl. Truppen in den Niederlanden wohlwollend zu und warte nur darauf, mit dem Grafen v. Carlingford ein Bündnis abzuschließen. Mayr an Chr. Bernh., 28. 1. 1666: MLA. 473, 48. Vgl. Pribram, Lisola S. 276 ff. Über die Unterstützung des Bischofs von Münster, worauf dieser so große Hoffnung setzte, wurde danach gar nicht gesprochen. Briefwechsel Chr. Bernhards mit Carlingford s. in den *Memoirs of the family of Taaffe*, Wien 1856, S. 89 ff.

und in den Reichsgremien immer wieder eigenmächtig hinauszuschieben⁵⁴, erwies sich jetzt. Im Rheinbundrat traf sein Vortrag auf eisiges Schweigen. Gravel zog es vor, zur Sitzung nicht zu erscheinen⁵⁵. Nachdem Basserode endlich den Mahnungen des Bischofs nachgegeben hatte, sah der unglückliche Gesandte die Erfolge seiner bisherigen klugen Zurückhaltung dahinschwinden. Sofort erhoben die Braunschweiger Gegenklage und rollten die höxterische Frage, die Beschwerde über die münsterischen Truppen beim Durchmarsch nach Erfurt und alle anderen unbereinigten Zwiſtigkeiten auf⁵⁶. Wie widersinnig war es, nutzlos böses Blut zu erwecken, ohne bei Kaiser und Reich Unterstützung gegen die Herzöge erzielen zu können! Die vage Hoffnung des Bischofs auf ein kräftiges Abmahnungsschreiben erfüllte sich in keiner Form⁵⁷.

Immerhin schien das unkluge Verfahren die von Herzog August von Braunschweig-Wolfenbüttel in die Hand genommene Vermittlung nicht zu gefährden. Sein Rat v. Heimbürg unterbreitete am 2. Januar den Generalstaaten ein Angebot und besprach sich mit d'Estrades. Ludwig XIV. zeigte eine freundliche Miene und regte an, auch die Kurfürsten von Mainz und Köln und den Pfalzgrafen von Neuburg zum Geschäft hinzuzuziehen, in der Absicht, den Rheinbund damit in eine Schiedsrichterstelle und zu seiner alten Geltung zu erheben⁵⁸. Die Hauptsache bestand für ihn in der Ausschaltung Österreichs. Nachdem Heimbürg mit van Ommeren, dem Deputierten der Generalstaaten, den Standpunkt näher festgelegt hatte, reiste er nach Kleve weiter.

Dort konzentrierten sich die Bemühungen um Wiederherstellung des Friedens. Gerade kamen die zwischen den Generalstaaten und Kurfürst Friedrich Wilhelm laufenden Verhandlungen nach längerer Stockung wieder in Gang. Die Furcht, daß der Kurfürst durch Vane auf die englische Seite gezogen werden könnte⁵⁹, trieb Beverningk nach Kleve. Er nahm den Entwurf eines Beistandsvertrages mit. Wenige Tage später traf auch der Franzose Colbert-Croissi am kurfürstlichen Hofe ein⁶⁰. Die Sorge der niederländisch-französischen Partei war begründet⁶¹. Verlockend erschienen dem Kurfürsten die Aussichten einer

⁵⁴ Am 14. 1. berichtete Basserode, die Klage gegen Braunschweig auf österr. Rat abermals um 8 Tage aufgeschoben zu haben (MLA. 473, 48).

⁵⁵ Protokoll v. 15. 1. 1666: Ebd. — ⁵⁶ Basserode an Chr. Bernh., 21. 1. 1666: Ebd.

⁵⁷ Chr. Bernh. an Kaiser Leopold, 29. 1. 1666: Ebd. — ⁵⁸ Der Kinderen I S. 358 f.

⁵⁹ Schon Dumoulin stellte bei seiner zweiten Anwesenheit Ende 1665 in Kleve fest, daß die Stimmung des Kurfürsten, vermutlich infolge Einwirkung Vanes, nicht mehr so freundlich gegenüber Frankreich war wie früher. Der Kinderen I S. 346. UA. 2 S. 307–320; d'Estrades III S. 589–600. Über die Gesandtschaft Sir Walter Vanes vgl. Feiling S. 160 ff. Vane kam am 1. Dezember 1665 in Kleve an. Seine Instruktion richtete sich auf eine Tripelallianz England-Braunschweig-Münster. Er versprach dem Kurfürsten dafür Rückgabe der niederrheinischen Festungen und 100 000 £ Subsidien.

⁶⁰ D'Estrades an Ludwig XIV., 31. 12. 1665: De Witt klage über Verzögerungen durch den Kurfürsten und erbitte Absendung eines geschickten französ. Gesandten. Goes gelinge es immer wieder, die Unterzeichnung des niederländ.-brandenburg. Vertrages hinauszuschieben. Auch Vane wirke in dieser Richtung (Wiens S. 198). Ludwig XIV. an d'Estrades, 25. 12. 1665: Van Beuningen teile mit, daß das niederl.-brandenburg. Bündnis vor dem Abschluß stehe. Er, der König, freue sich besonders, daß dadurch alle Anschläge des Kaisers, der »unter dem Vorwande der öffentl. Sicherheit die Reichsstände zur Unterstützung des Bischofs zu vermögen sucht«, zerschnitten werden (Ebd. S. 193).

⁶¹ Wilh. Egon v. Fürstenberg vertrat in der Denkschrift v. 23. 1. 1666 bereits die Meinung, der Kaiser stehe mit Brandenburg im Einverständnis, in das auch Münster hineingezogen werden solle (CC. 3 Bl. 459). — Beverningk traf am 22. 1., Colbert am 28. 1. in Kleve ein. — Charles Colbert Marquis de Croissi ist ein Bruder des großen Colbert.

Neutralität, wie sie ihm Vane und Goes ausmalten. Nur schwer ließen sich die alten Bremsklötze der holländischen Besatzungen in den klevischen Festungen aus dem Wege räumen, und besorgt blickte der Hof auf einen möglichen Beitritt Schwedens zum englischen Bündnis⁶². Ungeduldig reiste Beverningk schließlich nach Den Haag zurück. Er kreuzte sich unterwegs mit der Vollmacht der Generalstaaten zum Abschluß des Vertrages mit dem Kurfürsten⁶³.

Er ließ Colbert-Croissi auf schwierigem Posten zurück. Nach Kräften benutzte Vane die Abwesenheit des Holländers, Schwerin und Blaspel, beide über die Halsstarrigkeit Beverningks äußerst verbittert, auf seine Seite zu ziehen. Erst als jener mit neuen Anweisungen nach Kleve zurückkehrte, gab der Engländer sein Spiel verloren. Über den Genneper Zoll und Subsidien kam die Einigung schnell zustande⁶⁴. Am 16. Februar erfolgte die Unterzeichnung des Vertrages, dessen 1. Artikel dem Kurfürsten das Recht zugestand, den Bischof von Münster mit allen Mitteln zum Frieden zu bewegen und im Weigerungsfalle die Pflicht auferlegte, mit 4000 Reitern und 8000 Fußknechten die Herstellung des Friedens mit Gewalt zu erzwingen. Das stehende brandenburgische Heer sollte an die Grenze des Stifts Münster verlegt werden⁶⁵. Vane verließ in größter Unzufriedenheit die Residenz. Durch Goes erfuhr Christoph Bernhard schon nach kurzer Zeit das folgenschwere Ereignis.

Die im 1. Artikel vorgesehene Vermittlung hatte der Kurfürst, wie erwähnt, bereits in Gang gebracht und ihr vor Abschluß des Vertrages einen neuen Impuls verliehen. Am 4. Februar reiste der Prior von Werden, Adolf Borken, in seinem Auftrage mit einem Vergleichsvorschlag nach Münster⁶⁶, nachdem wenige Tage vorher Generalmajor v. Eller dem Bischof den Wunsch des Kurfürsten nach baldigem Friedensschluß übermittelt hatte⁶⁷. Christoph Bernhard griff in der Unterhaltung mit dem General tief in den Vorrat seiner Beschwerden gegen die Holländer, aber sein Gesprächspartner überhörte geflissentlich die längst bekannten Tatsachen und wies mit allem Ernste darauf hin, daß sein Herr sich verpflichtet habe, notfalls den Frieden zu erzwingen.

Der wenige Tage später eintreffende Prior Borken überbrachte den Entwurf, so wie ihn Friquet am 28. Januar in Den Haag vorgelegt hatte. Der Kaiser versprach darin, auf den Bischof einzuwirken, alle während des Krieges besetzten Teile der Vereinigten Provinzen einschließlich Borkelo zu räumen und die Truppen zurückzuziehen, wozu die Generalstaaten freies Geleit gewährten. Das münsterische Heer wird bis auf die notwendigen Besatzungen für die Landesfestungen, im Höchstfalle 1500 Mann, abgedankt. Demgegenüber versprechen die Generalstaaten, keine Feindseligkeiten im Stift zu verüben, sobald der Bischof mit der Durchführung des Friedensvertrages beginnt. Dieser gelobt, nie wieder einen Krieg gegen die Generalstaaten zu führen, kein Bündnis gegen sie zu schließen und keine Werbungen ohne vorheriges Einverständnis von

⁶² Vgl. Anm. 51. — ⁶³ Der Kinderen I S. 363 ff.

⁶⁴ Ebd. S. 370. — Vane reiste Anfang Februar ab. Feiling S. 161 f.

⁶⁵ Der ganze Inhalt des Vertrages bei Der Kinderen I S. 371 f. Text bei Dumont S. 85 bis 103. UA. 2 S. 340–351. Ludwig XIV. zeigte Zufriedenheit über den Vertrag, wie der Gesandte Blumenthal in seinem Tagebuch vom 2. 3. 1666 berichtete: UA. 11 S. 704.

⁶⁶ Kredential, Kleve 4. 2. 1666. Chr. Bernh. an Philipp Wilhelm, undatiert: MLA. Mil. 1783. Brandenburg. Instruktion für Adolf Borken, Kleve 4. 2. 1666: DZA., Rep. 11, 165 B I Nr. 2.

⁶⁷ V. Eller an Kurf. Friedr. Wilhelm, 30. 1. 1666. Goes an Kaiser Leopold, Kleve 3. 2. 1666: FA. Fasz. 105.

Kaiser und Reich zu unternehmen. Für die Einhaltung des Vertrages verbürgen sich der Kaiser und die Fürsten des Westfälischen Kreises und versprechen, sie im Notfalle zu erzwingen. Beide Teile verzichten auf gegenseitige Ansprüche und bewilligen eine Generalamnestie, vorbehaltlich aller Rechte von Kaiser und Reich⁶⁸.

Die Grundlinien des später geschlossenen Friedensvertrages lagen damit bereits fest. Unzweifelhaft nahm Christoph Bernhard den Entwurf als sehr ernste Warnung auf. Niemand konnte die Entschlossenheit der Vermittler, einschließlich des Kaisers, verkennen, den Frieden mit Gewalt wieder herzustellen. Die Zustimmung zu den Vorschlägen schloß den Verzicht auf Borkelo und jede Hoffnung, die Scharte später auszuwetzen, in sich. Der einzige Ausweg, den harten Bedingungen zu entgehen, führte über die Mobilisierung neuer Kräfte.

Anstatt die Friedensneigung des Bischofs zu erhöhen, scheint der Entwurf Friquets den Widerstandswillen belebt zu haben. Matthias Korff-Schmising bat Wrangel um Truppen⁶⁹. P. Joseph Sherwood bearbeitete die Engländer mit allen Mitteln der Überredung und Bestechung, um Geld zur Neuaufstellung des münsterischen Heeres locker zu machen⁷⁰. Wrede erhielt die Weisung, in London zu versichern, der Bischof werde sich auf keine ernsthaften Friedensverhandlungen einlassen, sondern ihnen nur zum Schein zustimmen, wenn nur »Engelnd praestanda praestiert«⁷¹. Durch einen Hilferuf in Mainz versuchte Christoph Bernhard, dem Kurfürsten von Brandenburg die alleinige Federführung als Vermittler aus der Hand zu nehmen und befreundete Fürsten neben ihn zu stellen⁷². Vergebens regte er bei den Verbündeten der alten Kölner Allianz die Einberufung einer Konferenz in Aachen an⁷³. Die Erbitterung über die beharrliche Verweigerung der Beiträge überwog bei diesen Fürsten, die sich vor allem als Mitglieder des Rheinbundes fühlten, die freundschaftlichen Gefühle für den bedrängten Bischof. Sie kannten außerdem ihre schwachen Kräfte zu gut, als daß sie den Versuch, ihm die fast verbrannten Kastanien aus dem Feuer zu holen, hätten wagen können⁷⁴. Kurfürst Johann Philipp äußerte sogar die Meinung, es liege nicht im Interesse der deutschen Fürsten, im Verband mit England gegen Holland Krieg zu führen, und wollte es übernehmen, zwischen England und den Generalstaaten die Friedensverhandlung einzuleiten⁷⁵. Christoph Bernhard glaubte zu Unrecht an eine Unterstützung seiner Wünsche durch den Mainzer in London⁷⁶.

Im Stift hinterließ der Rückmarsch der münsterischen Armee aus den Niederlanden einen niederschmetternden Eindruck. Da es die Kriegsführung damals

⁶⁸ Wortlaut bei Der Kinderen I S. 383 f.

⁶⁹ Chr. Bernh. an v. Wrede, 5. 2. 1666: MLA. 473, 48. Chr. Bernh. an Temple, 11. 2. 1666: MLA., Mil. 1783.

⁷⁰ Instruktion für Sherwood (v. 11. 2. 1666): MLA. Mil. 1783.

⁷¹ Chr. Bernh. an v. Wrede, 11. 2. 1666: MLA. 473, 48.

⁷² Chr. Bernh. an Kurf. Joh. Philipp, 10. 2. 1666: Wiesentheid, Gräfl. Schönbornsches Archiv, Kurf. Joh. Philipp Nr. 1289. Auf den Hilferuf verfügte sich Gudenus nach Münster (Instruktion v. 19. 2. 1666: Ebd.). Er überbrachte Vorschläge, um Frankreich von weiteren Feindseligkeiten gegen das Bistum Münster abzuhalten. Der Bischof versicherte ihm, daß er den König v. Frankreich respektiere und in keinem Einverständnis mit dem Kaiser stehe. Sein Bündnis mit England richte sich allein gegen die Vereinigten Niederlande (undat. Bericht des Dr. Gudenus: Ebd. Nr. 2299).

⁷³ Chr. Bernh. an Kurf. Joh. Philipp, 12. 2. 1666: MLA. 473, 48.

⁷⁴ Das Versprechen des Bischofs, alle Rückstände an die Rheinbundkasse sofort zu begleichen, wenn man ihm Hilfe gewähre, kam zu spät. Chr. Bernh. an Basserode, 5. 3. 1666: MLA. 473, 49.

⁷⁵ Der Kinderen I S. 385. — ⁷⁶ Chr. Bernh. an v. Wrede, 29. 1. 1666: MLA. 473, 48.

als eines ihrer Hauptziele betrachtete, die Winterquartiere zur Schonung der eigenen Untertanen im Feindesland zu beziehen, bedeutete der Rückzug eine schwere Niederlage. Das Domkapitel nahm die Gelegenheit zum Anlaß, den Bischof auf das Friedensbedürfnis des Landes nachdrücklich hinzuweisen. Es drohte für den Fall der Zurückweisung der Vermittler »andere Consilia und höhere Obrigkeit zu implorieren«⁷⁷. Besonders Domdechant Jobst Edmund v. Brabeck drängte auf entschiedene Haltung und schob die Schuld an der verhängnisvollen, über den Kopf des Domkapitels hinweggegangenen Entwicklung auf dessen eigene Uneinigkeit. Gegen eine geschlossene Front der Domherren hätte der Bischof kaum gewagt, die Wahlkapitulation in dem Maße zu mißachten, wie es geschehen war⁷⁸. Wahrscheinlich hätte das Kapitel nach einem siegreichen Feldzug geschwiegen, aber nach dem Rückzug des Heeres und unter der brandenburg-braunschweigischen Bedrohung des Landes brachte es seine Beschwerden vor und riet zur Annahme der Vermittlung⁷⁹.

Inzwischen langten die Berichte der Gesandten an. Außer höflichen Worten des Königs konnte P. Sherwood keinen Erfolg melden. Von einer englischen Landung an der flandrischen Küste sprach niemand mehr, nachdem Castel-Rodrigo den Holländern und Franzosen zu Gefallen die münsterischen Regimenter aus dem Lande gewiesen hatte⁸⁰. Aus Brüssel lauteten die Nachrichten nicht günstiger. Der Statthalter versprach zwar für den nächsten Sommer wahre Wunder⁸¹, aber wie sollte man die eigenen Truppen solange instandhalten? In Wien kam Carlingford mit seinen Bündnisverhandlungen nicht einen Schritt weiter⁸².

Unter dem Eindruck der traurigen Berichte und des domkapitularischen Protestes gestand der Bischof zum ersten Mal seine bedrängte Lage unumwunden ein. Von den Verbündeten fühlte er sich verlassen, während seine Feinde entschlossener denn je dastanden⁸³. Damit wuchsen die Aussichten der Vermittler. Als größtes Hindernis stand zweifellos der münsterische Anspruch auf Borkelo im Wege, der mit dem Friquetschen Entwurf gar nicht in Einklang gebracht werden konnte. Die Generalstaaten hatten sich den Standpunkt dieses Schriftstückes aber bereits voll und ganz zu eigen gemacht⁸⁴. Christoph Bernhard betrachtete dagegen das Projekt als sehr nachteiligen Ausgangspunkt der Verhandlungen und wandte sich unmittelbar an den Kaiser, um ihn zu einem Tadel an die Adresse Friquets zu veranlassen und damit dessen Entwurf die kaiserliche Autorität abzusprechen⁸⁵.

⁷⁷ Protokoll v. 22. 2. 1666: DK, Prot. 31 Bl. 33.

⁷⁸ Desgl. v. 24. 2. 1666: Ebd. Bl. 35.

⁷⁹ Das Domkapitel an Chr. Bernh., 24. 2. 1666: DK, Prod. VI Nr. 2. Das Kapitel beklagte sich über die seit Mai 1665 bewiesene Mißachtung seiner Rechte und Eigenmächtigkeit bei der Ausschreibung der Kirchspielschatzungen.

⁸⁰ P. Sherwood an Chr. Bernh., Brüssel 27. 2. 1666: MLA, 473, 48. Chr. Bernh. an Rentorp, 5. 3. 1666: MLA, 473, 49.

⁸¹ Rentorp an Chr. Bernh. (vor 1. 3. 1666): MLA, 473, 49. Ganz ohne Eindruck blieben die span. Versprechen auf den Bischof nicht, wie sein Schreiben v. 19. 3. an Rentorp beweist (Ebd.).

⁸² Chr. Bernh. forderte am 19. 3. Carlingford noch einmal auf, beim Kaiser um Unterstützung gegen Brandenburg, Holland, Frankreich und Braunschweig zu bitten (Ebd.). Über die Gesandtschaft des Theobald Taaffe, Herzogs von Carlingford – eines irischen Katholiken –, in das Reich vgl. Feiling S. 165 ff. Seine Instruktion vom August 1665 in Arlington, Lettres S. 21 ff.

⁸³ Chr. Bernh. an v. Wrede, 4. 3. 1666: Ebd.

⁸⁴ Resolution der Generalstaaten v. 20. 3. 1666. Abschr. in MLA, 12, 3.

⁸⁵ Chr. Bernh. an Mayr, 19. 3. 1666: MLA, 473, 49.

Noch dunkler färbte sich die Zukunft, als Matthias Korff-Schmising am 22. März von seiner ersten Reise nach Kleve zurückkehrte. Alle Bemühungen des Domküstlers, den Kurfürsten zu bewegen, die Verhandlungen ohne Zugrundelegung des Haager Projekts zu beginnen, mißlangen. Kurfürst Friedrich Wilhelm wollte nicht verstehen, weshalb der Bischof so sehr auf Borkelo bestand, da doch die Kriegslage ohnehin die militärische Behauptung des Ländchens im kommenden Feldzug nicht gestattete. Ging die Herrschaft verloren, schwand das letzte Druckmittel auf die Generalstaaten, die dann mit Sicherheit Wiedergutmachungsansprüche erheben würden. Bei Besuchen in den Häusern der kaiserlichen und französischen Gesandten hörte der Domkünstler nur den mit Achselzucken vorgebrachten Rat, dem Beginn der Verhandlungen auf Grund des Haager Projekts zuzustimmen und zu versuchen, das eine oder andere zu retten⁸⁶.

Wenige Tage darauf lief ein Schreiben des Kurfürsten von Trier mit der dringenden Bitte ein, unter Verzicht auf alle Illusionen die wahre Lage zu erkennen, sich selbst zu überwinden und dem Reich einen allgemeinen Krieg zu ersparen⁸⁷. Kurfürst Karl Kaspar fügte seinem Brief ein Schreiben des Kurfürsten von Brandenburg⁸⁸ und der Herzöge von Braunschweig bei, das deren ernste Entschlossenheit noch einmal unter Beweis stellte⁸⁹.

Die Verbitterung Christoph Bernhards über mangelhaften Beistand des kaiserlichen Hofes nutzten die Franzosen zu einem neuen Vorstoß aus. Wilhelm Egon Konzeption, den Bischof für ein Bündnis mit Frankreich zu gewinnen, um ihm eine wichtige Rolle zur Verhinderung eines österreichischen Durchmarsches nach den Spanischen Niederlanden zu übertragen, diente als Leitfaden. Wilhelm Egon teilte dem Bischof die Bereitschaft des Königs zum Bündnis mit, falls er sich zum Frieden verstehe⁹⁰. Die dargebotene Hand wurde begierig ergriffen. Ende Februar eilte Sebastian Heinrich v. Haugwitz nach Paris und versicherte dort, daß zwischen Münster und Österreich keine Verbindung bestehe und der Bischof größte Freude empfinde, mit dem König in ein Bündnis zu treten. Sogar zur Verhinderung eines kaiserlichen Durchzugs nach den Niederlanden und zur Abdankung seiner Truppen zugunsten Frankreichs wollte er sich verstehen⁹¹.

Mehr konnte sich der französische Hof nicht erträumen. Allerdings tat Eile not, denn in den letzten Märztagen gelangte der Friedensentwurf des brandenburgischen Geh. Rats v. Jena in die Hände des Bischofs⁹². Den Franzosen lag

⁸⁶ Protokoll v. 23. 3. 1666: DK. Prot. 31 Bl. 45 ff.

⁸⁷ Kurf. Karl Kaspar an Chr. Bernh., 22. 3. 1666: MLA. 542 b.

⁸⁸ Kurf. Friedr. Wilhelm an Kurf. Karl Kaspar, 4. 3. 1666: Ebd.

⁸⁹ Goes vermutete, daß der Kurf. v. Brandenburg zur Eile drängte, um Kosten zu sparen und den Intrigen Wilhelm Egons zuvorkommen. Goes an Kaiser Leopold, Kleve 24. 2. 1666: FA. Fasz. 105.

⁹⁰ Die Mitteilung erfolgte über den pfalz-neuburgischen Hof, wo Wilhelm Egon Ende Februar weilte. Sie enthielt die deutliche Drohung, den Bischof zugrunde zu richten, wenn er das Angebot nicht annahm. Wilh. Egon an Lionne, Mainz 14. 3. 1666: CC. 3 Bl. 516.

⁹¹ Denkschrift Haugwitz' v. 28. 2. 1666: CM. 2 Bl. 17.

⁹² Die Übergabe geschah am 27. März. Die Berichte Jenas in: DZA., Rep. 11, 165 B I a Nr. 4; z. T. gedruckt in UA. 11 S. 689 ff. Vgl. J. R. Tork an Ferd. v. Fürstenberg, Minden 23. 2. 1666: Ribbeck, WZ. 52 I S. 114. E. Eilers, Friedrich von Jena S. 111 ff. – UA. 11 S. 692. – Jena erschien das brandenburgische Bündnis mit Holland ungünstig. Er sprach gegenüber dem Bischof nicht davon, da die Offenbarung einem Ultimatum gleichgekommen wäre und den Abbruch der Verhandlungen bewirkt hätte.

daran, dem Kurfürsten von Brandenburg und dem Kaiser nicht das Verdienst zu lassen, den Frieden allein vermittelt zu haben⁹³. Als der Bischof den 4. Artikel des brandenburgischen Entwurfs las, der die Rückgabe Borkelos an die Generalstaaten enthielt, setzte er die für die veränderte Lage bezeichnende Bemerkung an den Rand, die Herrschaft müsse bis zum Ausgang des Rechtsstreits dem Gewahrsam Ludwigs XIV. unterstellt bleiben⁹⁴. Im französisch-münsterischen Verhältnis bahnte sich offensichtlich eine wesentliche Änderung an.

26. KAPITEL

DER FRIEDE VON KLEVE

Das energische, aber verständnisvolle Auftreten des Kanzlers von Jena, der im Gegensatz zum Kurfürsten für einen »reputierlichen« und nicht für einen Zwangsfrieden eintrat, bewirkte die Abordnung münsterischer Friedensgesandter nach Kleve. Ihnen machte Kurfürst Friedrich Wilhelm am Tage nach ihrer Ankunft, am 28. März, mit allem Nachdruck klar, daß es ihm allein zu verdanken sei, wenn die Holländer ihre »gefährlichen Dessesins« gegen das Stift Münster bisher noch nicht durchgeführt hätten. Um die Absicht des Domküstlers Matthias Korff-Schmising und Bernhard v. Wydenbrücks, ihrerseits hohe Gegenforderungen zu erheben, von vornherein abzuschneiden, bedeutete er ihnen, daß bei längerer Verhandlungsdauer die Holländer möglicherweise über die an sich schon harten Bestimmungen des Haager Entwurfs hinausgehen könnten, zumal der Einfluß der Kriegspartei, besonders in der Provinz Seeland¹, ständig zunehme. Ein niederländischer Einfall in das Münsterland würde die Stellung des Bischofs auf dem Friedenstag erheblich schwächen². Die Aussichten der beiden Gesand-

⁹³ Wilh. Egon an Lionne, Wesel 24. 3. 1666: CC. 3 Bl. 530; desgl. 30. 3. 1666 (Pagès S. 135): »Tout le but de M. l'Electeur de Brandebourg, du baron de Goes et de M. Beverningk ne tend qu'à exclure indirectement le Roi et Messieurs les Electeurs de Cologne, Mayence et le duc de Neubourg de la médiation, afin de s'attirer tout le mérite auprès des Etats. Je vous assure que nous ferons tout notre mieux pour empêcher que leur dessin ne réussisse.«

⁹⁴ CM. 2 Bl. 25.

¹ Zu der kriegerischen Haltung der Provinz Seeland trugen zweifellos die Einfälle der von den Spaniern unterstützten münst. Regimenter bei (der Kinderen I S. 378). – Die Absicht dieser Truppen richtete sich, wie erwähnt, auf die Sicherstellung eines Landeplatzes für die Engländer. Vgl. Ludwig XIV. an d'Estrades, 19. 2. 1666: »Die Staaten sind sehr unempfindlich, wenn sie nichts als schwache Klage erheben über den Versuch, den Castel-Rodrigo im Namen des Bischofs von Münster und ohne Zweifel in Übereinstimmung mit den Engländern gemacht hat, um sich Willemstads, eines ihrer wichtigsten Plätze, zu bemächtigen« (Wiens S. 210).

² Matth. Korff-Schmising u. B. v. Wydenbrück an Chr. Bernh., 29. 3. 1666: MLA. 12, 3.

ten, gute Bedingungen zu erhandeln, erschienen also keineswegs rosig. Sie fühlten sich in ihrer Haut nicht wohl, weil ihnen außerdem der Bischof keine schriftlichen Anweisungen mitgegeben hatte³. Offensichtlich wollte er zuerst einmal den Bericht des noch nicht aus Paris zurückgekehrten Haugwitz abwarten⁴, von dem es abhing, ob er in Zukunft auf geheime Unterstützung Frankreichs rechnen konnte. Aus den unbestimmten Äußerungen Colbert-Croissis⁵ ließ sich nicht entnehmen, wie sich der König entschieden hatte.

Auf eine Unterstützung von anderer Seite, etwa durch den kurmainzischen, kölnischen oder pfalz-neuburgischen Gesandten⁶, bestand keine Hoffnung. Ihnen hatte die Erklärung des Kurfürsten, daß von dem Haager Projekt nicht das Geringste abgehandelt werden könne, jede Lust genommen, sich für eine aussichtslose Sache einzusetzen⁷ und ihre kostbare Zeit in dem langweiligen nieder-rheinischen Städtchen zu verschwenden.

Die ersten Besprechungen zwischen Schwerin, Blaspeil und den münsterischen Gesandten ergaben kein besseres Bild. Wie der Kurfürst selbst wiesen auch seine Minister auf die Endgültigkeit des Haager Projekts und die Gefahr hin, bei längerem Hinziehen der Verhandlungen nur schwerere Bedingungen einzutauschen. Gar keine Hoffnung machten sie wegen Borkelo. Alle am Kongreß Beteiligten vertraten ausnahmslos die Meinung, daß die Herrschaft vorbehaltlich einer rechtlichen Entscheidung den Holländern zurückgegeben werden müsse⁸.

Inzwischen war Christoph Bernhard einer Hoffnung ärmer geworden. In den letzten Märztagen kehrte Haugwitz aus Paris ohne die erhoffte kategorische Erklärung des Königs zurück. Ludwig XIV. zeigte sich zwar über das Angebot, ihm die münsterischen Truppen zu überlassen und sie nicht den Spaniern zuzuführen, erleichtert, aber über Borkelo äußerte er sich nur in allgemeinen Höflichkeiten. Wie früher bezeichnete er das Recht des Bischofs als das bessere, betonte aber auch, daß dieser Streit ihm nicht wichtig genug schien, die Friedensverhandlungen scheitern zu lassen⁹. Christoph Bernhard verbarg seine Enttäuschung nicht. Er hatte an sein günstiges Angebot größere Erwartungen geknüpft. Auf allgemeinen Erklärungen des Königs konnte er seine zukünftige Politik nicht aufbauen¹⁰.

In seiner Ratlosigkeit entschloß er sich, ungeachtet der Warnungen seiner Gesandten aus Kleve zum Abwarten. Trotz Drängen des Domküstlers auf ein »Ultimatum« mit den Bedingungen, auf die sie sich im äußersten Falle einlassen durften, erklärte er, man müsse vorerst die endgültigen Forderungen Beverningks vernehmen¹⁰.

³ Protokoll des Domkapitels v. 1. 4. 1666: DK. Prot. 31 Bl. 43.

⁴ Haugwitz reiste am 25. März aus Paris ab.

⁵ Die manchmal zwiespältige Haltung Colbert-Croissis erklärt sich zum Teil aus seinem schlechten Verhältnis zu Beverningk, dem er oranische Gesinnung vorwarf (Der Kinderen I S. 368).

⁶ Kurmainz entsandte Melchior Friedr. v. Schönborn, Kurköln Wilh. Egon v. Fürstenberg und Kanzler Buschmann, Pfalz-Neuburg Franz v. Gise.

⁷ M. Korff-Schmising u. B. v. Wydenbrück an Chr. Bernh., 30. 3. 1666: MLA. 12, 3.

⁸ M. Korff-Schmising an Jobst E. v. Brabeck, 30. 3. 1666: DK. Prod. VI Nr. 2. — An den Friedensverhandlungen selbst nahm Friedrich von Jena, der sie einleitete, keinen Anteil. Er kehrte zur Bearbeitung der Magdeburger Frage nach Berlin zurück. E. Eilers, Friedrich v. Jena S. 114. Vgl. Diarium, was bei der Münsterisch- und Holländischen Friedenshandlung zu Cleve vorgangen, anno 1666: UA. 11 S. 710 bis 720 (28. 3. — 20. 4. 1666) — ⁹ Der Kinderen I S. 391.

¹⁰ Chr. Bernh. an M. Korff-Schmising u. B. v. Wydenbrück, 1. 4. 1666: MLA. 12, 3.

Wie berechtigt die Warnungen des Domküstere waren, erwies sich sehr bald am ungeduldigen Drängen Beverningks auf rasche Annahme des Haager Entwurfs. Der Holländer gab vor, täglich ungünstigere Weisungen aus Den Haag zu erhalten. Vorbehalte bei der Rückgabe Borkelos wollte er schon nicht mehr in Erwägung ziehen. Dafür beklagte er die schweren Schäden der östlichen Provinzen nach dem münsterischen Einfall und brachte damit die Sprache auf den bisher nicht zur Diskussion stehenden Schadenersatz. Das Ehrgefühl des Bischofs kränkte aber besonders seine Forderung, das münsterische Heer auf 1500 Mann zu beschränken¹¹. Hinter Beverningks Drängen stand die militärische Überlegenheit der niederländisch-französischen Partei. Es bedeutete demgegenüber nichts, wenn der Bischof sich als Landesherr nicht für befugt erklärte, auf Borkelo zu verzichten oder der Beschränkung seiner souveränen Rechte bezüglich des Umfangs der Armee zuzustimmen.

Besondere Aufmerksamkeit verdiente die seltsame Geschäftigkeit Wilhelm Egons v. Fürstenberg. Seine scheinheiligen Freundschaftsbeteuerungen paßten wenig zu seiner offensichtlichen Zustimmung zur Abrüstungsklausel. Um die münsterischen Festungen in kurkölnische Hand zu bekommen, führte der bequemste Weg unzweifelhaft über die Entlassung des bischöflichen Heeres. Der Domküstere ahnte, daß in den Geschäften dieses Ehrenmannes »allerhand andere Interessen mit unterlaufen«¹². Um so auffälliger schien dieses Verhalten, als Colbert-Croissi den Entwaffnungsparagraphen ablehnte. Er argumentierte, daß der Bischof auch in Zukunft verpflichtet und in der Lage sein müsse, dem Rheinbund die vertraglich festgelegten Hilfstruppen von 800 Mann zu Fuß und 400 Reitern zu stellen¹³, dachte aber an eine spätere Verwertung des münsterischen Kriegspotentials durch Frankreich.

Aus dieser vermeintlichen Bresche in der Front der Gegner leitete der Bischof den Gedanken ab, die Klever Verhandlungen überhaupt abzubrechen und erneut zu versuchen, Freunde zu finden und sich einiger Feinde auf diplomatischem Wege zu entledigen. Vielleicht konnte von Ludwig XIV. gegen das Versprechen, eine österreichische Truppenhilfe für die Spanischen Niederlande zu verhindern, zumindest Unparteilichkeit im gegenwärtigen Kriege erkaufte werden. Erneut hielt er auch in Wien darum an, den Kurfürsten von Brandenburg und die Herzöge von Braunschweig von ihrer Verbindung mit den Generalstaaten gegen ihn, einen Reichsfürsten, abzumahlen¹⁴. Wurden diese Ziele erreicht, glaubte er sich kräftig genug, den Kampf gegen die Holländer wieder aufzunehmen und keineswegs so schwach, einem »praejudizierlichen und unreputierlichen« Frieden zustimmen zu müssen¹⁵ –, wenn nur England seinen Subsidienverpflichtungen nachkam¹⁶.

¹¹ M. Korff-Schmising u. B. v. Wydenbrück an Chr. Bernh., 1. 4. 1666: Ebd.

¹² M. Korff-Schmising an Chr. Bernh., 1. 4. 1666 (P. S.): MLA. 12, 3. – Die zur Schau getragene Freundlichkeit Wilhelm Egons vertrat sich nicht mit der Haltung eines Ende März in Den Haag angekommenen kurköln. Gesandten, der den Generalstaaten größtes Entgegenkommen zeigte, um die Rückgabe von Rheinberg zur Sprache zu bringen (Wiens S. 128). Auch der Kurfürst von Brandenburg argwöhnte, daß Fürstenberg an der Verlängerung des Krieges läge, um beim Scheitern der bischöflichen Pläne das Bistum in kurköln. Hände zu bringen. Colbert-Croissi an Ludwig XIV., 8. 4. 1666: UA. 2 S. 391.

¹³ Der Kinderen I S. 394. – ¹⁴ Chr. Bernh. an Mayr, 2. 4. 1666: MLA. 534, 5 I.

¹⁵ Chr. Bernh. an Franz Egon v. Fürstenberg, 2. 4. 1666: MLA. 541 I.

¹⁶ Die Gesamtabrechnung über die empfangenen engl. Subsidien weist einen Betrag von 573 627 Rtl. 19 Stüber aus. Haugwitz an Chr. Bernh., Brüssel 24. 2. 1667: GA. II C III Nr. 4c.

In diesem entscheidenden Punkte fand P. Joseph Sherwood bei seiner letzten Anwesenheit in England die Unterstützung Sir William Temples. Leider stand dieser mit seiner Ansicht – für die er einen guten Anteil an den Subsidiën in die eigene Tasche fließen ließ –, daß nur durch Zahlung der versprochenen Beträge die Kampfkraft und Vertragstreue des Bischofs erhalten werden konnte, unter den englischen Ministern ziemlich allein da. Noch im März, als alle Welt bereits von einem Vergleich sprach, glaubte Temple merkwürdigerweise daran, Christoph Bernhard werde sich lieber in Coesfeld oder Münster belagern lassen als ohne englisches Einverständnis Frieden schließen¹⁷. Seine Ansicht trug ein Fünkchen Wahrheit in sich, denn die Hoffnung auf kräftigere Hilfe aus England zur Wiederbelebung des Krieges spielte in den Überlegungen des Bischofs Anfang April eine erhebliche Rolle. So war Temple der rechte Mann, als spanischer Edelmann verkleidet auf Umwegen nach Münster zu reisen¹⁸, um den Abschluß des Klever Friedens durch Übergabe von Wecheln und Versprechungen zu durchkreuzen¹⁹.

Während sich Temple auf dem Umweg über Brüssel näherte^{18a}, schleppten sich die Verhandlungen in Kleve über das Schicksal Borkelos dahin. Nach der Erklärung Ludwigs XIV., die Rückgabe der Herrschaft dürfe dem endgültigen Entscheid der Rechtsfrage nicht vorgreifen²⁰, und den ersten Vorstellungen des Domkapitels²¹, in denen auf einen Entschluß des Landesherrn zu schrittweisen

¹⁷ Der Kinderen I S. 386 f. – Temple an Chr. Bernh., 19. 3. 1666: »... Doch muß ich Ihnen gestehen, daß ich allerdings ein wenig betroffen war, als mir ein Brief zu Gesichte kam, den der Herzog v. Braunschweig an einen geistreichen Mann in hiesiger Stadt (Brüssel) geschrieben hat, und woraus sich ergibt, daß dieser Herzog in der sicheren Erwartung eines baldigen Friedens lebt... Der erlauchte Briefsteller versichert aus zuversichtlicher Quelle zu wissen, daß der Herr Bischof von Münster diesen Frieden genehmigen werde, wenn er nur nicht ganz und gar seiner Ehre und seinen Interessen zuwider laufe« (Wiens S. 124 f.). – George Savill an Temple, 4. 4. 1666: »Es hat soviel Anschein, daß er (Chr. Bernh.) in diesem Feldzuge als der schwächere erscheine, daß ich fürchte, er werde eher Lust haben, uns Ketzern sein Treuwort zu brechen, als sich den gloriösen Titel eines politischen Märtyrers in unserem Kalender zu erwerben« (Ebd. S. 128). – Vgl. Temple an W. Godolphin, 1. 4. 1666: Ebd. S. 127.

¹⁸ Sein ursprüngl. Befehl, in Dortmund einem Kongreß der Kurfürsten von Mainz, Köln, Brandenburg und der Fürsten von Neuburg und Braunschweig zur Wiederherstellung des Friedens im Westfäl. Kreis beizuwohnen, erfuhr eine Abänderung (Brinkmann S. 694). Beglaubigungsschreiben und Instruktion für Temple vom 23. 3. 1666: Abschrift in Bodleian Ms., Rawlinson, C 172 S. 60. Arlington, Lettres S. 81.

¹⁹ Der Kinderen I S. 402. In London blieb Obristleutnant H. A. v. Wrede als Beobachter zurück. Er berichtete am 9. 4. die Absendung von 50 000 Rtl. Subsidiën. Sein besonderes Augenmerk schenkte er den Beziehungen der Engländer zu Frankreich und Holland, ohne Verdächtiges feststellen zu können (MLA. 534, 1 V). – Arlington an Temple, 23. 3./2. 4. 1666: »Whatsoever may be the business of the Bishop, you must take for granted ours is to render uneffectual all the designed negotiations... Play this farce as skilfully as you can« (Brinkmann S. 695 Anm. 57; Courtenay I S. 55).

¹⁸⁰ Bericht über die Reise Temples: Courtenay I S. 56 ff.

²⁰ D'Estrades an Lionne, 26. 3. 1666: De Witt habe im Vertrauen gesagt, daß Beverningk von der Provinz Holland befugt sei, in die vom Bischof verlangte Verzichtleistung auf Borkelo die mildernden Worte »den Rechten des Reiches unbeschadet« aufzunehmen. Die östlichen Provinzen wüßten hiervon nichts, ebensowenig von dem Verzicht auf Kriegsentschädigung (Wiens S. 212 f.). – D'Estrades an Ludwig XIV., 8. 4. 1666: Beverningk berichte, daß Wilh. Egon v. Fürstenberg sich dem Verzicht auf Borkelo widersetze und sich dabei auf eine angebliche Meinung des Königs von Frankreich stütze (Wiens S. 214).

²¹ Protokoll v. 6. 4. 1666: MLA. 12, 3.

Zugeständnissen bis zur völligen Aufgabe aller Ansprüche gedrängt wurde, gab der Bischof dem Domkürster Weisung, mit Hilfe Colbert-Croissis den Vorbehalt zukünftiger Rechtsentscheidung in den Vertrag einzuflechten²². Eine Möglichkeit, den endgültigen Verzicht auf Borkelo zu umgehen, schien die Nachricht zu eröffnen, der Graf v. Limburg-Styrum neige dazu, sich das *Dominium utile* abkaufen zu lassen²³. Weniger beglückt über diese neue Hinauszögerung des Vertragsabschlusses zeigte sich der Domkürster Korff-Schmising. Er wußte besser als der Bischof, was auf dem Spiele stand. Die Holländer konnten bei längerem Warten ihren auf Zureden des Kurfürsten ausgesprochenen Verzicht auf eine Kriegschädigung und den Vorbehalt der Rechte des Reichs an Borkelo widerrufen. Die Kriegspartei in Den Haag übte bereits starken Einfluß auf den bisher für einen maßvollen Frieden eintretenden Ratpensionär aus²⁴.

Die Besorgnisse des Domkürsters erwiesen sich jedoch als übertrieben. Die mündlichen Berichte Wydenbrücks überzeugten den Bischof von der Unmöglichkeit, den fertiggestellten Vertragsentwurf unter den augenblicklichen Verhältnissen wesentlich zu verbessern. Das Domkapitel, froh der Sinneswandlung des Landesherrn, gab am 11. April seine Zustimmung zum Abschluß des Vertrages²⁵. Wesentlich trug zu diesem Entschluß das vergebliche Warten auf den englischen Gesandten Temple bei²⁶. Nur in der Frage der Entwaffnung erhob Christoph Bernhard Einwände. Ihm schien besonders die holländische Forderung, daß die Truppen »statim« abgedankt werden sollten, allzu bedenklich. Wenn »statim« sich auf die Unterzeichnung des Vertrages bezog, trat bis zur Ratifizierung durch die Gegenseite und die Garanten ein Zustand vollkommener Wehrlosigkeit ein, da niemand im Falle eines Angriffs auf das Stift zu Hilfe und Aufrechterhaltung des Vertrages verpflichtet war. Der Bischof dachte dabei weniger an Holland als möglichen Feind – es hätte sonst das ganze Bemühen Beverningks als geheuchelt betrachtet werden müssen –, als an die kurkölnischen Anschläge. Der gefährliche Zwischenraum wäre für Wilhelm Egon v. Fürstenberg die geeignete Zeit gewesen, die münsterischen Festungen zu be-

²² Ggfls. sollte abermals in Paris ein stärkeres Eintreten des Königs für die münst. Wünsche angestrebt werden (Chr. Bernh. an M. Korff-Schmising, 6. 4. 1666: MLA. 12, 3). – Da die Weisung des Bischofs sich verzögerte, reiste Wydenbrück am 8. 4. auf Drängen Kurf. Friedr. Wilhelms nach Münster. Dieser versprach, nach dem Frieden Freundschaft mit Münster zu halten, und deutete eine Neigung der Generalstaaten zu einem Bündnis mit dem Westfälischen Kreis an, um dem Frieden Dauer zu verleihen. Die noch bestehenden Hindernisse erklärte er als unbedeutend (Kurf. Friedr. Wilhelm an Chr. Bernh., 8. 4. 1666: MLA. 12, 3; DK. Prod. VI Nr. 7).

²³ In Münster wurden sofort Berechnungen über die Höhe des eventuellen Kaufpreises angestellt. Bei 3^o/iger Verzinsung und jährl. Einkünften von 6000 Rtl., die für die Lehnshoheit um 1/3 zu kürzen waren, ergab das ein Kapital von 120 000 Rtl. Der Bischof war bereit, 80–100 000 Rtl. in 3 Terminen zu zahlen. Chr. Bernh. an M. Korff-Schmising, 11. 4. 1666: MLA. 12, 3.

²⁴ M. Korff-Schmising an Bernh. v. Wydenbrück, 10. 4. 1666: MLA. 12, 3. – Am 12. 4. bat der Domkürster abermals um schnelle Resolution, da die Holländer wieder den Schadenersatz zur Sprache brachten, und Dänemark und Braunschweig-Lüneburg die Delmenhorster und Corveyer Streitsachen zur Aufnahme in den Vertrag vorzuschlagen gedachten (Ebd.).

²⁵ Protokoll v. 11. 4. 1666: DK. Prot. 31 Bl. 54.

²⁶ Der Bischof tröstete sich, durch kaiserl. oder französ. Fürsprache doch noch eine Milderung der Bestimmungen über Borkelo erreichen zu können. Durch Anrufung des Kurfürsten von Brandenburg, die Beschränkung der Territorialrechte eines Reichsfürsten nicht zuzulassen, versuchte er, auch die Entwaffnungsklausel abzuweichen. Chr. Bernh. an Kurf. Friedr. Wilhelm, 12. 4. 1666: MLA. 12, 3.

setzen²⁷. Auch ohne französische Hilfe hätte ein plötzlicher Überfall auf das Bistum, zu dem der westfälische Landdrost Dietrich von Landsberg offensichtlich militärische Vorbereitungen traf, den gewünschten Erfolg gebracht²⁸.

Auf irgendeine Weise erfuhr auch Friquet von diesen Plänen. Er war es, der de Witt überzeugte, daß eine sofortige Abdankung der Truppen den Bischof der Gewalt seiner Nachbarn auslieferte. Dem Kaiser konnte nicht daran liegen, daß auch das Stift Münster in die Hand des franzosenfreundlichen Kurfürsten Maximilian Heinrich fiel. Aus Dankbarkeit für die Unterstützung beim Entwurf des Friedensvertrages fand sich der Ratpensionär bereit, dem Wort »statim« den Sinn »nach Auswechslung der Ratifikationen« zu geben und ihm damit seine Gefährlichkeit zu nehmen.

Als Wydenbrück am 15. April aus Münster nach Kleve zurückkehrte, stand der Unterzeichnung eigentlich nichts mehr im Wege. Beide Gesandte baten den Kurfürsten von Brandenburg noch einmal, wenigstens einige Zugeständnisse der Holländer in der Entwaffnungsfrage zu erwirken. Dafür wollten sie der vorgeschlagenen Regelung über Borkelo zustimmen. Tatsächlich gelang es Schwerin und Blaspeil, Beverningk zum Einverständnis mit einer Stärke von 3000 Mann für das münsterische Heer zu bewegen²⁹. Am 18. April erfolgte die Unterzeichnung des Friedensvertrages³⁰.

In der Reihe der Unterschriften fehlte erstaunlicherweise der Name des kurkölnischen Hauptgesandten Wilhelm Egon v. Fürstenberg. Er hatte sein Ziel nicht erreicht und wollte seine Unterschrift unter keine Urkunde setzen, die seine Niederlage besiegelte. Eine Garantierklärung von seiner Hand für den Bischof von Münster hätte in den Augen Unterrichteter eine tragikomische Bedeutung besessen.

Die Zufriedenheit über das gelungene Werk strahlte nicht nur aus den Gesichtern der Vermittler, auch Korff-Schmising und Wydenbrück war anzusehen, »daß sie frohe sind, so wohlfeil von dem Markt zu kommen«³¹. Da sich die Pest in Kleve ausbreitete, zerstreute sich der Kongreß sofort.

Die 15 Artikel des Friedensvertrages, der den ersten verlorenen Krieg des Bischofs gegen Holland beendete, enthielten im ganzen gesehen die Begründung

²⁷ Aus späteren Äußerungen ist zu entnehmen, daß der Bischof von den Fürstenbergischen Anschlägen Kenntnis hatte.

²⁸ Frankreich hatte sich von den Plänen Fürstenbergs mehr und mehr distanziert. Dem König lag in erster Linie an einer späteren Hilfe des Bischofs von Münster gegen Österreich, die durch seine Absetzung hinfällig geworden wäre. Mit dem ängstlichen und unentschlossenen Kurfürsten von Köln konnte man, wie in Paris bekannt war, keinen großen Staat machen.

²⁹ Der Kinderen I S. 399.

³⁰ Die Unterzeichner waren: van Beverningk für die Generalstaaten (Vollmacht v. 9. 4. 1666: MU. 4578), Matthias Korff-Schmising und Bernh. v. Wydenbrück für Münster, sowie als Garanten Goes für den Kaiser, Colbert-Croissi für Frankreich, Melchior Friedr. v. Schönborn, Heinrich Batz und Christoph Gudenus für Kurmainz, Buschmann für Kurköln, Schwerin und Blaspeil für Kurbrandenburg, v. Ketteler, Joh. Adolf v. Fürstenberg und Meinders für Paderborn, Franz v. Gise für Pfalz-Neuburg, Otto Grote und Ludolf Hugo für Braunschweig-Lüneburg. – Über die französische Reaktion auf den Vertrag vgl. Wiens S. 219: D'Estrades an Lionne, 22. 4. 1666: Der Friede sei ein großes Glück für die Generalstaaten. »Denn hätten sie die Last dieses Krieges zugleich mit dem, der sich von schwedischer Seite her auftut, so würden sie unterliegen müssen.«

³¹ Buschmann an Franz Egon v. Fürstenberg, 16. 4. 1666: MLA. 542 a. Buschmann nennt den Paderborner Domdechanten v. Ketteler als einen der Vermittler, die sich am meisten für den Frieden einsetzten.

eines ewigen Friedens zwischen beiden Staaten und eine allgemeine Amnestie, von der allein überführte Verräter ausgeschlossen waren (Art. 1 und 2); Räumung aller besetzten Plätze, insbesondere Borkelos, durch die münsterischen Truppen und Verbot jeder Schädigung und Kontributionserhebung nach Ablauf des Monats März (Art. 3); Abzug aller münsterischen Truppen ab 24. April aus dem Gebiet der Vereinigten Provinzen³², wofür diese versprachen, inzwischen keine Feindseligkeiten zu verüben (Art. 4 und 5); Abzug aller niederländischen Truppen aus dem Stift Münster und Freilassung der Gefangenen ohne Lösegeld (Art. 6); Abdankung des münsterischen Heeres nach Auswechslung der Ratifikationen bis auf 3000 Mann, die nicht vermehrt werden dürfen, es sei denn, daß die Sicherheit des Reiches oder ein nicht gegen die Generalstaaten gerichtetes Bündnis es erforderten; Aufgabe aller gegen die Generalstaaten geschlossenen Bündnisse, wofür diese sich zur entsprechenden Maßnahme verpflichten (Art. 7–9); in den Vertrag werden eingeschlossen Dänemark, Braunschweig-Celle, Osnabrück, Holstein-Gottorp und Oldenburg als Freunde und Bundesgenossen der Generalstaaten, der Kaiser und die Fürsten des Rheinbundes von münsterischer Seite. Auch Georg Friedrich v. Waldeck fand namentliche Erwähnung (Art. 10); das Dominium utile der Herrschaft Borkelo blieb im Zustand wie vor dem Kriege, während der Bischof auf das Territorialrecht unter Vorbehalt der Rechte des Reichs verzichtete (Art. 11); beide Teile erheben keine gegenseitigen Ansprüche (Art. 12); zukünftige Zwistigkeiten sollen in freundschaftlicher Weise geregelt werden (Art. 13); Garanten gewährleisten den Frieden (Art. 14); die Ratifikation findet innerhalb 14 Tagen, die Abdankung des bischöflichen Heeres innerhalb weiterer 14 Tage statt (Art. 15)³³.

Wenn Korff-Schmising und Wydenbrück annahmen, daß ihre eigene Zufriedenheit einer ähnlichen Gemütsstimmung ihres Herrn entsprach, befanden sie sich, wie sie bald erstaunt feststellen mußten, auf dem Holzwege. Schon während der Verhandlungen dachte der Bischof, sobald er in der Ferne einen Strohalm zu seiner Rettung zu erblicken meinte, an Wiederaufnahme des Krieges und Abberufung der Klever Gesandten. Genau an dem Tage, an dem in der kurfürstlichen Residenz am Niederrhein nachmittags der Friedensvertrag unterzeichnet wurde, traf der englische Gesandte Sir William Temple in Münster ein. Die erste Regung des Bischofs scheint Furcht vor einer Aussprache gewesen zu sein. Temple mußte mehrmals um Audienz bitten, bis sie ihm gewährt wurde.

³² Mit gegenseitigem Einverständnis wurde das Datum mit Rücksicht auf das Osterfest auf den 27. April verschoben.

³³ Die Urschrift des Vertrages in MU. 4579. Ratifikation Chr. Bernhards, Münster 26. 4. 1666: MLA. 12, 3. Ratifikation der Generalstaaten, Den Haag 4. 5. 1666: MU. 4580. Bericht des staatlichen Abgeordneten J. G. Zyborsch über den Austausch der Ratifikationen in Coesfeld: Wiens S. 361 f. Drucke in der lateinischen Ursprache oder übersetzt bei Aitzema S. 1023 ff.; Alpen S. 724 ff.; Dumont VI 3 S. 106 ff.; d'Estrades S. 227 ff. u.a. Vgl. Der Kinderen I S. 401 Anm. 1. Die Garantieerklärungen folgten in dieser Reihenfolge: Kurbrandenburg, Kleve 19. 4., unterzeichnet von Otto Frhr. v. Schwerin und Werner Wilh. Blaspeil; Kaiser, Kleve 22. 4., unterz. von Joh. Baron de Goes; Frankreich, Kleve 22. 4., unterz. von Colbert-Croissi; Kurköln, Lüttich 4. 5., unterz. von Kurf. Max. Heinrich; Frankreich, St. Germain-Laye 13. 5., unterz. von Ludwig XIV. (MU. 4582); Pfalz-Neuburg, Düsseldorf 24. 5., unterz. von Pfalzgraf Philipp Wilhelm; Kurbrandenburg, Kleve 29. 5., unterz. von Kurf. Friedr. Wilhelm (MU. 4583); Kaiser, Laxenburg 31. 5., unterz. von Kaiser Leopold; Kurmainz, Würzburg 31. 3., unterz. von Kurf. Joh. Philipp. Alle Schriftstücke, soweit nicht anders angegeben, in MLA. 12, 3. Zum Friedensschluß vgl. ferner Der Kinderen I S. 406 ff.; Wiens S. 335 ff.; Tücking S. 145; Köcher I S. 453.

Daß er mit Vorwürfen über die eigenmächtig begonnenen Friedensverhandlungen aufwarten würde, konnte kaum jemand bezweifeln. Immerhin wußte der Bischof noch nichts von der endgültigen Unterzeichnung des Vertrages und konnte Temple also im Gespräch versichern, er werde seine Gesandten in Kleve anweisen, mit der Unterschrift bis zum Eintreffen des Engländers zu warten. Die Weisung ging am nächsten Tage in dieser Form ab. Sie deutete außerdem den Wunsch des englischen Königs an, ebenfalls mit den Generalstaaten über einen Frieden zu verhandeln³⁴. Mit diesem Schachzug versuchte dieser, die Konferenzteilnehmer durch Vorspiegelung des großartigen Bildes eines allgemeinen Friedens vom Abschluß des münsterischen Sonderfriedens wegzulocken. Ein Ende der Verhandlungen wäre dann angesichts der viel größeren Schwierigkeiten im englisch-niederländischen Verhältnis auf Monate nicht abzusehen gewesen. Gerade darauf richtete sich aber der Plan Temples, um den Bischof als kriegführenden Bundesgenossen zu erhalten. Seine Versprechungen und die mitgebrachten Wechsel vermochten Christoph Bernhard zur Fortführung des Krieges geneigt zu machen. Es fiel ihm kaum sehr schwer. Der Bischof wartete nur auf einen Wink in dieser Richtung.

Durch den Bericht seiner Gesandten vom Vormittag des 18. April, in dem sie die Unterzeichnung des Vertrages für die nächsten Stunden ankündigten, war der Bischof spätestens am Tage darauf über das Ereignis im Bilde. Trotzdem bezeichnete er in seinem Reskript vom 20. eine etwa vorgenommene Unterzeichnung als Akt des Ungehorsams, da er sich nicht über den Zeitpunkt der Ratifikation und Abdankung des Heeres erklärt habe, und überließ den beiden Gesandten zum sorgenvollen Nachdenken, wie Temple doch noch zu dem Vertrage und der Garantie hinzugezogen werden könnte³⁵.

Durch diese fadenscheinigen Einwendungen ließen sich der Domkürster und sein Kollege nicht einschüchtern. Sie verwiesen auf die fürstliche und domkapitularische Zustimmung zu allen geschlossenen Artikeln und überließen es nun ihrerseits dem Bischof, »bei dem Temple die Remonstrations zu tun, warumb sie diesen Frieden eingehen müssen, damit es in Engeland nicht übelgenommen werde«³⁶. Christoph Bernhard blieb bei seinem Verlangen auf Zuziehung Temples in Kleve und Aufnahme englisch-niederländischer Friedensverhandlungen³⁷, worauf ihm die Gesandten abermals berichteten, der Vertrag sei unterzeichnet und nichts mehr zu »redressieren«. In einer zornigen Aufwallung warf er den Deputierten vor, es hätte sich »nicht gebührt, darinnen dergestalt zu praecipitieren«, nachdem über wichtige Punkte des Vertrages seine Erklärung noch ausstehend hätte. Der Artikel über die Räumung der besetzten Orte sehe einen unmöglich kurzen Zeitraum vor und enthalte die beispiellose Bestimmung, daß die Räumung bereits vor der Ratifikation erfolgen solle, womit die Möglichkeit einer Verweigerung der Ratifikation von vornherein ausgeschaltet sei. Er werde sich an diese widersinnige Bestimmung nicht gebunden fühlen³⁸.

Die Wut verführte also den Bischof, seine innersten Absichten zu offenbaren: Konnte er an dem Abschluß des Vertrages nichts mehr ändern, so blieb ihm doch die Verweigerung der Ratifikation. Weniger aus Sorge um die persönlich

³⁴ Chr. Bernh. an M. Korff-Schmising, 19. 4. 1666: MLA, 12, 3.

³⁵ Desgl. an M. Korff-Schmising u. Wydenbrück, 20. 4. 1666: Ebd.

³⁶ M. Korff-Schmising u. Wydenbrück an Chr. Bernh., 20. 4. 1666: Ebd.

³⁷ Chr. Bernh. an M. Korff-Schmising u. Wydenbrück, 21. 4. 1666: Ebd.

³⁸ Chr. Bernh. an M. Korff-Schmising u. B. v. Wydenbrück, 22. 4. 1666: Ebd.

zugezogene Ungnade als aus Sorge um die Zukunft des Bistums Münster, das so unbedacht in neue Gefahren gestürzt wurde, fuhr den beiden Gesandten der Schreck in die Glieder. Welche Mühe hatte es gekostet, den eigensinnigen Beverningk zum Friedensvertrag in der jetzigen Gestalt bereitwillig zu machen! Wie sollten jetzt Verhandlungen über den englischen Friedensvertrag eingeleitet werden, nachdem die meisten Gesandten schon Kleve verlassen hatten? Korff-Schmising bat den Bischof inständig, sich von dem Engländer nicht erneut verführen zu lassen, »damit ja das letzte nicht ärger als das erste« werde³⁹.

Aber Christoph Bernhard blieb unbelehrbar. Auch seinem Vertreter in London schrieb er, daß mit Schweden, Spanien, Osterreich⁴⁰ und Lothringen über Beistand verhandelt werde. Habe man Erfolg, so werde er den Klever Frieden nicht ratifizieren und den allgemeinen Friedensschluß abwarten⁴¹. Zweifellos nahm Temple die kriegerischen Absichten gern zur Kenntnis. Die allzu große Bereitwilligkeit des Bischofs scheint jedoch den Verdacht in ihm erweckt zu haben, daß dieser ein doppeltes Spiel trieb. Selbst bei ehrlicher Gesinnung blieb die Frage, ob die münsterische Kraft ausreichte, die Genehmigung des Vertrages auf lange Zeit hinauszuschieben. Niederländische, brandenburgische und braunschweigische Truppen standen bereit, notfalls den Bischof zur Unterschrift zu zwingen. Wahrscheinlich waren es solche Erwägungen, die Sir Temple zu seiner plötzlichen Abreise veranlaßten⁴². Am frühen Morgen des 23. April trat er die berühmt gewordene Fahrt nach Antwerpen an, um die Verfügung über die noch nicht den münsterischen Agenten ausgehändigten englischen Wechsel in der Hand zu behalten. Zumindest 50 000 Rtl. und 40 000 Gulden galt es zu retten, jedoch nicht der englischen Krone zum Nutzen, denn Temple trat damals wie später für eine restlose Auszahlung der Subsidien an den Bischof ein. Er wollte nur einen möglichst hohen Anteil an den in seiner Hand befindlichen Geldern als Provision für sich behalten. Der Bischof knauserte nicht. Von den 50 000 Rtl.

³⁹ M. Korff-Schmising u. Wydenbrück an Chr. Bernh., 22. 4. 1666: Ebd. M. Korff-Schmising an Bruchhausen, 23. 4. 1666: MLA. 480, 37.

⁴⁰ Daß tatsächlich versucht wurde, mit dem Kaiser Verbindung anzuknüpfen, beweist der Bericht Mayrs an Chr. Bernh., Wien 29. 4. 1666. Der Agent meinte aber von vornherein, daß »damit keine neue Consilia werden erwecket werden« (MLA. 473, 49).

⁴¹ Chr. Bernh. an Wrede, 23. 4. 1666: MLA. 534, 1 V. Der Obristwachtmeister v. Wrede saß in London auf heißen Kohlen, da er ständig um Subsidien betteln mußte, ohne etwas über die Klever Verhandlungen sagen zu dürfen.

⁴² Über der Abreise liegt ein gewisses Dunkel. Der Bischof erklärte, Temple sei mit seinem Vorwissen abgereist (Chr. Bernh. an Rentorp, 23. 4. 1666: MLA. 473, 49). Temple selbst behauptet, heimlich verschwunden zu sein. Vgl. Brinkmann S. 695. Wahrscheinlich entspricht die bei Luden, S. 59, wiedergegebene Schilderung Temples den Tatsachen: »Als er« (der Bischof) »fand, daß Temple sich nicht zum Bleiben bewegen ließ, rieth er ihm, wenigstens über Cölln zu gehen, und den Umweg von vier bis fünf Tagen nicht zu achten, weil er der einzig sichere sey: dazu bot er ihm einen Obristen zum Begleiter an. Sir William schien alles mit Dank anzunehmen; aber am andern Morgen (es war der des Charfreitags) war er um drei Uhr zu Pferde, gab dem Officier, der ihm das Thor öffnen ließ, Geld, damit er diesmal zwei Stunden länger als gewöhnlich geschlossen hielte, und ritt unaufhörlich, bis an die brandenburgische Gränze.« Temple, Works II S. 20 f. Temple selbst behauptet, die Reise nach Brüssel zur Rettung des Geldes zugunsten des Königs unternommen zu haben (Courtenay S. 59 f.). Seine Entschuldigungen an die Adresse Arlingtons und die Behauptung, die Wechsel seien irrtümlich durch seinen Sekretär doch noch in die Hände des Bischofs gekommen, deuten jedoch auf kein reines Gewissen und die Wahrscheinlichkeit, daß Temple im eigenen finanziellen Interesse die Strapazen der »Flucht« auf sich nahm.

erhielt Temple 18 000, von 40 000 Gulden denselben Prozentsatz⁴³. Die hohe Vergütung ließ sich nicht umgehen. Christoph Bernhard besaß zwar einen rechtmäßigen Anspruch auf die verfallenen Termine, aber der Gesandte hätte ihm den vollzogenen Bruch des Bündnisvertrages, von dem er in Münster Kenntnis erlangt hatte, vorhalten und die Auszahlung verhindern können. Patriotische Gesinnung spielte bei Temples eiliger Reise keine Rolle.

Die offizielle Mitteilung des separaten Friedensschlusses an den englischen König konnte und wollte Wrede, nachdem er sich so sehr exponiert hatte, nicht übernehmen⁴⁴. Für ihn ging der Obristleutnant Freiherr v. Rosenbach nach London⁴⁵, um den Vertragsbruch mit Geldmangel zu entschuldigen und die zögernde Subsidienzahlung für diesen Schritt verantwortlich zu machen⁴⁶. In Brüssel gab Temple ganz unter dem Eindruck der großzügigen münsterischen Geschenke Rosenbach eine Empfehlung auf den Weg⁴⁷. Aber die Verstimmung am englischen Hof saß tiefer, als man erwartete. Rosenbach fand keine Gelegenheit, an die noch ausstehenden Subsidien zu erinnern⁴⁸. Der König ließ ihn nicht einmal zur Audienz vor. Von Arlington erhielt er schließlich ein Schreiben, der König wolle ihn nicht empfangen, »um die Gelegenheit zu meiden, désobligeantes reproches von sich zu geben«⁴⁹. Wrede freute sich insgeheim über den Mißerfolg Rosenbachs⁵⁰. Da nichts mehr zu tun blieb, reisten beide auf schnellstem Wege ab⁵¹.

⁴³ Chr. Bernh. an Rentorp, 23. 4. 1666: MLA. 473, 49.

⁴⁴ Wrede berichtete am 30. 4. aus London über den außerordentlich schlechten Eindruck des Klever Friedens und daß er nicht wagen konnte, bei Hof zu erscheinen. Die letzten 400 000 Rtl. restlicher Subsidien wären angewiesen worden, wenn nicht die Nachricht von dem Frieden den Entschluß verändert hätte (MLA. 543 I).

⁴⁵ Chr. Bernh. an Temple (nach 28. 4. 1666): Ebd.; Arlington, Lettres, S. 100 ff.

⁴⁶ Die mit unzeitigen Vorwürfen gegen die Engländer angefüllte Instruktion für Rosenbach entstammte der Feder des Dr. Rave. – Chr. Bernh. an Wrede, Ende April 1666: MLA. 473, 52.

⁴⁷ Rosenbach an Chr. Bernh., 8. 5. 1666: MLA. 473, 49.

⁴⁸ Chr. Bernh. erinnerte in den Schreiben v. 14. u. 21. 5. an diese Aufgabe: MLA. 473, 49 u. 543 I. – Vgl. Arlington, Lettres S. 97: Der König meine, »que nous n'en sçaurions trop peu parler. C'est pour l'amour de nous même, sans nous mettre en peine de lui, puisque selon toutes les apparences nous n'aurons jamais à faire avec lui à l'avenir.«

⁴⁹ Rosenbach an Chr. Bernh., 28. 5. 1666: MLA. 543, 1 V. Vgl. Arlington an Temple, 7. 5./27. 4. 1666: »I am glad the farce is at an end, and that we have a good fleet to trust to after so much infidelity in our friends and artificial fraud in our enemies.« Brinkmann S. 697. Vgl. die Erwähnung in Dryden's Annus mirabilis, Stanzen 37–38 Ebd. S. 697. Bericht Temples an seinen Vater v. 10. 5. 1666 bei Wiens S. 128 ff.

⁵⁰ Wrede an Chr. Bernh., 28. 5. 1666: »Inmittelst gehen des von Rosenbach seine Affairen gar schlecht und hat man ihme die Audience glatt abgeschlagen« (MLA. 534, 1 V).

⁵¹ Befehle Chr. Bernhards v. 4. u. 11. 6. 1666: Ebd. – Die Bemühungen des Brüsseler Agenten Rentorp, die restlichen Subsidien nach Münster weiterzuleiten, hatten nur beschränkten Erfolg. Er berichtete am 28. 5., daß die Mißverständnisse mit England wegen des Klever Friedens nicht der Hauptgrund für die Zurückhaltung der Wechsel in Antwerpen seien, und daß sich Temple nach wie vor um die Auszahlung bemühe: »Der von Tempel insistiert bei Mylord Arlington, auf daß Ew. Hochf. Gn. in allem ein Vergnügen geschehen mögte.« Der Vicechamberlain machte die größten Anstrengungen, die ausgegebenen Wechsel wieder in seine Hand zu bekommen, wobei ihn Temple bezeichnenderweise nicht unterstützte und dadurch in Verdacht geriet (Rentorp an Chr. Bernh., 3. 6. 1666: »Herr Temple ist bei diesem allbereit suspekt«). Trotz seiner Bemühungen konnte Rentorp, der 4 % von der Gesamtsumme erhalten sollte, die beiden an das Bankhaus Duve in Antwerpen angewiesenen Wechsel über

Damit sanken alle Hoffnungen, den Krieg mit englischer Unterstützung neu zu beleben, endgültig ins Grab. Schweren Herzens beschloß daher der Bischof, sich mit dem Friedensvertrag abzufinden. Besonderes Kopfzerbrechen bereitete ihm die erzwungene Entlassung des Heeres. Einer freien Verfügung stand der Wunsch der Franzosen im Wege, die Truppen nicht in spanische Hände geraten zu lassen⁵². Christoph Bernhard wäre gegen eine kräftige Unterstützung in der Borkeloer Frage durch Colbert-Croissi wahrscheinlich auch bereit gewesen, den Franzosen seine Regimenter zu übergeben. Die Unterstützung des französischen Gesandten blieb jedoch ebenso wie die Aufnahme seines Bündnisangebotes in Paris weit hinter den Erwartungen zurück. Da angesichts der Unmöglichkeit, den Krieg fortzuführen, an einer französischen Hilfe nichts lag, bestand auch kein Grund, auf die Wünsche Ludwigs XIV. besondere Rücksichten zu nehmen. Zweifellos schickte der Bischof unmittelbar nach dem Friedensschluß Haugwitz mit dem Angebot eines Kavalleriekorps nur deshalb an den französischen Hof, um von den gleichzeitigen Verhandlungen Bernhard v. Wydenbrücks mit dem spanischen Statthalter in Brüssel zur Vorbereitung der Übergabe der münsterischen Truppen in dessen Dienste abzulenken⁵³. Auf diesem Wege ließen sich die englischen Gemüter ein wenig beruhigen und seine eigenen schmerzlichen Empfindungen über das Auseinandergehen so wohlgeübter Truppen, mit denen der »Religion und dem Reich so nützlich hätte können gedienet werden«, lindern⁵⁴. Für ihn stand außer Frage, daß Spanien der katholischen Kirche treuere Dienste leistete als Frankreich, das ihm während des Krieges gegen die kalvinistischen Holländer in den Rücken gefallen war. Die Übergabe gelang zwar nicht ganz reibungslos⁵⁵, aber doch zu beiderseitiger Zufriedenheit. Besonders der

50 000 Rtl. und 40 000 Gulden nicht locker machen. Auch Wrede und P. Sherwood vermochten nach ihrer Rückkehr aus London in der Sache nichts auszurichten (Chr. Bernh. an Rentorp, 5. 7. 1666: MLA. 534, 1 V). – Eine Gesamtabrechnung Rentorps und des Bankiers Duve (GA. II C I Nr. 16 a, 17 u. 18) weist engl. Subsidien in Höhe von insgesamt 920 000 Gulden aus. Die erste Zahlung von 120 000 Gulden ging am 1. 8. 1665 nach Köln ab, die letzte von 59 494 Gulden am 1. 2. 1666. Allerdings sind darin nicht die sehr umfangreichen Zinn- und Materiallieferungen enthalten, die das engl. Konto verbessern, ohne daß die Subsidien damit in voller Höhe entrichtet waren. Vgl. Brinkmann S. 690 ff.: »It must be admitted that England herself contributed a good deal to the breaking down of her ally« (Ebd. S. 692). Röhrig S. 259.

⁵² Vgl. Der Kinderen I S. 391 mit dem Zitat eines Ausspruchs Ludwigs XIV.: »Je veux favoriser sous main l'évêque pour avoir ses troupes.« – Wilh. Egon v. Fürstenberg an Chr. Bernh., St. Germain 3. 5. 1666: MLA. 534, 1 V.

⁵³ Vgl. Tücking S. 147; Wiens S. 140 f. – Castel-Rodrigo und Wydenbrück musterten gemeinsam die auf spanischem Boden stehenden Truppenteile (Rentorp an Chr. Bernh., Brüssel 3. 6. 1666: MLA. 534, 1 V). Einige Regimenter machten einen leidlichen Eindruck, der allgemeine Zustand war jedoch niederschmetternd. Die Offiziere beklagten sich über den eiligen Friedensschluß, weil sie nicht »gern mit leerem Beutel davongehen« wollten. Die Verwirrung in den Regimentern war so groß, daß sich kein genauer Überblick gewinnen ließ (Wydenbrück an Chr. Bernh., Brüssel 9. 5. 1666: MLA. 543 I). Auch Haugwitz begab sich nach seiner Rückkehr aus Frankreich nach Brüssel (Chr. Bernh. an Rentorp, 18. 6. 1666: MLA. 534, 1 V). Nach der Angabe des Bischofs umfaßte sein Heer nach dem Friedensschluß noch 11 000 Mann zu Fuß und 8000 zu Pferde.

⁵⁴ Chr. Bernh. an Wilh. v. Fürstenberg, 14. 5. 1666: MLA. 473, 49.

⁵⁵ Castel-Rodrigo zeigte sich nicht nur hochofret über die willkommene Verstärkung seiner Truppen, sondern bat durch Haugwitz um weitere Regimenter, die Christoph Bernhard zu seiner »Erleichterung zuzuschicken gemeint« war (Chr. Bernh. an Wydenbrück, 15. 5. 1666: MLA. 468, 202). Leider verminderten sich die Mannschaftszahlen. Obrist Herbet berichtete, daß unter den Leuten des Grafen v. Esperen

Bischof zeigte sich erleichtert, nachdem er sich seiner »ansehnlicher Armada mit guter Manier losgemacht und den größeren Teil dahin, wenn auch nicht ohne Kosten, disponiert, daß derselbe spanische Dienste angenommen«⁵⁶.

eine Rebellion ausbrach. Das Regiment d'Ossery löste sich völlig auf und fand sich erst später teilweise wieder zusammen (Chr. Bernh. an General v. Pleuren, 10. 6. 1666: MLA. 534, 1 V). Die Regimenter des Frhr. v. Schermberg und Saint-Antoine verloren einen großen Teil ihres Bestandes. Herbet allein konnte sein Regiment beieinander halten (Herbet an Chr. Bernh., 17. 5. 1666: MLA. 534, 1 V). Die Regimenter lagen im Geldrücken und waren den Werbungen der Franzosen und Holländer ausgesetzt. Es mußte auf schnelle Rettung Bedacht genommen werden. Kurbrandenburg gestattete den Durchzug (Chr. Bernh. an Wydenbrück, 21. 5. 1666: MLA. 468, 202). Unter Vermeidung der französ. Posten am Niederrhein, die den Durchzug verhindern sollten, gelang der Rheinübergang bei Xanten (desgl., 30. 5. 1666: Ebd.). Erfreut begrüßte Haugwitz die Truppen des Rheingrafen und Obrist Posts in Venlo (Haugwitz an Chr. Bernh., 1. 6. 1666: MLA. 534, 1 V). Castel-Rodrigo zahlte anstandslos den angekommenen Truppen ein Werbegeld von 6 Rtl. für jeden Fußknecht und 20 Rtl. für jeden Reiter (Haugwitz an Chr. Bernh., Scharpenhovel, 2. 6. 1666: Ebd.). Posts Regiment als zuletzt angekommenes erhielt vorerst nichts, da die Übernahmebedingungen nicht geklärt waren. Dadurch entstand Neid unter den Regimentern. Das Regiment des Rheingrafen wurde nach Löwen verlegt. Von Johann Ludwig Wild- und Rheingraf liegt ein Bericht v. 7. 6. 1666 (ebd.) über seinen Marsch vor: Beim Übergang über den Rhein entliefen ihm 80 Mann zu den Franzosen in Wesel. Seine Offiziere, die sie zurückforderten, wurden so grob behandelt, daß sie fluchtartig die Festung verlassen mußten. Die Soldaten befürchteten eine Einschiffung nach Portugal und wurden darin durch die Bauern, die ihnen Geschichten von gefährlichen Seefahrten erzählten, bestärkt und zum Weglaufen aufgefordert. Unter ihnen verbreitete sich die Ansicht, der Bischof habe sie »Kopf vor Kopf verkauft, vor jedweden Offizierer als Soldaten zu Fuß um 10 Rtl. und ein Reiter und Offizierer vor jeden 25 Rtl.«. Der Rheingraf fürchtete, kein Mann werde ihm treu bleiben. Obrist Berensens Kompanie befand sich im Aufruhr. Der Obrist war vermutlich erschlagen worden. Auch Obristwachtmeister Mellingers Kompanie meuterte. – In der Antwort v. 11. 7. 1666 ging der Bischof auf die peinlichen Fragen des Rheingrafen wegen des Verkaufs mit keinem Wort ein, so daß offensichtlich dieser in der von den Soldaten beklagten Form vor sich gegangen ist. Im Schreiben v. 10. 6. 1666 an Haugwitz bemerkt Chr. Bernh. zu dieser Frage: Wenn unter den Soldaten »der Ruf entsteht, als wenn sie von uns verkauft«, so solle ihnen geantwortet werden, daß er sofort nach ihrer Rückkehr in das Stift das empfangene Geld an Spanien zurückzahlen werde, und daß »es in effectu nur einiger Völker Verlehnung ist und gemeinet werden kann« (MLA. 534, 1 V). Eine gewisse Fürsorge für die verkauften Truppen ließ er sich trotzdem angelegen sein. Als die Spanier die Dragoner zum Fußdienst zwingen wollten, gab er Anweisung, sie lieber zu entlassen, damit »diese gute Leute« nicht verloren gehen (Ebd.). – Auf Bitten des Grafen Starhemberg überließ der Bischof schließlich auch das Fußregiment des Generalwachtmeisters Gorgas den Spaniern (Goes an Chr. Bernh., 23. 5. 1666, und Antwort darauf v. 4. 6. 1666: Ebd.). – Die Unruhe unter den Soldaten rührte hauptsächlich von der Forderung der Spanier her, einen neuen Eid auf den span. König abzulegen. Sie verbanden damit die Furcht, in überseeische Gebiete gebracht zu werden. In Wirklichkeit war daran nicht gedacht. Castel-Rodrigo brauchte die Regimenter zur Verteidigung der Niederlande. Eine Belassung in münsterischem Eid hätte Schwierigkeiten erzeugt, da die Holländer kaum mit der Unterbringung bischöflicher Truppen in span. Festungen einverstanden gewesen wären (Haugwitz an Chr. Bernh., Brüssel 5. 6. 1666: MLA. 534, 1 V). An einer Verschlechterung des span-holländ. Verhältnisses hatte Castel-Rodrigo angesichts der französ. Bedrohung kein Interesse. – Nach Übergabe der Truppen entstand eine Verstimmung. Der Statthalter hatte wohl freigebig die Werbegelder gezahlt, um die Truppen bei Laune zu halten, aber die spanischen Kassen reichten nicht zur Bezahlung des »Kaufpreises« an den Bischof aus. Christoph Bernhard rief deshalb die 7 Kompanien unter Meinerzhagen, die am Rhein auf französ. Widerstand stießen, mit dem Hinweis auf Nichteinhaltung des Vertrages durch die Spanier

Eine schwere Stunde stand dem Bischof noch auf dem Anfang Juni beginnenden Landtag bevor. Wie zu erwarten, nahmen die Landstände die Gelegenheit wahr, über die selbstherrliche Regierungsweise ihres Landesherrn Beschwerde zu führen. Für die Zukunft mußte verhindert werden, daß abermals ein Krieg ohne ihre Benachrichtigung und Einverständnis begonnen wurde. Da Christoph Bernhard erhebliche Geldmittel benötigte, ließ sich die Auseinandersetzung durch eine Verschiebung des Landtags nicht vermeiden. So ging er von vornherein selbst auf die Beschwerdepunkte ein und eröffnete den Landtag mit der Erklärung, die Niederlande hätten ihren alten Plan, das Stift Münster zu überfallen, nach Ausbruch des englischen Krieges nur zurückgestellt, aber nicht aufgegeben und ihn damit also gezwungen, die Gelegenheit wahrzunehmen und diesem Unheil zuvorzukommen. Seinen Wunsch, mit den Landständen über diese Frage zu sprechen, habe er aus Geheimhaltungsgründen aufgeben müssen. Um so dankbarer sei er, daß die Stände trotzdem die Mittel zur Durchführung des Krieges »hergeben lassen«⁵⁷. Mit dieser geschickten Eröffnung gestand er einerseits den Landständen das Recht zur Mitsprache zu und machte sie durch seinen Dank für ihre »Hilfe« gleichsam zu Mitverantwortlichen am Kriege, ja er behielt sich trotzdem das Recht des Fürsten vor, auch in Zukunft aus Gründen der Geheimhaltung bestimmte Pläne oder ständische Zustimmung in Angriff zu nehmen. Als die Landstände den Schachzug erkannten und auf die Steuererhebung ohne ihre Einwilligung und gegen den Protest des Domkapitels hinwiesen, zog sich der Bischof auf den Standpunkt zurück, der Krieg sei nun einmal eine »geschehene Sache« und durch den Klever Frieden in dauerhafter Form beendet. Eine Wiederholung dieses Falles verhinderten allein schon die Garantien der großen Mächte⁵⁸.

Aber auch hiermit wollten sich die Stände nicht zufriedengeben. Sie stellten die Bedeutung der Verschwiegenheit in Kriegssachen nicht in Abrede, schlugen jedoch vor, wenigstens einen zahlenmäßig begrenzten Ausschuß zur Beratung zuzulassen, um die Meinung erfahrener Leute verwerten zu können. Unverständlich blieb ihnen, weshalb sie nicht zu den öffentlichen Friedensverhandlungen in Kleve gehört worden waren, da doch hierfür keine Geheimhaltung erforderlich war. Aber nicht einmal die Bedingungen des Vertrages kamen zu ihrer Kenntnis. Von der Garantie versprachen sich die Ständevertreter nur beschränkte Sicherheit gegen einen neuen Krieg. Sie wirkte zwar in bezug auf eine Verwicklung mit den Generalstaaten, aber nicht im Falle von Zwistigkeiten

ins Stift zurück. Er drohte sogar, auch die übrigen Truppen gegen Rückgabe der empfangenen Gelder den Spaniern wieder abzufordern (Chr. Bernh. an Haugwitz, 29. 6. 1666: Ebd.). – Die Anforderung einiger Regimenter durch Pfalzgraf Philipp Wilhelm (durch Obristleutnant Gottfr. v. Steinen. Kredential v. 15. 5. 1666, MLA. 539 VII) wurde zurückgezogen (Philipp Wilh. an Chr. Bernh., 26. 5. 1666: Ebd.). – Im ganzen verlief die Übergabe an die Spanier so reibungslos, daß der Papst darüber erstaunte, nachdem er befürchtet hatte, daß »der mehrere Teil dem Gegenteil oder sonsten anderer suspekten Partei zugehen würde« (Wilh. v. Fürstenberg an Chr. Bernh., Rom 26. 6. 1666: MLA. 534, 1 V). – Temple äußerte sich befriedigt, daß die münst. Truppen nicht der Stärkung Frankreichs dienten. Temple an Chr. Bernh., Brüssel 28. 4. 1666: MLA. 543 I. – Über die ungeschickte Menschenbehandlung der Spanier konnte sich der Bischof nicht genug verwundern. Er sah sie als Hauptgrund für den Verlust ganzer Provinzen und die Wehrlosigkeit der Spanier an.

⁵⁶ Chr. Bernh. an Wilh. v. Fürstenberg, 12. 7. 1666: MLA. 534, 1 V.

⁵⁷ Landtagsproposition v. 4. 6. 1666: MLA. 490, 144.

⁵⁸ Chr. Bernh. an Goswin Droste u. W. Zurmühlen, Sassenberg 9. 6. 1666: MLA. 490, 145.

mit anderen Fürsten oder Staaten. Sie bestanden deshalb auf ihrer Forderung nach einem bischöflichen Revers, nicht abermals ihre Rechte mißsachten zu wollen⁵⁹. Eine weitere Behandlung der Gegenstände des Landtags lehnten sie bis dahin ab.

Angeichts des entschlossenen Auftretens der Stände versuchte der Bischof, sich zwar noch damit zu entschuldigen, daß die vermittelnden Mächte in Kleve nicht auf die Mitwirkung der münsterischen Landstände hätten warten wollen und daß die Garantie, da er mit keinem anderen Staat als den Vereinigten Niederlanden in Feindschaft lebe, vollauf genüge, fand sich aber auch zur Aufnahme einer Klausel in den Landtagsrezeß bereit, daß er in Zukunft »der Ständ Privilegia diesfalls zu kränken nicht gemeint« sei⁶⁰. Wie schwer ihm die geforderte Versicherung auf der Seele drückte, zeigt sein achttägiges Zögern, obgleich er damit den Fortgang des Landtages aufhielt⁶¹.

Die Umwelt fand sich schnell mit dem Frieden ab. Die Genugtuung über das Ende eines gefährlichen Krieges überwog in den meisten Fällen andere Gefühle. Franz Egon v. Fürstenberg schämte sich nicht, nachdem er anfangs selbst zum Kriege geraten hatte, Christoph Bernhard als Opfer einer Verführung zu bezeichnen⁶². Offiziell äußerte sich der Kölner Hof nicht. Zurückhaltung schien dem Kurfürsten und seinen Beratern nach dem mißlungenen Anschlag auf die Stiftsfestungen mit Recht das zweckmäßigste Verfahren. Dafür ließ es sich Christoph Bernhard nicht nehmen, seinen Metropolitane auf mangelhafte Unterstützung während des Klever Friedestages tadelnd hinzuweisen⁶³.

Am päpstlichen Hof bemühte sich Wilhelm v. Fürstenberg um eine Rechtfertigung des Krieges und seiner Folgen, indem er besonders den geringen Schaden, den das Stift erlitten hätte, rühmend hervorhob⁶⁴. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte es der Bischof nicht für nötig gehalten, dem Papst überhaupt eine Mitteilung über den Krieg zukommen zu lassen. Wahrscheinlich aus Schuldgefühl erstattete er auch jetzt keinen unmittelbaren Bericht, sondern ließ seine Gründe durch Fürstenberg vortragen, was leider »einige widrige Impressiones« an der Kurie hervorrief⁶⁵ und ihm als Mißachtung des Papstes ausgelegt wurde.

Die geringste Anteilnahme bewies der Kaiserhof. Ein unmittelbarer Schaden für das Reich entstand nicht. Die Gefahr der Übergabe münsterischer Truppen an Frankreich war abgewendet, das spanische Heer zur Verteidigung der südlichen Niederlande sogar verstärkt. »Man lasset es beruhen«, war alles, was der münsterische Agent aus Wien zu berichten wußte⁶⁶. Vergeblich wartete der Bischof auf eine Anerkennung seiner Anstrengungen um Rückgewinnung verlorenen Reichsgebietes oder um Ausbreitung des katholischen Glaubens.

⁵⁹ Protokoll v. 10. 6. 1666: Ebd. — ⁶⁰ Desgl. v. 11. 6. 1666: Ebd.

⁶¹ Am 19. Juni entschloß sich der Bischof zur Ausstellung, ließ aber in dem Revers jede Entschuldigung wegen seines bisherigen Verhaltens fort. Protokoll v. 19. 6. 1666: Ebd. — Nachdem die Landstände die Erklärung in Händen hatten, nahm der Landtag am 23. 6. seinen Fortgang.

⁶² Franz Egon an Pfalzgraf Philipp Wilhelm und Kanzler Buschmann, 18. 4. 1666: MLA. 542 a.

⁶³ Chr. Bernh. an Kurköln (nach 23. 4. 1666): MLA. 473, 49.

⁶⁴ Chr. Bernh. an Wilh. v. Fürstenberg, 14. 5. 1666: Ebd.

⁶⁵ Wilh. v. Fürstenberg an Chr. Bernh., Rom 12. 6. 1666 (MLA. 534, 1 V). Der Bischof entschuldigte sein Verfahren mit der Annahme, daß der Vortrag durch einen vornehmen päpstlichen Minister wie Fürstenberg dem apostolischen Stuhl zu »mehrerm Respekt und Veneration gereichig« sei, als wenn er selbst schriebe, versprach aber einen unmittelbaren Bericht nachzuholen. Chr. Bernh. an Wilh. v. Fürstenberg, 2. 7. 1666: Ebd.

⁶⁶ Mayr an Chr. Bernh., Wien 16. 6. 1666: MLA. 534, 5 I.

27. KAPITEL

NEUAUSRICHTUNG DER MÜNSTERSCHEN POLITIK
BIS ZUM VERTRAG VON SAINT GERMAIN (5. MAI 1667)

Dem Friedensschluß von Kleve fehlte die Klarheit, die das Verhältnis Christoph Bernhards zu den Generalstaaten auf eine dauerhafte Grundlage hätte stellen können. Viele Bestimmungen erwiesen sich als zu dehnbar. Dem Bischof die Entwaffnung aufzuzwingen, in der er eine Entehrung sah, verriet wenig politische Klugheit. Die Beschränkung nährte seine Rachegefühle ohne zwingenden Grund, da doch die Garantie der Großmächte einem neuen münsterischen Angriff bereits einen sicheren Riegel vorschob. Die Forderung war um so törichter, als sie die Erlaubnis zu neuen Werbungen einräumte, falls die Sicherheit des Reiches und eigene Bündnisverpflichtungen sie erforderten. Es gehörte ein großes Maß politischer Naivität dazu, nicht vorauszusehen, daß dem Bischof hiermit ein Deckmantel für unbeschränkte Werbungen gereicht wurde. Aber auch die schärfer gefaßte Klausel über den Verzicht auf Borkelo barg Gefahren. Aus dem Vorbehalt der Rechte des Reiches ließ sich leicht die moralische Verpflichtung des Bischofs von Münster als Reichsfürst ableiten, diesem Rechte zum Siege zu verhelfen. Die mehrfachen Erklärungen Christoph Bernhards, der Verzicht sei ihm mit Waffengewalt abgenötigt und verstoße gegen seine landesherrlichen Pflichten, verhießen für die Zukunft nichts Gutes. Erbitterung und grenzenloser Haß gegen seine Überwinder – die Holländer und ihren protestantischen Anhang im Reich – bildeten den Nährboden seiner neuen politischen Pläne, die kurz gesagt auf Beseitigung der auferlegten Verzichte und Beschränkungen zielten.

Die Durchführung des Friedensvertrages brachte allein schon Schwierigkeiten mit sich, die wenig echten Verständigungswillen verrieten. Die besetzten niederländischen Plätze wurden nur zögernd geräumt, freilich meist infolge von Eigenmächtigkeiten der Offiziere, die nach dem plötzlichen Friedensschluß ohne Entlohnung nach Hause gehen zu müssen fürchteten und deshalb auf eigene Faust die leeren Beutel füllten¹. Noch langsamer vollzog sich der Austausch der Gefangenen, immer wieder durch kleinliche Geldforderungen erschwert².

Zur Klärung der streitigen Punkte trat am 22. Juli in Nordhorn in der Grafschaft Bentheim eine Konferenz zusammen³. Anstatt die Gefangenensfrage einer Lösung näherzubringen, erhoben die Münsteraner die neue Forderung einer Kostenvergütung auch für die in der Gefangenschaft verstorbenen Soldaten und

¹ So weigerte sich Gorgas, die Festung Borkelo zu räumen, bevor die Holländer Werth verließen. Der Obrist v. Lützwow hielt Ootmarsum trotz entgegenstehendem Befehl des Bischofs besetzt. Der Kinderen I S. 412 f.

² Vgl. im einzelnen Der Kinderen I S. 413 ff.

³ Der Bischof entsandte Johann Beveren v. Twickel, Karl Othmar v. Grothaus, Droste zu Rheine bzw. Cloppenburg, Bernh. v. Wydenbrück und Jobst Herm. Rave; die Holländer Johann de Witt, Paland und Roloff v. Paffenrode.

veranlaßten die Holländer damit zu demselben Anspruch. Ebenso wenig konnte über unrechtmäßig erhobene Kontributionen und andere Verstöße gegen den Friedensvertrag Übereinkunft erzielt werden. Als die Holländer schließlich ankündigten, Ostfriesland gemäß Artikel 10 des Vertrages in das Friedenswerk aufzunehmen, vertiefte sich der Gegensatz zwischen den Parteien so sehr, daß die Konferenz ohne Abschluß am 30. Juli auseinanderging⁴.

Unbestreitbar trägt Christoph Bernhard die Hauptschuld an der erneuten Verschlechterung des münsterisch-niederländischen Verhältnisses und an der Versteifung des Gegensatzes über den Klever Frieden hinaus. Er hatte als erster den Gedanken gefaßt, den kalvinistischen Nachbarn niederzuwerfen und dieses Ziel mit Bestimmtheit, wenn auch geringem Geschick verfolgt. Die Schuld der Generalstaaten liegt anderseits darin, den Bischof nicht durch eine klare Politik zur Aufgabe seines Planes gezwungen zu haben. Ein kluges Bündnissystem hätte den kleinen Nachbarn, der so unerwartet viel Kraft entwickelte, in Schach gehalten. Unnötige Einmischungen in die inneren Angelegenheiten des Stiftes lieferten ihm nur Anlaß zu ständigen Klagen, während die Anteilnahme der Holländer, besonders an dem Schicksal der Stadt Münster, stets die letzte Konsequenz vermissen ließ. Das zweideutige Verhalten der Generalstaaten stärkte den Bischof in der Überzeugung, daß der niederländische Staat nicht die ihm gemeinhin zugesprochene Stärke besitze. Die niederländische Regierung konnte sich daher von dem Vorwurf nicht freisprechen, die Angriffslust des zur Gewalt neigenden Nachbarn durch schwächliche Unbestimmtheit herausgefordert zu haben.

Auch die militärische Niederlage von 1665/66 vermochte Christoph Bernhard nicht von der Überzeugung abzubringen, die Republik verfüge nur über geringe Widerstandskraft. Ständig wiederholte er die Ansicht, daß das Kriegsglück ihm hold gewesen sei und auch geblieben wäre, wenn nicht fremde Mächte – Frankreich, Brandenburg und Braunschweig-Lüneburg – die Partei des Gegners ergriffen und anderseits Kaiser, Reich und Rheinbund ihm die schuldige Hilfe geleistet hätten. Über der Suche nach den Gründen des Mißerfolgs vergaß er die Tatsache der Niederlage. So entsprang aus seinen Überlegungen nicht Einsicht in eigene Fehler, sondern der Drang, unter vermutlich besseren Bedingungen den diesmal fehlgeschlagenen Versuch zu wiederholen. Unter diesem Gesichtspunkt bedeutet der Klever Friede keinen Einschnitt in der Politik des Fürstbischofs. Die einzige Folge ist in der weiteren Verstärkung außenpolitischer Tätigkeit auf Grund der nicht ganz abwegigen Einsicht, auf diesem Gebiet die schwerwiegendsten Fehler begangen zu haben, zu erblicken.

Daneben zwangen auch äußere Gründe zu starker Anteilnahme am Geschehen. Der Streit zwischen dem König von Schweden und der Stadt Bremen nahm ernste Formen an. Der Bischof scheint, wenn auch die Rechtslage in diesem Falle anders lag als in seinem eigenen Streite mit der Stadt Münster, doch bei diesem Konflikt lebhaft an die Nöte vergangener Jahre erinnert worden zu sein. Er schenkte seine Anteilnahme deshalb durchaus nicht der deutschen Stadt, sondern wies seinen Gesandten in Regensburg an, den Fall mit den Schweden zu besprechen und gute Freundschaft mit ihnen zu pflegen⁵. Vielleicht gedachte

⁴ Die Einzelheiten der Verhandlungen bei Der Kinderen I S. 415 ff. Der bei Dumont VI 3 S. 114 gedruckte Ausführungsvertrag vom 28. 7. 1666 ist nicht in Kraft getreten.

⁵ Chr. Bernh. an Basserode (nach 22. 4. 1666): MLA. 473, 49. – Vgl. im allgemeinen: A. Köcher, Bremens Kampf mit Schweden um seine Reichsfreiheit (Hansische Geschichtsbl. 1882).

der Bischof die schon vor dem Klever Frieden angebahnten Beziehungen zur nordischen Krone zum Nachteil der Holländer zu verstärken⁶. Nachdem jedoch die Schweden Tausende von Nationaltruppen nach Deutschland übersetzten, kamen ihm Bedenken. Seine alte Furcht vor einem neuen Anschlag der protestantischen Großmacht gegen die geistlichen Stifter belebte sich⁷. Eilig zog er den in Vergessenheit und Nichtachtung begrabenen Rheinbund aus der Lade und plante, ihm durch Klauseln über unverzügliche und bedingungslose Hilfe für einen im eigenen Land angegriffenen Verbündeten kräftigeren Odem einzuhauchen⁸. Der erneut herangerückte Zeitpunkt, das Bündnis verlängern zu müssen, ängstigte ihn nicht mehr⁹.

Der Versuch, den Rheinbund zu aktivieren, erfuhr von Basserode, dem bischöflichen Gesandten in Regensburg, eine ungünstige Beurteilung. Er widerriet die Verlängerung und erachtete eine Verstärkung der Bundeshilfe als überflüssig. Ihre Gewährung verankerte der Rezeß bereits in hinreichender Form. Die Praxis der Hilfeleistung hing dagegen wie immer vom guten Willen der Bundesgenossen ab. Wenn nicht der münsterisch-holländische Krieg, so bewies der Streit zwischen den lüneburgischen Brüdern, daß die Verbündeten stets dem Manne ihrer Zuneigung beisprangen und praktisch damit den Zerfall des Bündnisses herbeiführten¹⁰. Der Verlauf der Bundesratssitzung gab Basserode recht. Zwar nahm Gravel hochofren von dem münsterischen Entschluß auf Verbleiben im Bunde Kenntnis, den er wohl kaum so leichten Kaufs zu erhalten geglaubt hatte, auch waren die Verbündeten einig, daß die von Basserode beantragte prompte Bundeshilfe gewährleistet sein müsse, sobald aber die Sprache auf einen bestimmten Fall kam, lenkten sich »die Meinungen allemal dahin, wo das Interesse cujuslibet praeponderiert«. Kein Zweifel, daß es so auch in Zukunft sein würde!¹¹

Der Bischof sah ein, daß der Rheinbund die unbedingte, heiß ersehnte Sicherheit nicht garantierte. Die Klugheit riet, den bedrohlichen schwedischen Rüstungen deshalb vorerst ruhig zuzusehen, um dem König keinen Anlaß zum Stirnrutzen zu geben. Der Bischof glaubte sich um so mehr zum Stillhalten veranlaßt, als die nächstbetroffenen protestantischen Fürsten des Niedersächsischen Kreises ebenfalls untätig blieben¹². Die Gelegenheit, ein neues Heer auf die Beine zu stellen, ließ Christoph Bernhard jedoch – wer hätte es anders erwartet? – nicht vorübergehen. Schon im Juni klagten die Generalstaaten über im Widerspruch zum Friedensvertrag stehende Werbungen¹³. Der Bischof rechtfertigte sich mit der Gefahr, in der das Reich schwebte. Eigentliche Werbungen betrieb er auch nicht, sondern gestaltete das Landesaufgebot durch genaue Reglementierung zum Kern eines Nationalheeres um. Die im Grunde für jeden Untertanen bestehende, aber niemals in Anspruch genommene Dienstpflicht in Zeiten der Gefahr beschränkte er auf den 5. Mann, den die vier zu Haus

⁶ Vgl. Mayr an Chr. Bernh., 29. 4. 1666: Ebd.

⁷ Chr. Bernh. an Mayr, 2. 7. 1666: MLA. 534, 5 Bd. 1.

⁸ Chr. Bernh. an Basserode, 16. 7. 1666: MLA. 473, 50.

⁹ Basserode erhielt Auftrag, der Verlängerung zuzustimmen, wenn sie von Frankreich und Mainz beantragt würde. Chr. Bernh. an Basserode, 23. 7. 1666: MLA. 473, 50.

¹⁰ Basserode an Chr. Bernh., 29. 7. 1666: Ebd. – ¹¹ Desgl., 19. 8. 1666: MLA. 473, 51.

¹² Chr. Bernh. an Basserode, 20. 8. 1666: Ebd. Der Bischof vermutete sogar, daß die Braunschweiger ihn die Kastanien aus dem Feuer holen lassen wollten, wozu er nach der im Kriege bewiesenen Feindseligkeit wenig Lust bezeugte. Chr. Bernh. an Basserode, 10. 9. 1666: Ebd.

¹³ Kurf. Max. Heinrich an Chr. Bernh., 27. 6. 1666: MLA. 542 a.

bleibenden unterhalten mußten. Die Beschränkung auf das tatsächlich Erreichbare bedeutete in Wahrheit eine erhebliche Verschärfung der bisherigen Aufgebotsübung. Die nunmehr gesetzlich verankerte Möglichkeit konnte vom Landesherrn in voller Höhe und ohne Unterbrechung in Anspruch genommen werden. Damit begründet die Verordnung vom 5. Oktober 1666 den Beginn eines stehenden Heeres im Fürstbistum¹⁴.

Die Verschärfung der Lage vor Bremen im September schien die getroffenen Vorsichtsmaßregeln zu rechtfertigen. Mit der Erklärung des Hauses Braunschweig, nicht dulden zu wollen, daß die Stadt Bremen in schwedische Hand falle, rückte ein größerer Krieg in greifbare Nähe. Als sich der Bischof um Rat an Franz Egon von Fürstenberg wandte, erfuhr er zu seiner Bestürzung, daß die Lüneburger den Kurfürsten von Köln in seiner Eigenschaft als Bischof von Hildesheim und Mitglied des Niedersächsischen Kreises bereits um Truppenhilfe ersucht hatten. Fürstenberg beteuerte, daß auch Kurköln »billig mit Schweden nit gern in die Waffen geraten« wollte, gab aber zu bedenken, daß die nordische Großmacht, sobald die Stadt Bremen unterworfen sei, unweigerlich im Bunde mit Kurpfalz gegen die geistlichen Stifter vorgehen und dann die Stadt Erfurt in ihre Macht bringen würde, so daß schließlich die »A catholici nolentes volentes sich ganz untergeben und an dieselbe henken müssen. Und weilen sie nun nit gern daran kommen, ausonderlich die Mächtigeste, so müssen wir Catholische sie nit stecken lassen oder zeigen, als wann wir leiden wollen, daß sie untereinander in die Haar geraten täten, oder wann sie in Not, ihnen nit assistieren können oder wollen«¹⁵.

Franz Egons Befürchtungen entsprachen nur allzusehr den eigenen Ängsten des Bischofs. Indem er ihnen beipflichtete, trat er schon halb in den bremischen Gefahrenkreis hinein¹⁶. Noch fürchtete er, durch offene Parteinahme die Schweden zu verstimmen, denn ihn als Nächstgesessenen bedrohte ihre Rache am ersten¹⁷. Mit großer Unruhe betrieb er heimlich seine Rüstung¹⁸, nur eingeeengt durch schwächliche Bewilligungen des Landtags, der wegen der Pest dem Landesherrn monatlich nur 8000 Rtl. für die Miliz zubilligte¹⁹. Auf die Dauer war die Neutralität jedoch nicht zu behaupten. Herzog Georg Wilhelm forderte bereits namens des Niedersächsischen Kreises die ausschreibenden Fürsten des westfälischen Nachbarkreises auf, sich zur Hilfe gegen Schweden bereit zu halten²⁰. Der Kaiser ernannte, nachdem er die schwedischen Ansprüche auf die Weserstadt entschieden zurückgewiesen hatte, am 14. Oktober mehrere »Protektoren«, zu denen auch der Bischof gehörte²¹. Mit Kurfürst Maximilian Heinrich und

¹⁴ Msc. II Nr. 82 S. 381. Soldzahlung und Unterhalt der Soldaten regelten Einzelbestimmungen. Die »Articul der Soldaten in causa defensionis de anno 1667« (ebd. S. 383) zeigen deutlich die Absicht, ein ständiges Heer zur Verfügung zu haben. Verspohl S. 66 widmet dieser für das münsterische Heerwesen entscheidenden Umgestaltung kaum Aufmerksamkeit.

¹⁵ Franz Egon an Chr. Bernh., 5. 10. 1666: MLA. 541, 1.

¹⁶ Chr. Bernh. an Mayr (nach 28. 10. 1666): MLA. 534, 5 Bd. 1.

¹⁷ Chr. Bernh. an Franz Egon, 17. 10. 1666: MLA. 541, 1.

¹⁸ In der Landtagsproposition von Sassenberg forderte er am 19. 10. 1666 sowohl hierfür als auch für die Rückstände an die Rheinbundkasse Geld, beides ein Ausdruck seines Sicherheitsbedürfnisses: MLA. 490, 146.

¹⁹ Landtagsabschied v. 20. 10. 1666: Ebd.

²⁰ Hzg. Georg Wilhelm an Chr. Bernh., 23./13. 10. 1666: MLA. 473, 52.

²¹ Die übrigen Protektoren waren Kurbrandenburg, Braunschweig-Lüneburg, Kurköln, Osnabrück, Hessen-Kassel und Sachsen-Lauenburg. Kaiserliches Protektorium, Wien 14. 10. 1666: MU. 4589.

seinem Minister Franz Egon besprach Christoph Bernhard auf einer geheimen Zusammenkunft in Corvey die ernste Lage²². Den Beteiligten trat die Abhängigkeit der deutschen Kleinstaaten von der unberechenbaren Politik der Großmächte erschreckend vor Augen. Mochte man die eigene Rüstung noch so sehr verstärken, ihre Möglichkeiten blieben begrenzt. Zwei Auswege, man mochte sich drehen und wenden, wie man wollte, boten sich allein als gangbar an: Verstärkung der Kreisverfassung oder Abschluß von Bündnissen. Den ersten Weg schien die Zeit zu begünstigen. Der Kaiser gab zu verstehen, daß die Schweden gegen Bremen kaum in dieser Weise aufzutreten gewagt hätten, wäre der Niedersächsische Kreis zu kraftvollerer Haltung befähigt gewesen²³, aber auch ohnehin kannte der Bischof die auf Kreiseinungen gerichteten Absichten des Reichsoberhauptes.

Schon seit Mai des Jahres ließ er deshalb durch Bernhard von Wydenbrück erneut einen Vergleich zwischen den streitenden Kreisständen Brandenburg und Pfalz-Neuburg anregen, diesmal mit verhältnismäßig günstigen Aussichten. Der Kurfürst wußte um die polnischen Pläne des Pfalzgrafen und hätte nicht ungern aus seinem bisherigen Nebenbuhler im Westen durch Entgegenkommen in der Kreisfrage seinen befreundeten Lehnsherrn im Osten gemacht, aber auch der Pfalzgraf hoffte durch Nachgeben im jülich-klevischen Streit brandenburgische Unterstützung zur Erringung der polnischen Krone zu gewinnen. Ja, beide Herren drängten so eifrig zum Vergleich, daß der Bischof die Hand nach der Bremse ausstrecken, anstatt den Wagen anschieben mußte. Wydenbrück sollte den Religionsvergleich nur beobachten, um eine Schädigung der katholischen Kirche zu verhüten, aktiv aber nur in die Verhandlungen über das Kreisdirektorium eingreifen²⁴. Der Gesandte selbst gab einem festen Vergleich, selbst bei einigen Nachteilen für die katholische Kirche, entschieden den Vorzug vor dem bisherigen unsicheren Zustand²⁵. Er suchte Schwerin in Utrecht auf und beredete ihn, einige zähl verteidigte Streitpunkte von der Tagesordnung abzusetzen²⁶. Trotzdem dauerte es noch drei Monate, bis der Vergleich zustande kam²⁷.

Rechte Freude über die vollzogene Einigung empfand der Bischof nicht, zumal die schwedische Gefahr im Herbst nachließ. Die Verständigung ging unbestreitbar zum Teil auf seine Kosten. Brandenburg trat in das Kreisdirektorium ein. Von nun an mußte er mit zwei Kondirektoren, noch dazu mit einem Protestanten unter ihnen, rechnen. Die konfessionelle Einheit des Direktoriums ging verloren. Christoph Bernhard empfand den Unterschied zwischen dem Dorstener Vergleich von 1665 und dem Klever vom Jahre darauf sehr deutlich: »Es hat aber damalen ein ander und zwarn . . . vornehmlich mit das Absehen auf eine Allianz gehabt«²⁸. Diesen Plan hatte der Kurfürst von Bran-

²² Franz Egon teilte Christoph Bernhard am 19. 10. 1666 mit, daß Kurf. Max. Heinrich auf der Reise nach Hildesheim insgeheim mit ihm in Höxter oder Corvey zusammentreffen wüßte. Der Bischof reiste darauf nach Höxter, wo er am 4. 11 die Nachricht empfing, der Kurfürst werde am folgenden Tag »in einem Fuder« verborgen nach Corvey kommen: MLA. 541 I.

²³ Mayr an Chr. Bernh., 4. 11. 1666: MLA. 534, 5 Bd. I.

²⁴ Instruktion für Wydenbrück (nach 9. 5. 1666): MLA. 468, 202.

²⁵ Wydenbrück an Chr. Bernh. (um 30. 5. 1666): Ebd.

²⁶ Chr. Bernh. an Wydenbrück, 4. 6. 1666: Ebd.

²⁷ Vergleich von Kleve, 9. 9. 1666. Wydenbrück war seit Anfang Juni wegen der gleichzeitigen Verhandlungen in Nordhorn nicht mehr in Kleve.

²⁸ Chr. Bernh. an Dombursar Droste und Wydenbrück, 30. 10. 1666: MLA. 468, 203.

denburg aber nicht angenommen und sogar durch ein Bündnis mit den HOLLÄNDERN in das Gegenteil verkehrt. Auf keinen Fall wollte sich der Bischof deshalb mit den alten Bestimmungen abfinden und verlangte für die Zulassung Brandenburgs zum Kreisdirektorium eine nicht gering bemessene Entschädigung: Die klevischen Rechte an Gemen und den Freien auf dem Brahm, das ganze Kirchspiel Brünen und Zulassung des Archidiakonatsgerichts in Altlünen. Die im November in Dorsten zusammengetretene Konferenz²⁹ war durch die Vielzahl der Punkte von vornherein überbeansprucht. Die Brandenburger sahen nicht ein, daß sie etwas so teuer bezahlen sollten, was sie schon zur Hälfte besaßen. Da Münster ein weit größeres Interesse am Funktionieren des Kreises besaß als das entlegene Brandenburg³⁰, gehörte kein besonderer Scharfsinn dazu, die frühere oder spätere Zustimmung des Bischofs zur Einberufung des Kreistages vor auszusehen. In diesem Augenblick würde Brandenburg, da die Protestanten im Kreis die Mehrheit ausmachten, die Zulassung zum Direktorium endgültig davontragen. Niemand wußte das besser als der Bischof. Er wies daher seine Gesandten an, einen Kreistag mit allen Kräften zu verhindern³¹.

Die scheinbar so guten Aussichten für das Erstarke der Kreisverfassung trogen also. Vergeblich versuchte Franz Egon von Fürstenberg, Kurfürst Friedrich Wilhelm den münsterischen Gedankengängen geneigter zu machen. Trotz allem Verständnis dafür, daß Münster sich »zu einem und anderen mit resolvieren können«, gab der Kurfürst doch zu verstehen, er hoffe, der Bischof werde sich deswegen den Erfordernissen des allgemeinen Wohls nicht entziehen³². Damit wies er gerade auf das von Christoph Bernhard befürchtete Moment hin, die Not könne schließlich zur Einberufung des Kreistages zwingen und damit Brandenburg den Zugang zum Direktorium öffnen.

²⁹ Neben dem Dombursar v. Droste und v. Wydenbrück wurde auch Dr. Balthasar Ham zu der am 16. 11. in Dorsten beginnenden Konferenz abgeordnet. Chr. Bernh. an Ham, 9. 11. 1666. Gesamtvollmacht v. 25. 10. 1666: MLA. 468, 203. – Briefwechsel der brandenburgischen Gesandten Blaspeil und Wüsthau mit dem Kurfürsten in DZA., Rep. 34 Nr. 244 m (17./7. 11. 1666): Die Münsteraner sagten unvermutet, »wann nicht vorgem. Stadt Bremen zum besten ein Kreistag ausgeschrieben werden sollte, hätten sie dazu diesmal keine Ordre, glaubeten auch, daß sich derselbe gegen künftigen Frühling besser als zu dieser winterlichen Zeit, und da fast alle Orte, wo derselbe pflegt gehalten zu werden, mit ansteckenden Krankheiten beschmitzet, schicken und darumb bis dahin auszustellen wäre.« Als die Brandenburger versetzten, daß man zu dieser Mitteilung keine Konferenz benötigt hätte, zog Wydenbrück Blaspeil zur Seite und erklärte ihm, daß es seinem Herrn um Beilegung aller münsterisch-brandenburgischen Streitigkeiten gehe, »und sie wegen Abgangs von Borkelo, dessen sie sich zur Erlangung des Friedens begeben müssen, einige Ergetzlichkeit haben möchten, als unter anderen mit der Herrschaft Gemen, mit dem Kirspel Brünen, mit dem Nordenspital nächst der Stadt Hamm gelegen und mit Altenlünen und dann, daß man sich deren im Münsterischen vorkommenden rechthängigen Privatsachen nicht alsbald, wie mit deme von Ledebur geschehen, und zwar mit so starken Vorschreiben annehmen . . . wollte«. Die münsterische Absicht, den Kurfürsten für den Verlust von Borkelo bezahlen zu lassen, fand bei den Brandenburgern erklärlicherweise wenig Anklang.

³⁰ Kurf. Friedr. Wilh. an Blaspeil und Wüsthau, Cölln a. d. Spree, 13. 11. 1666: DZA., Rep. 34 Nr. 244 m.

³¹ Bezeichnenderweise schrieb der Bischof an Hzg. Georg Wilh., der ihn am 23./13. 10. 1666 aufforderte, einen westfälischen Kreistag wegen Bremen einzuberufen, der Kreistag sei schon ausgeschrieben gewesen, aber wegen Abreise des Kurfürsten von Brandenburg nicht zustande gekommen. Chr. Bernh. an Georg Wilh., 9. 11. 1666: MLA. 473, 52.

³² Franz Egon an Chr. Bernh., 9. 11. 1666: MLA. 541 I.

Es überrascht deshalb nicht, wenn der Bischof auf Suche nach Sicherheit seine Augen wieder mehr auf den Abschluß von Bündnissen mit den »Potentiores« lenkte. Dem niederländischen Obristleutnant Willem Copes, seit September am bischöflichen Hofe mit Fragen der Durchführung des Klever Friedens beschäftigt, hielt er in Ahaus³³ eine Landkarte vor die Augen und fuhr mit dem Finger die lange gemeinsame Grenze vom Rhein bis zum Dollart hinauf. Mußte es den Generalstaten nicht von selbst einfallen, ihren östlichen Nachbarn durch mäßige Subsidien zum Freund zu machen und zu erhalten? Er, der Bischof, suche, nachdem der Streit vorbei sei, als ein persönlich wohlversehener Fürst ohne Erblande nichts als Ruhe und Wohlfahrt seiner Untertanen und gutes Vertrauen mit den Nachbarn. Gemeinsam könne der Handel befördert und jeder Angreifer zurückgewiesen werden, da Holland genug Geld, er selbst aber genug Menschen besitze, um in kurzer Zeit 10 000 Mann zu den Waffen zu rufen³⁴.

Das Bündnisangebot war ehrlich gemeint³⁵. Hier bot sich ein Ausweg aus der ewigen Geldknappheit, die die im Lande wütende Pest noch verschärft hatte. Die in Den Haag ihrer Vollendung zustrebende Quadrupelallianz zwischen Dänemark, Brandenburg, den Generalstaaten und Braunschweig-Lüneburg übte darüber hinaus als beachtenswerter Machtblock große Anziehungskraft, als rein protestantischer Bund aber auch eine beängstigende Wirkung auf den Bischof aus. Das Zustandekommen des Bündnisses aufzuhalten oder rückgängig zu machen war Frankreich nicht geglückt und konnte kleineren Staaten erst recht nicht gelingen. Selbst beizutreten, um der Allianz die antikatholische Spitze zu nehmen und sich ihres Schutzes teilhaftig zu machen, schien daher der beste Ausweg. Nach der Unterzeichnung des Vertrages durch die vier Mächte am 25. Oktober in Den Haag³⁶ wandte sich Christoph Bernhard sofort an den Kurfürsten von Köln, um auch diesen zum Beitritt zu bewegen³⁷.

Das Suchen des Bischofs nach einer Stütze blieb der Aufmerksamkeit des französischen Hofes nicht verborgen. Bereits im November deuteten sich erste Anzeichen eines Gegenzuges zur Fühlungnahme Münsters mit der Quadrupelallianz an. Als der Fürstbischof in Corvey weilte, lud ihn Franz Egon zu einer kalten Küche in Eschershausen ein, um sich »auf ein paar Stündgen miteinander zu entretenieren«³⁸. Ohne Zweifel betraf das Hauptinteresse Fürstenbergs den bevorstehenden Vergleich Wrangels mit der Stadt Bremen, nachdem »die Herren Schweden besorglich in die Pfalz gehen, umb beede Bistümer Speyer

³³ Audienz v. 26. 9. 1666.

³⁴ Der Kinderen II S. 7.

³⁵ Für seine ernste Absicht spricht auch seine Erkundigung bei dem Residenten Dr. Mayr in Wien über die Meinung des Kaisers zu einem solchen Bündnis. Mayr antwortete am 25. 11. 1666: »Von der Dänemark-Holland-Brandenburg- und Braunschweigischen Allianz redet der Hofe nichts Widriges, und vermerke soviel, daß sie nicht so alien als die Rheinische sein mag, bevorab daß man vermeinen will, Frankreich werde nicht darzutreten« (MLA. 534, 5 Bd. 1).

³⁶ Chr. Bernh. erfuhr den Abschluß durch die Meldung Hessings v. 29. 10. 1666: MLA. 534, 1 Bd. 5. – Vertrag bei Dumont VI 3 S. 122.

³⁷ Chr. Bernh. an Kurf. Max Heinrich, 10. 11. 1666: MLA. 542 a. Am gleichen Tage ging auch an Franz Egon v. Fürstenberg ein Schreiben ab. Der darin enthaltene Vorschlag, Holland und Dänemark in den Rheinbund zu ziehen, dem Brandenburg und Braunschweig schon angehörten, und damit also die Quadrupelallianz mit dem Rheinbund zu verschmelzen, war wirklichkeitsfremd, weil Frankreich der damit verbundenen inneren Aufweichung des Rheinbundes niemals zugestimmt hätte.

³⁸ Franz Egon an Chr. Bernh., 12. 11. 1666: MLA. 541 I.

und Wormbs gar capot machen helfen«³⁹ würden, aber der kurkölnische Minister beabsichtigte auch andere, von seinem Bruder Wilhelm Egon aus Frankreich erhaltene Nachrichten zur Sprache zu bringen.

Ludwig XIV. hatte sich nämlich, nachdem die geringe Lust der deutschen Fürsten zur Verlängerung des Rheinbundes von Tag zu Tag offensichtlicher wurde, entschlossen, seine Deutschlandpolitik umzugestalten. Das bisherige Generalbündnis sollte durch Einzelverträge ersetzt werden. Um das Hauptziel, die militärische Isolierung der Spanischen Niederlande zu erreichen, dachte er den bisherigen Hauptgliedern des Rheinbundes – den Kurfürsten von Mainz und Köln, dem Bischof von Münster und Pfalzgraf Philipp Wilhelm – die Rolle von Sperriegeln gegen den Durchzug österreichischer Hilfstruppen zu. Ließen sich die vier Fürsten für den Plan gewinnen, so entstand eine Barriere von Philippsburg bis an die Nordsee. Der ständige Geldhunger der deutschen Fürsten erleichterte den Franzosen ihr Werk. Im Geheimvertrag von Fontainebleau vom 21. Juli verpflichtete sich der Pfalzgraf, gegen Zahlung von 36 000 Rtl. im Jahr 2500 Mann zu Fuß und 400 zu Roß zur Verhinderung jedes Frankreich schädlichen Durchzuges durch sein Land zu unterhalten. Im Falle eines französisch-österreichischen Krieges verlangte er sogar 48000 Rtl. Werbegelder und 130 000 Rtl. jährlicher Subsidien für 4000 Mann zu Fuß und 1800 Reiter. Allerdings erlangte dieser Vertrag erst dann seine Wirksamkeit, wenn auch die anderen drei Fürsten gleichartige Verträge abschlossen.

Dem Schritt Pfalz-Neuburgs folgte am 22. Oktober Kurköln⁴⁰. Wilhelm Egon von Fürstenberg verpflichtete sich namens des Kurfürsten, gegen 18 000 Kronen 2000 Fußknechte und 300 Reiter, im Kriegsfall gegen 130 000 Kronen und 40 000 Kronen Werbegeld die doppelte Zahl Fußknechte und 1800 Reiter zu unterhalten. Sollte der Kurfürst von einer fremden Macht angegriffen werden, stand ihm französische Hilfe in Höhe von 6000 Mann zu⁴¹.

Diese erstaunlichen Ereignisse teilte Franz Egon seinem Gast am 14. November in Eschershausen mit. Vor den Augen Christoph Bernhards eröffnete sich damit ein ganz neuer, bisher in keine seiner Überlegungen einbezogener Weg. Bisher hatte ja Ludwig XIV. alle Versuche, den Rheinbund aufzulösen, weit von sich gewiesen. Im Grunde verspürte der Bischof wenig Lust zur näheren Gemeinschaft mit Frankreich, dem erklärten Feinde des Hauses Habsburg, aber die Franzosen zogen Vorteil aus dem günstigen Zeitpunkt. Das Verhalten des Kaisers in der Liechtensteinschen Schuldsache, im Streit um Delmenhorst, von den verjährten Vorfällen während des Kampfes mit der Stadt ganz abgesehen, hinterließ in Christoph Bernhard wahrlich wenig Gefühle der Dankbarkeit⁴². Vielleicht hoffte er auch, daß die Geheimabmachungen mit Frankreich dem Kaiser verborgen bleiben könnten. Zu verlockend erwiesen sich die hohen Subsidien, die Millet in den ersten Dezembertagen in Münster anbot, zu stark auch der Wunsch, durch Abschluß eines Bündnisses, das der Wortlaut des Klever Friedens nicht verbot, die Fessel der Rüstungsbeschränkung abzuwerfen. Gleichwertiges vermochte der ebenfalls noch in Münster weilende Niederländer Copes⁴³ nicht zu bieten⁴⁴. Während Münsters Beitritt zur Quadrupelallianz

³⁹ Desgl., II. II. 1666: MLA. 541 I.

⁴⁰ CC. 3 Bl. 547.

⁴¹ Der Kinderen II S. 9.

⁴² Chr. Bernh. an Dr. Mayr, 24. II. 1666: MLA. 534, 5 Bd. I, und an Basserode, 24. II. 1666: MLA. 473, 52.

⁴³ Rekredential für Copes, 22. 12. 1666: MLA. 544 II.

diesem Bündnis nur seine Gefährlichkeit nehmen, es aber nicht stärken sollte, eröffnete der Bund mit Frankreich die Aussicht auf eine mögliche Rache an den Holländern, die gerade wieder durch ihren Einmarsch in Ostfriesland die zornige Besorgnis des Bischofs erweckten⁴⁵.

In den zu Wolbeck mit Millet geführten Gesprächen betonte der Bischof seine neutrale Haltung in der Bremer Streitsache trotz aller Versuche der Welfenherzöge, ihn auf ihre Seite gegen Schweden zu ziehen. Als guter Kaufmann deutete er aber auch die Angebote Copes' an, zu denen der Franzose freilich nichts zu sagen wußte, da ihm der Gegenstand unbekannt war, oder er doch so tat, als ob er nichts davon wußte. Frankreich bot 36 000 Ecus für 2500 Fußknechte und 500 Reiter. Der Bischof wollte unter diese Zahl auch die auf Grund des Rheinbundvertrages unterhaltenen Truppen mitzählen oder die Freiheit besitzen, das Geld für Werbungen auszugeben⁴⁶. Beides zu bewilligen, hatte Millet keine Vollmacht. Zur Fortsetzung der Verhandlungen wurde daher die Abschiedung einer münsterischen Gesandtschaft nach Paris vereinbart.

Eine um diese Zeit abgefaßte Denkschrift Jobst H. Raves⁴⁷, eines konsequenten Vertreters aggressiver Politik gegenüber den Generalstaaten, spricht den Holländern, die im »Aufbruch gegen Gott und das Fürstenrecht« ihren Staat begründet hätten und fortführen, den Irrglauben in ihren Nachbarländern zu verbreiten, schlechterdings die Bündnisfähigkeit ab und erklärt Spanien, den alten Feind der Holländer und das Bollwerk der römisch-katholischen Kirche, zum natürlichen Verbündeten des Bistums. Da diese Großmacht sich jedoch im Stadium des Niedergangs befand und daher keine kräftige Hilfe erwarten ließ, bot sich Frankreich, ebenfalls eine katholische Macht, die sich »durch Kraft und Glück ihrer Ratschläge, schnelle Hilfeleistung, Achtung und Macht auszeichnete, die im Verbande mit den benachbarten katholischen Fürsten allein imstande ist, die Vereinigten Provinzen zu unterwerfen«, als Ersatz an. Der letzte Gedanke erweckte im Bischof starken Widerhall. Im Grunde genommen bestimmten sein Verhalten nach dem Klever Frieden wie vorher Gefühle der Abneigung und Furcht vor den Generalstaaten. Wenn er auf Copes' Bündnisangebot einging, so lagen reine Zweckmäßigkeitserwägungen zugrunde, deren Ziel die Unschädlichmachung der Quadrupelallianz war. Das Bündnis mit Frankreich verhieß dagegen die glänzende Aussicht auf endgültige Vernichtung des niederländischen Staatswesens und konnte daher nicht umgangen werden⁴⁸.

⁴⁴ Chr. Bernh. an Franz Egon, 14. 12. 1666: GA. II C II 6.

⁴⁵ Chr. Bernh. an Franz Egon, 28. 11. 1666: MLA. 541 I. – Am 26. Oktober wurde die Truppenbewegung aus Den Haag gemeldet (MLA. 534, 1 V). – Auch in Den Haag hegte man Mißtrauen gegenüber dem Bischof. Hessing klagte, daß alle seine Schreiben geöffnet würden, als Christoph Bernhard sich über unvollständige Berichte beschwerte. Chr. Bernh. an Hessing, 21. 11. 1666: MLA. 534, 1 V. – Max. Heinr. von Köln, mit Franz Egon wegen der Bremer Streitsache in Hildesheim weilend, neigte persönlich eher dazu, der Quadrupelallianz beizutreten. Franz Egon an Chr. Bernh., 18. u. 28. 12. 1666: GA. II C II 6. Aus diesem Grunde hielt sich Chr. Bernh. in seinen Mitteilungen über die Gespräche mit Millet nach Kurköln sehr zurück.

⁴⁶ CM. 2 Bl. 38. – ⁴⁷ GA. II C I 2 IV.

⁴⁸ In der Ratssitzung v. 6. Januar 1667 zu Sassenberg kam diese Meinung in verwunderlicher Einhelligkeit zum Durchbruch. Selbst der Österreich freundliche Bernh. v. Wydenbrück bekannte, daß ohne Frankreich die Sicherheit nicht gewährleistet sei und Gewissensbisse sich erübrigten, da andere Reichsfürsten ebenso handelten. Chr. Bernh. verwies zustimmend besonders auf die Trennung Schwedens von Frankreich.

Es verhielß außerdem die mögliche Trennung Schwedens von Frankreich, wie sie das Interesse der katholischen Kirche forderte. So wurde beschlossen, den Komtur Friedrich Korff-Schmising nach Paris zu entsenden⁴⁹.

Beratungen, wie das Bündnis im einzelnen zu gestalten sei, füllten den Januar aus⁵⁰. Sie führten zu dem Entschluß, den Rheinbundvertrag als Ausgangsbasis zu wählen und daraus den »Tractatus de strictiore observantia« mit Frankreich abzuleiten⁵¹, die rechtlich zweifellos unbedenklichste Art des Vertragsschlusses: Die Partner vereinbarten keine Neuerungen, sondern setzten nur alte Bindungen fort. Je länger, je mehr trat dieses Moment in den Vordergrund. Schließlich gründete der dem Komtur mitgegebene Vertragsentwurf nicht einmal auf dem Rheinbund, sondern sogar auf dem alten Kölner Bündnis von 1654, in dem der Bischof wohl immer ein Ideal verkörpert sah, zumal es nicht den offenen Widerspruch des Kaisers gefunden hatte: Der Kölner Bund zählte nur vier Mitglieder, eben die jetzt von Frankreich zu Sonderbündnissen eingeladenen Fürsten. Er war vor allem rein katholisch und weniger schwerfällig als der Rheinbund, dessen Weitläufigkeit und Teilnahme beider Konfessionen in der Tat seinen Wert als Defensivbündnis erheblich verminderte.

So schien es nun dahin gekommen, daß Münster in erster Linie den Kölner Bund zu erneuern und wieder zu beleben gedachte⁵². Dem angebotenen französischen Bündnis sollte daneben nur subsidiäre Bedeutung zukommen. Die hierin geforderten 6000 Fußknechte und 4000 Reiter setzte der Bischof in seiner Berechnung als Ersatz für die zur Sicherung der Festungen erforderlichen eigenen Truppen ein⁵³. Die französischen Interessen blieben gewahrt, indem die Verpflichtung, Truppeneinzüge zu verhindern, bestehen blieb und dazu eine feste Truppenzahl unterhalten wurde. Ungeklärt ließ der Entwurf die von Millet bemängelte Anrechnung des Rheinbundkontingents⁵⁴.

Wie gewöhnlich im Verkehr mit Frankreich, erfaßten den Bischof nach anfänglichem Eifer stärkere Bedenken. Er schwankte zwischen ängstlichem Drängen auf Abschluß des Vertrages, um nicht zu spät zu kommen, und ebenso furchtensamem Zurückschrecken vor einem nicht wiedergutzumachenden Schritt. Franz Egons Befürchtung, die Reise des Komturs könne ganz aufgegeben sein, schossen jedoch über das Ziel hinaus⁵⁵. Der Gesandte trat, sobald der Gedanke der Wiederbelebung des Kölner Bundes in Münster zur Reife gelangte, die Reise über Würzburg⁵⁶ nach Paris an. Wie allerdings die notwendige Zustimmung der Domkapitel zu erreichen war, wußte man weder in Bonn noch in

⁴⁹ Ratsprotokoll v. 6. 1. 1667: GR. 595.

⁵⁰ Außerdem galt es mit Kurmainz, dem letzten der vier Fürsten außer Münster, mit dem sich Frankreich verbinden wollte, eine Verständigung herbeizuführen.

⁵¹ Protokoll v. 23. 1. 1667: GA. II B I a 8.

⁵² Der Kölner Bund stellte in Friedenszeiten 10 000 Fußknechte und 2 000 Reiter, im Krieg 22 000 Fußknechte und 8 000 Reiter.

⁵³ Der Vertragsentwurf ist von Wydenbrück aufgesetzt (GA. II B I a 8).

⁵⁴ Gemeint war münsterischerseits zweifellos, daß nur ein Kontingent, nämlich das nach dem neuen Vertrag, aufzustellen sei. Nämlich man das Gegenteil an, so verlöre die Gesamtrechnung über die im Krieg verfügbaren Truppen ihren Sinn. Es war vorzusehen, daß diese Unklarheit das Zustandekommen des Vertrages erheblich behindern würde.

⁵⁵ Auf der Rietberger Zusammenkunft v. 15. 1. 1667 drängte Franz Egon sehr auf einen Abschluß (Einladung hierzu, 12. 1. 1667: GA. II C II 6) und erweckte dadurch das Mißtrauen Christoph Bernhards. Franz Egon hatte auch bereits mit dem Pfalzgrafen verhandelt (Franz Egon an Chr. Bernh., 30. 1. und 2. 2. 1667: MLA. 541 I).

⁵⁶ Rekredential Kurf. Joh. Philipps, Würzburg 4. 2. 1667: GA. II C I 2 I.

Münster zu sagen⁵⁷. Christoph Bernhard beunruhigte vor allem der Gedanke, daß der mit Franz Egon durch persönliche Rivalitäten in Hildesheim verfeindete Domküster Matthias Korff-Schmising Teile der Verhandlungen kannte und ausnützen könnte. Der kurkölnische Minister sorgte sich dagegen um den Pfalzgrafen, den vielleicht der Kurfürst von Brandenburg durch Zusagen in der polnischen Thronfrage von der neuen Verbindung weglocken könnte⁵⁸. In der Tat erwachte die Gegenseite und warb unter den Katholiken Norddeutschlands Anhänger, wie der neueste Heiratsplan Herzog Johann Friedrichs von Lüneburg mit einer österreichischen Prinzessin bewies⁵⁹. Als der Bischof, um unwillkommenen Entwicklungen vorzubeugen⁶⁰, zur Eile trieb, beruhigte ihn der Komtur aus Straßburg mit der Mitteilung, Courtin habe ihm gute Hoffnung auf baldigen Entscheid des Königs gemacht⁶¹. Nur der Kurfürst von Mainz hielt sich noch in Erwartung der Nachrichten Wilhelm Egons aus Wien zurück⁶². Was in Münster aus der kaiserlichen Residenz verlautete, klang allerdings wenig beruhigend. Das am 15. Februar abgeschlossene spanisch-englische Bündnis bedeutete eine unübersehbare Stärkung der habsburgischen Partei⁶³.

Inzwischen traf der Komtur am 15. März in der französischen Hauptstadt ein. Lionne ließ sich mit vielen Geschäften entschuldigen, und der Gesandte mußte sich vorerst mit einer Menge guter Worte aus dem Munde Dufresnes, der bei Colbert viel vermochte, zufriedengeben. Soviel stand aber fest, daß der französische Hof an einen Kriegsausbruch mit Spanien in diesem Jahre nicht glaubte⁶⁴.

Erst 6 Tage später gelang es dem Gesandten, zu Lionne selbst vorzudringen. Der höfliche Minister bekundete sein Leidwesen, daß sein König den Herrn Bischof im letzten Kriege so schlecht behandelt habe, und tat so, als ob der geplante Bündnisvertrag gar keine Schwierigkeiten bereite. Nur von einer Möglichkeit, fremde Truppen »selon les constitutions de l'Empire« durch das Bistum marschieren zu lassen, wollte er nichts hören, weil er fürchtete, daß auf diesem Wege Trupp für Trupp ein beachtliches Heer sein Ziel, die Spanischen Niederlande, erreichen könnte. Zwar wandte der Komtur ein, daß ein striktes Verbot jeden Durchzuges die Neutralität des Stifts Münster zunichte mache, aber Lionne, Minister eines großen, geschlossenen Staatsgebildes, brachte zu wenig Verständnis für die Belange deutscher Kleinstaaten auf, um diesen Einwand stichhaltig zu finden. Nachdem ihn Korff-Schmising über die Bündnisanträge der Holländer beruhigt hatte, fragte er geradewegs, wie Münster sich im Falle eines französischen Angriffs auf die Niederlande zu verhalten gedenke, wenn Holland den Spaniern beispringe. Ohne Zögern antwortete der Gesandte »resolut«,

⁵⁷ Franz Egon befürchtete bereits Prozesse mit den Domkapiteln vor dem Reichshofrat. Franz Egon an Chr. Bernh., 4. 2. 1667: MLA. 541 I. Chr. Bernh. beruhigte sich mit seiner höheren Verantwortung als Landesherr, notfalls auf die Zustimmung des Kapitels verzichten zu können. Chr. Bernh. an Franz Egon (nach 4. 2. 1667): Ebd.

⁵⁸ Franz Egon an Chr. Bernh., 24. 2. 1667: Ebd.

⁵⁹ Auch in Münster scheint der Versuch, die Hinwendung zu Frankreich zu verhindern, unternommen worden zu sein. Chr. Bernh. an Franz Egon, Februar 1667: »Es ist wohl nicht ohne, daß wir von einem und anderem Ort tentiert worden, andere Consilia zu fassen und ihre Partei anzunehmen« (Ebd.).

⁶⁰ Vor allem in Düsseldorf. Chr. Bernh. an Franz Egon, 7. 3. 1667: Ebd.

⁶¹ F. Korff-Schmising an Chr. Bernh., Straßburg 4. 3. 1667: GA. II C II 5.

⁶² Franz Egon an Chr. Bernh., 4. 3. 1667: GA. II C II 7.

⁶³ Basserode an Chr. Bernh., 17. 3. 1667: MLA. 473, 53.

⁶⁴ F. Korff-Schmising an Chr. Bernh., Paris 18. 3. 1667: GA. II C II 5.

wie es ihm aufgetragen war: Dann würde man Frankreich beistehen, machte nun aber seinerseits auf die münsterischen Bedenken wegen Schweden aufmerksam. Lionne wischte sie mit einer Handbewegung und der Bemerkung beiseite, Frankreich werde dem Bischof die Feinde vom Halse halten. Die Audienz fand ein etwas eiliges Ende, da der holländische Gesandte erwartet wurde und Lionne verständlicherweise wenig Wert darauf legte, in Gesellschaft des Komturs gesehen zu werden⁶⁵.

Verborgen blieb freilich des Münsteraners Anwesenheit in Paris nicht. In Den Hag herrschte Unruhe über neue Werbungen und gesteigerte diplomatische Tätigkeit des Bischofs. Gerüchte, nach denen sich Münster für Frankreich entschieden habe, lösten andere ab, die von Rüstungen für den Kaiser sprachen, genährt durch mehrfache Reisen Basserodes nach Wien. Um Gewißheit zu erlangen, schickten die Braunschweiger Graf Josias von Waldeck nach Köln, aber Franz Egon vermochte über die niederländischen Bündnispläne Christoph Bernhards so wenig auszusagen wie über die Absichten seines eigenen Herrn. Am Bonner Hof wartete man gespannt auf den Bericht über Wilhelm Egons Reise nach Wien⁶⁶. Bevor nicht feststand, ob das Jahr 1667 den Krieg zwischen Spanien und Frankreich brachte oder nicht, blieb die Entscheidung in der Waage⁶⁷.

Das galt auch für Paris. Der Komtur mußte sich in Geduld fassen. Ende März verlautete, daß der sehnsüchtig Erwartete erst in Erfurt mit Kurfürst Johann Philipp zusammentreffe, um dessen Vorstellungen von einem großen, neutralen deutschen Bündnis zu zerstreuen. Lionne konnte dem Gesandten indessen am 1. April einen Brief des jüngeren Gravel mit der Meldung vom Abschluß des Vertrages mit Kurmainz vorweisen. Er bat, den Vertragsschluß mit Münster noch kurze Zeit aufzuschieben, bis er den Text in Händen habe. Alle Versuche Korff-Schmising, schon vorher eine besondere Versicherung des Königs über die Subsidienszahlung in Kriegszeiten dem Entwurf einzufügen, wies Lionne als »honteux für den König« zurück und machte sich anheischig, an Hand des Mainzer Vertrages zu beweisen, daß andere deutsche Fürsten dem König auch ohne diese Klausel regelmäßige Zahlung zutrauten⁶⁸.

Tatsächlich traf unmittelbar danach Abbé Gravel in Paris ein, und nun schlug Lionne, wie erwartet, vor, den Mainzer Vertrag⁶⁹ auch für Münster zu übernehmen. Er sah in Friedenszeiten Subsidien von 30 000 Ecus für 2500 Fußknechte und 300 Reiter, im Krieg für Werbungen 15 000 und jährlich 50 000 Ecus für 3000 Mann zu Fuß und 500 zu Pferde vor. Als der Komtur voller Ent-

⁶⁵ Desgl., 23. 3. 1667: Ebd.

⁶⁶ Wilhelm Egon v. Fürstenberg verhandelte bekanntlich offiziell im Namen Kurkölns mit dem Kaiser über die Verteilung der spanischen Erbschaft. Da der Graf als Franzosendiner genugsam bekannt war, standen seine Besprechungen in Wien von vornherein unter einem schlechten Stern. Man ließ Gremonville, den französischen Gesandten, sogar wissen, daß der Hof lieber mit einer anderen Person über diesen Gegenstand sprechen wolle. Auch der spanische Gesandte Malagon erschwerte Fürstenbergs Mission. Als dieser endlich eine kategorische Antwort von Kaiser Leopold verlangte, empfing er eine Ablehnung und verließ am 9. März Wien. Erst Gremonville war es beschieden, die heikle Angelegenheit zu Ende zu führen und schließlich den berüchtigten Wiener Teilungsvertrag vom 19. 1. 1668 zustandezubringen (gedruckt bei Mignet S. 441 ff.).

⁶⁷ Franz Egon an Chr. Bernh., 27. 3. 1667: MLA. 541 I.

⁶⁸ F. Korff-Schmising an Chr. Bernh., 1. 4. 1667: GA II C II 5.

⁶⁹ Der Vertrag wurde von dem jüngeren Gravel und Philipp Erwin v. Schönborn in Heilbronn ausgehandelt und am 28. 2. 1667 in Würzburg geschlossen. Mignet II S. 34 ff.

täuschung einwandte, daß mit Millet in Wolbeck weit höhere Kontingente verabredet seien, erwiderte Lionne, Frankreich benötige nicht so viele Hilfstruppen, im Kriegsfall höchstens 4000 Mann und 800 Reiter, wofür 20 000 Ecus zur Werbung und jährlich 60 000 Ecus genühten. Auf die Frage, wie sich der Bischof mit dieser geringen Streitmacht gegen die zu erwartenden Feinde verteidigen solle, antwortete Gravel wenig ermutigend, das ganze sei ja nur ein Defensivvertrag. Bei Kriegsausbruch müsse ein neuer Vertrag aufgesetzt werden. Der Komtur verlor angesichts dieser Hartnäckigkeit der Franzosen die Hoffnung auf bessere Bedingungen und verzichtete sogar darauf, die Entschädigung für Borkelo zur Sprache zu bringen. Immerhin gewann er die Überzeugung, daß Münster eine entscheidende Figur in dem von Frankreich geplanten Krieg gegen Holland darstellte⁷⁰. Lionne durfte mit Sicherheit darauf rechnen, den münsterischen Vertrag ohne größere Schwierigkeiten unter Dach und Fach zu bringen⁷¹.

In Den Haag vermerkte man den Stimmungsumschwung des Bischofs mit Unbehagen. Copes drang zwar in die Geheimnisse der Verhandlungen Millets nicht ein, konnte aber doch an dem Ausbleiben jeglichen Entscheids auf seinen eigenen Vorschlag ablesen, wohin die Waage neigte. Die freundliche Abschiedsaudienz, in der Christoph Bernhard sich nochmals zum Bündnis mit den Generalstaaten bereit erklärte und sogar versprach, auch Kurköln und Pfalz-Neuburg zum Beitritt zu bewegen, täuschte den Gesandten nicht. Viel deutlicher als alle freundlichen Worte klang ihm der mehrmals vom Bischof wiederholte Satz in den Ohren: »Aber wie bekommen wir unser Borkelo wiederumb?«⁷² Welch einen Sinn sollte ein Bündnis haben, in dem der eine Partner territoriale Forderungen gegen den anderen erhob?⁷³

Die französischen Absichten zur Isolierung der Spanier verschärfen sich in dieser Zeit ständig, Nach dem Fehlschlag der Wiener Gesandtschaft Wilhelm Egons von Fürstenberg kündigte die französische Partei im Reich nun einen Kongreß in Köln an, dem Kurfürst Maximilian das nationale Mäntelchen eines Beruhigungsplans für das Reich umhing. Eine treffliche Vorbereitung dieser Versammlung, zu der auch Münster gehören sollte, bildete die endlich am 4. Mai zu St. Germain vollzogene Unterzeichnung des französisch-münsterischen Bündnisvertrages⁷⁴.

⁷⁰ F. Korff-Schmising an Chr. Bernh., 8. 4. 1667: GA. II C II 5.

⁷¹ Lionne an Gravel, 8. 4. 1667: CA. 232 Bl. 49.

⁷² Der Kinderen II S. 11.

⁷³ Zu der Meldung Hessings vom 19. 4. 1667 aus Den Haag, daß Amerongen als Gesandter nach Braunschweig-Lüneburg, Holstein und Dänemark gehen und auf der Durchreise Christoph Bernhard aufsuchen werde, ließen sich keine weiteren Nachrichten finden, ebensowenig zu der Bemerkung, daß de Witt sich wundere, keine Antwort auf den Auftrag zu bekommen, den er Wydenbrück bei seiner Anwesenheit in Den Haag gegeben habe. Hessing an Chr. Bernh., 19. 4. 1667: MLA. 534, 1 V. Der Bischof scheint dem Besuch Amerongens am 22. 4. zugestimmt zu haben.

⁷⁴ Münster verpflichtete sich im Vertrag zur Unterhaltung von 2 500 Fußknechten und 400 Reitern im Frieden für 36 000 Rtl. jährlich und von 4000 Fußknechten und 1700 Reitern im Kriegsfall für 40 000 Rtl. Werbegelder und jährlich 110 000 Rtl. Originalvertrag in GA. II C IV 3. Der Kinderen II S. 13. Vgl. Franz Egon an Chr. Bernh., 13. 5. 1667: MLA. 541 I. – Wie eilig es die Franzosen jetzt mit der Durchführung des Vertrages hatten, zeigt die sofortige Überweisung von zweimal 20 000 Rtl. über Amsterdam und Frankfurt. F. Korff-Schmising an Chr. Bernh., 25. 5. 1667: GA. II C II 5. Die Ratifikation Ludwigs XIV. v. 15. 5. 1667 im Stadtarchiv Münster (A XIV 155 u. 155a). Nach freundl. Mitteilung von Herrn Archivrat Dr. Lahrkamp ist nicht festzustellen, auf welchem Wege sie an diesen unerwarteten Ort gekommen ist. Dasselbe gilt für zwei weitere Verträge mit Frankreich.

Sofort nach Abschluß drangen Lionne, Turenne und Wilhelm Egon gemeinsam in den Komtur, feste Zeitpunkte für die Bereitstellung der münsterischen Truppen zu nennen und die z. Z. verfügbare Stärke zu melden. Solche Zumutungen wies der Gesandte zurück, und der biedere Turenne mußte zugeben, daß man ihn zu lange mit dem Abschluß hingehalten habe, um jetzt drängen zu können. Indessen hielt der Gesandte es doch für geraten, die Kräfte seines Herrn ins rechte Licht zu rücken, denn ihm waren viele Stimmen am französischen Hofe zu Ohren gekommen, die einem Bündnis mit dem bewährten alten Freunde Schweden vor dem mit den schwachen geistlichen Fürsten Deutschlands bei weitem den Vorzug gaben. Dieser Partei kam zugute, daß gerade jetzt Schweden erhebliche Anstrengungen unternahm, einen neuen Offensivvertrag gegen Österreich abzuschließen⁷⁵.

28. KAPITEL

DIE KOADJUTORWAHL

In das Jahr 1667 fällt außer dem Vertrag von St. Germain ein zweites, für die Geschichte des Stifts bedeutendes Ereignis. Wie die Bischofswahl Christoph Bernhards spaltete auch die Koadjutorwahl das Land in zwei Parteien, mit dem Unterschied, daß Mallinckrodt außerhalb des Bistums nur wenig Anhänger fand, während die Gegner Christoph Bernhards 1667 und in den folgenden Jahren auf starke auswärtige Hilfe zählen konnten.

Die Ursprünge des Planes, in Münster einen Koadjutor zu wählen, liegen im Dunkel¹. Der Gedanke, durch einen solchen Schritt dem Stift beim nächsten Regierungswechsel Schwierigkeiten zu ersparen, wie sie die Wahl von 1650 begleiteten, lag freilich nahe, ebenso Kombinationen politischer Art, wie sie bei Koadjutoreien im 17. Jahrhundert gang und gäbe waren. Zwar stand der kirchliche Charakter dieses Amtes an sich solchen Überlegungen entgegen, weil

⁷⁵ F. Korff-Schmising an Chr. Bernh., 20. 5. 1667: GA. II C II 5.

¹ Herr Universitätsprofessor Dr. Bauermann machte mich freundlicherweise auf die ungedruckte Dissertation von Maria Barz, Die Wahl Ferdinands v. Fürstenberg zum Coadjutor von Münster und Christoph Bernhard v. Galen 1667/1668 (Münster 1920) aufmerksam, die den Hergang im wesentlichen richtig darstellt. Mit Rücksicht darauf, daß die Arbeit nicht veröffentlicht worden ist, werden im folgenden die wichtigeren Quellenangaben wiederholt und mit einem (B) bezeichnet. — Eine Darstellung im Sinn des Bischofs liegt gedruckt vor: *Vera et brevis relatio electionis coadjutoris Monasteriensis, hoc 1667. anno, die 19. Julii ibidem celebratae jussu celsissimi et reverendissimi principis ac domini, D. Christophori Bernardi episcopi Monasteriensis, administratoris Corbejensis etc., publicis typis divulgata. Monasterii Westphalorum formis Theodori Raesfeldi anno MDCLXVII (19 S.)*

das Tridentinum Pfründenhäufungen verbot; die Kurie begünstigte jedoch solche Kumulationen besonders in konfessionell gefährdeten Gebieten, wenn sie in Hände fielen, die Gewähr für eine katholisch bestimmte Politik gaben.

Später erhoben beide Parteien – Christoph Bernhard mit seinem Anhang im Domkapitel und Ferdinand von Fürstenberg einerseits und seine Gegner unter Teilnahme des Kurfürsten von Köln andererseits – entgegengesetzte Behauptungen über die Urheberschaft am Plan. Während die erste Gruppe die Initiative des Papstes hervorhob und zur Unterstützung ihrer Ansicht auf zwei Breve Alexanders VII. verweisen konnte, die tatsächlich einen dahin gerichteten Wunsch ausdrückten, versuchte die Gegenseite, den Bischof als alleinigen Urheber hinzustellen, und führte sein Drängen auf Durchführung im Frühsommer des Jahres und sein Verhalten während des Wahlgeschäftes als Beweise an.

Beide Behauptungen treffen nicht den wahren Sachverhalt. Unleugbar entsandte der Papst schon am 1. September 1663² ein Breve desselben Inhalts wie das vom 26. September 1665³. Jenes erste Schreiben wurde niemals veröffentlicht, aber schon im Juni 1663 schwirrten in Münster Gerüchte, der Bischof bemühe sich um einen Koadjutor. Besorgt berichtete Domdechant Jobst Edmund von Brabeck damals dem kurkölnischen Landdrosten von Westfalen, Dietrich von Landsberg, Christoph Bernhard beabsichtige im Juli mit Ferdinand von Fürstenberg zusammenzutreffen. Zwischen beiden herrsche augenblicklich »große und vertrauliche Freundschaft«, die wohl »endlich auf eine Koadjutorei« hinauslaufen werde⁴. Die feindselige Haltung eines großen Teiles des Domkapitels scheint zu dieser Zeit dem Bischof geraten zu haben, sich Rückendeckung zu verschaffen. Die Persönlichkeit Ferdinands von Fürstenberg, mehr der Wissenschaft als der Politik zugewandt und Landesherr eines sehr bescheidenen Stiftes, schien für diese Rolle wenig geeignet, doch verfügte er und noch mehr sein älterer Bruder Wilhelm, münsterischer Geheimer Rat und Domherr, als päpstlicher Geheimekammerer über großen Einfluß am Hofe Alexanders VII.⁵

Die vorübergehende Besserung im Verhältnis zwischen Bischof und Domkapitel ließ in Christoph Bernhard den Wunsch nach einem Koadjutor einschlagen. Die Gebrüder Fürstenberg bemühten sich jedoch, den eingeschlagenen Weg fortzusetzen. Wilhelm fand bei Alexander VII. ein offenes Ohr⁶. Nach der Darstellung Fürstenbergs lag für den Papst kein Grund vor, an dem ernstesten Bestreben Christoph Bernhards zu zweifeln, einen Koadjutor anzunehmen.

² MLA. I, 12 Bd. 4. In den päpstlichen Registern wird zu dem Breve v. 1. 9. 1663 vermerkt: »Fuit datum duplicatum. Fuit datum aliud duplicatum die 26. Septembris 1665«. Damit ist ausgedrückt, daß das Breve von 1665 nur eine Neuausfertigung des älteren Breve darstellt. Ep. ad principes 65 Bl. 38.

³ Das Breve enthielt zwar den Ausdruck »motu proprio«, worauf sich Christoph Bernhard als Beweis für die Urheberschaft des Papstes am ganzen Plan berief. Der Ausdruck besitzt aber hierfür keine Beweiskraft, da er dieser Urkundengattung stets eigen ist.

⁴ Brabeck an Landsberg, 24. 6. 1663; L., Wocklum Nr. 81.

⁵ In seinem Notiz- und Brieftagebuch (im Fürstenbergischen Archiv in Herdringen R I f 35 Nr. 35, umfassend die Jahre 1661–1668, ausgewertet von M. Barz) vermerkt Wilh. v. Fürstenberg am 7. 7. 1663: »Ihro Heiligkeit hatten sich verwundert, quod quidam canonici essent episcopo Monasteriensi contrarii«.

⁶ Alexander VII. war ein alter Freund Ferdinands aus der Zeit der Friedensverhandlungen in Münster. Er zog den Fürstenberger 1652 nach Rom und beförderte ihn nach seiner Wahl zum Papste zum persönlichen Geheimekammerer. Auch Christoph Bernhard gehörte, wie mehrmals erwähnt, zum Freundeskreis des Papstes aus jenen Jahren.

Wilhelm von Fürstenberg erwirkte eine Dispensbulle⁷, die seinem Bruder die Übernahme des Amtes gestattete. Es blieben freilich die vorzusehenden Schwierigkeiten mit dem Domkapitel zu überwinden, dem in der Wahlkapitulation versprochen war, keinen Koadjutor anzunehmen.

Aus der vorläufigen Übersicht, die Ferdinand sich verschaffte, ging hervor, daß er mit Sicherheit auf die Stimmen von 16 Domherren rechnen durfte, während 12 mit gleicher Sicherheit auf der Gegenseite standen. 3 Herren hielten sich unentschieden, die 10 übrigen besaßen kein Stimmrecht⁸. In der Übersicht wird mit besonderer Aufmerksamkeit des Domdechanten von Brabeck als vermutlich entschiedenstem Gegner gedacht. Über seine Gesinnungen herrschte auf Grund von Mitteilungen Matthias Korff-Schmising's kein Zweifel. Der Dechant hatte die Unvorsichtigkeit begangen, dem Domkürster zur Ablehnung des Koadjutorplanes zu raten, ja er entdeckte sogar seinen geheimen Wunsch, nach Christoph Bernhards Tode einen Bischof zu postulieren, der wegen seiner anderen Bistümer viel oder ganz außer Landes weilte und dem Domkapitel praktisch die Regierung überließ, wie es zu Zeiten Ferdinands von Bayern und Kurfürst Ernsts üblich gewesen war. Damals regierte in Münster Bernhard von Mallinckrodt, der Domdechant. Sollte die Postulation nicht gelingen, so ersuchte Brabeck für diesen Fall seine eigene Wahl. Die geplante Koadjutorie vermauerte jedoch beide Wege.

Jobst Edmund von Fürstenberg galt in früheren Jahren als Vertrauter des Bischofs. Beide verknüpften familiäre Bande. Um so überraschender scheint die aufkeimende Feindschaft, der sicherlich nicht nur ein Familienstreit zugrunde liegt⁹. Als Domdechant trug Brabeck die Verantwortung für die Wahrung aller Rechte des Kapitels gegenüber dem Fürsten. Wieviel Schwierigkeiten hatte es auf diesem Gebiete schon gegeben! Der Koadjutorplan Christoph Bernhards verbaute ihm nun auch die eigene Zukunft. Von diesem Zeitpunkt an spitzte sich das Verhältnis unaufhaltsam bis zum Bruch im Jahre 1667 zu.

Ferdinand von Fürstenberg entnahm den Berichten des Domkürsters, daß die Gegenseite ihren Widerstand allmählich organisierte. Da der Bischof die Sache wenig beförderte, trieb er um so mehr zur Eile. Wenn der Papst unvorhergesehen starb, »würde das größte Rad in diesem Uhrwerk manquirieren«, schrieb Ferdinand seinem Bruder. Aber auch mancher Anhänger im Domkapitel¹⁰ stand in hohem Alter, und schließlich konnten der Kurfürst von Köln und sein Minister die Gelegenheit ergreifen, um die 1650 in Münster erlittene Niederlage auszuwetzen. Brabeck verfügte über ausgezeichnete Beziehungen zum Landdrosten des kölnischen Westfalens und entstammte selbst der Diözese Köln. Das Drängen Ferdinands bewirkte die sofortige Absendung des päpstlichen Breve an Christoph Bernhard und das Domkapitel; ein großer Erfolg der Fürstenbergischen Partei¹¹.

⁷ Die Bulle vom 7. 7. 1663 erging auf Grund von Vorstellungen Wilhelm v. Fürstenbergs, dem Ferdinand in einem Briefe v. 12. 6. seine Besprechung mit Christoph Bernhard zu Neuhaus berichtet hatte. Der Brief ist nicht erhalten, der Inhalt nur aus der Antwort Wilhelms v. 7. 7. ersichtlich (Barz S. 9).

⁸ Ferd. v. Fürstenberg an Wilh. v. Fürstenberg, 7. 8. 1663: Herdringen, G.J. 35 (B).

⁹ J. R. Tork weist in einem, in der Prozeßschrift später angeführten Brief an Favoritus in Rom auf familiäre Spannungen zwischen Christoph Bernhard und Brabeck hin. Eine von Brabeck vermittelte Heirat sei am Widerstand der Familie Galen gescheitert (Barz S. 12).

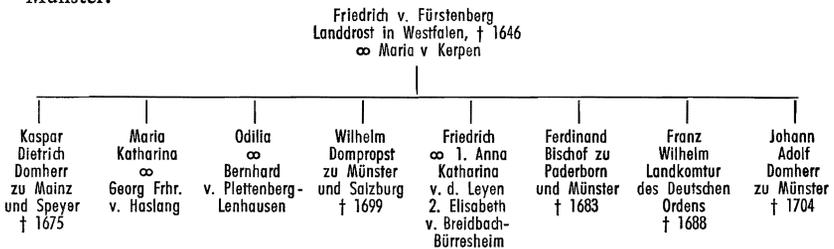
¹⁰ Z. B. der Propst Joh. Adolf Korff-Schmising und Propst v. Vittinghoff-Schell.

¹¹ Das Breve war, wie aus den Begleitzeilen Wilh. v. Fürstenbergs hervorgeht, von diesem selbst verfaßt (Barz S. 14).

Die Abwesenheit des Bischofs in Regensburg, Wien und auf dem türkischen Kriegsschauplatz erzwang eine Pause. Erst 1665 wurde der Plan wieder aufgegriffen. Die Angelegenheit verlief keineswegs nach Wunsch¹². Christoph Bernhard scheint bei seinen Vorbereitungen zum niederländischen Kriege daran gedacht zu haben, aus der Koadjutorei wertvollere Münze zu schlagen, als sie Ferdinand von Fürstenberg zu bieten vermochte¹³. Pfalz-Neuburg z. B. hätte als Bundesgenosse mehr Gewicht besessen. Mit dem siebenjährigen Sohne des Pfalzgrafen erklärte sich Alexander VII. jedoch nicht einverstanden. Am liebsten wollte der Papst von der münsterischen Koadjutorei überhaupt nichts mehr hören. Welches Licht fiel auf ihn durch die völlige Nichtbeachtung seines Breve vom 1. 9. 1663! Christoph Bernhard schien ihm unbeständig, Ferdinand allzu vertrauensselig. Trotzdem setzte Wilhelm eine Erneuerung gegen den Widerstand des Papstes durch¹⁴.

Nach der Niederlage im Kriege gegen Holland verlor die pfalz-neuburgische Kandidatur auch für den Bischof ihren Wert¹⁵. Die geringe Hilfsbereitschaft Ferdinands vor und während des Feldzuges hielt ihn aber andererseits ab, diesem den Weg zur Koadjutorei zu ebnen. So verschwand auch das zweite päpstliche Breve in der bischöflichen Schublade.

¹² Das entnahm Wilh. v. Fürstenberg Berichten seines Bruders Johann Adolf aus Münster.



¹³ Den geringen militärischen und politischen Wert Ferd. v. Fürstenbergs lernte Christoph Bernhard bei der Vorbereitung des niederländischen Krieges kennen.

¹⁴ Alexander VII. gab am 26. 9. 1665 seine Zustimmung (Barz S. 16 f.). – Furcht vor der pfalz-neuburgischen Koadjutorei trieb Ferdinand zur Fühlungnahme mit Brandenburg. Er unterstützte deshalb die Bemühungen des Kurfürsten um Wiederherstellung des Friedens zwischen Münster und den Generalstaaten. Meinders erfuhr im Oktober 1665 bei dieser Gelegenheit in Neuhaus das bisher streng gehütete Geheimnis der münsterischen Koadjutorei. Allerdings war die Zusammenarbeit mit Brandenburg mit Rücksicht auf das geplante braunschweigische Einschreiten gegen Münster nicht unbedenklich. Griffen die Welfen an, so würden sie die Abdankung oder Absetzung Christoph Bernhards zu ihrem Ziele setzen. Es war bekannt, daß das herzogliche Haus dann die kurkölnische Kandidatur befördern würde (Barz S. 18), die Brandenburg allerdings nicht gern sah, da ihm eine allzu große Konzentration von Bistümern in Wittelsbachischer Hand unbequem erschien. Kurf. Friedrich Wilhelm begrüßte daher die Bestrebungen des politisch unbedeutenden Ferdinand v. Fürstenberg. Am 2. 8. 1667 schrieb der Kurfürst dem Bischof von Paderborn: Die Domherren, die ihn, Ferdinand, gewählt hätten und im brandenburg. Gebiet angesessen seien, könnten auf seinen Schutz rechnen. Sie hätten getan, »was unserm Wunsch und Verlangen allerdings gemäß war« (DZA., Rep. 11, 165 a). Alle Versuche des Pfalzgrafen (Schr. v. 5. 5. u. 4. 8. 1667: Ebd.), Brandenburg von der Unterstützung Ferdinands abzuhalten, scheiterten.

¹⁵ Das pfalz-neuburgische Angebot, in Kleve für eine vollkommene Satisfaktion des Bischofs sorgen zu wollen, war wohl auch in dieser Richtung nicht ohne Nebenabsicht.

Was Christoph Bernhard bewog, den Plan im Jahre 1667 plötzlich mit größtem Eifer wieder aufzugreifen, bleibt unklar¹⁶. Als wahrscheinliche Triebfedern beanspruchen nur die während des Krieges erheblich verschärften Gegensätze zum Domkapitel und die äußeren Gefahren Gültigkeit. Mit Johann Rotger Tork, einem guten Freund Ferdinands, besprach er am 26. Januar 1667 in Gegenwart Heinrichs von Galen, seines Bruders, zu Sassenberg die notwendigen Maßnahmen und die rechtliche Seite der Wahl¹⁷.

Auf dieser Zusammenkunft scheint auch bereits der Termin für das Hauptkapitel auf den 23. Mai festgelegt worden zu sein. Der Grund für die Hinausschiebung lag in den Umständen, die mit der Erwerbung der geistlichen Gerichtsbarkeit im Niederstift zusammenhängen. Die Einschränkung seiner geistlichen Rechte in den nördlichen drei Ämtern des Fürstbistums durch Befugnisse des Bischofs von Osnabrück bewegte Christoph Bernhard seit seinem Regierungsantritt. In der Zeit, in der ein evangelischer Bischof aus dem Hause Braunschweig-Lüneburg im Nachbarstift die Regierung führte, stand die Aufsicht über die katholische Kirche dem dortigen Domkapitel ausgerechnet unter der Leitung des Kölner Metropoliten zu¹⁸. So faßte er schon früh den Plan, die geistliche Jurisdiktion auch in diesen Gebieten zu erwerben. Leider lehnte Franz Wilhelm von Wartenberg unter Verweis auf die an sich schon klägliche Stellung des Stifts Osnabrück alle Verhandlungen ab und erklärte sich nur zu Vereinbarungen zur Beseitigung der Kompetenzstreitigkeiten zwischen weltlicher und geistlicher Gerichtsbarkeit im Niederstift bereit. Nach dem Tode des Kardinals versuchte Christoph Bernhard sein Glück aufs neue beim Osnabrücker Domkapitel mit größerem Erfolg. Täglich erwartete er die Zustimmung des Kurfürsten von Köln zu den weit fortgeschrittenen Vereinbarungen. Glücklicherweise traf sie sechs Tage vor der entscheidenden Kapitelsitzung über die Koadjutorfrage ein. Nach diesem Tage hätte Maximilian Heinrich sein Jawort niemals mehr gegeben¹⁹.

Die Wahlhandlung nahm am 20. März mit der Ladung durch den Syndikus ihren Anfang. Der krank in Schöneflieth liegende Domdechant von Brabeck übertrug den Vorsitz dem Domscholaster von Plettenberg. Zur vorbereitenden Sitzung erschienen sieben Herren, die auf den Bericht Boichorsts die Einberufung des Hauptkapitels zum 23. Mai zur Beratung wichtiger Fragen beschlossen. Brabeck wurde davon in Kenntnis gesetzt.

¹⁶ Alpen II S. 12 weist ausdrücklich auf den inneren Widerwillen Christoph Bernhards gegen eine Koadjutorei hin. Inwiefern er seinen alten Herrn damit vor Maximilian Heinrich rechtfertigen wollte, steht dahin. Vor dem Papst begründete der Bischof die Aufschiebung der Koadjutorwahl über mehrere Jahre mit Krieg und Pest (Vesc. 52 Bl. 182 Chr. Bernh. an Papst Clemens IX., 22. 7. 1667). Ganz ähnlich hatte am 26. 5. das Domkapitel in seiner fürstenberg. Mehrheit dem Papst berichtet (Partic. 46 Bl. 129).

¹⁷ Ob damals schon Entschlüsse gefaßt wurden, bestimmten Gegnern der Fürstenbergischen Kandidatur das Wahlrecht zu entziehen, bleibt unbeweisbar und unwahrscheinlich, da der Verlauf der Wahl noch nicht bekannt sein konnte. Eher mag davon gesprochen worden sein, die Zahl der eigenen Anhänger durch Spendung der Weihen und Emanzipationen zu vermehren. Der Zeitpunkt für die erste vorbereitende Kapitelsitzung wurde auf den 20. März festgelegt (Tork, 26. 2. 1667: Herdringen GJ. 39 (B)), weil dann die Paderborner Partei in Majorität anwesend sein konnte.

¹⁸ Alpen II S. 60 ff., Erhard S. 543, Hüsing S. 193, Nieberding III S. 173, Tücking S. 153 f.

¹⁹ Barz S. 23 f.

Nachdem der Stein nun endgültig rollte, war der Bischof entschlossen, der Fürstenbergischen Kandidatur zum Siege zu verhelfen. Fünf Tage vor dem Hauptkapitel vom 23. Mai stellte Ferdinand mit seinen beiden Brüdern Johann Adolf und Franz Wilhelm dem Bischof in Neuhaus einen Revers aus, in dem er ohne jede Gegenverpflichtung – womit dem Vorwurf eines simonistischen Handels begegnet wurde – für den Fall seiner Wahl zum Koadjutor versprach, 1. sich niemals in die Regierungsangelegenheiten zu Lebzeiten des jetzigen Bischofs einzumischen und sich auch keine »Empfehlungen« anzumaßen, 2. alle Schenkungen und testamentarischen Bestimmungen zugunsten der Galenschen Familie, besonders aber das Erbkämmeramt zu schützen, selbst wenn der Papst diesem die Bestätigung verweigern sollte, und das Lehen Dinklage der Familie zu erhalten, das Drostamt Vechta im jetzigen Zustand zu belassen und zu günstigen Erbfolgebedingungen den Söhnen des Drostens Heinrich von Galen, dem Sohn aus zweiter Ehe Heinrichs jedoch ein Kanonikat in Münster oder Paderborn zuzuwenden, 3. für baldige Tilgung aller nachgelassenen Schulden zu sorgen, 4. allen kirchlichen und staatlichen Plänen und Einrichtungen die Unterstützung Johann Adolfs und Wilhelms zu gewähren und schließlich 5. die Stände zu bestimmen suchen, das monatliche Subsidium an die bischöfliche Mensa weiterzuzahlen²⁰.

Mit diesem Revers in Händen konnte Christoph Bernhard der Koadjutorie ruhigen Herzens entgegensehen. Seiner Regierung drohte nicht die geringste Einschränkung. Sein Lebenswerk zugunsten der Familie durfte für die Zukunft als gesichert gelten. Andere, unbequemere Koadjutoren brauchte er nicht mehr zu fürchten.

Ein erstaunlich großes Interesse am Siege Ferdinands zeigte ein Teil der Domherren, zweifellos nicht immer aus selbstlosen Motiven, denn auch sie wußten, wie empfindlich die Koadjutorie die Stellung des Domkapitels schwächte. Sie ließen sich ebenfalls zu einem Revers bewegen, der Christoph Bernhard ungewöhnlich weitgehende Zugeständnisse einräumte. Sie verpflichteten sich, nachdem der Bischof der Berufung eines Koadjutors zugestimmt habe, alle seine Ratschläge zum Nutzen des Staates als gut zu erachten, ihre eigenen Ratschläge danach einzurichten und auch ihre Freunde in diesem Sinne zu beeinflussen, den fürstlichen Propositionen auf den Landtagen stets zuzustimmen und insbesondere für die Fortzahlung des monatlichen Subsidiums von 2000 Rtl. an den Fürstbischof auf Lebenszeit einzutreten²¹.

Der Sieg des Bischofs über das Domkapitel leitete eine folgenschwere Entwicklung ein. Selbst wenn die Domherren glaubten, mit ihrem Zugeständnis seine Einwilligung zur Annahme ihres Kandidaten abgerungen zu haben, so war dennoch der Preis, die Aufgabe jedes politischen Widerspruchs auf Lebenszeit des Bischofs, sehr hoch bemessen²². Die »Sonderkapitulation« eines Teiles des Domkapitels mit dem Fürsten lähmte die Gesamtheit. Einheitliche Entschlüsse gegen den Landesherrn blieben zur Unmöglichkeit verdammt. Schon in aller-nächster Zukunft offenbarten sich die Folgen: Ferdinand von Fürstenberg konnte nicht einmal eine Wahlkapitulation vorgelegt werden, weil das Kapitel darüber keine Einigung erzielte.

²⁰ Revers v. 18. Mai in GA. GD. 21, 1. 2 (B). Barz S. 26 f.

²¹ Revers in GA. BG. 19, 27 (B). Es unterschrieben Christian v. Plettenberg, Matth. Korff-Schmising, Engelbert v. Beverförde, Joh. Rotger Tork, Kaspar Phil. v. Ketteler, Goswin Droste, Matth. v. d. Reck, Joh. Adolf Korff-Schmising, Matth. Friedr. v. d. Reck, Joh. Adolf v. Fürstenberg und Friedr. Christian v. Plettenberg.

²² Barz S. 31.

Unter den nicht eingeweihten Kapitularen breitete sich im Hauptkapitel vom 23. Mai²³ sofort eine dem Bischof feindselige Stimmung aus²⁴. Sie bestritten die Rechtsgültigkeit der Einberufung, um zumindest Zeit zu gewinnen. Brabeck erklärte, er wolle dem Kapitel nur einen Protest vorlegen: die schriftliche Ladung sei ohne sein Vorwissen und nicht in seinem Namen erfolgt, er habe die Abschriften nicht vidimiert, die Form sei ungewöhnlich, da die Angabe des Grundes fehle, und endlich seien weder er selbst, noch sein Bruder, noch der Domherr von Schorlemer gebührend geladen. Alles, was geschehe, sei daher null und nichtig. Die drei Letztgenannten und zunächst auch der Domkellner von Palandt verließen vorübergehend den Sitzungsraum, worauf die Zurückgebliebenen nach lebhafter Aussprache mit 17 gegen 7 Stimmen beschlossen, die Vorwürfe des Domdechanten als unberechtigt zurückzuweisen²⁵. Man bat ihn aber, in den Saal zurückzukehren, was er auch unter Aufrechterhaltung des Protestes tat. Nun brachten die fürstlichen Beauftragten²⁶ zum Vorschlag, dem Bischof nach seinem Wunsche einen Koadjutor beizugeben, da ihm die Regierung in seinem Alter allein zu schwer falle. Die darauf zielenden päpstlichen Breven legten sie vor.

Ogleich bisher Anhänger und Gegner des Bischofs angeblich von dem Inhalt der Proposition nichts wußten, führten doch beide Parteien in der heftigen Aussprache ihre Gründe mit solcher Geschicklichkeit und Treffsicherheit an, wie es ohne sorgfältige Vorbereitung nicht denkbar gewesen wäre. Bei der Abstimmung gelang es Brabeck, 10 Stimmen für sich zu gewinnen, während 17 für die Fortsetzung der Wahl eintraten. Die Minderheit verlangte Aufschiebung bis zum Jacobi-Generalkapitel, da die Bedeutung der Sache Anwesenheit aller Herren erfordere. Wenn der Bischof die Wahl anderthalb Jahre ohne Angabe näherer Gründe aufgeschoben habe, liege jetzt kein Grund zur Überstürzung vor, argumentierte Brabeck. Aber auch aus sachlichen Gründen forderte er Aufschub: Der Papst liege im Sterben, zwischen Frankreich und Spanien sei der Krieg ausgebrochen. Weshalb in so gefährlichen Zeiten auch noch das Bistum in ein Schisma stürzen? Er wies außerdem auf den Artikel 28 der Wahlkapitulation hin, der die Annahme eines Koadjutors verbot. Erkenne man die päpstliche Absolution davon an, so setze man sich dem Haß aller deutschen Domkapitel aus.

Die Mehrheit wollte die Beweisführung Brabecks nicht anerkennen. An Hand kanonistischer Bestimmungen behauptete sie, der Papst habe sehr wohl das Recht, einen Koadjutor zu fordern. Ein Vergleich des Kapitels mit dem Bischof darüber liege gewissermaßen schon vor, indem 17 von 29 anwesenden Herren bereits ihr Einverständnis ausgesprochen hätten²⁷.

Im hitzigen Hin und Her wurde schließlich der 19. Juli als Wahltag bestimmt, vorher jedoch den Anhängern des Dechanten zugebilligt, den Bischof um seine

²³ Am Tage vor dem Hauptkapitel wurde Franz Egon v. Fürstenberg durch den Bischof über seinen Koadjutorplan schriftlich unterrichtet. In der Antwort vom 3. 6. vermochte Franz Egon seine Empörung nur mühsam hinter höflichen Worten zu verbergen.

²⁴ DK. Prot. 32 Bl. 42 ff.

²⁵ Insbesondere wurde eine Verpflichtung zur Ladung nicht anerkannt.

²⁶ Dietrich Hermann v. Merveldt und Bernh. v. Wydenbrück.

²⁷ Auch der Formfehler des in der Ladung nicht angegebenen Grundes wurde nicht anerkannt, da die jetzige Versammlung nur eine vorläufige Beratung abhielt und in diesem Falle, wie der Syndikus bestätigte, die Anführung des Grundes nicht erforderlich war.

Einwilligung zu bitten, daß die Beratung darüber, ob ein Koadjutor zu wählen sei oder nicht, bis zum Generalkapitel ausgesetzt werde. Wie zu erwarten, antwortete Christoph Bernhard am nächsten Tage, daß eine Verschiebung zu große Gefahren berge. So fiel die Abstimmung genauso wie am Tage vorher aus. Die Mehrheit beschloß, die Ladungen unter dem Namen des Seniors auszufertigen, da der Dechant die Unterzeichnung verweigerte²⁸.

Nach dieser Entscheidung konnte sich die Minderheit in Zukunft nur dann Erfolg versprechen, wenn sie unklare Rechtsverhältnisse schuf. So erschienen Brabeck und seine Anhänger außer einem Beobachter²⁹ nicht mehr im Kapitel. Der Mehrheit blieb nichts anderes übrig, als sich unter Leitung des Seniors zur rechtmäßigen Vertretung des Domkapitels zu befördern. Die Ladungen enthielten den ausdrücklichen Hinweis, die Wahl werde am 19. Juli auch dann vollzogen, wenn nicht alle Kapitularen erscheinen sollten.

Schon schickten sich beide Seiten an, in Rom Unterstützung zu suchen, als Anfang Juni die für die fürstenbergische Partei niederschmetternde Nachricht einlief, Alexander VII. sei am 22. Mai gestorben. Die Gegner frohlockten³⁰. Wilhelm von Fürstenberg machte sich selbst und anderen den Vorwurf, die 1663 mit besten Aussichten begonnene Sache solange aufgeschoben zu haben, bis der verhängnisvolle Tod des Papstes alles in Frage stellte. Ferdinand erkrankte nach der Hiobsbotschaft schwer³¹. Aber die Gegenseite triumphierte zu früh. Nachrichten aus Rom bestätigten die uneingeschränkte Gültigkeit der Brevens und des Indults für Ferdinand, und schließlich folgte ihnen als Krönung die erfreuliche Botschaft, Kardinal Rospigliosi, der Ferdinand zum Bischof geweiht hatte, habe als Clemens IX. den päpstlichen Stuhl bestiegen. Freudig schrieb Ferdinand seinem Bruder Johann Adolf, dieses Ereignis werde seinen Gegnern »mächtig den Kompaß verstellen«³².

Die Partei Brabecks verlor indessen nicht den Mut und beriet insgeheim schon über die Aufstellung eines Gegenkandidaten. Der Dechant schlug Kurköln und Pfalz-Neuburg vor und hoffte insgeheim, daß sich hierbei Schwierigkeiten erheben würden³³. In diesem Falle gedachte er, mit deren Unterstützung, die sie ihm aus Dankbarkeit nicht verweigern konnten, selbst den Sieg zu erringen³⁴.

²⁸ Palandt konnte sich auch diesmal nicht entscheiden, wollte sich jedoch der Majorität unterwerfen. Der Vizedominus zweifelte dagegen an der Maßgeblichkeit der Majorität und stellte den schon von Mallinkrodt gern gebrauchten Begriff der »sanior pars« dem der »major pars« gegenüber. So wurde für den 19. Juli eine Hauptkapitelsitzung anberaumt, auf der die Mehrheit die Wahl vornehmen, die Minderheit aber die Frage, ob ein Koadjutor zu wählen sei, beraten wollte. Protokoll vom 24. 5. 1667: DK. Prot. 32 Bl. 63 ff. – Die Ladungen gingen unter Joh. Rotger Torks Namen (MU. 4593) heraus, da der eigentliche Senior v. Beverförde wegen seines Alters und Gesundheitszustandes verzichtete. Vielleicht wurde er durch die Anhänger der bischöflichen Partei dazu gedrängt, um den tatkräftiger für Ferdinand v. Fürstenberg eintretenden Tork an seine Stelle zu setzen. Barz S. 40.

²⁹ Dietr. Jobst v. d. Recke.

³⁰ Schadenfroh schrieb Franz Egon v. Fürstenberg am 3. 7. an Chr. Bernh.: »Wir haben wieder ein guten und hoffentlich freundlicheren Papst als der voriger« (MLA. 541 I).

³¹ Barz S. 42.

³² Ferd. v. Fürstenberg an Joh. Adolf v. Fürstenberg, 7. 7. 1667: Herdringen GJ. 39 (B).

³³ Es war höchst zweifelhaft, ob der Papst dem Kurfürsten Max. Heinrich ein weiteres Indult ausstellen würde, nachdem dieser schon 3 Bistümer besaß. Der 7jährige Sohn des Pfalz-Neuburgers hatte noch weniger Aussichten. Wilh. v. Fürstenberg an Tork: Herdringen R I f. 35 N 35 (B).

³⁴ Barz S. 44.

Pfalz-Neuburg scheint für den Fall einer Wahl Maximilian Heinrichs zum Koadjutor in Münster von diesem die Kölner Koadjutorei als Dank in Aussicht gestellt worden zu sein. Der Pfalzgraf verzichtete jedenfalls gleich zu Anfang auf eine Kandidatur³⁵. Um so eifriger bemühte sich die kölnische Partei um Stimmen. Durch Verzicht von drei nicht emanzipierten Mitgliedern gelang es, die Zahl der Parteigänger Maximilian Heinrichs zu vermehren³⁶.

Der geschickte Schritt überraschte die Paderborner Partei völlig. Als über die Resignationen abgestimmt wurde, regte sich in ihren Reihen kein Widerspruch³⁷. Erst am 27. Juni rafften sie sich zur Anfechtung auf³⁸. Daneben ging der Kampf

³⁵ Vielleicht trug hierzu auch eine Zusicherung Wydenbrücks bei, Christoph Bernhard werde bei Verzicht Pfalz-Neuburgs später, wenn der Prinz älter geworden sei, diesem »nicht schädlich« sein. Der Bischof verwandte mit Rücksicht auf die schwebenden Kreisfragen besondere Mühe darauf, mit dem Pfalzgrafen in der Koadjutorsache nicht zusammenzustoßen. Instruktion für B. v. Wydenbrück, 5. 6. 1667: MLA. 468, 204.

³⁶ Die Domherren wurden erst mit der Emanzipation stimmberechtigt, wofür die Subdiakonatsweihe, ein Alter von mindestens 20 Jahren und ein einjähriges Studium in Frankreich, Spanien oder Italien Voraussetzung waren. Als erster verzichtete Joh. Arnold v. Leerodt, darauf Kurfürst Max. Heinrich selbst, der sein münsterisches Kanonikat mit päpstlichem Dispens nach Erlangung der erzbischöfl. Würde beibehielt. Beide hatten nicht im Ausland studiert. Schließlich trat auch Joh. Adolf Sigismund Bertram v. Nesselrode zurück, der gerade sein ausländisches Studium beendete, also leicht hätte emanzipiert werden können. Da aber schon zwei seiner Brüder im Kapitel stimmberechtigt waren, konnte er nach dem Gewohnheitsrecht keine Stimme erwerben. Er verzichtete nicht gern. Einer seiner Brüder mußte ihn in Frankreich aufsuchen und zum Verzicht überreden. Die in Frankreich ausgestellte Resignation wurde später als im Ausland ausgefertigt und daher ungültig erklärt. Mit den freigewordenen drei Stimmen glaubten Brabecks Anhänger, ein Stück weiter zu kommen, denn das Amt des Turnars versah im Augenblick ihr Parteifreund, der Vizedominus v. Bocholtz. Er übertrug am 20. und 21. Juni die Präbenden auf Ernst Leopold v. Böckenförde gt. Schüngel, Heinr. Wilhelm v. Wendt und Herm. Theodor v. Böckenförde gt. Schüngel, sämtlich Anhänger Max. Heinrichs.

³⁷ Die Kapitelsitzungen am 10. und 15. Juni gingen so ohne Zwischenfall vorüber. Später behauptete Tork, die Paderborner Parteigänger seien auf der von Brabeck ausnahmsweise früh angesetzten Sitzung noch nicht gegenwärtig gewesen. Tatsächlich führte Brabeck Klage über Unpünktlichkeit einiger Herren, die er allerdings im Augenblick künstlich herbeiführte.

³⁸ Auf der Sitzung vom 27. Juni fochten die Anhänger Ferdinands die Nesselrodische Resignation und die Kollation auf Wendt an. Letzterer war nämlich ein Neffe des bisherigen Inhabers der Präbende, v. Leerodt. Eine solche Übertragung verbot die Bulle *Quanta ecclesiae incommoda Pius' V. von 1568*. Der Vizedominus machte sich damit ihrer Übertretung schuldig und verfiel der Strafe, keine Kanonikate mehr verleihen zu dürfen. Aus diesem Grunde war die Kollation für Herm. Theodor v. Böckenförde, die einen Tag später erfolgte, ebenfalls ungültig. Das Resignationsinstrument Nesselrodes wies außerdem Formfehler auf. Gegen den Protest Brabecks lehnte die Mehrheit die *Affixio insignium* – sie bestand im Vorlegen des Ahnenstammbaums und Aushängen der Wappen im Kapitelsaal auf 21 Tage, worauf nach Bürgschaft von 2 Standesgenossen dann der Bewerber zum Kapitel zugelassen wurde – des v. Wendt und des älteren v. Böckenförde ab. Beide erhoben am 30. 6. Protest. Brabeck führte Beispiele an, wonach die Bulle *Pius' V. in Münster* niemals in Gebrauch gewesen sei und daher auch jetzt nicht angewendet werden könnte. Bei der Abstimmung über diesen Streitpunkt ergab sich Stimmengleichheit, die der Dechant mit seinem Votum zu seinen Gunsten entschied. Ungeachtet des Widerspruchs der anderen wurden die Wappen der Bewerber aufgehängt. Am 3. Juli holte die bischöfliche Partei zum Gegenschlag aus und ließ die Wappen wieder entfernen, weil der Stimmentscheid vom 30. 6. mit Hilfe der Stimme des Dechanten zu Unrecht erfolgte. Brabeck besäße nämlich gar kein

um die unentschiedenen Herren³⁹, von denen die Mehrzahl keine Weihen besaß, weiter⁴⁰.

Anfang Juli griff auch Christoph Bernhard in den Wahlkampf ein. Er suspendierte den Domherrn Wilhelm Heinrich von Schorlemer, ohne Zweifel zu Recht, aber doch zu einem Zeitpunkt, der die Maßnahme als Wahlmanipulation kennzeichnete⁴¹. Kurze Zeit darauf verfiel auch der Domdechant von Brabeck der Suspension⁴², obgleich er am 3. Juli die Priesterweihe empfangen hatte⁴³. Als er die Urkunde darüber vorlegte, verwies ihn das Kapitel an den Bischof⁴⁴, dieser wollte sie jedoch nicht anerkennen, weil die Weihe ohne seine Kenntnis durch einen fremden Bischof erfolgt war⁴⁵. Ein päpstliches Indult vermochte der Domdechant nicht vorzulegen. Das Suspensionsdekret führte als Begründung an, er habe 1666 als Turnar das Kanonikat eines Herrn von Nesselrode auf dessen jüngeren Bruder übertragen und damit gegen die Bulle Pauls V. verstoßen⁴⁶. Dasselbe Schicksal widerfuhr dem augenblicklichen Turnar von Bocholtz. Einen Tag vor der Wahl wurde dem Domdechanten sogar das Betreten des Kapitelhauses verboten.

An diesem Tage, anlässlich der Großen Prozession, verweigerte ein Teil der Domherren dem Bischof den Gehorsam, als er zur Teilnahme am Gottesdienst

Stimmrecht, viel weniger das entscheidende, denn er sei nicht zum Priester geweiht, wie es die kanonischen Vorschriften (Concil. Trident. sess. 22 cap. 4) von einem Dechanten verlangten. Mit der bisherigen Nachsicht in diesem Punkt sei es nun endgültig vorbei. Der Bischof bestätigte den Kapitelsbeschluss nur zu gern. In derselben Sitzung wurde schließlich auch dem jüngeren v. Böckenförde, dem anfangs das Aufhängen seines Wappens gestattet worden war, die Erlaubnis entzogen, weil man festgestellt hatte, daß Max. Heinrich sein Kanonikat nicht dem Turnarius, sondern dem Papst hätte resignieren müssen, von dem er es auch empfangen hatte.

³⁹ Hierzu gehörten die Domherren v. Ascheberg, v. Landsberg, v. Lethmate, v. Palandt, v. Vittinghoff-Schell, v. Schenking, v. Schilder und v. Sintzig.

⁴⁰ Landsberg, am 1. Juli in Osnabrück zum Subdiakon geweiht, vermehrte die Kölner Partei um eine Stimme. Palandt, den Korff-Schmising, die für Ferdinand eintraten, verbunden, aber ein Feind Christoph Bernhards seit dem letzten Kriege, ging im Juli auf Brabecks Seite über. Ganz unbestimmt verhielt sich v. Sintzig. Bei einer Schätzung zählte die Paderborner Partei 17 Stimmen, die Kölner 13. Gelang es den 3 zurückgewiesenen Bewerbern durchzudringen, so fehlte nur noch die Stimme Sintzigs, um der Gegenseite an Stimmenzahl gleichzukommen. So wurde gerade dieser Herr von beiden Seiten stark umworben (Barz S. 51). Sintzig verschwieg seine Meinung bis zur letzten Minute. Nur dem persönlichen Einfluß Ferdinands gelang es, ihn wenigstens von der Wahl fernzuhalten. Auch einige andere Unentschiedene vermochte die Paderborner Seite zur Neutralität zu bewegen.

⁴¹ Das bischöfliche Suspensionsdekret gegen Schorlemer, übrigens einen alten Anhänger Mallinckrodt, vom 9. 7. 1667 warf ihm Konkubinats, mehrere Kinder und Vergehen als Archidiakon zu Winterswijk vor und sprach Suspension von Benefizium und Offizium aus (MLA. 1, 12 Bd. 4). Als Franz Egon von dieser Suspension hörte, schrieb er dem Bischof (12. 7. 1667), er habe gehört, in Münster solle es scharf hergehen, »und man schier alles mit Gewalt durchzutragen gedenke«. Er hoffe aber auf die Neutralität des Bischofs (MLA. 541 I).

⁴² Urteil vom 16. 7. 1667: MLA. 1, 12 Bd. 4.

⁴³ Noch am 3. 7. ermahnte ihn das Kapitel, die Priesterweihe zu empfangen, da ihm sonst kein Votum gestattet werden könne (DK. Prot. 32 Bl. 103; MLA. 1, 12 Bd. 4). Das Zeugnis legte der Domherr v. Landsberg am 16. 7. dem Kapitel vor.

⁴⁴ DK. Prot. 32 Bl. 115. — ⁴⁵ Dekret Chr. Bernhards v. 16. 7. 1667: MLA. 1, 12 Bd. 4.

⁴⁶ Erschwerend wurde dem Domdechanten angerechnet, daß er sich dieser Tat öffentlich gerühmt habe. Er erwähnte sie auf der Sitzung vom 30. 6., als er beweisen wollte, daß die Bulle von 1568 im Bistum Münster niemals Anwendung gefunden habe. Barz S. 56.

im Chor aufforderte⁴⁷. Die Widersetzlichkeit trug vier weiteren Domherren⁴⁸ die Suspension ein, jedoch den Wahlakt selbst ausgenommen. Manches spricht dafür, daß der Bischof angesichts des hartnäckigen Widerstands namhafter Domherren im letzten Augenblick schwankte, ob er nicht doch die Koadjutorwahl von der Tagungsordnung absetzen sollte. Erst als ihm die Paderborner Partei den Gesinnungswandel der neutralen Domherren von Vittinghoff-Schell und von Mallinckrodt meldete, entschied er sich endgültig für die Wahl am folgenden Tage. Der Sieg der Anhänger Ferdinands schien so sicher wie die päpstliche Bestätigung, nachdem bei den Suspensionen gerade die päpstlichen Gesetze zur Begründung herangezogen worden waren.

Der Wahltag begann um 6 Uhr am Morgen mit einigen kleineren Streitigkeiten⁴⁹. Darauf übergab Wilhelm von Metternich dem Senior mehrere Mandate des Kurfürsten von Köln und bat um Verlesung. Nichts Gutes ahnend, drang die Mehrheit auf Abbruch der Sitzung, um den Bischof nicht länger im Chor des Domes auf das Kapitel zur Feier der Heiligen-Geist-Messe warten zu lassen⁵⁰. Elf Herren blieben im Kapitelsaal zurück und diktierten dem Sekretär in die Feder, daß sie den Mandaten des Metropoliten Gehorsam zu leisten gedächten. Sie gaben ihre Erklärung ohne Einsicht in die Schriftstücke ab und kannten also offensichtlich ihren Inhalt⁵¹. Wenige Minuten später übergab ein Kaplan dem Sekretär einen Befehl des Bischofs, sofort das Kapitelhaus zu räumen, da die Sitzung durch Mehrheitsbeschluß beendet sei.

Die vom Gottesdienst zurückkehrende Mehrheit sah sich gezwungen, einen Protest der im Kapitelsaal Verbliebenen anzuhören, in dem der Bischof der Wahlbeeinflussung beschuldigt wurde, der ganze Akt also als ungültig zu betrachten sei. Nachdem die Protestierenden den Saal verließen, fand man bei der Prüfung des Schriftsatzes, daß er formwidrig ohne Unterschrift und Siegel abgefaßt war und daß der Satz, man werde keinen Verwandten, sondern nur nach Würdigkeit wählen, auf unzulässige Wahlabreden und verbotene Parteibildung schließen lasse. Die Behauptung, der Bischof habe sich einer Partei angeschlossen, sei unrichtig, da die Mehrheit keine Partei im Kapitel, sondern das Kapitel selbst darstelle. Die Mandate des Erzbischofs seien bisher nur aus Zeitmangel nicht angenommen worden⁵².

Der Inhalt dieser umstrittenen Mandate⁵³ betraf die drei Neuprovidierten, den Domdechanten, den Vizedominus und Schorlemer, die, falls sie in Strafe verfallen seien, auf ihre Appellation davon befreit werden. Den Schriftstücken fehlt der Ausstellungsort. Als Datum tragen sie den 18. Juli. Merkwürdigerweise vermerkte der Notar Latomus aus Köln auf der Rückseite, er habe nicht

⁴⁷ Der Hauptwiderspruch erfolgte vom Vizedominus v. Bocholtz (DK. Prot. 32 Bl. 119 f. und MLA. 1, 12 Bd. 4).

⁴⁸ v. Palandt, v. Nesselrode, v. Landsberg und v. Frentz. Barz S. 58. Abschr. der Suspension in MLA. 1, 12 Bd. 4.

⁴⁹ Bei Eröffnung der Sitzung baten v. Lethmate und v. Velen um Emanzipation. Beide wurden abgewiesen, da an einem duplum festum diese Handlung nicht vorgenommen werde. Dem v. Lethmate versprach man jedoch unbeschadet dessen die Jacobi-einkünfte. Beide gaben sich mit dem Entscheid zufrieden, obgleich Lethmate bei seiner ersten Zurückweisung am 16. Juli scharf protestiert hatte. Am 19. bedeutete indessen seine Stimme für die Kölner Partei nichts mehr, da die Gegenseite inzwischen den v. Velen mobilisiert hatte.

⁵⁰ Der Gottesdienst scheint eine Stunde früher als vorgesehen begonnen zu haben. Der von der Gegenseite später erhobene Vorwurf ließ sich nicht entkräften.

⁵¹ Barz S. 62. — ⁵² Ebd. S. 64. — ⁵³ Urschrift in MLA. 1, 12 Bd. 4.

gewagt, die Mandate dem Fürstbischof, wie es sich gebührt hätte, zu überreichen. Was er dem Kapitel vorlegte, waren jedoch nur Abschriften, und als man die Originale verlangte, ließ sich Latomus nicht mehr auffinden. Erst nach vollzogener Wahl übergab am Nachmittag ein Unbekannter die Urschriften, nicht ohne gemeinsam mit dem Notar über verhinderten Zugang zum Kapitel zu klagen.

Alle Umstände deuten darauf hin, daß die Originale am Morgen noch nicht zur Verfügung standen. Unmöglich konnte überhaupt seit der am 16. verhängten Suspension bereits am 18. morgens die Antwort aus Köln auf eine Appellation der Betroffenen in Münster sein. Vieles spricht dafür, daß der in Dorsten weilende kölnische Offizial mit Blankoscheinen des Kurfürsten für alle Fälle gewappnet war. Er ließ die Ortsbezeichnung aus, weil er den Aufenthaltsort des Kurfürsten an diesem Tage nicht kannte. Eine Berechtigung des Kapitels zur Anfechtung kann deshalb nicht bestritten werden. Zur größeren Sicherheit bereitete das Kapitel eine Appellation an den Papst wegen Verletzung päpstlicher Gesetze durch den Kurfürsten von Köln vor.

Im Hause des Domdechanten, wo er mit allen seinen Anhängern versammelt war, lief inzwischen der bischöfliche Befehl ein, daß die vier Domherren, die ihm den Empfang im Dom verweigerten und suspendiert seien, heute noch ihr Wahlrecht ausüben durften. Brabeck wies den Befehl zurück und kündigte an, er werde an der parteiisch beeinflussten Wahl so wenig teilnehmen wie seine Freunde, zumal der Wahlakt um 12 Uhr schon begonnen habe⁵⁴.

Das entsprach jedoch nicht den Tatsachen. Erst gegen 3 Uhr⁵⁵ schlug Tork als Präsident vor, die Wahl nach dem in Münster üblichen Verfahren als *Scrutinium mixtum* abzuhalten. 17 Stimmen fielen auf Ferdinand von Fürstenberg. Nur der Domherr von Metternich betonte ausdrücklich, er habe eine andere Person gewählt. Sofort darauf erfolgte die feierliche Bekanntgabe⁵⁶.

Metternich begab sich in die Dekanatskurie, und nun wurde auch dort eine geheime Wahl vollzogen, bei der alle Stimmen auf Kurfürst Maximilian Heinrich fielen. Das Wahlinstrument dieser Partei⁵⁷ enthielt neben der Beteuerung, von der Teilnahme an der offiziellen Wahl zurückgehalten worden zu sein, und dem Wunsch, jede Gemeinschaft mit den wegen Nichtannahme der erzbischöflichen Mandate als exkommuniziert zu Betrachtenden die Bitte um Bestätigung durch Kurfürst und Papst. 16 Herren unterzeichneten, darunter 3 suspendierte, 3 Resignatäre und 3 Neuprovidierte. Weder dem Fürsten⁵⁸ noch dem Kapitel oder der Öffentlichkeit wurde das Ergebnis der Wahl bekanntgemacht⁵⁹.

Die Ähnlichkeit dieser und der folgenden Vorgänge mit denen von 1650 drängt sich auf. Auch diesmal wandten sich die Streitenden an Instanzen außerhalb des Landes. Daß bereits die Anfänge der Koadjutorie eine außenpolitische Note trugen, hat freilich nicht einmal der Bischof richtig erkannt. Markgraf Hermann von Baden beobachtete sehr zutreffend, daß besonders Franz Egon von Fürstenberg und sein Bruder Wilhelm Egon den Bischof von Münster mit

⁵⁴ Barz S. 66 f.

⁵⁵ Eidliche Erklärung des Domkapitelsekretärs Bernh. de Wendt und des Notars Gerhard Detten v. 19. 7. 1667: MLA. 1, 12 Bd. 4.

⁵⁶ Barz S. 68. Ferdinand nahm die Wahl am 22. 7. an.

⁵⁷ MLA. 1, 12 Bd. 4.

⁵⁸ Chr. Bernh. an das Domkapitel, Cloppenburg 10. 8. 1667: MLA. 1, 12 Bd. 5.

⁵⁹ Drei protestierende Domherren reisten zur Benachrichtigung Max. Heinrichs nach Bonn ab.

auffälligem Eifer zum Abschluß des französischen Subsidienvertrages von St. Germain trieben⁶⁰. Ihr Wirken entsprang nicht nur dem Wunsch, dem neuen französischen Bündnissystem zum Ersatz des Rheinbundes zum Erfolg zu verhelfen. Franz Egon, Leiter der kurkölnischen Politik namens des willensschwachen Kurfürsten, stellte auch die Haupttriebfeder in den Bemühungen um die münsterische Koadjutorie dar. Gelang es ihm, den »guten Bischof«, wie Franz Egon seinen münsterischen Kollegen titulierte, in das französische Bündnis zu ziehen, so verschaffte er sich für seine unterirdische Arbeit am Kaiserhof ein vortreffliches Werkzeug gegen Christoph Bernhard. Die Gebrüder von Fürstenberg kannten den Geheimvertrag von St. Germain Wort für Wort. Mit diesem Hilfsmittel konnte das Ansehen des Münsteraners in Wien gefährlich untergraben werden. Auf diese Weise beabsichtigte Franz Egon, den Kaiser im Koadjutorstreit der kölnischen Seite geneigt zu machen⁶¹.

Sofort nach der Wahl setzte ein lebhafter Briefwechsel beider Parteien ein, um die Unterstützung höherer Instanzen zu gewinnen. Ferdinand von Fürstenberg hob den herzlichen Wunsch des verstorbenen Papstes hervor, ihn zum Koadjutor von Münster gewählt zu sehen. In die zuversichtliche Stimmung an den Höfen zu Münster und Paderborn fiel aber bald ein herber Tropfen. Franz Egon schickte das Notifikationsschreiben an Maximilian Heinrich kurzerhand nach Paderborn zurück, um »mehreren Unglimpf« vorzubeugen⁶². Seine Vorwürfe über die bedauerliche Einmischung Christoph Bernhards in die Wahl verhiessen wenig Gutes. Viel schärfer drückte er sich gegenüber diesem selbst aus. Vorwürfe vermischten sich mit versteckten Drohungen, unbequeme Tatsachen ans Tageslicht zu ziehen, wenn der Bischof in seiner Haltung verharre⁶³. In bestimmtem Tone wies Christoph Bernhard die Zumutungen zurück und ließ keinen Zweifel, daß er im Kriegsfall zahlreichere Helfer als Kurköln finden werde⁶⁴. Ja, er drohte seinerseits mit Enthüllung »gewisser wunderbarer Sachen« und deutete früher geplante kölnische Anschläge auf die Festungen Münster und Warendorf an⁶⁵. Maximilian Heinrich bediente sich in seiner Antwort auf die Mitteilung von Ferdinands Wahl ungefähr derselben Argumente wie sein Minister. Er gab abschließend zu verstehen, daß er allein als legitim gewählter Koadjutor anzusehen sei⁶⁶. An eine schnelle Bestätigung war nun nicht mehr zu denken. Unter dem Einfluß des erzbischöflichen Hofes trat auch der Nuntius auf die Gegenseite⁶⁷. Erst dem eilig nach Lüttich abgeschickten Domherrn Mat-

⁶⁰ Ribbeck, WZ. 52 (1894) S. 53.

⁶¹ Barz S. 54 weist auf diese Zusammenhänge hin, schießt jedoch über das Ziel hinaus, wenn sie die französischen Bündnisverhandlungen des Bischofs allein auf die Koadjutorsache zurückführt.

⁶² Franz Egon an Ferd. v. Fürstenberg, 29. 7. 1667: MLA. 1, 12 Bd. 5.

⁶³ Franz Egon an Chr. Bernh., 29. 7. 1667: MLA. 1, 12 Bd. 4.

⁶⁴ Chr. Bernh. an Franz Egon, undatiert: Ebd.

⁶⁵ Desgl., 14. 8. 1667: MLA. 1, 12 Bd. 5.

⁶⁶ Anfangs wußte die Paderborner Partei nicht, wie sie darauf reagieren sollte, weil ihr die Vorgänge bei der geheimen Wahl im Hause Brabecks unbekannt geblieben waren. Erst nach Monaten kam man in den Besitz des dort abgefaßten Wahl-instruments. Gisbert Natalis teilte es am 12. 11. 1667 aus Rom mit: Herdringen GJ. 39 (B).

⁶⁷ Unverständlicherweise war die offizielle Benachrichtigung des Nuntius von der Wahl Ferdinands vergessen worden; das hatte diesen äußerst verstimmt (Imbns an Bf. Ferdinand, 26. 7. 1667: MLA. 1, 12 Bd. 4). Er berichtete voreingenommen nach Rom. Dagegen meldete die kölnische Partei in korrekter Form über den Nuntius nach Rom die Wahl Max. Heinrichs.

thias von der Reck gelang es, diesen zu versöhnen⁶⁸. Dagegen bereitete die Bestätigung in Wien weniger Schwierigkeiten⁶⁹. Als ausgesprochener Parteigänger Frankreichs besaß Kurköln hier keine Fürsprecher. Mochte auch der Subsidienvvertrag Christoph Bernhards mit Ludwig XIV. durch die Hintermänner Franz Egons bekannt gemacht worden sein⁷⁰, so hoffte der Kaiser doch, Münster durch freundliche Behandlung wieder an sich zu ziehen⁷¹.

Am schwierigsten schien es, die Bestätigung in Paris zu erlangen⁷², denn Ferdinand galt damals als österreichischer Parteigänger. Der münsterische Gesandte Haugwitz erhielt deshalb nur die Anweisung, die Franzosen zur Neutralität zu veranlassen. Offiziell scheint Ludwig XIV. auch versprochen zu haben, sich nicht einzumischen, in der Praxis schenkte er jedoch dem Kurfürsten Maximilian Heinrich die größeren Sympathien. Schweden entschloß sich nach längerem Zögern, Ferdinand zu unterstützen⁷³. Im Grunde war ungeachtet aller Fürsprache und Gegnerschaften die Entscheidung in Rom längst gefallen. Nach der kaiserlichen Bestätigung hätte eine Anfechtung der Wahl Ferdinands der katholischen Kirche unermeßlichen Schaden gebracht.

Der Gewohnheit der Zeit entsprechend führte man inzwischen den Federkrieg mit wachsender Heftigkeit weiter⁷⁴, bis sich schließlich die Atmosphäre so erhitzte, daß der Kriegsausbruch drohte⁷⁵.

⁶⁸ Beglaubigungsschreiben vom 4. 8. 1667: MLA. I, 12 Bd. 5. Nach seiner Angabe soll eine offizielle Anzeige an den Nuntius erfolgt, aber unterwegs abgefangen worden sein, in Wirklichkeit ist sie aber wohl unterblieben. Ferdinand bat nämlich das Domkapitel am 1. 8. 1667, die Benachrichtigung an den Nuntius am besten durch eine Gesandtschaft Torcks oder von der Recks nachzuholen, falls sie noch nicht erfolgt sei. Das Domkapitel erwiderte, von der Reck werde reisen, ohne die Ausrede von einer schon erfolgten Benachrichtigung zu gebrauchen. Im Schreiben an den Nuntius führte es allerdings an, ihn bereits am 21. 7. unterrichtet zu haben (MLA. I, 12 Bd. 5). Der Nuntius erklärte sich auf von der Recks Vortrag bereit, zur Klärung der Streitfrage nach Münster zu kommen, falls er eine Einladung dazu erhalte. Merkwürdigerweise fand sich Christoph Bernhard nur zögernd auf Drängen Ferdinands (Ferdinand an Chr. Bernh., 23. 8. 1667: Ebd.) dazu bereit. Er fühlte sich durch die Zweifel des Nuntius an der Rechtmäßigkeit der Wahl beleidigt. Als die Einladung schließlich abging, zeigte sich der Nuntius über die Hinauszögerung verstimmt und sagte im letzten Augenblick ab. Trotzdem blieb er Ferdinand günstig gesonnen. Ihm verdankte dieser seinen endgültigen Sieg. Barz S. 75.

⁶⁹ Kaiser Leopold an Bf. Ferdinand, 9. 8. 1667 (MLA. I, 12 Bd. 5). Chr. Bernh. an Kais. Leopold, 25. 8. 1667 (Ebd.). Auch der spanische Gouverneur der Niederlande, Castel Rodrigo, gratulierte durch den Franziskanerpater Remigius (Chr. Bernh. an Ferdinand, 25. 8. 1667: Ebd.).

⁷⁰ Ferdinand an Chr. Bernh., 23. 8. 1667: MLA. I, 12 Bd. 5.

⁷¹ Die bedeutenderen deutschen Fürsten – Brandenburg, Kursachsen, Mainz und Trier – stellten sich auf Ferdinands Seite. Im einzelnen Barz S. 76 ff.

⁷² Als Vermittler sollte Kurmainz gewonnen werden. Chr. Bernh. an F. Korff-Schmising, 10. 8. 1667: MLA. I, 12 Bd. 5. Dieser antwortete am 28. 8. aus Frankfurt, daß er beim Abbé Gravel und in Paris die Gesandtschaft Haugwitz' nach bestem Können vorbereitete habe (GA. II C I 2 I). Auch Gomont schrieb am 19. 11. aus Köln an Lionne, Chr. Bernh. habe um Vermittlung im Konflikt mit Kurköln gebeten: CC. 4 Bl. 280. Kredential Haugwitz' v. 16. 8. 1667: MLA. I, 12 Bd. 5.

⁷³ Königin Christine an Bf. Ferdinand, Hamburg 5. 10. 1667, gleichzeitig an den Papst und Kardinal Azzolini: GA. II B Ia. 19a (Abschr.). Barz S. 80 f.

⁷⁴ Der münstersche Generalvikar Joh. v. Alpen verfaßte im Auftrag seines Bischofs eine »Brevis relatio« (er meldete dem Bischof am 21. 8. die Fertigstellung von 500 Exemplaren und erhielt am 25. 8. die Genehmigung, sie zu verbreiten: MLA. I, 12 Bd. 5), die subjektiv, aber ohne scharfe Vorwürfe den Wahlvorgang schildert.

Die Rückkehr Wilhelm von Fürstenbergs im Oktober 1667 nach Rom, wo ihm der neue Papst wiederum den Rang eines Geheimkammerers verlieh, ent-

Sie wurde in Rom vorgelegt. Die Kölner antworteten mit »Species facti« voll der schwersten Anwürfe gegen Christoph Bernhard als dem Hauptschuldigen. Ferdinand, obgleich diesen die Wahrheit zugrunderlegenden Federkrieg innerlich ablehnend, arbeitete eine Antwort aus, die Christoph Bernhard zu gemäßigt fand und wesentlich verschärfte (Chr. Bernh. an Ferdinand, 3. 9. 1667: MLA. 540b III). Besonders warf er Max. Heinrich vor, einzelne Domherren gegen ihren Landesherren und Bischof aufgehetzt zu haben. Neue Argumente enthielt keine der Schriften. Unsachliche Beleidigungen traten allmählich in den Vordergrund.

- ⁷⁵ Franz Egon drohte bereits Ende Juli mit einem Kriege zur Wiederherstellung der kurfürstlichen Ehre »mit Hülfers Hülf« (Franz Egon an Chr. Bernh., 29. 7. 1667: MLA. 1, 12 Bd. 4). Als der Bischof den Landtag am 20. 10. 1667 auf die Kriegsgefahr hinwies, bewilligte ihm dieser gegen den Widerspruch der Ritterschaft (DK. Prot. 32 Bl. 190 f.) 18 000 Rtl. für Rüstungen. Das Domkapitel stimmte ungeteilt zu, da die Anhänger Brabecks nach der Wahl aus Vorsicht das Land verlassen hatten. Der Bischof schätzte diesen Erfolg sehr hoch ein. Er berichtete ihn sofort nach Rom und in alle Welt (Chr. Bernh. an Ferdinand, 5. 11. 1667: MLA. 540b IV). Die Einigkeit im Stift, so hoffte er, würde den Gegnern den Mut nehmen. – Der Papst setzte Ende August eine besondere Kongregation von 6 Kardinälen und 6 Prälaten zur Untersuchung der Wahl ein (die Einzelheiten des Prozesses bei Barz S. 87 ff.). Ein gutes Vorzeichen bedeutete für Ferdinand die Einsetzung seines Vertrauten Augustinus Favoritus als Sekretär der Kongregation. Von den Kardinälen erklärten sich Azzolini und Ottoboni für Ferdinand, Caraffa für Max. Heinrich. Der Kongregationspräfekt, Kardinal Barberini, trat ebenfalls auf die Seite Paderborns. – Die Arbeit Wilhelm von Fürstenbergs wurde durch das unversöhnliche Verhalten Christoph Bernhards, der den ungehorsamen Domherren einen Denkkzettel geben wollte, sehr erschwert. Es gelang ihm schließlich, den Streit um die Suspensionen vom Konfirmationsprozeß abzutrennen und einem besonderen Verfahren zu überweisen. Tatsächlich erfolgte im März 1668 eine Aufhebung der Suspensionen durch Clemens IX., allerdings ex plenitudine potestatis apostolicae und nicht in der Form einer einfachen Nichtigkeitserklärung, wie es die Kölner Partei angestrebt hatte. Die Absolution darf nicht höher als eine versöhnliche Geste gegenüber Kurköln eingeschätzt werden, da sie erst kurz nach der Hauptentscheidung für Ferdinand erfolgte (Barz S. 97). – In der Hauptverhandlung bereiteten besonders 2 Punkte Schwierigkeiten: 1. der Befehl, den Christoph Bernhard am 18. Juli dem Domdechanten gegeben hatte, das Kapitelhaus nicht zu betreten, 2. die Behauptung, der Bischof habe mit Gewalt in die Wahl eingegriffen und Soldaten auf dem Domhof zur Versperrung des Kapitelhauses versammelt. – Auch an Vermittlungsversuchen fehlte es nicht. Franz Egon strebte vergeblich ein Übereinkommen beider Parteien, natürlich zu seinen eigenen Gunsten, an (Franz Egon an B. v. Wydenbrück, 26. 8. 1667: MLA. 468, 207). In einer Unterhaltung des Straßburgers mit Wydenbrück schloß jener »scherzend«: Was würde der Bischof von Münster wohl sagen, wenn der Papst weder Kurköln noch Paderborn, sondern ihn selbst, Franz Egon, als Koadjutor bestätigen würde? (Wydenbrück an Chr. Bernh., Köln 30. 8. 1667: MLA. 468, 208). Auch dem Domdechanten v. Ketteler schlug Franz Egon diese Lösung vor (Ketteler an Bf. Ferdinand, 3. 9. 1667: MLA. 1, 12 Bd. 4). – Im Januar 1668 schickte Ludwig XIV. aus Sorge über eine mögliche Verfeindung seiner deutschen Verbündeten Gomont nach Münster, dem der Bischof schließlich ein »Entschuldigungsschreiben« an Kurköln mit auf den Weg gab (Chr. Bernh. an Max. Heinrich, 31. 1. 1668: MLA. 1, 12 Bd. 4). Die Entschuldigung hörte sich seltsam genug an. Sie bestand eigentlich nur aus dem Bedauern, daß er sich durch die kölnischen Vorwürfe zur Verteidigung genötigt gesehen habe, wobei ihm jeder Angriff auf den Kurfürsten oder sein Haus ferngelegen habe. Mit Rücksicht auf den Wunsch des französischen Königs sei er bereit, mit Kurköln wieder freundschaftlich zusammenzuarbeiten. Max. Heinrich antwortete, so werde auch er mit Rücksicht auf Ludwig XIV. von einer kriegerischen Entscheidung absehen. Als Bedingung forderte er die sofortige Wiedereinsetzung Brabecks und der anderen suspendierten Domherren (Max. Heinrich an Chr. Bernh., 18. 2. 1668: MLA. 1, 12 Bd. 5).

schied den Kampf endgültig zu Gunsten Paderborns^{75a}. Am 26. Februar 1668 stellte sich die Kongregation in Rom, für die kölnische Partei völlig überraschend, auf seiten Ferdinands. Kurfürst Maximilian wollte an die Möglichkeit eines solchen Urteils gar nicht glauben. Er beantragte, die Untersuchungen erneut aufzunehmen, vermochte aber kein neues Material herbeizubringen, und so lautete das Revisionsurteil vom 18. März wie das alte. Es gründete sich vor allem auf drei Punkte: 1. Alexander VII. wünschte die Wahl eines Koadjutors in Münster und hielt Ferdinand von Fürstenberg dafür als geeignet. 2. Dieser vereinigte die Mehrheit der Stimmen bei der Wahl auf sich und besaß 3. die Zustimmung des Bischofs von Münster, dem, wie Azzolini sich ausdrückte⁷⁶, als empfindlichem Manne von großen geistigen Gaben und bedeutender Macht kein unbequemer Koadjutor zugemutet werden könne, wollte man sich nicht eines schweren Vergehens an der münsterischen Kirche schuldig machen.

Obgleich alle weiteren Bemühungen des Kurfürsten von Köln, auch das zweite Urteil anzufechten⁷⁷, ergebnislos verliefen und am 30. April 1668 im geheimen Konsistorium die Präkonisation stattfand⁷⁸, versuchte er auch jetzt noch, Schwierigkeiten zu bereiten⁷⁹. Das Domkapitel in Münster erkannte dagegen den Koadjutor an. Sogar fünf der Anhänger Brabecks unterschrieben den geforderten Revers. Der Domdechant selbst blieb weiter außer Landes⁸⁰.

Der erbitterte Kampf um die münsterische Koadjutorei, der Nordwestdeutschland an den Rand eines Krieges brachte, ging damit seinem Ende zu. Der Bischof hatte es verstanden, die Koadjutorei ihrer natürlichen Tendenz einer Einschränkung seiner Machtbefugnisse zu berauben und sogar der Steigerung seines Ansehens im Lande und im Ausland dienstbar zu machen und darüber hinaus seiner Familie wertvolle Vorteile zu verschaffen.

^{75a} Clemens IX. war damals noch keineswegs entschieden. Er befahl am 26. 11. 1667 dem Kölner Nuntius, die Gefahr eines Kriegsausbruchs zwischen Kurköln und Münster dadurch zu bannen, daß jede Seite ohne Entscheidung in Hoffnung auf einen günstigen Ausgang erhalten bleibe und fürchten müsse, durch Waffengewalt ihre Aussichten zu verderben (NC. 41 Bl. 10).

⁷⁶ Azzolini an den Nuntius in Köln, 27. 2. 1668 (B).

⁷⁷ Im einzelnen Barz S. 106 f.

⁷⁸ MU. 4602. Die Bulle bestätigte Ferdinand als Koadjutor mit dem Recht der Nachfolge im Bistum Münster.

⁷⁹ Er gab Dr. Imbsen beim Versuch, die päpstl. Bulle vorzuzeigen, das Beglaubigungsschreiben ungeöffnet zurück (Imbsen an Bf. Ferdinand, 5. 7. 1668: MLA. 1, 12 Bd. 6). Die Bulle mußte durch Notare insinuiert werden (Ferd. an Chr. Bernh., 19. 7. 1668: Ebd.).

⁸⁰ Brabeck betrat seit der Koadjutorwahl das Bistum Münster nicht mehr und schloß schließlich mit dem Domkapitel 1674 einen Vergleich. Gegen 11000 Rtl. und lebenslängl. Einkünfte einer Prébende verzichtete er auf das Dekanat. Sein Nachfolger wurde Joh. Rotger Tork. Matth. Korff-Schmising erhielt Haus Schöneflieth und verzichtete zugunsten Brabecks auf die Hildesheimer Domdechanei. Der Vergleich war schon 1668 vom Nuntius in dieser Form vorgeschlagen, damals aber von Christoph Bernhard als beleidigend zurückgewiesen. — Der eifrigste Anhänger des Domdechanten, Vizedominus v. Bocholtz, resignierte am 8. Juli 1668 auf eigenen Wunsch und starb Anf. 1669. Alle übrigen, zuletzt die beiden Herren v. Metternich, unterschrieben bis zum Februar 1669 den geforderten Revers. Eine Wahlkapitulation vergaß man über allen Streitigkeiten, mit Ferdinand v. Fürstenberg abzuschließen. Erst 1679, nach Antritt der Regierung des Bistums Münster, unterschrieb er eine solche Urkunde.

29. KAPITEL

DIE NEUSSER KONFERENZ (JULI 1667)

Fast gleichzeitig mit der durch die Koadjutorwahl verursachten Störung der nachbarlichen Beziehungen zu Kurköln und Pfalz-Neuburg trat das noch immer ungelöste Problem des niederrheinisch-westfälischen Kreisdirektoriums wieder in den Vordergrund der münsterischen Politik. Auf dem letzten Kreistag in Essen endete der Versuch der damals verbündeten Fürsten von Münster und Pfalz-Neuburg, den Kreis in katholischem Sinne zu reorganisieren, mit einem Mißerfolg. Trotzdem kam seit jener Zeit diese Frage, die die Regelung des Verhältnisses zu Brandenburg einschloß, nicht wieder zur Ruhe.

Kurfürst Friedrich Wilhelm stellte sich noch immer auf den Standpunkt des 1647 mit Pfalz-Neuburg geschlossenen Vergleichs. Was Christoph Bernhard mit dem Pfalzgrafen in Regensburg in Kreissachen darüber hinaus vereinbart hatte, nahm er nicht zur Kenntnis. Andererseits fühlte sich auch der Bischof von Münster an die Abmachungen der beiden anderen Fürsten rechtlich nicht gebunden. Der Regensburger Vergleich von 1653 sicherte ihm die Hälfte des Direktoriums. Mochten sich Brandenburg und Pfalz-Neuburg über die andere Hälfte untereinander verständigen. Ihm lag nur daran, die damals errungenen Vorteile nicht wieder aus der Hand zu lassen. Das Scheitern der Dorstener Verhandlungen hatte seine Lust, abermals mit beiden Partnern in Gespräche einzutreten, nicht gerade gesteigert, und schließlich glaubte er, der Freundschaft des französischen Königs kein besseres Opfer bringen zu können, als wenn er auf die in Paris verhaßte Kreiseinung verzichtete.

Ungeachtet des brandenburgischen Drängens ließ der Bischof von Münster deshalb keine Neigung erkennen, dem Direktorialvergleich von Dorsten zuzustimmen¹. Die aus dem gesamten damals verhandelten Vertragswerk entspringenden Vorteile hätten ihm die Zulassung Brandenburgs zum Direktorium erträglich scheinen lassen. Nachdem der Krieg gegen Holland mit einer Niederlage beendet war, besaßen die Verträge für Münster keinen Wert mehr.

Er lenkte daher seine Augen auf ein neues Äquivalent, das klevische Lehen Gemen. Um allen territorialen Selbständigkeitsansprüchen ihrer Inhaber, der gräflichen Familie von Limburg-Styrum, rechtzeitig entgegenzutreten, bevor Brandenburg ihr Unterstützung lieh, besetzte der Bischof den kleinen Ort während des Krieges von 1665 kurzerhand unter dem Vorwand militärischer Notwendigkeit. Nach erfolglosen Protesten der Gegenseite entspann sich einer jener Reichskammergerichtsprozesse, in denen Urteile erst nach Jahrzehnten gefällt zu werden pflegten. Um schneller zu einem sicheren Ziel zu gelangen, schlug der Bischof nunmehr die Abtretung der Lehnshoheit über Gemen als Kaufpreis für die Zulassung Brandenburgs zum Kreisdirektorium vor. Der Kurfürst lehnte

¹ Chr. Bernh. an B. v. Wydenbrück, 24. 3. 1666: MLA. 468, 202.

den Antrag ab und verlangte den sofortigen Abzug der münsterischen Truppen aus Gemen². Mit der Ausrede, in dieser »gemeinen Landsach« der Zustimmung des Domkapitels zu bedürfen, suchte der Bischof Zeitgewinn. Inzwischen kam der Erbvergleich zwischen Brandenburg und Pfalz-Neuburg ohne münsterische Mitwirkung³ zustande. Der Glückwunsch des Bischofs zum Abschluß bedeutete, wie er später betonte, keine Anerkennung des Vertrages.

Auf einer im Herbst 1666 abermals in Dorsten zusammengetretenen Konferenz sträubten sich die münsterischen Gesandten hartnäckig gegen die Einberufung eines Kreistages, den die anderen zur Abwendung der schwedischen Gefahr für notwendig hielten. Die Einberufung hätte die Zustimmung des Bischofs zur Aufnahme Brandenburgs in das Direktorium vorweggenommen. So kam es Münster ganz gelegen, daß der Kurfürst Verhandlungen über Gemen ablehnte und die Konferenz zur Ergebnislosigkeit verdammt⁴. Auch auf der Frühjahrskonferenz in Hamm sahen die Brandenburger bald, daß der Bischof von Münster sie abermals unter Vortäuschung von Kreistagsvorbereitungen an den Verhandlungstisch gelockt hatte, um seine Gemener Pläne weiterzutreiben⁵. Selbst der Pfalzgraf, an sich geneigt, den münsterischen Ansichten beizupflichten, grollte über die böswillige Hartnäckigkeit der Münsteraner⁶. Sein Wunsch, einen Kreistag zum 15. Juni einzuberufen, fand keine Berücksichtigung⁷.

² Kurf. Friedr. Wilhelm an Chr. Bernh., 21. 4. 1666: MLA. 468, 202.

³ Der münst. Gesandte B. v. Wydenbrück reiste noch vor Abschluß des Vergleichs zur Konferenz in Nordhorn ab.

⁴ Im Dezember 1666 erläuterte Wydenbrück in Düsseldorf eingehend den münsterischen Standpunkt und vereinbarte mit dem Pfalzgrafen eine neue Konferenz zum 15. 3. 1667 in Hamm. Das Domkapitel lehnte von vornherein die Teilnahme an dieser Konferenz ab. Prot. v. 7. 1. 1667: DK. Prot. 32 Bl. 15.

⁵ Die Brandenburger beklagten sich am 24. 3., daß der Bischof wegen des Kreistags »tergiversiere« und baten, »es möchte doch wegen Gemen der Kreistag nicht aufgehalten, sondern propter commune bonum festgestellt werden« (MLA. 468, 204). – Wydenbrück bestritt, daß ein besonderer Anlaß zum Kreistag vorläge. Die allgemein bedrohliche Lage gehöre vor den Reichstag. Um die Direktorialfrage von der Tagesordnung zu verdrängen, schob Wydenbrück Grenzstreitigkeiten und die Lippschiffahrt in den Vordergrund (Nebeninstruktion v. 14. 3. 1667: MLA. 468, 204. Chr. Bernh. an die Gesandten in Hamm, 22. 3. 1667: Ebd.). – Für Gemen erhoben die Brandenburger Gegenforderungen auf münsterische Lehen in brandenburg. Landen. Wydenbrück sagte Bericht an den Fürsten zu, da er wußte, daß dieser dem Austausch grundsätzlich zustimmte (Instrukt. v. 13. 3. 1667: MLA. 468, 204). Der brandenburg. Versuch, Gemen als nicht in Verbindung mit der Kreisdirektorialfrage hinzustellen, scheiterte am münsterischen Widerstand. Im übrigen hoffte der Bischof auf Einwände der anderen Kreisstände gegen die Einführung eines neuen Kondirektors (die münst. Gesandten an Chr. Bernh., 18. 3. 1667: Ebd.)

⁶ Der Pfalzgraf war besonders darüber erbost, daß die münst. Gesandten auch ihm ein Äquivalent für die Abänderung des Kreisdirektoriums zumuteten. Wie Blaspeil dem Kurfürsten am 29./19. 3. 1667 aus Kleve berichtete, neigte der Pfalzgraf dazu, ohne Hinzuziehung des Bischofs allein mit Brandenburg einen Kreistag auszusprechen. »Die Ursachen sonsten, warumb Münster zu keiner Kreisversammlung solle verstehen wollen, vermeinet man diese zu sein, daß Ihre fstl. Gnd. neue Konzepten und Anschläge haben, welche der Kreis nicht approbieren würde, sie auch mehr Respekts zu haben vermeinen, als lang der Kreis in itzigem verwirrten Zustande verbleibet, und von ihren Untertanen alles, was nur davon erzwungen werden kann, zu bekommen wüßten« (DZA., Rep. 34 Nr. 244m).

⁷ Die Verhandlungen endeten nach 14 Tagen ergebnislos. Besprechungen über die Schiffbarmachung der Lippe sollten am 27. 3. in Lippstadt fortgesetzt werden. – Wydenbrück hatte bemerkt, daß Generalmajor v. Spaen, Leiter der brandenburg. Delegation, zum Aufbruch drängte, um der Kurfürstin entgegenzureisen. So konnte er mit ruhigem Gewissen eine Fortsetzung der Verhandlungen fordern, ohne befürchten zu müssen, daß die Gegenseite darauf einging (Wydenbrück an Chr. Bernh., 27. 3. 1667: GA. II C II 4).

Aber auch der Bischof erzielte mit seiner negativen Haltung keinen Erfolg. Die Gemener Sache kam nicht voran, und schließlich wäre es eine Selbsttäuschung gewesen, an die Möglichkeit einer dauernden Verschleppung des Kreistages gegen den Willen Brandenburgs und des Pfalzgrafen zu glauben. Anfang Juni 1667 suchte Bernhard von Wydenbrück durch Vereinbarungen mit dem Pfalzgrafen der festgefahrenen münsterischen Politik Luft zu verschaffen. Er schob die Schuld an dem bisherigen Nichtzustandekommen eines Kreistages auf die brandenburgische^{7a} Weigerung, Gemen als Äquivalent herauszugeben, und regte deshalb an, bei allen weiteren Verhandlungen eine Verständigung des Bischofs mit dem Pfalzgrafen vorhergehen zu lassen und gegenüber Brandenburg aus einem Munde zu sprechen, während der Konferenz aber gemeinsame Gespräche zur Vermeidung allen Mißtrauens zu unterlassen.

In der größten Sorge fühlten sich der Bischof und der Pfalzgraf einig: Beide wünschten lieber gar keinen als einen protestantischen Kreisobristen. Angesichts der Mehrheitsverhältnisse im Kreise ließ sich jedoch voraussehen, daß die Besetzung des Obristenamtes kaum in katholischem Sinne gelingen würde. Um zu retten, was zu retten war, regte der Bischof die Zerschlagung des Reichskreises an⁸. In den zu bildenden drei Distrikten sollte jeder ausschreibende Fürst zu seinem Teil die Verteidigung mit 3000 Fußknechten und 1000 Reitern⁹ übernehmen und die übrigen Stände nach Verhältnis zum Beitrag veranlassen. Offensichtlich wollte er sich lieber auf einen sicheren kleineren Teil zurückziehen, als dem Ganzen Opfer bringen¹⁰.

Die merkwürdige Übereinstimmung der vom Bischof angestrebten Verteidigungsstärke in den Kreisdistrikten mit den zur gleichen Zeit in Verhandlungen mit Gomont genannten Zahlen läßt erkennen, daß dem Bischof sowohl beim Teilungsplan als auch beim französischen Vertrag als Nahziel die Beseitigung der militärischen Fesseln des Klever Vertrages vor Augen schwebte. Sicherheitsbedürfnisse des Reiches oder ein nicht gegen die Niederlande gerichtetes Bündnis berechtigten ihn ja zur Vermehrung seiner Armee über die in Kleve gesetzten Grenzen hinaus. Da der Bischof aber schon vor Einberufung eines Kreistags mit Werbungen begann, breitete sich in Den Haag ein verständliches Mißtrauen aus, zumal über den Charakter der neuen Beziehungen des Bischofs zu Frankreich kaum ein Zweifel herrschte¹¹.

Mit dem eigenartigen Teilungsplan stieß Wydenbrück in Düsseldorf auf wenig Gegenliebe. Vom Pfalzgrafen im Stich gelassen und von Kurfürst

^{7a}Über die Gesandtschaft Ledeburs an den Bischof vgl. UA. 12 S. 707 ff. Rekreditiv des Bischofs, St. Ludgersburg 19. 6. 1667: Ebd.

⁸Instruktion für Wydenbrück v. 5. 6. 1667: MLA. 468, 204. Isaacson S. 88.

⁹Von Köln aus beobachtete Gomont argwöhnisch die Vorgänge im Westfälischen Kreise. Wydenbrück fand sich auch bei ihm ein und unterbreitete neue Truppenangebote. Nicht zufällig stimmte die Zahl von 3000 Fußknechten und 1000 Reitern, die er nannte, mit dem Quantum des Teilungsplans für den Reichskreis überein. Gomont an Lionne, Köln 12. 6. 1667: CC. 4 Bl. 89.

¹⁰Das freundliche Entgegenkommen Wydenbrücks am Düsseldorfer Hof diente natürlich auch der Vorbereitung der Koadjutorwahl. Wie sorgenvoll der Gedanke an einen Kreistag den Bischof stimmte, beweist der Wydenbrück nachgeschickte Brief, in dem er dem Gesandten streng befahl, sich in diese Frage nicht einzulassen und den bevorstehenden münsterischen Landtag (eröffnet durch die Proposition vom 14. 6. 1667: MLA. 490, 147) als Hinderungsgrund vorzuschieben.

¹¹Protest der Generalstaaten v. 21. 6. 1667 an den Kaiser und den König von Frankreich (MLA. 473, 54). Chr. Bernh. antwortete seiner Gewohnheit nach mit Gegenvorwürfen. Im Schr. v. 28. 6. an Franz Egon v. Fürstenberg warf er den

Friedrich Wilhelm immer stürmischer zur Einberufung eines Kreistags gedrängt¹², bequeme sich der Bischof schließlich dazu, einer vorbereitenden Konferenz in Neuß zuzustimmen, auf der dem Kreistag die Wege geebnet werden sollten¹³.

Die Anfänge der in den ersten Julitagen aufgenommenen Besprechungen verießen wenig Erfolg¹⁴. Die Gesichter der brandenburgischen Gesandten verrieten kühle Ablehnung, und nur dem Eintreten der pfalz-neuburgischen Räte Snellen und Caspars war es zu verdanken, daß die Besprechungen in Gang kamen. In wenigen Tagen einigte man sich darauf, Gemen gegen alle münsterischen Lehren in brandenburgischen Gebieten auszutauschen, vorbehaltlich der fürstlichen Ratifikation¹⁵. Mit Recht empfand Wydenbrück Stolz über das Erreichte. Er wußte, welchen Wert sein Herr auf Ausschaltung des brandenburgischen Einflusses in einem festen Platz mitten im Münsterland legte. Die Einberufung eines Kreistages sollte erst dann möglich sein, wenn die brandenburgische Ratifikation ausgehändigt wurde¹⁶. Nachdem noch in aller Eile der Direktorialvergleich unter Dach und Fach gebracht war (11. 7. 1667)¹⁷, eilte Wydenbrück zu neuen Aufgaben nach Köln. Innerhalb von 5 Wochen sollten beide Verträge die Ratifikation erhalten¹⁸.

Angesichts der schweren Wetterwolken, die in den südlichen Niederlanden aufzogen, konnte schwerlich der Glaube bestehen, das schwierige Kreiseinigungs-werk doch noch zum Ziele zu führen. Frankreich machte kein Geheimnis daraus, daß es darin eine Beeinträchtigung seiner Bündnisse mit deutschen Fürsten sah. Der Bischof von Münster rechnete zu den französischen Verbündeten¹⁹. Wollte er sein Bündnis mit Frankreich am Leben erhalten, so mußte er auf die Kreiseinigung verzichten²⁰. Die geplante Kreisverfassung sollte gegen äußere Feinde schützen. Kam die Gefahr von Frankreich, so war ihr Einsatz »undienlich und

Holländern vor, 32 Regimenter an die Grenze verlegt zu haben. »Und hat es das Ansehen, samt seien sie des Friedens mit Engeland versichert und gemeint, alsdann ihren Benachbarten alter Gewohnheit nach hinwieder beschwerlich zu fallen« (MLA. 541 I).

¹² UA. 12 S. 707 ff.

¹³ Chr. Bernh. an Philipp Wilhelm, 22. 6. 1667 (Antwort auf Schr. v. 17. 6.): MLA. 468, 204. Chr. Bernh. an Franz Egon, 23. 6. 1667: MLA. 541 I.

¹⁴ Wydenbrück traf als erster am 6. 7. in Neuß ein. Wydenbrück an Chr. Bernh., 7. 7. und 10. 7. 1667: GA. II C II 4 und MLA. 468, 207.

¹⁵ Vertrag v. 11. 7. 1667: MU. 4594. Ratifikation Chr. Bernhards v. 8. 8. 1667, nicht ausgetauscht.

¹⁶ Brandenburg und Pfalz-Neuburg wollten den Kreistag schon am 20. 8. in Dortmund, Münster oder Köln abhalten (Wydenbrück an Chr. Bernh., 12. 7. 1667: MLA. 468, 207). Wydenbrück rechnete erst für Mitte September mit dem Kreistag, aber die Brandenburger verstanden es, den 20. August als Termin festzulegen, bei dessen Nichteinhaltung die brandenburg. Unterschrift ungültig sein sollte. Im pfalz-neuburg. Revers vom 11. 7. 1667 wurde bestimmt, daß die brandenburg. Unterschrift auch dann ungültig sein sollte, wenn der Bischof von Münster das Kreisauschreiben nicht unterzeichnete (DZA., Rep. 34 Nr. 244 m).

¹⁷ Münster ratifizierte den Direktorialvergleich ebenfalls am 8. 8. 1667: MLA. 468, 207.

¹⁸ Isaacson S. 88 f.

¹⁹ Isaacson S. 89 irrt, wenn er Pfalz-Neuburg als im Vertrag mit Frankreich stehend bezeichnet. S. unten Kap. 30.

²⁰ Der Komtur F. Korff-Schmising wies darauf hin, daß Frankreich aufmerksam beobachte, »de quel façon nous exécuterons ce que nous avons promis« (3. 7. 1667: GA. II C II 5). Dazu gehörte nicht nur die militärische Seite. Ludwig XIV. forderte von seinen Verbündeten auch politische Leistungen.

der Allianz directe zuwider«. Gegen Holland bedeutete die ganze, im Grunde schwächliche Bemühung des Kreises keinen Schutz. Folgerichtig schloß der Bischof, daß nur der engere Rheinische Bund mit Frankreich Sicherheit gewähre, mit der Kreisverfassung, die überdies das Bündnis in Frage stelle, aber kein Staat zu machen sei. Seine Maßnahmen zielten also darauf hin, mit allen Mitteln das Zustandekommen eines Kreistages zu verhindern²¹.

30. KAPITEL

BUNDESKONFERENZ UND KREISTAG ZU KÖLN (JULI BIS OKTOBER 1667)

Anfang Juli 1667 trat in Köln die Versammlung zusammen, auf der Frankreich die Tragfähigkeit seines neuen Bündnissystems in Deutschland prüfen wollte. Ludwig XIV. durfte mit dem Ausgang des Neußer Tages zufrieden sein: Der Bischof von Münster hatte entsprechend seinen Verpflichtungen aus dem Verträge von St. Germain die allseits ersehnte Einigung und Verfassung des Westfälischen Kreises hintertrieben. Der König zweifelte nicht daran, daß Christoph Bernhard seine Pflicht, einen Zug kaiserlicher Völker nach Brabant und Flandern zur Entlastung der Spanier mit vier- bis fünftausend Mann zu verhindern, erfüllen würde¹. Er kannte die Wirksamkeit seines Geldes bei den armen deutschen Vettern nur zu gut, zumal seine Forderungen nicht unbillig erschienen. Die Bevölkerung im Rheinland und Westfalen bewahrte noch immer die Erinnerung an jahrzehntelange Übergriffe und beispiellose Grausamkeiten des spanischen Militärs. Nach der Anschauung der meisten Reichsfürsten handelte es sich bei dem französischen Angriff auf die Spanischen Niederlande um keine Verletzung des Reichsgebiets, obgleich die südlichen Niederlande rechtlich noch einen Teil des Römischen Reiches bildeten. Bezeichnenderweise warnte Philipp Wilhelm von Pfalz-Neuburg, sich in Kriegshändel Dritter einzumischen, ohne der Reichszugehörigkeit der angegriffenen Länder im geringsten zu gedenken. In Münster vertrat man ähnliche Ansichten. Niemand wünschte in den Untergang der absteigenden Weltmacht Spanien hineingerissen zu werden.

²¹ Chr. Bernh. an Wydenbrück, 11. 7. 1667: »Wir sehen gar wohl, daß es endlich zum Kreistag kommen müsse, weiln aber auch die vorangeführte Rationes die Ausstellung desselben billig nachführen, so hätte man selbige hoch aufzuziehen«. Daß der Zusammentritt des Kreistages nur von der Einwilligung Brandenburgs zum Verzicht auf Gemen abhängt, war als Behauptung ein reiner Kunstgriff von münsterischer Seite (MLA. 468, 207). – Die noch ganz ungeklärte Frage der Bestellung eines Kreisobristen hatte bei geringen Aussichten der katholischen Seite ebenfalls wenig Verlockendes an sich. Vgl. die Denkschrift Blaspeils vom 12. 7. 1667, die sich ungewöhnlich scharf gegen den Bischof ausspricht und Möglichkeiten, sich notfalls auf Grund einer kaiserl. Kommission seiner Person zu bemächtigen, in Erwägung zieht (UA. 12 S. 727 f.). Droysen III 3 S. 131 f.

¹ Ludwig XIV. an Gravel, Tournai 25. 6. 1667: CA. 232 Bl. 82.

Trotzdem erfüllten die französischen Pläne, ein Heer von 15 000 Mann durch Deutschland nach Polen zu führen, den münsterischen Hof mit Besorgnis. Mit welchem Recht sollte man einem kaiserlichen Heer den Durchzug nach Brabant sperren, wenn man den französischen Durchmarsch nach Polen gestattete? Gomont mußte sich diesen Einwand anhören² und nahm mit geringer Freude davon Kenntnis, wie der Bischof sich den Ausweg aus diesem Dilemma vorstellte. Ein Gremium angesehenen Reichsfürsten sollte die Vermittlung zwischen den streitenden Kronen übernehmen. Gelang die Wiederherstellung des Friedens, so sah man sich dem peinlichen Zwang entronnen, einem kaiserlichen Heer in den Weg zu treten, und genoß trotzdem den Segen französischer Subsidien. Trotz des fast unüberbrückbaren Gegensatzes zwischen Spanien und Frankreich und der Entschlossenheit Ludwigs XIV. in der Verfolgung seines Zieles entbehrte der Vermittlungsplan nicht einer gewissen Aussicht auf Erfolg. Der Krieg stellte im 17. Jahrhundert nur ein Mittel der Diplomatie dar. Er schloß bei Erreichung des politischen Ziels von selbst ein und richtete sich niemals auf gänzliche Vernichtung des Gegners. Der Gedanke, der Allerchristlichste König und Ihre Katholische Majestät könnten einen Kampf auf Leben und Tod antreten, war absurd. Trennende sachliche Streitpunkte ließen sich durch Verhandlungen, am besten auf dem Vermittlungswege, beilegen.

Den Bischof von Münster beunruhigte als französischen Verbündeten und als Katholiken der Streit ganz besonders³. Er entfaltete eine umfangreiche diplomatische Tätigkeit, wie er sie seit dem Konflikt mit der Stadt Münster nicht mehr betrieben hatte. Um größeres Gewicht zu gewinnen, entsandte er Matthias Korff-Schmising an den hannoverschen Hof, mit dem Ziel, Herzog Johann Friedrich für eine gemeinsame katholische Vermittlung zu gewinnen. Leider traf der Gesandte in der Audienz vom 10. Juni auf verlegenes Schulterziehen und manche spitze Bemerkung. Der Herzog redete sich mit seiner geplanten Reise zum Kurfürsten von Mainz heraus, vor der er keinen Entschluß fassen wollte. Die Bildung einer bewaffneten katholischen Partei schien ihm zu bedenklich und nur geeignet, protestantische Rüstungen hervorzurufen. Nicht ganz zu Unrecht verwies er auf die Unruhe in den Vereinigten Niederlanden über die Rüstungen des Bischofs nach der mißglückten Gesandtschaft Amerongens in Münster⁴. Anzüglich spielte er auf die dem Bischof zufließenden Gelder aus Paris an. Er selbst erhalte nichts und brauche deshalb auch Frankreich nicht zu dienen. Osterreich liege ihm mehr am Herzen⁵.

² Instruktion für B. v. Wydenbrück, 5. 6. 1667: MLA. 468, 204.

³ Obgleich dem Bischof eine Reise nach Bentheim mit dem Ziel, Graf Ernst Wilhelm zur kathol. Konfession herüberzuziehen, sehr am Herzen lag, sagte er am 7. 6. den Besuch ab, um die Kölner Konferenz vorbereiten zu können (MLA. 59, 2). Der Brief an Papst Clemens, veröffentlicht von Cornelissen, verrät die Sorgen des Bischofs.

⁴ Der Bischof entzog sich dem Gesandten beharrlich durch Hin- und Herreisen im Lande und begründete das seltsame diplomatische Verfahren damit, es sei besser gewesen, dem Besuch überhaupt zu entgehen, als das von Amerongen angetragene Bündnis abschlagen zu müssen. M. Korff-Schmising an Chr. Bernh., 11. 6. 1667: GA. II C II 5.

⁵ Joh. Friedrich trug sich damals mit dem Plan einer österreichischen Heirat, über den Christoph Bernhard wenig Freude empfand. Die Prinzessin aus dem Hause des Erzherzogs von Innsbruck war zu jung und so klein, daß man füglich zweifeln konnte, ob sie in der Lage war, Kindern das Leben zu schenken. Dem Katholizismus in Norddeutschland konnte diese Heirat eher zum Nachteil ausschlagen, da Hannover bei kinderloser Ehe Johann Friedrichs wieder an eine evangelische Linie des Welfenhauses fallen mußte.

Der Mißerfolg schmerzte den Bischof um so mehr, als er auch in der Koadjutorsache gern auf die Freundschaft eines katholischen Fürsten gegenüber Kurköln gerechnet hätte. Auf sich allein gestellt, betrachtete er das Drängen Franz Egons auf Beginn der Kölner Konferenz⁶ mit mehr Sorge als Genugtuung. Aber auch aus militärischen Gründen wäre ihm die Verbindung mit Johann Friedrich erwünscht gewesen. Wenn die Holländer bei längerer Kriegsdauer auf die Seite der Spanier treten – und daran zweifelte er nicht – und die Gelegenheit benutzen sollten, auch dem Stift Münster einen Hieb zu versetzen⁷, so hätte Johann Friedrich die Kräfte seiner protestantischen Brüder binden können. Andernfalls bestand die Gefahr, in dieselbe bedrohliche Lage wie vor dem Klever Frieden zu geraten.

Da sich der Herzog versagte, mußte Wydenbrück ohne diese Rückenstärkung nach Köln reisen⁸. Er traf Gomont in größter Unzufriedenheit über die ständige Verzögerung des Rahmenvertrages mit Frankreich durch Kurmainz an, zumal Schönborn in dieser Hinsicht auch jetzt wieder ohne Instruktion erschien⁹. Erst als Dr. Bertram und ein kurtrierischer Gesandter eintrafen, erhellten sich die Mienen des Franzosen. Obgleich Christoph Bernhard der nutzlosen Teilnahme entlegener Fürsten am Bündnis wenig Geschmack abgewann, gab er sein Einverständnis zum Beitritt Triers.

Als am 16. Juli die Verhandlungen ihren Anfang nahmen, forderte Gomont nochmals einen Entschluß auf die Bitte seines Königs, 14 000 Mann zur Unterstützung Polens gegen die Türken und Tataren Durchmarsch zu gewähren und gleichzeitig jede Hilfeleistung aus dem Reich an die Spanischen Niederlande zu verhindern¹⁰. Er erhielt sofort die Antwort, daß eine Unterstützung Polens sich erübrige, da kein Türkenkrieg drohe, daß man aber Durchmärsche nach den Niederlanden verhindern und die Wiederherstellung des Friedens durch eine Vermittlung befördern wolle¹¹.

Diese im ganzen den französischen Wünschen Rechnung tragende Erklärung rief die Gegenseite auf den Plan. Der kaiserliche Gesandte Graf Sinzendorf verbarg seine Empörung nicht. Namens des spanischen Statthalters Castel Rodrigo rief Markgraf Hermann von Baden die Stände zu nationaler Geschlossenheit gegenüber den Eroberungsabsichten Frankreichs auf und forderte die eindeutige Feststellung, ob der König Reichsfeind sei oder nicht. Vorher dürfe der Rheinbund, durch den man sich selbst von der Vermittlung ausschließe, keine Verlängerung erfahren. Wenn nur 6 oder 7 Reichsfürsten dem König entschlossen die Stirn böten, werde er sich vor weiteren Angriffen hüten. Sonst müsse Spanien notgedrungen englische und holländische Hilfe erbitten oder sich unter Verlust der Niederlande mit Frankreich vergleichen. »Alsdann würde man sehen, was man gemachet«¹².

⁶ Franz Egon an Chr. Bernh., 15. u. 21. 6. 1667: MLA. 541 I.

⁷ F. Korff-Schmising an Chr. Bernh., 3. 7. 1667: GA. II C II 5.

⁸ Beglaubigungsschreiben Wydenbrücks, St. Ludgersburg 5. 7. 1667: MLA. 468, 207. Er wartete mit der Abreise, da die Rückkehr des Komturs Korff-Schmising aus Paris sich verzögerte. Seine schon vor Beginn der Neußer Verhandlungen mit Franz Egon und Gomont in Köln aufgenommene Fühlungnahme hatte nichts Bestimmtes ergeben. Wydenbrück an Chr. Bernh., 5. 7. 1667: GA. II C II 4.

⁹ Wydenbrück an Chr. Bernh., 7. 7. 1667: GA. II C II 4.

¹⁰ Gomont an die Stände des Niederrhein.-Westf. Kreises: MLA. 468, 208. Mignet II S. 178.

¹¹ Mignet II S. 178. Ennen I S. 189. Köcher I S. 532.

¹² Nach Wittes Tagebuch v. 22./12. u. 23./13. 7. 1667. Köcher ebd.

Zwar hinterließen die beschwörenden Worte des Markgrafen bei den Mitgliedern des engeren Bundes wenig Eindruck. Nur die braunschweigischen Gesandten schienen zu schwanken. Aber wenn auch Hermann von Baden keine so befriedigende Antwort erhielt wie Gomont, so bedeutete doch der Entschluß des Kurfürsten von Brandenburg, die Kölner Konferenz zu beschicken, neben der Zurückhaltung der Welfen eine Wendung. Das Ziel eines engeren Bündnisses der bisher versammelten Fürsten verschob sich nicht unmerklich¹³. Der ursprüngliche Sinn des beabsichtigten Bundes, die Einzelverträge von Kurmainz, Kurköln, Münster und Pfalz-Neuburg – dieser hatte bisher noch nicht abgeschlossen – mit einem Dach zu versehen, erfuhr durch die Absicht Brandenburgs, einem Bund von nur katholischen Reichsfürsten mit Frankreich vorzubauen, erste Behinderung. Daran änderte auch der Beschluß der 4 Fürsten vom 2. August¹⁴ nichts, den bisher mit Rücksicht auf Brandenburg, Braunschweig und Trier noch nicht vollzogenen Rezeß unter sich bereits als vollzogen zu betrachten. Als Frucht dieser Entwicklung kam am 22. August in Braunschweig eine neue »Verteidigungsallianz« zwischen Kurköln, Brandenburg, Braunschweig-Lüneburg und Hessen-Kassel zustande¹⁵. Die Kölner Beratungen wurden damit vorerst unterbrochen.

Christoph Bernhard spielte zu dieser Zeit bereits mit Plänen, die über das in Köln gesteckte Ziel hinausgingen. Der Gedanke, Holland werde bei Mißlingen der Friedensvermittlung in den Krieg eintreten, um dem Vordringen Frankreichs bis an seine eigene Südgrenze Einhalt zu gebieten, und damit erneut einen niederländisch-münsterischen Krieg heraufbeschwören, schlug am bischöflichen Hofe tiefe Wurzeln. Unleugbar reichten die eigenen Kräfte und die der deutschen Verbündeten nicht entfernt aus, um einen holländischen Angriff abzuwehren. Das zwischen Angst und Sehnsucht schwebende Zukunftsbild einer neuen Auseinandersetzung mit den Generalstaaten lenkte die Blicke des Bischofs immer wieder auf den im Augenblick allein möglichen Weg engen Anschlusses an Frankreich. Er erforderte jedoch eine Rüstung, die über das bisher Beabsichtigte erheblich hinausging. Während der Bischof auf Grund der Verträge 4000 Fußknechte und 1800 Reiter unterhielt, bot er Gomont jetzt die Anwerbung von weiteren 11 000 Fußknechten und 3100 Reitern gegen Subsidien an. Die Zahlen überschritten die gewohnten Größen derart, daß Gomont hinter ihnen sofort den Wunsch erkannte, nicht etwa die Verteidigung des Stifts zu sichern, sondern die Niederlande erneut anzugreifen¹⁶. Wie sollte der Argwohn der Holländer und der übrigen Nachbarn beschwichtigt werden, wenn ein kleiner Reichsfürst 20 000 Mann auf die Beine stellte?¹⁷ Gleichzeitig malte er Gomont die holländische Gefahr, nachdem d'Estrades in Den Haag angebliche münsterische Angriffsabsichten angedeutet hatte, sobald sie die Partei der Spanier ergriffen, in den schwärzesten Farben und behauptete, unter diesen Umständen dem König keinen einzigen Soldaten überlassen zu können, ohne sein eigenes Land in Gefahr zu stürzen. Offensichtlich spürte er wenig Lust, auch äußerlich als Helfer Frankreichs in Erscheinung zu treten. Von keinem Fürsten wurde damals in

¹³ Köcher I S. 533.

¹⁴ Gedruckt ebd. I S. 619 ff.

¹⁵ Moerner S. 318 ff. Köcher I S. 535.

¹⁶ Gomont an Lionne, 16. 7. 1667: CC. 4 Bl. 138.

¹⁷ Der Bischof führte die geheimen Verhandlungen mit Gomont nur mündlich und wagte nicht, sie der Feder anzuvertrauen. Gomont an Lionne, 20. 7. 1667: CC. 4 Bl. 138.

Wien¹⁸ und Regensburg so viel geredet wie von ihm. Manche Stimmen behaupteten, er werde gegen Frankreich ziehen, um sich das Bistum Cambrai zu sichern, andere, er sei ganz und gar französisch¹⁹.

In Paris verurteilte man die Ausgestaltung des Bündnisses durch den Bischof für Offensivzwecke gegen Holland. Lionne mußte Proteste van Beuningens entgegennehmen, in denen eine unumwundene Erklärung des Königs zu den münsterischen Rüstungen verlangt wurde. Innerlich gestand der Minister, wenn er auch die Proteste zurückwies, den Holländern Anlässe zur Besorgnis zu. Ludwig XIV. dachte den deutschen Verbündeten keine aktive Teilnahme am Kriege zu, sondern lediglich die Verhinderung eines österreichischen Anmarsches nach den Niederlanden. Ein selbständiges Eingreifen des Bischofs von Münster weitete den Krieg aus und schuf Frankreich nur neue Feinde. Es genügte, Holland durch die münsterische Drohung in Ruhe zu halten.

Unter diesen Auspizien sollte der in Neuß für den 20. August vereinbarte Kreistag zu Köln beginnen. Schon bei den Vorverhandlungen der Direktorialgesandten gerieten die Münsteraner mit den Brandenburgern in Streit²⁰. Letztere bemängelten, daß wegen Gemen noch die Rechte der Gräfin von Limburg-Styrum geklärt werden müßten und die münsterischen Lehenstücke für die Gegengabe nicht genügend spezifiziert seien. Dagegen lehnte Wydenbrück die Ratifikation des Direktorialvergleichs solange ab, bis der Vergleich über Gemen im Trockenem sei²¹. Zweifellos wären alle strittigen Einzelfragen in Sonder-

¹⁸ Der Kaiser erteilte am 4. 7. 1667 dem Freiherrn Heinr. Julius v. Blum Auftrag, sich nach Münster zu begeben, um Näheres über das Bündnis des Bischofs mit Frankreich zu erfahren. Blum erstattete am 2. 8. aus Hildesheim Bericht: Der Bischof mache keinen Hehl aus seiner Bindung an Frankreich, weil er nicht glaube, daß Spanien zu helfen sei. Er werde aber dem Kaiser und Spanien beitreten, wenn Ludwig XIV. seine Ansprüche zu hoch spanne (KRS. fasc. 362).

¹⁹ Dolberg an Bruchhausen, 4. 8. 1667: MLA. 473, 54. Chx. Bernh. an Gomont, 4. 8. 1667: CM. 2 Bl. 54.

²⁰ Entwurf der Proposition für den Kreistag, 17. 8. 1667, mit Bemerkungen Wydenbrücks. Die Hauptpunkte waren: Bewaffung des Kreises gegen äußere Angriffe, Durchzüge und Einquartierungen; Redintegration des Kreises; Belästigung des Kreises durch die sogen. Brabanter Goldene Bulle (MLA. 468, 208). – Von münsterischer Seite waren Johann Adolf Korff-Schmising, Domherr und Propst zu St. Mauritz, Joh. v. Raesfeld, Drost zu Dülmen, Bernh. v. Wydenbrück und Dr. Werner Zurmühlen, Geheime und Hofräte, abgeordnet. Vollmacht, Cloppenburg 13. 8. 1667: MLA. 468, 208. Dieselben, außer Zurmühlen, vertraten auch Corvey, hierfür außerdem Dr. Franz Ignaz v. Haase. Brandenburg wurde durch Blaspeil, Dr. Beyer und Pagenstecher vertreten.

²¹ Am 9. 8. 1667 bestätigten die kleve-märkischen Räte dem Kurfürsten den Eingang der Ratifikation des Rezeses über das Kreisdirektorium. »Nun sollten wir zwar dieselbe gnädigst befohlenermaßen gehörigen Orts extradieren, dieweilen aber uns die zu Neuß gewesene Kommissarien den Bericht geben, wie daß dieser Rezeß aus dem Nürenbergischen, Durstischen und Erbvergleich zusammengetragen, ohne Ratifikation gesetzt und nur versprochen worden, solchen Rezeß unter allerseits gnädigster Herren Prinzipalen hoher Hand und Insiegel innerhalb 5 Wochen Zeit gegeneinander auszuwechseln, da dieser Vergleich als eine längst abgetane Sache gehalten, und als der fürstlicher münsterischer Abgeordneter deme kontradizieren wollen, derselbe convinzieret und der Neußischer Rezeß pure durchgetrunen und ausgefertigt worden, so geraten wir in die besorgliche Gedanken, wofern dieser Rezeß per modum ratificationis ausgewechselt werden sollte, daß des Herren Bischofs zu Münster fürstl. Gnd. Gelegenheit suchen möchte, mit seiner Ratifikation einzuhalten, bevorab da der Gemescher Rezeß von Ew. kurfürstl. Durchl. nicht ratifizieret wird, womit Ihre fürstl. Gnd. den Kreistag bishero aufgehoben und das Direktorium disputieret hat, da im widrigen Fall, wann der Rezeß von Ew.

besprechungen beider Parteien zu klären gewesen, aber dagegen sträubte sich Pfalz-Neuburg mit Händen und Füßen. Entrüstet über die Vorkommnisse bei der münsterischen Koadjutorwahl, dachte der Pfalzgraf sogar daran, den Kreistag ohne den Bischof, allein mit Brandenburg, einzuberufen²². Mit neuburgischer Unterstützung gelang es den Brandenburgern schließlich, die Münsteraner zur endgültigen Abhandlung der Gemener Streitfrage zu bewegen, um zum eigentlichen Kreistag vorzudringen²³. Unter dem Druck der meisten Kreisstände gab der Bischof zwar nach, aber er blieb fest entschlossen, dem Kurfürsten seinen Sieg²⁴ zu vergällen²⁵. Angesichts dieses Verhaltens riet der inzwischen in Köln eingetroffene brandenburgische Hauptgesandte, Freiherr von Spaen, dem Bischof von Münster entschlossen das Handwerk zu legen, indem man ihm das Schicksal Herzog Karls von Lothringen bereite, »sonsten möchte . . . zu befahren sei, daß die Kontagion soweit einreißen dürfte, daß sie uns gar verzehren und wir also an den Franzosen würden sterben müssen«²⁶.

Im Mittelpunkt des endlich am 17. September beginnenden Kreistages stand die sehr unterschiedlich beurteilte Kreisverfassung²⁷. Christoph Bernhard bewegte damals noch der Streit um die Koadjutorwahl, in deren Verlauf ihm Kurköln mit dem Kriege gedroht und Pfalz-Neuburg ihn mit Unfreundlichkeiten bedacht hatte. Stimmte er jetzt einer starken Kreisverfassung zu, so bekamen beide Herren²⁸ ein Heer in die Hand, das ihnen zur Verwirklichung ihrer

kurfürstl. Durchl. pure unterschrieben wird, man dieses Inkonvenient nicht zu befahren hat« (DZA., Rep. 34 Nr. 244^m). – Wydenbrück bestritt, daß wegen Gemen überhaupt noch etwas zu klären und daß die Herrschaft widerrechtlich durch münsterische Truppen belegt sei. Mit besonderer Zähigkeit wurde über den Wert der münsterischen Austauschlehen gestritten. Wydenbrück versuchte den niedrigeren Gesamtwert dadurch zu steigern, daß er behauptete, Brandenburg gewönne viele neue Vasallen, Münster nur einen. Der Bischof könne von dem Neußer Vergleich nicht abgehen (Chr. Bernh. an die Kreistagsgesandten, 5. u. 8. 9. 1667: R., A 210), weil die Ansprüche Brandenburgs auf eine gleichhohe Entschädigung für Gemen außer acht ließen, daß der Bischof dieses ja als Äquivalent für die Zulassung Brandenburgs zum Direktorium betrachte.

²² Die pfalz-neuburgischen Räte übernahmen eine Brandenburg wohlwollende Vermittlung im Streit um Gemen (29. 8.). Phil. Wilhelm an seine Gesandten, Hambach 20. 8. 1667: NWKA. VIII 14 V 1. Nach Brandenburg. Angaben gehörten zu Gemen etwa 90 Höfe, 200–300 Kotten und 600–700 Dienstleute, was jährl. Einkünfte von 8000 Rtl. bedeutete, woraus sich ein Kapital von 200000 Rtl. für das Dominium utile und 100000 Rtl. für das Dominium directum ergaben (MLA. 468, Nachtr. B 57).

²³ Besonders die Mahnung der übrigen Stände, am 10. 9. durch einen Paderborner Sekretär vorgebracht, nun endlich den Kreistag zu eröffnen, veranlaßte den Bischof, der wohl wußte, daß die Sympathien der meisten Stände Brandenburg galten, zum Nachgeben (Chr. Bernh. an die Gesandten zum Kreistag, 12. 9. 1667: R., A 210). Der Bischof erklärte sich bereit, Gemen notfalls für bares Geld anzukaufen.

²⁴ Christoph Bernhard führte den Erfolg des Kurfürsten hauptsächlich auf den Wunsch des Pfalzgrafen zurück, für seine polnischen Bestrebungen brandenburgische Unterstützung zu finden. Wydenbrück und Zurmühlen an Chr. Bernh., 13. 9. 1667: R., A 210.

²⁵ Spaen an Schwerin, 12. 9. 1667: UA. 12 S. 811.

²⁶ Isaacson S. 91.

²⁷ Bei der Eröffnung des Kreistages wahrte Wydenbrück die münsterischen Rechte durch einen Protest. Wydenbrück an Chr. Bernh., 16. 9. 1667: MLA. 468, 209.

²⁸ Kurköln war zwar selbst nicht Mitglied des Niederrhein.-westf. Kreises, jedoch gehörte der Kurfürst diesem als Bischof von Lüttich an.

Rachepläne dienlich sein konnte, zumal der Landtag zu Hambach dem Pfalzgrafen erhebliche Rüstungsgelder bewilligte²⁹. Schon arbeitete Wydenbrück darauf hin, die Bewaffnungsfrage auf das nächste Jahr zu verschieben, als die Meinung des Bischofs urplötzlich umschlug. Gerade jetzt erhielt er die – zwar unbestätigte – Meldung, Brandenburg habe die französische Partei ergriffen³⁰. Ein Gefühl der Sicherheit breitete sich nach dem bisherigen unsteten Schwanken am Hofe aus, verstärkt durch einen Brief Lionnes voller beruhigender Versicherungen für den Fall eines Angriffs der Generalstaaten auf den Bischof³¹.

In eben den Tagen, als die Vorbereitung des Kölner Kreistages anhub, traten auch die Gesandten der engeren rheinischen Verbündeten in Köln zu geheimen Besprechungen zusammen, um ihre Sonderbündnisse mit Frankreich zu einem einheitlichen Werk zu verbinden. Der Braunschweiger Bund vom 22. August hatte einen argen Strich durch ihr Konzept gemacht und sie gezwungen, den Bundesvertrag vom 31. August in einer ursprünglich nicht in dieser Form geplanten Fassung abzuschließen. Der Bischof von Münster zeigte sich so ziemlich als einziger mit dieser Änderung zufrieden. Der öffentliche Vertrag³² verlängerte die Bündnisse der Kurfürsten von Mainz, Köln und Trier, des Bischofs zu Münster und des Pfalzgrafen zu Neuburg mit Frankreich und Schweden um weitere 3 Jahre³³. Die deutschen Fürsten beschloßen außerdem ein engeres Verhältnis zu tatkräftiger Hilfe. Das Bundesheer umfaßte 14 000 Fußsoldaten und 4200 Reiter. In einem geheimen Nebenreiß vom 2. September³⁴ vereinbarten sie – außer Kurtrier – für den Notfall eine besondere Hilfe, wozu

Kurmainz	3000 Fußknechte und	500 Reiter,
Kurköln	4000 Fußknechte und	1400 Reiter,
Münster	4000 Fußknechte und	1800 Reiter,
Pfalz-Neuburg	3000 Fußknechte und	500 Reiter

stellten. Damit wurde Münster zum stärksten Faktor des Beistandsbündnisses.

Ungeachtet der kräftigen Maßnahmen entsprachen die erreichten Sicherungen nicht den geheimen Wünschen des Bischofs. Für ihn blieb das Bündnis mit Frankreich ein notwendiges Übel, an dessen Stelle er weit lieber eine wirksame Kreisverfassung unter einem katholischen Kreisobristen und maßgebendem münsterischen Einfluß im von einem tatkräftigen Kaiser aus habsburgischem Hause

²⁹ Die Weisung empfand Wydenbrück als unbequem (Wydenbrück an Chr. Bernh., 23. 8. 1667 und Antwort vom 27. 8. 1667: MLA. 468, 208). Er vertraute jedoch auf die geringe Lust der kleineren Stände zur Bewaffnung, die eine Verschiebung der Rüstung auf das nächste Jahr freudigen Herzens unterstützt hätten (Wydenbrück an Chr. Bernh., 3. 9. 1667: Ebd.).

³⁰ Chr. Bernh. an Wydenbrück, 15. 9. 1667. In Wirklichkeit eilte die Meldung den Tatsachen voraus. Die Verständigung zwischen Ludwig XIV. und Kurf. Friedr. Wilhelm erfolgte nach Millets Vorbereitungen seit Oktober 1667 erst im Vertrag vom 15. 12. 1667. Droysen III 3 S. 114 ff.

³¹ Chr. Bernh. an F. Korff-Schmising, 15. 9. 1667: MLA. 543 I.

³² MU. 4597.

³³ Eine Verlängerung des Rheinbundes bedeutete das jedoch nicht. Ihm gehörten noch andere Fürsten an. Die Verhandlungen über dessen Verlängerung liefen in Regensburg. Dort war man »übel zufrieden«, daß der Bischof niemand dazu bevollmächtigte. Da vor Ablauf des Bündnisses keine Einigung erzielt wurde, erfolgte eine vorläufige Verlängerung um 6 Wochen. Dolberg an Bruchhausen, 29. 9. 1667: MLA. 473, 55.

³⁴ MU. 4597. Entwurf aus dem Juli in MLA. 480, 39.

gelenkten Reiche gesehen hätte. Zu seinem Leidwesen vermißte er in Wien die Entschlossenheit zu einer klaren katholischen Politik. Gerade jetzt vernahm er, daß der Kaiser bei weltlichen und protestantischen Reichsständen Anlehnung suche, weil »die katholischen Geistlichen mehrers auf Frankreich als Spanien und Oesterreich inklinieren wollen«³⁵. Mußte er sich nicht mitschuldig an dieser Entwicklung fühlen, da nicht das Letzte versucht worden war, mit dem Kaiser in ein unerschütterliches Verhältnis zu kommen?

Wenig befriedigten ihn auch die Beziehungen zu Brandenburg, die für den Fall eines neuen Konfliktes mit den Generalstaaten entscheidende Bedeutung besaßen. Erfreulicherweise näherte sich Brandenburg zwar den Franzosen, aber zwischen Kurfürst und Bischof klappte ein tiefer Abgrund. Christoph Bernhard konnte nicht verwinden, daß jener in das Kreisdirektorium eingedrungen war, ohne die geringste Entschädigung zu zahlen. Wollte der Bischof den Kreis nicht überhaupt lahmlegen, so erwies sich jeder Protest gegen den »Intrusus« als wirkungslos³⁶. Die Stellung des Bischofs im Kreis bei seinem Regierungsantritt, als er das Direktorium noch allein führte, hatte eine merkbliche Schwächung erfahren. Der ersehnte Gewinn von Gemen schien ihm endgültig entgangen³⁷.

Nach dem Eindringen Brandenburgs ins Direktorium neigte der Bischof zum Widerruf seiner Zustimmung zur Kreisverfassung³⁸. Er erteilte Wydenbrück den Auftrag, den Kreistag zum Scheitern zu bringen³⁹. Aber auch Brandenburg bewies wenig Interesse daran, den katholischen Fürsten Westfalens und am Niederrhein zu starken Rüstungen zu verhelfen. So beschloß die Majorität⁴⁰, ein Duplum der Essener Matrikel als Kreisverfassung einzurichten⁴¹. Das Kreisheer umfaßte danach 1400 Fußsoldaten und 600 Reiter⁴², wovon noch ein Drittel für ständige Besatzungen der Festungen abging. Angesichts dieser entmutigenden Schwäche gab sogar der Bischof den Widerstand auf. Die lächerliche Armee konnte niemandem nützen noch schaden, zumal ihre Vereinigung erst im Notfall erfolgte⁴³. Am liebsten wäre ihm noch immer die Aufteilung des Kreises in 3 Distrikte gewesen, von denen freilich der eigene die Hälfte, der pfalz-neuburgische und brandenburgische je ein Viertel umfassen sollte. Mag sich in dieser Neuordnung der Versuch ausdrücken, an die Stelle des unaufhaltsam zerfallenden Kreiskörpers straffere Einzelorganisationen zu setzen, sie hätte doch nur die völlige Auflösung bedeutet und an die Stelle der Kreisordnung gleichberechtigter Stände die Hegemonie einzelner Fürsten gesetzt, die die kleineren Stände zu ihren Trabanten herabdrückten. Der Bischof fühlte unbewußt das Aus-

³⁵ Mayr an Chr. Bernh., 15. 9. 1667: MLA. 534, 5 I.

³⁶ Chr. Bernh. an die Kreistagsgesandten, 23. 9. 1667: R., A 210.

³⁷ Der wegen Gemen im Reichshofrat begonnene Prozeß lief schlecht, da der lutherische Hofrat Schütz Referent war. Mayr an Chr. Bernh., 29. 9. 1667: MLA. 534, 5 I.

³⁸ Im einzelnen vgl. Isaacson S. 92, der aber das Schwanken Münsters nicht genügend beachtet. Der Briefwechsel Zurmühlens aus dem Archiv Haus Ruhr gab hierzu gute Aufschlüsse.

³⁹ Chr. Bernh. an die Gesandten zu Köln, 30. 9. 1667: R., A 210.

⁴⁰ Wydenbrück scheute sich wohl, die extremen Anweisungen des Bischofs buchstäblich auszuführen.

⁴¹ Kreistagsabschied vom 27. 10. 1667: MLA. 468, 205.

⁴² Die Verteilung auf die einzelnen Stände bei Isaacson S. 94 Anm. 3.

⁴³ Trotzdem hielt der Bischof die Anweisung für nötig, zu verhindern, daß ein Generalwachtmeister v. Nagel gewählt werden. Chr. Bernh. an Wydenbrück, 7. 10. 1667: R., A 210.

weichen auf den Distrikt als Rückzugsgefecht. Die Machtbasis des Fürstbistums Münster hatte nicht ausgereicht, die beim Regierungsantritt vorgefundene Direktorialgewalt über den ganzen Kreis zu behaupten. Wohl oder übel bereitete er sich zum Verzicht auf den Einfluß im halben Kreis vor, um sich nicht im ganzen von dem immer mehr Freunde gewinnenden Brandenburger an die Wand drücken zu lassen. Der Kurfürst verfügte über ein starkes Heer, wachsendes Ansehen im Reich und Europa. Münster und Pfalz-Neuburg fehlte beides⁴⁴.

31. KAPITEL

IM ZEICHEN DES DEVOLUTIONSKRIEGES (1667-68)

Der Ausgang des Kölner Kreistags befreite den Bischof nicht von dem Zwang, seine Sicherheit auch in Zukunft in Partikularbündnissen zu suchen. Er blieb damit im Sog der großen Politik, die 1667 mehrere tiefgreifende Entwicklungen heraufführte. Der unvermutete Angriff Ludwigs XIV. auf die Spanischen Niederlande versetzte ganz Holland in Bestürzung. Der König hatte es nicht für nötig gehalten, die ihm verbündeten Generalstaaten auch nur formell von seinem Vorhaben in Kenntnis zu setzen. Der ebenso beängstigenden Annäherung zwischen Frankreich und England begegnete de Witt durch eine glänzende Flottendemonstration bis unter die Mauern Londons und zwang das Inselreich zum Frieden von Breda (31. 7. 1667). Erst jetzt fühlte sich der französische König veranlaßt, die Holländer über seine Kriegsziele – Franche-Comté, Luxemburg, Tournai und einige andere Grenzplätze – aufzuklären. Um die Forderungen Ludwigs XIV. auf ein vernünftiges

⁴⁴ Der Kreistag endete damit praktisch ergebnislos. Der verfassungslose Zustand blieb erhalten. Für den Bischof bedeutete es eine Enttäuschung zu sehen, wie wenig Freunde er besaß. Die Verstimmung des Pfalzgrafen wurde nicht gemindert, nachdem der Bischof auf kaiserliches Drängen den Grafen v. Schwarzenberg für die Herrschaft Gimborn-Neustadt, deren Unmittelbarkeit Pfalz-Neuburg bestritt, zum Kreistag zuließ (Isaacson S. 96). Auch Paderborn neigte Brandenburg zu (Chr. Bernh. an die Gesandten in Köln, 30. 9. 1667: R., A 210). Angesichts der Haltung der kleinen Stände verspürte der Bischof wenig Lust, ihre Zahl durch Redintegration des Kreises zu vermehren. Als bemerkenswertes Ergebnis blieb nur die Stärkung Brandenburgs im Kreise zurück, der selbst empfindlich geschwächt erschien, nachdem die Direktorialämter zu Anhängseln egoistischer Territorialpolitik herabgewürdigt worden waren. Die Bündnisse von Braunschweig und Köln treten symptomatisch an die Stelle der Solidarität der alten Reichs- und Kreisordnungen. Mit den Einzelbündnissen zog sogar das Interesse fremder Kronen in den Kreis ein. Der Bischof, mehr als seine Zeitgenossen den Vorstellungen vom alten Reich verhaftet, fühlte die darin enthaltene auflösende Tendenz sehr deutlich, konnte sich aber den entgegenstehenden politischen Notwendigkeiten nicht entziehen.

Maß zu beschränken, suchte der Ratpensionär Unterstützung bei deutschen Fürsten zu gemeinsamer Vermittlung in Paris.

Verwandte Ideen glaubte er besonders bei Graf Georg Friedrich von Waldeck, dem damaligen Leiter der Politik Herzog Georg Wilhelms und Herzog Ernst Augusts von Braunschweig-Lüneburg und unbedingtem Anhänger engster Verbindung mit Holland, anzutreffen. Waldeck hätte am liebsten auch Kurköln in dieses Bündnis hineingezogen. Sein Hinweis auf die beginnenden französischen Subsidienzahlungen an den Bischof von Münster erweckte in de Witt größere Bereitwilligkeit zur Aufrechterhaltung der Quadrupelallianz von 1666 und Auszahlung der rückständigen Gelder. Zustimmend gestand der Ratpensionär dem cellischen Gesandten Müller, alle Ermahnungen an die Adresse des Bischofs, die im Klever Vertrag verankerten Rüstungsbeschränkungen einzuhalten, seien leider vergeblich geblieben, so daß man »billig diesem Herrn auf den Leib gehen« müsse, und zwar sei der Angriff durch Braunschweig und den Kurfürsten von Brandenburg zu eröffnen. Die Generalstaaten würden »zur Reserve dienen und, wenn es die Not erforderte, nachdrücken«¹. Unter dem Siegel strengsten Geheimnisses versprach er den Herzögen einige Eroberungen, wollte den Brandenburgern aber nichts zugestehen². Hoherfreut berichtete Müller: »Es kann nimmer eine bessere Okkasion geben, die Ambition dieses unruhigen Nachbarn ein wenig zu züchtigen«. Friquet glaubte, ihm auf sein Befragen eine ähnliche kaiserliche Kommission gegen Münster wie gegen Schweden versprechen zu können³.

Auch Blaspeil wehte der Ratpensionär in seinen Anschlag gegen Münster ein⁴. Kurfürst Friedrich Wilhelm erklärte sich gegen Subsidien bereit, der französischen Anhängerschaft im Reich, besonders aber dem Bischof von Münster, mit Waffen entgegenzutreten. Die Furcht Christoph Bernhards vor einem holländischen Angriff entbehrte also damals nicht der Grundlagen.

Wenn auch das Endziel de Witts, eine große Koalition gegen Frankreich zu sammeln und notfalls den König zu einem gemäßigten Frieden mit Spanien zu zwingen, durch den plötzlichen Tod Friquets eine Unterbrechung erfuhr, so verlor der Leiter der holländischen Politik doch das Nahziel der Niederwerfung des Bischofs von Münster nicht aus den Augen. Mit Blaspeil und dem geldrischen Deputierten Gellecom vereinbarte er Anfang Oktober, die Rüstungen innerhalb von zwei Monaten zu vervollständigen⁵. Bereits vorher hatten die beiden Welfenherzöge Georg Christoph von Hammerstein nach Wien und Berlin geschickt, um die Aussichten für den Anschlag zu erkunden⁶.

¹ Über die Haltung der Holländer im einzelnen vgl. Der Kinderen II S. 19 ff.

² Berichte Müllers, Den Haag 28. 6. u. 9. 7. 1667, zitiert bei Köcher I S. 544.

³ Bericht Müllers v. 9. 7. 1667: Ebd.

⁴ Bericht Blaspeils v. 12./2. 7. 1667. Droysen III 3 Anm. 177.

⁵ Bericht Müllers, Den Haag 17./7. 10. 1667. Köcher I S. 548.

⁶ In der Instruktion der Herzöge Georg Wilhelm und Ernst August, Ebstorf 27./17. 9. 1667 (Köcher I S. 548–554) werden die Gründe der Holländer in der Weise angegeben, daß sie »zu vorhabendem Hauptdessein höchst nötig erachten, daß soviel möglich der Westfälische Kreis versichert werde. Weil der Bischof von Münster aber dessen ein ziemliches Teil im Besitz habe und man wisse, in was Bündnisse derselbe mit Frankreich bereitstehe, auch wohin seine Desseine ferner gerichtet, also hielten gemelte Herren Staaten nicht ratsam, selbigen neben sich an der Seiten also stehen zu lassen, viel weniger den Hazard zu laufen, daß Frankreich mit einiger Armee einen festen Fuß dort setze oder auch fester Plätze sich in selbigem Stift versichere.«

Der Gesandte sollte darlegen, daß durch eine Niederwerfung des Bischofs Frankreich und Schweden der Möglichkeit beraubt würden, sich in dieser Ecke des Reiches festzusetzen. Am vorteilhaftesten würde eine Exekutionskommission des Kaisers das Werk unterstützen, aber auch sonst könnte leicht ein Vorwand gefunden werden. Nach Abschluß eines brandenburg-lüneburgischen Bündnisses sollte der Kurfürst von der Lippe her, die Braunschweiger an der Ems mit ihren Truppen vorgehen, alle Garanten des Klever Friedens zu einem gleichen Schritt aufgefordert und möglichst auch Schweden hinzugezogen werden.

In Wien sollte Hammerstein nur einem vertrauenswürdigen Minister das Vorhaben entdecken, um es nicht vorzeitig der Öffentlichkeit zu verraten. Auch der Kaiser dürfe nur von gütlichen Mitteln gegen den Bischof hören, die eigentliche Absicht aber erst in einer Geheimaudienz erfahren. Bei dieser Gelegenheit hätte Hammerstein die Bereitschaft des Hauses Braunschweig erklären müssen, tatkräftig zur Erhaltung des Burgundischen Kreises beizutragen und die den Niederländern unangenehme Rüstung des Bischofs von Münster zu verhindern. Der Kaiser brauchte Brandenburg und Braunschweig nur einen Wink zu geben, und die nötigen Schritte würden unternommen. Gewährte der Kaiser politische und geldliche Hilfe, stünde dem Kriegsbeginn noch im laufenden Jahre nichts im Wege.

Der Auftrag Hammersteins beweist die Entschlossenheit der herzoglichen Brüder, den Anschlag der Generalstaaten gegen den Bischof von Münster zu ihrem eigenen zu machen. »Eine engere Allianz mit Brandenburg sollte die Basis des größeren Bundes mit den Staaten, der Krone Schweden und dem Kaiser werden, von dem sie die Erwartung hegten, daß er die Niederwerfung des Bischofs von Münster nicht nur legalisieren, sondern auch durch Zahlung von Subsidiën unterstützen werde«⁷. Dr. Mayrs Warnungen aus Wien über eine bedrohliche Annäherung des Kaisers an protestantische Reichsstände zum Nachteil der geistlichen Staaten waren also nicht aus der Luft gegriffen⁸.

Am selben Tage, als Hammersteins Instruktion in Ebstorf die Unterschriften erhielt, erklärte Kurfürst Friedrich Wilhelm den Generalstaaten seine Bereitschaft zu mobilisieren⁹. Wenige Tage darauf bevollmächtigte er seinen Gesandten in Den Haag zum Abschluß des Vertrages. In diesem Bündnis vom 15. Oktober verpflichteten sich beide Partner, einen Waffenstillstand zwischen Frankreich und Spanien auf 6 Monate, vom 1. November an gerechnet, zu fordern und innerhalb zweier Monate ein Heer auf Grund des Vertrages vom 16. Februar 1666 aufzustellen, um demjenigen der beiden Könige beizuspringen, der sich zu einem gemäßigten Frieden bereit erklärte, und gegen alle Gegner der Vermittlung »mit aller Macht loszugehen«¹⁰.

In Berlin fand Hammerstein nur kühle Aufnahme. Von einem das Heer schwächenden Winterfeldzug riet der Kurfürst ab und schlug statt dessen vor, Mainz und Münster auf diplomatischem Wege von Frankreich abzuziehen, wozu seiner Meinung nach gute Aussicht bestand. Den Bundesvertrag hielt er, wie auch Kanzler von Somnitz, für verfrüht. Wie sehr erstaunte aber Hammerstein, als wenige Tage später »alles in Feuer war« und Schwerin ihm eröffnete, der Kurfürst meine nun auch, es sei besser, der Gefahr zuvorzukommen, als einer Überraschung zum Opfer zu fallen. Man werde ihm

⁷ Köcher I S. 554. — ⁸ Vgl. Ribbeck S. 54. — ⁹ Droysen III 3 S. 136.

¹⁰ Köcher I S. 555 f. UA. 14 S. 330.

Blumenthal zur Begleitung und zu kräftigem Beistand nach Wien beigesellen. Eine allzu deutliche Erwähnung des Anschlags gegen den Bischof glaubte Schwerin abraten zu müssen, sondern schlug vor, nur allgemein darauf hinzuweisen, daß Österreich und seinen Verbündeten nicht daran gelegen sein könne, Frankreichs Anhang im kommenden Winter in starker Rüstung zu sehen. Der Kaiser solle einen Auftrag erteilen, die Werbungen in den unteren Reichskreisen zu beobachten und notwendigenfalls »quovismodo« zu verhindern¹¹. Offensichtlich hatten die unbequemen Äußerungen Millets die Sinnesänderung des Kurfürsten bewirkt. Schnell vereinbarten Somnitz und Hammerstein nun die Grundzüge des Bündnisses und der Verhandlungen in Wien. Wenn mit Österreich Einigkeit erzielt wurde, sollte der Vertrag mit dem Hauptziel der Erhaltung des Burgundischen Kreises Gültigkeit erlangen.

Diesen Bestrebungen kam der Kaiser mit der Gesandtschaft Sinzendorfs, der ja schon in Köln zur Zurückhaltung gegenüber den Franzosen mahnte, entgegen. Er trug den Braunschweigern im November ein engeres Bündnis an. Fast wäre in Wien sein Abschluß erfolgt, als am 11. November unerwartet die Weisung der Herzöge eintraf, es sei »dahin zu konditionieren, daß auch die Generalstaaten neben Kurbrandenburg das Werk wirklich mit antreten und darüber einen verbindlichen Traktat mit schließen«¹². Unter diesen Bedingungen ein beständiges Bündnis einzugehen, hielt Lobkowitz für unmöglich. Hammersteins Verhandlungen waren gegenstandslos geworden¹³.

Der überraschende Schritt der Herzöge rettete dem Bischof von Münster Bischofs- und Fürstenstuhl. Die Welfen hatten nämlich neue Nachrichten aus Den Haag erhalten: Beunruhigt durch die Kunde vom Entstehen einer großen feindlichen Koalition kam Ludwig XIV. der holländischen Vermittlung durch die Alternativforderung zuvor, entweder die Franche-Comté und einige niederländische Grenzplätze oder alle besetzten Orte zu erwerben¹⁴. Auf dieser Grundlage hielt de Witt einen Frieden für möglich, und eben die Nachricht von seiner Friedensneigung hatte die Entschlußkraft der Welfenherzöge im entscheidenden Augenblick gelähmt. In Wirklichkeit lag der Friede in weiter Ferne. Gerade jetzt gedachten die Holländer die Quadrupelallianz zu verstärken, als Hammersteins Mission in Wien scheiterte.

Frankreich blieb inzwischen nicht untätig. Offene Drohung wechselte mit schmeichelhaften Angeboten. Seine Gesandten fanden an den lüneburgischen Höfen kühle Aufnahme, aber in Wien und Berlin gelang es ihnen, die Gedanken von einer großen Koalition abzuwenden¹⁵. Für die Zusage, der polnischen Kandidatur Pfalzgraf Philipp Wilhelms nicht in den Weg zu treten, versprach der Kurfürst Nichteinmischung in den spanisch-französischen Krieg¹⁶. Der geplanten Koalition gegen Ludwig XIV. und seine Bundesgenossen war damit der Grundstein entzogen. Allein mit dem Kaiser abzuschließen,

¹¹ Nach dem Tagebuch Hammersteins vom 3. 10. u. 6. 10. 1667. Köcher I S. 556.

¹² Hzg. Georg Wilhelm und Hzg. Ernst August an Hammerstein, Ebstorf 22./12. 10. 1667: Ebd. S. 559.

¹³ Dr. Mayrs Bericht v. 27. 10. 1667: »Der Hofe ist sehr wider die katholische Kurfürsten und verschiedene Fürsten alteriert und wendet sich ganz zu den Unkatholischen wegen denen Niederlanden« (MLA. 534, 5 I) war bei seinem Eintreffen in Münster damit schon überholt.

¹⁴ Ludwig XIV. an d'Estrades, 27. 9. 1667. Köcher I S. 560. ¹⁵ Ebd. S. 561–569.

¹⁶ Millet beendete damit seine seit Oktober andauernden Bemühungen am 15. 12. 1667 erfolgreich. Mignet II S. 277–305. Droysen III 3 S. 114–145.

hegte das Haus Braunschweig Bedenken. Erst als im nächsten Jahr die mächtige Tripelallianz greifbare Formen annahm, griffen die Herzöge den Plan wieder auf, aber nun versagte sich der Kaiser. In der Sylvesternacht hatte Gremontille den Fürsten Auersperg mit dem Angebot überrascht, den Nachlaß der kurz vor dem Aussterben stehenden spanischen Habsburger zwischen Österreich und Frankreich zu teilen. Schon am 19. Januar wurde ein entsprechender geheimer Vertrag unterzeichnet¹⁷. Auch der Kaiser fiel nun für eine große Koalition zur Unterstützung Spaniens aus.

Von allen das Bistum Münster bedrohenden Gefahren drangen nur undeutliche Gerüchte an den bischöflichen Hof. Bestimmte Entscheidungen ließen sich daraufhin nicht treffen. Christoph Bernhard bekannte damals: »So befindet man sich freilich wohl zwischen Sorge und Hoffnung, derentwegen wir uns dann auch zu Versicherung von Land und Leuten werden in Verfassung zu stellen und abzuwarten haben«¹⁸. Diplomatische Schritte unternahm er nicht. Nur in Berlin ließ er die münsterischen Rüstungen durch Millet entschuldigen¹⁹.

Auch der Annäherung zwischen den Generalstaaten und England mußte er tatenlos zusehen. Temple hatte mit seinen Gedanken bei dem niederländischen Ratpensionär freudige Zustimmung gefunden, nachdem Spanien sich zu keinem Bündnis entschließen konnte. De Witt gestaltete daraus ein Bündnis seines Staates mit England und Schweden, um Spanien zur Annahme der Alternativforderungen Ludwigs XIV. zu zwingen und dem französischen König gleichzeitig den Verzicht auf alle weiteren Eroberungen abzunötigen und damit seinem weiteren Siegeszug einen wirksamen Riegel vorzuschieben. Der kraftvolle Gedanke hob sich wohltuend von den geistlosen Vermittlungsversuchen der Kölner Verbündeten ab²⁰. Binnen weniger Tage kam das geniale Bündniswerk, aus drei Teilen bestehend, zustande²¹. Die Tripelallianz vom 23. Januar 1668 war damit ins Leben getreten²².

Ludwig XIV. brauste auf, daß man es wagte, ihm Maß und Ziel seiner Politik vorzuschreiben. Er sah sein im Krieg gegen Spanien noch immer wertvolles Bündnis mit den Holländern zur Bedeutungslosigkeit verurteilt. Grotteskerweise half ihm ausgerechnet Spanien aus der Klemme. Obgleich in hoffnungsloser Lage, lehnte dieses die französische Alternative ab und verscherzte sich damit die Hilfe der Tripelallianz. Die Quittung für den ungerechtfertigten Hochmut legte Ludwig XIV. im Frühjahr durch die Besetzung der Franche Comté vor.

¹⁷ Mignet II S. 323 ff.

¹⁸ Chr. Bernh. an Dr. Mayr, 2. 12. 1667: MLA. 534, 5 I.

¹⁹ In Wien war der Bischof diplomatisch nicht vertreten. Erst am 2. 1. 1668 ging Johann Caspar Bisping an Stelle des verhinderten Komturs Korff-Schmising in die Kaiserstadt. Bisping vertrat Münster gleichzeitig in Regensburg beim Reichstag und Rheinbundrat. Chr. Bernh. an Kurf. Joh. Philipp, 2. 1. 1668: MLA. 539 VII.

²⁰ Schweden, Brandenburg und Lüneburg war lediglich die Rolle der Rückendeckung zgedacht. Unter dem Einfluß des Glücksritters Gourville, der sich durch seine Dienste die verbotene Rückkehr nach Frankreich erkaufen wollte, verhielten sich die Herzöge jedoch zurückhaltend. Schweden hegte wenig Interesse am Burgundischen Kreis, und Brandenburg, wenn auch im Herzen nicht französisch, war durch den Vertrag v. 15. 12. 1667 gebunden.

²¹ a) Schutzbündnis zwischen den Generalstaaten und England auf Grund des Friedens von Breda, b) Abkommen zur Wiederherstellung des Friedens zwischen Frankreich und Spanien, und c) bedingte Beitrittserklärung Schwedens zu diesen Verträgen.

²² Mignet II S. 549 ff. Köcher I S. 579.

Freilich rief die rücksichtslose Eroberungspolitik des Königs auch in Deutschland unliebsame Folgen hervor. Kurfürst Johann Philipp, noch zu Beginn des Jahres 1667 fest entschlossen, den Rheinbund notfalls auch allein zu erneuern, fühlte seine warmen Empfindungen für Frankreich durch dessen ungeahnte Fortschritte an der Westgrenze des Reiches merklich abgekühlt. Weder auf dem Kölner Kongreß noch im Rheinbundrat erhob er seine Stimme. Gegen Ende des Jahres trug er sich bereits mit dem Gedanken, in das Frankreich feindliche Lager überzuwechseln²³ und sich den Generalstaaten anzuschließen, die nicht nach Eroberungen, sondern nur nach Förderung ihres Handels trachteten. Von der alten Verbindung mit Köln und Münster wollte er nichts mehr wissen²⁴. Über seinen Vertrauten, Herzog Johann Friedrich von Hannover, ließ er bei der Tripelallianz vorfühlen²⁵. Der neue Bund der drei protestantischen Großmächte übte seine Anziehungskraft bis ins katholische Lager hinein aus²⁶. Auch bei dem Braunschweiger Bündnis vom 22. August 1667 suchte der Mainzer unter dem Zuspruch des Herzogs Anschluß und einen Ansatzpunkt zur Bildung seiner ersehnten dritten Partei im Reich, jedoch vergeblich. Die wechselvollen Verhandlungen um die Ratifizierung dieses Bundes endeten schließlich mit dem Beitritt Schwedens und führten praktisch die Sprengung des Rheinbundes herbei. Trotz der Mitgliedschaft des streng französisch gesinnten Kurfürsten von Köln überwogen eindeutig die anti-französischen Tendenzen²⁷.

Für den Bischof von Münster und seine Sicherheit war der bei ihm noch nie geschätzte Rheinbund belanglos. Aus Mainz wußte er, daß diese Einrichtung ihrer Auflösung entgegenging²⁸. Sein Verhältnis zu Frankreich bestimmte längst ein anderer Vertrag.

Auch Lionne gab sich über die Bedeutungslosigkeit des Rheinbundes, den der König ja selbst durch die Sonderbündnisse ausgehöhlt hatte, keiner Täuschung hin. Ihm blieb nur der Weg, die neuen Einzelbündnisse zu festigen. Auch nach Coesfeld eilte zu diesem Zwecke ein Gesandter, der beim Bischof

²³ Lionne schob ihm die Schuld an der Verschleppung der Verlängerung des Bundes zu. Christoph Bernhard war durch den Komtur Korff-Schmising über den Gesinnungswandel des Kurfürsten unterrichtet. Rekredential Johann Philipps für Korff-Schmising, Mainz 27. 9. 1667: GA. II C I 2 I. Vgl. die vertrauliche Eröffnung Joh. Philipps gegenüber dem hannov. Hofrat Witte Ende November 1667, bei Köcher I S. 580 f.

²⁴ »Weil Kurköln und Münster untereinander selbst uneins, hätte man sich darauf nicht groß zu verlassen.« Wittes Bericht, Frankfurt 17./7. 12. 1667. Köcher I S. 581.

²⁵ Der sonst so unentschlossene Herzog Joh. Friedrich eilte deshalb selbst nach Holland. Köcher I S. 582 nach dem Bericht des Lampadius, Den Haag 22. 3./1. 4. 1668.

²⁶ In der Furcht, ihre Ansprüche auf rückständige Subsidien zu verspielen, wenn sie dem Bündnis beiträten, hielten sich die beiden protestantischen Herzöge von Braunschweig-Lüneburg zurück. Andererseits wollten sie auch der Verlängerung des Rheinbundes nicht zustimmen.

²⁷ Köcher I S. 582 ff.

²⁸ Der Bischof betrachtete den Rheinbund damals hauptsächlich unter dem Gesichtspunkt lästiger Beitragszahlungen. Sein Beobachter beim Allianzrat, Lutzo Dolberg, besaß keine Vollmacht zu einer Entscheidung (seine Berichte in MLA. 473, 56). Christoph Bernhard erfand immer neue Gründe, die Abschiedung eines Bevollmächtigten hinauszuzögern. So entschuldigte er sich am 24. 1. 1668 bei dem kurmainz. Direktor Dr. Bertram mit der Befürchtung, ein Gesandter könne durch die Privatklage einer Bürgerin gegen das Stift Münster in Regensburg belästigt werden (MLA. 539 VII). Es konnte ihm nur angenehm sein, daß der Bundesrat gelegentliche Erklärungen Dolbergs über den guten Willen seines Herrn als ungültig erklärte

schon bekannte Gomont. Er nahm zwei Aufträge mit: 1. das zum Schaden Frankreichs zwischen Kurköln und Münster seit der Koadjutorwahl herrschende Mißverhältnis zu verbessern und 2. dem Bischof ein so unwiderstehliches Lockmittel hinzuwerfen, daß ihm der Gedanke gar nicht kommen konnte, die französische Partei zu verlassen. Man kannte Christoph Bernhard in Paris so gut, daß man wußte, er würde dem Köder eines neuen Krieges gegen Holland mit französischer Unterstützung nicht widerstehen. Zwar hegte damals Frankreich noch nicht den Plan, Holland in naher Zukunft anzugreifen, aber die Möglichkeit eines Krieges rückte näher, wenn Holland den Spaniern zur Seite trat. So stellte Gomont dem Bischof ganz unverhohlen die Frage, ob er in diesem Falle zum Angriff auf die Niederlande bereit sei, wieviel Truppen er dafür versprechen könne und wie hoch sich seine Gegenforderungen beliefen²⁹.

Da der Komtur Korff-Schmising dem Gesandten bei der Durchreise in Köln der besten Absichten seines Herrn versichert hatte³⁰, ging dieser frohgemut nach Coesfeld. Dort mußte er jedoch feststellen, daß sein Verhandlungspartner sich schwieriger als erwartet stellte. Viel unnütze Zeit nahm die Koadjutorfrage in Anspruch³¹. Dagegen öffnete der Bischof dem Plan neuer Rüstungen gern seine Ohren. Nach eigenem Ermessen schlug Gomont vor, der Bischof solle 11000 Fußsoldaten zu je 10 Rtl., 3200 Reiter zu je 40–45 Rtl. und 1000 Dragoner zu je 20–25 Rtl. anwerben, zu deren Unterhalt Frankreich monatlich 2 1/2, bzw. 6 und 4 Rtl. zahlen würde, vermehrt um gewisse Summen für die Offiziere, Artillerie, Munition und Pferde. Im Felde sollte sich der Unterhalt auf die Hälfte verringern. Immerhin hätte der Bischof damit zu Anfang Anspruch auf mehr als 400 000 Rtl. erworben. Er übernahm dafür die Verpflichtung, zwei Monate nach Abschluß des geplanten Vertrages auf Anfordern ins Feld zu rücken, die Holländer an der IJssel anzugreifen, Deventer zu erobern und dann seine Kräfte gegen Arnheim oder Utrecht zu wenden, letzteres jedoch nur dann, wenn auch Schweden oder Brandenburg dem Kampf gegen Holland beiträten. Ließen sich diese beiden Mächte hierzu nicht bestimmen, sollte wenigstens der Herzog von Pfalz-Neuburg zum Angriff auf die festen Plätze der Holländer am Rhein verpflichtet werden. Ohne fremden Beistand wollte Christoph Bernhard auf keinen Fall die ihm von Gomont zugeordneten Aufgaben übernehmen³². Vergeblich wandte Gomont seine Über-

(Prot. v. 28. 1. 1668: MLA. 473, 56). Besonders Gravel (Gravel an F. Korff-Schmising, 17. 2. 1668: GA. II C II 5) verhehlte seine Unzufriedenheit über dieses Verfahren nicht, während Dr. Bertram ihm wohl mehr aus offizieller Verpflichtung als innerer Neigung beistimmte.

²⁹ Lionne an Gomont, St. Germain 3. 3. 1668: »... c'est à dire, s'il seroit en disposition de les attaquer, S. M. luy donnant les moyens de s'armer plus qu'il ne l'est, avec combien de troupes il s'engageroit à elle par un nouveau traité, faire aux Hollandois une seconde attaque...« (CC. 6 Bl. 110).

³⁰ Gomont an Lionne, 13. 3. 1668: Ebd.

³¹ Die Koadjutorfrage bedeutete den schwierigsten Gegenstand, weil der Bischof sich in kirchenrechtlichen Fragen nicht gern durch politische Rücksichten den Weg weisen lassen wollte. Noch im März 1663 wies er Bitten des Kurf. von Brandenburg und der Herzöge von Braunschweig zum Vergleich mit ihrem Verbündeten Kurköln zurück, weil die Entscheidung allein dem Papst verbleiben müsse (Chr. Bernh. an die genannten Fürsten, 10. 3. 1668: MLA. 1, 12 V).

³² Denkschrift Gomonts v. 31. 3. 1668: CM. 2 Bl. 81 und CC. 5 Bl. 175. Besonders aufschlußreich für die damaligen politischen Anschauungen des Bischofs und seine genau festgelegten Pläne zur Niederwerfung der Niederländischen Republik ist

redungskünste an, um der daraus entspringenden Notwendigkeit zu neuen langwierigen Verhandlungen und weiteren Geldopfern an anderen Höfen zu entgehen. Seine Andeutung, der Bischof habe beim früheren Bündnis mit England ja nicht so große Vorsicht walten lassen, riefen nur die Bemerkung hervor, die Bestimmungen dieses Bündnisses seien überaus günstig gewesen³³. Aus Hinweisen Christoph Bernhards auf Gelegenheiten, braunschweigische Truppen anzuwerben, und auf laufende Bündnisverhandlungen mit Hannover³⁴ entnahm Gomont, daß der Bischof bereits einen genauen Angriffsplan gegen Holland in der Tasche trug^{34a}. An der Echtheit der münster-hannoverschen Verbindung hegte er um so weniger Zweifel, als der Bischof seine Forderung, Brandenburg oder Schweden müßten die gleichen Verpflichtungen wie er übernehmen, mit größerer Festigkeit wiederholte³⁵.

Zwar mißbilligte Lionne die Verhandlungstaktik Gomonts nicht, teilte diesem aber mit, daß ein weiteres Eingehen auf die Coesfelder Absprachen im Augenblick nicht zugänglich sei. Der französische Hof, ohnehin in Hoffnung auf einen baldigen Frieden und wenig geneigt zu neuen Ausgaben, nahm an den übertriebenen Geldforderungen des Bischofs, seinem Verlangen, alle Eroberungen behalten zu wollen, und der ausbedungenen Beteiligung Schwedens oder Brandenburgs Anstoß. Gomont erhielt deshalb Anweisung, seine Gespräche mit dem Bischof abzubrechen³⁶.

Das von Christoph Bernhard bezugte Interesse an den braunschweig-lüneburgischen Truppen gründete sich auf Nachrichten, daß Gourville französische Subsidien angeboten habe, um der holländischen Partei unter Waldeck das Wasser abzugraben³⁷. Seine Hoffnungen erwiesen sich als verfrüht. Die Herzöge offenbarten nicht nur de Witt die Umtriebe des Franzosen, sondern ließen am 16. März 1668 in Den Haag vertraglich 3 Infanterieregimenter von 3000 Mann und 3 Kavallerieregimenter von 1600 Mann auf 6 Monate versprechen³⁸. Erschwerend stand der Durchführung des Vertrages im Wege, daß die Truppen auf ihrem Zuge nach Holland auch münsterisches Gebiet durchqueren mußten. Um die Stimmung des Bischofs zu erkunden, begab sich Amerongen³⁹ nach Münster. Sein Auftrag enthielt folgende Punkte: 1. den Bischof zum Bündnis der Generalstaaten mit England vom 28. Januar 1668 einzuladen, 2. freien Durchzug für die lüneburgischen Truppen zu erbitten, 3. ein wachsames Auge auf die münsterischen Rüstungen zu werfen und not-

sein Brief vom 16. 3. 1668 an Papst Clemens IX., veröffentlicht von Cornelissen. Der Bischof vertritt darin die Meinung, die Niederlande seien viel schwächer, als es scheine. Der Angriff müsse nur schnell vorgetragen werden. Im Gegensatz dazu setzte Louvois 1672 eine sehr vorsichtige und bedächtige Kriegführung durch, der die Holländer vielleicht die Rettung ihres Landes zu verdanken haben. – Unmittelbarer Anlaß des Schreibens scheint die Befürchtung des Bischofs gewesen zu sein, die Spanier könnten sich, um die Unterstützung der Holländer zu gewinnen, zu Landabtretungen an die Republik bereit finden.

³³ Allzu gern hätte Gomont Einblick in den englisch-münsterschen Bündnisvertrag von 1665 genommen, aber der Bischof hörte darüber hinweg.

³⁴ Das entsprach nicht der Wahrheit.

^{34a} Vgl. Cornelissen S. 142 ff.

³⁵ Bericht Gomonts v. 30. 3. 1668: CC. 5 Bl. 163 ff.

³⁶ Lionne an Gomont, St. Germain 9. 4. 1668: CC. 6 Bl. 153.

³⁷ Einzelheiten bei Der Kinderen II S. 29 f.

³⁸ Die Vertragsbestimmungen ebd. S. 32 f.

³⁹ Godard Adrian van Reede, Heer van Amerongen (1621–1691). Beglaubigungsschreiben, Den Haag 24. 3. 1668: MLA. 480, 40.

falls den Bischof an Artikel 7 des Klever Friedens zu erinnern, der nur ein Heer von 3000 Mann zuließ⁴⁰, und 4. bestimmte Grenzirrunge zu bereinigen⁴¹.

Fast gleichzeitig mit Amerongen traf in Nienborg, wo der Bischof sich aufhielt, auch der osnabrückische Kammerrat Voss ein. Dieser hatte in Coesfeld gesprächsweise gehört, der Durchzug der Lüneburger durch das Stift werde mit Sicherheit verweigert. Sein daraufhin erstatteter Bericht rief in Den Haag größte Befremdung hervor. Die Generalstaaten betrachteten die Grafschaft Lingen als zu ihrem Herrschaftsbereich gehörig und brachten kein Verständnis dafür auf, daß ihnen der Durchmarsch von Truppen von dort nach Overijssel verwehrt werden sollte, während doch die Reichsgesetze zum Beispiel dem Kurfürsten von Brandenburg erlaubten, Truppen aus der Grafschaft Ravensberg in die Grafschaft Mark durch fremdes Gebiet zu führen. Ohne den Ausgang der Gesandtschaft Amerongens abzuwarten, ordnete de Witt militärische Maßregeln an, um notfalls den Durchzug gewaltsam zu erzwingen⁴².

Zwar empfing der Bischof den niederländischen Gesandten am 8. April zu St. Ludgersburg ausnehmend freundlich⁴³, aber als am nächsten Tage Voss den Durchzug erbat⁴⁴, erhielt er nur die hinhaltende Antwort, daß Münster mit Kurmainz, Köln und Pfalz-Neuburg zur Wiederherstellung des Friedens zwischen Frankreich und Spanien vereinbart hätte⁴⁵, keiner der beiden Seiten beizustehen oder Truppendurchzüge zu ihren Gunsten ohne Zustimmung aller vier Partner zu gestatten⁴⁶. Amerongen bemühte sich vergeblich darzulegen, die lüneburgischen Truppen dienten nur der eigenen Sicherheit der Vereinigten Provinzen⁴⁷. Der Bischof verriet nicht, daß er schon am 30. März seine Bundesgenossen um Hilfe gegen den drohenden lüneburgischen Durchzug gebeten hatte⁴⁸. Die Antwort des Kurfürsten von Köln lag sogar schon vor, als Amerongen Audienz erhielt. Kurfürst Max Heinrich riet ab, dem Durchzug Widerstand entgegenzusetzen⁴⁹. Der Pfalzgraf verbarg seine Verlegenheit hinter der Erörterung von Formalitäten beim Empfang eines staatlichen Gesandten, ohne die Hauptfrage zu berühren⁵⁰. Aber obgleich Christoph Bernhard eine zweite Aufforderung an die Verbündeten und sogar

⁴⁰ Amerongen hatte Anweisung zur Mitteilung, daß die Generalstaaten bei Verletzung des Klever Friedens die Sache »in naerder deliberatie leggen« würden.

⁴¹ Diese Grenzirrunge zwischen Gelderland und Münster kehrten im späteren Kriegsmanifest des Bischofs wieder. Vgl. *Der Kinderen* II S. 43 f.

⁴² Ebd. S. 36. Die Holländer verstanden die Weigerung des Bischofs um so weniger, als das Fstm. Münster an der Stelle des Durchzugs sehr schmal war, das Land also praktisch unbelästigt blieb.

⁴³ Chr. Bernh. an Hessing, 6. 4. 1668: Amerongen treffe am 7. 4. ein (MLA. 534, 1 V). Vgl. Köcher I S. 590 ff.

⁴⁴ Chr. Bernh. an die Herzöge Georg Wilh. und Ernst August, 17. 3. 1668: MLA. 539 VII. Die Generalstaaten an Chr. Bernh., 3. 4. 1668: MLA. 480, 40.

⁴⁵ Bündnis v. 31. 8. 1667.

⁴⁶ Chr. Bernh. an die Herzöge Georg Wilhelm und Ernst August, 10. 4. 1668: MLA. 539 VII.

⁴⁷ *Der Kinderen* II S. 37 f.

⁴⁸ Im Entwurf des Schreibens war ursprünglich nur die Bitte enthalten, Rat zu erteilen, wie man sich gegenüber der Durchzugsforderung verhalten sollte. Chr. Bernh. an die Verbündeten, 30. 3. 1668: MLA. 539 VII. – Lic. Bising, aus Wien zurückgekehrt, ging in dieser Angelegenheit nach Mainz. Chr. Bernh. an Kurmainz, 2. 4. 1668: Ebd.

⁴⁹ Kurköln an Chr. Bernh., 3. 4. u. 10. 4. 1668: Ebd.

⁵⁰ Pfalzgraf Phil. Wilh. an Chr. Bernh., 4. 4. 1668: Ebd.

an den bisher arg vernachlässigten Rheinbund absandte⁵¹, wollte ihm doch niemand Hilfe widerfahren lassen⁵².

In aller Eile war auch der Komtur Korff-Schmising nach Köln abgereist, nicht nur, wie Amerongen gesagt wurde, um die Antwort der Verbündeten einzuholen, sondern vor allem, um ihre militärische Hilfe zu erbitten. Zu seiner Enttäuschung fand er dort niemanden vor und mußte Franz Egon, Gomont und Schönborn⁵³ nach Aachen folgen, wo die Friedensverhandlungen endlich in Gang zu kommen schienen⁵⁴. Wenn tatsächlich der Friede bevorstand, wie Gomont versicherte, verlor auch der Durchzug der Lüneburger seine politische Bedeutung. Für die im Interesse Frankreichs, wie er behauptete, ausgestandenen Ängste forderte der Komtur eine Entschädigung des Bischofs, möglichst durch Erwerb der Herrschaft Borkelo. Gomont und Colbert selbst versprachen mit so viel Wärme, sich dieser Sache anzunehmen, daß an dem Erfolg kaum zu zweifeln war⁵⁵. Man teilte Korff-Schmising sogar den am 15. April zu St. Germain geschlossenen Präliminarvertrag zwischen Frankreich, Holland und England mit, der den Krieg praktisch beendete. Der endgültige Friede war nur noch eine Frage der Zeit⁵⁶.

Währenddessen beobachtete Amerongen in Coesfeld argwöhnisch das an Lebhaftigkeit ständig zunehmende militärische Treiben im Lande. Er witterte etwas von den wirklichen Aufträgen des Komturs und glaubte, nicht länger

⁵¹ Chr. Bernh. an die Verbündeten, 6. 4. 1668 (MLA. 539 VII) und an den Rheinbund, 13. 4. 1668 (MLA. 480, 40).

⁵² Franz Egon v. Fürstenberg riet mit schadenfroher Geschmeidigkeit, den Durchzug abzuschlagen, wie es das Bündnis vorschreibe, sich ihm aber auch nicht zu widersetzen, da einige der Bundesgenossen der Ansicht seien, hier liege kein Bündnisfall vor (Franz Egon an Chr. Bernh., 14. 4. 1668: MLA. 541 I). Ähnlich äußerte sich am 19. 4. nochmals Kurf. Max. Heinrich: Er könne allein keine Antwort geben, da die Angelegenheit den gesamten Bund betreffe. Die Lüneburger würden auch wahrscheinlich das Stift Münster umgehen. Als Christoph Bernhard erwiderte, der Durchzug durch Oldenburg sei ungewiß, da der Graf die Genehmigung nicht ohne Vorwissen des Königs von Dänemark erteilen wolle, antwortete der Kurfürst, wenn die braunschweigischen Truppen gewalttätig würden, könne eine Konferenz darüber stattfinden. Er selbst sei zur Hilfe unfähig, da ihm Gefahr von Lothringen und Kurpfalz drohe (MLA. 539 VII). Der ganze Schriftwechsel bewies schlagend die Untauglichkeit des Kölner Bündnisses. – Der Bischof unterrichtete diesmal das Domkapitel von der drohenden Gefahr, aber nur um höhere Steuern zu erlangen (Prot. v. 17. 4. 1668: DK. Prot. 33 Bl. 55 f.). Seine Frage, ob das angetragene Bündnis mit den Generalstaaten angenommen werden solle, war nur platonisch gemeint und wurde von den meisten Herren auch so aufgefaßt. Auf Drängen Torks riet das Kapitel schließlich zur Neutralität (Prot. v. 18. 4. 1668: DK. Prot. 33 Bl. 59 f.).

⁵³ Kurmainz erbot sich als einziger Bundesgenosse zu Hilfeleistungen, wenn es wegen des Durchzuges zu Verwicklungen kommen sollte.

⁵⁴ F. Korff-Schmising an Chr. Bernh., Köln 15. 4. 1668: GA. II C II 5. Der Komtur traf am 17. 4. in Aachen ein.

⁵⁵ Korff-Schmising an Chr. Bernh., Aachen 20. 4. 1668: Ebd. – Die Coesfelder Abmachungen mit Gomont waren nun zwar überflüssig, aber man glaubte, sich die Dankbarkeit Frankreichs durch Erweisung guten Willens verdient zu haben. Korff-Schmising an Chr. Bernh., Aachen 25. 4. 1668: Ebd. – Gomont erwähnt in seinen Berichten v. 26. u. 28. 4. an Lionne die Borkeloer Wünsche des Bischofs nicht. Dagegen bezeichnete er den lüneb. Durchmarsch noch immer als dessen große Verlegenheit (CA. 247 Bl. 68 u. 73, CC. 5 Bl. 197).

⁵⁶ Auch Franz Egon war natürlich über den Präliminarvertrag unterrichtet (Gomont an Lionne, Aachen 26. 4. 1668: CA. 247 Bl. 68). Franz Egon lehnte darauf die Bundeshilfe an Münster endgültig ab. Kurköln an Chr. Bernh., 26. 4. 1668, ähnlich auch Pfalz-Neuburg (MLA. 539 VII).

der wachsenden Gefahr tatenlos zusehen zu dürfen. Als er am 23. April noch einmal sein Glück beim Bischof versuchte, gab ihm dieser erstaunlich bereitwillig die Zustimmung zum Durchzug der lüneburgischen Truppen⁵⁷. Die Nachricht des Komturs vom Abschluß des Präliminarvertrages von St. Germain hatte die verwunderliche Antwort bewirkt. Auf des Gesandten freudigen Bericht hin beendeten auch die Holländer ihre Maßnahmen zum Einmarsch ins Stift.

In der nunmehr eingetretenen freundlicheren Atmosphäre nahm der Bischof von sich aus den Gedanken einer näheren Verbindung mit den Generalstaaten wieder auf, wie ihn auch die Instruktion Amerongens enthielt. Dieser wies besonders darauf hin, daß auf diesem Wege den Vereinigten Provinzen die ständige Angst vor einer Bedrohung ihrer Ostgrenze genommen werden könnte. Aber so freundlich die Worte aus dem Munde des Bischofs klangen⁵⁸, sie entsprangen keiner ehrlichen Überzeugung. Während er Amerongen durch liebenswürdiges Entgegenkommen bezauberte, klagte er dem Komtur die Impertinenz der Holländer, die angeblich nur einen Grund zum Überfall auf das Stift suchten⁵⁹. Nochmals beauftragte er den Gesandten, Frankreich und die übrigen Verbündeten um Hilfe gegen einen holländischen Überfall zu bitten⁶⁰. Ja, er schien nicht ungeneigt zum Abschluß eines Verteidigungsbündnisses mit Schweden, wie es die Franzosen so sehnlich wünschten und wodurch die Tripelallianz durchlöchert und die Rückführung der nordischen Krone in das französische Lager vorbereitet werden konnte⁶¹.

Der Bischof beeilte sich, auch die Franzosen von den holländischen Bündnisanträgen, wie er es ausdrückte, zu unterrichten⁶² und gleichzeitig seine absolute Bündnistreue zu betonen. Gomont nahm die allzu bereitwilligen Offenbarungen zurückhaltend auf. Sollte damit nicht nur eine französische Äußerung über die Möglichkeit eines Krieges gegen Holland herausgelockt werden, so

⁵⁷ Der Kinderen II S. 39. Chr. Bernh. an Kurmainz, 27. 4. 1668: MLA. 539 VII.

⁵⁸ Amerongen an Renswoude, 2. 5. 1668: »Ick wenschte, dat u ho. ed. hem eenmal mocht hoeren spreken, hy souder heel anders van geloven als men hem in den Haag nageeft. Ick vinde hem geporteert, met haer ho. mo. nader te willen allieren tot securiteyt van sijn ende hare landen.« Der Kinderen II S. 40 f. – Auch in Den Haag neigte man zu einem solchen Bündnis. Hessing berichtete am 15. 5. 1668: »Tot een alliantie met u hoochfurstl. genade te maecken, is ende blyft men hyer grootelycx genegen« (MLA. 534, I V).

⁵⁹ Chr. Bernh. an F. Korff-Schmising, 4. 5. 1668: GA. II B I a 8.

⁶⁰ Der Komtur sollte auch das sogen. Äquivalent für die im Dienste Frankreichs übernommenen Mühen wieder zur Sprache bringen. Der Bischof hatte gehört, der Papst habe dem König geistliche Güter für die Hilfe gegen die Türken versprochen. Er hoffte auf eine große Abtei mit 50–60 000 Ecus Einkünften und Zuwendungen für seine Familie.

⁶¹ Ungeschickterweise hatten die Generalstaaten Amerongen Anweisung gegeben, gleichzeitig mit dem Dank für die erteilte Genehmigung zum Truppendurchzug Bedenken wegen der Rüstungen vorzutragen, was der Gesandte ungenügend am 2. Mai ausführte, zumal er glaubte, daß die Werbungen des Bischofs nach dem Abklingen der Spannung von selbst aufhören würden. Der Bischof antwortete gereizt mit dem Hinweis auf die von Braunschweig drohende Gefahr und die Bündnisse, die ihm im Einklang mit dem Klever Frieden den Aufbau eines größeren Heeres erlaubten. Beschwerden möge man bei den Garanten des Vertrages und nicht bei ihm vorbringen. Amerongen war froh, am 15. Mai heimkehren zu dürfen (Anweisung der Generalstaaten v. 9. 5. 1668, Rekdential Christoph Bernhards, St. Ludgersburg 15. 5. 1668: MLA. 480, 40. Der Kinderen II, S. 45).

⁶² Durch eine Gesandtschaft Haugwitz' an Gomont.

bedeuteten sie doch wenigstens einen Versuch des Bischofs, sich kostbarer zu machen⁶³. Im Grunde konnte er sich doch nicht darüber täuschen, daß in Paris z. Z. keine Neigung zum Kriegsbeginn bestand⁶⁴, wenn auch die kaum verdeckten Drohungen Ludwigs XIV. gegen die Generalstaaten darauf hindeuteten, daß das Unternehmen nur aufgeschoben war. Hätte Christoph Bernhard den Brief gelesen, den Lionne am 29. Juni Gravel schrieb, so wäre er noch sicherer gewesen, in dem zukünftigen Kriege eine Hauptrolle zu spielen. »Ich hoffe,« so schrieb Lionne zum Gerücht vom Tode des Bischofs, »daß die Holländer nicht so gut mit dem Himmel stehen, um ein solches Glück und ein solches Unglück für uns zu erlangen«⁶⁵.

Amerongen meldete sich noch einmal mit einem Bericht über die Aufnahme, die seine Coesfelder Besprechungen in Den Haag gefunden hatten. Viele schienen ehrlich geneigt, das Bündnis mit dem Nachbarn abzuschließen. Kamen aber die Subsidien zur Sprache, die der Bischof forderte, so verfinsterten sich alle Mienen. Die holländischen Kaufleute vermochten nicht einzusehen, weshalb große Summen in einem Augenblick geopfert werden sollten, in dem der Friede vor der Tür stand. Über einen gegenseitigen Beistand für den Fall der Gefahr wollten sie nicht hinausgehen⁶⁶. Daran lag wiederum dem Bischof wenig, da er dadurch nur in die zahlreichen politischen Verwicklungen der mächtigen Republik hineingezogen würde. Wenn er schon die Rolle einer Vorhut und Schutzmauer spielen sollte, stand ihm billigerweise eine Entschädigung in Form von Subsidien zu, vielleicht aber auch, so deutete er Amerongen an, durch den Erwerb seines geliebten Borkelo⁶⁷. In diesem Zustand befand sich das Verhältnis des Bischofs zu den Generalstaaten, als sich neue Gefahren am Horizont abzeichneten⁶⁸.

⁶³ Der Verdacht Gomonts war nicht ganz unbegründet, andererseits gingen die im Reich umlaufenden Gerüchte über einen unmittelbar bevorstehenden Angriff des Bischofs auf Holland über die Tatsachen hinaus (Dolberg an Bruchhausen, 17. 5. 1668: MLA. 473, 56). Wenn er einen Angriff plante, so konnte er ihn doch nur mit französ. Hilfe durchführen. – Gomont an Lionne, 15. 5. 1668: Der Bischof wolle nur erfahren, »s'il n'y a pas encores quelque espérance de guerre contre les Hollandois« CC. 5 Bl. 212).

⁶⁴ Die Antwort Ludwigs XIV. auf den Vortrag Haugwitz' hätte ihm außerdem den letzten Zweifel genommen. Gomont an Chr. Bernh., 8. 6. 1668: GA. II C III 5.

⁶⁵ Lionne an Gravel, St. Germain, 27. 6. 1668: »On peut icy se consoler plus aisément de la mort de M. le cardinal de Thun que d'un avis que je viens de recevoir, s'il se trouvoit véritable, qu'elle a été suivie de celle de M. l'évesque de Munster. Mais je veux encore espérer que les Hollandois ne sont pas assez bien avec le ciel pour avoir eu un si grand bonheur et nous une pareille disgrâce« (CA. 232 Bl. 212).

⁶⁶ Amerongen an Chr. Bernh., 1. 6. 1668: MLA. 543 I.

⁶⁷ Chr. Bernh. an Amerongen, 18. 6. 1668: Ebd.

⁶⁸ Auf den Streit mit dem Grafen Georg Friedr. v. Waldeck über die Besetzung in Werth im Sommer 1668, in den auch die Generalstaaten hineingezogen wurden, soll nur hingewiesen werden. Vgl. Der Kinderen II S. 47 f.

32. KAPITEL

GRAF ERNST WILHELM VON BENTHEIM

Die angedeutete Verschlechterung der niederländisch-münsterischen Beziehungen führte die sogenannte Bekehrung des Grafen Ernst Wilhelm von Bentheim herauf, ein Ereignis, das wie kaum ein anderes die enge Verbindung politischer und kirchlicher Maßnahmen des Bischofs offenbart¹.

Der Ursprung der für das gräfliche Haus tragischen, als historisches Schauspiel jedoch einer gewissen Komik nicht entbehrenden Vorgänge liegt in dem Herzenswunsch des Bischofs, in einer günstigen Zeit die Generalstaaten abermals anzugreifen und sich dafür eine gute militärische Ausgangsstellung zu verschaffen. Die kleine Grafschaft Bentheim lagerte sich in breiter Front zwischen das Fürstbistum, wo es am schmalsten war, und die Vereinigten Provinzen und erstreckte sich nach Westen bis unmittelbar vor die Tore der wichtigen Grenzfestung Coevorden, die den Zugang nach Overijssel, Drenthe, Groningen und Westfriesland beherrschte. Jedoch stand das Grafenhaus, seit der Reformation dem Calvinismus zugetan, in keineswegs freundlichen Beziehungen zum Bistum. Streitigkeiten um das Stift Wietmarschen, territorial zur Grafschaft, kirchlich zum Bistum gehörig², gaben häufig, zuletzt noch 1657, Anlaß zu gegenseitiger Verstimmung. Um hier einen festen Fuß gegenüber den Niederlanden zu fassen, mußte das Verhältnis zwischen Bischof und gräflichem Hause grundlegend geändert werden. Ohne nackte Gewalt hätte sich diese Aufgabe nicht lösen lassen, dagegen versprach ein Versuch, mit kirchlich-religiösen Mitteln größeren Einfluß zu gewinnen, durchaus Erfolg. Der unentschlossene Charakter und die leicht beeinflussbare Gemütsart des Grafen Ernst Wilhelm ermunterten zu einem solchen Unternehmen.

¹ W. Kohl, Der Übertritt des Grafen Ernst Wilhelm von Bentheim zur katholischen Kirche (1668). In: Jahrb. d. V. f. Westf. Kirchengeschichte 48 (1955) S. 47–96. Vgl. auch Der Kinderen II S. 49 ff., Tücking S. 154 ff., Hüsing S. 182 ff., F. F. v. Raet zu Bögelskamp, Bentheim-Steinfurtische, Lagische, Overijsselsche und sonstige Beyträge zur Geschichte Westphalens, zugleich ein Versuch einer Provinzial-Geschichte der merkwürdigen Grafschaft Bentheim, 2. Teil (Burgsteinfurt 1805) S. 40 ff., J. C. Möller, Geschichte der vormaligen Grafschaft Bentheim von den ältesten Zeiten bis auf unsere Tage (Lingen 1879) S. 337 ff. Weitere Lit. bei Kohl, a. a. O. Romanhafte Bearbeitungen: Udo Markanus, Die Gräfin Gertrud von Bentheim. Eine westfälische Geschichte aus der Zeit Bernhards von Galen (Schwerte 1877), J. Mülder, Die Gräfin Gertrud von Bentheim. Geschichtl. Erzählung aus der Kampfzeit der reformierten Kirche (Leer 1877). – Die wichtigsten Daten befinden sich in: Manifest und rechtliche Deduction, betreffend die Uneinigkeit in dem Gräflichen Hause Bentheim, von der Frau Gräfinne zu Bentheim, Tecklenburg, Steinfurt und Limburg etc. gebohrne von Zelst, an ihre Keyser- auch Aller Christliche Königliche Majestäten [etc.] ausgeschrieben mit 30 Beylagen sub lit. A. B. C. etc. Amsterdam 1679.

² Die sogen. Obergrafschaft, der größere Teil des Landes, gehörte im Mittelalter kirchlich zum Bistum Münster, die Niedergrafschaft zum Bistum Utrecht.

Als 1663 im Bentheimer Hause ein Streit ausbrach, bot sich ein Vorwand zur Einmischung. Ernst Wilhelm hatte nämlich 1656 mit seinem jüngeren Bruder Philipp Konrad zu Bentheim-Steinfurt einen Erbvertrag geschlossen, der diesem die Nachfolge auch in Bentheim sicherte, wenn Ernst Wilhelm kinderlos starb. Die unvorhergesehene Heirat des damals schon 38jährigen Ernst Wilhelm mit der Hofdame seiner Schwester Anna Amalia, der bürgerlichen Niederländerin Gertrud van Zelst³, am 21. August 1661 machte die Aussichten des Jüngeren jählings zunichte. Philipp Konrad, energischer als sein Bruder, gab seine Ansprüche indessen nicht so leicht auf. Es gelang ihm, den furchtsamen Bruder zur erneuten Feststellung der Bestimmungen von 1656 in einem weiteren Verträge (26. August 1663) zu bewegen. Als Witwentum blieb der Gertrud Schüttoorf vorbehalten. Aus schlechtem Gewissen wagte Ernst Wilhelm nicht, seiner Gemahlin vor Abschluß des Vertrages mitzuteilen, daß ihr inzwischen geborener erster Sohn nun von der Erbfolge ausgeschlossen blieb. »Die übergroße Facilität und angeborene Gütigkeit . . . , daß niemandem etwas abzuschlagen fast vermögens«⁴ hatte den Grafen in eine peinliche Lage versetzt. Zwar schien der Bruder befriedigt, jedoch war die eigene Gemahlin aufs höchste aufgebracht. In ihrer Empörung griff sie zu einem Mittel, dessen Folgen sie später bitter bereuen sollte. Am 3. Oktober 1663 wandte sie sich an den Bischof von Münster⁴ und bat ihn, den Schutz ihres Sohnes und ihrer späteren Kinder zu übernehmen, da der Graf selbst zu schwach sei, sich gegenüber seiner gewalttätigen Verwandtschaft zu behaupten.

Eine schönere Gelegenheit, den Fuß in die Grafschaft zu setzen und gleichzeitig dem mißliebigen Grafen Philipp Konrad einen Denkkzettel zu erteilen⁵, ließ sich kaum ersinnen. Auf der Stelle sandte Bernhard von Wydenbrück den Entwurf eines Briefes an Gertrud, den sie nur abzuschreiben und dem Bischof zurückzuschicken brauchte. Er enthielt im wesentlichen ihre eigenen Worte vom 3. Oktober, aber auch den wichtigen Zusatz, sie könne feierlich beteuern, daß ihre Ehe gültig und vor einem reformierten Prediger rechtmäßig geschlossen, sie selbst von freien Leuten ehrlich geboren und untadeliger Herkunft sei. Mit diesem Bekenntnis gedachte der Bischof, dem Steinfurter Grafen die Grundlage für seinen Erbanspruch – nämlich die Ungültigkeit der Ehe Ernst Wilhelms mit der bürgerlichen Gertrud van Zelst – zu zerstören.

Bereitwillig versprach Christoph Bernhard der bedrängten Gertrud seine Hilfe⁶. Die Gräfin setzte dafür ihre Unterschrift unter eine vorbereitete Vollmacht für den Bischof. Nun erst offenbarte sie ihrem Manne ihre Maßnahmen und die feste Absicht, ihre Kinder nicht aus der Erbfolge verdrängen zu lassen. Auch hierzu erklärte sich der gutmütige Graf »ganz genehm und geneigt« und verlangte nur von ihr, nichts der Öffentlichkeit mitzuteilen. Damit entging er der unangenehmen Pflicht, sofort gegen die Erbverträge von 1656 und 1663 zu protestieren. In Münster fand man diese Lösung ganz bequem. Die wertvolle Unterschrift der Gräfin lag in Verwehr. Die Gegenseite glaubte die Erbverträge gesichert.

³ Zur Abstammung der Gertrud vgl. Kohl, Graf Ernst Wilhelm S. 49.

⁴ Gertrud an Chr. Bernh., 3. 10. 1663: MLA. 59, 1.

⁵ Mit Philipp Konrad lebte der Bischof wegen des rechtlichen Verhältnisses der Herrschaft Steinfurt zum Stift in ständiger Spannung.

⁶ Lic. Volbier übergab die Erklärung des Bischofs v. 7. 12., daß er den Schutz über die gräfl. Kinder zu übernehmen bereit sei, am 10. Dezember der Gräfin.

Auch die Gräfin ruhte auf ihrem Erfolge aus. Zum Zeichen ihrer Dankbarkeit nannte sie den am Sylvestertage 1664 geborenen zweiten Sohn nach dem Bischof und ließ gelegentlich durchblicken, einen Übertritt zur katholischen Kirche in Betracht zu ziehen⁷. Mit diesem, kaum jemals ernst gemeinten Gedanken hoffte sie den Bischof nur noch mehr an ihrem Schicksal zu interessieren, denn sie sah voraus, daß der schwerste Kampf mit dem Steinfurter Schwager noch bevorstand und ein Sieg nur mit münsterischer Hilfe möglich war. Mit dem eigenen Gemahl konnte sie nicht rechnen. Mit Bestürzung sah sie, daß er abermals seinem jüngeren Bruder eine günstige Erklärung abgab⁸. Um die Verwirrung vollkommen zu machen, ließ er sich im Mai 1665 auf Drängen Wydenbrücks zu der Versicherung bewegen, seine Ehe sei gültig und nicht morganatisch, seine Kinder daher rechtmäßige Erben, die er schon jetzt als Inhaber der Grafschaft betrachten wolle, wenn ihm nur die Vogtei, die nach seinem Tode an seine Frau und den Bischof von Münster fallen solle, vorbehalten bleibe.

In Burgsteinfurt erhob sich sofort der heftigste Widerspruch. Philipp Konrad veranlaßte seine Schwester Anna Amalia zu der Aussage, ihr Bruder Ernst Wilhelm habe bei der Trauung gesagt: »Ich traue Gertrud ins Blut, aber nicht ins Gut, denn ich habe meinen Bruder, Graf von Steinfurt, einzig und allein zu meinem Erben angenommen.«⁹ Ganz ähnlich hatte sich bereits vor über einem Jahr der trauende Prediger Nikolaus Grimmellius verlauten lassen¹⁰, so daß die Glaubwürdigkeit der Angaben keinen Bedenken unterlägen, wenn nicht die angeblich auf Befehl des Grafen gewährte Geheimhaltung dieses Umstandes ein Rätsel aufgab. Eine morganatische Ehe hätte den Erbvertrag von 1656 nicht gefährdet, brauchte also auch nicht geheimgehalten zu werden. Beide Erklärungen sind 2 bzw. 4 Jahre nach der Heirat und auf Drängen der Steinfurter Partei abgegeben worden. Anna Amalia und der Prediger haben außerdem 1661 und 1662 »die rechtmäßige eheliche Kopulation« des Paares schriftlich bezeugt, ohne die Klausel von Gut und Blut zu erwähnen. Da beiden Personen bewußte Irreführung kaum zuzumuten ist, bleibt die Möglichkeit bestehen, daß die Erklärungen über den morganatischen Charakter der Ehe mit Zustimmung Ernst Wilhelms abgegeben wurden. Besonders bedenklich stimmt, daß Grimmellius, der übrigens dem Grafen nicht besonders freundlich gesonnen war, seine letzte Erklärung später widerrief¹¹.

So kam es, daß auf der Coesfelder Konferenz vom 25./26. Februar 1665 die münsterische Seite die Vollgültigkeit der Ehe Ernst Wilhelms, die steinfurtische dagegen deren morganatischen Charakter behauptete. Der Bischof übergab Gertrud eine schriftliche Erklärung, er habe die Gültigkeit ihrer Ehe reiflich geprüft und anerkannt, und erst danach die Vormundschaft über ihre

⁷ Kohl S. 52 f.

⁸ Erklärung v. 22. 7. 1664. B. v. Wydenbrück an Gertrud (undat.): FBA. IV Rep. C 3.

⁹ Erklärung v. 26. 2. 1665: FBA. IV Rep. C 3.

¹⁰ Erklärung v. 21. 8. 1663: Ebd. C 2.

¹¹ Grimmellius erklärte am 18. 2. 1669 vor dem Bentheimer Oberkonsistorium und abermals am 19. 2. 1686: Beim Trauakt »wären aber damals keine Worte vorgefallen, daß die Ehe ins Blut und nicht ins Gut sein sollte«. Sein Zeugnis von 1663 und das der Anna Amalia von 1665 seien vielmehr so zu verstehen, daß der Graf »in Abwesenheit der Gräfin zweien Tagen vor der Kopulation zu ihme gesagt habe, dieselbe ins Blut und nicht ins Gut zu trauen«, jedoch nur »diskursive«. Möller S. 338, 512 ff.

Kinder übernommen¹². Es gelang dem Bischof, die Einwände Philipp Konrads gegen die Unebenbürtigkeit seiner Schwägerin durch deren beim Kaiserhof betriebene und mit münsterischem Gelde bezahlte Erhebung in den Grafenstand zum Schweigen zu bringen¹³. Das große Geldopfer für die Standeserhebung rechtfertigte er vor sich nicht allein mit der Abwehr der Steinfurter Ansprüche, sondern auch mit der Hoffnung, daß die gräflichen Kinder nun fähig würden, »allgemach zu den katholischen hohen Thumbkapitulen zugelassen« zu werden. Nach ihrer Versorgung in Domstiftern konnten die Kinder dem Bischof nicht mehr verwehren, gestützt auf seine Vogtei und Vormundschaftsrechte, die Grafschaft mit dem Fürstbistum zu vereinigen. Der Re-katholisierung des Ländchens und seiner Verwendung zum militärischen Aufmarsch gegen die Generalstaaten stand dann nichts mehr im Wege¹⁴.

Die Steinfurter Verwandten Ernst Wilhelms gaben sich jedoch auch jetzt nicht geschlagen. Mit ihrer Drohung, ihm persönlich auf die Burg zu rücken, verjagten sie den ängstlichen Mann aus seiner Behausung¹⁵. Offenbar hielt er sich längere Zeit auf dem bischöflichen Schloß Ahaus auf, ohne daß es gelang, ihn zum Übertritt zu bewegen¹⁶. Seine Furcht vor der Gemahlin, die, wie er wohl wußte, einen solchen Schritt aufs tiefste mißbilligt hätte, überstieg die angebrene Nachgiebigkeit.

Während der Abwesenheit des Grafen verstärkte der Bischof seinen Einfluß in Bentheim durch die Ablösung des reformierten Kanzlers Pagenstecher und Einsetzung Veit Hildebrand von Wydenbrücks, eines Bruders Bernhards, als Nachfolger. Trotz aller Gutgläubigkeit erkannte Ernst Wilhelm nun die Schlingen, die sich um ihn zusammenzogen. In einer Anwendung ungewohnter Entschlußkraft zog er nur noch Reformierte zur Beratung heran und gab seinem ältesten Sohne einen reformierten Prediger als Erzieher. Im Sommer nahm diese unerwünschte Entwicklung Ausmaße an, die das persönliche Eingreifen des bischöflichen Beichtvaters, des Jesuiten Körler, forderte. Besonders schmerzlich berührte den Bischof, daß sich gerade Gertrud zur Verfechterin einer streng reformierten Richtung aufschwang. Offensichtlich hatte sie ihre Neigung für die katholische Kirche nur »listiglich simuliert«¹⁷. Als auch noch der Graf bekundete, am Michaelistage zum reformierten Abendmahl zu gehen, um jeden Verdacht einer Übertrittsabsicht von sich zu wälzen, schien die Zeit gekommen, mit Gewalt einzugreifen, um nicht alle bisher in Bentheim vom münsterschen Hof errungenen Erfolge aufs Spiel zu setzen. Am 7. August machte der Registrator Heinrich Kuhfuß, von nun an

¹² Wydenbrück an Gertrud, 14. 3. 1665: FBA. IV Rep. C 3.

¹³ Das kaiserl. Diplom v. 25. 8. 1666 in FBA. IV Rep. C 4. Kohl S. 56 ff.

¹⁴ Undat. Schreiben des Bischofs, wahrscheinlich an Fürst Porzia: MLA. 542 h.

¹⁵ In der Literatur wird meist behauptet, Ernst Wilhelm habe weite Reisen bis nach Süddeutschland unternommen und dort seine Neigung zur kathol. Kirche verstärkt. Ein Beweis dafür ist nicht zu liefern.

¹⁶ V. H. v. Wydenbrück an Chr. Bernh., 23. 9. 1667: Es sei der Gräfin glimpflich beigebracht worden, daß Ernst Wilhelm schon im vergangenen Jahr in Ahaus zum kathol. Glauben übergetreten sei. Entspreche die Nachricht auch nicht der Wahrheit, so hoffe man doch dadurch den Widerstand der Gräfin gegen ein offenes Glaubensbekenntnis ihres Gemahls zu verringern (GA. II C III 1).

¹⁷ Chr. Bernh. an Kurmainz, 28. 2. 1669: MLA. 59, 3. Der furchtsame Kanzler V. H. v. Wydenbrück bat angesichts des unverhohlenen Hasses der Gräfin um militärischen Schutz. Körler unterrichtete sich inkognito von der bedrohlichen Lage in Bentheim und kehrte am 4. 6. nach Münster zurück.

die dunkle Figur im Mittelpunkt des beschämenden Spieles, den Bischof darauf aufmerksam, daß Graf Ernst Wilhelm in 7 Tagen zur Totenfeier seines verstorbenen Bruders Philipp Konrad nach Burgsteinfurt reise¹⁸ und daß es ratsam erscheine, ihn auf dem Hin- oder Rückweg abzufangen und zum katholischen Glaubensbekenntnis anzuregen oder zu zwingen, bevor er wieder dem Einfluß seiner Gemahlin unterliege. Am unauffälligsten geschehe das unter dem Vorwand einer Jagd.

Da der Graf bisher allen Einladungen an den bischöflichen Hof aus dem Weg gegangen war¹⁹, entschlossen sich der Bischof und seine Helfer zu diesem vorgeschlagenen Banditenstück. Eine berittene Kompanie und die Leibgarde bezogen zwischen Burgsteinfurt und Bentheim Stellung. Als der Graf am 18. August den Wagen zur Rückreise besteigen wollte, erfuhr er von einem Diener, was ihm auf dem Heimwege drohte. Seine Begleitung sah ihn »sonderlich bestürzt und alteriert« abfahren, um dem Bischof auf einem Nebenwege über Welbergen zu entkommen. Aber auch hier standen die Soldaten auf Posten. Sie forderten den Grafen namens des Bischofs höflich zum Bleiben auf, dieser kam »fröhliches Gemüts« bald herzu und lud seinen unfreiwilligen Gast nach Ahaus ein. Einwände des Grafen fanden keine Berücksichtigung. »Überaus erschrocken, furchtsam und bekümmert« bestieg Ernst Wilhelm schließlich die bischöfliche Kalesche. Noch am Abend sprach er kaum ein Wort. Am anderen Tage führte man ihn, »wiewohl unger und traurig«, nach Coesfeld. »Unter Schlagung der Heerpauken und Aufblasung der Drommeten« verfloß bei Schmaus und »kontinuierlichem Saufen« der Tag. Keine Minute wichen dem Gast der Propst J. A. Korff-Schmising und Pater Körler von der Seite. Am 21. August 1668 legte Graf Ernst Wilhelm in der Kapelle der Ludgersburg öffentlich das katholische Glaubensbekenntnis ab.

Blitzschnell verbreitete sich die Nachricht in der Grafschaft Bentheim und den Niederlanden. Trotz aller Bestürzung faßte die Gräfin unverzüglich den Entschluß, ihre Kinder, an denen die Zukunft der Grafschaft hing, dem Zugriff des Bischofs zu entziehen. Bei Nacht und Nebel ließ sie ihre kleinen Söhne zum Drostens Goswin von Raesfeld auf Haus Twickelo bei Delden schaffen. Von dort gelangten sie weiter ins Innere der Niederlande. Mit ihrer Entschlossenheit entriß sie dem Bischof den sicheren Sieg.

Am 27. August erschien vor der Burg Bentheim eine münstersche Besatzung, zwar ohne den Grafen, aber doch mit seiner Einwilligung. Die Gräfin ließ die Tore schließen²⁰. Bevor sie nicht aus dem Munde ihres Gemahls vernähme, die Besatzung komme in seinem Auftrage, wollte sie niemand auf das Haus lassen. Am bischöflichen Hof hieß es nun, die Gräfin sperre ihren

¹⁸ Philipp Konrad starb am 18. Mai 1668. Gegen den für die folgenden Vorgänge sehr aufschlußreichen Bericht eines Unbekannten (MLA. 59, 3), der sich in allen Punkten bei der Nachprüfung als objektiv erweist, wurde bisher eingewandt, daß zwischen dem Todestag Philipp Konrads und der Totenfeier ein zu großer Zwischenraum liege. Das Schreiben Kuhfuß' an Chr. Bernh. vom 7. 8. 1668 (MLA. 62 I, 97) beseitigt diesen Einwand. Totenfeiern hoher Persönlichkeiten fanden damals meist erst einige Monate nach dem Tode statt. Vgl. auch Körler an Chr. Bernh., Bentheim 11. 9. 1668: *Advenerunt heri sub vesperam duo Steinfordienses Stampā et Schröder et adsunt a biduo Solmensis et Vehlensis sollicitatores sepulturae vel potius depositionis comitissae, . . . quod speramus cras futurum* (MLA. 62 I, 95).

¹⁹ B. v. Wydenbrück an Chr. Bernh., 8. 8. 1668: MLA. 62 I 97.

²⁰ Schon am 24. 8. bat die Gräfin B. v. Wydenbrück schriftlich, ihr keine Besatzung zuzumuten. Wydenbrück an Chr. Bernh., 24. 8. 1668: MLA. 62 I, 95.

Gemahl aus der eigenen Burg aus. Man veranlaßte den unglücklichen Grafen, der Erstürmung des Schlosses zuzustimmen. Es wäre zum Kampf gekommen, wenn nicht kurz vorher der eingeschüchterte Hofmeister Wolff den Tor Schlüssel an die Bischöflichen übergeben hätte²¹. Die Gräfin vermochte nicht, den Einzug der Besatzung zu verhindern²². Zur Bestürzung der Einwohner zog am 1. September der Bischof mit großer Begleitung wie ein Eroberer in Bentheim ein. Am nächsten Tage wurde in der Schloßkapelle katholischer Gottesdienst eingeführt.

Obleich nach der Abreise des Bischofs aus Bentheim Bernhard von Wydenbrück und Pater Körler ängstlich darüber wachten, daß der Graf nicht mit seiner Gemahlin zusammentraf, gelang es der Gräfin, an einem frühen Morgen an das Bett ihres Gemahls zu treten und ihm »rechtschaffen die Meinung« zu sagen. Als sie die Kinder erwähnte, brach er in Tränen aus²³.

In Holland riefen die Nachrichten von diesen Ereignissen tiefe Empörung hervor. Niemand glaubte der Erklärung des Bischofs, Graf Ernst Wilhelm habe den Übertritt aus eigenem Entschluß vollzogen und lebe in Freiheit. Die Aussichten, die gräflichen Kinder aus den Niederlanden zurückzuführen und wieder unter die Aufsicht des Bischofs zu bringen, versprachen angesichts der feindseligen Stimmung in den Generalstaaten wenig Erfolg. Im Augenblick zog freilich Gräfin Gertrud, die weder durch gütliches Zureden noch Drohungen zu bewegen war, den Aufenthaltsort der Kinder zu verraten, den ganzen Zorn Christoph Bernhards auf sich. Unter dem Vorwand, sie mit dem Grafen wieder zusammenzuführen, nahm Kuhefuß sie gefangen und brachte sie mit ihrem kleinen Gefolge nach Münster in das Haus des Bürgermeisters Dr. Römer. Aber auch jetzt scheiterte jeder Versuch, ihr den Aufenthaltsort der Kinder zu entlocken. Ebenso wenig gelang es, die Kinder in Holland aufzufinden²⁴. Schließlich zwang man die Gräfin, indem man allen Ungerechtigkeiten die Krone aufsetzte, zu einem Brief an die Generalstaaten, sie habe sich mit ihrem Gemahl über die Erziehung der Kinder verglichen und bitte, diese zurückzusenden. Um die Täuschung zu unterbinden, entschloß sich die verzweifelte Frau zur Flucht aus dem Arrest, die ihr auf abenteuerliche Weise gelang. Als der Bischof hiervon Kenntnis erhielt, brach seine Hoffnung zusammen, die Grafenkinder in absehbarer Zeit wieder in seine Hand zu bekommen. Da auch der Graf zur Befürchtung Anlaß gab, er könne seinen **Schritt rückgängig machen**, wurde wenigstens er an einen sicheren Aufenthaltsort in der Coesfelder Zitadelle geführt²⁵.

Auch die Hoffnung auf Rückkehr Gertruds nach Bentheim erfüllte sich nicht. Sie forderte dazu Garantie freier Religionsübung für sich und ihre Kinder. Einen solchen Revers auszustellen, trug der Bischof Bedenken, da er ihm

²¹ Wydenbrück lockte den Hofmeister unter dem Vorwand, der Graf wolle ihn sprechen, vor die Burg. Wydenbrück an Chr. Bernh., Bentheim 28. 8. 1668: GA. II C II 4.

²² Um dem niederländ. Vorwurf, die Grafschaft befinde sich nicht mehr in Händen des Grafen, vorzubeugen, wurde die Besatzung unter Leutnant Heinr. Kessel formell aus münsterischen Diensten entlassen und in bentheimische überführt. Befehl Chr. Bernhards, Bentheim 4. 9. 1668: MLA. 62 I, 95.

²³ Brief Gertruds, aus den Romswinkelschen Papieren veröffentlicht von Der Kinderen II S. 58.

²⁴ Kohl S. 70 ff.

²⁵ Ebd. S. 75.

die Erziehung der Kinder geraubt hätte. Der kaiserliche Hof mischte sich nur widerwillig in die Händel, um eine Verstimmung mit den Holländern zu vermeiden. Erst Ende 1669 erwirkte Körler in Wien ein Mandat, das die Generalstaaten zur Rückgabe der Kinder aufforderte. Es fand in Den Haag keine Beachtung. Nach und nach sank die ganze Angelegenheit auf die Ebene geheimer Anschläge, Entführungsversuche und Verrat ab²⁶. Als auch die bedenklichsten Mittel nicht zum Ziele führten, entschloß sich der Bischof, gegen alles Recht die früher von ihm selbst so nachdrücklich als gültig verteidigte Ehe des Grafen mit Gertrud für nichtig zu erklären²⁷. Ein Grund wurde in der Erklärung nicht angegeben. Er hätte sich auch nicht finden lassen²⁸. Gleichzeitig erlaubte der Bischof eine neue Eheschließung Ernst Wilhelms mit der katholischen Gräfin Isabella von Limburg-Styrum^{29a}. Der Kaiser gab seine Zustimmung zu dieser unerhörten Rechtswidrigkeit erst, als die Nachricht vom Tode Gertruds – sie starb am 29. März 1679 in Den Haag – in Wien eintraf²⁹. Der Bischof erlebte diesen Tag nicht mehr, wohl aber die Heirat des Paares³⁰. Indessen erfüllte sich auch jetzt seine Hoffnung auf eine katholische Nachkommenschaft des bentheimischen Hauses nicht. Dem Ehepaar wurde nur eine Tochter geboren, so daß nach Ernst Wilhelms Tod (26. August 1693) die reformierte Steinfurter Linie die Nachfolge antrat. Der älteste Sohn der Gräfin Gertrud erbte später Steinfurt und trat damit auch die Herrschaft in Bentheim an. Alle Mühen und Ränke Christoph Bernhards in dieser Angelegenheit verschafften also der katholischen Kirche nicht den geringsten Vorteil. Ernst Wilhelm selbst hob in seinem letzten Testament alle früheren zugunsten des Stifts Münster und der Familie von Galen getroffenen Anordnungen gänzlich auf³¹. Er regelte auch die Erbfolge in dem Sinne, wie sie später eintrat. Der Tod des Bischofs befreite ihn von allem Druck. Zwar vermochte er nicht, seinen Übertritt rückgängig zu machen, wenn er nicht neue Schwierigkeiten mit der Familie seiner zweiten Gemahlin heraufbeschwören wollte. In seinem letzten Testament schob er jedoch wenigstens allen schädlichen Folgen seines Schrittes für die reformierte Religion in der Grafschaft und für sein eigenes Haus einen festen Riegel vor.

²⁶ Im einzelnen vgl. ebd. S. 83 ff.

²⁷ Erklärung Chr. Bernhards v. 8. 7. 1678. Abgedruckt von Niesert, Münst. Urkunden-Sammlung Bd. 6 (Coesfeld 1835) S. 520.

²⁸ Dagegen berief sich die Bulle Innozenz' XI. v. 26. Mai 1679 auf die unhaltbare Begründung, die Ehe des Grafen sei unter Voraussetzung der Auflösbarkeit geschlossen worden (FBA. IV Rep. C 6).

^{29a} Bericht W. Heespen, Münster 18. 6. 1678: Der Bischof sei heute »sehr beschäftigt gewesen mit Schließ- und Beförderung einer Heiratsalliance zwischen dem Herrn Grafen von Bentheim und einer Fräulein von Stirumb. Hochgemelter Herr Graf ist zu Coesfeld geblieben und wird morgen mit dem Herrn Vicedom Baron von Velen nacher Gemen fahren, umb auf erhaltene Dispensation die Mariage allda zu schließen und consummieren, welches in Holland, da die Gemahlin sich mit ihren Herren und Fräulein aufhält, allerhand Speculationes causieren, vielleicht auch einige Weitläufigkeit nach sich ziehen dürfte.« KM., B (eigenhändig).

²⁹ Bestätigung des Reichshofrats v. 17. 4. 1679.

³⁰ Kohl S. 91.

³¹ Zu den 3 Testamenten Graf Ernst Wilhelms vgl. ebd. S. 92 ff.

33. KAPITEL

ZWISCHEN TRIPELALLIANZ UND FRANKREICH

(1668–1669)

Der Einfall Ludwigs XIV. in die Spanischen Niederlande fand im Reich als Bruch des Westfälischen Friedens fast einhellige Ablehnung. Auch nach dem Frieden von Aachen hielten sich hartnäckig Gerüchte, der König werde nun gegen die Länder am Rhein vorgehen. Sie drangen auch an das Ohr des Bischofs von Münster und steigerten seine Unzufriedenheit mit dem französischen Verbündeten. Seine Freude über das Ende des spanisch-französischen Krieges verblaßte ohnehin angesichts der Enttäuschung, daß Ludwig XIV. sein auf dem Vormarsch befindliches Heer nicht gegen Holland weitergeführt hatte. Alle Versuche, durch den Komtur Schmising und über Millet den König zur Fortsetzung des Angriffs nach Norden zu bewegen, waren gescheitert. Für den Bischof bedeutete das ein schmerzliches Geldopfer, denn seine Rüstungen erreichten eine bisher nicht verzeichnete Höhe¹.

Unwillkürlich lenkte er seine Aufmerksamkeit auf einen Ersatzverbündeten, wenn Frankreich sich für den Krieg gegen Holland versagen sollte. Aber alle Überredungskünste des Brüsseler Nuntius, Castel Rodrigo im Auftrage des Bischofs vom Nutzen eines Krieges gegen die holländischen Ketzer zu überzeugen, verhallten im Winde. Angesichts der spanischen Trägheit und Ratlosigkeit mußte der Nuntius sich eingestehen, daß es besser sei, den Plan ganz aufzugeben, als mit einem so unentschlossenen Verbündeten einen schweren Krieg zu beginnen².

Versagten sich die beiden Großmächte, so ließen die kleineren Reichsfürsten noch weniger Unterstützung erwarten. Kurköln und Pfalz-Neuburg verharrten in ihrer Verbitterung über den Ausgang der Koadjutorwahl in Münster. Kurmainz und Trier saßen zu entfernt, um helfen zu können, ungeachtet der an diesen Höfen herrschenden frankreichfeindlichen Stimmung, die eine Unterstützung eines französischen Verbündeten kaum gestattete.

Demgegenüber stellte die Tripelallianz eine weit kraftvollere Vereinigung dar. Ihrem Begründer, William Temple, schwebte von Anfang an vor, sie zu einem wirksamen Hemmschuh gegen die französischen Eroberungsgelüste auszubauen. Zwar hatte sich der Kaiser durch den Geheimvertrag über die Teilung der spanischen Erbschaft seine eigene Handlungsfreiheit beschnitten, aber es schien, daß auch er sich der allgemeinen Front gegen Ludwig XIV. einzu-

¹ Christoph Bernhard warb auch nach dem Aachener Frieden weiter. Als die braunschweig. Truppen im Herbst aus Holland zurückkehrten, ließ er viele von ihnen beim Durchzug durch münstersches Gebiet gegen den Willen der Herzöge abwerben und zurückhalten. Hgz. Ernst August an Chr. Bernh., 26. 10. 1668: MLA. 540a IV. Der Bischof entschuldigte sich am 4. 11. mit Unkenntnis. Vgl. Der Kinderen II S. 46.

² Abundii an Chr. Bernh., Brüssel 22. 12. 1668: MLA. 542g. Im Grunde sah man das Ergebnis in Münster wohl voraus. »Mirum certe et fatale est, res hispanicas ita curari«, rief der Bischof aus. Chr. Bernh. an Abundii, 27. 12. 1668: Ebd.

ordnen gedachte. Der frühere münsterische Rat von Basserode brachte als kaiserlicher Gesandter am 16. Mai 1668 in Stockholm einen Bündnisvertrag zustande, in dem der Kaiser Subsidien, Schweden Hilfstruppen und beide gegenseitigen Schutz ihrer deutschen Besitzungen versprachen³. Basserode unterrichtete den Bischof eigenhändig über diese wichtige Wendung. Wenig später schloß der unermüdlich gegen die französischen Gewalttaten aufrufende kaiserliche Diplomat Franz von Lisola mit Spanien ein Bündnis zur Verteidigung der Spanischen Niederlande, vorbehaltlich des Beitritts zur Tripelallianz. Sogar Herzog Karl IV. von Lothringen trieb die Furcht vor einem französischen Überfall in die Arme seiner alten Gegner Kurmainz und Trier. Das zu Limburg errichtete Dreierbündnis sah neben der Garantie der eigenen Länder auch die des Burgundischen Kreises vor. An die Holländer erging das Angebot des bewaffneten Anschlusses an die Tripelallianz⁴.

In der durch die französische Expansionspolitik ausgelösten Verschiebung der Kräfte zugunsten der Tripelallianz erwuchs dem Bischof die Aufgabe, seine Bindungen an Frankreich zu überprüfen. Am 2. Oktober begab sich der Komtur Korff-Schmising auf die Reise nach Mainz, wo der Bischof mit Recht einen der Angelpunkte der neuen Wendung vermutete⁵. Der ebenfalls in Mainz weilende jüngere Gravel gestand unumwunden ein, daß Frankreich im Augenblick gegen Holland nichts zu unternehmen gedenke, dagegen seine Ziele am Rhein suche⁶. Korff-Schmising fand außerdem das Gerücht vom Bündnis der beiden Kurfürsten mit Lothringen, in das diese gern auch Münster aufgenommen hätten, bestätigt. Die allgemeine Furcht vor Frankreich ließ eine Bedrohung durch die protestantischen Mächte der Tripelallianz so zurücktreten, daß der Komtur mit seinen Andeutungen nur mitleidiges Lächeln erntete. So viel er erfahren konnte, vermochte Gravel den Kurfürsten auf keine Weise zur Verlängerung des Rheinbundes unter Ausschluß der Protestanten zu bewegen. Gerade die Verbindung mit den Reichsständen der anderen Konfession bildete einen wichtigen Grundsatz der Politik Johann Philipps. Er wartete nur darauf, daß auch Münster sich mit Holland und dem Welfenhause zusammenschloß⁷, ja beabsichtigte sogar, diese Verbindung zum Preis für die Aufnahme des Bischofs in das Dreierbündnis mit Trier und Lothringen zu setzen. Das Angebot des Bischofs von Münster zur Hilfe gegen Kurpfalz im Wildfangstreit nützte ihm solange nichts, als jener selbst im Rücken von protestantischen Nachbarn bedroht war. Johann Philipp gab dem Komtur die dringende Mahnung auf den Weg, die Zeichen der Zeit zu verstehen und den Bogen einer allzu betont katholischen Politik nicht zu hoch zu spannen. Freilich barg auch eine Entscheidung im Sinne des Kurfürsten ihre Gefahren. Zwar hatte Hammerstein auf der Durchreise in Mainz die Bereitwilligkeit zu einem Bündnis Braunschweigs mit dem Bischof von Münster betont, aber wollte er hiermit nicht nur diesem die Hände binden und von der Hilfe für Kurmainz zurückhalten, damit Johann Philipp um so sicherer von Kurpfalz gedemütigt würde? Der Komtur wußte selbst nicht mehr zu sagen, wo der rechte Weg verlief⁸.

³ Köcher II S. 87. — ⁴ Ebd. S. 88.

⁵ Beglaubigungsschreiben Chr. Bernhards für F. Korff-Schmising, 2. 10. 1668: MLA. 539 VII.

⁶ F. Korff-Schmising an Chr. Bernh., Mainz 16. 10. 1668: MLA. 480, 40.

⁷ F. Korff-Schmising an Chr. Bernh., 24. 10. 1668: MLA. 480, 40.

⁸ Desgl., 3. 11. 1668: GA. II C II 5.

Das größte Hindernis für eine klare Entscheidung des Bischofs in dieser oder jener Richtung lag in der Untätigkeit und an den fehlenden »generösen Entschlüssen« des Kaisers. Seine Schwäche konnte die auf der Höhe ihrer Macht stehenden Generalstaaten kaum noch von einem Angriff auf das Bistum Münster und andere katholische Reichsfürsten zurückhalten. Ja, es schien Christoph Bernhard, als ob in Wien der Einfluß der Protestanten derartig überwog, daß der Kaiser in Streitfällen zu ihren Gunsten entschied⁹. Ein Anschluß des Kaisers an die Tripelallianz hätte auch dem Bischof den Weg zu dieser neuen Gruppierung erleichtert, aber unter den jetzigen Umständen fehlte der Anreiz¹⁰. Mit beiden Seiten freundliche Beziehungen zu unterhalten, wäre eine Politik gewesen, die beim ersten Aufeinanderprall der feindlichen Parteien einstürzte¹¹. Die dauernde Furcht, die Holländer könnten einen Präventivkrieg gegen das Stift Münster beginnen, um sich des Feindes im Rücken bei einem französischen Angriff zu entledigen¹², zwang den Bischof zur Entscheidung für Frankreich. Zu seinem Leidwesen äußerte sich Lionne überhaupt nicht zu dieser Frage. In Paris hegte man andere Sorgen. Lothringen und der Oberrhein lagen im Blickfeld des Königs, und nicht die Niederlande¹³.

So sehr der Bischof innerlich bedauerte, nicht wie zur Zeit des Türkenkrieges mit dem Kaiser Hand in Hand in einem einigen Reich arbeiten zu können¹⁴, die Waagschale senkte sich in Münster zu Ungunsten der Tripel-

⁹ Christoph Bernhard verwies besonders auf die kaiserl. Stellungnahme im brandenburg-pfalzneuburgischen und im Wildfangstreit, aber auch während seines eigenen Krieges gegen Holland, der »auf so gutem Fuß gestanden« hätte, bis der Kaiser und andere Mächte ihn zum Frieden zwangen. Chr. Bernh. an Mayersheim, 15. 11. 1668: MLA. 534, 5 I.

¹⁰ Die Berichte Mayersheims über die Schwäche der kaiserl. Truppen, den Geldmangel am Hofe und die Unentschlossenheit der Minister bestärkten den Bischof in seiner Meinung. Dem Oberhaupt des Reiches fehlte gerade das, was er erwartete, daß es »in solcher Positur sei, daß sie jederzeit das Feuer in der Aschen dämpfen und das Heil. Röm. Reich in Ruhe und Stand erhalten könne«. Chr. Bernh. an Mayersheim, 14. 12. 1668: MLA. 534, 5 I.

¹¹ F. Korff-Schmising an Chr. Bernh., 21. 11. 1668: GA. II C II 5.

¹² V. H. v. Wydenbrück an Chr. Bernh., Bentheim 26./16. 4. 1669: GA II C III 1. – Zur Entscheidung des Bischofs für Frankreich trug auch nicht wenig die Ängstlichkeit der Kurie, den Generalstaaten in der Frage der geistl. Jurisdiktion über die Grft. Bentheim, die der Bischof zu erwerben wünschte, nahezutreten, bei. W. v. Fürstenberg an Chr. Bernh., Rom 12. 1. 1669: MLA. 1, 12 VII.

¹³ Pachau, der Sekretär Lionnes, vermochte seinen Auftraggebern in Münster keinen Entscheid des Ministers mitzuteilen. Einmal entschuldigte sich Lionne mit einem fehlenden Geheimschlüssel, dann wieder mit Arbeitsüberlastung oder anderen Ausflüchten. Pachau an Chr. Bernh., Paris 14. 12. 1668 u. 18. 1. 1669: GA. II C III 17 b.

¹⁴ In einem Brief an Mayersheim v. 9. 2. 1669 (MLA. 534, 5 I) verdammt der Bischof die »Allianzen, die nur Trennung und Mißtrauen« mit sich brachten. Aber konnte man die Teilnehmer verurteilen, da doch der Kaiser selbst Miene machte, der Tripelallianz beizutreten? – Hartnäckig hielten sich damals, sogar in Rom, Gerüchte, der Bischof verhandele persönlich in Paris über ein engeres Bündnis (W. v. Fürstenberg an Chr. Bernh., Rom 2. 3. 1669: MLA. 1, 12 VII). Der Bischof erwiderte dem Nuntius auf eine ähnliche Nachricht: »Ea est heriticorum malitia, ut rumore noceant falso, si aliter nequeant.« 3. 8. 1669: MLA. 542 g. – Auch Mayersheim berichtete so am 14. 3. 1669 aus Wien: MLA. 534, 5 I. Im Juni tauchte dasselbe Gerücht abermals auf. Dolberg an Bruchhausen, Regensburg 27. 6. 1669: Der Bischof habe 3 Stunden lang in Paris mit dem König gesprochen und sei dort von Bekannten gesehen worden. Man vermute, es sei auf Trennung der Tripelallianz abgesehen: MLA. 473, 59). Das Gerücht rief erneut die Sorge der Holländer hervor, aus der die Gesandtschaft Amerongens entsprang. Amerongen an Chr. Bernh., Den Haag 12. 3. 1669: Ml.A. 543 I.

allianz¹⁵. Als Instrument protestantischer Politik schied sie aus der Betrachtung aus. Der abermalige Versuch Amerongens, ein holländisch-münsterisches Defensivbündnis anzuregen, war daher von vornherein zum Scheitern verurteilt¹⁶. Dagegen wandte sich der Bischof selbst an Lionne und schilderte ihm nachdrücklich die gefährliche Lage des Stiftes: Die Empörung der Niederländer über den Konfessionswechsel Graf Ernst Wilhelms von Bentheim konnte sich leicht in einem Angriff gegen das Fürstbistum entladen, dessen Kräfte nicht entfernt zur Verteidigung ausreichen und das durch die Feindseligkeit Kurkölns und Pfalz-Neuburgs vereinsamt dastand. Der Bischof bat Lionne um festere Bindungen und höhere Subsidiën¹⁷.

Christoph Bernhard sah sich um so mehr zu diesem Schritte gedrängt, als die Gerüchte nicht abreißen wollten, daß Schweden erneut der französischen Seite zuneigte und damit eine Konstellation einzutreten drohte, die er stets fürchtete. Sie barg die Gefahr, daß Frankreich den Schweden bei einem Angriff gegen die geistlichen Stifter Norddeutschlands Rückendeckung und Duldung gewährte¹⁸. Aber auch von einer französisch-niederländischen Annäherung unter Einschluß Schwedens drangen beunruhigende Nachrichten nach Münster¹⁹. Jedes Wanken an der Seite Frankreichs hätte die größten Gefahren mit sich gebracht. Mit fester Hand steuerte der Bischof von nun an auf das ersehnte Ziel hin, an der Seite des Königs den Angriff gegen Holland planmäßig vorzubereiten. Die Zeitumstände forderten von ihm weit mehr Geduld und Zähigkeit, als er voraussah. Auch der Sturz Auerspergs in Wien²⁰ vermochte sein Ziel nicht zu verrücken.

¹⁵ Chr. Bernh. an Mayersheim, 16. 4. 1669: »Die Tripleallianz, dessen Corpus die Unkatholische sein, wird zu der Katholischen Konservation wohl nicht recht gemeinet sein. Der Ausgang wird es geben und alsdann, wiewohl zu spät, bereuet werden« (MLA. 543, 5 I).

¹⁶ Der Bischof war nicht geneigt, sich durch eine solche Verbindung selbst an die Kette zu legen. Gegen den Vorwurf der Rüstungen verteidigte er sich mit der Behauptung, seine Soldaten pflanzten nur Alleen und machten die Ems schiffbar, um »die Kommerzien mit den Niederlanden zu befördern«. Da man zum Glück einer längeren Ruhe in Europa entgegensehe, brauche man keine Bündnisse zu schließen (Chr. Bernh. an Amerongen, undatiert: MLA. 543 I). Hessing gelang es durch Beteuerungen, der Bischof rüste nicht, die Abschickung einer ganzen Gesandtschaft durch die Generalstaaten zu verhindern (Chr. Bernh. an Mayersheim, 29. 3. 1669: MLA. 534, 5 I), ohne daß seine Behauptungen von einer umfassenden Abrüstung Glauben fanden (Dolberg an Bruchhausen, 4. 4. 1669: MLA. 473, 59).

¹⁷ Chr. Bernh. an Lionne, 24. 5. 1669: CM. 2 Bl. 103.

¹⁸ Dolberg an Bruchhausen, 2. 5. 1669: MLA. 473, 59.

¹⁹ Chr. Bernh. an Hessing, 7. 5. 1669. Am 3. 5. erhielt Hessing den Auftrag, Pomponnes Schritte in Den Haag sorgfältig zu überwachen. Ebd.

²⁰ Mit diesem Vertreter der profranzös. Richtung unterhielt der Bischof über Pater Körtler gewisse, nicht genauer zu bestimmende Beziehungen.

34. KAPITEL

JOBST EDMUND VON BRABECK¹.

Die Koadjutorwahl von 1668 ließ eine Frage offen. Nach der Entscheidung hatte der protestierende Domdechant von Brabeck, eingedenk des Schicksals seines Vorgängers Bernhard von Mallinckrodt, das Stift verlassen. Zum Unterschied von diesem zeichnete ihn besonnene Ruhe und unveränderliche Höflichkeit aus. Seine sachliche Sprache gewann ihm im selben Maße Freunde, wie Mallinckrodt sie durch seine Heftigkeit verloren hatte. Die Auseinandersetzung Brabecks mit dem Bischof barg deshalb eher noch größere Gefahren als der alte Streit.

Nach der Wahl Ferdinands von Fürstenberg glaubte Christoph Bernhard, den Sieg über die widerspenstigen Domherren endgültig errungen zu haben. Um so mehr erstaunte er, als Wilhelm von Fürstenberg aus Rom berichtete, die Brabecksche Partei habe einen Appellationsprozeß in Gang gebracht. Seine Hoffnung, sich durch Verzicht auf strengere Maßnahmen deren Ruhe erkaufen zu können, erwies sich als trügerisch^{1a}. Der Bischof betrachtete es als persönliche Niederlage, als kurz nach der Bestätigung des Koadjutors durch Clemens IX.² dieser die suspendierten Domherren von allen gegen sie verhängten Strafen befreite³, wenn auch der Fürstbischof ausdrücklich erklärte,

¹ Vgl. H. Kraas, Jobst Edmund Freiherr von Brabeck, Fürstbischof von Hildesheim, ein Kind Lethmates, 1619–1702. In: *Der Märker* Jg. 7 (1958) S. 325–330. A. Kardinal Bertram, *Gesch. d. Bistums Hildesheim* 3. Bd. S. 86–105.

^{1a} Chr. Bernh. an W. v. Fürstenberg, 17. 11. 1667: »Ich habe gegen die suspendierte Canonicos bisher wohl nichts vorgenommen und mich darinnen überwunden. Es kombt einem sonst wohl schwer an, daß man sich seines Rechten in befugten Sachen nicht bedienen möge. Es verwundert mir aber nicht wenig, daß der Gegenteil daselbst also heimlich, wie geschehen, processus appellatorios in puncto suspensionis erhalten können« (MLA. 1, 12 V). – Hinter der Zurückhaltung des Bischofs stand natürlich auch das Eintreten Gomonts für die Suspendierten, um einen Bruch unter den Verbündeten Frankreichs zu verhüten. Auf seine Veranlassung geht auch der einer Entschuldigung gleichkommende Brief des Bischofs vom 31. 1. 1668 an den Kurf. von Köln zurück, in dem er die münst. Streitschrift in der Koadjutorsache als aufgezwungene Verteidigung ohne beleidigende Absicht darstellt (Ebd.). – Obgleich Gomont für Kurköln und Pfalz-Neuburg sprach, galt dem Bischof die Freundschaft Frankreichs und das daraus fließende Gold höher. Zwar bezeichnete Max. Heinrich es offen als Absicht, die suspendierten Domherren wieder in Amt und Würden zu bringen (Max. Heinr. an Chr. Bernh., 18. 2. 1668: MLA. 1, 12 V), aber der Bischof überhörte diese Worte. Er verzichtete sogar vorläufig auf eine Sperrung der Einkünfte Brabecks (Chr. Bernh. an Phil. Wilhelm, 1. 7. 1668: MLA. 1, 12 VI). – ² Bulle v. 30. 4. 1668: MU. 4602.

³ Breve v. 4. 5. 1668: MU. 4602 a. Namentlich wurden genannt: J. E. v. Brabeck, Domdechant, Ferd. Freiherr v. Bocholtz, Vicedominus, W. H. v. Schorlemer, Domsenior, und die Domherren J. W. Frhr. v. Nesselrode, J. A. Frhr. v. Frentz, J. H. v. Palandt, F. F. A. v. Landsberg, I. v. Wolff-Metternich, J. M. Frhr. v. Nesselrode, J. D. v. Frentz, D. J. v. d. Reck, I. E. v. Brabeck. – F. F. A. v. Landsberg war vom Bischof bereits am 16. 4. 1668 von der Suspension befreit (MLA. 1, 12 V), J. W. v. Wolff-Metternich wurde am 11. 1. 1669 losgesprochen (MLA. 1, 12 VII).

eine solche Entscheidung des Papstes anzuerkennen⁴. Mit der persönlichen Empfindlichkeit Christoph Bernhards mag es zusammenhängen, daß er ein durch seinen Bruder Heinrich von Galen vermitteltes Versöhnungsangebot des Domdechanten zurückwies⁵.

Durch seinen taktisch ungeschickt gewählten Aufenthalt am Kölner Hofe weckte Brabeck den Haß seines Gegners nur um so mehr, zumal dieser hörte, daß auch der Nuntius Franciotti sich der Sache annahm⁶. Einem persönlichen Besuch des Italieners ging er aus dem Wege⁷. Franciotti erhielt nur die kühle Mitteilung, man werde das päpstliche Breve anerkennen, sobald es im Original vorliege⁸. Als es am 27. Juli auf der Ludgersburg durch den Domherrn von der Recke tatsächlich überreicht wurde, erhob der Bischof den Einwand, es hätte im Auftrage des Nuntius übergeben werden müssen und außerdem sei die Insinuation vorsätzlich verzögert worden⁹. Dem Versprechen freien Geleits für die Suspendierten, das der Nuntius abgab¹⁰, begegnete Christoph Bernhard mit der seltsamen Erklärung, die päpstliche Absolution könne sich nur auf »die Praeterita und Koadjutoreiwahl« beziehen, nicht aber auf die »nach dato des brevis erfolgte reatus«, worunter bewußte Zurückhaltung des Breve und Einmischung der Suspendierten in Geschäfte des Domkapitels fielen. Den betroffenen Domherren ließ er die Einkünfte des vergangenen Jahres sperren¹¹.

Die Gründe für die Unversöhnlichkeit des Bischofs liegen wahrscheinlich in der Haltung des Kurfürsten von Köln, der dem Koadjutor Ferdinand von Fürstenberg noch immer die Anerkennung verweigerte¹². Christoph Bernhard betrachtete die Stellungnahme Maximilian Heinrichs und des Pfalzgrafen Philipp Wilhelm zugunsten Brabecks als Einmischung in die inneren Stiftsangelegenheiten¹³. Auch der Vermittlungsversuch des Koadjutors zerschlug sich unter diesen Umständen¹⁴. Die Jurisdiktion des Brabeck zustehenden Hauses

⁴ Bischöfl. Erklärung v. 17. 4. 1668: MLA. I, 12 V.

⁵ Heindr. v. Galen an Chr. Bernh., Assen 5. 5. 1668: Brabeck erbierte sich, nach erfolgter päpstlicher Bestätigung des Koadjutors diesen anzuerkennen (GA. II C II 1).

⁶ Franz Egon v. Fürstenberg an Ferd. v. Fürstenberg, Köln, 20. 6. 1668: MLA. I, 12 V.

⁷ Dr. Imbsen an Ferd. v. Fürstenberg, Köln 2. 7. 1668: Ebd. VI. Der Bischof entzog sich dem Nuntius durch eine Reise ins Niederstift.

⁸ Chr. Bernh. an Franciotti, 2. 7. 1668: Ebd.

⁹ Chr. Bernh. an die Geh. Räte, 27. 7. 1668: Ebd.

¹⁰ Franciotti an Chr. Bernh., Köln 22. 7. 1668: Ebd.

¹¹ Chr. Bernh. an die Geh. Räte, 28. 7. 1668: Ebd. Der Generalvikar Joh. v. Alpen reiste zur Berichterstattung zu Franciotti. Chr. Bernh. an Alpen, 29. 7. 1668: Ebd.

¹² Der Paderborner Rat. Dr. Imbsen meldete aus Köln, daß der Kurfürst den Notar, der ihm die Bestätigungsbulle für Ferdinand v. Fürstenberg überreichen wollte, mit Gefängnis bedrohte. Imbsen an Ferd. v. Fürstenberg, Köln 5. u. 17. 7. 1668: MLA. I, 12 VI.

¹³ Der Bischof warf dem Domdechanten z. B. Beraubung des domkapitularischen Archivs, Verbringung von Statuten und Registern vor, worüber ihm die Jurisdiktion zustand (Chr. Bernh. an Ferd. v. Fürstenberg, 25. 9. 1668: MLA. I, 12 VI). Vielleicht hat Brabecks Versuch, die Maßnahmen des Bischofs beim Übertritt des Grafen Ernst Wilhelm zu verdächtigen, ebenfalls zur Unnachgiebigkeit ihm gegenüber beigetragen. Der Bischof deutete an, das Brabeck ihm »auch in alio negotio unlängst eines versetzt« habe (Chr. Bernh. an Ferd. v. Fürstenberg, 3. 7. 1668: MLA. I, 12 VI).

¹⁴ Angebot Ferdinands v. 30. 6. 1668 (MLA. I, 12 V), von Christoph Bernhard angenommen am 9. 7. 1668 (ebd. VI).

Schöneflieth wurde dem getreuen Anhänger des Bischofs, dem Domkürster Matthias Korff-Schmising, übertragen¹⁵.

Damit schien der ganze Koadjutorstreit erneut aufgerollt zu werden. Brabecks Anhänger¹⁶ verweigerten auf dem Generalkapitel im November dem Koadjutor den Gehorsamkeitsrevers, nachdem sie selbst vergeblich einen Vorbehalt wegen der Rechte des Kurfürsten Max Heinrich gefordert hatten¹⁷. Der Bischof glaubte die Parteinahme des Nuntius für die Halsstarrigkeit der gegnerischen Partei verantwortlich machen zu müssen¹⁸. In der Tat hatten die Berichte Franciottis nach Rom das Interesse Kardinal Rospigliosis für den Domdechanten erweckt¹⁹. Als dieser versuchte, seine Sache bei der Rota einzuführen, widersprach der Bischof mit der Begründung, der Prozeß gehöre nicht nach Rom, weil es sich um Vergehen gegen landesherrliche Rechte handele, die der Reichshofrat abzuurteilen habe²⁰. Damit erregte er an der Kurie neue Mißstimmung, nachdem die Weigerung, Brabeck wieder einzusetzen, schon als Ungehorsam gegen das Absolutionsbrevé aufgefaßt worden war²¹.

Aus dieser verfahrenen Lage half eine Maßnahme des Kurfürsten von Köln heraus, die zweifellos nicht als Gefälligkeit gegenüber Münster gedacht war: Brabeck erhielt die Statthalterei des Bistums Hildesheim. Christoph Bernhard schöpfte Hoffnung, den Domdechanten auf diese Art loszuwerden²², zumal in Hildesheim auch die Domdechanei offenstand²³. Gleichzeitig gelang es, Rospigliosi zu überzeugen²⁴, daß im Fall Brabeck auch konfessionelle Fragen mit-

¹⁵ Bischöflicher Erlaß, Sassenberg 3. 10. 1668: MLA. 2, 21.

¹⁶ Zu Wortführern der Opposition machten sich vor allem die beiden Domherren v. Wolff-Metternich.

¹⁷ Chr. Bernh. an B. v. Wydenbrück, 15. 11. 1668: MLA. 1, 12 VI. Protest Ignaz v. Wolff-Metternichs, Speyer 24. 12. 1668: Ebd.

¹⁸ Als Zurmühlen dem Nuntius in Aachen ein Schreiben des Bischofs überreichte, in dem dieser mit Maßnahmen drohte, wenn der Kurfürst v. Köln den Koadjutor nicht anerkennen wolle, machte Franciotti »bei Verlesung des Schreibens wundere Mienen und sagte zum Schluß: Vere, dominus Monasteriensis est nimis ardens, das sollte heißen gar zu hitzig« (Zurmühlen an Chr. Bernh., Aachen 26. 11. 1668: MLA. 533, 3 I). Dem Kurf. v. Mainz schrieb der Bischof, er werde sich der Einmischung des Nuntius nicht unterwerfen. Chr. Bernh. an Kurmainz, 24. 12. 1668: »... secure credit Eminentia Vestra hanc meam ecclesiam et Brabeckium simul consistere non posse« (MLA. 1, 12 VI). In seinem Ärger warf der Bischof Kurköln und Franz Egon v. Fürstenberg erneut die während des letzten Krieges geplanten Anschläge gegen Warendorf vor. Chr. Bernh. an Ferd. v. Fürstenberg, 12. 12. 1668: MLA. 1, 12 VI.

¹⁹ Chr. Bernh. an W. v. Fürstenberg, 21. u. 28. 12. 1668: MLA. 1, 12 VI.

²⁰ Wilh. v. Fürstenberg entschuldigte sich am 5. 1. 1669 beim Bischof, er habe die Vollmacht zum Handeln gegen Brabeck nur für den Fall gefordert, daß dieser etwas in Rom unternähme, »mitnichten aber sich wegen deren von den Reichsregalien dependierenden Sachen und dagegen begangenen Exzessen allhier einzulassen« (MLA. 1, 12 VII).

²¹ Wilh. v. Fürstenberg geriet als vermeintlicher Anstifter an der Kurie in eine mißliche Lage (W. v. Fürstenberg an Chr. Bernh., Rom 16. 2. 1669: MLA. 1, 12 VII). Proteste bei Franciotti bewirkten nur, daß dieser ohne Weisungen nichts mehr tun wollte (Franciotti an Chr. Bernh., Aachen 15. 2. 1669: Ebd.).

²² Chr. Bernh. an W. v. Fürstenberg, 22. 2. 1669: »So wird derselbe ungezweifelt seine Gedanken von der bishero so eiferig gesuchter völliger Restitution abschlagen« (Ebd.).

²³ Wilh. v. Fürstenberg erhielt Anweisung, die Ernennung Brabecks in Rom zu unterstützen. Chr. Bernh. an W. v. Fürstenberg, 15. 3. 1669: Ebd.

²⁴ Der Inhalt des Schreibens an Rospigliosi geht aus dem Protokoll v. 24. 1. 1669 hervor: GR. 595.

spielten²⁵, die eine vorsichtige Handhabung forderten. Der Kardinal zog sich wenigstens teilweise aus dem Streit zurück²⁶. Beim Nuntius machte der Bischof mit Geldspenden für die Verteidigung Kretas gegen die Türken gutes Wetter²⁷.

Die zwischen Münster und Rom eingetretene Entspannung²⁸ wirkte sich jedoch auf die Behandlung Brabecks nicht aus. Sicher, daß der Papst ihm nicht in die Zügel fallen werde, ordnete der Bischof eine Untersuchung über die nunmehr zwei Jahre dauernde Abwesenheit Brabecks an²⁹. Das Domkapitel, jetzt ganz beherrscht von Anhängern Christoph Bernhards, erkannte, der Domdechant habe sich durch sein Verhalten die Jurisdiktion von Schöneflieth »unlängst liederlich verscherzet«, aber auch die Verwaltung des Hauses derart vernachlässigt, daß es dem Domkürster Matthias Korff-Schmising übertragen werden müsse³⁰. Brabecks Einkünfte wurden beschlagnahmt³¹. Seine Anhänger fürchteten, daß es nun auch ihnen an den Kragen gehen werde. Unter tumultuarischen Vorgängen erhoben sie Protest³². Sie fühlten sich gestärkt durch zwei neu angekommene päpstliche Bullen, die die Entscheidung im Brabeckschen Streitfall der Kurie vorbehielten und die Einkünfte der Domdechanei für drei Jahre in Sequester nahmen³³, aber auch durch eine

²⁵ Der Bischof warf Brabeck vor: »Die Unkatholische hätte an sich gezogen und sei derselben Patron gewesen und der Widerwilligen ebenfalls, dependent von unkatholischen Fürsten« (Ebd.).

²⁶ Rospigliosi ließ wenigstens die landesherrlichen Sachen fallen. W. v. Fürstenberg an Chr. Bernh., Rom 16. 3. 1669: MLA. 1, 12 VII.

²⁷ Franciotti bemühte sich bereits seit dem Vorjahre um Hilfe für Kreta und erhielt auch vom Bischof am 23. 3. 1668 das Versprechen, Geld über Samuel Sautin in Amsterdam anzuweisen (MLA. 542 g). Wahrscheinlich unterblieb das aber, als sich das Verhältnis zwischen dem Nuntius und dem Bischof verschlechterte, ein beschämendes Zeichen für den fehlenden Gemeingeist der Zeit an einem geistlichen Hofe, zumal die protestant. Herzöge von Braunschweig am tatkräftigsten dem Hilferuf nachkamen. Köcher I S. 595 ff. Nach der Aussöhnung mit dem Nuntius trug der Bischof zweimal 50 000 Livres bei. Franciotti an Chr. Bernh., 20. 4. 1669, Chr. Bernh. an Franciotti, 24. 5. 1669 (MLA. 542 g).

²⁸ Chr. Bernh. an W. v. Fürstenberg, 12. 4. 1669: Er sei zufrieden, daß die Kurie nicht versuchte, »zu katholischer Kur- und Fürsten Verkleinerung . . . denselben das hergebrachte Fürstenrecht in Zivil- und Kriminalsachen zu benauen oder wohl gar abzuschneiden und an sich zu ziehen« (MLA. 1, 12 VII).

²⁹ Domkapitelsprot. v. 31. 5. 1669: DK. Prot. 34 Bl. 73 ff.

³⁰ Das Domkapitel an Chr. Bernh., 17. 6. 1669. Bischöfl. Dekret v. 18. 6. 1669: MLA. 2, 21.

³¹ Bischöfl. Dekret v. 7. 7. 1669: DK. Prod. VII 8. Brabeck wies den Vorwurf zurück, er habe Schöneflieth verfallen lassen, da man ihn ja durch ungerechte Verfolgung an der Rückkehr hindere. Er wollte lieber auf die Domdechanei als auf Schöneflieth verzichten. Brabeck an Chr. Bernh., Hildesheim 14./4. 7. 1669: MLA. 2, 21.

³² Ihr Protest v. 25. Juli gipfelte in der Beteuerung, alle Maßnahmen gegen den Domdechanten nicht dulden zu wollen. Tork versuchte, die Beratung im Domkapitel über dieses Schriftstück zu verhindern, indem er keine Kapitelsitzung anberaumte und sich mit einer Reise nach Minden entschuldigte. Die protestierenden Domherren nahmen das von ihnen als ein mit »Injurien überfülltes, in lauter grundlosen, unwarhen und falsis narratis ohne Inscription bestehendes Scharneck« nicht an. Der Domherr W. H. v. Schorlemer drang »tumultuose« in Torks Haus ein, fand diesen nicht vor und zwang darauf den Stabträger Geistmann, für den nächsten Tag eine Sitzung anzusagen. Geistmann starb, angeblich über den empfundenen Schreck, am 1. August. Einige andere Domherren versuchten, mit Gewalt die Kapitalkammer zu öffnen, so daß der Stadtkommandant Obrist Toller die Ordnung wieder herstellen mußte. Bezeichnenderweise stammten alle protestierenden Domherren aus dem Erzbistum Köln (MLA. 2, 21).

³³ Ratsprotokoll v. 25. 7. 1669: MLA. 2, 21.

im ganzen Lande herrschende Unzufriedenheit über die selbstherrliche Regierungsweise des Bischofs³⁴.

Ungeachtet mancher Einwände aus Kreisen des Hofes und des Domkapitels entschloß sich der Bischof, den Streit mit Brabeck in seinem Sinne zu beenden. Als die beiden päpstlichen Breven am 2. August in Meppen beim Bischof eintrafen, hielt er den überbringenden Notar mit Vorwänden so lange hin, bis das Entsetzungsdekret am 4. August ausgefertigt war³⁵. Tork empfing zum Dank für seine Hilfe die halben Dechaneieinkünfte für die letzten zwei Jahre und dasselbe in Zukunft als Präsident des Domkapitels³⁶. Der Papst wagte nicht, den Ungehorsam des Bischofs von Münster zu ahnden. Seine Breven blieben unbeachtet³⁷.

35. KAPITEL

POLITISCHE KRIEGSVORBEREITUNGEN

Nur im Gefolge eines Mächtigeren konnte ein abermaliger Angriff auf die Vereinigten Provinzen gewagt werden. Das hatte der Bischof seit langem eingesehen. Am liebsten wäre ihm die Unterstützung des Kaisers gewesen, aber dessen Unentschiedenheit und kraftlose Haltung ließen kein Bündnis ratsam erscheinen¹. Jedermann sah, wie Frankreich den Lauf der Dinge im

³⁴ Sie brach besonders unter der Ritterschaft wegen der neuen Rüstungen aus. Der Domherr v. Frentz äußerte, »es hätten sich einige von der Ritterschaft bei ihm über die harte Regierung« des Bischofs beklagt (Prot. v. 17. 8. 1669: MLA. 2, 21). Frentz wurde wegen Aufwiegelung angeklagt. Als er sich beim Bischof beschweren wollte, hieß es, dieser spiele »etwas in der Charten« und habe keine Zeit für ihn (Prot. v. 26. 7. 1669: Ebd.).

³⁵ Chr. Bernh. an Tork, 2. 8. 1669: MLA. 1, 12 VII. Bischöfl. Dekret, Meppen 4. 8. 1669: MLA. 2, 21. Am 3. August war der Termin für die Rückkehr Brabecks ins Stift abgelaufen.

³⁶ Chr. Bernh. an das Domkapitel, 31. 8. 1669: MLA. 1, 12 VII.

³⁷ Die päpstlichen Breven gestatteten Brabeck eine Abwesenheit von 3 Jahren. In einer Denkschrift über ihre Gültigkeit wurde angeführt, daß die Regelung gegen die Gewohnheiten der münsterischen Kirche und den von Brabeck geleisteten Eid verstoße und ohne Anhörung des Bischofs getroffen worden sei (MLA. 1, 12 VII). Die Gründe für den Verzicht der Kurie auf Verfolgung der Sache sind wohl in der Einsicht zu suchen, nur in einen Interessenkampf deutscher Reichsfürsten hineingezogen worden zu sein, der das Wohl und Wehe der kathol. Kirche wenig betraf. In der letzten Phase des Streites scheint vor allem Pfalzgraf Philipp Wilhelm die Hauptstütze Brabecks gewesen zu sein (Mayersheim an Chr. Bernh., 17. 10. u. 21. 11. 1669: MLA. 534, 5 I).

¹ Der Verlauf des kurmainz-pfälzischen Streites bestärkte den Bischof in seiner Meinung über den Kaiser. Er sprach oft aus, daß eine entschiedener, mit militärischem Nachdruck vertretene Politik diesem wohl anstehen und dem Reich Nutzen

Reich bestimmte. Christoph Bernhard erkannte sehr wohl, daß Einigkeit der Reichsfürsten dem Treiben der Franzosen ein Ende bereiten und alle schädlichen »Allianzen« überflüssig machen würde, aber er übersah ebenso wenig, daß die Gemüter dazu »schlecht präpariert« waren². Man konnte auf diese Hilfsmittel zur eigenen Sicherheit nicht verzichten, obgleich sie das Übel im Reich nur vergrößerten. Die engen Grenzen eigener Rüstung, streng bewacht von den Landständen, ließen sich nicht ausweiten.

Aber auch die französische Geldquelle sprudelte nicht in der erhofften Fülle. Monate des Wartens vergingen, ohne daß Lionne auf den münsterischen Vorschlag eines engeren Angriffsbündnisses gegen Holland einging. Bisher ließen die Franzosen nichts anderes darüber verlauten, als daß sie erwarteten, der Bischof werde kein Bündnis schließen, das ihm später beim Angriff gegen Holland hinderlich sein könnte³. Gerade diese Bedingung erweckte dem Bischof das Schreckbild, im Kriegsfall ohne Deckung durch ein regionales Bündnis – denn der Rheinbund war längst zerfallen – einem feindlichen Angriff aus dem Reich ausgesetzt zu sein.

Als der Komtur Korff-Schmising auf einer zweiten Reise nach Mainz vorfühlte, ob dort etwa Neigung zu gemeinsamen Anstrengungen bestanden, sah er bald ein, daß der Blick des Kurfürsten noch immer auf die Tripelallianz gerichtet war, von der Hoffnung beseelt, der Kaiser werde über kurz oder lang beitreten und andere Reichsfürsten nach sich ziehen, um insgesamt die Garantie des Aachener Friedens zu übernehmen. Die Generalgarantie des Römischen Reichs schwebte Kurfürst Johann Philipp wie ehemals vor den Augen, aber auch er wußte keine Auskunft über den Weg zu diesem Ziel zu geben. Eine Neuauflage des alten Kölner Bundes wäre ihm vielleicht angenehm gewesen, aber die damit zu erzielende Kraftkonzentration hielt der Komtur für allzu gering. Vor schärfer formulierten Vorschlägen schreckten die Mainzer mißtrauisch in der Meinung zurück, der Bischof von Münster stehe mit Auersperg im stillen Einverständnis. Außer der behutsamen Andeutung, man solle Mittel und Wege finden, um zwischen Frankreich und Spanien Freundschaft zu stiften, ließ deshalb auch der Komtur nichts verlauten.

Aber selbst darauf erhielt er keine Antwort⁴. Da in Mühlhausen ein Tag zur Ausarbeitung eines Erbvereinungsvertrages der Stifter Mainz, Trier, Würzburg und Münster und zur Beilegung des Streites zwischen Mainz und Hannover über das Eichsfeld bevorstand, mochte sich der Kurfürst vorher in gar keine Abreden einlassen⁵. Diese Konferenz endete mit einem völligen

bringen würde (Chr. Bernh. an Mayersheim, 18. 1. 1669: MLA. 534, 5 I). »Zeit wäre es, daß nebenst Ihrer kais. Maj. auch dero Ministri einen Weg gingen, und was dieser auf guten Fuß setzt, der ander nicht wieder üben Haufen würfe« (desgl., 28. 12. 1668: Ebd.). Er riet, dem Kaiser mehr Truppen zu geben. »Weilen aber Ihre Kais. Maj. außer den Waffen sein, können dieselbe darinnen nicht also kaiserlich, wie es sich wohl gebühren täte und deroselben hohe Autorität und Respekt erfordert, statuieren« (desgl., 21. 12. 1668: Ebd.). Auf die Frage seines Residenten Mayersheim, wo denn der Kaiser die Mittel zu einer ausreichenden Rüstung hernehmen solle, wußte er aber auch keine Antwort zu geben.

² Chr. Bernh. an Mayersheim, 22. 2. 1669: MLA. 534, 5 I.

³ Pachau an F. Korff-Schmising, 5. 4. 1669: CM. 2 Bl. 100.

⁴ F. Korff-Schmising an Chr. Bernh., 15. 9. 1669: GA. II C II 5.

⁵ Münst. Vollmachten für die Mühlhauser Konferenz (für Matth. Korff-Schmising, Johann Adolf Korff-Schmising und B. v. Wydenbrück), Münster 1. 10. 1669. Entwurf: MLA. 473, 61, Ausfertigung: MLA. 480, 42.

Fehlschlag. Der Streit um das Eichsfeld wurde ebensowenig beigelegt, wie die Erbvereinigung zustandekam. Die Kurmainzer Gesandten besaßen nicht einmal eine Instruktion. Vergeblich warteten die Gesandten auf das Eintreffen des Schriftstücks⁶. Nur Eingeweihte wußten, daß der Kurfürst es zurückhielt, weil der Bischof von Münster keine Stellungnahme zu dem vom Komtur überbrachten Entwurf abgab, und das wiederum unterblieb, weil Korff-Schmising inzwischen zur endgültigen Sondierung der französischen Absichten nach Paris abgereist war⁷.

Soviel Pachau andeutete, schien der Gesandte in der französischen Hauptstadt willkommen zu sein. Nur Lionne fürchtete, die Holländer zu alarmieren. Der Ausrede, der Komtur sei nur wegen der Kinder des Grafen von Bentheim gekommen, traute man allzu wenig Überzeugungskraft zu⁸. Mit seinem Hauptanliegen: erhöhte Subsidienzahlungen an den Bischof, traf Korff-Schmising auf taube Ohren⁹. Damit entschwand der ersehnte Ausweg aus der Geldknappheit, in die der Bischof durch den Unterhalt seines großen Heeres geraten war. Das Defizit durch Steuererhebungen zu beseitigen, brachte ihm einen scharfen Protest des Domkapitels ein¹⁰. Der Bischof brauchte das Kapitel, solange der Streit mit dem Domdechanten von Brabeck noch andauerte, und durfte einen weiteren Vorstoß in Steuersachen nicht wagen. Wenn Ludwig XIV. bereit gewesen wäre, schon jetzt den Krieg gegen Holland zu beginnen, erübrigte sich alles Nachdenken, aber hierzu fand der Komtur bei den Franzosen nicht die geringste Neigung¹¹. Er ahnte, daß ihnen im Augenblick die Lahmlegung der Tripelallianz auf diplomatischem Wege am wichtigsten erschien. Turenne legte ihm den Widersinn eines Kriegsbeginns zu einem Zeitpunkt dar, in dem der Rücken des Bischofs noch ungesichert lag. Es gab keine Täuschung darüber, daß Frankreich den Krieg nicht vor Auflösung der Tripelallianz beginnen und auch dem Bischof vorher keine größeren Angebote für die Teilnahme am Krieg unterbreiten werde¹². Dem Gesandten blieb angesichts dieser Erkenntnis nichts anderes übrig, als seine Mühe auf die Eintreibung einiger Subsidienrückstände zu beschränken¹³.

Wirklich errang Frankreich bei der Unterminierung der Tripelallianz schon die ersten Erfolge. Enttäuscht über den Ausgang der polnischen Königswahl und die geheime Verständigung des Kaisers mit Frankreich über die spanische Erbschaft suchte der Große Kurfürst Halt am französischen König¹⁴. Der

⁶ Berichte vom 8. 10., 22. 10., 2. 11. 1669: MLA. 473, 61.

⁷ Er traf am 28. 11. 1669 in Paris ein. F. Korff-Schmising an Chr. Bernh., 30. 11. 1669: GA. II C II 5.

⁸ Im Ausland verbreitete Lionne allerdings selbst diesen Vorwand. Lionne an Gravel, St. Germain 31. 11. 1669: »Nous avons icy depuis trois jours M. le commandeur Smising«, der um ein Schreiben wegen der benthheimischen Kinder an die Generalstaaten anhalte. »Je vous marque toutes ces circonstances, qui sont la pure vérité sans autre mystère, parceque je ne doute pas, que le voyage dudit commandeur en cette cour dans ces conjonctures ne fasse bien philosopher les politiques« (CA. 232 Bl. 354).

⁹ Turenne verhandelte die Subsidienfrage. Er lehnte Zahlungen im Frieden in der für den Krieg vorgesehenen Höhe, wie es der Bischof forderte, ab.

¹⁰ Protest des Domkapitels v. 19. 11. 1669: MLA. 2, 21^{3/4}.

¹¹ F. Korff-Schmising an Chr. Bernh., St. Germain 5. 12. 1669: GA. II C II 5.

¹² Desgl., Paris 13. 12. 1669: Ebd.

¹³ Desgl., Paris 20. 12. 1669: Ebd.

¹⁴ Bündnis vom 31. 12. 1669. Wilhelm Egon v. Fürstenberg berührte auf der Reise von Berlin Paderborn, nicht aber Münster, um beim Kurfürsten von Brandenburg

Kurfürst von Bayern, dem Hoffnung auf die Heirat seiner Tochter mit dem Dauphin und auf Verwirklichung seiner Ansprüche auf das österreichische Erbe gemacht wurden, folgte bald nach¹⁵. Beide Kurfürsten verzichteten in aller Form auf den Beitritt zur Tripelallianz. Einige Monate später setzten die Franzosen den Schlußstein, indem England durch den Vertrag von Dover¹⁶ aus der Tripelallianz gelöst und sogar für ein Angriffsbündnis gegen die Generalstaaten gewonnen werden konnte.

Den geringsten Erfolg erbrachte der französische Gegenstoß an den braunschweig-lüneburgischen Höfen. Nur Herzog Johann Friedrich gab den Verlockungen Gourvilles nach. Von hier, wo man die Freundschaft mit Holland immer pflegte, ging der letzte Versuch aus, den Bischof von Münster aus dem sich bildenden Angriffsbündnis herauszulösen¹⁷. Herzog Ernst August ergriff die Initiative und schlug im Dezember 1669 ein Treffen auf dem Hof Ödingberg an der Grenze der Bistümer Osnabrück und Münster vor¹⁸. Hier eröffnete er dem Bischof am 16. d. M. den Wunsch seines Hauses auf Abschluß eines engeren Bündnisses. Erstaunlicherweise schenkte Christoph Bernhard den Werbungen der Welfen, von denen ihn so viele Streitpunkte trennten, Gehör. Sollten die Holländer in ihrer Nervosität zu einem Präventivkrieg schreiten, so hätte das Bündnis mit den Herzögen wertvolle Dienste als Rückversicherung leisten können.

Geistiger Vater des Planes war anscheinend der osnabrückische Kammerpräsident Georg Christoph von Hammerstein. Nachdem er schon Anfang Dezember die übrigen Mitglieder des braunschweigischen Hauses unterrichtet hatte, hielt er dem Bischof am 30. d. M. in Coesfeld Vortrag über die Grundzüge des Bündnisses nach seinen Vorstellungen: Außer den ständigen Besatzungen sollten der gemeinsamen Verteidigung 18 000 bis 20 000 Mann zur Verfügung gestellt werden, davon 8000 vom Bischof¹⁹. Dieser erklärte sich noch am gleichen Tage einverstanden, auf diesem Fuße in Hildesheim weiterzuverhandeln²⁰.

Unmittelbar darauf versuchte der Bischof, aus seinem Gespräch mit Hammerstein bare Münze zu schlagen. Er benachrichtigte die Generalstaaten davon in der Absicht, ihr Mißtrauen zu zerstreuen und sie von einem vorschnellen Schritt zurückzuhalten. Gleichzeitig erklärte er, das von Amerongen angebotene Bündnis nun eingehen zu wollen. In einer Front mit den Welfen, seit jeher Empfängern holländischer Subsidien, hoffte auch er, Hilfe zur Rettung seiner zerrütteten Finanzen erlangen zu können. Die politischen Bedingungen des Bündnisses meinte er allerdings so weit wie möglich zu begrenzen, etwa nach dem Vorbild des Verhältnisses zwischen Rheinbund und Frankreich: Kein Durchzug, keine Werbung oder Beistand für die Feinde der General-

und den Generalstaaten keinen Argwohn zu erregen. Offiziell wurde nur ein Bündnis zwischen Kurköln und Brandenburg zugegeben. Der Kinderen II S. 117, Mörner S. 335 ff., S. 691 ff. Vgl. Bf. Ferdinand an Chr. Bernh., 31. 12. 1669: MLA. 480, 43.

¹⁵ Bündnis v. 17. 2. 1670. Der Kinderen II S. 118. Mignet III S. 286 f.

¹⁶ 1. 6. 1670. Der Kinderen II S. 119.

¹⁷ Köcher II S. 170 erwähnt diese Verhandlungen nur kurz. Ihm lag nur die Denkschrift Hammersteins (Praes. Hannover 3. 12. 1669) vor. Auch Tücking S. 168 hat hierüber nur eine Notiz.

¹⁸ Einladung Hzg. Ernst Augusts, Iburg 11. 12. 1669, Zusage Chr. Bernhards, Münster 12. 12. u. Schr. Ernst Augusts, Iburg 17. 12. 1669: MLA. 12, 4.

¹⁹ Protokoll Bruchausens v. 30. 12. 1669: MLA. 12, 4. Instruktion für Hammerstein in Cal. BA. Des. 24 Münster Nr. 12.

²⁰ Bischöfl. Erklärung v. 30. 12. 1669: Ebd.

staaten. Frankreich hatte für diese Leistungen der Neutralen ansehnliche Summen ausgeworfen, weshalb sollten es die Holländer nicht auch? Die Rechnung ging nicht auf, weil der Unterschied zwischen dem im Angriff befindlichen Frankreich, dem kein Opfer zu groß war, um den Spaniern eine wertvolle Beute abzujagen, und den holländischen Kaufleuten, die nicht einsehen wollten, weshalb sie für die Neutralität eines verhältnismäßig unbedeutenden Nachbarn zahlen sollten, zu groß war. Wer garantierte den Generalstaaten außerdem, daß der Bischof trotz der monatlichen 50 000 Gulden nicht bei passender Gelegenheit auf die Gegenseite übertrat? Seine wahren Gefühle konnte das braunschweigische Deckmäntelchen, das er zur Schau trug, nicht verhüllen.

Vielleicht liegt der Hauptzweck des merkwürdigen Angebots, wenn es nicht überhaupt nur eine Spiegelfechterei darstellte, darin, die zahlungsunlustigen Franzosen durch das Schreckbild einer holländisch-münsterischen Verständigung unter Druck zu setzen. Der Bischof gab den Verhandlungen mit Holland so wenig Schwung, daß eine wirkliche Bündnisbereitschaft unwahrscheinlich ist²¹. Die Freude über die französische Gesinnung Herzog Johann Friedrichs von Hannover paßte schlecht zu einem angehenden Verbündeten der Generalstaaten²².

Die Hoffnungen Christoph Bernhards auf einen baldigen Kriegsausbruch erfuhren durch Wilhelm Egon von Fürstenbergs Reise nach Berlin – deren eigentlicher Sinn, den Kurfürsten auf die französische Seite zu ziehen, in Münster bekannt war – neue Belebung. Die finanziellen Schwierigkeiten durch den Unterhalt des starken Heeres, über das die Holländer offenbar genaue Nachrichten besaßen, stiegen fast bis zur Unerträglichkeit an. In den niederländischen Grenzprovinzen wuchs die Nervosität ständig. Die Verlegung einer Garnison nach Vreden löste am Sylvestertage des Jahres 1669 bereits das Gerücht aus, Borkelo sei im Handstreich genommen. In der Zitadelle zu Münster lagen 13 Kompanien, in Coesfeld, Vechta und Meppen je 8. Alle Klagen des Bischofs über Geldnot konnten aber den Landtag nicht bewegen, höhere Schatzungen zu bewilligen²³. So ließ der Fürst sich in seiner Bedrängnis durch einige Anhänger aus der Ritterschaft nach Abschluß des Landtages zusätzliche Steuern bewilligen, ein bedenkliches Mittel, das ihm einen schweren Konflikt mit dem Domkapitel zuzog²⁴.

Die Niederländer beobachteten diese Vorgänge mit Aufmerksamkeit. Um einen ständigen Kundschafter an Ort und Stelle zu haben, schickten sie Mortaigne nach Münster²⁵. Seine offiziellen Verhandlungen über den Dieler Zoll und den Ankauf des Gutes Esterwegen hätten seine Anwesenheit von einem halben Jahr am bischöflichen Hofe kaum erfordert. Freilich suchte auch der

²¹ Ratsprotokoll v. 2. 1. 1670: GR. 596. – In Amsterdam wurde allerdings über die Durchführung des Bündnisses gesprochen. Der Hoffaktor Abraham Isaak aus Coesfeld verhandelte ohne offiziellen Auftrag mit dem Kaufmann Samuel Sautin, der dabei, wie es scheint, voreilige Zusagen über Subsidien machte; der Bischof sah sich jedenfalls veranlaßt, Haugwitz sofort nach Amsterdam abzuschicken. Dieser merkte bald, daß die Generalstaaten weit zurückhaltender waren. Die Verhandlungen schloffen daraufhin ein. Der Kinderen II S. 96 f. In Paris wußte man von diesen Besprechungen, wie aus einer Bemerkung des Komturs Korff-Schmising im Schr. v. 13. 12. 1669 hervorgeht (GA. II C II 5).

²² Bericht Matth. Korff-Schmising, Hildesheim 9. 1. 1670: GA. II C I 2 I.

²³ Landtagsproposition v. 14. 1. 1670: MLA. 490, 155.

²⁴ Im Schr. v. 19. 1. 1670 bestritt der Bischof dem Domkapitel das Recht, gegen Beschlüsse der anderen Stände zu protestieren (MLA. 490, 154).

²⁵ Über die Gesandtschaft Mortaignes vgl. Der Kinderen II S. 86 ff. Sein Rekrederial v. 9. 7. 1670 in MLA. 544 II.

Bischof seinen Vorteil aus dem unerbetenen Besuch zu ziehen. Er regte an, die Herrschaft Borkelo vom Grafen von Limburg-Styrum anzukaufen, und wollte sich, wenn die Generalstaaten zustimmten, sogar verpflichten, keine Besatzung dorthin zu legen. Vielleicht hätte sich eine Einigung erzielen lassen, wenn der Graf ihr zugestimmt hätte²⁶.

Den Gedanken eines Beitritts zur Tripelallianz wies der Bischof von sich²⁷, aber er griff das von Amerongen angebotene Verteidigungsbündnis wieder auf und pries dessen unschätzbaren Vorteil für die Niederlande: Gegen Subsidien für 3000 Mann zu Fuß und 2000 zu Pferde in Friedenszeiten und das Doppelte im Kriege könne er für ihre Ostgrenze von Wesel bis zum Dollart unbedingte Sicherheit bieten. Er forderte nicht einmal holländische Hilfe für den Fall, daß er selbst in einen Krieg verwickelt würde. Nur wollte er dann die vertraglich ausbedungenen 5000 Mann nach freiem Ermessen verwenden.

Mortaigne erschien das Angebot zu günstig, um es abzulehnen. Als eine bloße List, um vorübergehend Geld für den Unterhalt des Heeres, das später einmal die Niederlande angreifen sollte, zu sichern, erkannte er es nicht. Vielleicht hätten sich auch in Den Haag Stimmen für eine Annahme gefunden, so unbequem die Subsidienforderung erschien, da trafen Berichte Hamel Bruyninx' aus Frankfurt ein, wonach Christoph Bernhard im Begriff stand, mit Frankreich ein Bündnis abzuschließen und auch mit Brandenburg anzubinden. An der Amsterdamer Börse brach eine Panik aus. Alle Beteuerungen des Bischofs, es handele sich nur um böswillige Verdächtigungen, konnten das einmal erwachte Mißtrauen²⁸ nicht mehr beschwichtigen. Niemand sprach mehr von einem Bündnis²⁹. Die Generalstaaten waren einer geschickt gestellten Falle entronnen.

Glatzer verliefen die Besprechungen mit den braunschweigischen Herzögen. Auf Vorschlag des Bischofs³⁰ dienten die Mißverständnisse zwischen der Fürst- abtei Corvey und Braunschweig-Wolfenbüttel, über die in den letzten Jahren schon verschiedentlich verhandelt wurde³¹, als Aushängeschild. Die einzige Schwierigkeit bestand nur darin, das entstehende Bündnis in Paris zu rechtfertigen. Lionne hatte ja den Komtur mehrmals ermahnt, dafür zu sorgen,

²⁶ Der Kinderen II S. 94 f.

²⁷ Der Bischof erklärte Mortaigne, er halte nicht viel von der Tripelallianz, da Schweden in der Frage der Span. Niederlande kein großes Gewicht in die Waagschale werfen könne. Er sei außerdem wie die übrigen deutschen Reichsfürsten durch den Westfäl. Frieden zur Neutralität im Krieg zwischen Frankreich und Spanien verpflichtet. Nur wenn er für den Kriegsfall Subsidien erhalte, wie auch Schweden, könne er dem Angebot näher treten. Mortaigne erwiderte darauf, Schweden erhalte Subsidien als Königreich und nicht als Glied des Röm. Reichs. Dagegen empfand Ferd. v. Fürstenberg Neigung, der Tripelallianz beizutreten, wie sein Bruder Wilhelm dem Gesandten Mortaigne versicherte. Der Kinderen II S. 98.

²⁸ Um das niederländ. Mißtrauen nicht zu erwecken, hatte der Bischof gebeten, Wilh. Egon v. Fürstenberg möge einen Besuch in Münster unterlassen, so gern er etwas über seine Berliner Reise vernommen hätte. Chr. Bernh. an Ferd. v. Fürstenberg, 2. 2. 1670: MLA. 480, 43. — ²⁹ Der Kinderen II S. 97 ff.

³⁰ Chr. Bernh. an Hzg. Georg Wilhelm, 29. 1. 1670: MLA. 21, 4.

³¹ Über die Vergleichstage von Holzminden und Lüchtringen 1669 vgl. Köcher II S. 118 ff. Die Beunruhigung der braunschweigischen Herzöge über die Wegnahme einer evangel. Kirche in Höxter und die Anlage eines neuen Weserzolls sowie Pläne einer bischöfl. Besatzung in der Stadt war besonders deshalb so groß, weil der Bischof gleichzeitig starke Rüstungen betrieb und Vechta befestigte. Die braunschweig. Gesandten fanden daher auf dem Reichstag bei den Protestanten ungeteilten Glauben mit der Behauptung, der Bischof hege viel weitergehende Absichten. Dolberg an Bruchhausen, Regensburg 6. 6. 1669: MLA. 473, 59.

daß der Bischof kein dem geplanten Kriege hinderliches Bündnis abschloß. Friedrich Korff-Schmising fühlte sich zwar verlegen, glaubte aber die französische Zustimmung erlangen zu können, wenn die Welfenherzöge auf diesem Wege von Holland abgezogen würden³².

Die Meldungen Hamel Bruyninx' entsprachen den Tatsachen. Nicht nur in Paris unterhielt der Bischof einen Vertreter, sondern auch mit Brandenburg nahm er Verbindung auf. Anfang Februar sprach Generalmajor von Eller bei einem Besuch in Sassenberg die Bitte aus, einen Gesandten nach Berlin zu schicken³³. Anfang Februar erhielt Matthias Korff-Schmising Auftrag, am brandenburgischen Hof auszukundschaften, wie der Kurfürst sich bei einem französisch-niederländischen Kriege zu verhalten gedenke. Wenn dieser bereit war, die Garantie Münsters zu übernehmen, so sollte auf einer Konferenz darüber verhandelt werden³⁴. Dagegen wünschte der Bischof nicht, daß die Aufnahme Brandenburgs in das vorgesehene Bündnis mit dem Hause Braunschweig zur Sprache kam, um das Übergewicht der Protestanten im Bunde nicht noch zu vergrößern. Die Aufnahme katholischer Fürsten, etwa Kurmainz' und der rheinischen Nachbarn lehnte er ab, um das Bündnis nicht allzu weitläufigen politischen Verwicklungen auszusetzen. Militärisch ergab sich keine Notwendigkeit zur Ausweitung. Die im Bündnis vorgesehenen 20 000 Mann reichten für Verteidigungszwecke aus³⁵.

Mit einem Vertragsentwurf nach dem Muster des Rheinbundes begab sich Matthias Korff-Schmising Mitte Februar auf den Weg. In Hannover wartete seiner keine schwere Aufgabe. Es galt lediglich, Herzog Johann Friedrich zur Übernahme der Vermittlung im corvey-wolfenbüttelschen Streit zu veranlassen, damit die eigentlichen Bündnisverhandlungen hinreichend getarnt waren³⁶. Von dort sollte er über Celle³⁷ nach Berlin weiterreisen, um den Kurfürsten in die jüngsten Verhandlungen mit Braunschweig und den Generalstaaten einzuweisen und um Rat wegen einer Garantie gegen die Holländer zu bitten. Auch dieser Auftrag erfuhr durch die Angabe eines offiziellen Reisegrundes – nachbarliche Mißverständnisse des Fürstbistums mit Kleve und Mark – vor der Öffentlichkeit eine wirksame Verschleierung³⁸.

Der Bischof befahl seinen Gesandten auf der am 26. Februar in Hildesheim beginnenden Konferenz^{39a} größte Eile, um nicht den Franzosen Zeit zum Eingreifen zu geben. Wie sehr erstaunte Matthias Korff-Schmising aber, als schon am ersten Tage, an dem nur über den höxterschen Streit gesprochen wurde, der Hildesheimische Vizekanzler Nicolartz im Auftrage Franz Egon

³² F. Korff-Schmising an Chr. Bernh., Paris 7. 2. 1670: GA. II C II 5.

³³ Chr. Bernh. an Ferd. v. Fürstenberg, 2. 2. 1670: MLA. 480, 43.

³⁴ Ratsprotokoll v. 8. 2. 1670: GR. 596.

³⁵ Ratsprotokoll v. 13. 2. 1670: Ebd. Domkapitelsprotokoll v. 17. 2. 1670: DK. Prot. 35 Bl. 31 ff.

³⁶ Instruktion Korff-Schmising v. 14. 2. 1670: MLA. 480, 44. Vertragsentwurf v. d. Hand Bernh. v. Wydenbrücks (MLA. 12, 4). Abschrift davon in Cal. BA. Des. 24 Münster Nr. 12 Bl. 75: »Fürstl. Münstersches Project einer näheren Zusammensetzung, so aber nicht placitiret.« – Christoph Bernh. an Hzg. Georg Wilhelm, Sassenberg 29. 1. 1670: Ce. BA. 13 g Nr. 29 Bl. 19. Am 21. 2. hatte der Gesandte in Hannover Audienz. Bericht Korff-Schmising, Hannover 20. 2. 1670: Ebd.

³⁷ Protokoll über die Audienz (v. 22., 23. od. 24. 2. 1670): MLA. 12, 4.

³⁸ Hauptinstruktion, undatiert: MLA. 480, 44. (Entw. B. v. Wydenbrück), Nebeninstruktion ebd. (Entw., Holland).

^{39a} Protokolle in Cal. BA. Des. 24 Münster Nr. 12 Bl. 30 ff.

von Fürstenbergs den Abschluß eines kölnisch-brandenburgischen Bündnisses mitteilte und Münster zum Beitritt einlud. Unter dem Siegel der Verschwiegenheit deutete er an, wie wenig Lust Celle zum Bündnis mit Münster empfinde³⁹. Wahrhaftig, die Franzosen hielten ihre Augen offen! Korff-Schmising überzeugte sich, daß Celle tatsächlich große Zurückhaltung übte, denn der Herzog bestand auf Ausräumung aller Lokalstreitigkeiten, bevor man der Bündnisfrage nähertrat. Eine Erörterung der nur als Tarnung dienenden Streitigkeiten hätte monatelange Arbeit erfordert und praktisch das Bündnis verhindert. Aber auch der Bischof ließ plötzlich seine bisherige Eile fahren. Aus Den Haag hörte er, wie sehr die Herzöge noch immer im Einverständnis mit den Generalstaaten standen, so daß ihn ein Bündnis mit den Welfen auf Umwegen doch zum Verbündeten der Holländer machen könnte⁴⁰. Unerwartet befahl er am 2. März den Abbruch der Hildesheimer Verhandlungen und sofortige Weiterreise Matthias Korff-Schmising nach Berlin⁴¹.

Seine Weisung kam zu spät. Nachdem man sich über die Bestellung eines Generals und Aufnahme weiterer Genossen⁴² gestritten, die Hauptsache aber bereits unter Dach und Fach hatte, unterzeichnete Korff-Schmising am 7. März (25. Februar a. St.) in Hildesheim den Bundesvertrag mit den Herzögen⁴³.

Im wesentlichen hielten sich seine Bestimmungen, vor allem wegen der Truppenstärke, an den münsterischen Entwurf. Allerdings sollte der Vertrag erst dann volle Gültigkeit erlangen, wenn die offengebliebenen Punkte – Zulassung weiterer Bundesgenossen, Generalität und Zustimmung des münsterischen Koadjutors – auf einer neuen Konferenz bereinigt waren.

Des Bischofs Befehl zum Abbruch der Verhandlungen traf am Tage nach der Unterzeichnung ein⁴⁴. Mit unbehaglichem Gefühl reiste Korff-Schmising nach Berlin weiter⁴⁵.

Meinders empfing den Gesandten mit ausgesuchter Höflichkeit, begrüßte seine Ankunft, verblüffte ihn aber durch die Bemerkung, es gäbe hier nicht viel zu verhandeln, obgleich Korff-Schmising noch kein Wort über seinen Auftrag verloren hatte. Tatsächlich verlief die Audienz beim Kurfürsten enttäuschend; dieser beauftragte Schwerin und Jena mit den weiteren Verhand-

³⁹ M. Korff-Schmising u. B. v. Wydenbrück an Chr. Bernh., 27. 2. 1670: MLA. 12, 4. Die braunschweig-lüneburgischen Akten über die Hildesheimer Konferenz in Cal. BA. Des. 24 Münster Nr. 12.

⁴⁰ Chr. Bernh. an die Gesandten in Hildesheim, 2. 3. 1670: Ebd. Die cellischen Konferenzprotokolle 16.–22. 2. 1670a. St. in Ce. BA. 13 g Nr. 29.

⁴¹ Chr. Bernh. an M. Korff-Schmising, 2. 3. 1670: Ebd. Gleichzeitig teilte der Bischof Herzog Georg Wilhelm seinen Wunsch mit, den Vertragsabschluß vorläufig aufzuschieben. Ce. BA. 13 g Nr. 29 Bl. 194 (Schr. v. 3. 4. 1670).

⁴² M. Korff-Schmising u. B. v. Wydenbrück an Chr. Bernh., Hildesheim 3. 3. 1670: Ebd.

⁴³ Ausfertigungen MÜ. 4614 und in Cal. BA. Des. 24 Münster Nr. 12 Bl. 106 ff., Ce. BA. 13 g Nr. 29 Bl. 157 ff.

⁴⁴ M. Korff-Schmising an Chr. Bernh., Hildesheim 8. 3. 1670: MLA. 12, 4. Der Domkämmerer fiel wegen der Unterzeichnung des Vertrages, obgleich ihn keine Schuld traf, beim Bischof in große Ungnade. – Vgl. Chr. Bernh. an Hzg. Georg Wilhelm, Münster 3. 4. 1670: Er wüschte, bevor der Vertrag zur Richtigkeit gelange, mit Hammerstein zu reden. »Bis dahin wir vor diesmahlen, weiln Gottlob sich alles in der Nähe annoch zu guter Ruhe ansehen lasset, vorerwehnte Erklärung« (d. h. über Ort und Zeit für eine Konferenz der offenstehenden Punkte) »in suspenso halten müssen, dero dienstfreundlichen Zuversicht, Ew. Lbd. diese geringe moram genehm halten, von derselben ihren gesambten Herren Agnatis parte geben und mithin excusieren werden« (Cal. BA. Des. 24 Münster Nr. 12 Bl. 119).

⁴⁵ Korff-Schmising traf am 17. März in Berlin ein.

lungen und erklärte sich zum Entgegenkommen in kleineren Streitpunkten bereit⁴⁶.

Am münsterschen Hof wuchs inzwischen die Furcht vor einem holländischen Angriff ständig, genährt von dem eigenen schlechten Gewissen. Das große, im Münsterland stehende Heer, die lange Anwesenheit des Komturs in Paris und die Reise seines Bruders an die braunschweigischen Höfe und nach Berlin vermehrte in der Tat den Argwohn der Holländer weiter. Die niederländischen Gazetten meldeten täglich davon. Die anfangs mehr als taktische Hilfsmittel am französischen Hof von Friedrich Korff-Schmising vorgebrachte Befürchtung, Holland werde in Kürze das Fürstbistum anfallen⁴⁷, entsprang je länger je mehr einer wirklichen Angst. Wenn die holländischen Beobachter erfuhren, daß in Paris bereits militärischer Aufmarsch und Verteilung der Beute erörtert wurden⁴⁸, stand der befürchtete Angriff ohne Zweifel in Kürze bevor.

Der Bischof seinerseits war um so besorgter, als die Hoffnung auf einen französischen Angriff gegen Holland im laufenden Jahre schwand⁴⁹. Ohne England wollte Ludwig XIV. den Krieg nicht beginnen. Dort fehlte aber noch vieles an der Vorbereitung des Krieges, und die französischen Minister schienen einem Krieg überhaupt abgeneigt⁵⁰. Unter diesen Umständen gedachte der Bischof schon den Komtur aus Paris abzugeben⁵¹, nachdem alle Überredungskünste gescheitert waren. Die Franzosen glaubten einfach nicht an eine akute Gefahr für den Bischof⁵². Wenn der Komtur Lionne an die Zusagen Gomonts erinnerte, lächelte dieser nur und bemerkte, »die Sach sei in einen andern Stand geraten, maßen zu der Zeit Ew. Hochfürstl. Gnaden allein, anjetzo aber ein ganzer Haufen mit agieren wolke«, von denen jeder, besonders Hannover, seinen Teil an den Subsidien beanspruchte. Der Verweis auf das größere münsterische Heer verhallte ungehört⁵³. Ja, die Franzosen drohten, des ewigen Drängens des Komturs müde, den Krieg gegen Holland allein mit englischer Hilfe zu führen⁵⁴.

Schwere Sorgen überschatteten die Sitzung, auf der der Bischof mit seinen Räten am 11. April die durch das französische Zögern hervorgerufenen Gefahren erörterte. Niemand wußte einen besseren Rat, als Wachsamkeit zu üben und eine eigene Rüstung mit Frankreich als Bündnispartner aufzubauen, dem einzig möglichen Gegengewicht gegen die Generalstaaten. Der schüchterne Hinweis Bernhard von Wydenbrücks auf ein Bündnis mit Mainz, Trier und Hannover fand keine Beachtung⁵⁵, und doch wurde dieses ungeeignete Mittel eines deutschen Bündnisses nach einem Monat vom Bischof

⁴⁶ Bericht Korff-Schmising v. (22.) 3. 1670: MLA. 480, 44. Rekredential v. 22./12. 3. 1670. Ebd. Aus dem folgenden Schriftwechsel mit dem Kurfürsten entnahm der Bischof, daß auch in Berlin keine Neigung zum Eintritt in die Tripelallianz bestand (Kurf. Friedr. Wilh. an Chr. Bernh., 9. 4. 1670, mit undatierter Antwort des Bischofs: MLA. 538c). Der Bischof versuchte, die freundliche Haltung des Kurfürsten auszunutzen, um die noch nicht ratifizierten Abkommen über das Kreisdirektorium unter Dach und Fach zu bringen. Chr. Bernh. an Kurbrandenb. u. Pfalz-Neuburg, 12. 5. 1670: MLA. 468, Nachtr. B 57.

⁴⁷ F. Korff-Schmising an Chr. Bernh., Paris 21. 2. 1670: GA. II C II 5.

⁴⁸ Desgl., 7. 3. 1670: Ebd. — ⁴⁹ Desgl., 21. 3. 1670: Ebd. — ⁵⁰ Desgl., 24. 3. 1670: Ebd.

⁵¹ Ratsprotokoll v. 28. 3. 1670: GR. 596.

⁵² F. Korff-Schmising an Chr. Bernh., Paris 28. 3. 1670: GA. II C II 5.

⁵³ Desgl., 4. u. 18. 4. 1670 mit Randbemerkungen des Bischofs: Ebd.

⁵⁴ Desgl., 2. 5. 1670: Ebd. — ⁵⁵ Ratsprotokoll v. 11. 4. 1670: GR. 596.

wieder in die Überlegungen eingeführt. Eine enge Verbindung mit Hannover, unter Ausschluß der protestantischen Welfen – der traditionellen Freunde der Holländer – als Kernstück, erweitert durch Brandenburg und die katholischen Reichsfürsten von Mainz, Köln und Pfalz-Neuburg, erschien ihm jetzt als gangbare Lösung⁵⁶. Auf diese Weise konnte der Hildesheimer Vertrag wenigstens im Kern bestehen bleiben⁵⁷. Wie schon zu Zeiten des Dorstener Vertrages und wie es jetzt auch Frankreich vorschlug, sollten die Verhandlungen darüber zur Vermeidung allen fremden Mißtrauens auf einem Kreistag stattfinden. Deshalb wandte er sich zuerst an Brandenburg. Zweifellos dachte er an eine Neuauflage seines Dorstener Anschlags in veränderter Form, vermischt mit seinen Ideen von der Aufteilung des Kreises in Distrikte, wie sie beim letzten Kreistag in Köln zur Sprache standen⁵⁸.

In diesen Tagen meldete sich Franz Egon von Fürstenberg zum Besuch an. Damit Mortaigne nichts erfuhr, fand das Gespräch auf Haus Assen statt (19. Juni)⁵⁹. Es bedeutete einen der wichtigsten Wendepunkte in den Kriegsvorbereitungen gegen Holland. Bisher spielte Kurköln in den münsterischen Überlegungen zum Angriffsbündnis gegen Holland eine geringfügige Rolle. Maximilian Heinrich grollte noch immer über seine Niederlage bei der Koadjutorwahl und die Behandlung Brabecks. Während der Gespräche auf Haus Assen stieg Kurköln, oder besser gesagt, Franz Egon von Fürstenberg zum wichtigsten Verbündeten des Bischofs auf. Der Straßburger übernahm es, die Verständigung zwischen Münster und Hannover, da er sich eben auf der Reise nach Hildesheim befand, zu fördern. Er riet dringend, den gerade aus Paris zurückgekehrten Komtur sofort an den französischen Hof zurückzusenden, um ja nicht die Fühlung zu verlieren, nachdem der Kaiser beim Kurfürsten von Mainz zum Gegenangriff angesetzt und die Garantie der Spanischen Niederlande zur Sprache gebracht hatte. Freilich blieb bei der Zusammenarbeit mit Köln die Brabeckische Streitsache eine ständige Belastung, denn Christoph Bernhard wollte in die Wiedereinsetzung des Domdechanten, wie es Franz Egon vorschlug, keinesfalls willigen⁶⁰. Die Fäden zwischen Münster und Bonn waren aber nun einmal geknüpft und rissen bis 1674 nicht wieder ab. Franz Egon von Fürstenberg entpuppte sich abermals wie 1665 als Kriegstreiber gegen Holland und wiederum zog er, als die Lage brenzlich wurde, die Hände zurück. Diesmal sollte ihm aber die Flucht in die Verantwortungslosigkeit nicht ganz gelingen.

Zuerst einmal vermittelte dieser Intrigant eine Begegnung zwischen seinem Bruder Wilhelm Egon und dem Komtur, bei der »alles miteinander« verabredet werden sollte⁶¹. Der eitle Bischof von Straßburg sonnte sich in dem

⁵⁶ Desgl. v. 14. 5. 1670: MLA. 480, 44.

⁵⁷ Die schwierigsten Streitpunkte, besonders die Frage des Bundesgenerals, konnten bisher nicht überwunden werden. – Eine Abordnung des Domkapitels sprach sich am 19. 5. 1670 zustimmend zu dem neuen Plan des Bischofs aus (Ebd.).

⁵⁸ Ratsprotokolle v. 8. u. 12. 6. 1670: Ebd.

⁵⁹ Chr. Bernh. an Franz Egon, Rheine 13. 6. 1670: MLA. 541, 2 a. Nach der Unterredung schrieb der Bischof am 24. 6. an Franz Egon, daß Mortaigne »sehr curieux« gewesen sei, »welches wir dann leichtlich divertieren können« (Ebd.).

⁶⁰ Chr. Bernh. an F. Korff-Schmising, 4. 7. 1670: MLA. 2, 21. Franz Egon an Chr. Bernh., Neuhaus 21. 6. 1670: GA. II C II 7. Franz Egon verhandelte trotz der Ablehnung Chr. Bernhards mit Brabeck in Hildesheim über einen Vergleich wegen seiner münsterischen Einkünfte. Franz Egon an Chr. Bernh., Hildesheim 28. 6. 1670: MLA. 2, 21. – ⁶¹ Franz Egon an Chr. Bernh., 25. 8. 1670: Ebd. 541, 2 a.

Gedanken, daß der Haß der Holländer ihn nun in gleicher Weise wie den Bischof von Münster traf. Mit Freuden beobachtete er ihre wachsende Nervosität, als die Franzosen für ihren Marsch nach Lothringen Truppen bei Péronne versammelten⁶². Vor allem betonte er unermüdlich die Notwendigkeit eines Kreistages, und in der Tat erforderte ein Angriff gegen Holland zuerst einmal den Ausgleich aller Spannungen zwischen Münster und seinen Nachbarn. Umgeben von Feinden, die ihn während des Krieges gegen Holland im Rücken bedrohten, stellte der Bischof für Frankreich keine Hilfe, sondern eine Belastung dar. Deshalb hatte Lionne die Parole vom Kreistag ausgegeben, und seine fürstenbergischen Handlanger pflegten sie nach Kräften. Christoph Bernhard begrüßte den Gedanken, der seinen Lebensnerv berührte. Ja, er durfte hoffen, einige gute Nebenfrüchte, z. B. Gemen, zu ernten.

Freilich lieb Christoph Bernhard nicht nur den Klängen aus Paris sein Ohr. Gerade damals traf ihn ein verlockender Ruf aus dem deutschen Walde, als das Brüderpaar von Fürstenberg meinte, er gehe unbeirrt auf dem von der französischen Sonne beschienenen Weg. Der Wiener Agent von Mayersheim meldete überraschend, der Kaiser denke ernstlich daran, nunmehr der Tripelallianz beizutreten, da England ihr fest angehöre. Mainz, Trier, Sachsen und Lothringen würden bald folgen, wahrscheinlich sogar Brandenburg⁶³. So wenig die Nachricht zutraf – und sogar damals maß man ihr wenig Glauben bei⁶⁴ –, um so deutlicher spricht die wahre Neigung des Bischofs aus der Weisung an Mayersheim, über jede Entwicklung in dieser Richtung und kaiserliche Rüstungen schnellstens zu berichten, da »ein unvermuteter Krieg in Kurzem erweckt werden« könnte⁶⁵. Nichts anderes wollte er damit sagen, als daß er seine jetzigen Verbindungen ernstlich überprüfen würde, wenn der Kaiser so viel Kraft entwickelte, daß es lohnte, seine Partei zu ergreifen. Prompt griff in diesen Tagen der Bischof seinen alten Plan einer Kreisverfassung wieder auf, um durch dieses »Kreises Exempel gleichmäßige Kriegsverfassung« in den Nachbarkreisen anzuregen⁶⁶. Geschickt wahrte er damit den gedanklichen Anschluß an den französischen Vorschlag zur Abhaltung eines Kreistages, verkehrte ihn aber dem Sinne nach ins Gegenteil. Die von ihm vorgesehene Verhinderung jeden Truppeneinzugs konnte unmöglich im Interesse Frankreichs liegen, noch viel weniger die Tendenz zur Generalgarantie des Reiches. Solche Ideen konnte man eher in Wien als in Paris vernehmen. Den Franzosen lag daran, politisch und militärisch die Tür ins Reich offenzuhalten.

Franz Egon dürfte den Wink verstanden haben: Der Bischof von Münster, unzufrieden mit Frankreich, neigte innerlich der Gegenseite zu. Ob der Straßburger auf die münsterischen Anregungen antwortete, ist unbekannt. Er brauchte es auch nicht, denn unversehens zog ein Gewitter auf, das den von den Franzosen angestrebten Ausgleich Münsters mit seinen Nachbarn in Frage stellte.

⁶² Desgl., 13. 9. 1670: Ebd. Bezeichnend für den Charakter Franz Egons ist seine Prahlererei aus sicherem Rückhalt. Er rühmte sich, die Abneigung der Holländer »nit zu achten, sondern sich woll wahrzunehmen und dasjenige zu tun, was zu des gemeinen Wesen Besten und Konservation der katholischen Religion gereichet« (Franz Egon an Chr. Bernh., 29. 9. 1670: MLA. 541, 2 a).

⁶³ Mayersheim an Chr. Bernh., 28. 9. 1670: MLA. 534, 5 I.

⁶⁴ Ratsprotokoll v. 10. 10. 1670: GR. 596.

⁶⁵ Chr. Bernh. an Mayersheim, 24. 10. 1670: MLA. 534, 5 I.

⁶⁶ Chr. Bernh. an Franz Egon, 7. 11. 1670: MLA. 541, 2 a

36. KAPITEL

STREIT UM HÖXTER

Tumulte in der zur Fürstabtei Corvey gehörigen Stadt Höxter erweckten einen erbitterten Streit zwischen dem Bischof und dem Hause Braunschweig-Lüneburg. Sie drohten das französische Konzept zu verderben und offenbarten die Schwäche der kürzlich zwischen beiden Parteien verabredeten Verbindung. Im Grunde genommen verlangte Herzog Georg Wilhelm zu Recht die Ausräumung dieses Streitpunktes, bevor man zum Bündnis schritt. Ohnedem gab es kein Vertrauen.

Die Lage in der evangelischen Stadt an der Weser gestaltete der Widerstreit zwischen katholischer Landeshoheit und braunschweigischer Schutzherrschaft von vornherein schwierig. Als Christoph Bernhard nach seiner Wahl zum Abt von Corvey die Franziskaner wieder in die Stadt einführte¹, entlud sich der seit langem angesammelte Groll unter den Bürgern anlässlich einer Zänkereii über die Braugerechtigkeit. Die Städter beraubten einen unbeliebten corveyschen Sekretär seines Braugeräts, worauf die Regierung die Beschlagnahme von Vieh der Bürger anordnete². Herzog Rudolf August von Wolfenbüttel ergriff die nicht unerwünschte Gelegenheit, seine schutzherrlichen Rechte öffentlich unter Beweis zu stellen. Er schickte seinen Geheimen Rat Söhlen in die Stadt und stellte an der Weser 500 Fußknechte und 200 Reiter zum Einmarsch für den Fall bereit, daß der Bischof Gewalt anwenden würde. Söhlen beruhigte die Bürger und erwirkte die Rückgabe des gepfändeten Braugerätes, ohne daß die corveysche Regierung sich dadurch zur Erstattung des Viehs bewegen ließ. Neue Strafmandate gegen die Stadt riefen abermals Aufläufe hervor, gegen die Söhlen, aber auch der bischöfliche Kommissar Dr. Werner Zurmühlen nichts auszurichten vermochten. Darauf rückten am 24. Oktober die wolfenbüttelschen Truppen in die Tore ein, von der Bürgerschaft freudig begrüßt³.

In höchster Erregung über den nach seiner Meinung groben Eingriff in seine landesherrlichen Rechte zerriß der Bischof vor den Augen des Trompeters die Mitteilung Herzog Rudolf Augusts vom Einmarsch seiner Truppen und drohte, die Stadt mit Waffengewalt zum Gehorsam zu zwingen. Erschrocken über die heftige Reaktion und im Bewußtsein einer völlig ungenügenden Rüstung bot Herzog Johann Friedrich, als Katholik in erträglichen Beziehungen zum Bischof

¹ Der Bischof konnte die Franziskaner nicht wieder in Besitz ihrer alten Kirche und Niederlassung setzen, da sie sich im Normaljahr 1624 nicht in der Stadt aufgehalten hatten. Er brachte sie deshalb in einem von ihm persönlich angekauften Hause unter, ein Verfahren, dem die Reichsrechte nicht entgegenstanden.

² Oktober 1670. — Köcher II S. 122 ff. Die Darstellungen bei Alpen II S. 146 ff. und danach Tücking S. 162 ff. geben einseitig den bischöfl. Standpunkt wieder. Vgl. Der Kinderen II S. 106 ff.

³ Hzg. Rudolf August an Chr. Bernh., 26. 10. 1670. Köcher II S. 124.

stehend, eilig seine Vermittlung an⁴. Auch Herzog Georg Wilhelm billigte die vorschnelle Maßnahme Rudolf Augusts nicht⁵. Als Matthias Korff-Schmising in Hannover bat, Wolfenbüttel keinen Beistand gegen den Bischof zu gewähren, schickte Johann Friedrich den Geheimen Rat von Witzendorf mit der Gegenbitte nach Münster, der Bischof möge auch seinerseits nichts unternehmen und die Stadt, abgesehen von den schon dort liegenden 30 Mann, unbesetzt lassen⁶. Gleichzeitig riet er Wolfenbüttel zur Vorsicht und rechtzeitiger Rüstung, denn Korff-Schmising wollte keine Garantie für einen einzigen Tag Frieden übernehmen. Die Aufnahme Witzendorfs in Münster ließ in der Tat das Schlimmste befürchten. Den Bischof beeindruckte in seinem Zorn weder der Hinweis auf das »große Dessen«, d. h. die französischen Vorbereitungen gegen Holland, noch auf die freundschaftlichen Gefühle Herzog Johann Friedrichs. Ihm schien der ganze Zwischenfall ein vom Grafen Waldeck angezetteltes Werk⁷. Dem gerade in Wien weilenden Pater Körler gab er Weisung zu verhindern, daß der Kaiser ihm durch ein Dekret die Hände band⁸. Schon dachte er daran, den Herzog von Lothringen um einige Regimenter zu bitten⁹.

Zurmühlen eilte nach Hildesheim, um auch dort Unterstützung zu fordern, damit »die geistliche Stifter bei dem Ihrigen bei den vielfältigen Nachstellungen erhalten und nicht bald diesem, bald jenem eine Feder ausgerupft werde«¹⁰.

Eine Vermittlung durch das Stift Hildesheim, wie sie der Kurfürst von Köln anbot, lehnte er dagegen ab¹¹. Auf seiner Reise nach Hildesheim hörte Zurmühlen von Fremden wahre Wundergeschichten über die Größe des münsterschen Heeres und den bevorstehenden Angriff des Bischofs auf die Herzöge von Braunschweig¹².

⁴ Hzg. Joh. Friedrich an Chr. Bernh., 3. 11. 1670: Ebd. S. 125.

⁵ Der Bischof baute von Anfang an seine Hoffnung auf einen Bruch im Welfenhause. Chr. Bernh. an Franz Egon, undatiert (nach 11. 11. 1670): MLA. 541, 2 a.

⁶ Instruktion für Witzendorff v. 24. 11. 1670. Köcher II S. 126. Bericht Witzendorffs über seine Gesandtschaft in Cal. BA. Des. 24 Münster Nr. 13.

⁷ »Es wäre ein formiertes Dessen, und steckete der Director consiliorum zu Celle«, womit Graf Waldeck gemeint war. »Den Herzog Rudolf August gebrauchete man so dazu als ein Instrument« (Aufzeichnungen Witzendorffs über seine 4 Audienzen beim Bischof am 1., 2. und 3. 12. 1670). Bericht Witzendorffs, Coesfeld 13. 12. 1670: Köcher II S. 128 ff. (nach Cal. BA. Des. 24 Münster Nr. 13).

⁸ Chr. Bernh. an P. Körler, 5. 12. 1670: Er könne nicht »zulassen, daß die Protestierende alles dasjenige, was sie nur wollen, gegen die Katholische ohne Sorge vornehmen mögen« (MLA. 543 II).

⁹ Chr. Bernh. an den Hzg. von Lothringen, 16. 12. 1670: E., H. Das Schreiben, das der Rittmeister Dietr. Ludolf v. Galen überbringen sollte, ging nicht ab. Am 26. 12. teilte der Bischof dem Grafen August v. d. Lippe jedoch mit, daß der Herzog von Lothr. ihm Truppen zur »Rekuperation« der Stadt Hörter leihen werde (MLA. 543 II). Rittmeister v. Galen erhielt am 31. 12. nochmals Befehl, zum Herzog in Köln zu reisen. Chr. Bernh. sagte am 2. 1. 1671 zu, die vom Herzog gestellten Bedingungen zu erfüllen und befahl dem Rittmeister, die Überführung der Truppen nach Corvey zu veranlassen.

¹⁰ Chr. Bernh. an das Domkapitel Hildesheim, 15. 12. 1670: MLA. 543 II. W. Zurmühlen an Chr. Bernh., Rheine 14. 12. 1670, mit Bestätigung des Eingangs der Instruktion (MLA. 533, 3 I).

¹¹ Die Vermittlung wäre freilich von dem Hildesheimer Statthalter J. E. v. Brabek und dem Vizekanzler Nicolartius, beide Feinde des Bischofs, geführt worden. Chr. Bernh. an Franz Egon, 18. 12. 1670: MLA. 541 IIa.

¹² Zurmühlen an Chr. Bernh., Hildesheim 19. 12. 1670: MLA. 533, 3 I. Tatsächlich hatten die münst. Rüstungen um die Jahreswende einen solchen Umfang angenommen, daß die Unterhaltsfrage am Hof kaum noch beantwortet werden konnte, wenn die Franzosen noch länger mit dem Krieg gegen Holland zögerten. F. Korff-Schmising an Lionne, Münster 3. 1. 1671: CM. 2 Bl. 127.

Am meisten um das »große Dessen« besorgt war natürlich Franz Egon von Fürstenberg. Er gab dem Bischof zu bedenken, daß die unbedeutende Stadt Hörter keinen Krieg verdiene, mußte sich aber eines tiefen Irrtums belehren lassen. Christoph Bernhard maß der Stadt als Weserpaß große militärische Bedeutung zu. Ging sie verloren, so konnte auch die Abtei Corvey nicht mehr behauptet werden¹³.

Mit der unfreundlichen Aufnahme Witzendorfs beging der Bischof einen Fehler. Johann Friedrich schloß sich von nun an dem Gesamthause näher an. Einer gemeinsamen Gesandtschaft aller Herzöge nach Münster gab man den Auftrag mit, beim Scheitern gütlicher Verhandlungen dem Bischof anzudrohen, das fürstliche Haus werde »in dieser gemeinsamen Sache vermöge der Erbverträge zusammentreten und seine Jura mit allem Nachdruck zu maintainieren ohne Zweifel bedacht sein«¹⁴. Auf einem Tag in Burgdorf beschlossen alle Herzöge die Aufstellung eines gemeinsamen Heeres von 12 000 Mann. Christoph Bernhards Versuch, Herzog Rudolf August zu isolieren, war gescheitert¹⁵.

Mit der Drohung eines braunschweigisch-münsterischen Krieges verband sich die noch größere Gefahr eines Angriffs der Generalstaaten. Ihnen bot sich die günstige Gelegenheit, den im Osten gebundenen Gegner unter Druck zu setzen. In der Vorstellung des Bischofs wuchs die Bedrohung über ihr wirkliches Maß hinaus. Er beschloß, die Holländern zuvorzukommen und sie durch ein erneutes Angebot des schon oft angeregten Verteidigungsbündnisses in Ruhe zu wiegen. Heinrich Friedrich von Bentinck nahm mit dem Amsterdamer Kaufmann und dem dortigen Bürgermeister Gillis Valckenier Verbindung auf. Dem Bischof konnte es gleichgültig sein, wenn die Holländer nur geringe Lust bewiesen¹⁶, ihm genügte es, wenn sein Antrag die Generalstaaten vorübergehend beruhigte¹⁷.

Dagegen setzte die Provinz Holland in den Generalstaaten schließlich durch, den streitenden Parteien Vermittlung anzubieten. Der zu den Herzögen abgeschickte Kommissar fand freundliche Aufnahme, dagegen wies Christoph Bernhard jede Einmischung schroff zurück¹⁸. Auch von der hannöverschen Vermittlung wollte er nichts mehr wissen, nachdem der Resident der Herzöge in

¹³ Chr. Bernh. an Franz Egon, 30. 12. 1670: MLA. 541, 2 a. F. Korff-Schmising an Chr. Bernh., Frankfurt 17. 12. 1670: GA. II C II 5. Über die Besprechungen der Gebrüder Fürstenberg in Neuburg a. d. Donau, wo offensichtlich der Plan gefaßt wurde, gemeinsam mit Brandenburg, Münster und Hannover ein Gespräch zu führen, vgl. Böhmer S. 248.

¹⁴ Instruktionen v. 7. u. 13. 12. 1670. Köcher II S. 129.

¹⁵ Der Versuch wurde letztmals bei der Anwesenheit Hammersteins in Münster gemacht. Bericht Hammersteins, Iburg 24. 12. 1670. Köcher II S. 130.

¹⁶ Die Verhandlungen kamen über den Austausch von 2 Vertragsentwürfen nicht hinaus; beide gedruckt bei Der Kinderen II S. 361 Anl. II.

¹⁷ Chr. Bernh. an Lionne, undat. (nach 9. 1. 1671): »... les Hollandois, lesquels j'amuse à cest heure d'un traité d'alliance...« (GA. II C I 2 IV). Dasselbe Ziel verfolgte auch der offizielle Auftrag Bentincks, der in seiner Denkschrift v. 24. 12. 1670 enthalten war: Die münsterischen Rüstungen seien nicht gegen Holland gerichtet, sondern nur zur Wiederbesitznahme der Stadt Hörter gedacht. Der Kinderen II S. 103. Bentinck reiste schon in den Weihnachtstagen wieder nach Münster zurück. Wicquefort, der damals de Witt über seine Meinung in der hörterischen Sache befragte, erhielt zur Antwort, »que cet Estat ne peut pas avoir beaucoup d'inclination pour l'Evesque, et que l'on ne s'armera jamais pour ses intentions«, ohne daß der Ratpensionär eine klare Parteinahme ergriff.

¹⁸ Nach Braunschweig ging der Kommissar Brasser, nach Münster Cunaeus. Der Kinderen II S. 106 f.

Den Haag, Wicquefort, eine Widerlegung des münsterischen Manifests den Generalstaten eingereicht hatte. In Hannover und Celle ließ er anfragen, ob die beiden Herzöge ihn an der »Rekuperation« Höxters zu hindern gedächten¹⁹.

Da der Bischof starrsinnig darauf beharrte, Herzog Rudolf August müsse zuerst Höxter räumen, bevor Verhandlungen aufgenommen werden könnten, sich aber weigerte zu geloben, nach der Räumung keine größere münsterische Garnison in die Stadt zu verlegen, sah sich Herzog Johann Friedrich gezwungen, Frankreich zum Eingreifen zu bewegen. Nur so glaubte er, sein eigenes gutes Verhältnis erhalten zu können, ohne sich von seinen Brüdern und Vettern trennen zu müssen²⁰. Daß ihm noch Zeit zu diesem Schritte blieb, verdankte er einzig und allein dem anhaltenden Regenwetter. Die Verlegung stärkerer Truppenkontingente an die Weser wollte dem Bischof angesichts der grundlosen Wege nicht gelingen²¹.

Lionne begriff sofort, welche Gefahr dem großen antiholländischen Bündnis durch den Lokalstreit um Höxter drohte. Er versuchte, indem er dem Bischof das »unsagbare Mißvergnügen« des Königs darüber ausdrückte, als alleinige Urheber der Verwicklung die Generalstaaten hinzustellen. Die »grande affaire« dürfe durch diese unwichtige Sache nicht gefährdet werden, denn sie verspreche weit größeren Gewinn als ein kleiner Erfolg an der Weser. In Frankreich sei alles vorbereitet. Auch England werde gegen Holland Partei ergreifen und an dem sicheren Untergang der »boshaften Nachbarn« mitwirken²².

Zwar rührte der Appell Lionnes an die große Hoffnung des Bischofs, aber von seinem höxterschen Ziel ließ er sich deshalb noch lange nicht ablenken. Die französische Vermittlung wagte er nicht zurückzuweisen, jedoch bezeichnete er die Sorge des Königs als unbegründet. Die Höxterer Sache könne nach seiner Meinung gerade der Vorbereitung des Krieges gegen Holland zwei sehr wichtige Dienste leisten: 1. die militärischen Rüstungen zu verschleiern und 2. unter dem Deckmantel französischer Vermittlung das gesamte Haus Braunschweig auf die antiholländische Seite zu ziehen. Stolz wies er darauf hin, daß er unter dieser Firma dem Gegenpart schon die lothringischen Regimenter vor der Nase weggeschnappt habe. Für so kostbare Dienste erwarte er nun endlich die rückständigen Subsidien²³.

Lionne, von geldbedürftigen Herren zur Genüge bestürmt, seufzte über den anspruchsvollen Bundesgenossen, der nebenher auch noch politische Bedingungen erhob. Frankreich hätte gern gesehen, wenn auch Protestanten an dem Krieg gegen Holland teilnahmen, um dem Vorwurf eines Konfessionskrieges zu begegnen. Der Bischof stellte sich hierin schwierig. Auch wegen der Aufteilung

¹⁹ Chr. Bernh. an die Herzöge Georg Wilh. und Joh. Friedrich, 23. 1. 1671. Köcher II S. 132. In einer mündlichen Antwort v. 2. 2. 1671 an Cunaeus weigerte sich der Bischof nochmals, irgendeine Vermittlung anzunehmen, bevor Höxter geräumt sei. Danach wollte er der Frage nähertreten.

²⁰ Hzg. Joh. Friedrich an den Hzg. v. Enghien, 23. 12. 1670, 2. u. 17. 1. 1671, gedr.: Köcher II Anh. III 24, 28 u. 29.

²¹ Chr. Bernh. an Mayersheim, 30. 1. 1671: Wetter und Wege, »welche gleich böß sein«, hätten ihn aufgehalten und den Braunschweigern leider »Zeit und Gelegenheit, sich zu Behauptung ihrer verübter friedbrüchiger Gewalttat zu armeren«, verschafft (MLA. 534, 5 II).

²² Lionne an Chr. Bernh., 9. 1. 1671: CM. 2 Bl. 121 u. GA. II C I 2 IV.

²³ Chr. Bernh. an Lionne, undat. (Ende Jan. 1671): GA. II C I 2 IV. Die verzweifelte finanzielle Lage des Bischofs kam auch in der Landtagsproposition v. 14. 1. 1671 zum Ausdruck: MLA. 490, 1958. Angeblich hatte er 30 000 Mann auf den Beinen.

der Beute vertrat er andere Ansichten als der König, und schließlich drängte er auf schnellen Kriegsbeginn, obgleich ihm Lionne immer wieder vorstellte, daß die notwendigen Verhandlungen mit den in Aussicht genommenen deutschen Bundesgenossen noch in den Anfängen steckten²⁴.

Diese letzte Aufgabe ließ sich in der Tat nicht länger aufschieben. Einer der besten Deutschlandkenner unter den französischen Diplomaten, Verjus, reiste in diesen Tagen aus Paris ab, um mit Kurköln, Brandenburg, Münster, Pfalz-Neuburg und Hannover Besprechungen über ein Angriffsbündnis aufzunehmen²⁵. Ludwig XIV. räumte dem Bischof von Münster hierin einen hervorragenden Platz ein. Schon jetzt ließ er ihm 100 000 Livres als dritte Rate aus dem Vertrag von 1667 anweisen, obgleich eine Subsidienzahlung seit Abschluß des Aachener Friedens nicht mehr vorgesehen war²⁶.

Während Verjus infolge einer Krankheit seine Reise für längere Zeit in Zabern unterbrechen mußte²⁷, nahm die höxtersche Sache eine unerwartete Wendung. Nachdem Ende Januar die Spannung so angestiegen war, daß die Herzöge ihr Hauptquartier nach Hameln verlegten und jeden Tag auf einen Gewaltstreich des Bischofs warteten, und dieser der in Münster weilenden Vermittlungsgesandtschaft nach längerem Hinhalten seine Weigerung am 30. Januar aussprach, veränderte sich am nächsten Tage frühmorgens, gerade als die Gesandten ihre Wagen besteigen wollten, die Haltung des Bischofs. Er ließ die Verhandlungen wiederaufnehmen und schloß schon zwei Tage darauf einen Provisionalvergleich ab²⁸.

Nach den Bestimmungen des Vertrages unterlag Herzog Rudolf August der Verpflichtung, Höxter unter Vorbehalt seiner umstrittenen Schutzgerechtigkeit innerhalb von 14 Tagen nach Ratifikation zu räumen. In weiteren 4 Wochen sollte in Herford die Hauptstreitfrage unter gleichzeitiger Waffenruhe und Beschränkung der münsterischen Besatzung auf 150 Mann geklärt werden.

Den Interessen des Bischofs kam dieser Entwurf weit mehr entgegen als den Wünschen der Herzöge. Diese forderten Beschränkung auf 15 bis 30 Mann Besatzung, Sequestration der Stadt zu unparteiischen Händen und Behandlung aller städtischen Beschwerden bei der vorgesehenen Hauptkonferenz, verbunden mit einer Generalamnestie für die Bürger. Erst wenn der Bischof diesen Forderungen zustimmte, wollten sie der Bündnisfrage nähertreten. Obgleich auch damit der Vorteil noch auf seiten des Bischofs lag, verstand dieser es durch Vor Spiegelung großer Begierde auf Abschluß eines Bündnisses, die herzoglichen

²⁴ Lionne an Wilh. Egon v. Fürstenberg, 21. 1. 1671: CC. 7 Bl. 6. Vgl. Böhmer S. 249 ff.

²⁵ Geheimvollmacht Ludwigs XIV. für Verjus, Paris 2. 2. 1671: CA. 247 Bl. 406.

²⁶ Instruktion v. 2. 2. 1671: »Il ne laissera pas ignorer à l'Évesque cet ordre secret que Sa Majesté lui a donné en sa faveur« (CA. 247 Bl. 408). Vgl. Lionne an Gravel, Paris 6. 2. 1671: Ca. 256 Bl. 138. Verjus hatte Anweisung, das Haus Braunschweig von der Bevorzugung des Bischofs nichts erfahren zu lassen.

²⁷ Verjus an Chr. Bernh., Zabern 19. 2. 1671: E., H. Desgl., Zabern 29. 2. 1671: CA. 247 Bl. 422.

²⁸ Instruktion für die braunschweigischen Gesandten Spörcke, Speirmann und Lampadius, Hannover 23. 1. 1671. Köcher II S. 139. Münsterischerseits nahmen B. v. Wydenbrück, J. Beveren v. Twickel und Lic. Rave an der Konferenz teil. Der Provisionalvergleich datiert v. 4. 2. 1671. Chr. Bernh. wandte sich am 31. 1. 1671 auch an den Nuntius Francesco Buonvisi mit der Bitte um Vermittlung. Buonvisi I S. 518.

Gesandten zur Preisgabe ihrer letzten Zugeständnisse zu verlocken. Als er das erreicht hatte, wies er ihren Antrag auf Besprechung der städtischen Gravamina als unerhörte neue Forderung zurück. Auch die Besatzung behauptete er in Höhe von 100 Mann. Nur den geheimen Verhandlungen Spörckes mit Bernhard von Wydenbrück über ein Bündnis²⁹ war es zu verdanken, daß die Herzöge sich das unverschämte Treiben³⁰ langmütig ansahen. Sie unternahmen nochmals den Versuch, den Bischof mit einem Gegenentwurf umzustimmen. Erst wenn er auch dann keine Milderung seines Standpunkts zugestand, sollten die Verhandlungen abgebrochen werden³¹. Die Welfen gingen von der realen Erkenntnis aus, der ungeheuren Rüstung des Bischofs im Augenblick nichts Gleichwertiges entgegenzusetzen zu können³². Auch politisch konnten sie dem festen Rückhalt Christoph Bernhards an Frankreich nur ihr eigenes Schwanken zwischen dem französischen König und den Generalstaaten entgegenstellen. Sicherheit gewährte weder der Niedersächsische Kreis noch Brandenburg, solange der Kurfürst sein Vermittlungsangebot aufrecht erhielt. Die politische Überlegenheit über seine Gegner war die Frucht, die dem Bischof nach seinem Eingehen auf die französische Forderung, in Höxter keine Gewalttat zu begehen, in den Schoß fiel.

Aus Wien, woher es am ersten zu erwarten war, erfolgte kein Beitrag zur Lösung des Streites. Schon am 30. Dezember 1670 wandte sich Christoph Bernhard hilfessuchend an den Kaiser, nicht ganz frei von der Furcht, ein Mandat des Reichsoberhauptes könne ihm wie ehemals bei der Belagerung der Stadt Münster die Hände binden³³. Wie üblich bestimmte der Kaiser eine Kommission, bestehend aus dem Kurfürsten von Mainz und Magdeburg, und forderte Wolfenbüttel auf, seine Truppen aus Höxter abzuziehen³⁴. Empört über die Sequestration der Stadt erhob der Bischof Einspruch gegen die angebliche Vorenthaltung seines Eigentums³⁵.

²⁹ Wydenbrück an Chr. Bernh., 14. 2. 1671: GA. II C II 4.

³⁰ Der Bischof wollte ursprünglich dem Hzg. Rudolf August seine Rüstungskosten als »Schadenersatz« aufbürden. Er bat am 6. 2. 1671 Franz Egon, bei seinem Bruder Wilhelm Egon darauf hinzuwirken, den Herzog zu »refusion« der Kosten der ihm »abgenötigten Armatur . . . billig anzuweisen« (MLA. 541, 2a).

³¹ Ratsprotokolle v. 1.–3. 3. 1671: GR. 596.

³² Köcher II S. 141 f. Verjus meinte allerdings, daß die Hilfsmittel des Welfenhauses ausreichten, die aufgestellten Truppen für 1 Jahr zu unterhalten, daß der Bischof aber dazu nicht in der Lage war. Verjus an Lionne, Hameln 12. 3. 1671: Ebd. S. 143.

³³ Chr. Bernh. an Mayersheim, 6. 2. 1671: Er fürchte, daß »wann uns oder jemand anders mit Gewalt was entzogen wird, man von dem kaiserlichen Hof kaum soviel Rechtshülfe wird zu erwarten haben, daß man zu dem Seinigen hinwieder gelangen könne . . . Wir wollen sonsten darauf bedacht sein, daß nach Befindung der Expedition der Referent remuneriert werde«. Zwar wäre er schon längst in Höxter zum Ziel gelangt, »es hat uns aber der stetiger Regen und groß Gewässer davon abgehalten«. Am 13. 2. fügte er hinzu: »Dieses betauern wir allein, daß am kaiserlichen Hof das gemeine katholische Wesen mehr verhindert als befördert werde, wie wir dann vernennen müssen, daß man daselbst gemeint seie, uns die Hände per mandata zu binden« (MLA. 534, 5 II).

³⁴ Köcher II S. 149. Mayersheim an Chr. Bernh., 22. 2. 1671: MLA. 534, 5 II.

³⁵ Chr. Bernh. an Mayersheim, 6. 3. 1671: Er habe nur um Abstellung einer Gewalttat gebeten und nicht um Beraubung seines Eigentums. »Auf solche Weise gewinnet der einen großen Vorsprung, welcher nur ungescheuet zugreifet.« – Mayersheim stellte fest, daß Graf Ottingen, ein ausgesprochener Feind des Bischofs, der Hauptschuldige an der Sequester war. Hofkanzler Hoher war zu keiner Auskunft zu bewegen. Mayersheim an Chr. Bernh., 26. 3. 1671: Ebd.

Solange Verjus noch nicht eingetroffen war, bemühte sich Franz Egon nach Kräften, den Blick Christoph Bernhards auf das »Hauptwerk« zu lenken, damit nicht doch noch das kaum erstickte Feuer ausbrach³⁶. Das anhaltende schlechte Wetter hielt seinen hitzigen Amtsbruder zum Glück von militärischen Unternehmungen ab³⁷. Mit Märchen von einem baldigen Kriegsbeginn gegen Holland und bevorstehenden großen Geldzahlungen der Franzosen lenkte er den Bischof von seinen Nöten ab. Ja, der pfiffige Straßburger rechnete ernstlich mit einem holländischen Präventivkrieg, der Frankreich wohl oder übel zum Eintreten für seine Verbündeten zwang, auch wenn die Mißverständnisse des englischen Königs mit dem Parlament noch immer einen argen Hemmschuh für den Kriegseintritt Ludwigs XIV. bildeten. Mit Ratschlägen, wie die Schlagkraft des münsterischen Heeres zu erhöhen sei, fesselte er das Interesse Christoph Bernhards und lenkte seinen Blick von den ständig steigenden Schwierigkeiten beim Unterhalt des Heeres ab³⁸.

Erst die Ankunft Verjus' in Deutschland befreite Franz Egon von den Pflichten eines Trösters in der Not. Der Franzose erkannte, daß der höxtersche Streit im Augenblick am notwendigsten die Festlegung einer Verhandlungsfrist forderte. Die Herzöge hielten ein ganzes Jahr für angemessen, während der Bischof nur 6 Wochen zugestand³⁹ und damit die Befürchtung erweckte, nur eine Vorbereitungszeit zum Losschlagen erlisten zu wollen, da das umfangreiche Problem in so knapper Zeit in der Tat nicht zu lösen gewesen wäre. Verjus zog eine längere Verhandlungsdauer vor⁴⁰, um in deren Schatten die beiderseitigen Truppen unter Waffen zu halten und die Bündnisverhandlungen voranzutreiben⁴¹. Die Herzöge Georg Wilhelm und Ernst August schienen über die mangelnde Zahlungsbereitschaft der Generalstaaten so verstimmt, daß er auf ihre Ansprechbarkeit für ein Bündnis mit Frankreich zählen durfte. Herzog Johann Friedrich neigte ohnehin dieser Partei zu. Gelang es, die Braunschweiger zum Bündnis zu bewegen, so waren erwünschstermaßen die Protestanten im Bunde und Ersatz für den unsicheren Kurfürsten von Brandenburg gefunden.

Verjus wußte auch, daß die mit wachsender Geldschwierigkeit steigende Geiztheit auf beiden Seiten durch französische Subsidien beschwichtigt werden konnte⁴². Da der Bischof von Münster weit mehr darunter litt als die finanzkräftigeren Herzöge, begab sich der Gesandte nun zu ihm. Die Reise erwies sich als notwendiger, als er ahnte. Die in Münster weilenden kurmainzischen Vermittler hatten dem Bischof zwar kleinere Zugeständnisse abgerungen⁴³, aber dieser verhüllte sein Nachgeben mit so heftigen Ausfällen gegen die Herzöge, daß sie in Hameln die Abberufung ihrer Gesandten beschlossen⁴⁴. Noch bei der Abreise am 29. März ließ ihnen der Bischof ein von heftigen Angriffen strotzendes

³⁶ Franz Egon an Chr. Bernh., 8. 2. u. 8. 3. 1671: MLA. 541, 2 a.

³⁷ Franz Egon an F. Korff-Schmising, Bonn 7. 2. 1671: GA. II C II 7.

³⁸ Franz Egon an B. v. Wydenbrück, 9. 2. 1671: GA. II C II 7. Chr. Bernh. an Franz Egon, 13. 2. u. 3. 3. 1671: MLA. 541, 2 a.

³⁹ Chr. Bernh. an Franz Egon, 17. 3. 1671: MLA. 541, 2 a.

⁴⁰ Verjus an Lionne, Münster 20. 3. 1671: Er werde versuchen, die Verhandlungen über Höxter auf 8–10 Monate auszudehnen, um Zeit für das große Werk zu gewinnen (CM. 2 Bl. 132).

⁴¹ Berichte Verjus' v. 8., 12. u. 16. 3. 1671 aus Hameln. Köcher II S. 151.

⁴² Verjus an Lionne, Hameln 16. 3. 1671. Köcher II S. 152.

⁴³ Die Mainzer Gesandten an Hzg. Georg Wilhelm u. Hzg. Joh. Friedrich, Münster 17. 3. 1671. Köcher II S. 152.

⁴⁴ 22. 3. 1671.

Schriftstück übergeben⁴⁵. Fast hätten die Herzöge im Zorn losgeschlagen. Nur die Hoffnung auf den Einfluß Verjus⁴⁶ bewog sie zum Stillhalten.

Der Bischof bereitete Verjus einen herzlichen Empfang. Der mitgebrachte Wechsel über 108 000 Livres beseitigte die drückendste Sorge. Unter zahlreichen Komplimenten beteuerte der Bischof seine Ergebenheit für den König. Nur sie habe ihn abgehalten, Hörter im Sturm zu nehmen. Deshalb müsse Frankreich nun auch seine Truppen unterhalten. Dazu konnte sich Verjus erklärlicherweise nicht entschließen, und nun forderte Christoph Bernhard, den Krieg noch in diesem Jahr zu beginnen, wie es auch Herzog Johann Friedrich verlangte, da ihm sonst die Unterhaltskosten über den Kopf wüchsen und die Gefahr eines vorbeugenden Angriffs der Holländer ständig steige. Mit ihrem vielen Geld würde es den Generalstaaten leicht fallen, neue Verbündete zu kaufen. Er habe ihnen so oft ein Bündnis abgeschlagen, daß ihr Mißtrauen berechtigt sei⁴⁷.

Nachdem ihn Herzog Johann Friedrich schon in der gleichen Richtung bedrängt hatte, wußte der sonst um Ausreden nicht verlegene Franzose kaum, was er der stürmischen Beredsamkeit des Bischofs entgegenzusetzen sollte. Das nächstgelegene Ziel, den Bischof von seinen Hörterer Plänen abzulenken, schien erreicht. Was in der großen Sache getan werden sollte, überließ er zur Entscheidung dem Hof⁴⁸. Er selbst reiste nach Hameln zurück und vertraute Wilhelm Egon von Fürstenberg die weitere Bearbeitung des Bischofs an.

Dieser unterbreitete die Einzelheiten seines geplanten Unternehmens gegen Holland. Aus 8000 Franzosen, ebenso viel Münsteranern und 4000 hannoverschen Soldaten⁴⁹ sollte sich das Heer zusammensetzen. Frankreich bot ein Sechstel der Unterhaltungskosten und Werbegelder⁵⁰. Damit erfuhr der Bischof nichts Neues. Er kannte die Zahlen seit zwei Monaten. Alle Einzelheiten interessierten ihn vorläufig überhaupt nicht. Wichtig schien ihm allein die Frage, ob der Krieg in diesem Jahre beginne oder nicht. Ebenso wie Verjus⁵¹ mußte sich Wilhelm Egon der Beredsamkeit Christoph Bernhards beugen und die Notwendigkeit eingestehen, den Krieg anzufangen oder ihm genügend Geld zu geben, damit das Heer nicht auseinander und womöglich den Holländern in die Arme lief⁵².

⁴⁵ Ihre Ankunft in Hameln und die Kunde vom Scheitern des Vergleichs löste in den Grenzgegenden eine Panik aus, wie ein Herr v. Galen am 10. 4. 1671 aus Delmenhorst berichtete (MLA. 543 II).

⁴⁶ Verjus kam am 19. 3. 1671, wenig später auch Wilh. Egon v. Fürstenberg in Münster an. Chr. Bernh. an Franz Egon, 20. 3. 1671: MLA. 541, 2a.

⁴⁷ Verjus an Ludwig XIV., Münster 24. 3. 1671: CM. 2 Bl. 133.

⁴⁸ Verjus an Lionne, Münster 24. 3. 1671: CM. 2 Bl. 141.

⁴⁹ Hzg. Joh. Friedrich wollte sein Kontingent auf 8000 Mann erhöhen, um nicht neben dem Bischof in eine untergeordnete Rolle gedrängt zu werden.

⁵⁰ Auch hierin forderte Joh. Friedrich wesentlich mehr. Über seine weiteren Vorbehalte vgl. Köcher II S. 144.

⁵¹ Vor seiner Abreise aus Münster berichtete Verjus dem König nochmals, der Bischof sei sehr über eine Äußerung Grottes beunruhigt, daß auf französ. Subsidien und baldigen Kriegsbeginn keine Hoffnung bestehe. Christoph Bernhard klage, daß er sich als Franzosenfreund viel Haß zuziehe, ohne daß der König ihm lohne (CM. 2 Bl. 163).

⁵² Der Bündnisentwurf Wilh. Egons in CM. 2 Bl. 161. Wilh. Egon an Lionne, Münster 1. 4. 1671: CM. 2 Bl. 156.

37. KAPITEL

DER BIELEFELDER KREISTAG

Der Bischof sprach unumwunden seine ernste Überzeugung aus, wenn er Verjus und Wilhelm Egon von Fürstenberg immer wieder darauf hinwies, daß die Holländer sich nicht lange mehr täuschen ließen. Zu viele Jahre schon zog sich die Vorbereitung des Krieges hin. Nur eine Rückendeckung durch Verbindungen mit anderen deutschen Fürsten hätte die Lage des Stiftes erleichtert, und auch Frankreich spielte damals mit dem Gedanken, das norddeutsche Bündnis mit Kurköln und Münster als Eckpfeilern durch Beitritt Brandenburgs tragfähiger zu gestalten. Der Pfalzgraf von Neuburg wollte sogar nur in dem Falle teilnehmen, wenn sich Kurfürst Friedrich Wilhelm für das Bündnis entschied.

Auf einer Konferenz unter dem Namen eines Niederrheinisch-Westfälischen Kreistages verhandelte Matthias Korff-Schmising seit Mitte März in Bielefeld mit brandenburgischen und pfalzneuburgischen Vertretern über diese Frage¹. Erstaunlich schnell einigten sich die Partner über die Grundsätze. Um nicht von vornherein Momente der Unsicherheit hereinzutragen, sollte der Beitritt des Hauses Braunschweig bis nach dem Vergleich über Höxter zurückgestellt werden². Münster gelobte, für das geplante Bundesheer 3500 Fußknechte und 1700 Reiter zu stellen, Brandenburg dieselbe Zahl, während Pfalz-Neuburg 3000 zu Fuß und 1600 zu Pferde beitrug³. Der Bund verfügte damit über die ansehnliche Streitmacht von 15 000 Mann⁴. Über die gewöhnlichen Bestimmungen damaliger Verteidigungsbündnisse ging der Text des Vertrages vom 7. April 1671 nicht hinaus. Anderen Fürsten,

¹ Chr. Bernh. an M. Korff-Schmising, 3. 3. 1671: »... Weiln ich mich aus dem projectu alliantiae mit Kurbrandenburg und Pfalz-Neuburg gern vorhin beständig informierte, so wolle der Herr Thumbdechant mir selbiges durch die anstehende Nacht zuschicken« (MLA. 12, 5). – Chr. Bernh. an M. Korff-Schmising, 21. 3. 1671: Ebd. – Kurbrandenburg wurde vertreten durch Friedr. v. Jena und W. Blaspeil; Pfalz-Neuburg durch Gise und Stratmann. – Zum Bielefelder Kongreß vgl. im allgemeinen: Karl Haberecht, Geschichte des Niederrheinisch-Westfälischen Kreises in der Zeit der französischen Eroberungskriege (1667–1697) S. 12 ff., insbes. S. 16 ff. Die Arbeit setzt die Untersuchung Isaacsons fort, zeigt aber nicht dieselbe vorbildliche Durchdringung des Stoffes. Die Haltung des Bischofs von Münster ist ganz unzureichend dargestellt. Vgl. ebd. S. 28 ff. Eine besondere Darstellung widmet dem Kongreß Ottokar Israel, Der Bielefelder Kreistag von 1671. In: 54. Jahresber. d. Hist. Vereins f. d. Grafschaft Ravensberg 1947 (Gütersloh 1948) S. 52–69, doch stehen bei ihm die Kreisangelegenheiten im Vordergrund, wenn er auch die Bedeutung der französischen Bemühungen richtig erkennt.

² Konferenzprotokoll v. 17. 3. 1671: MLA. 12, 5.

³ Der Bischof hätte gern die Truppenkontingente nach der Reichsmatrikel abgestimmt, fand sich aber auch mit den vereinbarten Zahlen ab.

⁴ Chr. Bernh. an die Gesandten zu Bielefeld, 7. 4. 1671: MLA. 468, 219.

insbesondere den Ständen des Westfälischen Kreises, blieb der Zutritt vorbehalten⁵.

Am Tage des Abschlusses traf Wilhelm Egon von Fürstenberg in Bielefeld ein. Er kam nicht unerwartet⁶, überraschte aber alle Beteiligten durch die Offenbarung der ganzen »grande affaire« im Gespräch mit den Brandenburgern. Matthias Korff-Schmising hatte bisher sorgsam jede Andeutung darüber vermieden. Jena und Blaspel zweifelten an seiner Ehrlichkeit, als sie auf diesem Wege erfuhren, in welchen Bindungen Münster mit Frankreich stand. Vergeblich hatte der Domdechant den Grafen Fürstenberg gebeten, das Geheimnis zu bewahren⁷. Dieser handelte also mit vollem Vorbedacht.

Unmittelbar darauf reiste Wilhelm Egon nach Hameln und setzte im Verein mit Verjus die Unterzeichnung des Provisionalvertrages über Höxter auf Grund des Mainzer Vergleichsentwurfs durch⁸. Das Welfenhaus bekam die Hände frei und wandte sich der Unterwerfung der Stadt Braunschweig zu. Die kleine Weserstadt blieb ihrem Schicksal überlassen⁹.

Vergeblich rätselte man inzwischen in Münster herum, was Wilhelm Egon von Fürstenberg bewogen haben konnte, die vereinbarte Geheimhaltung zu brechen. Man wußte noch nicht, daß die schwerste Krise in den Vorbereitungen zum holländischen Kriege gerade bevorstand. Die Unentschiedenheit Kurfürst Friedrich Wilhelms, auch nach dem Bielefelder Bündnis, gegenüber französischen Anträgen ließ in Paris den Gedanken reifen, daß dem Interesse des Königs am besten durch Wiederbelebung der seit Jahren erkalteten Freundschaft mit Schweden gedient sei. Pomponne eilte auf seinen alten Stockholmer Posten zurück. Man wußte, daß dieser Hof nach den Mißerfolgen seiner deutschen Bündnisverhandlungen dazu neigte, der Einladung Folge zu leisten. Verbündet mit der nordischen Militärmacht konnte Frankreich auf eine aktive Mitwirkung der anspruchsvollen deutschen Kleinfürsten weitgehend verzichten. Sie brauchten nur noch als neutrale Schutzmauer, hinter der sich der Angriff gegen Holland ungestört entwickelte, zu dienen. Ihre maßlosen Forderungen, unbequemem Eifersüchteleien und das geforderte militärische Mitspracherecht entfielen mit einem Schlage. Paris konnte nunmehr allein über den Zeitpunkt des Kriegsbeginns und die Führung der Waffen bestimmen, und das alles für weniger Geld.

⁵ Vertrag in MLA. 12, 5. Als erster ratifizierte Htzg. Philipp Wilhelm v. Pfalz-Neuburg, Grünau 19. 4. 1671; dann der Bischof von Münster, Münster 24. 4. 1671 und schließlich Kurf. Friedr. Wilhelm, Potsdam 27. 4. 1671. Ausfertigungen bzw. Entwurf ebd.

⁶ Schon das Konferenzprotokoll v. 17. 3. vermerkt, daß Wilh. Egon nach seiner erwarteten Ankunft anzuhören sei.

⁷ M. Korff-Schmising an F. Korff-Schmising, Bielefeld 8. 4. 1671: GA. II C II 5.

⁸ Vertrag v. 15. 4. 1671, gedr. im Diarium Europaeum XXIV S. 2 f.; Alpen II S. 156 ff.; Pfeffinger, Historie des braunsch.-lüneb. Hauses III S. 49 ff. Eine Analyse bei Basnage, Annales des Provinces Unies II S. 142. — Der Vertrag forderte vom Bischof die Aufgabe seiner schroffsten Ansprüche, ohne aber sein Besatzungsrecht wirksam einzuschränken. Er rächte sich, indem er den zugelassenen 60–70 Mann eine solche Zahl von Frauen und Kindern beigab, daß die Stadt mit der Unterbringung größte Mühe hatte. Köcher II S. 154.

⁹ Der Vicomte de Villiers trug sehr zum Abschluß des Vertrags bei, indem er Htzg. Georg Wilhelm auf die günstige Ausnutzungsmöglichkeit der an der Weser versammelten Truppen gegen die Hauptstadt Braunschweig aufmerksam machte. Köcher II S. 157. Vgl. H. J. Querfurth, Die Unterwerfung der Stadt Braunschweig durch die Herzöge von Braunschweig-Lüneburg. Phil. Diss. Kiel 1950.

Die endgültige Entscheidung darüber, ob dieser Weg oder das Bündnis mit den nordwestdeutschen Fürsten vorzuziehen sei, behielten sich die Franzosen bis zum Bielefelder Konvent vor, der Anfang Mai zusammentrat. Hinter der Fassade des Westfälischen Kreistages¹⁰ sollte die Bündnisfrage abschließend geklärt werden. Sein Beginn stand unter einem ungünstigen Vorzeichen. Die wichtigsten Gesandten trafen verspätet ein, und Wydenbrück hielt die versammelten Stände mit einer vierwöchigen Diskussion über die Zulassung von Vermittlern in der höxterschen Sache hin. Ein Präzedenzstreit, in dem der Pfalzgraf von Neuburg scharf Partei ergriff¹¹, machte gemeinsame Sitzungen der Vermittler unmöglich. Man mußte sich mit dem kläglichen Beschluß begnügen, die weiteren Verhandlungen über Höxter nach Köln zu verlegen¹².

Verjus ließ diese Zeit nicht nutzlos verstreichen. Bei allen Gesandten erforschte er die Meinungen der deutschen Fürsten über die geplante Neuorientierung der französischen Politik. Zu seiner Bestürzung erklärten ihm Meinders und Schwerin, Kurfürst Friedrich Wilhelm denke nicht daran, sich fest zu binden¹³. Damit entfiel, wie man in Paris befürchtete, die Rückenbedeckung für das vorbereitete Bündnis mit Kurköln, Münster und Hannover. Offenbar wollte sich der Brandenburger die Hände für das günstigste Angebot einer der beiden Seiten offenhalten. Ob man ihn durch das Versprechen der Rückerstattung aller von den Holländern besetzten Plätze am Niederrhein aus der Reserve locken konnte, blieb völlig offen¹⁴.

Immerhin basierte die Rechnung mit ihm auf Tatsachen. Der Fall des Bischofs von Münster lag weit schwieriger. Er sah sein im Haß verankertes Lebensziel ins Wanken kommen. Ausgerechnet ihm sollte zugemutet werden, einem Krieg gegen die Holländer tatenlos zuzusehen. Ihm wollte man die Beute streitig machen und wohl gar Overijssel und Borkelo in oranische oder englische Hände spielen. Schon die Vorstellung der Neutralität schien ihm widersinnig. Die Holländer würden sie nicht anerkennen, ob er französischen Truppen Durchzug gewährte oder nicht. Nachdem ihn die Franzosen drei Jahre hingehalten und an den Rand des finanziellen Ruins gebracht hatten, wagten sie ihm jetzt für die Neutralität 9000 Ecus monatlich zu bieten, wo ihm doch 17000 nicht genügt hätten. Verjus sah den Mienen der beiden sonst Frankreich sehr ergebenen Korff-Schmisings¹⁵ die in Münster eingetretene Ernüchterung deutlich an. Aber alles Zetern nützte nichts. Ludwig XIV. weigerte sich, den Krieg im laufenden Jahre zu beginnen und zwang damit

¹⁰ Kurf. Friedr. Wilhelm an Chr. Bernh., Potsdam 29. 4. 1671: Er habe sich mit Pfalz-Neuburg über Einberufung der Kreisstände geeinigt und bitte um Absendung eines münst. Gesandten zur Abfassung der Proposition. – Christoph Bernhard schlug die Einberufung des Kreistages zum 15. 6. nach Bielefeld vor, was die beiden Kondirektoren am 7. 5. annahmen. Als münst. Gesandte wurde B. v. Wydenbrück vorgesehen (MLA. 468, 217).

¹¹ Diarium Europaeum XXIV S. 215 ff.

¹² Der Beschluß v. 22. 8. 1671 bei Alpen II S. 176 ff. Vgl. Köcher II S. 178 f. Der Schriftwechsel wegen des Präzedenzstreits in MLA. 468, 217.

¹³ Verjus an Ludwig XIV., Bielefeld 1. 6. 1671: CM. 2 Bl. 179.

¹⁴ Verjus an Lionne, Bielefeld 7. 6. 1671: CM. 2 Bl. 183 c.

¹⁵ Er halte den Widerwillen der Gebrüder Korff-Schmising für nicht ungefährlich, da sie über weit verzweigte Beziehungen an den Fürstenhöfen verfügten. Verjus schätzte besonders den Komtur als besonnenen Mann, während er Matthias als »impétueux« bezeichnete. Bericht, Bielefeld 13. 6. 1671: Ebd. Bl. 199 ff.

den Bischof, die mühsam angeworbenen lothringischen Regimenter abzudanken¹⁶.

Auch Wilhelm Egon von Fürstenberg zeigte sich über die Stimmung am münsterschen Hofe genau unterrichtet. Anlässlich eines Gesprächs mit dem Komtur in Köln (5. Juni) hatte er immerhin die Neutralität nur als eine Möglichkeit von zweien hingestellt. Im andern Falle schlug er aktive Teilnahme des Bischofs durch Stellung von 7–8000 Mann innerhalb des französischen Heeres vor. Wie sehr der Bischof sich danach sehnte, mit einem eigenen Heer gegen die Ijssel vorzurücken, wußte er jedoch sehr wohl¹⁷.

Kein Wunder, daß der Komtur seinen Herrn zu Sassenberg in mißmutigster Laune antraf. Ängstlich rief er Wilhelm Egon um Hilfe an und bat ihn, sofort nach Bielefeld zu reisen, um möglicherweise mit dem Bischof selbst den verfahrenen Wagen auf die rechte Bahn zu lenken. Er allein sei dazu nicht in der Lage und übernehme keine Gewähr für allen Schaden, wenn jener seine Unterstützung versage¹⁸. Auch Verjus, ebenfalls in Sassenberg anwesend, hielt Wilhelm Egon für den einzigen Mann, der den erzürnten Bischof zu versöhnen vermöchte¹⁹, bevor dieser Brandenburg und Pfalz-Neuburg in ungünstigem Sinne beeinflusste²⁰. Verjus blieb es sicherlich nicht verborgen, daß Christoph Bernhard erwog, im Kriegsfall seine Neutralität durch eine einseitige Erklärung ohne Rücksicht auf die französischen Belange aufzukündigen²¹.

Erste Erfolge erzielte Christoph Bernhard, indem der französische König Verjus anwies, zwar in Deutschland nur noch mit dem Ziele einer Neutralität der Verbündeten zu verhandeln, aber ausnahmsweise Münster und Hannover entsprechend den Anregungen Wilhelm Egons aktive, wenn auch nicht selbständige Teilnahme am Kriege einzuräumen²².

¹⁶ Franz Egon v. Fürstenberg spielte bei dieser Gelegenheit eine merkwürdige Rolle. Christoph Bernhard hatte schon Anfang April mit dem lothring. Staatssekretär Le Bègue über die Abdankung der Regimenter verhandelt (Rekredential 7. 4. 1671: MLA. 544 II). Als Franz Egon davon hörte, bat er, die Truppen nicht so rasch laufen zu lassen (Franz Egon an Chr. Bernh., 26. 4. 1671: MLA. 541, 2 a). Der Bischof, dem das Geld zum Unterhalt fehlte, setzte die Truppen trotzdem in Marsch, worauf ihnen Franz Egon durch die kurköln. Behörden den Durchmarsch durch das Vest Recklinghausen verwehrte (Chr. Bernh. an Franz Egon, 8. 5. 1671: Ebd.). Der Straßburger verhandelte indessen in Köln mit Lothringen wegen Übernahme der Truppen durch den Kurfürsten von Köln, der sie gegen die Reichsstadt Köln einzusetzen gedachte. Franz Egon war »nit wenig perplex«, als Hzg. Karl, um Streit mit der mächtigen Stadt zu vermeiden, alle Truppen zurückbeordnete (Franz Egon an Chr. Bernh., 19. 5. 1671: Ebd.). Bei Christoph Bernhard entschuldigte sich der Bischof von Straßburg, daß er »vermeinet . . . hierdurch Ew. Lbd. in etwas zu soulagieren und uns in Postur zu setzen, umb, wann die grande affaire, wie aller Apparenz nach geschehen wird, dies Jahr ihren Anfang gewinnt, wir nit ganz bloß stehen, sondern neben andern uns desto besser in beständige gute Postur sitzen können« (Franz Egon an Chr. Bernh., 8. 5. 1671: Ebd.).

¹⁷ Wilh. Egon an Lionne, Köln 6. 6. 1671: CC. 7 Bl. 83.

¹⁸ F. Korff-Schmising an Wilh. Egon, 11. 6. 1671: CM. 2 Bl. 188.

¹⁹ Verjus an Wilh. Egon, 11. 6. 1671: CM. 2 Bl. 189. – Verjus an Ludwig XIV., Bielefeld 13. 6. 1671: CM. 2 Bl. 196 ff.

²⁰ Mit Blaspeil hatte der Bischof bereits gesprochen. Als Verjus die Reise nach Berlin antreten wollte, hielt er ihn fast mit Gewalt zurück. Verjus an Ludwig XIV., Bielefeld 13. 6. 1671: CM. 2 Bl. 192.

²¹ Wydenbrück warnte davor, auf diese Weise Druck auf Frankreich auszuüben. Matth. Korff-Schmising trat dagegen der Meinung des Bischofs bei. »Es wäre einen Weg wie den andern Frankreich zu pressieren.« Protokoll v. 19. 6. 1671: GR. 596.

²² Ludwig XIV. an Verjus, Tournai 13. 6. 1671: CM. 2 Bl. 176.

Bevor die neuen Richtlinien des Königs bekannt wurden, ging im Schatten der ergebnislosen Verhandlungen des Kreistags zu Bielefeld²³ das unermüdliche Drängen des Bischofs auf Kriegsteilnahme weiter. Verjus klagte, selbst über die münsterschen Minister mit den hierfür vorgesehenen 10 000 Ecus den Bischof nicht von der Richtigkeit der Neutralitätstheorie überzeugen zu können²⁴. Dieser fühlte sich im Gegenteil durch den Beitritt Kurkölns, einschließlich des Bistums Lüttich, in das Bielefelder Bündnis vom 7. April d. J. gestärkt²⁵. Er glaubte, mit der Bildung eines nordwestdeutschen Blockes auf dem richtigen Wege zu sein, um eine eigenständige Politik auch gegen den Willen der Großmächte zu führen. Freilich schwamm Kurköln, solange die Gebrüder Fürstenberg dort das Steuer führten, im Fahrwasser Frankreichs. Im Augenblick stellte das aber einen Vorteil dar, später ließ sich vielleicht eine andere Lösung finden.

Wenn in diesem Ansatz eigener Bündnispolitik schon die Absicht, auf Frankreich einen Druck auszuüben, zum Ausdruck kam, so noch deutlicher in der Fühlungnahme mit der kaiserlichen Partei. Bekanntlich hatte die Stadt Köln in ihrem Konflikt mit dem Kurfürsten ein Regiment unter dem holländischen Obristen Bampfeld in ihre Dienste genommen. Man fürchtete, daß dieser eines Tages die Fahne der Generalstaaten aufwerfen könnte. Unter dem Vorwand, über diese Gefahr zu beraten, begab sich der kaiserliche Gesandte Marquis de Grana nach Sassenberg. Es kostete ihn keine Mühe, mit dem von vornherein zu einem solchen Schritt entschlossenen Bischof ein Verteidigungsbündnis abzuschließen (17. 7. 1671)²⁶.

Der Vertrag fand in der Folge wenig Beachtung und erlangte schon gar keine Wirksamkeit. Der Bischof betrachtete ihn nämlich keineswegs als Anfang einer neuen Politik, sondern schloß ihn aus taktischen Gründen, um Frankreich noch stärker zu »pressieren«. Mochte das Bündnis geheimgehalten werden, die Anwesenheit de Granas auf dem bischöflichen Jagdschloß konnte der Aufmerksamkeit der Franzosen nicht entgehen und sollte es auch nicht. Der Bischof rechnete mit Indiskretionen, die Frankreich den Vertragsschluß verrietten, während anderseits der geringe Wert des Bündnisses durch die vorgespielte Geheimhaltung in französischen Augen erheblich stieg.

Verjus durchschaute zwar das Spiel des Bischofs, durch vielfältige Beschwerden und politische Winkelzüge den unwillkommenen Neutralitätsvertrag

²³ Die Frage der Kreisbewaffnung und Besetzung des Kreisobristenamtes verliefen ergebnislos, weil der Bischof die Möglichkeit, daß das Amt an Kurbrandenburg fallen oder auch nur zwischen diesem und Pfalz-Neuburg wechseln könnte, mit allen Mitteln, bis zur Abberufung der Gesandten, zu verhindern suchte (Chr. Bernh. an die münst. Gesandten in Bielefeld, 23. 6. 1671 ff. mit Antworten: MLA. 468, 217). Die Verhandlungen fanden mit dem sogen. Sassenberger Temperament v. 8. 7. 1671 einen gewissen Abschluß. Danach sollte ein vom Kreisdirektorium und den Nach- und Zugeordneten abhängiger Kreisgeneral bestellt werden. Wenn der Feldzug im Lande eines der 3 Kreisdirektoren stattfand, sollte das Kreisobristenamt dem betroffenen Direktor zufallen, während die beiden anderen als Nach- und Zugeordnete fungierten (MLA. 468, 219). Vor der Ratifikation des Temperaments wollte der Bischof keine weiteren Beratungen über die Kreisverfassung zulassen. Die andere Seite vermutete nicht zu unrecht, er wolle sich durch das Temperament die alleinige Gewalt über das Generalat erschleichen, da er von allen 3 Direktoren als einziger ständig im Kreis anwesend war.

²⁴ Verjus an Lionne, Bielefeld 27. 6. 1671: CM. 2 Bl. 218.

²⁵ Rezeß in MLA. 12, 5.

²⁶ MU. 4624.

doch noch in ein Offensivbündnis zu verwandeln²⁷, aber manche Einzelheit blieb ihm verborgen. Ihn beunruhigte, daß auch Wilhelm Egon den Bischof nicht von seiner Starrsinnigkeit abzubringen vermochte und daß Grana offensichtlich einen vortrefflichen Eindruck hinterließ²⁸. Weniger bedenklich schien ihm das Bemühen Amerongens, Christoph Bernhard auf holländische Seite zu ziehen²⁹. Er hätte sich weniger geängstigt, wenn ihm die Vollmacht des Bischofs zum Abschluß des Neutralitätsvertrags bekannt gewesen wäre³⁰. Nachdem dieser das Druckmittel des Verteidigungsbündnisses mit dem Kaiser in der Hand hatte, sah er keine Bedenken, den Pakt mit den Franzosen zu unterzeichnen.

Es währte nicht lange, bis die ersten Wirkungen des mit de Grana geschlossenen Vertrages ans Tageslicht traten. Am 25. Juli klagte Wilhelm Egon von Fürstenberg, den Kurfürsten befremde, die Stadt Köln in ihrer Renitenz nach der Rückkehr des Marquis aus Sassenberg bestärkt zu sehen. Der Argwohn war, wie von münsterischer Seite beabsichtigt, erweckt³¹. Als daraufhin der Bischof versicherte, er habe mit de Grana nichts dem Kurfürsten von Köln Nachteiliges verabredet³², ohne dieser Beteuerung die geringste Erklärung hinzuzufügen, mußte die Aufmerksamkeit der Franzosen geradezu notwendig darauf fallen, daß ein Abkommen mit dem Kaiser geschlossen worden war. Die Gelassenheit, mit der der Bischof nach den vorher erhobenen tausend Einwänden und Bedingungen den Neutralitätsvertrag³³ plötzlich abschloß, belebte die entstandene Unruhe nur noch mehr.

Der Bischof glaubte, sich jedoch auch ohne den Sassenberger Vertrag in Ruhe wiegen zu können. Der in den Abmachungen mit Frankreich enthaltene § 2 räumte dem König »en cas de nécessité« Durchmarsch durch münsterisches Gebiet ein und setzte damit das Fürstbistum praktisch aus der Neutralität. Die Einleitung zu den Geheimartikeln des französischen Vertrages sah vor, daß der Hauptvertrag nur zu dem Zweck aufgesetzt sei, um ihn im Fall der Not vorzuzeigen, und daß keine der beiden Parteien an seine Bestimmungen gebunden sei. Der Geheimvertrag legte zwar abermals die Neutralität fest, gestattete jedoch dem König in jedem Falle den Durchzug. Für dieses Entgegenkommen zahlte dieser dem Bischof vom 1. Juni an, vorläufig bis zum 1. Januar 1673, und falls bis dahin der Krieg begonnen hatte, bis zu seinem Ende monatlich 10 000 Rtl. Im Falle eines fremden Angriffs auf das Bistum erfolgte französische Hilfe. Die größte Bedeutung für den Bischof besaß jedoch Artikel 11, der ihm erlaubte, innerhalb eines Jahres nach Beginn der Feindseligkeiten in den Krieg einzutreten, freilich ohne höhere Geldleistungen verlangen zu können, als sie der Neutralitätsvertrag vorsah. Der König versprach ferner, die Rückgabe der Herrschaft Borkelo an das

²⁷ Verjus an Ludwig XIV., Bielefeld 20. 7. 1671: CM. 2 Bl. 231.

²⁸ Verjus an Lionne, Bielefeld 23. 7. 1671: CM. 2 Bl. 262.

²⁹ Verjus an Ludwig XIV., Bielefeld 20. 7. 1671: »Il faut rendre ce témoignage à M. de Munster, qu'en pensant à la seureté de ses Estats et de la religion et à la gloire, il a tousjours en veüe ce qui peut contribuer au dessein de Vostre Majesté contre les Hollandois« (CM. 2 Bl. 246).

³⁰ Vollmacht für M. Korff-Schmising und B. v. Wydenbrück v. 22. 7. 1671: CM. 2 Bl. 261.

³¹ Die münsterschen Gesandten an Chr. Bernh., Bielefeld 26. 7. 1671: MLA. 468, 217.

³² Chr. Bernh. an Wilh. Egon, 27. 7. 1671: MLA. 12, 5.

³³ Vertrag v. 28. 7. 1671: CM. 2 Bl. 268. Ratifikation Ludwigs XIV., Fontainebleau 30. 8. 1671, im Stadtarchiv Münster (A XIV 156). Vgl. Kapitel 27 Anm. 74.

Stift durchzusetzen, ob der Bischof nun neutral blieb oder am Kriege teilnahm³⁴.

Aber Christoph Bernhard schien die Durchlöcherung des Neutralitätsvertrages noch nicht weitgehend genug. Er verlangte von Verjus, der durch den Abschluß des Geheimvertrages seine Befugnisse schon weit überschritten hatte, noch die feierliche Erklärung, daß auch der Geheimvertrag ungültig sein solle, wenn der König den Artikel 11 nicht gutheißt und ablehnen sollte, dem Stift im Fall eines holländischen Angriffs 6000 Fußknechte und 2000 Reiter zu Hilfe zu schicken und zusätzlich 8000 Rtl. monatlich zu zahlen. Die Hilfe erwartete der Bischof auch, wenn der Angriff während des Krieges erfolgte. Über die von Wilhelm Egon verlangte Verstärkung des französischen Heeres durch 6000 münsterische Soldaten versprach er nachzudenken³⁵.

So lästig das hartnäckige Drängen des Bischofs ihm schon geworden war, der schlimmste Streich sollte Verjus noch bevorstehen. Der Gesandte glaubte, durch seine Großzügigkeit, die ihm leicht einen ersten Verweis des Königs eintragen konnte, den Bischof endlich befriedigt zu haben. Als er von der gemeinsamen Reise mit Wilhelm Egon an die braunschweigischen Höfe zurückkehrte, erwartete ihn jedoch eine böse Enttäuschung. Er erfuhr, daß Christoph Bernhard dem Marquis de Grana offensichtlich vorgeschlagen hatte, das Regiment des holländischen Obristen Bampffield in der Stadt Köln durch kaiserliche Truppen abzulösen. Dem Bischof konnte nicht unbekannt sein, wie überaus lästig den Franzosen eine kaiserliche Besetzung in der Reichsstadt fallen mußte. Sie gefährdete den französischen Aufmarsch vom Niederrhein gegen Arnheim ernsthaft. Kein Wunder, daß Verjus sich »sehr malcontent« zeigte³⁶.

Gerade das wollte der Bischof erreichen. In der Furcht, ihn als Bundesgenossen zu verlieren, sollten die Franzosen ihm noch weiter entgegenkommen. Auf »dringende Vorstellungen« Wilhelm Egons und um zu verhindern, daß Christoph Bernhard »in das Netz geht, das ihm Baron Lisola gelegt hat«, entschloß sich Ludwig XIV. tatsächlich zu einer Änderung seiner Politik gegenüber Münster. Am 8. August erklärte er Wilhelm Egon von Fürstenberg: „Ich bin entschlossen, eine Partei deutscher Fürsten zu bilden, die mit mir gegen die Holländer in Aktion treten.« Noch heute werde Verjus die nötigen Vollmachten für Münster, Kurköln, Pfalz-Neuburg und Braunschweig erhalten, um eine Armee für 24–26 000 Mann zu bilden und dafür Kurköln 15 000, Münster 48 000, Neuburg 20–24 000 und den Herzögen von Braunschweig 75 000 Livres monatlich anzubieten³⁷. Die dringendste Sorge des Königs stellte daneben der mögliche Einzug einer kaiserlichen Besetzung in Köln dar. Er hoffte den Kaiser zum Versprechen, sich aus dem bevorstehenden holländischen Kriege herauszuhalten, durch die eigene Zusage verleiten zu können, dem Kurfürsten von Köln keine Unterstützung gegen die Reichsstadt zu gewähren.

Weitere Zugeständnisse an den Bischof von Münster lehnte er ab. Nur für den Fall eines holländischen Angriffs auf das Stift vor der französischen Kriegs-

³⁴ Geheimvertrag v. 28. 7. 1671: MLA. 480, 45 u. CM. 2 Bl. 271. Ratifikation wie vor.

³⁵ Rezeß in MLA. 480, 45 u. CM. 2 Bl. 274. Die Verträge wurden am 31. 7. 1671 in Sassenberg vom Fürstbischof ratifiziert.

³⁶ M. Korff-Schmising u. B. v. Wydenbrück an Chr. Bernh., 5. 8. 1671: MLA. 468, 219.

³⁷ Ludwig XIV. an Wilh. Egon v. Fürstenberg, 8. 8. 1671: GA. II B Ia 8.

erklärung wollte er Hilfe gewähren. Der Bischof hatte durch sein ständiges Drängen das Offensivbündnis erzwungen und mochte nun auch das Risiko nach der offiziellen Kriegserklärung tragen.

Die ungewöhnlich ausführliche Rechtfertigung der von ihm mit Münster geschlossenen Verträge³⁸ hätte sich Verjus also ersparen können. Die Geschicklichkeit der münsterischen Unterhändler hatte ihm manche harte Nuß hingeworfen. Besonders der Hofrichter und Geheime Rat Bernhard von Wydenbrück schien ihm die Schlüsselfigur am Hofe zu sein, eine Erkenntnis, die die französische Politik bisher zu wenig beachtet hatte³⁹.

Über das Sassenberger Verteidigungsbündnis mit de Grana gab ihm der Bischof jetzt, nachdem er alle Ziele erreicht hatte, bereitwillig Auskunft. Dieser versicherte, keinen Geheimreiß unterzeichnet zu haben und sprach damit die Wahrheit aus. Freilich vermochte Verjus seinen Argwohn nicht ganz zu begraben, da die Mitteilung erst einen Monat nach Abschluß erfolgte⁴⁰.

Auch die offiziellen Verhandlungen des Niederrheinisch-westfälischen Kreistags verdienen, wenngleich sie hauptsächlich die Bündnisverhandlungen tarnen sollten, eine kurze Betrachtung. Neben der schon erwähnten Höxterer Vermittlung stand der Kölner Streit⁴¹ im Mittelpunkt. In seltener Einmütigkeit schlugen die drei Kreisdirektoren den unentschlossenen Ständen vor, unbeschadet der vom Kaiser angeordneten Kommission beiden Teilen die Vermittlung des Kreises anzubieten, die Abführung der fremden Kriegsvölker aus der Stadt anzuraten und sie durch Kreistruppen zu ersetzen. Zwar enthielt sich die Mehrzahl der Stände der Stimme, aber die Direktoren legten das Schweigen als Zustimmung aus und setzten trotz entrüsteter Proteste einen entsprechenden Beschluß auf. Das Verhalten der Direktoren erschien um so merkwürdiger, als von den notwendigen Kreistruppen noch nicht ein einziger Mann auf den Beinen stand.

Wie erwartet bereitete die Frage der Kreisarmee⁴² die größte Schwierigkeit, besonders aber das Problem ihrer Führung. An diesem Stein des Anstoßes brach die Einmütigkeit der Direktoren auseinander. Der Kurfürst von Brandenburg begründete seine Ansprüche auf das Kreisobristenamnt mit seiner höheren Würde. Auch für die Sicherheit des Kreises hätte die Verbindung des Amtes mit einem so mächtigen Reichsstand große Vorteile gebracht. Die Herzöge von Pfalz-Neuburg, Celle, Hannover und alle kleineren protestantischen Kreisstände schlossen sich dem brandenburgischen Standpunkt an. Nur der Bischof von Münster stemmte sich mit aller Kraft dagegen. Wenn Jena und Blaspeil aus der im Bielefelder Vertrag vom 7. April herrührenden Freundschaft eine Bereitwilligkeit des Bischofs zum Nachgeben in dieser Frage herleiten wollten, so nahm er ihnen schon in der ersten Besprechung die Hoffnung darauf und schlug statt dessen vor, einen Dritten als Kreisobristen

³⁸ Verjus an Ludwig XIV., 10. 8. 1671: CM. 2 Bl. 286–302.

³⁹ Verjus beschrieb Wydenbrück am 10. 8. folgendermaßen: »C' est assurément un homme d' une capacité extraordinaire . . . , par les mains duquel toutes les affaires de M. de Munster passent et en qui cet évêque et le commandeur Smising ont une confiance entière« (CM. 2 Bl. 314).

⁴⁰ Verjus an Ludwig XIV., 21. 8. 1671: CM. 2 Bl. 322. – Verjus an Lionne, 22. 8. 1671: CM. 2 Bl. 326. An einen Einschluß der Holländer in das münst.-kaiserl. Bündnis glaubte Verjus angesichts der tiefen Abneigung des Bischofs dagegen nicht.

⁴¹ Haberecht S. 20. Der Kinderen II S. 126.

⁴² Die Aufstellung des Kreisheeres wurde in der Hauptproposition v. 1. Juli 1671 angeregt.

oder General anzunehmen, der vom Gesamtdirektorium seine Befehle erhielt. Wie bedenklich es war, einem im Kreise nicht Interessierten die Leitung des Kreisheeres zu übertragen, weigerte er sich einzusehen⁴³. Der Bischof wünschte eben nicht, das Amt in weltliche oder gar protestantische Hände zu geben⁴⁴. Seine Gesandten erklärten rundweg, sich in keine Erörterungen über die Größe des Kreisheeres einzulassen, bevor nicht die Frage des Kreisobristen zu ihrer Zufriedenheit geklärt sei⁴⁵. Der Versuch des pfalz-neuburgischen Oberkanzlers Gise, einen Ausweg dadurch zu ebnen, daß Brandenburg das Obristenamt »privative« an den Pfalzgrafen abtrat, scheiterte ebenfalls an dem entschlossenen Widerspruch der Münsteraner⁴⁶. Nun versuchten die brandenburgischen und pfalz-neuburgischen Gesandten mit dem Vorschlag, das Amt zwischen ihren Herren abzuwechseln zu lassen, unter Hinweis auf die Unzweckmäßigkeit, einen Geistlichen an die Spitze des Kreisheeres zu stellen, insgeheim die Mehrheit der Stände auf ihre Seite zu bringen. Gleichzeitig schlug Blaspeil eine gemeinsame Reise mit Gise und Wydenbrück nach Sassenberg vor, um den Bischof »zu etwa andern Gedanken in Untertänigkeit zu disponieren«⁴⁷. Der Bischof stimmte zu⁴⁸, und erstaunlicherweise gelang es ihm, in dem schon erwähnten sogenannten Temperament vom 8. Juli seine Vorstellungen durchzusetzen, wonach der zu bestellende General vom Gesamtdirektorium und den Nach- und Zugeordneten seine Befehle entgegennahm. Fand der Krieg im Lande eines der Genossen des Bielefelder Bundes⁴⁹ statt, so übernahm dieser die Leitung des Feldzuges und erteilte dem General seine Befehle. Die beiden Kondirektoren bekleideten in diesem Fall die Ämter der Nach- und Zugeordneten⁵⁰. Der seit langem betriebenen Aufteilung des Kreises in Distrikte kam der Bischof damit schon recht nahe.

Als sie Sassenberg verließen, fühlten Gise und Blaspeil Gewissensbisse über ihre weitgehenden Zugeständnisse. Der Wechsel des Kreisobristenamtes unter mehreren Ständen verstieß gegen die Reichsverfassung. Beide glaubten jedoch, aus taktischen Gründen ihr Verhalten rechtfertigen zu können. Sie dachten nicht daran, das Temperament wirklich einzuhalten⁵¹. Mit dem Abschluß

⁴³ Die münst. Gesandten an Chr. Bernh., 23. 6. 1671: MLA. 468, 217.

⁴⁴ Chr. Bernh. an die münst. Gesandten, 24. 6. 1671: MLA. 468, 219.

⁴⁵ Korff-Schmising und Wydenbrück waren jedoch bereits, ebenso wie die beiden anderen Direktorialvertreter, auf ein hohes Quantum von etwa 8000 Mann zu Fuß und 16000 zu Fuß instruiert. Die münst. Gesandten an Chr. Bernh., 25. 6. 1671: MLA. 468, 217.

⁴⁶ Die münst. Gesandten an Chr. Bernh., 28. 6. 1671: Ebd. – ⁴⁷ Desgl., 3. 7. 1671: Ebd.

⁴⁸ Blaspeil und Gise trafen in Begleitung des Drostens J. B. v. Twickel am 7. Juli auf Schloß Sassenberg ein. Die münst. Gesandten an Chr. Bernh., 6. 7. 1671: Ebd.

⁴⁹ Brandenburg, Münster, Pfalz-Neuburg und Kurköln, das im Rezeß v. 8. Juli in Bielefeld beitrug (MLA. 12, 5). Münst. Ratifikation dazu, St. Ludgersburg 5. 9. 1671 (Ebd.). Franz Egon hatte den Entschluß des Kurfürsten dem Bischof schon am 9. 6. mitgeteilt (MLA. 541, 2a).

⁵⁰ Temperament v. 8. 7. 1671 (MLA. 468, 219). Köcher II S. 179 kannte den Rezeß nicht. Er wußte nur aus Wittes Bericht v. 5. 8. 1671, »daß die mit dem Herren Bischofen zu Münster getroffene Abreden darin bestanden, daß alle drei Directoria in ihren Landen das Kreisobristenamts führen sollten.«

⁵¹ Das geht daraus hervor, daß Gise und Blaspeil sofort nach ihrer Rückkehr nach Bielefeld mit absichtlich sorgenvollen Mienen ankündigten, welche Mühe es kosten werde, die Zustimmung der übrigen Stände zu diesen Neuerungen in der Reichs- und Kreisverfassung zu erlangen. Sie legten den kleineren Ständen damit geradezu den Widerspruch gegen den Sassenberger Vergleich in den Mund (Die münst. Gesandten an Chr. Bernh., 10. 7. 1671: MLA. 468, 219).

hofften sie, den Bischof nur zur Zustimmung zu bewegen, nunmehr die Beratungen über die Stärke des Kreisheeres in Angriff zu nehmen⁵². In der Freude über den gelungenen Vergleich und sicher, daß ihm kein unbequemer Kreisobrist zugemutet werden könne, ging der Bischof auf den Leim. Er ersehnte ein großes Kreisheer, um auch dadurch gegen einen vorzeitigen holländischen Angriff geschützt zu sein. Um den günstigen Augenblick nicht verfliegen zu lassen, stimmten die Brandenburger für ein 12faches Simplum⁵³. Wydenbrück ahnte, daß sein Herr die gewohnte Vorsicht diesmal außer acht gelassen hatte. Er traute den Brandenburgern nicht, die einerseits ständig versicherten, die Zustimmung des Kurfürsten zum Temperament sei gesichert, andererseits aber den ihnen befreundeten Ständen kein Wörtchen darüber verrieten. Geschickt ließ er deshalb die Beratungen über das Quantum allmählich einschlafen. Nur einem kleinen Heere sprach er noch das Wort, so daß dem künftigen Obristen ein schwächliches Werkzeug zur Verfügung stand. Mit Bestimmtheit hoffte er, der Kurfürst von Brandenburg werde das Amt unter diesen Umständen gar nicht annehmen. Kam ein Münster genehmer General zur Einsetzung, so ließ sich immer noch das Heer vergrößern⁵⁴. Die Berichte Wydenbrücks rissen auch den Bischof aus dem Vertrauen auf sein Temperament. Ängstlich befahl er, um Brandenburg den Erfolg zu verderben, den Kreistag »urplötzlich« abzubrechen⁵⁵.

Alle weiteren Beratungen über diesen Gegenstand bedeuteten nur noch ein Nachspiel. Das Angebot kreisständischer Truppen an die Stadt Köln verfiel der Vergessenheit. Schließlich einigte man sich auf eine Kreisdeputation zur Vermittlung des Kölner Streites und ließ es in der Defensionsfrage bei dem 1667 in Köln beschlossenen Duplum⁵⁶, ein wahrhaft beschämendes Ergebnis des Tages, wenn man außer acht läßt, daß die maßgebenden Kreisstände ihre Anstrengungen auf die Vorhaben gerichtet hatten, die im Schatten der offiziellen Verhandlungen besprochen wurden, und daß hierin ein gewisser Abschluß erreicht worden war.

⁵² Nach außen betonte Blaspeil dagegen seine Absicht, das Temperament unter allen Umständen einzuhalten (Die münst. Gesandten an Chr. Bernh., 19. 7. u. 9. 8. 1671: MLA. 468, 217).

⁵³ Die kleineren Kreisstände, denen der Nervus rerum im allgemeinen schnell auszugehen pflegte, stimmten für geringere Zahlen, darunter zum Ärger des Bischofs auch sein Koadjutor Ferdinand. Diesen bewegte die Furcht, durch große Rüstungen in einen münsterischen Krieg hineingezogen zu werden. Chr. Bernh. an die Gesandten zu Bielefeld, 25. 7. 1671, auf deren Bericht v. 23. 7.: »Es haben sich sonst die Kurbrandenburgische sowohl als Pfalz-Neuburgische über das paderbornische Votum nicht genugsamb verwundern können.« Die Gesandten erklärten das Paderborner Verhalten damit, »daß ihnen in effectu die ohnvermutliche Einigkeit des Directorii sehr suspecte sei und in Forchten stehen, daß sie dadurch in einen ohnvermutlichen Krieg wider ihren Willen involviert werden mögten, wogegen wir ihme vorgestellt, daß es nur irrige Impressiones und die Stillsitzende viel ehender involviert und überfallen werden möchten« (MLA. 468, 217).

⁵⁴ Die münst. Gesandten an Chr. Bernh., 27. 7. 1671: Ebd.

⁵⁵ Chr. Bernh. an die münst. Gesandten, 28. 7. 1671: Ebd. Desgl., 30. 7. 1671: MLA. 468, 219.

⁵⁶ Kreisabschied v. 20. 8. 1671 bei Alpen II S. 178 ff. Die münst. Gesandten an Chr. Bernh., 12. 8. 1671: MLA. 468, 219.

38. KAPITEL

VOR DER KRIEGSERKLÄRUNG

Mit dem französischen Geheimvertrag und damit der Erlaubnis, aktiv am Kriege gegen die Generalstaaten teilzunehmen, in der Tasche, nahm der Bischof die militärischen und politischen Vorbereitungen mit verstärktem Eifer auf. Die Anstalten Louvois' zur Errichtung eines Magazins in Haltern ermutigten ihn zu der Hoffnung, daß der Kriegsbeginn in nicht allzu weiter Ferne liege.

Allerdings meldete der Komtur Korff-Schmising neben dieser erfreulichen Tatsache auch ein bedenkliches Interesse des Königs für ein Angriffsbündnis mit Schweden, falls die deutschen Fürsten sich nicht sofort zu einem von ihm aufgesetzten Offensivvertrag bereitfänden¹. Pomponne wartete in Stockholm nur auf den Befehl zum Abschluß. Dem Bischof erweckte diese Aussicht neue Ängste. Aus einem schwedischen Durchmarsch nach dem holländischen Kriegsschauplatz und vielleicht längerer Anwesenheit schwedischer Truppen im Stift erwachsen ernste Gefahren. Die Schicksale mancher geistlicher Staaten im Dreißigjährigen Kriege rechtfertigten solche Bedenken durchaus.

Eilig setzte er die Landesfestungen in Stand. Mit Franz Egon, dem die Furcht vor einem holländischen Durchbruch lippeaufwärts, der die Verbindung zwischen Köln und Münster unterbrochen hätte, in den Gliedern saß, schloß er ein Abkommen über den Ausbau der Festung Dorsten². Christoph Bernhard hegte selbst so viel Interesse an der Sicherung des wichtigen Lippeüberganges, um mit 700 Musketieren, zahlreichen Arbeitern und Material an der Befestigung mitzuhelfen³. Die Oberaufsicht übernahmen der münstersche Generalwachtmeister Saint-Pol und Ingenieur Spöde⁴. Aus den Niederlanden schaffte der Hoffaktor Abraham Isaak eine große Menge Pulver und Munition »für zivilen Preis« nach Dorsten⁵.

Aber auch das Verhältnis zu Frankreich bereitete Sorgen. »Wann Frankreich an der Maase, Rhein und Ijssel einen Paß haben, solchenfalls könnten sie bellum perpetuum machen und alles an sich ziehen, auch sedes belli dieser Orte sein.« Weitschauend fügte der Komtur hinzu, daß Brandenburg abwarten werde, »bis Holland in die äußerste Not« gekommen, und sich alsdann

¹ F. Korff-Schmising an Chr. Bernh., Köln 8. 9. 1671: GA. II C II 5.

² Vertrag v. 24. 8. 1671: MU. 4625.

³ Chr. Bernh. an Franz Egon, 25. 8. 1671: MLA. 541, 2a.

⁴ Beide sollten anschließend die hildesheimische Festung Peine ausbauen (Chr. Bernh. an Wilh. Egon, 15. 8. 1671: MLA. 12, 5). Die Arbeiten in Dorsten begannen Anfang September (Chr. Bernh. an M. Korff-Schmising, 10. 9. 1671: MLA. 544, 2). Der Bischof machte auf dem Rückweg von seiner Konferenz mit Franz Egon in Ostendorf einen Umweg über Dorsten, wo er »der Stadt... Situation mit dem Landdrosten Landsperg recht in Augenschein genommen und einige Vorschläge getan« (Chr. Bernh. an Franz Egon, 28. 8. 1671: MLA. 541, 2a).

⁵ Chr. Bernh. an Franz Egon, 26. 8. 1671: MLA. 541, 2a.

»mit ihnen zu seinem großen Vorteil alliiere« würde⁶. Den Bischof beunruhigte vor allem die Möglichkeit eines französischen Einmarsches in das Reich, was unfehlbar geschehen mußte, wenn Brandenburg für die Holländer Partei ergriff. In diesem Falle erwuchs der französischen Heerführung die Notwendigkeit, die noch von holländischen Truppen besetzten klevischen Städte zu erobern⁷. Hierin lag der Keim eines allgemeinen Krieges, für den der Bischof keine Verantwortung übernehmen wollte. Sein Neutralitätsbündnis mit dem Kaiser⁸ und die Abmachung mit Brandenburg schützten ihn nur, solange der Krieg auf die Niederlande beschränkt blieb.

Bedenklich stimmten schließlich die scharfen Proteste der münsterischen Landstände gegen eventuelle neue kriegerische Verwicklungen. Schon das harmlose Bielefelder Bündnis mit Brandenburg, Pfalz-Neuburg und Kurköln fand ihre ernste Kritik. Peinliche Fragen über den Sinn der gewaltigen Rüstungen und den Verbleib von Geldern setzten den Bischof auf dem Herbstlandtag in Verlegenheit und Zorn⁹.

Da schon der Landtag nicht zur finanziellen Erleichterung beitrug, bedeutete die Zuspitzung des Kölner Hoheitsstreits eine weitere Erschwerung für die bischöfliche Kasse. Ludwig XIV. verlangte die Beilegung des Konflikts vor Kriegsbeginn. Jede Verzögerung wälzte neue Lasten auf den Bischof. Verständlicherweise nahm er sich nunmehr, nachdem er bisher fast die Rolle eines über die Schwierigkeiten Kurfürst Maximilian Heinrichs schadenfrohen Beobachters gespielt hatte, der Vermittlung mit Eifer an.

Alle Bemühungen, den langwierigen Streit beizulegen, scheiterten bisher an der von den Fürstenbergs genährten Unnachgiebigkeit des Kurfürsten, der die Schleifung der Festung und Abdankung des holländischen Regiments zur Vorbedingung von Verhandlungen machte. Nachdem sich Marquis de Grana seit dem Frühjahr ergebnislos bemüht hatte, nahm der Kaiser im Juli die Reichsstadt in seinen besonderen Schutz und ließ durch den Marquis ein Regiment anwerben. Unter diesen Umständen trafen im September 1671 die Kommissionen in der Stadt ein, die sowohl diesen Streit als auch die unerledigt gebliebenen Fragen aus dem höxterschen Konflikt dem Ende zuführen sollten. Ihre Arbeiten begannen unter keinem guten Stern. Die münsterischen Delegierten erklärten den vorläufigen Vergleich vom 15. April, für dessen endgültige Annahme in Bielefeld eine Frist von 5–6 Wochen bestimmt worden war, als verfallen, da »die zum gütlichen Vergleich sowohl als Einrichtung des Compromissi verglichene Zeit ohnfruchtbarlich verlossen.« Den Vermitt-

⁶ Beruhigend wirkte dagegen die »sehr courtois« erteilte Erlaubnis des Kurfürsten von Brandenburg, Munition nach Dorsten über klevisches Gebiet führen zu dürfen, und die Ratifizierung des Bielefelder Bundes. Franz Egon an Chr. Bernh., 5. 10. 1671: MLA. 514, 2a.

⁷ Protokoll v. 2. u. 3. 10. 1671: GR. 596.

⁸ Offenbar hatte der Bischof, um den Kaiser von einem Eingreifen zugunsten der Holländer abzuhalten, vorgeschlagen, jetzt einen Angriffskrieg gegen die Türken zu beginnen. Der Bericht Mayersheims v. 8. 11. 1671 deutet darauf hin: »Sonsten ist Ew. Hochfürstl. Gnd. hocherleuchtetes Consilium, mit denen Türken nicht allein defensive, sondern offensive zu handeln, von vielen Hohen aggravieret, viele aber contrarieren consilium sagacissimum et sanum« (MLA. 534, 5 II). Im September verlangte der Kurfürst von Mainz vom Kaiser, er solle den Bischof von Münster vom Krieg abmahnen und den Koadjutor und die Stände gegen ihn aufhetzen. Letzteres hielt man in Wien für disreputierlich. Vgl. Grossmann, Arch. f. österr. Gesch. 51, S. 53, Mentz, Johann Philipp Bd. 1 S. 174.

⁹ Ratsprotokoll v. 6. u. 11. 10. 1671: GR. 596.

lern gelang es zwar, die unnütze Streitfrage, ob der Kölner Tag als Fortsetzung des Bielefelder zu betrachten sei oder nicht, von der Tagesordnung abzusetzen und die Parteien zu Vergleichsvorschlägen zu bewegen, im einzelnen ergab sich jedoch keine Verständigung¹⁰. Erst nach dem persönlichen Eintreffen des Bischofs in Köln kam unter Vermittlung Verjus' eine Annäherung zustande, nachdem jener sich verpflichtete, die auf 70 Mann begrenzte Besetzung in Höxter vor dem 1. Januar 1673 nicht zu vermehren. Nach diesem Zeitpunkt blieb ihm die Höhe nach freiem Ermessen überlassen, womit der Bischof sein Ziel erreicht hatte.

Maximilian Heinrich von Köln lächelte das Glück nicht so freundlich. Die Stadt fühlte sich mit kaiserlich-niederländischer Rückendeckung stark genug, alle Zumutungen zurückzuweisen, während die Gebrüder Fürstenberg den furchtsamen Kurfürsten zum Gewaltstreich gegen die Reichsstadt mit französischer Hilfe ermunterten. Der Bischof von Münster und Verjus hatten alle Hände voll zu tun, den kriegerischen Eifer am Bonner Hof zu dämpfen. Ludwig XIV. runzelte ohnehin die Stirn über die Anwerbung lothringischer Truppen durch den Kurfürsten und fürchtete nichts so sehr, als daß der Streit eine Koalition erzeugen könnte, die seinen niederländischen Plänen Nachteil brachte. Auf das Drängen des Bischofs von Münster, der sein Quartier auf Haus Kendenich bei Köln nahm, und Verjus' kam endlich am 18. November ein Vergleich zwischen den Streitenden zustande¹¹. Die Stadt versprach, die holländische Besetzung zu entlassen und durch 1200 westfälische Kreissoldaten zu ersetzen. Die Hoheitsstreitigkeiten wurden auf den Rechtsweg verwiesen.

Wenn auch der Kölner Kongreß nicht in dem Maße wie der Bielefelder Kreistag bloßes Aushängeschild für geheime Bündnisverhandlungen war, so erfolgte die Beilegung des Kölner Konfliktes doch ganz im Zeichen der großen Politik. Frankreich brauchte Ruhe am Rhein, um seinen Angriff aus dem Kurfürstentum Köln heraus ungestört vortragen zu können. Es ließ sich nicht länger verbergen, daß das Erzstift ein riesiges Waffen- und Proviantlager der Franzosen darstellte. Um so erstaunlicher erscheint die Tatsache, daß die Generalstaaten kurzzeitig daran festhielten, die ungeheuren Vorbereitungen richteten sich allein gegen die Stadt Köln und ein französischer Angriff stehe nur in Flandern zu erwarten. Gewinnsucht der holländischen Kaufleute erlaubte es den Feinden ihres Staates, gewaltige Mengen Pulver in den Niederlanden aufzukaufen und an den Grenzen aufzustapeln. Truppenverträge mit den Herzögen von Braunschweig und dem Kurfürsten von Brandenburg sollten die Vereinigten Provinzen gegen den bevorstehenden Angriff schützen. Mit den kärglichen Subsidien, die Amerongen seinen Verhandlungspartnern bieten konnte, ließ sich gegen die offensichtlich großzügigeren Angebote Frankreichs wenig ausrichten¹². Die Verhältnisse hatten sich seit 1665 verändert.

Dagegen überraschte Amerongen ein Hinweis des Marquis de Grana, der Bischof von Münster neigte zu einer freundschaftlichen Verbindung mit den

¹⁰ Die Einzelheiten der Kölner Verhandlungen bei Köcher II S. 202 ff.

¹¹ Gedr.: *Diarium Europaeum* XXIV Appendix S. 137 ff., *Londorp IX* S. 758 ff., *Alpen II* S. 188 ff. Analysen im *Diarium Europ.* XXV S. 2 ff. u. *Ennen I* S. 222 ff. Der münst. Standpunkt ist enthalten in der Denkschrift des Lic. Rave (GA. II C I 2 II).

¹² Über die Reise Amerongens an die deutschen Fürstenhöfe vgl. *Der Kinderen II* S. 138 ff.

Generalstaaten¹³. Da der Bischof selbst Geneigtheit bezeugte, ermächtigten die Generalstaaten Amerongen zum Abschluß eines Bündnisses¹⁴. Vielleicht mutmaßten sie, daß der Antrag nur als Versuchsballon Bedeutung besaß, ahnten aber wohl nicht, wie nahe der Angriff bevorstand, den dieser Schachzug verschleiern sollte.

Freilich zeichnete sich auch ab, daß die Niederlande Helfer finden würden, die ihr Eintreten nicht von kleinlichem Geld- und Landgewinn abhängig machten. Der franzosenfreundliche Fürst Lobkowitz mußte in Wien seine Beziehungen zu Gremonville abbrechen. Einer großen Koalition zur Rettung der Vereinigten Provinzen, wie sie der kaiserliche Gesandte in Den Haag, Franz von Lisola, plante, stand nun nichts mehr im Wege. Die Spanier bemühten sich aus eigenem Interesse um ein Bündnis mit dem nördlichen Nachbarn ihres niederländischen Besitzes, und auch die päpstliche Diplomatie nahm sich des Koalitionsplans eifrig an. Nuntius Buonvisi verhehlte das Mißfallen des Papstes an dem bevorstehenden Kriege und drohenden Übergewicht Frankreichs in Europa nicht. In Marquis de Grana fand Lisola einen geschickten und emsigen Helfer in Köln. Begreiflicherweise betrachtete Verjus das am 17. Juli zwischen dem Marquis und dem Bischof von Münster geschlossene Bündnis mit immer neuer Sorge als erste Folge der Bestrebungen Lisolas¹⁵. Der Bund konnte das erste Glied einer in Arbeit genommenen großen Kette bilden, um dem Vordringen Frankreichs Halt zu gebieten. Er beobachtete, wie de Grana bei seinen Bemühungen, Kurfürst Maximilian Heinrich vom Angriff auf die Stadt Köln zurückzuhalten, auch diesem den Beitritt zum Bündnis offenhielt¹⁶. Und doch erlitt diese tapfere Politik gegen die Gewalttätigkeiten Ludwigs XIV. nochmals einen Rückschlag. Was nützte es, daß der Marquis zu Kendenich am 16. November den Bund mit dem Bischof von Münster abermals vertraglich bekräftigte, nachdem es Gremonville kurz vorher in Wien gelungen war, den Kaiser durch den Geheimvertrag vom 1. November zur Neutralität zu verpflichten¹⁷. Neben vielen guten Ansätzen blieb den Generalstaaten als Positivum nur das Verteidigungsbündnis mit Spanien, das am 17. Dezember in Den Haag unterzeichnet und trotz aller Querschüsse der Gegenseite ratifiziert wurde. Das unentschlossene Schwanken des Kaisers trug die Hauptschuld daran, daß Ludwig XIV. seinen Weg der Gewalt fortsetzte.

Auf ganz gerader Linie verlief jedoch auch seine Politik nicht. Der Tod des bisherigen Leiters der französischen Außenpolitik, Lionne, am 1. September 1671 führte zu einer vorübergehenden Änderung. Louvois, bis zum Eintreffen des als Nachfolger vorgesehenen Pomponne aus Stockholm geschäftsführender Minister, erfüllte tiefes Mißtrauen gegen die Gebrüder Fürstenberg. Er befahl Verjus, falls mit Kurköln, Münster und den Herzögen von Pfalz-Neuburg und Braunschweig noch kein Abschluß erfolgt sei, bei den Neutralitätsverträgen stehen zu bleiben. Gleichzeitig beauftragte er Pomponne, auch Schweden zur Neutralität und für den Fall eines kaiserlichen oder anderen Angriffs aus dem Reich auf Frankreich zum gemeinsamen Handeln zu verpflichten¹⁸. Der gerade eingetretene Tod Björnklaus, des alten Gegners eines Bündnisses Schwedens mit den Franzosen, erleichterte das Vorhaben¹⁹.

¹³ Die Anweisung hierzu gab Lisola, der am 27. II. 1671 aus Den Haag in demselben Sinne an den Bischof schrieb (MLA. 12, 7).

¹⁴ Resolution der Generalstaaten v. 28. II. 1671: UA. 3 S. 200 ff.

¹⁵ So äußerte sich Verjus gegenüber Grote; nach Grottes Tagebuch v. 14. 9. 1671: Köcher II S. 207. — ¹⁶ Ennen I S. 257. — ¹⁷ Pribram, Lisola S. 527 ff., Köcher II S. 208.

¹⁸ Köcher II S. 208 f. — ¹⁹ Björnklaus starb am 20. 8. 1671.

Wilhelm Egon von Fürstenberg und Verjus erstaunten nicht wenig über die unerwarteten Weisungen. Ungeachtet dessen traten sie in Verhandlungen über Offensivbündnisse mit den deutschen Fürsten ein. Der Bischof von Münster drängte nach wie vor darauf²⁰. Auch Kurköln erhob keine Einwände. Pfalz-Neuburg zog sich zwar hinter die brandenburgische Entscheidung zurück, aber das bedeutete Frankreich wenig. Das Kontingent des Pfalzgrafen konnte der Kurfürst von Köln mühelos übernehmen. Auf Schwierigkeiten ernsterer Art traf Verjus nur in Hannover. Herzog Johann Friedrich schraubte seine Forderungen höher, als Verjus nach seinen Anweisungen bewilligen konnte. Der Herzog erklärte sich auch nicht einverstanden mit der Abänderung des früher zwischen ihm und Wilhelm Egon vereinbarten Feldzugsplanes, wonach die Deutschen an Rhein und Ijssel, nach den neuen Plänen aber nur noch an der Ijssel operieren sollten, während Condé den Aufmarsch am Rhein vollzog. Ihn befremdete auch, daß Wilhelm Egon jetzt von dem Rücktrittsrecht der Fürsten im Falle des Kriegseintrittes des Kaisers gegen Frankreich nichts mehr wissen wollte, obgleich es im Mai seine Billigung erfuhr²¹. Sogar die Zusage, der Bischof von Münster werde die kostspielige Artillerie des ganzen verbündeten Heeres gegen ein Fünftel der im Feld gewonnenen Kontributionen bereitstellen, vermochte den Herzog nicht von seinen hohen Geldforderungen abzubringen. In Münster wirkten die Nachrichten über die erregten Auseinandersetzungen des im Herzen ganz französisch gesinnten Freiherrn von Grote mit Verjus auf Schloß Brühl entmutigend²². Wilhelm Egon und Verjus legten die Weisungen Louvois' auf den Tisch und drohten mit einem schwedischen Bündnis.

Grote berichtete seinem Herrn, der damals in Frankfurt weilte, ohne daß dieser sich zu einer Änderung seiner Ansichten entschloß. Mit großem Mißvergnügen warteten Wilhelm Egon und Verjus auf die Rückkehr des Gesandten, mißtrauisch aber auch die münsterischen und kurkölnischen Gesandten²³. In Paris begann man, an dem Erfolg der mehr oder weniger eigenmächtig betriebenen Bündnisverhandlungen Wilhelm Egons und seines Helfers zu zweifeln. Louvois wies den immer noch in Stockholm ausharrenden Pomponne daher endgültig an, das alte Bündnis mit Schweden zu erneuern. Am 2. Dezember erfolgte bereits die Unterzeichnung. Schweden verpflichtete sich in geheimen Artikeln zum Kriegseintritt, sobald der Kaiser oder Spanien den Holländern beisprang. Der Vertrag besaß nur einen, allerdings gefährlichen Schönheitsfehler: Die Höhe der von Frankreich zu zahlenden Subsidien blieb unbestimmt.

Unter dem Einfluß des Königs vollzog sich indessen noch vor der Rückkehr Pomponnes nach Paris eine abermalige Wandlung. Ludwig XIV. fürchtete

²⁰ Die Weisungen für Friedr. Korff-Schmising zu den Bündnisverhandlungen in Köln wurden vom Bischof und seinen Räten am 2. u. 3. 10. 1671 in Münster beraten (GR. 596).

²¹ Köcher II S. 209 ff.

²² B. v. Wydenbrück an Chr. Bernh., Köln 6. 10. 1671: MLA. 468, 220.

²³ Köcher II S. 213 f. — Damals zahlte Frankreich dem Bischof von Münster 20 000 Ecus, Verjus außerdem den beiden Korff-Schmisingen je 2000 und Wydenbrück 3000 Ecus (Verjus an Louvois, Köln 5. 11. 1671: CC. 7 Bl. 512). Die Belohnten meldeten dem Bischof den Empfang der Gelder nicht! (Verjus an Pomponne, 8. 1. 1672: CC. 8 Bl. 23).

hohe schwedische Geldforderungen und glaubte, sich mit einem Neutralitätsversprechen der nordischen Krone begnügen zu können, nachdem der Kaiser sich am 1. November zur Neutralität verpflichtet hatte. Er wünschte auch einen möglichst schnellen Aufbau der Front am Rhein zur Isolierung des vergeblich bekämpften holländisch-spanischen Bundes. Louvois mußte selbst nach Bonn reisen, wo er am 2. Januar ein Angriffsbündnis mit dem Kurfürsten abschloß²⁴. Der Vertrag erfüllte alle Bedingungen, die Grote seinerzeit gestellt hatte. Der von Wilhelm Egon und Verjus betriebene Plan eines nordwestdeutschen Kollektivbündnisses wurde damit wieder aufgenommen. Zwei Tage später trat der Bischof von Münster dem Bündnis bei. In dem schon am 16. Dezember des Vorjahres zwischen Verjus und dem Komtur auf Schloß Brühl ausgehandelten Vertrage²⁵ versprach der Bischof, über die Hälfte des in Aussicht genommenen Bundesheeres und die gesamte Artillerie gegen ein Fünftel der Kontributionen aus Feindesland und den größten Teil der Subsidien zu stellen²⁶.

Die Lösung der politischen Aufgaben zur Kriegsvorbereitung machten Christoph Bernhard die Hände frei, um sich nun gänzlich der militärischen Rüstung zuzuwenden. Unmittelbar nach Abschluß des Vertrages reiste er von Kendenich nach Münster zurück. Der Komtur begab sich nach Mainz, um einige Regimenter anzuwerben. Bis zum offiziellen Kriegsbeginn sollten alle Truppen nach Möglichkeit außer Landes bleiben, um den Holländern keinen Anlaß zu Beschwerden zu liefern²⁷.

Freilich bedeutete der Abschluß des Offensivbündnisses mit Frankreich nicht das Ende jeder politischen Bemühung. Den Bischof beunruhigte besonders die ganz ungeklärte Frage, wie der Kaiser sich verhalten werde. Einem Konflikt mit dem Reichsoberhaupt wünschte er auf jeden Fall auszuweichen. Viele Anzeichen deuteten darauf, daß Lisola die Wiener Politik aus Unentschlossenheit und kraftlosem Lavieren zu energischeren Schritten gegenüber Frankreich zu führen gedachte. Die vom Bischof bis zum Tage der Unterzeichnung des Angriffsbündnisses beflissen fortgesetzten Gespräche mit de Grana gaben über die Richtung der kaiserlichen Politik sicheren, wenn auch unwillkommenen Aufschluß. „Der Freiherr von Lisola gehet allem Anschein nach mit denen Gedanken umb, wie daß er in deme zwischen Frankreich und Holland sich ereugenden Krieg Österreich mit involvieren könne«, warnte der Bischof seinen Partner Franz Egon von Fürstenberg²⁸. Leider enthüllten die französischen Kriegsvorbereitungen die Absicht des Königs, den Feldzug vom Reichsgebiet aus zu eröffnen und damit das Eingreifen des Kaisers herauszufordern²⁹.

²⁴ Wortlaut bei Alpen II S. 205 ff. Vgl. Mignet III S. 705, Ennen I S. 253, Köcher II S. 217.

²⁵ Verjus an Louvois, Brühl 15. 12. 1671: CC. 7 Bl. 671.

²⁶ Wortlaut des Vertrages bei Alpen II S. 214 ff.

²⁷ Verjus an Ludwig XIV., Köln 8. 1. 1672: CC. 8 Bl. 20.

²⁸ Chr. Bernh. an Franz Egon, 5. 1. 1672: MLA. 541, 2 b.

²⁹ Der Kurfürst von Trier klagte Ferd. v. Fürstenberg am 8. 1. 1672, Louvois habe bei ihm um Durchzug für die Rheinarmee gebeten. Er könne nicht ablehnen, da der Durchzug sonst erzwungen würde. Ferdinand gab die Nachricht am 17. 1. nach Münster weiter (MLA. 12, 8). – Mayersheim an Chr. Bernh., 14. 1. 1672: »Bei jetzigem Zustand wird man hier wohl schwerlich gegen Holland die verlangte Repressalien« – wegen der Kinder des Grafen v. Bentheim – »erkennen, weilen der kaiserliche Hofe die Staaten von niemanden will offendieren lassen« (MLA. 534, 5 II).

Die Schwäche der rheinischen Fürsten ließ den Gedanken, den Franzosen den Durchzug zu verriegeln, gar nicht zu³⁰. Allein die Hoffnung auf einen »generösen« Entschluß des Kaisers zum Krieg gegen die Türken beschwichtigte die Ängste des Bischofs³¹.

Auf jeden Fall bekleidete Mayersheim als münsterischer Agent in Wien jetzt einen wichtigen Posten. Die Beobachtung der Stimmungen am Kaiserhof blieb bis zum tatsächlichen Kriegsbeginn eine lebenswichtige Aufgabe. Der Resident sparte nicht mit Warnungen: Trotz aller Verworrenheit der Verhältnisse am Hof hielt er den Kaiser zum Beistand für Holland und zum Bündnis mit Spanien entschlossen. Das Reichsoberhaupt werde einige tausend Mann zu Hilfe schicken, »welche sich mehren sollen a statibus, als sich ein Schneekugel mehret, so den Berg herabläuft; welche alsdann denen auf den Hals gehen sollen, welche mit Frankreich halten, und seind in diesem Konzept Ew. hochfürstl. Gn. mit Kurköln« einbezogen. Alle Stifter, die gegen Holland in den Krieg eintreten würden, brächten sich in Gefahr des Untergangs³². An allen deutschen Höfen warf sich der Kaiser unter Berufung auf die Garantiebestimmungen des Westfälischen Friedens zum Advokaten der Holländer auf. Besonders der Hofkanzler Hoher erinnerte das Reichsoberhaupt unermüdlich an seine »Pflicht«³³.

Inzwischen erscholl im Reich der Ruf, der Bischof von Münster sei nun offen französisch, sein Stift stecke voller königlicher Truppen³⁴. Dieses Gerücht enthielt zwar die Wahrheit über die Zustände im Erzstift Köln, jedoch nicht in bezug auf das Stift Münster. Christoph Bernhard mißbilligte jede Maßnahme, die dem Kaiser Anlaß zum Eingreifen geben konnte³⁵. Im übrigen

³⁰ Chr. Bernh. an Ferd. v. Fürstenberg, 30. 1. 1672: Es sei zu beklagen, daß dem Reich und seinen Gliedern die Kraft zur Erhaltung des Friedens fehle. Es werde nach Kurtrier »anderen, welche ein offenes Land haben, umb desto beschwerlicher fallen, den Stärkeren den Durchzug zu verweigeren.« Bei Kriegsausbruch zwischen Frankreich und Holland werden sich voraussichtlich »dergleichen Casus mehr begeben« (MLA. 12, 8).

³¹ Der Bischof ließ schon seit längerer Zeit in Wien durch P. Körler eine stärkere Bewaffnung zum Krieg gegen die Türken anregen, um den Kaiser während des bevorstehenden holländ. Krieges in Ungarn zu fesseln. Er schloß seinen Brief an Mayersheim (5. 2. 1672) mit den offeneren Worten: »Wir lassen den näher gesessenen Reichsfürsten die Ehr der Direktion gern und werden bei dem bevorstehenden Krieg zwischen Frankreich und Holland Werks genug haben.« Eine ehrliche Überzeugung von der Notwendigkeit entschlosseneren Vorgehens gegen die Türken mag untermischt sein, »zumalen mit kontinuierlichem Nachgeben dieser unersättlicher Feind nicht zu gewinnen ist« (MLA. 534, 5 II).

³² Mayersheim an Chr. Bernh., 6. 3. 1672: Er habe vom Hofkanzler Hoher gehört, daß die Stifter Köln, Münster und Hildesheim »in periculo des Untergangs stehen werden, wann man sich wider Holland erklären sollte. Und vermeinte er, Kurbrandenburg, Braunschweig und Hessen werden neben vielen andern die Partei von Holland« ergreifen. »Von Ew. Hochfürstl. Gnd. wird hier soviel geredt, gleich wie von Kurköln und Straßburg, daß die Ohren sich beschweren möchten, dergleichen anzuhören« (MLA. 534, 5 II).

³³ Mayersheim an Chr. Bernh., 10. 3. 1672: Ebd.

³⁴ Dolberg an Bruchausen, Regensburg 10. 3. 1672: »Von unsers gnädigsten Herrn starker Armatur und daß der ganze Stift mit französischen Völkern angefüllt, wird unglaublich geschrieben und unter andern gemeldet, daß Ihre Hochf. Gnd. verständiger als Kurköln handeln, indeme sie die französische Auxiliartruppen nicht in denen festen Plätzen, sondern aufm flachen Land einlogierten, damit sie selbige meistern könnten« (MLA. 473, 64).

³⁵ Der Bischof versuchte die Maßnahmen des Kurfürsten mit der Rückgewinnung der Festung Rheinberg für das Reich zu rechtfertigen, da dieses selbst nicht das Geringste dafür tat. Chr. Bernh. an Mayersheim, 11. 3. 1672: MLA. 534, 5 II.

mußte er dem Gang der Dinge in Wien seinen Lauf lassen. Er bedauerte die »Veränderung der Gemüter« zugunsten der Holländer und sagte voraus, es werde später noch manchen gereuen, »mit Verachtung der Katholischen den Unkatholischen in allem deferiert zu haben«³⁶. Schlüsse für sein eigenes Verhalten konnte er daraus nicht mehr ziehen. Die Ratschläge des Reichsvizekanzlers, sich mit keiner fremden Macht allzu tief einzulassen³⁷, trafen zu spät ein. Das Bündnis mit Frankreich stand auf festen Füßen.

Gerade in einer entscheidenden Frage ging die Beurteilung der Lage in Wien und Münster auseinander. Dort vertraute man fest darauf, England werde gegen Holland nicht in den Krieg treten, so daß Frankreich, auf sich allein gestellt, vor einem Angriff zurückschrecke³⁸. Der Bischof rechnete um so fester auf die englische Kriegserklärung. Der englische Handel sei darauf angewiesen, den »über Hand nehmenden Cursus commerciorum« der Holländer einzudämmen. Nicht genug konnte er sich darüber verwundern, daß die Spanier die Generalstaaten als geeignetere Garanten als England betrachteten³⁹. Aber mochte auch in Wien allmählich der Glaube an die englische Neutralität schwinden, die Überzeugung von der Unrechtmäßigkeit der münsterischen Kriegsvorbereitungen gegen Holland und ihrer Unvereinbarkeit mit dem Westfälischen Frieden und dem Vertrag von Kleve blieb unerschüttert⁴⁰.

Am Kaiserhof vertraute man darauf, einen Angriff gegen Holland vom Boden des Reiches aus mit Hilfe gut gesinnter Stände verhindern zu können. Ansatzpunkte zur Bildung einer solchen Koalition boten sich dar⁴¹. Seit Beendigung des Dreißigjährigen Krieges schlieften in Deutschland die Pläne zur Bildung einer »dritten Partei« nicht ein, um Frieden und Sicherheit im Reich zu gewährleisten. Kurfürst Johann Philipp von Mainz machte sich zu ihrem eifrigsten Wortführer. Neuen Auftrieb gab der Devolutionskrieg gegen die Spanischen Niederlande und die Eroberung Lothringens durch die Franzosen. Ausstrahlungen dieser Tendenzen erreichten auch Münster, vermochten aber den Strom des Hasses, der die bischöfliche Politik gegen Holland lenkte, nicht einzudämmen. Im Sommer 1670 war Kurfürst Johann Philipp, empört über die Rücksichtslosigkeit der Franzosen und enttäuscht über die Unwirksamkeit der Tripelallianz, zu seinen alten Ideen zurückgekehrt, die Sicherheit des Reiches durch eine »Partikularunion gewisser konsiderabler Stände« unter Mainzer Führung zu befestigen. Sie fanden ihren berühmten Niederschlag in den »Bedenken von der Sekurität des Deutschen Reiches« von Leibniz' Hand. An die Spitze der nach dem Modell des Rheinbundes aufgebauten Vereinigung sollte der Kaiser selbst treten und mit Frankreich ein gutes Einvernehmen angestrebt werden. Zwar bewies die gewaltsame Eroberung Lothringens die lebensfremde Konzeption des Systems, aber der Kurfürst hielt an dem Gedanken fest, durch die »teutschgesinnte Allianz« mit Billigung Osterreichs und Frankreichs dem Reich die ersehnte Ruhe zu verschaffen. Am Ende der kaum

³⁶ Chr. Bernh. an Mayersheim, 15. 3. 1672: Ebd.

³⁷ Mayersheim an Chr. Bernh., 27. 3. 1672: Ebd.

³⁸ Desgl., 13. 3. 1672: Ebd. — ³⁹ Chr. Bernh. an Mayersheim, 31. 3. 1672: Ebd.

⁴⁰ Mayersheim an Chr. Bernh., 4. 4. 1672: Ebd.

⁴¹ Desgl., 3. 3. 1672: Besonders das Bekanntwerden des span.-holländ. Bündnisses habe diesen Gedanken belebt. »Ich vermerke auch, daß hier die Gedanken sind, Kurmainz, Trier, Brandenburg und Sachsen eines Willens mit hiesigem Hofe zu machen, umb von des Reichs Boden und Grenzen die französische Völker abzuhalten und im übrigen alles im neutralen Stand zu konservieren« (Ebd.).

bekanntem Verhandlungen steht das Marienburger Bündnis vom 10. Januar 1672⁴². Seine Übereinstimmung mit dem von Marquis de Grana und dem Bischof von Münster am 17. Juli in Sassenberg und am 16. November 1671 in Kendenich geschlossenen Verträge geht bis in die Einzelheiten⁴³. Der Sassenberger Neutralitätsvertrag stellte also tatsächlich, wie es Verjus befürchtete, von kaiserlicher Seite gesehen das erste Glied zum Aufbau eines deutschen Bündnissystems dar. Für den Bischof bedeutete es allerdings nur eine Rückenbedeckung im geplanten Krieg gegen Holland, keinesfalls das Einschwenken auf eine neutralistische Politik. Er betrachtete auch das Marienburger Bündnis, in dem sich die Kurfürsten von Mainz, Trier und Sachsen und der Markgraf von Brandenburg-Bayreuth mit ihm zum gegenseitigen Schutz ihrer Länder vereinigten, als eine Rückversicherung. Die völlige Mißachtung dieses Vertrages in der münsterischen Politik beweist hinreichend, daß der Gedanke einer »dritten Partei« beim Abschluß keine Rolle spielte.

Das Gelingen der Mainzer Pläne hing wesentlich vom Verhalten des mächtigsten Reichsfürsten, des Kurfürsten von Brandenburg, ab. Dieser dachte aber eher an einen Zusammenschluß mit den Herzögen von Braunschweig, Hessen und dem Königreich Schweden, unter Vorbehalt des Beitritts von Österreich, Kurmainz und Dänemark. Dem Marienburger Bündnis erteilte Kurfürst Friedrich Wilhelm eine schlechte Note. Sein eigenes Verhältnis zu den Niederlanden ließ er offen. Er mochte Frankreich nicht beleidigen, aber auch die Holländer nicht gern im Stich lassen. Erst der Streit des Kurfürsten Maximilian Heinrich mit der Stadt Hildesheim erweckte in ihm den Verdacht, daß Frankreich unter dem Schutzmantel dieses Konflikts das Stift Hildesheim zum Heerplatz ausbauen wollte, und trieb ihn entschiedener auf die holländische Seite. Die Werbungen des Administrators von Magdeburg für Kurköln und des Herzogs Christian Ludwig von Mecklenburg für Frankreich mahnten ihn zur Vorsicht. Annehmbare Subsidien hätten ihn schon damals zum Bündnis mit den Generalstaaten bereit gemacht. In Potsdam legte er im Gespräch mit Herzog Georg Wilhelm den Grundstein zu einer Vereinigung, die nach seiner Meinung zur Rettung Hollands dienen sollte, aber der Herzog folgte seinen Gedanken nur mit starken Vorbehalten und, wie die folgende Braunschweiger Konferenz bewies, ohne den Willen, mit seinem Hause dem patriotischen Eifer des Kurfürsten und des Grafen von Waldeck zur Rettung der Vereinigten Provinzen zu folgen⁴⁴.

Die unfreundliche Gesinnung des Kurfürsten von Brandenburg blieb in Münster nicht unbekannt⁴⁵. Der Bischof berief Matthias Korff-Schmising, als

⁴² Guhrauer, Kurmainz I S. 132 ff. Dumont VII S. 149.

⁴³ Köcher II S. 191 f. kann nicht zugestimmt werden, wenn er das Sassenberger Bündnis als dem »großen Vorhaben« zuwiderlaufend bezeichnet. Auch die folgende Deutung, ebd. S. 193, geht über das Ziel hinaus: »Daß sich aber der Bischof von Münster am 17. Juli mit dem Kaiser verbündete, läßt allerdings die Deutung zu, daß er auch hier, unberechenbar wie er war, zwei Sehnen auf seinem Bogen führte. Allein sein tiefgewurzelter Haß gegen die Holländer macht es wahrscheinlicher, daß der Zweideutige hier den Franzosen zu Gefallen handelte, um den reichspatriotischen Neutralitätsbund durch den Beitritt im Keim zu zerstören.« Die Absicht des Bischofs richtete sich nur darauf, dem Kaiser während seines Krieges gegen Holland die Hände zu binden.

⁴⁴ Köcher II S. 231 ff.

⁴⁵ Franz Egon klagte am 26. 2. 1672: »Man fängt ahn, harte Quaestiones zu machen. Absonderlich bekommen wir immerzu starke Schreiben, Protestationes und Bedrohungen von Kurbrandenburg in allen Sachen, als wann mit Gewalt was ahn uns

dieser in Berlin die Einhaltung des Bielefelder Bundes anmahnte⁴⁶, kurzerhand ab⁴⁷. Die Befestigung Dorstens als Riegel gegen einen holländischen Vormarsch von Wesel aus, aber auch gegen brandenburgische Hilfstruppen nach Holland, wurde trotz schlechten Wetters im Winter eifrig vervollkommnet⁴⁸. In ganz Deutschland warben münsterische Offiziere Truppen an⁴⁹, nicht selten von den mit volleren Börsen ausgestatteten holländischen Werbemännern aus dem Felde geschlagen⁵⁰. Auf Haus Ostendorf fand Ende Januar mit Louvois und Wilhelm Egon ein Gespräch über die Organisation des Feldzuges, insbesondere Proviantierung und Munitionsversorgung der französischen Armee auf deutschem Boden, statt⁵¹. Es fiel den Franzosen nicht leicht, sich mit dem Bischof in allen technischen Fragen zu einigen. Er vertrat eigene Ansichten, die sie, gewohnt an das Kriegshandwerk, mit Kopfschütteln als seltsame Schrullen zur Kenntnis nahmen⁵². Noch bedenklicher stimmte sie, daß Christoph Bernhard, nachdem

suchen wollte. Ich hoffe aber, Schweden werde zuhalten, und er sich also besser inskünftig bedenken« (MLA. 541, 2b). – Aus Den Haag berichtete Hessing am 1. 3. 1672, daß man sich dort für den Fall eines Bruches mit Frankreich schon eines »konsiderablen Secours« Brandenburgs und anderer, darunter des schwedischen Generals Königsmark mit 3000 Mann sicher sei (MLA. 534, 1 VI).

⁴⁶ Die Angabe Köchers (II S. 226), der Vertrag von Bielefeld sei durch Brandenburg nicht ratifiziert worden, beruht auf einem Irrtum.

⁴⁷ Ratsprotokoll v. 13. 1. 1672: GR. 596. Vgl. Bericht Blaspeils, Coesfeld 27./17. 1. 1672: UA. 13 S. 106.

⁴⁸ Der Bischof von Münster besprach sich darüber mit Franz Egon Anfang Januar in Kendenich (Chr. Bernh. an Franz Egon, 15. 1. 1672: MLA. 541, 2b). Die Munitionslieferungen Abraham Isaaks verzögerten sich zum Ärger Franz Egons (dieser an Chr. Bernh., 16. 1. 1672: Ebd.). Er klagte noch am 8. 3. 1672: »Des coesfeldischen Juden sambt der versprochenen Ammunition erwarten wir woll mit Schmerzen« (Ebd.).

⁴⁹ Auch Franz Egon warb für Münster. Er bat am 16. 1. um Angabe der zu gewährenden Werbegelder (MLA. 541, 2b). Mit dem Administrator von Magdeburg wurde über ein Regiment zu Pferd abgeschlossen (Franz Egon an Chr. Bernh., 18. 2. 1672: Ebd.). Vgl. Bericht Blaspeils, Hamm 10. 3./29. 2. 1672: UA. 13 S. 109. Obrist Wolfframsdorf warb in Kursachsen und Thüringen (Bericht aus Frankfurt v. 24. 3. 1672 über Empfang der franz. Werbegelder). Am 28. 3. 1672 bat der Bischof den kurmainz. Generalmajor v. d. Leyen in Erfurt um Unterstützung Wolfframsdorfs (MLA. 533, 3 I). Die Herzöge von Braunschweig hielten die Angeworbenen in Uslar auf. Chr. Bernh. an Franz Egon, 9. 3. 1672: »Ich lasse die angefangene neue Werbung zur Erreichung des vorgesetzten Zwecks stark fortsetzen und habe damit zimlich gut Glück, wann nur mit dem versprochenen Geld begehalten wird« (MLA. 541, 2b). – Am 13. 3. 1672 klagte dagegen Franz Egon über Schwierigkeiten bei der Anwerbung von Fußvolk (Ebd.). – Ein Kapitän v. Galen verhandelte mit dem Hzg. Christian Ludwig. Ihm schrieb der Bischof am 14. 3., es sei zu spät, man könne sich der mecklenburgischen Reiterei nicht mehr bedienen (E., H). Der Herzog hatte schon 300 Reiter angeworben und verlangte am 23. 3. Schadenersatz (Ebd.).

⁵⁰ Chr. Bernh. an Franz Egon, 19. 2. 1672: MLA. 541, 2b. – Hessing an Chr. Bernh., 16. 2. 1672: MLA. 534, 1 VI.

⁵¹ Verjus an Pomponne, Köln 22. 1. 1672: CC. 8 Bl. 70. – Chr. Bernh. an Franz Egon, 30. 1. 1672: MLA. 541, 2b.

⁵² Verjus an Pomponne, Köln 2. 3. 1672: Die Reise des Herzogs von Luxemburg zum Bischof von Münster, von der jener gestern zurückgekehrt sei, »me paroist avoir esté très utile«. Der Bischof habe sich schriftlich zu vielen Dingen verpflichtet, »auxquelles on n'amène pas trop facilement un esprit tourné comme le sien«. Der Bischof habe durchgesetzt, daß die Subsidiën nicht in Paris, sondern in Metz und Frankreich ausgezahlt würden (CC. 8 Bl. 216). Ratifikation der Abmachungen von Ostendorf durch Ludwig XIV., St. Germain 4. 2. 1672, im Stadtarchiv Münster (A XIV 157). Vgl. Kapitel 27 Anm. 74.

er früher unablässig mit großer Hartnäckigkeit auf das Angriffsbündnis gedrängt hatte, sich jetzt sehr viel Zeit zur Unterzeichnung ließ⁵³. Nach dreimonatigem vergeblichen Warten entschloß sich Verjus zur Reise nach Münster⁵⁴.

Der Verdacht der Franzosen, hinter der Zurückhaltung könne sich ein Anschluß an die kaiserliche Partei verbergen, war unberechtigt. Den Bischof hielt vielmehr, so seltsam es bei ihm klingen mag, die Furcht vor dem Domkapitel zurück. In 21 Regierungsjahren hatte er kein gutes Verhältnis zur Gesamtheit des Kapitels gefunden. Außer einigen ihm ergebenen Anhängern stand die Mehrzahl ablehnend beiseite. Während der Konflikte mit den Domdechanten Mallinckrodt und Brabeck kam der unter den Domherren aufgestaute Groll zum Ausbruch. Wenn der Bischof jetzt sein Offensivbündnis mit Frankreich dem Domkapitel vorlegte, so konnte es geschehen, daß dieses gemeinsam mit den übrigen Stiftsständen den vorbereiteten Krieg durchkreuzte. Verschwieg er das Bündnis und verletzte damit, wie schon so oft, die Wahlkapitulation, so drohte ihm die Absetzung durch die Stände. Bisher unterstützte zwar der Domkapitelspräsident Johann Rotger Tork den Bischof, aber ohne innere Zuneigung und mehr im Dienste seines Freundes, des Koadjutors Ferdinand von Fürstenberg. Kam der Konflikt zwischen dem Bischof und seinen Ständen zum Ausbruch, so fiel diesen beiden Personen eine Schlüsselstellung zu. Alle Beteiligten kannten diese Verhältnisse. Auf Schloß Neuhaus bei Paderborn gaben sich Blaspel, de Grana und Verjus buchstäblich die Tür in die Hand. Allen kriegerischen Verwicklungen abgeneigt, öffnete Ferdinand seine Ohren sicherlich mehr den mahnenden Stimmen des Kaisers und des Kurfürsten von Brandenburg als den Lockungen der Franzosen.

Der Bischof sah die Gefahren eines offenen Zwistes ein. So mußte er in den sauren Apfel beißen und dem Kapitel das französische Bündnis offenbaren, um die lange zurückgehaltene Unterschrift endlich leisten zu können. Matthias Korff-Schmising wurde aus Berlin zurückberufen, um seine gewichtige Stimme unter den Domherren für den Bischof einzusetzen. Am 6. Februar hatte der Vizekanzler Werner Zurmühlen den Herren bereits einen Vorgeschmack des Kommenden gegeben, als er erklärte, daß der Fürst mit den vom Landtag bewilligten Mitteln für die Rüstung nicht auszukommen vermöge. Die Drohungen der Holländer richteten sich nach seiner Meinung nicht nur gegen die französischen Truppen, sondern auch gegen das Münsterland, um es so zu verheeren, daß eine feindliche Armee dort keine Nahrung mehr fände. Das mit Brandenburg und Pfalz-Neuburg geschlossene Bündnis gewähre die Sicherheit nicht. Man müsse also selbst ein starkes Heer aufstellen.

Ogleich der Vizekanzler in seinem Vortrag mit keinem Wort von einem Angriff auf die Niederlande sprach, erriet das Domkapitel sofort den eigentlichen Sinn. Es beschloß, den Bischof »jezofort zu belangen, daß sich beim bevorstehenden und besorgenden holländischen Krieg nicht offensive herauslassen, sondern pure defensive ihr Land und dieses Stift zu vertätigen und zu manutienieren suchen«⁵⁵. Von der Bewilligung zusätzlicher Steuern über den unverantwortlich hohen Satz von monatlich 30 000 Rtl., den der Landtag

⁵³ Am 23. 2. 1672 berichtete Verjus dem König bedrückt, er hoffe nun endlich auf die Unterschrift des Bischofs (CC. 8 Bl. 181).

⁵⁴ Verjus an Pomponne, Köln 9. 3. 1672: CC. 8 Bl. 232. Wilh. Egon kehrte am 5. 3. aus Coesfeld ohne die ersehnte Unterschrift zurück.

⁵⁵ Domkapitelsprotokoll v. 6. 2. 1672: DK. Prot. 37 Bl. 8 ff

»nolenter volenter« bereits bewilligt hatte, wollte das Kapitel nichts hören, sondern riet zur Einberufung aller Landstände, ihrer Unterstützung sicher.

Der Bischof hatte keine andere Wahl, als den Landtag einzuberufen, wenn er die Werbungen fortsetzen wollte. Eine andere Geldquelle gab es nicht. In der Landtagsproposition vom 15. Februar forderte er außerordentliche Mittel zum Unterhalt der »Defensionsvölker« in dieser gefährlichen Zeit. Er verhiess für den Sommer eine Verringerung der Gefahr⁵⁶, woraus jeder Eingeweihte entnehmen konnte, daß bis dahin der Krieg ausgebrochen sei und die Truppen ihren Unterhalt in Feindesland erkämpfen würden. Auch der Landtag riet deshalb dem Bischof dringend, sich auf reine Verteidigung zu beschränken. Als die Besprechungen des Bischofs mit Wilhelm Egon von Fürstenberg, dem Herzog von Luxemburg, Louvois und Verjus trotzdem weitergingen, führte Tork namens des Domkapitels mit schärferen Ausdrücken Klage über Außerachtlassung aller gutgemeinten Ratschläge und den geheimen Briefwechsel mit den Franzosen. Zur Verhinderung größerer Gefahren schlug er, da nur 6 Domherren anwesend waren, eine größere Versammlung zur gründlichen Beratung der Lage vor⁵⁷. Bereits drei Tage später trat das Kapitel, jetzt doppelt so stark, erneut zusammen, um den Standpunkt des Bischofs aus dem Munde Raves anzuhören. In meisterhafter Verdrehung der Tatsachen begann dieser mit der Darstellung der holländischen Bündnisanträge, die der Bischof abgelehnt habe, um das Stift nicht in weitläufige politische Verwicklungen zu stürzen. Die Folge seien Drohungen der Generalstaaten gewesen, gegen die weder der Kaiser, noch Brandenburg oder Braunschweig Sicherheit gewähren könnten. Mit der Ernennung des Prinzen von Oranien zum Generalkapitän⁵⁸ steige die Gefahr aufs höchste. Rave schloß damit, daß der Bischof »zwar von denen katholischen Fürsten keine Hülfe bekommen würde, von Frankreich und Kurköln aber uff Erfordern Assistenz genug haben könnte; hätte aber bishero noch die Resolution nicht gefaßt, einige fremde Völker in das Stift zu bringen, sondern dahin zu sehen, daß soviel immer möglich mit eigenen Mitteln sich retten möchte«. Verblüfft wußten die Domherren nicht, was sie gegen das billige Recht auf Selbstverteidigung einwenden sollten. Um Zeit zu gewinnen, baten sie um nähere Einzelheiten über die Haltung der anderen Mächte⁵⁹.

Am nächsten Tage fanden sie ihre Sicherheit wieder und gestanden dem Bischof das Recht zu, Frankreich um Hilfe anzurufen, jedoch nur im Fall eines tatsächlichen Angriffes der Holländer auf das Stift. Inzwischen und für die erste Gegenwehr hielten sie die bisherigen Rüstungen für ausreichend. Niemand konnte beweisen, daß die holländischen Drohungen wirklich ernst gemeint waren und nicht nur Privatmeinungen entstammten. Sie rechtfertigten in jedem Falle keinen Krieg. Das Kapitel wollte nicht verstehen, warum das Bündnis mit Brandenburg und Pfalz-Neuburg, das der Bischof ohne Bewilligung des Kapitels abgeschlossen hatte, plötzlich so gering geachtet wurde. Dr. Boichorst warnte davor, Frankreich überhaupt als Hilfeleistenden zu bezeichnen. Er hielt es für richtiger, nur von Garanten des Klever Friedens zu sprechen und den

⁵⁶ Landtagsproposition v. 15. 2. 1672: MLA. 490, 160.

⁵⁷ Domkapitelsprotokoll v. 8. 3. 1672: DK. Prot. 37 Bl. 27.

⁵⁸ Der Prinz v. Oranien wurde am 25. 2. 1672 Generalkapitän der Generalstaaten. Der Kinderen II S. 150.

⁵⁹ Domkapitelsprotokoll v. 11. 3. 1672: DK. Prot. 37 Bl. 34 ff.

Franzosen keine Sonderrolle einzuräumen. Nochmals erfolgte der Beschluß, den Landesherrn »wehmütigst« zu bitten, von einem Angriffskrieg abzustehen⁶⁰.

Der Bischof nahm den Einspruch gegen seine Pläne ungnädig zur Kenntnis⁶¹. Seine Antwort vom 30. März, in der er seine Politik darstellte und insbesondere seine Verbindung mit Frankreich rechtfertigte, stürzte das Domkapitel in neue Verlegenheit. Niemand konnte mit Tatsachen seine Behauptung widerlegen, es sei ein zu großes Wagnis, den holländischen Angriff abzuwarten, niemand auch beweisen, daß kein Angriff der Holländer bevorstehe. Ansichten standen gegen Ansichten. Trafen die Befürchtungen des Bischofs zu, so blieb ihm in der Tat nichts anderes übrig, da Kaiser und Reich sich versagten, als mit Frankreich ein Bündnis zu schließen, das ohnehin als Garant des Klevischen Friedens zur Verteidigung des Stiftes verpflichtet war. Unumwunden fragte er das Domkapitel, ob es die Verantwortung für alle aus dem Abwarten entspringenden Gefahren und die Gewähr für rechtzeitige Bundeshilfe bei einem holländischen Angriff übernehmen wolle. Sei der Krieg aber unvermeidlich, so solle man keine Geldopfer scheuen, um ihn zu einem für Religion und Land vorteilhaften Ende zu führen. Niemand brauche zu befürchten, daß der Kaiser unter dem Druck der Türkeengefahr die Partei der Generalstaaten ergreifen werde⁶².

Das in lebhaftem Tone gehaltene Schreiben wirkte deshalb so überzeugend, weil es die unverfälschte Meinung des Bischofs enthielt. Eine zu seinem eigenen Gebrauch verfaßte Denkschrift bezeichnet den Angriff gegen Holland als dem Reich nützlich. Wer ihn verhindere, stelle sich gegen das Reich. Nur müßte mit allen Mitteln dafür gesorgt werden, daß der Krieg nicht auf Reichsgebiet übergriffe und daß Frankreichs Macht nach dem Siege nicht zum Schaden Deutschlands ins Ungemessene wachse. Der Bischof glaubte diese Gefahren vermieden, wenn sich kein Reichsfürst den Holländern anschloß und damit Frankreich keinen Anlaß besaß, einen Anhänger der Generalstaaten unter Verweis auf die Bestimmungen des Westfälischen Friedens auf Reichsboden anzugreifen. Um einen allzu großen Machtgewinn Frankreichs zu verhindern, schlug er vor, die Niederlande unter Kurköln, Brandenburg, Pfalz-Neuburg, Münster, Oranien, England und Frankreich aufzuteilen, dabei den Franzosen nur Brabant und Flandern zu belassen und als Gegengewicht Seeland an England abzutreten. Die größten Städte des Landes, Amsterdam, Rotterdam und vielleicht einige andere, sollten als freie Republiken bestehen bleiben und dem Fortgang des Handels dienen. Das gesamte niederländische Gebiet kehrte unter die Oberhoheit des Reiches zurück⁶³.

⁶⁰ Das Domkapitel übergab den Beschluß dem Fürstl. Geh. Sekretär Bruchausen. Als dieser ihn dem Bischof weiterreichte, erhielt er zur Antwort, das Kapitel möchte ihm seinen Entschluß mündlich durch eine Deputation in Coesfeld eröffnen. Domkapitelprotokoll v. 12. 3. 1672: DK. Prot. 37 Bl. 38 ff. Domkapitel an Chr. Bernh., 12. 3. 1672: DK. Prod. VI 2.

⁶¹ Das Domkapitel wandte sich noch am selben Tage (12. 3.) um Rat an den Domdechanten v. Ketteler zu Paderborn, »da vielleicht . . . unser flehentliches Bitten bei unserm gnädigen Herrn kein Platz finden, sondern ichtwas Nachdenkliches und Gefährliches, absonderlich offensive, an Hand genommen werden möchte, was alsdann unsererseits bei den Sachen zu tun« (DK. Prod. VI 2).

⁶² Chr. Bernh. an das Domkapitel, 30. 3. 1672: DK. Prod. VI 2. – Über die Abneigung Papst Clemens X. gegen den bevorstehenden Krieg und über die Bemühungen Buonvisis um Erhaltung des Friedens vgl. Franzen, Französ. Politik S. 203 ff.

⁶³ Denkschrift (vom April 1672) zu Besprechungen mit Brandenburg und Pfalz-Neuburg: MLA. 12, 9 I.

Ohne die Zustimmung des Domkapitels abzuwarten, aber offensichtlich bestärkt in seinen Ansichten, unterzeichnete der Bischof am 3. April in Coesfeld endgültig das französische Offensivbündnis. Von den 28 000 Ecus, die Frankreich seinen deutschen Verbündeten zu zahlen bereit war, sollten ihm 13 000, dem Kurfürsten von Köln 11 000 und Pfalz-Neuburg allein für die Neutralität 4000 Ecus zukommen. Münster stellte dafür 6000 Infanteristen, 2600 Reiter, 400 Dragoner und die gesamte Artillerie⁶⁴.

Dem Domkapitel raubte die Antwort des Bischofs zwar die letzte Hoffnung, der Krieg könne vermieden werden, aber es gab sich damit keineswegs zufrieden. Noch einmal trug es vor, daß es nicht an eine beabsichtigte Neutralitätsverletzung durch Holland glaube, wenn man selbst keinen Anlaß durch Abschluß eines Offensivbündnisses mit Frankreich gäbe. Ein bloßer französischer Durchmarsch könne den Generalstaaten kaum Grund für einen Angriff liefern. Bündnisse mit mächtigen Kronen führten nur zu unglücklichen Verwicklungen und fremder Knechtschaft. Wenn die Holländer den Klever Frieden verletzten, so solle man die Garantien, zuerst den Kaiser, anrufen, aber von Frankreich absehen, da es auf den Krieg zusteure. Teilnahme am Kriege rufe nur spätere Racheakte und ewige Feindschaft bei unsicheren Siegesaussichten hervor⁶⁵.

Wenige Tage später traf ein Brief Ferdinand von Fürstenbergs ein. Er berichtete von der Ankunft des Marquis de Grana in Neuhaus am Tage der Abreise Verjus'. Das vorgeschlagene Bündnis mit dem Kaiser habe er nach dem Muster des Sassenberger Vertrages geschlossen. Der Marquis werde in Kürze in Münster erscheinen, um vom Kriege gegen Holland abzumahnem⁶⁶. Aber auch dieser vermochte nichts mehr zu retten⁶⁷. Eine Deputation des Dom-

⁶⁴ MU. 4626. Kurköln stellte dagegen 6000 Mann Infanterie, 1700 Reiter und 400 Dragoner. Für die Artillerie erhielt der Bischof ein Fünftel der Kontributionen, vor ihrer Teilung abzuziehen.

⁶⁵ Das Domkapitel an Chr. Bernh., 6. 4. 1672: DK. Prod. VI 2.

⁶⁶ Der Koadjutor lehnte »aus verschiedenen Ursachen und Respectibus höflich und glimpflich« die Bitte des Marquis ab, den Bischof vom Kriege abzumahnem. Er hatte ja bei der Koadjutorwahl schriftlich auf eine Einmischung in die münst. Politik verzichtet (Ferdinand an Chr. Bernh., 8. 4. 1672). Dem Schr. v. 10. 4. fügte er eigenhändig hinzu: »Der Marquis de Grana hat zwar stark gedacht, daß ich mich auch in etwas als Koadjutor vor das Stift Münster in diese Allianz einlassen mögte, weilen ich aber dessen Bedenkens getragen, als habe mich höflich excusieret und allein als Bischof zu Paderborn eingelassen« (MLA. 12, 8). Fürstenberg verriet nicht, daß er am 7. 4. mit Verjus einen vorteilhaften Subsidienvortrag abgeschlossen hatte. Zur Bemäntelung diente eine Abmachung vom gleichen Tage zwischen Münster und Paderborn, ebenfalls durch Verjus vermittelt, die dem Bischof von Münster Werbungen im Bistum Paderborn gestattete. Beide Verträge und der von Ferdinand mit de Grana geschlossene Vertrag vom 9. 4. 1672 befinden sich im Herdringer Archiv. Vgl. Cramer, Westf. Adelsbl. 2 (1925) S. 37 ff.

⁶⁷ Marquis de Grana verließ den münst. Hof am 12. April. Chr. Bernh. an Bf. Ferdinand, 12. 4. 1672: Ebd. – Der schwedische Resident in Hamburg, E. v. Grafenthal, berichtete am 12. 4. a. St. seinem König: »Der Marquis de Grana hat im Namen Kaiserl. Majestät beim Bischof zu Münster bei der neuerlichen Conférence eine kathegorische Antwort gefordert, wohin seine Armatur ziele und dazu 8 Tage indulgiert.« Inzwischen habe aber der Bischof mit Franz Egon, Verjus und Luxembourg zu Dorsten konferiert. Er sei im Begriff, die Brücken und Wege nach Overijssel auszubessern (St., Germanica D II). – Nach Grafenthals Meldung vom 30. 4. verließ Grana Sassenberg »zufrieden« (Ebd.).

kapitels unter Führung Johann Rotger Torks⁶⁸ ließ der Bischof am 10. April unter dem Vorwand einer eiligen Reise zur Begrüßung de Granas in Sassenberg nicht mehr vor⁶⁹. Nicht einmal über das Anliegen des Marquis vermochten die Deputierten das Geringste zu erfahren⁷⁰.

Fest entschlossen, aber doch beklommenen Herzens sah der Bischof dem Tag der Kriegserklärung entgegen. Im Grunde verhehlte er sich nicht, daß er im Begriffe stand, an einem französischen Raubzug gegen Holland teilzunehmen, ohne ein anderes Recht als das des Hasses und der Rache. Die Holländer stellten keine Bedrohung des Reiches dar. Der Krieg führte dagegen Frankreich näher an die Grenzen Deutschlands heran und gefährdete es weit mehr⁷¹. Den Franzosen blieben seine Gewissensqualen nicht verborgen. Bei einer Besprechung auf Haus Ostendorf⁷² klagte er ihnen die vielen Schwierigkeiten, auf die er stoße. Blaspeil habe ihm Angst vor der Vergeltung des Kaisers und Reichs eingefloßt⁷³. Nirgends fand er unter den Reichsfürsten einen wirklichen Freund. Ungewöhnlich heftig⁷⁴ bedrängte er die Franzosen, ihm 8000 Mann Hilfstruppen für den Notfall bereitzustellen und diese Unterstützung unter Umständen bis auf 20 000 Mann zu verstärken. Seine Gesprächspartner gewannen mehr und mehr die Überzeugung, es mit einem schwierigen, wenn auch entschlossenen Verbündeten zu tun zu haben⁷⁵. Schließlich überredete der Bischof Verjus zu einer Reise nach Paderborn, weil er annahm, sein Koadjutor billige die Kriegspläne nicht und hetze hinter sei-

⁶⁸ Beglaubigungsschreiben für den Vizedominus D. A. v. Velen, Dompräsident J. R. Tork, die Domherren M. F. v. d. Recke, J. C. v. Lethmate und den Syndikus J. H. Heerde, 9. 4. 1672: DK. Prod. VI 2.

⁶⁹ Domkapitelsprotokoll v. 11. 4. 1672: DK. Prot. 37 Bl. 70.

⁷⁰ Das Domkapitel bat noch einmal den Domdechanten C. Ph. v. Ketteler zu Paderborn am 12. 4. um Rat: DK. Prod. VI 2.

⁷¹ Um sich nicht als französ. Parteigänger erklären zu müssen, sollte es so eingerichtet werden, als ob seine Teilnahme am Kriege nur Bundeshilfe für Kurköln zur Rückgewinnung Rheinbergs sei. Protokoll v. 12. 4. 1672: MLA. 434, 17. Diese Maske war so durchsichtig, daß er später von ihrer Anwendung absah.

⁷² In den ersten Apriltagen trafen Verjus, Franz Egon und der Hzg. von Luxemburg auf Ostendorf ein, von wo Verjus am 3. 4. nach Paderborn weiterreiste. Chr. Bernh. an Bischof Ferdinand, 2. 4. 1672: MLA. 12, 8.

⁷³ Die ungeklärte Haltung des Kurfürsten von Brandenburg bedrückte den Bischof am meisten. Chr. Bernh. an Franz Egon, 26. 3. 1672: »Die variierende Avisen kommen einem wunderseltsamb vor. Ich bin aber mit Ew. Lbd. der gänzlichen Meinung, daß diejenige, welche am meisten drohen«, – d. h. Brandenburg – »anderwärts wohl werden distrahiert werden, und verlange ich zu vernehmen, wie die Handlung mit der Kron Schweden aus schlagen werde.« Er hoffte auf eine Fesselung der brandenburg. Truppen durch einen schwedischen Aufmarsch. Das Schreiben beantwortete einen Hinweis Franz Egons v. 21. 3., wonach in Wien die Meinung bestand, Brandenburg und Braunschweig würden, sobald der Bischof Holland angreife, auf Grund des Klever Friedens den Generalstaaten beispringen, »also daß Ew. Lbd. sich vorzusehen« (MLA. 541, 2b). – Blaspeil berichtete dem Kurfürsten am 16./6. 3. 1672 aus Kleve, daß er in der nächsten Woche nach Coesfeld reise (UA. 13 S. 111), am 23./13. 3., er sei dort gewesen. Der Bischof hoffe auf die Unterstützung des Kaisers, Frankreichs und des Kurfürsten von Brandenburg gegen jeden Angriff (UA. 13 S. 114).

⁷⁴ »Avec une chaleur et furie extraordinaire.«

⁷⁵ Besonders in der kriegerischen Planung schien der Bischof den Franzosen allzu wenig Erfahrung zu besitzen. Seine Ausführungen bestanden nach den Worten Verjus' in »boutades et imaginations différentes si peu réglées«. Verjus an Ludwig XIV., Köln 13. 4. 1672: CC. 8 Bl. 342.

nem Rücken Domkapitel und Stiftsstände zum Widerstand auf. Der Gesandte übernahm die Aufgabe ungern genug. Für Marotten eines deutschen Bischofs blieb ihm wenig Zeit. Die vielen »unnützen« Reden Christoph Bernhards bei der Unterzeichnung des Offensivbündnisses hatten seine Geduld schon auf eine starke Probe gestellt⁷⁶.

39. KAPITEL

AUSBRUCH DES ZWEITEN HOLLÄNDISCHEN KRIEGES

Die Unerbittlichkeit der Franzosen gegenüber ihrem münsterischen Verbündeten erklärt sich aus der Eröffnung der Feindseligkeiten. Sie brauchten nicht mehr zu befürchten, daß der Bischof ihnen den Rücken kehrte, ohne sich selbst in größte Gefahr zu bringen. Nach Seeräuberart hatte die englische Flotte am 23. März die holländischen Smyrnafahrer überfallen und damit den Krieg vor der Kriegserklärung eröffnet. Überall in Europa betrachtete man den Handstreich als Auftakt eines großen Angriffs auf die Vereinigten Provinzen. Viele sahen voraus, daß der Untergang Hollands das Gleichgewicht in Europa und die absolute Vorherrschaft Frankreichs auf dem Kontinent herbeiführen würde. Selbst die Verbündeten Ludwigs XIV., unter ihnen nicht zuletzt der Bischof von Münster, fühlten sich von dem Alpdruck der Bedrohung des Reichs durch ein siegreiches und übermächtiges Frankreich verfolgt. Nur unterschieden sich die Folgerungen, die die deutschen Fürsten aus dieser Erkenntnis zogen: Am münsterischen Hofe schritt man schweren Herzens auf dem eingeschlagenen Weg, zu dem man sich früher gedrängt hatte, in Ermangelung anderer Möglichkeiten weiter. Der Kurfürst von Brandenburg erkannte dagegen die unausweichliche Notwendigkeit, dem französischen Vordringen entschlossen eine Grenze zu setzen, wenn die »teutsche Libertät« erhalten bleiben sollte. In knauseriger Verblendung hatten die Holländer versäumt, sich rechtzeitig Verbündete zu schaffen, jetzt fiel ihnen ganz ohne ihr Verdienst ein wertvoller Bundesgenosse in den Schoß. Kurfürst Friedrich Wilhelm entschied sich nicht aus selbstloser Liebe für sie, sondern aus der Einsicht, daß die Selbständigkeit der deutschen Nation von der Rettung der

⁷⁶ Der Bischof lamentierte besonders laut, als der Herzog von Luxemburg einen Brief Louvois' erwähnte, in dem die Hilfe für die Verbündeten von einem bestimmten Fortschritt der Operationen abhängig gemacht wurde. Luxemburg wagte nicht auszusprechen, daß die Einnahme von Rheinberg und Orsoy der terminus post sein sollte, und sprach nur allgemein vom Erreichen Wesels, ohne auf die Notwendigkeit einer voraussichtlich längeren Belagerung einzugehen. Trotzdem erriet der Bischof, daß ihm die Hilfe nicht sofort geleistet werden sollte. Seine Proteste dagegen richteten aber nichts aus.

Vereinigten Provinzen abhing. Er schloß das Bündnis gegen die Meinung seiner Minister, unter Verzicht auf sofortige Räumung der klevischen Festungen und unter Inkaufnahme der dürftigen holländischen Subsidiën¹, im vollen Bewußtsein, in einen mit ungleichen Kräften² geführten Krieg einzutreten. Zwei Tage später forderte er Herzog Georg Wilhelm mit den Worten zum Beitritt auf: »Zwar scheint die Sache schwer, man muß aber auf der Sachen Gerechtigkeit sehen«³, an demselben Tag, an dem das französisch-schwedische Bündnis⁴ zustandekam. Im Reich bedurfte es des tatsächlichen Aufbruchs der französischen Truppen und der Überwältigung der meisten niederländischen Provinzen, um die noch immer herumgeisternden Einbildungen von der Erhaltung des Friedens und Gleichgewichts durch eine dritte Partei zu verscheuchen.

Auf militärischem Gebiet setzte der Bischof inzwischen seine Vorbereitungen fort. Der Vertrag von Ostendorf (22. 1. 1672) erlaubte den Franzosen, im Stift Lebensmittel, Fahrzeuge und Munition zu kaufen, und verpflichtete zum Teil auch den Bischof zur Lieferung⁵. Der Vertrag belastete das Land und forderte erhebliche Anstrengungen. Es gelang nicht einmal, die Festung Dorsten und das eine in ihr liegende Regiment mit den nötigen Verteidigungsmitteln zu versorgen⁶. Trotz einigen Schwierigkeiten bei den Werbungen⁷ stand im April ein Heer von 42000 Mann zu Fuß und 17000 Reitern unter münsterischen Fahnen im Felde, verstärkt durch eine ansehnliche Artillerie mit 60 Mörsern, 25 halben und 30 Viertelkartäunen und zahlreichen Haubitzen⁸.

¹ Vertragsabschluß mit Amerongen am 12. April, unterzeichnet am 6. Mai 1672. Mörner S. 359 ff.; Dumont VII. I S. 194.

² Das holländische Heer bestand Anfang d. J. aus etwa 24 400 Fußknechten und 2700 Reitern (Der Kinderen II S. 142 Anm. 1). Im Frühjahr fanden starke Werbungen statt. Franz Egon behauptete am 3. 5. 1672, es umfasse 120 000 Mann (MLA. 541, 2b).

³ Köcher II S. 241. — ⁴ Vertrag v. 14. 4. 1672. Dumont S. 166 ff. Basnage S. 162 ff. u. a.

⁵ Alpen II S. 205 ff. Die Klagen der französischen Kommissare und Louvois' selbst über Mangelhaftigkeit der Lieferungen an die französ. Armee rissen nicht ab (Louvois an Chr. Bernh., 30. 4. 1672: MLA. 12, 9 I). Franz Egon zeigte sich sehr bestürzt über die unvollkommene Einhaltung des Ostendorfer Bündnisses durch Münster.

⁶ Franz Egon beschwerte sich mehrmals über verzögerte Lieferungen durch Abraham Isaak und bezeichnete dessen Entschuldigungen als faul (Franz Egon an Chr. Bernh., 21. 1. 1672: MLA. 541, 2b). In der Festung Dorsten stand seit Ende Januar das kurkölnische Regiment Bellerose mit 6 Kompanien. Erst im März traf das versprochene Pulver ein. Franz Egon klagte: »So viel man aber befunden, ist es guten Teils alt, verdorben Pulver . . . Ich glaube sicherlich, es müsse aus einem alten Magazin sein hergenommen worden, will aber nit verhoffen, daß ermelter Jude Ew. Lbd. auch dergleichen geliefert habe, sonstn würden wir in einer Occasion übel betrogen.« Auch die Arbeiten Spödes kritisierte der Bischof von Straßburg: Die Lipperschanze zeige bereits Schäden, »weilen das Werk gar zu gerad aufgesetzt ist und nicht gnug liegen tut« (Franz Egon an Chr. Bernh., 15. 3. 1672: Ebd.). Am 21. 3. riet er Christoph Bernhard abermals, sein Pulver prüfen zu lassen, um nicht die ganze Armee in Gefahr zu bringen (Ebd.).

⁷ Besonders in den Span. Niederlanden traten Behinderungen auf. Monterey erlaubte den span. Offizieren nicht, münst. Dienste anzunehmen.

⁸ Vielleicht sind diese Zahlen zu hoch. Der Bischof scheint jedenfalls den Umfang des Heeres als unzureichend angesehen zu haben. Er schickte nämlich den Kapitän Dietrich v. Galen abermals zum Herzog v. Mecklenburg-Schwerin, dessen Angebot er das erste Mal nicht berücksichtigt hatte (Instruktion v. 26. 4. 1672: E., H). Galen sollte 300 Reiter anwerben, nachdem Kurköln darauf verzichtet hatte (Franz Egon an Chr. Bernh., 14. 4. 1672: MLA. 541, 2b). Auch vom Oberrhein kam zu Schiff Reiterei an (Bitte um freie Durchfahrt an Kurpfalz, 29. 4. 1672: Ebd.).

Die Kritik Louvois' und des Bischofs von Straßburg an der unvollkommenen Einhaltung der Lieferungsverpflichtungen an das französische Heer berührte den Bischof sehr unangenehm, jedoch wußte er keinen Rat, wie er ihnen hätte nachkommen sollen. Unter den Stiftsständen herrschte bereits über die Ausfuhr großer Mengen von Lebensmitteln beträchtliche Unruhe. Der ständige Briefwechsel des Hofes mit französischen Stellen offenbarte ihnen, wie eng die Bindungen ihres Landesherrn an Frankreich waren. Aus seinem Rechtfertigungsschreiben vom 17. April⁹ ersahen sie zur Genüge, daß ein Angriffsbündnis gegen die Niederlande bestand, wenn auch der Bischof hartnäckig bestritt, sich mit Frankreich weiter eingelassen zu haben, als es die Garantie des klevischen Friedens erlaubte, und obgleich er behauptete, »dem König in Frankreich zu keinem Menschen, Pferd, Kuh oder Fuß Landes obligiert« zu sein¹⁰. Ihm schien es geraten, als eine Abordnung des Domkapitels Audienz erbat, mit Freundlichkeit um Verständnis für seine schwierige Lage zu werben: Er beabsichtigte in keiner Weise, die Rechte der Stände zu beeinträchtigen. Verstießen seine Maßnahmen gegen Beschlüsse des Landtags, so hätten das allein »die täglichen Konjunkturen und Läufe . . . causiert.« Die Unzufriedenheit im Lande vermochte er mit solchen Ausreden jedoch nicht zu dämpfen.

Nur der laute Schall der Waffen übertönte allmählich die Stimmen der Kritik im eigenen Lande. Gerüchte über ansehnliche holländische Truppenversammlungen auf der Lipperheide bei Wesel, einen Überfall der niederländischen Besatzungen aus den klevischen Festungen auf Neuß¹¹ und Dorsten, Entführung eines münsterischen Kuriers nach Orsoy¹², Gefangennahme kurkölnischer Offiziere bei Wesel¹³ und den Tod münsterischer Werber im Stift Lüttich¹⁴ schwirrten herum. Allmählich marschierten die bischöflichen Truppen an der Grenze auf. Im Grunde genommen herrschte trotz aller zur Schau getragenen Empörung in Bonn und Coesfeld Freude, daß die Holländer durch kleine Übergriffe Stoff für ein Manifest lieferten, das nach damaligem Brauch eine Kriegserklärung begleiten und dem offenbaren Unrecht ein Mäntelchen umhängen mußte. Im Einverständnis mit Kurköln, das ebenfalls ein solches Elaborat unter der Feder hatte, entstand am münsterischen Hof ein Schriftstück, zum Teil auf wahren, aber maßlos übertriebenen Zwischenfällen, zum Teil auf reinen, unbewiesenen Gerüchten fußend. Es behauptete in der Einleitung, die Generalstaaten hätten mehrfach gedroht, im Kriegsfall die münsterische Neutralität nicht anzuerkennen. Als Beweis folgte eine Jahre zurückliegende Warnung des Kurfürsten von Brandenburg vor einem holländischen Überfall auf Bocholt, untermalt durch willkürlich ausgelesene Äußerungen niederländischer Minister und Offiziere. Es unterstellte den Holländern, den Streit um Höxter künstlich angefacht zu haben, um dem Bischof Schwierigkeiten zu erwecken. Sie hätten 1669 sogar einen Mordanschlag ge-

⁹ Chr. Bernh. an das Domkapitel, 17. 4. 1672: DK. Prod. VI 2.

¹⁰ Domkapitelprotokoll v. 26. 4. 1672: DK. Prot. 37 Bl. 81 ff.

¹¹ Chr. Bernh. an Franz Egon, 29. 4. 1672: MLA. 541, 2b.

¹² Desgl., 23. 4. 1672: Ebd. Bericht des Leibgardisten Gerd Kluisman v. 26. 4. 1672: MLA. 12, 9 I.

¹³ Franz Egon an Chr. Bernh., 4. 5. 1672: MLA. 541, 2b.

¹⁴ Franz Egon an Chr. Bernh., 4. 5. 1672: MLA. 541, 2b. – Der münsterische Major Uppach, der sich beim Abt von Cornelimünster aufhielt, wurde am 25. 4. gefangengesetzt, ebenso Major Cratz, der wie Uppach im Stift Lüttich erworben hatte.

plant. Ein münsterischer Gesandter sei in Doetinchem mißhandelt¹⁵, dem Grafen von Bentheim die Kinder geraubt worden. Strittige Grenzfragen wollten die Generalstaaten nicht erörtern, der münsterische Handel werde auf der Ems behindert und vielfach die Grenze verletzt¹⁶. Festungskommandanten habe man zu Untreue und Zerstörung von Magazinen verleitet und in Münster eine Revolte angezettelt, von den neuesten Anschlägen de Witts ganz zu schweigen¹⁷.

In vielen Fällen lassen sich, da die zugrunde gelegten Berichte und Meldungen dem Entwurf des Manifestes beiliegen, die Vorwürfe auf harmlose Mißverständnisse oder aufgebauschte Vorkommnisse ohne jede politische Bedeutung zurückführen. Der Brief an die Generalstaaten zur Rechtfertigung der münsterischen Haltung bediente sich derselben Gründe. Er enthielt nur einen über das Manifest hinausgehenden Punkt, in dem der Bischof, wenigstens von seinem Standpunkt aus, ein gewisses Recht behaupten konnte, nämlich die Beschwerde über die feindseligen Berichte und Vergiftung der öffentlichen Meinung durch die holländische Presse: »Dann was sollte daraus Freundliches oder Gutes abzunehmen, zu schließen oder zu verhoffen sein, daß nach dem Frieden sowohl als vorhin ihrer fürstl. Gnd. sonst in der Welt berühmte fürstliche Regierung und Actiones je und alle Wege in den Niederländischen Provinzen ungütlich traduziert und gemeinlich in offenem Truck ungescheuet beschimpfet werden?«¹⁸. Die Presse begann ihren nicht immer segensvollen Einfluß auf die Politik auszuüben.

Die beunruhigenden Maßnahmen an ihrer Ostgrenze veranlaßten die Generalstaaten, eine Gesandtschaft nach Münster abzuschicken, um sich endgültig Klarheit über die Bindungen Christoph Bernhards an Frankreich zu verschaffen. Gewiß stellte Jakob von Coeverden tot Stoevelaer eine wenig geeignete Person hierfür dar¹⁹, trotzdem wurde er in Coesfeld am 4. Mai vom Bischof freundlich aufgenommen. Während die Geheimen Räte ihn mit nutzlosen Gesprächen über die Frage der friedlichen oder feindseligen Gesinnung der Generalstaaten aufhielten, beriet der Hof über die dem Gesandten zu erteilende Antwort. Die Kriegserklärung schien noch verfrüht, Zurmühlen riet jedoch, den Bescheid so einzurichten, daß die Holländer sie als bevorstehend erraten konnten. Lic. Rave wünschte dagegen auch keine andeutungsweise Offenbarung des geplanten Angriffs. Der Bischof entschied sich schließlich dafür, dem Gesandten »Displizenz« zu beweisen und mitzuteilen, daß er, da die von den Generalstaaten gemeinte Neutralität nicht echt erscheine, »also in Krieg eingeführt« werde²⁰.

¹⁵ Es handelte sich um vorübergehende Festnahme des Herrn v. Bentinck.

¹⁶ Angeblich hatte die Besetzung der Dieler Schanze münst. Haferschiffe verfolgt. Besonders herausgestrichen wurde die vorübergehende Besetzung des Wohnhauses eines verstorbenen Hauptmanns Hans Bernd in Zwillbrock durch Holländer. Der Vorfall ging auf die Suche nach einem Mörder durch ein militärisches Kommando aus Groenlo zurück. – Die Festnahme des Rittmeisters Konrad Heinrich Gygink durch die Emmericher Garnison erfolgte, weil er angeblich niederländ. Soldaten zur Fahnenflucht verleiten wollte.

¹⁷ Entwurf des Manifestes von Lic. Rave in MLA. 12, 9 I. Inhalt bei Der Kinderen II S. 167 ff. – Vgl. Schr. des Bischofs vom 13. 5. 1672: »Es sind einige ertapfet, welche die Magazinhäuser einzuäschern, Städt und Dörfer verräterischerweise abbrennen und meiner eigenen Person nachstellen wollen« (UA. 13 S. 149).

¹⁸ Entwurf Raves in MLA. 12, 9 I.

¹⁹ Coeverden hatte sich in der Sache der bentheimischen Grafenkinder als scharfer Gegner des Bischofs hervorgetan. Der Kinderen II S. 162.

²⁰ Ratsprotokoll v. 6. 5. 1672: GR. 596.

Zum Unglück ereignete sich gerade in diesen Tagen der Zwischenfall mit dem Edelmann Christoph von Twickel zu Venhaus aus der Twente. Bei seiner Verhaftung durch bischöfliche Truppen bekannte er, der münsterische Obrist Dietrich Stecke habe ihn gefragt, ob er nicht die Magazine in Dorsten und Coesfeld durch ungelöschten Kalk in Brand setzen könne. Man wolle in Münster eine Revolte anzetteln und den Bischof umbringen, um »alle Dessen in zu verstellen«²¹. Am Tage vorher hatten die Münsterischen einen gewissen David Möller Baron von Griem, aus der Danziger Gegend gebürtig und früher als Kapitän in holländischen Diensten, verhaftet. Er behauptete, wegen eines Duells aus den Niederlanden geflohen zu sein und bei der Suche nach Beschäftigung in Münster auf einen Geldwechsel gewartet zu haben. Ein Gespräch mit Coeverden konnte er nicht leugnen, blieb aber steif und fest dabei, es habe sich nur um private Angelegenheiten gedreht²².

Als Coeverden am 10. Mai wieder auf die Neutralität zu sprechen kam, legten ihm die münsterischen Räte Protokolle mit den Aussagen der beiden Verhafteten vor. In seiner Gegenwart mußte Twickel das Bekenntnis wiederholen. Zwei kompromittierende Briefe eines Kapitäns Mom aus Deventer an Twickel lagen auf dem Tisch. Coeverden konnte nur die Unschuld der Generalstaaten bezüglich dieser Anschläge beteuern. Als er abermals eine kategorische Antwort auf den holländischen Neutralitätsantrag forderte, schützte der Bischof vorherige Beratung mit dem Domkapitel vor und reiste nach Münster ab. Coeverden sah sich trotz Protest unter militärischer Bewachung in einem Coesfelder Haus festgesetzt²³.

Der Bischof benutzte die Zeit, um letzte Hand an die offizielle Kriegserklärung zu legen²⁴. Erst am 25. Mai erteilte er dem Gesandten Antwort und Rekredential unter heftigen Klagen über die Staaten, die ihm ungeachtet ihres Neutralitätsangebots mit Feindseligkeiten und Verrat begegneten. Fast auf den Tag genau veröffentlichte gleichzeitig der Kurfürst von Köln sein Kriegsmanifest (27. Mai) und forderte die sofortige Rückgabe der Festung Rheinberg²⁵.

Die militärischen Vorbereitungen litten unter regnerischem Wetter. Nur langsam marschierten die Regimenter an der holländischen Grenze auf²⁶. Der Bischof von Straßburg forderte die Teilung des münsterischen Heeres in zwei Hälften, von denen die eine unter den Wällen Dorstens²⁷, die andere in der Grafschaft Bentheim Aufstellung nehmen sollte. Dem eigennützigem Verlangen, möglichst viele münsterische Truppen für kurkölnische Zwecke zu binden, begegnete der Bischof von Münster mit dem nicht weniger egoistischen

²¹ Protokoll v. 9. 5. 1672: MLA. 133, 3 I. Vgl. oben Anm. 17.

²² Protokoll v. 7. 5. 1672: AV. 317c. Über sein späteres Bekenntnis auf der Folter, das wahrscheinlich falsch ist, s. Der Kinderen II S. 164 Anm. 1.

²³ Generalwachtmeister v. Nagel erklärte die dem Völkerrecht widersprechende Maßnahme wenig einleuchtend mit der Befürchtung, der Gesandte könne vor Empfang der fürstl. Antwort abreisen.

²⁴ Chr. Bernh. an Franz Egon, 8. 5. 1672: »Und halte ich den anhero geschickten Deputierten zu Felde, den von Coeverden, der Ursachen annoch auf« (MLA. 541, 2b).

²⁵ Der Kinderen II S. 166.

²⁶ Chr. Bernh. an Franz Egon, 8. 5. 1672: MLA. 541, 2b.

²⁷ Franz Egon wollte damit hauptsächlich seinem Bruder Wilh. Egon, der im Herzogtum Westfalen ein Regiment aufstellte, Sicherheit vor einem holländ. Überfall verschaffen. Franz Egon an Chr. Bernh., 5. u. 6. 5. 1672: Ebd.

Ansinnen, kurkölnische Regimenter an die Grenze des Fürstbistums zu verlegen. Um alle Mißverständnisse unter den Verbündeten aus dem Wege zu räumen, beraumten die Franzosen eine neue Besprechung aller Beteiligten an²⁸. Nach der mühselig erreichten Einigung über die Generalsliste erhob nämlich jetzt der Bischof Bedenken gegen den vorgesehenen Oberkommandierenden der Infanterie, Mornas. Er beabsichtigte, die münsterische Infanterie einem eigenen General, dem Rheingrafen, zu unterstellen, ohne einen fremden Oberbefehl anzuerkennen. Auch von den verabredeten Fouragelieferungen durch eine Zentralstelle unter französischer Leitung wollte er nichts mehr wissen. Schließlich sträubte er sich gegen die vorgesehene Übernahme eines französischen Regiments und wünschte statt dessen, das Regiment Wilhelm Egons von Fürstenberg in seine Dienste zu stellen²⁹. Franz Egon geriet in helle Verzweiflung, als die kurkölnischen Truppen nach Kündigung des Abkommens mit dem Lieferanten Jaquier durch den Bischof ohne Versorgung blieben. Wenn schon die Vorbereitungen des Krieges so zahlreiche Schwierigkeiten aufwarf, bestand für die Feldzüge wenig Aussicht auf gute Zusammenarbeit der Verbündeten. Der Kurfürst von Köln hatte bereits das Generalspatent für Mornas ausgefertigt. Die Weigerung Christoph Bernhards brachte ihn in größte Verlegenheit³⁰. Auf der Konferenz zu Oberhausen (25./26. Mai) kam eine Einigung über die Verteilung der Kontributionen in Feindesland zustande. Den Löwenanteil erhielt Frankreich, ein Viertel Kurköln und Münster gemeinsam. Die Herrschaften Borkelo und Lingen sollten dem Bischof von Münster allein zustehen, ebenso, wie hinzugefügt wurde, West- und Ostfriesland sowie Groningen. In der Provinz Overijssel erhob er ebenfalls die Kontributionen, mußte aber davon 9000 Rtl. monatlich an die Verbündeten abgeben. Die Länder südlich der Maas behielt sich Frankreich vor³¹.

Nach diesen Vereinbarungen konnte der Krieg beginnen. Am 30. Mai nahmen münsterische Truppen das in oranischem Besitz befindliche Lingen ein³², am nächsten Tage, dem Tage der offiziellen Kriegserklärung, überschritten sie die Grenze der Provinz Overijssel³³. Noch an diesem Tage führte der Bischof Besprechungen mit seinen Räten über eines seiner Hauptziele bei dem begonnenen Feldzug: die Zulassung der katholischen Kirche in den bisherigen Vereinigten Provinzen. Die protestantischen Kirchen kurzerhand auszuschalten, hätte in der Bevölkerung zu starken Unwillen erregt und der neuen Herrschaft die Aufgabe erschwert. Der Bischof schlug vor, sich »indifferent« zu halten und alle christlichen Konfessionen zuzulassen. Bestanden zwei Kirchen in einem Ort, sollte eine ohne Rücksicht auf die Stärke des Bevölkerungsanteils den Katholiken zufallen, gab es nur eine, sollten sich die Bekenntnisse über Benutzung von Gottesdienstzeiten einigen. Besondere Verträge darüber

²⁸ Der Komtur Korff-Schmising kam am 11. Mai vom Rhein zurück und brachte die Nachricht von der angesetzten Konferenz mit. Chr. Bernh. an Franz Egon, 6. u. 13. 5. 1672: MLA. 541, 2b und 539, 8.

²⁹ Franz Egon an Chr. Bernh., 13. 5. 1672: MLA. 541, 2b.

³⁰ Desgl., 15. u. 16. 5. 1672: Ebd.

³¹ Vertrag v. 26. 5. 1672: MLA. 12, 9 II. Der Kinderen II S. 158 ff.

³² Der Kinderen II S. 172. Die Instruktion für Dr. Werner Zurmühlen zur Besitznahme der Grafschaft Lingen v. 31. 5. 1672 in MLA. 85, 36. Zurmühlen nahm eine Denkschrift mit auf den Weg, die dem Bischof das Recht zusprach, auch in Ostfriesland wie in Feindesland einzufallen.

³³ Bruchhausen an Kapitän v. Galen, 31. 5. 1672: E., H. Die Kriegserklärung vom 31. 5. 1672 in UA. 13 S. 151.

wünschte er nicht. Der protestantische Gottesdienst sollte nur »indulgento« zugelassen und einer späteren Entwicklung nicht vorgegriffen werden³⁴.

Im Hochstift Münster hinterließ die Kriegserklärung einen niederschmetternden Eindruck. Das Domkapitel schien bereits einhellig zu einem scharfen Protest entschlossen, als im letzten Augenblick Dombursar von Droste und Domherr von Galen den Sitzungssaal verließen und damit zur allgemeinen Verblüffung einen einmütigen Beschluß vereitelten. Wohl oder übel mußte die Beratung bis zum nächsten Generalkapitel im Juli aufgeschoben werden. Sollte jedoch der Kurfürst von Brandenburg gegen das Stift losbrechen, wollte man sich »stündlich« wieder zusammenfinden³⁵.

Die Sorge um Brandenburg war begründet. Am münsterischen Hofe liefen bereits im Juni Nachrichten ein, daß der Fürst von Anhalt im kurfürstlichen Auftrage den Kaiser zum Beistand für Holland drängte. Man wußte, daß einflußreiche Kreise in Wien dazu neigten. Dort herrschte die zuversichtliche Hoffnung, daß das vereinigte Reich die Franzosen verjagen würde, wenn ein starkes kaiserlich-brandenburgisches Heer die Offensive am Rhein ergriff³⁶.

Der Gegenseite blieb nur die Erwartung, daß große Erfolge der Franzosen und ihrer Verbündeten die Versuchung zum Anschluß an die Holländer verringern würden. Der Anschein sprach hierfür. Die südlichen und östlichen Provinzen wurden in zügigem Vormarsch überrannt³⁷. Ängstliche Unentschlossenheit der städtischen Magistrate, persönliche Rivalitäten im Rat und gewissenloses Paktieren mit dem Feind ermöglichten den münsterischen und kölnischen Truppen die Eroberung der Ijsselstädte in kürzester Zeit. Offener Verrat, wie später häufig behauptet wurde, spielte dagegen kaum eine Rolle³⁸. Am 9. Juni fiel die starke, aber nur schwach besetzte Festung Groenlo³⁹, am 18. folgte Bredevoort, nachdem der Bischof mit Wilhelm Egon bereits am 13. in sein geliebtes Borkelo eingezogen war. Zutphen behielt sich der König von Frankreich vor. Am 21. erfolgte nach 7tägiger Belagerung die Übergabe der sehr starken Festung Deventer mit großer Garnison. Hattem, Elburg und Harderwijk fielen ohne Gegenwehr⁴⁰. Auch Zwolle ergab sich am 23. ohne den Versuch einer ernsthaften Verteidigung⁴¹. Nach diesem unrühmlichen Verhalten großer Besatzungen räumte auch die Truppe in der Ommerschans, die den Paß nach Groningen und Westfriesland sicherte, schmachlich ihre Stellung (24. Juni). Schon reisten die bischöflichen Kommissare Nikolaus von Zitzwitz und Werner Zurmühlen ungestört im Lande umher, um die Übergabe reformierter Kirchen an die Katholiken durchzuführen⁴².

³⁴ Ratsprotokoll v. 31. 5. 1672: GR. 596.

³⁵ Domkapitelsprotokoll v. 5. 6. 1672: DK. Prot. 37 Bl. 95.

³⁶ Mayersheim an Chr. Bernh., 5. 6. 1672: MLA. 534, 5 II.

³⁷ Die Einzelheiten des Feldzuges bei Depping S. 57 ff., Tücking S. 181 ff. Weitere Literatur bei Der Kinderen II S. 172 Anm. 1. Ich verweise auf die ungedruckte Dissertation von J. A. de Wolff, *De Katastrofe van 1672 in Overijssel en haar achtergronden* (Amsterdam 1957).

³⁸ De Wolff, a. a. O.

³⁹ Kapitulation der Stadt in MLA. Mil. 1671. Nach dem Bericht Bruchausens v. 9. 6. 1672 brannte die Stadt zu zwei Drittel ab (E., H.).

⁴⁰ Diese 3 Städte wurden später den Franzosen übergeben, da sich der König das Gebiet zwischen Maas, Rhein und Ijssel vorbehalten hatte.

⁴¹ Über die Vorkommnisse bei der Übergabe vgl. Der Kinderen II S. 174.

⁴² Am 25. 6. beendeten sie ihre Arbeit in Groenlo und Lichtenvoorde, 3 Tage darauf in Bredevoort (Bericht v. 25. 6. 1672: MLA. 9, 11). Die Pfarreien Winterswijk, Aalten und Dinxperlo übergaben sie auf Befehl des Bischofs den Minoriten in

Die schnelle Eroberung gebar so viele neue Probleme, daß abermals eine Konferenz der Verbündeten einberufen wurde. Auf Schloß Biljoen bei Velp trafen der König von Frankreich, der Bischof und die Gebrüder von Fürstenberg zusammen. Ludwig XIV. trat dem Kurfürsten von Köln die Städte Rheinberg und Deventer ab. Zwolle wollten die Bundesgenossen gemeinsam besetzen. Groenlo, Bredevoort, Borkelo und alle Eroberungen in Overijssel, Friesland und Groningen, auch die zukünftigen, erhielt der Bischof von Münster. Er trat jedoch Kampen, Hattem, Elburg und Harderwijk dem König unter der Bedingung ab, sie im Frieden dem Freiherrn von Galen zu erblichem Besitz zu übergeben⁴³. Den Bischof zeichnete der König neben diesem Geschenk für seine Familie durch ein diamantenbesetztes Kreuz im Werte von 20 000 Rtl. aus⁴⁴.

Nur ganz allmählich bauten die Holländer gegenüber dem stürmischen Vormarsch der Verbündeten ihren Widerstand auf. Auch im Stift Münster brach die Opposition gegen den Bischof angesichts seines Kriegsglücks zusammen. Das Domkapitel faßte den nicht gerade charaktervollen Beschluß, dem Landesherren zu seinen Erfolgen nicht zu gratulieren, um keine Billigung des Krieges anzudeuten, aber auch keinen Protest zu erheben⁴⁵. Als Matthias Korff-Schmising trotzdem unerwartet namens des Fürsten zusätzliche Steuern verlangte, erteilte das Kapitel eine ausweichende Antwort, indem es einerseits seine Freude über die Eroberungen in den Niederlanden nicht verhehlte, andererseits aber alle Geldbewilligungen bis auf den allgemeinen Landtag verschob⁴⁶.

Die zuversichtliche Stimmung am bischöflichen Hofe trübten bald die aus Wien einlaufenden Nachrichten. Der Bischof hatte sich nie darüber getäuscht, daß der Kaiser den Krieg im Bunde Frankreichs gegen die Vereinigten Niederlande aufs tiefste mißbilligte und daß der Abschluß des spanisch-holländischen Bündnisses der Politik Lisolas Auftrieb verlieh. Er hoffte aber auch, daß der Kriegseintritt Englands den Kaiser von der aussichtslosen Lage der Generalstaaten überzeugte⁴⁷. Zur Entsendung größerer Truppenverbände in das Reich hielt er den Kaiser angesichts der Türkengefahr für unfähig. Bedenken erregte nur das ständige Drängen des Kurfürsten von Brandenburg in Wien auf Hilfe zur Vertreibung der Franzosen vom Reichsboden. Das Schicksal der geistlichen

Boholt (Befehl v. 28. 6. 1672, Zwolle: AV. 396, 13). Am 2. 7. berichteten sie aus Zwolle, daß die beiden besten Kirchen, St. Nikolai und die sogen. Brüderkirche, den »allda vorhandenen zween Religiosis ordinis s. Francisci strictioris observantiae bis uff anderweite . . . Verordnung eingeräumt«. In Hattem wurde die Kirche dem kathol. Pastor Jordanaeus übergeben: MLA. 533, 3 I.

⁴³ Die Bürger der an die Franzosen abgetretenen Städte beklagten sich, daß die Übergabe gegen die Kapitulation verstoße und waren »dieser Veränderung halber sehr perplex«. Der Hauptgrund dafür lag in den hohen Geldforderungen des franz. Kommissars für die Garnison. Zitzwitz und Zurmühlen an Chr. Bernh., 2. 7. 1672: MLA. 533, 3 I.

⁴⁴ Der Kinderen II S. 175.

⁴⁵ Domkapitelsprotokoll v. 12. 7. 1672: DK. Prot. 37 Bl. 101. – In Rom herrschte dagegen Betroffenheit über die französ.-münst. Erfolge. Vgl. Franzen, Französ. Politik S. 205; L. v. Pastor, Gesch. d. Päpste Bd. 14, 1 S. 654.

⁴⁶ Das Domkapitel an Chr. Bernh., 27. 7. 1672: DK. Prod. VI 2.

⁴⁷ Chr. Bernh. an Mayersheim, 15. 4. 1672: MLA. 534, 5 II. – Der Bischof legte großen Wert auf die englische Kriegspartnerschaft. Er regte im Mai 1672 durch P. Sherwood ein Bündnis zur Garantie des münst.-franz. Vertrages an. Sein Gesuch wurde am 13. 5. 1672 im Private Committee vorgelesen. Nach den Erfahrungen von 1666 legten die Engländer aber keinen Wert auf eine nähere Verbindung. Brinkmann S. 697.

Stifter Köln und Münster ließ sich, blieb der Kurfürst siegreich, leicht erraten⁴⁸. Man hielt »Köln und Münster, wie die hiesige Wort lauten, für ganz verloren« und bereits »in die Ausgabe gesetzt«⁴⁹. Die kaiserlichen Minister sprachen mitleidlos von den Bischöfen zu Münster und Straßburg genauso wie über den Großwesir. Die Bistümer Köln, Lüttich und Münster rechneten schon zur Kriegsbeute der Sieger. Dagegen hinterließ der Kriegseintritt Englands gegen alle Hoffnung nicht den geringsten Eindruck auf die Meinungen in Wien und Berlin. Alle Versuche des Bischofs, seinen Krieg als Schritt zur endgültigen Beruhigung der Nordwestgrenze des Reiches und Rückgewinnung verlorener Teile hinzustellen, verhalten im Wind⁵⁰. Anfang Juni stand fest, daß Fürst Anhalt sich mit Hilfe der Spanier am Kaiserhof durchgesetzt hatte. 15000 kaiserliche Soldaten hielten sich zur Vereinigung mit brandenburg-braunschweig-hessischen Truppen und Bildung eines Gesamtheeres von 60000 Mann bereit, um Frankreich und seine Verbündeten zum Frieden zu zwingen. Die Entschlossenheit in Wien steigerte der Glaube, der französische König ziele letzten Endes gar nicht auf Holland, sondern auf das Reich. Er fürchte nur noch Brandenburg und werde nach dessen Niederwerfung seinen Siegeszug rheinaufwärts antreten, gedeckt durch das Bündnis mit Schweden, dem »Gift des Reiches, warmit es müsse zugrund gerichtet werden«⁵¹. Die überraschend schnellen Erfolge Frankreichs und seines Anhangs im holländischen Kriege und beunruhigende Nachrichten über die angebliche Absetzung des polnischen Königs riefen in Wien nur vorübergehend ein Schwanken hervor⁵².

Der Schreck über die französischen Siege in Holland kam Fürst Johann Georg von Anhalt bei seinen unablässigen Bemühungen in Wien zu Hilfe. Die bisher vom Kaiser nur lässig betriebenen Verhandlungen mit Brandenburg führten am 23. Juni 1672 zum überraschend schnellen Abschluß des Berliner Bündnisses⁵³. Als Verteidigungsbündnis ausgegeben, barg der Vertrag den Keim zur Zersetzung der Neutralitätsverträge beider Partner mit Frankreich in sich. Jeder Genosse versprach die Stellung von 12000 Mann. Der Kaiser wollte auf die Teilnehmer des Marienburger Bundes, Brandenburg auf die norddeutsche dritte Partei und Dänemark einwirken, um sie zum Beitritt zu bewegen. An Stelle der mißglückten Tripelallianz bahnte sich ein engerer Bund von Reichsständen zur Wahrung von Ruhe und Sicherheit in Deutschland an. Nach mannigfachen Schwierigkeiten⁵⁴ gelang es dem Freiherrn von Goes, kaiserlichem Residenten in Berlin, den Braunschweiger Bund vom 22. September zur Erhaltung des Westfälischen Friedens und gegenseitigem Schutz mit einem Bundesheer von 31500 Mann zu gründen⁵⁵. Dieser Vertrag sah keine Hilfe für Holland vor, er enthielt jedoch unausgesprochen eine deutliche Absage an Frankreich und den Anschluß an die von Brandenburg geführte Gegenpartei. In Wien blickte man zufrieden auf dieses neue Sammelbecken kaiserfreund-

⁴⁸ Mayersheim an Chr. Bernh., 21. 4. 1672: MLA. 534, 5 II.

⁴⁹ Desgl., 9. 6. 1672: Ebd.

⁵⁰ Chr. Bernh. an Mayersheim, 27. 5. 1672: Ebd.

⁵¹ Mayersheim an Chr. Bernh., 16. 6. 1672: MLA. 534, 5 II.

⁵² Desgl., 29. 6. 1672: Ebd.

⁵³ Mörner S. 364 ff.

⁵⁴ Köcher II S. 259 ff.

⁵⁵ Text des von dem Kaiser, Dänemark, Brandenburg, den Herzögen von Celle und Wolfenbüttel und der Landgräfin von Hessen-Kassel unterzeichneten Vertrages bei Mörner S. 367 ff. Köcher II S. 265 ff.

licher Elemente im Reich. Auch in Den Haag gelang es Lisola, nach zähen Verhandlungen am 25. Juli ein Bündnis zu schließen, in dem der Kaiser 24 000 Mann gegen Subsidien, die Generalstaaten 20 000 Mann zur Verstärkung des kaiserlich-brandenburgischen Heeres versprachen⁵⁶. Aus allen Wiener Berichten entnahm der Bischof von Münster mit wachsender Deutlichkeit, daß ein starkes österreichisches Heer im August über Eger in das Reich marschieren würde⁵⁷. Bedrohliche Nachrichten über die vom Kurfürsten von Brandenburg ausgehende Gefahr zwangen Christoph Bernhard, sein Feldheer zu schwächen und die Festungen Vechta, Warendorf und Münster mit je einem Regiment zu besetzen und im Amt Wolbeck eine fliegende Truppe von 800 Reitern aufzustellen⁵⁸.

Dem Bischof mochte diesen Entschluß, der ihm praktisch den Mehrfrontenkrieg bescherte, die Überzeugung erleichtern, daß die Entscheidung im holländischen Kriege bereits gefallen sei. Die schmachliche Übergabe der Ijssel-festungen durch die Niederländer und bereitwillige Übereinkunft der overijsselschen Ritterschaft, durch die sich diese Provinz unter münsterische Herrschaft beugte⁵⁹, bestärkten ihn in der Meinung, auch mit geringeren Kräften die Eroberungen erfolgreich fortsetzen zu können. Der geplante Marsch nach Westfriesland ließ sich wegen der schweren Zugänglichkeit des Landes im Sommer besser bei Frostwetter im Winter durchführen⁶⁰. Als nächstes Angriffsziel ersah der Bischof deshalb Groningen und Ostfriesland aus. Nach kurzer Belagerung fiel am 11. Juli die Festung Coevorden, wie alle holländischen Plätze in ganz vernachlässigtem Zustand⁶¹. Ihr Fall eröffnete den Weg nach Norden.

Zu neuen Eroberungen zwang im Augenblick besonders das Herannahen des Winters und die Bereitstellung ausreichender Quartiere für das Heer. Aus den bisher eroberten Gebieten ließ sich kaum noch ein Mann verpflegen. Dagegen boten die Provinz Groningen und Ostfriesland unschätzbare Reichtümer an Nahrung für Mensch und Vieh. Zwar nahm Ostfriesland nicht am Kriege teil und gehörte zum Römischen Reich, aber der Bischof beruhigte sein Gewissen mit der Feststellung, die Grafschaft stehe praktisch unter holländischer Herrschaft und habe auch ehemals unter der geistlichen Gerichtsbarkeit Münsters gestanden. Diese wiederherzustellen und zahlreiche entfremdete Lehen aufzusuchen, sei seine Aufgabe. Bisher hatte er die beabsichtigte Besetzung der

⁵⁶ Der Kinderen II S. 187. Vertrag bei Dumont S. 208 ff. u. a.

⁵⁷ Mayersheim an Chr. Bernh., 11. 8. 1672: Montecuccoli reise nach Eger ab, um den Marsch der kaiserl. Truppen zu beschleunigen. Alles Remonstrieren dagegen werde umsonst sein, »quia conclusum est« (MLA. 534, 5 II). – Desgl. 14. 8. 1672: Am Wiener Hof herrsche die Meinung, der Bischof werde sofort die Waffen niederlegen, wenn er von dem kaiserl.-brandenburg. Bündnis höre. »Hiesige marschierende Offizier glorieren allschon, wie sie sich in denen geistlichen Erz- und Stiftern bereichern wollen, daß einem ehrlichen Mann die Ohren mögen wehe tun« (Ebd.).

⁵⁸ Die Truppe stand unter dem Befehl des Obristen Meinerzhagen. Domkapitelsprotokoll v. 1. 8. 1672: DK. Prot. 37 Bl. 124.

⁵⁹ Vergleich von Haus Scheren bei Coevorden v. 5. 7. 1672, abgeschlossen durch Deputierte der overijsselschen Ritterschaft und Lic. Rave. Der Kinderen II S. 177.

⁶⁰ Es scheint hierbei auch der Wunsch des Kurfürsten von Köln eine Rolle gespielt zu haben, Westfriesland als Winterquartiere für seine Truppen vorzubehalten (Entwurf Raves zu einem Vergleich mit Kurköln: MLA. 12, 9 V).

⁶¹ Kapitulation: MU. 4628. Über ihre Nichteinhaltung durch den Bischof vgl. Der Kinderen II S. 179.

Grafschaft⁶² streng verheimlicht, nun aber sollten, damit das Land »nicht für eine Invasion und Friedbruch wider einen benachbarten Reichsstand bei ihrer kais. Majestät, dem Reich und sonderlich bei einigen protestierenden Fürsten und dahero causa belli genommen werde«, die »innerlichen Ursachen« des Einmarsches kundgetan werden. Den Einwand, man dürfe im Krieg gegen Holland höchstens einen unschädlichen Durchzug durch die neutrale Grafschaft begehren, wies er damit zurück, daß sich »der Landesherr und dessen Stände der staatlichen Protektion durch Traktaten und freiwillig untergeben«, holländische Truppen ins Land gezogen und sich also selbst allen erwachsenden Schaden zuzumessen hätten⁶³. Ohne Gegenwehr der holländischen Besatzung nahm der münsterische Kriegskommissar Martels die Dieler Schanze ein und öffnete auch diesen Weg nach Norden.

Gleichzeitig stieß auf der Westseite des Bourtanger Moors das münsterische Heer gegen die Stadt Groningen vor. Hier aber fand es seine Meister. Schon der tapfere Kommandant der Bourtange, Kapitän Barend Jan van Prot, bewies, daß Entschlossenheit zum Siege führte. Er schlug den münsterischen Angriff am 18. Juli zurück, am gleichen Tage, als das Hauptheer vor Groningen eintraf. Der aus dieser Stadt stammende bischöfliche Rat Schulenborg hatte seinen Herrn in der Meinung bestärkt, man werde auch hier keinen Widerstand finden. Sein Ratschlag beruhte mehr auf eigenen Hoffnungen als auf Erkenntnis der tatsächlichen Verhältnisse. Wider Erwarten zog sich die Belagerung in die Länge⁶⁴.

Im Feldlager vor der Stadt fand der Bischof Zeit, sich mit der ostfriesischen Frage zu befassen. Er zog es jedoch vor, zuerst einmal Verhandlungen mit der Stadt Emden aufzunehmen. Auf einer Konferenz zu Langakkerschans unterbreitete der münsterische Drost von Twickel den Bürgermeistern das Angebot, 2000 münsterische Soldaten anstatt der jetzigen niederländischen Besatzung in ihre Mauern aufzunehmen⁶⁵. Die Stadt lehnte ab, zumal ihr der Kurfürst von Brandenburg für den Fall eines münsterischen Angriffs Hilfe anbot⁶⁶.

Am Hofe der Fürstin von Ostfriesland erweckten die Vorstöße auf die Dieler Schanze und gegen Emden unbehagliche Gefühle. Sie entsandte deshalb ihren Hofmeister Ernst Christian von Bardeleben in das bischöfliche Feldlager, um sich die Neutralität der Grafschaft bestätigen und die Dieler Schanze zurückgeben zu lassen. Der Bischof äußerte über diese Bitten sein Befremden. Er führe gegen Holland Krieg und nicht gegen einen Reichsstand. Die Dieler Schanze müsse er aber besetzt halten, um nicht abermals Gefahr zu laufen, von dort aus durch holländische Truppen belästigt zu werden. Da diese nach Belieben im Fürstentum schalteten und walteten, habe sich das Land allen aus münsterischen Gegenmaßnahmen herrührenden Schaden selbst zuzuschreiben⁶⁷.

⁶² Schon Ende Mai hatte Dr. Zurmühlen eine Denkschrift erhalten, in der die Besetzung als notwendig erwiesen wurde.

⁶³ Denkschrift in MLA. 85, 36.

⁶⁴ Eldercampus, Journal. J. S. Theissen, »Voor Vrijheydt ende Vaderlandt« Stad en Lande in 1672. Groningen 1922.

⁶⁵ Beglaubigung der Stadt für die Bürgermeister Leonhard Fewen und Dr. Christopher Budde v. 5. 7. 1672: L., vorl. Nr. 2195. Hierin befinden sich auch interessante Schreiben des Bischofs, des Vizedominus Dietr. Anton v. Velen u. des Drostens J. B. v. Twickel über die Kriegführung.

⁶⁶ Der Kinderen II S. 183.

⁶⁷ Resolution des Bischofs v. 8. 8. 1672: MLA. Mil. 1958.

Wenn nicht schon jetzt der geplante Einmarsch in die Grafschaft stattfand, so lag das an den großen Verlusten, die das bischöfliche Heer vor Groningen erlitt. Nach einem Monat mußte die Belagerung abgebrochen werden. Kurz darauf ging Blokzijl (2. Sept.) an staatliche Truppen verloren⁶⁸. Das Kriegsglück hatte den Bischof verlassen. Franz Egon von Fürstenberg hielt mit Vorwürfen über gebrochene Abmachungen nicht zurück, wodurch das ganze Unglück entstanden sei. Auch mit Frankreich ergaben sich ernste Konflikte über die Erhebung der Kontribution in der Umgebung von Kampen und Hasselt. Turenne und d'Estrades erschienen selbst, um die militärische Niederlage der deutschen Verbündeten vor Groningen nicht zu einer Katastrophe auswachsen zu lassen. Sie forderten nachdrücklich die Errichtung eines Sperrriegels gegen einen holländischen Angriff aus Westfriesland. 10 000 Mann der geistlichen Fürsten mußten in und um Zwolle aufgestellt werden, verstärkt durch das französische Regiment Bourgogne und 4 Regimenter Kavallerie. Die Franzosen nahmen die Gefahr eines Einsturzes der Nordfront sehr ernst⁶⁹.

Zum Glück des Bischofs erwies sich die Furcht vor dem Herannahen eines kaiserlich-brandenburgischen Heeres als verfrüht. Der noch bestehende Neutralitätsvertrag des Kaisers mit Frankreich und der Einfluß Fürst Lobkowitz' verzögerte den Einmarsch ins Reich. Montecuccoli band die Weisung, ernstliche Zusammenstöße zu vermeiden, die Hände. Um dem unbequemen Befehl Folge leisten zu können, zögerte er unter allerlei Vorwänden, auch nach der Vereinigung mit den Brandenburgern im September, den Aufbruch hinaus⁷⁰. Den Bischof von Münster hatte der kaiserliche Obristleutnant von Haugwitz im Auftrage Montecuccolis⁷¹ offenherzig über diese Verhältnisse unterrichtet, um ihm in letzter Minute den Rückweg aus dem französischen Bündnis so viel wie möglich zu erleichtern⁷².

Immerhin bewirkten die kaiserlichen Kriegsvorbereitungen und die Warnungen Herzog Johann Friedrichs von Braunschweig am französischen Hofe, daß der König einen großen Teil seiner Armee und seinen fähigsten Feldherrn, Marschall Turenne, aus den Niederlanden abberief, wo die Operationen ebenfalls zum Stillstand gekommen waren, und an den Rhein schickte, um den neuen Feinden von vornherein den Mut zu rauben. Aber gerade damit beging er einen schweren politischen Fehler. Jedermann mußte erkennen, daß der König nunmehr seine Waffen gegen das Reich wendete. Lisolas Politik erhielt kräftigen Auftrieb. Ludwig XIV. sah die Nachteile, die er sich durch diese Maßnahme zuzog, aber auch keine andere Möglichkeit zur Änderung seiner Politik nach dem Versagen der Rückversicherungsverträge mit dem Kaiser und Brandenburg. Der Versuch, durch Verjus neue Verbündete unter den Welfenherzögen zu gewinnen, scheiterte.

Nur in Hannover fielen die Anträge Verjus' auf günstigen Boden. Ehrgeiz und dynastische Rivalität veranlaßten Herzog Johann Friedrich, durch Grote

⁶⁸ Der Kinderen II S. 196 f.

⁶⁹ Turenne trat bisher für ein Verbleiben der münst.-köln. Armee vor Groningen ein, um möglicherweise eine englische Landung zu erleichtern. Grimoard II S. 35. (Turenne an Louvois, 16. 8. 1672).

⁷⁰ Köcher II S. 273; Droysen III 3 S. 269 f.; Peter, Der Krieg des Großen Kurfürsten S. 61 ff.

⁷¹ Montecuccoli führte selbst ein kaiserl. Beglaubigungsschreiben an den Bischof von Münster v. 11. 8. 1672 mit sich: GA. II C I 6.

⁷² Chr. Bernh. an Franz Egon, 18. 9. 1672: MLA. 54r, 2b.

einen Vertragsentwurf überreichen zu lassen. Ihm schwebte vor, brandenburgische Landesteile, auf jeden Fall das Fürstentum Minden, in seinen Besitz zu bringen, wozu ihm ein französisches Heer von 7–8000 Mann die Hand bieten sollte. Frankreich nahm in seiner großen Verlegenheit die Vorschläge einschließlich sehr hoher Subsidienforderungen auf der Stelle an⁷³.

Der Bischof von Münster, aufs höchste an einem Beitritt Johann Friedrichs zur französischen Partei interessiert, um das braunschweigische Haus zu spalten und einen Angriff auf Münster im Keim zu ersticken, beschloß, Matthias Korff-Schmising zur Unterstützung Verjus' nach Hannover zu entsenden⁷⁴. Dieser fand den Herzog von »über die Maßen guter Intention«, aber auch starken Lockungen der Gegenseite ausgesetzt. Nur seinem katholischen Glauben war es zu verdanken, daß er sich nicht mit seinen Brüdern und Vettern offen Brandenburg anschloß⁷⁵. Tatsächlich gelang es Verjus, mit Johann Friedrich einen Vertrag zu schließen⁷⁶, der indes so klausuliert war, daß der Herzog eine Beteiligung am Kriege jederzeit ablehnen konnte. Einen großen Erfolg verbuchten die Franzosen hiermit nicht.

Der Anmarsch der kaiserlich-brandenburgischen Truppen und der Gegenstoß Turennes verlagerte den Krieg ins Reich und verschärfte die Lage außerordentlich. Zwar durfte sich der Bischof von Münster schmeicheln, oft genug vor einer Unterstützung der Generalstaaten aus dem Reich gewarnt zu haben, um den Franzosen keinen Grund zur Kriegführung in Deutschland zu liefern, aber dergleichen Betrachtungen änderten die Tatsachen nicht. Nach dem als Kriegserklärung gemeinten Ultimatum des Kurfürsten von Brandenburg vom 23. Oktober, in dem sofortiger Ersatz allen durch die Franzosen im Lande Kleve angerichteten Schadens gefordert wurde⁷⁷, schwand die Hoffnung, der Kurfürst und Montecuccoli könnten sich mit einer drohenden Haltung begnügen. Zwar lehnte Christoph Bernhard jede Verantwortung für die französischen Gewalttaten im Klevischen ab, er glaubte aber wohl selbst nicht, den Kurfürsten damit umstimmen zu können⁷⁸. Die Forderung des Kurfürsten ließ vermuten, daß er ihre Erfüllung nicht erwartete und nur einen Vorwand zum Kriege suchte.

Wie gewöhnlich in solchen Fällen rief der militärische Fehlschlag vor Groningen gegenseitige Vorwürfe unter den Verbündeten hervor. Allein das Bekanntwerden der Absicht des Bischofs, Teile seines Heeres zur Sicherung des Fürstbistums über die Ems zurückzuziehen⁷⁹, führte zu erregten Protesten

⁷³ Die Franzosen lehnten nur die Forderungen des Herzogs ab, die ihn standesmäßig über seine Brüder und Vettern hoben, um diese nicht für fernere Bündnisangebote ungeeignet zu machen. Köcher II S. 276 ff.

⁷⁴ Er konnte als Domdechant von Hildesheim unverdächtig in diesen Gegenden auftreten.

⁷⁵ M. Korff-Schmising an Chr. Bernh., 8. 10. 1672: GA. II C III 20.

⁷⁶ Vertrag v. 10. 12. 1672. — ⁷⁷ Msc. II Nr. 82 S. 401.

⁷⁸ Chr. Bernh. an den Kurfürsten von Brandenburg, 19. 11. 1672: Msc. II Nr. 82 S. 407 ff. Undatiert. Entwurf dazu in MLA. 12, 9 I.

⁷⁹ Am 23. 8. 1672 teilte Ludwig XIV. Turenne mit, er habe an den Kurf. von Köln und Bischof von Münster schreiben lassen, sie möchten ihre Truppen in ihre Länder zurückziehen, um dem kaiserl.-brandenburg. Angriff begegnen zu können (Grimoard II S. 43). — Am 1. Dezember 1672 (Haselünne) erließ der Bischof den Befehl, das Heer diessets der Ems zusammenzuziehen, um nach Lingen zu marschieren. Das Regiment Meinerzhagen blieb an der Hase, Saint-Pol übernahm das Oberkommando in Meppen, v. Wedell marschierte von dort nach Rheine ab. Die Festung Vechta wurde neu besetzt (GR. 596).

Wilhelm Egons⁸⁰. Kurköln fühlte sich verlassen und beleidigt, nachdem der Bischof die gemeinsam eroberte Provinz Overijssel stillschweigend durch Maßnahmen der Zivilverwaltung in seinen Alleinbesitz überführte, die beschlagnahmten Güter ohne Benachrichtigung vergab und bei der Kontributionserhebung die vereinbarten Grenzen überschritt. Der Bischof bemerkte dazu nur, er habe doppelt so viel wie Kurköln zur Eroberung beigetragen und allein die Huldigung der Provinz entgegengenommen. Er gewährte ohne kölnische Hilfe ihre Sicherheit⁸¹. Von einem Friedensschluß wollte er, als Wilhelm Egon danach fragte, nur dann etwas hören, wenn »die vereinigt gewesene Provinzen« – so nannte Christoph Bernhard die Niederlande – auf alle Eroberungen der Verbündeten verzichteten⁸². Der Friedensvertrag müsse auch die bürgerliche Gleichberechtigung der holländischen Katholiken garantieren, alle Bündnisse gegen die Alliierten verbieten, freien Handel vorschreiben und den niederländischen Gesandten ihre bisherigen Vorrechte absprechen⁸³.

Voller Entrüstung beklagte sich der Bischof über die Franzosen und forderte eine unverzügliche Reise Wilhelm Egons mit dem Komtur nach Paris, um angesichts des drohenden Angriffs des kaiserlich-brandenburgischen Heeres auf Grund des Bundesvertrages rechtzeitig Hilfsvölker und Subsidien zu erwirken⁸⁴. In seiner Schwäche habe er schon nicht verhindern können, daß die Holländer die verlassene Dieler Schanze wieder besetzt und damit einen Paß nach Norddeutschland gewonnen hätten. Die münsterische Infanterie sei zu ermattet, um dieses Loch zu verstopfen. Man brauche mindestens 2000 französische und 1000 kölnische Soldaten⁸⁵.

In diesem Augenblick, als die Stiftsstände ihre größte Unzufriedenheit mit dem ohne ihr Einverständnis begonnenen Krieg erklärten⁸⁶, trafen von der

⁸⁰ Am 12. – 15. November fanden in Borkelo unerquickliche Auseinandersetzungen zwischen dem Bischof und Wilh. Egon v. Fürstenberg statt.

⁸¹ Protokoll (v. 11. – 15. 11. 1672): GR. 596.

⁸² Protokoll v. 12. – 15. 11. 1672: CM. 2 Bl. 373.

⁸³ Wilh. Egon an Franz Egon, 24. 12. 1672: CM. 2 Bl. 405.

⁸⁴ Über die französ. Ansichten zur Truppenhilfe für Münster unterrichtet sehr gut ein Schr. Louvois' an Turenne, St. Germain 20. 8. 1672: »Cependant sur les connoissances, que Sa Majesté a présentement, elle n'est pa d'avis, que quand même M. de Brandebourg feroit quelque irruption dans le pays de Munster, vous y marchassiez ni que vous y détachassiez des troupes pour l'aller secourir, parceque l'affaire capitale est d'empêcher que les troupes Impériales ne joignent celles du Prince d'Orange ou ne prennent un poste sur le Rhin, et que tout ce que M. de Brandebourg pourroit faire dans l'Evêché de Munster, ne pouvant consister qu'en quelques pillerie; le Roi en seroit quitte tout au plus pour quelqu'argent, qu'il feroit donner à l'Evêque de Munster. Il sera néanmoins de votre prudence de répondre de manière aux instances, que vous pourra envoyer faire l'Evêque de Munster, qu'il ne connoisse point que vous ayez ordre de Sa Majesté de ne le pas secourir, ni qu'il n'en désespère pas absolument, afin qu'il ne prenne pas quelque parti bizarre. On se flatte à la cour de Vienne, que d'abord que les troupes de l'Empereur n'approcheront du pays de Munster, M. l'Evêque de Munster quittera l'alliance du Roi; à quoi Sa Majesté ne voit guère d'apparences, parceque si quelque chose étoit capable de porter ce Prêlat à une pareille infidélité, ce ne pourroit être que la cession que lui feroient les Hollandois de tout ce qu'il a conquis sur eux, à quoi vous pouvez bien juger qu'ils ne donneront pas les mains« (Grimoard II S. 38).

⁸⁵ Chr. Bernh. an Franz Egon, 24. 11. 1672: MLA. 541, 2b. Turenne an Louvois, 17. 10. 1672 (Grimoard II S. 76).

⁸⁶ Landtagsprotokoll v. 19. 10. 1672, mit Erklärung auf die Mitteilung des Fürstbischofs über den Kriegsbeginn v. 17. 10. 1672: MLA. 490, 160.

Lippegrenze schlimme Botschaften ein. 3000 Brandenburger unter Spaen überfielen die Stadt Werne und plünderten sie aus. Nach ihrem Abzug bedrohten sie Sendenhorst und Ahlen, um über Beckum nach Warendorf vorzustößen und sich dort mit dem aus der Grafschaft Ravensberg vorrückenden Generalmajor Eller zu vereinigen⁸⁷. Die vom Kurfürsten verbreiteten Thesen über die Unrechtmäßigkeit des Krieges gegen Holland hatten offensichtlich im Stift weite Verbreitung und Glauben gefunden⁸⁸. Der Bischof klagte Wilhelm Egon von Fürstenberg in den letzten Tagen des Jahres⁸⁹ so überzeugend seine inneren und äußeren Nöte, daß dieser noch von Münster aus Pomponne anflehte, um jeden Preis das Korps des Herzogs Duroc zu Hilfe zu schicken, da sonst Christoph Bernhard die Lust am Kriege verlieren könnte⁹⁰. Von der gemeinsam abgefaßten Vorstellung über den brandenburgischen Friedensbruch und Mißhandlung unschuldiger Untertanen⁹¹ oder gar dem Gesuch an den Kaiser um Schutz gegen Kurbrandenburg⁹² erwarteten die Bundesgenossen Frankreichs wohl selbst keine nachdrückliche Wirkung. Auch die Anrufung des Kreises, die Kurfürst Maximilian Heinrich anregte⁹³, wäre beim Einfluß Kurbrandenburgs im Direktorium erfolglos geblieben. Die ungünstige militärische Lage ließ den Verbündeten nur den Rückzug auf die innere Verteidigungslinie. Am 30. Dezember räumten die Münsterischen Unna, das sie zur Vergeltung für den Werner Überfall besetzt hatten. In Overijssel blieben nur drei Regimenter Kavallerie, ein Regiment in Lünen und eins in Werl. Die übrigen rückten in das Stift⁹⁴. Bis auf wenige Plätze wurde die Grafschaft Mark geräumt⁹⁵. Das Jahr 1672 ging damit wenig heißungsvoll zu Ende.

⁸⁷ Die heimgelassenen Räte an Chr. Bernh., 2. 12. 1672: MLA. Mil. 1950.

⁸⁸ Bischöfl. Verbot der Verbreitung des brandenburg. Manifests, 7. 12. 1672: Msc. II Nr. 82 S. 395 ff.

⁸⁹ Wilh. Egon reiste im Dezember abermals nach Münster, um den kräftigeren Bundesgenossen zur Hilfe gegen brandenburg. Einquartierungen im Sauerland und die von Mainz aus rheinabwärts ziehenden Truppen Montecuccolis anzurufen. Beglaubigungsschreiben Kurf. Max. Heinrichs v. 9. 12. 1672: GA. II C I 7. Kurf. Max. Heinrich an Chr. Bernh., 14. 12. 1672: MLA. 468, 232.

⁹⁰ Wilhelm Egon an Pomponne, 18. u. 23. 12. 1672: CM. 2 Bl. 392 u. 401. Turenne an Louvois, 21. 12. 1672: »J'ai cru devoir envoyer quelque cavalerie près de Vésel, pour faire voir à M. de Munster, qu'il y a des troupes pour le secourir« (Grimoard II S. 140). – Ludwig XIV. an Turenne, 27. 12. 1672: »Il me paroît, que vous avez bien fait de faire avancer la brigade de Cateaux dans le comté de Meurs pour faire voir à l'Evêque qu'on s'approchoit de lui. Il m'a écrit treize lettres, où il me demande du secours et me donne part de la prise de quelques villes« (Ebd. S. 144).

⁹¹ Kurf. Max. Heinrich u. Chr. Bernh. an den Reichstag, 24. 12. 1672: Msc. II Nr. 82 S. 415 ff.

⁹² Dieselben an den Kaiser, 29. 12. 1672: MLA. Mil. 2059a.

⁹³ Chr. Bernh. an Pfalz-Neuburg, 23. 12. 1672: MLA. 468, 232.

⁹⁴ Chr. Bernh. an Franz Egon, 29. 12. 1672: MLA. Mil. 1969.

⁹⁵ Chr. Bernh. an Dr. Ham, 30. 12. 1672: MLA. Mil. 1974.

40. KAPITEL

KRIEGSVERLAUF BIS ZUM FRIEDEN VON VOSSEM

Am vorletzten Tage des alten Jahres ereilte den Bischof ein folgenschweres Unglück: Der Groninger Kommandant Karl Rabenhaupt¹, ein in langem Kriegsdienst mehrerer Herren ergrauter General, eroberte völlig überraschend die Festung Coevorden. Er erbeutete eine Menge Kriegsmaterial und nahm den größten Teil der Besatzung gefangen. Der freie Zugang zu den nördlichen Provinzen der Niederlande ging dem Bischof damit verloren, aber dem Feind stand nun ein bequemer Weg in das Stift Münster offen. Angesichts der von allen Seiten heranmarschierenden feindlichen Heere verlor die alte These Christoph Bernhards, der Krieg dürfe nicht in das Reich getragen werden, ihren Sinn. Er mochte sich drehen, wie er wollte, es blieben ihm nur zwei Auswege: Entweder nahm er seine ganze Zuflucht zur französischen Hilfe und die Gefahr in Kauf, bei ihrem Ausbleiben als erklärter Reichsfeind unterzugehen, oder er trat in das Lager des Kaisers über und setzte sich damit möglicherweise der Rache der Franzosen aus. Im letzteren Falle hätte er schweren Herzens von vornherein auf alle Eroberungen in den Niederlanden verzichtet und seinen Ständen eingestehen müssen, daß die gewaltigen Rüstungslasten der letzten Jahre vergeblich gewesen waren.

Gedanken solcher Art bewegten den Bischof um die Jahreswende. Hilfe und Rückenstärkung durch die eigenen Landstände durfte er selbst im Augenblick äußerster Not nicht erwarten². Die Hauptstadt Münster erinnerte sich der Demütigung durch ihn zu gut, als daß sie nicht im Gedanken an eine kaiserliche Besatzung aufatmete³. Die Ritterschaft sah sehnsüchtig dem Ende der ständigen Steuerforderungen für unwillkommene Kriegszwecke entgegen.

¹ ADB. 27 S. 85.

² Schon nach der Niederlage vor Groningen sprach Turenne den Verdacht aus: »Je suis bien persuadé que, sans le passage du Rhin de l'armée du Roi, que M. de Munster, voyant son pays perdu, se seroit accommodé« (Grimoard II S. 56 f.: 11. 9. 1672 Turenne an Louvois). – Nach dem Fall von Coevorden setzte sich Turenne in Richtung auf das Stift in Marsch, um ihn zu beruhigen. Turenne an Louvois, 7. 1. 1673: »J'ai appris que les Hollandois ont surpris Coverden. Cela et l'armée de M. de Brandebourg donnera une étrange épouvante à M. de Munster, de qui les troupes et le pays ne lui sont guère affectionnées« (Ebd. S. 152). – Turenne an Louvois, 16. 1. 1673: »M. de la Marck . . . a vu à Munster et dans tout le pays des gens prêts de se rendre, reprendre vigueur par l'approche de l'armée. Vous croyez fermement, Monsieur, que dans huit jours, M. de Munster eût traité« (Ebd. S. 164).

³ Dücker an Chr. Bernh., Arnsberg 3. 1. 1673; MLA. Mil. 1955. – Turenne an Louvois, 19. 1. 1673: Er habe dem Bischof geraten, in Ostendorf zu bleiben, »car il est certain que s'il étoit à Munster, ayant toute l'armée de l'ennemi si proche, il auroit de la peine à se soutenir contre les habitans des villes, les peuples de la campagne, les garnisons et la plupart de ses troupes, et à ne point écouter M. de Montécuculi, qui empêchant au commencement, qu'il n'y entre point de troupes dans son pays, lui fait voir d'un côté le repos de ses sujets et son avantage particulier par beaucoup d'offres, et de l'autre sa ruine entière, s'il ne se sépare du Roi« (Grimoard II S. 168).

Sogar das Domkapitel, bisher durch einige Anhänger des Bischofs im Zaum gehalten, begehrte auf. Der kaiserliche Gesandte von Haugwitz⁴ wandte sich auch an die Domherren und ließ keinen Zweifel darüber, daß der Kurfürst von Brandenburg zur Unterjochung des Stifts entschlossen war. Nur der Kaiser könnte das Bistum aus der Not retten. Er werde es auch tun, wenn der Bischof ihm die niederländischen Eroberungen übergebe und das Haus Rheda⁵ Montecuccoli einräume. Er könne es sich nicht anders denken, als daß der Fürstbischof den Rücktritt vom Bündnis mit Frankreich für den Fall des Kriegseintritts des Kaisers vorbehalten habe. Da dieser nun erfolgt sei, brauche die dargebotene Hand nur ergriffen zu werden. Dem Domkapitel leuchtete der Gedankengang ein. Es beschloß, den Bischof um Annahme eines Waffenstillstands zu bitten. Wenn er das Bündnis mit Frankreich trotzdem aufrecht erhalten sollte, so müßte sich das Kapitel eben allein zum Kaiser bekennen⁶.

Unter dem Druck der Verhältnisse hielt es Christoph Bernhard für ratsam, die von Haugwitz geöffnete Tür nicht gleich wieder zuzuschlagen. Zwar sollte Matthias Korff-Schmising dem kaiserlichen Feldherrn Montecuccoli⁷ die Kriegsteilnahme Münsters auf seiten Frankreichs als durchaus mit den Interessen des Reichs vereinbar erklären, da sie die Rückgewinnung verlorener Reichsgebiete bezweckte, aber auch darauf hinweisen, daß ein Verlassen der französischen Partei ohne ausreichende Sicherheit gegen die Rache der Franzosen unzumutbar sei. Damit stellte er die Frage, welche Sicherheiten der Kaiser gewähren könnte. Die Forderung Montecuccolis, seinen Truppen Quartiere im Fürstentum Corvey zu gestatten⁸, erfuhr keine brüske Ablehnung, »wann man nur wisse, was ihre fürstl. Gnd. hergegen für Avenstage haben werden, dero es gewiß schwer fallen würde, wann sie ihre Länder dem brandenburgischen Interesse unterwerfen sollten«⁹. Korff-Schmising ließ durchblicken, daß er zum Abschluß eines Waffenstillstandes bevollmächtigt sei, um den Stellungswechsel vorzubereiten¹⁰. Bournonville erklärte sich bereit, mit militärischen Zwangsmaßnahmen gegen das Stift Münster vorläufig einzuhalten, um der Entwicklung Zeit zur Reife zu lassen¹¹. Seine Beteuerungen, dem Kaiser sei an der Erhaltung des Landes und gemeinsamer Politik sehr viel gelegen, beschloß aber auch er mit der Forderung, die Festung Rheda den kaiserlichen Truppen einzuräumen. Der Domdechant fand um so weniger Bedenken, diesem Verlangen nachzugeben, als er einen schriftlichen Befehl des Bischofs dazu bei sich führte.

Der Plan der Kaiserlichen zielte darauf, mit der Einräumung Rhedas durch den Bischof einen Keil des Mißtrauens zwischen ihn und Frankreich zu trei-

⁴ Rekredential des Bischofs für Haugwitz v. 4. 1. 1673: MLA. 12, 10.

⁵ Rheda war als münst. Lehen kurz vorher von bischöfl. Truppen besetzt worden.

⁶ Domkapitelsprotokoll v. 4. 1. 1673: DK. Prot. 38 Bl. 4 ff.

⁷ Instruktion für M. Korff-Schmising v. 4. 1. 1673: MLA. 12, 10. Nach Amerongens Bericht vom 13. 1. 1673 war es Montecuccoli, der den Kurf. von Brandenburg vom Angriff auf das Stift Münster abhielt (UA. 3 S. 355).

⁸ Montecuccoli an Chr. Bernh., Godelsheim 28. 12. 1672: Ebd.

⁹ Instruktion v. 4. 1. 1673: MLA. 12, 10.

¹⁰ Montecuccoli an Kaiser Leopold, Paderborn 7. 1. 1673: OSR. fasc. 33 p. 3.

¹¹ Bournonville an Chr. Bernh., Paderborn 8. 1. 1673: »De mon costé, je coopéreray voutontier de tout mon possible à faire réussir cette suspension particulière, dont il a esté parlé. Pour la générale, cela despend de plus haut« (GA. II C I 2 II).

ben¹². Erst wenn der unbedeutende feste Platz sich in ihrer Hand befand, konnte mit größerer Sicherheit der Parteiwechsel des Bischofs vorbereitet und nötigenfalls erzwungen werden. Die freundlichen Mienen Montecuccolis und Bournonvilles täuschten darüber hinweg, daß der Kaiser selbst im Augenblick an keinen Waffenstillstand dachte. Unter dem Einfluß der Holländer befürwortete Kaiser Leopold Anwendung von Gewalt gegenüber den Verbündeten des Königs von Frankreich¹³.

Andererseits konnte dem Bischof kein blindes Vertrauen zugemutet werden. Der Kurfürst von Brandenburg bereite einen nachhaltigen Einfall in das Stiftsgebiet vor¹⁴. An Offiziere und Beamte des Bischofs richtete er Abmahnungsschreiben, die bei der herrschenden Unzufriedenheit im Lande Gehör fanden. Johann Rotger Tork entschloß sich, obgleich er kein münsterischer Rat, sondern nur Präsident des Domkapitels war, sofort zur Aufgabe seiner ihm schon lange unbequemen Stellung¹⁵. Im Herzen des Bischofs verstärkte sich der Verdacht, daß die geforderte Übergabe Rhedas nur einer Kriegslist des Feindes entspringe, um die Ostgrenze des Stiftes um so leichter zu überrennen. Nur der Anmarsch der Franzosen stärkte ihm ein wenig den Rücken¹⁶.

Nach der Niedergeschlagenheit der letzten Tage wehte in der Ratssitzung am 11. Januar ein erstaunlich kriegerischer Wind. Der Bischof lobte das französische Bündnis und bezeichnete den Kurfürsten von Brandenburg als unerbittlichen Feind, der die Vernichtung der katholischen Kirche anstrebe. Nur Frankreichs Hilfe könne das Unglück verhindern und zum Siege über Brandenburg führen. Erst dann würde Holland dem Ruf nach Frieden seine Ohren öffnen. Der Kaiser vermöge dagegen keine Sicherheit vor den Anschlägen des Kurfürsten zu gewähren. Militärisch müsse zuerst Lippstadt, das »flagellum gegen Münster«, unschädlich gemacht werden. Dann sei an der

¹² Montecuccoli an Kaiser Leopold, Paderborn 15. 1. 1673; ÖSR. fasc. 33 p. 3.

¹³ Kaiser Leopold an Montecuccoli, 26. 1. 1673; Ebd.

¹⁴ Auch die Franzosen rechneten mit einem Angriff des Kurfürsten von Brandenburg auf das Stift. Louvois an Turenne, 7. 1. 1673 (Grimoard II S. 153 f.).

¹⁵ Tork bekleidete auch die Würde eines Dompropsts zu Minden und war damit Untertan des Kurfürsten von Brandenburg. Tork an Meinders, undatiert, Antwort auf das Avokatorium: DK. Prod. VI 2. – Auf Bitten des Domkapitels verschob er seine Abreise. Ob er von Ferd. v. Fürstenberg einen Wink empfing, aus Münster fortzugehen, ist unklar. Des Koadjutors Haltung unterlag in dieser Zeit manchem Verdacht. Als er die zur Kreisarmee gehörigen paderborn. Truppen aus der Stadt Köln abzog, nahm Franz Egon das zum Anlaß, ihn des Einverständnisses mit dem Kaiser zu bezichtigen. Eine andere Erklärung für die ungehinderte Einquartierung kaiserl. Truppen im Fstm. Paderborn finde er nicht (Franz Egon an Ferdinand, 18. 1. 1673; MLA. 468, 233). Ferdinand wies die Unterstellung am 28. 1. zurück. – Erst nach dem 24. 1. entschloß sich Tork zur Abreise, nachdem ihm das Domkapitel eine auch für den Paderborner Domdechanten v. Ketteler geltende Instruktion zu Verhandlungen mit den kaiserl. Ministern in Paderborn übergeben hatte. Das Domkapitel versuchte, sich hinter dem Rücken des Bischofs auf diese Weise das Wohlwollen des Kaisers zu erhalten (DK. Prot. 38 Bl. 22). Nur das energische Auftreten M. Korff-Schmisings vereitelte auch diesmal die »Flucht« Torks. Im Domkapitel tauchten angesichts der heranziehenden Franzosen auch wieder ängstliche Bedenken auf, mit den Kaiserlichen anzuknüpfen (DK. Prot. 38 Bl. 24). Schließlich bat Tork den Bischof selbst um Erlaubnis zur Reise. Er erhielt sie unter der Auflage, Verbindung mit Bournonville und Montecuccoli aufrecht zu erhalten. Die Abreise erfolgte am 9. oder 10. 2. Ein Beglaubigungsschreiben an Bournonville wurde ihm nachgeschickt (DK. Prot. 38 Bl. 31).

¹⁶ Louvois an Turenne, 17. 1. 1673 (Grimoard II S. 166).

Ems eine Barriere zu errichten, um die Vereinigung der holländischen und brandenburgischen Armee zu verhindern. Zu beiden Vorhaben brauche man französische Hilfe. Aber die Räte lehnten einen französischen Einmarsch in das Stift ab¹⁷. Man möchte in dem Augenblick, in dem sich die Tür zum Kaiser öffnete, den Franzosen nicht alle Gewalt im Lande ausliefern.

Diese Überlegungen veranlaßten den Bischof, seinen Entschluß zur Räumung des Hauses Rheda zurückzuziehen. Als Haugwitz mit 250 Mann vor dem Schloß erschien, fand er die Tore verschlossen. Der Kommandant wies ihm einen bischöflichen Befehl zur Verteidigung des Platzes vor. Verdutzt über diesen Sinneswandel eilte Haugwitz abermals nach Münster, um von Korff-Schmising eine Erklärung zu fordern, aber dieser ließ sich wegen Krankheit entschuldigen und lediglich mitteilen, er halte es für bedenklich, schon jetzt etwas über den geplanten Waffenstillstand zu offenbaren. Nur so viel sei gewiß, daß der Bischof sich darin eines anderen besonnen¹⁸ und demzufolge auch die Räumung von Rheda widerrufen habe¹⁹. Mit dieser Erklärung hielt sich Korff-Schmising nicht ganz an die Weisungen des Bischofs. Dieser hatte nämlich die gewundene Ausrede gebraucht, der Räumungsbefehl sei nur an Korff-Schmising selbst gerichtet gewesen und habe nur für den Fall einer Belagerung des Hauses Geltung besessen²⁰. Dem Domdechanten widerstrebte die Weitergabe einer so fadenscheinigen Auslegung und das Eingeständnis, von seinem Herrn ins Unrecht gesetzt worden zu sein.

Unwiderruflich trat jedoch der Krieg seit den Niederlagen von Groningen und Coevorden in sein zweites Stadium, in dem sich die Vermittler zu Wort meldeten, um die eigentliche Friedensverhandlung vorzubereiten. Der Bischof hatte längst seine Hoffnung auf Untergang der Vereinigten Provinzen aufgegeben. Bis nach Regensburg drangen die Gerüchte, er sei zum Waffenstillstand gezwungen²¹. Auch im französischen Lager erfuhr man sehr bald von den Gesprächen mit Montecuccoli²².

¹⁷ Ratsprotokoll v. 11. 1. 1673: GR. 596.

¹⁸ Das Domkapitel beschloß am 21. 1. 1673, da der Bischof am Bündnis mit Frankreich festhalten wolle, durch den Paderborner Domdechanten v. Ketteler seine Treue zum Kaiser vorstellen zu lassen und bei Bournonville einen Geleitbrief zu beantragen (DK. Prot. 38 Bl. 18). Am selben Tage bat es nochmals den Bischof, mit Rücksicht auf den Anmarsch der kaiserl.-brandenburg. Truppen, alle Feindseligkeiten mit diesen zu vermeiden und durch den Kaiser eine Beilegung des Krieges anzustreben (DK. Prod. VI 2). – Turenne an Louvois, 23. 1. 1673; Korff-Schmising sei mit dem Bischof wegen Rheda »brouillé« (Grimoard II S. 173 f.). Desgl., 11. 2. 1673: »Depuis le voyage du Doyen Schmising près de Montécuculi, il a été mal avec M. de Munster, qui ayant changé de pensée, l'a désavoué. Peut-être que le premier, n'ayant point été d'avis de sa légation au commencement, n'a pas trouvé bon ce changement. M. de Verjus m'a mandé qu'il est d'avis, et c'est aussi mon opinion, que l'on les remette bien ensemble; cette désunion ne vaut rien pour le service du Roi: je verrai ce que j'y pourrai faire; je connois fort le frère, qui est le Commandeur« (Grimoard II S. 190).

¹⁹ Domkapitelprotokoll v. 20. 1. 1673: DK. Prot. 38 Bl. 16.

²⁰ Chr. Bernh. an M. Korff-Schmising, 12. 1. 1673: MLA. 12, 10.

²¹ Dolberg an Bruchhausen, Regensburg 19. 1. 1673: MLA. 473, 64.

²² Der Komtur F. Korff-Schmising teilte Verjus am 20. Januar die Paderborner Besprechungen mit dem Hinweis mit, sie seien gescheitert. F. Korff-Schmising an Verjus, Schöneflieth 20. 1. 1673: CM. 3 Bl. 16. Es ist unwahrscheinlich, daß er hierzu einen Befehl des Fürsten besaß. Wahrscheinlich entsprang der Brief dem Ärger

Der Abbruch der Waffenstillstandsverhandlungen in Paderborn ging nicht allein auf die Entscheidung des Bischofs zurück. Auch der Kaiser wünschte ihr Ende. Zum Teil trug dafür der Zwischenfall in Rheda die Schuld. In Wien entstand der Eindruck, daß Montecuccoli auf eine List des Bischofs hereingefallen war²³. Sein plötzlicher Rücktritt wegen »schwerer Leibesindisposition« stand wahrscheinlich damit im Zusammenhang. Sein Nachfolger Bournonville zog andere Seiten auf. Er erließ am 9. Februar ein scharfes Abmahnungsschreiben an alle Offiziere und Soldaten des kölnischen und münsterischen Heeres²⁴. Der Bischof ahnte, welche Wirkungen dieses unter dem Namen des Kaisers ausgegangene Schreiben nach den Erfahrungen mit dem brandenburgischen Avokatorium haben konnte. Er beschränkte sich in seinem Gegenmanifest, da ihm keine besseren Gründe einfielen, auf die Behauptung, Bournonville habe ohne kaiserliche Genehmigung gehandelt.

Zuversichtlich stimmte ihn dagegen der Aufmarsch Turennes bei Unna²⁵. Die Nähe der französischen Truppen verleitete ihn zu dem Plan eines groß angelegten Einfalls in die Provinzen Groningen und Friesland²⁶, von dem ihn mit Mühe der Hinweis Wilhelm Egons auf die brandenburgisch-kaiserliche Gefahr zurückhielt²⁷. Den Bischof beseelte bei dem Plan der Gedanke, offenen Feindseligkeiten mit kaiserlichen Truppen ausweichen zu können, während Wilhelm Egon sie herbeisehnte, um Münster noch enger an Frankreich zu binden. In Wien ließ Christoph Bernhard verbreiten, Brandenburg beabsichtige nichts anderes, als nach dem Kriege mit den durch kaiserliche Hilfe geretteten Holländern über die Katholiken Deutschlands herzufallen²⁸, um dem Kaiser »einen Conscienszscrupul zu movieren, daß man ihme zum Vorteil so vieler Unkatholischen zusetze«²⁹.

Gerade in diesem Augenblick, als der Bischof den Krieg neu zu beleben gedachte, trat ein unvorhergesehenes Ereignis ein. Am 22. Februar 1673 er-

über die Bloßstellung seines Bruders durch den Bischof in der Rhedaer Angelegenheit. Immerhin stellte der Brief den Franzosen vor, daß Münster bei zu geringer Hilfe auch andere Wege gehen könnte. Auch Turenne deutete die Möglichkeit an, daß bei allzu großer Gefährdung des Stifts Münster die Truppen des Bischofs »s'accommoderont avec l'Empereur, et son Chapitre le déposera, s'il ne veut pas aller le même chemin. Je vous dis ceci, afin que le Roi voye, que l'on ne peut pas faire une demi-guerre« (Grimoard II S. 177; Turenne an Louvois, 26. 1. 1673). Ähnlich äußerte er sich im Brief v. 26. 1. 1673 an Louvois: Ebd. S. 179.

²³ Dolberg an Bruchausen, Regensburg 2. 2. 1673: MLA. 473, 64.

²⁴ Kaiserl. Avokatorium gedr. bei Wiens, Sammlung S. 444, z. T. bei Tücking S. 196. Das gedr. Gegenmanifest des Bischofs v. 14. 2. in der Bibliothek des Altertumsvereins in Münster. Entwurf Zurmühlens hierzu in MLA. 533, 3 I.

²⁵ Der Bischof konferierte mit Turenne am 2. Februar. Notiz v. 3. 2. 1673: CM. 3 Bl. 23.

²⁶ Ludwig XIV. glaubte nicht daran, daß der Kurfürst von Brandenburg zu dieser Jahreszeit angreifen könnte. Wenn der Bischof nach Friesland aufbrechen sollte, wünschte der König nicht, daß Turenne ihm dahin folgte, sondern seine Truppen nur in Richtung auf die Ijssel vorrücken ließ. Louvois an Turenne, 10. 1. 1673: Grimoard II S. 156 f. – Turenne berichtete am 14. 2. 1673, der Bischof plane ein Unternehmen gegen Leerort in Ostfriesland: Ebd. S. 193.

²⁷ Wilh. Egon an Chr. Bernh., 5. 2. 1673: GA. II C I 2 II.

²⁸ Chr. Bernh. an Mayersheim, 10. 2. 1673: MLA. 534, 5 III.

²⁹ Kramprich an Kaiser Leopold, Den Haag 9. 1. 1673: »Dahero, wie mir der Pensionarius Fagel sagt, der Bischof seinen Beichtvater Pater Körler nach Wien schickt« (OSR. fasc. 28).

folgte in Münster die Verhaftung Adam von der Kettes unter dem Verdacht, ein Attentat auf den Bischof geplant zu haben³⁰.

Dieser junge Mann legte am 14. Januar dem Kaiser eine Eingabe vor, in der er nichts weniger vorschlug, als den Bischof tot oder lebendig in die Gewalt der kaiserlichen oder brandenburgischen Truppen zu bringen³¹. Der eigentliche Urheber des Gedankens war jedoch der münsterische Rat Schulenburg^{31a}, jener Groninger, der 1664 nach Verlust von Amt und Habe in der Heimat in bischöfliche Dienste trat und als Kenner niederländischer Verhältnisse mit offenen Armen aufgenommen wurde. Nach dem Scheitern der Belagerung von Groningen, zu der er geraten hatte, schien seine Stellung am münsterischen Hofe erschüttert. Wahrscheinlich aus Arger über die Vorwürfe des Bischofs, vielleicht aber auch um sich einen neuen Wirkungskreis am Kaiserhof zu verschaffen, regte er in Wien das Attentat an.

In Hofkreisen fand er schnell Entgegenkommen. Besonders scheint es der Reichshofratssekretär von Abele gewesen zu sein, der den Vorschlag Kettes förderte. Nach seiner Verhaftung nannte der Attentäter mehrmals diesen Namen als seinen eigentlichen Auftraggeber. Der kaiserliche Schutzbrief für ihn wies ebenfalls Abeles Unterschrift auf³². Abele hätte jedoch ein so wichtiges Schriftstück nicht ohne Zustimmung und Wissen des Hofkanzlers Freiherrn von Hoher vidimieren können³³. Hoher wiederum genoß das besondere Vertrauen des Kaisers³⁴.

³⁰ Der junge Mann war der Sohn des münst. Bürgers Jakob v. d. Kette, eines früheren kaiserl. Offiziers. Die Familie fühlte sich durch den Bischof in ihrem Streit um den Tegederhof Eickrodt in Aulendorf bei Billerbeck ungerecht behandelt. Jakob, dem Kurfürst Ferdinand als Dank für ein siegreiches Gefecht auf der Beerlage gegen die Hessen 1636 den Hof versprochen hatte, konnte sein Recht gegenüber den Eickrods nicht durchsetzen und wurde endgültig 1654 abgewiesen. Seitdem scheint die Familie v. d. Kette dem Bischof gegrollt zu haben. Auf diese persönlichen Gründe für den Anschlag Adams v. d. Kette hat zuerst hingewiesen Carl Knüppel, Der Tegederhof Eickrodt in Aulendorf bei Billerbeck. Ein Beitrag zur Vorgeschichte der Verschwörung gegen das Leben des Fürstbischofs Christoph Bernhard im Jahre 1673 (In: Westfäl. Heimatkalender 1955; Aus dem Kreise Coesfeld, S. 185 ff.). Persönliche Motive vermutet auch schon ohne nähere Begründung Tücking S. 197.

³¹ Eingabe v. d. Kettes v. 14. 1. 1673: KRS. fasc. 326.

^{31a} Der besondere Anteil Schulenburgs ist bereits durch Pfeiffer S. 25 bekannt geworden. Tücking S. 201 nennt ihn ebenfalls schon als Teilnehmer an der Verschwörung. Schulenburg scheint im wesentlichen beabsichtigt zu haben, Teile des Groninger Landes und das Altamt, die sich noch in münsterischer Hand befanden, in die des Kaisers zu spielen und von diesem als Lehen zu empfangen.

³² Original in AV. 93. Druck Tücking S. 198. Es heißt darin: Der Kaiser habe die Vorschläge v. d. Kettes »in einem gewissen geheimben Negotio« gebilligt und bei Erfolg versprochen, »solches sodann nit allein gegen ihne mit kais. Gnaden« zu erkennen, sondern auch ihn und seine Familie in kaiserl. Schutz zu nehmen.

³³ Franz Egon an J. F. Hettinger, 10. 4. 1673: »Freilich hat der Sekretarius Abel ohne des Kanzlern Hoher Vorwissen und Befehl nichts unterzeichnen oder vidimieren dürfen« (KKKS. 63 a). Mayersheim an Chr. Bernh., 28. 5. 1673: Hoher habe sein Lebtag in Tirol gelebt und von dem Zustand im Reich keine Ahnung. Er hätte aber das Mißlingen des Versuchs, den Bischof mit Gewalt in die Hand des Kaisers zu bringen, trotzdem voraussehen müssen. Ohne solche Ratgeber wäre der Kaiser nicht in diesen Fehler verfallen (MLA. 534, 5 III).

³⁴ Kaiser Leopold scheute sich im übrigen nicht, dunkle Ehrenmänner zu solchen Zwecken zu verwenden. Vgl. Prinz Eugen an Kaiser Josef I., 18. 5. 1710: Er wisse, daß »dero in Gott seligst ruhenden Herr Vaters kaiserl. Majestät sich öfter solcher Leut bedient haben, die aller Übel- und Schandtaten fähig gewesen sind«. Mitgeteilt von M. Braubach, Geschichte und Abenteuer. Gestalten um den Prinzen Eugen (München 1950) S. 172 f.

Von Wien begab sich Adam von der Kette in das Feldlager Montecuccolis und Bournonvilles in Paderborn³⁵, von dort um den 10. Februar nach Münster³⁶. In seiner Unerfahrenheit³⁷ und im Vertrauen auf den kaiserlichen Schutzbrief suchte der junge Mann am 21. Februar den Obristen Toller, den Stadtkommandanten, auf und forderte namens des Kaisers die Übergabe der Zitadellenschlüssel bis zur bevorstehenden Ankunft des Herzogs von Bournonville³⁸. Zwar überzeugte sich Toller von der Echtheit des Schutzbriefes und bezweifelte auch das kaiserliche Avokatorium nicht, aber er ließ trotz der angedrohten Leib- und Lebensstrafe dem Bischof, der in Cappenberg weilte, eine Nachricht über das unerwartete Ansinnen zukommen. Schon am nächsten Tage befahl Christoph Bernhard die Verhaftung Kettes und seines Schwagers Dr. Göckmann³⁹. Adam von der Kette entnahm aus der inhaltenden Antwort Tollers nichts Gutes, glaubte aber, er könne im Hause seines Schwagers, das innerhalb der Domimmunität lag, nicht verhaftet werden⁴⁰.

³⁵ Kaiserl. Beglaubigungsschreiben für v. d. Kette an Montecuccoli, Wien 15. 1. 1673: KRS. fasc. 362. – Dekret an die kaiserl. Hofkammer wegen Legung 600 f. zu des H. v. Abele Händen zu einer gewissen geheibnen Ausgab. Wien, den 23. Jan. 1673 (unter: Index über unterschiedliche über des v. d. Kett getanen Vorschlag ausgefertigte Acta (KSR. fasc. 362). – Montecuccolis Bericht über die Ankunft Kettes in Paderborn v. 1. 2. 1673: Ebd. – Paß Montecuccolis für v. d. Kette, Paderborn 3. 2. 1673: AV. 93. Dieser Paß diente dazu, Kettes Reise als im Auftrag des Grafen Harrach in Sachen gegen die Leutersumschen Erben unternommen zu bemänteln.

³⁶ Bournonville an Kaiser Leopold, Lippstadt 12. 2. 1673: »So ist auch die . . . bewußte Person an Ort und Ende bereits beschäftigt und hat uns schon einige Sachen avisiert, welche dann aller Möglichkeit nach secundiert werden solle« (OSR. 64, 8 Bl. 12). – Desgl., Paderborn 17. 2. 1673: Kette verlange ein paar 1000 Reiter und Dragoner, »welches ich nit sehe, wie es anjetzo würde geschehen können, und ob auch diesfalls gleich also zu trauen sein werde« (Ebd. Bl. 42). – Desgl. Bielefeld 26. 2. 1673: »Schließlichen habe Ew. kais. Majestät . . . berichtet, wie der Kett seine Anschläg dergestalt leicht vorgebildet, daß ihr kurf. Durchl. selbstn nichts darauf halten wollen und also die von demselben begehrte 2000 Pferd zu hazardieren Bedenken getragen« Ebd. Bl. 89). – Kais. Leopold an Bournonville, Wien 4. 3. 1673: Er billige, »daß ihr nicht alsoleich ohne gnugsambe Asseruation die verlangte Völker habt abmarschieren lassen« (Ebd. Bl. 59). – Bournonville an Kais. Leopold, Minden 3. 3. 1673: Kette sei zu unachtsam verfahren, habe »sich gar zu viel Leuten zwar in aller guten Meinung aber unachtsamb vertraut«. Er »könnte meines Erachtens tamquam persona publica von dannen wieder abgefordert werden« (Ebd. Bl. 103).

³⁷ Über die Einzelheiten des Kettischen Anschlages vgl. Tücking S. 199 ff.

³⁸ Befehl v. d. Kettes an Toller, 21. 2. 1673: AV. 93.

³⁹ Bischöfl. Befehl, Cappenberg 22. 2. 1673: Ebd.

⁴⁰ Als der Domkapitelssekretär Bisping am Morgen des 23. 2. am Hause Göckmanns vorbeiging, rief ihn v. d. Kette hinein, der im Hofe mit mehreren Urkunden, an denen große kaiserl. Siegel hingen, stand. Er bat, dem Domkapitel auszurichten, bei Vermeidung höchster kaiserl. Ungnade seine Verhaftung auf der Immunität nicht zu gestatten. Göckmann setzte hinzu, daß hierin ein Verstoß gegen das Völkerrecht liegen würde. Kette übergab Bisping ein an das Domkapitel gerichtetes kaiserl. Schreiben (dieses ist, soweit festgestellt werden konnte, nicht erhalten). Das Protokoll gibt als Anschrift an: Denen ersamen unsern lieben andächtigen N. Thumbkapitularen des Stifts Münster.), das dieser dem Dombursar überbrachte. Der Bursar wußte bereits von der befohlenen Verhaftung Kettes, ließ das Schreiben verschlossen beim Domscholaster liegen und gab zu verstehen, daß Kette den Brief hätte früher übergeben sollen, da jetzt die fürstl. Räte die Herausgabe verlangen könnten (Protokoll Bispings v. 23. 2. 1673: DK. Prot. 38 Bl. 38 ff.).

Trotz Protest erfolgte kurz darauf die Verhaftung Kettes und Göckmanns. Die bischöflichen Soldaten erbeuteten einen Brief an Bournonville⁴¹, in dem Kette den Rheingrafen als vertrauenswürdig lobte⁴². Dieser hatte bereits Hals über Kopf die Flucht ergriffen⁴³. Im ersten Verhör gestand Kette, daß die Kaiserlichen und Brandenburger noch heute Nacht die Stadt berennen würden⁴⁴. Eine Reihe von Personen wurde in die Untersuchung hineingezogen⁴⁵. Wirkliche Mittäterschaft konnte nur wenigen nachgewiesen werden. Auch die Tortur brachte keine neuen Bekenntnisse⁴⁶. Am 23. März fällten seine Richter gegen von der Kette das Todesurteil⁴⁷. Am 8. April fand auf dem Prinzipsalmarkt die Hinrichtung statt⁴⁸.

⁴¹ Bournonville an Kaiser Leopold, Deutsental bei Halle 11. 4. 1673: Der Bischof von Münster habe auf das ihm durch 2 Franziskaner überbrachte Schreiben nicht geantwortet. Beide seien unglücklicherweise gerade in Münster angekommen, als die Stadt wegen Kette unter Alarm stand. Der Bischof sei sehr ärgerlich auf ihn, Bournonville, da sein Name in den Ketteschen Papieren stand (OSR. 64, 8 Bl. 240).

⁴² Dr. Ham an Chr. Bernh., 23. 2. 1673: AV. 93.

⁴³ Bournonville an Kaiser Leopold, Minden 3. 3. 1673: Der Rheingraf sei nach Osnabrück geflohen, biete seine Dienste an und hoffe, seine 2 Regimenter auch herüberziehen zu können (OSR. 64, 8 Bl. 103). Merkwürdigerweise wurde dem Rheingrafen erst am 25. 2. eine Abteilung von 50 Reitern unter dem Rittmeister Joh. v. Soest nachgeschickt (AV. 93). Erst nach der Erbeutung eines Briefs v. d. Kettes an Bournonville fiel auf ihn Verdacht. Tücking S. 205. – Verteidigungsschrift des Joh. Ludw. Wild- und Rheingraf, an den Bischof von Straßburg geschickt, Daun 19. 6. 1673: AV. 93.

⁴⁴ Die Räte an Chr. Bernh., 23. 2. 1673: AV. Msc. 93.

⁴⁵ So hatte Kette den Erbmarschall der münst. Ritterschaft, Ferd. Frhr. v. Morrien zu Nordkirchen, der mit dem Bischof von ihren Vätern her tödlich verfeindet war, am 12. 2. zu einer Besprechung aufgefordert. Dem Obristen Meinerzhagen, einen im bischöfl. Dienst ergrauten Offizier von 67 Jahren, bot er eine kaiserl. Rente von 4000 Rtl. und Haus Assen als Belohnung für eine Teilnahme. M. lehnte ab. Dagegen erklärte der Obristwachtmeister Göcking seine Zustimmung. Er schlug vor, den Bischof zu ermorden und nicht gefangenzunehmen. Der Gerichtsprokurator Joh. ter Wellen erbot sich, mit 10–12 Bürgern, einigen Offizieren und Soldaten den Bischof in Dr. Göckmanns Haus gefangenzusetzen. Auch der Unterkommandant in Coesfeld, Obristleutnant Fissnack, erklärte als treuer Diener des Hauses Spanien sein Einverständnis. Er wurde am 22. 4. hingerichtet. Der Ritterschaftsyndikus Lic. Peter Wittfeld und Aldermann Walter Clute gerieten in Verdacht, ohne daß ihnen die Teilnahme mit Sicherheit nachgewiesen werden konnte. Ihre Freiheitsstrafen scheinen später zum Teil erlassen worden zu sein.

⁴⁶ Im ersten Verhör trat v. d. Kette selbstbewußt auf. Er warnte die vernehmenden Räte davor, ihn, einen kaiserl. Gesandten, hart anzufassen und hielt einen politischen Vortrag über die Entschlossenheit des Kaisers, jetzt gegen die französische Partei im Reich entschieden vorzugehen. Dabei deutete er an, daß Kaiser Leopold bei einem Einlenken des Bischofs möglicherweise die Annektierung gewisser niederländ. Gebiete billigen und freie Religionsübung in den Niederlanden gewährleisten werde. Dem Bischof winke der Grafentitel und die Investierung mit einigen eroberten Gebieten. Die Verhandlungen darüber könne der Geh. Rat Schulenburg bis zur Vertragsreife führen. Er, v. d. Kette, sei der Bräutigam einer Tochter Schulenburgs. Auf die Frage, warum er diese vorteilhaften Angebote dem Bischof nicht offen unterbreite habe, antwortete er, man sei in Wien der Meinung, daß die Bindung an Frankreich zu eng sei, als daß diese Versprechungen den Bischof von den Franzosen abziehen könnten (Protokoll in AV. 93). Der gesamte Prozeßverlauf im einzelnen bei Tücking S. 208 ff. – Der Bischof von Straßburg drang mehrmals darauf, daß man v. d. Kette »mächtig torquiere, daß er aussagen solle, ob Marquis de Grana nicht davon gewußt, und ob sie nicht eben dergleichen gegen die Stadt Köllen, hiesigen Kurfürsten, meinen Brudern und mich vorhaben«. Franz Egon an Chr. Bernh., 3. 3. 1673: AV. 93 – ⁴⁷ Gedr. bei Tücking S. 214.

⁴⁸ Über die Schicksale der übrigen Beteiligten vgl. Tücking S. 215 ff.

So unruhlich das Unternehmen verlief, es hinterließ erhebliche Wirkungen. Die Empörung des Bischofs über den Anschlag des Kaisers auf seine eigene Person trat hinter dem Gefühl äußerster Unsicherheit zurück. In planlosem Hin- und Herreisen kam die Furcht vor den eigenen Leuten zum Ausdruck⁴⁹. Er bat Turenne um Hilfe gegen die auswärtigen Feinde mit der Begründung, die münsterischen Truppen verdienten kein Vertrauen mehr⁵⁰. Gleichzeitig stürzte ihn der Gedanke in neue Sorge, die Franzosen könnten bei der Verfolgung des Gegners die Grenzen des Münsterlandes überschreiten. Sein Beauftragter im Lager des französischen Marschalls, ein Rittmeister von Galen, erhielt ausdrücklichen Auftrag, jeden Versuch der Franzosen, das Bistum zu betreten, abzuwehren⁵¹. Auf keinen Fall durfte geschehen, daß das Land im Augenblick großer innerer Schwäche durch eine französische Besetzung in den Zustand der Willenlosigkeit herabgedrückt und der Möglichkeit einer Annäherung an den Kaiser beraubt wurde. Um die Krise zu verbergen, hielt er es für geraten, der kaiserlich-brandenburgischen Partei Tatkraft und Entschlossenheit vorzuspiegeln, vor allem solange noch Gerüchte über das angebliche Gelingen des Anschlags im In- und Auslande umliefen⁵². In Köln verbreitete Marquis de Grana die Nachricht von der Einnahme der Stadt Münster⁵³. In Wien löste die Meldung, der Bischof und seine Hauptstadt seien in kaiserlich-brandenburgische Gewalt gefallen, »eine unsäglich Freude, und größer als vorhin mit Charleroi,« aus⁵⁴.

Da eine Änderung der kaiserlichen Politik, »Frankreich zu verfolgen und Holland in vorigen Stand zu setzen«⁵⁵, so wenig zu erwarten war, als der erhoffte Angriff Schwedens auf den Kurfürsten von Brandenburg eintrat, muß der Entschluß des Bischofs, gegen die andringenden Kaiserlichen und Brandenburger die Offensive zu ergreifen, als richtig bezeichnet werden⁵⁶. Das machte

⁴⁹ Der Bischof lehnte sogar ein Zusammentreffen mit Turenne auf Haus Assen, dem Wohnsitz seines eigenen Bruders ab, solange nicht alle Komplizen v. d. Kettes in Gewahrsam gebracht waren. Chr. Bernh. an v. Galen, 6. 3. 1673; E., H.

⁵⁰ Chr. Bernh. an Franz Egon, 25. 2. 1673; AV. Msc. 93.

⁵¹ Chr. Bernh. an v. Galen, 1. 3. 1673 und Instruktion für diesen v. 28. 2. 1673; E., H.

⁵² In Den Haag erschien am 3. 3. 1673 ein Druck: »Verhael, hoedanigh de Stadt Munster door den Ceurvorst van Brandenburgh is ingenomen« (GA. II A II 3).

⁵³ Franz Egon an Schwerin, Bonn 5. 3. 1673; MLA. Mil. 2059.

⁵⁴ Mayersheim an Chr. Bernh., 16. 3. 1673; MLA. 534, 5 III. Mayersheim blieb bei der Überzeugung, er könne nicht glauben, »daß dieser Verräter von hier, wie man sagen will, solle Befehl gehabt haben«. Jedoch erblickte er im Tode der Kaiserin und anderen traurigen Ereignissen ein Gottesgericht wegen der Haltung des Kaisers. Am 26. 3. berichtete er nochmals, der Hof und die Minister leugneten, Kette Auftrag erteilt zu haben. Sonst herrschte teilweise die Auffassung, Kette hätte nur das münsterische Heer dem Kaiser zuführen sollen. Am Kaiserhof ging das Wort, man könne nicht zusehen, wie »Kur- und Fürsten nach und nach in die französische Gewalt fallen und aus Kur- und Fürsten französische Kapellanen gemachet werden« (Ebd.). – Aufschlußreiche Erwähnung fand der Kettesche Anschlag übrigens bei der von Lisola geplanten Besetzung Lüttichs durch kaiserl. Truppen. Die kaiserl. Räte lehnten am 7. 4. 1673 den Vorschlag Lisolas v. 11. u. 13. 3. mit den Worten ab: »Die Ursachen aber sind diese: 1. dann erstlich wäre dardurch sein, des Lisola, Person in höchster Gefahr, wann diese Impression wie zu Münster übel reüssieren sollte, er dem spöttlichsten Affronto unterworfen«, und 2. sei auch die kaiserl. Armee zu weit entfernt (OSR. fasc. 30 p. 7).

⁵⁵ Mayersheim an Chr. Bernh., 26. 2. 1673; MLA. 534, 5 III.

⁵⁶ Auch Franz Egon riet am 1. 3. 1673 dazu: »Es wäre nun die rechte Zeit, daß man Brandenburg am Sparenberg Visite geben täte. Wann wir die Halbscheit der Feuermörser, so wir vor Groningen gebraucht, hätten, so würde gewiß von dem

eine Abstimmung der Feldzugspläne unter den Verbündeten erforderlich. Nach anfänglichem Sträuben stimmte der Bischof, der außerhalb der Ludgersburg um seine Sicherheit bangte, auf Drängen Wilhelm Egons einer Konferenz auf Haus Assen mit Turenne zu⁵⁷.

Mit Wilhelm Egon von Fürstenberg vereinbarte er dort die gemeinsame Verteidigung und Verwaltung der Provinz Overijssel unter dem Zugeständnis gleichberechtigter Landeshoheit Kurkölns, jedoch ohne vom alleinigen Recht an den Kontributionen abzustehen. Die in Aussicht genommene Schleifung einiger Festungen deutete auf die Absicht, das Land teilweise zu räumen, wenn es die militärische Lage im Reich erforderte⁵⁸.

Auch als französischer Beauftragter schloß Wilhelm Egon auf Haus Assen mit dem Bischof einen Vergleich. Die Herrschaften Bredevoort und Lichtenvoorde behielt sich Christoph Bernhard als Stiftseigentum vor und verzichtete dafür auf 1000 Rtl. an den gemeinsamen Kontributionen in der Grafschaft Mark. Alle Kontributionen der Grafschaft Ravensberg und im Fürstentum Minden⁵⁹, so weit sie erobert werden konnten, überließen die Franzosen dem Bischof von Münster. Ihr weitgehendes Entgegenkommen entsprang dem Wunsch, den Partner beim Bündnis zu erhalten⁶⁰.

In der Tat bemühte sich Christoph Bernhard, unmittelbare Berührungen mit den kaiserlichen Truppen peinlichst zu vermeiden. Bei dem verabredeten Feldzugsplan überließ er es allein Turenne, die kaiserliche Armee in Schach zu halten. Er selbst beabsichtigte nur, gegen die brandenburgischen Truppen vorzugehen. Auch in dem seltsamen Verlauf des Prozesses gegen Adam von der Kette äußerte sich der Wunsch, den Kaiser möglichst wenig zu verstimmen. Auffällig oft drängte der Bischof auf eine schnelle Beendigung des Falles. Die Bekenntnisse des Angeklagten gestalteten die Rechtslage an sich höchst einfach. Das Gericht hätte mit aller Ruhe einen auswärtigen Verteidiger, wie es von der Kette forderte, zulassen können. Trotzdem verfiel der Antrag der Ablehnung. Auch das von dem Angeklagten erbetene Appellationsverfahren wiesen die Richter zurück. Obgleich aus den mitgeführten Schutzbriefen einwandfrei hervorging, daß er im Auftrag des Kaisers reiste, erhielt er keine Erlaubnis, sich nach Wien zu wenden, um seine Eigenschaft als kaiserlicher Gesandter nachweisen zu können. Selbst die die Untersuchung führenden Räte klagten über das stürmische Drängen des Bischofs auf Abschluß. Nicht einmal das Aktenstudium gestattete er ihnen, um ein juristisch unanfechtbares Urteil abfassen zu können⁶¹.

Schloß wie auch der Lipstadt nicht viel stehen« bleiben (AV. 93). Er wiederholte seinen Wunsch nach einem Angriff auf Lippstadt am 6. 3. mit dem Zusatz, die Stadt möge nicht zerstört werden, da der Kurfürst von Köln Soest und Lippstadt wieder in seinen Besitz nehmen wolle.

⁵⁷ Das Treffen fand am 10. März statt. Chr. Bernh. an v. Galen, 7. 3. 1673: E., H.

⁵⁸ Undat. Vergleich in MLA. Mil. 2059.

⁵⁹ Vertrag v. 16. 3. 1673: MLA. Mil. 2059. Der Vertrag über Ravensberg und Minden auch in CM. 3 Bl. 35. Bemerkungen Wilh. Egons zu den Forderungen des Bischofs: Ebd. Bl. 40.

⁶⁰ Der Bischof begründete seine Forderungen damit, daß die von den Franzosen verübte Verheerung des Hzgtm. Kleve ihm die Feindschaft des Kurf. von Brandenburg ohne eigene Schuld zugezogen habe.

⁶¹ Die Räte an Chr. Bernh., 23. 3. 1673: Die Untersuchungskommission habe »sich beklagt, daß sie wegen Enge der Zeit, indeme sie stark stringiert worden, die Acta nicht alle selbst nachsehen können, sondern nur durch einen daraus referieren lassen und den Extractum gelesen« (AV. 93). Die Judicialia des Prozesses siehe bei Wiens S. 424 ff.

Dem merkwürdigen Verhalten lag allein der Wunsch des Bischofs zugrunde, die dunkle Beteiligung des Kaisers nicht in die Öffentlichkeit dringen zu lassen. Werner Zurmühlen wies darauf hin, daß das kaiserliche Protektorium und die Pässe für von der Kette in den gedruckten Prozeßbericht deshalb nicht aufgenommen seien, weil das Ansehen des Kaisers nicht belastet werden sollte⁶². Ja, der Bischof stellte die absurde Behauptung auf, der Kurfürst von Brandenburg sei der eigentliche Urheber des Anschlages gewesen⁶³. Sein Verfahren entsprang nicht allein dem Feingefühl gegenüber dem Reichsoberhaupt, sondern zumeist dem realen Wunsch, das Verhältnis zum Wiener Hof so wenig wie möglich zu trüben, aber auch der Einsicht, daß es nicht ratsam schien, als persönlicher Feind des Kaisers erwiesen zu werden. Nur ein Geheimerbericht an den Kurialen Felix Marcha enthielt die unumwundene Angabe, von der Kette habe im Einverständnis mit den Fürsten Lobkowitz und Schwarzenberg, Graf Lamberg und Hofkanzler Hoher gehandelt und von diesem den Rat empfangen, den Bischof zu verhaften⁶⁴.

Die allgemeine Kriegslage gestattete dem Bischof ein Aufatmen. Turenne hielt die feindlichen Heere in der Verteidigung und erlaubte ihnen nur unwirksame Überfälle⁶⁵. Das Hauptheer des Kurfürsten von Brandenburg trat sogar unter Zurücklassung von Besatzung in Lippstadt, Minden und auf dem Sparrenberg den Rückzug über die Weser an. Mit Leichtigkeit bemächtigten sich die münsterischen Truppen des platten Landes und einiger Städte im Ravensbergischen. Ihr Angriff auf den Sparrenberg mißlang dagegen kläglich⁶⁶. Auch die kaiserlichen Truppen zogen sich, ohne daß ein ernsthaftes Gefecht mit den Franzosen stattgefunden hätte, nach Thüringen und schließlich Böhmen zurück. Die Gründe hierfür lagen in dem sich anbahnenden neuen Verhältnis zwischen Frankreich und Brandenburg. Enttäuscht über die mangelhaften Geldzahlungen der Holländer und die schlechte Bundesgenossenschaft des Kaisers hatte der Kurfürst durch den pfalzneuburgischen Vizekanzler Stratmann in Paris Verhandlungen aufnehmen lassen, die schon am 10. April zu einem Präliminarvertrag führten. Der Kurfürst versprach, alle Feindseligkeiten gegen Frankreich und seine Verbündeten einzustellen, und erhielt dafür die Zusage, daß ihm alle eroberten Plätze in seinen Ländern, mit Ausnahme der erst nach dem Frieden auszuliefernden Festungen Wesel, Rees und der Lipperschanze erstattet werden sollten. Alle Kriegskontributionen in Kleve, Mark und Ravensberg hörten mit dem 10. April auf⁶⁷.

⁶² Zurmühlen an Bruchausen, 8. 4. 1673: Ebd. Tücking S. 220 f.

⁶³ Chr. Bernh. an Philipp Wilhelm, 27. 3. 1673: MLA. 12, 10.

⁶⁴ Bericht v. 14. 4. 1673: AV. 93. — ⁶⁵ Vgl. im einzelnen Tücking S. 222 ff.

⁶⁶ Chr. Bernh. an v. Galen, 23. 3. 1673: Er solle den Franzosen nichts von der Belagerung des Sparrenbergs sagen. Wenn Turenne oder Wilhelm Egon schon davon gehört hätten, solle sie als Irrtum erklärt werden, da nur der Ravensberg eingenommen werden sollte und auch besetzt worden sei (E., H.). Auch Bielefeld konnte nicht genommen werden. Vgl. Bericht des Magistrats v. 11. 4. 1673: UA. 13 S. 560 ff.

⁶⁷ Die Entfremdung zwischen dem Kurfürsten und dem Kaiser nahm im April schnell zu. Schwerin, der die Fortführung des Krieges nicht wünschte, konnte sich gegen Somnitz und Crockow leicht durchsetzen. Auch die Rücksicht auf die Westprovinzen zwang den Kurfürsten zum Vergleich mit Frankreich. Protokoll des Geh. Rats v. 28. 4. 1673 (DZA., Rep. 21, 127 Nr. 34). Der Kurfürst führte aus: »Die Sachen sind itzo in andern Stand. Die Kaiserlichen haben nicht wollen agieren. Holland hätte kein Geld gegeben. Dadurch sind meine Lande ruinieret. Mit den übrigen gehet es auch zugrunde. Lippstadt, Minden, Kalkar und Sparrenberg dürfte ich auch verlieren. Entsetzen kann ich es nicht. Werden keine Lebensmittel haben, ist Miß-

Dem Bischof von Münster kam der Vertrag nicht unerwartet⁶⁸. Herzog Philipp Wilhelm kündigte ihm schon am 10. März die Reise Stratmanns nach Paris an, die der Wiederherstellung des Friedens im Westfälischen Kreis dienen solle, und bat, alle Feindseligkeiten gegen Brandenburg im Interesse der neuen Entwicklung zu vermeiden⁶⁹. Fast gleichzeitig richtete der schwedische Obrist Bernhard Christian Wangelin dieselbe Bitte an den Bischof⁷⁰. In der Enttäuschung über den Verlust der ihm gerade erst im Vergleich von Assen zugestandenen Kontributionen zeigte Christoph Bernhard wenig Lust, diesen Forderungen nachzukommen. Dem empörten Pfalzgrafen⁷¹ bedeutete er, daß die Waffenstillstandsverhandlungen in Soest zwischen Verjus und den Brandenburgern gescheitert seien und alles darauf hindeute, daß der Kurfürst nur bessere Tage abwarte, um seine Feinde erneut zu überfallen⁷².

Mit frischem Mut bereitete der Bischof einen energischen Sommerfeldzug vor⁷³. Auch wenn die Friedensverhandlungen in Gang kommen sollten, würde ein kräftiges Auftreten im Felde die eigene Ausgangsstellung nur verbessern.

wachs dar gewesen. Das übrige ist verzehret. Sehe also nicht, wie Holland zu assistieren. Schweden kommt itzo mit 18 000 Mann. Hoffe zwarn alles Gute, aber versichern kann ich nicht. Herzog Johann Friedrich hat sich pro Gallo declarieret.« Auch für münst. Gesandte zu den Friedensverhandlungen stellte der Kurfürst am 27./17. 4. 1673 einen Geleitbrief aus (MU. 4633).

⁶⁸ Triumphierend schrieb Franz Egon dem Bischof (8. 5. 1673; MLA. 541, 2 b), durch den bevorstehenden Vergleich Kurbrandenburgs mit Frankreich und seinen Verbündeten verliere der Kaiser jedes Recht der Einmischung in den holländischen Krieg. – Schwer glaublich ist die Ehrlichkeit seiner Ansicht, Frankreich plane keine Eroberungen im Reich: »Es ist ja zu lachen, daß Kaiserliche vorgeben, daß, wann die Kron Frankreich nichts vom Reich begehren würde, daß sie alsdann selbiger Kron auch nit zuwider sein wollen, da man doch gnugsam siehet und spüret, daß selbige nichts vom Reich verlange« (Franz Egon an Hettinger, 11. 5. 1673; KKKK. Nr. 63 a).

⁶⁹ Philipp Wilhelm an Chr. Bernh., 10. 3. 1673; MLA. 12, 10.

⁷⁰ Wangelin an Chr. Bernh., Loccum 14./4. 3. 1673; Ebd. Vgl. Köcher II S. 294 f. Die wenig befriedigende Antwort des Bischofs v. 20. 3. 1673; Ebd. – Wangelin bat auch den Bischof von Paderborn um Vermittlung und beeindruckte ihn durch ein schreckensvolles Bild von kriegerischen Plänen in Ostwestfalen (Wangelin an Bischof Ferdinand, Berlin 17. 3. 1673; MLA. 12, 10). Ferdinand sandte das Schreiben am 25. 4. mit dem Zusatz nach Münster weiter, daß der König von Frankreich brandenburg. Gegenschläge bei Fortdauer der münst. Feindseligkeiten billigen werde (ebd.). Das Urteil Christoph Bernhards über den Schritt Wangelins enthält sein Schreiben v. 28. 4. an Ferdinand: Wangelin habe sich nur bemüht, nachdem die Brandenburger und Oesterreicher Westfalen verließen, »durch sein Anschreiben alle dardurch erlangte Avantage zu sistieren, deme wir darauf mit ernstlichen Remonstrationen begegnet« (ebd.). – Ferdinand hatte Anlaß zur Sorge, nachdem der Bischof von Münster trotz den Nachrichten vom Fortschritt der Waffenstillstandsverhandlungen in Paris auf kräftige Schläge gegen Lippstadt drang (Chr. Bernh. an Ferdinand, 25. 3. 1673; MLA. 540 b IV) und sich selbst daran machte, die ravensbergischen Städte zu besetzen (Chr. Bernh. an v. Galen, 26. 3. 1673; Turenne solle die französ. Salvaguardia für Herford widerrufen. Generalwachtmeister v. Nagel warte in Enger darauf, die Stadt angreifen zu können. Nagel kam am 27. 3. vor Herford an: E., H.).

⁷¹ Philipp Wilhelm an Chr. Bernh., 11. 4. 1673; MLA. 12, 10.

⁷² Chr. Bernh. an Phil. Wilh., 14. 4. 1673; Der Herzog versuchte, am 14. u. 28. 4. nochmals den Beweis zu führen, daß die Absichten Brandenburgs ehrlich gemeint seien, und dem Bischof von kleinlichen Rachegeulüsten abzuraten. Auch hierauf beteuerte der Bischof am 25. 4. seine Friedensliebe, äußerte aber die Befürchtung, Brandenburg werde sich mit Holland enger verbinden.

⁷³ Der Bischof stimmte erfreut einer Konferenz mit Wilh. Egon und Verjus im Kloster Cappenberg zu, zumal er hörte, daß jener 5000 Taler mitbringen und über die

Bei der Planung des Sommerfeldzuges rechnete der Bischof bereits fest mit dem Ausscheiden Brandenburgs, bevor der Vertrag von Vossem am 6. Juni endgültig unterzeichnet wurde. In die Freude über das Ausscheiden des gefährlichsten Feindes in Deutschland mischte sich aber als bitterer Tropfen die Einsicht, daß Frankreich seine Verbündeten über derartige Verhandlungen nicht zu unterrichten pflegte. Wenn der König schon in diesem Falle so unbekümmert verfuhr, wieviel mehr mußte ein Separatfriede mit Holland befürchtet werden, wenn er nur seinen Vorteil dabei fand. Zog Frankreich sich unvorhergesehen aus dem Kriege zurück, gingen alle Eroberungen auf niederländischem Boden verloren. Wie immer, wenn das Gefühl der Wehrlosigkeit gegenüber dem mächtigen Bundespartner überhand nahm, besann sich der Bischof auf ein deutsches Bündnis als Gegengewicht. Vielleicht schloß sich einer Verbindung des Kurfürsten von Köln mit Münster und Hannover auch der Kurfürst von Brandenburg an⁷⁴.

Auf jeden Fall befreite der bevorstehende Vergleich zwischen Frankreich und Brandenburg den Rücken des Bischofs von ständiger Bedrohung. Er bereitete sich vor, die Festung Coevorden wieder in seine Gewalt zu bringen⁷⁵. Zu seiner Bestürzung hielt jedoch Wilhelm Egon seine auf Haus Assen gegebenen Versprechungen nicht ein. In Cappenberg wartete der Bischof vergeblich auf ihn und die zugesagten 5000 Taler⁷⁶. Inzwischen verfloß die kostbare Zeit. Es gelang zwar, Gramsbergen zu erobern und die Aufstauung der Vechte vor Coevorden einzuleiten, aber die zur Rückendeckung bei Steenwijk erwarteten 3000 kölnischen Soldaten trafen nicht ein⁷⁷, dagegen versammelten die Holländer ein großes Heer in Westfriesland. So gelang es nicht, Coevorden nach der Groninger Seite abzuschließen. Unter den Augen der Belagerer brachten die Holländer gewaltige Vorräte in die vom Wasser fast ganz umgebene Festung. Dem Bischof blieb kein anderer Trost als dieser: »Mir ist vorerst effectus genug, daß mein Land von den feindlichen Excursionen befreiet⁷⁸.«

overijsselschen Kontributionen abrechnen wollte. Er brauchte das Geld dringend zur Auffrischung des Heeres. Mit hochfliegenden Plänen über die Heranziehung französ. Hilfstruppen zu seinen strategischen Absichten war er bei zunehmender Wetterbesserung schnell zur Stelle (Chr. Bernh. an Wilh. Egon, Wolbeck 21. 4. 1673: MLA. Mil. 2027).

⁷⁴ Ratsprotokoll v. 15. 5. 1673: GR. 596.

⁷⁵ Chr. Bernh. an Bischof Ferdinand (nach 16. 5. 1673): MLA. Mil. 2031. Der Kinderen II S. 212.

⁷⁶ Chr. Bernh. an Wilh. Egon, Cappenberg 18. 5. 1673: MLA. Mil. 2031.

⁷⁷ Chr. Bernh. an Franz Egon, St. Ludgersburg 19. 5. 1673: MLA. 541, 2b.

⁷⁸ Desgl., 20. 6. 1673: Ebd.

41. KAPITEL

DIE FRIEDENSVERMITTLUNG

Die getrübbte Freude über das Ausscheiden des Kurfürsten von Brandenburg aus dem Kriege verdüsterte sich noch durch Nachrichten über Einfälle kleinerer brandenburgischer Einheiten in das Münsterland¹. Ungewißheit über die wahren Absichten des Kurfürsten mischte sich mit dem Ärger über den Verlust der gerade gewonnenen ravensbergischen Kontributionen². Mit ungewöhnlicher Härte bestand Pfalzgraf Philipp Wilhelm auf Räumung aller kurfürstlichen Länder durch das münsterische Heer, um nicht den Frieden von Vossem zu gefährden. Weit mehr Enttäuschung hinterließ aber am bischöflichen Hof der eigenmächtige Sonderfriede Frankreichs mit Brandenburg³, der den zu Oberhausen gegebenen feierlichen Versprechen Louvois' gänzlich widersprach. Auch die immer wieder erbetene Hilfe zum Angriff auf Westfriesland und Groningen leisteten die Franzosen nicht. In Overijssel zogen sich die königlichen Intendanten durch Kontributionserhebung an Münster vorbehaltenen Orten den Zorn des Bischofs zu. Als schließlich Wilhelm Egon der Cappenberger Konferenz fernblieb, glaubte Christoph Bernhard sicher zu sein, daß Frankreich die Kriegführung und Bundesgenossenschaft nicht mehr ernst nahm.

Das Mißtrauen des Bischofs gegenüber Frankreich und seine Klagen über mangelhafte Unterstützung entbehrten nicht des Grundes. Die Planung des Sommerfeldzuges, von dem er den endgültigen Sieg erhoffte, darf deshalb in ihrer geistlosen Anlage nicht allein ihm zur Last gelegt werden. Da ihm für den Bewegungskrieg die Kräfte fehlten, versuchte er, wie oben erwähnt, sein Ziel durch Einschließung der Festung Coevorden zu erreichen. Mit ungeheurem Arbeitsaufwand ließ er die Vechte aufstauen, um die Stadt unter Wasser zu

¹ Chr. Bernh. an Wilh. v. Fürstenberg, 22. 5. 1673: Die Brandenburger hätten aus der Festung Lippstadt einen schädlichen Einfall verübt (E., H.).

² Auf die Mahnung Turennes v. 23. 5. 1673 (Grimoard II S. 697) gab der Bischof am 31. 5. Matth. Korff-Schmising Weisung, dem Marschall seine Bereitschaft zur Waffenruhe mit Brandenburg auszusprechen (MLA. Mil. 2031). Von der Einstellung der Kontributionen wollte er jedoch nichts wissen. Der Kurfürst drohte daher, den Ravensberg, auf dem eine münst. Besatzung lag, zu erobern und damit den Frieden erneut in Gefahr zu bringen (Franz Egon an Hettinger, 4. 6. 1673. KKKS. 63a). Auch Louvois zeigte sich um die Waffenruhe zwischen dem Kurfürsten und Bischof äußerst besorgt und wies Turenne an, »que vous parliez ferme à M. l'Evêque de Munster, pour l'obliger à se mettre en cela à la raison« (Grimoard II S. 278). Am meisten drängte Pfalzgraf Philipp Wilhelm zur Räumung der ravensbergischen Plätze, zuletzt am 18. 7., als Meinders auf der Rückreise aus Paris mit der Ratifikation des Vertrages von Vossem in Düsseldorf Besuch machte (MLA. 539, 8).

³ Nuntius Pallavicinio berichtete am 28. 5. 1673 dem Papst die große Unzufriedenheit des Bischofs von Münster über den französ.-brandenburg. Separatfrieden (NC. 45 Bl. 130).

setzen. Er hätte sich jedoch im Frühling sagen müssen, daß mit der Eroberung der Festung wenig gewonnen war. Im Vorjahre lag nach der Einnahme Coevordens das Land bis vor Groningen ungeschützt seinem Zugriff offen. Jetzt aber stand ein holländisches Heer von 12 000 Mann an den Pässen durch die Sümpfe nach Westfriesland und Groningen. Größeren Erfolg hätte die Wegnahme eines oder mehrerer Pässe versprochen, wahrscheinlich wäre sogar die Versorgung Coevordens dadurch in Schwierigkeit geraten, aber die eigenen Kräfte reichten eben dazu nicht aus. Nicht einmal die Abriegelung der Festung gelang vollkommen.

Andererseits blieb dem Bischof kaum verborgen, daß der Gegner seine Kräfte sammelte. Trotz mancher Einbußen zur See vermochten die Holländer größere Heere als im vergangenen Jahre aufzustellen. Ihr Einverständnis mit dem Kaiser vertiefte sich. Allmählich reiften die Früchte der Arbeit Lisolas in Den Haag^{3a}. Deshalb betrachtete der Bischof es als nächstliegende Aufgabe, den Substanzverlust seines französischen Bündnisses durch anderweitige Verbindungen auszugleichen. Herzog Johann Friedrich von Hannover galt als treuer Anhänger Frankreichs, so daß ein Anschluß an ihn in Paris keinen Argwohn erwecken konnte. Für einen Anteil an den Subsidien fand sich der ewig geldhungrige Herr vielleicht zu einem gemeinsamen Waffengang gegen Holland, das Einverständnis Frankreichs vorausgesetzt, bereit. Auf jeden Fall schien es ratsam, durch Matthias Korff-Schmising Meinung und Absichten des Herzogs in Erfahrung zu bringen⁴.

Schon im April hatte der Domdechant in Hannover seine Fühler ausgestreckt, ja vielleicht verabredete man schon damals, einen eventuellen Friedensschluß zwischen Frankreich und Brandenburg zu Fall zu bringen⁵. Ähnlich wie den Bischof ängstigten den Herzog diese Aussichten, weil sie ihm die Hoffnung auf Erwerb des Fürstentums Minden raubten. Vielleicht strichen ihm die Franzosen in diesem Falle sogar die Subsidien. Verjus versuchte den Herzog durch Zukunftsbilder von Erwerbungen westfriesischer Gebiete zu locken, erregte aber aufs neue seinen Ärger durch die Forderung, sich gemeinsam mit Turenne dem kaiserlichen Vormarsch aus Böhmen in den Weg zu stellen. Dazu ließ sich der Herzog in keiner Form bewegen. Zu groß war seine Furcht vor dem Braunschweiger Bunde, der sich mehr und mehr als Werkzeug kaiserlicher Politik entpuppte. Nur zu einem Verteidigungsbündnis mit Kurköln und Münster wollte er sich allenfalls unter der Bedingung verstehen, an den Eroberungen und Entschädigungen beteiligt zu werden. Nur in diesem verhältnismäßig engen Rahmen konnte Korff-Schmising verhandeln. In der Tat boten die unbefriedigenden Entschlüsse des Herzogs keine Grundlage zum Aufbau einer neuen Politik.

So blieb dem Bischof wiederum nur der Weg, das gestörte Verhältnis zum französischen König neu zu ordnen. Gegenseitige Vorwürfe über Verletzung des Friedens von Vossem bzw. über die Untätigkeit des französischen Heeres in Westfalen, wie sie Verjus und der Domdechant Ende Mai in Hameln austauschten, brachten beiden Teilen keinen Nutzen⁶. Deshalb fertigte der Bischof

^{3a} Auch mit Dänemark schlossen die Generalstaaten ein Beistandsbündnis ab, 1673 Mai 20./10. Dumont VII. I S. 223.

⁴ Ratsprotokoll v. 22. 5. 1673: GR. 596.

⁵ Köcher II S. 300, mit Verweis auf Turennes Notiz über M. Korff-Schmising v. 13. 4. 1673 (Grimoard II S. 238).

⁶ Ratsprotokoll v. 8. 6. 1673: GR. 596.

sowohl den Komtur in den letzten Maitagen nach Paris⁷, als auch seinen Bruder, den Domdechanten, in das Feldlager Turennes ab.

Die Verschiedenartigkeit beider Instruktionen verriet, wo den Bischof der Schuh drückte. Die Anweisungen für den Komtur flossen über vom Unmut des Bischofs und Klagen über mangelhafte Bundestreue, entbehrten aber aller praktischen Vorschläge zur Verbesserung des politischen Klimas. Die Sicherheitsforderungen des Bischofs gegenüber Brandenburg mußten in französischen Ohren höchst unrealistisch klingen. In Paris fand zweifellos niemand Gefallen daran, nach dem mühselig erzielten Friedensschluß das Verhältnis zum Kurfürsten Friedrich Wilhelm durch Verfechtung münsterischer Wünsche in wichtigen Angelegenheiten, wie der Herrschaft Werth, der Grafschaft Gemen und strittiger Archidiakonalgrenzen an der Lippe, erneut zu gefährden. Wenig Sinn enthielt auch die Mahnung zur Zerstörung der holländischen Republik, um dem Stift Münster dauerhafte Ruhe zu verschaffen, in einem Augenblick, in dem Frankreich Friedensfühler ausstreckte und nach der Verlagerung des Feldzuges in das Reich kaum eine Aktivierung des Krieges in Holland anstrebte. Den zahllosen Klagen des Bischofs über französische Eingriffe in bewiesene und unbewiesene Kontributionsansprüche auf niederländischem Gebiet vermochte der König angesichts der Selbständigkeit der örtlichen Intendanten auch bei gutem Willen kaum abzuwenden. Nur der Schluß des langen Schriftstücks enthielt den einzigen vernünftigen Vorschlag: Die Kontributionsgebiete im eroberten Lande endlich territorial klar zu scheiden, wobei der Bischof, wenn ihm die Herrschaft Bredevoort uneingeschränkt überlassen würde, zur Streichung aller rückständigen Forderungen bereit war⁸.

Die Instruktion Matthias Korff-Schmisings für die Reise in das Feldlager Turennes⁹ trug dagegen politischen Charakter. Zwar beherrschte auch sie der Ton bitteren Vorwurfs über den Vertrauensbruch beim Abschluß des Friedens von Vossem¹⁰, über den Herr Stratmann früher als er, ein Reichsfürst, Kenntnis besaß, und über die mangelnde Berücksichtigung seiner eigenen Sicherheit, und enthielt auch sie die Forderung auf sofortige Hilfe für das zum Sommerfeldzug bereitstehende münsterische Heer; der Hauptton des Schriftstückes lag jedoch auf der deutlichen Forderung an Turenne, den Vormarsch in das Reich abzubrechen. Diese Frage unterliege der Zustimmung aller Verbündeten und nicht der französischen Entscheidung allein. Setze der Marschall den Feldzug in Deutschland fort, so werde er alle Stände gegen den König empören. Der Friedensschluß mit Brandenburg verliere seinen Sinn, wenn Kaiser und Reich gegen Frankreich aufstünden. Der Bischof sprach damit ein ahnungsvolles Wort. Turennes bevorstehender Zug bedeutet einen Markstein auf dem Weg zu entschlossenerem Widerstand gegen die räuberischen Methoden Ludwigs XIV. im Reich. Er leitete schließlich auch die endgültige Abwendung Christoph Bernhards von Frankreich ein.

Der ehrlichen Furcht des Bischofs vor weiteren Fortschritten des Marschalls lag ein gut Teil echter Vaterlandsliebe zugrunde, aber auch die Angst vor unabsehbaren Gefahren für sein eigenes Land. Die Franzosen gaben zu er-

⁷ Beglaubigungsschreiben v. 29. 5. 1673: CM. 3 Bl. 61.

⁸ Instruktion v. 29. 5. 1673: MLA. 12, 13 I.

⁹ Instruktion v. 8. 6. 1673: Ebd.

¹⁰ Offiziell begrüßte der Bischof am 26. 7. 1673 in einem Schr. an den Kurfürsten von Brandenburg den Friedensschluß: UA. 13 S. 565.

kennen, ihr Heer unter dem Motto der Hilfeleistung für ihre deutschen Verbündeten marschieren lassen zu wollen. Erfolgte kein Widerspruch, so bestand der Vorwurf eines Angriffs auf die kaiserlichen Truppen zu Recht. Was ihm auch immer in Wien vorgeworfen werden konnte, niemand vermochte dem Bischof eine feindliche Handlung gegen das kaiserliche Heer nachzuweisen. Wenn dieser Grundsatz durch den Vormarsch Turennes durchbrochen wurde, so stand nicht nur der Einmarsch Bournonvilles in das Stift, sondern auch eine strenge Abrechnung mit dem treubruchigen Verbündeten des Königs von Frankreich bevor¹⁰. In diesem Fall konnte geschehen, daß der Kurfürst von Brandenburg in abermaligem Parteiwechsel die günstige Gelegenheit ergriff, um namens des Kaisers – nicht nur vorübergehend – die Hand auf das Bistum Münster zu legen.

Freilich verhehlte sich der Bischof nicht, daß Turenne auf einfaches Zureden seinen verhängnisvollen Plan nicht aufgeben würde. Die militärische Notwendigkeit, den Kaiserlichen den Weg in die Niederlande zu verlegen, ließ sich nicht leugnen. So setzte er seine Hoffnung auf den auch von Verjus propagierten Bündnisplan zwischen Bayern, Osnabrück, Hannover, Paderborn und Münster. Wenn dieser neue Bund sich zur Errichtung eines kräftigen Heeres aufraffte, das imstande war, der kaiserlichen Armee den Weg zu versperren, – das Recht hierzu lieferten die Bestimmungen des Westfälischen Friedens, die dem Kaiser verboten, die Feinde Frankreichs zu unterstützen – so hätte er aus eigener Kraft die Rolle, die Turennes Armee zu spielen sich anschlückte, übernehmen und ihren Zug in das Reich überflüssig machen können¹¹. Und noch eine andere, sehr naheliegende Furcht verband der Bischof hiermit. Ein Abmarsch der Franzosen aus Westfalen lieferte ihn einem Überfall brandenburgischer oder holländischer Truppen hilflos aus. Gelang es dagegen, Turenne zu seiner Truppenhilfe vor Coevorden und zum Angriff auf Westfriesland, also außerhalb des Reichs, zu überreden, hätte man seine Kräfte auf einem weniger gefährlichen Kriegsschauplatz und in der Nähe des Bistums gefesselt, gleichzeitig aber sein Hauptheer so geschwächt, daß es den Vormarsch in das Reich nicht wagen durfte. Mit dem neuerstandenen deutschen Bündnis im Rücken vermochte man ihm außerdem mit größerer Selbstsicherheit entgegenzutreten¹². Über diese Beweggründe sollte der Domdechant erklärlicherweise dem Marschall keine näheren Aufschlüsse geben.

Für das Gelingen des Versuches, den Krieg vom Reich fernzuhalten, bestand von vornherein wenig Aussicht auf Erfolg. Der Bündnisplan hinterließ in Osnabrück keinerlei Eindruck; in Hannover begegnete man ihm mit Mißtrauen. Die Kräfte des Bischofs von Paderborn bedeuteten nicht viel, und Bayern allein konnte das gesteckte Ziel nicht gewährleisten, zumal das münsterische Heer durch den Krieg gebunden war. Immerhin hinterließen die Vorstellungen des Domdechanten Korff-Schmising bei einem Gespräch in Neu-

¹⁰ Mayersheim berichtete am 2. 7. 1673 aus Wien, daß einige in Reichssachen unerfahrene Leute – wenn der Resident so sprach, meinte er immer den Hofkanzler Hoher – den Bischof von Münster »wider alle Vernunft und Rechte« verfolgten und ihm »eine Reichsfeloniäm aufzutringen« sich nicht scheuten. Wenn die kaiserl. Waffen den Sieg davontrügen, würde es sicherlich »ungeschliffene Leute« geben, um dergleichen Vorsätze zu verwirklichen (MLA. 534, 5 III).

¹¹ Ratsprotokoll v. 9. 6. 1673: GR. 596.

¹² Ratsprotokoll v. 10. 6. 1673: Ebd. – Chr. Bernh. an M. Korff-Schmising, 13. 6. 1673: MLA. Mil. 2070.

haus bei Paderborn einen so starken Eindruck auf Verjus, daß der Gesandte mit fast den gleichen Worten wie der Bischof beschwörend vor einem Zug Turennes in das Reichsinnere warnte. Er wies Pomponne auf die unausbleibliche Folge einer sonst durch nichts zu erzielenden Vereinigung aller Reichsfürsten mit dem Kaiser hin. Wenn Turenne schon im Reich stehen bleiben müsse, so solle er auf waldeckischem oder nassauischem Gebiet Quartier beziehen, wie es der Bischof von Münster riete, um diese eng mit Holland verbundenen Fürsten zu schädigen¹³.

In seiner Antwort gestand Turenne dem Domdechanten zu, daß es zwar besser wäre, wenn keine französische Armee auf deutschem Boden stünde, aber die militärische Lage erfordere es und lasse auch keine Abordnung von Teilen des Heeres nach Friesland zu. Sein König habe ihm die alleinige Aufgabe gestellt, den kaiserlichen Truppen den Durchzug zu verwehren und höchstens der Festung Maastricht Unterstützung zu schicken¹⁴.

Noch weit enttäuschender lauteten die Nachrichten des Komturs aus dem französischen Feldlager. »Wann einer schon mit Engelzungen redete, würde er es nit anders persuadieren.« Voller Kummer gestand er, in allem, was ihm aufgetragen, nicht das geringste ausrichten zu können¹⁵. Ja, ihm schien es, als ob die Franzosen durchaus nicht mehr eine völlige Demütigung der Holländer anstrebten¹⁶. Das Schwergewicht des Krieges verlagerte sich eindeutig nach Deutschland und versetzte die Niederlande zur größten Sorge des Bischofs in den Rang eines Nebenkriegsschauplatzes, an den der König keine unnötigen Kräfte mehr zu verschwenden gedachte. Fast hilflos mutete gegenüber dieser Entwicklung der Versuch des Bischofs an, die schon auf den Frieden mit den Generalstaaten zielenden Gedanken der Franzosen¹⁷ noch einmal auf ihre vertraglichen Pflichten hinzulenken, keinen Sonderfrieden ohne Zustimmung der Verbündeten und ohne Garantie der gemachten Eroberungen zu schließen¹⁸.

Zur selben Zeit, als der Komtur unverrichteter Dinge das französische Feldlager vor Maastricht verließ, erfüllten sich die ersten schlimmen Ahnungen des Bischofs. Der Druck der Holländer aus Westfriesland und Bourtagne verstärkte sich so, daß das münstersche Heer, dessen Hauptmacht noch immer vor Coevorden lag, die Moorpässe bei Staphorst und Rouveen räumte, um sich der Gefahr einer Umklammerung zu entziehen. Den Holländern stand nun der freie Zugang in die Provinz Overijssel offen. Die Schuld hierfür schob Christoph Bernhard auf das Ausbleiben französischer und kurkölnischer Unterstützung¹⁹. Franz Egon von Fürstenberg wußte achselzuckend nichts Besseres zu erwidern, als daß er und sein Bruder beim König alle Überredungskünste angewandt hätten. »Wer aber alle gute Intentiones hintertreibt, wird er« – d. h. der Komtur – »zugleich eröffnen«²⁰. Damit schob er die Verantwortung

¹³ Verjus an Pomponne, Neuhaus 15. 6. 1673: CM. 3 Bl. 76.

¹⁴ Turenne an M. Korff-Schmising, Beringhausen 15. 6. 1673: MLA. Mil. 2029. Der am Schluß dieses Schreibens gegebene Hinweis, ggfls. Condé um Hilfe zu bitten, wurde sofort aufgegriffen, ein Zeichen, daß der Bischof über die politischen Gründe hinaus ein wirkliches militärisches Bedürfnis hierzu empfand. Vgl. Beglaubigungsschreiben für Dietr. Ludolf v. Galen, 22. 6. 1673: E., H.

¹⁵ F. Korff-Schmising an Chr. Bernh., 27. 6. 1673: MLA. 12, 13 I.

¹⁶ Desgl., 28. 6. 1673: Ebd.

¹⁷ Desgl., 4. 7. 1673: GA. II C II 5.

¹⁸ Bischöfl. Erklärung v. 3. 7. 1673: MLA. Mil. 2070.

¹⁹ Chr. Bernh. an Franz Egon, 8. 7. 1673: Ebd.

²⁰ Franz Egon an Chr. Bernh., 11. 7. 1673: Ebd.

auf den französischen Staatssekretär Pomponne, dessen Abneigung gegen das Bündnis mit den kleinen geistlichen Fürsten nur allzu gut bekannt war.

Im Angesicht eines erstarkenden Gegners und bei mangelhafter Unterstützung des französischen Verbündeten mußte Münster also versuchen, auf dem langsam in Gang kommenden Friedenstag zu Köln²¹ möglichst günstige Bedingungen einzuhandeln. An einen Sieg über die Generalstaaten glaubte niemand mehr, auch der Bischof nicht. Immerhin hielt er sich für stark genug, auf der Abtrennung aller besetzten Gebiete an das Stift unter französischer und englischer Garantie bestehen zu können. Die Ansprüche auf Borkelo und Bredevoort leitete er nicht aus rechtlichen Begründungen, sondern aus den französischen Zusagen ab, um allen juristischen Gegenbeweisen von vornherein die Spitze zu nehmen²². Vor allem ermahnte der Bischof seine Unterhändler, allen französischen Eigenmächtigkeiten entschlossen zu begegnen und auf der Erfüllung jedes Wörtchens der alten Verträge zu bestehen. So setzte sich die Instruktion für die münsterischen Friedensgesandten aus Zitaten aller Paragraphen zusammen, die dem Bischof in seinen früheren Abkommen mit Frankreich wichtig erschienen, unterbrochen durch die mehrfache Beteuerung, auf keine der Zusagen des Königs verzichten zu können²³.

Im einzelnen beanspruchte der Bischof Borkelo mit Lichtenvoorde, Wedde mit Westerwoldingerland, Bourtange, Bellingwolde, Bredevoort, Winterswijk, Aalten und Dinxperlo als münsterisches Eigentum; die Provinz Overijssel als Kriegsbeute und freiwillig aus der Union mit den übrigen niederländischen Provinzen ausgeschiedenes Land, vergrößert durch Vollenhove, Blokzijl und Kuinre, als gemeinsamen Besitz mit Kurköl;n; Haaksbergen, Groenlo und Diepenheim, als alte Bestandteile der Herrschaft Borkelo, und die Drenthe, allein durch münsterische Waffen unterworfen und mit dem Altamt unter bischöfliche Herrschaft getreten. Dazu kam die »jure belli konfiszierte« Herrschaft Lingen, kein Bestandteil der Vereinigten Provinzen, sondern dem Prinzen von Oranien gehörig, der für diesen Verlust Entschädigung durch die Generalstaaten erhalten sollte. Schließlich erhob er namens der Verbündeten Anspruch auf die von den Franzosen diesseits der Maas und des Rheins eroberten Plätze, soweit sie nicht von Brabant oder Flandern abhingen.

Die schlechten Erfahrungen mit den Garanten des Klever Friedens bewogen ihn zu der Forderung, den bevorstehenden Vertrag nur durch Frankreich und England gewährleisten zu lassen. Das Ziel der Friedensverhandlungen sah er in dem Wunschbild erfüllt, daß »die vorangezogene mit ihren königl. Majestäten habende Tractatus bei dieser Friedenschandlung exequiert und dadurch ihrer hochfürstl. Gnaden von den Holländeren Satisfaktion und inskünftige Sicherheit geschaffet werde«. Insbesondere wünschte er deshalb jede Erinnerung an den Klever Frieden zu vermeiden, um so mehr als vorauszusehen war, daß die Holländer zur Untermauerung ihrer Rechtsansprüche gemeinsam mit den kaiserlichen Gesandten versuchen würden, die Verhandlungen auf der Grundlage dieses Vertrages zu führen²⁴.

²¹ Beglaubigungsschreiben für F. Korff-Schmising, Goswin Droste und Werner Zurmühlen zu den Friedensverhandlungen in Köln, 16. 7. 1673: MLA. 12, 13 I.

²² Ratsprotokoll, Rheine 17. 7. 1673: GR. 596.

²³ Instruktion v. 17. 7. 1673 (Entwurf Lic. Rave): MLA. 12, 13 I.

²⁴ Der einzige abweichende Punkt der offensichtlich auf Anweisungen des Bischofs zurückgehenden »Notanda« zur Instruktion beschäftigte sich mit dem Klever Frieden.

Der Kölner Friedenskongreß trat auf Betreiben König Karls XI. von Schweden zusammen, der sich davon den Aufstieg zum europäischen Friedensvermittler versprach, ohne offen für Frankreich zu den Waffen greifen zu müssen. Schon seit dem Herbst 1672 gingen die Schweden diesem Gedanken nach. »Die allgemeine Neigung der kämpfenden Parteien jener Tage, ihre Friedensliebe vor sich herzutragen und Krieg und Frieden gleichsam miteinander zu vereinigen, kam dieser Politik entgegen²⁵.« Obgleich die schwedische Vermittlung schon vor Beginn zugunsten der einen Seite abgestempelt war, gelang ihr die Eröffnung der Konferenz im Juni 1673²⁶.

Zwar traf die niederländische Gesandtschaft bald nach den Franzosen und Schweden ein, jedoch fehlten die Vertreter des Bischofs von Münster. Ihrer Reise stand der Plan des Bischofs, einen offensiven Sommerfeldzug zu führen, entgegen. Nun freilich zerrann dieses Vorhaben in Nichts. Am 20. Juli traf die kleine Reisegesellschaft, bestehend aus dem Komtur Friedrich Korff-Schmising, dem Dombursener Goswin Droste und dem gelehrten Rat Dr. Zurmühlen, in der Rheinstadt ein²⁷. Die ständige Verschlechterung der militärischen Lage durch die Bedrohung von Nieuwschans, mit deren Verlust die Holländer ungehindert Nachschub von Truppen aus Norddeutschland heranzuführen konnten, ließ ein längeres Zögern als unverantwortlich erscheinen²⁸.

Aus den sauren Mienen seiner Kollegen las der Komtur ab, wie man sein verspätetes Kommen einschätzte. Er selbst war betroffen, daß die holländischen Vertreter mit den französischen und englischen Forderungen bereits wieder zur Berichterstattung nach Den Haag abgereist waren²⁹, so daß er seine eigenen Wünsche gar nicht aussprechen konnte. Ihm schien schon vieles durch die schwedische Erklärung verloren, daß zuerst einmal der Vertrag zwischen Frankreich und Holland unter Dach und Fach gebracht werden müsse. Mit Münster und Köln wolle man dann schon fertig werden³⁰. Ihn bedrückte das Gefühl, auf einer abschüssigen Bahn zu stehen und die beste Zeit verpaßt zu haben³¹. Nur notdürftig bewahrte er die Hoffnung, die kaiserlichen Truppen könnten ungeachtet aller Vorbereitungen in Böhmen doch noch auf den Einmarsch verzichten und ihm damit die letzten Konsequenzen ersparen. Berichte über Unruhen in den besetzten niederländischen Gebieten, zumal in Zwolle, wo der Stadtsekretär Vriesen ungescheut in aller Öffentlichkeit die Partei der Generalstaaten ergriff, ließen erkennen, wie auch dort die Lage des Bischofs eingeschätzt wurde³². Selbst im eigenen Lande liefen seltsame Gerüchte über

²⁵ Köcher II S. 321.

²⁶ Die niederländ. Gesandtschaft traf am 12. 6. 1673 in Köln ein, wo sie bereits die Franzosen und die schwedischen Vermittler vorfand. Am 27. 6. begannen die Verhandlungen. Der Kinderen II S. 228.

²⁷ Bericht der französ. Gesandten Chaulnes, Courtin und Barrillon an Pomponne, Köln 21. 7. 1673; CA. 268 Bl. 41.

²⁸ Chr. Bernh. an M. und F. Korff-Schmising, Gramsbergen 24. 7. 1673; MLA. Mil. 2070.

²⁹ F. Korff-Schmising an Chr. Bernh., Köln 25. 7. 1673; MLA. 12, 13 I. – Die niederländ. Gesandten verließen Köln am 11. 7. Der Kinderen II S. 231.

³⁰ Der Kinderen II S. 230.

³¹ Der Bischof befahl seinen Gesandten am 27. 7. 1673, bei Frankreich und Kurköln auf Unterstützung in Overijssel hinzuwirken, weil sonst weitere Verluste zu befürchten seien, »und dardurch die Friedenshandlung für Kurköln und uns übel ausschlagen und gedeihen werde« (MLA. 12, 13 I.).

³² Chr. Bernh. an seine Gesandten in Köln, Zwolle 31. 7. 1673; Ebd.

eine bevorstehende Bestrafung des Fürstbischofs durch den Kaiser um³³. Als die münsterischen Gesandten dem päpstlichen Nuntius Opizio Pallavicinio in Köln ihre Aufwartung machten, begegneten sie eisigen Mienen und den unfreundlichen Worten, »daß er erachte dienlich zu sein, daß zu Fortsetzung des Friedens die kaiserlichen Truppen ins Reich geführt werden«³⁴.

Alles Wohl und Wehe hing also von Frankreich ab. Verweigerte der König seine Unterstützung, ging das Stift Münster verloren. In seltener Freigebigkeit schenkte der Bischof Pomponne und Colbert 15 seiner schönsten Pferde³⁵. In Münster ahnte man, daß Frankreich an den Wünschen der Verbündeten das Friedenswerk nicht scheitern lassen würde³⁶. Die Vermutung wurde zur Gewißheit, als Courtin die münsterischen Gesandten durch die Erklärung in sprachloses Erstaunen versetzte, eigentlich habe ja Münster den Klevischen Frieden gebrochen und nicht die Generalstaaten³⁷. Niemand vertraute deshalb mehr auf die im Bielefelder Vertrag ausgesprochene französische Garantie, nach der die Provinz Overijssel als erobertes Land den Verbündeten gehörte. Im ersten Schreck entwarf der Bischof den wirklichkeitsfremden Plan, die Provinz und ihre großen Städte erneut zu einer förmlichen Austrittserklärung aus dem niederländischen Verband zu bewegen³⁸.

Freilich flossen äußerlich die französischen Unterhändler von Versicherungen der Bundestreue und besten Absichten über. Sie überließen es dem schwedischen Vermittler Graf Todt, die münsterischen Ansprüche in ersten Andeutungen als zu hoch zu bezeichnen³⁹. So blieb schon in der Anfangsphase des Kölner Tages der münsterischen Seite keine andere Wahl, als gewissen Abstrichen zuzustimmen. Korff-Schmising stellte den Verzicht auf alle Geldentschädigungen in Aussicht. Auch die Stadt Kampen wollte er hergeben, wenn Coevorden als münsterischer Besitz Anerkennung fand. Er schlug vor, Kampen, Deventer, Zutphen und Doesburg als Reichsstädte unter den gemeinsamen Schutz der Verbündeten und der Generalstaaten zu stellen, jedoch unter der Auflage, daß holländische Truppen die Ijssel nur mit Einwilligung der verbündeten Fürsten überschritten, oder aber daß zwei der Städte – Kampen und Deventer – den Verbündeten, die beiden anderen – Zutphen und Doesburg – den Generalstaaten zufielen⁴⁰. Unermüdlich hielten die Vermittler

³³ In einem Prozeß in Raesfeld wurde am 1. 8. 1673 festgestellt, daß ein Mann mehrmals gesagt hatte, »als wann der Fürste von Münster mit der ungarischen Veräterei etwas interessiert wäre gewesen und davon gewußt hätte.« Nicht unmöglich ist, daß ein solches Gerücht von kaiserlicher Seite absichtlich ausgesprengt wurde und über den Grafen Alexander v. Velen zu Raesfeld, der kaiserl. Generalfeldmarschall war, in die Bevölkerung gelangte. Ein zweiter Fall Wilhelm Egon v. Fürstenberg hätte damit inszeniert werden können (L., Raesfeld vorl. Nr. 1653).

³⁴ Bericht der münst. Gesandten v. 4. 8. 1673: MLA. 12, 13 I.

³⁵ Chr. Bernh. an F. Korff-Schmising, Zwolle 31. 7. 1673: Ebd.

³⁶ Vgl. Pomponne an die französ. Gesandten in Köln, Nancy 4. 8. 1673: CA. 270bis Bl. 67.

³⁷ Der Kinderen II S. 233.

³⁸ Ratsprotokoll v. 5. 8. 1673, Zwolle: GR. 596. – Auch die münst. Gesandten in Köln brachten am 19. 8. diesen merkwürdigen Vorschlag unter Berufung auf Wilh. Egon und Franz Egon v. Fürstenberg in Anregung. Beide hielten für dienlich, »zu versuchen, daß die Provinz Overijssel dahin disponiert werden mögte, daß sie sich de novo und einmütig Kurköln und Ew. hochfürstl. Gnaden untergeben und also die vorige annoch nicht ratifizierte Traktaten konfirmieren täten« (MLA. 12, 13 I).

³⁹ Die französ. Gesandten an Ludwig XIV., Köln 8. 8. 1673: CA. 268 Bl. 101.

⁴⁰ Aufzeichnungen der französ. Gesandten, undatiert: CA. 268 Bl. 161.

diesen Forderungen die politische Notwendigkeit entgegen, die Friedenspartei in Holland durch Mäßigung zu gewinnen und nicht Wasser auf die Mühlen des Prinzen von Oranien und seines kriegerischen Anhangs zu gießen. Sie verwiesen auf die Bescheidenheit des englischen Königs und die sich ständig vergrößernde Gefahr eines Separatfriedens zwischen Frankreich und Holland, je schwerer man es den Franzosen machte, die Forderungen ihrer deutschen Verbündeten durchzusetzen. Angeblich hatte Ludwig XIV. bereits erklärt, Overijssel sei im Frieden nicht zu behaupten⁴¹. Schon trugen die Kölner diesem Rechnung und neigten zu größeren Zugeständnissen. Im ersten Ärger darüber drohte der Bischof von Münster, zwei Drittel der gemeinsamen Besitzungen zu beanspruchen, sah aber doch ein, daß er seine bisherige Härte in territorialen Fragen allmählich aufgeben mußte⁴².

Er hätte hiermit nicht länger zögern dürfen, denn gegen Mitte August lief die Nachricht ein, Condé beginne seine Truppen aus Holland ab und zur Armee Turennes an die Mosel zu führen. Befreit von dem bisherigen militärischen Druck drohten die staatlichen Gesandten bereits, dem Bischof keinerlei Zugeständnisse machen zu wollen und ihm außerdem zur Rache ins Land zu fallen⁴³. Zu einem völligen Verzicht auf alle Gebietsforderungen, wie es der Komtur in seiner Ratlosigkeit gern gesehen hätte, verstand sich Christoph Bernhard jedoch noch nicht. Trotz des Ernstes der militärischen Lage fühlte er sich durch die Ankunft von 3000 französischen Reitern vor Coevorden sichtlich ermuntert⁴⁴ und hoffte, durch den baldigen Fall der Festung den Hochmut der Holländer dämpfen zu können.

Den einzigen Lichtblick auf dem sich ständig verdüsternden Friedenstag bot den münsterischen Gesandten die allmählich wohlwollendere Haltung des päpstlichen Nuntius. Wenigstens in Religionssachen versprach er seine Unterstützung. Seine Bereitwilligkeit ergab sich aus der Nachricht von der Ankunft eines englischen Kuriers bei der Flotte mit dem Befehl zur Einstellung der Feindseligkeiten. Angeblich sahen die englischen Angebote vor, in den besetzten niederländischen Gebieten die Hauptkirchen den Katholiken, in den übrigen Provinzen den Reformierten anzuweisen. Der Bischof benutzte die Gelegenheit, um den außerordentlichen Gewinn für die katholische Kirche hervorzuheben und den Nuntius zu bitten, die kaiserlichen und spanischen Gesandten von allen Forderungen abzuhalten, »wodurch die Sache schwerer gemacht und das Religionswerk hindertrieben werden mögte«⁴⁵. Hinter diesem auf rein konfessionelle Verhältnisse bezogenen Antrag stand doch unausgesprochen die Bitte, die kaiserlich-spanische Partei auch von jeder politischen Unterstützung der Holländer abzuhalten. Nur unter politischem Druck würden die Holländer ein so weitgehendes Zugeständnis in Erwägung ziehen. Der Bischof hielt nur noch den Kaiser für fähig, durch Versagen der Truppenhilfe in ausschlaggebendem Maße auf Holland einzuwirken. Frankreich schien, abgesehen von seinem stets geringen Interesse an Religionsfragen, nicht mehr geneigt, diese Rolle zu spielen. Aus den Kreisen der französischen Gesandten drangen beunruhigende Gerüchte über ein weitgehendes Einverständnis mit

⁴¹ Die münst. Gesandten an Chr. Bernh., Köln 8. 8. 1673: MLA. 12, 13 I.

⁴² Ratsprotokoll v. 13. 8. 1673: GR. 596.

⁴³ Die münst. Gesandten an Chr. Bernh., 15. 8. 1673: MLA. 12, 13 I.

⁴⁴ Chr. Bernh. an die münst. Gesandten in Köln, Zwolle 18. 8. 1673: Ebd.

⁴⁵ Chr. Bernh. an die münst. Gesandten in Köln, Zwolle 19. 8. 1673: Ebd.

den Holländern. Sogar vom Niederrhein wollte sich allem Anschein nach der König ganz zurückziehen. Der Bischof baute bisher seine Hoffnung gerade darauf, daß eine französische Besatzung wenigstens in einer Festung am Rhein stehen bleiben würde, um ihm in Notzeiten einen Rettungsanker zuzuworfen⁴⁶. Nur eine Verständigung über die meisten Streitfragen mit den Holländern erklärte das Entgegenkommen der Franzosen, wenn auch öffentlich noch mit scharfen Worten gefochten wurde⁴⁷.

Den angeregten Religionsbestimmungen setzten die Franzosen sogleich den schärfsten Widerstand entgegen. Sie wünschten den Friedensvertrag nicht damit zu belasten⁴⁸. So hinterließen die Bemühungen Pallavicinios in dieser Hinsicht keinen sichtbaren Erfolg. Trotzdem eröffneten die Besprechungen des Komturs mit dem Nuntius einen neuen Weg. Offensichtlich auf seine Anregung trafen die münsterischen Gesandten zum ersten Mal mit Lisola zusammen. Sie mußten jede Möglichkeit begrüßen, die aus der Sackgasse herausführte. Mit ihren Vorstellungen und ständigem Drängen auf Erfüllung der Verträge und Versprechen, die sie aus grundsätzlichen Erwägungen auch weiterhin betrieben, trafen sie bei den Franzosen doch nur auf lächelnde Zurückhaltung, und selbst die verbündeten Kurkölnler regten kriegsmüde den Verzicht auf die Eroberungen an⁴⁹. Indessen stieg die Siegesgewißheit der Holländer so weit, daß Beverningk ungestraft Schadenersatzansprüche gegen Frankreich und seine Verbündeten für den Überfall auf ein unschuldiges Land androhen durfte. Aus Liebe zum Frieden wollten die Generalstaaten vielleicht dem Kurfürsten von Köln die Festung Rheinberg zurückgeben; dem Bischof von Münster »aber wußten sie gar nichts zu Willen, wollten aber auch amore pacis den von derselben bekommenen Streich fürlieb nehmen, den erlittenen Schimpf und Schaden und deswegen habende Präensiones fallen lassen«⁵⁰.

Nun sprach der Komtur schon den Verzicht auf Deventer und Kampen und fast die ganze Provinz Overijssel aus. Nur Zwolle und Zwarteluis behielt er dem Bischof neben der Herrschaft Borkelo vor, und auch das gegen eine Geldentschädigung an die Generalstaaten. Getrost konnten die französischen Gesandten ihrem König berichten, daß trotz allen augenblicklichen Schwierigkeiten sich auch der Bischof von Münster noch in das Unausweichliche schicken werde⁵¹.

⁴⁶ Desgl. (nach 21. 8. 1673): Ebd.

⁴⁷ Der Bischof reiste am 21. 8. von Zwolle nach Groenlo ab, um die Schließung der Festung vorzubereiten, nachdem er gehört hatte, »daß besagte Festung dem König in Frankreich von den Herren Generalstaaten pro satisfactione anpräsentiert« worden sei. Chr. Bernh. an die Gesandten in Köln, Borkelo 21. 8. 1673: Ebd.

⁴⁸ Die Berichte des Nuntius Pallavicinio in NC. 45.

⁴⁹ Die münst. Gesandten an Chr. Bernh., 22. 8. 1673: MLA. 12, 13 I.

⁵⁰ Desgl., 24. 8. 1673: Ebd.

⁵¹ Die französ. Gesandten an Ludwig XIV., 25. 8. 1673: CA. 268 Bl. 184.

42. KAPITEL

KÖLNER FRIEDENSTAG UND EINGREIFEN LISOLAS

Inwieweit des Bischofs Anregung zum Eingreifen des Nuntius schon im Sinne einer neuen politischen Richtung gedeutet werden darf, mag dahingestellt bleiben. Christoph Bernhard berücksichtigte jedenfalls im August 1673 die Interessen des Kaisers und Reichs auffällig stark. In einem eigenhändig – er nahm sonst nur die Feder zur Hand, um die Stärke seiner Kompanien zu addieren – stichwortartig niedergelegten Entwurf seiner Friedensbedingungen brachte er an einer Stelle zum Ausdruck: »Hic articulus et quidam sequentes serviunt pro interesse Caesaris et Imperii et causam admunt involvendi huic bello Imperii«¹. Den Blick auf den Kaiser gerichtet, bewegten sich die Gedanken des Bischofs noch in den hergebrachten Bahnen: Er wollte den Kaiser durch freundliches Entgegenkommen aus dem Krieg herausmanövrieren und dadurch die Stellung der Holländer erschüttern. An einen Parteiwechsel zugunsten des Reichsoberhauptes dachte er zu dieser Zeit wohl kaum.

Die Gegenseite eilte ihm hierin voraus. Während der Bischof sich zäh gegen den Gang der Geschehnisse stemmte, sah Franz von Lisola die Zukunft klar vor Augen. Freundlich empfing er die münsterischen Gesandten ohne ein überflüssiges Wort des Vorwurfs. Für die Beschwerden des Bischofs über die Generalstaaten zeigte er Verständnis und billigte nur nicht, daß jener deswegen zu den Waffen gegriffen. Ja, er fand lobende Worte, weil der Bischof seine Festungen nicht den Franzosen eingeräumt und der Armee Turennes keine Verstärkungen zugeschiedt hatte. Manche gefährlichen Anschläge gegen den Bischof seien am Kaiserhofe auf seinen Rat abgelehnt worden. Eine Abstimmung der bischöflichen mit den kaiserlichen Absichten hielt er in Zukunft für einen Segen².

Erleichtert schieden der Komtur und seine Gefährten aus dem Hause Lisolas, da die kaiserliche Hand so offensichtlich zur Versöhnung dargeboten wurde. Und doch wußten sie, daß keine Weichherzigkeit, sondern der entschlossene Wille, die deutschen Verbündeten von Frankreich notfalls mit Gewalt zu trennen, den Freiherrn zu diesem Angebot trieb. Seit dem Frieden von Vossem entschwand der Politik des Fürsten Lobkowitz, den offenen Krieg mit Frankreich zu vermeiden, der Boden. Kaiser Leopold I. entsann sich auf seine Würde, entließ überraschend den Minister und stimmte den von Lisola verfochtenen Bündnissen mit Spanien und den Generalstaaten zu³. In eben den Tagen des ersten Gespräches mit dem Komtur wurde vor dem Reichstag auf Betreiben Lisolas ein kaiserlicher Aufruf an die Reichsstände zum gemeinsamen Krieg

¹ Undat. Entwurf in MLA. 12, 13 I.

² Protokoll v. 26. 8. 1673: Ebd. Lisola berichtete erstmalig am 31. 8. über die Aufnahme der Verbindung mit den münst. Gesandten nach Wien: ÖSR. fasc. 30 p. 6.

³ Pribram, Lisola S. 613 ff.

gegen Ludwig XIV. verlesen⁴. Kursachsen stimmte sofort zu, und gleichzeitig erfolgte am 30. August in Den Haag die Unterzeichnung der Verträge zwischen den Generalstaaten, dem Kaiser, Spanien und Lothringen zur Begründung eines mächtigen Bündnisses gegen die Eroberungsgelüste Frankreichs mit dem Ziel der Wiederherstellung des Status quo ante⁵. Lisola sah die Früchte seiner jahrelangen Bemühungen endlich reifen. Er brauchte dem Komtur nicht als Bittender zu nahen, sondern konnte im Bewußtsein seiner wachsenden Stärke auftreten.

Bei aller Einsicht in die veränderten Verhältnisse hinderte den Bischof seine vermeintliche Pflicht, territoriale Ansprüche auf Grund der französischen Zusagen von Bielefeld behaupten zu müssen und zu können, an einem schnellen Übertritt. Ihn schreckte der Gedanke, der Krieg des Königs von Frankreich gegen Holland könne trotz der noch vor kurzem erfolgten Eroberung Maastrichts (30. Juni 1673) gescheitert und unwiderruflich zum Absterben verurteilt sein, so sehr, daß er ihn gänzlich von sich wies. Das ständige Zurückweichen der Franzosen vor den Generalstaaten nährte nur seinen Ärger über den großen Verbündeten. Auch dem Kurfürsten von Köln traute er nicht mehr. Ihm kamen Gerüchte zu Ohren, daß die Holländer für dessen Verzicht auf Overijssel die Grafschaft Moers abtreten wollten⁶. Seine hastig mit Wilhelm Egon von Fürstenberg getroffene förmliche Vereinbarung über die Zukunft der eroberten Provinz sollte ihn vor Schaden bewahren⁷, aber das Mißtrauen blieb zurück, zumal auch die Gegenseite Intrigen fürchtete⁸.

Anfang September rief der Bischof seinen geplagten Gesandten in Köln, den Komtur, zur Berichterstattung zu sich⁹. Er erkannte, daß seine bisherigen Forderungen, zumal die Gebietsansprüche, unhaltbar waren, und fand sich darein, auf manchen lieben Wunschtraum zu verzichten¹⁰. Aber wenigstens an einzelnen Stellen wollte er seine Gewinne durch Schaffung vollendeter Tatsachen verewigen. Zwei Versuche in dieser Richtung – die overijsselsche Ritterschaft zum Verzicht auf die niederländische Union zu bewegen¹¹ und den Franzosen die sofortige Abtretung von Bredevoort und Lichtenvoorde abzurufen¹² – waren schon gescheitert. Dagegen schien die Erwerbung der Grafschaft Lingen, an die der selige Domdechant Bernhard von Mallinckrodt vor 1650 bereits seine Kräfte verschwendet hatte, endlich glücken zu wollen. In seinem »Ultimatum« vom 15. September ließ der Bischof seine Ansprüche auf Westerwolde, Wedde und Bellingwolde gegen die Überlassung der Herrschaft

⁴ Kaiserl. Erklärung v. 28. 8. 1673: Mignet IV S. 201 ff.

⁵ Köcher II S. 315. Mignet IV S. 206 ff. Pribram, Lisola S. 634 ff. Über die Verhandlungen Heemskerks am Wiener Hof vgl. Der Kinderen II S. 209 f.

⁶ Chr. Bernh. an die münst. Gesandten, Borkelo, 28. 8. u. 15. 9. 1673: MLA. 12, 13 I. ⁷ Protokoll v. 13. 9. 1673: GR. 596.

⁸ Wilh. Egon glaubte, daß der Bischof Westerwoldingerland und Bourtange allein für Münster in Besitz nehmen und Kurköln ohne Beute lassen wollte. Die münst. Gesandten an Chr. Bernh., Köln 3. 9. 1673: MLA. 12, 13 I.

⁹ Der Komtur kam am 3. 9. in Zwolle an, wo der Bischof sich aufhielt, und reiste am 5. 9. nach Köln zurück. Chr. Bernh. an die Gesandten in Köln, 4. 9. 1673: Ebd.

¹⁰ Über die stufenweise Herabsetzung der münst. Forderungen unterrichtet Der Kinderen II S. 234 ff. Der Inhalt des münst. Ultimatus, das nach der Rückkehr des Komturs am 15. 9. 1673 in Köln überreicht wurde, ebd. S. 238. Dumont VII. I S. 243.

¹¹ Ladung des Kurfürsten von Köln und des Bischofs von Münster an die overijsselsche Ritterschaft zum Landtag in Raalte, Zwolle 4. 9. 1673: GA. II A II 4.

¹² Diesen Versuch unternahm der bischöfl. Gesandte Wintgens.

Lingen fahren. Seit jeher betrachtete er das reformierte Ländchen, in dem einige Katholiken wohnten, als unerlöstes Gebiet der römisch-katholischen Kirche. Freilich konnte er keine Rechtsansprüche vorweisen, und Sonderverhandlungen hätten die Entschädigung des Prinzen von Oranien regeln müssen. Sollte die territoriale Eingliederung in das Stift scheitern, so glaubte der Bischof doch wenigstens, die katholische Kirche in der Grafschaft festigen zu können. Auf seine Anregung verpflichtete sich Graf Mauritz von Bentheim-Tecklenburg, der, gestützt auf eine kaiserliche Kommission, ältere Ansprüche auf das Land verfocht, wenn ihm mit münsterischer Hilfe Lingen verschafft würde, für die Erhaltung des katholischen Gottesdienstes im Lande zu sorgen und außerdem die Grafschaft Hohenlimburg an den Bischof abzutreten¹³. Schon entwarf der Bischof ein dem ersten Bentheimer Drama ähnliches Schauspiel mit dem Plan einer Bekehrung des Sohnes Graf Mauritz¹⁴.

Der merkwürdige Gedanke ging in Schatten anderer Sorgen unter. Je länger der Friedenstag in Köln dauerte, um so mehr bedrückten den Komtur wachsendes Selbstbewußtsein und schroffe Haltung der Holländer. Wenn er geglaubt hatte, sich durch das Gespräch mit Lisola Erleichterung zu verschaffen, so trat doch im Augenblick eher das Gegenteil ein. Die Verbindung mit dem kaiserlichen Gesandten zog den Verdacht der Franzosen auf ihn und schwächte seine Stellung. Den Bischof dagegen beschäftigte gegenwärtig die Sorge über die Bildung einer dritten Partei, von der alle Welt sprach. Der zwischen den beiden Fürstenbergern und dem ehrgeizigen, aber auch wohl ehrlich besorgten Pfalzgrafen Philipp Wilhelm abgekartete Plan sah den Zusammenschluß von Kurköln, Kurbayern, Pfalz-Neuburg und Schweden unter dem Banner einer Hausunion – es handelte sich nur um Wittelsbachische Häuser – vor¹⁵. Durch brandenburgischen, hannöverschen und württembergischen Zuzug verstärkt, wollte man mit einem gemeinsamen Heer von über 40 000 Mann den Frieden wiederherstellen. Sowohl der Kaiser als auch Frankreich blickten der Entwicklung mit Unbehagen entgegen. Am münsterischen Hofe herrschte Unschlüssigkeit. Einige der Räte begrüßten den Plan als Beginn einer Vermittlung, die einerseits dem verhängnisvollen Vormarsch der Franzosen in das Reich und andererseits dem nicht weniger furchtbaren kaiserlichen Gegenschlag ein Ende machte. Dem Bischof schien dagegen das Projekt verderblich. Er glaubte nicht daran, daß die neue Partei den Kaiser zum Rückzug bewegen könnte¹⁶.

Es bedurfte also noch starker Anstöße, um die Gedanken des Bischofs aus ihrer Unentschiedenheit in eine neue Richtung zu lenken. Lisolas freundliches Anerbieten allein genügte dazu nicht. Die nötigen Impulse blieben jedoch nicht lange aus. Mitte September öffnete die Eroberung Triers durch die Franzosen (7. 9.) mit all ihren schrecklichen Begleiterscheinungen auch dem letzten Leichtgläubigen die Augen über die wahren Absichten und Methoden des französischen Königs. Die bisher noch mühsam aufrecht erhaltene Fiktion, Ludwig XIV. beabsichtige nichts gegen das Reich zu unternehmen, brach

¹³ Revers Graf Mauritz' v. Bentheim-Tecklenburg, Tecklenburg 24. 8. 1673: MLA. 85, 36.

¹⁴ Ratsprotokoll v. 28. 8. 1673: GR. 596.

¹⁵ Köcher II S. 325.

¹⁶ Den einzigen Trost fand der Bischof darin, daß auch Katholiken dem Bündnis angehören sollten, so daß es kein bloßes Werkzeug der Protestanten zu werden drohte. Ratsprotokoll v. 30. 9. 1673: GR. 596.

auch in Münster zusammen. Kurz darauf traf den Bischof ein noch schwererer Schock durch das endgültige Scheitern der Belagerung Coevordens. Ein Sturm warf das aufgestaute Wasser gegen die Wälle der Belagerer und zerbrach sie. Nicht nur in der bedrängten Festung erschien die unerwartete Rettung als ein himmlisches Wunder. Auch auf der münsterischen Seite hinterließ sie einen tiefen Eindruck, wenn auch in umgekehrter Hinsicht. Alle Anstrengungen und Mühsale des Sommerfeldzuges waren umsonst, die letzten Hoffnungen auf einen vorteilhaften Friedensschluß dahin.

Nun endlich zeichnete sich deutlicher ein Gesinnungswechsel des Bischofs ab. Noch am Abend des Schreckenstages von Coevorden wies er seine Gesandten in Köln an, auf ganz Overijssel und Westervoldingerland zu verzichten¹⁷. Ein plötzliches, weitgehendes Entgegenkommen sollte retten, was noch zu retten war, bevor der Ernst seiner Lage am Verhandlungsort bekannt wurde. In der neuen Instruktion für den Leiter der Gesandtschaft, Komtur Friedrich Korff-Schmising¹⁸, erörterte der Bischof überhaupt keine territorialen Fragen und Einzelstreitpunkte mehr, sondern stellte ohne Umschweife seinen Übertritt zur kaiserlichen Partei als Ziel auf. Er begründete den Schritt mit dem Einbruch Turennes ins Reich, der Eroberung Triers und dem Kriegseintritt Spaniens nach dem Fall Maastrichts. Kaufmännisch pries er die großen Vorteile, die dem Kaiser durch den Übertritt erwachsen: 12000 kriegsgeübte Soldaten sollten die Fahnen wechseln und gleichzeitig 20 000 jetzt im Krieg gegen Münster gebundene Holländer zum Feldzug gegen Frankreich freistellen. Politisch würde der Abfall das Signal zum allgemeinen Zusammenbruch der französischen Bündnispolitik in Deutschland bedeuten. Als Inhaber wichtiger niederländischer Festungen konnte er das Verbleiben der Generalstaaten beim Bündnis mit dem Kaiser garantieren und stellte für den Fall eines holländischen Parteiwechsels die Übergabe der Plätze an den Kaiser oder Spanien in Aussicht. Sollte der Kaiser dagegen das Fürstbistum Münster mit Krieg überziehen, gingen alle diese Vorteile verloren, und ein getreuer Reichsstand sah zur Freude der Feinde der Vernichtung entgegen.

So einleuchtend die Beweisführung klang, sie wies in zwei entscheidenden Punkten Schwächen auf: Selbst wenn der Kaiser das Angebot annahm, vermochte er kaum den Holländern ihr zukünftiges Verhalten gegenüber dem Bischof vorzuschreiben, nachdem ihnen der Kriegsgott die Arme so wunderbar gestärkt hatte. Unklar blieb vor allem, wie die Besetzung der niederländischen Festungen nach dem Übertritt des Bischofs auf die kaiserliche Seite aufrecht erhalten werden sollte. Lisola legte ja selbst die Axt an sein Bündniswerk, wenn er den Generalstaaten solche Bedingungen zumutete. Fast scheint es, als ob sich Christoph Bernhard einen späteren Rücktritt zur Partei der Hollandgegner für den Fall größeren Kriegsglücks vorzubehalten gedachte, oder aber er glaubte an eine schnelle holländisch-französische Verständigung oder gar ein Bündnis, um dann den Krieg im Verein mit dem Kaiser und Spanien erneut zu beleben und in sicherem Besitz der Festungen in den Ostprovinzen zu einem baldigen Siege führen zu können. Bedenklich stimmt seine am gleichen Tage geäußerte Hoffnung, mit Hilfe der dritten Partei und gestützt auf die bedeutendsten katholischen Reichsstände in Kürze

¹⁷ Denkschrift v. 1. 10. 1673: MLA. 12, 13 I.

¹⁸ Undat. Instruktion (nach 26. 9. 1673): Ebd. Vgl. Bericht Lisolas über des Komturs Schritt, v. 26. 10. 1673: Pribram, Lisola S. 648 f.

zu einem entscheidenden Einfluß auf die Friedensverhandlungen in der Lage zu sein¹⁹.

In Wien erregte die allzu plötzliche Bereitschaft des Bischofs Erstaunen und Mißtrauen. Zwar beauftragte der Kaiser Kramprich, die holländische Stellungnahme zum Parteiwechsel Münsters zu erkunden, verhehlte aber auch nicht, wie wenig er auf einen dauerhaften Entschluß des Bischofs vertraute, bevor dieser »besser mortifiziert« sei. Er fürchtete, Christoph Bernhard werde »bei der ersten guten Gelegenheit wiederumb umsatteln« und sei ein Mann, der nur dann um schönes Wetter bitte, wenn ihm »das Wasser ins Maul rinnt«²⁰. Dem Kaiser lag im Grunde gar nicht an einem allzu schnellen Parteiwechsel des Münsteraners, weil die Winterquartiere im Bistum für die kaiserlichen Truppen dringend gebraucht wurden.

Die fühlbare Zurückhaltung der Gegenseite rief am münsterischen Hof größte Unentschlossenheit hervor. Die Gedanken des Bischofs kehrten immer wieder darauf zurück, die Franzosen zum Eingeständnis mannigfacher Verstöße gegen ihre politischen und geldlichen Verpflichtungen zu zwingen und daraus die Berechtigung zu einem Separatfrieden und Aufgabe des Bündnisses mit dem König abzuleiten²¹. Er konnte aber keinen Weg weisen, wie der Anschluß an den Kaiser schnell zu bewerkstelligen sei. Möglicherweise hätte er diese Frage mit größerem Ernst durchdacht, wäre nicht gerade in diesem Augenblick von den Holländern die Forderung erhoben worden, auch Lothringen in den Friedensvertrag aufzunehmen²². Mit Bestürzung entnahm daraus der Bischof, daß die Generalstaaten zur Zeit keinen Frieden wünschten²³. Da der Kaiser ihm offensichtlich seine Unversöhnlichkeit bewies²⁴, die Bildung der dritten Partei aber allzu langsam voranschritt²⁵, fehlten ihm die Grundlagen zum Entschluß in irgendeiner Richtung. Das Herannahen des

¹⁹ Chr. Bernh. an die münst. Gesandten in Köln, 1. 10. 1673: Ebd. Auch Franz Egon setzte große Hoffnungen auf die dritte Partei. Franz Egon an Hettinger, 7. 10. 1673: KKKS. 63 a. – Die neue Instruktion des Bischofs schloß keinen gänzlichen Verzicht auf alle niederländ. Eroberungen ein. Borkelo, Bredevoort und Groenlo blieben vorbehalten. Chr. Bernh. an die münst. Gesandten in Köln, 6. 10. 1673: MLA. 12, 13 I.

²⁰ Kaiser Leopold an Kramprich, Graz 6. 10. 1673: ÖSR. fasc. 28.

²¹ Ratsprotokoll v. 13. 10. 1673: GR. 596. – Der Komtur durfte den Druck auf die Franzosen nicht so verstärken, wie der Bischof und er gewünscht hätten, um sich nicht des letzten Halts zu berauben, bevor eine neue Stütze zur Verfügung stand. Die französischen Bevollmächtigten in Köln berichteten dem König daher nach wie vor (14. 10. 1673): »Le député de M. l'évesque de Munster, qui est icy, nous assure tousjours, que son maistre ne s'engagera dans aucune nouvelle liaison, qui soit contraire aux intentions de vostre Majesté« (CA. 269 Bl. 158). Die geschickte Verhandlungstaktik des Komturs Korff-Schmising spiegelt sich auch in ihrem Bericht v. 17. 10. 1673: »M. le commandeur de Smising nous a parlé si honestement de la part de ce prince sur les conditions de la satisfaction, que nous croions, que ses intérêts nous feront bien moins de peine que ceux de M. l'Electeur de Cologne« (Ebd. Bl. 174). Vgl. auch den Bericht der französ. Gesandten an den König v. 24. 10. 1673: Ebd. Bl. 198.

²² Das Schreiben der münst. Gesandten in Köln v. 10. 10. kam am 13. 10. in Münster an. Der Bischof antwortete darauf an diesem Tage: MLA. 12, 13 I.

²³ Die münst. Gesandten an Chr. Bernh., 13. 10. 1673: Ebd.

²⁴ Der Kaiser weigerte sich, dem Bischof seine bevorstehende Vermählung anzuzeigen.

²⁵ Der Bischof wartete mit besonderer Spannung auf eine klare Meinungsäußerung Frankreichs zur dritten Partei. Vgl. Chr. Bernh. an die münst. Gesandten in Köln, 20. 10. 1673: »Die Formierung der dritten Partei betreffend, solches wird nunmehr unseres Ermessens von der königl. schwedischen Erklärung dependieren, sonderlich wann Frankreich, wie aus des Herrn Courtin Diskurs zu vermerken ist, darzu

Herbstes ermunterte zudem jeden der Kriegsteilnehmer, durch besondere Aktivität im Felde vor Ende des Sommerfeldzuges möglichst viele Vorteile zu erringen, um den eigenen Forderungen auf dem Friedenstag Nachdruck zu verleihen, und lähmte jede diplomatische Tätigkeit.

Wenn die Franzosen bisher noch keinen Argwohn schöpften, so bot sich ihnen jetzt ein Anlaß. Der Komtur hatte sie durch geschickte Zurückhaltung zumindest im Unklaren über die Absichten des Bischofs gelassen. Zum Unglück warf ihn im Oktober eine Krankheit auf das Lager, und sein Vertreter Dr. Zurmühlen gab sich die Blöße, Courtin nach den Wirkungen einer spanischen Kriegserklärung auf die französisch-münsterischen Beziehungen zu fragen²⁶. Der Bericht über diese diplomatische Ungeschicklichkeit und die hastigen Bemühungen Wintgens in Paris, die Franzosen zu sofortiger Einräumung Bredevoorts und Auszahlung aller Subsidien zu bewegen, verschaffte Pomponne die an Sicherheit grenzende Überzeugung, Münster plane einen Stellungswechsel²⁷.

Die größten Schwierigkeiten für eine Verständigung mit dem Kaiser entsprangen aber dem Widerstand der Holländer gegen einen separaten und geheimen Waffenstillstand. Beverningk dachte gar nicht daran, mit dem Urheber des Unheils der letzten Jahre einen Sonderfrieden zu schließen, nur weil es diesem in seine Pläne paßte. Selbst Lisola überraschten die schroffen Antworten auf seine Anfragen aus Den Haag²⁸. Unbeugsam bestanden die Holländer auf der Zulassung Lothringens zum Kölner Tag und lehnten jede Sonderverhandlung mit den Verbündeten Frankreichs ab. Eine Änderung ihrer Haltung stand angesichts des Vormarsches des Prinzen von Oranien rheinaufwärts zur Vereinigung mit den kaiserlichen Truppen südlich von Bonn nicht zu erwarten.

Nachdem das Kurfürstentum Köln durch beide Armeen in seine hoffnungslose Lage versetzt war und Lisola den Kurfürsten bedrängte, die französische Partei zu verlassen, lag der Schluß für die Franzosen sehr nahe, daß auch der Bischof von Münster diesem Schicksal entgegenging, wenn er nicht vorher freiwillig den Weg der Unterwerfung unter des Kaisers Willen antrat²⁹. In Regensburg lief das Gerücht um, daß beide geistlichen Fürsten als Reichsfeinde verfehmt werden sollten, auf deren Zukunft niemand mehr etwas gab³⁰. Dem Bischof nützten seine Beteuerungen, an der französischen Kriegführung gegen den Kaiser unbeteiligt zu sein, ebensowenig wie sein absichtlich verbreiteter Wunsch, einen Geheimvertrag mit Lisola einschließlich eines Waffenstillstands mit Holland unterzeichnen zu wollen³¹. Der näherrückende Lärm der feindlichen Heere übertönte seine Worte.

²⁶ Selbstverständlich antwortete Courtin, der König werde an allen Verträgen festhalten. Die französ. Gesandten an Ludwig XIV., Köln 24. 10. 1673: CA. 269 Bl. 198.

²⁷ Wintgens, der Ende Oktober in Paris eintraf, trug auch die Bitte vor, dem Bischof angeblich für einen Verwandten, der in Mainz Domherr war, eine größere französ. Abtei zu schenken, um die Familie v. Galen fester an Frankreich zu binden (CM. 3 Bl. 107). Verjus benachrichtigte die franz. Gesandten in Köln am 31. 10. 1673 aus Berlin von der drohenden kaiserl.-münst. Verständigung (UA. 20 S. 232).

²⁸ Lisola an Hoher, Köln 26. 10. 1673: OSR. fasc. 30 p. 6.

²⁹ Die französ. Gesandten an Pomponne, Köln 28. 10. 1673: CA. 269 Bl. 216.

³⁰ Dolberg an Bruchhausen, Regensburg 2. 11. 1673: MLA. 473, 65.

³¹ Ratsprotokoll v. 3. 11. 1673: GR. 596. Chr. Bernh. an die münst. Gesandten in Köln, 3. u. 7. 11. 1673: MLA. 12, 13 I.

Die Gespräche mit Lisola führten zu Schwierigkeiten. Dieser wußte nicht, wie die noch immer aufrecht erhaltene Forderung des Bischofs auf Lingen verwirklicht werden sollte. Der Prinz von Oranien gab als besonders eifriger Verfechter der Kriegspolitik in keiner Weise seine Bereitschaft zum Entgegenkommen zu erkennen³². Noch weniger schien die Forderung des Bischofs auf Religionsfreiheit in allen niederländischen Provinzen erreichbar³³. Nur über diese Probleme führte aber der Weg der Verhandlungen mit Lisola zu einem Erfolg, wie er unter den münsterischen Räten nunmehr als unbedingt erforderlich betrachtet wurde. Domdechant Korff-Schmising sprach gleichzeitig dem Bischof aus dem Herzen, wenn er prophezeite, daß Frankreich im Fall eines Sieges »intolerabel« sein würde. Der drohende Aufmarsch eines Heeres des Prinzen von Oranien an der Lippe und Rabenhaupts im Niederstift ließen die Beschleunigung der Gespräche mit dem kaiserlichen Minister ratsam erscheinen. Andererseits galt es, nicht durch allzu starkes »Pressieren« den Eindruck der Bedrängtheit zu erwecken³⁴. Die teils zweckoptimistischen, teils ehrlich verzweifelten Hilferufe Franz Egons aus seiner Zuflucht in Kaiserswerth machten erschreckend deutlich, wie die Waagschale zugunsten der Kaiserlichen stieg³⁵. Schon zeigten sich tiefe Risse im Bündnis zwischen Kurköln und Münster, wie sie dem Zerfall einer politischen Freundschaft vorauszugehen pflegen, während die Nachrichten aus Regensburg immer düsterer lauteten. Die Entdeckung des Teilungsplans für die niederländischen Gebiete rief höchste Empörung hervor. Der Kaiser drohte angeblich, zur Strafe das Bistum Münster aufzuteilen, um dem ohne eigenes Verschulden durch französische Gewalttat geschädigten Erzbischof von Trier einige münsterländische Ämter zuzuwenden³⁶.

Die Folgen der verschlechterten Lage zeigten sich in dem zu Anfang November fertiggestellten Entwurf der Vermittler. Münsterische Wünsche blieben so gut wie unberücksichtigt. Er sah nur eine Geldentschädigung von etwa 300 000 Rtl. durch die Generalstaaten vor. Frankreich beschäftigte der Zusammenbruch Kurkölns; es konnte keine Hilfe leisten. Pomponne sah seine

³² Zur Geheimhaltung vermied Lisola unmittelbare Verhandlungen mit den Münsteranern und bediente sich Pater Löwendales als Verbindungsmann.

³³ Die münst. Gesandten in Köln an Chr. Bernh., 3. u. 10. 11. 1673; MLA. 12, 13 I.

³⁴ Ratsprotokoll v. 6. 11. 1673; GR. 596.

³⁵ Der Briefwechsel Franz Egons mit dem Bischof aus dieser Zeit in MLA. Mil. 2030. Der Streit zwischen den beiden Bischöfen drehte sich hauptsächlich um die Festungen Dorsten und Steenwijk. Der Bischof von Münster schickte Hilfstruppen nach Dorsten, die Franz Egon als »Zigeuner« bezeichnete (Schr. v. 6. 11. 1673). Chr. Bernh. schwankte zwischen der Furcht, daß Dorsten in feindliche Hand fiel und das Stift Münster bedrohte, und der Hoffnung, von dort aus die feindlichen Heere am Rhein beunruhigen zu können. Seiner Unentschlossenheit entsprangen die sich fast täglich widersprechenden Befehle, die Festung zu schleifen bzw. zu verstärken. Den ursprünglichen Plan, Steenwijk zu räumen und mit der Besatzung nach Dorsten zu ziehen, ließ er schließlich fallen, um den Anschein zu wahren, als ob eine Offensive gegen Westfriesland bevorstand. Am 16. 11. entschloß sich der Bischof endgültig, nachdem auch der Kommandant von Dorsten, Graf Vignancourt, äußerte, die Festung mit weniger als 1500 Mann nicht verteidigen zu können, die Rasierung der Werke zu befürworten. Franz Egon erblickte darin die Absicht, die Brücken über die Lippe und damit die Verbindung zu Kurköln abzubrechen. Er lehnte am 20. 11. in scharfem Tone die Schleifung ab. Trotzdem ließ Christoph Bernhard die auf münsterischem Gebiet liegende Lippeschanze planieren, was zu einer ersten Verstimmung zwischen den Bundesgenossen führte. Steenwijk blieb vorläufig besetzt. Die Demolierung dieses Platzes begann erst am 5. Dezember.

³⁶ Dolberg an Bruchausen, Regensburg 9. 11. 1673; MLA. 473, 65.

Antipathie gegen das Bündnis mit den geistlichen Fürsten gerechtfertigt³⁷. Am 13. November fiel Bonn, dessen heldenhafte Verteidigung der freilich vorsorglich geflohene Bischof von Straßburg bombastisch angekündigt hatte, in die Hände der Kaiserlichen und Holländer³⁸.

Angesichts des Zusammenbruchs der Rheinfront zogen die Franzosen, abermals ohne Benachrichtigung ihrer Verbündeten, ihre Truppen von Ijssel und Niederrhein ab. Luxemburg begann die besetzten holländischen Provinzen zu räumen. In größter Eile brach der Bischof aus Sassenberg auf, um den gänzlichen Verlust von Overijssel vorerst noch aufzuhalten³⁹.

Das Ausbleiben französischer Hilfe zwang den Kurfürsten von Köln, sich mit einer Friedensvermittlung einverstanden zu erklären. Der Komtur schloß sich dem Schritt nicht an und suchte die Schwierigkeit mit Lingen durch ein Geldangebot an den Prinzen von Oranien aus dem Wege zu räumen. Da Lisola keine Antwort auf diese Anregung aus Den Haag erhielt, schien sie dort nicht genehm. Die kaiserlich-münsterischen Verhandlungen gerieten merklich ins Stocken⁴⁰, sehr zum Leidwesen des Komturs, da sich die militärische Lage stürmisch zugunsten des kaiserlichen Heeres veränderte. Vor Montecuccoli zog sich Turenne bis in das Elsaß zurück.

Da schöpfte der Bischof neue Hoffnungen aus der Nachricht über die Anwesenheit du Prés in Hannover. Er hörte von der Forderung des französischen Königs, die zu Operationen im Westfälischen Kreis vorgesehene Armee des Herzogs von Luxemburg durch 4–5000 Mann hannöverscher Truppen zu verstärken⁴¹. Im Geiste errichtete er schon das Gebäude eines umfassenden Sicherheitssystems für den Niedersächsischen und den Westfälischen Reichskreis, geschützt durch einen Kordon münsterischer und hannöverscher Truppen sowohl vor kaiserlichen als französischen Zudringlichkeiten⁴². Aber Herzog Johann Friedrich verstand es auch diesmal, sich dem französischen Ansinnen zu entziehen und trotzdem weiter Subsidien zu kassieren⁴³. Wohl oder übel mußte der Bischof deshalb auf sein politisches Traumgebilde verzichten

³⁷ Courtin gab dieser Meinung ärgerlich Ausdruck, indem er dem unglücklichen Kurfürsten und seinem bösen Helfer Franz Egon vorhielt, zum Kriegführen gehöre mehr, als sich mit einem Haufen von Sekretären und Papier zu umgeben. Die münst. Gesandten an Chr. Bernh., 10. 11. 1673; MLA. 12, 13 I.

³⁸ Am 11. 11. 1673 war Franz Egon allerdings schon von dem bevorstehenden Fall der Residenzstadt überzeugt. Er schob die Verantwortung für das Bündnis zwischen Holland, dem Kaiser und Spanien auf die Uneinsichtigkeit des Herzogs von Chaulnes. Die Verbindung wäre leicht durch die von ihm, Franz Egon, angeregte Gründung einer dritten Partei zu verhindern gewesen (CC. 11 Bl. 298). Chr. Bernh. pflichtete dem Bischof von Straßburg in diesem Punkte bei und warf den Franzosen ständige Verletzung der Bündnispflicht vor: »So werden vorgemelte Franzosen in Nachdenkung und Erwägung derselben finden, daß darvon oft und weit abgewichen und also Praestanda nicht praestiert worden« (Chr. Bernh. an die münst. Gesandten in Köln, 14. 11. 1673; MLA. 12, 13 I).

³⁹ Chr. Bernh. an den Bischof von Paderborn, Sassenberg 12. 11. 1673; MLA. Mil. 2030.

⁴⁰ Die münst. Gesandten in Köln an Chr. Bernh., 14. 11. 1673; MLA. 12, 13 I. – Über die Grft. Lingen vgl. G. J. ter Kuile, Het graafschap Lingen onder de Oranjes. In: Verslagen en Mededelingen van Overijssels Regt en Geschiedenis 68 (1953) S. 13–61.

⁴¹ Instruktion für du Pré, Versailles 24. 10. 1673. Resolution Herzog Joh. Friedrichs, Hannover 9. 11./30. 10. 1673. Zitiert bei Köcher II S. 362 Anm. 3 u. 4.

⁴² Chr. Bernh. an die münst. Gesandten in Köln, 16. 11. 1673; MLA. 12, 13 I.

⁴³ Köcher II S. 326 f.

und den Entschluß zur Schleifung der Lipperschanze fassen, um der Festung Dorsten für den Fall kaiserlicher Besetzung einen Teil ihrer Gefährlichkeit zu nehmen. Die ganze Festung durch münsterische Truppen zu besetzen, war weder möglich, da es an Soldaten fehlte, noch ratsam, um jeden Verdacht einer feindlichen Handlung gegen das kaiserliche Heer im Kurfürstentum Köln zu vermeiden⁴⁴, zumal der im ganzen dem Bischof wenig wohlgesonnene und für ein schärferes Vorgehen eintretende Marquis de Grana in Köln zu sehends an Einfluß gewann⁴⁵.

Ende November gaben die Holländer Lisola bekannt, daß sie auch das letzte gemäßigte Ultimatum des Bischofs von Münster ablehnten und höchstens eine Summe Geldes geben und das Religionswesen bis zum allgemeinen Frieden im augenblicklichen Stand lassen wollten⁴⁶. In seiner Empörung über einige spitze Bemerkungen Granas bei Tische⁴⁷ hätte die Nachricht den Bischof beinahe bewegt, die Verbindung zu Lisola abzubrechen⁴⁸, wenn nur die Franzosen ihm in diesem Augenblick Hilfe geschickt hätten. Aber von ihnen hörte der Komtur nur leere Versprechungen⁴⁹, ja, es verlautete, daß sie sogar Kampen, den letzten Sperriegel der Provinz Overijssel vor der Zuidersee, zu räumen gedachten⁵⁰. Das Hilfeversprechen des Herzogs von Luxemburg machte sich durch seine übereifrige Freundlichkeit zu verdächtig, als daß man darauf bauen konnte⁵¹. Seine Bereitwilligkeit harmonierte nicht mit dem Verfahren des Intendanten Roberti in Zwolle, der die Demolierung Kampens vorbereitete, anstatt daß sich der Marschall Humières, wie versprochen, zum Schutz der Festung einfand⁵². Überall verbreitete sich die Meinung, der Hochmut der

⁴⁴ Chr. Bernh. an die münst. Gesandten in Köln, 21. 11. 1673: MLA. 12, 13 I. Ratsprotokoll v. 21. 11. 1673: GR. 596.

⁴⁵ Die münst. Gesandten in Köln an Chr. Bernh., 21. 11. 1673: MLA. 12, 13 I.

⁴⁶ Desgl., 21. 11. 1673: MLA. 533, 3 I. Im Schr. v. 23. 11. bezeichnete Lisola gegenüber Hoher die holländ. Antwort als kalt. Er habe sie den münst. Gesandten nicht mitgeteilt, sondern wolle die Holländer zuerst um mehr Großzügigkeit bitten (OSR. fasc. 30 p. 6). Sein Abweichen von der Wahrheit läßt sich vielleicht dadurch erklären, daß er nicht von Hoher angewiesen werden wollte, mit der holländ. Antwort zufrieden zu sein und den Bischof zur Unterwerfung zu zwingen, weil seine Pläne auf einen echten Übertritt Münsters zum Kaiser hinausliefen, der ihm sonst vermauert worden wäre.

⁴⁷ Chr. Bernh. an die münst. Gesandten in Köln, 24. 11. 1673: MLA. 12, 13 I.

⁴⁸ Ebd.: »Des bewußten Barons Negotiation habt ihr in statu quo zu lassen«. Auch seine Gesandten in Köln hätten in diesem Augenblick nicht ungern gesehen, wenn der Bischof mit einem glücklichen militärischen Unternehmen den schlappen Segeln ihrer Diplomatie etwas Wind zugeblasen hätte. Die Gesandten an Chr. Bernh., 24. 11. 1673: Die Verhandlungen mit Lisola verböten nicht, »bei vorfallender Gelegenheit einig Dessen zu versuchen«, um dadurch die Generalstaaten den billigen Bedingungen des Bischofs geneigter zu machen (MLA. 533, 3 I).

⁴⁹ Die französ. Gesandten an Pomponne, Köln 23. 11. 1673: Sie hätten dem Komtur Korff-Schmising Hilfe zugesagt und erklärt, daß das bisherige Ausbleiben von Unterstützung nur am Verlust eines Briefes Pomponnes an Wilh. Egon läge. »Enfin, nous employons toute notre industrie pour gagner du temps en attendant que vous nous fournissiez quelque moyen plus efficace pour retenir ce prince.« Der Bischof verfüge kaum noch über die nötigste Munition (CA. 270 Bl. 53).

⁵⁰ Der Bischof wies am 26. 11. den französ. Residenten Berthélemy Jordan an, dieses Vorhaben abzuraten (MLA. Mil. 2030).

⁵¹ Herzog von Luxemburg an Chr. Bernh., Rheinberg 26. 11. 1673: Ebd. Denkschrift Jordans mit Antwort des Herzogs von Luxemburg, 27. 11. 1673: MLA. Mil. 2029.

⁵² Dr. Ham an Chr. Bernh., Zwolle 27. 11. 1673. Chr. Bernh. an Ham 28. 11. 1673: MLA. Mil. 2030. – Die Kampener Frage belastete das Bündnis zwischen Frankreich und Münster im Dezember besonders schwer. Schon seit einiger Zeit wurde davon

Holländer⁵³ gründe sich nur auf das »liederliche Verfahren« der Franzosen und ein angebliches Versprechen des Königs zur Erstattung aller besetzten Plätze und Wiederherstellung des alten Religionszustandes, wenn sie sich nur von Österreich und Spanien trennten und mit ihm verbündeten⁵⁴.

Alle diese Nachrichten stürmten mit ihrem entmutigenden Inhalt und ihrer Unzuverlässigkeit auf den Bischof ein. Der Geheime Rat Lic. Rave, dem der Fürst stets ein offenes Ohr lieh, riet deshalb: »Würde wohl immittels das Beste und Vorteilhafteste sein, wann die von Ew. hochfürstl. Gnaden gesuchte Intelligenz mit den Kaiserlichen und Spaniern ohne Präjudiz des holländischen Wesens ferner negotiiert und mit Herrn Baron de Lisola festgestellt würde, mit denen Offerten, warnach Österreich und Spanien gewiß mit beiden Händen greifen würden, und warzu Ew. hochfürstl. Gnaden sich vor wenig Zeit bei sich gnädigst resolviert haben«⁵⁵. Dieser Rat barg angesichts des sinkenden Sterns der Franzosen und ihrer Helfer im Reich den Stein des Weisen, aber auch manche damit verbundene bittere Demütigung. Vielleicht hätte der schleppende Gang der Friedensverhandlungen in Köln, durch den Streit über die Zulassung Lothringens fast paralyisiert, die Entscheidung des Bischofs beschleunigen können, wenn ihn nicht gerade zu dieser Zeit das »insolente« Betragen der kaiserlichen Minister gegenüber dem Kurfürsten von Köln auf tiefste erbitterte. Sie riefen die Landstände des Erzstifts gleichsam als Verbündete gegen den Landesherren auf und rührten damit an alte Wunden des Bischofs. Hinzu trat das rücksichtslose Vorgehen der Spanier auf neutralem pfalz-neuburgischen Gebiet, wenn auch der Bischof bei aller geäußerten Er-

gesprochen, daß die Franzosen die Festung, die ihnen der Bischof früher eingeräumt hatte, demolieren wollten. Alle Bitten um Rückgabe an Münster unter Verweis auf ihre Bedeutung als Sperrfestung für die Provinz Overijssel fruchteten nichts. Dr. Ham suchte deshalb täglich den Intendanten Roberti auf, ohne ihm die beabsichtigte Schleifung ausreden zu können. Zufällig erfuhr Ham, daß der Magistrat der Stadt Amsterdam um Geld nachgesucht hatte, so daß sich die Vermutung aufdrängte, Roberti wollte dunkle Geschäfte machen und die Festung dem Magistrat verkaufen (Dr. Ham an Chr. Bernh., Zwolle 1. 12. 1673; MLA. Mil. 2029). Leider verfügte der Bischof über keine Truppen, um Kampen selbst zu besetzen, da er damit beschäftigt war, alle Zugänge zum Münsterland sperren zu lassen. In Höxter wurden die Weserbrücken abgerissen (Ferdinand v. Fürstenberg warnte den dortigen Befehlshaber Obrist Pielack vor dem Anmarsch kaiserlicher Völker, wofür Christoph Bernhard am 22. 12. dankte; Ebd.), vor Dorsten die Lippeschanze dem Erdboden gleichgemacht. 2000 Reiter begaben sich zur Bewachung der Grenze an die Lippe (Chr. Bernh. an Franz Egon, 2. 12., und an Bischof Ferdinand, 10. 12. 1673; Ebd.). Zwar gelang es Ham, Humières zu überreden, einige Tage mit der Schleifung Kampens abzuwarten, aber dieser ließ keinen Zweifel an der Durchführung der Maßnahme in den nächsten Tagen, falls kein Gegenbefehl aus Paris eintraf (Ham an Chr. Bernh., Zwolle 11. 12. 1673; Ebd.). Bei diesen Aussichten sprachen sich die münst. Obristen Grandvillers, Massenbach und v. Wedell ebenfalls für eine Schleifung der Festung aus (desgl., 12. 12. 1673; Ebd.). Ja, man drang jetzt auf die Demolierung, um Roberti der Möglichkeit zu berauben, die Festung den Holländern unversehrt in die Hände zu spielen, nachdem deren Schiffe schon vor der Ijsselmündung lagen. Nun zogen die Franzosen wieder das Vorhaben in die Länge und lehnten jede münst. Mitwirkung ab (desgl., 16. 12. 1673; Ebd.).

⁵³ Auch Lisola klagte Hoher im Schr. v. 28. 11. 1673 über die gerade zu dieser Zeit härter werdende Haltung Hollands: »Sed duros adhuc Hollandos reperio, et duriores adhuc in negotio episcopi Monasteriensis« (ÖSR. fasc. 30 p. 6). Vgl. Bericht Kramprichs an Kaiser Leopold, Den Haag 30. 11. 1673 (Ebd. fasc. 28).

⁵⁴ Die münst. Gesandten an Chr. Bernh., 28. 11. 1673; MLA. 533, 3 I.

⁵⁵ Lic. Rave an Chr. Bernh., 30. 11. 1673; MLA. Mil. 2029.

bitterung über die Mißhandlung angesehenen Reichsstände seine Schadenfreude nicht ganz verbergen konnte, nachdem Herzog Philipp Wilhelm trotz seiner Ablehnung einer Teilnahme am Hollandfeldzug nun doch mit seiner vielgerühmten Neutralität in den Nesseln saß⁵⁶. Da schien es immer noch besser, gerüstet über die freie Entscheidung zu verfügen, welcher Partei man sich anschließen wollte.

Den Franzosen blieben der Unmut des Bischofs von Münster und das Wirken Lisolas in Köln nicht verborgen. Münster bildete zur Zeit das schwächste Glied des Bündnisses. So wenig Wert Pomponne auf die Verbindung mit den geistlichen Fürsten legte, so wenig mochte er im Augenblick militärischer Schwäche Frankreichs und des Zusammenbruchs Kurkölns auf einen weiteren Verbündeten verzichten. Noch immer band der Bischof erhebliche Teile des niederländischen Heeres. Sein Ausscheiden hätte die französische Verhandlungsbasis auf dem Friedenstag merklich verschlechtert. Deshalb entschloß sich der König Ende November, Rousseau⁵⁷ nach Münster abzuordnen, um den Bischof mit dem Hinweis auf die nur zum Schutz der deutschen Verbündeten dienende und unter dem Herzog von Luxemburg neu aufgestellte Armee zu beruhigen. Die kaiserlichen Truppen werde Turenne hinreichend beschäftigen, um dem Herzog freie Hand für seine Sonderaufgabe zu schaffen. Ohne verbindliche Zusage sollte Rousseau die Hoffnung des Bischofs auf Verleihung einer französischen Abtei lebendig erhalten und überhaupt mit Freundlichkeiten nicht sparen, um den Bischof von einer Verständigung mit dem Kaiser zurückzuhalten, von der bereits alle Welt offen sprach⁵⁸.

Wie erwartet, überschüttete der Bischof den Gesandten nach seiner Ankunft in Coesfeld (15. Dezember) mit den bittersten Klagen über französische Untreue und die Gefahren, in die er und sein Land deshalb gefallen seien⁵⁹. Rousseau vermochte dem Ausbruch des Unwillens nur die wenig ergebnisreichen Punkte seiner Instruktion entgegenzuhalten und sah mit eigenen Augen, wie wenig das die düstere Laune des Bischofs aufhellte. Im Herzen mußte er dem Vorwurf des Mißverhältnisses zwischen französischen Versprechungen und Taten zustimmen. Besonders die Aufgabe Kampens, das der König der Familie von Galen als Ausstattung zugesagt hatte, verstimmte den Bischof sehr. Er führte sie auf ein geheimes Einverständnis zwischen Frankreich und Holland zurück. Domdechant Korff-Schmising unterstützte die Klagen seines Herrn nach Kräften und betonte, wie er und sein Bruder als Verfechter des Bündnisses mit Frankreich durch den König in Verlegenheit gebracht und ihrer Vertrauensstellung beim Fürsten beraubt worden seien. Das unkluge Verhalten der Franzosen werde den Bischof dem Kaiser in die Arme treiben. Zum Krieg gegen das Reichsoberhaupt zwingen ihn keine Bestimmung des Bündnisvertrages⁶⁰.

Auf seinen Rat, den Bischof von Münster durch stärkere finanzielle und militärische Hilfe bei der Stange zu halten, erhielt Rousseau aus Paris nur die

⁵⁶ Chr. Bernh. an die münst. Gesandten in Köln, 1. 12. 1673: MLA. 12, 13 II.

⁵⁷ Rousseau gehörte nicht zu den Sternen erster Größe am Himmel der französischen Diplomatie. Der Nachwelt ist er hauptsächlich als Verfasser der »Idée du parfait ambassadeur« in der Erinnerung geblieben.

⁵⁸ Instruktion für Rousseau v. 21. 11. 1673: CM. 2^{bis} Bl. 14. Beglaubigungsschreiben, Versailles 28. 11. 1673: Ebd. Bl. 18.

⁵⁹ Rousseau an Ludwig XIV., Coesfeld 15. 12. 1673: Ebd. Bl. 21 ff.

⁶⁰ Desgl., 29. 12. 1673: Ebd. Bl. 36.

Weisung, Christoph Bernhard auf das Frühjahr zu vertrösten. Münster verfüge über genügend Kräfte, seine Verteidigung den Winter hindurch selbst zu übernehmen⁶¹.

Die mehr der Not als innerer Einsicht entspringende Zurückhaltung des Königs fand in dem zögernden Fortschritt der kaiserlich-münsterischen Verhandlungen ihre Rechtfertigung. Alle Bemühungen Lisolas scheiterten an der mangelnden Bereitschaft der Holländer zu Zugeständnissen und an der Weigerung des Bischofs, die von der Gegenseite als Vorbedingung geforderte Räumung der besetzten Plätze zuzugestehen. Ein stillschweigender Waffenstillstand zwischen kaiserlichen und münsterischen Truppen auf Vorschlag Bournonvilles und die Verpflichtung des Bischofs, den Franzosen keinen Beistand gegen den Kaiser zu leisten, bedeuteten im Augenblick den größten Fortschritt⁶². Beide Bedingungen lagen durchaus im Interesse des Bischofs und boten die Möglichkeit, die gegenseitigen Beziehungen enger zu gestalten⁶³.

Seltsam wirken die gleichzeitigen Besprechungen des Bischofs (18./19. Dezember) mit Franz Egon von Fürstenberg in Coesfeld. Beide einigten sich darauf, das französische Bündnis erneut zur Grundlage ihrer Politik zu machen und den Krieg gegen Holland zu beleben⁶⁴. Diese Abmachungen sollten den Franzosen nicht nur eine längst nicht mehr vorhandene Sicherheit vorspiegeln, sondern stellten auch nach Ansicht des Bischofs den geglückten Versuch dar, die kurkölnischen Truppen vom Reichsboden und aus der Front gegen den Kaiser abzuziehen, um damit auch dem Kurfürsten die Möglichkeit einer Loslösung von Frankreich und des Anschlusses an den Kaiser zu eröffnen, indem das kurkölnische Heer ausschließlich im Feldzug gegen die Generalstaaten Verwendung fand⁶⁵.

⁶¹ Ludwig XIV. an Rousseau, St. Germain 30. 12. 1673: Ebd. Bl. 43.

⁶² Lisola an Hoher, Köln 7. 12. 1673: ÖSR. fasc. 30 p. 6.

⁶³ In Regensburg lagen bereits Anf. Dezember niederländ. Berichte über ein Abkommen des Bischofs mit der kaiserlichen Generalität vor, obgleich aus Wien das Einverständnis dementiert wurde. Dolberg an Bruchhausen, Regensburg 7. 12. 1673: MLA. 473, 65. — Der Bischof teilte die Anträge Rousseaus dem Frhr. v. Lisola mit, ein Zeichen, daß er kaum beabsichtigte, sich erneut Frankreich anzuschließen. Chr. Bernh. an die münst. Gesandten in Köln, 16. 12. 1673: MLA. 12, 13 II.

⁶⁴ Protokoll in MLA. 12, 11.

⁶⁵ Chr. Bernh. an die münst. Gesandten in Köln, 22. 12. 1673: MLA. 12, 13 II.

43. KAPITEL

DER FRIEDE VON KÖLN

Der Rückblick auf das Jahr 1673 bot dem Bischof kein erfreuliches Bild. Zerronnen war die Hoffnung, durch Eroberung Coevordens erneut den Weg in das niederländische Hinterland zu öffnen. Der Franzosen Hilfe blieb nach wie vor aus. Der Herzog von Luxemburg zog mit seinem Heer von Niederrhein und Maas nach Süden ab, während den Kaiserlichen und Holländern durch den Zusammenbruch Kurkölns der Rhein offenlag. Nur ein stillschweigender, unbefristeter Waffenstillstand hielt Graf Sporck ab, Quartiere im Münsterland zu beziehen. Den Fortschritten ihrer Waffen entsprach die immer unnachgiebiger werdende Haltung der Niederländer auf dem Friedenstag, und schon lief das Gerücht von einer bevorstehenden Aussöhnung der Generalstaaten mit England um. Dem Bischof schien die Meinung Mayersheims aus dem Herzen gesprochen: »Die Holländer werden sich die Haut vollachen, daß die Teutschen so gut seind, und aus lauter Liebe und Kompassion ihnen . . . den Krieg abgenommen und auf sich gezogen haben«¹. Längst schob der Bischof aber dafür nicht mehr dem Kaiser die Schuld zu, sondern dem verhängnisvollen Zug Turennes in das Herz des Reichs. Seit diesem von ihm oft widerratenen Unternehmen verließen die Glücksgötter die französische Partei. Weil er den Franzosen seine Festungen einräumte, verlor der Kurfürst von Köln sein Land. Abgeschnitten von der Heimat entbehrten seine Truppen in Overijssel des Nachschubs und Geldes. Alle verzweifelten Versuche, in Paris dem Erzstift Hilfe zu verschaffen, scheiterten an der militärischen Ohnmacht des Königs². Ungestüm drängte Wilhelm Egon, endlich der Bildung einer dritten Partei zuzustimmen, wenn Frankreich nicht eine allgemeine Koalition gegen sich erregen wolle, die Österreich in einem Generalfrieden die Erfüllung aller seiner Wünsche verschaffen werde³. Nichts anderes erreichte er damit, als daß der König die Festungen Neuß und Kaiserswerth zu räumen befahl und dem verängstigten Kurfürsten nicht einmal die notwendige Munition lassen wollte. Der Mißerfolg der Fürstenbergischen Politik brach auf einmal hervor. Hätte Wilhelm Egon geahnt, daß sich gerade in diesen Tagen in Wien sein Schicksal entschied, er hätte vielleicht den Mut gänzlich verloren⁴.

Keinen besseren Erfolg errang Franz Egon mit seinen flehentlichen Hilferufen in Münster. Als Entgelt für die Vertretung münsterischer Forderungen

¹ Mayersheim an Chr. Bernh., 21. 12. 1673: MLA. 534, 5 III.

² Der kölnische Resident Douffet in Paris verlangte am 2. 1. 1674 eine Hilfsarmee von 13 900 Mann und monatl. 42 000 Ecus, wenn der Kurfürst den Krieg fortsetzen sollte (CA. 270^{bis} Bl. 348).

³ Wilh. Egon an Ludwig XIV., Köln 6. 1. 1674: CC. 12 Bl. 23.

⁴ Am 12. 1. gab Kaiser Leopold von Wien aus dem Marquis de Grana schriftlichen Befehl zur Gefangennahme Wilhelm Egons v. Fürstenberg (OSR. fasc. 56).

in Paris versuchte er, aus seinem Bündnispartner das Versprechen herauszulocken⁵, die Hilfstruppen in erster Linie zur Befreiung des Erzstifts zu verwenden und die an der Ijssel zusammenströmenden holländischen Regimenter vorläufig außer acht zu lassen. Beide Bischöfe hielten sich gegenseitig vor, sie selbst seien der am stärksten Gefährdete, und Christoph Bernhard versäumte nicht, seinen Hohn über die verfehlte Politik des Straßburgers auszugießen⁶.

Die vom Bischof zur Schau getragene Zuversichtlichkeit entsprach jedoch nicht der wirklichen Stimmung am münsterischen Hofe. Bedrückt von dem Ernst der Lage warteten die Räte auf Nachrichten über Fortschritte der dritten Partei. Vertraulich forschten auch die Gesandten in Köln bei dem dortigen kurbayrischen Vertreter nach den Aussichten des geplanten Bundes. Großspurig versicherte der Bayer, eine mächtige Bundesarmee von 12000 Schweden, 7000 Bayern, 4000 Pfalz-Neuburgern und 8000 Hannoveranern werde dem Kaiser den Frieden aufzwingen, aber der nüchterne Komtur vermutete ganz richtig, daß es angesichts der Verschiedenartigkeit der Bundesgenossen »beim Konzept woll verbleiben« würde⁷. Trotz aller Hoffnung des Bischofs⁸, Schwierigkeiten bei der Bildung der dritten Partei ließen sich bei gutem Willen überwinden, beschlich jedoch auch ihn die Sorge, das ersehnte Werk könne »in der Geburt besorglich umbkommen«⁹.

Den schwachen Hoffnungsschimmer verdunkelten Sorgen über die zukünftige Haltung des Kurfürsten von Brandenburg. Mit Aufmerksamkeit verfolgte man in Coesfeld seine starke diplomatische Tätigkeit, ohne ihr Ziel zu durchschauen. Die verständliche Furcht vor einer Rache für den im vergangenen Jahre vom Generalleutnant von Nagel in der Grafschaft Ravensberg angerichteten Schaden wurde genährt durch den Abschluß des schwedisch-brandenburgischen Bündnisses, über das die Generalstaaten sich anfangs »sehr alteriert, nachgehends aber, als sie den Inhalt desselben vernommen, besser vergnügt sich bezeigt« hatten¹⁰.

Freilich beherrschten auch die andere Seite Sorgen um die nächsten Absichten des Bischofs von Münster. Möglicherweise richtete Franz Egon seine

⁵ Franz Egon an Chr. Bernh., Wesel 4. u. 9. 1. 1674. Die Möglichkeit ergab sich aus dem Wunsch Chr. Bernhards, ein Gesamtschreiben um Hilfe nach Paris zu schicken, das er am 8. 1. im Entwurf Franz Egon zusandte. Chr. Bernh. an Franz Egon, 8. 1. 1674: MLA. 541, 2b.

⁶ Desgl., 2. 1. 1674: Ebd. Franz Egon wies den Vorwurf des Bischofs zurück, der Kurfürst habe Feindseligkeiten gegen den Kaiser unternommen. Das Bündnis mit Münster sei aber auch gegen alle gerichtet, die den Holländern Beistand leisteten. — Besonders erregte sich der Bischof über die Behauptung Franz Egons, er könne kein Geld zur Bezahlung der Truppen in Overijssel aus der Stadt Köln herausbekommen. Wenn man ihm nur alle rückständigen Subsidien in Köln auszahle, werde er Mittel und Wege finden, sie seiner Armee zuzuführen. Chr. Bernh. an Franz Egon, 14. 1. 1674: Ebd.

⁷ Die münst. Gesandten in Köln an Chr. Bernh., 2. 1. 1674 u. Antwort des Bischofs v. 5. 1. 1674: MLA. 12, 13 II.

⁸ Sie war insofern berechtigt, als Ludwig XIV. nach dem Tod des polnischen Königs Michael (10. 11. 1673) seinen Widerstand gegen die Bildung der dritten Partei aufgab. Mignet IV S. 275 f. Köcher II S. 328.

⁹ Chr. Bernh. an die Gesandten in Köln, 9. 1. 1674: MLA. 12, 13 II. — Tatsächlich kam es so, nachdem Wilh. Egon v. Fürstenberg am 14. 2. 1674 in Köln verhaftet wurde und damit der ganze französischenfreundliche Plan zerfiel.

¹⁰ Chr. Bernh. an Bischof Ferdinand, 11. 1. 1674: MLA. 540b V. Der Bischof knüpfte die Hoffnung daran, daß dieses Bündnis »mit deme, was zwischen der alsogenannten dritten Partei gehandelt wird, zum Teil mit einschlage«.

Hilfegesuche an ihn nur, weil er meinte, damit dem Gerücht über ein Einverständnis des Bischofs mit dem Kaiser und Holland auf die Spur kommen zu können. In ganz Deutschland glaubte man an diese Wendung besonders deshalb, weil Sporck an den Grenzen des Bistums Quartier bezog, ohne gegen die bischöflichen Truppen das Geringste zu unternehmen¹¹. Wilhelm Egon hielt dem Komtur in Köln gleichsam als bestätigte Nachricht vor, Münster werde dem Kaiser 5000 Mann überlassen. Mit diplomatischer Zweideutigkeit versicherte dieser, sein Herr kämpfe solange gegen Holland, wie Frankreich seine vertraglichen Versprechen einhalte¹². Mit fast denselben Worten antwortete auch der Bischof auf neugierige Fragen Rousseaus, der immer noch das Treiben seiner Gastgeber in Coesfeld mißtrauisch beobachtete¹³. Wenn der Gesandte glaubte, französische Hilfe könne den Bischof trotz allem beim Bündnis erhalten, so unterschätzte er die tiefe Wunde, die die Preisgabe von Kampen hinterließ. Nicht nur die Sicherheit der Provinz Overijssel ging damit verloren¹⁴, sondern auch die schon als unabänderlich vollzogen betrachtete Ausstattung der Galenschen Familie mit einem neuen Großbesitz. Mehr als alle Klagen über die Unzuverlässigkeit seines königlichen Verbündeten offenbarte das Mitgefühl mit dem mißhandelten Kurfürsten von der Pfalz, wie weit der Bischof sich innerlich schon von der französischen Partei gelöst hatte. Die plumpe Machtpolitik Ludwigs XIV. am Rhein zerstörte unwiderrufflich, wie Mazarin es zu Lebzeiten vorausahnte, das von dem Kardinal aufgebaute kunstvolle Räderwerk seines Einflusses im Reich. Rousseau täuschte sich

¹¹ Nach einer Nachricht v. 28. I. 1674 aus Wien zog sich Sporck den Tadel des Kaisers zu, weil er seine Quartiere nicht im Münsterland bezogen habe, obwohl der Bischof sich erneut mit Frankreich verband und 32 000 Rtl. monatl. erhalte. Sporck habe jetzt Auftrag erhalten, sich des Stifts zu bemächtigen (MLA. 541, 2b).

¹² Die münst. Gesandten in Köln an Chr. Bernh., 19. I. 1674: MLA. 12, 13 II.

¹³ Rousseau an Ludwig XIV., Münster 23. I. 1674: Der Bischof sage, »qu'il sçavait que quelques gens l'avoient voulu faire passer auprès d'elle pour tout imperial, – c'est le mot, dont il s'est servi –, mais qu'il seroit constant et qu'il tiendroit sa parole jusques à sa mort, tant qu'on ne lui en manqueroit point« (CM. 2^{bis} Bl. 55).

¹⁴ Schon jetzt zeigten sich die Folgen. Um Kampen und Hattem sammelten sich niederländische Truppen und beunruhigten die Ijssellinie. In Deventer tauchte ein »kleiner schwarzer Mann« auf, der mit ihnen Verbindung aufnahm, um einen Anschlag auf die Stadt einzuleiten. Dieser wurde angeblich durch einen münsterischen Bürger aufgedeckt und »nachgehends durch den bekannten David Moller, welcher sich vor 2 Jahr gegen uns gebrauchen lassen und in Münster gefangen gesessen, umständlich ausgesagt« (Chr. Bernh. an die münst. Gesandten, 30. I. 1674: MLA. 12, 13 II. Vgl. Chr. Bernh. an Franz Egon, vor 24. I. 1674: MLA. 541, 2b). Die Unruhe unter der Bürgerschaft in Deventer schob der Bischof der kurköln. Besetzung in die Schuhe. »Die Galle und Bitterkeit gegen die Katholischen ist so groß, daß ein anders nicht zu erwarten« sei (Chr. Bernh. an Franz Egon, 29. I. 1674: MLA. 541, 2b). Am liebsten hätte er bei dieser Gelegenheit das kurköln. Regiment durch eine eigene Besatzung abgelöst. Vor Deventer sollten außerdem 1000 Reiter und bei Zwolle 800 Mann aufgestellt werden, um die Ijselfestungen beim Versagen der kurköln. Truppen in münst. Hand halten zu können. Einen Teil des köln. Heeres wollte der Bischof in eigene Dienste nehmen (Chr. Bernh. an Franz Egon, 25. I. 1674: Ebd.). Er begrüßte es deshalb, daß die noch unversehrte köln. Reiterei vom französ. Heer weg nach Overijssel marschierte. Auch die münst. Kavallerie zog aus dem Stift wieder an die Ijssel, wahrscheinlich weniger aus dem Grunde, eine Offensive gegen die Holländer vorzubereiten, als den Kölnern die Quartiere wegzunehmen. Franz Egon protestierte am 26. I. gegen die Verlegung der münst. Reiterei. Er bemerkte, daß der köln. Einfluß in Overijssel zurückgedrängt werden sollte, damit die Provinz bei einem unerwarteten Friedensschluß des Kurfürsten in sicherem Besitz des Bischofs blieb.

grundlegend, wenn er die Kriegslust des Bischofs und seine Erbitterung über die Holländer für so stark hielt, daß es keines französischen Gesandten an seinem Hofe bedürfe, um ihn bündnistreu zu erhalten¹⁵.

An demselben Tage nämlich, an dem Rousseau seinen zuversichtlichen Bericht verfaßte, erklangen in einer Sitzung des Bischofs und seiner Geheimen Räte ganz andere Töne. Der Komtur, aus Köln herbeigeeilt, erläuterte den Stand der Fühlungnahme mit den Spaniern. Anfangs hatte de Lira die Auffassung, Frankreich und seine Verbündeten führten einen Religionskrieg gegen Holland, schroff zurückgewiesen und die traditionelle französische Gleichgültigkeit in Konfessionsfragen des Reichs als Beweis angeführt¹⁶. Nach und nach fand er jedoch freundlichere Worte und Verständnis für die Einstellung des Bischofs. Besonders rühmte er seine Klugheit, die Franzosen aus dem Stift ferngehalten zu haben¹⁷. Er versprach wenigstens, sich für billige Friedensbedingungen einzusetzen.

Auf den Bericht des Komturs schlug sein Bruder, der Domdechant, vor, »andere Consilia zu ergreifen«, nachdem Frankreich den Krieg gegen Holland eingestellt und ihn jetzt gegen den Kaiser und Spanien eröffnet habe. Da das Stift Münster auf sich allein gestellt zur Verteidigung zu schwach sei, dränge sich der Anschluß an eine starke Partei auf. Der Komtur unterstützte diesen Rat mit den Worten, »man hätte Ursach genug, aus der französischen Allianz zu treten«. Gegen die Rache des Königs vermöge nur der Kaiser und sein Anhang Schutz zu gewähren. Wenn de Lira einen erträglichen Frieden zu vermitteln wisse, müsse er angenommen werden, da dem Generalfrieden nicht der geringste Gewinn winke. Rave, den Zusammenbruch seines französischen Konzeptes vor Augen, deutete auf die Gefahr des Parteiwechsels hin, aber der Bischof hielt es für schädlicher, dem König noch länger Vertrauen zu schenken. »Man könne keine Zuversicht zu ihnen haben, noch länger bei ihnen stehen. Münster wäre beser, mit dem Kaier unterzuliegen, als mit Frankreich zu viktorisieren«. So blieb nur noch die Frage zu lösen, ob die Trennung von Frankreich sofort oder erst bei Ablauf des Bundesvertrages durchgeführt werden sollte¹⁸. Der letzte Weg ersparte Vorwürfe, es sei denn, ein offener Vertrauensbruch, wie etwa die befürchtete Räumung von Arnheim und Zutphen durch die Franzosen, bot einen eindeutigen Anlaß zur Lösung des Bündnisses. Unabhängig davon schien ein schneller Friedensschluß mit Holland in jedem Fall erstrebenswert. Blieben Borkelo und Bredevoort dem Stift erhalten, standen dem Vertrag keine Bedenken im Wege¹⁹. Schon zog der Bischof die Übergabe von 5000 Reitern und ebensoviel Fußknechten an den Kaiser zur Begründung eines neuen antifranzösischen Bündnisses in Betracht, möglichst

¹⁵ Rousseau an Pomponne, Coesfeld 9. 2. 1674: CM. 2^{bis} Bl. 68.

¹⁶ Lira erwähnte, er habe den Nuntius, als dieser von einem Religionskrieg gegen Holland Erwähnung tat, nur mit Rücksicht auf seinen Rang nicht aus der Tür geworfen.

¹⁷ Bericht Zurmühlens v. 22. 1. 1674: AV. 379 I.

¹⁸ Ratsprotokoll v. 9. 2. 1674: GR. 597. Unmittelbar im Anschluß reiste M. Korff-Schmising nach Hannover, um die Meinung Herzog Johann Friedrichs zu erkunden. Er erhielt als Antwort nur allgemeine Beteuerungen der Friedensliebe. Es scheint sich auch nur um einen Versuchsballon gehandelt zu haben, um über die Absichten Frankreichs Einzelheiten in Erfahrung zu bringen. Vgl. Resolution Herzog Johann Friedrichs, Hannover 17. 2. 1674 (Entwurf von Grote): Cal BA. Des. 24 Münster Nr. 16.

¹⁹ Ratsprotokoll v. 10. 2. 1674: GR. 597.

noch vor Abschluß des Friedens mit Holland, um mit kaiserlicher Unterstützung günstigere Bedingungen zu erhandeln²⁰. Schwache Versuche Raves, einen schärferen Kurs gegen Holland mit englischer Hilfe anzuraten, blieben unberücksichtigt²¹.

Während in Coesfeld endgültig die Entscheidung für den Kaiser fiel und das Verhältnis zu Kurköln in Auseinandersetzungen über Quartierfragen bis zur Feindseligkeit abkühlte²², verbuchte die kaiserliche und holländische Po-

²⁰ Desgl. v. 18. u. 21. 2. 1674: Ebd. – ²¹ Desgl. v. 19. 2. 1674: Ebd.

²² Chr. Bernh. an die münst. Gesandten in Köln, 2. 2. 1674: MLA. 12, 13 II. – Die erwähnten münst. Bestrebungen zur Untergrabung der köln. Stellung in Overijssel beachtete Franz Egon sehr wohl, hütete sich aber, sie öffentlich festzustellen, um nicht die letzte Stütze mit eigener Hand wegzuschlagen. Gegen den angekündigten Zuzug der kurköln. Reiterei aus der Champagne versuchte der Bischof von Münster eigene Kavallerie in die Quartiere um Deventer zu schleusen. Hiergegen wiederum reagierte Franz Egon mit einem Durchmarsch des Generalwachtmeisters Salins durch das Amt Bocholt und die Bitte, Obrist Post aus Deventer abzuziehen. Andere kurkölnische Truppen begehrten Durchmarsch in das Stift Hildesheim (4 Kompanien Dragoner unter Generalwachtmeister Halberstadt und Obrist Mellinger. Franz Egon an Chr. Bernh., 7. 2. 1674: MLA. 541, 2b). Diesem Durchzug sah der Bischof nicht nur wegen der Belastung der Untertanen und der Sorge, die Truppen könnten vor der brandenburg. Grenze aufgehalten werden und im Lande verbleiben, mit größtem Unmut entgegen, sondern weil er sich an die Vorkommnisse im Frühjahr 1666, als die Gebrüder Fürstenberg versuchten, ihm das Bistum durch einen Handstreich zu rauben, erinnerte. Wenn Wilhelm Egon und sein Bruder des beabsichtigten Übertritts in das kaiserl. Lager inne geworden waren, konnte durchaus ein ähnlicher Versuch vorliegen. Die ärgerliche Reaktion Franz Egons auf die Ablehnung seiner Bitte – »Ich hab sonst Ew. Lbd. öfters sowoll münd- als schriftlich bedeutet und remonstriert, daß die Allianz mit dero selben sehr beschwerlich seie, wann sie allein für sich Hilf suchen und hingegen nichts praestieren wollen, und scheinet, daß es dahin angesehen sein möge, daß wir unser Land und Quartier ruinieren und dero Miliz bedecken, damit sie in guter Ruhe seien und das Ihrige nebens dem unserigen genießen mögen« (Franz Egon an Chr. Bernh., 12. 2. 1674: Ebd.) – bestärkte den Bischof nur in seiner Meinung. Auch dieser verfiel, da er seinen Egoismus entdeckt sah und sich Vorwürfe von einem Mann machen lassen mußte, der ihn an politischem Eigennutz und schamloser Bedenkenlosigkeit weit übertraf, in einen Wutanfall (Undat. Schr.: Ebd.). Er lehnte die optimistische Meinung Franz Egons, Einigkeit der Verbündeten könne alles zum Guten kehren, ab und behauptete im Gegenteil, daß der drohende Abzug der Franzosen aus Zutphen und Arnheim, vielleicht sogar aus Kaiserswerth und Neuß, und der bevorstehende Friedensschluß zwischen England und Holland die Lage weiter so verschlechtern werde, daß man sich überlegen müsse, »was bei alsogestalten Sachen zu tun« (Chr. Bernh. an Franz Egon, 20. 2. 1674: Ebd.). Der scharfe Ton, in dem der Bischof über Frankreich sprach (»Durch diese, der Herren Franzosen schändliche Desertion so vieler ansehnlicher Festungen...«: Ebd.), verfehlte zweifellos auf Franz Egon nicht seinen Eindruck. Der Wunsch nach einer Besprechung mit dem köln. Domherrn Mering unter vier Augen scheint darauf hinzudeuten, daß der Bischof schon damals dem bedrängten und machtlosen Bundesgenossen endgültig Lebewohl zu sagen gedachte. Er schreckte jedoch vor der letzten Konsequenz zurück, um den üblen Eindruck am französ. Hof zu vermeiden, weil gerade jetzt die seit Monaten stockenden Subsidienzahlungen wieder in Gang kamen (am 20. 2. erteilte der Bischof Vollmacht für Dr. Zurmühlen, in Köln 19 000 Rtl. zu empfangen: MLA. 533, 3 I.). Nachdem er sich von der Ungefährlichkeit des Verlangens überzeugt hatte, gestattete er sogar den kurkölnischen, nach Hildesheim bestimmten Truppen endlich den Durchmarsch (Chr. Bernh. an Franz Egon, 23. 2. 1674: MLA. 541, 2b). Die Regimenter erreichten am 21. 2. die Grafschaft Tecklenburg. Franz Egon zeigte sich über die verspätete Erlaubnis sehr unzufrieden, weil die Kaiserlichen den Zug inzwischen auskundschaften konnten. Im Hildesheimischen verweigerten die Stände die Quartiere, in Overijssel besetzte sie der Bischof, so wußte Franz Egon nicht, wo er den Truppen eine Bleibe ver-

litik weitere Fortschritte²³. Ludwig XIV. entnahm der allgemeinen nationalen Erregung in Deutschland den Fehlschlag seines alten Spieles. Sein neuer Anschlag zielte darauf, nach Möglichkeit den Kurfürsten von Köln zu stützen, vor allem aber die Holländer von ihrer deutschen Freundschaft zu trennen und durch verlockende Bedingungen in sein eigenes Lager zu ziehen, ohne daß unnötig viel über die beabsichtigte Fortführung des Krieges gegen Spanien verlautete²⁴. Gleichzeitig eilte Verjus nach Berlin, um den Kurfürsten von Brandenburg durch das Angebot der Rückgabe von Wesel und Rees bei guter Laune zu halten²⁵, denn nur zu gut war bekannt, daß Herzog Georg Wilhelm zum Eintritt in das kaiserliche Bündnis einlud und daß die Rolle, die der Prinz von Oranien jetzt in den Vereinigten Provinzen spielte, seinem Berliner Verwandten eine große Verlockung zur erneuten Annäherung bedeutete²⁶.

Die in der ganzen damaligen Welt Aufsehen erregende Gefangennahme Wilhelm Egons von Fürstenberg (14. Februar 1674)²⁷ unterbrach den offiziellen Gang der Friedensverhandlungen in Köln. Dagegen traten die internen Besprechungen Lisolas mit dem Komtur Korff-Schmising gerade jetzt in ein neues, entscheidendes Stadium. Auf Grund einer Vollmacht des Bischofs konnte dieser festgefügte Vorschläge, einschließlich des Verzichts auf das französische Bündnis und Überlassung von je 5000 Reitern und Fußknechten zur Verstärkung des kaiserlichen Heeres, unterbreiten. Nur an dem unabänderlich beibehaltenen Anspruch des Bischofs auf Borkelo, dem die Niederländer ebenso unbeirrbar ablehnten entgegengesetzten, scheiterte vorläufig der Abschluß²⁸.

schaffen sollte, »und wäre es schier nötig, daß wir unter uns einen Krieg anfangen« (Franz Egon an Chr. Bernh., 20. 2. 1674: Ebd.). Auf jeden Fall brauchte Christoph Bernhard nicht zu befürchten, daß ein zwischen Frankreich und den Fürstenbergern verabredeter Anschlag auf das Stift vorliege. Louvois hatte den Bischof von Straßburg durch die hinterrücks geschehene Abberufung des Oberbefehlshabers der kurköln. und münst. Landtruppe, General Mornas, zu sehr verstimmt (Franz Egon an Chr. Bernh., 22. 2. 1674: »Es ist ein schlimme Sach, daß also ohnerwartet derselbe« (d. h. Mornas) »von dem Marquis de Louvois abgefordert, und weiß ich nit, was von diesem Ministre reden solle«: Ebd.).

²³ Der in Münster immer noch unbekannt Friedenschluß zwischen Karl II. von England und den Generalstaaten war bereits am 19. Februar unterzeichnet worden. Graf Windischgrätz schloß schon am 26. Januar ein kaiserl.-dänisches Bündnis, dem fast zu gleicher Zeit eine Verständigung der braunschweig. Häuser mit den Holländern über die Subsidien parallel lief, womit die Vorbedingungen eines Eintritts Herzog Georg Wilhelms in den Krieg gegen Frankreich und seine Verbündeten geschaffen wurden. Der österreich-braunschweigische Bundesvertrag wurde erst am 24. 4. 1674 unterzeichnet. Köcher II S. 336 ff. – Im Kanzlei- und Konferenzvotum, Wien 19. 2. 1674, findet sich der bemerkenswerte Hinweis, daß Celle und Wolfenbüttel öffentlich nur gegen Kurköln und Münster, nicht aber gegen Frankreich auftreten wollten (KKV 1674).

²⁴ Ludwig XIV. an die französ. Gesandten in Köln, Versailles 27. 2. 1674: CA. 270^{bis} Bl. 356.

²⁵ Protokoll des brandenburg. Geh. Rats, 24. 2. 1674: DZA., Rep. 21, 127 Nr. 34.

²⁶ Chr. Bernh. an die münst. Gesandten in Köln, 27. 2. 1674: MfLA. 12, 13 II.

²⁷ K. Spiegel, Wilhelm Egon von Fürstenbergs Gefangenschaft und ihre Bedeutung für die Friedensfrage 1674–79 (Rhein. Archiv. Nr. 29) Bonn 1936. – Bei aller Ablehnung des gewaltsamen kaiserl. Eingriffs in den Gang des Friedenskongresses sah der Bischof dem Verschwinden der Hauptstütze französischer Reichspolitik zum gegenwärtigen Zeitpunkt durchaus nicht betrübt zu, abgesehen von der gleichzeitigen Entzweiung zwischen ihm und Wilh. Egons Bruder, dem Bischof von Straßburg.

²⁸ Lisola an Hoher, Köln 1. 3. 1674: ÖSR. fasc. 30 p. 6. Über die kaiserl.-münst. Verhandlungen in Köln vgl. Pribram, Lisola S. 648 ff.

Wie nicht anders zu erwarten, nahmen Lisola und Fischer die Angebote des Komturs freudig auf, ließen jedoch keinen Zweifel darüber, daß ein Friede mit den Holländern den vorgesehenen kaiserlich-münsterischen Vergleich begleiten müsse. Damit zerfiel die Hoffnung, gestützt auf einen vorherigen Vergleich mit dem Kaiser, den Holländern bessere Bedingungen abhandeln zu können. Nachdem auch England aus dem Krieg ausgeschieden war, konnte längeres Abwarten nur Nachteile bringen. So traten die Partner unverzüglich der Hauptfrage, Übertritt des münsterischen Heeres zum Kaiser, näher. Auf Lisolas Frage gab der Komtur 4 Rtl. für den Fußknecht und 8 für den Reiter monatlich, zusammen also 60 000 Rtl., als erforderliche Subsidien an. Dafür sollten 10 000 Mann zur freien Verwendung des Kaisers stehen, wenn dieser versicherte, den Bischof im Fall eines feindlichen Angriffs zu schützen. Der Komtur gestand auch die Einbeziehung Hollands, neben Spanien, in das neue Bündnis zu, wie es zur Aufbringung der Subsidien unerläßlich war²⁹.

Die Versicherung Rousseaus vom 6. März (an Gravel), der englisch-holländische Friedensschluß habe in Münster keinerlei Veränderung hervorgebracht, wies also eine zu rosige Färbung auf³⁰. In Paris kannte man die wahre Stimmung des Bischofs weit besser. Der König verhehlte sich nicht, daß er mit seiner Behandlung der Kampener Frage dem Bündnis mit Münster einen schweren Schlag versetzt hatte, indem er den Bischof nicht nur als Politiker, sondern auch als Oberhaupt der Galenschen Familie verärgerte. Auf Vorschlag Pomponnes bot er deshalb als Ersatz Zutphen an³¹. Freudig unterbreitete Rousseau dem Bischof am 7. März das verlockende Angebot und das Versprechen, sofort 8000 Mann und im Frühjahr 2500 für den Notfall zu schicken. Überschwenglich dankte der Bischof für das Entgegenkommen und versprach, Zutphen später so zurückzugeben, wie er es übernehme³². Die Unterzeichnung eines Reverses erfolgte am 9. März³³, am 24. die eines förmlichen Vertrages, der alle Bedingungen der Übergabe festlegte³⁴.

Der französische Schachzug mit der Eröffnung sicherer Einkünfte aus der Grafschaft Zutphen brachte die Verhandlungen des Komturs mit Lisola in Köln vorübergehend zum Erliegen. Der Bischof glaubte, zumindest einen Teil seiner Entscheidungsfreiheit zurückzugewinnen zu können. Gerade in der letzten Zeit erschreckten ihn Nachrichten, die einen unfreundlicheren Kurs des kaiserlichen Lagers ihm gegenüber anzukündigen schienen³⁵. Angeblich hatte Sporck nun doch Befehl erhalten, in das Münsterland einzurücken³⁶, und Brandenburg sollte dem Kaiser versichert haben, sich wieder mit ihm zu verbinden

²⁹ Die münst. Gesandten in Köln an Chr. Bernh., 2. 3. 1674: MLA. 12, 13 II.

³⁰ Rousseau an Gravel, Coesfeld 6. 3. 1674: CM. 3 Bl. 145.

³¹ Pomponne an Rousseau, Versailles 2. 3. 1674: CM. 2^{bis} Bl. 88.

³² Rousseau an Ludwig XIV., 9. 3. 1674: Ebd. Bl. 94: »Man kann nicht mehr Freude äußern, als er mir über diese Nachricht zeigte. Er küßte den Brief Ew. Majestät . . .«

³³ MU. 4637 u. CM. 2^{bis} Bl. 99. Der Bischof begann im Vertrauen auf die Durchführung des Vertrages sofort mit der Demolierung Groenlos, dessen Besatzung nach Zutphen gehen sollte. Rousseau an Pomponne, Coesfeld 13. 3. 1674: CM. 2^{bis} Bl. 101.

³⁴ MU. 4637 u. CM. 2^{bis} Bl. 115.

³⁵ Mayersheim an Chr. Bernh., 8. 3. 1674: MLA. 534, 5 III.

³⁶ Zurmühlen erkundigte sich in Abwesenheit Lisolas wiederholt bei Fischer, welche Bewandnis es mit Sporck habe. Der Gesandte versicherte, der Befehl zum Einmarsch in das Münsterland sei ergangen, diene aber nur dazu, den Argwohn der Franzosen über die kaiserlich-münsterischen Verhandlungen zu zerstreuen. Zurmühlen an Chr.

»und contra quoscunque zu agieren«³⁷. Trotz der gehobenen Stimmung über das französische Angebot beunruhigte den Bischof die Unsicherheit über die Ziele des neuen Bündnisses zwischen Dänemark, Brandenburg und Braunschweig³⁸ und die ständige Zunahme des kaiserlichen Einflusses im Reich. Der Übertritt des Grafen Schellart aus spanischen in die Dienste des Pfalzgrafen von Neuburg, des alten Freundes der Franzosen, zeigte allzu deutlich, wie schnell der Stern Frankreichs sank³⁹.

In Wien erhoben sich angesichts des neuen Zögerns des Bischofs manche Stimmen, auch aus katholischem Munde, über ungerechtfertigte Langmut gegenüber dem Kurfürsten von Köln und dem Bischof von Münster. Der ohnehin dem Letzteren nicht gewogene Hofkanzler Hoher gab Bournonville den Befehl, die »Übelwollenden« nicht stärker zu schonen als die gutwilligen Reichsstände. Wenn der Bischof überhaupt die Absicht hegte, sich dem Kaiser anzuschließen, brauchte er offensichtlich einen Anstoß, um nicht bei veränderten Zeitverhältnissen unwillkommene Entschlüsse zu fassen⁴⁰. Am 24. März kündigte Bournonville dem Bischof an, 2 kaiserliche Regimenter würden demnächst im Stift Münster Quartier beziehen⁴¹. »Da keine Besserung oder rechtshaffene Bekehrung von ihm, Bischofen, zu hoffen«, befahl Kaiser Leopold am 1. April Lisola, die Verhandlungen mit Münster abzubrechen⁴². In einer wortreichen Erwiderung verwahrte sich der Bischof gegen die Beschuldigung, der Friede mit den Generalstaaten sei bisher an seiner Unnachgiebigkeit gescheitert. Er erinnerte an seine im Türkenkrieg dem Kaiser geleisteten treuen Dienste und schlug vor, die beiden kaiserlichen Regimenter in die von Rabenhaupt bedrohte Grafschaft Bentheim⁴³ und die durch sein Verdienst wieder an das Reich gebrachte Herrschaft Lingen zu verlegen⁴⁴. In Köln eilte Pater Körler »cum maxima anxietate« zu Lisola, um den Einmarsch abzuwenden, erhielt aber nur zur Antwort, daß der Bischof lediglich seine unzeitgemäßen Ansprüche an die Generalstaaten aufzugeben brauche, um allen Gefahren zu entgehen. Sporck müsse in das Stift einrücken, schon um zu verhindern, daß es an die Ketzer

Bernh., Köln 13. u. 16. 2. 1674: MLA. 12, 13 II. – Als Zurmühlen den französ. Gesandten die Absicht Sporcks mitteilte, versprochen sie 3000 Mann Hilfe. – Die Hoffnung des Bischofs, Sporck werde deshalb nicht einmarschieren, weil die Quartiere im Stift schon durch münsterische Truppen belegt waren, scheint er nur als Maske für Außenstehende getragen zu haben. Vgl. Chr. Bernh. an Franz Egon, 9. 3. 1674: MLA. 541, 2 b.

³⁷ Dolberg an Bruchhausen, Regensburg 8. 3. 1674: MLA. 473, 66.

³⁸ Der Bischof fürchtete, daß der Bund nicht nur, wie ausgegeben wurde, gegen die zukünftigen Verbündeten Frankreichs, sondern auch gegen die bisherigen gerichtet sei. Chr. Bernh. an die münst. Gesandten in Köln, 9. 3. 1674: MLA. 12, 13 II.

³⁹ Die münst. Gesandten in Köln an Chr. Bernh., 9. 3. 1674: MLA. 533, 3 I. Die kürzliche Heirat des Pfalzgrafen mit einer kaiserlichen Prinzessin entsprach ebenfalls der Vermehrung kaiserl.-span. Einflusses am pfalzgräflichen Hofe.

⁴⁰ Hoher an Lisola, 15. 3. 1674: ÖSR. fasc. 30 p. 6.

⁴¹ Bournonville an Chr. Bernh., Bonn 24. 3. 1674: DK. Prod. VI Nr. 2.

⁴² Kaiser Leopold an Kramprich, 1. 4. 1674: ÖSR. fasc. 29.

⁴³ Rabenhaupt fiel Anfang April in die Grafschaft ein und warf Generalwachtmeister v. Nagel, der ihm bei Nordhorn entgegentrat, mit Verlusten auf Schüttorf zurück. Ein eilig in Oldenzaal aufgestelltes münst. Korps sollte den in Ootmarsum stehenden Feind aufhalten. Chr. Bernh. an die münst. Gesandten in Köln, 6. 4. 1674: MLA. 12, 13 II.

⁴⁴ Chr. Bernh. an Bournonville, 5. 4. 1674: DK. Prod. VI Nr. 2.

verloren gehe⁴⁵. Auf das Ersuchen um Hilfe an Franz Egon ließen sich keine großen Hoffnungen bauen⁴⁶, nicht viel mehr aber auch auf die Verteidigungsvorbereitungen im Stift selbst. Das Domkapitel nahm mit Bestürzung davon Kenntnis, daß der Krieg in das eigene Land getragen wurde und daß zur Saatzeit die Bauern für militärische Arbeiten herangezogen werden sollten, obgleich »ohnedas woll zu besorgen, daß dadurch dieses Stifts Status und Sicherheit schwerlich zu erhalten sein wird, sonderen hauptsächlich durch friedliche Gedanken, Resolutionses und Handlungen dieses Vaterland wird konserviert werden müssen«⁴⁷.

Das hinhaltende Verfahren hatte den Bischof in eine äußerst bedrängte Lage gebracht. Während der Kaiser schärfere Töne anschlug, gewannen die Franzosen die Überzeugung, der Abfall ihres Bundesgenossen sei vollzogen⁴⁸. Ihre Anschauung gründete sich auf Andeutungen Lisolas gegenüber den kurkölnischen Landständen, wonach ihr Anschluß an den Kaiser eine Parallele im Nachbarland finden würde, und auf die Sendung Dr. Hams in Den Haag⁴⁹. In einem Augenblick, in dem Frankreich in ungewohnter Großzügigkeit dem Geschenk Zutphen auch noch die Kontributionen aus Overijssel und der Veluwe hinzufügte, um den Bischof immun gegen die Versuchung kaiserlicher Subsidien zu machen⁵⁰, hätte dieser es lieber gesehen, sein Verhältnis zum König keiner Frage zu unterwerfen. Als Rousseau um Audienz bat, trieb ihn das schlechte Gewissen, Ludwig XIV. mit Vorwürfen und Beschuldigungen zu bedenken⁵¹. Aber der Gesandte erklärte unerschüttert, sein Herr billige die Schritte Kurkölns, die Neutralität des Erzstifts zu erlangen, und forderte Auskunft über die künftige Haltung Münsters. Der König werde mit der Fortsetzung des Krieges ebenso wie mit einer neutralen Haltung des Stifts zufrieden sein. Diese unerwartete Eröffnung, die er vielleicht für eine Falle hielt, versetzte den Bischof in große Verblüffung. Erst nach längerer Pause antwortete er, er wünsche in diesem Falle, den mit dem König geschlossenen Neutralitätsvertrag als Richtschnur zu wählen. Darauf versetzte Rousseau, der König könne unter den veränderten Verhältnissen den alten Neutralitätsvertrag nicht mehr anerkennen und müsse auf der Unterzeichnung eines neuen bestehen⁵². Trotz alledem nahm ihm die Frage Rousseaus einen schweren Stein von der Seele. Dem Gesandten erläuterte er seinen Entschluß mit der zahlreichen Feindschaft, der er allein nicht widerstehen könnte. Nur dann wollte er den Krieg

⁴⁵ Lisola an Hoher, Köln 5. 4. 1674: OSR. fasc. 30 p. 6. Damit stimmte die Nachricht aus Regensburg überein: »Dafern dieselbe (d. h. der Bischof von Münster) den kaiserlichen Hof mit fernern leeren Erklärungen herumbziehen, der kaiserlichen Intention sich nicht bald akkomodieren und zuverlässige Resolution von sich geben würden, daß alsdann aller bishero in favorem religionis getragener Respekt hintangesetzt und armata manu verfahren werden solle.« Dolberg an Bruchhausen, Regensburg 12. 4. 1674: MLA. 473, 66.

⁴⁶ Franz Egon an Chr. Bernh., 7. 4. 1674: MLA. 541, 2 b.

⁴⁷ Das Domkapitel an Chr. Bernh., 8. 4. 1674: MLA. 2, 23^{1/2}.

⁴⁸ Franz Egon an Chr. Bernh., 31. 3. 1674: MLA. 541, 2 b.

⁴⁹ Ham sollte erkunden, zu welchen Bedingungen die Generalstaaten einen Friedensvertrag billigen würden.

⁵⁰ Pomponne an Rousseau, Versailles 23. 3. 1674: CM. 2^{bis} Bl. 110.

⁵¹ Der Bischof hielt den Gesandten besonders die beabsichtigte Übergabe der Plätze am Rhein an den Kurfürsten von Brandenburg vor, wie sie Verjus tatsächlich in Berlin angeboten hatte. Vgl. S. 411.

⁵² Rousseau an Pomponne, Coesfeld 10. 4. 1674: CM. 2^{bis} Bl. 135.

fortsetzen, wenn die Holländer ihm keine ehrenhaften Bedingungen zugeständen. Den Wert seiner Neutralität für Frankreich schätzte er auf monatlich 10 000 Rtl.⁵³

Zwar wies Rousseau diese Forderung als übertrieben zurück, aber es bedurfte noch der nächsten Tage, einschließlich des eigenmächtigen Hilfsangebots des Marschalls Bellefonds⁵⁴, um den Bischof zur Einsicht zu bringen. Der Brief des Grafen Sporck vom 12. April befreite ihn von dem Wahne, daß die Ankündigung Bournonvilles eine leere Drohung sein könnte⁵⁵. Auch durch ein Geschenk wertvoller goldener Becher⁵⁶ ließ sich der kaiserliche General nicht bestechen. Da die Staatskasse keinen Pfennig baren Geldes aufwies, mußte der Bischof in den sauren Apfel beißen und das Domkapitel um eine Anleihe zur Abwendung der Einquartierung bitten. Nur weil Matthias Korff-Schmising versicherte, sein Bruder, der Komtur, sei bereits mit Blankovollmacht zum Abschluß des Friedens nach Köln abgereist, entschloß sich dieses zur Aufnahme von 25000 Rtl.⁵⁷. Indessen mühte sich Zurmühlen in Bonn ab, die Einquartierung Bournonville und Marquis de Grana möglichst billig abzuhandeln. Die Kaiserlichen befanden sich in so überlegener Stellung, daß sie nicht zu feilschen brauchten. Sie forderten 40 000 Rtl., je zur Hälfte sofort bzw. Ende Mai zu entrichten. Der Beteuerung Zurmühlens, es fehle dem Bischof an barem Geld, hielten seine Partner lachend entgegen, sie könnten Kaufleute in Köln nennen, bei denen erhebliche Summen auf den Konten des Bischofs stünden, und würden auch mit französischen Münzen zufrieden sein. Wenn der Bischof dem Kaiser Truppen abtrete, könne der Gegenwert an der Summe gekürzt werden. Nur äußerten sie Bedenken, ob der Bischof mehr als 5000 Mann aufzubringen vermöchte, und bezeichneten den Vergleich als eine teure Rechnung für den Kaiser, da er ihm wahrscheinlich die Freundschaft zweier großer Fürstenhäuser verscherzte⁵⁸: Brandenburg und Braunschweig könnten dadurch veranlaßt werden, ihre Genugtuung auf der Gegenseite zu suchen. Als Zurmühlen am Tage darauf zur endgültigen Festlegung der Bedingungen im Hause Lisolas erschien, drohten die kaiserlichen Minister mit dem sofortigen Einmarsch Sporcks in das Münsterland, wenn nicht gleichzeitig mit dem Übertritt zum Kaiser auch der Friede mit Holland unterzeichnet werde. Der Komtur, gerade wieder in Köln eingetroffen, bat daraufhin den

⁵³ Rousseau an Ludwig XIV., Coesfeld 13. 4. 1674: CM. 2^{bis} Bl. 138. Der Gesandte gab die Stärke der münst. Truppen mit 5000 sehr guten Reitern und 6000 schlechten Fußknechten an.

⁵⁴ Rousseau erwähnt im Schr. v. 13. 4. 1674 an Pomponne (CM. 2^{bis} Bl. 145) den merkwürdigen Vorfall, auf den auch Der Kinderen II S. 245 hinweist: Marschall Bellefonds, ein Mann streng katholischer Gesinnung und deshalb dem Bischof offensichtlich zugetan, hielt den Befehl seines Königs zum Rückzug aus den östlichen Niederlanden für unratsam zu befolgen, um nicht den Abfall Kurkölns und Münsters damit herbeizuführen. Durch seinen Adjutanten Dauval bot er in Coesfeld dem Bischof einen Teil seiner Truppen an. Rousseau bemerkte, wie die Kriegslust des Bischofs, der schon 12 000 Mann tüchtiger französ. Soldaten im Geiste unter seinen Fahnen sah, schlagartig wiederauflebte.

⁵⁵ Sporck an Chr. Bernh., Brilon 12. 4. 1674. Sporck kündigte die Einquartierung von 2 Regimentern auf 3 Monate an, wofür er 83 659 $\frac{1}{2}$ Gulden berechnete: DK. Prod. VI 2.

⁵⁶ Drost v. Grothaus verunglückte auf der Reise nach Brilon, worauf ein Herr v. Lünig die Becher im Wert von 1700 Rtl. überbrachte.

⁵⁷ Domkapitelsprotokoll v. 15. 4. 1674: DK. Prot. 39 Bl. 52.

⁵⁸ Zurmühlen an Chr. Bernh., Bonn 13. 4. 1674: MLA. 12, 13 II.

Bischof um Vollmacht zur Unterzeichnung⁵⁹. Es war derselbe Tag, an dem die französischen Friedensgesandten ihre bevorstehende Abreise ankündigten und damit die Aussicht auf einen allgemeinen Frieden in unbestimmte Zukunft verschoben⁶⁰.

Da die Generalstaaten weder territoriale noch geldliche Vorteile für den Bischof zugestehen wollten, im Gegenteil mit Schadenersatzansprüchen bei weiterer Hinauszögerung des Friedensvertrages drohten, und auch Lisola dem Bischof die Pistole auf die Brust setzte, gab dieser am 16. April den Befehl zum Abschluß des Friedens unter Aufopferung aller Ansprüche und Rechte⁶¹ auf niederländischem Staatsgebiet jenseits der Grenzen des Jahres 1648. Die am selben Tage erfolgende Abreise des münsterischen Gesandten Wintgens aus Paris bedeutete den Anfang zum Abbruch der offiziellen Beziehungen zu Frankreich⁶². Wenn Rousseau aus Gesprächen des Bischofs entnahm, die Initiative des Marschalls Bellefonds könne eine Neubelebung des Krieges bringen, so täuschte er sich⁶³. Am 18. April sagte ihm Christoph Bernhard ins Gesicht, daß auch diese Hilfe keine Rettung für ihn bedeute und er also den Komtur zum Neutralitätsvertrag mit Frankreich bevollmächtigen werde⁶⁴. Neue Besprechungen mit dem Bischof von Straßburg, der ihn seit einer Woche mit Vorwürfen über eigenmächtige Fühlungnahme mit den Holländern bedachte, schlug er unter Verweis auf seinen »jetzigen Zustand und vielfältig Geschäften« rundweg ab⁶⁵.

Am 22. April 1674 erfolgte in Köln die Unterzeichnung des Friedens zwischen den Generalstaaten und dem Fürstbistum Münster. Nach unsäglichen Opfern und Mühen ging ein mutwillig vom Zaun gebrochener Krieg ohne den geringsten Gewinn zu Ende⁶⁶. An eben diesem Tage verpflichtete sich der Bischof vertraglich gegenüber Lisola, sein französisches Bündnis aufzulösen

⁵⁹ Die münst. Gesandten in Köln an Chr. Bernh., 14. 4. 1674: Ebd.

⁶⁰ Nach dem Bericht der französischen Gesandten v. 14. 4. 1674 wollten sie am 16. 4. abreisen, nach Möglichkeit aber, falls noch eine Unterredung auf Beverningks Wunsch stattfinden sollte, »une semence de division entre les ennemis de Votre Majesté« zurücklassen und die Möglichkeit eines Sondervergleichs zwischen Frankreich und Holland andeuten. Sie verkannten nicht, daß die Verbündeten des Königs Frieden wünschten und ihre Abreise mißbilligten. Der Kurfürst von Köln sei über die bevorstehende Räumung von Neuß und Kaiserswerth verzweifelt und vermöge keinen Entschluß zu fassen (CA. 280 Bl. 155).

⁶¹ Chr. Bernh. an die münst. Gesandten in Köln, 16. 4. 1674. Er verbot, für Borkelo ggfls. Geld anzunehmen, um nicht den Vorwurf auf sich zu laden, Teile des Stifts verkauft zu haben (MLA. 12, 13 II).

⁶² Rekredential Ludwigs XIV., Versailles 16. 4. 1674: CM. 3 Bl. 155.

⁶³ Auf ein gewisses Zögern nach dem Angebot Bellefonds deutet das Schr. d. Bischofs an die münst. Gesandten in Köln v. 19. 4. 1674: »Was die vor diesem anbefohlene Offerte wegen Überlassung einiges Volks« (an den Kaiser) »betrifft, da sein wir der Meinung, daß der holländischer Friede erst auszuarbeiten und mit vorgemelter Offerte bis zu anderweiter gnädigster Verordnung stillzustehen sei« (MLA. 12, 13 II).

⁶⁴ Rousseau an Pomponne, 17. 4. 1674: CM. 2^{bis} Bl. 149 u. Rousseau an Ludwig XIV., 18. 4. 1674: Ebd. Bl. 154. Danach bat der Bischof, Marschall Bellefonds bis zum 15. Mai in der Grft. Zutphen stehen zu lassen, um nicht den letzten Rückhalt zu verlieren. Rousseau sprach dafür die Erwartung aus, daß die münst. Truppen nicht in die Hände des Kaisers gelangten. Rousseau an Pomponne, 20. 4. 1674: Ebd. Bl. 142.

⁶⁵ Chr. Bernh. an Franz Egon, 22. 4. 1674: MLA. 541, 2b.

⁶⁶ Ausfertigung des Vertrages: MU. 4640. Dumont VII. I S. 259. Kurköln schloß den Friedensvertrag mit den Generalstaaten erst am 11. 5. 1674. Dumont VII. I S. 262. Vgl. Pribram, Lisola S. 671.

und dem Kaiser seine hilfreiche Hand im Reichskrieg zu leihen. Dafür nahm Kaiser Leopold ihn und seine Familie in besonderen Schutz und versprach, sich für die Verbesserung der Verhältnisse der niederländischen Katholiken zu verwenden und auch auf die Generalstaaten hinsichtlich eines Verzichts auf die Oberhoheit über Borkelo einzuwirken⁶⁷. Freilich bestand wenig Hoffnung auf eine Verwirklichung dieser Zusagen. Mit eigenen Augen sahen der Komtur und Zurmühlen bei der Unterzeichnung des holländischen Friedensvertrages, wie wenig Achtung der Kaiser bei den staatlichen Gesandten genoß⁶⁸.

44. KAPITEL

NACH DEM KÖLNER FRIEDEN

Drei Aufgaben ließ der Kölner Friedensschluß offen: Die Loslösung von Frankreich, eine neue vertragliche Bindung an den Kaiser und die Erfüllung der Bedingungen des Vertrages mit den Generalstaaten.

Dem noch immer mit bangen Gefühlen in Coesfeld weilenden französischen Gesandten hatte der Bischof seine Übereinkunft mit den Niederlanden nicht verschwiegen und versprochen, den Vertragstext nach Erhalt vorzuweisen. Rousseau wiegte sich noch in der Hoffnung, daß darin keine Klauseln enthalten waren, die dem vorgesehenen Neutralitätsvertrag zwischen Frankreich und Münster zuwiderliefen. Vorsorglich reichte er einen Entwurf hierfür ein. Schon bei erster Durchsicht nahm der Bischof Anstoß an dem Verbot, seine Regimenter dem Kaiser zu überlassen. Wenn die Franzosen ihm nicht für jeden Reiter 50 Rtl. und die Hälfte für einen Fußsoldaten zahlten, sehe er sich angesichts seiner leeren Kassen gezwungen, seine Verfügungsfreiheit vorzubehalten. Mit dem Angebot Rousseaus von 50 000 bis 60 000 Rtl. jährlich für die Neutralität könne er nicht bestehen. Der vergangene Krieg und das Bündnis mit dem König schließe für ihn mit einem Verlust von über einer Million Rtl. ab. Zum Dank dafür, daß seine Leistungen die aller anderen Verbündeten bei weitem überträfen, ließe der König ihn jetzt im Stich¹. Da-

⁶⁷ Kaiserl.-münst. Vertrag v. 22. 4. 1674: MU. 4639. Dumont VII. I S. 258.

⁶⁸ Die münst. Gesandten an Chr. Bernh., 23. 4. 1674: »Wir haben sonst gestern mit Verwunderung angesehen und angehört, was die Kaiserliche von diesen Leuten verschmerzen müssen, indeme gemelte holländische Gesandte, wie man von Garantie redete, sich verlauten ließen, es wäre ihnen damit nicht viel gedient, und sagten den kaiserlichen Ministris ins Gesicht, daß sie des Kaisers Garantie nicht so hoch als einen Stüver achteten, waruff doch mit keinem Wort repliziert wurde« (MLA. 12, 13 II).

¹ Rousseau an Pomponne, 24. 4. 1674: CM. 2bis Bl. 159.

gegen enthalte der Vertrag mit Holland harte, aber ehrenvolle Bedingungen. Ihm bleibe die uneingeschränkte Verfügung über seine Truppen. Zwar müsse er auf sein altes Bündnis mit Frankreich verzichten, niemand verbiete ihm aber den Abschluß eines neuen Vertrages. Wenn der König den Neutralitätsvertrag in der vorgesehenen Form wünsche, müsse er mindestens 10 000 Rtl. monatlich opfern. Der Abzug des französischen Heeres vom Niederrhein beraube ihn jeden militärischen Rückhalts und habe ihm den Abschluß des Friedensvertrages aufgezwungen². Wie sollte er seine Neutralität wahren, wenn Frankreich ihm nicht einmal Geld geben wolle? Verblüfft entnahm Rousseau den wortreichen Ausführungen, daß der Bischof für die Neutralität monatlich 10 000 Rtl. und für den Unterhalt der Truppen noch einmal dieselbe Summe erwartete³. In schwarzen Farben malte Christoph Bernhard ein Bild von der unaufhaltsamen antifranzösischen Entwicklung im Reich und ganz Europa. Ihn beherrschte wieder die alte Sorge einer großen Koalition der deutschen Protestanten mit dem Prinzen von Oranien und vielleicht auch England. Sie regte ihn zu dem Vorschlag an, Frankreich solle eine Verständigung mit dem Kaiser und Spanien anstreben und ein katholisches Gegenbündnis begründen, in dem auch Münster eine bedeutende Rolle spielen konnte. Kaum vermochte Rousseau sein Erstaunen zu verbergen, daß der Bischof in seinem Alter von 68 Jahren, kaum daß er einen schweren Krieg hinter sich hatte, nach neuen Aufgaben Umschau hielt. »Es scheint, er ist des Friedens schon wieder müde. Sein unruhiger Geist wird ihn schwerlich in Ruhe lassen, solange er die anderen noch in Aktion sieht« und ihn zur Aufrechterhaltung seines Heeres antreiben, um für jede Entwicklung gewappnet zu sein⁴.

Immer, wenn Rousseau die Sprache auf den Neutralitätsvertrag brachte, erhob der Bischof die Stimme zu alten Klagen über die Vertragsbrüchigkeit des Königs und eigenmächtige Räumung der niederrheinischen Festungen. Alle Einwürfe des Gesandten wies er mit grundsätzlichen Urteilen über die verfehlte französische Politik im Reich zurück. Der König habe ganz Deutschland gegen sich erregt und in das Lager des Kaisers getrieben, also könne auch er nicht zurückstehen, ohne sich und sein Land zu verderben. Auf eigene Kosten sein Heer zu unterhalten, besitze er nicht die Mittel und müsse es also dem Kaiser überlassen, da Frankreichs Angebote zu dürftig, ja unehrenhaft seien, indem sie ihm vorschrieben, dem Reichsoberhaupt den Durchmarsch zu verwehren. Nur zu einem geheimen »*traité de parole*«, in dem das Wort Neutralität nicht vorkomme, wollte er sich verstehen, aber keine Antwort aus Paris abwarten, um schon jetzt seine Truppen dem Kaiser zu übergeben⁵. Resigniert schloß Rousseau nach einem letzten Versuch, die Verfügungsgewalt des Kaisers über die münsterischen Truppen einzuschränken: »Er kann sich nicht entschließen, in Ruhe zu bleiben. In dieser oder jener Form muß er am Kriege teilnehmen«⁶.

Der Gesandte sah ein, daß die kaiserfreundlichen Tendenzen von Domkapitel und Ritterschaft gesiegt hatten. Vizedominus von Velen, sonst ein Fürsprecher des Bündnisses mit Frankreich, mied seine Gegenwart. An der

² Desgl., 27. 4. 1674: Ebd. Bl. 167.

³ Rousseau an Pomponne, 1. 5. 1674: Ebd. Bl. 171.

⁴ Desgl., 4. 5. 1674: Ebd. Bl. 174.

⁵ Rousseau an Ludwig XIV., 10. 5. 1674: Ebd. Bl. 179.

⁶ Rousseau an Pomponne, 11. 5. 1674: Ebd. Bl. 186.

fürstlichen Tafel begegnete Rousseau eisigem Schweigen. Auf das Wohl des Königs erfolgte kein Trinkspruch mehr, um so mehr auf das des Kaisers. Als er dem Bischof die Ausweisung Gravels aus Regensburg als rechtswidrige Gewalttat des Kaisers vorhielt, gab dieser unbewegt zur Antwort: »Da können Sie sehen, wie sich die Dinge ändern«⁷. Am 25. Mai drängte der Bischof Rousseau zur Abreise. Er werde aufs Land gehen und nicht länger für die Sicherheit des Gesandten garantieren können. Obgleich dieser einwandte, ohne königlichen Befehl den münsterischen Hof nicht verlassen zu dürfen, erhielt er wenige Tage später sein Rekrédential (30. Mai), so daß ihm keine andere Wahl blieb, als unter Protest nach Hamburg abzureisen. Als einzigen Trost nahm er die schadenfrohe Feststellung mit, daß die münsterischen Truppen meuterten und nur etwas mehr als die Hälfte von ihnen bei den Fahnen blieb⁸. Das Bündnis des Bischofs mit Frankreich hatte damit sein unrühmliches Ende gefunden⁹.

Aus eigener Kraft hätte der Bischof niemals die alte Bindung lösen können. Verständlich wird sein Entschluß nur aus dem Fortschritt der Verhandlungen mit Lisola. Der Kölner Friedensschluß räumte das letzte größere Hindernis auf dem Wege der Verständigung beiseite. Allerdings erwuchs noch einmal durch die tecklenburgische Besetzung der Grafschaft Lingen eine ernste Gefährdung. Wie erwähnt, hatte der Bischof während des Krieges, gestützt auf eine ältere kaiserliche Kommission, dem Grafen Mauritz von Bentheim-Tecklenburg das Ländchen abgetreten. Da der Graf ältere Besitzrechte geltend machte, wurde damit der Vorwurf der Annexion vermieden. Graf Mauritz, selbst Protestant, verpflichtete sich, den Rechtsstand der katholischen Minderheit nicht anzutasten. Als der Friedensvertrag in Köln zur Unterzeichnung bereitlag, beeilte sich der Bischof, die Abmachung durchzuführen. Am 25. April gab Drost von Twickel sie den Bürgermeistern von Lingen bekannt, worauf eine tecklenburgische Kompanie in das Städtchen einrückte¹⁰. Das Vorgehen hinterließ in Den Haag einen so unangenehmen Eindruck, daß die Generalstaaten schwankten, ob sie den Kölner Vertrag ratifizieren oder die den Spaniern versprochenen Truppen gegen den Bischof marschieren lassen sollten¹¹. Nur mit Mühe gelang es Kramprich nachzuweisen, daß der Kaiser an dem Vorfall gänzlich unbeteiligt war und daß dieser ohne Schuld des Bischofs durch Eigenmächtigkeit eines jüngeren Bruders Graf Mauritz' verursacht worden sei. Um des Friedens willen gaben sich der Prinz von Oranien und der Ratpensionär Fagel mit den halben Wahrheiten zufrieden¹².

⁷ Rousseau an Pomponne, Münster 18. 5. 1674: Ebd. Bl. 197.

⁸ Desgl., Hamburg 8. 6. 1674: Ebd. Bl. 215.

⁹ Die Antwort Pomponnes auf die Berichte Rousseaus ließ erkennen, daß ein Neutralitätsvertrag mit Münster ohne Verbot der Auslieferung bischöfl. Truppen an den Kaiser in Paris als sinnlos betrachtet wurde. Selbst wenn der Bischof in oberflächlichem Einverständnis mit dem Kaiser stand, ließ sich eine Subsidienzahlung nicht mehr rechtfertigen. Pomponne an Rousseau, vor Besançon 17. 5. 1674: Ebd. Bl. 194. Nach dem Zusammenbruch der französ. Bündnisse mit Kurköln und Münster wandte sich Pomponne wieder dem immer von ihm vertretenen Bündnis mit Schweden zu, das schließlich zu dem neuen Verträge v. 27. 9. 1674 führte. Wimarson I S. 39 ff. Der Kinderen II S. 257 ff. Regelmeier S. 9.

¹⁰ J. B. v. Twickel an Chr. Bernh., Lingen 25. 4. 1674: MLA. 85, 36.

¹¹ Kramprich an Kaiser Leopold, Den Haag 2. 5. 1674: ÖSR. fasc. 29.

¹² Kramprich stellte den Ausgang so dar, als ob der Prinz und der Ratpensionär sich »schamrot« geschlagen gaben, daß sie so leichtfertig den Kaiser verdächtigt hatten. Den münst. Gesandten in Köln bedeutete Lisola dagegen, daß er die Übergabe von Lingen an den Grafen von Tecklenburg »dans un temps et une conjoncture si mal

Nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages von Köln reiste auch Domdechant Matthias Korff-Schmising in die Rheinstadt, um die Besprechungen mit Lisola zu beschleunigen. Der Bischof hatte es plötzlich sehr eilig, seine Truppen in Stärke von 9000 Mann an den Kaiser abzutreten. Seit längerer Zeit konnte er den Sold nur noch in beschränktem Umfange zahlen. Er gestand ein, daß ihm die Soldateska »einer glimmenden Kohlen gleich« auf den Füßen lag. In allen Kompanien herrschte Unruhe und Unzufriedenheit. Nur eine kaiserliche Quartieranweisung auf Teile des Westfälischen Kreises und Unterhaltszuschüsse konnten ihn retten¹³.

Neben rein militärischen drängten den Bischof auch politische Gründe. Ihm kam nämlich zur Kenntnis, daß der Kurfürst von Brandenburg sich sehr unzufrieden über den Kölner Frieden geäußert hatte. Der Vertrag zerstörte alle Hoffnungen auf eine kaiserliche Kommission zur Bestrafung des Fürstbischofs als Verbündeten des Reichsfeinds Frankreich und jede Aussicht auf eine Besetzung des Stifts Münster¹⁴. Den Bischof drückte die Sorge, Kurfürst Friedrich Wilhelm könnte sich die entgehende Beute durch schnellen Zugriff sichern.

So überreichten die münsterischen Gesandten schon am 2. Mai eine bis in die Einzelheiten durchgearbeitete Denkschrift, wonach der Bischof sich erbot, auf Grund des alten Sassenberger Vertrages vom Juli 1671 2000 Mann, ferner sein Kreiskontingent und auch die Kontingente bestimmter anderer Kreisstände, weitere 3000 Mann, zu stellen. Außerdem bot er je 1 Regiment zu Pferde und zu Fuß und 1 Dragonerregiment an, behielt sich aber deren Rückgabe für den Fall eigener Not vor¹⁵. Er erwartete, dafür von allen anderen Belastungen, besonders Winterquartieren, verschont zu bleiben, und legte den Kaiserlichen mit einem Seitenblick auf Frankreich die Besetzung einer Festung am Niederrhein nahe¹⁶.

Da sich die Münsteraner ängstlich an ihre Anweisungen aus Coesfeld hielten und deshalb die Verhandlungen nur schwerfällig vorangingen, entschloß sich

propre« sehr mißbillige. Die erste unangenehme Folge war nach seiner Ansicht der Vertrag der Generalstaaten mit Braunschweig-Celle. Lisola an die münst. Gesandten, Bonn 6. 5. 1674: MLA. 12, 13 II. – Leichter ließen sich die Zwischenfälle aus der Welt schaffen, die durch kaiserl. Truppen in Unkenntnis des Friedenschlusses verursacht wurden. Der Bischof klagte am 27. 4. über den Einfall des kaiserl. Generals v. Trauttmansdorff und des Obristen Graf v. Limburg-Styrum in Werne (Ebd.). Bournonville gab sofort nach Abschluß des Vertrages dem Grafen Sporck Befehl, alle Truppen aus dem Bistum zurückzuziehen und für geschehenes Unrecht um Entschuldigung zu bitten (Lisola an Fischer, Bonn 1. 5. 1674: Ebd.). Des Bischofs Verlangen, den in Werne angerichteten Schaden gegen die verlangten 40 000 Rtl. aufzurechnen, wies er dagegen zurück. Vgl. Franz Brüggemann, Die Stadt Werne oder Historische Nachrichten und Mittheilungen aus der Stadt-Chronik . . . 2. verb. Aufl., Werne 1880, S. 60 ff.

¹³ Chr. Bernh. an die münst. Gesandten in Köln, 1. 5. 1674: MLA. 12, 13 II.

¹⁴ Ähnlich drückte sich Lisola am 3. 5. in einem Brief an Hoher aus (OSR. fasc. 30 p. 6). Auch in Wien betrachtete man die Rüstung des Kurfürsten mit Mißtrauen. Besonders Spanien hielt es für unweckmäßig, dem »unbeständigen« Kurfürsten eine zu starke Armee zu gestatten (KKV. 1674). Vgl. den Bericht Dolbergs aus Regensburg v. 10. 5. 1674: Jena äußere, daß der Kurfürst »Vertröstung gehabt hätten, daß ihre von kais. Majestät die Exekution gegen« Münster aufgetragen werden sollte, wie auch der österr. Gesandte gestehe (MLA. 473, 66).

¹⁵ Die Bedingungen für den Unterhalt der Regimenter sollten sich nach denen für die kursächs. Truppen unter kaiserl. Fahne richten.

¹⁶ Chr. Bernh. an die münst. Gesandten in Köln, 7. 5. 1674. Undat. Denkschrift der Gesandten: MLA. 12, 13 II.

Lisola zur Absendung seines Sekretärs Claude Ligier mit eingehenden Vollmachten an die fürstliche Hofstatt, um mit dem Bischof selbst zu sprechen¹⁷. Ihn trieb nicht zuletzt die durch den Lingener Zwischenfall entstandene ernste Lage¹⁸.

In den Gesprächen mit Ligier drehte es sich vornehmlich um die Art der Bezahlung für die ausgeliehenen Truppen. Der Kaiser hätte gern spanisches Geld gegeben, während der Bischof eine Anweisung auf den Kreis vorzog. Die Räte schwankten, ob die Kompanien nur vorübergehend oder gänzlich abgetreten werden sollten¹⁹. Am 12. Mai eilte der Sekretär nach Bonn zurück, wo ihn Lisola ungeduldig erwartete. Schon am Vortage hatte dieser die münsterischen Gesandten gebeten, für den Abmarsch von 4000 Mann zu sorgen, um sie Sporck, der sich schon auf dem Wege zum Rhein befand, als Verstärkung beizugeben²⁰. Er stellte sogar zwei Reverse aus, in denen, die Ratifikation des Kaisers vorbehalten, alle Bedingungen des Bischofs angenommen wurden²¹. Die auffällige Eile Lisolas entsprang seiner Furcht vor neuen Verwicklungen zwischen den Generalstaaten und dem Bischof. Christoph Bernhards Klagen über gewaltsame Besetzung Borkelos vor Abzug der münsterischen Besatzung durch den Grafen von Limburg-Styrum²² ließen Schlimmes befürchten. Dem kaiserlichen Gesandten schien es auf jeden Fall ratsam, die Kompanien

¹⁷ Lisola an Chr. Bernh., Bonn 5. 5. 1674: MLA. 12, 12 I.

¹⁸ Lisola an die münst. Gesandten in Köln, Bonn 6. 5. 1674: MLA. 12, 13 II. Die Erklärungen des Bischofs zur Lingener Sache im Schr. v. 8. 5. 1674 an seine Gesandten: Ebd. Allerdings lag der Verdacht nahe, der Bischof versuche nur einen Keil zwischen Holland und den Kaiser zu treiben, indem er die alte Kommission wegen Lingen aus dem Staub des Archivs hervorsuchte (die münst. Gesandten an Chr. Bernh., 8. 5. 1674: MLA. 12, 13 II). – Den münst. Gesandten in Köln fiel ein Stein vom Herzen, als ihnen die Abreise Ligiers nach Coesfeld die Hauptlast der Besprechungen von den Schultern nahm, denn der Bischof belastete seine an sich günstigen Angebote wie gewöhnlich mit allerlei Hypotheken. Sie empfahlen den Sekretär als Helfer eines Mannes, der dem Bischof »treulich und aufrichtiglich dienet« (F. Korff-Schmising an Chr. Bernh., Köln 8. 5. 1674: Ebd.). In der Tat bemühte sich Lisola, selbst ein eifriger Katholik, die Mißverständnisse zwischen Kaiser und Bischof von Münster aus dem Weg zu räumen und die Übereinkunft in den großen Rahmen seiner antifranzös. Politik einzubauen. Bei seinen Verhandlungen ließ er sich nicht von kleinem Krämergeiste leiten.

¹⁹ In der Ratssitzung v. 10. 5. 1674 verfiel die Abtretung von Truppen für Geld der Ablehnung. »Ihre hochf. Gnaden hätten gern einige für Geld überlassen. Es lasse sich aber nicht praktizieren, sondern würden voneinandergehen« (Protokoll v. 12. 5. 1674: GR. 597). Noch am gleichen Tage hatte man Ligier Überlassung von 1000–1200 Reitern zu je 25 Rtl. vorgeschlagen (bischofl. Erklärung v. 10. 5. 1674: MLA. 12, 13 II). In der endgültigen Antwort wurde aus Furcht vor einer Meuterei das Angebot zurückgezogen.

²⁰ Lisola an die münst. Gesandten in Köln, Bonn 11. 5. 1674: MLA. 12, 13 II. Nach der Rückkehr Ligiers schrieb er am 14. 5. dem Bischof: »Quoad copias, de quibus vestra celsitudo spem nobis fecit, cum hujus gratiae potissima pars in celeritate sit, spero celsitudinem vestram eas brevi expedituram« (MLA. 12, 12 I).

²¹ Reverse v. 15. 5. 1674: MLA. 12, 12 I. Mit beiden Schriftstücken in der Hand erschien ein kaiserl. Kommissar zum Empfang der Truppen in Coesfeld. Lisola an Chr. Bernh., Bonn 15. 5. 1674: »Rogo quam instantissime quo se facilius et brevius copiis Caesaris conjungere valeant, quae jam progrediuntur Marcodurum et Nidek, illic motus hostium observaturae« (Ebd.).

²² Chr. Bernh. an Lisola, 18. 5. 1674: MLA. 12, 12 I. Lisola entschuldigte den Zwischenfall in Borkelo mit einer im Gegensatz zur Friedensliebe der Generalstaaten stehenden Eigenmächtigkeit des Grafen; er verwies auf manche ungenaue Einhaltung der Räumungstermine durch münst. Truppen. Lisola an Chr. Bernh., Bonn 21. 5. 1674: Ebd.

des keinen Streit scheuenden Bischofs unter kaiserliche Fahnen zu führen, um die Lunte ein wenig vom Pulverfaß abzuziehen.

Die neuen Vorschläge, mit denen Ligier abermals nach Coesfeld reiste²³, enthielten so dehnbare Bestimmungen, daß sie jede Möglichkeit eines Scheiterns der Verhandlungen ausschlossen. Am 26. Mai stellte der Sekretär eine Verpflichtung aus, wonach der Kaiser vom 1. Juni an den Unterhalt von 8000 bis 9000 Mann übernehmen und Anweisungen auf den Kreis ausstellen werde²⁴. Fast gleichzeitig fand auch der Lingener Zwischenfall sein Ende. Der Bischof ließ 115 Mann in die Stadt einrücken, die tecklenburgische Besatzung kurzerhand vor die Tür setzen und die Stadt in oranische Hände zurückgeben²⁵.

Nachdem beide Seiten glaubten, nunmehr alle Hindernisse beiseite geräumt zu haben, machte zur Schadenfreude des gerade unfreundlich verabschiedeten französischen Gesandten Rousseau die Meuterei eines großen Teils der münsterischen Truppen einen Strich durch die Rechnung²⁶. Der Bischof mußte sich von Lisola den peinlichen Rat geben lassen, alle Anhänger der Franzosen im Heer und am Hof, die diesen Fehlschlag verschuldeten, zu entfernen²⁷.

²³ Ligier traf am 16. 5. in Coesfeld ein. Chr. Bernh. an die münst. Gesandten, 17. 5. 1674: MLA. 12, 13 II.

²⁴ Revers v. 26. 5. 1674: MLA. 12, 12 I. Rekreditiv für Ligier, Ludgersburg 27. 5. 1674: Ebd.

²⁵ H. J. Bucholtz an Chr. Bernh., Lingen 31. 5. 1674: MLA. 85, 36. – Der Bischof wies die Beschwerde des Grafen v. Bentheim-Tecklenburg am 7. 6. mit den Erfordernissen des Friedensschlusses zurück, sagte aber rechtliche Hilfe zu (Chr. Bernh. an die Grafen Hans Adolf und Friedr. Mauritz v. Bentheim, 7. 6. 1674: Ebd.). – Die kathol. Geistlichkeit von Lingen beklagte sich Anf. Juni beim Bischof, daß ihr zwar auf seine Anordnung »Kirchen, Kapellen, Schulen, geistliche Häuser und was denen anklebet, restituiert« seien, jetzt aber nach Rückgabe der Herrschaft an den Prinzen von Oranien von den Reformierten zurückgefordert würden. Ihre Bitte um Hilfe scheint unbeantwortet geblieben zu sein. Der Brief trägt lediglich den Vermerk von des Bischofs Hand: »Doctori zur Mohllen et Licentiatto Rave« (MLA. 86, 8).

²⁶ Die münst. Truppen unter Obrist Post weigerten sich größtenteils, die Lippe zu überschreiten, nachdem sich unter ihnen das Gerücht verbreitete, sie würden in die Span. Niederlande verkauft. Die meisten liefen zu den Holländern und nach Bremen (Chr. Bernh. an Lisola, 1. 6. 1674: MLA. 12, 12 I). Nach dem Bericht des Generals v. Nagel an den Bischof v. 5. 6. 1674 (CM. 3 Bl. 163) mußte der größte Teil der auf dem Marsch befindlichen Truppen als verloren gelten. Nur ein kleiner Teil treuer Soldaten kam auf pfalz-neuburgischem Territorium an und konnte dem kaiserl. Heer unter Souches zugeführt werden. Um den Rest, der noch auf münst. Gebiet stand, zu retten, wies Lisola 400 zuverlässige Soldaten Markgraf Hermanns von Baden an, den Schwankenden das Rückgrat zu stärken (Lisola an Chr. Bernh., Köln 5. 6. 1674: MLA. 12, 12 I). Auch Ferdinand v. Fürstenberg wurde gebeten, Deserteure vor dem Überschreiten der Weser abzufangen. Der Koadjutor antwortete ausweichend, die Flüchtlinge hätten das Stift Paderborn »geflissentlich gemieden und ihre Flucht durch das Stift Osnabrück und Grafschaft Lippe bereits über die Weser beschleuniget« (Bischof Ferdinand an Chr. Bernh., 8. 6. 1674: MLA. 540b V). Der Bischof bat Lisola dringend, es bei Versorgung der Kompanien an nichts fehlen zu lassen, denn viel habe zu der Meuterei »die erschreckende Erinnerung derer beigetragen, die früher nach Ungarn und in die Span. Niederlande geschickt« worden seien (Chr. Bernh. an Lisola, 8. 6. 1674: »Exempla memoriamque eorum horrentem qui quondam a me in Hungariam et Belgium Hispanum missi sunt«: MLA. 12, 12 I). Er erinnerte damit an die schlechte Behandlung seiner Truppen im Türkenkrieg und schob die Schuld für die Meuterei, ohne es auszusprechen, auf den Kaiser.

²⁷ Lisola an Chr. Bernh., Bonn 1. 6. 1674: MLA. 12, 12 I. – Nach des Bischofs Meinung trugen jedoch nicht die Franzosen, sondern der Graf v. Limburg-Styrum die Schuld, weil er den Deserteuren Geld versprach (Chr. Bernh. an Lisola, 5. 6. 1674: Ebd.).

Durch die Desertion seiner Regimenter geriet der Bischof in eine äußerst unbequeme Lage. Einerseits vermochte er den Truppenvertrag mit dem Kaiser nicht zu erfüllen und errang damit auch keinen Anspruch auf Hilfe, falls er selbst angegriffen wurde, andererseits sah er sein Land militärisch fast ganz entblößt, während die Holländer in unverminderter Stärke an der Grenze standen und Nachrichten über eine bedrohliche Vermehrung des brandenburgischen Heeres einliefen. Christoph Bernhard mußte sich vorwerfen, in voreiligem Vertrauen auf Verwirklichung des kaiserlichen Vertrages leichtsinnig die zur Neutralität ausgestreckte Hand der Franzosen zurückgestoßen zu haben.

In Hamburg wartete Rousseau nach seiner unfreiwilligen Abreise aus Coesfeld auf nähere Weisungen aus Paris. Der Befehl Pomponnes vom 5. Juni, den münsterischen Hof zu verlassen, ohne dem Bischof die Unzufriedenheit des Königs ausdrücklich zu bekunden, um ihm einen späteren Rückweg nicht unnötig zu erschweren²⁸, lag ihm noch nicht vor, da erschien am 9. Juni überraschend in seiner Herberge ein münsterischer Sekretär, die Vollmacht zu Verhandlungen über einen Neutralitätsvertrag in der Hand. Diplomatisch erwiderte er, daß das Angebot sich ja mit seinem eigenen Vorschlag vom letzten Tage des Aufenthalts in Coesfeld decke. Nach Münster könne er jedoch wegen des zu befürchtenden Aufsehens nicht zurückkehren. Als der Sekretär darauf Bremen zum geheimen Verhandlungsort vorschlug, nahm Rousseau unter der Bedingung an, daß die münsterischen Truppen vom Marsch zum kaiserlichen Heer zurückgehalten würden. Ingeheim verband er damit die Hoffnung, andere deutsche Fürsten, die der Bruch des Bischofs mit Frankreich schwankend gemacht hatte, durch dieses Beispiel in das französische Lager zurückzuführen²⁹. Als er jedoch in Bremen eintraf, erwartete ihn die zweite Überraschung, als der münsterische Sekretär erklärte, der Bischof könne sich auf Rückberufung seiner Kompanien vom kaiserlichen Heer keinesfalls einlassen. Überhaupt glaube er, da Wintgens vom König verabschiedet worden sei, an keinen Nutzen weiterer Besprechungen. Fassungslos über eine so beispiellose Wetterwendigkeit reiste Rousseau nach Hamburg zurück³⁰.

Im Grunde stand dem Bischof keine Möglichkeit mehr offen, die Partei zu ändern oder gar mit beiden Seiten Freundschaft zu halten. Seine Truppen, soweit sie noch beieinanderstanden, befanden sich bereits beim kaiserlichen Heer. Hier bot sich die einzige Sicherheit gegen die neue Drohung, die von der großen brandenburgischen Truppenansammlung um Halberstadt ausging. Kein anderer als Verjus nährte durch einen wohlberechneten Brief aus dem letzten französischen Stützpunkt in Norddeutschland, Hannover, die geheimen Ängste des Bischofs. Er erreichte sein Ziel insoweit, als Dr. Ham zu

²⁸ Pomponne an Rousseau, vor Dôle 5. 6. 1674 (CM. 2^{bis} Bl. 213). Der König billigte den Abbruch der Verhandlungen am 12. 6. 1674 (Ebd. Bl. 222). Pomponne erteilte Verjus am 29. 5. die Weisung, einen Angriff des Kurf. von Brandenburg nicht zu verhindern, da dieser angesichts des kaiserl.-münst. Vergleichs einer Kriegserklärung des Kurfürsten an den Kaiser gleichkomme (UA. 20 S. 319). Verjus sprach am 16. 6. in der Antwort die Hoffnung aus, der Angriff werde bald erfolgen (Ebd. 20 S. 327 ff.).

²⁹ Rousseau an Pomponne, Hamburg 11. 6. 1674: CM. 2^{bis} Bl. 219.

³⁰ Desgl., 18. 6. 1674: Ebd. Bl. 223. – Auch Pomponne äußerte: »Es ist schwer zu glauben, daß dieser Fürst so schnell seine Maßnahmen ändert« (Pomponne an Rousseau, Fontainebleau 29. 6. 1674: Ebd. Bl. 225). Da aber auch er der Meinung war, die Abberufung der münst. Truppen vom kaiserl. Heer als Voraussetzung weiterer Verhandlungen fordern zu müssen, fanden diese keinen Fortgang.

Lisola abreiste, um die bischöflichen Truppen zur Verteidigung des eigenen Landes zurückzufordern und kaiserliche Unterstützung zu erbitten. Keiner der münsterischen Räte wollte die Verantwortung dafür übernehmen, die Nachricht Verjus' nur als eine Kriegslist einzuschätzen⁸¹, zumal aus Hannover die feste Absicht des Herzogs verlautete, einem brandenburgischen Durchzug nach dem Westen mit allen Mitteln entgegenzutreten⁸². Eine neue, starke protestantische Koalition der Generalstaaten, Brandenburgs und Braunschweigs gefährdete – nach Meinung des Bischofs als Folge der verfehlten Politik des Kaisers in den letzten Jahren – abermals die Katholiken Norddeutschlands, am stärksten das Stift Münster. »Wann diese mich über einen Haufen werfen und meinen Stift übermeistern könnten, würde es umb die Katholische . . . bald getan sein und diese gänzlich ohne Hoffnung des Wiederaufkommens undertrückt werden«, klagte er seinem in Wien weilenden Beichtvater⁸³. Unter großen Opfern nahm er die Instandsetzung der Landesfestungen in Angriff⁸⁴.

Die politische Sicherheit forderte vor allem eine klare Ausarbeitung des Vertragsverhältnisses zum Kaiser. Dr. Ham, der zu diesem Zwecke nach Wien reiste, hörte unterwegs interessante Einzelheiten, die erkennen ließen, wie viel auf diesem Gebiete noch zu tun blieb. Man erzählte sich, daß der Bischof selbst die Meuterei seiner Truppen angezettelt habe, um aus den Deserteuren neue Rekruten zu machen und seine Verpflichtungen gegenüber dem Kaiser zu erfüllen⁸⁵. In Wien sollte eine Klage des Grafen von Limburg-Styrum eingelaufen sein, die dem Bischof viel Schaden zu verursachen drohte⁸⁶.

Der ursprüngliche Plan Christoph Bernhards für die Gestaltung der »Hanschen Traktaten« am Kaiserhof bestand darin, seine bei Souches stehenden Regimenter sobald wie möglich wieder in eigene Hand zu bringen, ohne den Vertrag mit dem Kaiser dadurch zu gefährden. Möglichkeiten dazu boten sich in den Verhandlungen über Verteilung der Winterquartiere, die wie gewöhnlich schon während des Sommerfeldzuges liefen. Der Bischof leitete nämlich aus den Verträgen mit Lisola, in denen er die Stellung der Kontingente aller Kreisstände übernommen hatte, den Anspruch auf den ganzen Westfälisch-Niederrheinischen Kreis als Winterquartier seiner Regimenter ab. Zwar rieten die kaiserlichen Minister nachdrücklich, die Truppen während des Winters in Burgund oder in Feindesland in Quartier zu schicken, um die Last der Subsidien zu senken und für das nächste Frühjahr einen schnellen und kurzen Anmarsch zum Kriegsschauplatz zu gewährleisten, aber der Bischof bestand eigen-

⁸¹ Ratsprotokoll v. 10. 7. 1674: GR. 597. – Vgl. Bericht Dolbergs aus Regensburg v. 19. 7. 1674: MLA. 473, 67.

⁸² Schnath S. 52.

⁸³ Chr. Bernh. an Körler, 24. 7. 1674: GR. 597. P. Körler traf am 24. 5. in Wien ein, wie aus dem Schreiben Dolbergs, Regensburg 31. 5. 1674, hervorgeht (MLA. 473, 66).

⁸⁴ Auftrag des Bischofs für Zurmühlen zu Verhandlungen mit dem Domkapitel über die Befestigung von Münster, Rheine 2. 8. 1674 (MLA. 533, 3 I). – Das Kapitel beklagte sich gegenüber Zurmühlen, daß kein Ende der militärischen Belastungen abzusehen sei. Es habe der Befestigung von Münster und Coesfeld früher zugestimmt, aber nie geglaubt, »daß selbige zu einer solchen Weitläufigkeit geraten sollten«. Das Abholzen der Wälder zu Palisaden schädige das Land. Im übrigen verwies das Domkapitel die Frage der Befestigungen auf den Landtag. Zurmühlen an Chr. Bernh., 11. 8. 1674: MLA. 2, 23^{1/2}.

⁸⁵ Ham an Chr. Bernh., Frankfurt 28. 8. 1674: MLA. 12, 12 IV. Crockow berichtete dem Kurf. v. Brandenburg am 21. Okt. über das geplante kaiserl.-münst. Bündnis (UA. 13 S. 731).

⁸⁶ Chr. Bernh. an Mayersheim, 6. 9. 1674: MLA. 534, 5 III.

sinnig auf der Rückkehr seiner Kompanien nach Westfalen, angeblich zur bequemeren Auffrischung, in Wahrheit aber zum Schutz gegen einen Überfall des Kurfürsten von Brandenburg³⁷. Indessen erwiesen sich die Kaiserlichen nicht weniger hartnäckig. Lisola, als totkranker Mann nach Wien zurückgekehrt, nahm kaum Anteil an den Gesprächen mit Ham. Montecuccoli und Graf Königsegg aber zeigten keine Eile. Der endgültige Abschluß des Vertrages konnte ihre Stellung ja nicht verbessern³⁸. Auf manche Anträge Hams gingen sie gar nicht ein. Erst am 9. November lag der Entwurf eines Vertrages vor, der abweichend von den Abmachungen mit Lisola und entgegen den Wünschen des Bischofs einen doppelten Eid der Truppen auf den Kaiser und den Fürstbischof vorsah. Lisola rechtfertigte die Änderung mit dem starken Mißtrauen der Holländer, die nach den bösen Erfahrungen des letzten Jahrzehnts die erneuten Rüstungen ihres unruhigen Nachbarn besorgt verfolgten.

An dieses Problem knüpfte Pater Körler an, als er Lisola um Hilfe bei der gründlichen Beseitigung aller Mißverständnisse zwischen beiden Staaten bat. Die Überlassung Borkelos als Reichslehen an Heinrich von Galen, den Bruder des Bischofs, hätte nach seiner Meinung einen ewigen Stein des Anstoßes aus dem Wege geräumt. Tatsächlich fand Lisola den Vorschlag »ziemlich convenabel« und versprach seine Unterstützung³⁹. Vielleicht wären alle Anstren-

³⁷ Der Bischof versuchte auch im Stift Paderborn hierfür neue Truppen anzuwerben, was ihm aber Bischof Ferdinand mit der schlechten Lage seines Landes abschlug. Bf. Ferdinand an Chr. Bernh., 13. 10. 1674: MLA. 540b V.

³⁸ Der Gang der Verhandlungen Dr. Hams in Wien kann nicht im einzelnen geschildert werden (die kaiserl. Akten darüber in KRS. fasc. 363). Die Hauptpunkte waren diese: 1. Ratifikation der Abmachungen mit Lisola, 2. Anweisungen auf den Westfäl. Kreis, 3. Winterquartiere im Kreis, 4. Rekrutengelder, 5. Aufstellung eines neuen Korps von 16–20 000 Mann, 6. Herstellung eines festen Bündnisses mit Spanien und Übergang über den Rhein, 7. Gnadenerweis (d. h. Zuweisung eines Lehens an die Familie v. Galen, nach Möglichkeit von Borkelo oder einer anderen Grafschaft), 8. die holländ. Frage, insbesondere der Streit des Prinzen von Oranien mit den Staaten (Ham an Chr. Bernh., Wien 13. 9. 1674: MLA. 12, 12 IV). In der Gnadensache arbeitete neben Dr. Ham hauptsächlich P. Körler, der über P. Miller vortrefflichen Zugang zum Kaiser besaß. – Ham konnte nicht verhindern, daß der Geheime Kriegsrat Ende September den Abmarsch der verbündeten Truppen unter Bournonvilles Kommando aus der Pfalz nach Burgund beschloß. Lisola versprach lediglich, den münsterischen Truppen nach vollendetem Feldzug nach Möglichkeit den Rückzug nach Westfalen zu sichern (desgl., 30. 9. 1674: Ebd.). Den Hauptwiderstand gegen die Ratifizierung des Truppenvertrags leistete der Reichsvizekanzler Graf Königsegg, der mit Recht eine Flut von Protesten der belasteten Reichsstände befürchtete, falls die Forderungen des Bischofs erfüllt würden (desgl., 11. 10. 1674: Ebd.). Der Sturz Lobkowitz' lenkte den Hof zeitweilig von der Angelegenheit ab. Gerüchte über Friedensabsichten der Holländer und die Enttäuschung über Mißerfolge Souches' verminderten ohnehin das Interesse am Abschluß eines Truppenvertrages mit dem Bischof von Münster. Auf P. Körlers Rat übergab P. Miller schließlich dem Kaiser persönlich die Anträge des Gesandten, da Ham hierfür keine Beglaubigung besaß. Der Kaiser versprach, den Vertrag abzuschließen. Ham drängte sehr auf das Ende, da er fürchtete, daß bei einem Ausscheiden der Holländer aus dem Krieg auch der Kaiser Friedensneigungen nachgeben könnte (Ham an Chr. Bernh., 25. 10. 1674: Ebd.). – Eine Vollmacht Kaiser Leopolds I. für Montecuccoli, Hoher, Königsegg und Lisola zum Abschluß der Verhandlungen mit B. Ham, 1674 Dezember (ohne Tag), in R., Urkk., wohl aus dem Nachlaß des Vizekanzlers W. Zurmühlen.

³⁹ Ham an Chr. Bernh., 9. 11. 1674: MLA. 12, 12 IV. Entwurf mit Konferenzprotokoll, Wien 22. 11. 1674: Ebd.

gungen Hams und Pater Körlers vergeblich verlaufen, wenn nicht der in greifbare Nähe rückende Kriegseintritt Schwedens auf seiten Frankreichs den Kaiser zwang, Hilfe zu suchen, wo er sie fand. Zu seiner großen Freude bemerkte der münsterische Gesandte, wie sich die Mienen um ihn aufhellten und sogar die Sprache auf besondere Gunstbeweise für den Bischof in Form einer Herrschaft in Ungarn oder am Rhein kam⁴⁰. Das Ersuchen des Kaisers an den Pfalzgrafen zu Neuburg, den Truppen des um Kaiser und Reich hochverdienten Bischofs von Münster Quartier und Werbung in seinen rheinischen Landen zu gönnen, stellte den ersten Ausdruck der verbesserten Stimmung dar⁴¹.

Aber nicht nur in Wien und Berlin blickte man mit sorgenvoller Spannung auf Schweden⁴². Auch in Münster glaubte man schon zu Anfang Dezember fest an den nahe bevorstehenden Ausbruch des Gewitters⁴³. Wenn auch noch Uneinigkeit über das richtige Verhalten in dieser Lage bestand, so doch nicht darüber, daß Neutralität sich von selbst verbot. Eröffnete sich hier nicht eine vortreffliche Gelegenheit, die im Krieg gegen Frankreich langsam zugrundehenden Truppen im Elsaß, aus denen das Stift Münster keinen Vorteil zog, nach Westfalen zurückzufordern⁴⁴ und gegen Schweden einzusetzen? Dem Kaiser diente man hier ebenso gut wie am Rhein. Im Krieg gegen Schweden lockte jedoch in unmittelbarer Nachbarschaft große Beute. Als Vorbedingung galt es lediglich, ein erträgliches Verhältnis zu den Generalstaaten zu schaffen, um den Rücken freizuhalten⁴⁵. Schon beeilte sich der Komtur in Mainz, Schiffe anzuheuern, um die münsterischen Regimenter nach Wesel zu transportieren⁴⁶.

Die Generalstaaten empfanden angesichts der schwedischen Wetterwolken das Bedürfnis der Rückendeckung genauso stark wie der Bischof. Sie fertigten deshalb im Dezember den Obristen Philipp van Emmenhuizen tot Eppen

⁴⁰ Ham an Chr. Bernh., 28. II. 1674: Ebd.

⁴¹ Kaiser Leopold an Pfalz-Neuburg, Wien 28. II. 1674: MLA. 12, 12 V (Abschr.).

⁴² Über die schwed.-französ. Bündnisverhandlungen, die von schwed. Seite nicht immer in Absicht auf einen aktiven Beitrag zum Krieg geführt wurden, vgl. Wimarson I S. 65 ff.; über die schwed.-hannöverschen Verhandlungen vgl. Regellemeier S. 15. Kurf. Friedr. Wilh. sah auch die kaiserl.-münst. Annäherung nicht ohne Sorgen. Den Bischof zu bewaffnen, hielt er für sehr bedenklich, »weil sein Gemüt bekannt, und er« die Waffen »sobald wider als für die gute Partei führen möchte« (Kurf. Friedr. Wilh. an Crockow, 3. II. 1674: UA. 13 S. 732. Vgl. ebd. 13 S. 746 ff.).

⁴³ Nach längerem Sträuben verpflichtete sich König Karl XI. am 27. 9. 1674 zur Hilfeleistung für Frankreich, die ihm nach französ. Auffassung der Vertrag v. 14. 4. 1672 ohnehin auferlegte. Dieser sah eine Entsendung von 16 000 Mann in das Reich vor, wenn der Kaiser und Brandenburg auf seiten Hollands gegen Frankreich in den Krieg eintraten.

⁴⁴ Der schlechte Zustand der Truppen stellte keineswegs, wie meist behauptet wird, den alleinigen oder Hauptgrund ihrer Abberufung dar, jedoch herrschte unter den Soldaten große Unzufriedenheit, weil die Kaiserlichen angeblich bessere Bezahlung und Verpflegung erhielten. Vgl. Bericht des Kriegskommissars Jakob Brockhausen, Ensheim 29. 12. 1674: MLA. 12, 12. Der Kinderen II S. 255.

⁴⁵ Ratsprotokoll v. II. 12. 1674: GR. 597.

⁴⁶ Berichte Landsees an den Kaiser, Mainz 3. u. 7. 12. 1674: RKBR. 1668–76 (Landsee). – Der Komtur hielt sich schon einmal im Oktober in Mainz auf (Beglaubigungsschreiben v. 12. 10., Rekreditiv v. 31. 10. 1674: MLA. 539 VIII). Möglicherweise hatte er auch Auftrag, sich über die Mainzer Koadjutorsache zu informieren, auf die P. Körler den Bischof am 19. 8. in der Form aufmerksam gemacht hatte, daß die Möglichkeit einer Kandidatur bestehe (MLA. 12, 12).

nach Münster ab⁴⁷. Er fragte unverhohlen nach der voraussichtlichen Haltung des Bischofs beim Kriegseintritt Schwedens und ob er geneigt sei, Holland Truppen zu überlassen, unter welcher Fahne es auch sei, um den Verpflichtungen zur Unterstützung des Kurfürsten von Brandenburg nachkommen zu können, da die eigenen Kräfte der Krieg gegen Frankreich band⁴⁸. Ausweichend und in Unklarheit, ob sich dahinter eine Falle verbarg, antworteten Matthias Korff-Schmising und Zurmühlen, die Stellungnahme des Kaisers werde darüber entscheiden⁴⁹. Auch die endgültige Antwort vom 16. Dezember vermied völlige Klarheit. Da die bischöflichen Truppen im Elsaß stünden, könnten die Kompanien im Lande nur notdürftig die eigenen Festungen verteidigen, so daß keine Truppen zur freien Verfügung blieben⁵⁰.

Die letzten Tage des Jahres 1674 brachten noch den Abschluß des so mühselig erarbeiteten Bündnisvertrages zwischen dem Kaiser und dem Bischof von Münster (15. Dezember 1674)⁵¹. Eine Ratifizierung sollte er allerdings nie erfahren.

45. KAPITEL

DIPLOMATISCHES VORSPIEL ZUM KRIEG GEGEN SCHWEDEN

Selbst in jener Zeit, deren Politik in ungewöhnlich hohem Maße von kleinlicher Gewinnsucht und Mißtrauen beherrscht wurde, bietet das Vorspiel zum schwedischen Krieg ein besonders verabscheuungswürdiges Bild. Unedle Gesinnungen scheinen Stellungnahme und Handlungen aller deutschen Fürsten bestimmt zu haben; der Bischof von Münster mitten unter ihnen.

Als der Text des von Ham geschlossenen Bündnisvertrages mit dem Kaiser in Münster eintraf, erfaßte den Bischof große Empörung, denn sein Hauptziel – die Verfügungsgewalt über den ganzen Westfälischen Kreis für die Winterquartiere – war nicht verwirklicht. Statt dessen hielten die Kaiserlichen seine Truppen im Elsaß fest und ruinierten sie – seiner Meinung nach vorsätzlich –,

⁴⁷ Eppen kam am 12. Dezember in Münster an und überreichte am nächsten Tage seine Denkschrift. Regelmeier S. 28.

⁴⁸ Denkschrift Eppens v. 13. 12. 1674: MLA. 12, 14.

⁴⁹ Der Kinderen II S. 259. – ⁵⁰ Bischöfl. Erklärung v. 16. 12. 1674: MLA. 12, 14.

⁵¹ Die Ausfertigung liegt im Herdringer Archiv, gedruckt von Cramer, Westf. Adelsbl. 2 (1925) S. 49 ff. Abschrift in MLA. 12, 12 IV. – Den Franzosen scheint der Vertrag nur unvollkommen zur Kenntnis gekommen zu sein. Anders ist die Haltung Verjus', der den Schweden »sozusagen 100 mal versprochen« hatte, ihnen den Inhalt mitzuteilen, die Übergabe der Abschrift aber vorenthielt, nicht zu verstehen. Vgl. E. v. Pufendorff an C. Bonde, Leipzig 4. 7. 1677. St., Gallica I, Brev till en-voyén Bonde.

während kaiserliche Truppen bereits Quartiere im Fürstentum Paderborn und anderen westfälischen Gebieten bezogen. Er übersah geflissentlich, daß das Verbleiben seiner Regimenter im Elsaß angesichts der bevorstehenden Entscheidungsschlacht gegen Turenne eine Notwendigkeit darstellte und daß das bei ungestügtem Vertragsverhältnis vorhandene und erklärliche Mißtrauen der anderen Seite einen Abzug der münsterischen Kompanien nicht gestattete¹.

Noch bevor die Ablehnung des Hamschen Vertrages durch den Bischof in Wien verlautete, beauftragte der Kaiser den Reichshofrat Johann Fischer, in Münster die Notwendigkeit eines Verzichts des Bischofs auf die gesamtwestfälischen Quartiere zu begründen². Unter Hinweis auf den Argwohn der Generalstaaten und Brandenburgs über neue bischöfliche Rüstungen stellte er die Gefahr vor, daß Kurfürst Friedrich Wilhelm mit seinem protestantischen Anhang im Westfälischen Kreise die vorgesehenen Werbungen zugunsten des Kaisers, zu denen der Bischof sich stellvertretend für die übrigen Kreisstände vertraglich verpflichtet hatte, verhindern könnte³. Auf jeden Fall schien es besser, wenn der Bischof nicht schon jetzt mit einem furchterregenden Heer in Westfalen stand⁴. Die kaiserliche Quartiernahme in Westfalen entschuldigte er als Folge der Verheerungen und der Mißernte in den linksrheinischen Landen⁵.

Fischer glaubte kaum an leichte Verhandlungen, nachdem der Bischof ihm gerade eine wortreiche Klage über den schlechten Zustand seiner Soldaten am Oberrhein zugeschickt hatte, ahnte aber wohl nicht, wie schwierig es sein sollte, den Vertrag des Generalkriegskommissars Dr. Ham gänzlich zu »adjoustieren«⁶. Am Hofe hatten nämlich die Feinde Hams, wozu besonders die Gebrüder Korff-Schmising zählten, einen vollkommenen Sieg davongetragen, so daß der Bischof den Abbruch der Wiener Verhandlungen befahl und Ham als »präsumptuosen Minister«, der »sich verlaufen« und seine Befugnisse weit überschritten, abberief⁷. Friedrich Korff-Schmising erhielt Auftrag, mit Fischer zu verhandeln⁸, ohne die Wiener Abmachungen Hams als Grundlage anzuerkennen⁹.

Als Fischer in Coesfeld eintraf, stand er ratlos den Zumutungen des Bischofs in der Quartierfrage gegenüber¹⁰. Was sollte er zu den Beschwerden über den

¹ Vgl. Lothar Engelbert Schücking, Münsterisches Militär im Oberelsaß 1674–1675. In: Münst. Heimatbl. Bd. 2 (1916) S. 114 ff.

² Beglaubigungsschreiben des Kaisers für Fischer, Wien 15. 12. 1674: MLA. 12, 12 V.

³ Vgl. die Nachricht Ferd. v. Fürstenbergs v. 19. 1. 1675, wonach der Graf v. d. Lippe sein Landvolk aufgeboten habe und alle Pässe bewachen ließe, »umb Ew. Lbd. die assignierte Quartier zu disputieren« (MLA. 540b V). – Kf. Friedrich Wilhelm an Pfalz-Neuburg, Bleisenheim 15. 11. 1674: Er sei über starke münst. Rüstungen beunruhigt; desgl., Kolmar 25. 11. 1674 im gleichen Sinn (DZA., Rep. 11. 165^o Nr. 13).

⁴ Instruktion Fischers v. 18. 12. 1674 (Auszug): MLA. 12, 12 V. Das Kreiskontingent sollte auf ein Duplum gesetzt werden.

⁵ Kaiser Leopold an Fischer, Wien 12. 1. 1675: Ebd.

⁶ Fischer an Chr. Bernh., Köln 27. 12. 1674: Ebd.

⁷ Der Bischof mußte sogar seine Räte beschwichtigen, damit der Kaiser nicht durch zu scharfe Behandlung Hams beleidigt wurde. Ratsprotokoll v. 5. 1. 1675: GR. 597.

⁸ Beglaubigungsschreiben für F. Korff-Schmising, 3. 1. 1675: »... Über gegenwärtige gefährliche Konjunkturen zu konferieren und mit deroelben über eine sichere Mannschaft und wie dadurch Ihrer kais. Majestät und des Heiligen Reichs Feinden desto kräftiger zu begegnen und absonderlich dieser »Niederrheinische-Westfälische Kreis ufs Beste beschützt und erhalten werden mögte, zu traktieren« (MLA. 12, 12 V, Entw. Zurmühlen).

⁹ Ratsprotokoll v. 15. 1. 1675: GR. 597.

¹⁰ Fischer an Graf v. Capliers, Coesfeld 22. 1. 1675: MLA. 12, 12 V.

geplanten Durchzug holländischer Hilfstruppen für Brandenburg und die Befürchtung, »daß sie Münster eines versetzen werden bei solcher Gelegenheit«¹¹, sagen? Schließlich lehnte der Bischof als Antwort auf seinen Vortrag rundweg jede Truppenhilfe für den Kaiser ab, bevor nicht alle Versprechen Lisolas verwirklicht waren¹². Auf die bestürzte Frage Fischers, ob sich der Entschluß auch auf die 2000 Mann beziehe, die der Bischof nach dem Sassenberger Vertrag von 1674 stellen müsse, oder sogar auf das Reichskontingent des Stifts¹³, erhielt er zwar den beruhigenden Bescheid, geschlossene Verträge würden gehalten und auch die Kreiskontingente gestellt¹⁴, aber des Hamschen Vertrags geschah keine Erwähnung¹⁵. Da sich keine Fortschritte erzielen ließen, lenkte Fischer zum Abschied den Blick des Bischofs auf eine Teilnahme am Krieg gegen Schweden, möglichst in einem gemeinsamen Feldzug mit den Holländern im Herzogtum Bremen¹⁶, und reiste nach einer hinhaltenden Antwort hierauf ab¹⁷.

Den Bischof beschäftigte noch immer der Ärger über die Zurückhaltung seiner Truppen im Elsaß. Er meinte ernsthaft, die Wiener Minister hätten Ham nur deshalb solange hingehalten, um die westfälischen Quartiere vor Ankunft seiner Regimenter mit kaiserlichen Truppen belegen zu können. In seiner Enttäuschung drohte er, seine Soldaten »in einige benachbarte Orte neben den Kaiserlichen zu logieren und abzuwarten, ob dieselbe daraus wollen verjaget werden«¹⁸, und sie am nächsten Feldzug überhaupt nicht teilnehmen zu lassen¹⁹.

Gestützt auf eine starke Friedenssehnsucht im Lande, erhoben die fürstlichen Geheimen Räte am 16. Februar ernste Bedenken gegen neue Abenteuer ihres Herrn. Als der Bischof, wie schon so oft, die gefährliche Lage der geistlichen Stifter schilderte und ein Bündnis mit dem Kurfürsten von Mainz vorschlug, da der Kaiser und Pfalz-Neuburg keine Unterstützung gegen die protestantischen Anmaßungen gewährten²⁰, stimmten sie zwar einer Gesandt-

¹¹ Ratsprotokoll v. 18. 1. 1675: GR. 597. – Zurmühlen reiste nach Den Haag, um die vertraglich festgelegte Hilfsmaßnahme gegen einen erklärten Reichsfeind nach Möglichkeit zu verhindern. Die Abschickung bot eine gute Ausrede, als ein schwedischer Sekretär (Buchner) aus Stade eintraf und den Durchzug holländischer Truppen als unrechtmäßig zu verbieten forderte. Chr. Bernh. an Zurmühlen, 25. 1. 1675: MLA. 533, 3 I. Vgl. Anm. 35.

¹² Entwürfe zu den fürstl. Resolutionen v. 28. 1. 1675 in MLA. 12, 12 V.

¹³ Fischer an Chr. Bernh., Coesfeld 28. 1. 1675: Ebd.

¹⁴ Chr. Bernh. an Fischer, 30. 1. 1675: Ebd.

¹⁵ Desgl., 31. 1. 1675: »Ihre hochfürstl. Gnd. haben dem Doktorn Ham keine Kommission gegeben, einen solchen Traktat einzugehen« (Ebd.).

¹⁶ Denkschrift Fischers v. 29. 1. 1675: Ebd.

¹⁷ Chr. Bernh. an Fischer, 30. 1. 1675: Ebd.

¹⁸ Chr. Bernh. an (Körler?), 1. 2. 1675: MLA. 12, 15.

¹⁹ Chr. Bernh. an Mayersheim, 8. 2. 1675: Die münsterischen Truppen seien nun endlich von der kaiserlichen Generalität entlassen. »Wir vernennen dabei aber mit-leidentlich, daß dieselbe also ruiniert und verhungert sein, daß es zum Höchsten zu bedauern und fast unmöglich ist, daß dieselbe gegen künftige Campagnia rekrutiert und wieder zu Stand gebracht« werden können. – Im Schr. v. 22. 2. 1675 gestand der Bischof dagegen ein, daß die kaiserl. Truppen auch nicht besser gehalten würden als die münsterischen. Nur den brandenburg. und lüneburg. Regimentern gehe es besser (MLA. 534, 5 III).

²⁰ Nach Mayersheims Bericht v. 24. 2. 1675 betrachteten viele Mitglieder des kaiserl. Hofes den gegenwärtigen Krieg als ein Unglück für die Katholiken, weil er den Protestanten wesentliche Vorteile in die Hände spielte (MLA. 534, 5 III). Er unterstützte damit die Ansicht des Bischofs.

schaft nach Mainz, Trier und Hannover zu, jedoch nur, um Erkundigungen einzuziehen. Im übrigen rieten sie, allen Verwicklungen, und besonders dem Streit über die Quartiere, aus dem Wege zu gehen und sich deshalb nach Möglichkeit »einzuziehen«, denn je mehr Quartiere man begehre, um so größere Dienste werde der Kaiser fordern. Unumwunden gestand der Bischof ein, wie »perplex« er über die Stellungnahme seiner Berater war. Er vertrat im Gegenteil angesichts der unklaren Haltung des Kaisers und offenen oder verhohlenen Feindschaft seiner Nachbarn, da Brandenburg und Pfalz-Neuburg ihm wieder einmal Schwierigkeiten im Kreise bereiteten²¹, den Standpunkt, sich »so viel immer möglich« zu bewaffnen und dann mit einigen zuverlässigen katholischen Ständen freundschaftliche Bündnisse zu schließen²², vielleicht auch daraus eine dritte Partei unter Zuziehung weiterer Fürsten zu bilden. Besonders auf die Verbindung zu Hannover legte er größten Wert. Einem Krieg zwischen Schweden und Brandenburg, der nur zum Nutzen des katholischen Wesens ausschlagen konnte, wollte er inzwischen in aller Ruhe zusehen. Jedoch wäre auch »bei Frankreich . . . das Tempo nicht zu verlieren«²³. Nur tiefe Enttäuschung über das Verhalten des Kaisers vermag diese Gedankengänge zu erklären. Der Bischof zweifelte an Gottes Segen für die Waffen des Kaisers, weil von diesem mit den »ihme anvertrauten Stiftern dergestalt gespielt wird und dieselbe so liederlich in der Ausgabe gesetzt werden«²⁴. Nachdem der Kaiser den Holländern zum Schaden deutscher Bischöfe bereitwillig den Dorn aus dem Fuß gezogen habe, wisse er jetzt nichts Besseres zu tun, als getreue katholische Reichsstände dem Untergang entgegenzuführen.

Zum Leidwesen des Bischofs mißlang der erste Versuch, ein katholisches Bündnis auf die Beine zu stellen, vollständig. In Düsseldorf bot der Domdechant Korff-Schmising an Stelle des vom Herzog verlangten Kreistages ein Bündnis an. Auf seine Verdächtigungen des Kurfürsten von Brandenburg erhielt er nur eine kühle Antwort. Tief verstimmt über die unangekündigten münsterischen Einquartierungen im Bergischen verwies der Herzog höhnisch auf den Druck, den ausgerechnet der Bischof vor Jahren auf dem Bielefelder Kreistag auf ihn ausgeübt hatte, um den Eintritt des Kurfürsten in das Kreisdirektorium zu erzwingen²⁵. Erst nach heftigem Zureden willigte er schließlich ein, dem Kurfürsten von der Einberufung eines Kreistages abzuraten, nachdem Korff-Schmising ihm in die Hand versprach, keine Quartiere im Westfälischen Kreis für münsterische Truppen zu beanspruchen²⁶.

Der empfindliche Mißerfolg in der katholischen Bündnispolitik wirkte so abschreckend, daß der Bischof nunmehr sein Heil auf anderen Wegen suchte.

²¹ Brandenburg und Pfalz-Neuburg versuchten damals ihren Einfluß im Kreisdirektorium und Kreisobristenamts gemeinsam zu verstärken. Ratsprotokoll v. 9. 2. 1675: GR. 597. Der Bischof lehnte den Antrag Herzog Philipp Wilhelms auf Einberufung des Kreistags am 10. 2. mit der Begründung ab, daß er sich darin »sobald nicht finden könne, sondern solches vernünftige Nachsinnung erfordert« (MLA. 468, 238).

²² Der Bischof dachte vornehmlich an Mainz und Hannover, aber auch an Pfalz-Neuburg, um den Herzog dadurch vom Gedanken des Kreistags abzulenken. Ratsprotokoll v. 10. 3. 1675: GR. 597. – Instruktion für M. Korff-Schmising, 10. 3. 1675: MLA. 12, 15.

²³ Ratsprotokoll v. 16. 2. 1675: GR. 597.

²⁴ Chr. Bernh. an Mayersheim, 8. 3. 1675: MLA. 534, 5 III.

²⁵ Resolution Herzog Philipp Wilhelms, undatiert: MLA. 12, 15.

²⁶ Bericht M. Korff-Schmising, undatiert: Ebd. – Rekreditiv des Pfalzgrafen für ihn v. 14. 3. 1675: MLA. 539 VIII.

Vorher ergab sich jedoch die Notwendigkeit einer abermaligen Auseinandersetzung mit Johann Fischer²⁷. Unlustig, dem Gesandten Rede und Antwort zu stehen, entschuldigte sich der Bischof mit wichtigen Geschäften, die ihn auf unbestimmte Zeit von der Residenz fernhielten, und benannte Beauftragte für das Gespräch²⁸. Nur so konnte er den kaiserlichen Forderungen im Augenblick entgehen, denn der Handbrief Kaiser Leopolds, der in diesen Tagen eintraf, setzte die Teilnahme von 5–6000 münsterischen Soldaten am kommenden Feldzug und die Versammlung der Kreisvölker durch den Bischof bis zum 30. April, um dann den Marsch zum Korps des Herzogs von Lothringen an der Mosel anzutreten, mit solcher Sicherheit voraus²⁹, daß Gegenstände der alten Art kaum Erfolg versprochen.

Daher forderten die Beauftragten des Bischofs zuerst einmal die Stellung der von Lisola versprochenen Quartiere, bevor über eine Truppenhilfe für den Kaiser geredet würde. Mit der erneuten Ablehnung der Hamschen Traktaten verbanden sie die Frage, worauf denn die ihnen unverständliche Benachteiligung treuer katholischer Reichsstände durch den Kaiser zurückgehe³⁰. Fischer übersah geflissentlich die Flucht des Bischofs und suchte ihn zu dessen geringer Freude in Rheine auf. Dort unterstellte er in seinem Vortrag dem Bischof Schwierigkeiten bei der Lieferung der versprochenen hohen Tuppenzahl und führte die Verzögerung beim Abschluß des Vertrages allein hierauf zurück. Er schlug deshalb die Einsetzung geringerer Zahlen vor, um durch schnelle Lieferung einen baldigen Feldzugsbeginn zu ermöglichen. Der Kaiser habe umfangreiche Quartiere gestellt, das Stift Münster von dieser Last ganz befreit und Paderborn auf Wunsch des Bischofs wieder geräumt. Wenn dieser dem Kaiser jetzt nicht an die Hand gehen wolle, so gäbe das Anlaß zu starkem »Nachdenken«. Der Vertrag mit Ham sei rechtskräftig und bedürfe nur noch der beiderseitigen Ratifikation. Wenn die Truppen vom letzten Feldzug zu ermattet seien, möge man sie gegen die Garnisonen austauschen³¹. Der Bischof ging auf keines dieser Argumente ein, sondern wiederholte nur die Ansicht, Ham habe seine Weisungen in Wien überschritten. Hoher und Königsegg hätten selbst zugegeben, daß keine Vollmacht zum Abschluß eines Vertrages vorlag. Dem Kaiser sei im übrigen besser mit einer ordentlichen Besetzung der münsterischen Festungen gedient, als wenn geschwächte Truppen für ihn in das Feld gingen. Er bitte also zu entschuldigen, daß er nicht mehr Truppen stelle als die übrigen Reichsfürsten auch³².

Der Gesandte verließ die Audienz nicht klüger, als er sie angetreten hatte. Ein wertvoller Monat ging verloren, bis er Ende April vom Kaiser abermals

²⁷ Fischer meldete sich am 12. 3. zur Fortsetzung der unterbrochenen Verhandlungen über das kaiserl.-münst. Bündnis aus Köln an: MLA. 12, 12 V. Kaiserl. Beglaubigungsschreiben v. 3. 3. 1675 betr. Vollendung des zwischen den kaiserl. Kommissaren und Dr. Balthasar Ham Ende 1674 abgeredeten Vertrags: Ebd. Entwurf in KRS. fasc. 363.

²⁸ Chr. Bernh. an Fischer, Horstmar 19. 3. 1675: MLA. 12, 12 V. – Vollmacht für den Vizedominus Dietrich Anton v. Velen und Lic. Ferdinand Mensing, Rheine 22. 3. 1675: Ebd.

²⁹ Kaiser Leopold an Chr. Bernh., 18. 3. 1675: MLA. 538 b I.

³⁰ Instruktion für Lic. Mensing, Rheine 22. 3. 1675: MLA. 12, 12 V. Die Kritik des Hamschen Vertrages, die Fischer vom Bischof schriftlich erhielt, war in sehr scharfen Worten, wie »hoc stultum«, »hoc absurdum« abgefaßt.

³¹ Vortrag Fischers, Rheine 30. 3. 1675: Ebd.

³² Bischöfl. Resolution, Rheine 31. 3. 1675: Ebd.

die Mahnung empfing, den Vertrag mit dem Bischof von Münster endlich abzuschließen und auf eine bestimmte Mannschaftszahl, so hoch sie sich eben treiben ließ, zu kapitulieren³³. Das Schreiben des Kaisers schloß mit der bemerkenswerten Feststellung: »Dann obzwar vorkommt, es wären französische und schwedische Gesandtschaften an Ihre Gnaden abgegangen, so zweifeln wir doch nit, sie werden bei uns verharren«.

Der Kaiser irrte nicht. Nach den Erfahrungen, die Christoph Bernhard in den Gesprächen mit Fischer gesammelt hatte, und in der Überzeugung, der Kaiser sei nicht gewillt oder nicht in der Lage, Leistungen großzügig zu bezahlen, hing der Bischof dem Gedanken nach, seine Vorteile mehr aus einer Mittlerstellung als durch Teilnahme auf einer der beiden Seiten zu wahren. Er näherte sich dem Ideal, das dem verschlagenen Herzog Johann Friedrich von Hannover seit vielen Jahren Ströme von Geld verschaffte, ohne daß er einen Finger rührte.

Mit Frankreich, das in seiner politischen Vereinsamung die Gründung einer dritten Partei defensiven Charakters mit Schweden, Hannover, Bayern und Münster als Hauptstützen anstrebte³⁴, knüpfte der Bischof nämlich jetzt erneut an. Hoherfreut begrüßte er schon Mitte März die bevorstehende Abreise Verjus' nach Deutschland³⁵. Nach seinen Vorstellungen sollte ein Vertrag ähnlich dem des Herzogs von Hannover, allerdings unter Ausnahme von Kaiser und Reich, entstehen³⁶. Neben der Subsidienerforderung erhob der Bischof wiederum den Anspruch auf Borkelo, Bredevoort, Bellingwolde, Westerwolde und Wedde, als ob der Kölner Friede nicht bestand. Als Entgelt wollte er sich zu einem Bündnis mit Hannover bereitfinden, das stillschweigend zu gleichen Bedingungen auch für Frankreich galt. Alle militärischen Maßnahmen blieben gemeinsamen, münster-hannöverschen Beschlüssen vorbehalten und traten erst dann in Wirksamkeit, wenn das französische Heer den Niederrhein überschritt. Der Bischof verpflichtete sich, den Feinden Schwedens keinen Durch-

³³ Kaiser Leopold an Fischer, 30. 4. 1675: Ebd.

³⁴ Der stadische Regierungsrat Jürgen Marschalk hatte inzwischen schon am 9. 3. 1675 den Grundstein zur dritten Partei durch ein Bündnis Karls XI. mit Kurfürst Ferd. Maria gelegt. Vgl. K. Th. Heigel, Das Project einer Wittelsbachischen Hausunion unter schwedischem Protectorat 1667–97 (Qu. u. Abh. z. N. G. Bayerns). München 1884. S. 79 f. – Beachtenswert ist auch die Anregung des schwedischen Feldherrn Gustaf Wrangel, den Bischof zu einer Konferenz über die Erhaltung des Friedens, d. h. über die Neutralität Münsters, in Hannover zu bewegen. Schr. Hannover 19. 2. 1675 a. St.: Cal. BA., Des. 31 I Nr. 41.

³⁵ Verjus war die Aufgabe zugeordnet, Hannover auf jeden Fall auf seiten Frankreichs und Schwedens zu erhalten (Vgl. Schnath S. 63). Er erhielt sein Beglaubigungsschreiben allerdings erst am 26. 4. 1675: CB. 4. – Verjus scheint schon vorher nach Hamburg abgereist zu sein, wie aus dem einem Beglaubigungsschreiben für Münster gleichkommenden Brief Ludwigs XIV. an Chr. Bernh., St. Germain 22. 3. 1675 (GA. II C II 14) und einem Bericht v. 29. 3. 1675 (CM. 4) hervorgeht. – Zu der Hoffnung Schwedens auf Herzog Johann Friedrich vgl. Hoffstedt S. 71. Von schwed. Seite wollte Johann Besser Mitte März in Münster (Kredential, Stade 8. 3. 1675. Instruktion 8. 3. 1675: Dank für die bfl. Resolution an den Staatssecretarius Buchner; erneute Bitte, den niederl. Truppen den Durchmarsch nach Bremen-Verden zu verweigern. Besser berichtete aus Rheine, 17. 3. 75, der Bischof werde der Bitte entsprechen, wisse aber nicht, wie er zu der gewünschten Befriedigung des Fstm. Verden von seiten des Westfäl. Kreises etwas tun könne. J. Chr. Buchner reiste im ähnlichen Auftrag mit Instruktion Stade 5. 1. 1675 nach Münster, Rekredential St.-Ludgersburg 25. 1. 1675. St. BA. Des. 5 a I 8 Fach 45 Nr. 13.

³⁶ Chr. Bernh. an Dücker, Rheine 19. 3. 1675: CM. 4 Bl. 8.

zug zu gewähren und Reichsschlüsse gegen Schweden nach Möglichkeit zu verhindern. Dagegen sah der Vertragsentwurf keinen aktiven Beistand zugunsten der nordischen Krone vor, es sei denn eine gemeinsame Diversion mit Hannover. Schließlich wurde ein Fürstenbund im Westfälischen und Niedersächsischen Kreis vorgeschlagen, in seinen Zielen dem alten Rheinbund nicht unähnlich³⁷.

Den verräterischen Anträgen, die den Keim eines neuen Krieges gegen Holland und eine schwere Schädigung der kaiserlichen Interessen in sich trugen, kam ein freundliches Schreiben des französischen Königs entgegen³⁸. Während Wintgens Ende März nach Hamburg³⁹ abreiste, um Verjus zu erwarten, knüpfte der Bischof über Ferdinand von Fürstenberg die Verbindung mit Herzog Johann Friedrich an, der am 4. April der Aufnahme geheimer Besprechungen zustimmte⁴⁰. Ein Bündnis mit Münster sicherte ihm eine Brücke nach Frankreich und verschaffte seiner bisherigen Politik erst das rechte Rückgrat. Matthias Korff-Schmising erhielt Auftrag, mit dem hannoverschen Kammerpräsidenten und Geheimen Rat Freiherrn von Grote »über sichere angelegene gegenwärtige gefährliche Konjunkturen betreffende Sachen zu konferieren und sich über sichere Punkten zu vergleichen«⁴¹. Der Domkürster sollte die Bedingungen des französischen und schwedischen Vertrages mit dem Herzog auskundschaften und dann den Abschluß eines Bündnisses oben erwähnten Inhalts anbieten. Es sollte die Sicherheit beider Reichskreise gewährleisten und eine besondere Kreisverfassung erübrigen, an deren Zustandekommen dem Bischof mit Rücksicht auf Brandenburg so wenig lag. Reichsschlüsse durften dabei nicht verletzt werden, und schließlich wünschte Christoph Bernhard weiterhin sein Kontingent zum Reichsheer stellen zu dürfen, damit er »in keinem zu kulpieren« wäre. Eine Ausweitung des Bündnisses auf andere »wohlmeinende« Reichsfürsten, wie Kurmainz, Kurtrier, Würzburg, Bamberg, Eichstätt und Württemberg galt als erwünscht⁴².

Dem Domdechanten gelang nur eine sehr kurze Besprechung mit Grote in Hämelschenburg, weil dieser zu Verjus nach Hamburg eilte. Das Gespräch, von dem hannöverschen Minister ziemlich kaltsinnig geführt, genügte indessen zur Feststellung gemeinsamer Interessen und eines Termins für die eigentlichen Verhandlungen im Weserstädtchen Polle, zu denen auch Wrangel persönlich erscheinen wollte⁴³. Korff-Schmising, von den Aussichten einer längeren Kon-

³⁷ MU. 4645 a. Cal. BA. Des. 24 Münster Nr. 18. Aus dem Schr. des Komturs Korff-Schmising an Grote, Neuhaus 23./13. 4. 1673 geht hervor, daß Ferdinand von Fürstenberg »der erste Anfänger gewesen, dieses Negotium« (d. h. mit Frankreich) »wieder anzubinden, also ihre die Superficies unserer Intention nicht wohl wird verborgen bleiben können«: Ebd. Regelmeier S. 31.

³⁸ Ludwig XIV. an Chr. Bernh., St. Germain en Laye 22. 3. 1675; GA. II C II 14.

³⁹ Alpen II S. 418, Ribbeck S. 69 und Regelmeier S. 30 geben irrtümlich Hannover als Verhandlungsort an, letzterer meldet eine Verlegung von Hannover nach Hamburg, was ebenfalls nicht zutrifft.

⁴⁰ Hzg. Joh. Friedrich an Ferd. v. Fürstenberg, Hannover 4. 4./25. 3. 1675; MLA. 12, 17.

⁴¹ Beglaubigungsschreiben, Sassenberg 5. 4. 1675; Ebd.

⁴² Instruktion für M. Korff-Schmising, Marienfeld 6. 4. 1675; Ebd.

⁴³ Die Konferenz sollte am 22./12. 4. 1675 beginnen. Hzg. Joh. Friedrich an M. Korff-Schmising, 12./2. 4. 1675, Wrangel an Chr. Bernh., 12./2. 4. 1675; Ebd. Der Generalfeldmarschall wandte sich schon am 5. 4./25. 3. 1675 an den Bischof mit der Bitte, einer Konferenz zuzustimmen. Dieser verwies ihn auf die Besprechungen des Domdechanten mit Grote (Ebd.). – M. Korff-Schmising an Chr. Bernh., Taten-

ferenz in dem langweiligen Orte nicht gerade entzückt, schlug Sonderverhandlungen mit Wrangel vor. Der Bischof gab den Gründen des Domküsternach und lud den Feldmarschall an seinen Hof nach Rheine⁴⁴, nachdem die Nachrichten Wintgens' aus Hamburg nicht ungünstig lauteten, wenn es auch der Sekretär nicht verstanden hatte, aus Verjus ein gutes Angebot herauszulocken. Ungeklärt blieb vor allem die Höhe der Subsidien, aber auch von der Besetzung eines Platzes am Niederrhein durch den König, auf die der Bischof großen Wert legte, wollte der Gesandte nicht hören⁴⁵. Von der Notwendigkeit neuer Abmachungen mit Frankreich zeigten sich trotzdem die Räte ebenso durchdrungen wie der Bischof selbst. Wie sollte man sonst den von Brandenburg drohenden Gefahren – Derflinger sprach von einem Zug an die Weser – und möglicher Feindseligkeit der Holländer, die der in Den Haag weilende Vizekanzler Zurmühlen andeutete, begegnen?⁴⁶

Die Aussichten auf das durch die Lage erzwungene Bündnis mit Frankreich und Schweden, erklärten Reichsfeinden, erfüllten den Bischof mit schweren Sorgen. Ob er den Schritt vor der Nachwelt rechtfertigen konnte; ob er sich nicht vielleicht die letzten Sympathien in Wien verscherzte, vermochte er nicht auszudenken. Zum ersten Mal während seiner Regierung forderte er das Domkapitel auf, ihm eine ständige Abordnung zur Beratung in schwierigen Fällen beizugeben⁴⁷. Er übersah nicht, daß trotz aller Geheimhaltung Gerüchte über seine Verhandlungen mit Frankreich und Schweden bereits in Regensburg umliefen⁴⁸. Die Lage spitzte sich damit gefährlich zu. Am Hof breitete sich ein Gefühl furchtvoller Ahnung aus, vor einem nicht wieder gutzumachenden Fehler zu stehen.

In die spannungsgeladene Stimmung traf der Vertragsentwurf Verjus', den der Domdechant eigentlich mit Grote in Wildeshausen besprechen wollte^{48a}. Die Unterredung fiel nach dem ersten niederschmetternden Eindruck ins Wasser. Der Vertrag enthielt nicht die Vorteile, die Hannover genoß. Die lebenswichtige Frage der Subsidien blieb unerwähnt. Der Bischof durfte kein Reichskontingent stellen, sollte aber mit der schwedischen und hannoverschen Armee gegen jeden Reichsfürsten, der sich gegen Frankreich erklärte, »agieren«. Bereits 14 Tage nach der vorgesehenen Ratifikation mußte das münsterische Heer die Feindseligkeiten eröffnen, vorausgesetzt den vorherigen Kriegseintritt Schwedens und Hannovers, woran Verjus wohl keinen Zweifel hegte⁴⁹.

hausen 15. 4. 1675: Ebd. und Korff-Schmising an Herzog Johann Friedrich, Tatenhausen 15./5. 4. 1675: Cal.BA. Des. 81 I Nr. 82 Bl. 10. – Das Beglaubigungsschreiben des Bischofs v. 15. 4. 1675 für ihn lautete auf Verhandlungen mit Hannover und Schweden (Ebd.).

⁴⁴ Ratsprotokolle v. 16. u. 19. 4. 1675: GR. 597.

⁴⁵ Chr. Bernh. an M. Korff-Schmising, 19. 4. 1675: MLA. 12, 17.

⁴⁶ Desgl., 19. 4. 1675: Ebd.

⁴⁷ Domkapitelsprotokoll v. 30. 4. 1675: DK. Prot. 40 Bl. 57.

⁴⁸ Dolberg an Bruchhausen, Regensburg 9. 5. 1675: MLA. 473, 69.

^{48a} M. Korff-Schmising schlug Grote am 1. 5. namens des Bischofs eine Besprechung in Wildeshausen am 15. 5. vor (Cal.BA. Des. 24 Münster Nr. 18 Bl. 39). Schon am 9. 5. hatte der Domküsternach den Entwurf Verjus' in der Hand, der »gar uns nicht annehmlich, auch dafür halten müssen, daß es ihre hochfürstl. Durchl. nit gefallen werde. Als nehmet mein gnäd. Herr darvon ab, daß gemelter Verjus keine rechte Kommission habe, mit Münster zu traktieren« (Ebd. Bl. 42).

⁴⁹ Undat. Entwurf: CM. 4 Bl. 24.

Der Eindruck der schamlosen Zumutung beherrschte die Sitzung des Bischofs und seiner Geheimen Räte am 10. Mai. Einen Vertrag und aktive Teilnahme auf seiten Schwedens wollte niemand verantworten, aber auch für den Kaiser wagte nach den letzten Enttäuschungen niemand sein Wort in die Waagschale zu werfen. Einige stimmten für den Versuch eines neuen Vertragsentwurfs mit Frankreich, andere für ruhiges Abwarten. Auch der Bischof faßte keinen Entschluß. Er fühlte, daß sein alter Grundsatz: »Eigen Volk wäre die beste Sekurität« nicht eben Stich hielt, und äußerte zurückhaltende Sympathie für den Kaiser, wie man es seit Monaten in Münster vermisse. Riesengroß stand vor allen die Sorge, daß »man sich nicht aller Orter hinaussetze« und bar jeden Helfers dem wechselvollen Schicksal preisgebe⁵⁰.

Am nächsten Tage verdichtete sich die Ablehnung gegen den französischen Entwurf nur noch stärker. Niemand glaubte mehr an eine Abänderung im Sinne der Wintgensschen Instruktion. Immerhin endete diese Sitzung mit dem festen Entschluß, am nächsten Tage völlige Klarheit zu schaffen⁵¹.

Zu Anfang beherrschte auch die entscheidende Beratung vom 12. Mai noch das Mißtrauen gegen den Kaiser, aber irgendwo klang an: Eine Partei müsse erwählt werden. Diesen Grundsatz griff der Bischof auf und schloß, also sei mit Osterreich anzubinden, da Frankreich Unmögliches verlange und ihn zur Verletzung der Reichsverfassung verführe, ohne Wesentliches dafür zu bieten⁵². Dagegen sei es »das Reputierlichste«, im Lager des Kaisers zu stehen. Über die Subsidiën werde man sich schon einigen. Marquis de Grana habe »Verstand und Kredit« genug und sei ein guter Katholik; mit ihm solle man verhandeln und keine andere politische Bedingung als die Garantie gegen die Generalstaaten und Brandenburg fordern⁵³. Die ängstliche Niedergeschlagenheit schien vom Bischof gewichen. In alter Frische entwarf der Greis das Bild eines großartigen Aufmarsches gegen Frankreich an Maas, Rhein und Mosel, wozu er selbst 10 000 Mann beitragen wollte⁵⁴, wenn der Kaiser reichliche Quartiere verschaffe. Als der Komtur einwarf, der Feldzug laufe gerade an und erlaube keine Forderung nach Winterquartieren, wies der Bischof ihn ärgerlich zurecht: »Ostfriesland müßte okkupiert werden, damit Schweden widerstanden werden könnte«⁵⁵. Ein neues Pulverfaß rollte auf die Bühne.

Dieselben Vorschläge kehrten in der Instruktion für den Komtur zu den Verhandlungen mit dem Marquis und Fischer wieder. Die Berechtigung zu Quartierforderungen leitete der Bischof aus dem Fehlen anderer Unterhaltsmittel her. Ostfriesland, Tecklenburg, Rietberg und Schaumburg-Lippe sollten 10 000 münsterische Soldaten unterhalten. Kurköln könne ebenfalls 5000 Mann stellen, wenn man den Kurfürsten zu guten Vorsätzen führe. Kurtrier

⁵⁰ Ratsprotokoll v. 10. 5. 1675: GR. 597.

⁵¹ Ratsprotokoll v. 11. 5. 1675: GR. 597. — Die Schweden beobachteten besorgt den schlechten Gang der französ.-münst. Gespräche. Am 17. 4. berichtete Grafenthal: »Der münst. Envoyé, der sich allhie incognito aufhalten sollte, aber doch männiglich bekannt ist, conferieret ofte mit M. de Verjus, französischem Envoyé. Ich vernehme aber, daß Frankreich nicht gesonnen, auf Münster viel zu wenden; darumb dann solches auch woll bald andere Mesures nehmen möchte, sonderlich da es von Holland einständig gesucht wird« (St., Germanica D II).

⁵² Im Schr. an Dücker, Sassenberg 21. 5. 1675 gibt der Bischof das französ. Subsidiënangebot mit monatl. 20 000 Rtl. nach der Ratifikation an (CM. 4 Bl. 28). — Der Bischof rechnete dagegen mit etwa 60 000 Rtl. monatl. rückwirkend ab 1. Januar!

⁵³ Ratsprotokoll v. 12. 5. 1675: GR. 597.

⁵⁴ Desgl. v. 15. 5. 1675: Ebd. — ⁵⁵ Desgl. v. 16. 5. 1675: Ebd.

und Lothringen könnten dieselben Kontingente aufbringen, während die Kaiserlichen im Linksrheinischen Unterhalt für 10 000 Mann fänden. Mit diesen 35 000 Soldaten müßte der Herzog von Lothringen zwischen Maas und Mosel gegen die Franzosen operieren und als erstes die Stadt Trier zurückerobern. Grana solle daher gebeten werden, eine Verständigung zwischen den genannten Fürsten herbeizuführen, sie von allen künftigen Einquartierungen zu befreien, dem Bischof von Münster die gewünschten Quartiere anzuweisen und schließlich die Spanier zur Zahlung einiger Subsidien zu veranlassen. Anspielungen auf die Hamburger Besprechungen mit Verjus sollte der Komtur nicht ausweichen, sondern sie zum Anlaß nehmen, den eigenen Wert unter Verweis auf großzügige Angebote der Kronen aufzubessern⁵⁶. Alle Vorschläge waren auf den Reichskrieg gegen Frankreich abgestimmt. Außerdem nahm jedoch der Komtur eine Nebeninstruktion mit auf den Weg, deren Inhalt er nur »diskursivweise« vorbringen sollte. Sie bezog sich auf den Feldzug gegen Schweden. Der Bischof erklärte sich darin zum Bündnis mit Dänemark bereit und versprach, mit 6000 Mann an der Weser zu operieren. Als Grundlage für die Subsidienberechnung schlug er die Verträge der Herzöge von Celle und Wolfenbüttel mit Holland und Spanien vor⁵⁷.

Die Abschiedung des Generalkriegskommissars Dr. Ham als Vorboten nach Köln mußte auch in kaiserlichen Kreisen als Einlenken des Bischofs gedeutet werden. Ham fand bei Fischer gute Aufnahme. Der Reichshofrat nahm ohne Sträuben das »friesländische Präsent« von 2000 Rtl., das den münsterischen Truppen den Weg nach Ostfriesland eröffnen sollte, an. Großzügig versprach er Subsidien aus spanischen Kassen, deutete aber auch Pläne an, den Bischof von Münster im Falle eines Anschlusses an Frankreich, bevor er noch sein Heer verstärken konnte, als Reichsfeind zu behandeln und durch verbündete Truppen zu ruinieren⁵⁸.

Inzwischen traf der Komtur in Köln ein (20. Mai)⁵⁹. Eine neue Anweisung aus Münster befahl ihm, sich nur an Fischer zu halten und den Marquis aus dem Spiel zu lassen. Offensichtlich hatten die Berichte Hams über seine Gespräche mit dem Reichshofrat und die Wirkung des »Präsents« am münsterischen Hofe die Meinung erzeugt, daß Fischer als bequemerer Verhandlungspartner dem klugen und genauen de Grana vorzuziehen sei⁶⁰. Die in Wien über die nächsten Pläne der Schweden herrschende sorgenvolle Ungewißheit erleichterte den Münsteranern die Verhandlungen. Man durfte hoffen, bei den Quartierforderungen schwächere Gegenwehr als bisher zu finden.

Die Rechnung ging auf. Noch bevor der Kaiser die Wiederaufnahme der Bündnisverhandlungen mit Münster genehmigte⁶¹, erfolgte am 7. Juni die Unterzeichnung des Vertrages. Der Bischof verpflichtete sich darin, auch im kommenden Feldzug 9000 Mann Hilfstruppen zu stellen, die jedoch nur auf ihn vereidigt wurden. Sie durften außerhalb eines Gebietes zwischen Trier, Koblenz, Höxter, Roermond und Venlo nicht eingesetzt werden. Für ihre Ausstattung erhielt er nach der Ratifikation 40 000 Rtl. und vom 1. Juni ab

⁵⁶ Instruktion für F. Korff-Schmising, Münster 16. 5. 1675; MLA. 12, 15.

⁵⁷ Undat. Nebeninstruktion: Ebd. – ⁵⁸ Ham an Chr. Bernh., Köln 21. 5. 1675; Ebd.

⁵⁹ F. Korff-Schmising an Chr. Bernh., Köln 21. 5. 1675; Ebd.

⁶⁰ Chr. Bernh. an F. Korff-Schmising und Dr. Ham, 24. 5. 1675; MLA. 12, 15. Das Bëgläubigungsschreiben für den Komtur wurde am 3. 6. 1675 an die Adresse Fischers neu ausgefertigt; MLA. 12, 12 V.

⁶¹ Kaiser Leopold an Chr. Bernh., Laxenburg 6. 6. 1675; MLA. 12, 12 V.

monatlich 15 000 Rtl. zum Unterhalt. Die Rückstände vom vorigen Jahr sollten beglichen werden. Der Kaiser stellte Quartiere in den Fürstentümern Paderborn, Ostfriesland, Corvey, Essen, Werden, Oldenburg fürstlichen Anteils, Lippe, Bentheim, Tecklenburg, Schaumburg gräflichen Teils, Rietberg und kleineren Territorien zur Verfügung. Das Fürstentum Münster blieb dagegen von allen Einquartierungen befreit. Über den Einsatz der Truppen mußte sich die kaiserliche Generalität mit dem Bischof einigen. Wenn das Stift in Gefahr geriet, durften die Regimenter zurückgerufen werden, ja der Kaiser mußte ihnen 6000 Mann eigener Völker hinzufügen⁶². Niemand täuschte sich darüber, daß der Kaiser den schweren Bedingungen des Vertrages kaum leichten Herzens zustimmen würde.

Sofort nach Eintreffen der Nachricht vom Vertragsschluß wandte sich der Bischof der Aufgabe zu, sein Verhältnis zum Herzog von Hannover endgültig festzulegen⁶³. Angesichts der Absicht der protestantischen Herzöge von Braunschweig-Lüneburg, ihre Regimenter vom Rhein in die Heimat zurückzuführen, gewann ein festes Bündnis mit Herzog Johann Friedrich für den Bischof erhöhte Bedeutung. Freilich stand keine leichte Aufgabe bevor⁶⁴.

Daneben galt es, den Rücken durch Abmachungen mit den Generalstaaten zu sichern. Ein Feldzug in Schwedisch-Bremen erschien undenkbar, wenn Holland als drohende Unbekannte im Hintergrund stand. Als Eppen in Münster weilte, hatte der Bischof schon zugesagt, den Komtur nach Den Haag zu entsenden. An seiner Stelle traf Anfang Februar der Vizekanzler Zurmühlen in der holländischen Hauptstadt ein. Allen Vorschlägen der Generalstaaten, gemeinsam Fragen der Verteidigung zu erörtern, wich er jedoch aus und brachte lediglich eine Reihe von Klagen, meist der persönlichen Sphäre entstammend, vor⁶⁵.

⁶² Entwurf in MLA. 12, 12 V; bischöfl. Ratifikation v. 29. 6. 1675: MU. 4647; kaiserl. Ratifikation v. 7. 9. 1675: MLA. 12, 12. Der Kinderen II S. 261 ff. Regelmeier S. 33.

⁶³ M. Korff-Schmising lud am 26. 5. 1675 Grote nach Corvey ein. »Alors j'aurai l'honneur de vous dire les sentiments de mon maistre, pourquoi il ne trouve pas à propos de conférer ensemble avec Verjus et Wrangel« (Cal.BA. Des. 24 Münster Nr. 18 Bl. 54). Durch das Angebot eines Verteidigungsbündnisses beabsichtigte der Bischof zu erkunden, inwieweit der Herzog freie Hände hatte. Ratsprotokoll v. 1. 6. 1675: GR. 597. Ende Mai traf Grote mit M. Korff-Schmising in Polle a. d. Weser zusammen. Instruktion Herzog Johann Friedrichs für Grote, Hannover 26. 5. 1675 (Cal.BA. Des. 24 Münster Nr. 18 Bl. 63 ff.). Johann Friedrich wünschte ein Gesamtbündnis mit Frankreich, Schweden, Münster und Paderborn. Vgl. Bericht des schwed. Obristen Miller v. d. Lühnen an Karl XI., Hannover 29. 5. 1675: Die Unterredung der beiden Geh. Räte habe, da der Bischof mit dem Kaiser bereits geschlossen, »in nichts anderes bestanden, als daß gemelter münst. Rat solche seines Prinzipalen gefaßte Resolution anzeigen und dadurch zu vernehmen geben sollen, wie unserseits man auf Selbigen weiter kein Facit zu machen. M. Grote erwähnete hiebei, ob hätte dieser Schmising zu verstehen geben wollen, daß es bloß von Frankreich versehen und ihre Kaltsinnigkeit Schuld hätte, daß die vorgehabte Traktaten zerschlagen« (St., Germanica D VI, Miller v. d. Lühnens brief).

⁶⁴ Gerade jetzt traf nämlich aus Wien die beunruhigende Nachricht ein, Htzg. Joh. Friedrich bereite einen Angriff auf Erfurt vor, nachdem sich der Kurf. von Mainz für den Kaiser erklärt hatte. Mayersheim an Chr. Bernh., 13. 6. 1675: MLA. 534, 5 III.

⁶⁵ Liste der Beschwerden bei Der Kinderen II S. 164 ff. – Schweden fürchtete ein aktives Eingreifen der Holländer in Bremen-Verden, wie aus den Berichten Grafenthals an Karl XI. hervorgeht (vgl. Ber. v. 3. II. 1674, 7. II. 1674 u. 15. I. 1675: St., Germanica D II). – Vgl. auch den Bericht Millers v. d. Lühnen an Karl XI., Hannover 1. 6. 1675: Der Herzog habe die angekündigte Herreise eines münst. Gesandten »exkursiert und durch ein Schreiben dekliniert« (St., Germanica D VI. Miller v. d. Lühnens brief).

Erst jetzt, nach dem Abschluß des Vertrages mit dem Kaiser, hielt der Bischof die Zeit für gekommen, Zurmühlen abermals nach Den Haag zu schicken⁶⁶. Blaspeil, der mit dem Vizekanzler von Kleve aus gemeinsam reiste, weihte den Ratpensionär Fagel in die Absichten Zurmühlens ein. Dieser nahm die Neuigkeit als »angenehme Zeitung« auf, zog aber, als von den Subsidien gesprochen wurde, sofort die Stirn in Falten. Blaspeil beschwichtigte ihn mit dem Hinweis, der Bischof kenne die Geldknappheit der Generalstaaten, glaube aber, daß sich »einige Mittel oder ein Äquivalent finden würden«⁶⁷. Damit spielte er auf einen Gedanken des Bischofs an, durch das Bündnis nicht nur das holländische Mißtrauen über seine neuen Rüstungen auszuräumen⁶⁸, sondern auch auf diesem Wege die Rückgabe von Borkelo und die endgültige Beseitigung dieses »lapis offensionis« auf dem Wege gegenseitiger Verständigung in die Wege zu leiten. Der Bischof erklärte sich deshalb bereit, wenn Holland die erforderlichen Subsidien im Augenblick nicht aufbrachte, die Herrschaft Borkelo in Zahlung zu nehmen⁶⁹. Am 29. Juni bot Zurmühlen selbst den Generalstaaten ein Bündnis an, dessen Bestimmungen denen des holländisch-osna-brückischen Vertrages entsprachen⁷⁰.

Während die Verhandlungen in Den Haag auf angenehme Weise in Gang kamen und einen glücklichen Abschluß verhiessen, verlief die Ratifizierung des Fischerschen Vertrages nicht so glatt wie erwartet. Der Kaiser fand eine Reihe von Punkten unannehmbar⁷¹: Festsetzung eines beschränkten Einsatzgebietes für die münsterschen Hilfstruppen, alleiniger Eid auf den Bischof, Ausdehnung der Quartiere auf das ganze Jahr und mit der Wirkung, den Westfälischen Kreis zum militärischen Alleinbesitz des Bischofs zu machen, ungewöhnliche Höhe der Subsidien und Umfang der Quartiere. Aus der kaiserlichen Stellungnahme ging deutlich hervor, daß in Wien der Vertrag vom 7. Juni mit den Hamschen Traktaten verglichen worden war, von denen der Bischof nichts hören wollte⁷². Wenn es ihm im Augenblick nicht an allen

⁶⁶ Zurmühlen erhielt am 18. Juni aus Sassenberg den Auftrag (GR. 597) und meldete seine Abreise am 20. aus Münster mit dem Zusatz, unterwegs mit Blaspeil zusammentreffen (MLA. 12, 16). Die Begegnung fand am 22. Juni in Kleve statt. Blaspeil hatte dem Prinzen v. Oranien in Roermond schon den Vertrag des Bischofs mit dem Kaiser und die Absicht mitgeteilt, diesem einen holländ.-münsterischen Vertrag folgen zu lassen. Für die bevorstehende münsterische Operation an der Weser gegen das Hzgtn. Bremen versprach Blaspeil 1000–1200 Mann brandenburg. Hilfstruppen (Zurmühlen an Chr. Bernh., Kleve 22. 6. 1675: Ebd.). Auch Schwerin, bei dem der Vizekanzler zum Essen geladen wurde, zeigte sich über den neuen Bundesgenossen sehr erfreut (desgl. 23. 6. 1675: Ebd.). Den Bischof beunruhigte indessen das Anfang Mai unter brandenburg. Vermittlung erzielte Übereinkommen zwischen Dänemark und Holland im sogen. Haager Traktat. Regelmeier S. 39 f.

⁶⁷ Zurmühlen an Chr. Bernh., Den Haag 28. 6. 1675: MLA. 12, 16.

⁶⁸ Von holländ. Seite scheinen die Verdächtigungen auszugehen, die noch Anfang August in Regensburg über münst. Verhandlungen mit Frankreich umliefen. Dolberg an Bruchhausen, Regensburg 1. 8. 1675: MLA. 473, 69.

⁶⁹ Ratsprotokoll v. 18. 6. 1675: GR. 597.

⁷⁰ Undat. Denkschrift (v. 29. 6. 1675): MLA. 12, 16.

⁷¹ Kaiser Leopold wandte sich am 25. 6. an Ferd. v. Fürstenberg mit der Mitteilung, daß der münst. Vertrag v. 7. 6. ihm »in vielen Punkten, sonderlich aber in Gebung einer so großen Summa Gelds . . . gar zu beschwerlich fallet«. Er wisse, daß Bischof Ferdinand in Münster viel vermöge, »auch Urheber gewesen sei, daß dieser Traktat mit mir wiederumb reassumiert worden«, und bitte daher, den Bischof von Münster zu veranlassen, auch in diesem Jahr wieder Truppen zu stellen (MLA. 538 b I).

⁷² Kaiser Leopold an Chr. Bernh., Wiener Neustadt 25. 6. 1675: MLA. 12, 12 V.

anderen Stützen gefehlt hätte, der Bischof wäre von der kaiserlichen Partei endgültig abgesprungen.

Aber nicht nur die politische Lage, auch die weit fortgeschrittenen militärischen Vorbereitungen gegen Schweden verboten einen solchen Wechsel. Schon am 21. Juni teilte der Bischof seinem zur Reise nach Holland aufgebrochenen Vizekanzler mit: »Immittels sein wir im Werk begriffen, bewußtermaßen einig tausend Mann nach der Weser hinanmarschieren und dadurch die Stadt Minden bedecken, auch des Herrn Herzogen zu Hannover Liebden zu veranlassen, daß sie stillzustehen und sich insoweit der feindlichen Partei abzutun bewogen werden mögen«⁷³.

Die voraussichtliche Haltung Herzog Johann Friedrichs von Hannover trat damit in den Mittelpunkt des münsterischen Interesses. Der Bischof fürchtete ein Festhalten des katholischen Welfen am bisherigen Bündnis mit Frankreich und Schweden, das sein Land einem Angriff des Kaisers und seiner Verbündeten aussetzte. Auch er, der Bischof, wäre damit gezwungen worden, zum Untergang der wichtigsten Stütze des Katholizismus in Norddeutschland beizutragen. Die protestantischen Brüder und Vettern Johann Friedrichs hätten gern die Gelegenheit ergriffen, seinen Besitz unter sich zu teilen. Hinzu trat die Sorge über den dänischen Widerspruch gegen die Waffengemeinschaft mit Münster. Nur mit den Lüneburgern zusammen wollten die Dänen 16 000 Mann im Herzogtum Bremen einmarschieren lassen. Der Feldzugsplan sah jedoch vor, an dieser Stelle münstersche Truppen einzusetzen, während die herzoglichen Regimenter die Armee des Prinzen von Oranien an der Maas verstärkten⁷⁴.

Für die Durchführung des Feldzugs verfügte der Bischof bereits über genaue Pläne. Er gedachte 3500 Mann zu Fuß, verstärkt durch 600 Paderborner und 1200 Brandenburger⁷⁴, an der Weser bereitzustellen: Seine eigenen Truppen bei Varenholz, die Brandenburger bei Vlotho, die Paderborner in ihrem eigenen Land. Ein zweites münsterisches Korps sollte über Thedinghausen an der Unterweser vorgehen. In der Reserve blieben 1500–2000 Reiter und notfalls weitere 3000 Fußknechte. Um den Sommerfeldzug noch zum Erfolg führen zu können, war schleunigste Eröffnung der Feindseligkeiten geboten, ungeachtet der Haltung Herzog Johann Friedrichs. Vorläufig blieb keine andere Lösung, als jeder Berührung mit seinem Heer aus dem Wege zu gehen. Blieb der Herzog wider Erwarten nicht stillstehen, so mußte die Operation bis zur Ankunft der lüneburgischen Truppen ausgesetzt werden.

⁷³ Chr. Bernh. an Zurmühlen, 21. 6. 1675; MLA. 12, 16. – Vergeblich versuchte der schwed. Resident in Hannover, Miller v. d. Lühnen, Herzog Johann Friedrich aus seiner Neutralität herauszulocken. Er erreichte nur, daß der Herzog ein Schreiben an Christoph Bernhard abschickte, in dem er um Auskunft über die münst. Rüstungen bat. Im übrigen wollte sich der Herzog unter Verweis auf die seit Monaten fehlenden Subsidienszahlungen an keine Bündnisverpflichtungen gegenüber Schweden und Frankreich gebunden fühlen. Bericht Millers v. 18. 7. 1675 (St., Germanica D VI, Miller v. d. Lühnens brief).

⁷⁴ Für das auch jetzt noch vorhandene unausrottbare Mißtrauen gegen Kurbrandenburg spricht die Aufforderung des Bischofs an Zurmühlen, von Blaspeil eine schriftliche Versicherung zu fordern, daß der Kurfürst sich nicht über den Kopf Münsters hinweg mit Schweden vertragen werde (Sassenberg 25. 6. 1675; MLA. 12, 16). – Als der Bischof zu Beginn des Feldzugs die von Blaspeil zugesagten 1200 Brandenburger vermißte, erklärte dieser den Zwischenfall mit Eigenmächtigkeiten Generalmajor Spaens, der die versprochenen Truppen dem Prinzen von Oranien zugeführt hatte, um sich bei diesem verdient zu machen. Die Reiter sollten jedoch in 14 Tagen nachfolgen (Zurmühlen an Chr. Bernh., Kleve 23. 6. 1675; Ebd.).

Zum Mißvergnügen des Bischofs verliefen auch die Verhandlungen Zurmühlens mit den Generalstaaten nicht so glatt, wie sie begonnen hatten. Die Bereitwilligkeit Fagels zum Abschluß eines Vertrages⁷⁵ stand offensichtlich nicht im Einklang mit der Meinung der Staatenversammlung. Im ersten Eifer legte Blaspeil einen fertigen Entwurf zur Begutachtung vor⁷⁶, den der Ratpensionär als geeignete Verhandlungsgrundlage betrachtete⁷⁷. Auch der Bischof gestand, wie erwähnt, die Annahme von Schuldverschreibungen an Stelle von Subsidien mit dem Hintergedanken käuflicher Erwerbung von Borkelo zu⁷⁸. Aber als der Vertragsentwurf der Versammlung der Generalstaaten vorgelegt wurde, »hat es daselbst wunderliche Gesichter gegeben und gemelter Fagel fast keinen Beifall gefunden«. Der Ratpensionär zog sich bittere Vorwürfe zu, viel zu weitgehende Zugeständnisse gemacht zu haben. Mit einem Brief des Prinzen von Oranien in der Hand beteuerte er zwar, daß der Bischof ohne Subsidien keinen Beistand leisten werde, aber ungeührt erwiderten ihm die Deputierten, Münster stehe ja mit dem Kaiser im Bunde, so daß von dort keine Gefahr drohe, die so hohe Ausgaben rechtfertigen könnte.

Betreten berichtete Fagel seinen Mißerfolg Blaspeil und Zurmühlen. Mit dem Vorschlag, auf irgendeine Weise doch noch Subsidien für Münster durchzusetzen, versuchte er nur, seine Niederlage zu vertuschen. Zurmühlen merkte wohl, wie die Sache stand, und rückte, als die Sprache auf den Punkt des Blaspeilschen Entwurfes kam, der die Überlassung von 3000 bischöflichen Soldaten an Holland vorsah, ebenfalls von dem bisherigen Entgegenkommen ab: Der Bischof habe nur an die Bedeckung der östlichen Provinzen gedacht. Niemals sei es seine »Intention . . . gewesen, einige Völker wirklich zu schicken«. Die Einschränkung erschwerte Fagels Stellung nur noch mehr. Blaspeil versuchte seinen Entwurf zu retten, indem er ihn als bloßes Mittel, den Generalstaaten die Subsidien schmackhaft zu machen, bezeichnete⁷⁹. Eine aus so vielen Halbheiten bestehende Verhandlung versprach kein gutes Ende. Der Bischof opferte, schon ganz mit der Vorbereitung des schwedischen Feldzugs beschäftigt, dem Blaspeilschen Entwurf keine Zeit mehr; und dieser wäre allein geeignet gewesen, die Subsidienfrage in einem für ihn günstigem Sinne zu beeinflussen⁸⁰. In seinem Eindruck, daß es den Generalstaaten »nicht recht ums Herze seie«, mit ihm ein Verteidigungsbündnis abzuschließen, hielt er zwar sein Angebot, Obligationen anstatt Subsidien anzunehmen – »wofür uns Bor-

⁷⁵ Zurmühlen an Chr. Bernh., Den Haag 2. 7. 1675: MLA. 12, 16.

⁷⁶ Nach dem Entwurf sollte der Bischof zusätzlich zu den mit dem Kaiser vereinbarten 9000 Mann weitere 3000 Soldaten stellen, über deren Verwendung die Mehrheit der Verbündeten entschied. Spanien und Holland sollten dafür 24.000 Rtl. Werbegelder und monatl. 8000 Rtl. Subsidien zahlen. – Der Kinderen II S. 207 bezeichnet diesen Entwurf unzutreffenderweise als Angebot Zurmühlens. Es handelt sich um einen Entwurf Blaspeils, den der Vizekanzler nicht ganz billigte, wie aus seinem Schreiben v. 5. 7. 1675 an den Bischof hervorgeht (Ebd.).

⁷⁷ Blaspeil an Zurmühlen, Den Haag 4. 7. 1675: »Voicy un projet sur lequel il me semble qu'on pourroit travailler et convenir à la fin.« Der Brandenburger bot seine Dienste dazu an. »Il me semble tousjours que son Altesse de Munster fera très bien et que c'est son intérêt de maturer l'affaire et d'y mettre au plustost la dernière main« (MLA. 12, 16).

⁷⁸ Chr. Bernh. an Zurmühlen, 5. 7. 1675: MLA. 12, 16.

⁷⁹ Zurmühlen an Chr. Bernh., Den Haag 5. 7. 1675: Ebd.

⁸⁰ Chr. Bernh. an Zurmühlen, 9. 7. 1675: Ebd.

kelo endlich gegeben würde« – aufrecht⁸¹, aber doch nur deshalb, um sich nicht aus dem Bündnis gegen Schweden herausdrängen und um die Beute im Herzogtum Bremen betrügen zu lassen⁸². Das Angriffsbündnis mit Lieferung von 3000 Mann an Holland verfiel der Ablehnung⁸³, weil es den Verdacht erregte, nur mit dem Ziel entworfen zu sein, die münsterischen Truppen vom schwedischen Kriegsschauplatz abzuziehen. Zurmühlens Mission fand damit ihr Ende⁸⁴.

Das Interesse des Bischofs galt jetzt ganz der militärischen Seite des beginnenden Feldzuges im Herzogtum Bremen. Schon Ende Juni besprach er die Einzelheiten mit Blaspeil in Coesfeld. Wie verabredet, begaben sich die münsterischen Regimenter auf den Weg an die Weser, um Minden und Ravensberg zu bedecken und auf Herzog Johann Friedrich Druck auszuüben⁸⁵.

Die münsterische Waffenhilfe im Herzogtum Bremen war dem Kurfürsten von Brandenburg im Augenblick des schwedischen Einfalls in die Mark Brandenburg so willkommen, daß Blaspeil sich verpflichtet fühlte, dem Bischof dafür auch den gebührenden Lohn zu sichern. Er, der seit dem Klever Frieden am münsterischen Hofe nicht gerade besondere Beliebtheit genoß, schien wie kein anderer zu dieser Aufgabe befähigt. Wie schlecht es um Territorialerwerbungen in Norddeutschland für den Bischof stand, stellte kein Geheimnis dar. Die welfischen Herzöge betrachteten das Land Bremen und Verden als ihr Eigentum und blickten mit Mißtrauen auf Ansprüche eines katholischen Bischofs in diesem Raum. Gar zu gern hätten sie die Verwendung der münsterischen Truppen auf dem französischen Kriegsschauplatz gesehen, um ihre eigenen, dort stehenden Truppen nach Niedersachsen abführen zu können. Dänemark pflichtete ihnen bei. Es bedurfte Blaspeils ganzen Eifers, dieses Vorhaben zu durchkreuzen⁸⁶.

⁸¹ Desgl., 12. 7. 1675: Ebd. – Zurmühlen berichtete am 12. 7. aus Den Haag, der Amsterdamer Kaufmann Sautin bitte um Bezahlung einer 2 Jahre alten münsterischen Schuldverschreibung über 22 763 Rtl. für gelieferte Munition. Sautin wolle dafür versprechen, das Bündnis zwischen Holland und Münster mit günstigen Subsidien zu befördern. Der Kaufmann war mit Fagel befreundet. Sein Vater hatte schon 1670 »aus spezial Ew. hochf. Gnd. gnädigster Kommission in eadem materia subsidiorum« verhandelt. Angeblich hatte damals de Witt das Vorhaben vereitelt: Ebd.).

⁸² Zurmühlen an Chr. Bernh., Den Haag 12. 7. 1675: Ebd.

⁸³ Chr. Bernh. an Zurmühlen, 16. 7. 1675: Ebd.

⁸⁴ Das PS. v. 16. 7. 1675 an Zurmühlen enthielt praktisch die Abberufung aus Den Haag (Ebd.).

⁸⁵ Die Einzelheiten des Vertrages sollten ursprünglich schon in Den Haag zwischen Zurmühlen und Blaspeil ausgehandelt werden, während mit den dänischen Gesandten Klingenberg in Den Haag und Friedr. v. Gerstorff am münst. Hofe selbst Fühlung aufgenommen wurde, in diesem Falle mit gleich großem Mißtrauen auf beiden Seiten über die Echtheit der Absichten. Regelmeier S. 47.

⁸⁶ Zurmühlen an Chr. Bernh., Den Haag 2. 7. 1675: MLA. 12, 16. – Zu Abkommen mit Dänemark und den protestant. Herzögen von Braunschweig-Lüneburg wäre der Bischof geneigt gewesen. Mit de Grana, der wegen der strittigen Punkte des kaiserl.-münst. Vertrages am 15. u. 16. Juli in Sassenberg weilte, verabredete er, eine Verbindung zu den in Köln bei der Armee stehenden Herzögen aufzunehmen. Der Komtur suchte diese gemeinsam mit dem Marquis dort am 20. 7. auf (Bericht F. Korff-Schmisings, Köln 19. 7. 1675: MLA. 12, 15). Nach Dänemark sollte der Domdechant Matthias Korff-Schmising gehen. Die größte Sorge Blaspeils beschwichtigte der Bischof mit der Erklärung, sich vorläufig auf die Eroberung des Fürstentums Verden beschränken zu wollen, wie er es den Herzögen angezeigt habe.

Die auseinanderstrebenden Interessen der Verbündeten erfüllten den Brandenburger mit ernststen Sorgen. Wurde der Feldzug voreilig und ohne Übereinkommen über Art des Vorgehens und endgültige Verteilung der Beute begonnen, erwachsen Gefahren für den Bestand des Bündnisses. Die Nachrichten über seine geplante Ausschließung von der Beute festigten im Bischof den Gedanken, gestützt auf das freundliche Entgegenkommen Blaspeils, ein regelrechtes Bündnis mit Brandenburg herbeizuführen und allen ihn benachteiligenden Absichten zuvorzukommen⁸⁷. Die Siege des Kurfürsten bei Rathenow und Fehrbellin, die manchmal in ihrer militärischen, aber kaum in ihrer moralischen Wirkung auf das damalige Deutschland durch die Zerstörung des Nimbus der schwedischen Unbesiegbarkeit überschätzt worden sind⁸⁸, bewiesen ihm, daß er auf die richtige Karte setzte. Wenige Tage nach Eintreffen der willkommenen Botschaft ließ er in Sassenberg die Grundzüge eines Vertrages mit Brandenburg aufsetzen. Zum Unterschied von den Coesfelder Vorschlägen Blaspeils nahmen sie auf den bisherigen Krieg keine Rücksicht. Der Kriegseintritt Münsters gegen Schweden wurde aus rechtlichen Gründen nicht aus dem Bündnis mit Brandenburg, sondern aus dem mit dem Kaiser erklärt⁸⁹.

Ungeduldig wartete inzwischen der Bischof auf das Nahen der 1200 brandenburgischen Soldaten, um mit ihnen gemeinsam den Feldzug anzutreten. Am 19. Juli erreichten sie endlich Lippstadt. Christoph Bernhard bedurfte ihrer weniger als militärische Hilfe, denn seine Kräfte reichten zu einem Angriff auf das von Truppen entblößte schwedische Land aus, auch nicht, um seinen Angriff als eine Handlung im Rahmen des Reichskrieges öffentlich hinzustellen, sondern um an dem Feldzug möglichst viele Truppen solcher Fürsten und Staaten zu beteiligen, die an einer territorialen Zersplitterung der Herzog- und Fürstentümer Bremen und Verden interessiert oder ihr doch nicht zuwider waren. Immer wieder betonte er, Braunschweig-Lüneburg könne die Beute nicht allein fordern. Nahmen Brandenburg und vielleicht auch die Generalstaaten am Angriff teil und erwarben damit Anrechte an der Beute, so hoffte er diesen an einer territorialen Ausdehnung in diesem Raum wenig interessierten Mächten ihre Anteile später zu seinen Gunsten abhandeln zu können. Mit Blaspeil besprach Zurmühlen schon in Den Haag eine solche Möglichkeit⁹⁰. Die Holländer hoffte er durch Übernahme ihrer vertraglichen Bundeshilfe für Brandenburg, selbstverständlich außerdem gegen Subsidien, hierzu geneigt zu machen⁹¹.

⁸⁷ Chr. Bernh. an Zurmühlen, 5. 7. 1675: MLA. 12, 16.

⁸⁸ Turenne rief beim Empfang der Nachricht von den brandenburg. Siegen aus: »Toute l'Allemagne changera de pensée!« Regelmeier S. 44. – Die Schlacht v. 28. Juni wird erstmalig im Schr. des Bischofs an Zurmühlen, Münster 9. 7. 1675 (MLA. 12, 16) erwähnt. Die Ansicht Schnaths, S. 71, daß die schwed. Niederlage über die Haltung des Bischofs von Münster »entschieden« habe, geht jedoch über das Ziel hinaus.

⁸⁹ Entwurf v. 11. 7. 1675: MLA. 12, 16. Er wurde am 12. Juli nach Holland abgeschickt (Chr. Bernh. an Zurmühlen, Sassenberg 12. 7. 1675: Ebd.).

⁹⁰ Zurmühlen an Chr. Bernh., Den Haag 26. 7. 1675: Blaspeil habe geäußert, der Kurfürst gönne dem Bischof das ganze Hzgth. Bremen lieber als ein Stück dem König von Dänemark (MLA. 12, 16).

⁹¹ Der Bischof mußte sich leider von Zurmühlen belehren lassen, daß die Holländer zu keiner Truppenhilfe für Brandenburg verpflichtet waren. Sie hatten zwar, als die Schweden um die Jahreswende in der Mark Brandenburg einfielen, 8000 Mann angeboten, eine regelrechte Abmachung kam aber nicht zustande (Zurmühlen an Chr. Bernh., Den Haag 19. 7. 1675: MLA. 12, 16). Der Bischof hatte geplant, hierfür die 3000 Mann einzusetzen, die der Blaspeilsche Entwurf eines holländ.-münst. Offensivvertrags vorsah.

Unerwartet änderte der Bischof seine Meinung und wollte von keinen weiteren Vereinbarungen über den Feldzug und die Verteilung der Beute hören: »Was die Aktion ins Bremische betrifft, da halten wir dafür, daß dieselbe eines weiteren Konzerts, als bereits geschehen, nicht bedorfe.« Der Kaiser fordere ihn zum sofortigen Angriff auf, und auch Brandenburg wie Dänemark verlangten danach⁹². Der Prinz von Oranien und Obrist Eppen hätten schon früher darum gebeten. Marquis de Grana habe übernommen, diesen Entschluß den Herzögen von Braunschweig-Lüneburg mitzuteilen. Ob er ihnen nun gefalle oder nicht, so würden »die übrige . . . Herren Alliierte derentwegen von ihrer Meinung nicht abzustehen noch (wir) unser Dessen zu verändern obligiert sein«. Schon mit der nächsten Post hoffe er den Beginn der Operationen, denen bisher das Hochwasser der Weser entgegengestanden habe, mitteilen zu können⁹³. Am 30. Juli reiste er aus Sassenberg nach Vechta ab, um den Befehl über die im Marsch befindlichen Truppen zu übernehmen⁹⁴.

46. KAPITEL

BEGINN DES SCHWEDISCHEN KRIEGES

Der Aufmarsch der münsterischen Truppen an der Weser rückte die hannoversche Frage, deren Bedeutung für den Bischof schon geschildert worden ist, in den Vordergrund. Gewarnt von der Regierung in Stade, hatte Herzog Johann Friedrich in der zweiten Julihälfte seine recht bedeutende Feldarmee in der Gegend von Wunstorf und Neustadt a. R., später in der Grafschaft Schaumburg-Lippe aufgestellt und damit eine Abwehrfront gegen Westen bezogen, von wo die münsterische Armee mit brandenburgischer Verstärkung heranzog. Am 2. August begann sein General von Podewils bei Rohrßen unterhalb Nienburg an der Weser eine Schanze aufzuwerfen. Strategisch vorzüglich angelegt, sperrte sie den Hauptzugang zu den Herzog- und Fürstentümern Bremen und Verden. Zwar protestierten Brandenburg, Münster und Celle sofort gegen die

⁹² Regelmeier S. 47. Vollmacht König Christians von Dänemark für Gerstorff, Rendsburg 2. 7./22. 6. 1675: MLA. Mil. 2180. – Der Bischof weigerte sich, Gerstorff eine bindende Erklärung abzugeben, verlangte aber von ihm die Versicherung, daß Dänemark keinen Separatfrieden schließen werde. Vgl. dazu Klingenberg's Bedenken, wonach Dänemark alte Rechte am Hzgtn. Bremen besaß (Zurmühlen an Chr. Bernh., Den Haag 30. 7. 1675: MLA. 12, 16).

⁹³ Chr. Bernh. an Zurmühlen, Sassenberg 23. 7. 1675: Ebd.

⁹⁴ Desgl., 29. 7. 1675: »Sehen also nicht, was man weiters desfalls konzertieren und dardurch Zeit und Okkasion zu höchstem Unstatten des gemeinen Wesens und des Herrn Kurfürsten zu Brandenburg verlieren solle.« Er hoffe, daß auch die Generalstaaten die münst. Eroberungen garantieren würden (Ebd.).

Anlage, ohne verhindern zu können, daß die Besatzung der Schanze weserabwärts fahrende brandenburgisch-münsterische Truppen mit Artillerief Feuer zurückwies. Trotz dieser entschlossenen Haltung beherrschte den Herzog alles andere als eine kriegslustige Stimmung. Frankreich und Schweden hätten nicht ungern gesehen, wenn ein schneller münsterischer Vormarsch den Herzog zu militärischer Gegenwehr veranlaßte, aus der ihm kein Rückweg blieb. Aber hierzu fühlte Johann Friedrich, der bisher aus seinen Bündnissen, ohne die Hände zu rühren, Ströme von Gold in seine Kassen leitete, wenig Lust. Beklemmt und unschlüssig blickte er dem näherrückenden Schicksal entgegen¹.

In Sassenberg beriet inzwischen der Bischof mit seinen Vertrauten, wie dem katholischen Herzog ein Ausweg eröffnet werden könnte. Man beschloß, ihm zu versichern, jede Feindseligkeiten zu vermeiden, wenn sich die hannoversche Armee gleichfalls ruhig verhielte. Ja, der Domdechant Korff-Schmising wurde zu dem Versprechen ermächtigt, daß der Bischof dem Herzog beim Kaiser einen Ersatz in Form von Geld oder Quartieren für die verlorengelenden französischen Subsidien auswirken werde, selbst wenn Münster von seinem Anteil abgeben müßte². Der cellische Großvogt von Hammerstein erklärte sich bei seiner Anwesenheit in Sassenberg mit diesem Verfahren einverstanden³. Nicht nur diese Überlegung verschaffte Johann Friedrich neben dem Hochwasser eine Ruhepause. Den Bischof beunruhigten Meldungen Zurmührens aus Den Haag über eine veränderte Gemütsverfassung Blaspeils⁴. Der anfangs so eifrig auf den Abschluß eines Vertrages drängende Brandenburger erhob jetzt mancherlei Bedenken. Eine Garantie der münsterischen Eroberungen im künftigen Friedensvertrag lehnte er ab⁵, sträubte sich aber auch gegen eine Verpflichtung zu brandenburgischer Hilfe für den Bischof im Notfall. Beunruhigend wirkte auch das Hinauszögern der »Konjunktion« seiner Truppen mit den Münsterischen durch Spaen⁶. Die Schuldfrage wegen des verzögerten Feldzugs-

¹ Schnath S. 72 f. Über den schwedischen Feldzug in militärischer Hinsicht vgl. besonders die genauen Angaben bei Wimaron I S. 231 ff. – Vgl. Bericht Millers v. d. Lühnen an Karl XI., Hannover 24. 8. 1675: Der Herzog neige sehr dazu, die bremischen Lande zu bedecken, wenn er nur seinen Rücken gesichert wüßte. Er habe »solchen gerechten Eifer gegen Münster gefasset zu haben erwiesen, daß ich mich zum Höchsten darüber verwundert und die eigentliche Ursache dessen bis auf diese Stunde zu penetrieren nicht vermag. Insonderheit aber scheinen S. Durchl. gar hoch zu ressentieren, daß der Bischof wider alle gegebene Parole und vor Verfließung und Abwartung Ew. Kgl. Maj. Antwort, der eingeräumten Zeit sich zu movieren Vorhabens und also durch seinen unzeitigen Aufbruch sie als zu äffen suche... Und weiln S. Durchl. sich durchaus hierin nicht zwingen noch, wie dero Worte lauten, kein Fürst von Braunschweig sich vor einem Bischof von Münster jemals zu fürchten gehabt oder etwas vorschreiben lassen, derowegen sich auch auf die Füße treten zu lassen nicht der Erste sein wollen« (St., Germanica D VI, Miller v. d. Lühnens brief). – Über die Rohrsener Schanze vgl. Cal.BA. Des. 16 a Nr. 575.

² Instruktion für M. Korff-Schmising, 31. 7. 1675. MLA. 12, 17.

³ Protokoll über die Konferenz mit Hammerstein, Sassenberg 1. 8. 1675: MLA. 12, 17. Bericht Hammersteins an Herzog Georg Wilhelm, 3. 8. 1675: Ce.BA. Des 13 b Nr. 20. – Mit Hammerstein wurden die Grundzüge des Feldzuges gegen Bremen-Verden vereinbart, Einzelheiten jedoch Sonderkonferenzen vorbehalten.

⁴ Chr. Bernh. an Zurmühlen, Sassenberg 2. 8. 1675: MLA. 12, 16.

⁵ Auch Fagel erhob hiergegen Widerspruch. Zurmühlen an Chr. Bernh., Den Haag 2. 8. 1675: Ebd.

⁶ Zurmühlen erhielt Anweisung, falls er mit Blaspeil nicht zum Ziele kam, Verhandlungen mit dem dänischen Regierungsrat Klingenberg aufzunehmen, um die Zuführung eines dänischen Truppenkontingents zur münst. Armee herbeizuführen. Chr. Bernh. an Zurmühlen, Sassenberg 6. 8. 1675: Ebd.

beginns rief sogar einen erregten Wortwechsel zwischen Blaspeil und Zurmühlen hervor⁷. Noch mehr erhitzte die Verteilung der Kontributionen im eroberten Lande die Gemüter. Blaspeil beanspruchte, da der Kurfürst keinen Landgewinn anstrebte, zumindest einen verhältnismäßigen Anteil an den Einkünften zu Kriegszeiten. Zurmühlen erhob die Gegenforderung auf angemessene Entschädigung für den kostspieligen Entlastungsfeldzug zugunsten des Kurfürsten⁸.

Die Besprechungen mit den Holländern über die Offensivallianz und 3000 Mann münsterischer Hilfstruppen drehten sich im Kreise, jedoch kam Zurmühlen allmählich zu der Überzeugung, daß die verhältnismäßig geringen Subsidien – 24 000 Rtl. Werbegelder und monatlich 8 000 Rtl. – in Kauf genommen werden mußten, um ungünstige politische Folgen abzuwenden⁹. Der Bischof schloß sich diesen Gesichtspunkten an, billigte den Inhalt des holländischen Vertrages und wies den Vizekanzler gleichzeitig an, auch mit Blaspeil und Klingenberg Verträge auszuarbeiten. Der Vertrag mit Dänemark schien angesichts der unsicheren Haltung des Königs¹⁰ eigentlich verfrüht, konnte aber später seinen Nutzen erweisen, da Dänemark durch den Besitz von Oldenburg und Delmenhorst Nachbar des Bistums geworden war¹¹. Mit Blaspeil gelang tatsächlich ein schnelles Übereinkommen. Am 9. August legte dieser einen von Schwerin unterschriebenen Vertrag dem Vizekanzler vor. Beanstandungen der vertragschließenden Fürsten blieben, um keine Zeit zu verlieren, einem Nebenrezeß vorbehalten.

Die Gespräche mit Klingenberg verliefen weniger erfreulich. Auf die peinliche Frage des Regierungsrates nach den eigentlichen Absichten des Bischofs

⁷ Der Vizekanzler schob die Verantwortung auf Spaen, Blaspeil auf die ungeklärte Haltung des Herzogs von Hannover, die keine Entblößung Minds gestattete.

⁸ Zurmühlen an Chr. Bernh., Den Haag 6. 8. 1675; MLA. 12, 16.

⁹ Ebd.: Man müsse abschließen, damit »die Übelintentionierte und welche sonst nur Mißtrauen zu pflanzen und alles zum übelsten auszudeuten sich unterstehen, begreifen und sehen mögen, daß es ufrichtig gemeinet und eine beständige Freundschaft da sei. . . Ich verspüre soviel bei gemeltem Fagel sowohl als andern, daß, solange mit Ew. hochf. Gnd. nicht ein sicher Traktat geschlossen, man an diesem Ort alles, was dieselbe tun und anfangen, und absonderlich die vorhabende Aktion im Bremischen und ihre jetzige Armatur suspekt halte und nicht traue; solches alles aber zessieren werde, wann eine Allianz geschlossen und deswegen etwas Schriftliches uferichtet und unter die Leute gebracht.«

¹⁰ Der Bischof stutzte besonders darüber, daß Baudissin mit 6000 Mann im Oldenburgischen zum Angriff bereitstand, während Klingenberg sich verwundert über die abgeschlossene Rüstung des Bischofs äußerte. Chr. Bernh. an Zurmühlen, 9. 8. 1675; MLA. 12, 16.

¹¹ Ebd.: »Und obwohlen in dem Projekt, so übergeschickt worden, versehen, daß Brandenburg ihre Truppen alsdann erst in dem Bremischen und Verdischen mit operieren lassen wollen, wann man des Herrn Herzogen von Hannover vorhin genugsam versichert, so halten wir dennoch dafür, daß vorhochgemeltes Herrn Kurfürsten Gnaden darauf so eben nicht bestehen, sondern bei nunmehr verändertem Statu wohl resolvieren dorften, auf Hannover selbst loszugehen und denselben durch Kraft der Waffen die Verlassung der widrigen Partei abzutrücken.« Wenn Brandenburg nichts von den Eroberungen beanspruche, könne es auch keine Kontributionen fordern, »außer daß die mitoperierende Truppen ihre Subsistenz daselbst bei wirklicher Operation genießen.« – Der letzte Graf von Oldenburg, der auch Delmenhorst besaß, starb 1667 und setzte den König von Dänemark und Herzog v. Gottorp als Erben ein. Über den Oldenburger Erbfolgestreit, in dem Schweden die Gottorper Partei ergriff, vgl. G. A. v. Halem, Geschichte des Herzogtums Oldenburg Bd. 3 (Bremen und Oldenburg 1796) S. 1–180. Regelmeier S. 18 ff. – Die Vollmacht für Zurmühlen zu den Verhandlungen mit Blaspeil und Klingenberg, Sassenburg 9. 8. 1675; MLA. 12, 17.

im Herzogtum Bremen verweigerte Zurmühlen nähere Auskünfte. Was der Bischof »von der Beute verlangte, solches würde sich hernächst finden. Für diesmal verlangte« er »die Versicherung, daß Dänemark ihm bei der Aktion uf allen Fall kräftig assistieren« und keinen Separatfrieden schließen würde¹². Am schwierigsten aber schien der Abschluß eines Vertrages mit Holland. Die Generalstaaten machten ihn davon abhängig, daß alle Privatgläubiger des Bischofs befriedigt und ältere Schuldverschreibungen eingelöst wurden¹³.

Mittlerweile klärte sich die politische Lage. Der Dänenkönig bekundete, aktiv in den Krieg gegen Schweden eingreifen zu wollen¹⁴. Drohend richtete er an Herzog Johann Friedrich die Frage, ob er sich der Gegenpartei anzuschließen gedente. Wenig später traf die Nachricht ein, daß Turenne nach blutiger, unentschiedener Schlacht bei Sasbach gefallen (27. Juli) und 14 Tage später Marschall Créquy an der Konzer Brücke bei Trier von braunschweigischen und münsterischen Truppen schwer aufs Haupt geschlagen worden war¹⁵. Immer gefährlicher gestaltete sich für den Hannoveraner der Schwebezustand zwischen den Parteien. Der fordernde Ton der zweiten Gesandtschaft des Domdechanten Korff-Schmising an ihn entsprach der neuen Lage. Das Recht zu der harten Sprache leitete der Bischof aus dem Aufenthalt des herzoglichen Heeres in der Grafschaft Schaumburg-Lippe her, das der Kaiser den münsterischen Truppen als Quartier zugesprochen hatte¹⁶. Beim Kaiser erkundigte sich der Bischof, ob er Reiterei zur Bedrohung Hannovers, eines Verbündeten der Reichsfeinde, nach Hildesheim abordnen solle¹⁷.

Ganz offensichtlich beflügelte den Bischof die Hoffnung, in ungewöhnlich günstiger Lage einen Hauptschlag gegen Schweden führen zu können, ohne wesentliche Unterstützung der Verbündeten annehmen zu müssen. Während der Kaiser oder Brandenburg den störrischen Herzog von Hannover in Angst und Ruhe hielten, konnte er sich durch Fürsprache in Wien als Retter des Bedrängten aufspielen und gleichzeitig in schnellem Zugriff den kaum verteidigten Besitz der schwedischen Krone zwischen Weser und Elbe in seine Hand bringen. Aus keinem anderen Grunde wies er Zurmühlen an, die Verhandlungen mit Blaspeil über die »Aktion« im Bremischen vorläufig einzustellen¹⁸. Der Brandenburger, den bereits von Schwerin unterschriebenen Rezeß in der Hand, stand nicht wenig bestürzt, als der Vizekanzler mit dieser Neuigkeit zu ihm trat. Verständnislos schüttelte er den Kopf, als Zurmühlen die Not-

¹² Zurmühlen an Chr. Bernh., Den Haag 9. 8. 1675; MLA. 12, 16.

¹³ PS. ebd.: Fagel habe ihm die Begleichung der Forderungen Sautins an das Herz gelegt, und auch andere Gläubiger forderten Geld. »Mich dünket, der Jude Abraham weiset mir die Leute uf den Hals. Der Sautin sagte mir, der Jude hätte ihme von einer neuen und großen Handlung geschrieben, gab aber zu verstehen, daß er lieber mit einem rechtschaffenen Kaufmann als dem Juden zu tun haben wollte.«

¹⁴ Wimaron I S. 198. – Der schwedische Versuch, das Unheil im letzten Augenblick durch Heirat des Königs mit der dänischen Prinzessin Ulrike Eleonore, einer Schwester Christians V., abzuwenden, scheiterte. Fehrbellin entschied über die dänische Haltung. Regelmeier S. 46.

¹⁵ P. Lümckemann, Turennes letzter Feldzug 1675 (Halle 1883). A. Janke, Die Belagerung der Stadt Trier in den Jahren 1673–1675 und die Schlacht an der Konzer Brücke (Trier 1890). – Die Stadt Trier, in die sich Créquy mit geringen Resten seines Heeres flüchtete, fiel erst am 6. September.

¹⁶ 2. Instruktion für M. Korff-Schmising, Sassenberg 9. 8. 1675; MLA. 12, 17. Regelmeier S. 54 ff.

¹⁷ Chr. Bernh. an Kaiser Leopold, 13. 8. 1675; MLA. 538b I.

¹⁸ Chr. Bernh. an Zurmühlen, 13. 8. 1675; MLA. 12, 16.

wendigkeit eines vorherigen Übereinkommens mit Hannover als Grund angab. Beruhigend fügte er hinzu, daß die Fertigstellung der Defensivallianz dadurch nicht beeinträchtigt werde¹⁹.

Während Zurmühlen sich in Den Haag abmühte, einige Hilfstruppen von im Bremischen uninteressierten Mächten zu erlangen²⁰, begab sich der Domdechant Korff-Schmising nach Hannover und fand, daß »die Sachen allhie in ziemlichen Stand sei und« er »Hoffnung habe, gute Resolution zu erhalten, zum wenigsten die Sache zur Ruhe zu bringen«, wenn auch der Bischof seinerseits nichts Feindliches unternahme²¹. Sein Bericht traf die Wahrheit. Die Reihe französischer Niederlagen und der Kriegseintritt Dänemarks überwältigten den Herzog. Verjus und Rousseau fanden ihn in Tränen aufgelöst²². Vergeblich versuchten sie noch am Tage, als der Domdechant in Hannover eintraf, ihm seine Sorgen auszureden.

In der Audienz überschüttete Johann Friedrich den münsterischen Gesandten mit Entschuldigungen: Von der kaiserlichen Quartieranweisung für den Bischof im Schaumburgischen habe er keine Kenntnis. Gegen seine Brüder, Dänemark und Brandenburg – den Bischof ließ er taktvoll aus – vermöge ihn der Kaiser nicht zu schützen, und er selbst verfüge nicht über die nötigen Kräfte. Deshalb könne er nicht ohne weiteres auf das französisch-schwedische Bündnis verzichten. Der Bischof von Münster »würde doch wenig von dieser Beute bekommen, sondern allein Dänemark, welches von dem Stift Bremen nicht abstehen würde«, warnte er und säte zugleich Mißtrauen unter die Alliierten. Ob das Bündnis mit dem augenblicklich sehr starken Dänemark im Interesse der katholischen Religion und Sicherheit des Fürstbistums liege, überlasse er der Beurteilung des Bischofs. Aus allen Reden gewann der Domdechant den Eindruck, der verängstigte Herzog suche nur einen reputierlichen Ausweg und die Sicherheit seines Landes, denke aber nicht mehr an aktive Unterstützung der Schweden²³.

Zwar schien es nicht so, als ob der Herzog den erbetenen 14tägigen Stillstand hinterlistig auszunützen gedachte, aber trotzdem erregte seine Weigerung, eine kategorische Erklärung abzugeben, Verdacht. Weshalb wollte er nicht, wie es der Bischof forderte, auf das Bündnis mit Frankreich und Schweden verzichten, das der König selbst durch Versäumnis vertraglicher Hilfe gebrochen hatte? Christoph Bernhard wies deshalb den Domdechanten an, keine weiteren Ausflüchte zuzulassen. Wenn der Herzog nur Zeit gewinnen wolle, möge man ihn

¹⁹ Nach Aussage Blaspeils war der Kurf. von Brandenburg nicht abgeneigt, Hzg. Joh. Friedrich »auf die Haut zu gehen«, wenn nur genügend Truppen zur Verfügung standen. Blaspeil und Fagel rieten, den Herzog durch äußeren Druck zur Raison zu bringen, je schneller je besser, um nicht den beiden protest. Herzögen Anlaß zu geben, bei einem Konflikt in Niedersachsen zum Schaden der gemeinsamen Kriegführung ihre Truppen von der Mosel zurückzurufen. Zurmühlen an Chr. Bernh., 13. 8. 1675; MLA. 533, 3 I.

²⁰ Fagel unterstützte den Plan und versuchte, den Prinzen von Oranien zur Abgabe von 2000 Mann aus Garnisonstruppen zu bewegen, jedoch vergeblich. Chr. Bernh. an Zurmühlen, 16. 8. 1675 und Antwort darauf, Den Haag 20. 8. 1675; MLA. 12, 16.

²¹ M. Korff-Schmising an Chr. Bernh., Hannover 17. 8. 1675; MLA. 12, 17.

²² Schnath S. 75.

²³ Matthias Korff-Schmising an Chr. Bernh., Hannover 18. 8. 1675; MLA. 12, 17. – Die Berichte des schwedischen Residenten in Hannover, Obrists Miller v. d. Lühnen, lauteten freilich anders: Der Herzog habe dem münst. Gesandten männlich geantwortet, er werde sein Bündnis mit Schweden einhalten. Vgl. Berichte E. v. Grafenthals v. 6. 7. u. 23. 7. 1675; St., Germanica D II, Grafenthals brief.

von militärischen Handlungen nicht abhalten und seine Kräfte zersplittern lassen²⁴.

Der Grund für die hinhaltende Taktik des Herzogs lag in dem Wunsch, soviel Geld zu retten, wie noch zu retten war. Als Verjus und Rousseau bei seinen Klagen über die Not, in der ihn der König stecken ließ, beleidigt zur Tür gingen und fragten, ob sie ihrem Herrn melden dürften, Hannover unterhalte jetzt andere Bindungen, rief er ihnen nach: Nein, er wolle nur seine Feinde hinhalten und mit Frankreich anstelle des bisherigen Bundesvertrags einen Neutralitätsvertrag abschließen, unter Beibehaltung eines Teils der bisherigen Subsidien. Von seinem Entschluß, sich aller Verpflichtungen gegenüber Frankreich und Schweden zu entledigen und zum Kaiser überzutreten, verriet er kein Wort²⁵.

Beinahe verlor der Bischof die Geduld. Er brauchte die Entscheidung Johann Friedrichs nötiger denn je. Der dänische Gesandte in Hannover vertraute dem Domdechanten an, daß Christian V. seinem General Baudissin nur noch 4 Tage Zeit bis zum Angriff gab²⁶. Marenholtz verkündete gleichzeitig, die Herzöge seien gegen ihren hannöverschen Verwandten »sehr animiert« und würden bei nächster Gelegenheit, spätestens nach der Eroberung von Trier, mit ihren Truppen in die Heimat zurückkehren, um am Krieg gegen Schweden teilzunehmen und Herzog Johann Friedrich zur Vernunft zu bringen. Er zeigte sich »etwas sorgfältig, daß seine Herren ihrer jetzigen Abwesenheit halber bei der Sachen wohl in etwa zu kurz kommen könnten«²⁷. Die Rückkehr der lüneburgischen Truppen nach Niedersachsen fürchtete der Bischof so sehr, weil sie das protestantische Übergewicht unter den Alliierten bedrohlich vermehrt hätte. Schon kündigte er an, im Fall eines braunschweigischen Rückmarsches auch seine Truppen so frühzeitig von der Mosel abzuziehen, daß sie noch 10 Tage vor den Lüneburgern in Norddeutschland anlangten²⁸.

Wieder einmal beherrschte ihn die Furcht vor einer übermächtigen protestantischen Koalition. Vor seinem geistigen Auge sah er eine hinterlistige Verschwörung der Welfenherzöge mit Frankreich, Separatfrieden und Rückmarsch ihrer Truppen von der Mosel zur Eroberung des von der eigenen Armee entblößten Stifts Münster voraus, während Brandenburg und Schweden sich die Hände reichten²⁹. An eben dem Tage, als er seiner Furcht in Worten Ausdruck verlieh, entwarf er einen als Gegengewicht gedachten Bündnisplan, in dem nur katholische geistliche Fürsten Erwähnung fanden: Kurmainz, Kurtrier, – Kurköln wurde im Entwurf gestrichen! – Würzburg, der Deutschmeister, Bamberg, Speyer, Münster und Paderborn. Die Organisation des Bundes entsprach etwa der des Rheinbundes. Die vorgeschlagenen Laufzeiten von mindestens 4 bis zu 10 Jahren bewiesen, daß der Bischof seine zukünftige Politik auf dieser Grund-

²⁴ Protokoll, Sassenberg 20. 8. 1675: Ebd.

²⁵ Schnath S. 75.

²⁶ M. Korff-Schmising an Chr. Bernh., Hannover 20. 8. 1675: MLA. 12, 17. – Christian V. hatte Vollmacht zum Abschluß eines Neutralitätsbündnisses gegeben, Christoph Bernhard jedoch nicht.

²⁷ Zurmühlen an Chr. Bernh., Den Haag 20. 8. 1675: MLA. 12, 16.

²⁸ Chr. Bernh. an F. Korff-Schmising, Sassenberg 23. 8. 1675: MLA. 12, 15.

²⁹ Chr. Bernh. an Zurmühlen, Sassenberg 23. 8. 1675: Er habe gerüchtweise gehört, daß Dänemark und Hessen sich um einen Vergleich zwischen Schweden und Brandenburg bemühten. »So mögte wohl vor sein, daß vorgemelte Unkatholische ihr Tempo in Acht nehmen, mit Frankreich sich setzen und also zusammenstehen mögten« (MLA. 12, 16).

lage aufzubauen gedachte³⁰. Wie der Komtur berichtete, bestand Aussicht, den Entwurf den Vertragspartnern schmackhaft zu machen³¹.

In Hannover saß der Domdechant Korff-Schmising noch immer auf heißen Kohlen. So nachdrücklich er auf die kaiserliche Kommission verwies, die den Bischof zum unverzüglichen Angriff auf Schweden zwingte, der Herzog fand von einem Tage zum andern neue Ausreden. Ende August, nachdem wiederum ein Monat nutzlos verstrichen war, riß dem Bischof endlich der Geduldsfaden. Er beschloß, seinen Truppen den Befehl zum Angriff zu erteilen³². Trotz ernster brandenburgischer Bedenken³³ setzte General Wedell seine Regimenter in Marsch und besetzte die links der Weser gelegene Herrschaft Wildeshausen und Teile des Herzogtums Bremen. Die Abreise des Domdechanten aus Hannover verzögerte sich nur deshalb, weil die Dänen gemeinsam mit Herzog Johann Friedrich ihn für kurze Zeit zu bleiben nötigten, um die Ankunft des Grafen Ahlefeld abzuwarten³⁴. Da keine Gefahr bestand, daß ein anderer dem Bischof bei Eroberung der schwedischen Lande zuvorkam, willigte Korff-Schmising ein. Noch stand das dänische Heer hinter der Elbe. Ein voreiliger Übergang über die Weser hätte den bischöflichen Truppen einen unerwünschten Zusammenstoß mit dem Heer Johann Friedrichs bescheren können³⁵. Endlich entschloß sich der bedrängte Herzog zu der Erklärung, während des Feldzugs im Bremischen unter den Bedingungen neutral zu bleiben, daß ihm 1. seine eigene Sicherheit und für den Notfall Unterstützung garantiert und 2. der Ausfall an französischen Subsidien durch kaiserliche Gelder oder Quartiere ersetzt würde, da die Abdankung des Heeres seinen unweigerlichen Untergang bedeutete.

Der dänische Gesandte hielt die erste Bedingung für annehmbar, lehnte aber eine förmliche Garantie ab und hielt einen Paragraphen, der dem Herzog Handlungsfreiheit zugestand, falls der Kaiser seine Zustimmung zu Quartieren und Subsidien verweigerte, für ausreichend. Als Quartier kam die bisher dem Bischof zugeschriebene Grafschaft Schaumburg-Lippe in Vorschlag. Der Bischof sollte es auch übernehmen, in Wien und bei Marquis de Grana die Genehmigung zu erwirken. Als der Domdechant ein Bündnis zwischen Münster und Hannover

³⁰ Entw. v. 23. 8. 1675: MLA. 12, 15.

³¹ F. Korff-Schmising an Chr. Bernh., Koblenz 25. 7. 1675: »Ihre kurfürstl. Gnd. (von Trier) sind auch gar geneigt, mit Ew. hochf. Gnd. in eine beständige Allianz zu stehen, sowoll pro moderno rerum statu als auch in futurum. Vermeinet auch sein Herr Bruder, der Kurfürst von Mainz und auch der Bischof von Wirtzburg sein darzu gar inclinant« (MLA. 12, 15).

³² Chr. Bernh. an Zurmühlen, Sassenberg 27. 8. 1675: Wenn der Herzog »seine Sache auf Trainieren und verfolglich noch auf Verleitung anlege, wir uns aber dardurch ferner nicht aufhalten lassen werden, des Herrn Kurfürsten zu Brandenburg Durchl. bestergestalt zu assistieren und zu dem Ende würrlich zu agieren« (MLA. 12, 16).

³³ M. Korff-Schmising an Chr. Bernh., Minden 1. 9. 1675: MLA. 12, 17.

³⁴ Am 3. 9. deutete der Domdechant in Hannover an, die Frist sei abgelaufen, der Bischof könne nicht länger warten. Was jenseits der Weser erobert sei, kümmere den Herzog nicht (M. Korff-Schmising an Chr. Bernh., 3. 9. 1675: MLA. 12, 17). Am Tage darauf vertröstete ihn Hzg. Joh. Friedrich auf Ahlefeld, der endlich am 5. 9. abends eintraf. Der Bischof, der sich jetzt in Cloppenburg aufhielt, entrüstete sich, daß der Herzog durch seine Ränke den Eindruck erwecke, »samt werde durch die Verweilung die Gewinnung der Zeit intendiert«, zumal der hannoversche Kommandant der Rohrsener Schanze der brandenburg. Schiffsbrücke die Fahrt weserabwärts verbiete (MLA. 12, 17).

³⁵ M. Korff-Schmising an Chr. Bernh., Hannover 5. 9. 1675: Ebd.

anregte, schien der Herzog nicht abgeneigt³⁶. Auf jeden Fall erschien es vorteilhaft, das münsterische Heer bis zum endgültigen Vergleich mit dem Herzog links der Weser stehen zu lassen, denn solange Hannover Neutralität wahrte, gedachten die Dänen nur mit wenigen Regimentern in das Herzogtum Bremen einzurücken, so daß den Münsterischen ausgedehntere und bessere Quartiere winkten. Um ihn zu einem schnellen Vergleich zu locken, schlug Ahlefeld vor, dem Herzog, ungeachtet einer möglichen kaiserlichen Weigerung, Quartiere zu versprechen. Der sofortige Beginn des Feldzuges wäre damit gesichert gewesen³⁷.

Der Bischof erklärte sich hiermit einverstanden. Zwar berührte ihn die Abtretung der schauburgischen Quartiere sehr schmerzlich³⁸, aber dafür lockten wesentlich größere Vorteile im Lande Bremen. Nur stellte er die Bedingung, das Abkommen in spätestens 6 Tagen abzuschließen³⁹.

Auch aus militärischen Gründen ließ sich ein längeres Abwarten an der Weser nicht verantworten⁴⁰. Selbst der Domdechant, bisher im Interesse seiner hannoverschen Verhandlungen für einen Aufschub des Angriffs eintretend, drängte nun zum Beginn. Er bezeichnete den Angriff als besten Weg, einen Keil zwischen die lüneburgischen Brüder und Vettern zu treiben und die bestehende Kluft zu erweitern⁴¹. Die auseinandergelassenen Interessen der Welfenherzöge mußten sich während des Feldzuges gegen Schweden notwendigerweise vertiefen. Auch der Plan, das Stift Hildesheim dem Hannoveraner als Quartier zuzuweisen, verfolgte diese Absicht, indem er in Cella und Wolfenbüttel mißgünstige Gefühle erregen sollte⁴².

Nachdem die Verhandlungen nun schon 14 Tage liefen, traten in letzter Minute Schwierigkeiten auf, als der hannoversche Kammerrat von Witzendorf die dänischen Vollmachten anzweifelte. Das Manöver konnte nicht anders als ein neuer Versuch zur Verschleppung angesehen werden. Die Gesandten drängten unwillig zum Aufbruch⁴³. Nur Matthias Korff-Schmising, der sich inzwischen

³⁶ Desgl., 7. 9. 1675: »Es pleibet sonsten darbei, daß hiesiger Herr Herzog mit Ew. hochfürstl. Gnd. in ein Interesse zu treten gar wohl disponiret und nach Eroberung Bremens wohl neue Consilia obhanden sein möchten« (Ebd.).

³⁷ Bericht v. 7. 9. 1675: Ebd. – Vgl. Bericht Millers v. d. Lühnen an Karl XI., Hannover 28. 8. 1675 a. St.: Ers vorgestern sei die Veränderung am hannov. Hof offenbar geworden, als der Herzog den franz. Gesandten Verjus, Rousseau und ihm, Miller, erklärte, er vermöge sich nicht länger gegen das gesamte Römische Reich zu stellen und wolle Bremen-Verden nur unter der Bedingung bedecken, daß auch sein Land in Schutz genommen werde. Die Gesandten drückten ihre Verwunderung über das unerwartete Accomodement des Herzogs aus, ohne daß eine Notwendigkeit bestehe, worauf Gröte erwiderte, daß »diejenige Raisons und Motiven, so von Gloire und Parole genommen werden wollten, nunmehr ganz unnütz und ungültig wären«. Die Neutralität Hannovers werde auch Frankreich und Schweden am dienlichsten sein (St., Germanica D VI, Miller v. d. Lühnens brief).

³⁸ Der Bischof regte deshalb an, für die Grafschaft das Stift Hildesheim einzusetzen.

³⁹ Resolution Chr. Bernhards, Cloppenburg 9. 9. 1675: MLA, 12, 17.

⁴⁰ Chr. Bernh. an Zurmühlen, Cloppenburg 11. 9. 1675: Er hoffe, daß auch 1000, vielleicht sogar 2000 Holländer am Feldzug teilnehmen, »zumalen dieselbe zu Beschließung Carlstadt füglich gebraucht werden können«. Chr. Bernh. an M. Korff-Schmising, 13. 9. 1675: Ebd.

⁴¹ M. Korff-Schmising an Chr. Bernh., Hannover 11. 9. 1675, PS.: »Wann Ew. hochf. Gnd. wollen, daß die Herzogen zu Wolfenbüttel, Cella und Hannover nicht einig pleiben sollen, ist dazu der Weg recht eröffnet. Ich bitte, Ew. hochfürstl. Gnd. eilen, daß sie in das Bremische kommen« (Ebd.).

⁴² Die Wünsche des Herzogs von Hannover gingen eigentlich noch viel weiter. Er forderte auch das Eichsfeld und die Rückstadt Fulda als Quartiere. Vgl. Resolution Chr. Bernhards, Cloppenburg 13. 9. 1675: MLA, 12, 17.

⁴³ F. Korff-Schmising an M. Korff-Schmising, Hannover, 14. 9. 1675: Ebd.

in Minden mit Lic. Rave und dem brandenburgischen Generalwachtmeister von Eller beraten hatte, rief zur Ruhe, weil es „ihro. kaiserl. Majestät und dem ganzen katholischen Wesen Interesse mit sei, mit diesem Herrn zu zerfallen und zu kollidieren“⁴⁴. Er wollte die angenehmen Aussichten, mit einem militärisch beachtlichen, katholischen Fürsten Norddeutschlands in ein Bündnis zu treten, nicht leichtfertig verspielen, besonders nachdem der Herzog ihm versichert hatte, dem Einmarsch der Münsterschen in das Land Bremen nicht feindlich entgegenzutreten. Ohne Rücksicht auf den Ausgang in Hannover sollten sich die Regimenter Wedells verstärkt durch brandenburgische Reiterei, bohnehm am 16. August aus Minden in nördlicher Richtung in Bewegung setzen, da die alten Quartiere keinen Unterhalt mehr lieferten⁴⁵. Gleichzeitig rückte die Nordarmee nach Thedinghausen an die Weser vor, blieb dort aber ratlos stehen, weil die Schiffsbrücke aus Minden infolge der Weigerung des Herzogs von Hannover, sie wesenabwärts schwimmen zu lassen, fehlte⁴⁶. Merkwürdigerweise suchte auch der ganz in der Nähe stehende dänische General Ausflüchte, um seinen Aufbruch hinauszuzögern, obgleich Graf Ahlefeld in Hannover wiederholt den Wunsch seines Königs zur Eile verkündete⁴⁷. Endlich reifte in Hannover der Vertrag zur Unterzeichnung heran. Am 18. September fand noch eine Besprechung zwischen den dänischen, brandenburgischen und münsterischen Gesandten mit den celtischen und wolfenbüttelschen Räten auf dem Wege zwischen Hannover und Celle statt, von der der Domdechant mit der Genugtuung zurückkehrte, daß den protestantischen Wolfenbüttlern mit dem geplanten Verträge eine bittere Pille verabreicht wurde⁴⁸. Die

⁴⁴ M. Korff-Schmising an Chr. Bernh., Minden 15. 9. 1675: Ebd., III, 17, 100.

⁴⁵ Lic. Rave an Chr. Bernh., Minden 15. 9. 1675: MLA, 12, 17, 100.

⁴⁶ Chr. Bernh. an M. Korff-Schmising, Thedinghausen 19. 9. 1675: Ebd., 7. Am 23. 9. bat der Bischof den brandenburg. General v. Eller um eine Diversion in der Gegend von Hoye, um die jenseits der Weser stehenden Schweden flussaufwärts zu ziehen und den Übergang der münst. Truppen zu erleichtern (MLA, Mil. 2308). – Eine Darstellung des geheimen Übergangs der münst. Artillerie und des Regiments v. Nitzaw bei Regelmeier S. 68 nach den Berichten Kaspar Buchholz in MLA, Mil. 2180.

⁴⁷ Chr. Bernh. an M. Korff-Schmising, Cloppenburg 15. 9. 1675; u. Antwort darauf, Hannover 19. 9. 1675: MLA, 12, 17. – Eine Unterredung des Bischofs mit Baudissin fand am 14. 9. in Cloppenburg statt.

⁴⁸ M. Korff-Schmising an Chr. Bernh., Hannover 19. 9. 1675: Ebd., 10. Die Unterzeichnung des Vertrages fand am 21. 9. 1675 in Hannover statt (die Drucke sind bei Schnath S. 80 Anm. 10 angegeben. Vgl. Regelmeier S. 57 f.). Der Domdechant Korff-Schmising bat, sofort die kaiserl. Ratifikation zu erwirken, »an welcher alles gelegen, weil in Wien lange, wie es daselbst sonst geprüchlich, skrupuliert werden möge« (MLA, 12, 17). Der Bischof sandte zur Unterstützung des als Konvertit besonders hierfür geeigneten hannöverschen Gesandten v. Moltke seinen Beichtvater Körler nach Wien ab (M. Korff-Schmising an Chr. Bernh., Hannover 23. 9. 1675: Ebd.). Über Moltkes Sendung nach Wien vgl. Cal.BA., Des. 21 I Nr. 7 u. 8. – Am 14. 9. 1675 berichtete Miller v. d. Lühnen dem schwed. König, daß Grote ihm die Frage gestellt habe, ob er etwas gegen den Neutralitätsvertrag des Herzogs einzuwenden habe. Miller wies auf den Widerspruch zum bestehenden Bündnis mit Schweden hin, Grote auf die Nichteinhaltung der Bündnisverpflichtungen durch den König. Rousseau versuchte den Schweden Miller durch Hinweis auf die vorgesehene Beteiligung Hannovers an der bremischen Teilung gegen den Herzog aufzubringen. Grote wußte keine bessere Entschuldigung, als daß es dem schwed. König gleich sein könne, wer die Herzogtümer Bremen-Norden nach ihrem Verlust in Besitz nehme. Eine Audienz schlug der Herzog Miller ab (St., Germanica D VI, Miller v. d. Lühnens-bref). – Ferdinand v. Fürstenberg erfuhr erst im Nov.

Freude hierüber drängte den Gedanken zurück, daß Herzog Johann Friedrich für sein unerhörtes Verhalten gegenüber Kaiser und Reich nun einen Neutralitätsvertrag erhielt, der ihm sogar den Fortbezug französischer Subsidien und, um dem Unrecht die Krone aufzusetzen, Berücksichtigung bei der späteren Teilung der bremischen Lande zubilligte. Den Unwillen seiner Verwandten beschwichtigte der Hannoveraner in einem Nebenreiß durch Verzicht auf einige Ämter des Stifts Hildesheim als Quartiere zugunsten von Celle und Wolfenbüttel⁴⁹. Wie klein war dieses Opfer zu Nutzen der Fürsten, deren ermattete Truppen aus dem Reichskrieg gegen Frankreich zurückkehrten! Der Domdechant, zufrieden mit der Rettung des Herzogs aus den begehrlieh ausgestreckten Händen seiner protestantischen Verwandten, reiste nach Hamburg ab, um die näheren Verhandlungen mit den Dänen in Angriff zu nehmen⁵⁰, allein mit der Sorge belastet, ob der Kaiser dem Vertrag seine Ratifikation gewähren werde.

Die gleichzeitigen Verhandlungen des Vizekanzlers Zurmühlen kreisten nach wie vor um die Frage, ob ein Offensiv- oder Defensivbündnis vorzuziehen war. Ersteres forderten die Generalstaaten, um sich 3000 münsterische Soldaten zu möglichst freier Verwendung zu verschaffen, letzteres der Bischof mit denselben Subsidien, wie sie die Holländer für das Angriffsbündnis gewähren wollten, und mit keiner anderen Auflage als dem Schutz der niederländischen Ostgrenze⁵¹. Aber selbst das Eintreten des Kaisers für die Wünsche des Bischofs⁵² blieb erfolglos. So entschloß sich Zurmühlen, ohne weiteres Skrupulieren den holländischen Forderungen nachzugeben und gleichzeitig ein Offensiv- und Defensivbündnis abzuschließen, das letzte nicht nur zur Bedeckung der holländischen Ostgrenze, sondern ganz allgemein gefaßt⁵³. Der Bischof stimmte unter der Bedingung zu, daß unter den 3000 Mann keine Reiterei verstanden und 24 000 Rtl. Werbegeld sowie monatlich 8000 Rtl. Subsidien bewilligt wurden⁵⁴. Diese Einschränkung mißfiel wiederum Fagel. Er forderte wenigstens 1000 Dragoner oder drohte, die Vorlage an die Provinzen zurückzugeben⁵⁵, was nichts anderes

1675 von dem Vertrage (Ferd. v. Fürstenberg an Chr. Bernh., 27. 11. 1675: »Was des Herrn Herzogen von Hannover Lbd. uns für eine Apertur von einer zwischen ihm und Ew. Lbd. geschlossenen, uns von ihrer Seiten bis hiehin unbekanntem Defensivbündnis geben . . .« (MLA. 540b V).

⁴⁹ M. Korff-Schmising an Chr. Bernh., Hannover 22. 9. 1675: MLA. 12, 17. Schnath S. 80.

⁵⁰ Er reiste am 24. 9. aus Hannover ab. Über die Verhandlungen im allgemeinen vgl. Schnath S. 76.

⁵¹ Zurmühlen versuchte bei dieser Gelegenheit, Fagel mit der Drohung unter Druck zu setzen, der Bischof würde den Vertrag fallen lassen, wenn nicht die Generalstaaten den Grafen v. Limburg-Styrum zum Verkauf der Herrschaft Borkelo bewegten. Zurmühlen an Chr. Bernh., Den Haag 23. 8. 1675: MLA. 12, 16.

⁵² Kaiser Leopold an Chr. Bernh., 8. 9. 1675: MLA. 12, 12. – Am Kaiserhof herrschte damals, wie Mayersheim mehrfach berichtete, eine ungewöhnlich günstige Stimmung gegenüber dem Bischof. Man sprach davon, nach siegreicher Beendigung des Reichskrieges die kampfgewöhnten Truppen gegen die Türken einzusetzen »und diese christliche Aktion Ew. hochfürstl. Gnaden aufzutragen« (Mayersheim an Chr. Bernh., 8. 8. 1675: MLA. 534, 5 III). Auf diese gute Stimmung mag es zurückgehen, daß die Abhandlung der Fischerschen Traktaten dem Marquis de Grana übertragen wurde (Kaiser Leopold an Chr. Bernh., 3. 8. 1675: MLA. 12, 12 V). Die Westfäl. Kreisstände wurden vom Kaiser aufgefordert, dem Bischof Quartiere zu stellen und bei der Aufbringung der Truppen zu unterstützen (Kaiser Leopold an die Kreisstände, 2. 8. 1675: MLA. Mil. 2038).

⁵³ Zurmühlen an Chr. Bernh., Den Haag 30. 8. 1675: MLA. 12, 16.

⁵⁴ Chr. Bernh. an Zurmühlen, Cloppenburg 4. 9. 1675: Ebd.

⁵⁵ Zurmühlen an Chr. Bernh., Den Haag 7. u. 10. 9. 1675: Ebd.

bedeutet hätte, als sie zu Grabe zu tragen. Auch Lira weigerte sich plötzlich, die Hälfte der Subsidiën in bar zu übernehmen, sondern wollte wie Holland ebenfalls zum Teil Obligationen geben, bares Geld aber erst nach beendigtem Kriege⁵⁶. Der endlich am 17. September zwischen Fagel und Lira verabredete Entwurf enthielt außerdem die bedenkliche Forderung einer Trennung der 3000 Mann von den übrigen 9000 Münsteranern und sah eine nachteilige Zusammensetzung des Kriegsrats vor, mit einem ständigen Übergewicht von Spanien und Holland⁵⁷. Trotzdem behielt der Bischof sein Entgegenkommen bei, sowohl wegen der 1000 Dragoner⁵⁸ als auch der Bildung des Kriegsrates⁵⁹. So konnte die Unterzeichnung des mühsam erarbeiteten Vertrages am 12. Oktober in Den Haag vor sich gehen⁶⁰. Seine Wirksamkeit sollte er jedoch erst nach der spanischen Ratifikation erlangen⁶¹.

Inzwischen setzte der Angriff gegen die schwedischen Lande östlich der Weser in vollem Umfange ein. In kurzer Zeit befand sich das gesamte offene, durch Truppen kaum geschützte Land in der Hand der Verbündeten. Nur die festen Plätze Carlsburg, Bremervörde, Buxtehude und Stade hielten sich⁶².

Nach der Gewohnheit der Zeit begannen schon jetzt Verhandlungen über die nach dem Frieden zu treffenden Maßnahmen. Die Hauptsorge aller Beteiligten umkreiste den Anteil an der Beute. Bereits Anfang Oktober wirkten in diesem Interesse als Beauftragte von Celle und Wolfenbüttel der am bischöflichen Hofe schon bekannte Großvogt von Hammerstein und Präsident von Heimburg⁶³. Aber auch Hannover rührte sich. Sogleich nach Abschluß des Neutralitätsvertrages richtete Grote an den Domdechanten Korff-Schmising die Bitte, über die Frage eines näheren Bündnisses beider Fürsten nachzudenken, und schnitt schon im ersten Gespräch die Zukunft der »bremischen Konquesten« an. Ganz bewußt übertrieb er die Sorge vor einem Anwachsen der dänischen Macht in Norddeutschland. Die Ablösung Schwedens durch ein noch kräftigeres Dänemark liege nicht im Interesse der benachbarten Fürsten und führe nur vom

⁵⁶ Desgl., 13. 9. 1675: Ebd. – An demselben Tage berichtete Lira dem Herzog Villa Hermosa über den Vorschlag der Generalstaaten zu einem spanisch-münst. Bündnisvertrag. *Corresp. de la cour d'Espagne* Bd. 5 S. 227 Nr. 559. Vgl. ebd. S. 228 Anm. 1.

⁵⁷ Desgl., 17. 9. 1675: Ebd.

⁵⁸ Der Bischof erklärte sich mit der Stellung von 1000 Dragonern bereit, obgleich Fagel und Lira inzwischen mit ihrer Forderung auf 500 heruntergegangen waren, wobei es denn auch blieb. Zurmühlen an Chr. Bernh., Den Haag 21. 9. 1675: Ebd.

⁵⁹ Chr. Bernh. an Zurmühlen, Thedinghausen 2. 10. 1675: Ebd. – Zurmühlen reiste am 16. 10. aus Den Haag ab (Hessing an Chr. Bernh., 15. 10. 1675: MLA. 534, 1 VI) und kam am 22. 10. in Münster an (Zurmühlen an Chr. Bernh., Münster 23. 10. 1675: MLA. 12, 16).

⁶⁰ MU. 465 I. Drucke sind angegeben bei Der Kinderen II S. 270 Anm. 1; Dumont VII I S. 308.

⁶¹ Nebenrezeß v. 12. 10. 1675: MU. 465 I.

⁶² Verden fiel schon Ende September. Der Bischof gab dem Obristen v. Twickel am 25. 9. den Befehl zur Einnahme mit der ausdrücklichen Bedingung, die Einwohner unbelästigt zu lassen (MLA. Mil. 2308). Im einzelnen vgl. dazu Regelmeier S. 64 ff.

⁶³ Chr. Bernh. an Zurmühlen, Thedinghausen 2. 10. 1675: MLA. 12, 16. Instruktion für die Gesandten, Celle (28./)18. 9. 1675: Ce.BA. Des. 13b 1 Nr. 40. Ihr Auftrag bestand darin, die Pläne des Bischofs für die Eroberung der schwed. Gebiete kennenzulernen und sich mit ihm über die Besetzung der Festungen zu einigen. Berichte der Gesandten v. 24. 9. a. St. (Thedinghausen) Ebd. In einer anschließenden Besprechung zu Achim zwischen den brandenburg. Generälen v. Spaen und v. Eller mit Hammerstein drangen jene auf eine nähere brandenburg-braunschw. Zusammenarbeit unter Ausschluß des Bischofs (PS. Hammersteins v. 24. 9. 1675: Ebd.).

Regen in die Traufe. Lieber wolle Herzog Johann Friedrich mit seinen weltlichen Verwandten allein teilen. Als Faustpfand erbaten Rotenburg oder einen anderen Platz im Verdischen, um von vornherein das Recht des Herzogs auf Mitwirkung beim Teilungsgeschäft jedermann handgreiflich vor Augen zu führen. Am liebsten hätte er mit Korff-Schmising Vereinbarungen vor dessen geplanten Besprechungen mit den anderen Herzögen und Dänemark getroffen, um ja nicht ins Hintertreffen zu geraten.⁶⁴

Kühl lehnte der Bischof Grottes Ansinnen auf Ausschluß Dänemarks von der Teilung ab. Wer garantierte dafür, daß nicht der vielgewandte Herzog und sein glatter Helfer Grote eine Zustimmung des Bischofs benutzten, um ihn bei den Verbündeten zu verdächtigen und aus dem Bremischen hinauszumantrieren? Barg nicht auch der Anspruch auf Rotenburg, das einzige Amtshaus des Fürstentums Verden, die Absicht, die eben errichtete münsterische Herrschaft an der Wurzel anzusägen? So verfielen diese Anträge der Ablehnung. Der Bischof beschloß, zuerst einmal mit Dänemark, Celle und Wolfenbüttel klare Absprachen zu treffen.⁶⁵

Der Domdechant, inzwischen auf der Reise nach Hamburg, um mit Dänemark und Brandenburg abzuschließen, fand im Grunde genommen einen Ausschluß der Dänen von der Beute ganz verlockend, pflichtete aber ebenfalls den ernststen Bedenken seines Herrn mit den Worten bei: »Den einen ist so viel zu trauen wie den anderen.«⁶⁶ Soweit er in Hamburg erkunden konnte, wandten sich der Kaiser und in noch schärferer Form Spanien gegen die Beteiligung Dänemarks. Der spanische Resident verkündete ganz offen, sein König würde am liebsten eine Abmachung zwischen Münster und Hannover unter Ausschluß der übrigen sehen, »dann sie diesem etwan pro femineo sexu gern was behalten wollten«. Wenn das gelinge und die münsterischen Hilfstruppen in den Spanischen Niederlanden stehen blieben, wolle er versprechen, daß der Kaiser dem Bischof »bei der Teilung desto mehr genädiger falle.«⁶⁷

Der Bischof ließ sich durch diese widersprechenden Meldungen nicht aufhalten. Nach lebhaften Verhandlungen mit Hammerstein und Heimburg unterzeichneten diese und der Domdechant am 14. Oktober in Rotenburg und Walsrode ein Abkommen. Danach sollte Buxtehude, gelang die Eroberung⁶⁸, von den Herzögen allein, Stade und Bremervörde⁶⁹ von allen gemeinsam besetzt werden. Die »Burg« bei Bremen, Längwedel, Rotenburg und Ottersberg verblieben im Besitz des Bischofs unter Anrechnung auf seinen Quartieranteil. Von den Quartieren fiel Münster eine Hälfte, den beiden Herzögen die andere Hälfte unter zusätzlicher Aufnahme der brandenburgischen Völker zu. Dagegen blieb für die Hauptteilung der Länder den beiden Herzögen ein Anteil von zwei Dritteln,

⁶⁴ M. Korff-Schmising an Chr. Bernh., Hannover 23. 10. 1675; MLA: 12, 17. Die »Ohn-vorgreiflichen Fürschläge« Grottes für eine nähere Zusammensetzung mit Münster vom 24./14. 9. 1675 in: Cal. BA. Des. 3 n. I Nr. 88; die münsterischen Bedingungen (ohne Datum) ebd. Bl. 2r. 1675.

⁶⁵ Bischöfl. Resolution, Thedinghäusern 27. 9. 1675; Ebd. A. 17.

⁶⁶ M. Korff-Schmising an Chr. Bernh., Hamburg 28. 9. 1675; Ebd. 12, 17.

⁶⁷ M. Korff-Schmising an Chr. Bernh., Hamburg 7. 10. 1675; Ebd. 12, 17.

⁶⁸ Die Einnahme Buxtehudes erfolgte am 16. 10. durch 300 münsterische, 200 brandenburg. und 100 lüneburg. Soldaten. Zahlreiche Schweden liefen über. Nach Generalleutnants Wedells Bericht verhielten sich die Lünebürger bei der Inventarisierung sehr »incivill«. Sie verweigerten sogar dem brandenburg. General das Quartier in der Stadt (Buxtehude 17. 12. 1675; MLA: 14, 3; II).

⁶⁹ Die Armee rückte am 22. 10. vor die Festung Stade. 250 Lünebürger...

dem Bischof ein Drittel vorbehalten, diesem außerdem Wildeshausen ohne Anrechnung auf die Quöte. Beide Teile garantierten gegenseitig ihre Erwerbungen.⁷⁰ Auch diesmal vergaß der Bischof nicht, das Wohl seiner Familie. In einem Nebenrezeß versprachen die Herzöge, sich bei der Stadt Bremen für die Abtretung des Amtes Brexen an Heinrich von Galen einzusetzen und, wenn das mißlang, ihm ein gleichwertiges Lehen zu übertragen.⁷¹

Eine noch so genaue Prüfung des Vertrages von Rotenburg-Walsrode ergibt an keiner Stelle die geringste Andeutung für eine Beteiligung Dänemarks oder Hannovers an der Beute. Die Tatsache erscheint um so seltsamer, als der kurz vorher abgeschlossene münster-hannoversche Neutralitätsvertrag die Teilnahme Herzog Johann Friedrichs ausdrücklich vorsah und der Bischof seinen Domdechanten mehrmals angewiesen hatte, einer Ausschließung Dänemarks unter keinen Umständen zuzustimmen. Das Abkommen widersprach allen bisherigen Anschauungen des Bischofs von der Notwendigkeit, die Eroberungen unter alle Verbündete aufzuteilen. Welche Überlegungen für den plötzlichen Wandel verantwortlich waren, wird wohl für immer ein Rätsel bleiben.⁷²

Trotz strenger Geheimhaltung erfuhr Herzog Johann Friedrich vom Abschluß des Vertrages und konnte aus der Geheimniskrämerei schließen, daß das Werk für ihn keine Vorteile enthielt. Nachdem ihm auch noch zu Ohren kam, daß seine Brüder durch Verdächtigungen die kaiserliche Ratifikation des Neutralitätsvertrages zu verhindern suchten, schien es ihm höchste Zeit für einen Sondervertrag mit dem Bischof von Münster. Als die lüneburgischen und münsterischen Beauftragten in Rotenburg und Walsrode die Feder zur Unterzeichnung ansetzten, fertigte er, ohne noch etwas Genaueres vom Verträge zu wissen, Grote zum Bischof ab,⁷³ um die zugesagten Quartiere und seinen Anteil am Bremer Land zu sichern. Die von Grote, den Gebrüdern Korff-Schmising und Lic. Rave^{73a} geführten Gespräche, denen kaum Spielraum blieb und die eigentlich nur den durch den Neutralitätsvertrag begründeten Zustand festigen sollten, führten bald zum Ziele. Am 29. Oktober unterzeichneten sie ein neues Bündnis in Form eines Defensivvertrages, erweitert durch einen Nebenrezeß über gegenseitigen Beistand bei feindlichen Angriffen, mit alleiniger Ausnahme von Frankreich und Schweden, gegen die der Herzog — er hatte gerade am 18. Oktober mit Ludwig XIV. einen neuen Neutralitätsvertrag geschlossen —

⁷⁰ Vertrag v. 14. 10. 1675; MU. 4656. Vgl. Schnath S. 87, Regelmeier S. 73. Drucke: Alpen II S. 453; Dumont VII I S. 367. Vgl. das Gesamtschreiben der protestant.

Herzöge von Braunschweig-Lüneburg an ihre Abgesandten zum Bf. zu Münster, Walsrode 14./4. 10. 1675, mit der strikten Weisung, in jedem Fall auf dem Temperament zu beharren, da der Bischof nur Zeit zu gewinnen suche, um das Haus Braunschweig schließlich von der Teilung der Herzogtümer auszuschließen (Cal. BA. Des. 24 Münster, Nr. 19). — Vgl. Danmark-Norges Traktater VII S. 13.

⁷¹ Rezeß von Walsrode, 14. 10. 1675; GA. II C IV. 12. 1.

⁷² Auch Schnath S. 87 äußert sich zu diesem Punkte nicht. Regelmeier S. 74 meint wohl mit Recht, daß die Änderung auf Betreiben der Herzöge geschah, ohne anzugeben, welchen Preis der Bischof dafür verlangte.

⁷³ Weisung Hzz. Joh. Friedrichs, Linsburg 15. 10. 1675; Schnath S. 87. Anm. r. Entwurf in Cal. BA. Des. 31. I. Nr. 88.

^{73a} Vollmacht für die münst. Vertreter, Rotenburg 21. 10. 1675 in Cal. BA. 31. I. Nr. 88 Bl. 47 (Bericht Grotes vom 23. 13. 10. 1675) an Herzog Johann Friedrich; Ebd. Bl. 50 ff. Vgl. eigenhänd. Schr. Johann Friedrichs an Grote, Linsburg 24. 14. 10. 1675 (Cal. BA. 31. I. Nr. 87 Bl. 25), worin der Herzog die strikteste Neutralität als *conditio sine qua non* für einen Vertrag mit Münster und Beteiligung an den Eroberungen forderte.

nichts unternehmen wollte. Der Bischof sicherte seinem Vertragspartner auf eigene Kosten ein Stück der bremischen Eroberungen zu. Beide Parteien garantierten sich ihre Quartiere in Lippe und Ostfriesland vorbehaltlich kaiserlicher Genehmigung⁷⁴.

Dieser letzte Vertrag schloß eine Reihe von Abmachungen des Jahres 1675 ab. Der vollständigen Eroberung des schwedischen Besitzes zwischen Elbe und Weser stand nichts mehr im Wege⁷⁵.

47. KAPITEL

QUARTIERSTREIT UND OSTFRIESISCHE KRISE

Unweigerlich drängten die von Münster mit den braunschweigischen Herzögen geschlossenen Verträge infolge ihrer Unklarheiten auf neue Mißverständnisse hin. So sah Gustav Bernhard von Moltke, dem der Herzog von Hannover aufgetragen hatte, die kaiserliche Ratifikation zum Neutralitätsvertrag auszuwirken, bald ein, wie schwierig seine Aufgabe war. Alle Beteuerungen, der Herzog hätte sich lieber mit dem Kaiser persönlich verbunden, sei aber von Dänemark, Brandenburg und Münster übereilt worden, hinterließen in Wien wenig Eindruck. Mancher Reichsstand, den die hannöverschen Quartierforderungen beschwerten, darunter das mächtige Kursachsen, legte sein Wort gegen den Herzog ein. Der Kaiser selbst trug ernste Bedenken, ausgerechnet dem Franzosenfreund Neutralität zuzubilligen, während alle gutwilligen Stände zum Reichskrieg beisteuerten. Nachdrücklich lehnte Kaiser Leopold am 26. Oktober die unverschämte Subsidienforderung Johann Friedrichs ab. Darüber hinaus erhielt der damals in Hannover anwesende Abt von Banz Anweisung, den Herzog zur Teilnahme am Reichskrieg aufzufordern¹. Dazu aber verspürte dieser weniger Lust denn je, nachdem er am 18. Oktober mit Frankreich zu Linsburg und am 29. des Monats mit Münster vorteilhafte Verträge abgeschlossen hatte.

⁷⁴ MU. 4650 und Cal. BA. Des. 31 I Nr. 89. Ratifik. des Bischofs, Bremervörde 8. 11. 1675: Ebd. Druck: Dumont VII 1 S. 314. Schnath S. 88. Regelmeier S. 75. Pufendorff XIV. 26. 39 f. über die der verabredeten Teilung zugrundeliegenden Pläne. Miller v. d. Lühnen an Karl XI., Hannover 2. 11. 1675: Grote versichere, daß der hannov.-münst. Vertrag keine Bestimmungen enthalte, die Miller nicht mitgeteilt worden seien. Die Franzosen bemühten sich, den Bischof, »der einigermaßen mit den übrigen Alliierten malkontent« sein soll, »von deren Partei zu detournieren, damit er also Gelegenheit habe, hierunter einige favorable Conditiones in Frankreich auszuwirken« (St., Germanica D VI, Miller v. d. Lühnens brief). – Vgl. Danmark-Norges Traktater VII S. 3. Wimarson II S. 27.

⁷⁵ Über die folgenden krieg. Handlungen bis zur völligen Eroberung der Herzogtümer vgl. Theatrum Europaeum XI S. 876 ff., Wimarson I S. 237.

¹ Schnath S. 85.

Die kaiserliche Ablehnung des hannoverschen Neutralitätsvertrages verstörte die Gemüter am bischöflichen Hof über die Maßen. Das mühsam aufgebaute Kunstwerk zur Rettung des katholischen Hannoveraners geriet ins Wanken. Unabsehbare Streitigkeiten unter den Verbündeten über die Verteilung der Quartiere drohten, den Erfolg des schwedischen Feldzugs in Frage zu stellen. Von allen Seiten erschollen bereits Klagen: Kursachsen bestritt die Berechtigung der hannoverschen Quartiere in der Grafschaft Mansfeld, Brandenburg die im Fürstentum Anhalt^{1a}. Die Brüder und Vettern Johann Friedrichs sparten nicht mit Vorwürfen über Eigennutz und Gewissenlosigkeit ihres Verwandten.

So lag Grund genug vor, in die mannigfach sich überschneidenden Quartierwünsche der Verbündeten Ordnung zu bringen. Der Kaiser schlug deshalb den Zusammentritt einer Konferenz in Mühlhausen in Thüringen vor. Als münsterischer Vertreter nahm wiederum der vielbeschäftigte Domdechant Korff-Schmising teil². Schon beim Eintreffen fühlte er sich in eine spannungsgeladene Atmosphäre versetzt, obgleich erst zwei Gesandte am Tagungsort weilten. Als er die eigenmächtigen Quartiere de Granas in Westfalen verurteilte, verwies ihn der cellische Vertreter auf die überaus guten Quartiere des Bischofs im Bremischen. »Wird es also allem Ansehen nach ein großes Lamentieren und Forderung der Quartieren abgeben«, schloß er seinen ersten Bericht.³

Bald zeichnete sich ab, daß die münsterischen Quartierforderungen – immer noch auf der Vorstellung aufgebaut, daß der Westfälische Reichskreis der naturgegebene Quartierraum des Bischofs sei – in zweierlei Hinsicht auf hartnäckigen Widerstand stießen. Das Fürstentum Ostfriesland, im Fischerschen Vertrag dem Bischof zugesprochen, beanspruchte außerdem der Herzog von Celle »jure protectionis«, obgleich der Domdechant erklärte, sein Herr würde es notfalls »auf die Extrema ankommen« lassen. Über Essen, Werden, Dortmund, Gimborn und Neustadt, von Fischer ebenfalls dem Bischof zugestanden, behauptete Meinders auf Grund seines »jus protectionis, hospitacionis et territorii« ein brandenburgisches Vorrecht. Auf diese Gebiete rechneten die Generäle Spaen und Eller, für deren Regimente anderwärts keine Unterbringungsmöglichkeit bestand. Nur wegen Dortmund wollte er nicht »diffizil« sein⁴. Zu allem Unglück erhob der lippische Obrist Rübel weitläufige Klagen über alte Ungerechtigkeiten, hauptsächlich des Bischofs von Münster, und legte eine Schadensrechnung von 200 000 Rtl. vor⁵.

Nachdem der kaiserliche Gesandte Graf Windischgrätz eingetroffen war und die Leitung der Konferenz in die Hand nahm, richtete der Domdechant eine Denkschrift an ihn, in der er für die im Bremischen stehenden Truppen, da das dortige Land von den Schweden ausgesogen sei, andere Quartiere forderte. Im Vertrage mit Fischer seien Quartiere nur für 9000 Mann vorgesehen, der Bischof

^{1a} Über die Anhalt-Mansfelder Quartiersache vgl. HCa., Des. 16 A Nr. 576 ff., über den Hildesheimer Quartierstreit ebd. Nr. 580.

² Instruktion für M. Korff-Schmising, 21. 10. 1675: MLA. Mil. 2180. Vgl. Alpen II S. 463, Pufendorff XIII § 48.

³ M. Korff-Schmising an Chr. Bernh., Mühlhausen 29. 10. 1675: MLA. 12, 21.

⁴ Desgl., 2. 11. 1675: Ebd.

⁵ Desgl., 5. 11. 1675: Ebd. Der Graf v. d. Lippe erhob auch in Wien Klage, derer sich der Kaiser im Schr. v. 6. 11. an den Bischof annahm: MLA. 538 b I. Vgl. A. Falkmann, Die sogenannte Münstersche Invasion. – Vgl. Lippische Bibliographie... bearb. v. Wilhelm Hansen, Detmold 1957, Sp. 311–312.

halte aber zum Dienste von Kaiser und Reich 20.000 Mann unter Waffen. Außer 20.000 Rtl. für die Gage des Generals Grandvillers habe der Bischof noch kein Geld empfangen⁶. Aber damit stach er in ein Wespennest. Mit ärgerlichem Erstaunen tadelte Windischgrätz die Uneinigkeit der Verbündeten. Jeder wolle nur seine Wünsche berücksichtigt sehen und drohe sonst mit Abreise. Wie könne man dann die Zusammenkunft als Konferenz bezeichnen? Zum Domdechanten gewandt bemerkte er, daß die kaiserliche Ratifikation des Fischerschen Vertrages die Fürstentümer Ostfriesland, Oldenburg und das Vest Recklinghausen auslasse. Nicht genug könne er sich verwundern, wie Dänemark, Brandenburg und Münster dem Herzog von Hannover aus angemaßter Machtvollkommenheit für sein schändliches Treiben so wertvolle Quartiere versprochen und daß der Herzog diese bereits bezogen habe, obgleich die kaiserliche Ratifikation nicht erfolgen werde. Wer so verfare, möge sich den Mangel an guten Quartieren, wie er leider jetzt auftrete, selbst zuschreiben⁷.

Mit der Verurteilung des unwürdigen Schauspiels kleinlichen Schachers und unaufrichtiger Gesinnung traf Windischgrätz ins Schwarze. Da niemand zu Zugeständnissen bereit war und keine Einigung in Aussicht stand, suchte er seine Ausflucht in einer Pause bis zum Eintreffen des endgültigen kaiserlichen Entschlusses, um wenigstens auf 14 Tage diejenigen Stände von der Einquartierung freizuhalten, die der Kaiser gern verschonen wollte. Jedoch bemerkte der Domdechant den Schachzug Windischgrätz sehr wohl und riet sogleich dem Bischof, sich rechtzeitig der Grafschaft Lippe zu versichern, bevor die dort willkommenen Brandenburger einrückten. Der Kaiser werde eine Beschwerde dagegen kaum wagen, nachdem er selbst die Wetterau vor dem angestrebten Vergleich über die Verteilung der Quartiere bezogen habe⁸. Aber auch die Herzöge Ernst August und Georg Wilhelm witterten, daß der Bischof auf dem Sprung stand, vollendete Tatsachen zu schaffen, und gaben ihrem Generalmajor Graf von der Lippe Befehl, auf eigene Faust das Herzogtum Westfalen, das Vest Recklinghausen, die Grafschaften Rietberg und Tecklenburg und die Herrschaft Rheda zu beziehen, während das Haxthausensche Regiment die Verteidigung der Grafschaft Lippe gegen die Münsteraner übernahm⁹. Die vom Rhein zurückkehrenden lüneburgischen Truppen unter dem Herzog von Holstein misteten sich sogar auf dem Durchmarsch nach Ostfriesland im Oberstift Münster ein und erweckten im Bischof die Furcht vor einer Erpressung. Die drohende Anarchie im Quartierwesen verschärfte der Domdechant durch den abermals an den Bischof gerichteten Rat, möglichst schnell Quartiere zu beziehen, dabei die Mißstimmung der Kaiserlichen über den eigenmächtigen Abzug der Lüneburger vom Rhein auszunutzen und diesen die Grafschaft Ostfriesland vor der Nase wegzuschneiden¹⁰. Sofort setzte der Bischof seine Truppen in Bewegung, bezog die Grafschaften Lippe, Tecklenburg und Rietberg und knüpfte mit Ostfriesland Verhandlungen an¹¹. Den Mühlhäuser Gesandten blieben damit zur Klärung der Streitfragen eigentlich nur noch zweiseitige Besprechungen. Dänemark und Münster vereinbarten als erste eine Konferenz¹². In äußerst gereizter Stimmung

⁶ Denkschrift Korff-Schmising's, undatiert: MLA, 12, 21. III. 1675.

⁷ M. Korff-Schmising an Chr. Bernh., Mühlhausen 9. II. 1675: Ebd.

⁸ Desgl., 12. II. 1675: Ebd.

⁹ Befehl der Herzöge, Harburg 17. II. 1675: MLA, Mil. 2308. (Abschr.).

¹⁰ M. Korff-Schmising an Chr. Bernh., Mühlhausen 19. II. 1675: MLA, 12, 21.

¹¹ Chr. Bernh. an M. Korff-Schmising, Cloppenburg 23. II. 1675: Ebd.

¹² M. Korff-Schmising, Mühlhausen 25. II. 1675: Ebd.

ging die Versammlung auseinander¹⁴. In der Grafschaft Lippe standen sich münsterische und lüneburgische, in Tecklenburg münster- und osnabrückische Truppen gleichsam mit gezogenem Degen gegenüber. Es fehlte nicht viel, daß der Quartierstreit der Verbündeten zum offenen Krieg führte¹⁵.

Trotz seiner vielfältigen Klagen freute sich der Bischof als »gaudens possidens«, wie er sich selbst mit Genügnung bezeichnete, seiner reichlichen und guten Quartiere. Die bremischen Lande wären keineswegs so unergiebig, wie er behauptete. Rücksichtslos schöpfte er ihre Reserven aus. Durch Vermittlung des Reichshofrats Fischer, dem das Entgegenkommen zugunsten des Bischofs schon manches graue Haar verursacht hatte, nahm der Bischof Verbindung mit den Ständen der Grafschaft Ostfriesland — die Fürstin lehnte jedes Entgegenkommen ab — auf und ließ sich vorläufig auf ein halbes Jahr monatlich 6000 Rtl. versprechen¹⁶. Ja, Dr. Ham, der wegen seines Wiener Fehltritts beim Bischof eine Scharte auszuwetzen hatte, setzte die ostfriesischen Stände durch Vorspiegelung eines in Wirklichkeit gar nicht drohenden Einmarsches münsterischer Truppen so in Furcht und Schrecken, daß sie sogar 15.000 Rtl. bewilligt hätten, wenn nicht durch einen anonymen Brief vom münsterischen Hof an Herrn von Gödens das ganze Schelmstück aufgedeckt worden wäre¹⁷. Vergeblich versuchte Zurmühlen auch die Reichsstadt Bremen zu einer Geldzahlung nach ostfriesischem Muster zu bewegen. Geschickt zogen die Ratsherren das Gespräch so lange hin, bis er die Geduld verlor und zu den Quartierverhandlungen mit den Dänen abreiste¹⁸.

Nachdem Kanzler Griffenfeld den Vizekanzler schon im Oktober mit einem sehr höflichen Schreiben begrüßt hatte¹⁹, die Reise aber damals aufgeschoben

¹⁴ Noch in den letzten Tagen geriet der Domdechant mit dem eckhischen Gesandten Müller heftig aneinander. Beide warfen sich gegenseitig vor, daß ihre Herren im Westfälischen bzw. Niedersächsischen Reichskreis eine Art Oberherrschaft errichten wollten. Man überhäufte sich mit konfessionell gefärbten Verdächtigungen (M. Korff-Schmising an Chr. Bernh., 29. II. 1675; MLA, 12, 21). Sogar der höfliche Windischgrätz vorlor in dem Widerstreit des Egoismus seine Selbstbeherrschung. Erregt verbat er sich, den Kaiser nur als »homo pius« zu betrachten, während jeder Stand ohne die geringste Sorge um die Meinung des Reichsoberhauptes nach Belieben Quartiere beziehe. Dem wiederholten münsterischen Einwand, der Kaiser unterhalte die braunschweigischen Herzöge durch Subsidien und finde ihre Ansprüche auf diese Weise ab, während der Bischof von Münster durch Quartiere unterstützt werden müsse, begegnete er durch den wenig stichhaltigen Einwand, auf Grund des Subsidienvertrages seien bisher an die Herzöge keine Gelder gezahlt worden, noch könnten diese in absehbarer Zeit Zahlungen erwarten (M. Korff-Schmising an Chr. Bernh., 30. II. 1675; Ebd.).

¹⁵ Chr. Bernh. an M. Korff-Schmising, Cloppenburg, 15. 12. 1675; MLA, 12, 21. Reglement S. 87. Die Unzufriedenheit des Bischofs benutzte der schwed. Resident Miller, v. d. Lühten in Hannover, Grote damit zu beauftragen, Münster von der feindlichen Partei abzuziehen und an Frankreich und Schweden zu ketten. Miller kam (Kar. XI., Hannover, 11. 12. 1675) (St. Germanica D. VI, 1 Miller v. d. Lühten Brief). Darauf erfolgte der Auftrag Karls XI. an E. Pufendorf, der sich damals in Leipzig aufhielt (St. Gallica I, Brev. Ev. v. Pufendorf till Envoyen C. Bonde). Vgl. Anm. 20.

¹⁶ Vergleich von Emden, 28. II. 1675; MU, 4654.

¹⁷ Ham an Chr. Bernh., Emden 28. II. 1675; MLA, 53, 23. Ebd. 60. Anm. 20.

¹⁸ Zurmühlen an Chr. Bernh., Bremen 17. 12. 1675; Ebd. 10. Anm. 20.

¹⁹ Griffenfeld an Zurmühlen, Mecklenburg 23./13. 10. 1675; MLA, 12, 28. Die Dänen hatten Anlaß, sich der Unterstützung Münsters bei ihren Territorialerwerbungen zu versichern. Ihre eigentlichen Absichten liefen auf die Einverleibung des Gebietes zwischen Unterelbe und Unterweser hin, um eine Landbrücke zwischen ihrem holsteinischen und oldenburgischen Besitz zu schaffen. A. D. Jörgensen, Griffenfeld II S. 306 ff.

wurde, ließ sie sich jetzt nicht länger hinauszögern. Der Bischof benötigte dringend das dänische Gegengewicht angesichts der Verständigung, die sich unter den Mitgliedern des braunschweigischen Hauses mit dem Ziel abzuzeichnen begann, alle fremden Mächte von der Mitsprache bei der Teilung der schwedischen Lande auszuschließen¹⁹. Sein Plan ging dahin, eine einseitige Verständigung mit König Christian V. über die Besetzung von Carlsburg als Stützpunkt herbeizuführen, sich mit den Dänen allein dieser Festung und des ebenfalls noch nicht eroberten Platzes Stade zu bemächtigen und darauf dem König sein Recht für Geld oder durch Stellung von Hilfstruppen abzuhandeln. Das Vorhaben mißlang gänzlich, jedoch konnte bei dieser Gelegenheit der Plan eines später weiterverfolgten Defensivbündnisses entworfen werden²⁰.

Unter diesen höchst unerquicklichen Umständen begann das Jahr 1676 mit neuen unangenehmen Überraschungen. Die am Hofe eingetroffenen hannoverschen Gesandten verfochten so offen ein gesamtlüneburgisches Bündnis mit dem Bischof, daß dieser betroffen seine Befürchtung einer schon vollzogenen Einigung unter den Herzögen bestätigt glaubte. Gerade auf ihrer Uneinigkeit baute er seinen Plan möglichst umfangreicher Erwerbungen im niedersächsischen Raume auf. Nur zu gut wußte er aber auch, daß ihr über allen Gegensätzen stehendes gemeinsames Ziel die Gewinnung der schwedischen Provinzen für ihr eigenes Haus unter Ausschluß anderer Mächte darstellte²¹. Ihre Einigung eröffnete böse Aussichten für die Zukunft. Christoph Bernhard vermutete, daß sein Versuch, die Welfen durch unmittelbare Verständigung mit dem Dänenkönig zu überspielen und bei der Teilung zu beschneiden²², bekannt geworden sei und die Herzöge zur Einigkeit geführt hätte. Mit großem Nachdruck redete er deshalb den Hannoveranern ein, die neue gesamtlüneburgische Politik entspringe nur einer »Verleitung« der protestantischen Mitglieder des Hauses²³. Durch eine Gesandtschaft des Domdechanten nach Hannover wollte er das Mißtrauen des Herzogs gegen seine Verwandten neu beleben und ihn veranlassen, seine Politik weiterhin auf dem Bündnis mit Münster aufzubauen, so wie der Rotenburger Vertrag es vorsah²⁴.

Die Burgdorfer Verhandlungen des Gesamthauses Lüneburg hatten jedoch Johann Friedrich in der Überzeugung gestärkt, daß es keineswegs nützlich sei, sich allein auf Münster zu verlassen, je näher die Frage der Aufteilung der

¹⁹ Ratsprotokoll v. 25. 12. 1675: GR. 597.

²⁰ Zurmühlen an Chr. Bernh., Lübeck 29. 12. 1675: MLA. 533, 3 I. – Karl XI. von Schweden beauftragte am 22. 12. 1675 den bremischen Kanzler Esaias v. Pufendorff, die bekanntgewordenen Zerwürfnisse und Meinungsverschiedenheiten unter den Verbündeten nach Möglichkeit zu vertiefen »und insonderheit durch des Herzogen von Hannover Trieb und Vermittelung einige davon wieder auf unsere und Frankreichs Seite zu gewinnen« (St., Germanica A III). – Der Entwurf eines dän.-münst. Vertrages wurde durch W. Zurmühlen am 17. 12. 1675 den Dänen übergeben. K. M., A II (Kanzleiabschrift).

²¹ Schnath S. 90.

²² Chr. Bernh. an Christian V., 1. 11. 1675: MLA. Mil. 2180. Vgl. Kredential Chr. Bernh. für W. Zurmühlen an Christian V., Cloppenburg 5. 12. 1675: KM., A II.

²³ Ratsprotokoll v. 2. 1. 1676: GR. 597.

²⁴ Desgl., 3. 1. 1676: Ebd. Ein Ergebnis dieses Schrittes war die Absendung Grotes nach Münster mit Instruktion, Hannover 17. 11. 1675: Der Geh. Rat hatte lediglich Auftrag, sich über die wahren Absichten des Bischofs zu unterrichten und den Willen des Herzogs zur Neutralität außer Frage zu stellen: Cal. BA. Des. 24 Münster Nr. 21 (Entwurf).

breemischen Provinzen rückte^{24a}. Mit Erfolg vertrat Herzog Georg Wilhelm dort die Ansicht, das Problem dürfe noch nicht auf der gerade in Gang gekommenen Bremer Konferenz erörtert werden, da die lüneburgischen Truppen zwar wertvolle Dienste an Rhein und Mosel, bei der Eroberung von Bremen und Verden aber nur so bescheidene Beiträge geleistet hatten, daß Territorialansprüche noch nicht mit genügendem Nachdruck vertreten werden konnten. Dagegen bestand die Gefahr, daß sich Münster und Dänemark zum Nachteil Lüneburgs gegenseitig Vorteile zuschoben. Georg Wilhelm schlug deshalb vor, die Festung Stade allein mit braunschweigischen Kräften zu erobern. Obgleich Johann Friedrich hartnäckig an seiner Neutralitätspolitik festhielt, kam eine Verabredung zustande, dem Bischof nur ein Fünftel der Eroberungen, und auch das nur im Fürstentum Verden unter einschränkenden Bestimmungen, zuzugestehen²⁵. Ja, ein Nebenrezeß sah Schritte zur gemeinsamen Verteidigung der lüneburgischen Anteile gegen Dänemark und Münster im Falle eines Krieges vor.

Unter diesen Gegebenheiten konnte die zur Regelung des Bremen-Verdener Teilungsgeschäfts einberufene Konferenz in Bremen nicht gedeihen. Mißgelaunt mußte Dr. Batz, Vertreter des Bischofs zu Münster²⁶, die zur Einschüchterung der übrigen Verbündeten gemeinten Tiraden des Großvogts von Hammerstein über wachsende Einigung der welfischen Häuser anhören. Dänemark bestand unbeirrbar auf Stade und Carlsburg mit einem verbindenden Landstreifen, und sogar Brandenburg meldete Gebietsansprüche für den Fall an, daß die pommerischen Eroberungen sich im Frieden nicht behaupten ließen. Der Bischof vermutete bereits ein zwischen Dänemark und Brandenburg abgekartetes Spiel zur Einschränkung seiner eigenen Ansprüche und stimmte daher der Anregung Herzog Georg Wilhelms zur Einberufung einer braunschweig-münsterischen Konferenz zu, in deren größerer Vertraulichkeit Worte gewagt werden durften, wie sie sich in Bremen von selbst verboten²⁷. Der Domdechant Korff-Schmising, ohnehin nach Hannover unterwegs, bekam manche beruhigende Zusicherung zu hören: Die beabsichtigte Verhandlung des Gesamthauses mit dem Bischof sei keineswegs zu seinem Nachteil angesehen. Grundlage bleibe doch stets das Bündnis zwischen ihm und dem Herzog von Hannover. Dänemark solle durchaus nicht von der Teilung ausgeschlossen werden, nur müsse eine lüneburgisch-münsterische Verständigung den Verhandlungen mit dem König vorausgehen²⁸.

^{24a} Vgl. Danmark-Norges Traktater VII S. 7.

²⁵ Regelmeier S. 95.

²⁶ Beglaubigungsschreiben, Münster 29. 12. 1675: MLA. 12, 17. Über die Bremer Konferenz vgl. die gute Darstellung von L. Laursen, Danmark-Norges Traktater VII S. 5 ff., die auf K., Br. B. fußt. Übrigens führte die Konferenz zum Sturz des Rats Dr. Batz, als dieser der osnabrückischen Deputation alternierend den Vortritt zugestand und also auch der braunschweig.-lüneburg. die Präferenz teilweise zubilligte. Der Bischof war der Meinung, »daß solche des Dr. Batzens faute aus bösem Vorsatz geschehen, weilen Unwissenheit nicht präntiert werden kann, da er selbst vor Osnabrück die Stelle oft und vielmals betreten und andere Observanz als solche nicht zu beweisen stehet«. Seine Stelle übernahm Dr. Ham (Erklärung Dr. Hams, Bremen 13./3. 2. 1676: KB.).

²⁷ Regelmeier S. 96. Auf Wunsch Herzog Georg Wilhelms übernahm Herzog Joh. Friedrich die Einladung an den Bischof (Georg Wilh. an Joh. Friedrich, Celle 11. 1. 1676: MLA. 12, 17 (Abschr.). Vgl. Jörgensen, Griffenfeld II S. 306 ff.

²⁸ Erklärung Herzog Joh. Friedrichs, 14. 1. 1676: Ebd. – Der Herzog versicherte damals dem schwed. Obristen Arenten, daß er keine Vereinbarung mit dem Bischof über die Teilung getroffen habe. »Sincerierten sehr, daß sie herzlich gern sähen, daß Bremen in schwedischer Possession alleinig bliebe und daß keiner Teil davon erhalte;

Am Anfang Februar trat die Hildesheimer Konferenz zusammen, vom Bischof durch Matthias Körff-Schmising und Werner Zurmühlen beschiedt²⁹. Die beiden münsterischen Gesandten setzten bald die Zustimmung der Herzöge zu einigen strittigen Quartieren durch. Dann aber gerieten die Verhandlungen ins Stocken. Nachdem alle Vorschläge Grottes, den leidigen Quartierstreit endgültig aus der Welt zu schaffen, keine Annahme fanden, überreichten die lüneburgischen Vertreter am 20. Februar ein Ultimatum: Sie forderten Abtretung der gesamten lippischen Quartiere, der halben Quartiere im Lande Hadeln und Ritzebüttel, freien Durchzug ihrer Truppen nach Ostfriesland und diplomatische Unterstützung gegen die Dänen in dieser Frage; Dafür wollten die Herzöge Tecklenburg, Rietberg und Rheda dem Bischof überlassen und die zwischen ihm und den ostfriesischen Landständen vereinbarten 6000 Rtl. monatlich auf ein Vierteljahr auszahlen und ihm danach die Grafschaft überlassen. Das Angebot schien so günstig, daß Schmising und Zurmühlen fest auf die Zustimmung des Bischofs rechneten und bis zu deren Eintreffen sich bereit erklärten, den zweiten Tagungspunkt, die Teilungsfrage, zu behandeln.

Diese hatte inzwischen an Kompliziertheit nur noch zugenommen. Im Rotenburger Vertrag vom 14. Oktober verabredete der Bischof mit den Herzögen Georg Wilhelm und Ernst August, wie erwähnt, eine Drittteilung des Landes. Nun hob der Vertrag des Bischofs mit Hannover und der Hausvertrag der Herzöge mit Osnabrück³⁰ zwei weitere »Berechtigte« aus der Taufe, während auch Dänemark und Brandenburg nachdrücklich Forderungen anmeldeten³¹. Auf die Weisung des Bischofs, wenigstens ein Viertel der Beute zu sichern, beanspruchte der Domdechant nun das Stift Verden, die Ämter Wildeshausen, Thedinghausen und Ottersberg, den Flecken Langwedel, das Gericht Achim, die sogenannten Bremer vier Gohren und einige kleinere Stücke bei Vegesack für Münster. Das ganze wertvolle Gebiet um die Reichsstadt Bremen war in diesen Forderungen enthalten. Es verläutete sogar, daß der Bischof den Dänen außerdem ihre Ansprüche an der Unterweser abzukaufen gedachte.

Die Braunschweiger lehnten diese Zumutungen rundweg ab. Außer Wildeshausen und dem Fürstentum Verden ohne die ehemaligen Diözesanrechte in lüneburgischen Ländern wollten sie nichts zugestehen. Mit einer gelehrten Deduktion Hermann Conrings bewiesen sie ihre uralten, unveräußerlichen Rechte an den übrigen Gebieten³². Auch hier liefen sich die Verhandlungen fest, so daß

denn in dem Fall würde doch nichts als Konfusion und Mißhelligkeiten entstehen. Wüshten nur, daß Stade und Carlsburg secourirt würden, und wann ja die Teilung vor sich gehen sollte, blieben sie dennoch ohnverrückt bei ihrer vorigen Erklärung, daß sie solches ihrer Kgl. Majestät restituieren wollten. (St., Gallica I, Bref. till envoyén Bonde från åtska Svenska beskickningar. Vgl. Bericht Arentens an Karl XI., Hannover 8, 2, 1676. (St., Germanica D. VI).

²⁹ Beglaubigungsschreiben, St. Ludgersburg 3, 2, 1676; Ebd. Die Verhandlungen begannen am 15. 2. Die lüneburg. Teilnehmer s. bei Regelmeier S. 96. Die Akten in Ce. BA. Des. 139 Nr. 444.

³⁰ Auf die Tatsache, daß der Burgdorfer Rezeß v. 25. 1. 1676 rechtlich nie in Kraft trat, weist Schnath S. 91 hin. Vgl. Regelmeier S. 92, und Wimarson II S. 43, und 54 ff.

³¹ Vgl. Anm. 18. Arenten teilte dem schwed. Gesandten Bonde in Paris am 14. 2. sogar mit, daß auch Holland auf der Hildesheimer Konferenz Ansprüche erhoben habe, ja, daß hauptsächlich hierin der Mißerfolg der Konferenz begründet liege. (St., Gallica I, Bref. till envoyén Bonde från åtska Svenska beskickningar).

³² Regelmeier S. 98 ff.

Herzog Johann Friedrich aus Angst, bei einem Scheitern der Konferenz von der Teilung ausgeschlossen zu werden, sich veranlaßt fühlte, Grote Anfang März zum Bischof abzuschicken. Aber auch dieser gewandte Diplomat vermochte Christoph Bernhard keine Nachgiebigkeit abzurufen³³. Nach einigen Wochen des Hinhaltens erklärte dieser ganz offen, angesichts des geringen Verständnisses der Herzöge für seine Ansprüche wolle er sich lieber mit Dänemark und Brandenburg vergleichen. Selbst der Hinweis Grotes, daß unter diesen Umständen an eine erfolgreiche Belagerung Stades nicht zu denken sei und diese Festung weiterhin alle Eroberungen der Verbündeten gefährde, verfehlte ihren Eindruck. Niedergeschlagen kehrte Grote in dem Augenblick nach Hannover zurück, in dem sich auch der Hildesheimer Kongreß ruhmlos auflöste (24. März). Die vorgesehene Fortsetzung der Besprechungen in Nienburg oder Hoya kam niemals zustande. Damit scheiterte der Plan Georg Wilhelms, in der Teilungsfrage eine Einheitsfront gegen Dänemark und Brandenburg aufzubauen³⁴. Der Bischof hatte sogar inzwischen Fäden geknüpft, die gradewegs in das Lager der anderen Partei führten. Der Kammerpräsident von Grote war in diesen Wintermonaten nicht der einzige Besucher am bischöflichen Hofe geblieben. Kurz vor Neujahr trat Marquis de Grana über unwegsamen Straßen seine mühsame Reise nach Coesfeld an³⁵. Auch er blieb ein unglücklicher Werber. Alle Versuche, die vom Kaiser zugewiesenen Quartiere als ausreichend zur Unterbringung des münsterischen Truppens hinzustellen, riefen nur des Bischofs gewohnte Klagen über die Undankbarkeit des Kaisers für in den zwei vergangenen Jahren vielfältig geleistete Dienste hervor. Im Verlaß auf Fischers Zusagen habe er 3000 Mann an die Maas und 8000 Mann in das Land Bremen geschickt. Zum Dank werde ihm jetzt das Fürstentum Ostfriesland vorerhalten. Als Grana einzuwenden wagte, daß der Kaiser die Grafschaft niemals dem Bischof angewiesen habe, wurde dieser so ungnädig und kaltsinnig, daß der Marquis es vorzog zu schweigen. Der Bremer Konferenz gab er angesichts solcher Hartnäckigkeit wenig Aus-

³³ Er traf am 7. März in Rheine ein und fuhr von dort mit dem Bischof nach Meppen. Sein ausführlicher Reisebericht in Cal. BA. Des. 24 Münster, Nr. 27 Bl. 15-22 (eigenh.). – Arenten berichtete am 13. 3. dem schwed. Gesandten C. Bonde in Paris: »Der Bischof von Münster hat wegen seines Anteils die anerböten 2 Ämter jenseit der Weser neben 200 000 Rtl. nicht annehmen, sondern solle sich ehender separieren und den Alliierten kein Sukkurs mehr geben wollen. Es ist aber zu weiterem Vergleich eine abermalige Zusammenkunft zu Hove in dem Cellischen angestellt. Ob die nun besser glücken wird, steht zu erwarten« (St., Gallica I: Bref till envoyen C. Bonde från Åtsk? Svenska beskickningar). – Arenten entging die Erfolglosigkeit Grotes Reise nach Münster nicht. Bericht v. 10. 3. 76 an Karl XI, St., Germanica: D VI, Arentens brief.

³⁴ Regelmeier S. 104. Die braunschweig. Konferenzniederschriften verzeichnet Schnath S. 93 Anm. 10. In der Rechtfertigung Grotes, Hannover 15. 3. 1676, wird die alleinige Schuld für das Scheitern der Hildesheimer Konferenz auf Münster geschoben und dem Bischof vorgeworfen, er habe die Front gegen Dänemark und Brandenburg aufbauen wollen und, da dies mißlungen sei, die Verhandlungen ohne vorherige Ankündigung abgebrochen und nach Bremen verlegt (Cal. BA. Des. 24 Münster, Nr. 23 Bl. 5). Der Hauptgrund für den Abbruch der Konferenz durch den Bischof lag in seiner Ablehnung des braunschweigischen Quartierplans, der ihm die Grafschaft Lippe absprach (Cal. BA. Des. 24 Münster, Nr. 27 Bl. 12).

³⁵ Marquis de Grana an Kaiser Leopold, Wesel, 2. 1. 1676; RKBR. de Grana: 1668-1676.

³⁶ De Grana an Kaiser Leopold, Rheine 6. 1. 1676; RKBR. de Grana: 1668-1676. – Gleichzeitig verhandelte auch P. Körler in Wien über die Winterquartiere. Der

Nicht viel besser erging es Herrn von Landsee, der knapp vier Wochen später (am 28. Januar) in Rheine eintraf³⁷. Auch er mußte sich lange Klagen anhören, wie auf andere »und zwar widrige Religionsverwandte und innerlich ganz nicht Wohlgemeinte« am Kaiserhof mehr Rücksicht als auf ihn genommen werde, der doch wahrlich durch seine Kriegsanstrengungen im Bremischen und den so viel gelästerten Vertrag mit Hannover mehr für das katholische Wesen geleistet habe als irgendein anderer Reichsfürst. Eigensinnig weigerte er sich, über den bevorstehenden Feldzug zu sprechen, wenn nicht alle seine Quartierforderungen Berücksichtigung fänden. Als Landsee schon glaubte, den Bischof durch geschicktes Entgegenkommen freundlicher gestimmt zu haben, trat der Komtur Schmising in das Zimmer und wiederholte die Forderung, alle Quartiere in den Vertrag aufzunehmen, bevor der kaiserlichen Quartierverteilung zugestimmt werden könne. Offen müsse er gestehen: Der Bischof sei mit seinen finanziellen Kräften am Ende. Schließlich eröffnete auch dieser, nachdem ihm Landsee monatlich 6000 Rtl. aus der Stadt Bremen anstelle der ostfriesischen Gelder in Aussicht gestellt hatte, freimütig sein Herz: »Bei dieser Okkasion haben ihre fürstl. Gnaden gemeldet, wie sie wüßten und versicheret wären, daß die Generalstaaten, der Prinz von Oranien, Kurbrandenburg und braunschweig- und lünenburgische Fürsten der katholischen Religion, den Stiftern, absonderlich aber ihro ganz infens und zuwider wären. Dahero sie ihre Studia dahin richten müßten, umb alle Zeit Partie zu nehmben, worinnen ihres Stifts und der Religion Konservation stünde, angesehen ihr Land mit erwähnter Fürsten und Ständen Territoriiis gänzlicher umgeben, angrenzend und allschieer enklavieret wäre«³⁸. In derselben Form hatte der Bischof seine Lage vor 25 Jahren im ersten Rombericht dargestellt. Fast deckten sich die Worte. Die darin zum Ausdruck gebrachte Überzeugung bildete die unerschütterliche Grundlage seines politischen Denkens.

In Bremen vernahm Landsee noch einmal die Bestätigung hierfür aus Dr. Hams Mund. Der Generalkriegskommissar beschwor den kaiserlichen Gesandten, Ostfriesland auf keinen Fall den Lüneburgern oder Dänen zu überlassen. Dem Bischof komme es letzten Endes nicht auf 6000 Rtl. an und ob man sie aus der Grafschaft oder von der Reichsstadt Bremen erhalte. Seinen Herrn ängstige vielmehr die Aussicht, daß die Protestanten von der Elbe über das Herzogtum Bremen, Oldenburg und Ostfriesland eine durchgehende und sichere »linea communicationis« erhalten könnten. Wenn dem Bischof die Grafschaft angewiesen werde, wolle er sogar zum Dank 6000 Rtl. in die kaiserliche Kasse zahlen. Er, Ham, wolle sich in diesem Fall für den Erfolg des Anliegens Landsees verbürgen. Münsterscherseits werde man alle Versprechen, die der Kaiser pro forma darüber hinaus gebe, nicht anmahnen. Über diesen seltsamen Antrag konnte Landsee das Lachen nicht unterdrücken. Der Kaiser sei nicht gewohnt,

Bischof konnte sich also nicht festlegen, bevor der Ausgang jener Besprechungen feststand (vgl. Mayersheim an Chr. Bernh., Wien 12. 1. 1676: MLA. 534, 5 III). Landsee vermutete ebenfalls, daß der Bischof mit Rücksicht auf Körler nicht aus sich herausgehe und u. a. auch die Mitteilung des hannoverschen Neutralitätsvertrages immer wieder aufschiebe, um ihn durch seinen Beichtvater dem Kaiser gleichsam aus eigenem Antrieb überreichen zu können (Landsee an Kaiser Leopold, 3. 2. 1676: RKBR. de Grana 1668–1676).

³⁷ Chr. Bernh. an Mayersheim, Rheine 31. 1. 1676: MLA. 534, 5 III. Landsee reiste in Vertretung des Marquis de Grana.

³⁸ Landsee an Kaiser Leopold, Rheine 3. 2. 1676: RKBR. Landsee 1668–1676.

»französisch zu handeln«, und er, Landsee, vermöge derartige Abmachungen ebensowenig zu verantworten³⁹. Das Gespräch endete ergebnislos⁴⁰.

Der Bischof schenkte diesem »Nebenkriegsschauplatz« ohnehin nur halbe Aufmerksamkeit. Seine Hauptsorge galt der noch immer unregelmäßigen Teilung der eroberten schwedischen Länder. Nur zu gut wußte er, daß der Krieg gegen die nordische Krone der letzte seines Lebens war und den Erfolg bringen mußte, den die Kriege gegen die Generalstaaten ihm versagt hatten. Mit allen Mitteln galt es, die besetzten Gebiete fest in der Hand zu halten und nicht wieder durch Konferenzen zu verspielen, was die Waffen gewonnen. Der Versuch, gemeinsam mit dem Hause Lüneburg den Kreis der Teilungsberechtigten einzuengen, mußte als gescheitert gelten. Die Welfen hatten nicht einmal erkennen lassen, ob sie Münster zur Teilung zuzulassen gedachten. Nun unternahm der Bischof einen Vorstoß bei Dänemark und Brandenburg. Damit entstand unter den Verbündeten, die auf dem Bremer Kongreß zusammensaßen, eine deutliche Spaltung: Braunschweig stand vereinsamt, nur vom Kaiser und Holland schwach unterstützt. Der in Den Haag ausgearbeitete, den Welfen sehr günstige Provisionalvergleich vom 31. März d. J.⁴¹ fand einmütige Ablehnung der Gegenseite. Nach dem fehlgeschlagenen münsterischen Versuch, am 19. März die Festung Stade mit 1000 Mann im Handstreich zu erobern, unzweifelhaft in der Absicht unternommen, den wichtigsten Platz der schwedischen Provinzen in die alleinige Hand des Bischofs zu bringen⁴², schloß sich dieser um so enger an Dänemark und Brandenburg an. Diesen Mächten kam die Entwicklung sehr gelegen. Baudissin⁴³ und Ledebur begaben sich zur Festlegung einer gemeinsamen Marschroute nach Cloppenburg⁴⁴, während gleichzeitig Zurmühlen

³⁹ Desgl., Bremen 9. 2. 1676: Ebd.

⁴⁰ Desgl., Mainz 19. 3. 1676: Der Komtur Korff-Schmising habe nochmals die Anweisung der Grafschaft Ostfriesland als *conditio sine qua non* bezeichnet, zumindest aber der Hälfte des Landes. Über die Geheimartikel des hannoverschen Neutralitätsvertrages habe er aus Dr. Ham nichts herausbringen können. Es bestehe die Möglichkeit, daß die übrigen münsterischen Räte, die vor Ham wegen seiner bekannten gutkaiserl. Gesinnung nie votieren wollten, ihn darüber in Unkenntnis gelassen hätten (Ebd.).

⁴¹ Abschr. in MLA. Mil. 2308 und Cal. BA. Des. 24 Münster Nr. 22 Bl. 47 mit cellischen Monita, Druck in Danmark-Norges Traktater Bd. 7 Nr. 1 nach der Ausfertigung im Reichsarchiv Den Haag. Marquis de Grana brachte den Entwurf dem Bischof zur Kenntnis (vgl. Ferd. v. Fürstenberg an Chr. Bernh., 26. 4. 1676: MLA. 540 b V). Den Bischof störte daran mehr als seine eigene Benachteiligung die den Generalstaaten eingeräumte Schiedsrichterrolle. Im einzelnen vgl. zu den verschiedenen Entwürfen und damit zusammenhängenden Verhandlungen Regelmeier S. 108 ff. Wimarson I S. 229 ff.

⁴² Noch in der Ratssitzung v. 26. 3. erklärte der Bischof: »Stade könne Münster allein wohl wegnehmen. Münster und andere Alliierte müßten einen festen Fuß im Bremischen haben gegen das Haus Braunschweig. Sonst diene nicht, daß Stade ihnen, den Schweden, genommen werde zu Verstärkung des Hauses Braunschweig.« GR. 597. – Schon zu dieser Zeit begann offensichtlich das zwiespältige Spiel des Bischofs um die Festung Stade. Vgl. Bericht J. Arenten an Karl XI., Hannover 18. 4. 1676: Herr Besser werde dem König über die Sache mit dem Bischof berichtet haben. Der Herzog von Celle wolle erst nachgeben, wenn Stade gefallen sei. »Aber hingegen tuet der Bischof darin ein und andere Verhinderungen« (St., Germanica D VI. Arentens brief).

⁴³ Baudissin an Chr. Bernh., Oldenburg 3. 4. 1676. MLA. 543 II.

⁴⁴ Regelmeier S. 107. – Der Bericht des schwed. Residenten in Hamburg vom 22. 3. 76, gerade jetzt herrsche ein Zerwürfnis zwischen Münster einerseits und Dänemark und Brandenburg andererseits, entsprach in dieser Form nicht der Wirklichkeit (St., Germanica D II). – Vgl. Danmark-Norges Traktater VII S. 10. Wimarson II S. 64 f. Bericht über den Besuch Baudissins in Cloppenburg v. 9. 3. 1676 in KB.

nach Berlin eilte, um dort die gemeinsamen Interessen ins rechte Licht zu rücken, »bevorab da Kurbrandenburg und Münster das Eis am ersten gebrochen und bei der Sachen das meeste getan«. Die Teilung sollte unter den Berechtigten - Dänemark, Brandenburg, Münster, dem Hause Braunschweig einschließlich Hannover - gleichmäßig erfolgen, wobei der Bischof darauf rechnete, dem Kurfürsten sein Fünftel abhandeln zu können⁴⁵.

Damit wählte der Bischof Notlösungen, die seinen inneren Anschauungen widersprachen. Nicht als herzlicher Verbündeter, sondern als bloßes Werkzeug sollte ihm Brandenburg dienen. Auch mit Dänemark gestattete ihm sein Gefühl kein aus innerer Neigung geborenes Freundschaftsverhältnis. Noch vor kurzem hatte er deshalb mit dem Kurfürsten von Köln ein neues, wenn auch bedeutungsloses Verteidigungsbündnis geschlossen (31. Januar 1676)⁴⁶, nur mit dem Ziel, ein gewisses Gegengewicht zu den unbequemen Partnern im Norden zu schaffen. Den Bischof beherrschte tiefes Unbehagen⁴⁷, denn seine eigentlichen Absichten liefen in ganz anderer Richtung. Unzufrieden über die kaiserliche Politik mit ihrer, wie er meinte, ausgesprochenen Begünstigung protestantischer Fürsten unter Rücksicht auf die anders nicht zu erzielende Verteidigung der Spanischen Niederlande, beschloß er, im kommenden Feldzug nur das vom Kaiser allen Reichsständen abgeforderte Duplum zu stellen. Unvollkommene Erfüllung kaiserlicher Versprechungen oder Zusagen seiner Minister glaubte er als Berechtigung für seine Haltung ansehen zu dürfen. Wieder schwebte ihm die erfolgreiche Schaukelpolitik des Hannoveraners als Ziel vor Augen, obgleich sie seinem tätigen Wesen in gar keiner Weise entsprach. Der Plan forderte Einstellung der Feindseligkeiten gegen Schweden und Abbruch der Bündnisverhandlungen mit Holland⁴⁸.

Der Verlauf der Belagerung von Stade lenkte die Gedanken des Bischofs in dieselbe Richtung, obgleich er selbst mit die Hauptschuld an der Entfremdung unter den Verbündeten trug. Seine Versuche, die Festung in münsterische oder

⁴⁵ Zurmühlen an Bf. Ferdinand, Berlin 15. 4. 1676. DK. Prod. VI 9. - Dänemark und Brandenburg vereinbarten bekanntlich am 22. 9. 1675, daß dieses ganz Pommern, jenes die Insel Rügen und die 1660 zu Roeskilde an Schweden abgetretenen Gebiete erhielten. Der Kurfürst erklärte sich außerdem bereit, gegen Stellung von Hilfstruppen auf seinen Anteil an Bremen-Verden zu verzichten (Droysen III 3 S. 454 f.). Da die Hilfstruppen von Braunschweig und Münster nicht gestellt wurden, verlor der Verzicht seine rechtliche Gültigkeit.

⁴⁶ Rezeß in MLA. 13, 45. Der Bischof bemerkte dazu am 2. 4. 1676 gegenüber Bischof Ferdinand, daß das Bündnis nur »eine Renovation vorhin beliebter Vereinigung ist« (MLA. 540b V). Der Kaiser sah das Bündnis nicht gern (vgl. die Berichte in MLA. 542 a).

⁴⁷ Es kam besonders auf den Ratssitzungen v. 17. u. 19. April deutlich zum Ausdruck.

⁴⁸ Ratsprotokolle v. 17. u. 19. 4. 1676: GA. II C I 2 III. Das Schreiben des Bischofs an den Kaiser v. 7. 4. 1676 enthielt eine erste Andeutung, indem er die von Grana angeblich geäußerte Meinung begrüßte, »daß bei gegenwärtigen Konjunkturen besser und dem gemeinen Wesen vorträglicher sein würde, wann meine Völker zu Pferd und zu Fuß zwischen Elbe und Weser gegen Schweden zur Operation schreiten und die Festung Stade infestieren würden« (MLA. 538b II). Das schloß unausgesprochen in sich, daß die Truppen an Rhein und Mosel nicht wieder eingesetzt würden. - Die schwedischen Beobachter im Reich bemerkten die Unzufriedenheit des Bischofs mit seinen Verbündeten sofort. Vgl. Arenten an C. Bonde, Hannover 17. 4. 1676: »Und hat man auch von des Bischofen von Münster Resolutionen gute Hoffnung, weiln derselbe auf der guten Partei inkliniere, wovon wegen Mangels Ziffern mich nicht weiter extendiren darf« (St., Gallica I: Bref till envoyén C. Bonde från åtsk. Svenska beskickningar).

wenigstens in seine und dänische Hände unter rücksichtsloser Ausschließung der Lüneburger zu bringen, spotteten jedem Grundsatz einer Bundesgenossenschaft. Die gewaltige Entrüstung über die ohne Benachrichtigung des braunschweigischen Generals Chauvet abgehaltene Konferenz Wedells mit Baudissin zu Basdahl (21. April)^{48a} ließ es dem Bischof und den Dänen allerdings geraten erscheinen, durch die Abmachung von Bremervörde (8. Mai)⁴⁹ einzulenken und der gemeinsamen Belagerung Stades zuzustimmen. Aber nun verweigerten wieder die Welfen die Ratifikation, weil sie den anderen kein Mitbesatzungsrecht einräumen wollten⁵⁰.

Neben der Meisterschaft in der Wahl ihrer Mittel besaß die französische Politik auch das richtige Gefühl für Ort und Zeitpunkt ihres Ansatzes, eine Frucht sorgfältiger und keine Kosten scheuender Beobachtung fremder Höfe. So verwundert es wenig, daß gerade jetzt der französische Resident in Hamburg, Bidal, Vollmacht zu neuen Verhandlungen mit dem Bischof von Münster erhielt⁵¹. Auch dieser hatte schon Fühler ausgestreckt. Seit einiger Zeit wechselte Lic. Rave Briefe mit der französischen Gesandtschaft in Nymwegen und dem schwedischen Residenten J. Arenten in Hannover. Immer wieder brachte er dieselben Gesichtspunkte vor: Stade kann nicht mehr lange den Belagerern widerstehen. Soll die Stadt gerettet werden, so ist ein schneller Entscheid Ludwigs XIV. nötig, ob er der Bitte des nach Paris geeilten schwedischen Gesandten Eberhard von Grafenthal entsprechen und ein Heer von 10 000 Mann über den zur Zeit nur wenig Wasser führenden Niederrhein setzen wolle. Der Entschluß des Königs werde zugleich dem Bischof die Entscheidung vorschreiben. Marschiere die französische Armee, so werde kein münsterisches Heer an die Mosel gehen⁵², und in der Tat hatte sich bereits ein Teil der münsterischen Truppen in Richtung auf die Weser in Bewegung gesetzt⁵³.

Während der Domdechant Korff-Schmising auf die Fertigstellung seiner Instruktion für Hannover wartete⁵⁴ und schon unterwegs vernahm, daß Grote in

^{48a} Protest des Herzogs von Hannover an den König von Dänemark, 30./20. 4. 1676: Cal. BA. Des. 24 Dänemark Nr. 42.

⁴⁹ Rezeß in MU. 4659. Vgl. Danmark-Norges Traktater VII S. 111.

⁵⁰ Regelmeier S. 120 f.

⁵¹ Vgl. Ribbeck S. 70. Vollmacht Ludwigs XIV., Condé 26. 4. 1676: CM. 4 Bl. 36. Der Bischof wies den aus Berlin zurückerwarteten Zurmühlen (Rekreditiv des Kurfürsten 15./5. 5. 1676: MLA. 538 c) am 2. 5. 1676 an, in Hamburg zu bleiben, angeblich um mit der Stadt Verhandlungen zu führen! (MLA. 533, 3 I). Der kaiserl. gesinnte Generalkriegskommissar wurde durch Verschickungen nach Bremen und Den Haag (Vollmacht des Bischofs, Ahaus 8. 4. 1676: MLA. 12, 17) sorgfältig ferngehalten. Vgl. Hessing an Chr. Bernh., 21. 4. 1676: MLA. 534, 1 VI. – Mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgten die Schweden den Beginn franzö.-münst. Fühlungnahme. Bericht J. Arenten an Karl XI., Hannover 18. 4. 1676: »Es werde auch ehister Tagen der Baron Bidal sich nach Münster begeben, umb die Traktaten mit dem Bischof richtig zu machen, welches alles aber in großen Geheim geschicht, maßen es dem Monsieur Rousseau, mit dem man nicht traktieren will, auch vorenthalten wird.« Arenten gab Bidal einen schwedischen Vertrauensmann als Schreiber bei (St., Germanica D VI, Arentens bref). Die weiteren Verhandlungen führte E. v. Grafenthal (St., Germanica D II, Resid. Grafenthals brev. Bd. 2).

⁵² Rave an einen bischöfl. Sekretär in Nymwegen (undat. um 1. 5. 1676): CM. 4 Bl. 50.

⁵³ Rave an Gargant, 28. 4. u. 2. 5. 1676: Ebd. Bl. 37 u. 38.

⁵⁴ Diese wurde in enger Anlehnung an die Beschlüsse v. 17. u. 19. 4. angefertigt. Ratsprotokoll v. 5. 5. 1676: GR. 597. Instruktion, Wolbeck 5. 5. 1676: MLA. 12, 17. Der Domdechant reiste sofort ab. Rekredential Hzg. Joh. Friedrichs, Hannover 12./2. 5. 1676: MLA. 12, 17. Vgl. Ribbeck S. 72 ff.

Celle die Ratifikation der Bremervörder Abmachungen nicht durchzusetzen vermochte⁵⁵, gingen sowohl die französischen als auch die münsterischen Beauftragten an die Vorbereitung der Hauptverhandlungen⁵⁶. Verjus hatte bereits dem französischen Hof die Vorteile eines solchen Bündnisses gepriesen. Die größte Schwierigkeit bestand in den übertriebenen Geldforderungen des Bischofs – es handelte sich um 80 000 Rtl. –, von deren Erfüllung er den Beginn seiner Wendung zugunsten des Königs abhängig machte. Handelte er in betrügerischer Absicht – und die Franzosen hegten diesen Argwohn –, so ging die Summe verloren und diente sogar der Stärkung des Feindes. Verwandte der Bischof dagegen das Geld, wie er vorgab, zu Werbungen, um an der Seite Hannovers die Neutralität zu behaupten, so hielt er damit die Verbündeten des Kaisers, besonders die gefürchteten Braunschweiger, deren Heere an Rhein und Mosel den Franzosen so viel Abbruch taten, zurück, ihre Truppen abermals außer Landes zu schicken. Es ließ sich nicht umgehen, ihn dazu so stark zu machen, daß er die Herzöge von Braunschweig nicht mehr im Rücken zu fürchten brauchte. Der Entscheidung des Königs blieb überlassen, ob er den Einsatz der 80 000 Rtl. wagen wollte oder nicht⁵⁷.

Der münsterische Bündnisentwurf, den Wintgens mit auf die Reise nach Paris nahm, enthielt dagegen folgende Hauptpunkte: Der Bischof verpflichtet sich zum Unterhalt von 11 000 Fußknechten, 3000 Reitern und 1000 Dragonern. Dafür gibt der König einmalig 100 000 Rtl. und monatlich 40 000, wenigstens aber 35 000 Rtl. zum Unterhalt. Er verpflichtet sich ferner, Hannover zum gemeinsamen Krieg gegen Holland zu bewegen und die übrigen Herzöge von Braunschweig zur Neutralität zu bestimmen. Er ist seinerseits bereit, jederzeit gegen die Generalstaaten die Waffen zu ergreifen und wird während des diesjährigen Feldzuges dafür sorgen, daß Stade in schwedischen Händen bleibt, vorausgesetzt, daß der König mit etwa 8000 Mann am Niederrhein Posten faßt. Dem Bischof bleiben die Quartiere im Bremischen erhalten. Der König garantiert alle zukünftigen Abmachungen zwischen Schweden und Münster und tritt dafür ein, daß Wildeshausen, Thedinghausen und die Ansprüche auf die Grafschaft Delmenhorst dem Bischof zufallen. Ausdrücklich erklärt der Bischof als Ziel des Vertrages die Befreiung von dem Druck der Holländer und des Prinzen von Oranien. Ebenso ausdrücklich werden Kaiser und Reich ausgenommen. Der streng geheimzuhaltende Vertrag bleibt bis zum allgemeinen Friedensschluß in Kraft.

Auch dieser Entwurf stammte aus der Feder des Geheimen Rates Jobst Hermann Rave, des unversöhnlichen Feindes der Generalstaaten⁵⁸.

In ihrer Bedrängnis gingen die Franzosen auf die Bedingungen ein. Nach ungewöhnlich kurzen Verhandlungen erfolgte am 23. Mai in Hannover die Unterzeichnung des Vertrages⁵⁹. Immerhin gelang es Bidal, zugunsten Frank-

⁵⁵ Grote an M. Korff-Schmising, Celle 15. 5. 1676: MLA. 12, 17. Die Bedeutung der Nichtratifikation des Vertrages für die münst. Politik wird von Ribbeck S. 71 ff. u. Regelmeier S. 122 weit überschätzt.

⁵⁶ Vollmacht des Bischofs für Gerh. Heinr. Wintgens zu Verhandlungen mit Bidal, Wolbeck 17. 5. 1676: GA. II C II 15.

⁵⁷ Denkschrift Verjus', undat.: CM. 4 Bl. 29.

⁵⁸ Entwurf in GA. II C II 15. Den beiden Korff-Schmising teilte Tork die beabsichtigte Schwenkung des Bischofs nach Angaben des span. Gesandten Fioramonti in Den Haag mit. Beide erschrakten sehr. Ribbeck, WZ 52 I S. 145 ff.

⁵⁹ Ausfertigung ebd. Drucke: Estrades, Lettres, S. 107 ff., Dumont VII 1 S. 322 ff. Vgl. Ribbeck S. 73. Tork dankte Ferdinand v. Fürstenberg mehrmals, dem Bischof vom neuen Bündnis mit Frankreich abgeraten zu haben. Ribbeck, WZ 52 I S. 151.

reichs einige Sicherungen einzubauen. So versprach der Bischof, die Aufhebung der Blockade von Stade zu bewirken, den Schweden den Besitz von Bremen und Verden zu garantieren und spätestens bis zum 25. Juni mit 15000 Mann gegen Holland und die übrigen Feinde Frankreichs, den Kaiser ausgenommen, zu marschieren. Dafür versprach Ludwig XIV. monatlich 32000 Rtl. Subsidien und einen einmaligen Zuschuß von 100000 Rtl., dessen erste Hälfte zu Beginn der Feindseligkeiten, die zweite in 5 gleichen Beträgen in den nächsten Monaten gezahlt werden sollten. Der König sicherte dem Bischof den Erwerb von Wildeshausen und Thedinghausen zu. Herzog Johann Friedrich sollte zum Beitritt aufgefordert werden.

Zum Segen für die deutsche Geschichte erstickte der heimtückische Vertrag bereits im Keim an der Maßlosigkeit der münsterischen Forderungen. Obgleich er den weitaus größten Teil der Ansprüche des Bischofs erfüllte, zeigte sich dieser mit dem Ergebnis höchst unzufrieden. Er bemängelte, daß die monatlichen Subsidien um 5000 Rtl. zu niedrig angesetzt seien und daß vor allem die 100000 Rtl. nicht schon jetzt in voller Höhe undbarer Münze auf den Tisch rollten. Der Garantie der schwedischen Besitzungen hätte er sich gern entzogen und schließlich bestand er, und diese Bedingung fiel den Franzosen gar zu schwer, auf dem Erscheinen eines königlichen Heeres von 8–10000 Mann am Niederrhein oder aktiver Kriegsteilnahme Hannovers⁶⁰. Hinzu kam, daß die Geheimhaltung nicht gewahrt blieb. Ein Edelmann des hannoverschen Hofes, Franz Floramonti, dem Bidal das Geheimnis anvertraute, verriet es den Verbündeten. Dem Druck Ferdinands von Fürstenberg und der münsterischen Geheimen Räte, die bisher nicht ins Vertrauen gezogen waren, widerstand der ohnehin mit dem Verträge unzufriedene Bischof nicht. Er ließ die Fäden nach Frankreich fallen⁶¹.

Er faßte den Entschluß um so leichter, als auch Korff-Schmising aus Hannover nicht die erhofften guten Nachrichten mitbrachte. Der Herzog hatte sehr erstaunt getan, daß der Bischof ihn aus der eben aufgezwungenen Neutralität wieder herausmanövrieren und zum öffentlichen Helfer Frankreichs machen wollte. Über eine gemeinsame Verteidigung der Neutralität hätte er gern mit Korff-Schmising gesprochen, aber zu einem Offensivbündnis hegte er nicht die geringste Neigung⁶². Was hätte der von allen Seiten bedrängte Herzog anders antworten sollen? Auch der Kurfürst von Brandenburg nötigte ihn neuerdings unter Androhung von Gewalt, die Quartiere im Fürstentum Anhalt schleunigst zu verlassen⁶³.

Mehr und mehr nahm in dieser Zeit die münsterische Politik den Charakter planlosen Suchens nach festem Halt an. Nirgends fand sich eine zuverlässige Stütze: Der Kaiser versagte, Frankreich konnte und wollte die Forderungen des Bischofs nicht erfüllen, die Welfenherzöge versuchten ihn im Bremischen auszuschalten, und Johann Friedrich unterlag fast seinen eigenen Sorgen. Und doch zwang die heranrückende, unaufschiebbare Kapitulation der Festung Stade⁶⁴ zu eindeutigen Absprachen über die Teilung der Eroberungen oder zu einem Handstreich, der im voraus die Entscheidung brachte, wenn nicht der ganze Gewinn des schwedischen Feldzuges aufs Spiel gesetzt werden sollte.

⁶⁰ Bemerkungen des Bischofs v. 28. 5. 1676: GA. II C II 15.

⁶¹ Regelmeier S. 124.

⁶² M. Korff-Schmising an Chr. Bernh., St. Mauritz 28. 5. 1676: MLA. 12, 17.

⁶³ Schnath S. 95. Kredential für M. Korff-Schmising und W. Zurmühlen, St. Ludgersburg 29. 5. 1676: Cal. BA. Des. 24 Münster Nr. 24. Bericht Grotes über die Unterredung mit M. Korff-Schmising, Linsburg 31. 5. 1676: Cal. BA. Des. 24 Münster Nr. 24.

⁶⁴ Über die Blockade von Stade vgl. Regelmeier S. 80 ff., 113 ff. und 124 ff.

Aus der Ungewißheit entsprang einer der seltsamsten Entschlüsse, die der Bischof je gefaßt hat. Unter Außerachtlassung aller laufenden Verhandlungen knüpfte er mit den Feinden in vollem Bewußtsein ein Gespräch an, daß ein Vergleich mit Schweden den von dieser Krone und Frankreich geforderten Verzicht auf alle Eroberungen, mit Ausnahme von Wildeshausen, und die Garantie des schwedischen Besitzstandes in sich schloß. Seine Empörung über die Verbündeten verdunkelte ihm den Blick dermaßen, daß ihm der schmerzliche Verzicht tragbar erschien, wenn nur damit den Bundesgenossen eine Demütigung zugefügt wurde^{64a}.

Am 18. Juni beauftragte er den Freiherrn von Wedell und Dr. Ham, mit dem schwedischen Feldmarschall Horn in Unterhandlungen zu treten⁶⁵. Schon seit einiger Zeit verlief die Belagerung mit äußerster Nachlässigkeit. Der Bischof bemühte sich, auch Dänemark und Brandenburg von entschiedeneren militärischen Schritten zurückzuhalten⁶⁶. Gerade weil beide Mächte auf ein schnelles Ende der Belagerung drängten, um ihre Truppen in Pommern und Schonen verwenden zu können, sah sich der Bischof in seinem Vorsatz bestärkt. Wedell erhielt ausdrückliche Weisung, der schwedischen Besatzung die Zufuhr nicht abzuschneiden. Je länger die Verbündeten vor Stade lagen, um so weiter schob sich die für den Fall der Festung vorgesehene, dem Bischof unwillkommene Räumung des Herzogtums Bremen hinaus⁶⁷. »Das berühmte Haagische Projekt bringet dergleichen Absurditäten mit sich«, führte der Bischof zu seiner Verteidigung an. Wer wollte ihm zumuten, zum eigenen Nachteil beizutragen? So verbot er Wedell, einem Sturm auf die Festung zuzustimmen, sondern fest auf der Durchführung der vereinbarten Blockade zu bestehen und in dieser Zeit zu versuchen, mit Horn eine Kapitulation zu vereinbaren, die die Übergabe der Festung in die alleinigen Hände des Bischofs und den Übertritt der gesamten oder doch wenigstens der deutschsprachigen Besatzung in das münsterische Heer vorsah. Insgeheim sollten Vorbereitungen getroffen werden, um die braunschweigischen und dänischen Besatzungen aus Carlsburg und Bremervörde zu verdrängen und notfalls die münsterischen Truppen um Bremervörde und Burg gegen einen braunschweigischen Überfall zusammenzuziehen⁶⁸. Gelang der Plan, so beherrschte der Bischof die wichtigsten Punkte der Länder Bremen und Verden und konnte sein Heer durch die schwedische Besatzung der Festung Stade sogar ohne französische Finanzhilfe dermaßen verstärken, daß er keine Furcht mehr vor den Braunschweigern und Dänen zu fühlen brauchte.

Graf Horn griff begierig zur letzten Möglichkeit einer Rettung Stades. Er wußte seit langem, daß die Festung den Winter nicht überstehen würde. In seinem Namen meldete sich Eberhard von Grafenthal auf der Reise nach Nym-

^{64a} Über die durch die Schweden Grafenthal und Arenten zwischen Münster und Frankreich geknüpften Fäden vgl. Hoffstedt S. 75. Basnage II S. 711 ff. St., Gallica I: Bref till envoyén C. Bonde från åtsk. Svenska beskickningar. – Der Obrist J. Arenten reiste mehrmals nach Münster, ohne allerdings ganz zum Ziel zu gelangen. – Der schwedische Reichsrat billigte die Verhandlungen mit Münster auf Grund eines Berichts E. Pufendorffs am 9. 6. 1676 (St., Rådsprotokoll 1676 (Gyllenstalpes Protokoll) Bd. 67 Bl. 267).

⁶⁵ Bischöfl. Weisung, St. Ludgersburg 18. 6. 1676: MLA. 434, 17. Über den Versuch, den Bischof von seinen Verbündeten vor Stade zu trennen, s. auch Landberg S. 190 ff. Hoffstedt S. 76 Anm. 6.

⁶⁶ Wimarson II S. 100. Regelmeier S. 129 erkennt die Gründe des Bischofs nicht.

⁶⁷ Die Räumung sah das sogen. Haagische Projekt vor.

⁶⁸ Chr. Bernh. an Wedell, 18. 6. 1676: MLA. 434, 17.

wegen⁶⁹ Ende Juni beim Bischof und erklärte sich im Auftrage Horns mit dem vorgeschlagenen Verfahren zufrieden, zuerst einmal die Belagerung in die Länge zu ziehen; wenn aber die Festung nicht länger zu halten schien, sie »per simulatam capitulationem« dem Bischof zu übergeben und so lange zu belassen, bis ein ordnungsmäßiges, schwedisch-münsterisches Bündnis, eingeschlossen die Rückgabe von Bremen und Verden an den König, unter Dach und Fach gebracht war⁷⁰. Grafenthal stimmte dem Bischof bei, als dieser die augenblicklichen Verhältnisse als äußerst günstig zur Wegnahme der holländischen Festungen während der alle Kräfte der Verbündeten fesselnden Belagerung Maastrichts beurteilte⁷¹.

Diese Besprechungen fanden unter äußerster Geheimhaltung statt. Die Unterlagen verwahrte der Bischof vor allen fremden Augen⁷², und doch erscholl bereits Mitte Juli in Regensburg die gewisse Nachricht, daß er die Alleinschuld an der schleppenden Belagerung von Stade trug⁷³. Freilich ließ der Verlauf der noch immer tagenden Bremer Konferenz und die ständig wiederholten Einwände der münsterischen Delegierten gegen eine Erstürmung der Festung – begründet mit »Vermeidung unschuldigen Christenbluts Vergießung«⁷⁴ – gleichermaßen den Schluß zu, daß der Bischof sich mit dunklen Plänen trage. Sein merkwürdiges Verhalten fand argwöhnische Beachtung nicht zuletzt in den Niederlanden, zumal die Subsidienverhandlungen nur stockend vorangingen⁷⁵.

Mit Recht vermutete man schon damals, daß die Gründe hierfür in geheimen Verhandlungen des Bischofs mit Frankreich lagen. Über Floramonti und

⁶⁹ Grafenthal an einen Unbekannten, Nymwegen 9. 7. 1676: GA. II C I 2 III.

⁷⁰ Desgl., Münster 1. 7. 1676: Ebd. – ⁷¹ Desgl., Nymwegen 10. 7. 1676: Ebd.

⁷² Sie liegen noch heute nicht unter den Staatspapieren, sondern im Gräfl. Galenschen Privatarchiv.

⁷³ Dolberg an Bruchhausen, Regensburg 16. 7. 1676: MLA. 473, 71. Klagen über zu starke Preisgabe der Geheimverhandlungen an die Öffentlichkeit enthält auch der Bericht E. v. Grafenthals an Karl XI., Münster 16. 6. 1676 (St., Germanica D II, Resid. Grafenthals brev Bd. 2). Möglicherweise handelt es sich um einen letzten Versuch kaiserlich gesinnter Kreise in Münster, den Abfall Christoph Bernhards dadurch zu verhindern. Aber auch Bidal scheint nicht ganz unschuldig an der Veröffentlichung zu sein, vielleicht aus Ärger über die hohen Forderungen des Bischofs.

⁷⁴ Chr. Bernh. an Ham und Zurmühlen, Ahaus 20. 7. 1676: MLA. Mil. 2308.

⁷⁵ Im März d. J. erschien Balthasar Ham in Den Haag, um die Ratifikationen des Vertrages v. 12. 10. 1675 auszuwechseln und die versprochenen Obligationen in Empfang zu nehmen. Besonders die Provinz Holland setzte sich nachdrücklich für die Ratifikation ein. Kramprich versicherte, auch Lira warte ungeduldig auf die münsterische Bestätigung und halte genügend Geld zur Auszahlung der fälligen Subsidien bereit. Nach der Rückkehr Marquis de Granas aus Brüssel stellte sich jedoch bei einer Konferenz über die Winterquartiere heraus, daß Spanien keineswegs in der Lage war, die Subsidien von August 1675 bis März 1676 in Höhe von 24 000 Rtl. auszuführen. Lira behauptete verdrießlich, erst vom Tage der Unterzeichnung an zur Zahlung verpflichtet zu sein, während Ham auf dem Monat August 1675 als Anfangstermin bestand, von dem an der Bischof seine Truppen für die Verbündeten kämpfen ließe. Auch sein Hinweis auf die Bereitschaft Fagels, den holländ. Subsidienanteil von August an zu entrichten, rief nur die kühle Antwort des Spaniers hervor, der Ratpensionär sei nicht sein »Paedagogus«. Als Ham ihn mit der Kenntnis von geheimen spanischen Verhandlungen mit Pfalz-Neuburg über 6000 Mann Hilfstruppen in Verlegenheit setzte (der Vertrag über 5000 Mann wurde in Den Haag am 26. 3. 1676 tatsächlich geschlossen: Der Kinderen II S. 279 Anm. 1) und auf das Mißverhältnis zwischen dem dortigen Geldangebot und der hiesigen Armutserklärung verwies, stellte Lira sein Leugnen ein und bat nur noch um Mitleid mit der Geldnot Spaniens. Damit gab sich der Bischof nicht zufrieden und berief Ham ab (Chr. Bernh. an Ham, 21. 3. 1676: MLA. 12, 18). Ham hielt sein Versprechen, bald wiederzukommen, nicht ein.

den kaiserlichen Hof erfuhren auch die Holländer schließlich Sicheres über die Machenschaften des Münsteraners. Die Vorgänge vor Stade fachten den Argwohn an, während die emsigen Besprechungen des aus Münster nach Nymwegen kommenden Grafenthals mit den Franzosen den Verrat des Bischofs fast mit Sicherheit bewiesen⁷⁶. Tatsächlich gelang es Grafenthal, die Franzosen zu neuen Verhandlungen mit Münster zu bewegen, und wieder übernahm Rave diese Aufgabe. Wie ehemals verlangte er das Erscheinen eines französischen Heeres am Niederrhein, aber auch jetzt lehnten die Franzosen mit dem Hinweis ab, die verlangten 10 000 Mann täten bessere Dienste zur Fesselung der Verbündeten in Flandern, wenn der Bischof die holländischen Festungen an der Ostgrenze und in Friesland zu überrumpeln gedenke. An dieser Weigerung scheiterte die neue Fühlungnahme mit Frankreich. Ende September gestand Rave die Unmöglichkeit eines Vertragsschlusses zu⁷⁷.

Um endlich Klarheit über die eigentlichen Absichten des Bischofs zu gewinnen, drängten die Generalstaaten Lira zur Annahme des Vertrages vom Oktober 1675 und Zustimmung zur Subsidienzahlung ab 1. August. Mit dieser günstigen Nachricht sandten sie den Kommissar Cunaeus nach Ahaus und drückten in dem mitgegebenen Brief ihre Verwunderung über die plötzliche Abreise Dr. Hams im März und sein bisheriges Fernbleiben aus. Die Zustimmung Liras räume jetzt alle Schwierigkeiten aus dem Wege. Den Abmarsch der münsterischen Truppen zum Rhein und zur Mosel werde man als Ratifikation betrachten⁷⁸.

Der Bischof antwortete ausweichend, sich erst mit den Räten über eine so wichtige Sache besprechen zu müssen. Auch von diesen erhielt Cunes in Münster keine endgültige Antwort, sondern nach mehreren Konferenzen nur ein nichtsagendes »Attestat« über den Empfang des holländischen Schreibens und das Versprechen, für baldige Abschiebung Zurmühlens nach Den Haag einzutreten⁷⁹. Wiederholte Fragen des Gesandten nach dem Vorhandensein unbeschäftigter Truppen im Münsterland verrieten den Räten die Furcht der Generalstaaten vor einem münsterischen Angriff. Wenn sie auch ehrenwörtlich versicherten, daß alle verfügbaren Mannschaften vor Stade eingesetzt und die münsterischen Landesfestungen nur notdürftig gesichert seien⁸⁰, so fühlten sie doch, daß der Argwohn der Holländer anhielt und es also geraten schien, durch Wiederaufnahme der Verhandlungen Zurmühlens in Den Haag einer weiteren Verschlechterung der Beziehungen vorzubeugen⁸¹.

⁷⁶ Ludwig XIV. erteilte seinen Gesandten am 1. August Vollmacht zum Abschluß eines Vertrages mit Münster, sofern der Bischof keine Bezahlung verlangte. Vgl. Der Kinderen II S. 282.

⁷⁷ Gegen die neuen Verhandlungen mit Schweden und Frankreich erhob das Domkapitel am 12. 8. 1676 nachdrücklich Einspruch und drohte notfalls mit einem Protest bei Kaiser und Reich (DK. Prod. VI 4).

⁷⁸ Die Generalstaaten an Chr. Bernh., Den Haag 22. 7. 1676: MLA. 480, ad 23. Ganz ähnlich ließ sich schon am 6. 7. Lira vernehmen.

⁷⁹ Attestat der münst. Räte, Münster 30. 7. 1676: Ebd.

⁸⁰ Protokolle v. 29. u. 30. 7. 1676. Ebd.

⁸¹ Die münst. Geh. Räte an Chr. Bernh., Münster 31. 7. 1676: Cunaeus habe »die starke Impression gehabt, als wann noch gar viele Völker im Lande übrig, und in specie zu Coesfeld, Meppen und andern Orten vorhanden wären, welches wir zwarn der Instruktion gemäß beharrlich negiert und daß selbige Völker bereits abgeschickt und in Operation vor Stade wären, asseveriert, dennoch aber, umb ihne destomehr zu divertieren und obangezogene Inkonvenientien zu verhüten, haben wir den Vorschlag getan, daß Ew. hochf. Gnaden mir untertänigst einraten wollten, dero Vizekanzleren wiederumb nach Den Haag zu schicken« (Ebd.).

Als an einen Erfolg der münsterischen Verhandlungen mit Frankreich schon nicht mehr zu denken war^{81a}, traf der Vizekanzler Anfang September in der holländischen Hauptstadt ein. Nach einer abermaligen Krise⁸² erfolgte am 9. Oktober, ein Jahr nach Abschluß des Vertrages, der Austausch der Ratifikationen⁸³.

Mittlerweile gestaltete sich die Lage der Festung Stade immer schwieriger. Mit Geld reichlich ausgerüstet, wartete Dr. Ham in Bremen darauf, die Besatzung in münsterische Dienste zu übernehmen. Zu seiner großen Erleichterung und Beruhigung seiner kaiserlichen Gesinnung verwarf der Bischof die abwegigen politischen Ideen der letzten Zeit und neigte eher dem ohnehin naheliegenden Ausgleich mit dem Hause Braunschweig-Lüneburg zu⁸⁴. Bei nüchterner Betrachtung bot nur ein Einverständnis mit den Herzögen Gewähr für die Behauptung der Eroberungen, wenn auch in mäßigem Umfange, sowie der Quartiere im Westfälischen Kreise. Feindschaft mit ihnen vereinbarte sich nicht mit ruhigem Besitz des Erworbenen.

Überraschend schnell kam am 10. August der Vertrag von Horneburg zwischen dem Bischof und Herzog Georg Wilhelm zustande: Christoph Bernhard behielt sich ein Viertel der Eroberungen vor und gestand den Rest dem Hause Braunschweig zu⁸⁵. Beide vereinbarten, diese empörende Treulosigkeit gegenüber den verbündeten Dänen und Brandenburgern streng geheimzuhalten. Ihnen teilten die Vertragsschließenden nur mit, die Festung Stade solle nach der Kapitulation ausschließlich von braunschweig-lüneburgischen, Bremervörde von münsterischen und Carlsburg von dänischen Truppen besetzt werden. Ein Nebenreiß sicherte noch einmal der Familie von Galen den Erwerb des Hauses Brexen zu⁸⁶.

Angesichts der Einigkeit zwischen Münster und Braunschweig-Lüneburg verlor Feldmarschall Horn seine letzten Hoffnungen und kapitulierte am 12. August in Stade mit dem Rest seiner Truppen, im ganzen nicht mehr als

^{81a} Letztmalig berichtete Grafenthal am 23./13. 8. 1676 aus London an Karl XI. in dieser Sache. Er machte die schlechte militärische Lage Frankreichs und Schwedens neben der zu frühen Veröffentlichung der Gespräche für den Mißerfolg verantwortlich (St., Germanica D II).

⁸² Der Bischof drohte mit der Abberufung Zurmühlens, als Lira ihn beschuldigte, der Verlust einiger belgischer Orte an die Franzosen sei ihm zur Last zu legen. Nur durch ernstliches Zureden Landsees ließ er sich von der Aufhebung des Vertrages zurückhalten. Zurmühlen an Chr. Bernh., Den Haag 8. 9. 1676. Chr. Bernh. an Zurmühlen, Cloppenburg 12. 9. 1676: MLA. 533, 3 I. Der Kinderen II S. 284 ff.

⁸³ Ausfertigung in MU. 4662.

⁸⁴ Ham an Bruhausen, Bremen 3. 8. 1676: MLA. Mil. 2308.

⁸⁵ Wimarson II S. 230 ff. Regelmeier S. 148. Schnath S. 96. Danmark-Norges Traktater VII S. 118. Ausfertigung in Cal. BA. Des. 24 Nr. 26. Alpen II S. 474. Der Bischof unterzeichnete am 12. August in Cloppenburg und meldete den Abschluß am 16. August dem Kaiser (MLA. 538b II). Braunsch.-lüneb. Akten in Cal. BA. Des. 24 Nr. 22. – Schon aus der Unterredung M. Korff-Schmisings mit Grote in Sulingen (Instruktion Hzg. Johann Friedrichs, Hannover 28. 6. 1676) mußte der Bischof entnehmen, daß eine schnelle Bereinigung der Teilungsfrage im eigenen Interesse liege. Johann Friedrich von Hannover gestand ihm nur noch Wildeshausen und Verden zu (Cal. BA. Des. 24 Münster Nr. 25).

⁸⁶ Am 2. 9. 1676, Sögel, schenkte der Bischof dem Erbkämmeramt außerdem das Amt Bederkesa, die Hoheit über die Börde Lesum, den Zoll auf Burgdamm, das Amt Thedinghausen, Flecken und Güter zu Langwedel und das Erbdrostenamt des Fstm. Verden mit 1000 Rtl. jährl. Einkünften. Der Frhr. v. Galen versprach dafür, 6 Präbenden zu je 6000 Rtl. zu stiften (GA).

2250 Mann⁸⁷. Lüneburgische Truppen besetzten die Stadt. Die Dänen blieben mit leeren Händen stehen.

Der eingeschlagene Weg der münster-lüneburgischen Einigung fand seine Fortsetzung im Vergleich vom 18. August über die Konjunktion der beiderseitigen Regimenter⁸⁸. Im Rezeß vom 29. August schlossen sich Celle und Wolfenbüttel noch enger mit dem Bischof zusammen⁸⁹. Schon fühlten sich die Welfen stark genug und brachten auf ihren Hauskonferenzen unmißverständlich zum Ausdruck, die Krone Dänemark aus Bremen-Verden gänzlich zu verdrängen⁹⁰. Vorläufig benutzten sie zu ihren Zwecken noch die Hilfe des Bischofs von Münster. Letztlich suchte die lüneburgische Politik aber ihre Krönung in der restlosen Einigung des Hauses unter Einschluß des noch immer abseits stehenden Herzogs Johann Friedrich und in der Ausschließung auch des letzten kreisfremden Eroberers, des Bischofs von Münster, aus den erbeuteten Ländern.

Dem Kaiser kam der Vergleich des Bischofs mit den Welfen sehr willkommen. Gegenseitiges Mißtrauen störte ihre Mitwirkung im Reichskrieg gegen Frankreich bisher empfindlich. Keine der beiden Teile wagte, seine Truppen außer Landes zu schicken, um nicht dem anderen Gelegenheit zu einem Überfall zu geben. Die Mißerfolge der Verbündeten in den südlichen Niederlanden und besonders vor Maastricht gingen wenigstens zum Teil auf diesen Mißstand zurück. Die augenscheinliche Besserung äußerte sich bereits im Abmarsch münsterischer Truppen nach der Mosel auf Bitten des Herzogs von Lothringen⁹¹.

Freilich enthielt die Mitteilung des Bischofs an den Kaiser über dieses erfreuliche Ereignis auch die weniger willkommene Nachricht von einem münster-lüneburgischen Vergleich über die Verteilung der Quartiere, deren Ratifikation Körler vom Kaiser erbitten sollte. Allzu peinlich erinnerte sie an die großzügige, ohne Rücksicht auf die Allgemeinheit vorgenommene Verteilung der Quartiere im hannoverschen Neutralitätsvertrag. Kaum traf die Ankündigung in Wien ein, so liefen auch schon wie damals die ersten Klagen der beschwerten Stände ein und ließen schlimmere Verwicklungen als im Vorjahr befürchten⁹².

⁸⁷ Die von Chauvet und Wedell unterschriebenen Kapitulationsbedingungen bei Regelmeier S. 149. Vgl. Rotulus examinis des Obristleutnants Hamilton im Archivdepot des Domkapitels zu Växjö (Schweden).

⁸⁸ Ausfertigung in MU. 4657.

⁸⁹ Ausfertigung in MU. 4659.

⁹⁰ Schnath S. 97.

⁹¹ Chr. Bernh. an Kaiser Leopold, 21. 8. 1676: MLA. 538b II. Zurmühlen an Chr. Bernh., Den Haag 12. 9. 1676: MLA. 533, 3 I. Den Holländern und Spaniern wurde der Abmarsch so lange wie möglich verheimlicht, um ihre Lust zur Subsidienszahlung durch vorzeitige Erfüllung der Bedingungen nicht unnötig zu verringern.

⁹² Der Bischof benutzte die Gelegenheit, um Überschreitungen des Quartierrechts durch Hannover zum Anlaß zu nehmen, sich von seinen Versprechungen gegenüber Herzog Johann Friedrich zu distanzieren und diesem die Schuld für die nichterfolgte Ratifikation durch den Kaiser zuzuschieben. Vgl. Antwort Chr. Bernh. auf hann. Vorhaltungen, Ende Juni 1676: Cal. BA. Des. 24 Münster Nr. 25 Bl. 15 ff.

48. KAPITEL

STREIT UM BREMEN UND VERDEN

Die auf den Vergleich des Bischofs mit den Herzögen von Braunschweig gesetzte Hoffnung, er werde Nordwestdeutschland einer friedlicheren Zukunft zuführen, erwies sich als arge Täuschung. Absatz 13 des Bremervörder Vergleichs enthielt Sprengstoff genug, um die Ruhe auf längere Zeit zu stören. Über den Kopf des Kaisers hinweg behielt sich der Bischof das halbe Herzogtum Westfalen, den Westerwald, die bremischen 4 Gohe, die Hälfte der Eifel und Wetterau »zu einem beständigen Subsistenzquartier«, die Herzöge von Celle und Wolfenbüttel dagegen die mecklenburgischen Ämter, Sachsen-Lauenburg, die Gebiete der Reichsstädte Hamburg und Lübeck, die Stifter Fulda und Lüttich, das Reich von Aachen, die hildesheimischen 6 Ämter, die andere Hälfte der Wetterau und Eifel und die Stadt Goslar als Anteile vor. Darunter befanden sich Landschaften, auf die andere Fürsten Anspruch erhoben oder die sich durch Zahlungen an die kaiserliche Kriegskasse von der Einquartierung freigekauft hatten¹.

Die größte Verwunderung erregte die im September, als der Feldzug noch in vollem Gange war, vorgenommene eigenmächtige Einquartierung der bischöflichen Truppen in der Grafschaft Ostfriesland. Angeblich mit kaiserlicher Zustimmung verlangte Grandvillers von dem staatlichen Kommandanten in Leerort, jedoch vergeblich, Hilfe beim Übergang über die Ems, betrat dann bei Jemgum das Land, nistete sich zuerst mit einem Kavallerieregiment und 1000 Mann zu Fuß ein und erwartete die Ankunft weiterer 6 Regimenter mit zugehöriger Artillerie². Sofort erhob der Herzog von Celle Einspruch und forderte den Bischof durch einen Sondergesandten auf, seine Truppen aus Ostfriesland abzuziehen. Auch Amerongen brachte das größte Mißvergnügen der Generalstaaten über den unerwarteten Schritt zum Ausdruck. Unerschütterlich wies der Bischof ohne die geringste Rechtsgrundlage, denn das persönliche Versprechen des Reichshofrates Fischer hatte keine Rechtskraft erlangt, auf eine angebliche Zustimmung des Kaisers hin³ oder redete sich gegenüber den Holländern und Ostfriesen mit noch weniger beweisbaren Abmachungen zwischen ihm und dem Hause Braunschweig-Lüneburg heraus⁴. In Wahrheit konnte er kein anderes Recht ins Feld führen als die Furcht, die erwünschten Quartiere wie im letzten

¹ So z. B. das Hzgtm. Westfalen. Vgl. Kaiser Leopold an Chr. Bernh., 15. 9. 1676: MLA. 538b II. Der Kinderen II S. 297 f. Ribbeck S. 92.

² Bericht des Kommandanten von Leerort R. de Sijgers v. 27. 8. 1676 a. St. PS. Zurmühlens v. 12. 9. 1676: MLA. 533, 3 I. Die genauen Truppenzahlen bei Heimier S. 71. Eine Ankündigung des Bischofs an die Fürstin erging aus Bremervörde am 1. 9. 1676. Abschr. in KB.

³ Am 26. September befahl der Kaiser dem Bischof, Ostfriesland allen Schaden zu ersetzen (MLA. 538b II).

⁴ Chr. Bernh. an Zurmühlen, Cloppenburg 16. 9. 1676: MLA. 533, 3 I.

Jahre seinen Händen entrissen zu sehen⁵. Dem Vizekanzler gegenüber gab er diese Sachlage unumwunden zu und forderte ihn auf, mit der Fürstin und den Ständen des Landes möglichst schnell einen Vertrag zu schließen, um vollendete Tatsachen zu schaffen⁶. Hierin liegt der Grund, daß der Bischof trotz bisheriger Abneigung sich plötzlich bereit erklärte, durch Zurmühlen in Den Haag die Verträge mit Spanien und Holland auszutauschen. Er brauchte Parteigänger in seinem Quartierstreit und benötigte Zurmühlen für die Verhandlungen in Aurich. Besonders der Spanier Lira ergriff die Gelegenheit, den Rückstand an Subsidien durch eifriges Eintreten für den Bischof wettzumachen⁷. Mit Recht warfen die ostfriesischen Deputierten ihm vor, er »habe hiedurch dasjenig, was er nicht bezahlen kann, ersetzen und gutmachen wollen und sei mit eines andern Leder liberal gewesen«⁸. Immerhin gelang es, das feindselige Aufwallen des holländischen Nationalstolzes zu beschwichtigen und die Generalstaaten so lange hinzuhalten, bis der Bischof Ende September den Abschluß eines Vergleiches mit der Fürstin melden konnte, »und haben also die Herren Generalstaaten so wenig als sonst jemand anders Ursach, sich darin im geringsten zu bemühen«⁹.

Mit der anfangs äußerst empörten Fürstin konnte tatsächlich am 18. September zu Stickhausen ein Vertrag geschlossen werden, in dem sie 800 Mann zu Fuß und 200 zu Pferde aus münsterischen Diensten übernahm, um sich ein größeres Gewicht gegenüber den Ständen zu verschaffen, während der Bischof das Versprechen weiterer Geldzahlungen erhielt. Für die Dauer des Krieges übernahm er damit praktisch die Herrschaft im Lande¹⁰. Alle Einsprüche der Stände, ja des Kaisers, verhallten ergebnislos. Die Leistungen des Bischofs im Reichskriege waren größer als die manches mächtigen Fürsten¹¹. Der Kaiser brauchte die münsterischen Truppen und opferte schließlich dafür die Grafschaft Ostfriesland.

Ständige Mißerfolge pflegen den Kompaß des eigenen Handelns zu verwirren. Nach dem Fehlschlag seiner antiholländischen Politik und nun auch, angesichts des natürlichen Schwergewichts der welfischen Einheit in der Teilungsfrage, des Versuchs, durch Spaltung der Verbündeten seine Stellung in Bremen-Verden zu behaupten, verlor der Bischof mehr und mehr seine alten Gesichtspunkte aus dem Auge. Ihm verblieb nur der zermürbende Kleinkrieg wegen der Subsidien mit Holländern und Spaniern¹². Der für die früheren Jahre ihm gegenüber oft zu Unrecht erhobene Vorwurf, er habe Handel mit Regimentern

⁵ Desgl., 19. 9. 1676: Er habe die Quartiere in Ostfriesland unter anderem deshalb so schnell bezogen, weil General Baudissin angeblich mit seinen Truppen im Anmarsch sei. Er wolle nicht, wie in vergangenen Jahren, »praeveniert und daraugeschlossen« werden. Ebd.

⁶ In Den Haag trieb der dänische Gesandte mit einer ganzen Ladung von Beschwerden über bundeswidriges Verhalten des Bischofs im allgemeinen und den unverföhrenen Quartierbezug in Ostfriesland unter Vorwand dänischer Absichten Zurmühlen sehr in die Enge. Zurmühlen an Chr. Bernh., Den Haag 22. 9. 1676: Ebd. Danmark-Norges Traktater VII S. 11 ff.

⁷ Zurmühlen an Chr. Bernh., Den Haag 26. 9. 1676: Ebd.

⁸ Desgl., 29. 9. 1676: Ebd.

⁹ Chr. Bernh. an Zurmühlen, Haselünne 30. 9. 1676: Ebd.

¹⁰ Heimeier S. 72 f., Der Kinderen II S. 300. Ausfertigung des Vertrages: Staatsarchiv Aurich, B I f. 1293.

¹¹ Chr. Bernh. an Kaiser Leopold (Ende Oktober 1676): MLA. 538 b II.

¹² Vgl. die Berichte Zurmühlens aus Den Haag, Oktober 1676: MLA. 533, 3 I.

und Kompanien getrieben, bestand jetzt zu Recht. Der Bischof wollte auf Sicherheit, wie sie ein großes Heer gewährte, nicht mehr verzichten, aber das verarmte Land brachte die Mittel hierfür nicht auf. So blieb keine andere Lösung, als die Truppen zeitweise anderen Herren zu überlassen. Nach der Eroberung von Stade verkaufte der Bischof 1000 Mann an die Fürstin von Ostfriesland. Zurmühlen bot dem Spanier Don Emanuel de Lira eine Erhöhung des münsterischen Kontingents auf dem französischen Kriegsschauplatz an. Ja, gegen Werbegelder wollte der Bischof sich sogar verpflichten, sein Heer noch weiter zu vermehren¹³.

In aller Aussichtslosigkeit glühte in ihm doch ein Fünkchen Hoffnung fort, Bruchstücke der erbeuteten Vorteile retten zu können. Unter dem Eindruck des Gerüchtes eines geplanten holländischen Sonderfriedens mit Frankreich entwarf er Gedanken eines neuen festen Bündnisses der nordischen Alliierten Münster, Braunschweig-Lüneburg, Brandenburg und Dänemark mit dem Ziel einer dritten Partei¹⁴, ohne daß diese feste Gestalt annahm. Gleichzeitig wandte er sich Plänen zu, die lebhaft an die alte Verbindung mit den katholischen Fürsten des Rheinlandes erinnerten. Jetzt, da die münsterischen Truppen wieder am Rhein kämpften, galt sein Blick ohnehin mehr dem Westen als dem Norden. Nur der Gedanke, der Kirche hier vielleicht einen dauernden Gewinn verschafft zu haben, verließ ihm eine gewisse Befriedigung¹⁵.

Noch tagte die Bremer Konferenz, und noch immer versuchten Windischgrätz und Landsee vergeblich, die Teilungspläne der Verbündeten unter einen Hut zu bringen. Lange Zeit hatte sich der Bischof in der Weserstadt überhaupt nicht vertreten lassen. Er hielt ein so großes Stück von der Beute in Händen, wie er niemals zu behalten hoffen konnte. Je länger sich die Konferenz hinzog, um so länger blieb er in ihrem Besitz. Nur vorübergehend erschien Zurmühlen nach der Ratifizierung des Haager Vertrages am Konferenzort. Trotz äußerlichem Entgegenkommen der kaiserlichen Gesandten in Quartierfragen fand er aber wenig Verständnis für die Wünsche des Bischofs¹⁶ und reiste deshalb bald wieder ab¹⁷. Dem Bischof wäre jetzt eine gesonderte Übereinkunft mit dem König von Dänemark und den Welfenherzögen viel lieber gewesen als eine allgemeine Lösung der Teilungsfrage in Bremen¹⁸. Die Quittung für sein Verhalten erteilte ihm der Kaiser Anfang Dezember durch einen Tadel wegen eigenmächtiger

¹³ Chr. Bernh. an Zurmühlen, Haselünne 7. 10. 1676: Ebd.

¹⁴ Protokoll v. 22. 10. 1676: MLA. 434, 17.

¹⁵ Vgl. Beglaubigungsschreiben für F. Korff-Schmising an den Papst, 24. 10. 1676: »... Principatum Ferdensem et maximam partem ducatus Bremensis armis meis pronuper acquisita, ad sacratissimos sanctitatis vestrae pedes submissime deponat.« Vesc. 62 Bl. 239. Rekredential Innocenz' XI., Rom 23. 1. 1677: MU. 4665.

¹⁶ Landsee warf mit Versprechen, sogar über 20 000 Rtl. Subsidien, freigebig um sich und erhaschte damit vom münst. Kriegskommissar Vagedes zum Ärger Zurmühlens ein »Honorar« von 560 Rtl. (Zurmühlen an Chr. Bernh., Verden 10. 11. 1676: MLA. 533, 3 I). Zurmühlen hatte eine persönliche Auseinandersetzung mit den kaiserl. Gesandten, die die für ihn reservierte Wohnung beschlagnahmt hatten (Bericht des Elias Becker, Bremen 4. 9. 1676: OSR. fasc. 32 p. 3).

¹⁷ Heespen mahnte den Bischof Ende November/Anfang Dezember an die Absendung eines Gesandten (Danmark-Norges Traktater VII S. 122). Vgl. Bericht Heespens, Münster 28. 11. 1676: KB. Am 10. 12. 1676 bemängelte auch der Kaiser sehr ungnädig, daß noch immer kein münst. Gesandter in Bremen sei (MLA. 538 b II). Am Tage vorher wurden die Beglaubigungsschreiben für M. Korff-Schmising und Jobst Herm. Rave ausgestellt (MLA. 12, 17).

¹⁸ Chr. Bernh. an Zurmühlen, Münster 14. 11. 1676: MLA. 533, 3 I.

Beziehung der Winterquartiere. Ihm wurde zwar Ostfriesland belassen, aber die Dänen erhielten die eigentlich ihm zgedachten 22 000 Rtl.¹⁹ Der dänische Gesandte Heespen, der gerade in Münster die Bildung einer dritten Partei und ein näheres Einverständnis mit Münster erörtern wollte, bemerkte, wie sich die Mienen seiner Partner verdüsterten²⁰.

Auch in der Ersatzlösung eines neuen katholischen Bündnissystems, worüber streng geheim unter Vermittlung des Domherrn von Nesselrode zwischen dem Bischof und dem Pfalzgrafen von Neuburg verhandelt wurde, ergaben sich keine Fortschritte, denn Herzog Philipp Wilhelm fürchtete, in ein neues Abenteuer des Münsteraners hineingezogen zu werden, und bestand deshalb hartnäckig auf Einholung des kaiserlichen Einverständnisses²¹. Das notwendige Geld für die Bundestruppen sollte offensichtlich Spanien verschaffen. Gleichzeitig mit Nesselrodes Gesandtschaft nahm nämlich Zurmühlen in Den Haag seine Gespräche mit Don Emanuel wieder auf²². In letzter Zeit erschollen Gerüchte über volle spanische Kassen. Lira selbst kündigte an, aus Brüssel viel Geld holen zu wollen. An die Berufung des Marquis de Valenzuola zum Premierminister knüpften sich Hoffnungen auf ein baldiges Ende der spanischen Finanzmisere²³. Um an dem unverhofften Reichtum teilzunehmen, bot Zurmühlen den Spaniern über die bereits vereinbarten 3000 Mann weitere Truppen bis zu 12 000 Mann an.

Die völlig ungewisse Aussicht, für fremdes Geld ein größeres Heer auf den französischen Kriegsschauplatz entsenden zu können, belebte den alten martialischen Geist des Bischofs ungemein. Er riet, nicht so lange zu warten, bis die Franzosen wie üblich durch einen frühen Feldzugsbeginn die besten Vorteile an sich rissen, sondern sogleich ins Herz Frankreichs vorzustößen und den Kriegsschauplatz in Feindesland zu verlegen. Das »wäre wohl die beste Avantage, warzu auch wohl Hoffnung, wann die hohe Herren Alliierte sich der Sache nur einmütig annehmen und keine Privatabsichten darunter verborgen wären«²⁴. Aber der löbliche Vorsatz fand schon in der auch durch den Ministerwechsel in Madrid nicht behobenen spanischen Finanznot enge Grenzen. Die lange hinausgezögerte Rückkehr Liras aus Brüssel verhieß wenig Gutes und schließlich verlautete, daß auch die Generalstaaten ihre Subsidienszahlungen

¹⁹ MU. 4679.

²⁰ Protokoll v. 6. 12. 1676: MLA. 434, 17. Bericht Heespens, Bremen 5. 12. 1676: KB.

²¹ Offiziell liefen diese Verhandlungen unter dem Titel der Quartierverteilung (vgl. Pfalz-Neuburg an Chr. Bernh., 28. 10. 1676 u. Chr. Bernh. an Pfalz-Neuburg, 28. 11. 1676: MLA. 539 VIII). In der Nesselrode mitgegebenen Instruktion vertrat der Bischof die Ansicht, daß der Krieg sich wahrscheinlich am Niederrhein und an der Maas, wohin er sich schon verlagert hatte, festsetzen werde. Es sei daher erforderlich, wie zu Zeiten der niederländ. und lothringischen Unruhen, unter den rheinischen Kurfürsten und Fürsten ein Schutzbündnis zu vereinbaren, um die eigenen Länder vor »feindlicher Vergewaltigung und anderen Kriegsexaktionen erretten« zu können. Nesselrode sollte mit den Gesandten aller in Frage kommenden Fürsten die nötigen Verhandlungen anknüpfen (Instruktion v. 28. 11. 1676: MLA. 539 VIII).

²² Zurmühlen an Chr. Bernh., Den Haag 8. 12. 1676: MLA. 533, 3 I. Über die Verhandlungen im Januar-Februar 1676 vgl. *Correspond. de la cour d'Espagne* Bd. 5 S. 238 ff. Sehr zum Ärger Villa Hermosas behandelte der span. Hof die wertvolle Hilfe des Bischofs mit Geringschätzung. Der geplante Vertrag wurde wegwerfend als »tratadillo« bezeichnet (Ebd. S. 239 Anm. 3).

²³ Desgl., 11. 12. 1676: Ebd.

²⁴ Chr. Bernh. an Zurmühlen, 15. 12. 1676: Ebd.

eher einschränken als erweitern würden²⁵. Diese Entwicklung war um so bedauerlicher, als die nun schon fast ein Jahr andauernden Nymweger Friedensverhandlungen keine Hoffnung auf ein schleuniges Kriegsende zuließen, die Zukunft also von einem erfolgreichen Feldzug im kommenden Jahr abhing.

Besonders hinderlich wirkten sich auf die Kriegführung der Verbündeten die vom Bischof so getadelten »Privatabsichten« aus. Er selbst, obgleich er ihren Schaden erkannte, setzte ja mit unverminderter Rücksichtslosigkeit den Kampf um die Quartiere fort²⁶. Die Machtlosigkeit des Kaisers gegenüber dem eigenmächtigen Verfahren seiner Verbündeten, auf deren Hilfe er angewiesen war, steigerte die allgemeine Verworrenheit. Außerdem befand sich die alliierte Kriegführung gerade jetzt in beklagenswertem Zustand. Unentschlossenheit und Schwäche spielten den Franzosen und Schweden große Vorteile in die Hände. Die Dänen trugen bei Lund eine schwere Niederlage davon, gerade die Verbündeten, an deren Erhaltung dem Kaiser am meisten lag. Dieser bat deshalb auch den Bischof von Münster, seine bisher unter eigenem Kommando gegen Schweden eingesetzten Truppen nach dem Ende des bremischen Feldzuges den Dänen zur Verfügung zu stellen²⁷.

Der Bischof horchte auf. Die Verlegenheit der Dänen kam ihm nicht unwillkommen, denn in den gleichzeitigen Gesprächen mit dem Hause Lüneburg ging es um die Frage, ob und wie man den Dänen ihre Ansprüche auf einen Teil der bremischen Eroberungen durch Truppenhilfe abhandeln könnte²⁸. Mit besonderem Eifer trat der Bischof deshalb jetzt dafür ein, den Dänen eine theoretische Teilhaberschaft an den Eroberungen einzuräumen. Der Schachzug barg wenig Gefahren. Christian V. vermochte im Augenblick kaum sein eigenes Land zu verteidigen, viel weniger aber Rechte in Norddeutschland geltend zu machen²⁹. Jedoch erwies sich die Freude der dänischen Gesandten in Bremen, die nach der Ankunft des münsterischen Generalleutnants von Wedell schon den Truppenvertrag in Händen zu haben glaubten, als verfrüht. Wedell stellte überaus harte Bedingungen. Für 12 000 Mann, von denen 8000 auf Schonen kämpften und 4000 als Reserve in Holstein stehen sollten, verlangte der Bischof die Abtretung aller dänischen Quartiere auf deutschem Boden und im Herzogtum Holstein, sowie eine Garantie der münsterischen Quartiere in Ostfriesland³⁰.

²⁵ Zurmühlen an Chr. Bernh., Den Haag 15. 12. 1676: Ebd.

²⁶ Der Kaiser versprach dem Bischof am 5. 1. 1677 das halbe Quantum der Gelder aus den hildesheim. Quartieren, deren Räumung Hzg. Joh. Friedrich zusagte. Gleichzeitig klagte er aber darüber, daß 12 münst. Kompanien in die Landgrafschaft Hessen eingefallen seien und braunschweig. Truppen das den Kaiserlichen vorbehaltene Fstm. Fulda bezogen, nachdem sie von den Münsterischen aus dem Westerwald und der Wetterau verdrängt worden waren. Am 11. 1. folgte eine Klage über unberechtigte Belegung der bremischen 4 Gohe (MLA. 538 b).

²⁷ Kaiser Leopold an Chr. Bernh., 17. 1. 1677: Ebd. – Christian V. erteilte am 29. 1. 1677 Anweisung, mit dem Bischof in nähere Unterhandlung zu treten (Danmark-Norges Traktater VII S. 50).

²⁸ Bericht (10.–15. 1. 1677): GA. II C I 2 III.

²⁹ Chr. Bernh. an Rave, Verden 24. 1. 1677: GA. II C I 2 III.

³⁰ Wedell an Chr. Bernh., Bremen 28./18. 1. 1677: MLA. 12, 17. Vgl. auch die Berichte Heespens vom 4. und 18. 1. usw. 1677, und die »Conditiones« der Truppenhilfe (KB.). – In Bremen ließ sich der Bischof von dieser Zeit an durch Rave vertreten, der aber nur vorübergehend anwesend war.

In dieser Grafschaft hatte sich die Lage erheblich zugespitzt. Der Bischof hätte gern eine Garantie der Dänen und Braunschweiger in Händen gehalten³¹, nachdem den schon seit Oktober andauernden Feindseligkeiten zwischen den Landständen und der sich auf die münsterischen Truppen stützenden Fürstin jetzt Beschwerden der Landstände bei dem Kaiser und den Generalstaaten folgten. Ein neuer Konflikt wie um die Dieler Schanze drohte damit die Beziehungen des Bischofs zu Holland zu vergiften³².

Die Hoffnung des Bischofs auf derartige Garantien erwies sich bald als trügerisch. Um so mehr brauchte er den Anschluß an ein kräftiges Bündnis. Nesselrode, ohnehin *Persona non grata* in Wien, erzielte mit seinem »katholischen Plan« am Kaiserhof keinen Erfolg. Für solche, allzu sehr an den Rheinbund unseligen Angedenkens erinnernde Ideen brachte man dort keinen Geschmack auf. Das einzige Ergebnis blieb ein kaiserlich-münsterischer Truppenvertrag, dessen Entwurf Zurmühlen am 10. März Landsee in Wildeshausen unterbreitete³³. Der hilfeschuchende Blick des Bischofs wanderte deshalb wieder zu den nordischen Verbündeten. Der Domkürster verfocht seit Mitte Februar nach den mit den übrigen Verbündeten erlittenen Enttäuschungen und angesichts der Schwäche des Königs von Dänemark die Ansicht, ein Bündnis mit dem tatkräftigen Kurfürsten von Brandenburg berge bei Wahrung reinen Verteidigungscharakters große Vorteile. Ihm könnte nach Belieben ein Bündnis zu gleichen Bedingungen mit Dänemark folgen.

In ihrer bedrängten Lage beschleunigten die Dänen die Verhandlungen so, daß ihr Vertrag als erster unterzeichnet wurde. General Baudissin und Domkürster Korff-Schmising leisteten in Bentlage nach kurzen Gesprächen^{33a} die Unterschriften. Der Bischof versprach, 3500 Infanteristen, 300 Reiter, 200 Dragoner und 60 Artilleristen zu stellen, wofür ihm 52 000 Rtl. und die Zusage gegeben wurden, innerhalb eines Monats Sonderverhandlungen über die bremische Teilung aufzunehmen. In einem Nebenrezeß traten die Dänen die Herrschaft Jever als Quartier und Rekrutierungsplatz mit dem Hinweis ab, daß hiermit die münsterischen Truppen in Ostfriesland genügende Sicherheit erhielten und eine besondere Garantie sich erübrige³⁴.

³¹ Chr. Bernh. an Zurmühlen, Verden 29. 1. 1677: MLA. 533, 3 II: Er hoffe, »daß uns das Haus Braunschweig-Lüneburg obliertermaßen (!) über die Winterquartier in dem Fürstentum Ostfriesland auf unser Gesinnen die Guarantiam praestieren« werde. – Anschließend reiste Zurmühlen zum alliierten Kriegsrat nach Den Haag. Vgl. Chr. Bernh. an Kaiser Leopold, 3. 2. 1677 (MLA. 538b) u. Chr. Bernh. an Zurmühlen, 12. 2. 1677 (MLA. 533, 3 II).

³² Hessing berichtete am 12. 2. 1677, daß Frhr. v. Gödens als Gesandter der Fürstin in Den Haag um Abwendung einer staatlichen Exekution gegen sie und die münst. Truppen bemüht war, um die die ostfries. Stände gebeten hatten (MLA. 534, 1 VIII).

³³ Entwurf mit kaiserl. Resolution in MLA. 538b.

^{33a} Berichte Baudissins u. Heespens v. 26./16. 4. 1677: KB.

³⁴ Ausfertigung: GA. II C IV 16a. Nebenrezeß: MU. 4666, Entwurf hierzu in MLA. 473, 72. Vgl. MLA. Mil. 2308. Druck: Danmark-Norges Traktater Bd. 7 Nr. 4. – Der Nebenrezeß erhielt am 20. 4. zu St. Ludgersburg eine neue Fassung. Die Abtretung Jever wurde auf den Tag des Übergangs der münst. Hilfstruppen über die Elbe festgelegt. Ratifikation Chr. Bernh., St. Ludgersburg 10. 4. 1677 im Staatsarchiv Oldenburg. Ratifikation König Christians V., Kopenhagen 21. 4. 1677 a. St.: GA. II C IV 14. – In Unkenntnis des bereits geschlossenen Vertrages bat der Kaiser den Bischof am 5. 4. noch einmal um 3–4000 Mann für Dänemark (MLA. 538b). Rekreditiv für Baudissin und Heespen, St. Ludgersburg 17. 4. 1677: KM., A II.

Über einen Provisionalvergleich – und auch dieser blieb nur im Entwurf –, wonach Carlstadt, Schwingerschanze und Burg vor dem 1. April der Demolierung verfielen, Dänemark Krautsand behielt und Münster und Braunschweig den Dänen und Brandenburg mit Hilfstruppen beispringen sollten, hatte die Bremer Konferenz es auch jetzt noch nicht hinausgebracht. Die Teilungsfrage sollte überhaupt erst nach Beendigung des Feldzuges zur Erörterung kommen. Bis dahin blieben die eroberten Gebiete unter münsterischer und braunschweigischer Besatzung. Der Kaiser und die Generalstaaten übernahmen die Garantie³⁵.

In Konferenzkreisen bestand von vornherein die Befürchtung, Münster werde den Entwurf ablehnen. Landsee erwartete aber kaum so heftige Vorwürfe, wie sie ihm der Bischof am 8. und 9. März in Wildeshausen machte. Der Gesandte hörte bald heraus, daß den Bischof die Mittler- und Garantstellung der Generalstaaten am schmerzlichsten berührte, daß er aber auch die vorgesehene Schleifung der in seinem Besitz befindlichen Festungen als Versuch betrachtete, ihn aus dem eroberten Lande zu verdrängen. Der Bischof wollte so lange keinen Vertreter nach Bremen schicken, bis der Kaiser die Beschlagnahme der ehemals geistlichen Güter in den Reichsstädten Bremen und Hamburg versprach. Im übrigen verschanzte er sich hinter notwendigen, vorherigen Besprechungen mit Braunschweig-Lüneburg³⁶. Die schlechte Laune des Bischofs hinderte ihn dagegen nicht, dem Gesandten noch am selben Tage den Entwurf eines Vertrages vorzulegen, der dem Kaiser 12 000 münsterische Soldaten als Hilfe zusicherte. Er verlangte dafür Garantie der bremischen Eroberungen und Bestätigung der Schenkungen zugunsten der Familie von Galen³⁷. Wäre der Kaiser darauf eingegangen, hätte er nicht nur die Bremer Konferenz überflüssig gemacht, sondern auch alle anderen Verbündeten vor den Kopf gestoßen.

Landsee dürfte seinem Gesprächspartner darüber keine Zweifel gelassen haben. Deshalb wählte der Bischof, da der Kaiser ihm nicht half, um der unheimlichen und einseitigen Verbindung mit protestantischen Staaten zu entgehen, als neuen Verhandlungspartner den König von Spanien. Eigentlich sprachen die schlechten Erfahrungen mit der bankrotten Krone gegen diese Lösung, aber der politisch-religiöse Gesichtspunkt erwies sich als stärker. Sofort nach Abschluß des dänischen Vertrages bot Zurmühlen eben die 12 000 Mann, die der Kaiser ausschlug, dem Don Emanuel de Lira an. Als der Vizekanzler den Preis – 147 000 Rtl. Werbegelder und monatlich 42 250 Rtl. – nannte, glaubte sich der Spanier einer Ohnmacht nahe. Er machte die Not seines Königs, aus der der Bischof Kapital zu schlagen gedachte, zu seinem Verbündeten und verlangte um des katholischen Glaubens willen Mitleid und Hilfe. Erst nachdem Zurmühlen auf 100 000 Rtl. und monatlich 30 000 Rtl. herunterging, nahm Lira das Angebot als Verhandlungsbasis an. Er kannte offensichtlich die Sehnsucht des Bischofs und die Ziele seiner Politik gut genug, um im Gespräch einfließen zu lassen, daß auf der münsterischen Hilfeleistung später ein enges, gegenseitiges Bündnis errichtet werden könnte, das »sowohl jetzo als hernächst nach getrof-

³⁵ Die Bestimmungen des Entwurfes bei Der Kinderen II S. 303. Die Entwürfe legte Landsee dem Bischof Anfang März vor, der darauf »keine Reflexion« machte und sie, da sie ohne sein Zutun entstanden seien, erst gemeinsam mit Braunschweig-Lüneburg prüfen mußte, worüber 4–6 Wochen vergehen könnten. Bericht Heespens v. 5. 3. 1677: KB.

³⁶ Landsee an Kaiser Leopold, Wildeshausen 10. 3. 1677: KRS. fasc. 363.

³⁷ Vertragsentwurf in MLA. 538b.

fenem Frieden zu Erhaltung des katholischen Wesens höchstnötig sein würde«. Don Emanuel ging »in dieser Materie zimlich« auf des Bischofs »Principia« ein, wie Zurmühlen befriedigt feststellte. Die Truppenhilfe versprach also auf die Dauer guten Lohn. Das Bündnis mit Spanien erschien um so wertvoller, als die Gerüchte über einen bevorstehenden Staatsstreich des Prinzen von Oranien über englisch-französischer Rückendeckung nicht verstummen wollten³⁸. Gegenüber einer holländisch-französischen Verbindung bedeutete das Bündnis des Bischofs mit Spanien geradezu eine lebenswichtige Notwendigkeit.

Leider verlauteten aus Brüssel nur enttäuschende Nachrichten. Auch Romswinkel und von der Leyen kehrten mit leeren Händen und ernüchert von dort zurück. Besonders unangenehm schien den Verbündeten aber die Bedingung des Bischofs, daß die münsterischen Truppen die Belagerung von Maastricht übernehmen und die in der Umgegend liegenden Quartiere erhalten sollten³⁹. Die Erfüllung dieses Verlangens hätte eine Umorganisation der verbündeten Kriegführung erfordert, denn für die Einschließung Maastrichts waren brandenburgische, pfalz-neuburgische und holländische Truppen vorgesehen⁴⁰. Zwar liegen keine schriftlichen Beweise für geheime Absichten des Bischofs vor, aber wahrscheinlich bedeutet es mehr als einen Zufall, daß er gerade jetzt wieder über Rave und die französischen Gesandten in Nymwegen neue Fäden anknüpfte. Nur dem Mißtrauen der Franzosen nach den letzten trüben Erfahrungen mit dem Bischof war es zuzuschreiben, daß die Gespräche jetzt unverbindlich blieben⁴¹. Um den eigenen Preis in den Augen des Königs zu erhöhen, wäre allerdings ein Einfluß auf den Verlauf der Belagerung von Maastricht von entscheidender Bedeutung gewesen. Hier hätte ein ganz ähnliches Spiel wie um Stade wiederholt werden können. Für die Erhaltung Maastrichts als einem der wichtigsten Angelpunkte französischer Strategie hätte Ludwig XIV. zweifellos einen guten Preis gezahlt.

Fagel ahnte wahrscheinlich solche Zusammenhänge und lehnte von vornherein den Plan des Bischofs ab⁴². Dem Mann, der die Vereinigten Niederlande zweimal überfallen hatte, wollte er keine Schlüsselstellung einräumen, die den Weg zu einem neuen Bündnis mit Frankreich ebnete oder nach gelungener Belagerung den Besitz der wichtigsten Festung im Süden des Landes verschaffte. Vielleicht fühlte sich auch der Bischof entlarvt. Während er noch Anfang April nachdrücklich auf seiner Forderung bestand, ließ er sie am 13. d. M. unerwartet fallen⁴³.

Er schenkte seine Aufmerksamkeit nun ganz dem spanischen Vertrage. In den letzten Märztagen erklärte Lira seine Bereitschaft, eine Vereinbarung über 5500 Infanteristen und 500 Dragoner zu unterzeichnen. Auf die Reiterei verzichteten die Spanier aus Geldmangel⁴⁴. Der Bischof aber entdeckte plötzlich nach dem schlechten Fortgang der geheimen Gespräche mit den Franzosen eine großzügige Ader. 9000 Mann wollte er den armen Spaniern für bloße 50 000 Rtl. und monatlich 23 000 Rtl. zu Hilfe schicken, wenn sich daraus ein politisches Bündnis entwickeln ließe und dem Korps eine ganz bestimmte Aufgabe

³⁸ Zurmühlen an Chr. Bernh., Den Haag 23. 3. 1677: MLA. 533, 3 II.

³⁹ Chr. Bernh. an Zurmühlen, Bentlage 24. 3. 1677: Ebd.

⁴⁰ Zurmühlen an Chr. Bernh., Den Haag 26. 3. 1677: Ebd.

⁴¹ Der Kinderen II S. 304.

⁴² Zurmühlen an Chr. Bernh., Den Haag 26. 3. 1677: Ebd.

⁴³ Chr. Bernh. an Zurmühlen, Ahaus 13. 4. 1677: Ebd.

⁴⁴ Zurmühlen an Chr. Bernh., Den Haag 30. 3. 1677: Ebd.

an einer festgelegten Stelle der Front gestellt würde⁴⁵. Bei Bezahlung der rückständigen Subsidien von 24 000 Rtl. in bar wollte er in Zukunft sogar mit Schuldverschreibungen zufrieden sein. Mit den Truppen hoffte er »kräftig zu agieren« und Entscheidungsschlachten zu schlagen, am liebsten von der Eifel als Operationsbasis aus, verstärkt durch fränkische Kreisvölker und spanische Reiterei⁴⁶.

Lira fürchtete seine Instruktionen zu überschreiten, wenn er den temperamentvollen Plänen des Bischofs zustimmte, und hielt ängstlich zurück. Die Stationierung des Hilfskorps in einem festumrissenen Gebiet raubte ihm in spanischen Augen einen großen Teil seines Wertes. Der Herzog von Villa Hermosa wünschte frei darüber zu verfügen und die Münsterischen möglichst für Katastropheneinsätze an der Hand zu halten. Streitigkeiten gab es auch über die Artillerie, die den Spaniern zu teuer erschien, während der Bischof seine Truppen nur unter Einschluß der Artilleristen herausgeben wollte. Schließlich mißfiel den Spaniern der vorgeschlagene Oberbefehlshaber Prinz Vaudémont, den der Bischof als einen der wenigen hohen Offiziere französischer Zunge mit deutschen Sprachkenntnissen und betonter katholischer Überzeugung besonders hoch schätzte⁴⁷. Da Lira keine endgültigen Erklärungen abgeben wollte oder konnte, reiste der Vizekanzler schließlich persönlich nach Brüssel. Aber auch Villa Hermosa erwies sich unnachgiebig. Zurmühlens Versuch, die letzten unglücklichen Gefechte des Prinzen von Oranien kaufmännisch auszuschlachten, mißlangen. »Dieser Dominus allhie kehret das Argument ganz umb und vermeint, daß man eben deswegen zur Kompassion sich bewegen lasse und die Ware wohlfeiler geben sollte.« Nicht einmal 3000 Rtl. für die Artillerie wollte der Spanier aufbringen⁴⁸ und verlangte außerdem die Unterstellung der münsterischen Truppen unter sein persönliches Kommando⁴⁹. Immerhin stellte die Brüsseler Regierung Wechsel über 74 000 Rtl. auf Amsterdam und Köln in Aussicht⁵⁰ und räumte damit das Haupthindernis aus dem Weg. Der Bischof fand sich damit ab, nur 6000 Mann zu liefern und beruhigte sein Mißtrauen gegen die Braunschweiger, die ihre Truppen an Weser und Elbe stehen ließen, mit der Stationierung der übrigen 3000 im eigenen Lande⁵¹. Am 23. April 1677 fand in Brüssel die Unterzeichnung des spanischen Truppenvertrages statt⁵².

Während der Vizekanzler sich in Den Haag und Brüssel mit den Spaniern plagte, griff der Bischof das heiße Eisen eines Vertrages mit dem Kurfürsten von

⁴⁵ Chr. Bernh. an Zurmühlen, St. Ludgersburg 3. 4. 1677: Ebd.

⁴⁶ Desgl., 9. u. 13. 4. 1677: Ebd.

⁴⁷ Zurmühlen an Chr. Bernh., Den Haag 9., 10. u. 11. 4. 1677: Ebd.

⁴⁸ Zurmühlen berichtete empört: »Und kommt es also denen elenden Leuten auf 3000 Rtl. an!« Es gelang nicht, den Spaniern die Artillerie aufzudrängen, obgleich der Bischof diese Truppe sehr lobte: »Wir haben aber bei unserer Artiglerie solche Inventiones, welche gewiß wohl meritieren, daß zu Abbruch des Feinds gebraucht werden.« Chr. Bernh. an Zurmühlen, 16. 4. 1677: Ebd.

⁴⁹ Zurmühlen an Chr. Bernh., Brüssel 14. u. 15. 4. 1677: Ebd.

⁵⁰ Desgl., 19. 4. 1677: Ebd.

⁵¹ Chr. Bernh. an Zurmühlen, St. Ludgersburg 20. 4. 1677: Ebd.

⁵² Ausfertigung in MLA. 12, 25. Für die Durchführung des Vertrages, insbesondere den Anmarsch der münst. Hilfstruppen nach Belgien, gaben die Spanier dem Erbmarschall des Hzgtm. Geldern, Frhr. v. Honsbroeck Vollmacht. Beglaubigungsschreiben Villa Hermosas für Honsbroeck, Brüssel 19. 4. 1677: Ebd. Die von den Herzögen von Braunschweig-Lüneburg mit münst. Gesandten zu Verden über eine Konjunktion der beiderseitigen Truppen geführten Verhandlungen brachen die Herzöge beim Eintreffen der Nachricht sofort ab (Ce. BA. Des. 13 b 1 Nr. 51).

Brandenburg an⁵³. Kurfürst Friedrich Wilhelm, der sich damals mit seinen Siegen über die Schweden großen Kriegsruhm erkämpft und auch die Achtung des Bischofs errungen hatte, gehörte sicherlich zu den Reichsfürsten, denen Christoph Bernhard bisher mit der größten Abneigung begegnete. Er hatte die Daumenschrauben, die ihm der Brandenburger zur Erzwingung des Klever Friedens ansetzte, so wenig vergessen wie den Einfall seiner Truppen in das Münsterland gegen Ende des zweiten holländischen Krieges. Neben Schweden galt der Kurfürst als stärkster Befürworter einer Säkularisation auch der letzten noch bestehenden geistlichen Fürstentümer. Das tiefverwurzelte Mißtrauen des Bischofs gegen den Calvinisten schmolz gewiß nicht leicht vor der Überzeugung von der Notwendigkeit eines Übereinkommens, wenn auch die letzten Jahre gemeinsamen Kampfes auf dem Boden eines reinen Zweckbündnisses bereits die Gegensätze etwas eingeebnet hatten. Die glänzenden Siege Brandenburgs eröffneten ja letztlich auch ihm eine bessere Aussicht, die bremisch-verdischen Eroberungen zu behaupten. Zu einer persönlichen Begegnung beider Fürsten kam es bisher jedoch nicht. Noch anlässlich der Reise des Kurfürsten nach Kleve im Februar 1677 hatte der Bischof ein vorgeschlagenes Treffen »mit Glimpf dekliniert«. Nachdem jedoch das dänische Bündnis unterschrieben und nun auch das spanische heranreifte, glaubte der Bischof, den Ratschlägen des Domküstlers folgen und ein festes Bündnis mit dem Kurfürsten eingehen zu müssen⁵⁴. Nicht zuletzt beabsichtigte er damit, den ihm unbequemen Bremer Kongreß weiter auszuhöhlen und dem münsterischen Standpunkt, im Kreise der Verbündeten herrsche völlige Einigkeit und erübrige sich eine Vermittlung, ganz besonders die der Generalstaaten, größere Geltung zu verschaffen.

Am 22. April traf der Kurfürst, vom Bischof erwartet, mit seiner Begleitung in Beckum ein⁵⁵. Noch an diesem Abend erzielten beide Fürsten Übereinstimmung über die Hauptpunkte des Vertrages. Die Abfassung des Textes übertrugen sie dem Domkürster Korff-Schmising und Bodo von Gladebeck, die auch am 24. April in Sassenberg die Unterschriften leisteten⁵⁶. Beide vereinbarten gemeinsame Fortsetzung des Krieges gegen Schweden und gegenseitige Unterstützung im Falle der Not. Zumindest äußerlich begründete der Bischof hiermit ein erträgliches Verhältnis zu der vorherrschenden Macht Norddeutschlands. Bis zu seinem Tode erfuhr es keine Störung mehr⁵⁷. Nachdem auch Dänemark im Delmenhorster

⁵³ Anfang Januar erschien anstelle des erkrankten Generals v. Eller Dr. Glandorp am münst. Hofe und riet zu einem Bündnis mit dem Kurfürsten unter ausdrücklichem Hinweis auf die Feindseligkeit der braunschweig. Herzöge, die eine Ausdehnung der münst. Herrschaft über die Weser hinaus nicht dulden würden. Der Domkürster Korff-Schmising, ohnehin ein Anhänger der Verbindung mit Brandenburg, bestätigte bei der Rückkehr vom Bremer Kongreß die Verdächtigungen Glandorps. Ribbeck S. 79. Tork an Ferd. v. Fürstenberg, 5. 1. 1677, gedruckt bei Ribbeck, WZ. 52 I S. 158.

⁵⁴ Der Bischof erklärte dem Kurfürsten am 1. 4. 1677 seine Bereitschaft zu einer Begegnung (MLA. 538c).

⁵⁵ Wilhelm Kohl, Begegnung des Großen Kurfürsten mit Christoph Bernhard von Galen in Beckum 1677. In: Heimatkal. 1957 für den Kreis Beckum S. 16 ff. Derselbe, Die Reise des Großen Kurfürsten vom Jahre 1677 in seine westlichen Länder. In: Ravensberger Bll. Jg. 1957, S. 189 ff. Vgl. UA. 18 S. 168.

⁵⁶ Entwurf Raves in MLA. 12, 27. Bemerkungen dazu in MLA. 12, 26, hier auch Ausfertigung des Vertrages. Der Bischof ratifizierte am 6. 5. 1677, der Kurfürst, nachdem er gebeten hatte, den Beitritt Dänemarks abwarten zu dürfen, am 31./21. 5. 1677 (Ebd.).

⁵⁷ Der Kurfürst bat am 26./16. 5. den Bischof, die Patenschaft des Prinzen Christian Ludwig zu übernehmen. Christoph Bernhard nahm an. Von da an redeten sich beide gegenseitig mit »Herr Gevatter« an (MLA. 538c).

Rezeß vom 13. Mai dem Bündnis beirat⁵⁸, fühlte sich der Bischof für den kommenden Feldzug politisch gewappnet. Nicht mehr wie früher durch einen kühnen Anschlag ohne genügende Vorbereitung suchte er das Schicksal zu seinen Gunsten zu entscheiden, sondern durch sorgfältige und weitgespannte Verhandlungen. Zu den Erfolgen zählte er schon die Behauptung des Gewonnenen und Erhaltung seines großen Heeres durch ergiebige Quartiere. Innere Neigungen sprachen kaum mehr mit. Zu Dänemark, Brandenburg und Holland zogen ihn nur Überlegungen der Zweckmäßigkeit, aber auch mit dem katholischen Spanien und dem Kaiser unterhielt er nach mannigfachen Enttäuschungen nur noch rein kaufmännische Beziehungen. Neben politischer Sicherung sollten alle Verträge in erster Linie das nötige Geld herbeischaffen, das das eigene Land nicht aufzubringen vermochte.

Merkwürdigerweise kam der Bischof niemals auf den Gedanken, reichere Geldquellen durch wirtschaftliche Hebung seines Landes zu erschließen. Vermutungen, er habe seine Kriege gegen Holland mit dem Ziel verfolgt, dem Bistum einen Zugang zum Meer zu verschaffen und den Handel zu beleben, gehen an der Wahrheit vorbei. Zwar redete der Bischof nicht selten vom Reichtum und der wirtschaftlichen Kraft Hollands, und das nicht ohne Neid, aber er verfehlte auch niemals zu betonen, daß die Macht der Kaufleute auf sehr schwachen Füßen stehe und daß ein Krieg ihr jederzeit die Grundlagen entziehen könne. Er bemühte sich jedenfalls, seine Sicherheit auf anderen Basen aufzubauen. Seine wenigen, kaum beachtenswerten handelspolitischen Maßnahmen trugen ein engherziges fiskalisches Gepräge. Sie behinderten den Handel mehr, als daß sie ihm Auftrieb verliehen. Seine aristokratische Abneigung gegen das städtische Bürgertum, ihm als Sproß des Landadels angeboren und während des Kampfes mit der Stadt Münster noch verstärkt, legte ihm auch die Förderung des Handwerks nicht nahe. Kunstwerke für kirchliche Zwecke bestellte er stets außer Landes in Köln, Augsburg, Aachen und Italien. Sogar seine Kutschen bezog er im Ausland. Niemals kam ihm der Gedanke, Werkstätten für den Bedarf seines großen Heeres, besonders der Artillerie, im Lande zu errichten. Alle militärischen Güter kaufte er wie zu Beginn seiner Regierung, so auch am Ende im kölnischen Westfalen, im Rheinland und in den Niederlanden ein.

Er unterhielt auch keine Berater für wirtschaftliche Fragen. Nur mit zwei Männern besprach er gelegentlich solche Probleme. Der eine, Niklas Kock aus Zwolle, ein rücksichtsloser Geschäftemacher, mit dem der Bischof durch die Spionagetätigkeit, die jener für Münster leistete, bekannt wurde, führte in der Zeit der Besetzung von Overijssel 1672–1674 ein scharfes Steuersystem ein, dessen Übertragung auf das Münsterland völlig scheiterte. Auch sein neues Stapelhaus in Rheine erwies sich als ebenso wenig nützlich für die Allgemeinheit wie seine übrigen Maßnahmen⁵⁹. Der andere, der Hofjude Abraham Isaak aus Coesfeld, betätigte sich meist nur als Aufkäufer für das Heer, vorwiegend in Holland. Nur einmal unterbreitete er 1677 einen wirtschaftlichen Plan. Anlässlich der Einlösung niederländischer Obligationen und des Ankaufes von Waffen

⁵⁸ Entwurf u. Ausfertigung in MLA. 12, 27. Druck: Danmark-Norges Traktater Bd. 7 Nr. 6. Vgl. Ebd. S. 59 u. 85 ff. Ratifikation Chr. Bernhards, St. Ludgersburg 13. 6., Kurf. Friedr. Wilhelm, Cöln a. d. Spree 31./21. 5. 1677: MLA. 12, 26. Vgl. Wimarson II S. 71 ff.

⁵⁹ Wilhelm Kohl, Nicolaes Kock aus Zwolle. Fürstlich münsterscher Generaleinnehmer unter Christoph Bernhard von Galen. In: Verslagen en Mededelingen van de Vereeniging tot Beoefening van Overijsselsch Regt en Geschiedenis 73 (1958) S. 65–80.

und Munition trat er in Muijden mit einem holländischen Kaufmann in Verbindung, der vorschlug, seine Waffen vom Bischof mit Torf bezahlen zu lassen⁶⁰. Bei diesem Kaufmann besichtigte der Hofjude eine angeblich sehr gewinnbringende Salzsiederei⁶¹. Er schlug dem Bischof vor, auch im Münsterland eine solche Fabrik zu errichten. Das nötige Salzwasser sollte von der Emsmündung mit Schiffen herbeigeschafft werden. Zur Einrichtung bedurfte es nur eines Packhauses zur Lagerung des fertigen Salzes. Pfannen und das Salzschiff gab Abraham Isaak sogleich in Auftrag. Der geringe Erlös der alten Obligationen und Gerüchte über eine schwere Erkrankung des Bischofs und seinen Tod erschütterten das Vertrauen der holländischen Kaufleute zu des Hofjuden Plänen. Nur unter Verlust konnte er die Bestellungen auf das Salzschiff und die Siederei rückgängig machen.

Den Bischof selbst bewegten ganz andere Sorgen. Die geschlossenen Verträge forderten ihre Erfüllung. Noch im April setzte er die Hilfstruppen für Dänemark nach der Elbe in Marsch⁶². Mit Honsbroeck besprach er gleichzeitig die Zuführung der Regimenter nach Brabant. Dem holländischen Gesandten van der Tocht entwickelte er begeistert einen ganzen Feldzugsplan und riet, die staatlichen Truppen um Brügge, Gent und Ostende aufzustellen, während das vereinigte spanisch-münsterische Heer um Aalst und Brüssel Posten faßte und die Belagerungsarmee vor Maastricht die Verbindung über Hasselt offenhielt. Gleichzeitig mußte die kaiserliche Armee mit einem Korps unter dem jungen Herzog von Lothringen in das Innere Frankreichs vorstoßen, ein anderes unter Montecuccoli Trier und Luxemburg bedecken. Ein kleines Kontingent schützte Breisach. Im übrigen schlug er mit Rücksicht auf die letzten französischen Erfolge vor, sich in Verteidigung zu halten und nur offensichtliche Schwächen des Feindes auszunützen⁶³.

Der Marsch der münsterischen Regimenter unter General von Wedell hinterließ auch politische Folgen. Die in ausgezeichneter Verfassung befindlichen Truppen beeindruckten Herzog Philipp Wilhelm von Pfalz-Neuburg außerordentlich⁶⁴. Nach Jahren des Schweigens kam der gegenseitige Briefwechsel wieder in Gang, und nach wenigen Tagen verabredeten beide Fürsten ein persönliches Treffen ohne großen »Eclat« in der Abtei Werden⁶⁵. Freilich war damit die jahrelange Verstimmung nicht überwunden. In Münster hielt man den Pfalzgrafen trotz seiner katholischen Gesinnung für gefährlich und traute ihm zu, das Kreisdirektorium an sich reißen und den Vorrang der geistlichen Staaten beseitigen zu wollen⁶⁶. Trotzdem entschloß sich der Bischof, mit seinem Nachbarn ein Bündnis abzuschließen und damit die Vorstufe für einen größeren Bund unter Einschluß der Kurfürsten von Köln, Mainz und Trier und des Landgrafen

⁶⁰ Die für die Handelsgeschichte nicht uninteressanten Berichte Abraham Isaaks vom Januar bis August 1677 in MLA. 12, 30. Über Abraham Isaaks Sendung vgl. Der Kinderen II S. 311–317.

⁶¹ Die Einrichtung bestand aus 10 Pfannen von je $\frac{1}{2}$ Elle Höhe und 30 Fuß Länge mit 3 Feuerlöchern. Jede Pfanne kostete 300 Rtl. Das Salzschiff sollte 2500 Rtl. kosten. Bericht A. Isaaks, Amsterdam 26. 2. 1677: Ebd.

⁶² Chr. Bernh. an Kaiser Leopold, 24. 4. 1677. Der Bischof setzte unter Generalwachtmeister Grandvillers in Marsch: 3500 zu Fuß, 300 Reiter, 210 Dragoner und 60 Feuerwerker mit 14 Feldstücken und 7 kleinen Feuermörsern (MLA. 538 b).

⁶³ Chr. Bernh. an Zurmühlen, Sassenberg 26. 4. 1677: MLA. 533, 3 II.

⁶⁴ Herzog Philipp Wilhelm an Wedell, 1. 6. 1677: MLA. 539, 9.

⁶⁵ Chr. Bernh. an Herzog Philipp Wilhelm, 7. 6. 1677 u. Antwort, 9. 6. 1677: Ebd.

⁶⁶ Ratsprotokoll v. 12. 6. 1677: MLA. 434, 17.

von Hessen-Darmstadt, gewissermaßen eines neuen Rheinbundes ohne französische Führung, zu schaffen.

Das Übereinkommen mit Pfalz-Neuburg baute auf der Hilfeleistung, zu der beide Fürsten mit Spanien vertraglich verpflichtet waren, auf. Der Bischof wollte 10 000, der Herzog 6000 Mann schicken. Beide schrieben sich eigenmächtig die für erforderlich erachteten Quartiere zu und befreiten ihre eigenen Länder von allen Quartierlasten unter formellem Vorbehalt kaiserlicher Genehmigung. Andere Staaten wurden zum Beitritt aufgefordert⁶⁷. Wiederum übernahm es Pater Körler, die keineswegs bescheidenen Forderungen in Wien durchzusetzen. Bischof und Herzog beanspruchten gemeinsam die Stadt Bremen mit ihren Gohem, das Land Hadeln, die Grafschaften Waldeck und Ostfriesland, die Wetterau, den Westerwald, die Grafschaften Schaumburg, Bentheim, Tecklenburg, Rietberg und die Eifel. Über die Verteilung untereinander wollten sie sich selbst »leicht vergleichen«⁶⁸. Nach dem Verlauf der letzten Quartierstreitigkeiten versprachen die Unklarheiten und die fehlende gegenseitige Abgrenzung neue Zwistigkeiten in Fülle⁶⁹.

Nach dem Abschluß des Vertrages reiste Zurmühlen mit dem pfalz-neuburgischen Kanzler Irsch am 6. August zum Kurfürsten von Köln, der schon seine Bereitschaft erklärt hatte, gegen Subsidien und Quartiere 5000 Mann zu stellen⁷⁰. Es erwies sich jedoch, daß der Beitritt Maximilian Heinrichs sich schwieriger als erwartet gestaltete. Dieser Herr wünschte die Subsidien und Quartiere bereits vor der Truppenstellung in Händen zu halten und verlangte sogar eine sofortige Hilfe von 8000 Mann, während von ihm selbst höchstens 2000 gestellt werden konnten⁷¹. Das bescheidene Angebot wurde angenommen und am 11. August der Beitrittsrezeß verlesen. Jedoch verpflichtete sich der Kurfürst, über die sofort zu stellenden 2000 Mann weitere 1000 bei Evakuierung des Stifts Hildesheim durch die Hannoveraner und abermals 2000 Mann bei Zahlung der Subsidien und Anweisung der Winterquartiere zu liefern. Münster und Pfalz-Neuburg sagten dafür mit je 4000 Mann Hilfe für den Notfall zu⁷².

Mittlerweile schritt die Arbeit an den noch unerledigten Punkten des dänisch-brandenburg-münsterischen Bündnisses fort. Auf einer Konferenz in Minden setzten der Domkürster Korff-Schmising und Ledebur durch, daß zuerst der

⁶⁷ Vertrag v. 14. 6. 1677: MLA. 12, 24 a. Am 18. 6. bat der Bischof Kaiser Leopold um Ratifikation: MLA. 538 b.

⁶⁸ Chr. Bernh. an Körler, Sassenberg 16. 7. 1677: MLA. Mil. 2308.

⁶⁹ In den vorhergehenden Besprechungen Zurmühlens mit Herzog Philipp Wilhelm und dem kaiserl. Prinzipalgesandten in Nymwegen, dem Bischof von Gurk, wurde bereits fühlbar, wie empfindlich alle Teile in der Quartierfrage reagierten, und wieviel Mißtrauen die gemeinsame Kriegführung der deutschen Fürsten vergiftete (Zurmühlen an Chr. Bernh., Düsseldorf 5. 8. 1677: MLA. 12, 29. – Interessant sind hierin die Pläne für einen Übertritt des protestant. Bischofs von Osnabrück zur kathol. Kirche.). Der Kaiser lehnte in einer ersten Stellungnahme die Einbeziehung Bremens und der Eifel in die Quartierliste ab (Kaiser Leopold an Chr. Bernh., 7. 8. 1677: MLA. 538 b).

⁷⁰ Kurköln. Vollmacht zum Beitritt für Dr. Thomas Quentel, Franz Frhr. von und zu Frenz, Ignaz Widtman und Joh. Franz Hettinger, Köln 4. 8. 1677: MLA. 12, 24 a.

⁷¹ Die Pfalz-Neuburger traten für eine Annahme des kläglichen Angebots des Kurfürsten ein, um ihn bei der Stange zu halten. Zurmühlen an Chr. Bernh., Köln 10. 8. 1677: MLA. 12, 29.

⁷² Akzessionsrezeß, Köln 11. 8. 1677. Ratifikation Kurf. Max. Heinrichs, 6. 9. 1677: MLA. 12, 24 a.

Nebenrezeß seine endgültige Fassung erhielt, bevor die von dem dänischen Gesandten Heespen angestrebte Auswechslung der Ratifikationen über den Delmenhorster Hauptvertrag erfolgte. Korff-Schmising erwartete von seinen Gesprächspartnern Vorschläge über die Verteilung der Winterquartiere vorbehaltlich kaiserlicher Genehmigung, worauf ihm Ledebur zu seiner Freude erwiderte, daß die kaiserliche Quartieranweisung unerwünscht sei, da schon jetzt davon gesprochen werde, daß die rheinischen Kurfürsten und andere Stände in Wien Quartiere erhandelten. Der Brandenburger schlug vor, sich untereinander zu einigen⁷³. Dem Domküster schien es, als ob Heespen und Ledebur Pläne hierfür in der Tasche hielten, aber ihm den Vortritt lassen wollten. Endlich rückte der Däne mit dem Entwurf eines Nebenrezeßes heraus, der den Ein-schluß des Herzogtums Schleswig in die Garantie gegen Begrenzung der dänischen Ansprüche auf ein Fünftel des Herzogtums Bremen unter Ausschluß des Fürstentums Verden vorsah. Korff-Schmising wandte dagegen ebenso wenig ein wie gegen die Hereinnahme der Insel Rügen in die Garantie. Außerdem regte Heespen an, sich über gemeinsame Richtlinien für die Nymweger Friedensverhandlungen zu einigen; etwa in der Form, daß unter gegenseitiger Garantie der Verbündeten jeder das behalte, was er mit dem Degen erworben habe; auch eine Ausweitung des Delmenhorster Bündnisses auf den Kaiser, Spanien, Pfalz-Neuburg, das Haus Braunschweig und die Generalstaaten⁷⁴. Ungeachtet dessen kam bei den Mindener Besprechungen eine deutliche Frontstellung gegen die Welfenherzöge zum Ausdruck. Der Domküster versprach den Dänen, ihre Ansprüche im Bremischen bei den Braunschweigern nachdrücklich zu vertreten, und warf die Frage auf, ob man die cellischen Ansprüche auf das Domkapitel zu Hamburg unwidersprochen hinnehmen oder nicht lieber durch ein dänisch-münsterisches Sonderabkommen ausschalten solle⁷⁵. Die alten münsterischen Abmachungen mit den Herzögen über die Teilung der Eroberungen bezeichnete er infolge vielfältiger Vertragsbrüche als ungültig, »und wäre es in effectu nur ein Interimswerk«. Allein von den jetzigen Absprachen unter den drei Verbündeten werde es abhängen, was dem herzoglichen Hause »ex merito zuzueignen«. Da die Teilung nur im Falle eines Friedens feste Gestalt annehmen konnte, riet der Bischof, auf einen Separatfrieden mit Schweden hinzuwirken. Er erkannte mit großer Klarheit, daß die Aufschiebung dieses Problems bis zum Generalfrieden das Ende aller münsterischen Hoffnungen auf Erwerbungen in Niedersachsen bedeutete. Dann würden die »Potentiores« das Hauptwort führen und die »bremische Konquesten pro medio compositionis« benutzen, ganz abgesehen von dem ungewissen Ausgange des Krieges. Wenn Frankreich nur annähernd so gute Fortschritte im Felde erzielte wie im verflossenen Frühjahr, bestand keinerlei Aussicht, die Eroberungen auf ehemals schwedischem Gebiete zu behaupten⁷⁶.

⁷³ Protokoll v. 18. u. 19. 6. 1677: MLA. 12, 27. Vgl. Danmark-Norges Traktater VII S. 94.

⁷⁴ Protokoll v. 22. 6. 1677: Ebd.

⁷⁵ Deshalb wirkte das Gerücht, Dänemark wolle gegen den Erwerb der Insel Rügen auf alle Ansprüche im Bremischen zugunsten der Herzöge verzichten, wie diese es vorschlugen, außerordentlich alarmierend (Chr. Bernh. an M. Korff-Schmising, Sassenberg 27. 6. 1677: MLA. 12, 27). Der Bischof befahl, Heespen zu »versichern, daß wir ihrer kgl. Majestät von gemelten bremischen Konquesten ein solchen Teil, welchen sie verlangen, herzlich gerne gönnen«, und ihm die münst. u. brandenburg. Garantie darüber zu versprechen.

⁷⁶ Chr. Bernh. an M. Korff-Schmising, Sassenberg 28. 6. 1677: Ebd.

Den schwachen Einwänden der Dänen gegen einen Sonderfrieden begegnete der Domkürster mit Beispielen von den Westfälischen Friedensverhandlungen vor 30 Jahren, »wie die Potentiores damalen den Frieden gemacht, die andere und Geringere verlassen, desgleichen anjetzo nochmalen geschehen könnte.« Die Niederländer hätten sich schon innerlich von den Verbündeten getrennt, und deshalb solle man in Schonen und Pommern mit Kraft auf das Ende drängen und dann mit Schweden Frieden schließen und ihm seinen deutschen Besitz abnehmen. Auch den Einwurf Heespens, die Stellungnahme des Kaisers zu einem solchen Plan bleibe höchst ungewiß, wies der Domkürster mit der Bemerkung zurück: »Wann der Kaiser Schweden von Frankreich separieren könnte, würde dazu wohl inklinieren«⁷⁷.

Am 30. Juni fand die Mindener Konferenz ohne wesentliche Entschlüsse, aber unter Anerkennung der dänischen Ansprüche auf Teilnahme an den Ländern Bremen und Verden, ihr Ende. Die Frage der Winterquartiere schoben die Verbündeten bis zur nächsten Zusammenkunft auf⁷⁸.

49. KAPITEL

FELDZUG IN DEN SPANISCHEN NIEDERLANDEN UND QUARTIERSTREIT 1677/78

Der Sommer 1677 drängte die diplomatische Tätigkeit am münsterischen Hof in den Hintergrund. Der Feldzug forderte die ganze Aufmerksamkeit des Bischofs.

Am 29. Juni überschritten seine für Spanien bestimmten Hilfstruppen die Maas und marschierten über Löwen nach Brüssel¹. Fast wider Erwarten lieferten die Spanier sofort Wechsel über 26 000 Rtl. aus, ohne allerdings Hoffnung auf weitere Zahlungen nach der Vereinigung der münsterischen mit den spanischen Truppen zu machen. Zu seinem Ärger vernahm Dr. Ham, der die Regimenter begleitete, daß die guten Quartiere im Bistum Lüttich um Maaseik von den Pfalz-Neuburgern mit Zustimmung der Brandenburger belegt werden sollten². Er hegte jedoch die Hoffnung, die beinahe noch günstigeren Quartiere bei

⁷⁷ Protokoll, Minden 29. 6. 1677: Ebd.

⁷⁸ Vereinbarung v. 30./20. 6. 1677: Ebd. Druck: Danmark-Norges Traktater Bd. 7 Nr. 8. Ratifikation des Kurf. v. Brandenburg, Leiren vor Stettin 10. 7. 1677, Ratif. Chr. Bernh., Sassenberg 28. 7. 1677.

¹ Ham an Christoph Bernhard, Neeritter 29. 6. 1677: MLA. 12, 28.

² Herzog Philipp Wilhelm hielt aus Furcht vor Kurköln und Münster mit der Zustimmung zurück. Desgl., Brée 1. 7. 1677: Ebd.

Diest, von wo aus sich das Lütticher Land – »ein sehr nützliches und fruktuöses Quartier« – bequem in Kontribution setzen ließ, um den Unterhalt für 4000 Mann zu gewährleisten, durch Entgegenkommen von den Spaniern einhandeln zu können³. Die am 7. Juli vor Brüssel eintreffenden, gut ausgerüsteten Truppen beeindruckten die Spanier so sehr, daß Aussicht auf bevorzugte Behandlung und Zuweisung ergiebiger und nahegelegener Quartiere bestand⁴.

Erfreut über die Berichte seines Generalkriegskommissars, fühlte sich der Bischof durch die Hoffnung auf gute Quartiere belebt. Er mißbilligte nur, daß Ham über die Lütticher Quartiere mit den Spaniern gesprochen oder gar angeregt hatte, sie beim Kaiser für die münsterischen Truppen zu erbitten. Er betrachtete das Bistum Lüttich als Kriegsschauplatz und glaubte die dortigen Quartiere ohne Anweisung oder Anrechnung auf die Quartierquote beziehen zu können. Am liebsten hätte er gesehen, wenn Ham zuerst einmal die Städte Aachen und Lüttich als unbestrittenen münsterischen Anteil sicherte oder aber das Herzogtum Geldern, aus dem angeblich die Spanier jährlich 500 000 Rtl. zogen⁵.

Trotz guter Zurüstungen stand es leider um die spanische Kriegführung schlecht. Unzureichende Aufklärung über den Standort des Feindes und Eifersüchteleien unter den Verbündeten verhinderten tatkräftige Entschlüsse. Die Hilfstruppen waren vollzählig eingetroffen, mit Ausnahme der 4000 Cellischen, die es vorzogen, sich der Armee des Prinzen von Oranien zuzugesellen, der mit 24 000 Mann und »ungemein akkurat und trefflich eingerichteter« Artillerie in Flandern erschien. Dem holländischen Heere gehörten nur wenige Generäle an, zum Unterschied vom spanischen, dessen hohe Offiziere und Stäbe die Zahl der Kompanien übertrafen⁶. Dem Bischof blieben zwar die zag-

³ Desgl., Herk-de-Stad 4. 7. 1677: Ebd.

⁴ Desgl., Brüssel 10. 7. 1677. – Die Spanier berechneten die für den Feldzug gegen 32 000 Franzosen zur Verfügung stehenden Truppen gleichfalls auf 32 050 Mann, nämlich

Spanien	1 000 zu Fuß	4 000 zu Pferde
Münster	5 700 zu Fuß	3 000 zu Pferde
Münster (erwartet)	1 100 zu Fuß	150 zu Pferde
Osnabrück	2 500 zu Fuß	2 500 zu Pferde
Holland	7 000 zu Fuß	–
Paderborn	800 zu Fuß	300 zu Pferde
Celle (erwartet)	–	4 000 zu Pferde
	18 100 zu Fuß	13 950 zu Pferde = 32 050.

Daraus sollten 2 Korps zu je 16 000 Mann, das 1. unter Villa Hermosa (Spanier, Münsterische und Paderborner), das 2. unter dem Bischof von Osnabrück (Holländer, Osnabrücker und Cellische) gebildet werden (Ebd.). – Das zusätzliche münst. Kontingent von 1250 Mann ergab sich daraus, daß die lüneburg. Herzöge die vom Bischof dem Kurfürsten von Brandenburg für die Belagerung von Stettin versprochenen 1200 Mann unter der Bedingung übernommen hatten, daß der Bischof dafür ihr Kontingent bei Spanien übernahm (vgl. Meinders an M. Korff-Schmising, Celle 22./12. 7. 1677: MLA. Mil. 2308). Befehl an den Landkommissar Joh. Leonard Krebs, diese Truppen dem Obristen v. Elverfeld zuzuführen, Sassenberg 29. 7. 1677 (MU. 4672). Das Kontingent bestand offensichtlich aus schlechten Soldaten, worunter »viel klein und untüchtiges Völklein ... obhanden.« Ham an Chr. Bernh., Grammont 1. 8. 1677 (Ebd.). – Villa Hermosa bestätigte zu Braine-le-Comte 18. 9. 1677 allerdings die Ankunft von 1200 Mann und drückte seine Zufriedenheit mit ihrem Zustand aus (MU. 4673).

⁵ Chr. Bernh. an Ham, Sassenberg 16. 7. 1677: MLA. 12, 18.

⁶ Ham an Chr. Bernh., Lager bei Aalst 21. 7. 1677: Ebd.

haften Versuche der Verbündeten, den Feind bei Ath anzugreifen, um ihn schließlich entweichen zu lassen, unbegreiflich, aber trotzdem schien ihm die Schonung seiner Truppen durch die ungeschickte Strategie des Herzogs von Villa Hermosa besser, als wenn der Bischof von Osnabrück energisch das Kommando übernommen hätte⁷.

Trotzdem bemühte sich gerade dieser damals um eine nähere Verständigung mit seinem nächsten Nachbarn, dem Bischof von Münster. Er schlug seinen Beitritt zum münster-pfalzneuburgischen Bündnis, das ihm zur Kenntnis gekommen sein mußte, vor. Den Truppen der beiden Bundesgenossen wollte er 6000 Mann beordnen, so daß sie gemeinsam ihre Ziele in Quartiersachen auch gegen den Willen des Kaisers durchsetzen konnten. Trotz allem Mißtrauen gegenüber dem Welfen unterlag Ham den verlockenden Aussichten, die der Herzog ausmalte. Er träumte bereits davon, mit vereinigter Kraft der drei Fürsten die Holländer aus den ersehnten lüttichschen Quartieren zu verdrängen, falls sie wagen sollten, sich hineinzusetzen⁸. Der Bischof aber lehnte rundweg ab, mit Herzog Ernst August in nähere Beziehung zu treten: »Vestigia nos terrent!« Zu oft habe er die Unzuverlässigkeit des Hauses Braunschweig erfahren müssen. Vielleicht bestätige sie sich zum Schaden der gemeinsamen Sache auch in diesem Jahr, denn schon jetzt stehe fest, daß Hannover mit Frankreich engere Bindungen denn je unterhalte. Dem Kaiser und der katholischen Kirche würde am dienlichsten sein, wenn Herzog Ernst August aus den Waffen gebracht werden könnte⁹. Dem General von Wedell untersagte der Bischof jede »Familiarität mit dem Prinzen von Oranien und Herrn Bischöfen zu Osnabrück«¹⁰.

Der geistlosen Strategie der Spanier blieb, wie zu erwarten, der Erfolg versagt. Außer einem mißglückten Versuch, die Festung Charleroi einzuschließen, verzeichnete der mit großem Aufwand begonnene Feldzug des Sommers 1677 bisher keine bemerkenswerten Ereignisse¹¹. Als der August zu Ende ging, trat die Frage der Winterquartiere, die mit ihren egoistischen Hintergründen bisher schon den kraftlosen Feldzug überschattete, vollends in den Vordergrund. Der Generalkriegskommissar Ham wurde von der Armee abberufen,

⁷ Chr. Bernh. an Ham, Sassenberg 30. 7. 1677: Ebd.

⁸ Ham an Chr. Bernh., Geeraardsbergen 31. 7. 1677: Ebd.

⁹ Chr. Bernh. an Ham, Vechta 16. 8. 1677: Ebd.

¹⁰ Desgl., Rotenburg 21. 8. 1677: Ebd. — Die Truppenhilfe für die Spanier führte ein erstes Mißverständnis zwischen dem Bischof und seinem Koadjutor herauf. Jener berief sich auf eine Zusage Fürstenbergs von 1674, auf Anfordern seine Truppen jederzeit unter münsterischen Oberbefehl zu stellen. Als der Bischof jetzt das Ausrücken des paderborn. Kontingents zur Verteidigung der Span. Niederlande forderte, lehnte der Koadjutor mit der Begründung ab, der Kriegsschauplatz sei ihm nicht vorgeschrieben. Er ziehe es vor, statt gegen Frankreich gegen die schwedischen Ketzler zu kämpfen. Als der Bischof daraufhin mit Einquartierung drohte, kündigte Fürstenberg seinerseits an, seine Kompagnien dem Befehl des Herzogs von Neuburg zu unterstellen. Er zog sich damit den gereizten Spott Christoph Bernhards über die 900 Paderborner Soldaten und den Hinweis auf das eben abgeschlossene münster-pfalzneuburgische Bündnis zu. Ribbeck S. 85.

¹¹ Als das Unternehmen gegen Charleroi auf dem Kriegsrat v. 13. 8. in Genappe zur Diskussion stand, erbot sich General v. Wedell aus freien Stücken zur Übernahme der Vorhut. Der Prinz von Oranien, der gerade diese Aufgabe abgelehnt hatte, wurde dadurch »sehr konfundiert, bevorab weiln nach solche des Generalleutnant Wedells Erbietung auch die Cellische und letz die Osnabrückische desgleichen präsentiert haben.« Ham an Chr. Bernh., Genappe 15. 8. 1677: MLA. 12, 28.

um ganz diese Aufgabe zu übernehmen¹². Auch der Bischof widmete sich allein dieser Frage und nahm in Rotenburg Verhandlungen mit den Dänen und Brandenburgern auf¹³. Dabei stand die Herrschaft Jever¹⁴, die ihm die Dänen einräumten, und das Landgebiet der Reichsstadt Bremen¹⁵ im Vordergrund¹⁶. Von den Dänen wünschte er eine Erklärung zu empfangen, daß sie auf die Stadt Bremen und ihre 4 Gohe keine Ansprüche erhoben, ohne einen Erfolg zu erzielen¹⁷.

Besondere Sorge bereitete die erneut aufflammende Krise in Ostfriesland. Im April 1677 hatte nämlich der Bischof 600 Mann seiner im Dienste der Fürstin stehenden Truppen dem dänischen Heere zugeführt¹⁸. Die Hoffnung der Fürstin, deren Enttäuschung über die Eigenmächtigkeit des Bischofs groß war, mit den restlichen 400 Mann ihre Landstände im Schach halten zu können, erfüllte sich nicht. Allen voran widersetzte sich die Stadt Emden den

¹² Chr. Bernh. an Ham, Rotenburg 21. 8. u. 3. 9. 1677: Ham solle nach Wien gehen, um das Quartierwesen »daselbstens poussieren zu lassen.« – Ham blieb trotzdem bei den Truppen in den Span. Niederlanden, weil die Verhältnisse sich dort sehr schwierig gestalteten.

¹³ In Rotenburg traf er mit Heespen und Ledebur am 20./10. 8. zusammen (Danmark-Norges Traktater VII S. 97). Das Protokoll der Sitzung vom 23./13. 8., auf der die Mindener Abmachungen ratifiziert und gemeinsames Vorgehen in der Teilungsfrage vereinbart wurde, in KB. – Im Geheimen Rat wurden bei dieser Gelegenheit Fragen der Kriegführung gegen Frankreich (Protokoll v. 3. 9. 1677: MLA. Mil. 2308) und der Verwaltung des Fstm. Verden, insbesondere in geistlicher Beziehung, besprochen (Protokoll v. 4. 9. 1677: Ebd.).

¹⁴ Auf eine Beschwerde des Fürsten Karl Wilhelm v. Anhalt befahl der Kaiser dem Bischof am 17. 9. die Räumung Jevers (MLA. 538b). Die Herrschaft wurde schon am 3. Juni von münst. Truppen, in deren Begleitung sich der Kriegskommissar Martels befand, auf folgende Weise eingenommen: Die Münsterischen legten sich nachts in die Vorstadt und riefen dadurch einen Alarm unter den Bürgern hervor. Am nächsten Tage wurden sie in die Stadt eingelassen, und Martels bemühte sich um gute Freundschaft mit der Schloßbesatzung, um sich »bei guter Gelegenheit dareinschleichen und sich Meister darein machen« zu können (Bericht Martels, Aurich 4. 6. 1677: MLA. 543 II). Am 16. 10. gab der Kaiser die Erlaubnis zum Verbleiben in Jever (MLA. 538b).

¹⁵ Am 24. 7. 1677 beschwerte sich der Kaiser über einen Einfall des münst. Kommissars Thiels in die bremischen Gohe (MLA. 538b).

¹⁶ Protokoll, Rotenburg 10. 9. 1677: MLA. 434, 17.

¹⁷ Auf der folgenden Mindener Konferenz (vgl. Danmark-Norges Traktater VII S. 98) sicherte Heespen anfangs eine solche Erklärung zu, bezeichnete das aber am nächsten Morgen als eigene Unbedachtheit, da sein König bis Mai 1678 die Quartiere aus Bremen und den 4 Gohen sowie 15 000 Rtl. zu fordern habe. Ein Vertrag mit der Stadt Bremen hierüber bestehe. Deshalb könne er den Plan für die Quartierverteilung, wie er an den kaiserl. Hof abgeschickt werden sollte, nur unter der Bedingung unterschreiben, daß Münster 15 000 Rtl. zu zahlen übernehme. Später ließ er sich dazu herbei, die Unterschrift zu geben, wenn im Protokoll eingerückt würde, sein König habe noch 15 000 Rtl. zu fordern (M. Korff-Schmising an Chr. Bernh., Minden 28. 9. 1677: MLA. 12, 27). Den münst. Gesandten in Minden drängte sich der Verdacht auf, daß hinter dem merkwürdigen Verhalten des Dänen tiefere Gründe verborgen lagen, denn offenbar hatte er die Quartierzueweisung an den dänischen König über Bremen bisher vorsätzlich verschwiegen und ruhig mitangesehen, wie P. Körler sich in Wien vergeblich zugunsten des Bischofs darum bemühte (Lic. Bünichman an Chr. Bernh., Minden 1. 10. 1677: MLA. 12, 27). Protokolle der Mindener Konferenzen in KB.

¹⁸ Über die Unhaltbarkeit der Ansichten von Tücking S. 245 und Ribbeck S. 93, wonach die münst. Truppen auf Grund von Drohungen der Generalstaaten abgeführt wurden, vgl. schon Heimeier S. 75 Anm. 177.

geforderten Kontributionen und stachelte ihre Mitstände zu gemeinsamem Widerstand auf. Jetzt erlangte die Besetzung von Jever ihre vorgesehene Bedeutung. Mit 3 Kompanien rückte Obrist Puling in Ostfriesland ein, konnte zwar gegen die Stadt Emden und ihre staatliche Besatzung nichts ausrichten, aber doch wenigstens die städtische Herrlichkeit Oldersum besetzen, im September auch die Burg Borssum (27. September). Eine Beschwerde der Stadt beim Bischof erfuhr keine Beantwortung. Darauf griff sie zur Selbsthilfe und eroberte Anfang Oktober mit Hilfe der holländischen Besatzung die Häuser von Oldersum und Borssum zurück und führte sogar Puling und seine Kompanien in Gefangenschaft¹⁹. Aus Furcht vor der Rache des Bischofs warben die Bürger Truppen an und ergriffen auch gegen die Besitzungen der Fürstin und die Residenz Aurich die Offensive²⁰. Sofort versprach der Bischof, dem die Parteinahme der holländischen Besatzung in Emden Wasser auf seine anti-niederländischen Mühlen goß, der Fürstin Hilfe. Mit 1000 Mann rückte Obrist Kalkar in die Grafschaft ein, kurz darauf gefolgt von weiteren 15 Kompanien, offensichtlich entschlossen, den Widerstand der Stadt mit Gewalt zu brechen.

Gleichzeitig keimte im Bischof der beunruhigende Verdacht auf, daß die Holländer ihn in einen lokalen Streit hineinziehen wollten, während seine Truppen zum größten Teil in Brabant standen und ihnen der Rückweg über die Maas durch staatliche Abteilungen im Stift Lüttich versperrt war. Schon Mitte Oktober verlautete gerüchtweise, Wedell habe Befehl erhalten, über den Rhein zurückzumarschieren. Nur mit Mühe vermochte Ham den empörten Oberbefehlshaber, Herzog Villa Hermosa, zu beruhigen, indem er seine Hoffnung bekräftigte, den münsterischen Truppen werde das Herzogtum Geldern trotz allen widersprechenden Meinungen doch noch angewiesen, freilich ein wenig gegen eigene Überzeugung. Ham wußte zu genau, daß der in diesen Dingen entscheidende spanische Staatssekretär de Mottes sich für Münster nicht einsetzen würde²¹. Der münsterische Generalkriegskommissar bedauerte die Abberufung von Herzen. Sie vernichtete einen großen Teil seiner Mühen. Seine Bitte an den Bischof: »Dann die Fata wollen doch, daß Ew. hochf. Gnaden Niederlands« – d. h. der Spanischen Niederlande – »Helfer und Restaurator sein!«²², entsprach seiner inneren Überzeugung. Freilich mußte er seufzend die Unaufrichtigkeit der Spanier eingestehen, die hinter seinem Rücken dem Prinzen von Oranien Hasselt, Maaseik und einen großen Teil des Stifts Lüttich, dem Herzog von Celle dagegen die geldrischen Quartiere angewiesen hatten. In der kaiserlichen Quartierliste fand der Bischof weder Aachen noch Stablo, die für die Einschließung Maastrichts wichtig gewesen wären, und Ostfriesland mit Auflagen belegt, die den Besitz der Grafschaft entwerteten. In seinem Mißtrauen gegen die Holländer, hervorgerufen durch den Emdener Zwischenfall, und der Enttäuschung über ungenügende Quartiere entschloß er sich daher, seine Truppen über den Rhein zurückzuziehen²³.

¹⁹ Heimeier S. 76. Wiarda VI S. 115. Hessing an Chr. Bernh., Den Haag 8. 10. 1677: Die Münsterischen verloren bei dem Treffen einen Obristwachtmeister, 2 Kapitäne, 1 Fähnrich, 8 Unteroffiziere und 72 Soldaten, außerdem in Borssum 46 Soldaten (MLA. 534, 1 VIII).

²⁰ Wiarda VI S. 115 f.

²¹ Wedell hatte de Mottes mit allzu deutlichen Bemerkungen über die Untüchtigkeit der spanischen Granden tief beleidigt.

²² Ham an Chr. Bernh., Brüssel 15. 10. 1677: MLA. 12, 29.

²³ Chr. Bernh. an Ham, 16. 10. 1677: Ebd.

Dr. Ham konnte sich den politischen Bedenken seines Herrn nicht entziehen. Den münsterischen Truppen in Brabant wurde in der Tat der Rückweg ins Heimatland abgeschnitten, wenn Holländer und Lüneburger bei Maaseik und in Geldern Quartier bezogen. In dieser Lage stand der Bischof bei etwaigen Konflikten in Norddeutschland, in denen voraussichtlich Braunschweiger und Holländer, wie der Fall Emden es bewies, auf der Gegenseite stehen würden, machtlos dem Feinde gegenüber. Schlagartig beleuchtete die Bitte des Staatssekretärs de Mottes, doch ja nicht die münsterischen Hilfstruppen zu verstärken und damit des Prinzen von Oranien »gefaßte Jalousie« zu »alarmieren«, das ungewöhnlich verschlechterte Verhältnis unter den Verbündeten²⁴. Es bedurfte kaum noch der Anregung Pfalzgraf Philipp Wilhelms, eine münsterische Besatzung von 4–5000 Mann in die Reichsstadt Aachen zu legen²⁵, um den Bischof endgültig von der Notwendigkeit eines Abmarsches aus Brabant zu überzeugen.

In dieser verworrenen Lage ereignete sich auf der Konferenz der Verbündeten zu Limal²⁶ ein ernster Zwischenfall: Nachdem Graf Waldeck die Bereitschaft der Generalstaaten bekundet hatte, über den Winter 32 Bataillone in den Spanischen Niederlanden stehen zu lassen, kündigten auch General von Wedell und Dr. Ham an, die münsterische Armee bleibe im Lande, wenn ihnen Geldern als Quartier angewiesen werde. Zugleich sprachen sie die Hoffnung aus, die Holländer würden sie nicht aus dem ihnen vom Kaiser angewiesenen Bistum Lüttich verdrängen wollen. Mißvergnügt warf Waldeck ein, seine Truppen stünden schon um Hasselt und das kaiserliche Mandat sei so auszulegen, daß dem Bischof von Münster nur die Teile des Stifts Lüttich angewiesen würden, die von holländischen Truppen noch nicht besetzt seien. Außerdem habe er von den Händeln des Bischofs in Ostfriesland und seiner Drohung gehört, die ihm widerfahrene Unbill an den Generalstaaten zu rächen. Wedell und Ham »dissimulierten diese Partikularitäten« zwar, aber die unsachliche Bemerkung Waldecks²⁷ riß den hitzigen General zu der Ankündigung hin, er werde morgen wegen Brotmangels in die versprochenen geldrischen, brabantischen und luxemburgischen Quartiere abmarschieren. Wem das nicht passe, der müsse mit seinem völligen Verschwinden vom Kriegsschauplatz rechnen. Darauf brach sein Feind de Mottes in den »überlauten« Ruf aus: »So wäre dadurch dann ganz Niederland verloren!« Obgleich alle Anwesenden die beiden münsterischen Herren zum Verbleiben in Brabant beschworen und baten, Geldern den Lüneburgern, Lüttich den Holländern zu lassen, und obgleich die brabantischen Quartiere bekanntermaßen weit besser als die geldrischen waren, wagten beide nicht, dem Flehen nachzugeben. Die Furcht vor gewaltsamer Trennung vom Heimatland durch unaufrichtige Ver-

²⁴ Ham an Chr. Bernh., Brüssel 18. u. 20. 10. 1677: Ebd.

²⁵ Hinter dieser Aufforderung stand die Einsicht des Pfalzgrafen, daß seine eigenen Kräfte nicht ausreichten, die Reichsstadt zur Aufnahme einer Besatzung zu zwingen. In diesem Falle wäre die Stadt für ihn ohne Nutzen gewesen, ihm aber vom münst. Vertragspartner als Quote angerechnet worden.

²⁶ Zwischen Brüssel und Namur.

²⁷ Die Klagen des Herzogs Villa Hermosa über Wedell und Ham beim Bischof führte der Generalkriegskommissar auf Waldecks Anstiften zurück, der bei den Spaniern uneingeschränkt den Ton angebe. Waldeck sei auf beide Herren besonders deshalb ärgerlich, weil sie ihm gebührend widersprachen, wenn er den Bischof durch »pikantische Reden zu touchieren« suchte. Ham an Chr. Bernh., Roermond 10. 11. 1677: MLA. 12, 29.

bündete verhinderte jede Verständigung. Sie beschlossen, vorerst in die Gegend von Tienen und Diest abzurücken²⁸, frohgemut, das entsetzliche Herbstwetter hinter sich zu lassen. Nur Ham fühlte Beklemmungen, wenn er an den Kaiser und den Pfalzgrafen dachte. Was würden beide zu dem unangekündigten Rückzug über den Rhein sagen?²⁹

Noch einmal aber trug der Bischof den Wünschen der Spanier Rechnung. Er ließ den Rückmarsch über den Rhein unterbrechen³⁰ und wies Wedell an, die von der Brüsseler Regierung bezeichneten Quartiere in Luxemburg und bei Namur zu beziehen³¹. Unwillig über den abermaligen Sinneswechsel nahm Ham die Verhandlungen mit den Spaniern, die ihn schon höflich verabschiedet hatten, wieder auf³². Da nach der Abberufung de Mottes' nach Spanien Baron Honsbroeck für die Quartiere verantwortlich zeichnete, liefen die Gespräche etwas glatter. Honsbroeck überließ den münsterischen Truppen die Gebiete um Huy, Verviers, Durbuy a. d. Ourthe, Franchimont, Herzogenrath, sowie die Stadt Aachen und die Grafschaften in der Eifel, letztere auf Akkord mit Kurtrier³³. Damit erfüllten sich die Wünsche des Bischofs³⁴. Seine Furcht vor einer Abschneidung verschwand, sobald die Regimenter die Maas überschritten³⁵. Freilich belastete er die Regelung mit einer neuen gefährlichen Forderung. Um den Verlust des Lütticher Landes, das ihm angeblich auf kaiserliche Anweisung zustand, wettzumachen, sollte Ham versuchen, die »Winterquartier im Limburgischen und Brabandischen quovis meliori modo zu extendieren«³⁶. Seinen Wunsch begleitete er mit unmutsvollen Bemerkungen über die holländische Einquartierung im Stift Lüttich als einem Einfall in unbestrittene Teile des Römischen Reiches³⁷.

²⁸ Wedell und Ham an Chr. Bernh., Limal 25. 10. 1677: Ebd.

²⁹ Eine Mitteilung an den kaiserl. Gesandten v. Landsee erfolgte so wenig wie an den Pfalzgrafen, um die Möglichkeit eines Gegenzuges zu unterbinden (Ham an Chr. Bernh., Brüssel 29. 10. 1677: MLA. 12, 29).

³⁰ Chr. Bernh. an Herzog Philipp Wilhelm, Bentlage 23. 10. 1677: Ebd.

³¹ Chr. Bernh. an Ham, Bentlage 21. u. 25. 10. 1677: Ebd.

³² Wedell, der mit den Truppen schon nach Löwen abmarschiert war, um von dort aus die große Straße nach Roermond zu benutzen, bereitete sich auf einen gewaltsamen Durchbruch durch das Stift Lüttich vor, in der Annahme, die Holländer würden ihm den Durchmarsch aus Furcht, er könne sich im Stift festsetzen, verwehren (Wedell an Chr. Bernh., Rumstorf 30. 10. 1677: Ebd.).

³³ Ham an Chr. Bernh., Brüssel 31. 10. 1677: Ebd.

³⁴ Chr. Bernh. an Ham, Horstmar 1. 11. 1677: »So hast dahin zu sehen, daß zu solchem End, falls Gelderland nicht zu erhalten, unsere Völker nach dem Luxemburgischen und Namur gezogen werden, damit sie uf allen Fall die Maase passieren, die Festung Maastricht desto füglicher einschließen, die Gülügsche und andere Landen bedecken, sich auch ufm Notfall zu Rettung der Spanischen Niederlanden mit denen anderen hohen Alliierten sich konjungieren mögen« (Ebd.).

³⁵ Ein Verbleiben in Brabant hielt er dagegen zum Untergang seiner Truppen ausgedacht, »welches von denen Herren Holländern, so in den Spanischen Niederlanden annoch prädominieren, und andern Unkatholischen... also gesucht und an Hand gegeben worden« (Chr. Bernh. an Herzog Phil. Wilhelm, Horstmar 2. 11. 1677: Ebd.). Am 4. 11. erteilte er seine Zustimmung zu dem zwischen Ham und Honsbroeck vereinbarten Quartierplan.

³⁶ Chr. Bernh. an Ham, Horstmar 4. 11. 1677: Ebd. – Villa Hermosa gab am selben Tage in Brüssel die münst. Quartieranweisung heraus. Sie hatte die Billigung des kaiserl. Gesandten Graf Caprara gefunden.

³⁷ Chr. Bernh. an Wedell und Ham, Horstmar 6. 11. 1677: Ebd.

Auch aus dem letzten Brüsseler Abkommen erwachsen, kaum daß es geschlossen war, neue Schwierigkeiten. Mit Rücksicht auf eine Gefährdung der Krönungsinsignien widerriet der Kaiser einer Besetzung der Reichsstadt Aachen. Münsterische Truppen in der Krönungsstadt hätten eine zu starke Anziehungskraft auf die französische Besatzung von Maastricht ausgeübt. Er bat deshalb, es bei dem »in höchster Enge« vereinbarten Beitrag der Stadt von 8000 Rtl. an den Bischof von Münster und den Pfalzgrafen zu belassen³⁸. Die Bürger selbst, die 1000 Mann in eigene Dienste genommen hatten, machten keine Anstalten, Wedell ihre Tore zu öffnen. Gewaltanwendung empfahl sich bei der Nähe der Franzosen nicht. Ratlos stand Wedell Anfang November mit seinen Regimentern an der Maas bei Roermond. Enttäuscht stellte er fest, daß der lüneburgische General Chauvet ihm mit 200 Reitern in den geldrischen Quartieren zugekommen war. Auch im Herzogtum Jülich glaubte er auf kein Zugeständnis des Pfalzgrafen rechnen zu können³⁹. Ebensovienig kamen kurkölnische Gebiete in Frage. Lüttich lag bereits hinter ihm⁴⁰.

Am 11. November begaben sich Ham und der bergische Marschall Freiherr von Nesselrode nach Aachen, um zur Aufnahme von 3 Regimentern zu Fuß und einem Regiment zu Pferde aufzufordern⁴¹. Der Bischof riet, die Stadt, sollte sie sich sträuben, durch eine »Enteprise wohl zu empfortieren«⁴². Nicht ganz zu unrecht schrieb er dem halsstarrigen Verhalten der Bürger zu, daß die französische Besatzung in Maastricht noch immer ungestraft die umliegenden Reichslande in Kontribution setzte⁴³. Wäre nicht die Reaktion der Verbündeten, besonders der Holländer⁴⁴, gar zu unsicher gewesen, Wedell hätte einen

³⁸ Kaiser Leopold an Herzog Phil. Wilhelm, Wien 6. 11. 1677: Ebd.

³⁹ Am 9. 11. beklagte sich der Pfalzgraf, daß sich münst., brandenburg., braunschweig. u. osnabrück. Truppen den Grenzen seines Landes näherten, ohne daß sie ihm bisher angekündigt waren. Er versuchte, sich mit dem Gedanken zu beruhigen, daß alle diese Truppen den Münsterischen Eingang in die Stadt Aachen verschaffen wollten (Ebd.).

⁴⁰ Der Durchmarsch verlief zwar ohne Zwischenfall, jedoch ließen 18 holländ. Regimenter die Münsterischen nicht aus den Augen. Die Truppen Wedells waren sämtlich »mit der dollen Krankheit infiziert«, so daß es nicht einmal ratsam erschien, die Nationaltruppen in das Stift Münster zurückzuführen (Wedell an Chr. Bernh., Wessum b. Roermond, 7. u. 10. 11. 1677: Ebd.). – Deshalb blieb Wedell vorläufig »mit großem Verdruß des Generallieutenanten Chauvets« bei Roermond stehen. Die Nationalvölker marschierten schließlich in das Amt Bocholt ab. Der militärisch unfähige, aber bei seinen Soldaten beliebte Obrist Enschaten wurde in das Gefängnis nach Coesfeld abgeführt, da er sich weigerte, vor einem Gericht zu erscheinen.

⁴¹ Wedell an Chr. Bernh., Wessum b. Roermond 10. 11. 1677: Ebd. – Außer Quartier, Licht, Feuer und Lagerstatt sollte von den Bürgern nichts gefordert werden. Der Unterhalt kam aus den angewiesenen Landquartieren. Das Kommando in der Stadt verblieb wie bisher dem Stadtkommandanten und den Bürgermeistern. Auf Wunsch der Stadt konnten ihr für den nächsten Sommer zur eigenen Sicherheit 1–2000 Mann vorbehaltlich des Kaisers und der Verbündeten Ratifikation versprochen werden. Denkschrift, Wessum 10. 11. 1677: Ebd.

⁴² Chr. Bernh. an Wedell, Münster 14. 11. 1677: Ebd.

⁴³ Chr. Bernh. an Ham, Münster 15. 11. 1677: Ebd. – Herzog Phil. Wilhelm an Chr. Bernh., Bensberg 19. 11. 1677: »Wir wissen wohl, und zeigen es leider die tägliche Exempla, daß die aus dem Reich hinausgezogene und noch hinausziehende Contributiones die Stände zu ihrer Oppression, das Reich zu Abbruch seiner Defension und den Fundum der Reichswaffen zu der gegen dem Feind erforderlichen und kräftigen Resistenz merklich enervieren, und dieses ist bei uns und andern einer der größten Rationen, warumb Maastrich blockiert, belagert und empfortiert werden

Handstreich gewagt. Indessen kam Ham nach seinen Verhandlungen in der Stadt zu der Überzeugung, daß die Besetzung nicht ratsam sei. Eine gewaltsame Einnahme mit 3–4000 Mann – militärisch durchaus möglich – beschwor die Gefahr herauf, die Bürger auf die Seite der Franzosen zu drängen, was angesichts des schlechten Zustandes der Stadtbefestigung größte Bedenken fand⁴⁵. So gab Ham zu überlegen, ob die umliegenden Quartiere nicht bequemer aus einer anderen Stellung heraus genossen werden könnten. Um allen Gefahren aus dem Weg zu gehen, die aus der französischen Drohung, im Winter Luxemburg anzugreifen, entstanden, zog es ihn in die rechtsrheinischen Gebiete⁴⁶. Mit Freuden empfing er, gerade als der münsterische Angriff auf Aachen beginnen sollte und die ersten Bomben schon heraus- und hineinflogen, durch einen Boten Landsees den kaiserlichen Befehl vom 6. November, die Stadt von jeder Besetzung freizustellen⁴⁷. Auch der Bischof scheint froh gewesen zu sein, daß das Mandat ihn der bedenklichen Aufgabe enthob, und gab Wedell den Befehl zum Abmarsch in den Westerwald, die Wetterau und Eifel⁴⁸. Nur der Pfalzgraf zeigte sich unzufrieden, daß die Münsterischen sich nicht als Schutz-

solle, dann vermittelt der Garnison zu Maastrich erpresst der Feind aus dem Reich jährlich etlich Millionen, so ihm die Fortsetzung des Kriegs gutenteils fazitätieren und seine Progreß durch die Federn, so man sich im Reich ausziehen lasset, gleichsamb fliegend machen. Wir spützen und wetzen ihm den Degen selbst, umb uns damit zu würgen. Wann man dem Feind den Weg zu erstgelmelten vielen Millionen abschneiden wollte, wie würden ihm die Flügel sehr gestutzt und was könnte man nit hingegen zu des gemeinen Vatterlands Schutz und Rettung daraus providieren! Uns tuet das Herz wehe, wann wir daran gedenken« (Ebd.).

⁴⁴ Das Mißtrauen des Bischofs gegen die Generalstaaten blieb unvermindert stark, obgleich Abraham Isaak am 16. II. aus Den Haag berichtete, die Holländer wollten für die Dauer des Krieges das Bündnis halten und fürchteten eher, der Bischof suche Gelegenheit, mit ihnen zu brechen (MLA. 12, 30).

⁴⁵ Dem Bischof lag eine Nachricht vor, daß die Franzosen, vielleicht mit Rücksicht auf die Aachener Krise, mehrere tausend Mann nach Aachen werfen wollten. Chr. Bernh. an Wedell, St. Ludgersburg 22. II. 1677: MLA. 12, 29.

⁴⁶ Ham an Chr. Bernh., 21. II. 1677: Ebd.

⁴⁷ Wedell u. Ham an Chr. Bernh., 21. II. 1677: Ebd.

⁴⁸ Chr. Bernh. an Wedell, St. Ludgersburg 22. II., an Ham 23. II. 1677: Ebd. – Die Quartierverteilung sollte nach einer am 24. II. Wedell und Ham zugeschickten Aufstellung erfolgen: Namur und Luxemburg sollen observiert werden. Nach Mönchsau, das der Pfalzgraf abtrat, ging 1 Regiment. Der feste Platz Franchimont im Stift Lüttich sollte vom Regiment Elverfeld belegt werden, mit Unterhalt aus Verviers, Huy, Visé und anderen umliegenden Orten. Stablo wurde dem Obristen Corborini zugewiesen. 1 Regiment ging nach Laroche, von wo aus Provinz und Festung Luxemburg bedeckt wurden. Wenn der Graf v. d. Natt einige Regimenter anwarb, könnten ihm »verlorene Orte, als etwan Durbuy und dgl. in dem Lüttichischen« angewiesen werden. Alle diese Quartiere seien mit dem Degen zu verteidigen und dürfen bei der Auseinandersetzung mit dem Pfalzgrafen nicht in Rechnung gestellt werden. In der Eifel sollten die Obristen Esch und Rollinger die Schlösser Rolshausen, Witzenhausen, Kronenburg, Gerolstein u. a. besetzen. »Am Rheinstromb ist zu unserer und mehr anderer großer Verwunderung kein Volk. Derselbe wird zwischen Köln und der Mosel dem gemeinen Wesen zum besten zu beobachten und nicht bloßzulassen sein, woselbstn aus dieser Seiten Orte auszu- sehen und zu fortifizieren.« Wedell und Ottons sollten dort Quartier beziehen, »und haben wir diesen das Quartier daselbstn der Ursach halber angesehen, weiln wir auf den Eisenhütten zu behuf der Artiglerie arbeiten lassen wollen«. In der Wetterau können die 5 Regimenter Schwartz, Eltz, Frankenstein, Wantzheim,

mauer vor seine westlichen Grenzen legen. Aber dazu war es zu spät. Schneller, als es die militärischen Vorsichtsmaßregeln eigentlich erlaubten, eilte Wedell in die rechtsrheinischen und eiflischen Quartiere, um nicht auch diese im letzten Augenblick zu verlieren⁴⁹. Denn schon begab sich der trierische Hofkavalier Varenne auf den Weg, um Wedell von einer kaiserlichen Anweisung der Eifel zugunsten seines Kurfürsten zu unterrichten⁵⁰. Tatsächlich stellte der General bei der Ankunft fest, daß viele Orte bereits von kurfürstlicher Miliz belegt waren. Mit Varenne gab es einen heftigen Zusammenstoß, wobei sich herausstellte, daß die kaiserlichen Assignationen für Kurtrier unbestreitbar echt waren, andererseits aber auch Wedell eine Versicherung Landsees in der Hand hielt, wonach der Kurfürst, da er nicht über genügend Truppen zur Belegung der Eifel verfügte, mit einer Geldabfindung zufrieden sein werde, und daß der Kurfürst bereits aufgefordert sei, die Quartiere an Wedell abzutreten⁵¹. Nach großen Schwierigkeiten gelang es schließlich, den Kurfürsten für 10 000 Rtl. zum Verzicht zu bewegen⁵².

Zum Überfluß geriet Ham, der inzwischen mit dem pfalz-neuburgischen Delegierten einen Eventualvergleich über die Aufteilung der gemeinsamen Quartiere⁵³ ausarbeitete, mit diesem in Streit. In Furcht, daß die Münsterischen nach dem Abzug von Aachen eine höhere Quartierquote beanspruchen könnten, verteidigten die Pfalz-Neuburger jeden Fußbreit Bodens. Einmal brachten sie die Reichsmatrikel, das andere Mal einen Satz von 6 (für Münster) zu 4 (für Pfalz-Neuburg) in Ansatz. Ham riet deshalb dem General von Wedell, möglichst schnell den Westerwald und die Wetterau zu beziehen und den Neuburgern ihre 4 Zehntel zur freien Verfügung zu überlassen. Er wußte genau, daß dem Herzog die Truppen zur Belegung dieser Quartiere fehlten und von diesem nur eine Geldabfindung angestrebt wurde⁵².

Nitzaw oder Kalkum Unterkunft finden. Die Miliz ist auf folgenden Stand zu bringen:

Gen. Lt. v. Wedell	von 12 Kompanien	auf 18 Kompanien
Obrist Daurer	von 9 Kompanien	auf 12 Kompanien
Obrist Esch	von 10 Kompanien	auf 12 Kompanien
Obrist Schwartz	von 9 Kompanien	auf 12 Kompanien
Obrist Eltz	von 7 Kompanien	auf 12 Kompanien
Obrist Ottens	von 5 Kompanien	auf 12 Kompanien
Obrist Elverfeld	von 9 Kompanien	auf 12 Kompanien
Obrist Rollinger	von 5 Kompanien	auf 12 Kompanien
Obrist Corborini	von 6 Kompanien	auf 12 Kompanien
Obrist Frankenstein	von 6 Kompanien	auf 12 Kompanien
Obrist Wantzheim	von 6 Kompanien	auf 12 Kompanien
Obrist Kalkum	von 9 Kompanien	auf 12 Kompanien

»Alle obgemelte Regimenter sollen aus den Quartieren rekrutiert, für neue Kompanien zu Werbgeld Quartier ausgesehen und aus denselben die Mittel verschafft werden.« Die Reiterei von 4 ganzen oder 8 halben Regimentern soll auf 48 Kompanien gebracht werden, wovon 14 neu zu werben. Bei jedem berittenen Regiment sollen 4 Komp. Dragoner, insgesamt 16 Kompanien, stehen, wovon 8 vorhanden. Diese sollen im Winter in den Festungen dienen, »im Feld aber zwischen Spitzwagen fechten, welches zu kapitulieren. Welche solche Kondition nicht annehmen wollen, sein nicht anzuwerben.« Reiter und Dragoner sollen zwischen Rhein, Maas und Mosel liegen und dem Feind nach Möglichkeit Abbruch tun (MLA. 12, 29).

⁴⁹ Ham an Chr. Bernh., Köln 23. 11. 1677: Ebd.

⁵⁰ Erzbischof Joh. Hugo an Wedell, Ehrenbreitstein 24. 11. 1677: Ebd.

⁵¹ Wedell an Chr. Bernh., Gmünd 28. 11. 1677, mit Darstellung auch der übrigen Quartierschwierigkeiten: Ebd.

⁵² Ham an Chr. Bernh., Köln 8. 12. 1677: Ebd. — ⁵³ Plan v. 7. 12. 1677: Ebd.

Der darauf vom Bischof aufgestellte Quartierplan⁵⁴ umfaßte die Wetterau, den Westerwald und die Eifel. Bald merkten die Pfalz-Neuburger, wohin die münsterischen Absichten gingen. Nach kurzer Beratung gab Marschall Spee seine Zustimmung zum Eventualentwurf vom 7. Dezember⁵⁵.

Die münsterischen Klagen über die Quartierstreitigkeiten und ihre Nachteile für die verbündete Kriegführung bestanden zu Recht, jedoch legte sich der Bischof beim Erjagen von Vorteilen ebensowenig Zügel an wie seine Partner. Die Erfolglosigkeit aller Bemühungen um Einigkeit im Quartierwesen ging letzten Endes auf die allzu große Nachgiebigkeit und übermäßige Rücksichtnahme der kaiserlichen Minister auf Wünsche einzelner Reichsstände und die Scheu vor klarer Entscheidung zurück. Sie ermunterten dadurch zum Eigennutz und lähmten die alliierte Kriegführung im Angesicht des straff organisierten Feindes. Gelähmt verfolgten die Verbündeten die überraschende Besetzung Freiburgs im Breisgau und die übrigen Erfolge der Franzosen.

Den Schaden trugen vor allem auch die Truppen, denen nach drei Monaten planlosen Herumziehens noch immer keine Bleibe für den Winter winkte. Am 10. Dezember stand Wedell mit seinen durch den Marsch in Kälte und Regen geschwächten Regimentern bei Andernach. Seine Verluste überstiegen die Abgänge in Pestzeiten. Die Rohre der Kanonen zersprangen auf den hart-

⁵⁴ A. Wetterau und Westerwald

1. Infanterie

Gen. Lt. v. Wedell 18 Komp.: Stadt Friedberg, Stadt Wetzlar, Ritterschaftl. Flecken.

Obrist Esch 12 Komp.: Städte u. Flecken der Grft. Solms.

Obrist Schwartz: 12 Komp.: Städte u. Flecken der Grft. Hanau, Stadt Gelnhausen.

Obrist Elverfeld 12 Komp.: Städte u. Flecken d. Grft. Dillenburg od. Grft. Solms.

Obrist Rollinger 6 Komp.: Grft. Sayn hachenburg. Anteils.

Obrist Ottos 6 Komp.: Grft. Wied mit Neuwied, Dierdorf u. Runkel.

2. Kavallerie

Gen. Lt. v. Wedell 12 Komp.: Ritterschaftl. Dörfer, Frankfurter Dörfer, od. 3 Komp. in d. Herrsch. Riedesel.

Obrist Bönninghausen 10 Komp.: Grft. Isenburg-Büdingen, Grft. Stolberg, Riedeselsche Dörfer.

Obrist Mandelsloh 6 Komp.: Grft. Hanau. Tenfelde nach der Grft. Waldeck.

Obrist Hoitersleben 5 Komp.: Grft. Solms. Dazu Obristlt. Rose mit 1 Komp.

B. Eifel

1. Infanterie

Obrist Daurer 12 Komp.: Schleiden, Reifferscheid, Abtei Steinfeld u. Wildenburg.

Obrist Eltz 12 Komp.: Gerolstein, Stadtkyll u. Kronenburg.

2. Kavallerie

Obrist Mortaigne 6 Komp.: Amt Nürburg, Flecken Adenau, Manderscheid, Grft. Arenberg mit Kerpen u. Kommern (1 Komp. zu Obrist Daurer, 1 zu Obrist Eltz).

Obrist Floris 6 Komp.: Altenahr, Wehr, Brembsche Dörfer, Herrschaft Wickrath, Horrem u. Thorr.

Obrist v. d. Natt 6 Komp.: Luxemburgische Quartiere.

Obrist Lion 6 Komp.: Lüttichsche Quartiere.

Obrist v. Hoitersleben 4 Komp. Dragoner: Adenausche Dörfer.

Obrist Rabe mit Rittm. Lohn u. Rittm. v. d. Felde: Grft. Waldeck »und von dannen ferner«. »Wann ihre hochf. Gnaden diesen Obristl. Rabe mit dem Rittm. Lohn und Tenfelde nach das Hadelen abschicken wollten, würde vielleicht der Ends Werbung zu tun sein.« MLA. 12. 29.

⁵⁵ Ham an Chr. Bernh., Köln 8. 12. 1677 nachmittags: Ebd.

gefrorenen Wegen. Unter großen Schwierigkeiten überschritt er den eisführenden Rhein. Schon beim Anmarsch erhob Landsee gegen die völlige Belegung der Wetterau und des Westerwaldes Einspruch. Die Herrschaften Idstein, Usingen und Weilburg wurden ebenso eximiert wie die schon befreiten Gebiete von Hessen-Darmstadt, Hessen-Rheinfels, Altenwied und der halben Grafschaft Sayn. So gestaltete sich die Unterbringung der Regimenter zu einem ernststen Problem. In der Eifel verlief die Einquartierung kaum glatter. In Wickrath erschienen – wohl mit Einverständnis des Schloßherrn – 150 cellische Reiter und versperrten dem münsterischen Obristleutnant Rave den Zugang. Den Obristwachtmeister Billerbeck mit seinen 4 Kompanien Dragonern vertrieben sogar bewaffnete Bauern aus dem Ahrtal zwischen Adenau und Ahrweiler⁵⁶. Ungeachtet des Vergleichs mit Kurtrier befahl der Kaiser in scharfem Tone die Räumung der Eifel⁵⁷. Wegen angeblicher Grenzüberschreitungen ereigneten sich blutige Zwischenfälle mit kurkölnischen Soldaten⁵⁸.

Während die Verbündeten sich mit dergleichen Torheiten aufhielten, besetzten die Franzosen einen Platz nach dem anderen und schoben sich bedrohlich nahe an die Festungen Namur und Luxemburg heran, deren Besatzungen keineswegs zum Widerstand ausreichten. Wie unnütz wirkten alle großzügigen Pläne für den Feldzug des Jahres 1678, wenn derselbe Bischof, nachdem er mit Herzog Philipp Wilhelm am 20. Dezember in Werden seinen großartigen Gedankenflug zu Papier brachte, betonte, daß er selbst mit seinen ermatteten Truppen zu einem frühen Feldzugsbeginn, wie ihn jedermann für notwendig hielt, leider nicht erscheinen könne⁵⁹. Statt dessen nahm der Quartierkrieg den ganzen Winter über seinen Fortgang und zerrüttete auch den letzten Rest gegenseitigen Vertrauens unter den Verbündeten⁶⁰, besonders aber zwischen

⁵⁶ Wedell an Chr. Bernh., Andernach 10. 12. 1677: Ebd.

⁵⁷ Kaiser Leopold an Chr. Bernh., 11. 12. 1677: MLA. 538b. – Der Bischof antwortete darauf am 24. 12., die Eifel sei in Übereinstimmung mit Kurtrier belegt, und bat um Erlaubnis zum Verbleiben (Ebd.). – Landsee hatte geraten, »es darauf ankommen zu lassen und in den eifelischen Grafschaften zu verbleiben«. Ham an Chr. Bernh., Köln 14. 12. 1677: MLA. 12, 29.

⁵⁸ Ham an Chr. Bernh., Köln 17. 12. 1677: Ebd. Kurköln an Chr. Bernh., 16. 12. 1677: MLA. 539 IX.

⁵⁹ Protokoll, Werden 20. 12. 1677: MLA. 12, 29 u. GA. II C I 2 III.

⁶⁰ Die Einzelheiten sind für den Zusammenhang ohne Belang und können hier nur durch Anführung der wichtigsten Schreiben vermerkt werden: 7. 9. 1677: Der Bischof erbittet vom Kaiser anstatt der Eifel das Stift Fulda (MLA. 538b). – 11. 11. 1677: Der Bischof teilt dem Kurfürsten von Köln mit, daß ihm das Stift Hildesheim vom Kaiser zugewiesen sei (MLA. 12, 29). – 4. 1. 1678: Der Kaiser beschwert sich, daß die münst. Hilfstruppen für Dänemark, denen er das Land Hadeln und die Vierlande angewiesen hatte, andere Quartiere in Holstein beanspruchten (MLA. 538b). – 5. 1. 1678: Der Kaiser beschwert sich, daß Wedell die Stadt Wetzlar wider alles Recht mit 4 Kompanien belegt und die »Bürger und Untertanen übel und ärgerlich zu traktieren« begonnen habe (Ebd.). – 15. 1. 1678: Der Kaiser beschwert sich, daß münst. Truppen einige Dörfer der Reichsstadt Frankfurt »mit stürmender Hand« besetzt haben. Wedell hätte demjenigen, der sich beschweren werde, gedroht, »daß er ihme Arm und Bein entzweischlagen« würde (Ebd.). – 15. 1. 1678: Der Kaiser beklagt sich auf erneute Beschwerde der Stadt Wetzlar, die sich für den Fall des Abzugs der münst. Truppen erbiete, den Franziskanern ein Kloster in der Stadt einzuräumen (Ebd. Der Bischof erklärte sich am 27. 1. zu dieser Bedingung bereit). – 19. 1. 1678: Der Kaiser verbietet nochmals Belegung der Eifel (Ebd.). – 28. 1. 1678: Der Kaiser klagt über widerrechtliche Belegung der Grft. Waldeck mit 5 Kompanien (Ebd.). – 2. 2. 1678: Der Kaiser befiehlt, wenn die Truppen in der Eifel blieben, sich auf das vom Kurfürsten von Trier zugestandene Quantum von 10 000

dem Bischof und dem Reichsoberhaupt. In Münster setzte sich die Überzeugung durch, der Kaiser wolle den Bischof »mit Gewalt aus denen Quartieren bringen«, obgleich dieser doch der einzige war, der im Reich »ohne Interesse dem Publico, Caesari et Regi catholico in allem helfe und beistehe«. Statt dessen erlasse der Kaiser feindselige Mandate. Der bischöfliche Resident riet dem Bischof, er solle »bei solcher Bewandnus sich in Obacht nehmen, damit ihre nicht etwan von hier mit Befehlchen und von anderen Orten, welche vor diesem Ew. hochfürstl. Gnaden keine Freundschaft erwiesen haben und etwan der alte Groll nicht gar aus dem Herzen ist, mit einer Gewalt zugesetzt werde«⁶¹.

50. KAPITEL

OSTFRIESISCHE KRISE UND DÄNISCHES BÜNDNIS

Der Winter 1677/78 führte noch eine weitere schwere Belastungsprobe herauf. Aus früheren Gesprächen mit Dr. Ham hatte Landsee entnommen, daß der Bischof auch Ostfriesland zum älteren Zubehör des Bistums Münster rechnete und den »Rückerwerb« der Grafschaft unter seine Ziele zählte¹. Offensichtlich kam der Bischof der Verwirklichung durch Überlassung eines

Rtl. zu beschränken (Ebd.). – 4. 2. 1678: Der Kaiser verbietet, das Stift Fulda, in das Wedell »unter vorschützender Enge der Winterquartiere« einrücken wolle, zu beziehen (Ebd.). – 14. 2. 1678: Der Kaiser teilt dem Bischof die Klagen der in Frankfurt versammelten Stände über die hohen Quartierlasten der münst. Truppen mit. Die im Kölner Rezeß verabredeten 160 Römermonate beliefen sich schon auf 341. Er ermahnte den Bischof, sich nicht »hierdurch gleichsam bei der ganzen Welt einen üblen Nachklang und Unglimpf aufzuladen« (Ebd.). – 23. 3. 1678: Der Kaiser sperrt die Auszahlung der Quartiergelder durch die Reichsstadt Frankfurt an den Bischof, bis der im Stift Fulda durch Wedell zum Nachteil der kaiserl. Kriegskasse angerichtete Schaden von 12 000 Gulden beglichen ist (Ebd.). – 15. 4. 1678: Der Kurfürst von Köln beklagt sich über Ausschreitungen der münst. Einquartierung im Stift (MLA. 539 IX). – Erst mit Beginn des Sommerfeldzugs hörten die weit über das übliche Maß hinausgehenden Beschwerden auf.

⁶¹ Mayersheim an Chr. Bernh., Wien 4. 11. 1677: MLA. 534, 5 III. Demgegenüber wuchs die Zuneigung des Bischofs für die französische Partei. Rotger Tork berichtete, der Bischof hoffe auf die Vernichtung der Holländer durch Frankreich, wenn Belgien, wie unvermeidlich, verlorengelange. Dann werde der Kaiser die Waffen niederlegen, während die Ketzer sich gegenseitig zerfleischen. Ribbeck, WZ 52 I S. 194 (Tork an Fürstenberg, 17. 1. 1678).

¹ Hessing an Chr. Bernh., Den Haag 4. 6. 1677: Es laufe das Gerücht um, daß der Bischof beim Kaiser um Zustimmung zum Erwerb der geistlichen Gerichtsbarkeit über Ostfriesland angehalten, aber eine Absage empfangen habe (MLA. 534, 1 VIII).

größeren Truppenkontingents an die Fürstin ein gutes Stück näher. Wie in der Grafschaft Bentheim seit 1668 stand er nun auch hier mit einem Fuß im Lande. Der Streit der Fürstin mit den Landständen lag deshalb in seinem Interesse. Solange er anhielt, brauchte die Gräfin münsterische Unterstützung. Freilich artete der Streit im Augenblick dahin aus, daß die Stadt Emden den Münsterischen die Häuser Borssum und Oldersum abnahm und einen Obristen in schmähliche Gefangenschaft führte. Dem Bischof blieb darauf nur eine Antwort: Mit Gewalt die erlittene Scharte auszuwetzen. Am Neujahrstage nahmen die Münsterischen die Oldersumer Burg im Sturme¹⁰, plünderten und brannten das Dorf zum größten Teil nieder. Sofort durchstachen die Städter die Dämme, setzten das Land unter Wasser und verhinderten damit einen Angriff auf ihre Mauern.

Die Gefährlichkeit der ostfriesischen Frage lag nicht zuletzt in der Grenzlage der Grafschaft begründet. Seit Jahrzehnten hatte sich eine enge, politische Bindung an die Generalstaaten angebahnt. In Emden lag eine holländische Besatzung. Auch jetzt baten die Landstände in Den Haag um Beistand gegen den Bischof und die eigene Landesherrin. Erfahrungsgemäß reagierten die Generalstaaten in ostfriesischen Fragen mit großer Empfindlichkeit. Das erklärt zum Teil die Entschiedenheit, mit der sich der Kaiser in diesem Streit auf ihre Seite stellte. Auf keinen Fall wünschte er dem unzuverlässigen Bischof von Münster zu Gefallen, die Holländer zu verärgern und unter Umständen ihr Bündnis mit ihm gegen Frankreich in Frage zu stellen. Selbst die Gefahr einer »Abgliederung dieses ansehnlichen Membri von seinem Corpore«, d. h. das Ausscheiden der Grafschaft aus dem Reichsverband, wog wenig gegen die Vorteile der holländischen Bundesgenossenschaft im Kampf gegen Frankreich. Insofern befand sich der Bischof mit der Ansicht im Recht, daß die Begünstigung durch den Kaiser »aus purer lauter Favor gegen die Herren Generalstaaten« hervorgehe². Dem Befehl des Kaisers, alle Gewalt gegen die Stadt Emden einzustellen³, gesellten sich die Bitten Pfalzgraf Philipp Wilhelms bei, der seinen Verbündeten durch entlegene Interessen aus dem Westen abgezogen und sich selbst verlassen sah, doch ja nicht den Holländern Grund zum Eingreifen in Ostfriesland zu liefern und damit die unglückliche Grafschaft vom Reich abzureißen. Der Bischof vermehre durch sein Vorgehen die Uneinigkeit der Verbündeten⁴. Die Vorstellungen verhalten in Münster ungehört. Dem Bischof schien vor allem Undank und Mißgunst die Triebfeder der kaiserlichen Politik ihm gegenüber zu sein⁵.

Die von den ostfriesischen Ständen auf dem Landtag zu Norden kategorisch geforderte Abdankung der Münsterischen Truppen scheiterte an der hohen Geldforderung der Fürstin Christina Charlotte. In Wien setzte sich die Überzeugung durch, daß die fortdauernde Uneinigkeit in der Grafschaft nicht allein durch Mandate beschwichtigt werden konnte. Abermals ging deshalb Landsee, den der Bischof von allen kaiserlichen Ministern noch am meisten

¹⁰ Dem dänischen Gesandten Heespen bekannte der Bischof, wie befriedigt er sei, »der Stadt Emden eines beigebracht« zu haben. Bericht Heespens an Christian V., 8. I. 1678: KM., A I.

² Chr. Bernh. an Herzog Phil. Wilhelm, 14. II. 1677: MLA. 12, 29.

³ Kaiser Leopold an Chr. Bernh., 11. II. 1677: MLA. 538 b.

⁴ Herzog Phil. Wilhelm an Chr. Bernh., Bensberg 19. II. 1677: MLA. 12, 29.

⁵ Chr. Bernh. an Mayersheim, 31. 12. 1677: MLA. 534, 5 III. Vgl. Ribbeck, WZ. 52 I S. 194 (Tork an Fürstenberg, 11. 3. 1678).

achtete, auf Reisen, einen Vergleich zwischen Münster und Ostfriesland mit dem Ziel des Abzugs der bischöflichen Truppen und ihrer Ersetzung durch kaiserliche Völker zu vermitteln. Zwar ließ der Bischof seine Neigung erkennen, diesem Wunsche nachzugeben, jedoch getraute sich Landsee nicht zu entscheiden, ob aus ehrlicher Meinung oder zum Zeitgewinn mit der Absicht, die »kaiserlichen Mandata zu illudieren«⁶.

Als Landsee Ende Januar in Frankfurt mit dem Generalkriegskommissar Ham zusammentraf, erklärte dieser, der Bischof gedenke Ostfriesland nur unter der Bedingung zu räumen, daß im gleichen Augenblick eine kaiserliche Besatzung einrücke und ihm die mit den Ständen vereinbarten 50 000 Rtl. für die Dauer des Krieges verblieben. Auch dürften keine fremden Truppen in der Grafschaft Quartier nehmen. Dr. Ham fühlte sich selbst beunruhigt durch das Draufgängertum des Bischofs seit der Einnahme von Oldersum und die verdächtigen Ermunterungen, die der brandenburgische General von Spaen erteilte. Er vermutete ein Komplott, um den Generalstaaten willkommenen Anlaß zum Losschlagen zu verschaffen, sobald sie ihren Sonderfrieden mit Frankreich, von dem allgemein die Rede ging, in der Hand hielten. Deshalb beschwor Ham den kaiserlichen Gesandten, den Bischof nicht noch mehr zu erzürnen, da sich gerade jetzt ein Vergleich mit den ostfriesischen Ständen auf die Nachricht von der bevorstehenden Heirat des Prinzen von Ostfriesland mit einer cellischen Prinzessin, die den Bischof in größtes Mißtrauen gegen Christina Charlotte versetzte, anbahne⁷.

Freilich stand der Verständigung noch ein Anspruch Pfalzgraf Philipp Wilhelms, der Ostfriesland unter die gemeinsamen Quartiere rechnete, entgegen. Anfangs wollte der Bischof dem Herzog die Eintreibung seiner Quote selbst überlassen, in der Überzeugung, daß dieser dazu nicht in der Lage war⁸, verzichtete aber schließlich zum Ausgleich auf 15 000 Rtl. aus dem Beitrag der Stadt Köln⁹ und 3763 Rtl. aus Aachen¹⁰. Erst jetzt lag der Weg für den ostfriesischen Vergleich offen. Die Stände der Grafschaft hatten sich auf Landsees Anfrage ohne Zögern zur Aufnahme von 200 kaiserlichen Soldaten bereitgefunden, und auch der Fürstin schien die Wiederherstellung der Einigkeit im Lande und die Beseitigung der nicht ganz unbedenklichen Machtstellung des Bischofs verlockend. So konnte in Rheine¹¹ nach kurzer Vorverhandlung am 23. April die Unterzeichnung des Vertrages stattfinden¹². Zehn Tage darauf kehrten die münsterischen Truppen der Grafschaft den Rücken. Der Versuch des Bischofs, sich dort eine dauernde Stellung zu schaffen, war gescheitert.

Neben dem lauten Quartierstreit und der ostfriesischen Unruhe spielte die Vorbereitung des nächsten Sommerfeldzuges – die eigentliche Hauptsorge –

⁶ Votum, Wien 1. 1. 1678: KRS. fasc. 401.

⁷ Landsee an Kaiser Leopold, Frankfurt 28. 1. 1678: KRS. fasc. 401.

⁸ Herzog Phil. Wilhelm an Chr. Bernh., 26. 2. 1678 u. Chr. Bernh. an Herzog Phil. Wilhelm, 5. u. 19. 3. 1678: MLA. 539 IX.

⁹ Chr. Bernh. an Hzg. Phil. Wilhelm, 24. 3. 1678: MLA. 539 IX. – Bischöfl. Erklärung, Münster 24. 3. 1678: MU. 4679.

¹⁰ Bischöfl. Erklärung, Sassenberg 20. 4. 1678: MU. 4679.

¹¹ Tücking S. 246 u. Ribbeck S. 97 nennen irrtümlich Rheda als Vertragsort, Heimeier S. 77 irrtümlich den 13. 4. als Datum.

¹² KRS. fasc. 401. Vgl. Wiarda VI S. 126, Der Kinderen II S. 319 f. Die Ansicht Heimeiers S. 77, der Bischof habe seine Zustimmung nur gegeben, weil seine »Lebenskraft schon gebrochen war«, dürfte kaum haltbar sein.

nur eine Nebenrolle. Auch die Gesandtschaft Nikolaus von Zitzwitz', des corveyschen Kellners und Präsidenten der Regierung in Verden, nach Kopenhagen berührte anfangs keine neuen militärischen Maßnahmen gegen die Schweden. Er wollte lediglich die auf Rügen kämpfenden Truppen in die Heimat zurückholen, weniger aus Fürsorge für sie nach einem anstrengenden Sommerfeldzug¹³, als zur Beruhigung der Furcht des Bischofs, durch den ostfriesischen Streit und die bremische Teilung in einen größeren Konflikt verwickelt zu werden. In den ersten Gesprächen weigerten sich die Dänen mit Rücksicht auf ihre bedrängte militärische Lage, auf die Entlassung der Hilfstruppen einzugehen¹⁴. Auch eine Verlegung nach Holstein oder Oldenburg, wie der Bischof es wünschte, hätte, wie es ihnen schien, die Regimenter mindestens zur Hälfte ihrem Befehl entzogen¹⁵. Lieber wollte der Großkanzler, so schwer es ihm bei der Leere der königlichen Kassen fiel, Geld für Rekruten und Artillerieausrüstung bewilligen, als einer Verlegung zuzustimmen. Der König bat in seiner verzweifelten Not ohne Rücksicht auf seine finanzielle Lage sogar um Vergrößerung des münsterischen Hilfsheeres¹⁶. Die Bedrängnis, in der er sich befand, zwang ihn schließlich am 30. Dezember zur Erfüllung aller gewiß nicht leichten Forderungen des Bischofs. Nur die in ihrer Höhe kaum kontrollierbaren Rekrutengelder wünschte er entgegen den münsterischen Vorstellungen in einer festen Summe zu zahlen¹⁷. Den Abmarsch der Hilfstruppen aus Rügen lehnte er weiterhin ab¹⁸.

Mit diesem Bescheid reiste der Präsident nach Hamburg¹⁹, wo auf brandenburgische Veranlassung eine Konferenz der nordischen Verbündeten zusammentrat²⁰. Genauso wie ihre Vorgängerin in Bremen führte auch sie zu

¹³ So stellte es der Bischof dem Kaiser gegenüber am 7. 12. 1677 dar: MLA. 538b.

¹⁴ Zitzwitz an Chr. Bernh., Kopenhagen 25. 12. 1677: MLA. 12, 35.

¹⁵ Die Instruktion für Zitzwitz v. 16. 12. 1677 betraf im Einzelnen: 1. Bezahlung der münst. Truppen bis Oktober einschließlich nach dem Fuß der Sommermonate, 2. Winterquartiere in Holstein mit Rekrutengeld und Sold, 3. Ersatz der verlorenen Kanonen und Munition, 4. Abführung der Hilfstruppen von der Insel Rügen, 5. Garantie der in Ostfriesland subassignierten 12 000 Rtl., 6. Ausdehnung der Rekrutengelder auf außergewöhnliche Abgänge u. 7. Erfüllung aller anderen Punkte der Verträge (Ebd.). Vgl. dän. Ratsprotokoll v. 8. 12. 1677 a. St. u. 27./17. 12. 1677: KM., A II.

¹⁶ Die »Conditiones wegen der Volkhilfe, so die zu Dänemark-Norwegen königl. Majestät von ihrer hochfürstl. Gnaden zu Münster noch ferner begehren« enthielten günstige Punkte: Aus der Herrschaft Jever sollte der Bischof 1000 Mann stellen, außerdem 3000 zu Fuß auf folgender Basis: Je Fußknecht 12 Rtl., je Reiter und Dragoner 20 Rtl. Das Kapital von 36 000 Rtl. sollte auf 2–3 Jahre zu 5–6 % Zinsen gestundet werden. Die Verzinsung geschah aus den oldenburg. Einkünften oder den Vierlanden. Winterquartiere wurden aus dem dänischen Anteil im Reich gewährt oder in Dänemark und Holstein gestellt. Für Rekrutengelder sollten weitere 18 000 Rtl. entrichtet werden.

¹⁷ Zitzwitz an Chr. Bernh., Kopenhagen 30. 12. 1677: MLA. 12, 35.

¹⁸ Resolution Christians V., Kopenhagen 30. 12. 1677: MLA. 12, 27. Die fraglichen 12 000 Rtl. aus Ostfriesland sollten, falls die Stadt Emden nicht in die Zahlung willigte, durch Beschlagnahme ihrer Schiffe in dänischen Häfen gedeckt werden. 7 Kanonen aus schwed. Beute wurden den Münsterischen übergeben (Anweisung an den dän. Obristen Lauritz Muncken, 30. 12. 1677: Ebd.).

¹⁹ Zitzwitz traf am 8. 1. 1678 in Hamburg ein und fand Klingenberg (Dänemark) und Ledebur (Brandenburg) schon vor, während die Braunschweiger noch fehlten. Zitzwitz an Chr. Bernh., Hamburg 8. 1. 1678: MLA. 12, 35.

²⁰ Über diese Konferenz vgl. Wimarson III S. 242. F. Schattenberg, Die Erwerbung des Amtes Thedinghausen durch das Haus Braunschweig-Lüneburg im Frieden von Celle 1679. Diss. Rostock 1921 (Maschinenschr.) S. 155–164. – UA. 18 S. 317 ff.

keiner Einigung in der immer noch schwebenden Frage der bremischen Teilung. Christian V. bestand unbeirrt auf seinem Fünftel und wies alle Gegenvorschläge der Braunschweiger ab. Er zerstörte damit die Erwartung Herzog Georg Wilhelms, aus der militärischen Bedrängnis des Königs einen Vorteil schlagen zu können, indem er Landforderungen durch Truppenhilfe abhandelte²¹. So schloß die Konferenz mit demselben negativen Ergebnis wie die des Vorjahres in Verden²². Angesichts der bedrohlichen Einigkeit der Welfenherzöge ergriff der Bischof Partei für die Dänen, allerdings mit dem Befehl an Zitzwitz, ihre Forderung auf 3000 Mann für den nächsten Feldzug vorläufig »mit Generalvertröstung in suspenso zu halten« und den Ausgang der Belagerung von Stettin abzuwarten. Gestaltete sich die Lage der Dänen auf dem Ostseekriegsschauplatz nach einem glücklichen Ausgang der Belagerung günstiger und blieben sie bei ihrem Vorsatz, auf seiten der Verbündeten weiterzukämpfen, so bot sich immer noch Zeit zur Entscheidung²³. Sorgen bereiteten dem Bischof trotz der beruhigenden Versicherung von braunschweigerischer Seite, auch sie wollten »diese Partei nicht quittieren«²⁴, die Bemühungen, den Gesandten des Hauses den Ambassadeursrang zu verschaffen, wie sie es auch in Nymwegen anstrebten, um die internationale Gleichstellung mit den Kurfürsten und den ersten Rang unter den Reichsfürsten einzunehmen²⁵. Gerade hierin kam Dänemark den Braunschweigern entgegen, um ihre Hilfe zu erkaufen. Der Bischof dagegen wollte den »Kerls«, wie er sie zu titulieren pflegte, keine Zugeständnisse machen und keinesfalls den Vorrang der geistlichen Staaten vor den weltlichen gefährden. Die Andeutungen Herzog Georg Wilhelms über Möglichkeiten, den dänischen Anspruch im Bremischen durch Hilfstruppen abzuhandeln, ließen ihm ebensowenig Ruhe. Schied Christian V. als Teilhaber aus, so wünschte auch der Bischof seinen Anteil von der Quote zu verdienen. Der Delmenhorster Vertrag schloß seiner Meinung nach nicht die Verpflichtung zu militärischer Hilfe für Dänemark ein²⁶, sondern mußte unter diesen Umständen durch einen neuen Vertrag ergänzt werden²⁷. Ja, der Bischof faßte eine Neubelebung des Krieges unter Ausschluß der Herzöge zur Behauptung der schwedischen Eroberungen und neuer Offensive, vorwiegend mit brandenburgischen und münsterischen Kräften, gegen Frankreich ins Auge²⁸.

Die dänischen Protokolle und der dazugehörige Schriftwechsel in KB. Seit Oktober 1677 erwog der schwedische König die Möglichkeit, durch Abtretung von Teilen Bremen-Verdens das Haus Braunschweig-Lüneburg auf seine Seite zu ziehen und gegen Brandenburg einzusetzen. Karl XI. versprach den Herzögen sogar Teile altbrandenburgischen Besitzes in der Mark, dazu Teile von Minden und Halberstadt. Kursachsen wurde Magdeburg als Lockmittel hingehalten, Pfalz-Neuburg Kleve. Karl XI. an E. v. Pufendorff, Lungby 20. 11. 1677: St., Germanica A III.

²¹ So gestand es der Herzog Anfang Januar Zurmühlen. Bericht Zurmühlens (9.–16. 1. 1678): MU. 4677.

²² Die Konferenz tagte von Oktober bis Dezember unter Teilnahme der Braunschweiger und Münsterischen. Schnath S. 110 nach den Berichten Blocks. Vgl. Christoph Bernhard an Christian V., Sassenberg 2. 4. 1678: KM., A I.

²³ Chr. Bernh. an Zitzwitz, St. Ludgersburg 11. 1. 1678: MLA. 12, 35.

²⁴ Zitzwitz an Chr. Bernh., Hamburg 11. 1. 1678: Ebd.

²⁵ Im einzelnen vgl. hierzu Schnath S. 104 ff.

²⁶ Chr. Bernh. an Zitzwitz, 28. 1. 1678: MLA. 12, 35.

²⁷ Desgl., St. Ludgersburg 22. 1. 1678: Ebd.

²⁸ Desgl., Münster 26. 1. 1678: Ebd.

Ende Januar ging die Insel Rügen an die Schweden verloren. Angesichts der erneuten Niederlage der Dänen wiederholten die Braunschweiger ihre ständig aufrechterhaltene Bereitschaft zur Hilfe aus der Not. Dadurch geriet Zitzwitz, den der Bischof immer wieder anwies, die Frage der Hilfstruppen in suspenso zu halten und keine Verpflichtung aus dem Delmenhorster Vertrage anzuerkennen – wie es der Präsident allerdings ungeschickterweise schon getan hatte²⁹ –, in große Verlegenheit. Nahmen die Dänen das braunschweigische Angebot unter Verzicht auf münsterische Mitwirkung an, so ergab sich als Folge der eigenen Überklugheit die Unmöglichkeit, gegenüber der dänisch-braunschweigischen Einigkeit die Eroberungen im Herzogtum Bremen zu behaupten. Schon versprach Christian V. den welfischen Gesandten die Anerkennung als Ambassadeurs, wenn ihm die Herzöge in seinen Wünschen entgegenkamen. Nicht ohne Schadenfreude fragte Schütz den münsterischen Gesandten, ob der Bischof dem bevorstehenden Vergleich des Königs mit den Herzögen teilnahmslos zusehen wolle³⁰.

Angesichts dieser Entwicklung begann Christoph Bernhard in seiner bisherigen Härte zu schwanken. Nur noch die Forderung auf Oldenburg und Holstein als Rekrutierungsquartiere versuchte er aufrechtzuhalten und zeigte sich im übrigen bereit, den Forderungen des Königs nachzugeben³¹. Zitzwitz beunruhigten die hinter verschlossenen Türen geführten Gespräche der braunschweigischen und dänischen Vertreter über die bremische Teilung. Er wußte keinen Rat, wie er sein Versehen wegen Auslegung des Delmenhorster Vertrages wiedergutmachen sollte. Die Dänen leiteten daraus mit größter Selbstverständlichkeit die Pflicht des Bischofs ab, ihnen 3000 Mann zu überlassen. Verzweifelt bat der den diplomatischen Aufgaben ungewohnte Präsident um Ablösung durch zwei »getriebene Ministros«, um den Karren aus dem Dreck zu ziehen³². Wie eine Erlösung schien ihm der Befehl des Bischofs, die Verhandlungen über die Hilfstruppen an den münsterischen Hof zu verlegen. Christoph Bernhard selbst wollte die Einzelheiten mit General Baudissin besprechen³³. Leider erwies sich Zitzwitz' Freude als verfrüht. Nach der Abberufung Baudissins nach Dänemark überreichte Schütz unbeirrt den Dänen das braunschweigische Angebot. Der Preis war hoch: Verzicht des König auf alle Rechte im Bremischen, einschließlich der Domkapitel zu Bremen und Hamburg, zugunsten der Herzöge und Garantie der braunschweigischen Quartiere im Niedersächsischen Kreis. Der Protest Zitzwitz' wurde kaum zur Kenntnis genommen³⁴.

Ende Februar geriet die mit Rangstreitigkeiten nutzlos verbrachte Konferenz in Hamburg ganz ins Stocken. Der braunschweigischen Ambitionen

²⁹ Zitzwitz an Chr. Bernh., Hamburg 24. 1. 1678: Ebd.

³⁰ Zitzwitz an Chr. Bernh., Hamburg 4. 2. 1678: Ebd.

³¹ Christian V. an Chr. Bernh., 15./5. 2. 1678: MLA. 543 II. – Chr. Bernh. an Zitzwitz, Münster 7. 2. 1678: MLA. 12, 58.

³² Zitzwitz an Chr. Bernh., Hamburg 7. 2. 1678: MLA. 12, 35.

³³ Chr. Bernh. an Zitzwitz, Münster 9. 2. 1678: Ebd. – Die Verhandlungen führten von dän. Seite v. Haxthausen und W. Heespen. Schwierigkeiten rief die anfangs unabänderliche Meinung des Bischofs hervor, nur mit einem starken Heer von 9000 Mann sei den Dänen zu helfen, und die Weigerung, eine geringere Zahl zu liefern. Berichte aus dem Februar–April 1678: KM., B.

³⁴ Zitzwitz an Chr. Bernh., Hamburg 25. 2. 1678: Ebd. Vgl. Ernst Baasch, Der Kampf des Hauses Braunschweig-Lüneburg mit Hamburg um die Elbe vom 16.–18. Jahrhundert (= Quellen u. Darstellungen z. Gesch. Niedersachsens XXI). Hannover u. Leipzig 1905. – Annaliese Zuschlage, Die Rolle des Hauses Braunschweig-Lüneburg im Kampfe um Hamburgs Reichsfreiheit gegen Dänemark 1675–1692 (= wie vor XL). Hildesheim u. Leipzig 1934.

müde, berief der Kurfürst von Brandenburg seinen Hauptgesandten von Ledebur ab³⁵. Den Sekundärgesandten von Guericke erkannten die Braunschweiger vor ihren eigenen Vertretern nicht mehr als höherrangig an. Er blieb deshalb den Sitzungen fern. Damit wuchs die Gefahr eines Separatabkommens der noch stärker vereinsamten Dänen mit den Herzögen weiter³⁶. Bald erwies sich jedoch, daß auch Christian V. den Herzögen so schwere Bedingungen für den Truppenvertrag stellte, daß eine schnelle Einigung kaum bevorstand. Noch mehr beruhigte den Bischof die Ankunft des dänischen Rats Heespen, der den Wunsch aussprach, die in Hamburg unerledigt gebliebenen Fragen zu regeln. Für den nächsten Feldzug forderte er 3000 Mann. Der Bischof dagegen verlangte zuerst einmal Bezahlung der Verluste des letzten Jahres³⁷. Auch Äußerungen Ledeburs, daß die Verbündeten gegen übersteigerte Ansprüche der Braunschweiger zusammenhalten müßten, fanden in Münster willkommene Aufnahme³⁸. Da traf unversehens die Nachricht ein, daß in Kopenhagen Verhandlungen zwischen England, Dänemark und Brandenburg mit unbekanntem Ziel in Gang kamen. Das Gespenst eines Separatfriedens erstand mit allen seinen Schrecken erneut vor dem Bischof. Nur so ist erklärlich, daß er nach langem Zögern plötzlich mit dem großzügigen Vorschlag aufwartete, Dänemark mit weiteren 9000 Mann unter die Arme zu greifen³⁹.

³⁵ Desgl., 28. 2. 1678: Ebd.

³⁶ Im Grunde freute sich der Bischof über die Uneinigkeit der Protestanten: »Sit ut sit, so kann es uns eben nicht schaden, daß vorhochgemelte Kur- und Fürsten unter sich aneinanderwachsen«. Chr. Bernh. an Zitzwitz, Sassenberg 9. 3. 1678: Ebd.

³⁷ Chr. Bernh. an Zitzwitz, Münster 5. 3. 1678: Ebd.

³⁸ Zitzwitz an Chr. Bernh., Hamburg 7. u. 11. 3. 1678: Ebd. – Ledebur lag in dieser Zeit in Berlin krank. Er hatte Auftrag (Beglaubigungsschreiben v. 16. 3. 1678: MLA. 538c), sofort nach seiner Genesung nach Münster zu reisen. Zitzwitz hoffte, es sei ein näheres Zusammentreten gegen Braunschweig geplant. Zitzwitz an Chr. Bernh., Hamburg 18. 3. 1678: Ebd. Ende März langte Ledebur in Sassenberg an, um über die Ausweitung des Delmenhorster Bündnisses und die Fortführung des Krieges gegen Schweden des Bischofs Meinung zu hören. Bericht v. Haxthausen u. W. Heespen an Christian V., Sassenberg 1. 4. 1678: KM., B. Vgl. Pufendorf XIV § 56, S. 1229. – Dr. Ham berichtete dem kaiserl. Gesandten v. Landsee in Frankfurt über die Absicht des Bischofs, sich mit Dänemark und Brandenburg noch näher gegen Braunschweig zu verbünden. »So viel er, Ham, vermerken lassen, ist die Jalousie gegen diesem Haus von Seiten des Bischofs größer, als selbige jemals gewesen, bevorab dahe er in Sorgen, man suche ihn aus dem Bremischen mit der Zeit auszukünsteln.« Hofk. R. Berichte 1671–1678: Landsee, Frankfurt 26. 1. 1678.

³⁹ Chr. Bernh. an Zitzwitz, Sassenberg 9. 3. 1678: MLA. 12, 35. Der von Dr. Ham ausgearbeitete Entwurf (MLA. 12, 27) sah im einzelnen vor: Münster stellt den Dänen eine Armee von 12 000 Mann, von denen 8 000 den Sund passieren, um im Notfall in Schonen zu operieren; 4 000 werden einquartiert, um zur Sicherheit und als Reserve zu dienen. Als Quartiere müssen Holstein und die übrigen Reichs-quartiere, mit Ausnahme derer, die die Herzöge besetzt halten, angewiesen werden. Der Übergang über die Elbe muß gesichert sein, außerdem Hadeln, auf das Brandenburg eine Assignation hat, dem Bischof angewiesen werden. Münster muß von allen Beschwerlichkeiten wegen der ostfriesischen Quartiere befreit werden. Vor dem Anrücken der Truppen im März müssen 125 000 Rtl. erlegt werden. – In näher ausgearbeiteten »Conditiones« werden diese Bestimmungen wiederholt, folgende genauer gefaßt: 8 000 = 6 000 zu Fuß u. 2 000 Reiter und Dragoner; 4 000 nach gleichem Verhältnis; Abmarsch 1. April a. St., fertig zum Feldzug in Schonen bis 1. Mai; Elbübergang bei Artlenburg; jedes Regiment erhält Feldstücke und Mörser; außer den 125 000 Rtl. stehen dem Bischof die auf Ostfriesland und die Stadt Bremen lautenden kaiserl. Assignationen zu. Die Aufforderung des Kaisers zum Beistand für Dänemark soll den in Hamburg anwesenden Gesandten eröffnet werden. Vgl. Berichte v. Haxthausen u. Heespen, Febr.–April 1678: KM., B.

Nur auf diese Weise glaubte er, allen Friedensneigungen der Dänen erfolgreich entgegentreten zu können. Die Konferenz in Hamburg erwies sich als sinnlos. Zitzwitz erhielt Erlaubnis zur Abreise⁴⁰.

Kurz bevor er die Koffer packte⁴¹, traf er bei der Messe mit Herzog Christian Ludwig von Mecklenburg, einem Konvertiten, zusammen. Dieser beklagte sich heftig über Vertragsbrüche der Welfenherzöge, durch die sein Land in die Hände der Schweden gefallen sei. Als Katholik wisse er sich in der Not keinen besseren Rat, als die Hilfe des Bischofs anzurufen. Ausweichend antwortete Zitzwitz, der die »Variabilität und Ohnbeständigkeit« dieses Herrn kannte, der Bischof mische sich nur ungern in Angelegenheiten des Niedersächsischen Kreises, jedoch erschien die Aussicht, den Platz der Braunschweiger im Herzogtum Mecklenburg einzunehmen, Quartiere zu erwerben und mit der bedeutenden Festung Dömitz, die Christian Ludwig anbot, einen ständigen Übergang über die Elbe und eine feste Brücke zu den im Norden kämpfenden Hilfstruppen zu gewinnen, auch dem gänzlich unmilitärischen Präsidenten sehr verlockend⁴².

Inzwischen gingen die Sassenberger Verhandlungen des Bischofs mit Heespen⁴³ ihrem Ende entgegen. In dem am 3. April unterzeichneten Vertragswerk versprach der Bischof die Stellung von 3812 Mann zu Fuß, 1592 Reitern, 638 Dragonern und 50 Artilleristen, insgesamt 6092 Mann. Die Führung sollte General von Wedell übernehmen. Christian V. zahlte dafür 73 220 Rtl. zum größten Teil in Schuldverschreibungen. Im übrigen wurde der Delmenhorster Vertrag bestätigt⁴⁴.

Auf dem westlichen Kriegsschauplatz ließen die ständig zunehmenden Friedensneigungen der Holländer, durch englische Einflüsse gesteigert, befürchten, daß den Franzosen die Isolierung Spaniens und des Kaisers doch noch gelingen könnte. Der Verlust der Spanischen Niederlande wäre damit vollendete Tatsache geworden. Der Bischof maß dieser Gefahr deshalb besondere Bedeutung zu, weil ein Separatfrieden das Übergewicht der Generalstaaten in Nordwesteuropa unter wohlwollender Duldung des Königs von Frankreich zu verstärken drohte. Sein Mißtrauen gegen die kalvinistischen Nachbarn bestand in voller Stärke fort. Da er sich selbst mit hinterlistigen Plänen gegen die Holländer trug, konnte er von der Gegenseite kaum etwas Besseres erwarten. Sein Bestreben im Westen mußte sich daher genauso wie im Norden darauf richten, die Flamme des Krieges so lange zu nähren, wie die Lage der Verbündeten und

⁴⁰ Chr. Bernh. an Zitzwitz, Sassenberg 22. 3. 1678: MLA. 12, 35.

⁴¹ Der Bischof gab den Befehl zur Abreise zu Sassenberg am 30. 3. 1678 (Ebd.). Zitzwitz reiste in seine Propstei Huysburg. Anschließend beabsichtigte er, in bischöflichem Auftrage »nachher Berlin in sicherer Kommission« zu reisen. Die Hamburger Konferenz endete am 1. 4. Bei der Abreise bat ihn der brandenburgische Kanzler von Brandt, für baldige Absendung eines bischöflichen Vertreters nach Kopenhagen zur Ausarbeitung des Feldzuges zu sorgen. Zitzwitz an Chr. Bernh., Hamburg 1. 4. 1678: Ebd.

⁴² Zitzwitz an Chr. Bernh., Hamburg 28. 3. 1678: Ebd.

⁴³ Er wurde unterstützt durch Anton Wolf v. Haxthausen.

⁴⁴ Ausfertigung: GA. II C IV 16b. Druck: Danmark-Norges Traktater Bd. 7 Nr. 10. Ratifikation Chr. Bernh., Sassenberg 29. 4. 1678. Ratifikation Christians V., Kopenhagen 16./6. 4. 1678: MU. 4677. – Unterstützt durch den brandenburg. Gesandten v. Ledebur vertrat der Bischof die Meinung, man müsse die Schweden zuerst auf Rügen angreifen, während die Dänen eine Offensive in Schonen wünschten. Zweifelloso beabsichtigte Christoph Bernhard, auf Rügen Güter für seine Familie zu erwerben: KM., A I (Berichte Haxthausens und Heespens v. 26. 3. u. 30. 4. 1678).

besonders die seinige ungünstig war. Trotz seiner Erbitterung über die Engherzigkeit der spanischen Führung und seiner gewiß nicht großen inneren Anteilnahme am Geschick dieser Krone, kam er doch nicht um den Entschluß herum, auch weiterhin im eigenen Interesse aktiv am Kampf gegen Frankreich teilzunehmen. Die ungewöhnlich frühen Feldzugsvorbereitungen der Franzosen mitten im Winter forderten baldige Maßnahmen. Die Festung Luxemburg war gefährdet. Ihr Fall hätte das linke Rheinufer der Gewalt der Franzosen anheimgegeben. Bevor der kaiserliche Hauptgesandte in Nymwegen, Bischof Johann von Gurk, ihn dazu aufforderte⁴⁵, tauschte Christoph Bernhard bereits mit Pfalzgraf Philipp Wilhelm Gedanken darüber aus, auf welche Weise genügend Truppen – er hielt 21 000 Mann für erforderlich⁴⁶ – in die Festung geworfen werden könnten. Da beide Fürsten solchen Anforderungen nicht im entferntesten gewachsen waren, erwies sich jedoch die Lösung der Frage in diesem Rahmen als undurchführbar⁴⁷.

Eine wirksame Vorbereitung des Feldzuges und der Maßnahmen gegen die großen Rüstungen der Franzosen in Lothringen vermochte nur die Konferenz der Verbündeten in Den Haag zu erarbeiten, die auf kaiserliche Anregung im Januar zusammentrat. Der münsterische Bevollmächtigte Werner Zurmühlen traf dort auf keine ermutigende Stimmung. Don Emanuel de Lira lachte offen heraus, als er den Vizekanzler von Feldzugsvorbereitungen reden hörte, da doch alle Welt nur an Frieden dachte. Kaum ein Gesandter verfügte über konkrete Weisungen. Die Braunschweiger grollten dem Kaiser, der Prinz von Oranien wegen der Emdener Vorgänge dem Bischof von Münster. Die Spanier wollten sich mutlos in alle französischen Forderungen schicken, und Kramprich allein konnte dem kaiserlichen Entschluß, den Krieg gegen Frankreich energisch weiterzuführen, in dieser Arena keine Geltung verschaffen⁴⁸.

Mühsam gelang es nach einer Woche Verspätung, die Konferenz zu eröffnen. Schon am ersten Sitzungstage, dem 20. Januar, prallten die Gegensätze aufeinander. Während der Prinz von Oranien, von den Spaniern schwach genug unterstützt, darauf bestand, mit ganzer Kraft in den südlichen Niederlanden gegen die französische Hauptarmee vorzugehen, drang Zurmühlen auf die Bildung eines starken Diversionskorps an der Mosel⁴⁹. Der Bischof betrachtete nämlich die Spanischen Niederlande bereits als verloren und gab der Verteidigung des Reichsgebietes den Vorrang. Er wünschte aber auch nicht, seine wiederum aus 9000 Mann bestehenden Hilfstruppen in allzu entlegene Gebiete zu entsenden. Freilich ließen sich die Gründe des Prinzen kaum entkräften. Die militärische Vernunft forderte den Angriff an der Stelle, wo der französische König seine Hauptkräfte stehen hatte. Ein Stoß ins Leere versprach dagegen keinen nachhaltigen Erfolg. Die Erfahrungen des letzten Feldzuges bewiesen, wie wenig Wirksamkeit der Moselarmee beschieden war. Nachdem alle Abgeordneten die Klagen der Gesandten über Geldmangel und schlechten Zustand der Truppen vernommen hatten, beschlossen sie nach 3 Tagen, vorerst neue Instruktionen zu erbitten.

⁴⁵ Johann Bischof v. Gurk an Chr. Bernh., Nymwegen 14. 1. 1678: MLA. 59, 4. Vgl. Tork an Fürstenberg, 17. 1. 1678. Ribbeck, WZ. 52 I S. 194.

⁴⁶ Herzog Phil. Wilhelm an Chr. Bernh., 1. 3. 1678: MLA. 539 IX.

⁴⁷ Chr. Bernh. an Zurmühlen, St. Ludgersburg 18. 1. 1678: MLA. 533, 3 II.

⁴⁸ Zurmühlen an Chr. Bernh., Den Haag 18. 1. 1678: MLA. 12, 32.

⁴⁹ Protokoll, Den Haag 22. 1. 1678: Ebd. u. AV. 379 I.

Den Bischof stürzte der Bericht Zurmühlens in schwere Sorgen. Die Zweizügigkeit des Prinzen von Oranien, der dem Vizekanzler äußerlich mit großer Freundlichkeit begegnete, hinter seinem Rücken aber über den Angriff des Bischofs auf die Stadt Emden wetterte, erweckte den Verdacht, er wolle den Bischof verleiten, sich seiner Truppen zu entblößen, und die gesamten 9000 Mann nach Brabant ziehen, um ungestört in Ostfriesland oder gar in das Stift Münster einzubrechen. Die völlige Außerachtlassung der kaiserlichen Bitte, Luxemburg mit starker Besatzung zu versehen, wie sie sich der Prinz zuschulden kommen ließ, legte der Bischof jedenfalls in diesem Sinne aus. Nachdem er sich vor kurzem noch gegen die Entsendung münsterischer Truppen nach Luxemburg gesträubt hatte, befahl er jetzt plötzlich 2 Regimentern, in die Festung zu ziehen⁵⁰. Die unvermutete Maßnahme gestattete ihm nun wunschgemäß nicht mehr, seine 9000 Mann insgesamt nach Brabant zu entsenden, selbst wenn es alle Verbündeten so beschlossen hätten.

Das eigenmächtige Vorgehen beleuchtete den weitgehenden Zerfall der gemeinsamen Kriegführung der Verbündeten. Während Holland und Spanien einem baldigen Frieden zusteuerten, bereitete diese Aussicht dem Bischof tiefes Unbehagen. Die französischen Vorbereitungen bei Metz, Nancy und Diedenhofen zum Angriff auf Luxemburg und das Rheinland erfüllten ihn mit Genugtuung. Es »zerfallen damit alle Sorgen eines nachteiligen Friedens auf einmal«, äußerte er befriedigt⁵¹. Die Franzosen lieferten ihm willkommenen Grund, sich der gemeinsamen Kriegführung in Brabant zu entziehen.

Nur energische Schritte der Verbündeten hätten im kriegsmüden Holland noch einmal die Gemüter zu einer letzten Anstrengung gegen Frankreich aufrufen können. Aber nirgends, am wenigsten beim Bischof von Münster, kam ein derartiger Entschluß zustande. Abwehrend verschanzte er sich hinter seinen hohen Leistungen zur Rettung der Dänen. Seinem Vizekanzler Zurmühlen, der Ende März abermals nach Köln zu Beratungen über den Schutz des Niederrheins durch ein neu aufzustellendes, verbündetes Korps reiste, ließ er nur Spielraum zu einem »Generalerbieten«⁵². Mit einer solchen Weisung konnte der Vizekanzler, wie er bald einsah, nicht bestehen. Das hochherzige Angebot des Kurfürsten von Brandenburg, ein Kontingent von 6000 Mann an den Niederrhein zu schicken, löste bei den mißtrauischen Fürsten mehr Schrecken als Freude aus. Entweder sie entschlossen sich zur Stellung eines noch größeren Korps oder verzichteten auf die Hilfe des Retters in der Not. Auf die empörte Frage Blaspails, ob »man dann nichts tun und sich unter die Füße pringen lassen sollte«, antwortete Zurmühlen mit der Gegenfrage, ob denn im Augenblick, da sich Holland von den Verbündeten zu trennen gedenke, »kein Mittel wäre, sich an Seiten des Kaisers und des Reichs anderster als durch die Waffen zu salvieren«. Damit deutete er die an den kleineren Höfen, vornehmlich in Düsseldorf, ausgebrütete Patentlösung an, dem Separatfrieden der Generalstaaten mit Frankreich durch einen ebensolchen Sonderfrieden von Kaiser und Reich mit dem französischen König zuvorzukommen. Dieser Gedanke lag auch dem Bischof nicht gar so fern, wie es scheinen mag⁵³. Zwar ängstigte ihn der Gedanke eines Separatfriedens der Verbündeten oder eines nachteiligen – und

⁵⁰ Chr. Bernh. an Zurmühlen, 28. 1. 1678: MLA. 12, 32.

⁵¹ Chr. Bernh. an Zitzwitz, 5. 2. 1678: MLA. 12, 35.

⁵² Chr. Bernh. an Zurmühlen, 29. 3. 1678: MLA. 12, 32.

⁵³ Chr. Bernh. an Zurmühlen, 1. 4. 1678: Ebd.

wie sollte er unter den augenblicklichen Umständen anders ausfallen – Generalfriedens. Dagegen bot ein Sonderfrieden des Kaisers und Reichs vor den Holländern keine schlechten Aussichten, besonders dann nicht, wenn Schweden schon vorher Frieden schloß. Wittelsbachische Fäden von Düsseldorf nach Stockholm eröffneten auch hierfür Aussichten. Wenn auf diese Weise die Eroberungen in Norddeutschland gesichert werden konnten, blieb den Verbündeten die Kraft zu verstärktem Druck auf Frankreich, nun ebenfalls dem Frieden zuzustimmen. Hiermit rückte des Bischofs Wunschtraum eines spanisch-französischen Ausgleiches unter Zustimmung des Kaisers in nahe Erfüllung, gekrönt von einem Krieg der Großmächte gegen die Generalstaaten und deren Ausradierung von der europäischen Landkarte.

Aber in Wien fiel der Gedanke eines vorzeitigen Friedens mit den Reichsfeinden auf steinigern Boden. So blieb dem Bischof und seinen Gleichgesinnten nur der Weg, ihre Rüstung zu verstärken und dem vermeintlichen brandenburgischen Vormachtstreben am Niederrhein mit ganzer Kraft entgegenzutreten. Wenn Münster 7000, Pfalz-Neuburg 5000 und die drei geistlichen Kurfürsten zusammen 4300 Mann stellten, würde die Gefahr gebannt sein⁵⁴. Die Warnung Kurfürst Friedrich Wilhelms vor einem französischen Anschlag auf Rheinberg beflügelte die ängstlichen Gemüter nur zu der phantasievollen Auslegung, jener hege selbst derartige Pläne⁵⁵, und erhöhte noch ihre Bereitschaft zur Aufstellung des gemeinsamen Korps. Verlegenheit bereitete nur die Beschaffung des Geldes. Da Spanien und Holland ihren Subsidienverpflichtungen nicht nachkamen, blieb nur der Ausweg, zur Aufbringung der Artillerie, Munition und Anlage der Magazine die unbewaffneten Kreisstände heranzuziehen⁵⁶. Das bedeutete allerdings eine Verzögerung des Verfahrens, die den Franzosen in dem ihrerseits schon eröffneten Feldzug einen entscheidenden Vorsprung verschaffte.

Mit diesen kraftlosen Plänen begaben sich die Gesandten an ihre Höfe, um Ende April erneut in Köln zusammenzutreten. Der Bischof erklärte sich bereit, die vereinbarten 7000 Mann zu stellen⁵⁷, vorausgesetzt, daß auch die anderen Verbündeten ihre Pflicht erfüllten. Er erzog sogar, der Person des Bischofs von Osnabrück als Oberbefehlshaber zuzustimmen, über den gerade damals das Gerücht lief, er werde in Kürze zur katholischen Kirche übertreten. Damit entging er der Notwendigkeit, seine Truppen dem Marquis de Grana zu unterstellen⁵⁸.

⁵⁴ Zurmühlen an Chr. Bernh., Düsseldorf 29. 3. 1678: Ebd.

⁵⁵ Chr. Bernh. an Zurmühlen, 1. 4. 1678: Ebd. – Die brandenburg. Einladung v. 12. 4. 1678 zu einer Konferenz am 25. 4. in Dorsten mit Pfalz-Neuburg und Münster unter Vorsitz des Generalleutnants v. Spaen wurde angenommen (Kurf. Friedr. Wilhelm an Chr. Bernh., 12. 4. 1678: MLA. 538c). Über die Zwischenkonferenz in Dorsten vgl. Haberecht S. 53 ff.

⁵⁶ Chr. Bernh. an Kaiser Leopold, 14. 4. 1678: MLA. 538b.

⁵⁷ Instruktion für Joh. Wilh. Frhr. v. Nesselrode und Zurmühlen, Sassenberg 21. 4. 1678: MLA. 12, 32. – Die Konferenz nahm am 29. 4. in Köln ihren Fortgang. Haberecht S. 54 ff.

⁵⁸ Kaiser Leopold sprach im Schreiben v. 4. 4. 1678 an den Bischof den Wunsch aus, daß Marquis de Grana den Oberbefehl über ein aufzustellendes Korps der Kreisstände übernehme; MLA. 538b. – Der Kurfürst von Köln wunderte sich sehr über Christoph Bernhards Zustimmung zum Oberbefehl Osnabrücks, »da doch bekannt, daß der Bischof von Osnabrück ganz und gar oransisch und gleichsam von dem Prinz dependierte, und daß also bedenklich wäre, demselben eine solche Macht in die Hände zu spielen.« Nesselrode u. Zurmühlen an Chr. Bernh., Köln 6. 5. 1678: MLA. 12, 32.

Bevor Zurmühlen in Köln eintraf, vertrat ihn der pfalzneuburgische Gesandte Freiherr von Nesselrode⁵⁹. Schon jetzt sträubten sich, wie zu erwarten, die nicht armierten kleineren Stände gegen die ihnen zugemuteten Zahlungen. Ausgerechnet der Bischof von Paderborn machte sich zu ihrem Fürsprecher⁶⁰.

Obleich dieser sonst nie verfehlte, seine kaiserliche Gesinnung zu betonen, und noch vor einem Jahre dem Gesandten von Landsee versicherte, daß er davon bis zum Grabe nicht weichen werde, um gleichzeitig seinem reinen Herzen die Wankelmütigkeit des Bischofs von Münster in wenig taktvoller Weise gegenüberzustellen⁶¹ – ohne dabei den vollen Glauben Landsees zu finden –, knüpfte er jetzt, in einer der gefährlichsten Lagen des Reichs, Verhandlungen mit Frankreich an. Über seinen Agenten Dücker in Nymwegen spann er schon im Januar 1678 die ersten Fäden zu Pomponne⁶². Nachdem er schon 1667 keine Gewissensbedenken empfunden hatte, eine Geheimverpflichtung in die Hände Christoph Bernhards zu legen, in keiner Weise in die münsterische Politik einzugreifen, auch wenn sie seine Kritik herausforderte, fand er jetzt ebensowenig Skrupel, schon bei Lebzeiten des Bischofs durch eine Verbindung mit Ludwig XIV. seine Rückversicherung anzustreben. Ende März 1678 schienen seine Geheimverhandlungen soweit gediehen, daß er den münsterischen Domkürster Korff-Schmising in das Vertrauen zu ziehen beschloß, um möglicherweise auch den Bischof von Münster zur Mitunterzeichnung des vorbereiteten Vertrages zu bewegen⁶³. Zu seiner großen Enttäuschung antwortete ihm der Domkürster, sein Herr verspüre keine Lust zu einem neuen Bunde mit Frankreich⁶⁴. Wohl oder übel mußte Ferdinand den Vertrag, soweit er das Bistum Münster betraf, bis nach dem Tode Christoph Bernhards zurückstellen, schloß aber schon jetzt einen geheimen Separatfrieden mit dem französischen König (20. Mai 1678), der ihm monatlich 4000 Rtl. einbrachte⁶⁵. So gestalteten sich die Taten des Mannes, der den Bischof von Münster »einem Aal ähnlich, so schlüpferig und nicht zu fassen« nannte, dem es nur um Geld gehe, und der von sich selbst rühmte, »daß er gut kaiserlich wäre, wobei er auch verbleiben wollte, solange ein Aderen in seinem Leib sein würde«⁶⁶! Die Verdienste Fer-

⁵⁹ Chr. Bernh. an Nesselrode, 21. 4. 1678: Ebd. – Zu den folgenden Verhandlungen vgl. Haberecht S. 53 ff.

⁶⁰ Nesselrode an Chr. Bernh., Köln 29. 4. 1678: MLA. 12, 32.

⁶¹ Landsee an Kaiser Leopold, Paderborn 9. 1. u. Mainz 18. 1. 1677: OSR. fasc. 32 p. 4. – Besonders nährte J. R. Tork diese Anschauungen seines Freundes Ferd. v. Fürstenberg. Seine von Ribbeck veröffentlichten Briefe zeugen ebenfalls von keiner taktvollen Feinfühligkeit.

⁶² Dücker an Pomponne, Nymwegen 28. 1. 1678: CM. 4 Bl. 63.

⁶³ Ferd. v. Fürstenberg an Dücker, Neuhaus 30. 3. 1678: Ebd. Bl. 75.

⁶⁴ Desgl., 2. 4. 1678: Ebd. Bl. 77. M. Korff-Schmising teilte u. a. am 1. 4. mit: »Je trouvais au reste mon maître fort abbattu et mélancolique, et la cause en doit estre, à ce que j'ai pu pénétrer, qu'il a reçu nouvelles de la marche de l'armée Impériale sous le commandement absolu de M. le Duc de Lorraine vers le Rhin et la Moselle, dans laquelle le Marquis de Grana doit commander l'infanterie« (Ebd.).

⁶⁵ H. Cramer, Einige wertvolle Funde aus dem Herdringer Archive. In: Westfäl. Adelsbl. 2 (1925) S. 37–57, insbesondere S. 55–57. Lahrkamp, Ferdinand von Fürstenberg in seiner Bedeutung für die zeitgenössische Geschichtsforschung und Literatur. In: WZ. 101/102 (1953) S. 399 Anm. 46.

⁶⁶ Landsee an Kaiser Leopold, Mainz 18. 1. 1677: OSR. fasc. 34 p. 4. Lahrkamp a. a. O. S. 301 ff. hat schon auf die starken polit. Beziehungen Ferdinands zu Frankreich hingewiesen. Unter seine besten Freunde zählte der Jesuit Antoine Verjus, ein Bruder des Reichstagsgesandten Louis Verjus (ebd. S. 373 f.). Ferdinand

dinands von Fürstenberg um das westfälische Geistesleben des 17. Jahrhunderts bleiben unbestritten, an politischer Gewissenlosigkeit übertraf er jedoch bei weitem Christoph Bernhard von Galen⁶⁷.

Die Neueröffnung der Konferenz im Minoritenkloster zu Köln litt unter der Müdigkeit, die alle Herren zu beschleichen pflegte, wenn sie Opfer für die Allgemeinheit bringen sollten. Zum Glück wohnte ihr Grana nicht bei, denn sonst wäre die Versammlung bereits aufgefliegen, bevor die Arbeit begann. Nesselrode und der inzwischen eingetroffene Vizekanzler Zurmühlen hatten nämlich strikte Weisung, die Tagung sofort zu verlassen, wenn der Marquis an ihr teilnehmen »und das Werk dirigieren würde«⁶⁸. Wie die Konferenz geschlossen hatte, begann sie wieder mit der Beratung über ein verbündetes Korps und den Klagen der kleineren Stände. Einige Einsichtige hielt die Überzeugung bei der Stange, Holland werde unweigerlich Frieden schließen, wenn die geplante Armee nicht zustande komme⁶⁹. Über die Person des Untergenerals kam sowenig wie über die Brotversorgung und Einrichtung der Magazine ein Beschluß zustande. Obgleich gar nicht geladen und mit Gewalt in die Konferenz eingedrungen, beteuerte der spanische Gesandte Graf von Clermont die Unfähigkeit seines Königs, die monatlich erforderlichen 124 000 Rtl. zuzuschießen⁷⁰. Als die Verbündeten mit ihren Forderungen auf die Hälfte der Unterhaltskosten herabgingen, erbat er sich Bedenkzeit, nicht ohne sich dem Verdacht auszuliefern, die Truppen erst einmal in Marsch zu setzen »und sich hernächst ihrem Brauch nach mit der Ohnvermögenheit zu entschuldigen«⁷¹. Man nötigte Clermont, wenigstens für drei Monate Brot zu versprechen. Den Rest sollte der Kreis liefern. Aber schon für dieses geringe Entgegenkommen verlangte der Spanier praktisch die freie Verfügung über die Hilfstruppen, die die Verbündeten am liebsten vor Maastricht gelegt hätten⁷². Lähmend wirkte nicht zuletzt die mangelnde Anteilnahme des Kaisers. Er hielt es bisher nicht für nötig, auf den von der ersten Kölner Konferenz verabschiedeten Entwurf einen Entschluß mitzuteilen⁷³. Endlich rang sich die Versammlung am 17. Mai zu folgenden Beschlüssen durch: Spanien solle alles Brot liefern, Brandenburg 3000 zu Fuß und 1600 zu Pferde, Münster und Pfalz-Neuburg je ebensoviel, Paderborn 800 zu Fuß und 300 Reiter, Kurköln 1000 zu Fuß und 200 Reiter stellen. Der Kreis brauche zu ihrem Unterhalt nicht beizutragen. Der Bischof von Osnabrück machte die Übernahme des Kommandos davon abhängig, daß

scheute sich auch nicht, den langjährigen Parteigänger Frankreichs, Franz Egon v. Fürstenberg, der mit ihm nicht verwandt war, im Testament mit seinem Tragsessel zu bedenken (ebd. S. 400 Anm. 56). Das positive Urteil über die Persönlichkeit Ferdinands, das Lahrkamp S. 343 fällt, bedarf doch wohl einer Korrektur, zumal L. die Geheimverpflichtung von 1667 nicht bekannt war.

⁶⁷ Im Grunde genommen weitsichtiger als die französischen Diplomaten, warnte Landsee den Kaiser davor, sich mit dem undurchsichtigen Bischof von Paderborn näher abzugeben, zumal der »in einer bösen Haut« stecke und nicht lange leben werde. Ferdinand litt an einer Nierenerkrankung und starb schon 5 Jahre später.

⁶⁸ Am 6. 5. 1678 befahl der Bischof nochmals: Kehre Grana zurück, »habt ihr allerhand Praetexten vorzubringen und euch bei denen Versammlungen, bei welchen er praesidiert, nicht einzufinden« (MLA. 12, 32).

⁶⁹ Nesselrode u. Zurmühlen, an Chr. Bernh., Köln 3. 5. 1678: Ebd.

⁷⁰ Desgl., 6. 5. 1678: Ebd. Vgl. Haberecht S. 55 f.

⁷¹ Nesselrode u. Zurmühlen an Chr. Bernh., Köln 10. 5. 1678: MLA. 12, 32.

⁷² Nesselrode u. Zurmühlen an Chr. Bernh., Köln 13. 5. 1678: Ebd.

⁷³ Desgl., 17. 5. 1678: Ebd. – Über die Fortsetzung der Konferenz in Wesel und den erneuten Versuch Zurmühlens, die Kreisteilung durchzusetzen, vgl. Haberecht S. 60.

auch seine eigenen Truppen teilnahmen. Mit diesen wenig ermutigenden Resolutionen gingen die Gesandten noch am Nachmittag auseinander. Gleichzeitig trafen beunruhigende Nachrichten über den französischen Vormarsch in Richtung auf die Maas ein⁷³.

So mußte also der Feldzug auf dem westlichen Kriegsschauplatz seinen Anfang nehmen, ohne daß es zwischen den Verbündeten zur Einigung gekommen war.

Für den nördlichen Kriegsschauplatz lagen dagegen wenigstens fertige Verträge zur Unterstützung der Dänen vor, die den Rahmen gemeinsamen Handelns vorzeichneten. Ganz ähnlich wie zu Beginn des Krieges im Herzogtum Bremen durch das Festhalten Herzog Johann Friedrichs von Hannover am französisch-schwedischen Bündnis, rief jetzt der Herzog von Mecklenburg-Schwerin eine Krise hervor. Wie erwähnt, traf Nikolaus von Zitzwitz gegen Ende der Hamburger Konferenz mit Christian Ludwig zusammen⁷⁴. Dieser, Sohn und seit 1658 Nachfolger des eigensinnigen und sein Lebtag mit seinen Landständen im Streit befindlichen Herzogs Friedrich, verbrachte seine Jugend zum großen Teil in Paris und trat dort 1663 zur katholischen Kirche über. Seine Anhänglichkeit an Frankreich und Schweden bescherte ihm im jetzigen Reichskrieg die Besetzung des Landes durch brandenburgische und dänische Truppen⁷⁵. Weit davon entfernt, sich selbst die Schuld zuzuschreiben, schob er die Verantwortung auf nichteingehaltene Beistandsverpflichtungen der Herzöge von Braunschweig-Lüneburg.

Wie Christoph Bernhard zu Beginn des schwedischen Feldzugs seine Anteilnahme dem Schicksal des katholischen Parteigängers Frankreichs in Hannover schenkte, horchte er auch jetzt auf, als das Gerücht von der bevorstehenden Wegnahme der mecklenburgischen Landesfestung Dömitz durch brandenburgische und braunschweigische Truppen erscholl. Zwar zögerte er, einen den Absichten des Kurfürsten Friedrich Wilhelm zuwiderlaufenden Entschluß zu fassen, aber gar zu gern hätte er den Braunschweigern die Elbefestung vor der Nase weggenommen, die ihm eine ständige Verbindung mit den münsterischen Hilfstruppen an der Ostsee gewährleistete. Unter dem Vorwand, Dömitz gegen schwedische Bedrohung mit starker Besetzung zu versehen, ließ sich das Vorhaben unbedenklich durchführen⁷⁶. Als Zitzwitz schon auf dem Wege über Verden nach Kopenhagen war, erhielt er Weisung, sich zu diesem Zweck der unter dem Obristen Kalkum in Visselhövede zusammengezogenen 7 Kompanien zu bedienen. Gleichzeitig marschierten an der Weser 3 für Rügen bestimmte münsterische Regimenter auf, um zuerst einmal den Welfenherzögen Respekt einzujagen⁷⁷.

⁷⁴ S. o. S. 508.

⁷⁵ K. H. Beyer, Mecklenburgs Lage im brandenburgisch-schwedischen Kriege während der Jahre 1675–1677. Berlin 1913. O. Vitense, Geschichte von Mecklenburg (Gotha 1920) S. 234 ff. – Wimarson II S. 365.

⁷⁶ Chr. Bernh. an Zitzwitz, 9. 4. 1678: MLA. 12, 35. – Auch der schwedische Resident v. Grafenthal berichtete am 12. 3. über Pläne des Herzogs von Celle, die Festungen Dömitz und Bützow wegzunehmen. Herzog Christian Ludwig sei bereit, sie gegen Unterstützung in der Not den Schweden oder Franzosen auszuliefern (St., Germanica D II). – Vgl. Bericht S. D. Kleihe an Karl XI., o. O. 19. 3. 1678: Angeblich wollten auch Münsteraner nach Mecklenburg gehen, doch sei das unwahrscheinlich, da die vom vorigen Feldzug übriggebliebenen 2–300 Mann bereits auf dem Rückmarsch nach Westfalen sind (St., Germanica D X, Kleihens brief. 1678–1679).

⁷⁷ Desgl., 6. u. 10. 5. 1678: MLA. 12, 33. – Um allen anderen Ausdeutungen vorzubeugen, teilte der Bischof dem Kaiser am 13. 5. den Abmarsch der Hilfsvölker für Dänemark mit (MLA. 538b).

Als Zitzwitz sofort nach seiner Ankunft am 13. Mai in Hamburg Herzog Christian Ludwig aufsuchte, stimmte dieser freudig der Aufnahme des Kalkumschen Regiments in die Festung Dömitz zu. Sogar den Unterhalt der Soldaten versprach er zu übernehmen und behielt lediglich das Kommando über den Platz seinem eigenen Generalmajor Halberstadt vor. Trotzdem barg das Unternehmen Gefahren. Kalkums Marsch führte durch von braunschweigischen Truppen besetzte Gegenden. Möglicherweise wiegelte auch der geflohene Kanzler Wedemann die Schweriner Landstände auf, über die 84 000 Rtl., die sie den Braunschweigern zahlten, keinen Pfennig zu bewilligen⁷⁸.

Zwar gelang es ohne Mühe, einen Vertragsentwurf aufzusetzen, als es aber drei Tage später an die Unterzeichnung ging, machte Christian Ludwig Ausflüchte. Seine ehemalige Bereitschaft zur Zahlung aller Kosten war verflogen. Er verwies auf Schwierigkeiten mit den Landständen. Wenn Kalkum unbemerkt Dömitz erreichen wollte, hielt es der Herzog für nötig, ihn gemeinsam mit den für Dänemark bestimmten drei Regimentern über Buxtehude und Blankenese marschieren zu lassen, obgleich auch das kaum Erfolg versprach. Nachdem er diese Einwände vorgebracht hatte, ließ er einen anderen Vertragsentwurf überreichen, in dem die versprochene Bezahlung durch zwangsweise Einziehung aus dem Lande ersetzt wurde, ein höchst unsicheres, ja gefährliches Unternehmen, durch das Kalkum nicht nur die mecklenburgischen Landstände aufreizen, sondern auch einen offenen Zusammenstoß mit der lüneburgischen Besatzung in Bützow befürchten mußte⁷⁹. Deshalb schlug der Bischof zur Beseitigung der Schwierigkeiten vor, das Regiment Kalkum auf dem Wasserwege elbaufwärts in die Festung »hineinzupraktizieren« und die Stellung des Reichskontingents des Herzogtums Schwerin anstelle der Welfen zu übernehmen, um ein Anrecht auf die 84 000 Rtl. zu gewinnen⁸⁰. Als aber Zitzwitz' Bericht über die Ausflüchte des Herzogs eintraf, verlor er alle Lust. Er befahl, den wankelmütigen Herrn mit einem allgemeinen Beistandsversprechen abzuspeisen und die Reise des Präsidenten nach Kopenhagen fortzusetzen. Das Risiko bei einer Besetzung von Dömitz schien allzu groß⁸¹.

Am 30. Mai traf Zitzwitz in der dänischen Hauptstadt ein^{81a}. Schon bei der Begrüßung versprach ihm der Reichskanzler, keinen Separatfrieden zu schließen, und drückte die Hoffnung aus, daß auch der Bischof alles tun werde, um zwischen Holland und Frankreich einen Sonderfrieden zu verhindern. Zur

⁷⁸ Zitzwitz an Chr. Bernh., Hamburg 13. 5. 1678: MLA, 12, 33.

⁷⁹ Zitzwitz an Chr. Bernh., Hamburg 16. 5. 1678: Ebd.

⁸⁰ Chr. Bernh. an Zitzwitz, 20. u. 25. 5. 1678: Ebd.

⁸¹ Desgl., 17. 5. 1678: Ebd. – Der Entschluß des Bischofs erwies sich angesichts immer neuer Rückzieher und Einschränkungen Herzog Christian Ludwigs als richtig. Dieser wollte nicht nur die münst. Truppen seinem General Halberstadt, sondern auch anderen Offizieren nach Belieben unterstellen können und Vorschuß bis Mai erhalten. Von der durch münst. Truppen gewaltsam eingetriebenen Kontribution verlangte er, seine eigenen Truppen ebenfalls zu unterhalten, und beantragte schließlich die Übertragung der Befehlsgewalt auf ihn selbst (Zitzwitz an Chr. Bernh., Hamburg 23. 5. 1678: Ebd.). Deshalb drängte der Bischof auf schnelle Vereinbarungen mit Dänemark und Brandenburg über den Feldzug auf der Insel Rügen, um die Truppen endlich in fremden Sold zu bringen. Die Regimenter lagen bisher im Fstm. Verden, das der Bischof als eigenes Land betrachtete und nicht zu stark belasten wollte. Chr. Bernh. an Zitzwitz, 27. 5. 1678: Ebd.

^{81a} Über seine Verhandlungen vgl. die genaue Darstellung bei Laursen, *Danmark-Norges Traktater VII S. 203 ff.*

Behauptung aller Eroberungen seien 40 000–50 000 Mann vonnöten, zu denen der König 10 000–12 000 Soldaten und 50 Kriegsschiffe beisteuern könne, während den Rest Münster, Brandenburg und Celle liefern müßten. Zur Vereinbarung der Maßnahmen zur Rückeroberung der Insel Rügen befände sich Baudissin schon auf der Reise nach Berlin und Münster. Im ganzen zeigte sich Zitzwitz mit diesen Vorschlägen zufrieden, wandte aber gegen die Zulassung des Hauses Braunschweig zu den Verhandlungen mangelnde Vollmacht ein und gab zu bedenken, daß »ab dem vorigen Erfolg woll zu vermuten, daß die Sachen dadurch nur mehr behindert als befördert werden dürften«⁸².

In der Audienz am nächsten Tage schlugen der Reichskanzler Graf Ahlefeld und Reichsmarschall von Körbitz dieselben Töne an. Ahlefeld kam wieder auf den Hauptpunkt seines Interesses, der Verhinderung eines Separatfriedens, zurück und hielt eine engere Verbindung mit England für nützlich, um die Generalstaaten bei der Partei zu halten. Eine große Armee sei, und wenn auch nur auf dem Papiere, zu vereinbaren. Er bot sogar dafür 24 000 dänische Soldaten an, während er Kurbrandenburg ein Kontingent von 16 000 und Münster von 12 000 Mann zugedachte. Die großen Zahlen seien »mehr darauf gemünzet, daß man dadurch die kleinmütige Partei animieren, die widerwärtige aber . . . zu billigen Friedenskonditionen bewegen möchte«. Ernsthafte Absichten könnten in einem geheimen Nebenrezeß Platz finden. Als wichtigste Aufgabe der nächsten Zeit faßte er die Eroberung von Rügen ins Auge. Die Schiffe zum Transport der münsterischen und brandenburgischen Truppen stünden schon bei Peenemünde bereit. Gegen die Aufnahme Herzog Christian Ludwigs in das Bündnis wandte er nichts ein, warnte aber vor Verwicklungen mit dem Hause Braunschweig vor der endgültigen Vertreibung der Schweden vom Festland. Ihn bekümmerte die Abreise Heimbürgs aus Berlin, ohne daß dieser dem Kurfürsten die Teilnahme von 3000 Braunschweigern am Feldzug zugesichert hatte. Fröhlich versetzte Zitzwitz, damit hätte der Kurfürst wenigstens Ursache, den Vertrag von 1676 über die bremische Teilung umzustößen und neue Verabredungen mit Dänemark und Münster zu treffen, nicht ohne anzudeuten, daß Brandenburg, nachdem man ihm zu großen Eroberungen in Pommern verholfen, eigentlich auch kein Recht mehr auf einen Anteil am Herzogtum Bremen geltend machen könnte.

Schließlich unterbreitete Ahlefeld noch den phantastischen Plan einer Landung in der Nähe von Stockholm nach der Eroberung Rügens und unter Teilnahme münsterischer Truppen mit dem Ziel, die Hauptstadt und ihre Umgebung zu zerstören, um nach Wikingerart mit riesiger Beute zu verschwinden und den Schweden durch den erlittenen Schreck den Frieden abzunötigen. Als Belohnung sollte der Bischof die Baronie Putbus oder das Wrangelsche Gut Spieker auf Rügen oder auch »sehr ansehnliche Stücken« in Schonen für seine Familie erhalten⁸³.

Mit diplomatischen Aufträgen nur selten betraut, wußte Zitzwitz dem verständlichen Wunsch der Dänen nach Teilnahme des Hauses Braunschweig

⁸² Zitwitz an Chr. Bernh., Kopenhagen 31. 5. 1678: Ebd. – Vgl. Bericht S. D. Kleihe an Karl XI., o. O. 21. 4. 1678: Die Dänen schlugen bereits »breite Groschen« von den anrückenden münst. Hilfstruppen in Stärke von 4000 Mann. Fahrzeuge zu ihrem Transport ständen in Kiel bereit. Der dän. Stallmeister v. Haxthausen befindet sich auf dem Weg nach Münster, um den Marsch zu beschleunigen (St., Germanica D X, Kleihens brief). – Vgl. UA. 18 S. 332 Anm. 2.

⁸³ Desgl., 4. 6. 1678: Ebd.

am nächsten Feldzug gegen Schweden keine vernünftigen Gründe entgegenzusetzen. Seine Forderung auf vorhergehenden Vergleich des Bischofs mit den Welfen konnte nur zeitweise als Ausrede dienen, und auch das Fehlen einer Instruktion rettete ihn nicht lange vor einem endgültigen Entschluß. Er schlug deshalb vor, die Verhandlungen der deutschen Verbündeten nach Münster zu verlegen, zumal er wußte, daß Meinders bereits nach dort abgereist war.^{83a} Auf diese Weise wäre ihm die Verantwortung für einen Vertrag genommen worden, der auch in dem geheimen Nebenrezeß als tatsächliche Leistung den außerordentlich hohen Beitrag von 12 000 münsterischen Soldaten und die Garantie des gesamten dänischen Besitzes einschließlich der seit 1643 verlorengegangenen Gebiete vorsah⁸⁴.

Die Anteilnahme des Bischofs an diesen Planungen straft alle Ansichten, er sei im Alter bereits ein gebrochener Mann gewesen, Lügen. Allerdings verwies ihn die politische Lage auf Unternehmungen, die er nicht aus vollem Herzen bejahte. Ganz sicher trifft ihn jedoch nicht die alleinige Schuld, wenn alle Ansätze zu entschiedenerem Handeln gegen die Reichsfeinde in Kleinmut und Mißtrauen erstickten. Bisher fürchtete er, daß ein Ausscheiden der Generalstaaten aus der gemeinsamen Front die Kampfkraft der Verbündeten gegen Frankreich entscheidend schwächen würde. Als jedoch Anfang Juni die Nachricht eintraf, der holländisch-französische Waffenstillstand sei unter Dach und Fach gebracht⁸⁵, erfüllte ihn auch das mit neuer Tatkraft. Er erblickte darin nicht mehr eine Verschlechterung der alliierten Stellung, sondern das Herannahen der erhenteten Gelegenheit, noch einmal gegen die Generalstaaten in den Krieg zu ziehen. Damit bot sich erneut eine Übereinstimmung seiner inneren Neigung mit den politischen Notwendigkeiten des Tages. Also habe man jetzt »Hände und Füße mitnichten sinken zu lassen, sondern desto vigoureuser gegen die gemeine Feinde zu operieren«. Mit Freuden erklärte er sich bereit, den Dänen mit einer großen Zahl Soldaten bei der Vertreibung der Schweden aus Rügen und Schonen zu helfen. Nach deren Niederwerfung wollte er das Schwert nach Süden wenden, nicht zur bloßen Verteidigung des Rheines, sondern zum Einfall in das Herz Frankreichs, um auch Ludwig XIV. zur Ruhe zu zwingen und damit die treulosen Holländer zu isolieren, die sich hinter dem Rücken der Verbündeten mit dem Feind vertrugen. Während die nordischen Alliierten Schweden besiegten, sollte ein Heer der rheinischen Kurfürsten, Kursachsens, Bambergers, Würzburgs und Pfalz-Neuburgs von etwa 30 000 Mann neben dem 50 000 Mann starken kaiserlichen Heer die Westgrenze verteidigen. Die Revanchegelüste des Bischofs gegenüber den Vereinigten Niederlanden außer Acht gelassen, wären solche Entschlüsse im Reich von großem Nutzen gewesen. Gegenüber allen Friedenssehnsüchten der mutlosen Reichsstände verkündete er ungebeugt: »Einmalen ist gewiß, daß der von Frankreich praescribierter Friede ihrer kaiserl. Majestät im höchsten Grad disreputierlich, unbeständig und unsicher sei. Gibt man sich anjetzo auf solche Weise under das französische Joch, wird man selbiges unaufhörlich auf den Hals haben. Ihre kaiserl.

^{83a} Meinders reiste anstelle von Ledebur. UA. 18 S. 640 f. Er erhielt am 16. 6. Befehl zur schleunigen Rückkehr nach Berlin.

⁸⁴ Desgl., 7. 6. 1678: Ebd. Vgl. Memorial Zitzwitzs (30. 5. 1678) an Christian V. (KM., A II).

⁸⁵ Die Unterzeichnung des Friedensvertrages zwischen den Generalstaaten und Frankreich erfolgte erst am 10. August 1678.

Majestät, das Römische Reich und der König in Dänemark sein in armis. Ich sehe nicht, warumb dieselben anjetzo die Waffen niederlegen, die Konquesten restituieren und der Feinde Domination untergeben sollen«⁸⁶. Darum müsse, ehe der Sommer vorübergeht, der zum endgültigen Siege führende Feldzug begonnen werden⁸⁷. Wenn in der Zwischenzeit ein Waffenstillstand Brandenburgs und Münsters mit Frankreich, jedoch nicht mit Schweden, abgeschlossen werden solle, dürfe er nur dem Zeitgewinne dienen, um nicht plötzlich Beute der freigewordenen französischen Armee zu werden⁸⁸. Jetzt wollte er auch von seiner Forderung auf Ausschluß Braunschweigs aus dem Kreis der Verbündeten absehen, um ihre Kräfte dem großen Ziele dienstbar zu machen⁸⁹. Ja, er stellte jetzt als Grundsatz hin, Braunschweig müsse »nach Proportion« seiner Anteile im Bremischen zum Feldzug beitragen, d. h. dreimal soviel an Truppen stellen, wie der Bischof lieferte⁹⁰.

Mit der rücksichtsvolleren Behandlung der Herzöge kam er den dänischen Wünschen entgegen. Der König legte im eigenen Interesse keinen Wert darauf, die Braunschweiger in diesem Augenblick vor den Kopf zu stoßen. Deshalb wich Ahlefeld bisher auch allen Anträgen Zitzwitz', endlich die Teilungsquoten für die bremischen Eroberungen festzulegen, beharrlich aus. Der Reichskanzler deutete jedoch an, Christian V. werde zustimmen, wenn Braunschweig und Münster je ein Drittel, Dänemark und Brandenburg je ein Sechstel erhielten, sofern es dem König vorbehalten bliebe, seinen Anteil beliebig zu verkaufen. Die Entwicklung ging über solche Gespräche hinweg. Der holländische Gesandte in London erklärte schon, daß die Behauptung der bremischen Eroberungen keine Fortsetzung des Krieges rechtfertige: Der Bischof von Münster werde sich als Geistlicher seine Rechte abkaufen lassen, das Haus Braunschweig habe den im Krieg gesuchten Ruhm erlangt. Dänemark und Brandenburg könnten ihre Befriedigung anderwärts finden⁹¹.

Nach alledem stand fest, daß Christian V. von Dänemark der einzige zur Fortsetzung des Krieges gegen Schweden und Frankreich entschlossene Bundesgenosse war. Holland neigte dagegen zum Frieden unter ehrenhaften Bedingungen, während die Spanier »ut pulli gallinam Hollandos sequantur«, wie Johann von Alpen urteilte⁹². Unter diesen Umständen neigte auch der Bischof dazu, die Teilung vorläufig ruhen zu lassen, um das nordische Bündnis nicht zu schwächen, und im Westen einen taktischen Waffenstillstand abzuschließen⁹³. Reichskanzler Ahlefeld drängte deshalb ungestüm auf Abschluß eines Vertrages, um durch kräftige Bekundung des Kampfwillens allen Friedensneigungen der Verbündeten entgegenzutreten. Bedenken der Gesandten räumte er durch Hinweis auf die vorbehaltene Ratifikation hinweg. Zitzwitz zog er ins

⁸⁶ Chr. Bernh. an Zitzwitz, 10. 6. 1678: Ebd.; desgl. an Alpen u. Zurmühlen: MLA. 533, 3 Bd. 2. Beide waren inzwischen zur Beobachtung der Friedensverhandlungen in Nymwegen eingetroffen.

⁸⁷ Am 10. Juni teilte Zurmühlen aus Wesel zur Beruhigung des Bischofs mit, daß das französische Waffenstillstandsangebot an die Holländer sich nur auf die festen Plätze bezog (MLA. 12, 32).

⁸⁸ Denkschrift v. 12. 6. 1678: MLA. 12, 33.

⁸⁹ Chr. Bernh. an Zitzwitz, 14. 6. 1678: Ebd. – W. Heespen an Christian V., Münster 26. 6. 1678 (KM., B).

⁹⁰ Desgl., 14. 6. 1678: Ebd.

⁹¹ Zitzwitz an Chr. Bernh., 14. 6. 1678: Ebd.

⁹² Alpen an Chr. Bernh., Nymwegen 17. 6. 1678: MLA. 12, 36.

⁹³ Chr. Bernh. an Zitzwitz, 21. 6. 1678: MLA. 12, 33.

Vertrauen, indem er auch Brandenburg der Hinneigung zum holländischen Standpunkt bezichtigte⁹⁴.

Die in Münster eingelaufenen Nachrichten über den bevorstehenden Waffenstillstand erwiesen sich als weniger ernsthaft, als ursprünglich angenommen. Der Kaiser verspürte offensichtlich keine Lust zu einem nachteiligen Frieden mit Frankreich. Deshalb begann auch der Bischof zu schwanken, ob er den Plan eines vorübergehenden Waffenstillstandes weiter verfolgen sollte. Ende Juni ließ er ihn ganz fallen⁹⁵. Aus Nymwegen verlautete sogar, Blaspeil wolle die Generalstaaten vom Waffenstillstand mit Frankreich zurückhalten⁹⁶.

Trotz alledem verzögerte sich der Abschluß des Vertrages mit Dänemark. Als Baudissin Ende Juni in Coesfeld erschien, versicherte ihm der Bischof wohl, dem nordischen Bündnis treu zu bleiben, besprach aber sonst mit ihm nur militärische Fragen⁹⁷. Auch der offizielle Auftrag Christians V. an Ahlefeld und Körbitz, den Bündnisvertrag mit Brandenburg und Münster zum Abschluß zu bringen⁹⁸, brachte nicht den erwünschten Erfolg. Ungeachtet dessen setzte der Bischof seine Hilfstruppen nach Norden in Marsch. Am 22. Juni ging die münsterische Infanterie in Kiel unter Segel nach Landskrona⁹⁹. Mit ihrer Hilfe gelang es, nach den Rückschlägen des letzten Jahres die Offensive wieder zu ergreifen und schon Anfang Juli Helsingborg zu erobern¹⁰⁰.

⁹⁴ Ahlefeld berichtete, Kurfürst Friedr. Wilhelm gedenke seine für Rügen bestimmten Truppen nach Kleve zu führen und angesichts der veränderten Lage sich zuerst mit dem Kaiser zu besprechen. Zitzwitz an Chr. Bernh., Kopenhagen 21. 6. 1678: Ebd.

⁹⁵ Chr. Bernh. an Zitzwitz, 24. 6. 1678: Z. solle dem dänischen König die Versicherung abgeben, daß »ich gegen das Armistitium fleißig arbeiten, helfen und darzu nimmermehr raten« werde. (MLA. 12, 33). – Ähnlich am selben Tage an Alpen u. Zurmühlen: MLA. 12, 36.

⁹⁶ Die französ. Absicht, den Waffenstillstand auf die festen Plätze zu beschränken, wie auch im Jahre 1668, erregte Verdacht und ermutigte die Gegenseite eher zur Standhaftigkeit als zur Ergebung in eine von der Gnade Frankreichs abhängige Zukunft. Zurmühlen an Chr. Bernh., Nymwegen 25. 6. 1678: MLA. 12, 36.

⁹⁷ Chr. Bernh. an Zitzwitz, St. Ludgersburg 24. 6. 1678: MLA. 12, 33. Baudissin verließ an diesem Tage Coesfeld. Vgl. Bericht Baudissins vom 10. 6. 1678: KM., B.

⁹⁸ Kronenburg 25. 6. 1678: MU. 4681.

⁹⁹ Zitzwitz an Chr. Bernh., Kopenhagen 25. 6. 1678: MLA. 12, 33.

¹⁰⁰ Desgl., 8. 7. 1678: Ebd. Nach diesen Erfolgen bemühten sich die Dänen weiter um münst. Militärhilfe. Noch im Augenblick des Todes des Bischofs befand sich der dänische Gesandte v. Reventlow auf der Reise nach Münster. Er verhandelte darauf mit dem Nachfolger. Rekredential Neuhaus 17. 10. 1678 für ihn und E. A. v. Petkum: KM., A II.

51. KAPITEL

KONGRESS ZU NIMWEGEN. TOD DES BISCHOFS

Das hochmütige Auftreten der Franzosen verringerte zeitweise den Friedenswillen im verbündeten Lager. Zwar konnte Blaspeil von den Generalstaaten kein Versprechen erlangen, daß sie den Krieg fortsetzen würden, jedoch stärkte sein Protest den Rücken der oranischen Kriegspartei¹. Auch in der Haltung der Spanier zeichnete sich anscheinend größere Festigkeit ab. Der Bischof begrüßte diese Entwicklung². Sie bescherte ihm aber auch neue Aufgaben. Nach Gerüchten sollte Ludwig XIV. bereits gedroht haben, er wolle in Kürze Kleve und Mark, »wie auch den Stift Münster besuchen«³. Diese Nachrichten brachten das in Köln im Frühjahr ergebnislos abgebrochene Gespräch über den Feldzug im Westen wieder in Gang.

Die Aufstellung eines Heeres der Verbündeten war schon deshalb dringend notwendig, weil das kaiserliche Heer durch Créqui gebunden war. Der Bischof schlug vor, da die brandenburgischen Lande am Niederrhein und sein eigenes Stift der Drohung am nächsten lagen, die alliierte Armee an der Maas und am unteren Rhein zu postieren. Nicht ohne an seine eigene Bedrohung zu denken, nannte er voller Eifer sehr hohe Zahlen. Am liebsten wäre er mit einem Heer von 40 000 Mann unter dem Kommando Christians V. von Dänemark nach der Niederwerfung Schwedens über den Rhein gezogen, um dem Hochmut der Franzosen die Federn zu stützen. Er verhehlte sich nicht die erforderlichen großen Opfer, denn der kaiserliche Hauptgesandte in Nymwegen machte nicht die geringsten Hoffnungen auf Unterstützung oder großzügige Quartieranweisung durch seinen Herrn⁴. Ungeachtet der Ablehnung eines münsterischen Durchmarsches durch die jülichbergische Regierung⁵ beschloß der Bischof, seine Truppen zwischen Niederrhein und Maas aufzustellen, um den bereits auf Geldern marschierenden Franzosen den Zugang nach Westfalen zu verwehren. Die ursprünglich für Rügen bestimmten Truppen sollten hier zusammen mit den von Spaen herangeführten brandenburgischen Regimentern zum Einsatz kommen. Jeder Gedanke an einen taktischen Waffenstillstand mit den Franzosen, wie ihn der Bischof noch im Frühjahr pflegte, zerfiel angesichts der Erklärung Ludwigs XIV., er werde Schweden zur Restitution aller verlorenen Gebiete verhelfen, selbst dann, wenn dieses aus freiem Entschluß oder gezwungen einen anders lautenden

¹ Der Kinderen II S. 333.

² Der Bischof zürnte den Franzosen damals besonders deshalb, weil sie alle seine über den Nuntius übermittelten Vorschläge, die kathol. Interessen in den Verein. Niederlanden und in Lingen zu vertreten, ablehnten. Vgl. Alpen an Chr. Bernh., Nymwegen 27. 6. 1678: MLA. 12, 36.

³ Zurmühlen an Chr. Bernh., Nymwegen 27. 6. 1678: Ebd.

⁴ Alpen und Zurmühlen an Chr. Bernh., Nymwegen 29. 6. 1678: Ebd.

⁵ Chr. Bernh. an Alpen und Zurmühlen, 1. 7. 1678: Ebd.

Vergleich mit seinen Feinden schließe. Auf Behauptung der eroberten Länder in Niedersachsen bestand also nur dann Hoffnung, wenn auch Frankreich am Boden lag.

Nachdem am 30. Juni das entscheidende Gespräch zwischen Franzosen und Niederländern über Annahme oder Ablehnung des Friedens scheiterte⁶, erschien die Aufstellung des Korps an der Maas noch dringender. Spaen stand bereits mit der Infanterie bei Geldern und der Kavallerie bei Maaseik und rechnete auf den baldigen Zuzug der münsterischen Regimenter. Mit den erhofften 14 500 Mann getraute er sich, den Westfälischen Kreis zu bedecken. Das spanische Ansinnen, mit diesen Truppen nach Brabant zu marschieren, lehnte der General rundweg ab. Ein Übergang über die Maas hätte sein Ziel in Frage gestellt⁷.

Dem Bischof schien auch der von Spaen gewählte Standpunkt noch zu weit westlich. In der Tat drohte die Gefahr eines Rückenangriffes der Franzosen und ihres Übergangs über die Maas, ohne daß das Korps Spaens ihr begegnen konnte⁸. Ohne vorläufig die Mittel beschaffen zu können, rief der Bischof voller Empörung über das französische Verlangen auf Restitution Schwedens nach Verteidigung der deutschen Ehre durch offensives Vorgehen gegen Frankreich, selbst auf Kosten der Kriegführung im Norden⁹. Mit Genugtuung stellte er fest, daß die Colbertsche Erklärung, keinen einzigen Platz in den Spanischen Niederlanden räumen zu wollen, den Holländern neue Kriegslust einhauchte und daß auch in England die Neigung zum Eintritt in die antifranzösische Koalition wuchs¹⁰. Gerade mit Rücksicht auf diese beiden Mächte drängte die kaiserliche Gesandtschaft auf schnelle Aufstellung des Korps an der Maas¹¹. Diesen Forderungen schloß sich der pfalz-neuburgische Gesandte Stratmann an, dessen Schreck über das Erscheinen Marschall Schombergs vor Düren nach dem kurz vorher erfolgten Protest der jülich-bergischen Regierung gegen den Durchmarsch verbündeter Truppen einer tragikomischen Note nicht entbehrte¹².

Vor allem wünschte der Bischof eine aktive, ganz auf die Niederwerfung Frankreichs abgestimmte Kriegführung mit gemeinsamer Beratung der zweckmäßigsten Schritte durch die Verbündeten. Um alle Rangstreitigkeiten im Kommando von vornherein auszuschalten, sollte nach seiner Meinung König

⁶ Alpen u. Zurmühlen an Chr. Bernh., Nymwegen 1. 7. 1678: Ebd.

⁷ Spaen erklärte sich allenfalls bereit, im Bistum Lüttich Stellung zu beziehen. Nach Vorstellung der Kaiserlichen sollten zu seinem Korps im Verlauf des Feldzuges 4000 Osnabrücker stoßen. Das Oberkommando war dem Bischof von Osnabrück zugebracht. Zurmühlen an Chr. Bernh., Nymwegen 4. 7. 1678: Ebd.

⁸ Chr. Bernh. an Zurmühlen, 6. 7. 1678: Ebd. – Der Bischof beabsichtigte, 10 Regimenter zu schicken (Chr. Bernh. an Zitzwitz, 6. 7. 1678: MLA. 12, 33). Hinreichend zur Abwehr der Franzosen würden allerdings, so wußte man in Nymwegen, nur die aus dem Norden erhofften 40 000 Mann sein. Ihre Freistellung konnte aber erst nach der Niederwerfung Schwedens erfolgen und bis dahin ein guter Teil Deutschlands an die Franzosen verloren gehen.

⁹ Chr. Bernh. an Zurmühlen, 10. 7. 1678: MLA. 12, 36.

¹⁰ Zurmühlen an Chr. Bernh., Nymwegen 10. 7. 1678: Ebd.

¹¹ Auch Zurmühlen urteilte, daß die Aufstellung des Maaskorps das beste »Mittel, die Leute in Holland zu animieren«, darstelle. Zurmühlen an Chr. Bernh., Nymwegen 12. u. 13. 7. 1678: Ebd.

¹² Zurmühlen an Chr. Bernh., Nymwegen 15. 7. 1678: Ebd.

Christian V. den Oberbefehl übernehmen, während die dänischen Truppen in Schonen zur Verteidigung übergingen¹³.

Die Franzosen sahen ein, daß ihre bisherigen Warnungen vor der Unzuverlässigkeit Englands in Holland nur die Meinung verstärkten, Frankreich befinde sich in prekärer Lage. Die Drohungen, von Maastricht aus die Länder des Kurfürsten von Brandenburg und des Bischofs von Münster zu verheeren, stärkten nur die Einigkeit der Verbündeten. Dagegen gelang Frankreich jetzt ein meisterlicher Schachzug durch das Angebot des »Coarbitrii pacis septentrionalis« an die Holländer unter gleichzeitiger Beibehaltung des Status quo in den Niederlanden bis zum Abschluß des nordischen Friedens. Nicht nur auf die Holländer wirkte die Versuchung¹⁴, sie blieb auch unter den deutschen Verbündeten nicht erfolglos. Zwar betonte Meinders, der Kurfürst von Brandenburg werde sich ungeachtet seiner Bereitschaft, einige Eroberungen an Schweden zurückzugeben, niemals dem Schiedsspruch der Holländer unterwerfen, aber niemand wollte dafür bürgen, daß Friedrich Wilhelm nicht bereits darüber mit den Generalstaaten verhandelte¹⁵. Auch Dänemark und Braunschweig verwarfen dem ersten Anschein nach den Gedanken einer holländischen Vermittlung nicht ganz. Nur dem Bischof von Münster schien sie unerträglich, da er »von solchen Leuten wenig Favorables zu erwarten« hatte¹⁶. In dem Augenblick größerer Einigkeit unter den nordischen Verbündeten riß der französische Gegenzug neue Zerwürfnisse auf.

Damit rückte in Nymwegen erneut die Gefahr eines niederländisch-französischen Sonderfriedens in greifbare Nähe. Zwar lehnte der Gesandte Odijk, ein Günstling des Prinzen von Oranien, den Frieden ab, aber die französische Versuchung, verstärkt durch den Zwist des Prinzen mit dem brandenburgischen General Spaen über den Entsatz der Festung Mons¹⁷, verlieh der Friedenspartei in Holland neuen Auftrieb¹⁸. Der Bischof begriff die Wendung sofort. Dringend riet er zu einem erneuten Protestschritt der Alliierten, um die Holländer zum Festhalten an ihrer Bedingung der Räumung aller spanischen Plätze durch die Franzosen zu ermahnen und nicht durch einen Sonderfrieden den nordischen Verbündeten in den Rücken zu fallen. Um seinem Verlangen Nachdruck zu verleihen, kündigte er die Ankunft von 3000 münsterischen Soldaten bei Wesel an¹⁹. Die Weigerung Spaens, nach Mons zu marschieren, verurteilte er scharf, obgleich er seine eigenen Truppen nicht über die Maas nach Westen gehen lassen wollte²⁰.

Ungeachtet aller Gegenmaßnahmen führten die Franzosen in Nymwegen den entscheidenden Schlag. Am 7. August verlautete, Ludwig XIV. stimme

¹³ Chr. Bernh. an Zitzwitz, 20. 7. 1678: MLA. 12, 33. – Die nach Rügen bestimmten Truppen, mit Rücksicht auf Mecklenburg noch an der Weser stehend, beorderte der Bischof jetzt zum Rhein. Chr. Bernh. an Zurmühlen, 15. 7. 1678: MLA. 12, 36.

¹⁴ Zurmühlen an Chr. Bernh., Nymwegen 19. 7. 1678: Ebd.

¹⁵ Als Meinders, ohne vom Bischof von Gurk Abschied zu nehmen, aus Nymwegen nach Den Haag abreiste, entstanden solche Vermutungen. Zurmühlen an Chr. Bernh., Nymwegen 26. 7. 1678: Ebd.

¹⁶ Zurmühlen an Chr. Bernh., Nymwegen 22. 7. 1678: Ebd. – Zurmühlen wohnte dem Kongreß nur als Beobachter, nicht als qualifizierter Gesandter bei.

¹⁷ Spaen betrachtete, wie erwähnt, die Bedeckung des Niederrheins als Aufgabe und verweigerte deshalb die Teilnahme an dem Unternehmen.

¹⁸ Zurmühlen an Chr. Bernh., Nymwegen 30. 7. 1678: MLA. 12, 36.

¹⁹ Chr. Bernh. an Zurmühlen, Ahaus 1. 8. 1678: Ebd.

²⁰ Desgl., 2. 8. 1678: Ebd.

der Räumung aller spanischen Plätze zu, um Spanier und Holländer von den Verbündeten zu trennen. Da er hiermit einer schwedischen Bitte entsprach, blieb seine Ehre gewahrt²¹. Trotz dem Protest der Verbündeten unterzeichnete Beverningk am 10. August den Friedensvertrag und verschaffte dadurch seinem Lande die Neutralität²².

Der Bischof nahm die verhängnisvolle Nachricht mit Fassung auf. Seine Vorhersagen über die Untreue der Holländer bestätigten sich. Seine erste Weisung enthielt den Rat, die Gesandten der Verbündeten aus Den Haag abzubrufen²³. Sein Wunschtraum eines späten Revanchekrieges begann Gestalt anzunehmen. Er hoffte mit Festigkeit, daß die neue Bindung Hollands an Frankreich zur Folge haben würde, daß »England mit in den Krieg wider Frankreich und per consequens wider Holland gebracht werden« könnte²⁴.

Im Augenblick stellte der unzeitige Friedensschluß der Holländer dem Bischof die Aufgabe, einen nachteiligen Einfluß auf das »nordische Werk« zu verhindern²⁵. Er erachtete sie wichtig genug, um auch seinen Generalvikar Johann von Alpen wieder nach Nymwegen zu entsenden. Im übrigen entwickelten sich die dänisch-münsterischen Beziehungen seit einiger Zeit im Schatten des Feldzuges im Westen nur sehr schleppend. Zitzwitz lag zudem seit längerer Zeit in Kopenhagen krank²⁶. Erst am 20. Juli legten die Dänen einen neuen Vertragsentwurf vor, der eine gemeinsame dänisch-brandenburg-münsterische Armee von 48 000 Mann vorsah, mit der die Schweden zur Annahme der alliierten Forderungen gezwungen werden sollten²⁷. Zitzwitz zögerte zu unterschreiben, weil in dem Entwurf die Klausel fehlte, daß die Beistandsverpflichtung sich nur auf deutsches Gebiet beziehe. Erst nach längerem Sträuben stellte Ahlefeld hierüber einen geheimen Revers aus. Der Bischof erteilte nunmehr, zumal der Vertrag keine Festsetzung der Einzelkontingente enthielt, die Erlaubnis zur Unterschrift²⁸. Die lang hinausgezögerte Unterzeichnung fand am 12. August durch Vertreter der drei Fürsten in Kopenhagen statt²⁹, nachdem Zitzwitz einen letzten Versuch des Reichskanzlers, die Bundeshilfe auch auf außerdeutsche Gebiete auszudehnen, zurückgewiesen

²¹ Zurmühlen an Chr. Bernh., Emmerich 7. 8. 1678: Ebd.

²² Bezeichnenderweise wurden die Spanier in dem Vertrage gar nicht erwähnt. Ihre Festungen befanden sich entweder in französ. oder holländ. Hand.

²³ Chr. Bernh. an Zurmühlen, Ahaus 12. 8. 1678: MLA. 12, 36.

²⁴ Zurmühlen an Chr. Bernh., Nymwegen 12. 8. 1678: Ebd.

²⁵ Chr. Bernh. an Zurmühlen, St. Ludgersburg 11. 8. 1678: Ebd.

²⁶ Zitzwitz an Chr. Bernh., Kopenhagen 12. 7. 1678: MLA. 12, 33. Vgl. die Gesandtschaftsberichte W. Heepsens an Christian V. aus dem Juli und August 1678 (KM., B).

²⁷ Desgl., 20. 7. 1678. – Der Entwurf v. 20. Juli verhielt sich zu dem vom 11. Juni wie folgt: Punkt 1 des neuen Vertrages = Punkt 2 des alten Entwurfs; Punkt 2 neu = 3 alt; Punkt 3 neu = 4 alt, Punkt 4 neu = 5 alt, jedoch 48 000 Mann; Punkt 5 neu: da Schweden bisher alle billigen Friedensbedingungen zurückgewiesen habe, solle es mit aller Macht bekämpft werden, bis es die alliierten Ansprüche anerkennt und Satisfaktion verspricht; Punkt 6 neu = 7 alt; Punkt 7 neu = 8 alt (MLA. 12, 33).

²⁸ Chr. Bernh. an Zitzwitz, Ahaus 29. 7. 1678: Ebd.

²⁹ Ausfertigung: MU. 4683. Druck: Danmark-Norges Traktater Bd. 7 Nr. 12. Ratifikation König Christians V., Kopenhagen 2. 9. 1678. Einige Exemplare des Vertrages wurden in Kopenhagen für den Fall des Beitritts der Herzöge von Celle und Wolfenbüttel niedergelegt. Erklärung der Gesandten, Kopenhagen 12. 8. 1678: MU. 4687.

hatte³⁰. Mit Rücksicht auf den am 10. August abgeschlossenen Sonderfrieden der Holländer erhielt das Vertragswerk als Datum den 4. August 1678³¹. Erleichtert reiste Zitzwitz nach Beendigung seiner mühseligen Arbeit aus Kopenhagen ab, nicht ohne von dem cellischen Minister von Wittorff auf den Wunsch seines Herzogs verwiesen zu werden, mit Münster in »eine nähere Verständnus« zu treten³², worin die Sorge des Hauses Braunschweig vor einer allzu engen, dänisch-münsterischen Zusammenarbeit zum Ausdruck kam.

In Nymwegen sah Zurmühlen^{32a} bald ein, daß der Auftrag des Bischofs, jede Rückwirkung des französisch-holländischen Friedens auf den Norden zu unterbinden, kaum durchführbar war. Wenige Tage nach dem Vertragschluß schienen auch Spanien und Frankreich, angeblich unter Vermittlung des Nuntius, in Wirklichkeit aber der Holländer, in allen Punkten einig. Ob Brandenburg den Versuchungen noch lange widerstand, galt als zweifelhaft. Selbst die Dänen schlugen eine Verbindungsaufnahme mit Paris vor. Ein Waffenstillstand im Norden, dem der Bischof vielleicht jetzt zugestimmt hätte, hing von der Entscheidung Dänemarks und Brandenburgs ab; ein allgemeiner Waffenstillstand auch von der Entscheidung des Kaisers. Um allem Unheil vorzubeugen, schien es daher geraten, einen Separatvertrag mit Schweden abzuschließen.

Solchen Überlegungen kam der Agent Besser in Nymwegen entgegen, der »nicht ohne Spezialkommission« des schwedischen Königs die Verzeihung für alles Geschehene anbot, wenn der Bischof Frieden schloße. Der König wollte das Amt Wildeshausen und eine ansehnliche Summe Geldes »wegen der vorigen guten Nachbarschaft« opfern. Sollte das Angebot zurückgewiesen werden, so beteuerte der Agent, werde der König bis zur Rückgewinnung alles Verlorenen den Degen nicht wieder einstecken³³.

Im Grunde entsprach der Vorschlag den Vorstellungen des Bischofs. Er begab sich jedoch auf das Gebiet politischer Träumerei, wenn er die völlige Trennung des geplanten nordischen Friedens von den Verhandlungen in Nymwegen und den Ausschuß jeder Einwirkung Frankreichs oder des Kaisers forderte³⁴. Ja, er setzte seine Hoffnung darauf, daß der Pariser Nuntius den französischen König im Interesse der katholischen Religion zur Einwirkung

³⁰ Protokoll v. 4. 8. 1678: MU. 4683. Vgl. Chr. Bernh. an Zitzwitz, Ahaus 5. 8. 1678 (Übersendung des Reverses mit Beschränkung der Allianz auf Deutschland): MLA. 12, 33. Wegen eines möglichen Beitritts Herzogs Christian Ludwig von Mecklenburg fügt der Bischof hinzu: »Ersehe ich . . . , daß er desselben Offerten gleichsamb abandonniert. Obwolen nun ich dabei allerhand Diffikultäten bei gegenwärtigen Konjunkturen befinde, weilen sich dennoch dieselbe bei gegenwärtigen geschwinden Läufen leicht verändern können und uns nicht dienlich, daß dieselbe Offerten auf einmal dergestalt verworfen werden, so hat der Herr Präsident sollich bestergestalt zu redressieren« (Ebd.). Die Absage Zitzwitz' an Herzog Christian Ludwig, Kopenhagen 23./13. 7. 1678: Ebd.

³¹ Zitzwitz an Chr. Bernh., Hamburg 5. 9. 1678: MLA. 12, 33. Christian V. ratifizierte am 12. 9. 1678, Christoph Bernhard starb vorher. Sein Nachfolger Ferdinand lehnte trotz dänischem Drängen die Ratifizierung ab: Danmark-Norges Traktater VII S. 211 f.

³² Desgl., Kopenhagen 9. 8. 1678: Ebd. Vgl. den Bericht W. Heespens an Christian V., Sassenberg 19./9. 7. 1678, wonach auch der Bischof einer näheren Heranziehung der Herzöge an das dän.-münst. Bündnis zustimmte (KM., B).

^{32a} Vollmacht Zurmühlen, Ahaus 29. 8. 1678, gedruckt in Actes et mémoires S. 133.

³³ Zurmühlen an Chr. Bernh., Nymwegen 16. 8. 1678: MLA. 12, 36.

³⁴ Chr. Bernh. an Alpen, Ahaus 24. 8. 1678: Ebd.

auf Schweden veranlaßte, damit nicht nur Wildeshausen und Thedinghausen, sondern auch Verden, Ottersberg und Langwedel dem Bistum Münster zufielen. Seine Sehnsucht, im Alter der katholischen Kirche auf diese Weise einen namhaften Gewinn zu verschaffen, war unüberwindlich stark. Der Verzicht auf jede Geldentschädigung schien ihm leichter, »als obgelmelte Örter und Stift Verden wieder zu unkatholischer Händen Regierung verfallen« zu lassen³⁵. Seine politischen Phantasien erhielten ihre Krönung durch die Vorstellung, Frankreich werde, um den durch den Prinzen von Oranien dem König vier Tage nach Abschluß des Friedens vor Mons zugefügten Schimpf zu rächen, das verhaßte Haus vertreiben³⁶.

Johann von Alpen mag in Nymwegen über die seltsamen Gedankensprünge seines Herrn den Kopf geschüttelt haben. Einer deutlichen Antwort wich er aus.

Hoffnungsfroh, die Friedensverhandlungen mit Unterstützung der päpstlichen Nuntien doch noch günstig beeinflussen zu können, erkrankte der Bischof im August auf seinem Schloß in Ahaus³⁷. Die Nachricht vom franzö-

³⁵ Chr. Bernh. an Alpen, Ahaus 25. 8. 1678: Ebd. – Die schwedischen Vorschläge gingen auf einen undatierten Bericht des Präsidenten S. D. Kleihe vom Sommer 1678 über die Zustände in Bremen-Verden zurück: Danach befanden sich im Besitz des Bischofs von Münster: alle Teile links der Weser, Verden, der bremische Anteil am Amt Rotenburg, die Amtsschreiberei Langwedel, Amt Ottersberg, Gericht Achim, Kloster Zeven, die Burg, Amt Vörden, Amt Bederkesa, während die Herzöge alle übrigen Teile besetzt hielten, außer der mit Münster und Dänemark besetzten Festung Carlsburg und der gemeinsam mit Dänemark besetzten Brunshausener Schanze. Dänemark besaß die Insel Krautsand, der Kaiser die Einkünfte der geistlichen Güter in Bremen-Stadt und den 4 Goen. Auch die Stadt Bremen habe einen Anteil an der Beute angestrebt, der Bischof ihr aber, »wann sie ihm zu nahe ge-griffen, auf die Finger sehr scharf geklopft.« Jeder Teilhaber regierte in seinem Anteil, nur daß dem Bischof im Amt Bederkesa das Jus territoriale verweigert wurde. Der allgemeine Zustand der Länder sei »sehr hart, doch daß die Kondition der unter den braunschweig-lüneburgischen Herren verbliebenen weit erträglicher für denen unter den Bischof zu Münster geratenen gewesen ist.« Der Bischof habe große Arbeit an die Festung Ottersberg gewandt, ohne etwas Vernünftiges auszurichten, jetzt aber die Arbeit liegen lassen, »vermutlich aus der ihm etwas wieder entgangenen vorigen Hoffnung« (St., Germanica D X, Kleihens brief 1678–1679). – Wie aus dem Bericht Kleihens, Brechen 16. 9. 1678 a. St. hervorgeht, versuchte der Herzog von Celle nach Eintreffen der Nachricht vom Tod des Bischofs, dessen Anteil an Bremen-Verden mit Beschlag zu belegen. Die münst. Beamten wurden in Arrest genommen (Ebd.). Die Maßnahme wurde bald als Irrtum erklärt und rückgängig gemacht. Vgl. Bericht Kleihens vom 8. 10. 1678: Ebd. – Über die münst. Verwaltung in Bremen-Verden liegen 82 Aktennummern in St. BA. Des. 5^a Fach 485–491 und Des. 30 Tit. 60c (Münst. Einquartierung im Land Hadeln) und Tit. 66 (Verwaltungssachen) vor. Im Staatsarchiv Münster sind so gut wie keine Akten erhalten.

³⁶ Desgl., 30. 8. 1678: Ebd.

³⁷ Berichte über die Krankheit des Bischofs liegen von der Hand des dänischen Gesandten Heespen vor. Danach ist am 7. 8. dem Bischof eine »kleine Indisposition zugestoßen, so auf einen Anstoß von Fieber ausgeschlagen.« Am 13. 8. habe sich »der Paroxismus wieder angemeldet, jedoch der Medicorum Anzeige nach ohne alle Gefahr und Apprehension.« Am 13. 9. sei er »vom Fieber und extraordinari großer Hitze überaus stark angegriffen worden, welcher Paroxismus... unaufhörlich kontiniert und die Kräfte dergestalt mitgenommen«, daß die Unterschrift unter das nähere Bündnis mit Dänemark und die Depeschen für General v. Wedell nicht erfolgen konnten. Der Zustand wurde vom Hof »sehr sekretiert« (KM., B). – Unverkennbar neigte der Bischof unter Einfluß seiner Krankheit zu einer friedlicheren Auffassung. Wohl das erstmal in seinem Leben sprach er dem Frieden das Wort. Vgl. Bericht Heespens, Ahaus 24. 8. 1678: KM., B.

sisch-spanischen Frieden (17. September 1678) erreichte ihn nicht mehr. Am 19. September beschloß er sein rastloses, bis zum letzten Augenblick mit der Sorge um die politische Zukunft des Stifts Münster und die Ausbreitung der katholischen Kirche erfülltes Leben. Fürstliche Minister, Domkapitel, Landstände und Untertanen atmeten gleichermaßen auf. Bei zunehmendem Alter hatten sich die Neigung des Bischofs zu eigenmächtiger Entscheidung über den Kopf der Stände hinweg und die Heftigkeit seiner Gemütsart verschärft. Seit 1677 zog er kein Mitglied des Domkapitels mehr zu Gesandtschaften heran. Neben dem Vizekanzler Zurmühlen übernahm der landfremde von Zitzwitz allein den diplomatischen Dienst. Friedrich Korff-Schmising, allzu engen Einverständnisses mit dem Kaiser verdächtig, lebte seit Jahren auf Malta. Sein Bruder Matthias, Domküster zu Münster und Domdechant zu Hildesheim, hielt sich gleichfalls vom Hofe fern. Er führte die Gesandtschaft nach Paderborn an, die dem Koadjutor Ferdinand von Fürstenberg den Tod des alten Bischofs anzeigte. Selbst in der ihm vom Domkapitel mitgegebenen Instruktion klang neben der pflichtschuldigen Trauer das Bedauern an, daß »seine hochfürstliche Gnaden so weitaussehende Consilia und Kriege geführt und Confoederationes gemachet, darab aber und ihren hohen Principiis Capitulo keine Part gegeben«³⁸, in der unausgesprochenen Hoffnung, unter der Regierung des gelehrten und kunstbeflissenen Nachfolgers einer friedlicheren und den Ständen des Landes erspriesslicheren Zukunft entgegenzugehen³⁹.

³⁸ Instruktion, Münster 26. 9. 1678: MLA. 14, 19 II.

³⁹ Der französ.-münst. Friede wurde zu Nymwegen am 29. 3. 1679 unterzeichnet. Dumont VII 1 S. 399, am selben Tage auch der schwed.-münst. Friedensvertrag: Ebd. S. 401.

ORTS- UND PERSONENREGISTER

(Die Ziffern geben die Seiten an. Mit K sind die Erwähnungen gekennzeichnet, bei denen die Person nur als Korrespondent erscheint. Lebensdaten und Titel sind nach Möglichkeit auf Grund des Schrifttums und von freundlichen Angaben der Archive hinzugefügt.)

- Aachen, Reichstadt 12, 56, 193, 227, 310,
485, 490, 493-498, 503
- Reich 475
- Friede (1668) 294, 304, 313, 327
Aalst (belg. Prov. Ostflandern) 486
Aalten (niederl. Prov. Gelderland)
362, 389
Abbondanti, Antonio 1651-1652 interim.
Nuntius in Köln 60
Abele, Christoph Ignaz von (1628-1685),
Kaiserl. Geh. Hofsekretär 128, 376, 377
Abercombi s. Bampfeld
Abraham Isaak (Auerbach), Fürstl.
Münst. Hofjude in Coesfeld (1668 zum
Befehlshaber und Obervorgänger der
Juden im Stift Münster ernannt, letztmalig
1683 erwähnt) 316, 341, 350, 357,
446, 485, 486, 497
Abundii, Sekretär der Nuntiatur in
Brüssel 304
Achim (Kr. Achim), Gericht 453, 462, 525
Adami, Adam (1603-1663), Weihbischof
zu Hildesheim 12, 30, 42
Adenau (Kr. Adenau) 499, 500
Agricola, Petrus, Dominikanerprior 91
Ahaus (Kr. Ahaus) 79, 112, 129, 151, 175,
250, 300, 301, 472, 525
Ahlefeld, Friedrich Graf von (1623-1686),
Herr zu Langeland und Rixingen,
dänischer Reichskanzler 449-451, 516,
518, 519, 523
Ahlen (Kr. Beckum) 31, 370
Ahrweiler (Kr. Ahrweiler) 500
Ailly s. Chaulnes
Aitzema, Lieuwe van (1600-1669), Agent
der Hansestädte in Den Haag 109, 120,
142, 149, 154, 157, 213; K 144
Aldenhoven, Johann Christoph, Kurköln.
Hofrat 24, 130
Almelo (niederl. Prov. Overijssel) 218
Alpen, Johannes von (1630-1698), Ge-
neralvikar zu Münster, Dechant zu St.
Martini 2, 169, 203, 270, 309, 518, 523,
525; K 519-521, 524
Alstätte (Kr. Ahaus) 110
Altenahr (Kr. Ahrweiler) 499
Altenberge (Kr. Steinfurt) 168
Altenwied (Kr. Neuwied) 500
Altlünen (Kr. Lüdinghausen) 249
Amelunxen, Christoph Friedrich Ulrich
von, Herr zu Wehrden (gest. 1681),
Landdrost der Fürstabtei Corvey 169
Amerongen, Godard Adrian van Reede,
Herr zu A. (gest. 1691) 256, 278,
292-296, 306, 307, 315, 317, 336, 343,
344, 357, 372, 475
Amoncourt s. Barrillon
Amsterdam, Stadt 92, 108, 113, 143, 171,
198, 209, 256, 316, 317, 353, 403, 483
Andernach (Kr. Andernach) 499
Anethanus, Johann von (1594-1668),
Kurtrier. Kanzler 70, 93, 119, 125
Angermund, Schloß (Kr. Düsseldorf-
Mettmann) 18
Anhalt, Fürstentümer 457, 469
- -Dessau, Johann Georg Fürst zu
(1627-1693, reg. seit 1660) 362, 364
- -Zerbst, Karl Wilhelm Fürst zu
(1652-1718, reg. seit 1667) 492
Anna Amalia, Gräfin s. Bentheim
Antwerpen, Stadt 197, 198, 238, 239
Arenberg 67, 499
Arenten, J., schwedischer Obrist 461, 463,
467, 470; K 462, 465, 466
Arlington, Henry Bennet Earl of (1618
bis 1685), englischer Staatsmann 198,
238, 239
Arnauld s. Pomponne
Arnheim (niederl. Prov. Gelderland) 198,
206, 291, 337, 409, 410
Artlenburg (Kr. Lüneburg) 507
Ascheberg zu Byinck, Johann Heidenreich
von (gest. 1697), Domherr zu Münster
266
Asfeld s. Bidal
Assen, Haus (Kr. Beckum, Gem. Lippborg)
321, 378-380, 382, 383
Ath (belg. Prov. Hennegau) 491
Auerbach s. Abraham Isaak
Auersperg, Johann Weichard, Fürst zu
(1615-1677), österr. Staatsmann 90,
146, 289, 307, 313
Augsburg, Bistum 135
- Stadt 485
August(us), Herzog s. Braunschweig-
Lüneburg; Administrator s. Magdeburg
Aulendorf (Kr. Coesfeld, Gem. Billerbeck)
376
Aurich (Kr. Aurich) 176, 177, 179, 476,
493
Austria, Don Juan d' (1629-1679), 1656
bis 1659 Statthalter der Span. Nieder-
lande 122, 123
Auvergne, Graf von 207
Azzolini, Decio (1623-1689), Kardinal
270-272

- Baden-Baden**, Hermann Markgraf von (1628–1691), Reichskriegsdirektor 268, 279, 280, 422
 – -Durlach, Friedrich VI. Markgraf von (1617–1677), Kaiserl. Generalfeldmarschall 177, 182–184
Badenhausen, Regner (gest. 1695), seit 1651 hessen-kasselscher Regierungsrat 107
Bär, Johann (gest. 1665), kaiserl. Resident (seit 1641) in Bremen 35
Bamberg, Bistum; Bischof Peter Philipp von Dernbach (reg. 1672–1683, seit 1675 auch Bischof von Würzburg) 433, 448, 517
Bampfield, gen. Abercombi Sanderson, Robert, niederl. Obrist und Kommandant in Köln 335, 337
Banz (Kr. Staffelstein), Abt von, s. Bourde
Barbarossa, s. Römisches Reich, Kaiser
Barberini, Francesco (1597–1679), Kardinal 271
Bardleben, Ernst Christian von (gest. 1728), Fürstl. Ostfries. Hofmeister seit 1668, 1676–1680 Drost in Berum, dann Regierungsrat in Aurich 366
Barrillon d'Amoncourt, Marquis de Branges, Paul de, französischer Diplomat K 390
Barthe, münst. Korrespondent in Paris K 164
Basdahl (Kr. Bremervörde) 467
Basserode, Hermann von (gest. 1670), Fürstl. Münst. Hofrat seit 1662 und Gesandter in Regensburg seit 1663, Reichshofrat (1666) und kaiserl. Gesandter in Stockholm (1667–1670) 173–175, 177, 180, 208, 214, 220, 221, 224, 225, 246, 255, 305; K 179, 181, 183, 184, 187, 189–191, 195, 199, 202–204, 208, 211, 212, 215, 217–219, 222, 227, 245, 251, 254
Batz, Heinrich, Fürstl. Osnabrück., dann Kurfürstl. Mainzischer, dann Fürstl. Münst. Rat bis 1662 112, 113, 120, 127, 140, 148, 154, 235, 461; K 141, 150, 156
Baudissin, Gustav Adolf von, dänischer General der Kavallerie, Gouverneur der Herzogtümer Schleswig und Holstein 445, 448, 451, 465, 467, 476, 480, 506, 516, 519
Bayern, Kurfürstentum: Kurfürst Ferdinand Maria (1636–1679, reg. seit 1651) 105, 107, 121, 315, 387, 396, 402, 432
 – s. auch Köln, Kurfürsten
Becker, Elias, Bremen K 477
Beckum (Kr. Beckum) 370, 484
Bederkesa, Amt, auch Brexen genannt (Kr. Lehe) 455, 473, 525
Beerlage (Kr. Coesfeld), Gefecht (1636) 376
Behr s. Bär
Bellefonds, Bernardin Gigault Marquis de (1630–1694), franz. Marschall 415, 416
Bellerose, kurköln. Obrist 357
Bellingwolde (niederl. Prov. Groningen) 389, 395, 432
Bennet s. Arlington
Bentheim, Grafschaft: Graf Ernst Wilhelm (1623–1693, reg. seit 1643) 37, 278, 297–307, 314, 346, 359, 360, 413, 437, 487, 502; K 216
 – Anna Amalia Gräfin von (gest. 1668) 298, 299
 – Christoph Bernhard Graf von (1664 bis 1697) 299
 – Gertrud Gräfin von s. Zelst
 – -Steinfurt, Philipp Konrad Graf von (1627–1668, reg. seit 1643) 298–301
 – -Tecklenburg, Hans Adolf Graf von (1637–1701) K 422
 – -Tecklenburg, Moritz Graf von (1615 bis 1674) 96, 396, 419; K 422
Bentink zu Kemnade und Brockhausen, Heinrich Friedrich von, münst. Obrist 325, 359
Bentlage (Kr. Steinfurt, Gem. Rheine links der Ems) 480
Berensen, münst. Obrist 241
Berg, Herzogtum 430
Bergeshövede (Kr. Tecklenburg, Gem. Riesenbeck) 45
Berlin, kurfürstl. Hof 203, 208, 221, 364, s. auch Brandenburg, Kurfürstentum
Bernd, Hans, münst. Hauptmann 359
Bertram, Constantin (1686 Freiherr) von, kurmainz. Geh. Rat, seit 1670 Kanzler 279, 290, 291; K 183, 188
Berum (Kr. Norden) 175, 176
Besser, Johann (gest. 1679), Kgl. Schwedischer Etatsrat und Landrichter 432, 465, 524
Beuningen, Coenraad van (1622–1693), Advokat des Rates von Amsterdam, niederl. Gesandter 206, 213, 225, 281
Beverförde, Engelbert von (gest. 1690), Domherr zu Münster 262, 264, 267
Bevergern (Kr. Tecklenburg), fürstl. münst. Amtshaus 15, 44–46, 48, 96, 97, 134, 138, 139
Beverningk, Hieronymus van (1614 bis 1690), Deputierter von Westfriesland, niederl. Gesandter 225, 226, 230–235, 238, 393, 399, 416, 523
Beyer, Johann de (um 1630 bis nach 1693), Kleve-märkischer Regierungsrat und Hofgerichtsdirektor, kurbrandenburg. Gesandter 281
Bidal Baron d'Asfeld, Pierre (gest. 1690), franz. Resident in Hamburg 467–471
Bielefeld, Stadt 331 ff., 342, 343, 350, 381, 391, 395, 430

- Biljoen, Schloß bei Velp (niederl. Prov. Gelderland) 363
- Billerbeck (Kr. Coesfeld) 8
- Cornelius, münst. Obristwachtmeister 500
- Bischoping, Heinrich, Dr. 54; K 59
- Bispinck (Bisping), Johann Caspar (gest. 1675), Fürstl. Münst. Rat, Syndikus der Stadt Münster und Richter zu Sendenhorst 50, 51, 90, 106, 115, 118, 119, 133–135, 167, 211, 289, 298; K 107, 117
- Moritz, Domkapitelssekretär 377
- Björnklo, Matthias (gest. 1671), Kgl. Schwed. Regimentsrat im Hzgtm. Bremen, schwed. Gesandter 129, 161, 344
- Blankenese (bei Hamburg) 515
- Blaspeil, Werner Wilhelm (um 1615–1681), kleve-märkischer Regierungs- und Amtskammerrat, dann kurbrandenburg. Geh. Rat 189, 191–193, 202, 203, 215, 221, 223, 226, 231, 235, 236, 249, 274, 277, 281, 286, 331, 334, 338–340, 351, 355, 438–447, 510, 520; K 350
- Block, Jakob Heinrich, calenberg. Konsistorial- und Hofgerichtsassessor, dann Hof- und Kanzleirat 505
- Blokzijl (niederl. Prov. Overijssel) 367, 389
- Blum, Heinrich Julius Freiherr von, kurmainzischer Oberamtmann im Eichsfeld, Kgl. Böhmischer Appellationsrat, kaiserl. Gesandter 281
- Blumenthal, Christoph Caspar von (gest. 1689), Kurbrandenburg. Geh. Rat 53, 226, 288; K 58
- Bocholt, Stadt 93, 220, 358
- Minoriten zu 362, 363
- fürstbischöfl. münst. Amt 410, 496
- Bocholtz, Ferdinand von (gest. 1669), Vizedominus zu Münster 10, 265, 267, 272, 308
- Bock s. Buck
- Böckenförde gen. Schüngel zu Echthausen, Ernst Leopold von, Bewerber beim Domkapitel zu Münster (1667), später Domherr in Hildesheim 265
- Hermann Theodor von, wie vor 265, 266
- Böninghausen, Ferdinand Lothar von (1634–1686), münst., dann Kurköln. Obrist 499
- Boertange s. Bourtange
- Boichorst, Albert, Syndikus des Domkapitels in Münster 5–8, 33, 59, 60, 97, 143, 169, 261, 352; K 87, 114
- Boineburg, Johann Christian Freiherr von (1622–1672), kurmainz. Geh. Rat und Obermarschall 105–107, 115, 119, 124, 126, 130, 132, 161
- Bonde, Karl Freiherr von, Kgl. Schwed. Reichsrat, Präsident des Rates zu Dorpat, Gesandter in Paris 463; K 427, 462, 466, 470
- Bonn, Kurfürstl. Köln. Hof 1, 17, 24, 25, 32, 68, 69, 142, 144, 180, 195, 346 (franz.-kurköln. Bündnis 1672), 399, 401 (Eroberung der Stadt), 421, s. auch Köln, Kurfürstentum
- Borch zu Holzhausen, Franz Otto von der (1631–1685), Fürstl. Paderborner Rat, Landdrost zu Dringenberg 169
- Borculo s. Borkelo
- Borkelo (niederl. Prov. Gelderland), Herrschaft und Burg 33, 35, 48, 57, 58, 97, 139, 162–166, 169, 171, 174, 178, 182, 189, 193, 204, 209, 212, 218, 226–236, 240, 244, 249, 256, 294, 296, 316, 317, 333, 336, 361–363, 369, 389, 393, 398, 409, 411, 416, 417, 421, 425, 432, 438, 440, 441, 452
- Borken (Kr. Borken) 17
- Adolf (gest. 1670), Prior zu Werden, seit 1667 Abt daselbst 226
- Borssum, Burg bei Emden 493, 502
- Bouilleau, Sekretär des franz. Gesandten de Thou 164
- Bourde, Otto de la (1630–1708), Abt von Banz (seit 1664) und Kaiserl. Rat, 1696 Bischof von Gurk 456
- Bourgogne, franz. Regiment 367
- Bournonville, Alexander Herzog von (gest. 1693), Kaiserl. Geh. Kriegsrat und Generalfeldmarschall 202, 372–378, 387, 405, 413, 415, 420, 425
- Bourtange (niederl. Prov. Groningen), Festung 209, 210, 212, 366, 388, 389, 395
- r Moor 220, 366
- Brabant 19, 109, 277, 278, 281 (Brabanter Goldene Bulle), 353, 389, 486, 493–495, 510, 521, s. auch Niederlande, Spanische Brabeck, Jobst Edmund von (1619–1702), Domherr zu Münster, dann Domküster (1651), Domdechant (1655–1674), dann kurköln. Statthalter zu Hildesheim und seit 1688 Bischof zu Hildesheim 17, 33, 48, 50, 59–61, 66, 72, 73, 87, 134, 142, 143, 148–151, 160, 169–173, 179, 197, 203–205, 208, 218, 228, 258–272, 308 bis 314, 321, 324, 351
- Johann Ernst von (gest. 1690), Domherr zu Münster 308
- münst. Obrist 202
- Bracamonte s. Peñaranda
- Brahm, Amt im fürstbischöfl. münst. Amt Ahaus, Freie auf dem 249
- Brandenburg, Kurfürstentum: Kurfürst Friedrich Wilhelm (1620–1688, reg. seit 1640) 14, 17–26, 39–41, 47, 50–58, 64 bis 77, 96, 98, 101–106, 115–118, 121 bis 145, 151, 152, 181–183, 186–198,

- 203, 208, 209, 212, 215-238, 241, 245
bis 250, 254, 260, 270, 273-322,
325-335, 338-358, 362-387, 396, 407,
411-415, 420, 423-430, 433-435,
438-458, 461-466, 469-473, 477, 480
bis 492, 504-507, 510-519, 522, 524
- Christian Ludwig Prinz von (1677 bis
1734) 484
 - Mark 441, 442, 505
 - Bayreuth, Christian Ernst Markgraf
von (1644-1712, reg. seit 1655) 349
- Brandt, Christoph von (1630-1691),
Kurfürstl. Brandenburg. Geh. Rat,
Kanzler der neumärkischen Regierung
zu Küstrin 508
- Brasser, Theodor, niederl. Rittmeister und
Gesandter 325
- Braunschweig, Stadt 102, 209, 332
- er Bündnis von 1667 280, 283, 285, 290
 - er Bündnis von 1672 349, 364, 385
 - Lüneburg, herzogliches Haus 16, 29,
37-44, 50, 54, 65-75, 83, 96, 101, 105,
106, 116, 129, 130, 136, 147, 153, 156,
169-172, 187, 193, 194, 200, 203, 208,
209, 216-238, 245-247, 250-256, 260,
261, 280, 286-295, 304, 305, 315-332,
337, 343, 344, 347-352, 355, 364, 367,
411-415, 424, 429, 437-443, 446-483,
488, 494-496, 504-509, 514-518, 522,
525
 - Lüneburg-Calenberg (Hannover):
Herzog Johann Friedrich (1625-1679,
reg. seit 1665 in Hannover) 199, 200,
221, 254, 278, 279, 290, 292, 313-330,
333, 334, 338, 345, 367, 368, 382-387,
396, 401, 407, 409, 423, 424, 430-469,
473, 474, 479, 487, 491, 514
 - Lüneburg-Celle: Herzog Christian
Ludwig (1622-1665, reg. seit 1648 in
Celle) 43, 50, 65, 66
 - Lüneburg-Celle: Herzog Georg Wil-
helm (1624-1705, reg. seit 1648 in
Hannover, sei 1665 in Celle) 187, 199,
200, 209, 216, 221, 247, 249, 286, 293,
317-319, 323-326, 329, 332, 338, 349,
357, 364, 411, 420, 436, 443, 444, 450
bis 454, 457, 458, 461-465, 468, 473 bis
475, 490-493, 500, 505, 516, 523-525
 - Lüneburg-Wolfenbüttel: Herzog
Augustus (1579-1666, reg. seit 1635)
18, 19, 40-43, 72, 200, 215, 221, 225,
317
 - Lüneburg-Wolfenbüttel: Herzog
Rudolf August (1627-1704, reg. seit
1666) 323-328, 364, 411, 436, 450-454,
474, 475, 523
 - Lüneburg: Herzog Ernst August s.
Osnabrück, Fürstbistum
- Breda (niederl. Prov. Nordbrabant),
Friede von 1667 285, 289
- Bredevoort (niederl. Prov. Gelderland),
Herrschaft 386, 389, 395, 398, 399, 409,
432
- Festung 362, 363, 380
- Breidbach zu Bürrsheim, Elisabeth von
(1623-1679) 260
- Breisach (Reg. Bez. Freiburg), Festung
486
- Brembsche Dörfer in der Eifel 499
- Bremen, Reichsstadt 35, 62, 65, 78, 79,
108, 152, 207, 216, 221, 245-252, 422,
423, 455, 459, 462, 464, 475, 479, 481,
487, 492, 507, 525
- Konferenz von 1675 461-465, 471, 473,
477-481, 484, 504
 - Herzogtum 37, 65, 113, 134, 143, 151,
429, 432, 437-471, 475 ff., 504-506,
514-518
- Bremervörde (Kr. Bremervörde) 453, 454,
467, 468, 470, 473, 475, 525
- Bretel s. Grémonville
- Brexen, Amt s. Bederkesa
- Brienne, Henri Auguste Loménie de
(1594-1666), franz. Staatssekretär
K 150
- Brilon (Kr. Brilon) 415
- Brockhausen, Simon Anton Erp von (1611
bis 1682), Ratsherr (seit 1650) zu
Bremen, seit 1667 Bürgermeister 66
- Jakob, münst. Kriegskommissar K 426
- Bronckhorst, Jobst Graf von (gest. 1553)
97, 163
- s. auch Gronsfeld
- Bruchhausen, Heinrich (gest. 1688), Fürstl.
Münst. Geh. Sekretär 33, 48, 177, 353;
K 281, 283, 296, 306, 307, 315, 317,
347, 361, 362, 375, 381, 399, 400, 405,
413, 414, 434, 438, 471, 473
- Brügge, Stadt 486
- Bühl (Landkr. Köln), kurköln. Schloß
19, 68, 345
- Brünen (Kr. Rees) 249
- Brüssel, Stadt 57, 141, 145, 146, 197, 206,
219, 228, 233, 238, 304, 478, 482, 483
(span.-münst. Vertrag 1677), 486, 489,
490, 496, s. auch Niederlande, Spanische
- Brunshausen (Kr. Stade), Schanze zu 525
- Bruyninx, Gerard Hamel, Herr van
Nieuwenrode (vor 1634-1692), niederl.
Gesandte 317, 318
- Buchner, Johann Christoph, Kgl. Schwed.
Staatssekretär 429, 432
- Buchholz (Buchholtz), Caspar (gest. 1686),
Richter zu Vechta 451
- Johann Heinrich, 1674-1684 Rent-
meister zu Vechta K 422
- Buck (Bock), Johann, Lizentiat in Münster
93
- Budde, Christopher, Bürgermeister zu
Emden 366
- Büdingen s. Isenburg

- Bünichmann, Heinrich Adolf, seit 1672
Fürstl. Münst. Rat 89; K 492
- Büren (Kr. Büren) 216
– zu Davensberg, Familie 17
– Johann Wilhelm von (gest. 1680),
Domdechant zu Speyer 117
- Bütgenbach (bei Malmedy), Schloß der
Familie von Rolshausen 497
- Bützow (Mecklenburg), Festung 514, 515
- Buonvisi, Francesco (1629–1700), 1670
bis 1672 Nuntius in Köln, 1675–1689 in
Wien, Kardinal und Erzbischof von
Saloniki 327, 344, 353
- Burg (bei Bremen) 65–67, 454, 470, 481,
525
- Burgdamm (Kr. Blumenthal), Zoll 473
- Burgdorf (Kr. Burgdorf) 325, 460, 462
- Burgsteinfurt (Kr. Steinfurt) 112, 301
- Burgund, Herzogtum 424, 425, s. auch
Franche-Comté
- Burgundischer Reichskreis 184, 194, 196,
287–289
- Buschmann, Peter, Herr zu Königshoven
und Heimersheim, kurköln. Geh. Rat
und Kanzler (1636–1672) 13, 25, 75,
231, 235; K 40, 243
- Buxtehude (Kr. Buxtehude) 453, 454, 515
- Calcum** s. Kalkum
- Calenberg, Haus 37, s. auch Braunschweig-
Lüneburg
- Cambrai (franz. Departement Nord),
Bistum 281
– Schlacht (1657) 117
- Capliers, Caspar Zdenko Graf von,
Freiherr von Sullwitz (gest. 1686),
oberöstr. Geh. Rat und kaiserl.
Oberstfeldzeugmeister K 428
- Cappenberg (Kr. Lüdinghausen), Prämon-
stratenserklöster 31, 377, 382–384
- Caprara, Albert Graf von (1627–1691),
kaiserl. Gesandter in Brüssel 495
- Caraffa, Carlo (1611–1680), Kardinal
und Bischof von Aversa, 1658–1664
Nuntius in Wien 271
- Carlingford, Theobald Taaffe Herzog
von (1609–1674), engl. Gesandter 211,
224, 228
- Carlsburg (Carlstadt), von den Schweden
1673 an der Unterweser angelegte Stadt
und Festung, 1683 demoliert 450, 453,
460, 462, 470, 473, 481, 525
- Carlstadt s. Carlsburg
- Carp, münst. Obrist 223
- Carretto s. Grana
- Caspars, Johann Dietrich (gest. 1680),
pfalz-neuburg. Hofrat, jülich-berg.
Hofgerichtsdirektor 66, 67, 72, 73, 276
- Castellar s. Malagon
- Castel-Rodrigo, Francisco de Moura y
Cortereal, Marques de (gest. 1675),
Generalgouverneur der Span. Nieder-
lande (1664–1668), Kgl. Span. Staats-
rat, Präsident des Obersten Rats von
Flandern 202, 210, 214, 216, 224, 228,
230, 240, 241, 270, 279, 304
- Cateaux, franz. Brigadegeneral 370
- Celle, Haus 37, 57, 65, 318, s. auch
Braunschweig-Lüneburg
– Stadt 199
- Champagne, Herzogtum 410
- Charleroi (belg. Prov. Hennegau), Festung
379, 491
- Chaulnes, Charles d'Ailly, Duc de (1625
bis 1698), franz. Diplomat 401; K 390
- Chauvet, Jeremias (gest. 1696), cellischer
General 467, 474, 496
- Chigi, Fabio (1599–1667), 1639–1651
Nuntius in Köln, Kardinal und Bischof
von Nardo, seit 1655 Papst Alexander
VII. 11, 31, 59, 62, 87, s. auch Rom,
Päpste
- Christian Albrecht, Herzog s. Holstein-
Gottorp
- Christian Ernst, Markgraf, s. Branden-
burg-Bayreuth
- Christian Ludwig, Herzog, s. Mecklen-
burg-Schwerin
- Christian Ludwig, Prinz, s. Brandenburg
- Christian Ludwig, Herzog s. Braun-
schweig-Lüneburg
- Christine, Königin, s. Schweden
- Christoph Bernhard, Graf, s. Bentheim
- Clarendon, Edward Hyde Earl of (1609
bis 1674), engl. Kanzler 198
- Clermont, Graf von, span. Gesandter 513
- Cleuter, münst. Obrist 223
- Cloppenburg (Kr. Cloppenburg), Stadt
449, 451, 465
– fürstl. münst. Amt 28, 51
- Coesfeld (Kr. Coesfeld), Stadt, Festung
und fürstl. münst. Residenz 15–20, 31,
48, 69, 72, 73, 79, 91–93, 113, 120, 121,
128, 129, 132, 142, 143, 155, 159, 160,
167, 191, 202, 203, 217, 233, 236, 290
bis 296, 299–302, 315, 316, 351–355,
359, 360, 404, 405, 408, 410, 415, 417,
421–424, 441, 463, 472, 485, 519,
s. auch St. Ludgersburg
– Kloster Marienbrink 31
- Coeverden tot Hoevelaar, Jakob van,
niederl. Gesandter 359, 360
- Coevorden (Prov. Drente), Festung 297,
365, 371, 374, 383–388, 391, 392, 397,
406
- Colbert, Jean Baptiste (1619–1683),
franz. Minister 254, 294, 391, 521
– Marquis de Croissi, Charles (1628 bis
1696), franz. Staatsrat und Gesandter
222, 225, 226, 231–236, 240
- Coligny, Comte de Saligny, Jean de
(1617–1686), Kommandeur der franz.
Truppen im Türkenkrieg 1664 182

- Condé (franz. Departement Nord),
Festung 99
– Louis de Bourbon, Duc d'Enghien,
Prince de (1621–1686), franz. Marschall
11, 64, 98, 100, 141, 166, 191, 345, 388,
392; K 326
- Conring, Hermann (1606–1681), Professor
in Helmstedt, braunschweig-lüneb. Geh.
Rat 462
- Copes, Willem, niederl. Obristleutnant
250–252, 256
- Corborini, münst. Obrist 497, 498
- Cornelimünster (Landkr. Aachen),
Fürstabtei 358
- Corvey (Kr. Höxter), Fürstabtei 42, 43,
83, 169, 170, 188, 189, 209, 234, 248,
250, 281, 317, 318, 323, 325, 372, 437
- Courtin, Antoine de (1622–1685), franz.
Diplomat 254, 391, 398, 399, 401; K 390
- Crane, Johann (1600–1672), Reichshofrat
107, 175; K 24
- Cratz, Johann Wilhelm, münst. Obrist
98, 100
– Major 358
- Créqui, François Duc de (1624–1687),
franz. Marschall 446, 520
- Crévant s. Humières
- Crockow, Lorenz Georg von (1638–1702),
kurbrandenburg. Hofrat, Kanzler von
Hinterpommern und Kammin 381, 424;
K 426
- Cromwell, Oliver (1599–1658), Protektor
der Vereinigten Republik England,
Schottland und Irland 101
- Cueva s. Malagon
- Cunaeus, Pieter, niederl. Kommissar 325,
326, 472
- Dänemark, Königreich: König Friedrich
III. (1609–1670, reg. seit 1648),
Christian V. (1646–1699, reg. seit 1670)
35, 118, 134, 149, 187, 195, 196, 207,
222, 234, 236, 250, 256, 294, 349, 364,
385, 411, 413, 436–492, 500, 504–510,
514–525
– Ulrike Eleonore Prinzessin von (1656
bis 1697) 446
- Damian Hartard, Erzbischof s. Mainz
- Darfeld (Kr. Coesfeld), Haus 144
- Darmstadt s. Hessen-Darmstadt
- Dau(r)er, H. G. von, münst. Obrist 498,
499
- Dauval, Adjutant des Marschalls Belle-
fonds 415
- Deitermann, münst. Ratsherr 95
- Delden (niederl. Prov. Overijssel) 301
- Delmenhorst (Kr. Delmenhorst), dän.-
münst. Vertrag 1677 484, 485, 488,
505–508
– Grafschaft 33, 195, 197, 234, 251, 445,
468
- Den Haag s. 's Gravenhage
- Derfflinger, Georg, Reichsfreiherr von
(1606–1695), kurbrandenburg. General-
feldmarschall 434
- Dernbach, Peter Philipp von s. Bamberg,
Bischof
- Desminières, Jean Baptiste, franz.
Diplomat 141
- Detten, Gerhard, Notar (immatrikuliert
1646) in Münster 268
- Deutscher Orden, Deutschmeister 448,
s. auch Österreich, Leopold Wilhelm
Erzherzog von
- Deventer (Prov. Overijssel), Stadt und
Festung 142, 291, 362, 363, 391, 393,
408, 410
- Diedenhofen (franz. Departement
Moselle) 510
- Dieler Schanze (Kr. Leer) 176–179, 182,
187, 193, 206, 207, 218, 220, 316, 359,
366, 369, 480
- Dierdorf (Kr. Neuwied) 499
- Diepenheim (niederl. Prov. Overijssel)
389
- Diepholz, Grafschaft 199
- Diest (belg. Prov. Brabant) 490, 495
- Dietrich Adolf, Bischof s. Paderborn,
Bischöfe
- Dietrich von Landsee s. Landsee
- Dilherr, Johann Michael (1604–1669),
protestantischer Theologe in Nürnberg
61
- Dillenburg, Grafschaft 499
- Dinklage (Kr. Vechta) 262
- Dinxperlo (niederl. Prov. Gelderland)
362, 389
- Dömitz (Mecklenburg), Festung 508, 514,
515
- Doesburg (niederl. Prov. Gelderland),
Stadt 206, 391
- Doetinchem (niederl. Prov. Gelderland),
Stadt 218, 359
- Dolberg, Lutz, Protokollist der münst.
Gesandtschaft in Regensburg 290;
K 281, 283, 296, 306, 307, 317, 347,
374, 375, 399, 400, 405, 413, 414, 420,
424, 434, 438, 471
- Doneux, Dionysius, münst. Agent in Rom
12, 29, 30
- Dorsten (Kr. Recklinghausen), kurköln.
Festung 75, 84, 192–196 (Konferenz
1665), 203, 208, 215, 248, 249, 268,
273–274 (Konferenz 1666), 321, 341,
342, 350, 354, 357–360, 400–403, 511
(Konferenz 1678)
- Dortmund, Reichsstadt 193, 233, 276, 457
- Douffet, Constantin, kurköln. Resident in
Paris 406
- Dover (engl. Grafschaft Kent), Vertrag
von 1670 315
- Drachter, Nikolaus (1600–1664), Fürstl.
Münst. Rat, dann Syndikus der Stadt
Münster 72, 73, 93–95, 109–113, 120,

- 140, 141, 144, 148, 155 (Ehefrau Christine Rottendorf), 161
 Drensteinfurt (Kr. Lüdinghausen) 9
 Drente, niederl. Prov. 209, 297, 389
 Dringenberg (Kr. Paderborn) 85
 Droste, Everwin, Lizentiat 143
 – zu Vischering, Goswin Freiherr (gest. 1680), Dombursar 248, 249, 262, 362, 389, 390
 – zu Vischering, Gottfried Freiherr (gest. 1652), Senior des Domkapitels zu Münster 4
 Dücker, Wilhelm Lothar Bernhard, Paderborner Agent in Nimwegen, Bfl. Straßburger Rat 512; K 371, 432, 435
 Dülmen (Kr. Coesfeld), Stadt 113, 141
 – fürstl. münst. Amt 156, 169
 Düren (Kr. Düren) 521
 Düssel, Thomas, kurköln. Rat K 17–19
 Düsseldorf, herzogl. Residenz 68, 70, 74, 142, 144, 166, 194, 195, s. auch Pfalz-Neuburg
 – s. Sterneberg gen. Düsseldorf
 Dufresne, Leonard de Mousseaux, Sieur 254; K 164
 Dumoulin, Jacques, franz. Diplomat 225
 Du Pré, Etienne Jachiet, Sieur, franz. Diplomat 401
 Durbuy a. d. Ourthe (belg. Prov. Luxemburg) 495, 497
 Duroc, Herzog 370
 Duve, Johann (1611–1679), Bankier in Hannover und Antwerpen 239, 240
- E**
 Ebersdorf (bei Wien) 186
 Eck tot Medeler, Henrik van, geldr. Gesandter in Essen 57, 58
 Ede, E. van, Sekretär van Ecks 58
 Eger (Böhmen) 188, 365
 Eichsfeld 313, 314, 450
 Eichstätt, Bistum 433
 Eickrodt, Tegederhof bei Billerbeck (Kr. Coesfeld) 376
 Eifel 14, 475, 483, 487, 495–500
 Eitzen, Joachim von, 2. Syndikus der Stadt Münster 143, 148
 Elbing (Ostpr.) 187
 Elburg (niederl. Prov. Gelderland) 362, 363
 Eller zu Laubach, Wolf Ernst von (1610 bis 1680), kurbrandenburg. Generalwachmeister, Gouverneur zu Minden 226, 318, 370, 451, 453, 457, 484
 Elsaß 165, 401, 426–429
 Eltz, Hugo Emmerich von (1643–1698), trierischer Chorbischof 70
 – münst. Obrist 497–499
 Elverfeld, von, münst. Obrist 176, 178, 179, 201, 220, 490, 497–499
 Emden, Stadt 142, 176, 366, 492–494, 502, 504, 509, 510
- Emmenhuizen tot Eppen, Philipp Jakob van, niederl. Obrist 426, 427, 437, 443
 Emmerich (Kr. Rees), Stadt 215, 359
 – Jesuiten zu 19
 Emsland, Ritterschaft 49, 120
 Enger (Kr. Herford) 382
 Enghien, Herzog von s. Condé
 England, Commonwealth 1649–1660
 s. Cromwell; Königreich seit 1660:
 König Karl II. (1630–1685, reg. seit 1660) 97, 98, 145, 152, 156, 188–198, 202–233, 237–242, 254, 279, 285, 289, 292, 315, 320, 322, 326, 329, 333, 348, 353, 356, 363, 364, 367, 389–392, 406, 410–412, 418, 482, 507, 516, 521–523
 Ennetières s. Mottes
 Enniger (Kr. Beckum) 170
 Enschaten, Eugenius d', münst. Obrist 496
 Enschede (niederl. Prov. Overijssel) 218
 Eppen s. Emmenhuizen
 Erfurt, Stadt 184–188, 225, 247, 255, 437
 Ermelinghof (Kr. Lüdinghausen), Haus 28
 Ernst s. Köln, Kurfürsten; Hessen –
 Rheinfels - Rotenburg, Landgrafschaft
 Ernst August, Herzog s. Braunschweig-Lüneburg
 Ernst Wilhelm, Graf s. Bentheim
 Esch, münst. Obrist 497–499
 Eschershausen (Kr. Uslar) 250, 251
 Esens (Kr. Wittmund) 176
 Esperen, Graf von 240
 Essen, Fürstabtei 83, 437, 457
 – Niederrheinisch-westfälischer Kreistag 54 ff., 64, 71–74, 273, 284
 Esterwegen (Kr. Hümmling) 316
 Estrades, Godefroy Comte d' (1607–1686), franz. Diplomat, Marshall 164, 165, 179, 204, 207, 210, 215, 217, 219, 225, 230, 280, 367; K 198, 203, 206, 209, 213, 214, 220, 221, 223, 233, 235, 288
 Esztergom s. Gran
 Eugen, Prinz, s. Savoyen
- F**
 Fabri, Egmund von, kaiserl. Obrist 146, 151
 Fagel, Kaspar (1629–1688), niederl. Rat-pensionär 375, 419, 438, 440, 441, 444 bis 447, 452, 453, 471, 482
 Favoritus(-ti), Agostino (gest. 1682), päpstl. Geheimsekretär 271; K 259
 Fehrbellin (Kr. Osthavelland), Schlacht 1675 442, 446
 Felde, von den, s. Tenfelde
 Ferdinand II. und III., s. Römisches Reich, Kaiser
 – s. Köln, Kurfürsten; Paderborn, Bischöfe
 Fewen, Leonhard (gest. 1681), Bürgermeister von Emden 366
 Finger, münst. Leibgardekornett 18, 62, 63

- Fioramonti, span. Geschäftsträger in Den Haag 468
- Fischer, Johann, Reichshofrat (seit 1674), vorderösterreichischer Regimentsrat 412, 428–432, 435–438, 452, 457–459, 463, 475; K 420
- Fissnack, Johann Franz von, münst. Obristleutnant, Unterkommandant in Coesfeld 378
- Flandern 207, 210–212, 218, 228, 277, 343, 353, 389, 472, 490
- Flodorff, Adrian Friedrich Wilhelm Graf von 44, 109, 113, 120, 121, 132, 143, 144, 149; 150
- Floramonti, Francesco, Fürstl. Calenberg-Kammerjunker 469, 471
- Florenz, Stadt 30
- Floris, münst. Obrist 499
- Flöß (Oberpfalz), Herrschaft 51
- Fontainebleau (franz. Departement Seine-et-Marne) 251
- Fränkischer Reichskreis 21, 49, 50, 483
- Franche-Comté 285, 288, 289, s. auch Burgund
- Franchimont (belg. Prov. Namur) 495, 497
- Franciotti, Agostino (gest. 1670), Kardinal. 1666–1670 Nuntius in Köln, Erzbischof von Trapezunt seit 1668 309–311
- Franckenstein zu Ockstadt, von 201
- Frankenstein, münst. Obrist 497, 498
- Frankenthal (Pfalz) 21–25, 43, 46, 49, 50, 53
- Frankfurt, Reichsstadt 48, 256, 345, 499 bis 503
- Reichsdeputation 117, 121, 133, 164; K 148
- Konferenz der westl. Reichskreise 1651 21–24
- Konferenz 1655 82, 85
- Konferenz 1657 116 ff., 144, 146, 152, 153, 166
- Frankreich, Königreich: Ludwig XIV. (1638–1715, reg. seit 1643 unter Vormundschaft, seit 1661 selbständig) 3, 14, 19–22, 44, 71, 84, 99, 101, 106, 107, 116–118, 123–136, 141–147, 150–153, 156, 158, 162–174, 177, 180–236, 240 bis 256, 263–296, 304–308, 312–526
- Franz Wilhelm, Bischof s. Osnabrück
- Freiburg i. Br. 499
- Frentz, Franz Freiherr von und zu, Hildesheimer Hof- und Kammerrat, Domherr und Hofrichter 487
- Johann Adolf Heinrich Freiherr von (gest. 1669), Domherr zu Münster 267, 308, 312
- Johann Dietrich Freiherr von 308
- Frick, Bernhard (1600–1655), Bischof von Cardica, Weihbischof zu Paderborn 15
- Friedberg (Hessen), Stadt 499
- Friedrich I. Barbarossa s. Römisches Reich
- Markgraf s. Baden-Durlach
- Friedrich Wilhelm, Kurfürst s. Brandenburg
- Friesenhagen, Rentmeister des Fürststabs zu Cornelimünster 25
- Friesland, niederl. Prov. 142, 143, 172, 178, 297, 361–367, 375, 383–388, 400, 472
- Friquet, Johann, kaiserl. Resident in Den Haag (1658–1668) 142, 143, 149, 156–161, 171, 178, 179, 211, 212, 217 bis 219, 226–228, 235, 286
- Fritzlar (Hessen), Stadt 81
- Frydag zu Gödens, Harro Burchard Freiherr von (gest. 1692), ostfries. Geh. Rat, dann Kanzlei- und Kammerdirektor 459, 480
- Fuente s. Teves
- Fürstenberg, Franz Egon Graf von (1626 bis 1682), kurköln. Minister, seit 1663 Bischof zu Straßburg, Dompropst zu Hildesheim 13, 25, 70, 75, 76, 124, 134, 145–147, 150, 161, 171, 188–197, 200, 201, 220, 243, 247–256, 263–271, 275, 279, 294, 310, 318–325, 328, 329, 334, 335, 341–350, 355–364, 367, 373, 378, 381–384, 388, 391, 396, 398–401, 405 bis 411, 414, 416, 513; K 180, 182, 183, 185, 202, 211, 235, 276, 309, 370, 376, 413
- Wilhelm Egon Graf von (1629–1704), kurköln. Minister, seit 1682 Bischof von Straßburg, 1686 Kardinal, 1688 Koadjutor in Köln 130, 211–215, 219 bis 222, 225, 229–235, 251, 254–257, 268, 314–317, 321, 322, 325–337, 342 bis 346, 350–352, 360–363, 369, 370, 375, 378–384, 388, 391, 395, 396, 402, 406–411; K 193, 240
- Fürstenberg, Ferdinand Freiherr von s. Paderborn, Bischöfe
- Franz Wilhelm Freiherr von (1628 bis 1688), Landkomtur des Deutschen Ordens 260, 262
- Friedrich Freiherr von, Herr zu Bilstein (1618–1662), Drost zu Fredeburg 2, 260
- Johann Adolf Freiherr von (1631 bis 1704), Dompropst zu Paderborn, Domherr zu Münster 201, 203, 235, 260, 262, 264
- Kaspar Dietrich Freiherr von (1615 bis 1675), Domherr zu Mainz und Speyer 260
- Maria Katharina Freiin von (1611 bis 1679) 260
- Odilia Freiin von 260
- Wilhelm Freiherr von (1623–1699), Domherr zu Münster und Trier, seit 1665 Dompropst zu Münster, seit 1675 Domdechant zu Salzburg, Fürstl. Münst. Geh. Rat, Päpstl. Kämmerer 5, 22, 24,

- 40, 44, 48, 49, 63, 66, 68–71, 74–78, 84, 85, 88–92, 98, 99, 107, 112, 113, 125, 126, 140, 148, 153, 158, 162, 165, 224, 243, 258–264, 271, 308, 310, 317, 384; K 101, 141, 146, 147, 154, 240, 242, 306, 311, 332
 Fulda, Fürstabtei 450, 475, 479, 500, 501
- Galen**, Familie von 28, 363, 399, 404, 408, 412, 473, 481, 508, 516
 – Dietrich von, Herr zu Bisping und Romberg (geb. um 1570), Erbmarschall von Kurland und Semgallen 109
 – Dietrich Ludolf von, zu Ermelinghof (1644–1694), münst. Kapitän 170, 324, 330, 350, 357, 379; K 361, 380, 388
 – Franz Wilhelm von 170
 – Heinrich von (1610–1694), Bruder Christoph Bernhards 170, 201, 261, 262, 309, 425, 455
 – Hermann von (gest. 1674), Domherr zu Münster 362
- Gamarra y Contreras, Estéban de**, Generalfeldmarschall, Kastellan zu Gent, span. Gesandter in Den Haag 214
- Gans gen. Ränckener** von Birkenhorn, Georg Melchior, kurköln. und bayrischer Rat, Resident in Regensburg 89
- Gargant**, Korrespondent in Nimwegen K 467
- Geist**, Haus bei Münster 111, 112, 118, 119, 152, 161
- Geistmann**, Heinrich (gest. 1669), Stabträger des Domkapitels 311
- Gelderland**, niederl. Prov. 97, 163, 171, 209, 293
- Geldern**, Herzogtum 241, 490, 493–496, 520, 521
- Gellecom**, geldr. Deputierter 286
- Gelnhausen**, Reichsstadt 499
- Gemen** (Kr. Borken), Herrschaft 249, 273 bis 277, 281–284, 303, 322, 386
- Genappe** (belg. Prov. Brabant) 491
- Gennep** (niederl. Prov. Limburg) 206, 208, 226
- Gent**, Stadt 486
- Georg**, Landgraf s. Hessen-Darmstadt
- Georg Wilhelm**, Herzog s. Braunschweig-Lüneburg
- Gerolstein** (Kr. Daun), Schloß 497, 499
- Gerstorff**, Friedrich von (ca. 1650–1691), dänischer Kammerjunker und Gesandter 441, 443
- Gigault** s. Bellefonds
- Gimborn-Neustadt** (Oberberg. Kr.), Herrschaft 122, 285, 457
- Ginetti**, Martio (1585–1671), Kardinal 61
- Gise**, Franz von (gest. 1675), pfalz-neuburg. Oberkanzler und Kammerpräsident 129, 130, 140, 145, 150, 151, 163, 191, 196, 235, 331, 339
- Gladebeck**, Bodo von (1620–1681), cellischer Geh. Kammerrat, dann kurbrandenburg. Geh. Rat und Generalkriegskommissar 136, 484
- Glandorp**, Rudolf Itel, kurbrandenb. Kammerrat, Gograf zu Ravensberg 484
- Gleichen** s. Hatzfeld
- Gloxin**, David (1597–1671), Syndikus der Stadt Lübeck (1642–1666), dann Bürgermeister 93, 108
- Glunder**, Matthias, Soldat aus Spandau 45
- Godolphin**, William, engl. Diplomat K 233
- Göcking**, münst. Obristwachtmeister 378
- Göckmann**, Alexander, Dr. jur. 377, 378
- Gödens**, von s. Frydag
- Goer**, van, oranischer Gesandter 139
- Goes**, Johann Freiherr von (1611–1696), Reichshofrat, seit 1675 Bischof von Gurk, kaiserl. Gesandter in Nimwegen 217, 225, 226, 230, 235, 236, 364, 487, 509, 522; K 229, 241
- Goltstein**, Johann Wilhelm von, pfalz-neuburg. Generalwachtmeister und Statthalter zu Düsseldorf, ab 1657 Kaiserl. Generalfeldzeugmeister 75
- Gomont**, Nicolas de, Vicomte de Porcieu 271, 275, 278–281, 291–296, 308, 320; K 270
- Goor** (niederl. Prov. Overijssel) 218
- Gorgas**, Johann Georg von, braunschweig-lüneburg., dann münst. Generalwachtmeister 200, 209, 210, 220, 241, 244
- Goslar**, Reichsstadt 475
- Gottorp** s. Holstein-Gottorp
- Gourville**, Jean Hérault de (1625–1703), franz. Geschäftesträger an den lüneb. Höfen 289, 292, 315
- Grafenthal**, Eberhard von, schwed. Resident in Hamburg 354, 435, 437, 467, 470–473, 514; K 447
- Gramont**, Antoine Duc de (1614–1678), franz. Generalleutnant und Gesandter 117, 131, 160
- Gramsbergen** (niederl. Prov. Overijssel), Haus 218, 383
- Gran a. d. Donau** (ungar. Esztergom) 183
- Grana**, Otto Heinrich von Carretto, Marchese di (gest. 1685), Reichshofrat, kaiserl. Kämmerer und Obrist 335–338, 342–346, 349, 351, 354, 355, 378, 379, 402, 406, 415, 435, 436, 441, 443, 449, 452, 457, 463–466, 471, 511–513
- Grandvillers**, Georg von, münst. Obrist und General 403, 458, 475, 486
- Graubünden**, Schweizer Kanton 98
- Gravel**, Robert Vincent de, franz. Diplomat 117, 125, 132, 135–137, 141, 150 bis 153, 156, 158, 166, 167, 186, 194 bis 196, 203, 208, 212, 213, 222, 225, 246, 256, 277, 291, 296, 412, 419; K 182, 187, 314

- Jacques de, Abbé, franz. Diplomat 255, 270, 305
 Greetsiel (Kr. Emden) 223
 Gregor X. s. Rom, Pápste
 Grémonville, Jacques Bretel, Chevalier de G. de Sonning (um 1608–1673), Malteseritter, franz. Gesandter in Wien 255, 289, 344
 Grenade, Marquis de, Bevollmächtigter Johann Ludwigs Graf von Nassau 4
 Greisen, J. H., Agent in Frankfurt 133
 Griem s. Möller
 Griffenfeld, Peder Graf von (geb. als Peter Schumacher, 1635–1698), 1673 bis 1676 dän. Reichskanzler 459
 Grimmellius, Nikolaus, reform. Prediger in Bentheim 299
 Groenlo (niederl. Prov. Gelderland) 359, 362, 363, 389, 393, 398, 412
 Groningen, Stadt 172, 178, 223, 366–368, 371, 374, 376, 379, 385
 – niederl. Provinz 57, 210, 297, 361–365, 375, 384
 Groningerdiep (niederl. Prov. Groningen) 209, 210
 Gronsfeld, Jobst Maximilian Graf von Bronckhorst, G. und Eberstein, Freiherr von Batenburg und Anholt (gest. 1662), kurbayr. Feldmarschall und kaiserl. Gesandter 58, 154, 159, 160, 165–168
 Groot, Pieter de (1615–1678), Resident in Den Haag, Pensionär zu Amsterdam (1660) 138, 149
 Grote, Otto Freiherr von (1636–1693), calenberg. Geh. Kammerrat, dann Kammerpräsident, Drost zu Friedland 253, 330, 344–346, 367, 433, 434, 437, 450–456, 459–463, 467, 473
 Grothaus, Karl Othmar von, Drost zu Cloppenburg 244, 415
 Gudenau, Arnold von, Dr. K 63
 Gudenus, Johann Christoph, kurmainz. Rat und Hofgerichtsassessor 227, 235
 Guericke, Otto von, d. J., (1628–1704), kurbrandenburg. Geh. Rat und Resident in Hamburg 507
 Guiche, Antoine de Gramont, Comte de, franz. General 211
 Guidobald, Erzbischof s. Salzburg
 Gurk, Bischof s. Goes, Johann Freiherr von Gustav Adolf s. Schweden
 Gygink, Konrad Heinrich, münst. Rittmeister 359
- Haaksbergen** (niederl. Prov. Overijssel) 389
 Haase, Franz Ignaz von, Fürstl. Osnabrück. Rat 93, 281
 Habbaeus von Lichtenstern, Christian von, Kgl. Schwed. Rat 218
 Habsburg s. Österreich
 Hachenburg s. Sayn
- Hadeln (Reg. Bez. Stade), Land 462, 487, 499, 500, 507, 525
 Hämelschenburg (Kr. Hameln) 433
 Haersolte, van, staatlicher Obrist und Deputierter 209
 Haffner, schwed. Gesandter 65
 Halberstadt, Stadt 423
 – Fürstentum 505
 – Balthasar Gebhard von (1621–1692), Generalwachtmeister 410, 515
 Haltern (Kr. Recklinghausen) 341
 Ham, Balthasar, Fürstl. Münst. Hofrat, Advocatus patriae, seit 1676 Geh. Rat, Generalkriegskommissar, seit 1674 Reichshofrat 249, 403, 414, 423–431, 436, 438, 459, 461, 464–467, 470–473, 489–501, 503, 507; K 370, 378, 402
 Hambach (Kr. Düren) 283
 Hamburg, Reichsstadt 67, 108, 171, 200, 419, 423, 432–436, 452, 454, 467, 475, 481, 504–509, 515
 – Domkapitel 488, 506
 Hamel, Gerard s. Bruyninx
 Hameln (Kr. Hameln) 41–47, 357–332, 385
 Hamilton, schwed. Obristleutnant 474
 Hamm, Stadt 274, s. auch Nordenspital
 Hammerstein zu Equord, Georg Christoph von (1624–1687), Fürstl. Osnabrück. Kammerpräsident, Geh. Rat, dann Fürstl. cellischer Großvogt 286–289, 305, 315, 319, 325, 444, 453, 454, 461
 Hanau, Grafschaft 499
 Hannover, Vertrag von 1654 67, von 1675 451, von 1676 468, s. auch Braunschweig-Lüneburg-Calenberg
 Hans Adolf, Graf s. Bentheim-Tecklenburg
 Hanschen, Dr., Fürstl. Paderborner Rat 66
 Hardement, Konrad (geb. um 1612), Fürstl. Münst. Sekretär (seit 1642) 72
 Hardenberg (Kr. Northeim), Gericht 187
 Harderwijk (niederl. Prov. Gelderland) 362, 363
 Harlingerland (Reg. Bez. Aurich) 175, 176
 Harpstedt (Kr. Syke), Herrschaft 33
 Harrach, Ferdinand Bonaventura Graf von (1637–1706), kaiserl. Geh. Rat, Kämmerer und Oberstallmeister 377
 Harrant, Christoph Wilhelm Freiherr von, kaiserl. Obrist 146
 Haslang, Georg Christoph Freiherr von (1602–1684), kurbayr. Geh. Rat, Hofmarschall, Pfleger zu Pfaffenhofen 260
 Hasselt (belg. Prov. Limburg) 367, 486, 493, 494
 Hatten (niederl. Prov. Overijssel) 362, 363, 408
 Hatzfeld, Melchior Graf zu Gleichen und (1593–1658), kaiserl. Geh. Rat, Generalfeldmarschall 3

- Haugwitz, Sebastian Heinrich von, kaiserl. Obristwachtmeister, münst. Gesandter 229, 231, 240, 241, 270, 295, 296, 316, 367, 372, 374; K 232, 242
- Haxthausen, Anton Wolf von (1647 bis 1694), Kgl. Dän. Oberstallmeister und Kammerjunker 506–508, 516
- Arnold Ludwig von, braunschweig-lüneburg. Obristleutnant 458
- Heemskerck, Coenraad van (1647–1702), niederl. Gesandter 395
- Heerde, J. H., Syndikus des Domkapitels zu Münster 355
- Heespe(n), Wilhelm (gest. 1686), Kgl. Dän. Rat (1667) und Kanzleidirektor (1676) in den Grafschaften Oldenburg und Delmenhorst 477, 478, 488, 489, 492, 502, 506, 507, 525; K 203, 480, 481, 508, 518, 523, 524
- Heidemühle, münst. Schanze a. d. Lippe 219
- Heiden, van der, Bürger zu Antwerpen 171
- Heilbronn, Reichsstadt 22, 50, 255
- Heimburg, Friedrich von (1624–1690), braunschweig-wolfenbüttelscher Geh. Rat und Präsident 221, 225, 453, 454, 516
- Helm, Leonhard (gest. 1664), Franziskaner-Provinzial 80, 159
- Helsingborg (Schweden) 519
- Hengelo (niederl. Prov. Overijssel) 218
- Héraulx s. Gourville
- Herbet, münst. Obrist 240, 241
- Herding, Heinrich (gest. 1656), Bürgermeister zu Münster 17, 80; K 19
- Herford, Stadt 54, 327, 382
- Hermann, Markgraf s. Baden-Baden
- Herringen (Kr. Unna) 28
- Herzelles, Philipp Otto von, kurmainz. Hofrat 93
- Herzogenrath (Landkr. Aachen) 495
- Hessen-Darmstadt, Landgrafschaft: Landgraf Georg II. (reg. 1626–1661), Ludwig VI. (reg. 1661–1678) 69, 75, 129, 172, 486, 487, 500
- Homburg, Landgrafschaft: Landgraf Georg Christian (reg. 1638–1681) 202
- Kassel, Landgrafschaft: Landgraf Wilhelm VI. (1629–1663, reg. unter Vormundschaft seit 1637, 1650 selbständig), Wilhelm VII. (1651–1670, reg. seit 1663), Karl (1654–1730, reg. seit 1670) 4, 15–20, 25–29, 37–41, 43–47, 50, 56, 72, 75, 96, 100, 101, 105, 106, 116, 130, 147, 153, 156, 170, 172, 221, 247, 280, 347, 349, 364, 448, 479
- Rheinfels-Rotenburg, Landgrafschaft: Landgraf Ernst (1623–1693, reg. seit 1628, kathol. seit 1652) 500
- Hessing, Bernhard, münst. Agent in Den Haag 137, 138, 252, 293, 307, 480; K 57, 92, 111, 112, 132, 154, 155, 157, 159, 161, 164, 165, 168, 171, 172, 250, 256, 295, 350, 453, 467, 493, 501
- Hettinger, Johann Franz, kurmainz. Geh. Sekretär 487; K 376, 381, 384, 398
- Heyden, Friedrich von, Johanniterritter, seit 1674 kleve-märk. Geh. Regierungsrat 66, 67, 72
- Heyland, Polykarp, braunschweig-lüneburg. Geh. Hofrat 105–107, 120, 130
- Hildesheim, Stadt 248, 252, 321, 349
- Fürstbistum: Fürstbischof Maximilian Heinrich von Bayern (reg. 1650–1688, s. Köln, Kurfürstentum) 2, 37, 40, 199, 209, 247, 252, 310, 324, 347, 410, 446, 450, 452, 457
- Statthalter s. Brabeck, Jobst Edmund
- Domdechanei 272
- Bündnis 39–44, 47, 52, 68, 71, 76, 83, 100–106, 116, 134–137
- Konferenz 1670 318–321, 1676 462, 463
- Hoher, Johann Paul Freiherr von (1616 bis 1683), oberösterreich. Regimentsrat, dann Tiroler Kanzler, seit 1665 österreich. Hofkanzler 328, 347, 376, 381, 387, 402, 403, 413, 420, 425, 431; K 399, 405, 411, 414
- Hoefijzersche Schuld 189, 196, 208
- Hörde, Johann Gottfried von (gest. 1686), Domherr zu Hildesheim, Präsident zu Corvey 199
- Höxter, Stadt 19, 42–47, 169, 170, 187, 199, 220, 225, 248, 317, 318, 323–333, 338, 342, 343, 358, 403, 436
- Franziskanerkloster 19, 42, 43, 187, 323
- Hoffstetter, schwed. Kommissar 51
- Hofmann, Christoph, münst. Hauptmann 43
- Hohenlimburg, Grafschaft 137, 396
- Hohenlohe, Wolfgang Julius Graf von (1622–1698), kaiserl. Generalfeldmarschall 174, 181–184
- Hoitersleben (Hötensleben), Erich Johann, münst. Obrist 499
- Holland, niederl. Prov. 95, 143, 155, 178, 233, 325, 471
- Bernhard (gest. 1686), Sekretär der Stadt Münster, seit 1661 Fürstl. münst. Sekretär und Hofrat 123, 178
- Holstein, Herzogtum 256, 459, 479, 500, 504–507
- Gotorp, Herzogtum: Herzog Friedrich III. (reg. 1616–1659), Christian Albrecht (reg. 1659–1694) 42, 43, 195, 236, 445, 458
- Holthausen (Kr. Büren), Kloster 31
- Holzminden (Kr. Holzminden) 317
- Honsbroeck, Arnold Adrian Freiherr von (1631–1694), Erbmarschall des Herzogtums Geldern, kgl. span. Marquis (1675) 483, 486, 495
- Horrem (Kr. Bergheim) 499

- Horn, Heinrich Graf von, schwed. Gouverneur zu Stade 470-473
 Horneburg (Kr. Stade) 473
 Horstmar (Kr. Steinfurt) 62, 113
 Hoya, Grafschaft 199, 451, 463
 – Maria Gräfin von (1519-1557) 97
 Hümmling (Kr. Hümmling) 43
 Hugenpoth, Johann Wilhelm von (gest. 1661), pfalz-neuburg. Geh. Rat, Oberhofmeister 71
 Hugo, Ludolf (1630-1704), braunschweig-lüneburg. calenberg. Hofrat (1665), Geh. Rat und Vizekanzler (1677) 235
 Humières, Louis de Crévant Duc d' (gest. 1694), franz. Marschall 402, 403
 Hunolstein zu Dürrkastel, Johann Wilhelm Vogt Freiherr von (1599-1665), kurbayr. Generalfeldzeugmeister (seit 1648), später Kaiserl. Generalfeldzeugmeister 86, 100
 Huy (belg. Prov. Lüttich) 495, 497
 Huysburg (Kr. Oschersleben), Propstei 508
 Hyde s. Carlingford
 Idstein (Untertaunuskr.) Herrschaft 500
 Imbsen, Dr., Fürstl. Paderb. Rat 272; K 269, 309
 Inn- und Knyphausen s. Knyphausen
 Innozenz X. s. Rom, Päpste
 Innsbruck, Erzherzogtum: Erzherzog Ferdinand Karl (1628-1662) 278
 Irsch, Johann Ferdinand von, pfalz-neuburg. Oberkanzler, Geh. Rat und Hofkammerpräsident 487
 Isenburg-Büdingen, Grafschaft 499
 Jachiet s. Du Pré
 Jaquier, franz. Heereslieferant 361
 Jemgum (Kr. Weener) 175, 176, 475
 Jena, Friedrich von (1619-1682), kurbrandenburg. Geh. Rat, Kanzler zu Halberstadt 181, 220, 229-231, 319, 331, 338, 420
 Jever (Kr. Friesland), Herrschaft 480, 492, 493, 504
 Johann Friedrich, Herzog s. Braunschweig-Lüneburg
 Johann Georg, Fürst s. Anhalt-Dessau
 Johann Ludwig, Graf s. Nassau
 Johann Philipp, Erzbischof s. Mainz
 Jordan, Berthélemy, münst. Sekretär und Resident in Paris 402
 Jordanaeus, Johannes, kathol. Pfarrer in Hattem 363
 Jülich, Herzogtum 21, 53, 68, 69, 83, 189, 204, 248, 495, 496
 – -Berg, Landstände 133
 Kaiserswerth (Stadt Düsseldorf), Festung 400, 406, 410, 416
 Kalkar (Kr. Kleve), Stadt 381
 – münst. Obrist 493
 Kalkum, münst. Obrist 498, 514, 515
 Kampen (niederl. Prov. Overijssel) 178, 363, 367, 391, 393, 402-404, 408, 412
 Kanizsa (Ungarn), Festung 180
 Kannengießer, münst. Ratsherr 111
 Karl Kaspar, Kurfürst s. Trier
 Karl Ludwig, Kurfürst s. Pfalz
 Karl Wilhelm, Fürst s. Anhalt-Zerbst
 Kassel, Stadt 17, s. auch Hessen-Kassel
 Kemnade (Kr. Holzminden), Propstei 187
 Kemner, Dietrich, Lizentiat 93, 159, 160
 Kendenich (Landkr. Köln) 343-346, 349, 350
 Keppel (niederl. Prov. Overijssel), Haus 218
 – Lizentiat 93, 123
 – zu Öding, Georg von 194
 Kerckering zu Giesking, Matthias von (1628-1684) 13
 Kerpen (Kr. Bergheim) 19
 Kessel, Heinrich, münst. Leutnant 302
 Kette, Adam von der (gest. 1673) 376-381
 – Jakob von der 376
 Ketteler, Kaspar Philipp von (gest. 1676), Domdechant, dann Dompropst zu Paderborn, Domherr zu Münster 26, 38, 235, 262, 271, 353, 355, 373, 374
 – Rembert von (gest. 1653), Domherr zu Münster 33
 Kettwig (Kr. Düsseldorf-Mettmann) 58
 Kiel, Stadt 516, 519
 Kinderhaus (Stadt Münster) 80, 81
 Kleihe, Schweder Dietrich, Kgl. Schwed. Präsident des Herzogtums Bremen 525; K 514, 516
 Kleve, Stadt und kurbrandenburg. Residenz 18, 20, 225-252 (Friedenstag 1665 bis 1666), 260, 275, 279, 286, 287, 293, 295, 348, 352-355, 358, 389, 438, 441, 484
 – Herzogtum 55, 57, 196, 318, 368, 380, 381, 505, 519, 520
 – holländische Besatzungen in den Städten des Herzogtums 188, 189, 196, 203, 208, 215, 226, 342, 357
 – Kapuzinerkloster 181, 196
 – jülichischer Religionsstreit 85, 173, s. auch Brandenburg und Pfalz-Neuburg
 Klingenberg, Paul (1615-1690), Kgl. Dän. Regierungsrat und Generalpostmeister 441-445, 504
 Kluisman, Gerd, münst. Leibgardist K 358
 Klute, Walter, münst. Aldermann 63, 142, 143, 378; K 144, 148, 149
 Knyphausen, Karl Friedrich Freiherr zu Inn- und (gest. 1669), ostfriesischer Hofrichter 179
 Koblenz, Stadt 104, 105, 436
 Kock, Niklas (gest. nach 1687), Fürstl. Münst. Generaleinnehmer 485

- Köhler, Chrysostomus (1606–1664), braunschweig-wolfenbüttelscher Hof- und Kanzleirat, 1661 Vizekanzler 72
- Köln, Reichsstadt 55, 88, 93, 333–345, 373, 378, 379, 407, 483, 485, 503
- Dominikanerkloster 25, 75
 - Universität 6
 - Konferenzen und Bündnisse 25, 26 (1651); 74–78, 82–86, 133, 137, 142, 145, 146, 152, 153, 227, 253, 294, 313 (1654); 100–103 (1656); 93 ff. (1656); 166 (1662); 256, 276–285, 290 (1667); 389 ff., 432, (1673–1674); 436 ff. (1675); 510–514, 520 (1678)
 - Kreistag 321
 - Nuntiatur: Nuntien: Chigi, Fabio (1639–1651); Abbondanti, Antonio (1651–1652); Sanfelice, Giuseppe Maria (1652–1659); Gallio, Marco (1659 bis 1666); Franciotti, Agostino (1666 bis 1670); Scanelli, Giovanni (1670); Buonvisi, Francesco (1670–1672); Pallavicinio, Opizio (1672–1680) s. unter den Familiennamen
 - Erzbistum und Kurfürstentum: Kurfürst Ernst von Bayern (1554–1612, reg. seit 1583, seit 1566 Bischof zu Freising, 1573 zu Hildesheim, 1581 zu Lüttich, 1584 zu Münster) 3, 259; Ferdinand von Bayern (1577–1650, reg. seit 1612, auch als Bischof zu Münster, Lüttich und Hildesheim, seit 1618 zu Paderborn) 1–3, 6, 16, 24, 28, 31, 33, 45, 95, 96, 144, 163, 185, 259, 376; Maximilian Heinrich von Bayern (1621–1688, reg. seit 1650, auch als Bischof zu Lüttich und Hildesheim, seit 1683 zu Münster) 1–8, 13, 16–18, 21–25, 40, 41, 60, 63, 64, 67–70, 75, 76, 82–85, 87, 92, 98, 101–104, 117, 119, 129–132, 136, 143–147, 155, 166, 167, 185, 191–196, 199, 201, 202, 210–216, 219, 222, 225, 230–236, 243–273, 279, 282–286, 290 bis 293, 304, 307–310, 315, 318, 321, 324, 327, 331–339, 342–349, 352–355, 358 bis 370, 375, 378, 380, 383, 385, 388–419, 435, 448, 466, 486–489, 496, 500, 501, 511, 513
 - Königsegg und Rotenfels, Leopold Wilhelm Graf von, Herr zu Aulendorf und Staufen (gest. 1694), Wirkl. Kaiserl. Geh. Rat, Reichsvizekanzler 425, 431
 - Königsmarck, Hans Christoph Graf von (1600–1663), schwed. Statthalter des Herzogtums Bremen 50, 65–68, 75, 83
 - Otto Wilhelm Graf von (1639–1688), schwed. General 350
 - Köprülü, Achmed (1633–1676), türkischer Großwesir 173, 180–183
 - Körbitz, Johann Christoph von (1612 bis 1682), Herr zu Hellerup, dän. Reichsmarschall 516, 519
 - Körler, Theodor, Jesuit, Beichtvater Christoph Bernhards 91, 202, 211, 300–303, 307, 324, 347, 375, 413, 424 bis 426, 451, 463, 474, 487, 492; K 429
 - Kommern (Kr. Euskirchen) 499
 - Konzer Brücke b. Trier, Schlacht 1675 446
 - Kopenhagen, Stadt 515, 523, 524
 - Korff, Jobst Bernhard von, kurköln. Obristleutnant 144
 - Korff-Schmising, Friedrich (1625–1696), Johanniterkomtur in Frankfurt, münst. Geh. Rat 120, 128, 129, 134, 135, 146, 150, 153, 157, 161, 164, 199, 206, 207, 253–257, 276, 279, 289–291, 294, 295, 304, 305, 313–321, 333, 334, 338, 341, 345, 346, 361, 369, 374, 386, 388–404, 407–412, 415–417, 426, 428, 435–437, 441, 449, 455, 464, 465, 468, 526; K 147, 156, 201, 270, 283, 306, 324, 325, 329, 421, 433, 448, 450, 477
 - Johann Adolf (gest. 1678), Domherr zu Münster und Minden, Propst zu St. Mauritz 259, 262, 281, 301, 313
 - Matthias (1620–1684), Domherr zu Münster, seit 1655 daselbst, seit 1663 Domdechant zu Hildesheim, Fürstl. Münst. Rat 7, 17, 18, 38, 47, 54, 87, 102–106, 112, 115–117, 122–137, 141, 144–147, 152, 153, 157, 158, 162–165, 168, 171, 205, 227–238, 254, 259, 262, 272, 278, 310–313, 318–320, 324, 331–334, 339, 345, 349, 351, 363, 368, 372–374, 384–388, 391, 400, 404, 409, 415, 420, 427–430, 433, 434, 441, 444–462, 467–469, 473, 477, 480, 484, 487–489, 512, 526; K 88, 90, 108, 110, 119, 120, 316, 336, 492
 - Otto Heinrich (gest. 1664), Dompropst (seit 1650) zu Münster 3, 8, 9, 33, 60, 61, 91
 - Kramer, Dr., braunschweig-cellischer Gesandter 72
 - Kramprich von Kronenfeld, Daniel Johann von, kaiserl. Rat, 1667–1693 Resident in den Niederlanden 375, 398, 419, 471, 509; K 403, 413
 - Krautsand, Insel vor der Elbemündung 481, 525
 - Krebs, Johann Leonhard, münst. Landkommissar, Rentmeister zu Wolbeck 490
 - Krems a. d. Donau 173, 174
 - Kreta, Insel 311
 - Kronenburg (Kr. Schleiden), Schloß 497, 499
 - Krosigk, Adolf Wilhelm von (gest. 1657), hessen-kasselscher Geh. Rat und Präsident K 102
 - Küchen (Kr. Beckum b. Ahlen), Haus 6

- Kuhefuß, Heinrich, münst. Registrator 300–302
- Kuilenburg (niederl. Prov. Gelderland), Grafschaft 200
- Kuinre (niederl. Prov. Overijssel) 389
- Kurrheinischer Reichskreis 21–25, 49, 52, 54, 65, 82, 83, 86
- Kurz von Sentenau, Ferdinand Sigismund Graf von (1592–1659), Reichsvizekanzler (seit 1637), kaiserl. Kämmerer 84, 90, 348
- La Fuente** s. Teves
- La Guiche** s. Guiche
- La Marck** s. Marck
- Lamberg, Johann Maximilian Graf von (1608–1682), Burggraf zu Steyr, Kaiserl. Wirkl. Geh. Rat und seit 1661 Oberstkämmerer 381
- Lamboy, Wilhelm Graf von (gest. 1659), kaiserl. Feldmarschall 15
- Lampadius, Christian, braunschweig-lüneburg. Geh. Rat, Kanzler zu Osterode 327; K 290
- Lamspringe (Kr. Alfeld), Benediktinerkloster 197, 198, s. auch Sherwood
- Landsberg zu Erwitte, Dietrich Freiherr von (1618–1683), kurköln. Landdrost des Herzogtums Westfalen, Generalwachtmeister 136, 137, 147, 193, 200, 202, 235, 258, 259, 341; K 209, 216
- Ferdinand Franz Adolf von (gest. um 1682), Domherr (seit 1659) zu Münster 266, 267, 308
- Landsee, Johann Franz Dietrich von (gest. nach 1689), Herr zu Berg und Hochstraß, oberösterreich. Regimentsrat, kaiserl. Gesandter 464, 465, 473, 477, 480, 481, 495–503, 507, 512, 513; K 426
- Landskrona (Schweden) 519
- Langackerschans (niederl. Prov. Groningen) 366
- Langenbeck, Heinrich (1603–1669), braunschweig-lüneburgischer Kanzler und cellischer Geh. Rat 65–67, 200
- Langwedel (Kr. Verden) 454, 462, 473, 525
- Laroche (belg. Prov. Luxemburg) 497
- Latomus, J. J., Notar in Köln 11, 267, 268
- La Varenne s. Varenne
- Le Bègue, François (gest. 1699), Abbé, lothringischer Premierminister, Rat und Staatssekretär, Domdechant zu Nancy 334
- Ledeber, Gerhard Johann von (1628 bis 1679), Drost zu Petershagen, Landdrost im Fürstentum Minden, Regierungsrat und kurbrandenburg. Kämmerer 275, 465, 487, 488, 492, 504, 507, 508, 517
- Familie 249
- Leer (Ostfriesland) 178
- Leerodt, Heinrich Wilhelm Freiherr von, jülich-berg. Kammerpräsident, pfalz-neuburg. Geh. Rat, Obristhofmeister 165
- Johann Arnold Freiherr von, pfalz-neuburg. Kanzler und ab 1668 Präsident des Geheimen Rats, Archidiakon zu Lüttich 222
- Johann Arnold von, Domherr (1666 bis 1667) in Münster 265
- Leerort (Kr. Leer) 375, 475
- Leibniz, Gottfried Wilhelm (1646–1716), Philosoph 348
- Leipzig, Stadt 459
- Leopold Wilhelm, Erzherzog s. Österreich
- Lessein, Charles de Lionne Sieur de, franz. Diplomat 195, 207, 213, 216, 219; K 192, 197
- Lesum (Kr. Blumenthal), Börde 473
- Le Tellier s. Louvois
- Lethmate, Johann Caspar von (gest. 1690), Domherr zu Münster 266, 267, 355
- Leutersumsche Erben 377
- Leyen, Anna Katharina von der 260
- Damian Hartard von der s. Mainz, Erzbischöfe
- Kraft Kuno Freiherr von der (gest. 1684), kurmainz. Generalmajor und würzburgischer Kriegsrat 350, 482
- Lichtenvoorde (niederl. Prov. Gelderland) 362, 380, 389, 395
- Lichtenstein, Gundakar Fürst von (1580 bis 1658, heiratet 1604 Agnes Gräfin von Ostfriesland) 175
- sche Schuldsache 175–180, 204, 252
- Ligier, Claude, Sekretär Lisolas 421, 422
- Limal (belg. Prov. Brabant) 494
- Limburg, Herzogtum 495
- a. d. Lahn 305
- Herrschaft s. Hohenlimburg
- Limburg-Styrum, gräfliche Familie 234, 273, 281, 317
- Hermann Otto Graf von (1645–1704) 420
- Jobst Graf von (1560–1621) 97, 163
- Irmgard Gräfin von 163
- Otto Graf von (um 1620–1679) 163, 164, 171, 187, 317, 421, 422, 424, 452
- Linden, Baron, schwed. Gouverneur zu Stade 49
- Lingen, Grafschaft 5, 96, 293, 361, 389, 395, 396, 400, 401, 413, 419–422, 520
- Stadt 368
- Linsburg (Kr. Nienburg) 456
- Linz a. d. Donau 65
- Lion, münst. Obrist 499
- Lionne, Hugues de, Marquis de Berny (1611–1671), franz. Staatssekretär 115, 117, 123, 124, 158, 163–165, 171, 195, 202, 206–223, 254–257, 281, 283, 290,

- 292, 296, 306, 307, 313, 314, 317, 320, 322, 327, 344; K 229, 230, 233, 270, 275, 280, 291, 294, 324–326, 328, 329, 333–336, 338
 – s. Lessein
- Lippe, Schifffahrt auf der 274
 – (-Detmold), Grafschaft: Graf Hermann Adolf (1616–1666, reg. seit 1652), Simon Heinrich (1649–1697, reg. seit 1666) 37, 56, 83, 202, 422, 428, 437, 456–459, 462, 463
 – (-Brake), August Graf von der (1643 bis 1701) 324
 – Georg Graf von der (1642–1703), braunschweig-lüneburg. Generalmajor 458
- Lipperheide b. Wesel 358
 Lippeschanze b. Dorsten 357, 381, 400, 402, 403
 Lippstadt, Stadt und Festung 93, 274, 373, 380–384, 442
- Lira, Don Emanuel Francisco de, span. Gesandter in Den Haag 409, 453, 471 bis 473, 476–478, 481–483, 509
- Lisola, Franz Paul Freiherr von (1613 bis 1675), kaiserl. Hofkammerrat 305, 337, 344, 363, 365, 367, 379, 385, 393–405, 411–416, 419–425, 429, 431
- Lobkowitz, Wenzel Eusebius Fürst von (1609–1677), kaiserl. Minister 51, 126, 288, 344, 367, 381, 394, 425
- Lochem (niederl. Prov. Gelderland) 218, 220
- Löwen (belg. Prov. Brabant) 241, 489, 495
 Löwendale, Pater 400
- Lohn, Johann Albert Freiherr von, münst. Rittmeister 499
- Loménie, Alexandre s. Brienne
- London, Stadt 210, 285
- Lothar Friedrich, Erzbischof s. Mainz
- Lothringen, Herzogtum: Herzog Karl IV. (reg. 1624–1675), Thronfolger Karl (V.) (gest. 1690) 21, 24, 37, 38, 44, 57, 58, 64, 166, 210, 238, 282, 294, 305, 306, 322, 324, 326, 334, 343, 348, 395, 399, 403, 431, 436, 474, 478, 486, 512
- Louvois, François Michel Le Tellier, Marquis de (1641–1691), franz. Kriegsminister 292, 341, 344–346, 350, 352, 356–358, 370, 384, 411; K 369, 371, 373, 375
- Lowestoff (engl. Grafschaft East Suffolk), Seeschlacht 1665 207
- Ludwig XIV. s. Frankreich
- Lübeck, Reichsstadt 93, 108, 475
- Lüchtringen (Kr. Höxter) 317
- Lüdinghausen (Kr. Lüdinghausen), domkapitularisches Amt 61, 121
- Lünen (Kr. Lüdinghausen) 370
- Lüning, Dietrich Heinrich von (1613 bis 1657), Hofrichter und Schatzrat der Grafschaft Tecklenburg 415
- Lüttich, Stadt 269, 379
 – Fürstbistum: Fürstbischof Maximilian Heinrich von Bayern (reg. 1650–1688) s. Köln, Kurfürstentum 2, 13, 21, 23, 55, 56, 64, 132, 202, 210, 211, 215, 282, 335, 358, 364, 425, 489–496, 499, 521
- Lützwow, von, münst. Obrist 244
- Lund (Schweden) 479
- Luxembourg, François Henri de Montmorency-Boutteville, Duc de (1628–1695), franz. Marschall 350, 352, 354–356, 401–406
- Luxemburg, Stadt und Festung 486, 497, 500, 509, 510
 – Herzogtum 285, 494, 495
- Maaseik (belg. Prov. Limburg) 489, 493, 494, 521
- Maastricht (niederl. Prov. Limburg), Festung 388, 395, 397, 471, 474, 482, 493–497, 513, 522
- Magdeburg, Erzbistum: Administrator August Herzog von Sachsen-Weissenfels (1614–1680, postulierte 1628) 37, 42, 231, 328, 349, 350, 505
- Mailand, Stadt 98
- Mainz, Erzbistum und Kurfürstentum: Kurfürst Johann Philipp von Schönborn (1605–1673, reg. seit 1647, seit 1642 Bischof zu Würzburg), Lothar Friedrich von Metternich (reg. 1673–1675, auch als Bischof zu Speyer und Worms), Damian Hartard von der Leyen (reg. 1675 bis 1678) 21, 22, 24, 42, 69, 70, 74, 75, 82, 83, 86, 100–107, 110, 115–133, 146, 147, 153, 157, 161, 166, 173, 179, 184 bis 188, 193–198, 201–205, 208, 221, 225, 227, 230–233, 236, 246, 251–255, 270, 278–280, 283, 287–295, 304, 305, 310 bis 314, 318–322, 328, 332, 342, 346 bis 349, 429, 430, 433, 437, 448, 449, 486; K 300
 – Stadt 85, 370, 426
 – Jesuiten 34
- Malagon, Don Balthazar de Cueva y Henriquez, Marques de M., Conde de Castellar (gest. 1689), span. Gesandter in Wien 255
- Mallinkrodt, Bernhard von (1591–1664), Domdechant (1625–1655) zu Münster, Domherr zu Minden 2, 5–16, 26, 27, 31, 33, 36, 48, 59–64, 77, 78, 87, 88, 96, 185, 257, 259, 264, 266, 308, 351, 395
 – Bernhard von, d. J. (gest. 1676), Domherr zu Münster 267
 – Eberhard von (gest. 1658), Domkellner zu Münster 6
- Malta, Johanniterorden 526
- Mandelsloh, münst. Obrist 499
- Manderscheid (Kr. Prüm), Schloß 499

- Mansfeld, Grafschaft 457
 – Ernst Graf von (1580–1626) 175, 176
 Marcha, Felix, Kuriale in Rom 381
 Marche-en-Famine (Belgien) 210
 Marck, de la, franz. Edelmann 371
 Marenholtz, Asche Christoph Freiherr
 von, braunschweig-cellischer Hofrat,
 dann Geh. Legationsrat 448
 Marienburg b. Würzburg 349, 364
 Marienfeld (Kr. Warendorf), Zister-
 zenserabtei 15, 59, 167
 Mark, Grafschaft 28, 55, 293, 318, 370,
 380, 381, 520
 Marschalk, Jürgen (1626–1696), schwed.
 Regierungsrat, später Präsident der
 Ritterschaft des Herzogtums Bremen in
 Stade 432
 Martels, Johann Heinrich (um 1633–1696),
 Rentmeister in Meppen und münst.
 Kriegskommissar 178, 366, 492
 Martinitz, Bernhard Graf von (gest.
 1685), seit 1651 Obristburggraf im Kgr.
 Böhmen 188
 Massenbach, münst. Obrist 403
 Mauderode, Otto Ott(h)o von, calenberg.
 Hofrat 38
 Mauritz, Graf s. Bentheim-Tecklenburg
 Maximilian Heinrich, Kurfürst s. Köln
 Mayr von Mayersheim, Franz, Reichshof-
 ratsagent (tätig seit 1653, gest. nach
 1687) 224, 250, 287, 322, 347, 379, 387,
 406, 452; K 202, 228, 238, 243, 246–248,
 251, 284, 288, 289, 306, 307, 312, 313,
 326, 328, 342, 346, 348, 362–365, 375,
 376, 412, 424, 429, 430, 437, 464, 501,
 502
 Mazarin (Mazarini), Jules (Giulio) (1602
 bis 1661), Kardinal und franz. Staats-
 mann 14, 19, 114–117, 131, 135, 141,
 150, 153, 158, 165, 408; K 136, 137, 151
 Mecklenburg (-Schwerin), Herzogtum:
 Herzog Adolf Friedrich (1588–1658),
 reg. seit 1592, selbständig seit 1608),
 Christian Ludwig (1623–1692, reg. seit
 1658) 200, 349, 350, 357, 475, 508, 514
 bis 516, 522, 524
 Meel, Sebastian Wilhelm (gest. 1665, kur-
 mainz. Geh. Rat, seit 1654 würzbur-
 gischer weltlicher Kanzler 86, 130
 Meinders, Franz von (1630–1695), kur-
 brandenburg. Geh. Rat 260, 319, 333,
 384, 457, 517, 522; K 373
 – Konrad, Paderborner Rat 235
 Meinerzhagen, Johann Albert von (gest.
 1677), münst. Obrist 241, 365, 368, 378
 Melk a. d. Donau 174
 Mellinger, münst. Obristleutnant 241, 410
 Mensing, Ferdinand, Lizentiat 431
 Meppen, Stadt und Festung 176, 179, 216,
 219, 312, 316, 368, 463, 472
 Mering, Heinrich Friedrich von (gest.
 1700), Abbreviator der Nuntiatur und
 seit 1658 Domherr in Köln 11, 410;
 K 59
 Merveldt, Dietrich Hermann von, Herr
 zu Westerwinkel (1598–1658), Fürstl.
 Münst. Geh. Rat und Kanzler, Oberst-
 marschall, Kämmerer, Drost zu Wol-
 beck 7, 8, 38, 40, 48, 54, 60, 66, 78, 79,
 110; K 90
 – Dietrich Hermann von (1624–1688),
 Fürstl. Münst. Hofmarschall, Drost zu
 Wolbeck 263
 Metelen (Kr. Steinfurt), Stift 17
 Metternich, Ignaz Wilhelm Freiherr von
 Wolff-M. (gest. 1688), Domherr zu
 Münster 272, 308, 310
 – Johann Wilhelm Freiherr von Wolff-M.
 (gest. nach 1693), Domherr zu Münster,
 1675 Domscholaster zu Mainz 267, 268,
 272, 310
 – Lothar Friedrich s. Mainz, Kurfürsten
 – -Winnenburg-Beilstein, Lothar Freiherr
 von (gest. 1663), trierischer Landhof-
 meister, Amtmann zu Koblenz 74, 75,
 93
 Metz (franz. Departement Moselle) 350,
 510
 Meyden, Dietrich von, Agent in Rom 12,
 13, 59
 Meyer, Helmig 93
 Miller, Philipp (1613–1676), Pater S. J.,
 kaiserl. Beichtvater 425
 – von der Lühnen, schwed. Obrist und
 Resident in Hannover 439, 450, 451,
 459; K 437, 444, 447, 456
 Millet de Jeurs, Guillaume, franz. Diplo-
 mat 251–253, 256, 283, 288, 289, 304
 Minden, Stadt und Festung 10, 381, 439,
 441, 445, 451
 – Konferenz 1677 487–489, 492
 – Fürstentum 6, 55, 368, 380, 385, 505
 Mockel, Johann Philipp (geb. 1601), Chor-
 bischof und Thesaurar zu St. Kunibert
 in Köln (nachgewiesen 1640–1666),
 Apostolischer Protonotar 62, 63
 Modersohn, Theodor, Jesuit 28
 – Heinrich, Lizentiat, Fürstl. Münst. Rat 7
 Möller, Baron von Griem, David, niederl.
 Kapitän 360
 Moers, Grafschaft 370, 395
 Mole, von 213
 Molitor(is), Gereon, kurmainz. Vizedom-
 amtsrat, Landgerichtsassessor im Eichs-
 feld 185, 186
 Moller, David 408
 – Matthias, Soldat aus Hamm 45
 Moltke, Gustav Bernhard von, braun-
 schweig-calenberg. Hofmeister 451, 456
 Mom, niederl. Kapitän in Deventer 360
 Mons (belg. Prov. Hennegau), Festung
 522, 525

- Monschau (Kr. Monschau) 497
- Montecuccoli, Raimund Graf von, Herzog von Melfi (1609–1680), Kaiserl. Generalfeldmarschall 147, 180, 182, 365, 367, 368, 370–377, 401, 425, 486
- Monterey, Juan Domingo de Zuniga y Fonseca, Duque de, Statthalter der Span. Niederlande 1670–1675 357
- Montmartre (Stadt Paris), franz.-lothring. Vertag 1662 166
- Mornas, General, kurköln.-münst. Oberbefehlshaber 361, 411
- Morrien zu Calbeck, Gerhard von 109
- zu Nordkirchen, Ferdinand Freiherr von (gest. 1680), Erbmarschall des Fürstbistums Münster 109, 378
- zu Rheine, Johann von 91
- zu Stover, Dietrich von (gest. 1658) 17
- Mortaigne, Johann Bertram de, niederl. Gesandter 316, 317, 321
- münst. Obrist 499
- Mottes, Philippe François d'Ennetières, Seigneur de M., Span. Rat und Trésorier général der Domänen und Finanzen in den Span. Niederlanden 493, 495
- Mousseaux s. Dufresne
- Mühlhausen i. Thüringen, Konferenz 1669 313; 1675 457, 458
- Müller, Lorenz, braunschweig-cellscher Legations- und Kriegerat 286, 459
- München, kurfürstl.-bayr. Hof 4, 5, 115, 203
- Münster, Stadt 2, 13, 17, 18, 27, 28, 36, 61–69, 78–80, 83, 87 ff., 100, 104–115, 118, 122–162, 167–174, 184, 269, 276, 278, 365, 371, 378, 379, 424, 485
- Zitadelle 110, 168, 316
- St. Ludgeri 59
- Überwasserkirche 161
- Fraterhaus 205
- Jesuiten 8, 11, 34, 61, 63
- Krameramt 120, 121, 143
- Fürstbistum: Fürstbischof Ferdinand von Bayern (reg. 1612–1650) s. Köln, Kurfürstentum; Christoph Bernhard von Galen (1606–1678, reg. seit 1650); Ferdinand von Fürstenberg (reg. 1678 bis 1683) s. Paderborn, Fürstbistum; Maximilian Heinrich von Bayern (reg. 1683–1688) s. Köln, Kurfürstentum
- Weihbischöfe s. Sterneberg gen. Düsseldorf
- Erbkämmeramt 170, 262, 473
- Muijden (niederl. Prov. Nordholland) 486
- Muncken, Lauritz, dän. Obrist 504
- Nagel, Dietrich Hermann von, Herr zu Vornholz, münst. Generalwachtmeister 43, 80, 199, 284, 360, 382, 407, 413, 422
- Namur (Belgien) 495, 497, 500
- Nancy (franz. Departement Meurthe-et-Moselle) 510
- Nassau, herzogliches Haus 75
- Grafschaften 388
- Dillenburg, Georg Friedrich Graf von (1606–1674, reg. seit 1664) 192
- Hadamar, Johann Ludwig Graf von (1590–1653, reg. seit 1606) 3–5, 8; K 11, 45
- Siegen, (Johann) Moritz Graf von (1604–1679, reg. seit 1664), kurbrandenburg. Statthalter (1666–1679) in Kleve 139, 140
- s. Odijk
- s. Oranien
- Natalis, Gisbert, münst. Agent in Rom K 269
- Natt, Graf von der, münst. Obrist 223, 497, 499
- Nesselrode zu Trachenberg, Franz Freiherr von (1635–1707), Erbmarschall des Herzogtums Berg 496
- Johann Adam Sigismund Bertram von (gest. 1703), Domherr zu Münster 265, 267, 478, 480
- Johann Matthias von (gest. 1674), Domherr zu Münster 308
- Johann Wilhelm von (gest. 1693), Domherr zu Münster 308, 511–513
- Neuburg a. d. Donau, fürstl. Residenz 181, 325
- Neuhäusel (tschechisch: Nové Zámky) 173
- Neuhaus b. Paderborn, bischöfl. Residenz 15, 259–262, 351, 354, 387, 388
- Neustadt a. R. 443
- Neuß, kurköln. Festung 16, 17, 19, 358, 406, 410, 416
- Konferenz 1667 273 ff., 279, 281, 282
- Neuwied (Kr. Neuwied) 499
- Nicolartius (Nicolartz), Heinrich Franz, Hildesheimer Vizekanzler 137, 318, 324
- Petrus, münst. Generalvikar (bis 1646) 31
- Niederlande, Spanische: Statthalter Leopold Wilhelm Erzherzog von Osterreich 1647–1656 (gest. 1662); Don Juan d'Austria 1656–1659 (gest. 1679); Luis de Benavides Carillo, Marques de Fromiata 1659–1664 (gest. 1668); Francisco de Moura y Cortereal, Marques de Castel-Rodrigo 1664–1668 (gest. 1675); Inigo Melchior Fernandes de Velasco, Duque de Feria 1668–1670; Juan Domingo de Zuniga y Fonseca, Duque de Monterey 1670–1675; Carlos de Gurrea, Duque de Villahermosa 1675–1677; Alexander Farnese, Duque de Parma 1678–1682 (gest. 1689) 64, 165, 192, 196, 202, 207, 210, 212, 214, 222–224, 229, 232, 240, 243, 251, 254, 276–279, 285, 304, 305, 321, 348, 357, 422, 454, 466, 483, 489 ff., 508, 509, 521, s. auch unter den einzelnen Statthaltern

- Vereinigte: Ratpensionär der Generalstaaten Johann de Witt (amtiert 1653 bis 1672); Statthalter, seit 1674 Erbstatthalter Wilhelm III. von Oranien (1672–1702); Ratpensionär Kaspar Fagel (amtiert 1672–1688) 4, 18, 19, 28, 29, 34, 44, 45, 49, 57, 58, 71, 95–526
- Niederrheinisch-westfälischer Reichskreis 21, 23, 25, 40, 42, 43, 49, 52–58, 67, 68, 71 ff., 84, 122, 138–140, 147, 173, 181, 182, 189–193, 196, 199, 218, 219, 227, 233, 234, 247–249, 273 ff., 286, 320–322, 331 ff., 382, 401, 420, 424–433, 438, 452, 457, 459, 473, 486, 513, 521
- Niedersächsischer Reichskreis 42, 47, 49, 51, 54, 65, 102, 136, 171, 246–248, 328, 401, 433, 459, 506, 508
- Niederstift Münster, geistl. Gerichtsbarkeit 261
- Nienborg (Kr. Ahaus) 293
- Nienburg a. d. Weser, Festung 200, 221, 443, 463
- Nienhues, münst. Ratsherr 111
- Nieuwschans (niederl. Prov. Groningen) 390
- Nimwegen (niederl. Prov. Gelderland) 467, 470, 472, 479, 482, 487, 488, 505, 509, 512, 518 ff.
- Nitzaw, münst. Obrist 451, 498
- Norden (Ostfriesland) 502
- Nordenspital (Stadt Hamm) 249
- Nordhorn (Kr. Grafschaft Bentheim) 244, 245, 248, 274, 413
- Nottuln (Landkr. Münster) 160
- Nürburg (Kr. Adenau) 499
- Nürnberg, Exekutionstag 21, 42, 44; geplanter Sitz der Reichsdeputation 133
- Oberhausen** (Stadt Oberhausen), Haus 361, 384
- Oberrheinischer Reichskreis 21, 39, 49, 50, 65
- Obersächsischer Reichskreis 51, 65
- Odijk, Willem Adriaan van Nassau, Heer van, niederl. Gesandter 522
- Odenburg (ungar. Sopron) 182
- Ödingberg (Kr. Iburg), Hof 315
- Oer zu Nottbeck, Caspar Hermann von 113
- Osterreich, Haus 99, 107, 115–118, 121 bis 127, 130, 131, 135, 136, 144, 151, s. auch Römisches Reich, Kaiser
- Leopold Wilhelm, Erzherzog von (1614 bis 1662), 1626 Bischof von Passau und Straßburg, 1627 Bischof von Halberstadt, 1637 Bischof von Olmütz, 1647 Statthalter der Span. Niederlande, 1655 Bischof von Breslau, Hoch- und Deutschmeister seit 1641 3–5, 16
- Ottingen-Wallerstein zu Katzenstein-Baldern, Wolfgang Graf von (gest. 1708), Reichshofratspräsident, kaiserl. Kämmerer und Geh. Rat 328
- Oldenburg, Herzogtum: Herzog Anton Günther (1583–1667, reg. seit 1603) danach dänisch 37, 42, 65, 175, 236, 294, 437, 445, 458, 459, 464, 504, 506
- Oldenzaal (niederl. Prov. Overijssel) 218, 413
- Oldersum b. Emden 493, 502, 503
- Oliva (Westpr.) 151
- Olmütz, Domkapitel s. Requesens, Peter de
- Ommeren, Rudolph van (gest. 1689), staatlicher Deputierter 225
- Ommerschans (niederl. Prov. Overijssel) 362
- Ootmarsum (niederl. Prov. Overijssel) 218, 244, 413
- Oranien, Amalia Prinzessin von, geb. Gräfin von Solms-Braunfels (1602 bis 1675) 195
- Wilhelm Prinz von (1650–1702, 1672 Statthalter, 1674 Erbstatthalter der Vereinigten Provinzen) 45, 96, 134, 138 bis 144, 169, 178, 179, 188, 208, 209, 213, 217, 333, 352, 353, 369, 389, 392, 396, 399–401, 411, 418–422, 425, 438 bis 440, 443, 447, 464, 468, 482, 483, 490–494, 509–511, 520, 522, 525
- Besetzung des Hauses in Bevergern 15, 44–46
- Orsoy (Kr. Moers), Festung 215, 356, 358
- Osnabrück, Stadt 378
- Konferenz 1654 69–74, 189, 190
- Domkapitel 5, 59
- Fürstbistum: Bischof Franz Wilhelm von Wartenberg (1593–1661, reg. seit 1625), 1630–1648 Koadjutor von Verden, 1631–1648 Administrator von Minden, seit 1649 Bischof zu Regensburg, Kardinal 5, 6, 13–19, 22–25, 39 bis 41, 44, 48–50, 59, 60, 79, 89–92, 154, 155, 261; K 54, 66, 68; Ernst August Herzog von Braunschweig-Lüneburg (1629–1698, reg. 1662–1679, dann Herzog in Hannover, 1692 Kurfürst) 200, 209, 216, 221, 236, 247, 261, 286, 293, 315, 329, 387, 422, 438, 458–462, 487, 490, 491, 496, 511, 513, 521; K 304
- Ossery, d', General 210, 241
- Ostende (belg. Prov. Westflandern) 486
- Ostendorf (Kr. Recklinghausen), Haus 341, 350, 355, 357, 371
- Ostfriesland, Grafschaft: Graf Georg Christian (1636–1688) 16, 17, 37, 96, 176–179, 207, 221, 245, 252, 316, 365 bis 367, 435–437, 456–459, 462–465, 475–480, 487, 492–494, 501–504, 507, 510
- Agnes Gräfin von 175
- Enno III. Gustav Graf von (1565–1608) 175
- Sabina Katharina Gräfin von 175
- Ostsee 49, 98, 207

- Ottenstein (Kr. Ahaus) 88, 110, 185
 Ottersberg (Kr. Achim) 454, 462, 525
 Ott(h)o von Mauderode, Otto
 s. Mauderode
 Ottoboni, Pietro (gest. 1691), Kardinal
 seit 1652, Bischof von Brescia seit 1654,
 Papst Alexander VIII. seit 1689 271
 Ottos, Erich Joachim, münst. Obrist
 497-499
 Overijssel, niederl. Provinz 57, 205, 209,
 293, 297, 333, 361-365, 369, 370, 380,
 383, 384, 388-397, 401, 402, 406-410,
 414, 485
 Pachau, Sekretär Lionnes 306, 314; K 313
 Paderborn, Fürstbistum: Bischof Dietrich
 Adolf von der Recke zu Kurl (1601 bis
 1661, reg. seit 1650) 2, 7, 13-19, 25, 26,
 37-41, 44-52, 59, 65, 83, 85, 100, 129,
 154, 201; K 23, 24, 40, 54, 97; Ferdin-
 and von Fürstenberg (1626-1683, reg.
 seit 1661, seit 1668 Koadjutor zu Münster,
 1678 Bischof daselbst) 169, 170, 183,
 192, 201, 209, 216, 258-272, 285, 308,
 309, 314, 317, 318, 340, 346, 351, 354, 355,
 373-377, 382, 387, 403, 422, 425, 428,
 431, 433, 437-439, 448, 451, 452, 468,
 469, 490, 491, 512, 513, 524, 526; K 219,
 347, 383, 401, 407, 465, 466, 484, 501,
 502, 509
 - Weihbischöfe s. Frick, Bernhard
 Paffenrode, Roloff van, niederl. Gesandter
 244
 Pagenstecher, Andreas Christian (1612 bis
 1677), hessen-kasselscher Geh. Rat
 16-19, 38-40, 44, 46, 50, 56, 102
 - Arnold Gisbert (1615-1688), bentheim-
 scher Kanzler, dann kurbrandenburg.
 Rat 281, 300
 Paland, E. A. van, niederl. Gesandter 244
 Palandt, Johann Hermann von (gest.
 1672), Domherr, 1658 Domkellner,
 1666 Domkantor zu Münster 33, 263
 bis 267, 308
 Pallavicinio, Opizio (1632-1700), Nuntius
 in Köln 1672-1680, 1686 Kardinal 384,
 391-394
 Passau, Bistum s. Österreich, Leopold
 Wilhelm, Erzherzog von
 Peenemünde (Kr. Swinemünde) 516
 Peine (Kr. Peine), hildesheim. Festung 43,
 341
 Peñaranda, Don Gaspar de Bracamonte
 y Guzman, Conde de P., span. Käm-
 merer und Rat 122, 123, 126
 Péronne (franz. Département Somme) 312
 Peter Philipp, Bischof s. Bamberg
 Petkum, Edzard Adolf von (gest. 1721),
 seit 1676 dän. Reg. Rat in den Graf-
 schaften Oldenburg und Delmenhorst,
 1684 Drost zu Varel 519
 Pfalz, Kurfürstentum: Kurfürst Karl
 Ludwig (1617-1680, reg. seit 1649),
 203, 247, 250, 294, 305, 312, 357, 408,
 425
 Pfalz-Neuburg, Herzogtum: Herzog
 Wolfgang Wilhelm, Pfalzgraf zu Neu-
 burg, Herzog zu Jülich und Berg (1578
 bis 1653, reg. seit 1614); Philipp Wil-
 helm (1615-1690, reg. seit 1653, seit
 1685 Kurfürst von der Pfalz) 14, 18-26,
 42, 51-58, 63-77, 82-87, 92, 98-107,
 116, 117, 122, 127, 129, 133-137, 140,
 144-147, 153, 156-158, 161, 163, 166,
 168, 172, 173, 181-185, 188-199, 202,
 203, 212-215, 219-226, 229-236, 242,
 248, 251-256, 260, 264, 265, 273-277,
 280-285, 288, 291, 293, 304-309, 312,
 321, 327, 331-339, 342-345, 351-354,
 370, 381-384, 396, 403, 404, 407, 413,
 422, 426-430, 471, 478, 482, 486-491,
 494-505, 509-512, 517; K 61, 151, 243,
 294, 320
 Pfalz-Zweibrücken, Haus 68
 Philipp Konrad, Graf s. Bentheim-Stein-
 furt
 Philipp Wilhelm, Herzog s. Pfalz-Neu-
 burg
 Philippsburg (Kr. Bruchsal) 251
 Pielack, Hans Bernhard, Obrist, Kom-
 mandant in Höxter 403
 Plettenberg, Christian von (gest. 1687),
 Domherr, seit 1666 Domscholaster zu
 Münster 261, 262
 - zu Lenhausen, Bernhard von 260
 - Friedrich Christian von (1644-1706),
 Domherr (1665) zu Münster, 1677
 Propst zu St. Martini in Münster, 1687
 Generalvikar, 1688 Bischof zu Münster
 262
 - Wilhelm(?) von, kaiserl. Generalwacht-
 meister 140
 Pleuren, Oswald von, münst. General-
 wachmeister 186, 202; K 241
 Podewils, Heinrich von (1615-1696),
 hannov. General 443
 Polen, Königreich: König Johann Kasi-
 mir Wasa (1609-1672, reg. 1648-1668),
 Michael Wisniowiecki (reg. 1669-1673),
 Johann Sobieski (reg. 1674-1696) 77,
 83, 90, 98-103, 106, 125, 166, 191, 224,
 248, 254, 278, 279, 282, 288, 314, 364,
 407
 Polle (Kr. Hameln-Pyrmont) 433, 437
 Pommern, Herzogtum 41, 461, 466, 470,
 489, 516
 Pomponne, Simon Arnauld, Marquis de
 (1618-1699), franz. Gesandter in
 Schweden und Den Haag, 1671 Staats-
 sekretär 307, 332, 341, 344, 345, 370,
 388-391, 399, 412, 423, 512; K 350, 351,
 400, 402, 404, 409, 414-419

- Portugal, Königreich: König Joao IV. (reg. 1640–1656), Affonso VI. (reg. 1656–1667), Pedro II. (reg. 1667–1706) 198, 224, 241
- Porzia, Johann Ferdinand Graf (1664 Fürst) von (1606–1665), kaiserl. Obersthofmeister 122, 134, 183, 188; K 300
- Post, münst. Obrist 175, 241, 410, 422
- Potsdam, Stadt 349
- Pradel, François de Vilanders et P., franz. General 210–222
- Prag, Stadt 188
- Preußen, Herzogtum 41, 101
- Prot, Berend van, niederl. Kapitän 366
- Pufendorff, Esaias (1628–1689), bremenscher Staatsrat und Kanzler 459, 460, 467; K 427, 505
- Samuel von (1632–1694), Historiograph 215
- Puling, münst. Obrist 493
- Putbus (Insel Rügen), Baronie 516
- Pyrenäenfriede 166
- Pymont (Kr. Hameln-Pyrmont), Grafenschaft 201
- Quentel, Thomas, Dr., kurköln. Rat und Domherr 487
- Raalte (niederl. Prov. Overijssel) 395
- Rabe s. Rave
- Rabenhaupt, Freiherr von Sucha, Karl (gest. 1675), hessen-kasselscher, dann niederl. General 371, 400, 413
- Ränckener s. Gans von Ränckener
- Raesfeld (Kr. Borken) 391
- zu Twickelo, Goswin von, Drost der Twenthe 301
- Gottfried von (gest. 1586), Domdechant zu Münster 28
- zu Ostendorf, Johann Adolf von, Drost zu Dülmen 281
- s. Velen zu Raesfeld
- Ramsdorf (Kr. Borken) 91
- Rathenow (Kr. Rathenow) 442
- Ratzeburg, Bistum 6
- Rave, Jobst Herrmann (1629–1677), Fürstl. Münst. Geh. Rat, seit 1672 weltl. Hofrichter 160, 185, 239, 244, 252, 327, 343, 352, 359, 365, 403, 409, 410, 422, 451, 455, 467, 468, 472, 477, 479, 482; K 19, 389, 484
- Christoph Ludwig, münst. Obristleutnant 499, 500
- Ravensberg, Grafschaft 55, 293, 370, 380, 381, 384, 407, 441
- Festung (Kr. Halle i. W.) 384
- Ravenstein (niederl. Prov. Nordbrabant), Herrschaft 105, 182
- Rebecke, Joachim, Soldat aus Brandenburg 45
- Recke zu Heessen, Bernhard Theodor von der, Domherr zu Münster (resigniert 1650) 12
- zu Kurl, Dietrich Adolf von der, s. Paderborn Bischöfe
- Dietrich Jobst von der, Domherr 1659 bis 1703 zu Münster 264, 308, 309
- zu Steinfurt, Johann von der (gest. 1666) 109
- zu Steinfurt, Matthias von der, Domherr 1652–1688 zu Münster 29, 269, 270; K 30
- Matthias Friedrich von der (gest. 1701), seit 1665 Domherr zu Münster, 1678 Propst zu St. Mauritiz, 1689 Domdechant zu Münster 262, 355
- Recklinghausen, Vest 334, 458
- Redkwein, Paderborner Rat 46
- Reede, Godard Adrian van, s. Amerongen
- Hendrik s. Renswoude
- Rees (Kr. Rees), Festung 381, 411
- Regensburg, Reichstag 1653 48 ff., 60; Reichstag 1663 173 ff., 208, 221, 245, 274, 394
- Konferenz der niederrhein.-westfäl. Kreisstände 1663 190
- Direktorialvergleich Münster – Pfalz-Neuburg 1653 53, 54, 273
- Reichsdeputation 133, 147, 148, 208
- Rheinbundrat 283, 289, 390
- Bischof 154, s. Wartenberg, Franz Wilhelm von
- Reiderland (Kr. Weener) 175, 176
- Reifferscheid (Kr. Schleiden), Herrschaft 499
- Remigius, Franziskaner 270
- Rennertshofen (Kr. Neuburg a. d. Donau) 181
- Renninger (Reniger), Simon von, 1649 bis 1666 kaiserl. Resident in der Türkei 183
- Renswoude, Hendrik Jonkheer van Reede tot (gest. 1669), niederl. Gesandter K 295
- Rentorp, G., Lic. jur. in Brüssel 233, 239, 240; K 224, 228
- Requesens, Peter de, Kanonikus zu Olmütz 5
- Resteau, Kaufmann 50
- Retz, Jean François Paul de Gondi, Kardinal de (1614–1679) 99
- Reumont, Johann Reichsritter von (1600 bis 1672), münst. Generalwachtmeister und Stadtkommandant in Münster 19, 81, 140
- Reuschenberg, Johann Freiherr von, kaiserl. Feldmarschall, pfalz-neuburg. Statthalter 55, 56, 66, 67, 69, 75, 83–86, 93, 100
- Reventlow, Konrad Graf von (1644 bis 1708), dän. Landrat, Amtmann zu Hadersleben, Obrist 519
- Rheda (Kr. Wiedenbrück), Haus 372–375
- Herrschaft 458, 462

- Rheinberg (Kr. Moers), kurköln. Festung 95, 102, 191, 232, 347, 355, 356, 360, 363, 393, 511
- Rheinbund (und Vorläufer) 22–26, 37, 52, 62, 64, 74, 78, 100–108, 111, 116–167, 172–175, 180, 183–201, 204–207, 212, 214, 224–227, 232, 236, 245, 246, 250 bis 253, 269, 277, 279, 283, 290, 294, 305, 313, 318, 348, 433, 448, 480, s. auch Regensburg, Rheinbundrat
- Rheine (Kr. Steinfurt) 368, 431, 434, 463, 464, 485, 503
- Rheinfels s. Hessen-Rheinfels
- Rheingraf s. Wild- und Rheingraf
- Riedesel, Herrschaft 499
- Rietberg (Kr. Wiedenbrück), Grafschaft 37, 154, 175, 435, 437, 458, 462, 487
- Ort 253
- er Zollbrett 201
- Ripperda tot Weldam, Drost 194
- Ritzbüttel b. Cuxhaven 462
- Roberti, franz. Intendant 402, 403
- Roberts, Johann, Soldat 45
- Römer, Bernhard, Lizentiat 17
- H. K 120
- Heinrich, Bürgermeister (1661–1669) zu Münster 302
- NN. K 171
- Römisches Reich, Kaiser: Ferdinand III. (1608–1657, reg. seit 1637), Leopold I. (1640–1705, reg. seit 1658) 3–526
- Ferdinand II. (1578–1637, reg. seit 1619) 3
- Friedrich I. Barbarossa (um 1123–1190, reg. seit 1152) 10
- Joseph I. (1678–1711, reg. seit 1705) 376
- Reichsvikariat 110, 111, 119, 121, 126
- Roermond (niederl. Prov. Limburg) 436, 438, 495, 496
- Roeskilde (Dänemark) 466
- Rohrsen (Kr. Nienborg) 443, 444, 449
- Rojas s. Roxas
- Rollinger, münst. Obrist 497–499
- Rolshausen, Schloß s. Bütgenbach
- Rom, Päpste: Innozenz X. (Giambatista Pamfili, reg. 1644–1655) 30, 62, 87; K 28, Alexander VII. (Fabio Chigi, reg. 1655–1667) 30, 87, 88, 98–101, 107, 113, 125, 169, 219, 224, 242, 243, 258 bis 272, Klemens IX. (Giulio Rospigliosi, reg. 1667–1669) 261, 264, 268–272, 278, 291–295, 307–312, 344, Klemens X. (Emilio Altieri, reg. 1670–1676) 353, Innozenz XI. (Benedetto Odescalchi, reg. 1666–1689) 303, 477
- Gregor X. (reg. 1271–1276) 10
- Pius V. (reg. 1566–1572) 265
- Romswinkel, Matthias, kurbrandenburg. Geh. Rat (seit 1665), klev. Vizekanzler 482
- Rose, münst. Obristleutnant 499
- Rosenbach, Bernhard Freiherr von, münst. Obristleutnant 239
- Rosenhan, Schering Baron (gest. 1663), schwed. Reichsrat und Oberstatthalter zu Stockholm 67
- Rospigliosi, Giulio (1600–1669), Kardinal seit 1657, 1667 Papst Klemens IX. 264, 310, 311
- Rotenburg (Kr. Rotenburg), Amtshaus des Fürstentums Verden 454, 455, 460, 462, 492, 525
- Rotfoß, Albert, münst. Korporal 88
- Rottendorff, Bernhard, Dr. med. 155
- Christine (Ehefrau Nikolaus Drachters) 155
- Rotterdam, Stadt 353
- Rousseau de Chamoy, Louis, franz. Diplomat 404, 405, 408, 409, 412, 414 bis 419, 422, 423, 447–451, 467
- Rouveen (niederl. Prov. Overijssel) 210, 388
- Roxas de Spinola, fray Cristóbal (1624 bis 1694), Bischof von Tina, kaiserl. Gesandter 194
- Rudolf August, Herzog s. Braunschweig-Lüneburg
- Rübell von Biberach, Hans Leopold (gest. um 1700), Kurkölnischer Obristleutnant, lippischer Rat und Hofrichter 457
- Rügen, Insel 466, 488, 504–508, 514–520, 522
- Ruhrort, Stadt 141
- Runkel, Herrschaft 499
- Sachsen, Kurfürstentum: Kurfürst Georg I. (reg. 1611–1656), Georg II. (reg. 1656–1680) 50, 189, 270, 322, 348 bis 350, 395, 420, 456, 457, 505, 517
- August von s. Magdeburg
- Lauenburg, Herzogtum 247, 478
- Saint-Antoine, münst. Obrist 241
- Saint-Géran s. Guiche
- Saint-Germain-en-Laye (franz. Département Seine-et-Oise) 256, 257, 269, 277 (franz.-münst. Vertrag 1667); 294, 295 (franz.-engl.-niederl. Vertrag 1668)
- Saint-Pol, münst. Generalwachtmeister 341, 368
- Salins, kurköln. Generalwachtmeister 410
- Salzburg, Erzbistum: Erzbischof Guido-bald von Thun (reg. 1654–1668, seit 1666 auch Bischof zu Regensburg) Kardinal 174, 215, 296
- Sanderson s. Bampfield
- Sanfelice, Giuseppe Maria, Bischof von Cosenza, Nuntius in Köln (1652–1659) 31, 63, 125–127
- Sankt Gotthard (ungar. Szentgotthárd) a. d. Raab 182
- Sankt Mauritius (Stadt Münster), Kollegiatstift 88, 168

- Sankt Ludgersburg (Kr. Coesfeld), fürstl. Residenz 91, 192, 293, 301, 309, 380, 480
- Sasbach (Kr. Bühl), Schlacht 1675 446
- Sassenberg (Kr. Warendorf), fürstl. Residenz 136, 154, 169, 252, 261, 318, 334 bis 339, 349, 354, 355, 420, 429, 438, 441-444, 484, 507, 508
- Saur, Franz Melchior, Corveyscher Rat 173
- Sautin, Samuel, Kaufmann in Amsterdam 311, 316, 441, 446
- Savill, George, Marquis of Halifax (1633 bis 1695), engl. Diplomat K 233
- Savoyen, Eugen Prinz von (1663-1736) 376
- Sayn, Grafschaft 500, s. auch Wittgenstein
- -Hachenburg, Grafschaft 499
- Scharrenberg, von, münst. Obrist 223
- Schaumburg (-Lippe), Grafschaft 50, 56, 435, 437, 443, 446-450, 487
- Schellart, Adam Wilhelm (seit 1674 Graf) von 413
- Schenk von Winterstädt, Friedrich (1603 bis 1659), Geh. Kammerrat, braunschweig-cellischer Statthalter 40, 41, 46
- Schenking zu Ringelstein, Hermann Stephan Dietrich (gest. 1683), Domherr, seit 1672 Domkantor zu Münster 266
- Scheren (Scheer), Haus b. Coevorden 365
- Schermberg, Freiherr von, münst. Obrist 241
- Schilder, Caspar Mauritz von (gest. 1669), Domherr zu Münster 266
- Schleiden (Kr. Schleiden) 499
- Schleswig, Herzogtum 488
- Schlitzweg, Johann Philipp (1609-1676), münst. Kammerrat K 48
- Schmitt, Arent, Soldat aus Borken 45
- Schönborn, Johann Philipp von s. Mainz
- Melchior Friedrich von (1644-1717), kurmainz. Geh. Rat 231, 235, 279, 294
- Philipp Erwin von (1607-1668), Reichshofrat, Kurmainz. Obermarschall und Geh. Rat 255
- Schöneflieth (Kr. Münster, b. Greven), Haus 261, 272, 310, 311
- Vergleich von 1655 80-95, 109, 112, 138, 152, 161
- Schöning, Hans Adam von (1641-1696), kurbrandenburg. Gesandter, gest. als kursächs. Generalfeldmarschall 203, 216; K 219
- Schöpping, Bernhard, Dr., Richter zu Coesfeld 88
- Schomberg, Friedrich Herzog von (1616 bis 1690), franz. Marschall 521
- Schonen, Landschaft in Südschweden 470, 479, 489, 507, 508, 516, 517, 522
- Schorlemer, Wilhelm Heinrich von (gest. 1670), Domherr zu Münster 7, 31, 266, 267, 308, 311
- Schröder, Arnold Wilhelm, Gräfl. Steinfurter Hofkammerrat 301
- Schüngel s. Böckenförde gen. Sch.
- Schüttorf (Kr. Grafschaft Bentheim) 298, 413
- Schütz von Pfeilstatt, Johann Heinrich (gest. nach 1688), eichstädtischer Geheimer Rat und Kanzler, seit 1659 Reichshofrat 284
- Schütz, Salentin Justus Sinold gen. Sch., braunschweig-cellischer Geh. Rat 506
- Schulenburg, Johann, fürstl. Münst. Rat 171-176, 189, 366, 376, 378
- Schwäbischer Reichskreis 21, 49, 50
- Schwalbach (Untertaunuskra.) 117
- Schwartz, münst. Obrist 497-499
- Schwartzkopf, Johann (1596-1658), braunschweig-wolfenbüttelscher Kanzler 37-41
- Schwarzenberg, Ferdinand Wilhelm Eusebius Fürst von (1652-1704), kaiserl. Kämmerer, Reichshofrat 381
- Johann Adolf Graf (seit 1670 Fürst) von (um 1616-1683), österreich. Diplomat 122, 285
- Schweden, Königreich: Königin Christine (1626-1689, reg. 1632-1654), König Karl X. Gustav (reg. 1654-1660), Karl XI. (reg. 1660 unter Vormundschaft, 1672 selbständig bis 1697) 15, 16, 22, 29, 34, 35, 39, 44, 48-51, 61, 65-69, 74-84, 90, 91, 98-102, 105, 106, 113 bis 118, 121, 124-141, 144-148, 151 bis 153, 163, 184-187, 195, 196, 207, 216, 218, 221-226, 235, 238, 245-257, 270, 274, 283, 286-292, 295, 305, 307, 317, 332, 341, 344-350, 355, 357, 364, 379, 382, 390, 396, 398, 407, 419, 426-526
- Gustav Adolf (reg. 1611-1632) 6, 15
- Schweinfurt (Kr. Schweinfurt) 181
- Schwerin, Otto Freiherr von (1616-1679), kurbrandenburg. Oberpräsident 226, 231, 235, 236, 248, 287, 288, 319, 381, 445, 446; K 282
- Otto Freiherr von (1645-1709), brandenburg. Geh. Rat 333, 438; K 379
- Schwingerschanze (Kr. Stade) 481
- Seeland, niederl. Provinz 223, 230, 353
- Senden (Kr. Lüdinghausen), Gogericht 161, 170
- Sendenhorst (Kr. Beckum) 370
- Sentmaring (Stadt Münster), Haus 60
- Serinvár (Kroatien), Festung 182
- Seyse, Hans, Soldat aus Bayern 45
- 's Gravenhage, Quadrupelallianz 250-252, 286, 288
- Tripelallianz 289, 290, 295, 304-307, 313-317, 320, 322, 348, 364
- span.-niederl. Bündnis (1671) 344
- kaiserl.-niederl. Bündnis (1672) 365

- kaiserl.-niederl.-span.-lothring. Bündnis (1673) 395
- kaiserl.-niederl.-span.-münst. Bündnis (1675) 453
- niederl.-pfalz-neuburg. Vertrag (1676) 471
- Konferenz der Alliierten (1678) 509
- Sherwood, Joseph, Benediktiner in Lam-springe 198, 227, 228, 233, 240, 363
- Sijgers, R. de, niederl. Kommandant in Leerort 475
- Simons, Johann Matthias, kurköln. Hauptmann 152, 201
- Sinold gen. Schütz s. Schütz
- Sintzig, Johann Heinrich von Gertzen, Freiherr von (gest. 1673), Domherr zu Münster 266
- Sinzendorf, Rudolf Graf von (1636-1677), Reichshofrat, kaiserl. Kämmerer 178, 279
- Snellen, Heinrich, jülich-berg. Vizekanzler u. Hofgerichtsdirektor 93, 276
- Snoilsky, Georg von, bremen-verdischer Regierungsrat 51, 124, 130
- Söhlen, Joachim Friedrich, braunschweig-lüneburg. Geh. Rat 323
- Soest, Stadt 93, 380, 382
- Johann von, münst. Rittmeister 378
- Solms, Grafschaft 499
- Somnitz, Lorenz Christoph von (1612 bis 1678), hinterpommerscher Erbkämmerer und Kanzler, kurbrandenburg. Geh. Rat, Oberhauptmann zu Lauenburg und Bütow 287, 288, 381
- Souches, Ludwig Raduit de (1608-1683), kaiserl. Feldmarschall 422-425
- Souffré, Maleseritter 165
- Spaen, Alexander Freiherr von (1619 bis 1692), kurbrandenburg. Geh. Rat, kleve-märk. Regierungsrat, Gouverneur zu Kalkar und Generalmajor 193, 274, 282, 370, 440, 444, 445, 453, 457, 503, 511, 520-522
- Spanien, Königreich: König Philipp IV. (reg. 1621-1665), Karl II. (reg. 1665 bis 1700) 3, 14, 19-24, 68, 69, 84, 99, 102, 103, 106, 107, 116, 117, 122-125, 134, 141-147, 182, 197, 198, 206-214, 218, 219, 224, 230, 231, 238-242, 252 bis 256, 263, 277-293, 313-317, 344 bis 348, 363, 364, 392-403, 409-413, 418-421, 425, 436, 440, 453, 454, 471, 474-478, 481-491, 495, 508-526
- Sparr, Otto Christoph Freiherr von (1605 bis 1668), kurbrandenburg. Generalfeldmarschall, Geh. Kriegsrat 67
- Sparrenburg (Stadt Bielefeld), Festung 379, 381
- Spee, Friedrich Christian Graf von (gest. 1695), pfalz-neuburg. Marschall, Geh. Rat, Generalkriegskommissar, Hofkammerpräsident 499
- Speirmann, Heinrich, braunschweig-lüneburg. Hofrat 327
- Speyer, Stadt 51
- Bistum: Bischof Philipp Christoph von Soetern (reg. 1609-1652), Lothar Friedrich von Metternich (reg. 1652-1675), Johann Hugo von Orsbeck (reg. 1675 bis 1711) 205, 448
- Reichskammergericht 92, 97, 163, 197
- Spick, Lukas, kurmainz. Obrist 70
- Spiegel zum Desenberg, Philipp Gottfried (gest. 1658), Fürstl. Paderborner Stallmeister und Landhauptmann 26, 37, 41, 46
- Spieker (Insel Rügen), Gut 516
- Spielberg, pfalz-neuburg. Regiment 168
- Spöde, Bernhard, münst. Ingenieur 341, 357
- Spörcke, Werner Hermann von (gest. 1693), braunschweig-lüneburg. Kriegs- und Schatzrat 327, 328
- Sporck, Johann Graf von (um 1601 bis 1679), kaiserl. General 406, 408, 412 bis 415, 420, 421
- Stablo (Stavelot, belg. Prov. Lüttich) 493, 497
- Stade, Stadt und Festung 429, 443, 453, 454, 460-473, 477, 482
- Stadtkyll (Kr. Prüm) 499
- Stafford, John, engl. Gesandter K 219
- Stampa, E. D., Gräfl. Steinfurter Hofkammerrat 301
- Stapelmoor b. Weener 179
- Staphorst (niederl. Prov. Overijssel) 210, 388
- Starhemberg, Konrad Balthasar Graf von (1612-1687), Landrat, Regimentsrat und Statthalter in Niederösterreich, kaiserl. Kämmerer, Obriststallmeister, Geh. Rat 241
- Stavelot s. Stablo
- Stecke, Dietrich, münst. Obrist 360
- Steenwijk (niederl. Prov. Overijssel) 383, 400
- Steiermark, Herzogtum 181, 182
- Steinen, Gottfried von (gest. 1675), pfalz-neuburg. Obristleutnant, berg. Landkommissar, Rat und Kämmerer 242
- Steinfeld (Kr. Schleiden), Abtei 499
- Steinfurt (Kr. Steinfurt), Herrschaft 298, 303
- Steingen, münst. Kriegskommissar 174, 175; K 181
- Steiniger (von Schönkirchen), Johann, schwed. Kriegskommissar 66
- Sterneberg gen. Düsseldorf, Johann (um 1589-1662), Weihbischof zu Münster, Bischof von Sebasta, Propst zu Xanten 15, 31, 122

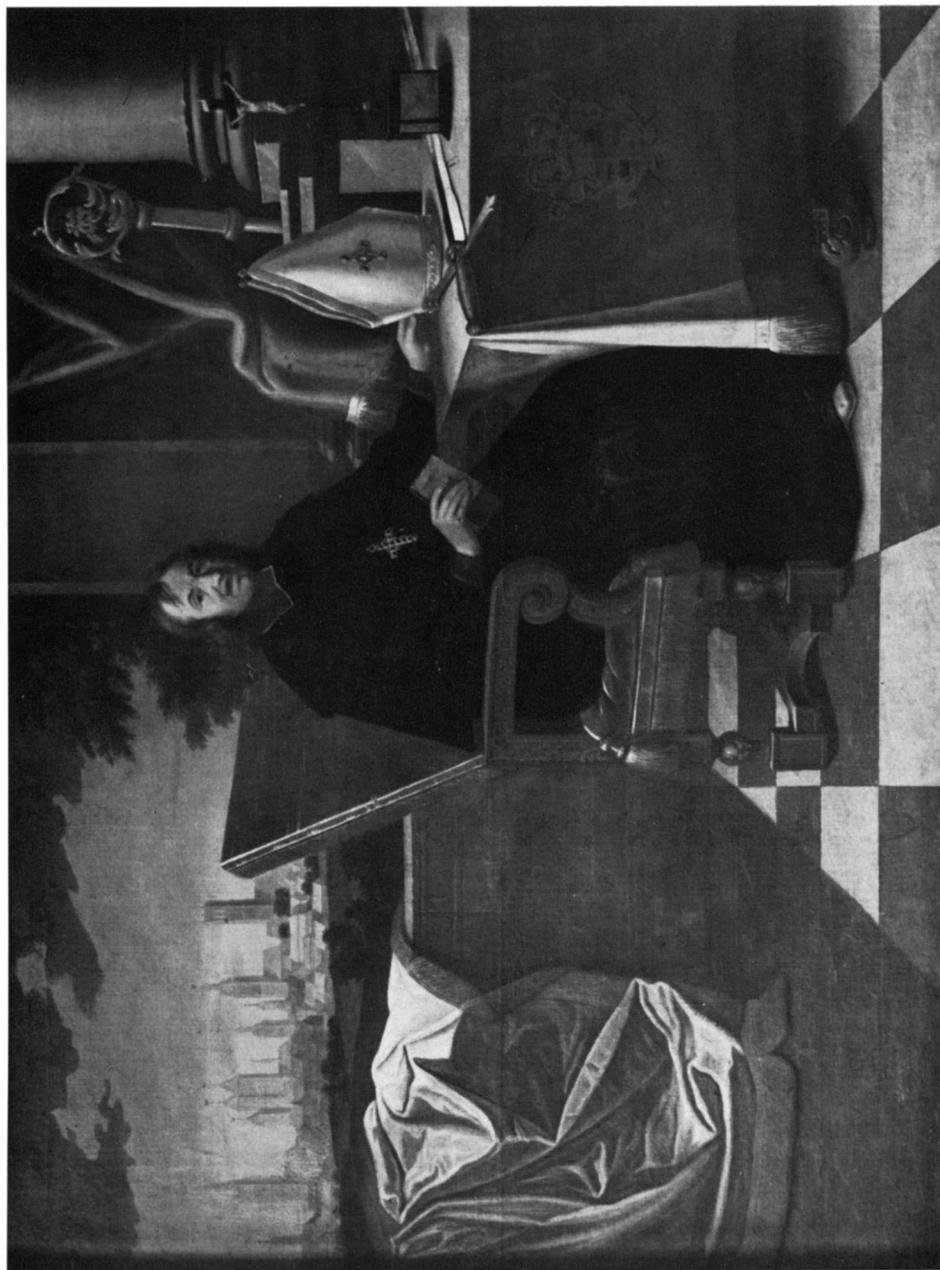
- Stettin (Pommern), Festung 490, 505
 Stickhausen (Kr. Leer) 476
 Stockholm 305, 316
 Stolberg, Grafschaft 499
 Straßburg, Reichsstadt 254
 – Bistum 161
 – Juristenfakultät 97
 Stratmann, Dietrich Althet Heinrich von (gest. 1693), pfalz-neuburg. Rat, Kanzleidirektor, jülich-berg. Vizekanzler 331, 381, 382, 386, 521
 Stromberg (Kr. Beckum), Burggrafschaft 33, 48
 – Fürstbischöfl. Münst. Amt K 219
 Stucke, Johann (1587–1653), schwed. Kanzler des Herzogtums Bremen 46
 Sulingen (Kr. Grafschaft Diepholz) 473
 Szombat (Ungarn), Stadt 182
- Taaffe s. Carlingford
 Tarent, Prinz von s. Trémouille
 Tecklenburg, Grafschaft 83, 96, 410, 419, 422, 435, 437, 458, 459, 462, 487, s. auch Bentheim-Tecklenburg
 Tegederhof s. Eidkrodt
 Temple, William (1628–1699), engl. Diplomat 170, 197, 198, 210, 233–239, 242, 289, 304; K 227
 Ten Beek, Matthis, Soldat aus Visé 45
 Tenfelde, münst. Offizier 499
 Terwellen, Johann, Gerichtsprokurator in Münster 378
 Teves Tello y Guzman, Don Gaspar de, Conde de Benasuya y Florencia, Marques de la Fuente K 210
 Thedinghausen (Kr. Syke) 66, 439, 451, 462, 468, 469, 473, 525
 Therstrote, Ludwig, Franziskaner 12
 Thiels, münst. Kommissar 492
 Thorn (belg. Prov. Lüttich), Stift 98
 Thorr (Kr. Bergheim) 499
 Thou, Jacques Auguste de, Comte de Meslay, franz. Diplomat 103, 142, 143, 149, 156, 157, 162, 164; K 151
 Thun, Guidobald von s. Salzburg, Erzbistum
 Thurn und Taxis, Fürst 171
 Tienen (Belgien) 495
 Timmerscheid, Lizentiat, Bürgermeister zu Münster 123, 159, 160
 Tirlmont (belg. Prov. Brabant) 64
 Tocht, Jakob van der (gest. 1686), Altbürgermeister und Pensionär von Gouda, niederl. Gesandter 486
 Todt, Graf, schwed. Gesandter 391
 Toller, Lutter (Lothar), münst. Obrist, Stadtkommandant zu Münster 311, 377
 Tondorf K 79
 Tonser, Diener Graf Johann Ludwigs von Nassau K 11, 45
- Tork, Johann Rotger (gest. 1686), Domherr seit 1649 zu Münster, seit 1659 Dompropst zu Minden, 1674 Domdechant zu Münster, Präsident des Domkapitels 11, 13, 31, 87, 216, 259 bis 265, 268–272, 294, 311, 312, 351, 352, 355, 373, 468, 501, 512; K 60, 61, 63, 229, 484, 502, 509
 Tournai (belg. Prov. Hennegau), Festung 285
 Trauttmansdorff, Johann Friedrich Graf von (gest. 1696), Reichshofrat, kaiserl. Kämmerer und General 420
 Trémouille, Henri Charles de la T., Prinz von Tarent (1621–1672), niederl. General der Kavallerie, Gouverneur von 's Hertogenbosch 208, 209
 Trient, Konzil 30
 Trier, Kurfürstentum: Kurfürst Philipp Christoph von Sötern (reg. 1623–1652), Karl Kaspar von der Leyen (reg. 1652 bis 1676), Johann Hugo von Orsbeck (reg. 1676–1711) 24, 67, 69, 70, 74, 82 bis 85, 92, 104, 127, 130–133, 202, 216, 229, 270, 279–283, 304, 305, 313, 320, 322, 346–349, 400, 430, 433, 435, 448, 449, 486, 495, 498, 500
 – Stadt 396, 397, 436, 446, 448, 486
 – Domkapitel 25
 Türkei, Sultan Mohammed IV. (reg. 1648 bis 1687) 147, 160, 163, 167, 168, 172, 173, 177, 178, 181–188, 279, 295, 306, 311, 342, 347, 353, 363, 413, 422, 452
 Turenne, Henri de Latour d'Auvergne, Vicomte de T. (1611–1675), franz. Marschall 21, 220, 257, 314, 367–371, 375, 379–388, 392, 394, 397, 401, 404, 406, 408, 442, 446; K 373
 Tutelius, J. 13
 Twickel zu Venhaus, Christoph von 360
 – zu Havixbeck, Johann Bevern von (gest. 1679), Drost zu Rheine und Bevergern 45, 175, 176, 244, 327, 339, 366, 419
 – zu Havixbeck, Johann Rudolf von (gest. 1672), münst. Rittmeister und Obrist 45, 453
 – zu Havixbeck, Rudolf von 17
 Twickelo (Prov. Overijssel), Haus b. Delden 218, 301
- Ubach s. Uppach
 Ungarn, Türkenfeldzug in (1661) 168, 173, 178–188, 347, 381, 422, 426
 Unna (Kr. Unna) 370, 375
 Uppach (Ubach), Heinrich von, münst. Major aus Cornelimünster 358
 Usingen, Herrschaft 500
 Uslar (Kr. Uslar) 350
 Utrecht, Stadt 198, 248, 291
 – Bistum 297

- Vagedes, Johannes (gest. 1663), Generalvikar zu Münster, Dechant zu St. Martini 11, 80, 169
 – münst. Kriegskommissar 477
- Valckenier, Gillis (gest. 1682), Bürgermeister zu Amsterdam 325
- Valenzuola, Fernando Marques de (gest. nach 1681), span. Premierminister 478
- Vane, Walter, engl. Gesandter 198, 217, 223–226
- Varenholz (Kr. Lemgo) 439
- Varenne, trier. Hofkavalier 498
- Varlar (Kr. Coesfeld), Prämonstratenserkloster 31
- Vasvár (Ungarn) 182, 183
- Vaudémont, Charles Henri Prince de (1649–1723), General 483
- Vechta (Kr. Vechta), Festung 15, 16, 23, 43, 48–51, 56, 92, 134, 316, 317, 365, 368, 443
 – Fürstbischöfl. Münst. Amt 28, 262
- Vege sack b. Bremen 66, 462
- Velbrück zu Graben, Konrad Gumpert von (gest. 1673), pfalz-neuburg. Obrist, dann Generalwachtmeister 147, 202
- Velen und Megen, Alexander Graf von, Herr zu Raesfeld (1599–1675), kaiserl. Generalfeldmarschall 18, 44, 89, 167, 189, 391; K 168, 190, 209, 210
- Velen zu Velen, Dietrich Freiherr von (geb. 1591), Drost im Emsland 41, 43
 – Dietrich Anton Freiherr von (1647 bis 1700), Domherr, seit 1668 Vizedominus zu Münster 267, 303, 355, 366, 418, 431
 – Hermann Matthias Freiherr von (geb. 1632) K 209, 210
- Velp (niederl. Prov. Gelderland) 363
- Veluwe, niederl. Landschaft 414
- Venlo (niederl. Prov. Limburg) 241, 436
- Verden a. d. Aller, Stadt 66, 453, 483, 505, 514
 – Fürstentum 441–443, 461, 462, 469–492, 515, 525
- Verjus, Comte de Crécy, Louis (1629 bis 1709), franz. Staatsrat, Diplomat 327 bis 338, 343–346, 349–355, 367, 368, 374, 382, 385–388, 411, 423, 424, 427, 432 bis 437, 444–450, 468, 512
 – Antoine (1632–1706), Jesuit, franz. Diplomat 512
- Verviers (belg. Prov. Lüttich) 495, 497
- Viehoff, Lizentiat in Münster 81, 92
- Vierlande b. Hamburg 500, 504
- Viertenhalben, Bernhard, Syndikus der Stadt Münster 60, 80, 81, 90–93
 – Hermann, Dr. 90
- Vignancourt, Graf, kurköln. Kommandant von Dorsten 400
- Villa Hermosa, Carlos Duque de, Conde de Luna, Sastago y Ficallo (1631–1692), span. Staatsrat, 1675–1677 Gouverneur der Niederlande, Kammerherr 453, 478, 483, 490–495
- Villiers, Vicomte de 332
- Virmund von der Neersen, Adrian Freiherr von (1613–1681), pfalz-neuburg. Generalwachtmeister, Marschall des Herzogtums Jülich 58, 103, 109
- Visé (belg. Prov. Lüttich) 497
- Visselhövede (Kr. Rotenburg) 514
- Vittinghoff-Schell, Arnold von (gest. 1666), Domherr zu Münster, Propst zu St. Mauritiz 33, 50, 63, 259, 266, 267
- Vlotho a. d. Weser (Kr. Herford) 439
- Vörden, Amt s. Bremervörde
 – Johann Heidenreich von (gest. 1666), Domscholaster zu Münster, Propst am Alten Dom 8, 9, 33, 144
- Vogel, Christian, münst. Kriegskommissar 17, 95, 202
- Voitz, Melchior (1628–1685), Lizentiat, pfalz-neuburg. Geh. Rat 55
- Volbier, Gerhard Arnold (gest. 1672), Rentmeister zu Cloppenburg 298
- Vollenhove (niederl. Prov. Overijssel) 389
- Volmar(i), Isaak (von) (um 1586–1662), vorderösterreich. Rat, Geh. und Reichshofrat, kaiserl. Diplomat 22, 24, 40, 44 bis 49, 82, 132, 134; K 20, 89
- Vorburg, Johann Philipp von (gest. 1666), kurmainz. Geh. Rat und Amtmann, Propst zu Münster im Granfeld 130, 133, 134
- Voss zu Bökel, Heinrich von, seit 1667 osnabrück. Geh. und Kammerrat, 1674 Vizepräsident und Kanzleidirektor 293
 – Kaspar Andreas von (gest. 1664), Domherr zu Münster 3, 10
- Vossem (belg. Prov. Brabant) 383–386, 394
- Vreden (Kr. Ahaus) 316
- Vriesen, Bernhard, Stadtsekretär in Zwolle 390
- Vultejus, Johann (1605–1684), hess. Kanzler und Geh. Rat 37
- Waldeck, Grafschaft 37, 388, 487, 499, 500
 – Georg Friedrich Graf von (1620–1692), kurbrandenburg. General und Geh. Rat, dann braunschweig-lüneburg. General und Staatsmann, später niederl. Feldmarschall 67, 76, 140, 199–203, 208, 209, 221, 236, 286, 292, 296, 324, 349, 494
 – Josias Graf von (1636–1669) 255
- Walpott-Bassenheim zu Königsfeld, Johann Ulrich von (gest. 1680), Obrist 202
- Walsrode (Kr. Fallingb. ostel) 454, 455
- Wangelin, Bernhard Christian, schwed. Obrist 382
- Wantzheim, münst. Obrist 497, 498

- Warendorf (Kr. Warendorf) 39, 41, 50, 79, 93, 113, 154, 269, 365, 370, 410
- Wartenberg, Franz Wilhelm Graf von s. Osnabrück, Bischöfe
- Warschau, Schlacht bei 102
- Wedde (niederl. Prov. Groningen) 33, 35, 212, 218, 389, 395, 432
- Wedell, Gustav Wilhelm Freiherr von W. zu Reitz (1641–1717), münst. Obrist und Generalleutnant, später dän. Feldmarschall 368, 403, 449, 451, 454, 467, 470, 474, 479, 486, 491–501, 508, 525
- Wedemann, Hans Heinrich (gest. 1685), Mecklenburg-Schweriner Kanzler 515
- Wehr (Kr. Euskirchen) 499
- Weilburg, Herrschaft 500
- Weiman, Daniel (1621–1661), brandenburg. Geh. Rat und Kanzler 101, 103, 134, 138–143, 149, 157, 160; K 152
- Welbergen (Kr. Steinfurt) 301
- Wendt, Johann Adrian von (um 1630 bis 1694), Geh. Rat, Domherr zu Osnabrück, Minden und Halberstadt 216
- Heinrich Wilhelm von (gest. 1703), Domherr zu Münster 265
- Johann Bernhard de, Sekretär des Domkapitels zu Münster (bis 1669) 64, 268; K 63
- Werden (Stadt Essen), Abtei 83, 140, 196, 437, 457, 486, 500
- Werl (Kr. Soest) 370
- Werne (Kr. Lüdinghausen) 370, 420
- Dechanei 31
- Fürstbischöfl. Münst. Amt 156, 169
- Werth (Kr. Borken), Flecken und Herrschaft 244, 296, 386
- Wesel (Kr. Rees), Stadt und Festung 159, 241, 350, 356, 358, 370, 381, 411, 426, 513, 522
- Wesenbeck, Matthäus von (1600–1659), kurbrandenburg. Geh. Rat, Kanzler zu Minden 66, 72–74
- Weserzoll, Streit der Stadt Bremen mit dem Grafen von Oldenburg (1654) 65
- Westerholt zu Lembeck, Nikolaus von (gest. 1662) 50, 97, 110
- Westerwald 17–19, 75, 475, 479, 487, 497–500
- Westerwolde (niederl. Prov. Groningen) 35, 212, 218, 389, 395, 397, 432
- Westfälischer Kreis s. Niederrheinisch-westfälischer Reichskreis
- Westfalen, kurköln. Herzogtum 202, 458, 475, 485
- Westfriesland s. Friesland
- Wetterau 17–19, 75, 458, 475, 479, 487, 497–500
- Wetzlar, Reichsstadt 499, 500
- Whitehall (Stadt London) 198
- Wiarda, Bucho (gest. 1674), ostfries. Geh. Rat, Amtmann zu Leer (1642–1670), dann ostfries. Geh. Rat und Kanzleidirektor 41, 176
- Wichartz, Johannes, Pastor zu St. Lamberti in Münster 159
- Wickrath (Kr. Grevenbroich), Herrschaft 499, 500
- Wicquefort, Abraham van (1598–1682) 96, 325, 326
- Widtmann, Ignaz, kurköln. Geh. Rat 487
- Wied, Grafschaft 499
- Wien, Aufenthalt Christoph Bernhards 182 ff.
- Wietmarschen (Kr. Grafschaft Bentheim), Stift 297
- Wigandi, Martin, Dominikanerprior 12
- Wild- und Rheingraf zu Daun, Friedrich Philipp (1644–1668) 113
- Johann Ludwig (1620–1673), niederl., dann münst. General 200, 241, 361, 378
- Wildenberg (niederl. Provinz Gelderland), Haus 218
- Wildenburg (Kr. Schleiden), Herrschaft 499
- Wildeshausen, Grafschaft 434, 449, 455, 462, 468–470, 473, 480, 481, 524, 525
- Wilhelm, Landgraf s. Hessen-Kassel
- Willemstad (niederl. Prov. Seeland) 230
- Windischgrätz, Gottlieb Amadeus Graf von (1630–1695), Reichshofrat, Geh. Rat, Reichsvizekanzler 411, 457–459, 477
- Winkelhausen, Johann Heinrich von, jülich-bergischer Vizekanzler 75, 107, 137
- Winschoten (niederl. Prov. Groningen) 210
- Winterstädt s. Schenk von W.
- Winterswijk (niederl. Provinz Gelderland) 267, 362, 389
- Wintgens, Gerhard Heinrich (gest. 1707), münst. Kommissar, später Rentmeister zu Wolbeck (1676) und Landrentmeister (1688) 395, 399, 416, 423, 433–435, 468
- Wippermann, Johann, pfalz-neuburg. Geh. Rat, Marschall 24
- Wisch, Irmgard von (gest. 1583) 97
- Witt, Johann de (1625–1672), holländ. Ratpensionär 113, 143, 149, 156, 157, 171, 179, 208, 213, 217–220, 225, 233 bis 235, 244, 256, 285–289, 292, 325, 359, 441
- Witte, Otto Johann (gest. 1677), braunschweig-cellerischer Rat, dann calenberg. Geh. Rat und Hofgerichtsassessor, später Vizekanzler 290, 339; K 279
- Wittelsbach, Haus 1–5, 396, 511
- Wittenberg, Levin Friedrich von, Obristleutnant im Dienst der Stadt Münster 95
- Wittfeld, Bernhard 143
- Peter, Syndikus der münst. Ritterschaft 89, 378

- Wittgenstein, Johann Graf zu Sayn-W. (1601–1659), kurbrandenburg. Geh. Rat 53
- Wittmund (Ostfriesland) 176
- Wittorff, Friedrich August von (1641 bis 1693), braunschweig-cellischer Rat 524
- Witzendorff, Hieronymus von, calenberg. Geh. Rat und Kammerpräsident 324, 325, 450
- Witzenhausen (Eifel, Lage nicht feststellbar), Schloß 497
- Wolbeck (Kr. Münster) 114, 159, 252, 256
- Fürstbischöfl. Münst. Amt 36, 148, 365; K 93
- Wolfenbüttel, Herzogtum s. Braunschweig-Lüneburg
- Wolf, bentheimischer Hofmeister 302
- Wolff-Metternich s. Metternich
- Wolfframsdorf, Heinrich Moritz von, Obrist 146, 151, 350
- Wolkenstein, Georg Ulrich Graf von (1598–1663), Reichshofrat-Vizepräsident (1651–1662), Domherr zu Brixen und Salzburg 22
- Worms, Bistum: Bischof Georg Anton von Rodenstein (reg. 1629–1652), Hugo Eberhard Gratz von Scharfenstein (reg. 1654–1663), Johann Philipp von Schönborn (reg. 1663–1673), Lothar Friedrich von Metternich (reg. 1673 bis 1675), Damian Hartard von der Leyen (reg. 1675–1678) 251
- Wrangel, Karl Gustav Graf von (1613 bis 1676) 224, 227, 250, 432–434, 437, 516
- Wrede, H. A. Freiherr von, münst. Obristleutnant 145, 198, 209, 223, 227, 233, 238–240; K 224, 228
- zu Amecke, Kaspar von, Osnabrücker Geh. Rat und Hofmarschall 148
- Württemberg, Herzogtum: Herzog Eberhard III. (reg. 1628, selbständig seit 1633–1674), Wilhelm Ludwig (reg. 1674 bis 1677) 129, 153, 172, 178, 396, 433
- Würzburg, Stadt 253, 255, s. auch Marienburg
- Fürstbistum: Bischof Johann Philipp von Schönborn (reg. 1642–1673), Johann Hartmann von Rosenbach (reg. 1673–1675), Peter Philipp von Dernbach (reg. 1675–1683) 185, 188, 313, 433, 448, 449, 517
- Wüsthaus, Adolf, kleve-märk. Geh. Regierungsrat (seit 1666) 193, 249
- Wunstorf (Kr. Neustadt a. R.) 443
- Wydenbrück, Bernhard von (gest. 1671), münst. Geh. Rat, Weltlicher Hofrichter 31, 33, 46–51, 61, 66, 68, 78, 79, 83–88, 93–96, 100, 125–129, 132, 146, 150, 152, 158–160, 175–179, 192, 202, 230 bis 241, 244, 248, 249, 252, 253, 256, 263, 265, 271, 276–284, 298–302, 313, 320, 327, 328, 333–340, 345; K 62, 90, 103, 273, 310, 318, 319
- Veit Hildebrand von (gest. 1672), kurköln.-hildesheim. Rat, dann bentheimischer Kanzler 124–129, 300; K 306
- Wylich zu Pröbsting, Dietrich Philipp von (1607–1676), münst. Obrist und Gesandter 17, 45, 68, 98, 101–103, 109, 112, 133; K 137
- zu Winnental, Karl Dietrich Freiherr von (1615–1677), münst. Kanzler 1658 bis 1665 152, 156; K 190
- Xanten (Kr. Moers) 195, 241
- Kapuzinerkloster 196
- Yrsch s. Irsch
- Zabern (franz. Departement Bas-Rhin) 327
- Zelst, Gertrud von (gest. 1679) 298 ff.
- Zeven (Kr. Zeven), Kloster 525
- Zitzwitz, Nikolaus von (1634–1704), Kellner zu Corvey, Propst zu Huysburg, Präsident der münst. Regierung zu Verden 362, 504–510, 514–526; K 363
- Zrinyi, Peter Graf von (1621–1671), Banus von Kroatien 181
- Zuidersee 402
- Zurmühlen, Heinrich (gest. 1669), Rats- und Krameramtsverwandter zu Münster 93, 108
- Werner (1628–1690), münst. Geh. Rat und Vizekanzler 102–104, 157–162, 281, 310, 323, 324, 351, 359–363, 366, 381, 389, 390, 399, 410–417, 422, 424, 427, 429, 434, 437–453, 459–462, 465 bis 483, 487, 509–513, 518–526; K 242, 282, 284, 327, 425, 505
- Zutphen (niederl. Prov. Gelderland), Stadt 362, 391, 409–416
- Grafschaft 171
- Zwartesluis (niederl. Prov. Overijssel) 393
- Zwillbrock (Kr. Ahaus) 359
- Zwolle (niederl. Prov. Overijssel) 362, 363, 367, 390, 393, 395, 402, 408, 485
- Zyborgh, J. G., staatlicher Deputierter 236

Der Nachweis der Vorlagen zu den Abbildungen findet sich S. XXII f.



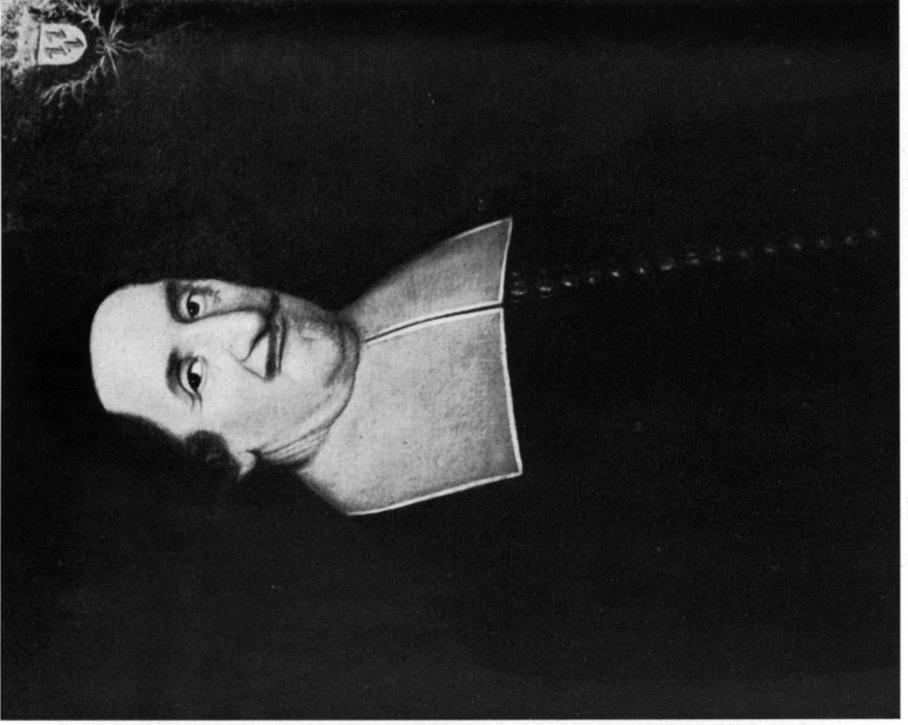
1. Christoph Bernhard von Galen



2. Christoph Bernhard von Galen



3. Bernhard von Mallinckrodt



5. Heinrich von Galen



4. Christoph Bernhard von Galen



6. Ernst Wilhelm Graf von Bentheim und seine Familie



7. Wilhelm von Fürstenberg



8. Johann Beveren von Twickel



10. Werner Zurmühlen



9. Wilhelm von Fürstenberg



11. Matthias Korff-Schmising



12. Friedrich Korff-Schmising

Sacchissime Pater.

Ex libris Sacch. tu vna in vba. 23. apponitur, et nuper
 adhibetur. Carcatas de Blem et Imperatoris Germania
 partes. Quibus. Solus. mibi. transmissa. abade. cognosci,
 que. eadem. est. subdiana. ipsa. est. in. vna. subeat
 ut. non. illa. importuna. Curand. ab. hostibus. ab. oritate
 rebus. Religijs. et. Imperio. mandant. autant. Egidem
 diuinitatem. non. est. vix. quicquam. ab. hominem. necessari
 norandis. turbandis. rebus. in. Germania. videtur. oportunas
 potestas. cui. ipsa. etiam. disposita. temperatis. moderare
 Vndique. promissum. non. potest. non. et. quis. ignorat
 nunquam. ego. deesse. rebus. solare. quibus. occasio. auctrix
 est. sed. et. amica. addit. et. vltima. et. id. tempore. bestere
 cuius. hinc. ne. periculi. quidem. faciatis. illa. sit. ratio
 vel. facultas. Deperda. certe. Germania. sed. frequentius
 quam. in. vna. alit. age. ad. rem. auctorum. contribuendam
 firmandam. ferere. quam. turbare. peruehere. quibus. Religijs
 et. status. vobis. antiqua. legum. et. gentium. fundamenta.
 Deius. eor. exigua. diuina. providentia. qua. se. hic. ostendit
 argumentum. est. rebus. in. in. imperio. auctoribus. saltem
 paulo. ante. in. terra. Christi. Vicaria. contriisse. qui. reuoc
 in. Imperio. quibus. de. salute. publica. Ecclesiarum. in. Germania



Christoph Bernhard an Papst Alexander VII., 8. Juni 1657 (erste Seite)



Mein Freundtliche diene, wolt was wir sonst mehr Liebes
und guttlich bezeugen zuir, hochwirdiger Jung, Sr,
sonder lieber Herr, Freundt und Bruder. J.

Wolter unden auch, da Ihre unter andern dabein die
verordung in, die zu dem dinst verfallen haben, sollet bald
das dinst anzuwenden und zu schreiben von 20. hiesig.
Zukunftigen gegeben, und in der secretaries unterthunigst
referent, auch dabein zu mehrer unterweilen consolation
und verstandlichheit sollet zuir, was gescheit hat.
Da zuir, was dem dinst mit dem dinst alle nachherliche
verordung, abhandlung und assistenz zuir, was
haben, daz wir die auch dienstlich, schickung dand
sagen; Und ist auch zuir, was dem dinst von
dinst zuir, was dem dinst, und hat die dinst, schreiben von
20. dinst, present; Und gleich wir die dinst
verordung dinst auf die dinst, die dinst
halten und anzuwenden dinst; Und haben wir
auch, dinst dinst, willigheit zuir, was
verordung dinst, dinst von dinst
an officio und dinst, anzuwenden dinst, dinst
alle verordung dinst, dinst, und dinst
offne dinst, dinst, dinst, dinst;
Die dinst die dinst dinst und dinst officio dinst,
von dinst, und dinst dinst, dinst,
dinst dinst, dinst dinst dinst dinst;
die dinst dinst von dinst dinst, dinst,
von dinst dinst dinst dinst dinst,

Ferdinand von Fürstenberg an Christoph Bernhard, 17. Juli 1665 (Vorderseite)

am 17. Julij. 1665. was die notwendig und angestehende der
 wegen ihres Väter angelegten conditionen verordnet
 demselben formen parte zueh, und demselben demselben
 zu bedienung aller angestehenden demselben falliglich in
 demselben bereit und willig. Solich nicht unform. Resi;
 demselben demselben den 17. Julij. 1665.



Ferdinand von Gottes gnaden, Fürst zu Rügen
 des heil. Röm. Reichs Fürst, und Herzog zu Jülich
 etc.

Epi Gratia agant pro 2 Comp. abt.
 in specialem dem permissioni nostro
 in nunciis hanc qd. qua epus consensit
 ut tunc gratias agenda quae habere
 ut literas pateat 2 Comp. sed. et
 unius Comp. Epus ad instaurate Colac.
 Nihil cetera vult.

ganz demselben demselben
 demselben demselben demselben
 demselben demselben demselben

Erhöhet die May beyg
die Abhandlung an dem Kaiserlichen
Rath
am 12. May 1674

Im Namen d. R. 1674.

Offen Manck magt Hoffen nicht ad
den 10. 10000 zu geben ad 10000 zu
sein bestertheilung auch die 10000
und alle zugehörig an Hoffen zu sein

Hoffen haben keine neue sein gelte den
aber ab 1674 den 10. 10000
jedoch auch den 10. 10000
Mit den 10. 10000 auch ad 10. 10000
Lumpsumme gegeben durch Hofen
gegeben wird

Zumstein den 6. Junii 1674
Manck sein 20000 gelte zu sein zu
gelte zu sein 20000
Nicht weit ad 10000 beide Tughe
ad 20000 sein allweg
20000 sein den 10.

ad 10000 zu geben durch Hofen
sein 10000 ad 10000
manck auch Hofen in 10000
Fremdschick mit 10000 sein den 10.
Lumpsumme 10000 seinen 10000
Lumpsumme ad 10000 sein 10000
sein

Offen Manck mit 10000 sein 10000
Lumpsumme 10000 sein 10000

Die Hofen mit in 10000 sein
gegeben wird

Der Hofen 10000 sein 10000
sein 10000 sein

ad 10000 sein 10000 sein ad 10000
sein 10000 sein

2x

County

Die General Statuten der Provinz Carolina 1723
 168 131 13 41 71 49 66 28 83 83 97 38 43 77 24 61 28
 73 29 64 29 91 88 34; alle
 ist dieses Zehnfachen sagt 68 30 67 30 88 48 91 20
 73 83 30 sind 132 94 28 84 23 30 nicht 21 38 83 77 38
 Willen die negotiieren zu verfahren
 die General Statuten executirt
 131 166 22 19 98 77 29 27 sind sagt 72 27 17 78 89 21
 29 83 29 67 29 94 38 92 29 41 78 21 41 20 132 22 29
 28 78. welches Zehnfache ist
 nachher die gesammte Statuten
 ist in Libris. 24. Jahrs 1723

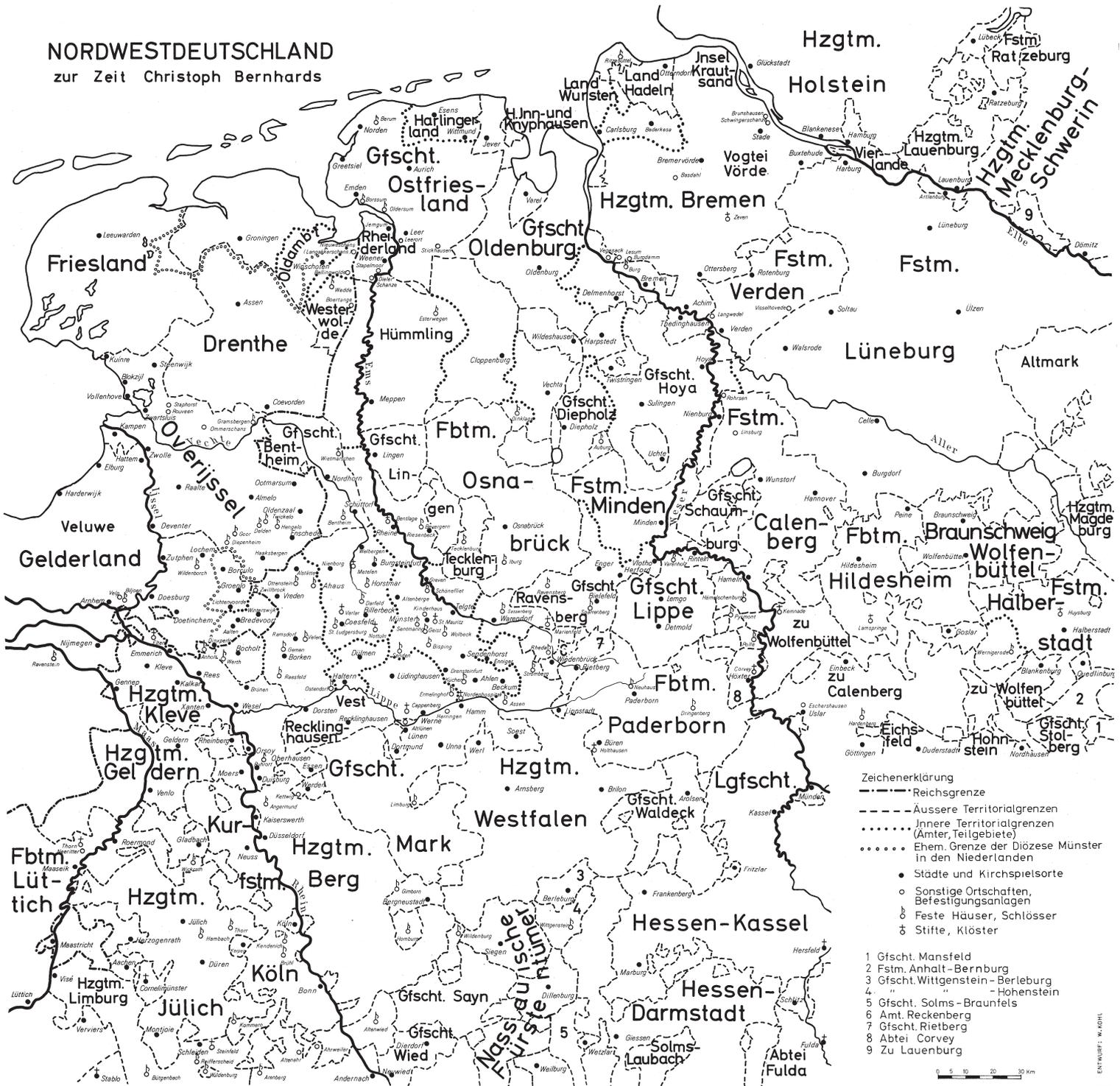
Der Herr Z

Unterzeichnet
 24. Nov. 1723
 24. Nov. 1723



Amtssiegel Christoph Bernhards

NORDWESTDEUTSCHLAND
zur Zeit Christoph Bernhards



- Zeichenerklärung**
- Reichsgrenze
 - - - - - Äussere Territorialgrenzen
 - Innere Territorialgrenzen (Amt, Teilgebiete)
 - Ehem. Grenze der Diözese Münster in den Niederlanden
 - Städte und Kirchspielsorte
 - Sonstige Ortschaften, Befestigungsanlagen
 - ⊕ Feste Häuser, Schlösser
 - ⊕ Stifte, Klöster

- 1 Gfscht. Mansfeld
- 2 Fstm. Anhalt-Bernburg
- 3 Gfscht. Wittgenstein-Berleburg
- 4 „ „ „ „ -Hohenstein
- 5 Gfscht. Solms-Braunfels
- 6 Amt. Reckenberg
- 7 Gfscht. Rietberg
- 8 Abtei Corvey
- 9 Zu Lauenburg

0 5 10 20 30 km